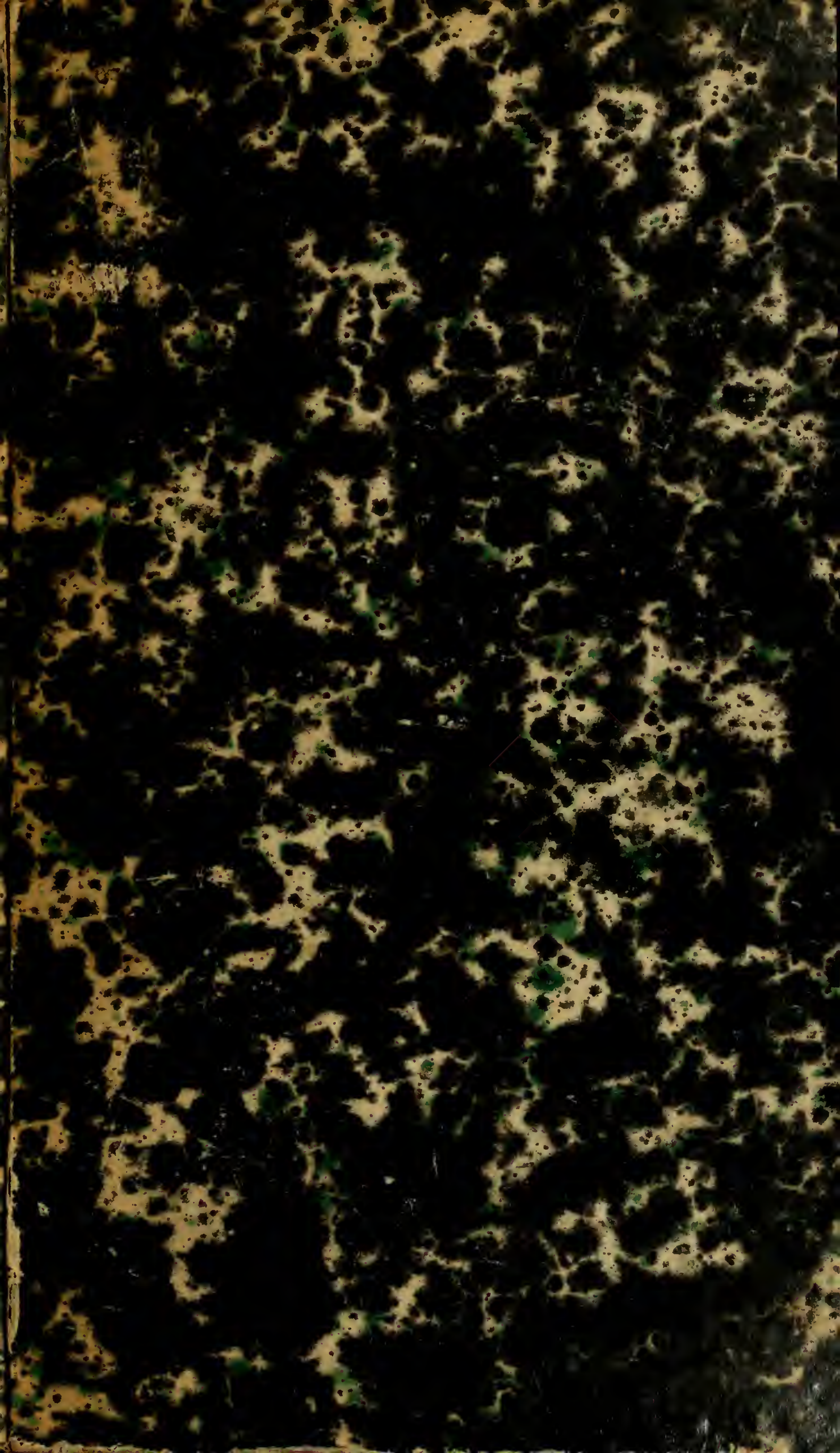
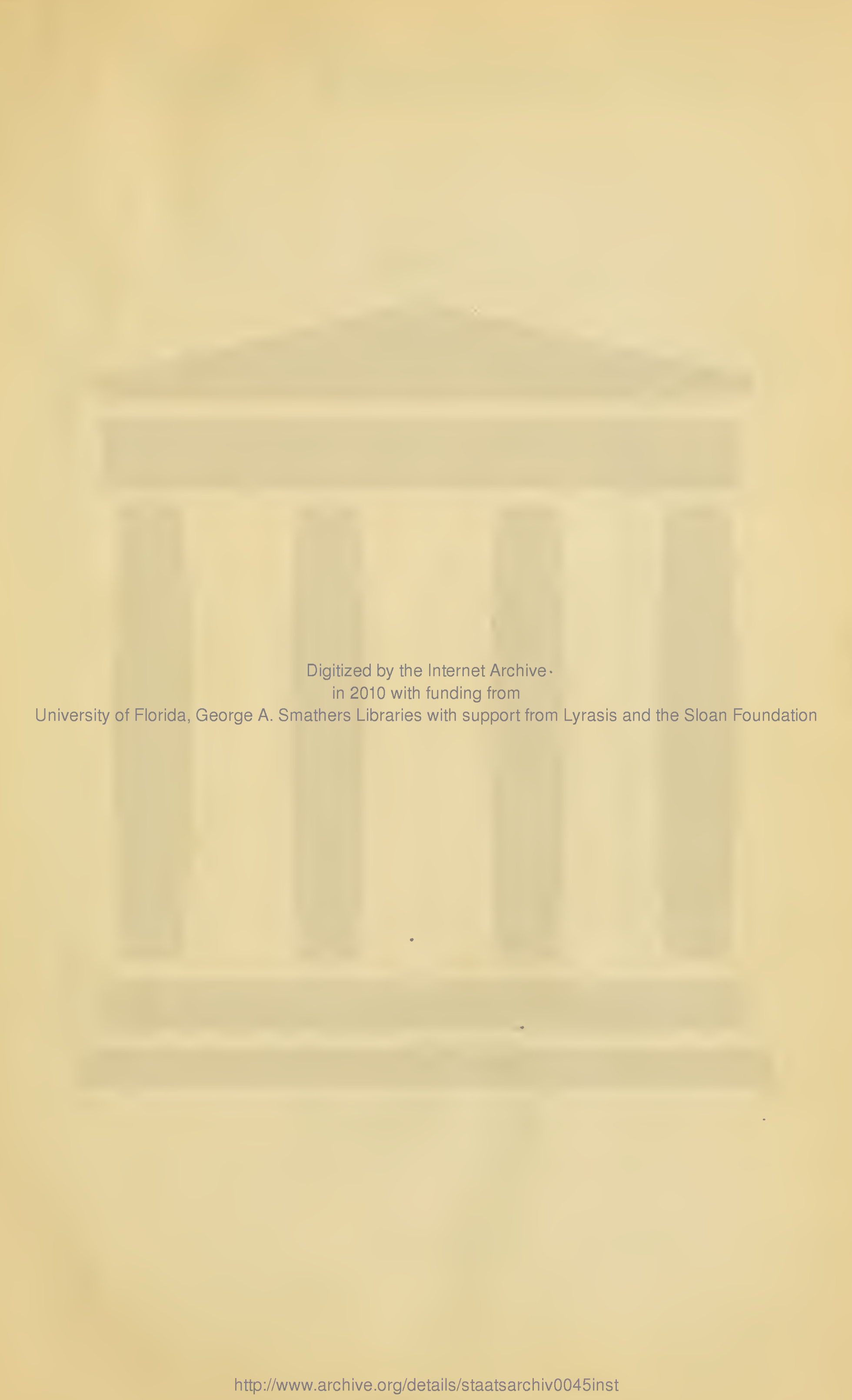





University of Florida
1853

Das Staatsarchiv.

Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart.

Herausgegeben

von

Ludwig Karl Aegidi und **Alfred Klauhold.**

Vierter Band.

1863. Januar bis Juni.



HAMBURG.

Otto Meissner.

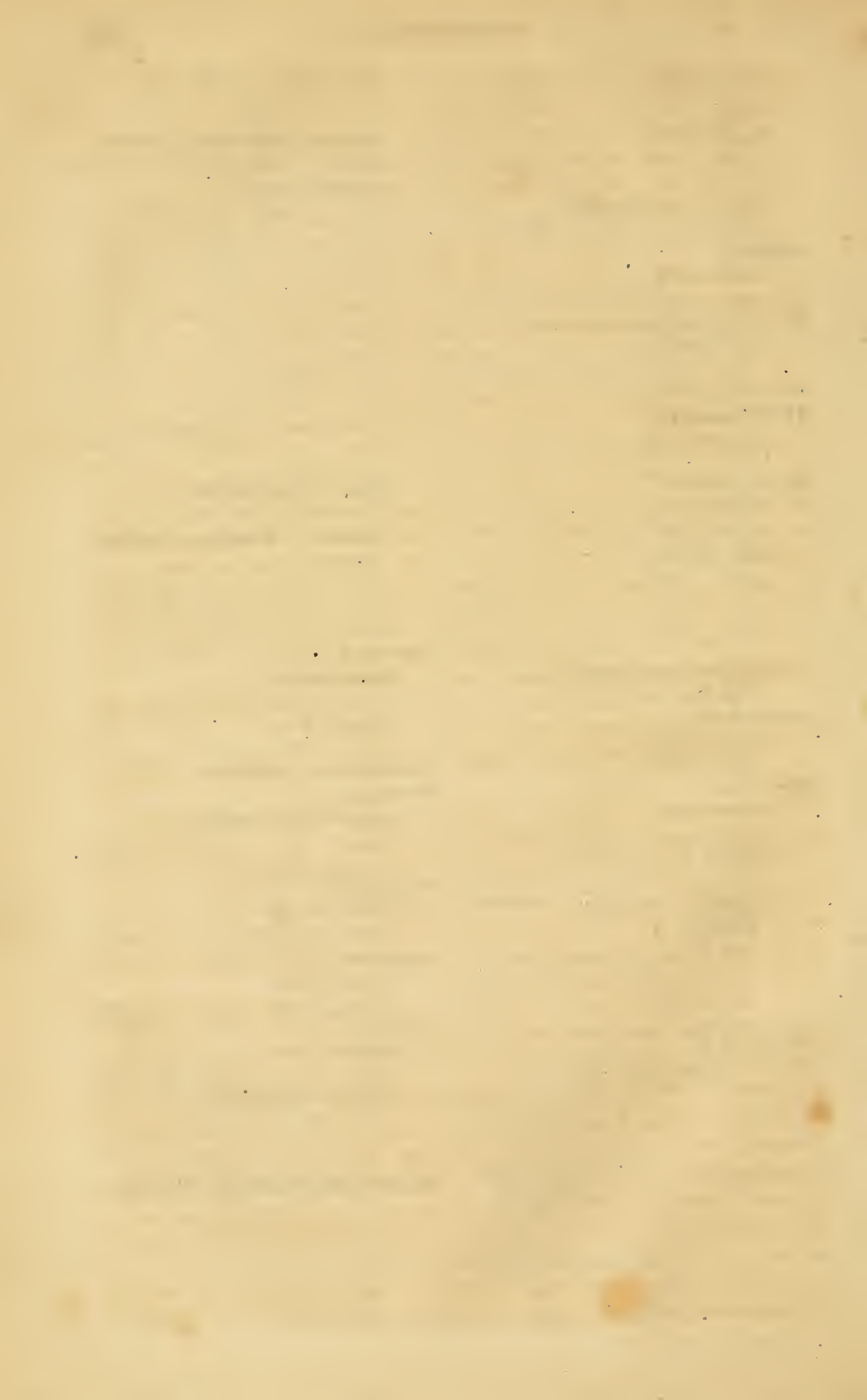
1863.

I. Inhaltsverzeichniss, nach den Gegenständen alphabetisch geordnet:

Montenegrinische Angelegenheit.

Nordamerikanische Krisis. (Vergl. Bd. III. No. 464—466.)

II. Inhaltsverzeichniss, nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.



No. 472.

PREUSSEN. — Rede des Minister-Präsidenten, Freiherrn von Bismark-Schönhausen, bei Eröffnung des Landtags. —

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

No. 472. Preussen, 14. Jan. 1863.

Seine Majestät der König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchst ihrem Namen zu eröffnen.

Die Regierung Seiner Majestät begrüsst Sie mit dem lebhaften Wunsche, dass es in dieser Sitzungsperiode des Landtages gelingen möge, über die im vorigen Jahre ungelöst gebliebenen Fragen eine dauernde Verständigung herbeizuführen. Es wird dieses Ziel erreicht werden, wenn in der Auffassung der Stellung der Landesvertretung unsere Verfassung als die gegebene Grundlage festgehalten wird, und wenn die gesetzgebenden Gewalten unter gegenseitiger Achtung ihrer verfassungsmässigen Rechte in der Förderung der Macht und Wohlfahrt des Vaterlandes ihre gemeinsame Aufgabe finden.

Unter den Gegenständen, welche Sie beschäftigen werden, tritt die Feststellung des Staatshaushalts-Etats in den Vordergrund.

Die Lage der Finanzen darf als eine durchaus befriedigende bezeichnet werden.

Die Staats-Einnahmen sind im verflossenen Jahre so ergiebig gewesen, dass sie den Voranschlag bei den meisten Verwaltungszweigen ansehnlich überstiegen haben und die Mittel darbieten werden, die Staats-Ausgaben des vorigen Jahres mit Einschluss aller ausserordentlichen Bedürfnisse vollständig zu decken. Das in dem Entwurfe zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1862 veranschlagte Deficit wird daher, wie schon bei der Berathung dieses Etats in Aussicht gestellt wurde, in der Wirklichkeit nicht eintreten.

In Ermangelung eines gesetzlich festgestellten Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1862 hat die Königliche Regierung in erhöhtem Masse ihr Augenmerk darauf gerichtet, die Verwaltung mit Sparsamkeit zu führen; sie hat jedoch nicht unterlassen dürfen, alle diejenigen Ausgaben zu bestreiten, welche zur ordnungsmässigen Fortführung der Verwaltung, so wie zur Erhaltung und Förderung der bestehenden Staats-Einrichtungen und der Landeswohlfahrt nothwendig gewesen sind. Sobald der Rechnungs-Abschluss gefertigt ist, wird die Regierung eine Vorlage über die Staats-Einnahmen und Ausgaben des abgelaufenen Jahres einbringen und die nachträgliche Genehmigung beider Häuser des Landtages zu den geleisteten Ausgaben beantragen.

Der Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1863 wird Ihnen von Neuem vorgelegt werden. Die Ansätze desselben sind nach den inzwischen gemachten

No. 472. Preussen, 14. Jan. 1863.

Erfahrungen anderweitig geprüft und in einzelnen Positionen den Verhältnissen entsprechend berichtigt worden. In Folge dessen hat das Deficit, welches der frühere Etats-Entwurf ergiebt, angemessen vermindert werden können. Im Hinblick auf die Ergebnisse des Staatshaushalts im verflossenen Jahre und bei der Vorsicht, mit welcher die Staats-Einnahmen veranschlagt sind, erscheint die Hoffnung wohl begründet, dass auch dieses Deficit, wie in den Vorjahren, durch Mehr-Einnahmen über den Etat seine vollständige Ausgleichung finden werde.

Die Aufstellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1864 ist so weit vorgeschritten, dass der Abschluss in Kurzem bevorsteht, und die Staats-Regierung wird denselben alsbald zu Ihrer Berathung gelangen lassen.

Die Ausführung des Gesetzes wegen anderweiter Regelung der Grundsteuer ist in erfreulicher Weise vorgeschritten, und es hat bereits etwa die Hälfte der Gesammtfläche des preussischen Staats zur Einschätzung gebracht werden können. Eben so ist auch inzwischen die Veranlagung der Gebändesteuer in Angriff genommen worden.

Die Regierung Seiner Majestät wird in Erfüllung der gegebenen Zusicherung Ihnen einen Gesetz-Entwurf zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 3. September 1814 vorlegen. Sie giebt sich der Hoffnung hin, dass die Reorganisation des Heeres, zu deren Aufrechthaltung die Regierung Seiner Majestät sich im Interesse der Machtstellung Preussens einmüthig verpflichtet erachtet, auch durch die gesetzliche Feststellung der zu ihrer Durchführung erforderlichen Ausgaben nunmehr ihren vollständigen Abschluss gewinnen werde.

Die nahe bevorstehende Wiederkehr des Jahrestages, an dem vor fünfzig Jahren der denkwürdige Aufruf des in Gott ruhenden Königs Friedrich Wilhelm des Dritten Majestät an Sein Volk zur Vertheidigung des Vaterlandes ergangen ist, enthält eine dringende Mahnung, der Hülfsbedürftigsten unter den noch lebenden Mitkämpfern jener glorreichen Zeit zu gedenken, und es werden Ihnen deshalb entsprechende Vorlagen zugehen.

Die angemessene Erweiterung der Marine muss fortgesetzt als ein dringendes Interesse des Landes angesehen werden, und die Regierung Seiner Majestät wird zur Bewilligung der für diesen Zweck unter Berücksichtigung der allgemeinen Finanzlage aufzuwendenden Mittel Ihre Zustimmung in Anspruch nehmen.

Mit dankbarer Erhebung haben wir es zu erkennen, dass durch die Gnade des Allmächtigen das Land mit einer befriedigenden Ernte gesegnet worden ist. Die wirthschaftlichen Zustände des Landes würden demnach ein völlig befriedigendes Bild darbieten, wenn nicht einzelne Industriezweige unter den Wirkungen des Krieges in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika zu leiden hätten.

Der Gewerbfleiss und der Handel müssen zwar noch der Vortheile entbehren, welche sie in Folge der Handels-Verträge mit Frankreich zu erwarten berechtigt waren; es steht jedoch für die Regierung Seiner Majestät der Entschluss fest, dass denselben diese Vortheile nicht über den Zeitpunkt hinaus

vorenthalten bleiben sollen, zu welchem die Verpflichtungen lösbar werden, die gegenwärtig noch der Ausführung jener Verträge entgegenstehen.

Die Regierung Seiner Majestät ist mit Eifer und Nachdruck dahin zu wirken bemüht, dass allmählich auch diejenigen Landestheile mit Eisenbahnen versehen werden, welche dieses wichtigen Communications-Mittels noch nicht theilhaftig geworden sind. Sie hat die Privat-Unternehmungen, welche in dieser Richtung in Anregung gekommen, nach Kräften gefördert, und hofft auch in dieser Sitzungsperiode Ihnen wegen Herstellung neuer Schienenverbindungen, die in der Vorbereitung begriffen sind, Vorlagen machen zu können.

Durch Verbesserung der Deichanlagen und durch Entwässerung von Niederungen ist die Regierung Seiner Majestät fortgesetzt bemüht gewesen, die nutzbare Bodenfläche zu vermehren, und es sind auch im verflossenen Jahre auf diesem Gebiete erfreuliche Erfolge erzielt worden.

Nicht minder hat die Königliche Regierung der Förderung der Wissenschaft und Kunst ihre angelegentliche Fürsorge gewidmet, und bezweifelt nicht, dass Sie die für diese Zwecke im Etat ausgesetzten Mittel gern bewilligen werden.

Es werden mehrere Gesetz-Entwürfe Ihrer Prüfung übergeben werden, welche theils provinzielle Interessen betreffen, theils die Abänderung der Gesetzgebung für einzelne besondere Rechtsgebiete bezwecken, und unter letzteren auch ein Gesetz-Entwurf zur Ergänzung der deutschen Wechselordnung und der Entwurf eines Gesetzes über die Gerichtsbarkeit der Consuln, für welche von dem Hause der Abgeordneten in der letzten Sitzungsperiode eine gesetzliche Regulirung beantragt worden.

Die Lage der Verhandlungen über den Entwurf einer Kreisordnung, welcher im vorigen Jahre dem Landtage der Monarchie vorgelegt wurde, hat es rathsam erscheinen lassen, zur näheren Erörterung provinzieller Verhältnisse auf diesem Gebiete zuvörderst noch die Provinzialstände zu vernehmen. An diese Gutachten werden sich weitere Vorberathungen knüpfen, welche es jetzt nicht übersehen lassen, ob ein Gesetz-Entwurf über diesen wichtigen Gegenstand alsbald werde vorgelegt werden können. Desgleichen ist die nach dem bisherigen Gange der legislativen Verhandlungen für nothwendig erachtete anderweitige sorgfältige Prüfung des Bedürfnisses zur Abänderung der Gesetze über die ländliche Polizei-Verfassung und über die Communal-Verfassungen in den verschiedenen Provinzen der Monarchie noch nicht soweit zum Abschluss gelangt, dass die dem Landtage zu machenden Vorlagen für die gegenwärtige Sitzung mit Sicherheit in Aussicht gestellt werden könnten.

Die Regierung Seiner Majestät wird jedoch die erforderliche Fortbildung der Gesetzgebung auf den bezeichneten weitgreifenden Gebieten zum Gegenstande ihrer unausgesetzten Thätigkeit machen.

Die Beziehungen der Regierung Seiner Majestät zu den auswärtigen Mächten sind im Allgemeinen befriedigende.

Den nachhaltigen Bemühungen der Königlichen Regierung ist es gelungen, die von ihr in Hessen vertretene Politik sowohl bei der Kurfürstlichen als bei den anderen deutschen Regierungen zur Geltung zu bringen und so dem benachbarten Kurstaate Aussichten auf eine geordnete Entwickelung seines Ver-

No. 472. Preussen, 14. Jan. 1863.

fassungslebens zu gewähren, welche auch durch die neuesten aus Kassel gemeldeten Vorgänge nur vorübergehend getrübt werden können.

In Verfolg der von einer Anzahl deutscher Bundes-Regierungen an das Königliche Cabinet gerichteten identischen Noten vom Monat Februar v. J. sind von denselben Regierungen in der Bundes-Versammlung Anträge gestellt worden, welche weniger durch ihren Inhalt, als durch die auf sie angewandte Auslegung der Bundesverträge eine principielle Bedeutung für die Stellung Preussens zum Bundestage erlangt haben. Die Königliche Regierung ist auch ihrerseits von der Ueberzeugung durchdrungen, dass die Bundesverträge in der Gestalt, wie sie 1815 geschlossen wurden, den veränderten Zeitverhältnissen nicht entsprechen. Vor Allem aber ist sie sich der Pflicht gewissenhafter Beobachtung bestehender Verträge bewusst und entschlossen, die volle Gegenseitigkeit in Erfüllung dieser Pflicht, als Vorbedingung des Fortbestandes solcher Verträge, zu behandeln.

Die Regierung Seiner Majestät wird in der Theilnahme an Ihren Berathungen von dem ernsten Bestreben geleitet werden, das einmüthige Zusammenwirken mit den beiden Häusern des Landtages zu erreichen, welches als eine wesentliche Bedingung für die lebensvolle Entwickelung aller staatlichen Verhältnisse betrachtet werden muss. Ein segensreicher Erfolg der gemeinschaftlichen Thätigkeit wird von der allseitigen Hingebung für das Wohl des Landes und die Ehre der Krone erwartet werden dürfen.

Auf Befehl Sr. Majestät des Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

No. 473.

FRANKREICH. — Kaiserliche Thronrede bei Eröffnung der Gesetzgebenden Körperschaften. —

Messieurs les Sénateurs,
Messieurs les Députés,

No. 473. Frankreich, 12. Jan. 1863.

Le Corps Législatif va commencer sa dernière session. Devancer le terme fixé par la Constitution eût été, à mes yeux, un acte d'ingratitude envers la Chambre, de défiance envers le pays. Le temps n'est plus où l'on croyait nécessaire de saisir l'occasion d'un incident heureux pour s'assurer les suffrages d'un nombre restreint d'électeurs. Aujourd'hui que tout le monde vote, il n'y a plus, dans les masses, cette mobilité d'autrefois, et les convictions ne changent pas au moindre souffle qui semble agiter l'atmosphère politique.

Puisque nous nous trouvons réunis pour la dernière fois, il n'est pas inutile de reporter nos regards sur ce que nous avons fait ensemble depuis cinq années; car c'est seulement en embrassant une période de quelque durée qu'on peut apprécier l'esprit de suite qui a présidé à la direction des affaires.

On se plaît ordinairement à chercher dans les actes des Souverains des mobiles cachés et de mystérieuses combinaisons, et cependant ma politique

a été bien simple: accroître la prospérité de la France et son ascendant moral, sans abus comme sans affaiblissement du pouvoir remis entre mes mains.

A l'extérieur, favoriser, dans la mesure du droit et des traités, les aspirations légitimes des peuples vers un meilleur avenir. Développer nos relations commerciales avec les pays dont nous rapprochait une plus grande communauté d'intérêts. Faire disparaître des cartons diplomatiques les vieilles questions en litige, afin d'enlever des prétextes de mésintelligence. Poursuivre enfin hardiment la réparation de toute insulte à notre drapeau, de tout préjudice causé à nos nationaux.

Voici comment, suivant les circonstances, il m'a été permis d'appliquer ces principes.

En Orient, le vœu national des Provinces Danubiennes de ne former qu'un même peuple ne pouvait nous trouver insensibles, et notre concours a contribué à cimenter leur union. Nous avons appuyé ce qu'il y avait de fondé dans les griefs de la Servie, du Monténégro et des chrétiens de Syrie, sans méconnaître les droits de la Porte Ottomane.

Nos armes ont défendu l'indépendance de l'Italie sans pactiser avec la révolution, sans altérer au delà du champ de bataille les bonnes relations avec nos adversaires d'un jour, sans abandonner le Saint-Père, que notre honneur et nos engagements passés nous obligeaient de soutenir.

Nous avons supprimé les causes de contestation auxquelles pouvaient donner lieu avec l'Espagne, soit la non-délimitation des frontières, soit l'ancienne dette de 1823, et, avec la Suisse, le différend de la vallée des Dappes.

Des traités de commerce ont été ou sont à la veille d'être conclus avec l'Angleterre, la Belgique, la Prusse, l'Italie et la Suisse.

Enfin des expéditions en Chine, en Cochinchine et au Mexique, prouvent qu'il n'y a pas de contrées si lointaines où une atteinte portée à l'honneur de la France demeure impunie.

De pareils faits n'ont pu se produire sans amener des complications. Le devoir marche toujours à travers des écueils. Néanmoins la France s'est agrandie de deux provinces; les barrières qui nous séparaient de nos voisins se sont abaissées; un vaste territoire s'est ouvert à notre activité dans l'extrême Orient, et, ce qui vaut mieux que les conquêtes, nous avons acquis des titres à la sympathie des peuples sans perdre la confiance et l'estime des Gouvernements.

Pendant les années qui viennent de s'écouler, il m'a été donné de me rencontrer avec la plupart des Souverains, et de ces entrevues sont nées des relations amicales, qui sont autant de gages pour la paix de l'Europe. Cette paix ne saurait être troublée par les événements qui viennent d'avoir lieu en Grèce.

Ce rapide exposé du passé vous répond de l'avenir, et, malgré la pression d'événements contraires et d'opinions opposées, vous reconnaîtrez, je l'espère, que j'ai toujours suivi avec fermeté la même ligne de conduite.

En ce qui concerne plus particulièrement la situation intérieure, j'ai voulu, d'un côté, par une amnistie complète, effacer autant qu'il était en moi le souvenir de nos discordes civiles, de l'autre, accroître l'importance des grands Corps de l'État, je vous ai appelés à prendre une part plus directe à la marche

No. 473. Frankreich, 12. Jan. 1863.

des affaires; j'ai entouré vos délibérations de toutes les garanties que la liberté de discussion pouvait réclamer. J'ai renoncé à une prérogative, jugée jusqu'alors indispensable, pour permettre au Corps Législatif de contrôler les dépenses d'une manière plus absolue et pour donner plus de solidité aux bases sur lesquelles repose le crédit public. Afin d'alléger nos finances, l'armée de terre et de mer a été ramenée à des proportions plus restreintes. La dette flottante a pu être réduite, et, par le succès de la conversion de la rente, un grand pas a été fait vers l'unification de la dette.

Les revenus indirects augmentent sans cesse par le simple fait de l'accroissement de la prospérité générale, et la situation de l'Empire serait florissante, si la guerre d'Amérique n'était pas venue tarir une des sources les plus fécondes de notre industrie.

La stagnation forcée du travail a engendré, sur plusieurs points, une misère digne de toute notre sollicitude, et un crédit vous sera demandé pour secourir ceux qui supportent, avec résignation, les effets d'un malheur qu'il ne dépend pas de nous de faire cesser. Cependant, j'ai tenté de faire parvenir au delà de l'Atlantique des conseils inspirés par une sympathie sincère; mais les grandes Puissances maritimes n'ayant pas cru pouvoir encore se joindre à moi, j'ai dû remettre à une époque plus propice l'offre d'une médiation qui avait pour but d'arrêter l'effusion du sang et de prévenir l'épuisement d'un pays dont l'avenir ne saurait nous être indifférent.

Je n'entrerai pas avec vous dans les détails de plusieurs améliorations administratives, telles que la création de la réserve de l'armée, la transformation de la flotte; les institutions favorables aux classes pauvres; les grands travaux publics; les encouragements à l'agriculture, aux sciences et aux arts; le maintien de la prospérité de nos colonies, malgré la suppression de l'émigration des noirs; l'affermissement de nos possessions d'Afrique par notre soin à gagner de plus en plus l'affection du peuple arabe et à protéger nos colons. L'exposé de la situation de l'Empire vous développera chacune de ces mesures.

Vous allez encore marquer par d'utiles travaux la fin de votre mandat, et, lorsque vous serez de retour dans vos départements, ne laissez pas ignorer que, si nous avons surmonté bien des obstacles et accompli bien des choses importantes, c'est grâce au concours dévoué des grands Corps de l'État et à l'accord qui a régné entre nous; que néanmoins il reste beaucoup à faire pour perfectionner nos institutions, répandre les idées vraies et accoutumer le pays à compter sur lui-même. Dites à vos concitoyens que je serai prêt sans cesse à accepter tout ce qui est l'intérêt du plus grand nombre; mais, s'ils ont à cœur de faciliter l'œuvre commencée, d'éviter les conflits qui n'engendrent que le malaise, de fortifier la Constitution qui est leur ouvrage, qu'ils envoient à la nouvelle Chambre des hommes qui, comme vous, acceptent sans arrière-pensée le régime actuel, qui préfèrent aux luttes stériles les délibérations sérieuses, des hommes qui, animés de l'esprit de l'époque et d'un véritable patriotisme, éclairent dans leur indépendance la marche du Gouvernement, et n'hésitent jamais à placer au-dessus d'un intérêt de parti la stabilité de l'État et la grandeur de la patrie.

No. 474.

FRANKREICH. — Aus dem „Exposé de la Situation de l'Empire, présenté au Sénat et au Corps Législatif."

Affaires étrangères.

AFFAIRES POLITIQUES.

No. 474. Frankreich, 12. Jan. 1863.

Les difficultés politiques qui ont surgi dans le cours de l'année 1862 n'ont point troublé les bons rapports des cabinets, grâce à l'esprit de conciliation qui a présidé à leurs délibérations communes. Le Gouvernement de l'Empereur, en ce qui le concerne, n'a rien négligé pour faire prévaloir les idées les plus favorables au maintien de la paix.

L'Italie est demeurée un des principaux objets de notre sollicitude et l'intérêt qui nous anime à son égard ne s'est pas ralenti. Il importait au Gouvernement italien de se rapprocher des Grandes Cours qui forment le concert européen. Malheureusement, la réunion de l'Italie méridionale aux provinces du Nord s'était accomplie en dehors des règles ordinaires du droit international, et plusieurs puissances, au nombre desquelles étaient la Russie et la Prusse, n'avaient pas cru qu'il leur fût possible de reconnaître le nouveau royaume sans s'écarter des principes de leur politique. Nous avons fait valoir auprès de ces deux Cours les considérations qui nous avaient nous-mêmes guidés. La reconnaissance de l'Italie, en apportant au cabinet de Turin une nouvelle force morale au dedans non moins qu'au dehors, devait, selon nous, lui donner les moyens de résister aux entraînements irréfléchis et de s'affranchir de plus en plus de l'influence des partis extrêmes. Nous avons saisi toutes les circonstances qui nous paraissaient opportunes pour nous exprimer en ce sens à Berlin comme à Saint-Pétersbourg. La Russie a bien voulu nous dire qu'elle était surtout dirigée par le désir de rapprocher sa politique de la nôtre dans les affaires de la Péninsule, et elle nous a demandé d'être les intermédiaires des communications qu'elle a jugé utile d'échanger avec le cabinet de Turin avant de prendre une détermination définitive. Nous avons été assez heureux pour provoquer de la part du Gouvernement italien des explications que le cabinet de Saint-Pétersbourg a trouvées satisfaisantes. La Cour de Russie a donc, ainsi que la France, reconnu le roi Victor-Emmanuel sous son nouveau titre, et la Prusse n'a pas hésité à adopter une résolution semblable.

L'Italie est aujourd'hui en relations régulières avec quatre des grandes puissances, et si la position de l'Autriche reste, à cet égard, exceptionnelle, nous avons continué de recevoir, en toute occasion, du cabinet de Vienne les assurances les plus conformes à ce que l'on peut attendre de sa modération et de sa sagesse.

Il existe, toutefois, en Italie des difficultés que les efforts du Gouvernement de l'Empereur n'ont pas réussi à aplanir. Elles sont, à la vérité, le fait des circonstances plus encore que celui des hommes, et l'on ne saurait s'étonner si la solution n'en est pas aussi rapide que le font désirer les grands intérêts qui

No. 474. Frankreich, 12. Jan. 1863.

s'y rattachent. Le Gouvernement de l'Empereur sait que l'on ne peut espérer pour la Péninsule d'organisation définitive et de paix durable tant que subsistera le désaccord qui divise la papauté et l'Italie, et il n'ignore pas le trouble que cet antagonisme porte dans les consciences. Sa Majesté elle-même a exposé, dans un document rendu public, les dangers d'une situation si anormale, en indiquant à la fois les nécessités qui pressent les deux parties de mettre un terme à leur différend et les éléments de l'accord qui pourrait intervenir entre elles. Les résistances de l'une et les exigences de l'autre ont une fois de plus témoigné combien les esprits manquaient encore du calme indispensable pour déterminer avec équité les conditions d'un rapprochement. Désirant toutefois maintenir son Gouvernement dans la même ligne de conduite, l'Empereur a pensé qu'il y avait avantage à faire appel à des hommes étrangers aux discussions antérieures et ainsi plus favorablement placés pour reprendre, d'après les indications de la lettre impériale du 20 mai, l'œuvre de conciliation dont elle a tracé les bases. Les intentions de Sa Majesté ont été appréciées comme elles devaient l'être en Italie, et nous avons la satisfaction de constater le calme relatif qui a succédé dans la Péninsule aux agitations dont la question romaine avait été récemment le prétexte.

Pendant que le nouveau ministère italien annonce qu'il consacrera ses soins à l'administration intérieure et s'abstient, suivant les expressions de son programme, de faire au pays des promesses qui ne pourraient être suivies d'effet, le Gouvernement pontifical, de son côté, ne se refuse pas à reconnaître l'opportunité des améliorations que nous n'avons cessé de lui conseiller d'introduire dans son régime intérieur. Le Saint-Père nous a donné l'assurance de ses intentions bienveillantes, et nous avons lieu de penser que d'utiles réformes administratives et judiciaires ne tarderont pas à être accordées aux provinces restées sous sa souveraineté.

La révolution qui a rendu vacant le trône hellénique empruntait à la situation de la Grèce un intérêt particulier. Il était à craindre que cet événement ne fît naître une agitation dangereuse pour la conservation de la paix en Orient. Le Gouvernement de Sa Majesté s'est attaché, autant qu'il dépendait de lui, à détourner le Gouvernement provisoire d'Athènes de tout ce qui pouvait encourager des aspirations inquiétantes.

Les traités qui ont établi l'indépendance de la Grèce l'ayant placée sous la garantie de la France, de l'Angleterre et de la Russie, nous avions à nous entendre avec les cabinets de Londres et de Saint-Pétersbourg sur les questions auxquelles devait donner lieu le choix d'un nouveau souverain. Une sage pensée avait dicté les actes diplomatiques sur lesquels repose l'existence de ce royaume. Les puissances, accomplissant avec désintéressement une œuvre entreprise sous les inspirations les plus généreuses, s'étaient interdit la recherche de tout avantage exclusif: elles avaient notamment stipulé que le prince qu'elles étaient alors chargées, en vertu d'une délégation officielle, de placer sur le trône de Grèce, ne pourrait être choisi parmi les membres de leurs familles régnantes. Bien que la position des Grecs à l'égard de cette clause des traités ne fût pas absolument la même que celle des trois cours, les engagements que la France,

l'Angleterre et la Russie avaient contractés n'en conservaient pas moins pour elles toute leur force obligatoire, et dans l'intérêt de l'équilibre général, qui serait altéré si l'une d'elles devenait prépondérante en Grèce, nous devions attacher du prix à ce que ces arrangements fussent adoptés pour règle de conduite.

Le Gouvernement de Sa Majesté n'a pas hésité à s'y conformer entièrement, et nous avons repoussé d'avance toute idée d'une candidature française. Les cabinets de Londres et de Saint-Pétersbourg témoignaient des dispositions semblables. Les trois cours étaient donc d'accord pour notifier au Gouvernement provisoire d'Athènes qu'elles jugeaient le protocole de la conférence de Londres applicable à l'élection du nouveau souverain. Mais le cabinet anglais, avant de désavouer officiellement à Athènes la candidature du prince Alfred, tenait à savoir que la Russie déclinerait également celle du duc de Leuchtemberg, et cette puissance ayant tardé à donner les explications qui lui étaient demandées, le cabinet de Londres annonça l'intention de se considérer comme délié lui-même de ses engagements. La candidature du prince Alfred prenait de ce moment un nouveau caractère. Le Gouvernement de l'Empereur a cru devoir à l'amitié qui l'unit au gouvernement anglais de lui exposer avec une entière franchise comment nous envisagions l'éventualité d'une royauté anglaise en Grèce, ainsi que les complications qui pouvaient en résulter dans la politique générale de l'Europe.

Le cabinet de Londres nous ayant répondu qu'il était prêt à refuser la couronne de Grèce pour le prince Alfred si la Russie consentait à considérer le duc de Leuchtemberg comme compris dans les exclusions prévues par le protocole de 1830, nous avons employé tous nos efforts pour faciliter une entente sur cette base. Le cabinet de Saint-Petersbourg a déféré à ce vœu. Deux notes ont en conséquence été échangées entre l'Angleterre et la Russie pour stipuler une renonciation réciproque dans le cas de l'élection du prince Alfred ou du duc de Leuchtemberg. Le Gouvernement de Sa Majesté a lui-même adhéré à cette résolution, qui a été portée à la connaissance de la Grèce par une déclaration des envoyés des trois cours. Les cabinets sont convenus en outre de se concerter sur la désignation du prince qui pourra être recommandé aux suffrages des Hellènes.

En même temps, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique adoptait une détermination importante; il déclarait son intention de se dessaisir du protectorat des îles Ioniennes en faveur de la Grèce, sous la condition que les puissances signataires des traités de Vienne accorderaient leur assentiment, et que le Gouvernement hellénique, conformément aux assurances qu'il a spontanément données, s'engagerait à conserver les institutions monarchiques et à respecter les circonscriptions territoriales.

Cette proposition est entièrement conforme à l'esprit des arrangements qui ont réglé en 1815 le sort de l'archipel des Sept-Iles. A cette époque, en effet, on a voulu tenir compte de leur nationalité. C'est pour cette raison qu'elles n'ont point été rattachées à l'Italie, et que, ne pouvant ni les réunir à la Grèce sans les soumettre à la domination ottomane, ni leur donner une indépen-

No. 474. Frankreich, 12. Jan. 1863.

dance politique qu'elles n'auraient pas pu défendre elles-mêmes, on crut concilier toutes les convenances en en formant un état distinct sous le protectorat d'une grande puissance chrétienne. Tout fait supposer que si le royaume hellénique eût existé alors, les cabinets auraient disposé des Sept-Iles comme le Gouvernement anglais propose de le faire aujourd'hui. Nous ne pouvions donc que le féliciter de cette détermination. Elle répond d'ailleurs aux vœux fréquemment exprimés par les Ioniens, et elle est trop en harmonie avec nos sentiments de bienveillance envers la Grèce pour ne pas obtenir l'approbation du Gouvernement de l'Empereur.

Il ne nous reste qu'à faire des vœux pour que l'arrangement définitif de la question grecque vienne promptement rétablir la tranquillité et le calme, et qu'il offre aux puissances les garanties d'ordre et de sécurité qu'elles seront en droit de demander au nouveau souverain de la Grèce.

Lorsque la révolution hellénique a éclaté, les événements dont la ville de Belgrade avait été le théâtre quelques mois auparavant, et la guerre du Monténégro à peine terminée, avaient causé dans la Turquie d'Europe une agitation qui durait encore.

Les affaires de Servie étaient du ressort des cours signataires du traité du 30 mars 1856. Les représentants à Constantinople de la France, de l'Autriche, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, de la Prusse et de la Russie se sont réunis avec les ministres du Sultan pour rechercher les moyens de prévenir de nouvelles collisions. De regrettables divergences, causées par l'ajournement de difficultés laissées depuis longtemps en suspens, existaient entre la cour suzeraine et la principauté. Un firman de 1830 établissait que les musulmans ne pourraient habiter en Servie, si ce n'est dans l'enceinte des six forteresses où la Porte se réservait le droit de garnison, et que partout ailleurs le territoire ne serait soumis à d'autre autorité que celle du Prince.

Mais ces dispositions n'avaient pas été appliquées. A Belgrade notamment, la population musulmane formait une ville turque et occupait en partie un quartier de la ville serbe. Il en résultait entre le gouvernement local et le commandant de la forteresse d'interminables conflits de juridiction, dont le bombardement de Belgrade a fait comprendre tous les dangers. Le nouvel arrangement émané des délibérations ouvertes à Constantinople assura l'entière exécution du firman de 1830. La Porte a consenti à la démolition de deux de ses forteresses situées dans l'intérieur de la Servie, en conservant son droit de garnison seulement dans celles qui sont placées sur les frontières. En dehors des ouvrages de ces quatre citadelles, il n'y aura plus en Servie ni population musulmane ni autre juridiction que la juridiction serbe. En outre, des instructions précises, qui ont été communiquées à la conférence, formeront la règle de conduite permanente des pachas gouverneurs de Belgrade; elles leur interdisent toute immixtion dans les affaires de la principauté, et leur enjoignent de ne recourir à l'emploi des moyens d'intimidation que leur offre l'armement de la forteresse que dans le cas où elle serait sérieusement menacée par une agression des Serbes. Le Gouvernement de Sa Majesté a contribué de tous ses efforts à amener un ar-

rangement qui était nécessaire pour rétablir la tranquillité en Servie, et qui, fidèlement observé, écartera une cause ordinaire de discussions et même de luttes sanglantes.

Les affaires du Monténégro n'ont point encore eu un dénoûment aussi favorable. Dans le courant de l'année 1861, les représentants des cinq grandes Cours en Turquie s'étaient entendus avec la Porte pour envoyer dans l'Herzégovine une commission chargée de concourir, par ses bons offices, à la pacification de cette province et au règlement des dissentiments qui avaient éclaté entre les Turcs et les Monténégrins. Mais les dispositions belliqueuses manifestées des deux parts avaient fait échouer les négociations. Toutefois, en ouvrant les hostilités, le Gouvernement ottoman déclara qu'il n'avait d'autre but que d'empêcher le Monténégro de prêter assistance aux populations soulevées de l'Herzégovine, et il donna aux cabinets l'assurance que la Turquie, quelle que fût l'issue de la lutte, ne changerait rien à l'état territorial et administratif de la Principauté. Le Gouvernement de Sa Majesté n'ayant pas trouvé que l'arrangement intervenu répondît suffisamment à cette déclaration, a maintenu d'une manière générale le droit des Puissances d'examiner, de concert avec les ministres du Sultan, les clauses de la Convention imposée aux Monténégrins. Nous conseillons à la Porte de renoncer à établir sur leur territoire une route militaire qui, loin d'assurer le maintien de la tranquillité dans ces contrées toujours si agitées et si promptes à s'armer, ne ferait que fournir de nouveaux prétextes à l'insurrection et à la guerre. La plupart des cabinets paraissent partager notre opinion, et nous voulons espérer que le Gouvernement ottoman reconnaîtra la sagesse de ces avis.

Dans l'affaire du Monténégro comme dans celle de la Servie, et, en général, dans tous les incidents qui ont occupé l'attention des Puissances en Orient, le Gouvernement de l'Empereur est demeuré scrupuleusement fidèle aux actes du Congrès de Paris, qui n'ont point séparé les intérêts des chrétiens de ceux de la Porte. Il est, en effet, pénétré de la conviction que la plus sûre garantie de la conservation de l'Empire Ottoman est dans une politique modérée et conciliante, respectant les priviléges acquis aux populations chrétiennes et ne leur refusant pas les améliorations que leur situation réclame encore. Cette politique, si elle était exactement pratiquée par la Porte, n'aurait pas seulement pour résultat de maintenir les chrétiens de l'empire dans des rapports de soumission et de confiance envers le Gouvernement ottoman, mais encore, au lieu de diviser les Puissances, elle faciliterait leur accord dans les questions si nombreuses où elles sont appelées à intervenir en Orient, et serait ainsi un gage de paix pour l'Europe comme pour la Turquie.

La France, la Russie et la Porte se sont entendues pour un arrangement auquel la chrétienté tout entière applaudira. Depuis quelque temps, la coupole du Saint-Sépulcre à Jérusalem est dans un état de dégradation devenu menaçant pour la sécurité des religieux qui en ont la garde, ainsi que des fidèles qui vont y prier. Cet état de choses, si peu digne de la majesté du plus vénéré des sanctuaires de la Terre-Sainte, devait éveiller la sollicitude du Gouvernement de l'Empereur. De son côté, la Russie s'en était préoccupée. Désirant éviter les

No. 474. Frankreich, 12. Jan. 1863.

divergences regrettables que les rivalités des diverses communions chrétiennes faisaient prévoir, si elles étaient directement appelées à concourir à cette œuvre, les deux Empereurs sont tombés d'accord pour demander l'assentiment de la Porte à une reconstruction de la coupole aux frais communs de la France et de la Russie. Le Sultan, s'associant à cette pensée, a réclamé, en qualité de souverain territorial, le droit de participer aux dépenses qui seront nécessaires. Un protocole a été signé à Constantinople entre les trois Cours, afin de fixer les conditions de cet accord. Le Gouvernement de Sa Majesté n'a d'ailleurs perdu de vue, dans cette négociation, ni les droits ni les intérêts des religieux latins, et tout en s'inspirant de sentiments de concorde qui ne sont nulle part mieux à leur place qu'en présence d'un sanctuaire également cher à la piété de toutes les communions, il ne s'est en rien écarté d'une des plus nobles traditions de la politique séculaire de notre pays.

L'année dernière, à pareille époque, l'état litigieux d'une partie de nos frontières avait suscité entre nous et la Suisse des contestations de la nature de celles qui se sont si souvent renouvelées depuis 1815 par suite de la situation indéterminée de la vallée des Dappes. Ces difficultés ont été aplanies par des explications ultérieures. Mais, guidé par l'amitié sincère qui l'anime à l'égard de la Suisse, le Gouvernement de l'Empereur a voulu lui en donner un nouveau témoignage en se prêtant à régler d'un commun accord les discussions soulevées par la possession de ce territoire, et il a signé avec la Confédération un traité destiné à fixer d'une manière certaine les frontières respectives. Sans rien sacrifier de nos intérêts, nous avons consenti à abandonner à la Suisse une portion du territoire en échange d'une cession équivalente. L'arrangement qui a été conclu fait disparaître un sujet de mésintelligence entre les autorités locales de la frontière et ne peut qu'exercer une heureuse influence sur leurs relations quotidiennes comme sur les rapports des deux Gouvernements. Ce traité est en ce moment soumis à leur ratification.

Le différend relatif à la position constitutionnelle des duchés de l'Elbe, dans la monarchie danoise, n'a pas cessé de diviser le cabinet de Copenhague et la Confédération germanique. Les parties ont essayé de s'entendre, par voies de communications diplomatiques, sur les bases d'une négociation définitive, et les grandes puissances non allemandes ont cherché, de leur côté, à rendre par leurs conseils un accord plus facile. Pour sa part, le Gouvernement de Sa Majesté n'a cessé de se faire l'organe des idées de conciliation, et autant il se serait estimé heureux de contribuer à un rapprochement, autant il doit regretter que ses efforts soient jusqu'ici restés infructueux.

L'année qui vient de s'accomplir n'a pas amené le dénoûment de la crise que traversent les États-Unis d'Amérique. La lutte se poursuit avec des alternatives de succès et de revers qui menacent de l'éterniser, et la résignation avec laquelle sont acceptés des deux parts les sacrifices extrêmes que cette guerre entraîne avec elle ne permet guère d'espérer que la lassitude seule des belligérants les décide à déposer les armes. En même temps, les souffrances qu'impose aux autres pays la fermeture d'une des contrées les plus productives du globe se

multiplient et s'aggravent. On sait quelles sont, en ce qui nous concerne, les misères qui éprouvent si cruellement notre industrie.

No. 474. Frankreich, 12. Jan. 1863.

Le Gouvernement de l'Empereur devait donc suivre avec une sollicitude croissante la marche des événements qui, dès l'année dernière, appelaient déjà si sérieusement son attention. Il désirait toujours concilier le maintien d'une neutralité bienveillante avec les devoirs de protection qui devenaient chaque jour plus impérieux à l'égard de ses nationaux. C'était une tâche que lui rendaient difficile les appels aussi nombreux que pressants qui lui étaient adressés pour le déterminer à soustraire les neutres aux conséquences malheureusement inévitables d'un tel conflit. Il peut affirmer, cependant, que la double considération à laquelle il s'était proposé d'obéir a constamment inspiré ses résolutions. Il n'a laissé échapper aucune des occasions qui l'autorisaient à s'expliquer avec le cabinet fédéral sur les dangers et les embarras de la situation; mais, en usant d'une entière franchise, il s'est attaché à donner à ses observations la forme la plus amicale, et il est heureux de dire qu'il a été rendu pleine justice, à Washington, aux sentiments qui l'animaient. Après avoir jusqu'à ces derniers temps conservé à ses communications avec le gouvernement fédéral le caractère d'un échange d'idées en quelque sorte confidentiel, les circonstances l'ont amené à croire que le moment était venu de tenter une démarche plus prononcée. Il lui a paru qu'après deux années d'une lutte aussi désastreuse on ne pouvait laisser passer l'époque où les rigueurs de la saison allaient peut-être forcément interrompre les opérations militaires sans s'efforcer de faire tourner ce temps d'arrêt au profit des idées de paix et de transaction.

Ayant toujours considéré, d'ailleurs, que le succès d'une tentative semblable était d'un intérêt général, se croyant de plus fondé, par la conformité de ses impressions sur les affaires d'Amérique avec celles des cabinets de Londres et de Saint-Pétersbourg, à leur attribuer des dispositions analogues aux siennes, le Gouvernement de l'Empereur a tenu à ne pas agir isolément. Il a donc proposé au Gouvernement russe et au Gouvernement britannique de se joindre à lui pour travailler de concert à amener une armistice de six mois entre le Gouvernement fédéral et les confédérés du Sud. La réponse des deux cours est déjà connue. Tout en témoignant qu'elles partageaient les sentiments qui nous avaient suggéré notre proposition, elles ont décliné l'entente à laquelle nous les appelions. Nous avons assurément regretté cette détermination; mais nous n'en gardons pas moins la conscience d'avoir obéi à un devoir d'humanité et de bonne politique. Nous sommes convaincus que notre proposition, présentée collectivement, aurait pu contribuer à arrêter une effusion de sang inutile et à hâter l'instant d'une réconciliation, dont nous avions d'ailleurs abandonné les termes à la libre appréciation des belligérants. Il n'y a pas lieu évidemment pour nous, aujourd'hui, de reprendre isolément l'initiative d'un projet qui, dans notre pensée primitive, devait être exécuté avec le concours de nos alliés; mais nous n'avons pas voulu laisser ignorer à Washington que nous étions tout prêts, si on nous en témoignait le désir, à faciliter, seuls ou collectivement, sous telle forme qui nous serait indiquée, l'œuvre de paix à laquelle nous avions voulu associer la Grande-Bretagne et la Russie.

No. 474. Frankreich. 12. Jan. 1863.

Le Gouvernement de l'Empereur a eu occasion de s'expliquer, dans la dernière session, sur les causes de dissidence qui, au Mexique, avaient amené l'Angleterre et l'Espagne à se séparer de la France. Malgré les discussions récentes dont ces événements ont été l'objet dans les Chambres espagnoles, nous ne croyons pas devoir rentrer ici dans des détails déjà connus. Sur tous les points le Gouvernement de l'Empereur maintient la manière de voir qu'il a exposée par l'organe des ministres de Sa Majesté devant le Sénat et le Corps législatif en s'appuyant sur des documents diplomatiques. Il suffira donc, pour le moment, de rappeler que la retraite de nos alliés avait rendu nécessaire l'envoi de renforts considérables, puisque nous allions désormais poursuivre seuls une expédition commencée à trois. L'attente de ces renforts devait inévitablement entraîner des retards dans nos opérations; mais toutes les troupes parties de France ont actuellement rallié le corps expéditionnaire. Pour assurer l'unité de direction, les pouvoirs diplomatiques et militaires ont été concentrés entre les mains du commandant en chef. La saison devenue favorable ôte toute inquiétude quant à l'état sanitaire de nos braves soldats et va leur permettre de poursuivre énergiquement la guerre. La question mexicaine est ainsi entrée dans une phase toute militaire dont il n'y a qu'à attendre le dénoûment. Le Gouvernement se bornera donc à exprimer la confiance que l'expédition se terminera bientôt glorieusement pour notre drapeau, et que le moment n'est plus éloigné où le succès de nos armes assurera aux intérêts qui nous ont amenés au Mexique les garanties durables qu'ils réclament depuis si longtemps.

Nos relations, toujours aussi amicales avec le Brésil, avec le Gouvernement d'Haïti, sont moins satisfaisantes avec quelques autres États de l'Amérique du Sud, qui montrent peu d'empressement à tenir compte de nos légitimes réclamations. C'est surtout au Vénézuéla que le Gouvernement de l'Empereur a le regret de voir s'accumuler des plaintes dont l'examen équitable nous est toujours refusé. Mais nous constatons avec plaisir que nous avons rencontré de tout autres dispositions au Pérou et à Buénos Ayres.

A Montévidéo, la négociation qui était depuis si longtemps pendante a enfin abouti au règlement que nous poursuivions en commun avec la Grande-Bretagne. Le payement de l'indemnité stipulée viendra soulager la misère d'un grand nombre de Français qui avaient eu à souffrir, dans l'Uruguay, de préjudices causés par des faits de guerre et qui en attendaient depuis de longues années la réparation.

Le cabinet de Lima, sous l'administration qui a précédé l'avénement à la présidence du général San-Roman, obéissant à des influences qui nous étaient hostiles, avait cherché à provoquer dans les républiques voisines des défiances contre notre expédition du Mexique. Nous ne pouvions attacher une grande importance à une agitation si peu justifiée; nous n'en avons pas moins remarqué avec plaisir l'attitude de plusieurs des États auxquels s'était adressé le Gouvernement péruvien. Le Guatemala, l'Équateur et la Confédération Argentine ont témoigné à cette occasion, d'un véritable sens politique, en se montrant indifférents aux appréhensions qu'on s'efforçait de leur inspirer et en déclinant les propositions qui leur étaient faites. Ces gouvernements ont prouvé par là qu'ils

rendaient toute justice aux sentiments de bienveillance dont la France est animée à leur égard.

No. 474. Frankreich, 12 Jan. 1863.

Il a été conclu à Saïgon, entre la France, l'Espagne et l'Empire d'Annam, un Traité qui, en mettant fin à la guerre poursuivie en Cochinchine, nous a définitivement assuré la possession des provinces de Bien-Hoa, de Gia-Dinh, de Dinh-Tuong et de l'île de Poulo-Condor. Le Gouvernement de l'Empereur a la confiance que notre marine et notre commerce recueilleront de sérieux avantages de l'acquisition de cette nouvelle colonie, qui contribuera puissamment à l'extension de nos rapports avec l'extrême Orient.

En Chine, la persistance de la rébellion continue à être une source d'inquiétudes pour le commerce étranger dans les provinces du littoral où se trouvent ses plus grands intérêts et dans celles qui alimentent le commerce de la soie. La volonté du cabinet de Pékin, manifestée par des preuves récentes de donner plus de sécurité aux rapports nouveaux que les nations étrangères entretiennent avec le Céleste Empire, et de tenir la main à l'exécution des Traités, atténuera, il faut l'espérer, les conséquences fâcheuses de l'insurrection qui dévaste une partie du pays.

Il n'y a pas encore lieu de constater chez le Gouvernement japonais des dispositions aussi satisfaisantes. Il est impossible de se dissimuler que le sentiment de celle des classes de la population avec laquelle ce Gouvernement a le plus à compter est ouvertement hostile à toute relation avec le dehors. Il a paru équitable et politique de tenir compte des difficultés intérieures avec lesquelles le cabinet de Yédo se trouve aux prises. Aussi avons-nous autorisé la mission japonaise venue à Paris dans le courant de cette année à déclarer, à son retour au Japon, que la France consentait à ajourner l'accomplissement de certaines clauses du traité, à la condition que toutes les autres stipulations recevraient une plus sérieuse et plus loyale exécution. Le Gouvernement de l'Empereur a pensé qu'une concession semblable était justifiée par les circonstances, et lui donnerait le droit d'être d'autant plus sévère ultérieurement, si le Gouvernement japonais voulait échapper aux obligations qu'il a contractées.

L'avénement à Madagascar d'un souverain désireux d'ouvrir son pays à la civilisation européenne ne pouvait être vu par la France avec indifférence. Nous nous sommes donc empressés de répondre de la manière la plus bienveillante au vœu qu'il a exprimé d'entrer en rapport avec le Gouvernement de l'Empereur. Un agent consulaire est aujourd'hui installé à Émyrne. Un traité d'amitié et de commerce a été signé récemment avec le roi Radama. Ce traité, avant d'être ratifié, appelle un examen spécial; mais il suffira de dire, pour en établir dès à présent le caractère libéral, qu'aux termes d'une de ses clauses, le bénéfice de cet acte sera acquis à toute nation qui en fera la demande, sans même qu'elle ait à conclure, pour s'en assurer les avantages, aucune convention particulière. Espérons que notre commerce saura profiter de l'accès qui lui est ouvert à Madagascar dans des conditions de sécurité qui n'existaient pas jusqu'à ce jour.

No. 474. Frankreich, 12. Jan. 1863.

AFFAIRES COMMERCIALES.

Le Gouvernement de l'Empereur a réussi, pendant l'année qui vient de s'écouler, à obtenir en Europe de nouvelles et précieuses adhésions à la politique libérale qu'ont inaugurée nos traités de commerce avec l'Angleterre et la Belgique, et qui a déjà, bien que de date récente, l'autorité d'une tradition. Les deux grandes négociations qu'annonçait l'exposé de 1861 ont abouti à des résultats qui, pour n'être pas encore complets et définitifs, n'en ont pas moins une haute importance. Les plénipotentiaires de la France et ceux de la Prusse ont constaté, le 2 août dernier, par un acte solennel, l'heureuse entente et les mutuels engagements de leurs Gouvernements respectifs. Nous sommes également parvenus à nous mettre d'accord avec l'Italie sur les bases du nouveau régime conventionnel que la transformation politique de la Péninsule a rendu nécessaire, et la signature du traité qui le consacre ne saurait se faire longtemps attendre.

L'année 1863 ne se passera donc point, il est permis de l'espérer, sans que les vœux des populations reçoivent sur les bords de la Méditerranée, comme de l'un et l'antre côté du Rhin, une entière et légitime satisfaction.

Dans les États du Zollverein, le mouvement en faveur de l'alliance commerciale avec la France se propage et se prononce de plus en plus. C'est en vain qu'il est combattu par des influences qui cherchent à substituer à la question économique des considérations d'une autre nature. La pensée et le but du traité de Berlin sont chaque jour mieux appréciés, et dans le midi même de l'Allemagne, l'industrie, mieux éclairée sur ses intérêts, plus confiante dans ses forces, sollicite aujourd'hui comme un bienfait l'exécution du contrat qu'elle repoussait naguère comme un danger. Quoi qu'il en soit, le refus d'un seul des membres de l'Union douanière suffisant pour empêcher l'exécution de l'acte négocié et conclu au nom de tous, le Gouvernement prussien s'est vu conduit à mettre les cabinets dissidents en demeure d'opter pour la ratification du traité du 2 août ou la dissolution du Zollverein au 1er janvier 1866, terme assigné à son existence, à défaut de renouvellement de sa charte constitutive. Le Gouvernement français a dû rester étranger à ces débats intérieurs; mais, tout en s'abstenant d'intervenir, il a eu soin que son langage ne laissât subsister aucun doute sur la ferme intention de maintenir intact l'ensemble des stipulations arrêtées avec la Prusse.

Les difficultés que rencontre la ratification par le Zollverein des arrangements de Berlin ont eu malheureusement pour conséquence de retarder le règlement de nos rapports commerciaux avec certains pays limitrophes de l'Union douanière, tels que les villes anséatiques et la Suisse. En effet, le Gouvernement de l'Empereur avait cru devoir subordonner à la mise en vigueur du traité franco-prussien l'ouverture de négociations nouvelles; mais aujourd'hui qu'il entrevoit le terme de la situation précaire dans laquelle une opposition mal inspirée place le commerce de la France et de l'Allemagne, il n'a plus de motifs pour se refuser à l'examen des propositions du Conseil fédéral et des Gouvernements anséatiques. Il vient donc de faire savoir à Berne et à Hambourg qu'il est prêt à ouvrir les conférences.

Le Gouvernement néerlandais nous a, de même, exprimé le voeu de voir établir sur des bases plus larges les relations des deux pays, et d'obtenir, moyennant une équitable compensation, la jouissance des avantages acquis à l'Angleterre et à la Belgique. Nous nous sommes empressés de reconnaître avec le cabinet de la Haye ce qu'il y avait d'insuffisant, après notre grande réforme économique, dans les stipulations du Traité du 25 juillet 1840; et si cette convention n'est pas encore remplacée par un acte plus conforme aux idées libérales que la Hollande a eu l'honneur de mettre en lumière et en pratique avant la plupart des États de l'Europe, c'est que son système de droits d'accise a fait naître entre les négociateurs des deux pays des différences d'appréciation qui disparaîtront sans doute lorsque les États Généraux se seront prononcés sur le projet de réforme financière dont ils sont actuellement saisis.

Le régime auquel sont soumis nos rapports de commerce et de navigation avec la Suède et la Norwége ne répond pas aux sentiments traditionnels d'amitié qui unissent la France et les États scandinaves. Les deux Gouvernements sont également convaincus de la nécessité d'y faire les modifications que comporte l'intimité de leurs relations politiques et que pourra leur suggérer une saine appréciation des intérêts qu'ils ont respectivement à protéger. Nous avons l'espoir que la mission qu'est venu remplir à Paris, il y a quelques mois, un haut fonctionnaire de l'Administration suédoise facilitera la conclusion d'un arrangement vivement désiré de part et d'autre.

Notre système d'alliance commerciale est donc en voie de se compléter au nord et au centre de l'Europe, il est à la veille de recevoir vers le sud une heureuse extension. Comme nous l'avons dit au commencement de cet Exposé, les négociations ouvertes avec le royaume d'Italie pour la substitution amiable de nouveaux arrangements commerciaux et maritimes à nos anciennes conventions avec les divers États de la Péninsule sont très-avancées et même parvenues à leur terme pour quelques points importants. Dès le 13 juin dernier, les plénipotentiaires de LL. MM. l'Empereur et le Roi Victor-Emmanuel ont signé un traité de navigation qui n'attend, pour être soumis à la sanction souveraine, que la conclusion du traité de commerce auquel il se lie intimement. Ce dernier acte n'a été retardé que par quelques difficultés de détail qui ne touchent point aux questions essentielles, et dont la solution, facilitée par un mutuel esprit de conciliation, doit être considérée comme fort prochaine.

Les deux Gouvernements n'ont point voulu d'ailleurs subordonner au règlement définitif de ces difficultés la protection réclamée par d'autres intérêts. Ainsi une convention pour la garantie réciproque de la propriété des oeuvres d'esprit et d'art a été conclue à Turin le 29 juin dernier; moins d'un mois après, le 26 juillet, une convention consulaire était signée à Paris.

Le premier de ces actes, en reproduisant les stipulations principales des traités spéciaux intervenus successivement entre la France et l'ancien royaume de Sardaigne, les a complétées par l'addition des clauses empruntées aux arrangements analogues les plus récents et dont l'utilité a été démontrée par l'expérience.

Quant à la convention du 6 juillet, les dispositions qu'elle renferme, basées sur une parfaite réciprocité, ont consacré en faveur des agents consulaires

No 474 Frankreich, 12. Jan 1863.

des deux pays la concession définitive des priviléges dont ils jouissaient déjà en vertu d'un accord tacite qui avait rendu applicable à tout le royaume d'Italie la convention du 14 février 1852 entre la France et la Sardaigne.

Nous rappellerons ici la convention qui a été conclue, le 7 janvier 1862, entre la France et l'Espagne, pour régler, avec une précision devenue nécessaire, les attributions des consuls et la condition civile des sujets des deux États. Le Gouvernement de l'Empereur n'a qu'à se féliciter des résultats de cet arrangement, et il ne perd pas l'espoir de s'entendre, à une époque rapprochée, avec le Gouvernement de Sa Majesté Catholique, pour donner une satisfaction plus complète aux intérêts commerciaux des deux pays, dont la solidarité devient de plus en plus étroite par suite du développement des voies internationales de communication.

Le traité de commerce du 13 mars dernier avec la Turquie a soulevé, sur quelques points du territoire ottoman, des difficultés d'interprétation, qui, déférées par notre ambassade au jugement de la Porte, ont été résolues dans le sens de nos justes réclamations.

L'accroissement considérable de la population française dans les villes de Constantinople et d'Alexandrie, et la multiplicité d'affaires, ainsi que les conflits d'intérêts privés qui en ont été la conséquence naturelle, ont donné aux attributions judiciaires de nos agents, dans ces deux résidences, une extension qui ne paraît plus pouvoir se concilier avec l'accomplissement des autres devoirs de leur charge. Justement désireux d'assurer l'exercice régulier du droit si important que les traités ou capitulations conclus entre la France et la Porte ottomane confèrent à nos consuls dans les Échelles du Levant, le Gouvernement de l'Empereur vient de mettre à l'étude un projet d'adjonction de magistrats spéciaux aux tribunaux consulaires de Constantinople et d'Alexandrie.

Les résultats satisfaisants qu'ont produit les mesures analogues adoptées déjà par l'Angleterre, la Grèce et l'Italie ne peuvent que faire augurer favorablement de l'institution projetée.

Suivant avec une vive et naturelle sollicitude les phases successives de la crise américaine, le Gouvernement de l'Empereur ne s'est pas laissé décourager par l'insuccès de ses premières tentatives pour rendre à notre commerce aux États-Unis la sécurité nécessaire à ses opérations. Si nous n'avons pu jusqu'à ce jour obtenir le retrait des aggravations de tarif que des considérations financières ont fait décréter au détriment de l'intérêt commercial, les actives démarches de notre diplomatie paraissent avoir contribué, du moins, à arrêter le cabinet de Washington dans une voie si funeste aux transactions internationales. Nos échanges avec un pays dont les forces vives sont absorbées par une lutte aussi acharnée que stérile demeurent, du reste, strictement limités aux objets de première nécessité. Le département des affaires étrangères devait donc se préoccuper, avant tout, de protéger contre les éventualités de destruction ou de saisie les marchandises possédées par des sujets français sur le sol américain.

A Haïti, un changement favorable apporté, sur nos instances, à la législation des patentes, vient de diminuer le nombre des priviléges dont jouissent, dans cette république, les négociants indigènes au détriment des Européens.

No 474 Frankreich, 12. Jan 1863.

Au Brésil, l'accord qui continue d'exister entre nos consuls et les autorités locales pour l'application de la convention consulaire du 10 décembre 1860, nous permet de recueillir la plénitude des avantages que nous attendions de cet arrangement.

Nous avons signé avec la république du Paraguay, le 9 août dernier, un traité de commerce et de navigation dont les ratifications ont dû être récemment échangées à l'Assomption, et qui remet en vigueur pour trois années les dispositions de celui de 1853.

Nos rapports avec la Confédération Argentine reposent encore sur la convention provisoire de 1840; mais, désirant leur donner pour base des stipulations plus précises, le département des affaires étrangères s'est mis en mesure d'entamer, dès que les circonstances s'y prêteraient, la négociation d'un traité complet et définitif. La situation est à peu près la même pour l'Uruguay, et, d'après les dispositions favorables que ces deux États ont manifestées, il y a lieu d'espérer que l'année ne s'achèvera pas sans que nous ayons assuré à nos intérêts commerciaux le complément de garantie qu'ils réclament dans cette partie de l'Amérique du Sud.

Le vote des crédits législatifs nécessaires a permis au département des affaires étrangères d'organiser en Chine notre service consulaire sur des bases assez larges pour donner satisfaction aux légitimes exigences de notre commerce. La création des nouveaux postes de Hong-Kong, Canton, Tien-Tsin et Hang-Kao encouragera nos nationaux a lutter d'initiative avec le commerce britannique, et secondera l'impulsion que l'ouverture toute récente des lignes françaises de navigation de l'Indo-Chine ne peut manquer d'imprimer à nos échanges avec l'extrême Orient, et, en particulier, à l'exportation des soies chinoises, de plus en plus appréciées par notre industrie.

Nos établissements au Japon restent stationnaires, malgré les efforts des agents de l'Empereur pour assurer le développement normal des relations de nos nationaux avec les indigènes. Toutefois, il est permis d'espérer que les pourparlers qui ont eu lieu récemment à Paris avec les ambassadeurs japonais n'auront pas été infructueux.

Le Gouvernement français n'a pas cherché seulement à agrandir les débouchés qu'offrent à l'excédant de notre production agricole et manufacturière les contrées depuis longtemps exploitées par le commerce européen; il s'est, en outre, attaché à en ouvrir de nouveaux dans des régions jusqu'ici peu accessibles à nos entreprises. Les clauses qu'il a introduites dans les traités conclus avec le souverain de la Cochinchine et celui de Madagascar garantissent, dans ces deux pays, des avantages permanents à nos négociants et à nos navigateurs. Le roi Radama II a voulu que le régime de franchise commerciale inauguré à Madagascar par son initiative reçût la consécration du droit diplomatique. Cette île, où nos nationaux jouiront désormais d'une entière sécurité sous la protection d'un agent officiel du Gouvernement de l'Empereur, fournira un vaste champ à leur activité, tandis que l'établissement d'une agence consulaire française dans le royaume de Dahomey favorisera l'essor de nos opérations sur la côte occidentale du continent africain.

No. 475.

FRANKREICH. — Der Kaiser an den Min. d. Ausw. — Grundzüge zur Lösung der römischen Frage. —

20 mai 1862.

No. 475. Frankreich, 20. Mai 1862.

Monsieur le ministre, — plus la force des choses nous maintient, relativement à la question romaine, dans une ligne de conduite également éloignée des deux partis extrêmes, plus cette ligne doit être nettement tracée, pour prévenir désormais l'accusation sans cesse renouvelée de pencher tantôt d'un côté, tantôt de l'autre. ¶ Depuis que je suis à la tête du Gouvernement en France, ma politique a toujours été la même vis-à-vis de l'Italie: seconder les aspirations nationales, engager le Pape à en devenir le soutien plutôt que l'adversaire, en un mot, consacrer l'alliance de la religion et de la liberté. ¶ Depuis l'année 1849, où l'expédition de Rome fut décidée, toutes mes lettres, tous mes discours, toutes les dépêches de mes ministres ont invariablement manifesté cette tendance et, suivant les circonstances, je l'ai soutenue avec une conviction profonde, soit à la tête d'un pouvoir limité, comme Président de la République, soit à la tête d'une armée victorieuse sur les bords du Mincio. ¶ Mes efforts, je l'avoue, sont venus jusqu'à présent se briser contre des résistances de toutes sortes, en présence de deux partis diamétralement opposés, absolus dans leurs haines comme dans leurs convictions, sourds aux conseils inspirés par le seul désir du bien. Est-ce une raison pour ne plus persévérer, et abandonner une cause grande aux yeux de tous et qui doit être féconde en bienfaits pour l'humanité? ¶ Il y a urgence à ce que la question romaine reçoive une solution définitive, car ce n'est pas seulement en Italie qu'elle trouble les esprits; partout elle produit le même désordre moral, parce qu'elle touche à ce que l'homme a le plus à cœur, la foi religieuse et la foi politique. ¶ Chaque parti substitue aux véritables principes d'équité et de justice son sentiment exclusif. Ainsi, les uns, oubliant les droits reconnus d'un pouvoir qui dure depuis dix siècles, proclament, sans égard pour une consécration aussi ancienne, la déchéance du Pape; les autres, sans souci de la revendication légitime des droits des peuples, condamnent sans scrupule une partie de l'Italie à une immobilité et une oppression éternelles. Ainsi, les uns disposent d'un pouvoir encore debout comme s'il était abattu, et les autres d'un peuple qui demande à vivre comme s'il était mort. ¶ Quoi qu'il en soit, le devoir des hommes d'État est d'étudier les moyens de réconcilier deux causes que les passions seules présentent comme irréconciliables. Échouerait-on, la tentative ne serait pas sans quelque gloire, et, dans tous les cas, il y a avantage à déclarer hautement le but vers lequel on tend. ¶ Ce but est d'arriver à une combinaison par laquelle le Pape adopterait ce qu'il y a de grand dans la pensée d'un peuple qui aspire à devenir une nation, et, de l'autre côté, ce peuple reconnaîtrait ce qu'il y a de salutaire dans un pouvoir dont l'influence s'étend sur l'univers entier. ¶ Au premier abord, en considérant les préjugés et les rancunes, également vivaces de chaque côté, on désespère d'un résultat favorable. Mais si, après avoir examiné le fond des choses, on interroge la raison et le bon sens, on aime à

se persuader que la vérité, cette lumière divine, finira par pénétrer dans les esprits et montrer dans tout son jour l'intérêt suprême et vital qui engage, qui oblige les partisans de deux causes opposées á s'entendre et à se réconcilier. ¶ Quel est d'abord l'intérêt de l'Italie? C'est d'écarter autant qu'il dépend d'elle les dangers qui la menaçent, d'atténuer les inimitiés qu'elle a soulevées, enfin de renverser tout ce qui s'oppose à sa légitime ambition de se reconstituer. Pour vaincre tant d'obstacles, il faut les envisager froidement. ¶ L'Italie, comme État nouveau, a contre elle tous ceux qui tiennent aux traditions du passé; comme État qui a appelé la révolution à son aide, elle inspire la défiance à tous les hommes d'ordre. Ils doutent de sa vigueur à réprimer les tendances anarchiques, et hésitent à croire qu'une société puisse s'affermir avec les mêmes éléments qui en ont bouleversé tant d'autres. Enfin, à ses portes, elle a un ennemi redoutable, dont les armées et le mauvais vouloir facile à comprendre seront longtemps encore un danger imminent. ¶ Ces antagonismes déjà si sérieux le deviennent davantage en s'appuyant sur les intérêts de la foi catholique. La question religieuse aggrave de beaucoup la situation et multiplie les adversaires du nouvel ordre de choses établi au delà des Alpes. Il y a peu de temps, le parti absolutiste était le seul qui lui fût contraire. Aujourd'hui, la plupart des populations catholiques en Europe lui sont hostiles, et cette hostilité entrave non-seulement les intentions bienveillantes des gouvernements rattachés par leur foi au Saint-Siége, mais elle arrête les dispositions favorables des gouvernements protestants ou schismatiques qui ont à compter avec une fraction considérable de leurs sujets. Ainsi, partout, c'est l'idée religieuse qui refroidit le sentiment public pour l'Italie. Sa réconciliation avec le Pape aplanirait bien des difficultés et lui rallierait des millions d'adversaires. ¶ D'autre part, le Saint-Siége a un intérêt égal, sinon plus fort, à cette réconciliation; car si le Saint-Siége a des soutiens zélés parmi tous les catholiques fervents, il a contre lui tout ce qui est libéral en Europe. Il passe pour être en politique le représentant des préjugés de l'ancien régime et, aux yeux de l'Italie, pour être l'ennemi de son indépendance, le partisan le plus dévoué de la réaction. Aussi est-il entouré des adhérents les plus exaltés des dynasties déchues, et cet entourage n'est point fait pour augmenter en sa faveur les sympathies des peuples qui ont renversé ces dynasties. Cependant, cet état de choses nuit moins encore au Souverain qu'au Chef de la religion. Dans les pays catholiques où les idées nouvelles ont un grand empire, les hommes mêmes les plus sincèrement attachés à leurs croyances sentent leur conscience se troubler et le doute entrer dans leurs esprits, incertains qu'ils sont de pouvoir allier leurs convictions politiques avec des principes religieux qui sembleraient condamner la civilisation moderne. Si cette situation, pleine de périls, devait se prolonger, les dissentiments politiques risqueraient d'amener des dissidences fâcheuses dans les croyances mêmes. ¶ L'intérêt du Saint-Siége, celui de la religion exigent donc que le Pape se réconcilie avec l'Italie; car ce sera se réconcilier avec les idées modernes, retenir dans le giron de l'Église deux cents millions de catholiques et donner à la religion un lustre nouveau en montrant la foi secondant les progrès de l'humanité. ¶ Mais sur quelle base fonder une oeuvre si désirable? ¶ Le Pape, ramené à une saine appréciation des choses, compren-

No. 475. Frankreich, 20. Mai 1862.

drait la nécessité d'accepter tout ce qui peut le rattacher à l'Italie, et l'Italie, cédant aux conseils d'une sage politique, ne refuserait pas d'adopter les garanties nécessaires à l'indépendance du Souverain Pontife et au libre exercice de son pouvoir. ¶ On atteindrait ce double but par une combinaison qui, en maintenant le Pape maître chez lui, abaisserait les barrières qui séparent aujourd'hui ses États du reste de l'Italie. ¶ Pour qu'il soit maître chez lui, l'indépendance doit lui être assurée, et son pouvoir accepté librement par ses sujets. Il faut espérer qu'il en serait ainsi, d'un côté, lorsque le Gouvernement italien s'engagerait vis-à-vis de la France à reconnaître les États de l'Église et la délimitation convenue; de l'autre, lorsque le Gouvernement du Saint-Siége, revenant à d'anciennes traditions, consacrerait les priviléges des municipalités et des provinces de manière à ce qu'elles s'administrent pour ainsi dire elles-mêmes; car, alors, le pouvoir du Pape, planant dans une sphère élevée au-dessus des intérêts secondaires de la société, se dégagerait de cette responsabilité toujours pesante et qu'un gouvernement fort peut seul supporter. ¶ Les indications générales qui précèdent ne sont pas un *ultimatum* que j'aie la prétention d'imposer aux deux partis en désaccord, mais les bases d'une politique que je crois devoir m'efforcer de faire prévaloir par notre influence légitime et nos conseils désintéressés. ¶ Sur ce, je prie Dieu qu'il vous ait en sa sainte garde.

Napoléon.

No. 476.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Botschafter in Rom. — Vorschläge zur Regelung der römischen Frage. —

Paris, le 31 mai 1862.

No. 476. Frankreich, 31. Mai 1862.

Monsieur le marquis, je crois utile, au moment où vous vous préparez à retourner à votre poste, de consigner dans une dépêche le résumé de nos conversations sur les graves intérêts que l'Empereur a confiés à votre zèle et à votre dévouement, et de vous fournir ainsi le moyen d'établir, une fois de plus, le caractère invariablement amical et bienveillant de la politique du Gouvernement de Sa Majesté à l'égard du Saint-Siége. ¶ La pensée qui nous a guidés, dès le début de la crise que traversent ensemble l'Église et l'Italie, n'a pas cessé de nous animer, et si infructueux qu'aient été jusqu'ici nos efforts, nous n'en sommes pas arrivés encore à nous convaincre de l'inutilité de les poursuivre. En n'abandonnant pas l'espoir d'atteindre le but que nous nous proposons, en me refusant à admettre que la destruction de l'état de choses inauguré dans la Péninsule doive être une condition *sine qua non* d'existence pour le pouvoir temporel de la papauté, ou que la chute de ce pouvoir soit devenue la conséquence logique et nécessaire de l'établissement du royaume d'Italie, je suis certain d'être l'organe des intentions et des volontés de l'Empereur. Sa Majesté a daigné préciser, dans une lettre qui m'est adressée, les idées que lui ont inspirées de longues et sérieuses réflexions sur la situation respective du Saint-Siége et de l'Italie. ¶ Vous trouverez ci-jointe, monsieur le marquis, une copie

de cet important document, et les considérations si pleines d'élévation, de lucidité et de force qui y sont développées vous indiqueront, avec une autorité que tout commentaire de ma part amoindrirait, le terrain où vous aurez à vous placer dans vos entretiens avec le cardinal Antonelli et le Saint-Père lui-même. ¶ J'avais évité à dessein, en vous prescrivant la démarche dont vous vous êtes acquitté au commencement du mois de janvier dernier, de formuler le plan de conciliation pour la préparation duquel vous étiez chargé de réclamer avant tout le concours du Saint-Siége. J'espérais, en effet, que notre ouverture ne serait point repoussée par une fin de non-recevoir aussi catégorique, et que le cardinal Antonelli nous aiderait à rechercher les bases d'un arrangement acceptable pour le Chef de l'Église et compatible avec les événements accomplis dans la Péninsule. Devant la résistance que nous avons rencontrée, une plus longue réserve risquerait d'être mal comprise. Les tentatives du Gouvernement de l'Empereur pour amener la cour de Rome à se départir, dans l'ordre temporel, de ses doctrines absolues, pourront échouer, mais il importe que nos intentions ne soient ni défigurées, ni méconnues, et que personne n'ait le droit de nous accuser de n'avoir point articulé nettement les conditions qui, à nos yeux, garantiraient l'indépendance, la dignité et la souveraineté du Père commun des fidèles, sans remettre de nouveau en question les destinées de l'Italie. Jamais, je le proclame hautement, le Gouvernement de l'Empereur n'a prononcé une parole de nature à laisser espérer au cabinet de Turin que la capitale de la catholicité pût, en même temps, devenir, du consentement de la France, la capitale du grand royaume qui s'est formé au delà des Alpes. Tous nos actes, toutes nos déclarations s'accordent, au contraire, pour constater notre ferme et constante volonté de maintenir le Pape en possession de la partie de ses États que la présence de notre drapeau lui a conservée. Je renouvelle ici cette assurance, monsieur le marquis, mais je répète aussi, avec une égale franchise, que toute combinaison reposant sur une autre base territoriale que le *statu quo* ne saurait aujourd'hui être soutenue par le Gouvernement de l'Empereur. Le Saint-Père, comme il l'a fait à d'autres époques, pourrait réserver ses droits dans la forme qu'il jugerait convenable; mais un arrangement impliquerait de sa part, dans notre pensée, la résignation de ne plus exercer son pouvoir que sur les provinces qui lui restent. L'Italie, de son côté, aurait à renoncer à ses prétentions sur Rome; elle devrait s'engager, vis-à-vis de la France, à respecter le territoire pontifical et à se charger de la plus grande partie, sinon de la totalité de la dette romaine. ¶ Si le Saint-Père, dans un esprit de paix, de charité et de concorde, consentait à se prêter à une transaction de ce genre, le Gouvernement de l'Empereur ne verrait que des avantages à tâcher d'y faire participer les Puissances signataires de l'acte général de Vienne, et d'unir leur garantie à la sienne. Il prendrait également, soit auprès de ces Puissances, soit plus particulièrement auprès de celles dont le catholicisme est la foi religieuse, l'initiative d'une proposition tendant à offrir au Saint-Père, en compensation des ressources qu'il ne trouverait plus dans le nombre réduit de ses sujets, une sorte de liste civile dont les titres inaliénables seraient remis entre ses mains. Le Gouvernement de l'Empereur s'estimerait heureux, pour sa part, de contribuer, dans la proportion d'une rente

No. 476. Frankreich, 31. Mai 1862.

de trois millions de francs, à la splendeur du trône pontifical et aux oeuvres de religion et de charité dont le centre est à Rome. Ainsi protégé à l'extérieur par la garantie de la France et des Puissances qui se joindraient à elle, le Gouvernement pontifical n'aurait plus qu'à se concilier l'adhésion de ses sujets par de sages réformes et, du jour où l'on s'y mettrait résolûment, en s'inspirant des principes qui président partout à l'organisation des sociétés modernes, cette tâche ne serait pas aussi difficile qu'elle le paraît. Le Saint-Père disait dernièrement, avec une haute raison, que le pouvoir temporel, tout nécessaire qu'il fût, n'était pas un dogme. Il ne l'est pas plus dans son essence constitutive que dans son étendue territoriale, et le premier devoir comme l'obligation la plus urgente des gouvernements, quelle que soit leur origine, c'est de marcher avec l'esprit de leur temps et de se bien convaincre que l'assentiment des populations est aujourd'hui, sinon la source, tout au moins le seul fondement solide de l'autorité souveraine. ¶ Voilà, monsieur le marquis, l'exposé succinct, mais que je crois complet cependant, des idées que l'Empereur entend apporter au règlement de la question romaine. Ce sont ces idées que vous aurez à développer au cardinal Antonelli et à faire connaître au Saint-Père lorsque vous aurez l'occasion de l'approcher. Vos démarches, afin de répondre aux sentiments de bienveillance qui animent Sa Majesté, n'auront naturellement rien de comminatoire. ¶ Vous aurez pourtant à laisser pressentir, si l'on vous oppose aussi catégoriquement que par le passé la théorie de l'immobilité, que le Gouvernement de l'Empereur ne saurait y conformer sa conduite, et que, s'il acquérait malheureusement la certitude que ses efforts pour décider le Saint-Père à accepter une transaction fussent devenus désormais inutiles, il lui faudrait, tout en sauvegardant autant que possible les intérêts qu'il a jusqu'ici couverts de sa sollicitude, aviser à sortir lui-même d'une situation qui, en se prolongeant au delà d'un certain terme, fausserait sa politique et ne servirait qu'à jeter les esprits dans un plus grand désordre. ¶ Vous êtes autorisé à lire cette dépêche au cardinal Antonelli. ¶ Agréez, etc.

Thouvenel.

Au **Marquis de La Valette**, etc.

No. 477.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Geschäftsträger in St. Petersburg. — Eine Unterredung mit Baron v. Budberg über die Anerkennung des Königr. Italien durch Russland betr. —

Paris, le 5 juin 1862.

No. 477. Frankreich, 5. Juni 1862.

Monsieur, profitant de la présence à Paris de M. le baron de Budberg, je lui ai exposé les considérations que nous avions déjà recommandées à l'examen de son Gouvernement et qui nous faisaient attacher beaucoup de prix à voir le cabinet de Saint-Pétersbourg renouer avec l'Italie des relations régulières qui ne pourraient manquer de servir utilement les intérêts généraux d'ordre et de conservation en Europe. Les incidents qui se sont produits récemment en Lom-

bardie me fournissaient à l'appui de cette opinion des arguments que je me suis attaché à faire valoir. Le Gouvernement italien, en effet, vient d'être soumis à une épreuve qu'il a traversée à son honneur, et dans laquelle il a déployé une vigueur et une résolution dont il n'est que juste et sage de lui tenir compte. Le Gouvernement autrichien lui-même, contre lequel semblaient dirigées les folles entreprises préparées à Bergame et à Brescia, n'a pas hésité à reconnaître que l'attitude du cabinet de Turin avait été dans cette circonstance délicate pour lui, à l'abri de tout reproche, et qu'il avait rempli tous les devoirs imposés en pareil cas à tout Gouvernement régulier. Je n'ai pas à insister avec vous, Monsieur, sur les idées que j'ai développées dans le cours de mes entretiens avec M. de Budberg sur ce sujet; ce sont celles que vous avez été chargé vous-même d'exposer au prince Gortchakoff. ¶ J'ai ajouté que la perspective de la reconnaissance prochaine du royaume d'Italie par la Russie serait certainement, pour le Gouvernement italien, un encouragement puissant à persévérer dans la voie où il s'était résolûment engagé, et que, dans un moment où, par son attitude et par les mesures législatives qu'il avait présentées au Parlement, il donnait à l'Europe de sérieuses garanties de ses intentions, je serais heureux d'être autorisé à ne pas lui laisser ignorer les dispositions favorables du cabinet de Saint-Pétersbourg, en faisant valoir la force morale qui ne manquerait pas de résulter, pour le nouveau royaume, d'un succès qu'il devrait à la pratique d'une bonne et sage politique. ¶ Recevez, etc.

No 477. Frankreich, 5. Juni 1862.

Thouvenel.

A **Mr. Fournier**, etc., *St. Pétersbourg.*

No. 478.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Gesandten in Turin. — Die Anerkennung des Königreichs Italien durch Russland betr. —

Paris, le 11 juin 1862.

No. 478. Frankreich, 11. Juni 1862.

Monsieur, vous connaissez depuis longtemps les démarches que le Gouvernement de l'Empereur a tentées pour engager les cabinets de Saint-Pétersbourg et de Berlin à sortir de l'attitude de réserve dans laquelle ils se sont tenus à l'égard de l'Italie, et à reprendre avec le Cabinet de Turin des rapports réguliers. Je me félicite de pouvoir vous annoncer que ces négociations confidentielles paraissent devoir aboutir prochainement à un résultat conforme à nos désirs, et, nous le croyons, aussi aux intérêts généraux de l'Europe. ¶ J'ai profité de la présence à Paris de M. le baron de Budberg, Ministre de Russie à Berlin, pour insister sur les considérations que j'avais souvent développées à M. le comte Kisséleff, et vous trouverez ci-jointe une copie de la dépêche que j'ai écrite à ce sujet au chargé d'affaires de l'Empereur à Saint-Pétersbourg. M. le baron de Budberg, de son côté, s'était empressé de faire connaître par le télégraphe à son Gouvernement la substance de notre entretien, et il est venu me communiquer hier la réponse, également ci-annexée, de M. le prince Gortchakoff. Vous verrez, Monsieur, que le Cabinet de Saint-Pétersbourg admet en principe la reconnaissance du nouveau titre de S. M. le Roi Victor-Emmanuel, en la

No. 478. Frankreich, 11 Juni 1862.

subordonnant à des conditions dont l'accomplissement ne saurait, à mon avis, soulever de sérieuses difficultés. ¶ L'attitude prise par le cabinet de Turin, à la suite de l'incident de Brescia, et les mesures qu'il a récemment proposées aux Chambres, témoignent de sa ferme volonté de demeurer maître de la situation, et de ne pas souffrir que des influences irrégulières se substituent nulle part à l'action gouvernementale. Les déclarations de M. le Président du Conseil, que la majorité parlementaire a sanctionnées de son vote, fournissent déjà à M. le prince Gortchakoff les assurances générales qu'il demandait, et M. le baron de Budberg, sur la remarque que je lui en ai faite, a bien voulu en convenir. Il ne me reste donc plus à examiner que les conditions particulières indiquées par M. le Ministre des Affaires étrangères de S. M. l'Empereur Alexandre. On ne demande pas à l'Italie de refuser l'hospitalité aux émigrés polonais, ni de prendre à leur égard des mesures de rigueur; la seule prétention de la Russie, et elle est légitime, c'est qu'on n'autorise plus, sur le territoire italien, des démonstrations ou des actes incompatibles avec l'état de paix qui existe et les relations normales qu'il s'agit aujourd'hui de rétablir entre les deux Puissances. ¶ Quant à la promesse de ne tolérer la formation d'aucune force armée destinée à servir d'instrument à la révolution, elle me paraît découler trop naturellement du programme exposé par M. Rattazzi devant la chambre des Députés pour qu'il doive, ce me semble, hésiter à la donner. Je me plais donc à croire, Monsieur, que le cabinet de Turin, comprenant tous les avantages d'une prompte décision, ne tardera pas à adresser au Ministre de Sa Majesté de Roi l'Italie à Paris une dépêche officielle, et conçue en termes assez explicites pour pouvoir être utilement communiquée à Saint-Pétersbourg par l'intermédiaire de notre ambassade.

Thouvenel.

A **Mr. Benedetti**, etc., *Turin.*

No. 479.

FRANKREICH. — Botschafter in Rom a. d. kaiserl. Min. d. Ausw. — Bericht über eine Unterredung mit dem Cardinal-Staatssecret. Antonelli bei Uebermittlung der französischen Vorschläge [No. 476] und über die Ablehnung der Letzteren seitens des heil. Stuhls. —

Rome, le 24 juin 1862.

No. 479. Frankreich, 24 Juni 1862.

Monsieur le ministre, — Dans sa dépêche du 31 mai*), Votre Excellence, s'inspirant des sentiments de profonde bienveillance qui n'ont cessé d'animer le Gouvernement de l'Empereur à l'égard du Saint-Siége, a bien voulu préciser les conditions qui lui semblaient les plus propres à garantir, en face de l'état de choses récemment inauguré dans la Péninsule, l'indépendance, la dignité et la souveraineté du Saint-Siége. ¶ Ces conditions, que je ne crois pas inutiles de rappeler, se résumaient dans les quatre points suivants:

1⁰ Le maintien du *statu quo* territorial, le Saint-Père se résignant, sous toutes réserves, à n'exercer son pouvoir que sur les provinces qui lui restent,

---

*) No. 476.

tandis que l'Italie s'engagerait, vis-à-vis de la France, à respecter celles que l'Église possède encore. Le Souverain Pontife consentant à se prêter à cette transaction, le Gouvernement de l'Empereur devait tâcher d'y faire participer les Puissances signataires de l'acte général de Vienne.

2° Le transfert, à la charge de l'Italie, de la plus grande partie, sinon de la totalité, de la dette romaine.

3° La constitution, au profit du Saint-Père, d'une liste civile destinée à compenser les ressources qu'il ne trouverait plus dans le nombre réduit de ses sujets. En prenant l'initiative de cette proposition auprès des Puissances européennes, et plus particulièrement auprès de celles qui appartiennent au culte catholique, la France devait s'engager, pour sa part, à contribuer dans la proportion d'une rente de trois millions a l'indemnité offerte au chef de la catholicité.

4° La concession par le Saint-Père de réformes qui, en lui ralliant ses sujets, consolideraient à l'intérieur un pouvoir dejà protégé au dehors par la garantie de la France et des puissances européennes.

Conformément à vos ordres, monsieur le ministre, je m'étais empressé, dès mon arrivée, d'entretenir le cardinal secrétaire d'État des propositions développées dans la dépêche précitée de Votre Excellence. A notre seconde entrevue, je lui en avais donné lecture *in extenso*, et Son Éminence l'avait hier sous les yeux lorsque, dans une quatrième conférence résumant toutes les précédentes, elle a opposé aux ouvertures dont j'étais l'interprète un refus que tout porte à me faire considérer comme définitif. C'est sous sa dictée, pour ainsi dire, que j'en ai reproduit les termes. ¶ Le cardinal secrétaire d'État m'a exprimé tout d'abord les sentiments de reconnaissance qu'inspirait au Saint-Père cette nouvelle preuve, ajoutée à tant d'autres, de la bienveillance de l'Empereur pour le Saint-Siége. Il lui était malheureusement impossible d'y répondre autrement que par ce témoignage de gratitude. ¶ „Le Saint-Père, m'a dit Son Éminence, ne peut consentir à rien qui, directement ou indirectement, consacre d'une manière quelconque les spoliations dont il a été la victime. Il ne peut aliéner ni directement, ni indirectement, aucune parcelle d'un territoire qui constitue la propriété de l'Église et de la catholicité tout entière. Sa conscience s'y refuse, et il tient à la garder pure devant Dieu et devant les hommes. ¶ Le Saint-Père ne peut donc consentir à ce qu'on lui garantisse une partie de cette propriété: ce serait, en fait, sinon en droit, faire l'abandon du reste. Sa conscience, je le répète, ne le lui permet pas. ¶ Il s'étonne, d'ailleurs, que ces propositions lui soient soumises avant que le Gouvernement de l'Empereur se soit entendu avec le Piémont, seule cause des désordres actuels. Pourquoi imposer des sacrifices à la victime, plutôt qu'à celui qui l'a dépouillée?“ ¶ J'ai fait observer à Son Éminence qu'il nous avait paru tout à la fois plus respectueux et plus utile de nous adresser tout d'abord au Saint-Siége. Si le soin de sa dignité nous faisait un devoir de consulter avant tout ses convenances, l'intérêt de la transaction que nous poursuivions ne nous engageait pas moins à nous assurer de son assentiment avant toute autre démarche destinée à l'entourer des garanties du droit conventionnel. Je demandais d'ailleurs à Son Éminence, en présence du regret qu'elle venait de formuler, si, dans le cas où l'Italie eût adhéré

No. 479 Frankreich, 24. Juni 1862

la première à nos propositions, le Saint-Père se serait montré plus disposé à les accepter lui-même. ¶ Le cardinal secrétaire d'État m'a répondu négativement. Le Souverain Pontife se trouverait toujours en face de la même question de conscience. ¶ Revenant aux sûretés dont nous nous proposions d'entourer le maintien du *statu quo* territorial, Son Éminence a insisté sur ce point que les Puissances signataires du traité de Vienne ayant garanti, par cet acte même, la totalité des États de l'Église, il serait étrange et, en quelque sorte, contradictoire, que ces mêmes Puissances fussent invitées à n'en garantir qu'une faible partie. J'ai répondu au cardinal, comme j'avais déjà eu l'occasion de le faire dans une précédente discussion, qu'en principe, l'acte général de Vienne n'avait pas plus solennellement garanti les possessions du Saint-Siége que les autres États dont les limites avaient été fixées à cette époque; qu'en fait les répartitions territoriales opérées alors avaient déjà subi plus d'une atteinte. ¶ Je n'avais pas besoin de rappeler à Son Éminence que les mêmes Puissances qui avaient constitué la Hollande en 1815, avaient permis, en 1831, que la Belgique s'en détachât; et, pour ne parler que des changements politiques survenus en dernier lieu dans la Péninsule, ces modifications, elle le savait, avaient été déjà plus ou moins implicitement reconnues par plusieurs des cabinets représentés au congrès de Vienne. Le Saint-Siége avait tout intérêt, dès lors, à voir substituer à cette garantie à laquelle il faisait allusion, garantie générale, inefficace, appartenant plutôt à l'histoire qu'à la politique actuelle, frappée par une sorte de prescription, affaiblie, en tout cas, par plus d'un fait accompli, une garantie nouvelle, spéciale, ne dépendant plus d'un ensemble de stipulations d'autant plus difficiles à maintenir qu'elles étaient plus complexes, mais ayant, au contraire, pour but particulier le règlement définitif d'une question capitale tant au point de vue de l'Europe qu'à celui de la catholicité tout entière. Cette garantie, nous avions le légitime espoir d'y associer les Puissances signataires de l'acte général de Vienne; mais l'adhésion du Saint-Père nous était d'abord nécessaire. ¶ Le cardinal secrétaire d'État s'est borné à rappeler les motifs qui ne permettaient pas au Saint-Siége de renoncer, sous quelque forme que ce fût, à une portion quelconque des droits qui étaient bien moins sa propriété que celle du monde catholique. Ces mêmes raisons lui faisaient repousser la clause qui tendait à mettre à la charge du Gouvernement de Turin le payement de la dette romaine: ¶ „Le Saint-Siége étant le véritable débiteur, m'a dit Son Éminence, consentir à laisser attribuer au gouvernement usurpateur les dettes du gouvernement légitime, ce serait, de la part du Saint-Père, reconnaître la spoliation elle-même. Sa conscience s'y refuse absolument. Aidée des dons des fidèles, Sa Sainteté a pu jusqu'ici faire face à des obligations qu'elle considère comme sacrées. Pleine de confiance dans la divine Providence, elle continuera à remplir ses engagements, et n'y renoncera que lorsqu'elle se verra dans l'impossibilité absolue d'y satisfaire. ¶ Le refus obligé de ces propositions, a continué Son Éminence, entraîne nécessairement le rejet de la troisième, qui n'aurait sa raison d'être que dans l'acceptation des deux premières. Si reconnaissant que soit le Saint-Père des dispositions si généreuses que lui témoigne l'Empereur, ainsi que de la proposition dont Sa Majesté se déclare prête à prendre l'initiative à son égard, il lui est impossible de les accepter.

Il doit les décliner dans l'intérêt de son indépendance, sinon de sa dignité. Accepter une indemnité sous quelque forme que ce soit, ce serait encore reconnaître la spoliation qu'elle a pour but de compenser. On ne peut accepter la compensation quand on n'accepte pas le sacrifice, et ce sacrifice, encore une fois, le Saint-Père n'a pas le droit de le faire. ¶ Quant à la dernière question, m'a dit en terminant le cardinal secrétaire d'État, je n'ai rien à ajouter aux déclarations que j'ai déjà eu l'occasion de faire au prédécesseur de Votre Excellence. Ces réformes sont prêtes; elles ne seront promulguées que le jour où les provinces usurpées rentreront sous l'autorité légitime dont elles ont été distraites." ¶ J'ai rapporté textuellement, monsieur le ministre, les paroles dans lesquelles le cardinal secrétaire d'État a résumé sa réponse. Je n'importunerai pas Votre Excellence en reproduisant en détail les arguments que j'ai opposés à chacune des objections qui m'étaient faites. Pour ne relever que les dernières, j'ai fait observer au cardinal Antonelli qu'en lui proposant le transfert de la dette romaine au Piémont, nous ne nous étions pas dissimulé les objections que ce projet soulèverait de la part du Saint-Siége. Sérieusement préoccupés, toutefois, d'une éventualité que le Gouvernement pontifical était obligé lui-même de prévoir, nous avions à coeur, en le déchargeant d'une dette qui absorberait si vite ses dernières ressources, de le sauver d'embarras que nous n'envisagions pas avec la même résignation. ¶ Le Saint-Siége était engagé vis-à-vis de ses propres populations: pouvait-il leur imposer le poids de la dette tout entière, jusqu'au moment où il ne lui serait plus permis de faire face ni aux obligations du dehors ni aux engagements contractés à l'intérieur? Le Saint-Père comptait sur le denier de saint Pierre; mais nous ne pouvions avoir la même confiance dans une ressource aussi aléatoire. ¶ En déchargeant au contraire ses sujets de sacrifices impossibles à soutenir, en dispensant les fidèles d'offrandes impossibles à régulariser, en acceptant directement des Puissances catholiques les subsides nécessaires à l'entretien et aux splendeurs du centre de la catholicité, en accordant enfin les réformes qu'exige l'esprit des sociétés modernes, le Saint-Père se retrouvait plus libre, plus fort, en face de ses sujets réconciliés, et pouvait consacrer exclusivement les ressources du pays, sans que l'Église proprement dite en souffrît, au développement de son bien-être et de sa prospérité matériels. C'était donc au nom de la prudence, de la justice et du progrès, c'était avant tout dans l'intérêt de la dignité et de l'indépendance du Souverain Pontife, que nous recommandions ce qu'il repoussait comme contraire à son indépendance et à sa dignité. C'était si bien le voeu de l'Empereur, que sa sollicitude semblait avoir prévu jusqu'au cas, si peu probable, où notre initiative auprès des autres Puissances européennes resterait sans résultat, puisque la part que la France offrait dès à présent à elle seule, représentait la totalité de la liste civile actuelle du Saint-Père. ¶ Quant à la résolution si nettement manifestée par la cour de Rome d'ajourner indéfiniment des réformes qu'elle-même a jugées indispensables, de mettre à un acte de justice et d'humanité pure une condition purement politique, de faire envier et expier tout à la fois aux populations restées sous l'autorité du Saint-Siége la situation plus favorable de celles qui ont pu s'y soustraire, je n'ai pas même besoin d'indiquer les réflexions qu'elle a dû m'inspirer. Je les ai présentées avec d'autant plus de

No 479. Frankreich, 2. Juni 1862.

mesure et de réserve que le terrain sur lequel on se plaçait était plus difficile à défendre. ¶ Il me serait impossible, encore une fois, de reproduire dans toutes ses phases une discussion qui a rempli quatre entrevues successives. Pénétré des considérations développées dans les instructions de Votre Excellence, comme des vues si généreuses, si élevées qui ont dicté à l'Empereur ce nouvel effort dans le sens d'une conciliation désirable à tant de titres, j'ai la conscience d'avoir épuisé, dans la limite de mes forces, tous les moyens de justifier les propositions dont j'étais l'interprète. J'ai vainement représenté au cardinal secrétaire d'État que les scrupules de conscience dans lesquels se résumaient les objections du Saint-Siége pouvaient et devaient céder devant les réserves de droit que nous nous étions toujours déclarés prêts à admettre de sa part. Ces réserves, la Cour de Rome les avait formulées à d'autres époques; en les reproduisant aujourd'hui dans les termes qu'elle jugerait le plus convenables, elle restait fidèle à ses principes autant qu'à ses traditions politiques. Dans les précédents auxquels je faisais allusion, le Saint-Père trouvait non-seulement sa complète justification, mais un exemple à suivre. En maintenant le droit, il obéissait à sa conscience; en admettant le fait, il donnait satisfaction à la prudence, à la paix et à la charité. Quel immense intérêt n'avait pas le Saint-Siége à sortir d'une situation impossible à prolonger, à entrer dans la seule voie de salut qui lui fût offerte, à se réconcilier avec l'Italie dont ses destinées ne pouvaient être séparées, comme avec les populations dont le soin lui avait été confié, à voir assurer par un acte solennel, entouré d'une garantie européenne, un territoire que notre seule présence lui avait conservé jusqu'ici, à accepter, dans de légitimes compensations, les conditions de dignité et d'indépendance indispensables au libre exercice de ses droits spirituels, à rendre moins lourde aux fidèles une contribution mesurée, aujourd'hui, bien moins à leur piété qu'à des ressources nécessairement de plus en plus limitées; de sauver enfin par des concessions dont l'histoire de l'Église offrait plus d'un exemple, mais jamais dans des circonstances aussi pressantes, Rome de ses souffrances et de son isolement, l'Italie d'une rupture définitive avec la Papauté, l'Europe des graves complications qu'elle redoute, les consciences du trouble qui les agite, la foi du schisme qui la menace, l'Église elle-même d'une des plus rudes épreuves qui l'aient jamais attendue. ¶ Lorsque la France, il y a six mois à peine, a invité le Saint-Père à s'entendre avec elle, en principe et sans en fixer les bases, sur une transaction destinée à assurer son indépendance, ses ouvertures ont été repoussées par une fin de non-recevoir absolue. Sa sollicitude ne s'est point lassée. Le Gouvernement de l'Empereur vient de formuler et de soumettre au Saint-Siége les propositions les plus explicites. Chargé de les transmettre, je constate, avec le même regret, qu'elles ont eu le même sort. ¶ Veuillez agréer, etc.

Lavalette.

A Mr. de Thouvenel, etc., *Paris.*

No. 480.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Gesandten in Turin. — Die Anerkennung des Königr. Italien durch Russland betr. —

Paris, le 26 juin 1862.

No. 480 Frankreich, 26 Juni 1862.

Monsieur, ainsi que vous me l'aviez annoncé dans votre rapport confidentiel du 15, M. le général Durando a consigné, dans une dépêche qui m'a été communiquée par M. Nigra, les assurances par lesquelles le cabinet de Turin s'est proposé de satisfaire aux conditions moyennant lesquelles le Gouvernement russe est disposé à reconnaître le royaume d'Italie. Ce document, dont vous n'aurez pas manqué d'avoir connaissance, me paraît donner une complète satisfaction au cabinet de Saint-Pétersbourg. Je me suis empressé d'en transmettre copie au chargé d'affaires de Sa Majesté, et je me plais à penser que cette communication exercera la plus favorable influence sur les résolutions définitives du Gouvernement russe. M. de Budberg a lieu de croire qu'il sera prochainement en mesure de savoir comment elle aura été accueillie par le prince Gortchakoff; toutefois, le Gouvernement russe désirant, s'il est possible, agir dans cette question d'accord avec le Cabinet de Berlin, il faut prévoir qu'il s'écoulera peut-être quelque temps avant que sa décision puisse être annoncée officiellement.

Thouvenel.

A **Mr. Benedetti**, etc., *Turin.*

No. 481.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Geschäftsträger in Turin. — Die Anerkennung des Königr. Italien durch Russland betr.

Paris, le 8 juillet 1862.

No. 481 Frankreich, 8 Juli 1862

Monsieur, vous savez déjà par la dépêche télégraphique que j'ai eu l'honneur de vous adresser hier soir que l'Empereur de Russie a résolu de reconnaître le royaume d'Italie. M. le baron de Budberg, chargé de suivre ici les pourparlers qui ont précédé cette résolution, est venu m'annoncer que son souverain était prêt à recevoir un envoyé du roi Victor-Emmanuel et à pourvoir immédiatement après à la nomination de son représentant près Sa Majesté Italienne. Il m'a lu en même temps une dépêche dans laquelle le prince Gortchakoff s'est attaché à indiquer les motifs qui ont déterminé la ligne de conduite suivie par son Gouvernement dans une circonstance si importante. ¶ Il résulte de cette communication que le cabinet de Pétersbourg a été surtout guidé par cette considération d'un ordre supérieur et d'un intérêt général, qu'il importait d'aider le roi Victor-Emmanuel à affermir son pouvoir dans de telles conditions qu'il lui fût permis de triompher des opinions extrêmes, de maîtriser les éléments révolutionnaires, et d'offrir à l'Europe les garanties d'un Gouvernement régulier en mesure de remplir ses obligations internationales. ¶ Le Gouvernement russe s'est cru d'autant mieux autorisé à suivre cette inspiration que le

No. 481 Frankreich, 8. Juli 1862.

cabinet de Turin a montré, dans des circonstances récentes, qu'il était véritablement résolu à résister à la violence des partis extrêmes en Italie, et qu'il a donné des gages de la loyauté des déclarations et des engagements dont la dépêche de M. le général Durando à M. Nigra contenait l'expression. ¶ Nous ne pouvons, Monsieur, qu'applaudir à ces vues du cabinet de Pétersbourg, puisqu'elles n'ont jamais cessé d'être celles du Gouvernement de l'Empereur. Nous partageons aussi l'espérance exprimée par M. le prince Gortchakoff, que le Gouvernement du roi Victor-Emmanuel persistera et s'affermira de jour en jour davantage dans une politique qui, en fortifiant son autorité au dedans, aura pour effet de consolider ses relations avec les autres États. Nous pensons, en effet, avec le Gouvernement russe, que l'Italie n'aurait qu'à perdre à encourager aucune entreprise révolutionnaire et qu'elle doit s'attacher à se reconstituer dans les conditions de force et de stabilité qui lui sont propres, et à développer les éléments de sa prospérité et de sa grandeur, sans faire appel à des auxiliaires qui ne pourraient que compromettre sa cause et lui aliéner les sympathies que les Gouvernements sont disposés à lui accorder. ¶ Je vous autorise à donner lecture de cette dépêche à M. le général Durando.

Thouvenel.

A M. le Comte de Massignac, etc., *Turin.*

No. 482.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Geschäftsträger in Turin. — Die beunruhigende Bewegung in Sicilien betr.

Paris, le 26 juillet 1862.

No 482. Frankreich, 26. Juli 1862.

Monsieur, les dernières informations que j'avais reçues de Palerme m'avaient mis dans la nécessité de vous inviter, ainsi que je l'ai fait, le 24 de ce mois, par le télégraphe, à appeler de nouveau la plus sérieuse attention du Gouvernement italien sur les scandales dont la Sicile est depuis quelque temps le théâtre. Nous n'avons pas un moment songé, je n'ai pas besoin de vous le dire, à rendre le Gouvernement du Roi solidaire d'actes et de discours qu'il a dû déplorer non moins vivement que nous-mêmes. Si nous pouvons, dans une certaine mesure, dédaigner des insultes qui ne sauraient nous atteindre, c'est que nous avons la confiance que le Cabinet de Turin comprendra que sa dignité, plus encore que la nôtre, est intéressée à ce qu'il soit mis fin à un etat de choses dont, dans notre intérêt sincère pour l'Italie, nous sommes portés à nous affliger plus que nous ne nous en sentons blessés. Nous avions vu avec plaisir, dans une discussion récente, M. le Président du Conseil, répondant aux provocations de quelques députés, revendiquer dignement les droits de l'État et affirmer, aux applaudissements de la majorité, la résolution du Gouvernement de ne pas tolérer dans l'administration de la Sicile d'autre influence que la sienne. L'attitude inconcevable du préfet de Palerme donnait à ces sages déclarations un caractère d'opportunité que les actes les plus récents de ce fonctionnaire n'ont fait que confirmer. Vous m'annoncez que M. le marquis Pallavicini, allant au-devant des

décisions arrêtées du Cabinet, vient d'envoyer sa démission à Turin; le Gouvernement, dispensé ainsi de sévir, avisera sans doute à réorganiser promptement l'administration de la Sicile de manière à y assurer la sécurité compromise et le respect de son autorité. Il trouverait au besoin, dans sa propre énergie soutenue, je n'en doute pas, par le bon sens du pays, tous les moyens de triompher des résistances anarchiques qui prétendraient l'arrêter dans une voie où il rencontrera les encouragements de tous les amis de l'Italie, et j'ai la confiance qu'il ne faillira pas à sa tâche. Je me plais également à espérer que les mesures adoptées en vue de prévenir toute tentative d'envahissement des États pontificaux par des bandes garibaldiennes auront tout l'effet qu'on en attend à Turin. Vous avez été informé des dispositions que nous avons prises, en ce qui nous concerne, pour nous opposer à tout débarquement et pour repousser vigoureusement toute attaque dirigée contre le territoire confié à notre garde, et vous en avez donné connaissance au Gouvernement italien. Pour compléter ces informations, je vous envoie copie des instructions remises par M. le Ministre de la Marine à M. le commandant Pothuan. Elles prévoient, comme vous le verrez, le concours d'une active surveillance exercée par la marine italienne sur les côtes du Royaume, et spécialement de Piombino à Orbitello et de Terracine au Volturne. ¶ Il serait assurément hors de propos, Monsieur, à l'occasion des folles entreprises que nous voulons prévenir et que nous pouvons avoir à réprimer, de traiter même incidemment la question romaine. Le Gouvernement italien connaît à cet égard les sentiments dont s'inspire notre politique, et les ministres du Roi comprennent certainement aussi bien que nous combien sont insensés et directement contraires au but qu'ils se proposent les calculs de ceux qui croient pouvoir exercer, à l'aide de pareils moyens, une pression quelconque sur les résolutions du Gouvernement de l'Empereur.

No. 482. Frankreich, 26. Juli 1862.

Thouvenel.

A Mr. le Comte de Massignac, *etc. Turin.*

No. 483.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Geschäftsträger in Turin. — Die Nothwendigkeit, der Schilderhebung Garibaldi's mit aller Energie entgegenzutreten, betr. —

Paris, le 11 août 1862.

Monsieur, la levée de boucliers si audacieusement tentée par Garibaldi peut fournir au Gouvernement italien, s'il comprend bien toute l'étendue de ses obligations vis-à-vis de lui-même et envers les États qui l'ont reconnu, une heureuse occasion de s'affranchir des influences révolutionnaires qui entravent encore son action; mais c'est à la condition que Garibaldi sorte tout à fait vaincu de la lutte qu'il a lui-même engagée; s'il en était autrement et si le Gouvernement du roi Victor-Emmanuel ne répondait pas ainsi qu'il convient à l'autorité souveraine dont il a le dépôt aussi bien que la responsabilité, au défi du parti qui ose se flatter de l'entraîner à sa suite, je ne crains pas d'affirmer que le trône

No. 483. Frankreich, 11. August 1862.

No. 483. Frankreich, 11. August 1862.

de Sa Majesté Italienne ne tarderait pas à se trouver en péril. La force de ces considérations me paraît tellement évidente, que je ne doute point qu'elles n'aient pour effet d'engager le Gouvernement italien à user contre les ennemis du repos intérieur de l'Italie des moyens les plus énergiques. Le langage que vous avez tenu à M. Rattazzi et à M. le général Durando pour les y encourager est entièrement d'accord aves les intentions du Gouvernement de l'Empereur, et je n'ai pas besoin, Monsieur, de vous recommander de ne laisser passer aucune occasion sans leur faire part des observations et des conseils qui nous sont inspirés par l'intérêt que nous portons à l'Italie, et par le sentiment des dangers qu'elle court en ce moment. ¶ Vous avez appris, par la correspondance de nos divers agents, que des démonstrations, provoquées évidemment par un mot d'ordre émané des chefs du parti révolutionnaire, ont été organisées et même tentées dans plusieurs localités contre notre drapeau consulaire. A Milan, M. le marquis de Villamarina a usé, contre une tentative semblable, de la plus louable fermeté. Je me plais à penser que M. Rattazzi se sera empressé de prendre des mesures pour empêcher des manifestations aussi contraires aux sentiments que le véritable peuple italien et son Gouvernement professent pour la France et pour l'Empereur.

Thouvenel.

A **Mr. le comte de Massignac**, *etc.*, *Turin.*

No. 484.

ITALIEN. — Min. d. Ausw. an die königl. Gesandtschaften im Auslande. — Den Ausgang der Schilderhebung Garibaldis und die Nothwendigkeit der Lösung der römischen Frage betr. —

Turin, le 10 sept. 1862.

No. 484. Italien, 10. Sept. 1862.

Monsieur! — L'attitude prise par le Gouvernement du roi depuis la tentative de Sarnico, donnait lieu de croire que le général Garibaldi renoncerait désormais à des entreprises incompatibles avec l'ordre établi, et de nature à compromettre l'Italie dans ses rapports avec les Gouvernements étrangers. ¶ Cette attente a été déçue. Égaré par des sentiments que le respect de la loi et une appréciation plus juste de la situation auraient dû contenir, et trop accessible aux excitations d'une secte plus connue par les victimes que par les succès, il ne recula pas devant la perspective d'une guerre civile, et voulut se faire l'arbitre des alliances et des destinées de l'Italie. A la faveur des souvenirs laissés en Sicile par les évènements de 1860, il put réunir dans cette île des corps de volontaires; les populations, partagées entre la sympathie qui devait éveiller en elle une revendication de Rome et le regret de voir cette revendication prendre le caractère d'une révolte, ne le virent passer au milieu d'elles qu'avec inquiétude et tristesse; le Parlement le désapprouvait; le Roi lui-même, dont il ne cessait d'invoquer le nom, le rappelait à la soumission aux lois; tout fut inutile. Il parcourut la Sicile et entra à Catane, trouvant partout un accueil plein d'avertissements salutaires, qu'il ne sut pas entendre; de Catane enfin il passa sur le continent avec trois mille hommes, obligeant ainsi le Gouvernement du Roi

d'en venir à une repression immédiate et complète; c'est alors que, rejoint par un détachement de l'armée, il fut pris avec les siens. ¶ Les faits que je viens de vous rappeler sommairement, Monsieur le Ministre, ne laisseront d'autre trace parmi nous qu'un souvenir douloureux; l'union des esprits, fondée sur un attachement unanime à des principes supérieurs n'en saurait être troublée. Ils ont cependant une signification que vous ferez remarquer au Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité. Ils sont d'abord un témoignage de la maturité politique de ces populations libres d'hier seulement, du désir que l'Italie éprouve de voir ses destinées s'accomplir par des voies régulières et des liens indissolubles, qui unissent la nation à la monarchie constitutionnelle, expression suprême des volontés du pays. ¶ Ils sont encore une preuve nouvelle de la fidélité et de la discipline de l'armée, constante et sûre gardienne de l'indépendance nationale. ¶ Toutefois les cabinets européens ne doivent pas se méprendre sur le sens véritable des évènements. La loi l'a emporté; mais le mot d'ordre des volontaires a été cette fois, il faut le reconnaître, l'expression d'un besoin plus impérieux que jamais. La nation toute entière réclame la capitale; elle n'a résisté naguère à l'élan inconsidéré de Garibaldi que parce qu'elle est convaincue que le Gouvernement du Roi saura accomplir le mandat qu'il a reçu du Parlement à l'égard de Rome. Le problème a pu changer de face, mais l'urgence d'une solution n'a fait que devenir plus puissante. ¶ En présence des secousses de plus en plus graves qui se renouvellent dans la Péninsule, les Puissances comprendront que l'Italie vient de faire un suprême et dernier effort, en traitant en ennemi un homme qui avait cependant rendu de si éclatants services, et soutenu un principe qui est dans la conscience de tous les Italiens; elles sentiront qu'en secondant sans hésitation leur souverain dans la crise qu'ils viennent de traverser, les Italiens ont entendu réunir toutes leurs forces autour du représentant légitime de leurs droits, afin que justice entière leur soit enfin rendue. Après cette victoire, remportée en quelque sorte sur elle-même, l'Italie n'a plus besoin de prouver que sa cause est celle de l'ordre européen; elle a assez montré à quels sacrifices elle sait se résoudre pour tenir ses engagements, et l'Europe sait notamment qu'elle tiendra ceux qu'elle a pris, et qu'elle est prête à prendre encore relativement à la liberté du St.-Siége. Les Puissances dès lors doivent nous aider à dissiper les préventions qui s'opposent encore à ce que l'Italie puisse trouver le repos et rassurer l'Europe. Les nations catholiques, la France surtout, qui a si constamment travaillé à la défense des intérêts de l'Église dans le monde, reconnaîtront le danger de maintenir plus longtemps entre l'Italie et la papauté un antagonisme, dont la seule cause réside dans le pouvoir temporel, et de lasser l'esprit de modération et de conciliation dont les populations italiennes se sont montrées animées jusqu'ici. Un tel état de choses n'est plus tenable, il finirait par avoir pour le Gouvernement du Roi des conséquences extrêmes, dont la responsabilité ne saurait peser sur nous seuls, et qui compromettraient gravement les intérêts religieux de la catholicité et la tranquillité de l'Europe. ¶ Je vous invite, Monsieur le Ministre, à donner lecture de la présente dépêche au . . . . et à lui en laisser copie. ¶ Veuillez etc.

Durando.

No. 485.

ITALIEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. Gesandten in Paris. — Die Nothwendigkeit des Aufhörens der Besetzung Roms durch die Franzosen betr. —

Turin, le 8 octobre 1862.

No. 485. Italien, 8. October 1862.

Monsieur le chevalier, — Les documents publiés récemment par le *Moniteur* français sur la question romaine*) nous font croire que le gouvernement impérial, pénétré lui-même des dangers de la situation actuelle, pense qu'on ne saurait laisser plus longtemps cette question en suspens, et qu'il est urgent de chercher une solution qui sauvegarde en même temps, dans l'intérêt des deux pays, et les principes que la France protége à Rome, et les exigences de la nationalité italienne. ¶ L'occupation de Rome, quels qu'aient été les motifs qui l'ont déterminée, ne constitue pas moins une atteinte au principe de non-intervention reconnu généralement par les Puissances, et spécialement appliqué à l'Italie. Ce qui importe maintenant, c'est de voir si la continuation de l'occupation peut être justifiée pour l'avenir. ¶ En envoyant ses troupes à Rome et en les y maintenant, le Gouvernement français avait non seulement en vue de rétablir le Saint-Père et le siége pontifical, mais aussi de réconcilier le souverain de Rome avec l'Italie, et de procurer en même temps aux Romains un gouvernement plus conforme aux conditions de la civilisation moderne. ¶ Tous les efforts de l'empereur ont été constamment dirigés vers ce but, et son désir, nous ne saurions en douter, a toujours été de faire cesser l'occupation dès qu'il aurait pu l'atteindre. Ne se laissant pas décourager par des refus réitérés, il a pu conserver longtemps l'espoir de faire prévaloir dans la Cour romaine des conseils de prudence et de modération. ¶ Mais après la dernière allocution du Pape, après le rejet des propositions que le *Moniteur* vient de publier, peut-on encore nourrir l'espérance d'amener cette Cour à une appréciation plus juste de la situation et à des sentiments plus équitables envers l'Italie? La réponse du cardinal Antonelli ne peut plus laisser de doute à cet égard. Elle contient un refus péremptoire de tout accommodement. ¶ Demander, en effet, qu'on rende préliminairement au Saint-Siége les provinces qui depuis deux ans forment partie intégrante du royaume d'Italie, que la France et presque toutes les Puissances ont reconnu, et dans lesquelles, avant l'annexion, aucun ordre n'était possible qu'à l'aide de l'intervention de forces étrangères; se refuser à admettre un arrangement quelconque sans cette restitution, c'est fermer toutes les voies à des négociations futures. ¶ Il est donc désormais montré à l'évidence que l'occupation n'a obtenu et n'obtiendra jamais ni la réconciliation de l'Italie avec le Saint-Siége, ni celle de la population romaine avec son gouvernement. Voilà quatorze ans que la garnison française est à Rome, et aucune des réformes demandées n'est venue améliorer le gouvernement pontifical; les consciences catholiques sont plus troublées que jamais. ¶ Il y a plus: une des conséquences regrettables d'une occupation si prolongée est de maintenir dans l'esprit de la Cour romaine la certitude que son appui ne lui fera jamais défaut, et que par

---

*) No. 475, 476 u 479.

conséquent il lui est loisible de repousser toute tentative que l'Italie ferait dans le but d'arriver, par la voie des négociations directes, à un arrangement avec le Pape. ¶ L'occupation, d'ailleurs, ôtant aux Romains toute possibilité d'exercer par des moyens pacifiques une action légitime sur leur Gouvernement, les empêche d'obtenir les améliorations que dans tous les pays l'opinion publique réclame rarement en vain. ¶ Elle entretient dans toute la Péninsule une agitation aussi nuisible à l'organisation du Royaume qu'à nos bons rapports avec la France, et au maintien de la paix en Europe. ¶ Le Gouvernement romain, couvrant de son égide les conspirations dont l'ancienne Cour de Naples est le centre et le foyer, en donnant asile au Roi déchu et aux brigands qui désolent en son nom les provinces méridionales, fait en réalité, à l'abri du drapeau de la France, des actes de guerre contre l'Italie. ¶ L'Europe, qui assiste depuis longtemps à ce spectacle douloureux, et qui ne peut se convaincre qu'il ne soit pas possible d'y mettre un terme, cherche à s'expliquer la continuation de l'occupation française par des suppositions qui n'ont aucun fondement, j'ai hâte de le reconnaître, dans les intentions du Gouvernement impérial, mais qui ne nuisent pas moins aux intérêts des deux pays. ¶ Toutefois, en présence des tentatives réitérées du parti révolutionnaire en Italie, le Gouvernement français pouvait douter jusqu'ici que nous eussions assez de force et d'autorité pour les réprimer, pour ramener la tranquillité dans le pays et tenir les engagements que nous aurions été dans le cas de prendre pour garantir la sûreté du Pape; ce doute n'est désormais plus possible. ¶ L'énergie dont le Gouvernement a fait preuve dans les derniers événements, la promptitude avec laquelle il a rétabli l'autorité de la loi, et l'amnistie que, sans crainte, il a pu conseiller au Roi, témoignent qu'il a la conscience de sa force, et qu'il n'hésitera pas à l'employer pour maintenir l'ordre établi et ses engagements. ¶ Il est évident, à nos yeux, que rien ne s'oppose maintenant à ce que l'on s'entende sur l'opportunité de faire cesser l'occupation. Ce système a déjà fait ses preuves sans avoir pu amener, je le répète, ni la conciliation, ni les réformes vainement sollicitées et vainement espérées. En laissant la Cour de Rome en face de ses sujets, on obtiendra, il faut l'espérer, ce que la longanimité de l'Empereur n'a pu obtenir par quatorze ans d'occupation et de négociations stériles. ¶ Par toutes ces considérations, le Gouvernement du Roi ne saurait plus longtemps s'abstenir d'appeler l'attention de celui de l'Empereur sur un état de choses qui réclame les plus prompts remèdes. Nous nous adressons donc à lui pour savoir s'il ne croit pas le moment arrivé de rappeler les troupes de Rome et de chercher une nouvelle combinaison de nature à changer une situation si pleine de périls pour les deux pays. ¶ Le Gouvernement italien est prêt à examiner les propositions qu'on lui ferait dans le but de garantir l'indépendance du Saint-Siége dès que l'occupation étrangère aurait cessé. Il prendra en considération les projets d'arrangement qui, en rassurant les consciences catholiques, satisferont en même temps aux légitimes exigences de la nationalité italienne. ¶ Nous sommes d'autant plus disposés à entrer dans cette voie, que les sentiments qui ont inspiré la mémorable lettre de l'Empereur nous sont un gage que, dans ses constants efforts pour sauvegarder les intérêts spirituels du monde catholique, il en saurait méconnaître que l'affermissement de l'ordre actuel dans la Péninsule

No. 485. Italien, 8. October 1862.

est aussi nécessaire à la paix de l'Europe qu'à la tranquillité des consciences. ¶ Agréez, etc.

A Mr. Nigra etc., *Paris.* *Durando.*

No. 486.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. diplomat. Vertreter des Kaisers im Auslande. — Die italienische Politik des neuen Cabinets (Drouyn de Lhuys) betreffend. —

Paris, le 18 octobre 1862.

No. 486. Frankreich, 18. October 1862.

Monsieur, en prenant possession du poste auquel l'Empereur a daigné m'appeler de nouveau, je crois utile de vous dire en peu de mots dans quel esprit j'ai accepté la mission qui m'est confiée. Je n'ai pas besoin de revenir avec vous sur les actes et les démarches antérieurs du Gouvernement impérial dans la question romaine. Sa Majesté a toutefois manifesté plus particulièrement sa manière de voir par une lettre adressée à mon prédécesseur, et que *le Moniteur* du 25 septembre dernier a rendue publique*). Ce document résume la pensée de l'Empereur avec une autorité que tout commentaire ne pourrait qu'affaiblir; et je ne saurais mieux faire que de m'y référer aujourd'hui. Dans toutes les phases par lesquelles la question a passé depuis treize ans, la constante préoccupation de Sa Majesté, ainsi qu'elle a Elle-même pris soin de l'établir, a été de rapprocher les grands intérêts qu'Elle trouvait divisés, et plus ces dissentiments ont acquis de gravité, plus l'Empereur a jugé que son Gouvernement devait s'efforcer de les aplanir, sans toutefois rien sacrifier des principes qui ont été la règle permanente de ses résolutions. La politique définie avec une raison si haute et si impartiale n'a point changé. Elle reste animée des mêmes sentiments que par le passé pour deux causes auxquelles elle a prodigué, dans une égale mesure, les témoignages de sa sollicitude. La question romaine touche aux intérêts les plus élevés de la religion et de la politique; elle soulève sur tous les points du globe les scrupules les plus dignes de respect, et, dans l'examen des difficultés dont elle est entourée, le Gouvernement de l'Empereur regarde comme son premier devoir de se prémunir contre tout ce qui pourrait ressembler de sa part à un entraînement, ou le faire dévier de la ligne de conduite qu'il s'est tracée. ¶ Tel est le point de vue auquel je me suis placé en acceptant la direction des affaires étrangères. Je ne crois ni nécessaire ni opportun d'entrer à cet égard dans de plus longs développements. Il me suffira de vous avoir indiqué sommairement l'ordre d'idées dans lequel je me propose de puiser mes propres inspirations pour remplir les intentions de l'Empereur. Invariablement fidèle aux principes qui l'ont guidé jusqu'ici, le Gouvernement de Sa Majesté continuera de consacrer tous ses efforts à l'oeuvre de conciliation qu'il a entreprise en Italie, en y travaillant avec tout le sentiment de la difficulté et de la grandeur de la tâche, sans découragement comme sans impatience. ¶ Agréez, etc.

Drouyn de Lhuys.

*) Nro. 475.

No. 487.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Geschäftsträger in Turin. — Erwiderung auf das Circular Durando's vom 10 Sept. [No. 484] und dessen Depesche vom 8. Oct. [No. 485]. —

Paris, le 26 octobre 1862.

No. 487. Frankreich, 26. October 1862.

Monsieur, je me suis appliqué, dès mon entrée au ministère des affaires étrangères, à me rendre un compte exact de la situation présente de l'Italie et de l'état des questions que soulève l'organisation nouvelle de la Péninsule. L'occupation par nos troupes des provinces romaines, envisagée au point de vue de nos relations avec le Gouvernement italien, appelait, de ma part, le plus sérieux examen. Deux documents d'une date récente ont tout d'abord fixé mon attention: je veux parler de la circulaire de M. le général Durando du 10 septembre dernier, et d'une dépêche que Son Excellence a adressée le 8 de ce mois à M. le ministre d'Italie à Paris, document dont mon prédécesseur avait déjà reçu communication confidentielle; M. le chevalier Nigra m'en a donné lecture et m'en a remis copie, conformément à ses instructions. Vous en trouverez une expédition ci-annexée. En recevant cette pièce des mains de M. le ministre d'Italie, j'ai dû décliner toute conversation immédiate et officielle sur son contenu, me réservant de l'examiner mûrement avant d'y répondre et de prendre les ordres de l'Empereur. J'ai à vous faire connaître aujourd'hui, monsieur, le résultat de cette étude et à vous indiquer dans quel ordre d'idées j'ai l'intention de me placer pour répondre, conformément aux vues de Sa Majesté, à la communication du Gouvernement italien. ¶ Pour établir nettement la situation du Gouvernement de l'Empereur et les nécessités que lui imposent ses engagements et la part qu'il a prise aux événements survenus depuis quatorze ans dans la Péninsule, je crois nécessaire de rappeler les faits principaux de cette période agitée, et de mettre en regard les déclarations par lesquelles l'Empereur lui-même et son Gouvernement ont en toute occasion caractérisé la politique de la France et loyalement indiqué le but qu'elle se proposait d'atteindre. ¶ Lorsque le Pape Pie IX, après avoir pris l'initiative du mouvement régénérateur de l'Italie, fut chassé de Rome par la révolution, l'émotion du monde catholique provoqua immédiatement l'active intervention des Puissances, et le cabinet de Turin n'a pas oublié que le roi Charles-Albert, engagé déjà, pour l'affranchissement de l'Italie, dans son héroïque entreprise, et secondé par un ministère que présidait alors M. Gioberti, prenait vis-àvis de la France l'initiative d'une proposition d'entente pour assurer le domaine de l'Église, et garantir, au besoin par les armes piémontaises, les droits du Saint-Siége contre toute atteinte. ¶ Accourue la première, la France eut l'honneur de restaurer à Rome l'autorité du Saint-Père, et les Puissances étrangères, non moins confiantes dans sa force que dans sa loyauté, s'en remirent à elle du soin de consolider l'oeuvre à laquelle plusieurs d'entre elles étaient prêtes à concourir. Le Gouvernement de l'Empereur a la conscience d'avoir dignement rempli le mandat qu'il s'était donné, et, son oeuvre accomplie, il était à la veille de rappeler ses troupes lorsque la guerre éclatant entre l'Autriche et le Piémont

No. 487. Frankreich, 26. October 1862.

vint lui créer de nouveaux devoirs. S'inspirant avant tout des intérêts de la France, mais obéissant aussi à ses sympathies pour l'Italie, l'Empereur n'hésita pas à accepter une guerre d'où devait sortir l'indépendance de la Péninsule. La tâche que la France s'était assignée était de conquérir cette indépendance, en respectant autant que les événements de la guerre le permettraient les droits existants. Dans la pensée de l'Empereur, l'indépendance de la Péninsule était assurée par les stipulations de Zurich et devait se consolider par l'intime union des États italiens. Aussi, lorsque, cédant à des entraînements qui pouvaient remettre en question les résultats acquis de la guerre de 1859, le Cabinet de Turin se décida à prendre la direction du mouvement qui agitait les populations italiennes et à procéder à l'annexion des duchés, le Gouvernement de l'Empereur dut dégager sa solidarité d'une politique qui cessait d'être la sienne, et, en signalant à son allié les difficultés et les dangers qui l'attendaient dans la voie où il entrait, en décliner pour lui-même la responsabilité. Dans une dépêche adressée le 24 février 1860 au ministre de l'Empereur à Turin et communiquée à M. le comte de Cavour, mon prédécesseur s'exprimait ainsi: ¶ „Ai-je besoin de bien longs détails pour expliquer quelle serait notre attitude si le Cabinet de Turin, libre dans son option, préférait courir tous les hasards que j'ai signalés en le conjurant de les éviter? L'hypothèse dans laquelle le Gouvernement de Sa Majesté Sarde n'aurait qu'à compter sur ses seules forces se développe en quelque sorte d'elle-même, et il me serait pénible de m'y appesantir. Je me borne donc à vous dire, par ordre de l'Empereur, que nous ne saurions, à aucun prix, assumer la responsabilité d'une pareille situation. Quelles que soient ses sympathies pour l'Italie, et notamment pour la Sardaigne qui a mêlé son sang au nôtre, Sa Majesté n'hésiterait pas à témoigner de sa ferme et irrévocable résolution de prendre les intérêts de la France pour guide unique de sa conduite.“ ¶ Le cabinet de Turin passa outre à ces conseils et accepta pour lui seul la responsabilité de sa détermination. Bientôt après, cependant, l'entreprise de Garibaldi sur la Sicile et sur le royaume de Naples, en entraînant le cabinet de Turin à intervenir dans l'Italie méridionale, allait l'engager dans un conflit armé avec le Gouvernement du Saint-Père et nous obliger nous-mêmes à désavouer solennellement des actes attentatoires à la souveraineté que nous couvrions de notre protection. Le 10 septembre 1860, M. le baron de Talleyrand recevait l'ordre d'adresser à M. le comte de Cavour la note suivante: ¶ „Le soussigné..., etc., a l'honneur d'annoncer à S. Exc. M. le comte de Cavour qu'il a reçu l'ordre de déclarer au nom de S. M. l'Empereur que s'il ne lui est pas donné l'assurance que la note adressée par le Gouvernement sarde à la Cour de Rome n'aura pas de suite, et que l'armée sarde n'attaquera pas les troupes pontificales, la France se verra dans la nécessité de rompre ses relations diplomatiques avec le cabinet de Turin et de désavouer ainsi publiquement une politique qu'elle juge dangereuse pour le repos de l'Europe et funeste pour l'avenir de l'Italie.“ ¶ Cette note n'ayant point modifié la résolution du Gouvernement italien, M. Thouvenel écrivit le 13 septembre à M. de Talleyrand: ¶ „Monsieur le Baron, j'ai l'honneur de vous annoncer que l'Empereur a décidé que vous quitteriez immédiatement Turin, afin de témoigner ainsi de sa ferme volonté de décliner toute solidarité avec des actes que ses conseils,

dictés par l'intérêt de l'Italie, n'ont malheureusement pu prévenir." ¶ Je passerai rapidement sur les événements qui suivirent l'annexion des provinces napolitaines et la constitution du royaume d'Italie. Ces événements ne pouvaient modifier les appréciations du Gouvernement de l'Empereur. Mais un grand malheur allait frapper l'Italie. La mort de l'homme d'État éminent qui dirigeait le Cabinet de Turin, et dont l'autorité personnelle contribuait puissamment à arrêter dans la Péninsule le débordement des passions anarchiques, pouvait aggraver beaucoup la situation et avoir pour la paix générale les plus funestes conséquences. Je n'ai pas à exposer de nouveau les considérations qui déterminèrent alors le Gouvernement de l'Empereur à reconnaître le roi d'Italie; je veux seulement rappeler les réserves dont cet acte fut accompagné en ce qui concerne spécialement la question romaine. L'Empereur, répondant à S. M. le roi Victor-Emmanuel qui lui avait demandé de le reconnaître sous son nouveau titre, écrivait, le 12 juillet 1861:

„Je dois déclarer franchement à Votre Majesté que, tout en reconnaissant le nouveau royaume d'Italie, je laisserai mes troupes à Rome, tant qu'elle ne sera pas réconciliée avec le Pape, ou que le Saint-Père sera menacé de voir les États qui lui restent envahis par une force régulière ou irrégulière."

En notifiant au chargé des affaires de France à Turin la résolution de l'Empereur, M. Thouvenel disait: ¶ „Le Cabinet de Turin se rendra compte des devoirs que notre position nous crée envers le Saint-Siége, et je croirais superflu d'ajouter qu'en nouant des rapports officiels avec le Gouvernement italien, nous n'entendons nullement affaiblir la valeur des protestations formulées par la Cour de Rome contre l'invasion de plusieurs provinces des États pontificaux. Pas plus que nous, le Gouvernement du roi Victor-Emmanuel ne saurait contester la puissance des considérations de toute nature qui se rattachent à la question romaine et dominent nécessairement nos déterminations, et il comprendra qu'en reconnaissant le roi d'Italie nous devons continuer d'occuper Rome, tant que des garanties suffisantes ne couvriront pas les intérêts qui nous y ont amenés." ¶ En même temps qu'il prenait soin de dégager sa responsabilité et de bien préciser le caractère de ses résolutions, le Gouvernement de l'Empereur se plaisait à espérer que la reprise de ses relations diplomatiques avec le Cabinet de Turin lui permettrait de travailler enfin avec succès à l'oeuvre de conciliation à laquelle, selon lui, est attachée la consécration définitive du nouvel ordre de choses dans la Péninsule. Son intérêt sympathique pour l'Italie, sa sollicitude pour le Saint-Siége, et, par-dessus tout, ses devoirs envers la France, lui prescrivaient de poursuivre ses efforts avec une persévérance que ne devaient lasser ni les résistances obstinées ni les impatiences irréfléchies, et qu'explique assez l'importance des intérêts engagés dans la question romaine. L'Empereur a pris soin d'expliquer lui-même, dans une lettre récemment insérée au *Moniteur*, les principes qui dirigent sa politique et de montrer à l'Italie comme au Saint-Siége le but à atteindre et les moyens d'y parvenir. ¶ Depuis le moment où l'Empereur indiquait ainsi les difficultés de la tâche et les conditions du succès, son Gouvernement n'a pas cessé de renouveler ses tentatives pour rapprocher les esprits et pour ren-

No. 487. Frankreich, 26. October 1862.

dre aux consciences troublées, comme aux intérêts en souffrance, la paix et la sécurité. Les résultats, malheureusement, n'ont point, jusqu'à présent, répondu à son attente; mais si nous avons eu à regretter, d'un côté, la persistance avec laquelle la Cour de Rome s'est refusée à rechercher avec nous les bases d'une transaction acceptable, des faits considérables, que je ne saurais taire, sont venus, d'autre part, la confirmer dans ses résistances, et, en autorisant ses défiances, mettre le Gouvernement de l'Empereur en présence de difficultés nouvelles. ¶ Le général Garibaldi, substituant son initiative individuelle à l'action régulière des pouvoirs publics, organisait une expédition dirigée notoirement contre nous, et revendiquait à main armée la possession de Rome, placée sous la sauvegarde de notre drapeau. Le Gouvernement du Roi, je me hâte de le reconnaître, avec une résolution et une énergie dont il est juste de faire honneur à sa loyauté, comprima heureusement cette tentative. Sa conception seule et le commencement d'exécution qui l'avait suivie révélaient cependant en Italie une situation troublée par la fermentation des passions anarchiques. En même temps, dans un grand pays voisin, s'organisaient des manifestations tumultueuses dont le but avoué était de peser sur les resolutions du Gouvernement de l'Empereur. ¶ S'il me paraît superflu de rappeler que le drapeau de la France ne recule devant aucune menace, je ne crois pas non plus avoir besoin de revendiquer pour la politique de mon pays la plus entière indépendance de toute pression extérieure. Toutefois, ces faits, que je n'ai pu passer absolument sous silence, n'auraient point arrêté le Gouvernement de l'Empereur dans ses efforts persévérants pour arriver à la conciliation des deux grands intérêts qui sont en Italie l'objet de sa constante préoccupation, si la communication officielle qui nous a été faite de la circulaire de M. le général Durando du 10 du mois dernier et la publicité qu'a reçue ce document ne nous avaient, pour le moment, enlevé l'espérance que nous aurions voulu fonder sur les dispositions du Gouvernement italien d'arriver à la transaction que nous cherchons. En effet, après avoir rappelé la répression de la tentative de Garibaldi, M. le général Durando s'approprie son programme, et, affirmant le droit de l'Italie sur Rome, réclame, au nom de son Gouvernement, la remise de cette capitale et la dépossession du Saint-Père. ¶ En présence de cette affirmation solennelle et de cette revendication péremptoire, toute discussion me paraît inutile, et toute tentative de transaction illusoire. Je le constate avec une sincère regret, le Gouvernement italien, par les déclarations absolues que je viens de rappeler, s'est placé sur un terrain où les intérêts permanents et traditionnels de la France, non moins que les exigences actuelles de sa politique, nous interdisent de le suivre. Je rends hommage à la forme amicale et modérée de la communication qui m'a été faite en dernier lieu par M. le ministre d'Italie, mais j'y cherche vainement les éléments d'une négociation à laquelle nous puissions nous prêter. Dans notre pensée, cette négociation ne peut avoir pour objet que de réconcilier deux intérêts qui se recommandent à notre sollicitude à des titres différents, mais pour nous également respectables, et nous ne saurions consentir à sacrifier l'un à l'autre. Le Gouvernement italien sait, d'ailleurs, qu'il nous trouvera toujours disposés à examiner avec déférence et sympathie toutes les combinaisons qu'il pourrait lui convenir de nous suggérer et qui lui paraîtraient de nature à

nous rapprocher du but que sa sagesse, nous voulons l'espérer, nous aidera à atteindre. ¶ Vous voudrez bien, Monsieur, donner lecture de cette dépêche à M. le Ministre des Affaires étrangères d'Italie et lui en laisser copie. ¶ Recevez, etc.

No. 487. Frankreich, 26. October 1862.

Drouyn de Lhuys.

A **Mr. le Comte de Massignac**, etc., *Turin.*

No. 488.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserl. Geschäftstr. in Rom. — Die Lösung der römischen Frage und die Nothwendigkeit von Reformen betr. —

Paris, le 31 octobre 1862.

No. 488. Frankreich, 31 October 1862.

Monsieur, le devoir de prendre congé du Souverain auprès duquel il était accrédité obligeant M. le Prince de la Tour-d'Auvergne à différer un peu son départ, j'ai pensé qu'il convenait, par égard pour le Gouvernement du Saint-Père, de pourvoir dans le plus bref délai à la gestion de l'ambassade de Sa Majesté, et vous voudrez bien vous rendre à Rome pour en prendre la direction jusqu'à l'arrivée de l'ambassadeur de l'Empereur. ¶ En me remettant le portefeuille des affaires étrangères dans un moment où la situation du Satnt-Siége éveille les plus sérieuses préoccupations, l'Empereur m'a imposé une tâche dont je sens vivement toutes les difficultés, et que mon zèle pour le service de Sa Majesté ne suffirait pas sans doute à accomplir, s'il ne me était pas permis de compter sur la confiance du Gouvernement du Saint-Père. Il me tardait donc de faire parvenir à Sa Sainteté l'expression de mon respectueux dévouement pour sa personne et de ma ferme volonté d'apporter dans mes relations avec son Gouvernement la plus entière et la plus loyale franchise. Vous voudrez bien en donner l'assurance à S. E. le cardinal secrétaire d'État. ¶ Mon intention n'est pas d'entrer dès à présent dans l'examen détaillé des questions dont la discussion est naturellement réservée à l'ambassadeur de Sa Majesté et que soulèvent l'organisation présente de l'Italie et la position particulière du Saint-Siége. Je crois devoir vous indiquer cependant quelques considérations générales que j'ai développées dans une conversation avec le Nonce apostolique et dont vous pourrez vous inspirer dans vos entretiens avec le cardinal Antonelli. J'ai d'abord donné lecture à Mgr Chigi d'une dépêche que je venais d'adresser à la légation de l'Empereur à Turin, dans le but de préciser le caractère de l'intervention que les événements nous ont amenés à exercer en Italie, et de formuler une fois de plus les conditions auxquelles il nous serait permis de travailler utilement à la réconciliation qu'appellent avec une égale impatience les amis les plus sages de l'Italie et les défenseurs éclairés du Saint-Siége. Profondément convaincu de la nécessité d'une transaction équitable, le Gouvernement de l'Empereur ne s'est laissé décourager, dans ses efforts pour la préparer, ni par les résistances absolues ni par les prétentions immodérées, et il attend toujours du temps et de la réflexion l'apaisement des passions contraires et la manifestation de dispositions plus favorables

No. 488. Frankreich, 31. October 1862.

que celles qu'il a rencontrées jusqu'à ce jour. ¶ Dans cet ordre d'idées, j'ai dû exprimer de nouveau à Mgr Chigi notre sincère regret de l'accueil fait par la Cour de Rome à nos tentatives réitérées d'accommodement, et j'ai insisté sur l'impression fâcheuse que ces refus persistants ne pouvaient manquer d'exercer, au grand détriment du Saint-Siége, sur l'opinion publique. Examinant ensuite les motifs allégués pour décliner nos propositions, je me suis appliqué à combattre les précocupations qui me paraissent les avoir suggérés au Gouvernement romain. La question des réformes à introduire dans l'administration des États de l'Église, à raison de la responsabilité particulière que la protection dont nous entourons le Gouvernement du Saint-Père fait peser sur nous, a été d'abord l'objet de mes observations. L'opinion bien connue du Gouvernement de l'Empereur sur la nécessité de procéder à ces réformes est partagée, ainsi que leurs déclarations en font foi, par la plupart des Gouvernements catholiques. Celui du Saint-Père a lui-même manifesté plusieurs fois l'intention d'accorder à ses sujets les réformes reconnues indispensables; et, en dernier lieu, le cardinal secrétaire d'État déclarait qu'elles étaient prêtes, et qu'il n'attendait, pour réaliser les intentions paternelles du Saint-Père, que le retour sous sa domination des provinces qui s'en étaient détachées. J'ai peine, je l'avoue, à comprendre cet ajournement, et je m'explique encore moins la condition à laquelle en est subordonnée la durée. L'âme généreuse du Pontife peut-elle refuser à ses sujets fidèles les bienfaits acquis à ses sujets égarés? Les calculs de la politique ne sont-ils pas d'accord ici avec les inspirations du sentiment pour conseiller de faire cesser au plus tôt un si dangereux contraste? En consolidant par de sages concessions aux besoins du temps sa domination sur les sujets qui lui restent, la Cour de Rome assure le présent par un acte spontané dont elle recueille immédiatement tout l'honneur et tout le bénéfice, et qui lui permet d'attendre dans de meilleures conditions et peut-être de se ménager des chances que l'avenir peut tenir en réserve. ¶ Le dévouement dont l'Empereur a donné tant de preuves au Saint-Père m'autorise en outre à invoquer ici les convenances et les nécessités de notre politique, directement engagée dans cette question, et je me plais à espérer que cette considération sera appréciée à Rome. On y comprendra les ménagements qu'imposent au Gouvernement de l'Empereur l'opinion de la France et le compte qu'il doit tenir d'exigences dont il reconnaît lui-même la légitimité. Si la France catholique ne marchande pas ses sacrifices pour une cause chère à ses traditions, elle ne sépare pas la protection du Pape de l'amélioration du sort des populations romaines, et elle pourrait se lasser de voir toujours ajournées les espérances qu'elle-même a fait naître. Notre occupation prolongée des États-Romains est, d'autre part, on ne l'ignore pas, vivement sinon justement attaquée en France au nom de principes et d'intérêts qui sont les nôtres, et le Gouvernement de l'Empereur se croit en droit de demander au Saint-Siége de lui faciliter sa tâche, en désarmant, par l'usage éclairé et libéral de son pouvoir, les adversaires de sa souveraineté. ¶ En ajournant les réformes au moment où seront restituées les provinces qui formaient naguère le domaine de l'Église, la Cour de Rome nous oblige à nous expliquer sur la question territoriale. Je n'ai pas à revenir sur les événements qui ont amené le démembrement des États de l'Église, ni sur le jugement que nous

No. 488. Frankreich, 31. October 1862.

en avons porté. Nous n'avons jamais méconnu la légitimité des réclamations du Saint-Siége ni la valeur de ses protestations, et en lui conseillant de pourvoir au présent, nous n'avons nulle intention de les infirmer dans l'avenir. Mais la reconnaissance même la plus explicite d'un droit n'implique pas nécessairement l'obligation de le faire prévaloir. Chaque Gouvernement reste maître de son action et juge de l'étendue de ses devoirs; aucun n'est tenu au delà de ce que lui commandent ses intérêts propres et sa libre appréciation de ce que permettent, comportent ou exigent les circonstances. Or, il est de mon devoir de le déclarer nettement, le Gouvernement de l'Empereur exclut absolument des moyens de faire rentrer sous l'obéissance du Souverain Pontife les provinces qu'il a perdues le recours à la force. Il est superflu d'insister sur les raisons qui lui commandent cette détermination. Elles sont comprises par tous les Cabinets et acceptées, il en a la conviction, par les consciences catholiques les plus froissées par les épreuves du Saint-Père. Devons-nous, cependant, renoncer à l'espoir de voir le Saint-Siége se prêter à toute négociation qui aurait pour objet de lui donner, sous une forme à déterminer et pour les possessions qui lui restent, la garantie spéciale, que les traités qui avaient constitué son état territorial ne lui avaient nullement assurée pour les provinces qui lui ont été enlevées. Si les États du Saint-Siége sont le domaine du monde catholique, les Gouvernements qui représentent la catholicité dans ses intérêts terrestres ne peuvent-ils pas être appelés à résoudre une question dont l'examen semblerait leur être naturellement dévolu? L'inaliénabilité du domaine temporel du Saint-Siége, est-ce donc réellement une question du ressort absolu de la conscience? Les intérêts de cette souveraineté temporelle, soumise à ce titre à toutes les vicissitudes des choses de ce monde, peuvent-ils se gouverner autrement que par la raison humaine, faillible toujours, mais seul guide pourtant des conceptions de la politique? Je l'ai dit d'ailleurs, les combinaisons auxquelles la Cour de Rome pourrait acquiescer n'invalideraient en rien ses réserves et l'autorité de ses protestations. En maintenant le droit, en constatant un jour donné son impuissance, elles laisseraient l'avenir ouvert, et quel pouvoir en ce monde est autant que celui du Saint-Père fondé à s'en remettre à l'avenir du soin de réparer les malheurs du présent? Nous sommes convaincus que tout arrangement qui garantirait efficacement dans son état actuel le domaine de l'Église, et qui assurerait, par conséquent, l'entière indépendance du Souverain Pontife, satisferait pleinement les consciences catholiques; elles ne demandent rien de plus, et ce serait, selon nous, une illusion dangereuse de les supposer plus exigeantes; au contraire, dans leur impatience d'une solution qui les rassure, elles s'alarmeraient et s'irriteraient peut-être d'une résistance dont elles s'expliqueraient mal les motifs. Le Gouvernement de l'Empereur, dans sa sollicitude pour les graves intérêts qui se rattachent à la question romaine, n'a pas cessé de rechercher les éléments de cette solution et de convier le Gouvernement du Saint-Père à l'aider dans cette recherche, et nous sommes prêts à nous entendre avec lui pour y associer tous les Cabinets. Nous ne craignons pas d'affirmer que les consciences catholiques seraient soulagées d'un grand trouble le jour où le Saint-Siége se déciderait à se départir de ses refus absolus et à entrer dans la voie d'une transaction acceptable. ¶ Vous n'aurez pas,

No 488. Frankreich, 31. October 1862.

Monsieur, à puiser dans les considérations qui précèdent les éléments d'aucune proposition à adresser à la Cour de Rome; elles sont uniquement destinées tant à inspirer le langage que vous aurez à tenir pendant votre séjour à Rome qu'à vous guider dans vos entretiens avec le cardinal secrétaire d'État, et vous ne manquerez pas de me rendre compte des impressions que vous aurez recueillies.

Drouyn de Lhuys.

A **Mr. le Comte de Lallemand**, etc., *Rome.*

No. 489.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserl. Geschäftstr. in London. — Eine Unterredung mit Lord Cowley über die römische Frage betr. —

Palais de Compiègne, le 25 novembre 1862.

No. 489. Frankreich, 25. Nov. 1862.

Monsieur, le soin des affaires courantes qui ont réclamé toute mon attention m'a fait différer d'entretenir l'ambassade de l'Empereur à Londres d'une communication dont lord Cowley a été chargé de me donner lecture, il y a quelque temps déjà, au sujet de la question romaine. Je sais que M. l'ambassadeur d'Angleterre a rendu compte à son Gouvernement de mes observations; je me proposais néanmoins de les reproduire dans ma correspondance, et tel est l'objet de la dépêche que je vous adresse aujourd'hui. ¶ La communication du Cabinet anglais porte la date du 31 octobre. Lord Russell commence par se défendre de vouloir exercer aucune pression sur nos décisions, et ne donne à sa démarche d'autre caractère que celui d'un échange sincére d'opinions. Il admet que le droit des gens autorise certaines exceptions à la règle d'après laquelle chaque peuple est le meilleur juge de la forme de gouvernement qui lui convient. Il émet toutefois l'avis que le moment est venu pour l'intervention française de prendre fin. Tout en rendant hommage aux vues élevées qui ont inspiré à l'Empereur le dessein de réconcilier le Pape avec l'Italie, il ne partage pas l'espérance que Sa Majesté y rattache, il considère comme une solution à la fois équitable et pratique de laisser dès à présent Rome aux Romains. ¶ Après avoir achevé la lecture de la dépêche du principal secrétaire d'État, lord Cowley a ajouté qu'il était autorisé à m'en laisser copie, si je le désirais; je n'ai pas cru devoir accepter une offre qui eût témoigné de ma part l'intention d'entrer dans une discussion régulière et suivie. ¶ „Je suis certain, ai-je dit à M. l'ambassadeur d'Angleterre, de connaître assez la pensée de Sa Majesté pour n'avoir pas besoin, en ce moment, de lui demander ses ordres. L'Empereur a tracé la règle de conduite de son Gouvernement dans sa lettre du 20 mai. Je suis moi-même rentré au ministère des affaires étrangéres pour suivre une politique conforme aux vues exposées dans ce document. Il me suffit de m'y reporter, et en comparant les directions qu'il renferme aux idées exprimées par lord Russell, je ne puis que constater la distance qui sépare le Gouvernement de Sa Majesté du Cabinet anglais dans l'affaire de Rome. ¶ Mais je me demande en même temps, ai-je ajouté, si le Cabinet de Londres a des raisons vraiment pressantes d'opposer sur ce terrain son opinion à la nôtre et de manifester la divergence de nos

appréciations?“ ¶ Nous sommes à Rome pour y couvrir de la protection de nos armes la personne et le pouvoir du Saint-Père. Cette résolution, adoptée par le Gouvernement qui a précédé le rétablissement de l'Empire, nous a été commandée par des intérêts sur lesquels il serait superflu d'insister pour en faire ressortir la puissance. En continuant d'occuper Rome aussi bien qu'en y envoyant nos troupes, nous avons obéi à des nécessités que nous n'étions pas maîtres de prévenir et auxquelles nous ne sommes pas libres de nous soustraire. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique n'est dominé par aucune considération semblable dans la questiou romaine, et il ne peut avoir à la discuter qu'un intérêt en quelque sorte académique. ¶ Il le comprenait ainsi dès le principe, comme l'atteste le langage des Ministres de la Reine aves les envoyés successifs de la République à Londres. Lord Palmerston, alors secrétaire d'État pour les affaires étrangères, reconnaissait sans difficulté la situation exceptionnelle de la France à l'égard du Gouvernement de l'Église et les devoirs particuliers qu'elle nous créait. J'en retrouve la preuve dans ses entretiens avec M. Gustave de Beaumont, dès la fin de novembre 1848, lorsqu'il fut question pour la première fois, d'envoyer des troupes françaises à Civita-Vecchia. Lord Palmerston s'exprima dans le même sens avec M. le baron Gros, pendant la mission qu'il remplit à Londres au mois de janvier 1849. Le 23 avril, M. l'amiral Cécille résumait ainsi qu'il suit les impressions du principal secrétaire d'État au sujet de l'expédition de Rome, qui était en voie d'exécution.

„Le Gouvernement de la Reine, loin d'en concevoir de l'ombrage ou de l'inquiétude, y applaudit de toutes les façons: il pense que la présence de nos troupes dans les États-Romains déterminera probablement un mouvement de réaction analogue à celui qui vient d'avoir lieu en Toscane, avancera le terme de l'anarchie qui déshonore Rome et facilitera le rétablissement d'un gouvernement régulier.“

Quelques semaines plus tard, le marquis de Lansdowne, dans un débat à la Chambre des Lords, tout en établissant que le Cabinet anglais n'avait pas conseillé l'expédition de Rome, déclarait qu'il n'avait nullement désapprouvé ce projet lorsqu'il lui avait été notifié. ¶ Appelé moi-même au mois de juillet à représenter la France près Sa Majesté Britannique, j'ai eu l'occasion de constater que son Gouvernement avait accepté dès le début, comme une nécessité qui nous était imposée, et suivant les expressions mêmes de lord Palmerston, comme une chose raisonnable, l'intervention française à Rome, et qu'il envisageait avec les dispositions les plus amicales pour la France les obligations comme les difficultés de notre tâche. ¶ J'ai appuyé mes souvenirs à ce sujet, Monsieur, sur des extraits de la correspondance de mon département que j'avais fait recueillir pour ma propre information. Je me suis d'ailleurs empressé de reconnaître, avec M. l'ambassadeur d'Angleterre, que le langage du Gouvernement anglais avait été accompagné de réserves formulées soit dans des communications diplomatiques, soit dans des discussions du Parlement. Ma pensée ne pouvait être de rechercher dans les entretiens des ministres anglais, en 1848 et 1849, des déclarations en désaccord avec les jugements qu'ils portent actuellement sur la présence des troupes françaises à Rome. „Je ne veux,“ ai-je dit à lord

No 489. Frankreich, 25. Nov. 1862.

Cowley, „que rappeler le bon vouloir dont le Gouvernement de Sa Majesté Britannique se montrait alors animé envers la France, et je ne puis songer aux témoignages de mutuelle confiance que les deux pays se sont donnés depuis cette époque, aux grandes choses qu'ils ont accomplies ensemble, sans penser en même temps au droit que nous avons de compter aujourd'hui sur des sentiments pour le moins semblables de la part de l'Angleterre dans la question romaine." ¶ Rien, Monsieur, dans notre attitude ou dans nos actes n'a pu faire supposer au Cabinet de Londres que nos intentions ne soient pas toujours de mettre fin à l'occupation de Rome, dès que nous croirions pouvoir le faire sans nuire aux intérêts qui nous sont confiés. L'Angleterre ne désire pas plus sincèrement que nous de voir approcher le terme de notre intervention. En effet, quelle satisfaction autre que celle de l'accomplissement d'un devoir vient compenser nos sacrifices? Quel avantage particulier avons-nous à en recueillir, si ce n'est l'honneur de rester fidèles à la mission qui nous est échue? Quel intérêt légitime pourrait prendre ombrage d'une politique dont l'unique but est d'aplanir les difficultés qui nous maintiennent à Rome et d'y rendre la présence de nos troupes désormais inutile? ¶ Je n'ai pas, au reste, caché à M. l'ambassadeur d'Angleterre combien le plan suggéré dans la dépêche de lord Russell est loin d'offrir les garanties dont nous nous croyons obligés d'entourer la situation du Saint-Siége avant de quitter Rome. Nous nous inclinons, nous aussi, devant l'autorité du principe de non-intervention; les maximes de l'Angleterre sont les nôtres; nous comprenons de la même manière le respect dû à la souveraineté nationale. Le Gouvernement de l'Empereur en tire son origine et sa force, et le Souverain qui a si noblement embrassé la cause de l'indépendance de la Péninsule ne saurait assurément être soupçonné de vouloir méconnaître sur un point quelconque d'Italie les droits d'un peuple italien. Mais l'état de choses sur lequel nous raisonnons ne ressemble à aucun autre, et les règles ordinaires du droit public n'y sont pas applicables. Si notre position est exceptionnelle sous tous les rapports, certainement celle du Pape à l'égard de ses sujets ne l'est pas moins. ¶ Lorsque toute autorité se maintenait, en quelque sorte, par son propre prestige, les forces matérielles du Gouvernement pontifical suffisaient à assurer la tranquillité et la paix dans les États-Romains; mais le Saint-Siége a subi dans l'ordre temporel le sort réservé de nos jours aux autres gouvernements, et n'étant pas comme eux, par sa nature et son organisation, en état de proportionner ses moyens de défense à ces dangers, il a plus souffert qu'aucun autre de ces épreuves. A ces causes générales de faiblesse sont venus se joindre des désastres récents provoqués par le conflit des intérêts en Italie, et le Gouvernement du Saint-Père est aujourd'hui plus que jamais un pouvoir désarmé. ¶ Si les Romains se trouvaient dans un pareil moment appelés à décider de l'existence de ce pouvoir, l'expérience ne s'accomplirait pas dans des conditions propres à la rendre sincère, et il est trop facile de prévoir quel en serait le résultat. ¶ Ce dénoûment d'une longue crise pourrait-il être considéré comme une solution? Ne serait-ce pas plutôt l'origine de difficultés nouvelles, non-seulement pour l'Italie, mais pour tous les Gouvernements? Depuis quatorze ans, la question romaine est chez nous une préoccupation pour les consciences. Elle n'a agité qu'un seul instant les esprits en Angleterre, et le Cabinet anglais

a été à même de juger, par une récente expérience, des embarras qu'elle peut causer dans le monde entier, si elle n'aboutit pas à des arrangements propres à assurer l'indépendance du Gouvernement de l'Église et la paix religieuse. ¶ Est-ce à dire que la situation des Romains, au milieu des grands intérêts au sort desquels leur propre destinée est attachée, ne nous semble pas mériter une attention bienveillante? Nous sommes loin de le penser, le Cabinet de Londres le sait. Les efforts que le Gouvernement de l'Empereur a faits à plusieurs reprises, et auxquels il n'a point renoncé, pour provoquer toutes les améliorations administratives en rapport avec les besoins du temps sont la preuve de la constante sollicitude de Sa Majesté pour les sujets aussi bien que pour le Souverain. Oui, sans doute, le vœu des Romains en faveur des réformes rencontre des délais et des ajournements; mais Rome n'est pas le seul pays où de pareils retards répondent à des démarches analogues. Il existe certainement des contrées où les souffrances des populations sont plus réelles et plus dignes encore de la sympathie des Puissances chrétiennes. En s'associant à cet égard, dans toutes les circonstances graves, aux préoccupations des grandes Cours, le Gouvernement anglais n'a-t-il pas toujours pensé cependant que le degré de pression à exercer devait demeurer subordonné aux nécessités supérieures de l'ordre européen et de la paix générale? ¶ „Mon intention n'est pas d'en faire un reproche au Cabinet de Londres," ai-je dit à lord Cowley en terminant; „nous lui demandons seulement de tenir compte de notre position quand nous-mêmes nous invoquons ici des considérations semblables. Pourquoi, d'ailleurs, les deux Puissances ouvriraient-elles une controverse sur la question romaine? Pourquoi rechercheraient-elles un débat sans utilité, pratique qui n'aurait pour effet que de provoquer la manifestation publique d'un dissentiment, alors que tant de grands intérêts se recommandent à leur attention sur tous les points du globe et leur conseillent de maintenir entière l'harmonie de leurs rapports?" ¶ Tel est, Monsieur, le sentiment qui m'a dirigé dans cet entretien, et je me flatte de la confiance qu'il aura pleinement justifié auprès du Gouvernement de Sa Majesté Britannique la franchise de mon langage. Vous auriez à vous en inspirer, de votre côté, dans le cas où lord Russell ferait allusion avec vous à sa dépêche du 31 octobre, sans toutefois prendre vous-même à cet effet aucune initiative.

No 489. Frankreich, 25. Nov. 1862.

Drouyn de Lhuys.

A Mr. le Marquis de Cadore, etc., *Londres.*

No. 490.

FRANKREICH. — Gesandter in Turin a. d. kaiserl. Min. des Ausw. — Auskunft über den neuen italien. Minister d. Ausw., Grafen Pasolini. —

Turin, le 10 décembre 1862.

Monsieur le Ministre, le roi a complété hier le nouveau cabinet par la nomination de M. le comte Pasolini comme Ministre des Affaires étrangères. ¶ Le comte Pasolini fut également ministre du Pape dans le cabinet du comte Rossi. Rallié au Gouvernement du Roi lors de l'annexion des Romagnes, son

No. 490. Frankreich. 10. Dec. 1862.

No. 490. Frankreich, 10. Dec. 1862.

pays, il fut nommé préfet à Milan, puis à Turin, où il jouit d'une grande considération.

Sartiges.

A **Mr. Drouyn de Lhuys**, etc., *Paris.*

Nr. 491.

FRANKREICH. — Gesandter in Turin a. d. kaiserl. Min. des Ausw. — Die Stellung des neuen italien. Cabinets zu Frankreich betr. —

Turin, le 10 décembre 1862.

No. 491. Frankreich, 10. Dec. 1862

[Extrait.] Monsieur le Ministre, je ne pense pas que, malgré la couleur qui est attribuée aux membres influents du nouveau cabinet, les rapports du Gouvernement italien avec le Gouvernement de l'Empereur puissent en être, en quoi que ce soit, modifiés. M. Ricasoli, dès le premier jour, a bien voulu me le dire et son langage a été identique à celui de M. Rattazzi. Les amis du baron Ricasoli restent comme lui reconnaissants à la France des sacrifices qu'elle a faits pour l'Italie; ils sentent qu'ils ne peuvent marcher en avant sans elle, à plus forte raison malgré elle; que, sans une solution honorable pour tous les partis, l'Empereur ne peut pas retirer ses troupes de Rome. Pour moi, je me borne pour le moment à répéter ce que Votre Excellence a écrit en toutes lettres dans sa réponse au général Durando, qu'elle accueillera avec empressement toute proposition qui permettrait d'en arriver à une solution honorable et équitable de la question romaine; que l'on nous trouvera disposés à croire aux dispositions amicales du nouveau Cabinet, en attendant ses actes.

Sartiges.

A **Mr. Drouyn de Lhuys**, etc., *Paris.*

No. 492.

FRANKREICH. — Botschafter in Rom an d. kaiserl. Min. d. Ausw. — Bericht über seinen ersten Besuch beim Cardinal Antonelli. —

Rome, le 12 décembre 1862.

No. 492. Frankreich, 12. Dec. 1862.

Monsieur le Ministre, j'ai fait ce matin ma première visite au cardinal Antonelli: l'accueil de Son Éminence a été plein d'empressement et de cordialité. Il y avait près de dix ans que je n'avais pas vu le cardinal Antonelli; la conversation s'est naturellement engagée tout d'abord sur les événements qui se sont succédé en Italie depuis l'époque où j'ai quitté Rome, et qui ont exercé sur la situation du Saint-Siége une influence si considérable. Les appréciations du cardinal Antonelli ont été, je m'empresse de le dire, marquées au coin de la modération et de la convenance la plus grande; plusieurs fois, dans le cours de notre entretien, le cardinal, qui m'avait dès le début demandé avec intérêt des nouvelles de la santé de Leurs Majestés l'Empereur et l'Impératrice, ainsi que du Prince Impérial, s'est plu à rendre hommage aux dispositions bienveillantes que l'Empereur n'avait cessé de témoigner au Saint-Siége, et dont le Saint-Siége aimait à voir une con-

firmation nouvelle dans la rentrée de Votre Excellence au Ministère des affaires étrangères. ¶ „Il est bien certain, a ajouté le cardinal, que c'est à la protection de la France que le Saint-Père doit d'être encore à Rome, et Sa Sainteté, croyez-le, conserve, malgré toutes les difficultés de sa position et toutes les tristesses qui accablent son âme, les sentiments de la plus profonde reconnaissance pour Sa Majesté.“ ¶ Le langage du cardinal secrétaire d'État a été, en un mot, ce que je devais souhaiter qu'il fût. Je n'ai pu d'ailleurs, dans cette première entrevue, qu'effleurer les questions qui préoccupent à si juste titre en ce moment l'opinion. Je me suis cependant particulièrement attaché à ne rien dissimuler aux yeux de Son Éminence de la gravité et des difficultés de la situation, et enfin de l'impérieuse nécessité pour le Saint-Père comme pour tout autre, quand il s'agit du gouvernement des choses temporelles, de s'inspirer des conseils de la prudence et de la modération. Il m'a semblé que le cardinal comprenait lui-même cette nécessité; en tous cas, il s'est montré personnellement très-désireux de nous témoigner, dans la mesure du possible, sa bonne volonté. ¶ Son Éminence m'ayant proposé, d'après l'ordre du Pape, de ne pas attendre pour remettre à Sa Sainteté mes lettres de créance que je fusse en mesure de me rendre, selon l'usage, en grand gala au palais du Vatican, je vais demander à être admis à accomplir en audience privée cette formalité.

No. 492. Frankreich, 12. Dec. 1862

Prince *de la Tour d'Auvergne.*

A Mr. Drouyn de Lhuys, etc., *Paris.*

No. 493.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in Rom. — Die römische Frage betr. —

Paris, le 13 décembre 1862.

No. 493. Frankreich. 13. Dec. 1862

Prince, après ce que l'Empereur a bien voulu vous dire lui-même et les entretiens que j'ai eus avec vous au sujet des affaires de Rome, je n'ai pour le moment rien d'essentiel à ajouter aux instructions que j'ai remises à M. de Lallemand le 31 octobre*) dernier, et auxquelles je vous prie de vous référer. ¶ Les intérêts dont nous avons à tenir compte en Italie sont complexes, mais ils ne sont pas absolument incompatibles, comme affectent de le croire les partis extrêmes à Rome aussi bien qu'à Turin. Si donc notre tâche est difficile, si elle exige peut-être de longs et patients efforts de la part du Gouvernement de l'Empereur et de ses agents, il nous est permis d'espérer que ces efforts ne demeureront pas infructueux. Il est certain, dans tous les cas, qu'il est de notre intérêt aussi bien que de notre honneur de les tenter jusqu'au bout, et pour ce qui vous concerne, je m'en remets entièrement à la sûreté de vos appréciations et à la connaissance que vous avez du terrain sur lequel vous allez vous trouver placé. Vous ne négligerez rien, j'en suis d'avance assuré, pour éclairer le Gouvernement de Sa Majesté sur les intentions et les résolutions éventuelles de la Cour de Rome, et pour faire comprendre à cette Cour elle-même ce que nous nous

*) No. 488.

No 493. Frankreich, 13. Dec. 1862.

croyons fondés à attendre de sa haute sagesse dans les conjonctures actuelles. En vous indiquant le but à atteindre, le Gouvernement de Sa Majesté désire, vous le savez, vous laisser, pour l'opportunité et le choix des moyens, toute la latitude dont il comprend que vous avez besoin. ¶ J'aime à me persuader, Prince, que la Cour de Rome, appréciant les obligations qui sont imposées au Gouvernement de l'Empereur par les principes qui dirigent sa politique, et dont il est responsable vis-à-vis de l'opinion publique en France comme envers lui-même, avisera dans sa sagesse à ce qu'il lui appartient de faire pour rendre plus facile la tâche imposée à notre dévouement pour des intérêts qui sont les siens et qu'elle doit nous aider à défendre.

Drouyn de Lhuys.

A **Mr. le Prince de la Tour d'Auvergne**, etc., *Rome.*

No. 494.

FRANKREICH. — Botschafter in Rom a. d. Min. d. Ausw. — Bericht über seine erste Audienz beim Papste. —

Rome, le 16 décembre 1862.

No. 494. Frankreich, 16. Dec. 1862.

Monsieur le Ministre, j'ai eu l'honneur de remettre hier au Saint-Père, en audience privée, la lettre de l'Empereur qui met fin à la mission de M. le marquis de Lavalette et celle qui m'accrédite en qualité d'ambassadeur de Sa Majesté auprès du Saint-Siége. ¶ Le Saint-Père m'a reçu avec la plus grande bienveillance. Après m'avoir demandé des nouvelles de l'Empereur, de l'Impératrice et du Prince Impérial, Sa Sainteté m'a exprimé dans les termes les mieux sentis sa profonde gratitude pour la protection que l'Empereur voulait bien accorder à l'Église et au Pape en les défendant à Rome contre les entreprises de leurs ennemis. Le Saint-Père a ajouté qu'il connaissait, aussi bien que qui que ce fût, les difficultés de toutes sortes qui entouraient la noble et généreuse mission de la France, et que c'était un motif pour lui de se montrer doublement reconnaissant envers l'Empereur. ¶ J'ai remercié le Saint-Père des sentiments qu'il voulait bien me témoigner en l'assurant que l'Empereur, à qui je ne manquerais pas d'en transmettre l'expression, y serait tout particulièrement sensible. Encouragé par la tournure, j'oserai presque dire amicale, que prit la conversation, je n'hésitai pas à parler au Saint-Père avec une entière franchise. Je lui exposai combien étaient effectivement grandes et sérieuses les difficultés que nous rencontrions dans l'oeuvre d'apaisement et de conciliation que nous poursuivions, ce qu'il avait fallu à l'Empereur de dévouement au Saint-Siége et à la personne du Saint-Père pour ne pas se laisser décourager. Je ne lui dissimulai pas enfin les griefs plus ou moins fondés, mais généralement admis, de l'opinion publique à l'égard du Gouvernement pontifical, et j'ajoutai que le moment me semblait venu pour le Saint-Siége de faciliter, autant qu'il dépendait de lui de le faire, notre tâche, en se montrant animé de dispositions sages et libérales. Le Saint-Père m'écoutait avec bonté, ne m'interrompant que pour donner en quelque sorte un assentiment presque complet à mes paroles. Il n'avait jamais douté,

m'a-t-il dit, et il doutait aujourd'hui moins que jamais des bienveillantes intentions de l'Empereur. Il était également disposé à reconnaître que, dans la situation donnee, le Saint-Siége pouvait, devait même faire quelque chose qui pût être considéré tout au moins comme une preuve de sa bonne volonté; mais il n'était pas facile au Saint-Siége, dans la position que les événements lui avaient créée, d'agir comme il le voudrait. Cependant l'ordre avait déjà été donné d'adresser une circulaire aux chefs des provinces pour les inviter, conformément aux promesses contenues dans le *motu proprio* de 1849, à renouveler au moyen de l'élection, à partir du premier mois de 1863, les conseils municipaux. Le Saint-Père m'a fait remarquer, à cette occasion, que cette mesure aurait pour résulat de donner pour base à toute l'organisation gouvernementale le principe électif, puisque c'étaient les conseils communaux qui nommaient les conseillers provinciaux, et que les conseillers provinciaux à leur tour présentaient des listes dans lesquelles devaient être choisis les membres de la consulte d'État pour les finances. ¶ Le Saint-Père n'aurait peut-être pas eu d'objection sérieuse à accorder à ceux-ci, dans d'autres circonstances, en matière de finances, voix délibérative; mais aujourd'hui que le Saint-Siége était privé des trois quarts de ses revenus, que la majeure partie de ses ressources provenait uniquement de la générosité des fidèles, il n'y avait véritablement plus place pour un pareil contrôle, et la concession paraîtrait puérile. ¶ Abordant un autre ordre d'idées, le Pape a bien voulu me citer quelques faits qui prouveraient qu'une certaine impulsion a été donnée dans ces derniers temps aux travaux publics, et que le Gouvernement pontifical se préoccupe plus sans doute qu'on ne le croit généralement d'augmenter le bien-être matériel des populations restées sous son autorité. Sous le rapport des réformes administratives et judiciaires, le Saint-Père s'est montré également animé de bonnes intentions. Seulement Sa Sainteté est persuadée qu'à cet égard on est mal renseigné à l'étranger sur le véritable état des choses dans les provinces qui font partie du domaine de l'Église. „On nous croit", m'a dit le Saint-Père, „plus arriérés que nous ne le sommes. On va même parfois jusqu'à nous conseiller certaines réformes introduites depuis longtemps chez nous, tant on est ignorant de ce qui s'y passe. Aussi ai-je l'intention de prier le cardinal Antonelli d'exposer dans une dépêche adressée au nonce, à Paris, la situation telle qu'elle est réellement, en l'autorisant à communiquer confidentiellement ce mémoire à votre Gouvernement." J'ai répondu au Saint-Père que je ne voulais en aucune façon m'associer aux accusations passionnées et injustes des ennemis du Saint-Siége, que c'était là un rôle qui ne saurait convenir au représentant d'un souverain qui professait pour Sa Sainteté le dévouement le plus respectueux, que je n'étais chargé non plus de formuler aucune demande; mais puisque le Saint-Père m'avait permis, dès le début de notre entretien, d'exprimer librement mes impressions personnelles, je n'hésitais pas à lui avouer que je demeurais convaincu qu'aussi bien et plus peut-être encore sous le rapport administratif et judiciaire que sous le rapport politique, certaines réformes pouvaient être opérées avec un grand profit pour le Gouvernement pontifical lui-même. Cette opinion, ai-je ajouté, paraissait partagée par tous les amis dévoués et éclairés du Saint-Siége, et je pensais dès lors qu'il serait désirable que l'exposé de la situation que Sa Sainteté

No. 494. Frankreich, 16. Dec. 1862.

avait l'intention d'adresser au nonce de Paris fût suivi de celui des mesures, soit administratives, soit politiques, que le Gouvernement pontifical avait pu prendre dans ces derniers temps ou qu'il était aujourd'hui disposé à adopter. Le Saint-Père n'a pas repoussé cette idée; il m'a, au contraire, assuré qu'il désirait lui-même que tout ce qu'il était possible de faire fût fait et dans la meilleure forme. ¶ Durant l'audience, qui s'est prolongée au delà d'une heure, il n'est pas sorti, je dois le dire, de la bouche du Saint-Père une seule parole d'amertume à l'endroit des événements passés. Sa Sainteté n'a fait non plus aucune allusion directe aux pertes territoriales subies par le Saint-Siége; elle s'est bornée à témoigner, à différentes reprises, sa reconnaissance pour tous ceux en général qui, dans la sphère où ils se trouvaient placés, lui avaient montré quelque sympathie.

Prince *de la Tour d'Auvergne.*

A **Mr. Drouyn de Lhuys**, etc., *Paris.*

No. 495.

FRANKREICH. — Botschafter in Rom an den Min. des Ausw. — Die administrative Thätigkeit der päpstlichen Regierung betr. —

Rome, le 16 décembre 1862.

No. 495. Frankreich, 16. Dec. 1862.

Monsieur le Ministre, j'ai eu l'honneur de faire connaître à Votre Excellence des modifications assez essentielles introduites dans le régime des passeports à Rome; je crois devoir l'informer également que le Gouvernement pontifical vient de prendre une décision qui autorise les sujets romains qui avaient émigré comme compromis dans les événements des dernières années à rentrer dans leur pays, sous la condition d'exposer aux autorités pontificales des frontières les motifs de leur départ et ceux de leur retour; il y a lieu d'espérer que ces autorités apporteront une certaine indulgence dans l'appréciation des raisons qui leur seront exposées. ¶ J'ai appris que le Saint-Père avait approuvé, le 15 novembre dernier, les plans qui lui ont été soumis pour l'agrandissement de la ville de Civita-Vecchia, dont l'enceinte fortifiée nouvellement reconstruite double l'étendue. L'ouverture du chemin de fer qui relie ce port à Rome et à Naples l'appelle à un développement dont il était opportun de lui donner les moyens de profiter. Le chemin de fer qui se dirige sur Ancône sera ouvert au mois de janvier jusqu'à Orte, située à dix-huit lieues de Rome, et le Gouvernement est en négociations assez avancées, à ce que l'on m'assure, avec plusieurs compagnies pour la concession du chemin de fer de Civita-Vecchia à la frontière du Nord, qui réunira cette ville à Livourne en longeant la côte et en traversant les maremmes de Toscane. ¶ Je ne signale ces faits à Votre Excellence que parce qu'ils prouvent que le Gouvernement pontifical apporte en ce moment une certaine activité dans l'administration du territoire restreint sur lequel elle peut s'exercer. Pendant le long séjour que j'ai déjà fait à Rome, j'ai remarqué que s'il y avait à s'étonner de l'inaction de l'administration romaine, il y avait souvent aussi lieu d'être

surpris du silence qui est gardé et qu'elle garde elle-même sur des actes administratifs qui lui vaudraient certainement quelque approbation si, après avoir pris la peine de les faire, on prenait celle de leur donner une certaine publicité.

No. 495. Frankreich, 16. Dec. 1862.

Prince *de la Tour d'Auvergne.*

A Mr. Drouyn de Lhuys, etc., *Paris.*

No. 496.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserl. Botschafter in Rom. — Das von der grossbritann. Regierung dem Papste gemachte Anerbieten eines Asyles in Malta betr.

Paris, le 20 décembre 1862.

No. 496. Frankreich, 20. Dec. 1862.

[Extrait.] J'ai su, par une voie indirecte, que M. Odo Russell, étant reçu par le Pape, aurait donné à Sa Sainteté, au nom du comte Russell le conseil de quitter l'Italie, ajoutant qu'en pareil cas le Gouvernement de Sa Majesté Britannique lui offrirait volontiers l'île de Malte pour y résider; que les vaisseaux anglais seraient à sa disposition, et qu'enfin le Pape pourrait compter sur l'empressement de l'Angleterre à lui assurer, dans l'asile qu'il aurait accepté, toutes les conditions d'un établissement digne de lui. Ces propositions auraient été faites dans une forme officielle, adoptée pour la première fois dans les rapports que M. Odo Russell entretient avec le Saint-Siége. ¶ Mgr. Chigi étant venu me voir, je lui ai dit, en faisant allusion à ce qui précède, que j'avais appris que nous avions de nouveaux auxiliaires et des concurrents dans la protection que nous donnions au Saint-Siége. M. le Nonce m'ayant confirmé l'information qui m'avait été donnée, j'ai ajouté, en évitant de prendre la chose plus au sérieux qu'il ne fallait, que nous espérions bien que si le Pape, ce qu'à Dieu ne plaise, était obligé de quitter l'Italie, Sa Sainteté nous accorderait la préférence sur l'Angleterre et que nous la lui demanderions.

Drouyn de Lhuys.

A Mr. le Prince de la Tour d'Auvergne, etc., *Rome.*

No. 497.

FRANKREICH. — Botschafter in Rom a. d. kaiserl. Min. d. Ausw. — Bevorstehende Reformen im päpstlichen Gebiet betr. —

Rome, le 20 décembre 1862.

No. 497. Frankreich, 20. Dec. 1862

[Extrait.] *L'Osservatore Romano* d'hier soir annonce, dans un article qui a toute l'apparence d'un *communiqué*, que le Saint-Père vient de prendre la résolution de remplacer dans chaque commune, au moyen de l'élection, les conseillers municipaux dont le mandat doit expirer au commencement de l'année prochaine. C'est, en effet, chose décidée, et la circulaire qui en fait part aux gouverneurs des provinces leur sera expédiée demain ou après-demain. Le cardinal Antonelli se propose de faire figurer cette mesure dans l'exposé de

No. 497. Frankreich, 20. Dec. 1862.

la situation administrative, judiciaire et politique des États pontificaux qu'il doit adresser au Nonce de Paris et qui partira de Rome, m'assure-t-on, dans les derniers jours de la semaine prochaine. Il sera aussi fait mention dans ce même document des mesures récemment adoptées au sujet des passe-ports et des émigrés *volontaires* qui désirent rentrer dans leur pays; de la publication plus ou moins prochaine des Codes de commerce et d'instruction criminelle; du Code civil (ce dernier travail n'est pas terminé), ainsi que des améliorations matérielles accomplies ou en voie d'exécution. En un mot, toutes les concessions ou améliorations d'un intérêt quelconque sous le rapport politique ou administratif que le Pape a déjà accordées ou serait disposé à accorder seront indiquées.

Prince *de la Tour d'Auvergne.*

A Mr. Drouyn de Lhuys, etc., *Paris.*

No. 498.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserl. Botschafter in Rom. — Eine Beschwerde Englands über den Einfall von spanischen und bayerschen Soldaten in neapolitanisches Gebiet betr. —

Paris, le 20 décembre 1862.

No. 498. Frankreich, 20. Dec. 1862.

Prince, M. l'Ambassadeur d'Angleterre m'a communiqué une information transmise par M. Odo Russell et de laquelle il résulterait que cinq ou six cents soldats, espagnols et bavarois pour la plupart, auraient quitté le territoire pontifical pour se rendre dans les États napolitains. Ils auraient un uniforme composé d'une jaquette bleue et d'un pantalon rouge, de telle sorte qu'on pourrait les prendre pour des Français. ¶ Je vous prie de ne rien négliger pour vérifier cette information, et, dans le cas où elle vous paraîtrait fondée, d'appeler sur un fait aussi grave la plus sérieuse attention de l'autorité pontificale. Nous ne saurions admettre, comme vous le savez, que le territoire garanti par la protection de nos armes serve à abriter des préparatifs destinés à alimenter la guerre civile dans un pays voisin; et s'il était vrai que l'on cherchât à compromettre l'uniforme français dans des entreprises de cette nature, il ne nous serait pas possible de le tolérer. Je me plais à espérer que vous trouverez le Gouvernement pontifical disposé à prendre, de concert avec l'autorité française à Rome, les mesures qui seraient jugées nécessaires.

Drouyn de Lhuys.

A Mr. le Prince de la Tour d'Auvergne, etc., *Rome.*

No. 499.

ITALIEN. — Min. d. Ausw. a. d. Vertreter im Auslande. — Die vom neuen Ministerium (Pasolini) einzuhaltende auswärtige Politik betr. —

Turin, le 20 décembre 1862.

No. 499. Italien, 20. Dec. 1862.

Monsieur le ministre, — en annonçant au Parlement la formation du nouveau cabinet, M. Farini a prononcé un discours dont vous trouverez ci-joint

une copie. Cette exposition générale des vues du ministère dont j'ai l'honneur d'être membre me dispense d'entrer dans de longs développements sur la direction que l'administration actuelle se propose de donner à la politique extérieure. ¶ J'aurai soin de vous faire connaître la pensée du gouvernement sur chacune des questions spéciales qui appelleront successivement mon attention. En attendant, je compte, Monsieur le Ministre, sur votre habile et active coopération pour expliquer au gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité quelles sont les véritables intentions de l'Italie. En consacrant tous nos efforts, d'un côté à la réorganisation intérieure du royaume, de l'autre à rendre de plus en plus intimes les rapports qui nous unissent aux autres États, nous montrerons que la constitution de l'unité italienne a été un véritable progrès accompli vers la consolidation de l'équilibre européen. ¶ Les Italiens n'oublieront pas que ce grand résultat a été obtenu avec le concours et affermi par l'adhésion des Puissances les plus éclairées. C'est par la justice de sa cause, par la fermeté et la modération de sa conduite que l'Italie a obtenu cette sympathique coopération. Nous ferons en sorte de nous l'assurer à l'avenir, en développant énergiquement les forces du pays et en nous attirant par notre loyauté la confiance et le respect des puissances, sans renoncer à aucun des principes qui doivent présider à l'accomplissement de nos destinées nationales. Née de l'alliance de la monarchie et de la liberté, l'unité italienne restera fidèle à ses origines; elle gardera toujours ce caractère libéral et conservateur qui lui a valu de si vives sympathies par le passé, et qui lui procurera à l'avenir sa part légitime d'influence. ¶ Agréez, etc.

No. 499. Italien, 20. Dec. 1862.

Pasolini.

No. 500.

FRANKREICH. — Gesandter in Turin a. d. kaiserl. Min. d. Ausw. — Einen Frankreich feindlichen Artikel der „Opinione" betr. —

Turin, le 25 décembre 1862.

No. 500. Frankreich, 25. Dec. 1862.

Monsieur le Ministre, assaillis par le parti extrême pour avoir adopté une politique expectante dans la question romaine, les nouveaux Ministres ont laissé expliquer, par quelques journaux, l'attitude qu'ils compteraient garder et que résume en ces termes l'*Opinione* du 21: „Entre la France qui nie Rome aux Italiens et l'Italie qui la veut irrévocablement, il n'y a pas d'entente possible." ¶ Bien que cette déclaration, en supposant qu'elle fût pour le compte du Ministère, ne l'engageât en rien vis-à-vis du Gouvernement de l'Empereur, comme, jusqu'à un certain point elle l'engageait vis-à-vis du pays, j'ai cru devoir incidemment consulter M. Pasolini sur la portée qu'on pouvait lui attribuer. Le Ministre des Affaires étrangères commença par déclarer qu'il n'y avait dans le pays aucun journal qui eût le droit de parler au nom du Gouvernement ou de se dire inspiré par lui; il ne fit pas difficulté de reconnaître qu'après la déclaration faite que la question romaine devait pour l'heure être écartée, il en était infiniment trop parlé à la chambre et dans la presse; mais en même temps il admit que ses collègues et lui partageaient l'opinion du pays, celle que Rome était la

No. 500 Frankreich, 25 Dec. 1862.

capitale naturelle de l'Italie. Il ajouta que c'était là un héritage de M. de Cavour que devait accepter tout ministère italien; que le général Durando l'avait réaffirmé; que, quand il proposait au Gouvernement de l'Empereur de négocier, c'était sur la base de Rome aux Italiens, et que la seule différence entre le programme du cabinet actuel et celui de l'ancien était l'abstention de nouvelles ouvertures à faire au Gouvernement de l'Empereur, qui croyait ne pas pouvoir accepter de négocier sur cette même base. „Mais, dis-je à M. Pasolini, c'est un véritable *non possumus* que vous prononcez là; pendant que nous vous invitons à vous entendre avec la Cour de Rome sur le terrain de la conciliation, ne trouvez-vous pas impolitique de vous lier les mains à l'avance sans savoir si les événements ne feront pas surgir les combinaisons dont il vous serait utile de profiter pour ouvrir de nouvelles négociations?" ¶ M. Pasolini se récria contre l'interprétation, beaucoup trop absolue, selon lui, que je donnais à ses paroles, et il m'expliqua que les Ministres actuels continueraient à suivre avec le plus vif intérêt la marche des choses et que, le jour où ils croiraient possible de reprendre cette négociation, avec le Gouvernement de l'Empereur, ils s'empresseraient de le faire. M. Pasolini me reproduisit enfin les diverses considérations que connaît Votre Excellence, et entre autres celle qui consisterait à laisser aux Romains, par la retraite de nos troupes, la liberté de voter pour le Souverain qui leur conviendrait, ainsi qu'il a été fait en France, en Grèce, etc. J'avais écouté M. Pasolini sans beaucoup l'interrompre; je ne pus m'empêcher cependant de lui faire observer, à l'occasion de ce dernier argument, que, si le code nouveau des droits des peuples comportait la mise aux voix d'un trône devenu vacant, il n'admettait pas toutefois la possibilité du vote d'un trône légalement occupé, et que l'Europe aurait lieu de s'étonner qu'un pays monarchique comme l'Italie proposât avec calme l'expropriation d'un souverain pour cause d'utilité publique. ¶ Le Ministre des Affaires étrangères a écouté avec attention les remarques que, dans des dispositions amicales, j'ai été amené à lui faire sur les dangers pour le Gouvernement italien d'une politique qui, par des déclarations trop absolues, gênerait son action future vis-à-vis du Gouvernement de l'Empereur. M. Pasolini s'est élevé contre la supposition que le cabinet actuel pût jamais se montrer ingrat envers la France, et il a insisté, en son nom comme au nom de ses collègues, sur leur parfaite détermination de marcher d'accord avec le Gouvernement de l'Empereur et de s'appuyer sur lui. Les paroles de M. Farini, qui est venu me voir après cet entretien, étaient de nature à confirmer plutôt les assurances amicales données par M. Pasolini. Un fait reste acquis, c'est le temps d'arrêt qui officiellement s'est produit dans la question romaine par l'arrivée du nouveau cabinet.

Sartiges.

A **Mr. Drouyn de Lhuys**, etc., *Paris*.

No. 501.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Turin. — Den Artikel der „Opinione" u. die röm. Frage betr. —

Paris, le 26 décembre 1862.

No. 501. Frankreich, 26. Dec. 1862.

Monsieur le Comte, sans attacher plus d'importance qu'il ne convenait à la note insérée dans le journal *l'Opinione,* et qui tendrait à faire croire que le nouveau Ministère italien aurait pris à notre égard, au sujet des affaires de Rome, une attitude moins conciliante qu'il ne serait à désirer, vous avez bien fait de vous en expliquer avec M. Pasolini. Les dispositions qu'il vous a manifestées à cette occasion sont satisfaisantes, et nous devons croire qu'elles sont partagées au même degré par tous les membres du nouveau cabinet. Je dois vous dire, d'ailleurs, que M. Nigra m'a tenu un langage parfaitement d'accord avec ce qui vous a été dit par M. le Ministre des Affaires étrangères. ¶ Au surplus, Monsieur le Comte, l'essentiel est, pour le moment, qu'à Turin aussi bien qu'à Rome on ne prenne aucune résolution ou que l'on ne fasse aucune déclaration qui seraient de nature à enchaîner l'avenir et à écarter les chances de la conciliation à laquelle nous serons toujours prêts à employer nos efforts. En résumé, je constate avec plaisir, par l'ensemble de votre correspondance, que la situation à Turin est devenue plus calme, et je me plais à espérer que l'attitude à la fois amicale et ferme qui vous est prescrite, et que vous saurez conserver, ne contribuera pas peu à faire comprendre au Gouvernement italien la nécessité de donner aux populations et aux partis l'exemple de la modération.

Drouyn de Lhuys.

A Mr. le Comte Sartiges, etc., *Turin.*

No. 502.

FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den kaiserl. Botschafter in Rom. — Die römische Frage betr. —

Paris, le 27 décembre 1862.

No. 502. Frankreich, 27. Dec. 1862.

Prince, — l'Empereur a été sensible aux témoignages de reconnaissance pour Sa Majesté et de sympathie pour l'Impératrice et le Prince Impérial que le Pape vous a exprimés dans votre première audience. Sa Majesté a également apprécié le langage constamment bienveillant et modéré avec lequel le Pape vous a entretenu de quelques-unes des questions qui sont à Rome l'objet de notre préoccupation. ¶ Vous ne manquerez pas, Prince, d'encourager ces dispositions de la Cour de Rome, et je me persuade que cette tâche vous serait facile le jour où les membres les plus influents du Gouvernement pontifical et du Sacré-Collége se rendraient un compte plus exact des situations respectives et des obligations qui en résultent pour nous. ¶ Le Nonce apostolique ne m'a pas encore fait la communication qui vous a été annoncée et qui doit contenir l'exposé des mesures préparées pour appliquer le principe électif dans la formation des municipalités et introduire dans l'administration pontificale certaines

No. 502. Frankreich, 27. Dec. 1862.

améliorations. Je n'ai pas besoin de vous dire que nous recevrons ce document avec beaucoup d'intérêt et le sincère désir de tenir compte au Pape et à son Gouvernement de tout ce qui sera fait pour répondre aux voeux et aux besoins légitimes de la population, et nous aider ainsi à protéger d'autant mieux les intérêts au nom desquels nous restons à Rome. ¶ Les dépêches que j'ai déjà reçues de M. le comte de Sartiges sont de nature à me faire considérer la situation à Turin comme étant devenue plus calme.

Drouyn de Lhuys.

A **Mr. le Prince de la Tour d'Auvergne**, etc., *Rome.*

No. 503.

FRANKREICH. — Botschafter in Rom a. d. kaiserl. Min. d. Ausw. — Die englische Reclamation [No. 498] betr. —

Rome, 27 décembre 1862.

No. 503. Frankreich, 27. Dec. 1862.

Monsieur le Ministre, Votre Excellence a bien voulu me faire part d'une information transmise par M. Odo Russell à son Gouvernement, et de laquelle il résulterait que *cinq* ou *six cents soldats*, espagnols ou bavarois pour la plupart, auraient quitté le territoire pontifical pour se rendre dans les États napolitains *). Ces soldats auraient, toujours d'après le dire de M. Odo Russell, un uniforme composé d'une jaquette bleue et d'un pantalon rouge; de sorte qu'on pourrait les prendre pour des soldats français. ¶ Je m'empresse d'annoncer à Votre Excellence qu'il résulte des recherches auxquelles je viens de me livrer que le fait signalé par M. Odo Russell est ignoré de tous ceux qui seraient en situation d'en avoir connaissance, ce qui m'autorise à en contester l'exactitude. Comment admettre sérieusement, en effet, Monsieur le Ministre, qu'une expédition aussi importante ait pu s'organiser sur un territoire occupé par dix-huit mille de nos soldats, à l'insu de la police et de la gendarmerie française, et sans que le général qui commande ces troupes et l'ambassadeur de l'Empereur aient pu concevoir le moindre soupçon? Et, cette expédition eût-elle même été organisée, comment admettre encore qu'elle soit parvenue à franchir la frontière très-sévèrement surveillée par nos troupes, du côté précisément de Naples? Tout cela, je n'hésite pas à le dire, est plus qu'invraisemblable. Il convient, d'ailleurs, d'observer que de pareils faits, que la vigilance de nos troupes suffirait, je le répète, à rendre impossibles, ne pourraient pas se produire sans une complicité entière de la part des autorités pontificales; or je me suis déjà trouvé dans le cas, depuis mon arrivée à Rome, de m'expliquer très-nettement à cet égard, aussi bien avec le Saint-Père et le cardinal Antonelli qu'avec M[gr] de Mérode lui-même. Je m'empresse d'ajouter que dans le moment actuel l'attitude du Gouvernement pontifical est aussi correcte, sous ce rapport, que nous avons le droit de l'exiger.

Prince *de la Tour d'Auvergne.*

A **Mr. Drouyn de Lhuys**, etc., *Paris.*

---

*) No. 498.

No. 504.

FRANKREICH. — Botschafter in Rom an d. kaiserl. Min. d. Ausw. — Das dem Papste von England angebotene Asyl auf Malta betr. —

Rome, le 27 décembre 1862.

No. 504. Frankreich. 27. Dec. 1862.

Monsieur le Ministre, je m'empresse de vous transmettre les informations que j'ai recueillies et que j'ai lieu de croire exactes concernant la proposition récemment faite au Saint-Siége par lord John Russell, de mettre l'île de Malte à la disposition du Pape pour le cas où ainsi que le lui conseillait l'Angleterre, il consentirait à abandonner Rome à l'Italie. ¶ Dans le courant de l'été, M. Odo Russell, qui se disposait à prendre un congé, sollicita une audience du Pape. M. Russell, admis à l'audience, plaida comme d'habitude, mais dans des termes très-convenables, la cause de l'unité italienne, pour le succès de laquelle, dit-il, son Gouvernement faisait les voeux les plus ardents. Au moment où il prenait congé de Sa Sainteté, lorsqu'il était déjà sur le seuil du cabinet occupé par Elle, le Saint-Père lui adressa, sans y attacher, paraît-il, la moindre importance, ces paroles: „Adieu, cher Monsieur Russell; qui sait si un jour je ne serai pas forcé d'aller vous demander l'hospitalité?“ A ces mots M. Russell rentra immédiatement dans le cabinet du Saint-Père, et lui demanda si en effet il craignait d'être obligé de quitter Rome, et si, dans ce cas, il serait réellement disposé à venir en Angleterre. Le Pape rassura bien vite M. Russell, en ajoutant qu'il ignorait les épreuves que la Providence lui réservait, mais que, pour le moment, il n'avait aucune appréhension et ne songeait nullement à s'éloigner de Rome. M. Odo Russell, qui sans doute rendit compte de cette conversation à son Gouvernement, en lui donnant peut-être plus d'importance qu'elle n'en avait réellement, fut bientôt, assure-t-on, appelé à Londres par le télégraphe. ¶ A son retour à Rome, au mois de novembre dernier, M. Odo Russell se rendit chez le cardinal Antonelli et lui remit une note dans laquelle lord John Russell, après avoir soutenu la cause de l'unité italienne et le droit de l'Italie de posséder Rome, conseillait au Pape d'abandonner la ville éternelle, et annonçait que, dans le cas où le Saint-Père serait disposé à suivre ce conseil, la flotte anglaise de la Méditerranée se tiendrait à ses ordres pour le transporter soit en France, soit en Espagne, soit à Malte où un palais serait mis à sa disposition et où il pourrait attendre librement que l'Italie se fût prononcée relativement à sa souveraineté. M. Odo Russell, en remettant au Secrétaire d'État de Sa Sainteté la note de Son Gouvernement, l'autorisa à en faire confidentiellement l'usage qu'il croirait convenable. Le Cardinal s'empressa de lui répondre qu'il n'avait à en faire aucun usage, attendu que le Saint-Père ne songeait pas le moins du monde à quitter Rome. L'intention de Son Éminence était même, assure-t-on, de garder à ce sujet un silence complet, pour ne pas donner à la démarche de M. Odo Russell une importance qu'elle ne devait pas avoir; mais on ne tarda pas à apprendre au Vatican que M. Odo Russell en avait parlé lui-même avec l'un des envoyés diplomatiques accrédités auprès du Saint-Siége. Les choses en restèrent là cependant, et le cardinal Antonelli considérait l'incident comme fini, lorsque, d'après ce qui m'a été dit, M. Odo Russell se serait pré-

No 504. Frankreich, 27. Dec. 1862

senté de nouveau chez Son Éminence à l'occasion des fêtes de Noël et l'aurait informé qu'il venait de recevoir une lettre particulière de lord Russell, dans laquelle ce ministre exprimait son vif regret de voir que le Pape n'était pas disposé pour le moment à accepter ses propositions, en ajoutant qu'il avait des raisons de croire que Sa Sainteté se trouverait très-prochainement dans la nécessité d'en profiter. Le cardinal Antonelli se serait abstenu de faire à cette nouvelle communication aucune réponse.

Prince *de la Tour d'Auvergne.*

A **Mr. Drouyn de Lhuys**, etc., *Paris.*

No. 505.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserl. Botschafter in Rom. — Résumé einer Unterredung mit Lord Cowley in Betreff des Brigantenwesens im Neapolitanischen und der Anwesenheit Franz II. in Rom. —

Paris, le 1. janvier 1863.

No. 505. Frankreich, 1. Jan. 1863.

Prince, M. l'ambassadeur d'Angleterre est venu me donner lecture d'une dépêche du principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique ayant pour objet de nous dénoncer l'extension qu'aurait prise le brigandage dans les provinces napolitaines voisines de l'État pontifical. Après avoir signalé le fait comme constant, lord Russell n'hésite pas à l'attribuer pour la plus grande part à la tolérance volontaire, sinon à la connivence dont le Gouvernement pontifical assurerait le bénéfice aux bandes qui s'organisent sur son territoire. Et cependant, observe en passant lord Russell, le Saint-Siége, en mainte occasion, et notamment en 1848, lorsque le Pape actuel était provoqué à prendre part à la guerre contre l'Autriche, le Saint-Siége a proclamé qu'il avait en horreur l'effusion du sang, et que la guerre était contraire à ses principes de mansuétude et de charité. Or, qu'y a-t-il de plus cruel que la guerre civile et de plus odieux qu'elle ait pour auxiliaire le brigandage? Voilà pourtant, d'après les informations reçues à Londres, ce que la Cour pontificale ne craint pas d'encourager plus ou moins directement par sa propre conduite, et de plus en permettant que le roi François II continue, par sa présence et par ses menées à Rome, d'exciter le zèle de ses partisans au delà de la frontière. Enfin, la dépêche mentionne le fait qui m'avait déjà été signalé par lord Cowley de l'organisation sur le territoire romain d'une troupe de cinq ou six cents recrues, habillées d'un uniforme pareil à celui des soldats français, et qui aurait été dirigée sur les États napolitains. ¶ Ces prémisses posées, lord Russell fait remarquer que, si le Gouvernement italien se trouvait vis-à-vis du Saint-Siége dans des conditions ordinaires, il aurait à demander compte au Pape d'actes aussi contraires au droit des gens, et il lui serait facile d'en obtenir satisfaction. Mais il ne le peut, les Français étant à Rome; et, sans que la dépêche le dise expressément, elle donne cependant à entendre que le drapeau de la France à Rome protége bien un peu le brigandage tout en couvrant le Pape. C'est pourquoi le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'adresse à celui de l'Empereur, persuadé que, si la France voulait bien seulement

dire un mot, le brigandage cesserait bientôt. ¶ Tel est, Prince, si ma mémoire est fidèle, le résumé exact et la conclusion de la communication qui m'a été faite, le 26 du mois dernier, par lord Cowley. ¶ Je lui ai répondu que les informations qui servaient de base à la démarche qu'il était chargé de faire auprès de moi ne me paraissaient pas pouvoir être admises sans contestation, qu'il y avait au moins exagération dans le tableau tracé dans la dépêche de lord Russell. Le brigandage dans les provinces napolitaines n'existe pas seulement dans le voisinage de la frontière romaine, il existe surtout dans l'intérieur, et il sévit jusque dans la Basilicate. Malheureusement le brigandage est dans les moeurs et les traditions des Napolitains; c'est en quelque sorte un mal inhérent au pays, et le Gouvernement anglais ne peut ignorer combien, à toutes les époques, on a eu de la peine à le combattre. En ce qui nous concerne, nous n'avons pas attendu d'y être invités pour prendre toutes les mesures que la présence de nos troupes pouvait nous permettre, et notre correspondance avec l'ambassade de Sa Majesté à Rome aussi bien que celle de M. le Ministre de la guerre avec le commandant en chef de notre corps d'occupation sont là pour en témoigner. La vigilance de nos troupes à surveiller la frontière et à empêcher le passage des bandes ou des individus qui chercheraient à la franchir ne saurait être plus active; je pourrais dire, en vérité, que nos soldats sont bien moins à Rome pour assurer la sécurité du Pape que pour faire la police de la frontière. ¶ Quant à l'information relative aux cinq ou six cents hommes qui auraient passé des États-Romains sur le territoire napolitain, j'ai dit à lord Cowley qu'il m'était difficile d'y croire, car il n'était guère probable qu'un fait semblable se fût produit sans que l'ambassade et l'autorité militaire à Rome n'en eussent appris et mandé quelque chose; que je m'étais toutefois empressé de vous le signaler, en vous invitant à en vérifier l'exactitude, et que j'attendais votre réponse. J'ai ajouté que, conformément à vos instructions, vous n'aviez pas manqué, dans vos premiers entretiens avec le Cardinal Secrétaire d'État et avec le Pape lui-même, de rappeler le prix que nous attachons à ce que le Gouvernement pontifical s'applique de son côté, comme nous le faisons du nôtre, à empêcher les enrôlements sur son territoire, et que les assurances que vous aviez reçues à cet égard du Pape et de son ministre étaient aussi nettes que nous devions le souhaiter. ¶ Je n'ai pas caché à lord Cowley que vous aviez eu occasion d'aborder le même sujet avec le roi François II, et que ce prince, de qui on ne pouvait naturellement attendre le blâme ou le désaveu de ceux qui soutiennent sa cause, n'a pas hésité à déclarer qu'il était étranger à ce qui se passait dans le royaume de Naples, et qu'il déplorait que beaucoup de misérables se servissent de son nom pour commettre des crimes. ¶ Bien que la résidence du roi François à Rome n'ait pas sur le développement du brigandage l'influence que le Gouvernement anglais semblait lui attribuer, je n'ai pas davantage dissimulé à lord Cowley qu'elle était à nos yeux regrettable, ne fût-ce que parce qu'elle donnait lieu à des commentaires et à des récriminations fâcheuses pour la Cour pontificale. Nous désirions donc que ce prince comprît de lui-même la convenance qu'il y avait pour lui vis-à-vis du Saint-Siége à quitter le séjour de Rome; nous lui avions fait parvenir, et nous le ferions encore, les observations que nous jugions les plus propres à l'y décider: mais l'Angleterre,

No. 505. Frankreich, 1. Jan. 1863.

qui pratique si largement chez elle les devoirs de l'hospitalité et qui en revendique les droits avec un soin si jaloux, comprendra certainement que le Gouvernement de l'Empereur n'ait pas la pensée de faire usage de l'autorité dont il dispose à Rome pour amener l'éloignement du roi François, et qu'il veuille l'obtenir de la seule persuasion. ¶ En vous transmettant, Prince, ce résumé de mon entretien avec lord Cowley sur un des sujets qui préoccupent l'attention publique en Italie et ailleurs, il m'a paru que vous pourriez en faire un utile usage pour raffermir encore davantage le Saint-Siége, s'il en était besoin, dans les sages résolutions qu'il a prises en ce qui touche la tranquillité du midi de l'Italie.

Drouyn de Lhuys.

A Mr. le Prince de la Tour d'Auvergne, etc., *Rome.*

No. 506.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserl. Botschafter in Rom. — Die Grundlosigkeit der englischen Reclamation [Nro. 498] betr. —

Paris, le 3 janvier 1863.

No. 506. Frankreich, 3 Jan. 1863

Prince, les renseignements que vous avez recueillis concernant l'enrôlement prétendu des reactionnaires qui, au nombre de cinq ou six cents, auraient franchi la frontière romaine pour entrer dans les provinces napolitaines, sont aussi concluants que possible et nous autorisent à considérer comme tout à fait erronée l'information que M. Odo Russell avait transmise à son Gouvernement. M. le général de Montebello en a écrit de son côté à M. le Ministre de la guerre, et il dément en termes énergiques un fait que la surveillance de nos troupes n'eût pas manqué d'empêcher, en supposant que d'autres que nous eussent pu le tolérer. ¶ J'ai eu, du reste, occasion de revenir sur cet incident avec lord Cowley depuis la réception de votre dépêche, et je m'en suis expliqué de manière à ce qu'il pût éclairer à son tour le principal Secrétaire d'État de S. M. Britannique sur le peu de confiance qu'il convient d'attribuer aux informations qui lui sont venues de Rome. Comment pourrait-il se faire que l'auteur de ces informations eût été le seul à savoir ce qu'auraient ignoré le Gouvernement pontifical et le commandant en chef des troupes françaises, dans une circonstance où ils eussent été inévitablement les premiers informés? Enfin, si l'on veut admettre que cinq ou six cents hommes aient été enrôlés, organisés et équipés, et qu'ils aient traversé les postes français sans être aperçus, comment se fait-il que le nombre total des brigands dans les provinces napolitaines s'élève à peine au même nombre, d'après le rapport que M. le général de la Marmora a adressé au Gouvernement italien? ¶ J'aime à penser que ces considérations sur lesquelles j'ai principalement insisté dans mon nouvel entretien avec lord Cowley, et que l'ambassade de Sa Majesté à Londres sera chargée de présenter aussi à lord Russell, auront pour effet de démontrer au Gouvernement anglais tout au moins l'invraisemblance du fait qu'il a cru devoir accueillir, et de le mettre en garde contre les bruits analogues que des personnes moins amies de l'Italie qu'ennemies du Saint-Siége ne craignent pas de propager.

Drouyn de Lhuys.

A Mr. le Prince de la Tour d'Auvergne, etc., *Rome.*

No. 507.

ITALIEN. — Min. d. Innern an die Präfecten. — Aufforderung zur Eröffnung einer Subscription zur Unterstützung der durch das Räuberwesen in den neapolitan. Provinzen Beschädigten. —

[Uebersetzung.]

Turin, le 1er janvier 1863.

No. 507. Italien, 1. Januar 1863.

Le brigandage, qui travaille plusieurs des provinces napolitaines, est une plaie générale pour l'Italie. Il enlève de la vigueur à tout le corps; s'il n'attaque principalement que quelques membres, il souille la pureté de ce mouvement national qui a tiré l'Italie de l'humble condition où elle se trouvait pour la faire entrer dans la voie d'un avenir indéfini de prospérité et de grandeur. ¶ Le brigandage ne peut être imputé cependant aux populations des pays qu'il désole; sans qu'il y ait de leur faute, c'est pour elles un nouveau malheur, malheur qui est comme la somme et le résultat de tous ceux qu'a fait peser sur elles le gouvernement déchu, en négligeant, de propos délibéré, de répandre parmi les classes les plus infimes ces lumières de l'éducation, ces semences de civilisation, ces principes féconds de liberté qui propagent chez les peuples le sentiment de leur propre valeur et de la dignité du travail. ¶ Dans le désordre qu'un changement quelconque, au milieu de pareilles conditions, devait engendrer, le gouvernement déchu n'a vu dans l'avenir que ce qu'il y avait trouvé dans le passé, un moyen de restauration. ¶ Les populations napolitaines ont déjà, à cette heure, désillusionné ceux qui nourrissaient cette espérance, en concourant, non à grossir, mais à combattre les bandes des brigands qui, par la dissolution de la force publique et par l'or venu d'où l'on devait attendre une parole chrétienne de bénédiction et de paix, se sont formées au milieu d'elles. ¶ Toutefois ces bandes si disséminées et si isolées, campées ou errantes comme des ennemis sur un terrain ennemi, servent aux adversaires de l'unité italienne de prétexte pour la combattre, préférant laisser croire qu'ils ont trouvé sur le sol de l'Italie un allié qui les déshonore, que de déclarer qu'ils n'en trouvaient point. ¶ L'unité de l'Italie resplendit de son propre éclat, et, née de la volonté unanime des peuples, elle n'a pas besoin de confirmation. Le Gouvernement doit néanmoins veiller, parce que là où manquent les motifs manquent aussi les prétextes, parce qu'il faut que le feu soit éteint même avant que son foyer, qui est à Rome, n'en ait disparu; et il est résolu à prendre les mesures les plus promptes et les plus efficaces pour que la mauvaise herbe du brigandage, qui frappe de stérilité le sol de tant de provinces, soit entièrement fauchée et arrachée. ¶ Les moyens que le Gouvernement doit employer de son chef et dès à présent, pendant même que les études de la commission d'enquête continuent, vous les connaissez déjà en partie, et vous en serez plus tard particulièrement instruit. Toutefois il est une chose que le Gouvernement croit ne pas pouvoir accomplir tout seul, et pour laquelle il provoque, par l'intermédiaire de MM. les préfets, le concours de la nation. ¶ Les populations napolitaines, qui depuis deux ans subissent un fléau dont les autres provinces sont exemptes, ont pourtant le besoin de savoir, par un témoignage évident, que ce mal, qui leur est particulier, est regardé en fait comme un mal pour tous, ce qu'il est réellement. ¶ Un fait nouveau dans les

No. 507. Italien, 1. Januar 1863.

sociétés actuelles, un fait dont l'Angleterre, dans toutes les parties de son immense territoire, donne aujourd'hui un exemple si splendide, en concourant à secourir les ouvriers du Lancashire laissés sans travail à cause de la guerre d'Amérique; un fait nouveau, c'est que toutes les parties qui constituent un État, que toutes les provinces qui le composent, que toutes les classes qu'il embrasse, que tous les citoyens qu'il compte dans son sein sentent maintenant plus intimement que par le passé le besoin de former un seul tout réuni par un lien d'affection intime, un lien commun d'intérêts, de façon que le mal de l'un devient le mal de chacun; et la libéralité des particuliers suffit là où l'État, sans élargir excessivement ses attributions ou appliquer des principes reconnus jusqu'à présent comme funestes, ne pourrait suffire pleinement par lui-même. ¶ En Italie, ce concours du pays aurait, outre cette signification sociale et morale, une signification politique. La douleur des longues vexations, des malheurs répétés, des souffrances continues, a pu causer chez quelques-unes des populations napolitaines un préjudice funeste à la réputation de stabilité qui est le premier fondement de tout État et le premier principe de tout État nouveau. ¶ Ces populations ont pu se croire délaissées par les provinces leurs soeurs et moins aimées que les autres. Quel meilleur moyen de dissiper un préjudice aussi funeste que de montrer la sollicitude de toute l'Italie accourant spontanément pour panser les plaies que le brigandage ouvre dans les familles, et récompenser le courage de ceux qui, en affrontant les brigands, défendent leurs personnes, leurs familles, leur patrie, et lavent le nom napolitain de toute accusation injuste? ¶ Le Gouvernement n'entend pas non plus, de ce côté, rester inactif dans la sphère de son action légitime. Dès à présent les actes de courage reçoivent de lui ces récompenses que, dans les limites des fonds dont il dispose, et dans les modes consentis par les lois, il peut accorder. Il se propose de formuler un projet de loi qui sera présenté dans la prochaine session du parlement, afin de pouvoir agir avec plus de latitude sur ce sujet. ¶ Mais tandis que le Gouvernement médite ce projet, on ne peut se dissimuler deux choses: 1⁰ que pour formuler et discuter ce projet de loi, il faudra du temps; 2⁰ qu'il ne pourra venir en aide à ces malheurs domestiques qui méritent de la pitié des citoyens autre chose qu'une commisération stérile, ni embrasser dans sa prévoyance tous les actes inspirés par l'amour de la patrie et tous les actes de courage qu'il serait juste de récompenser, comme saurait admirablement le faire la charité privée. ¶ D'autre part, le Gouvernement sent combien la consolation descendrait plus douce au sein des familles désolées ou dans l'âme de ceux qui ont bien mérité du pays, s'il était manifeste que les récompenses sont le produit de la volonté spontanée de leurs concitoyens plutôt que le produit forcé de l'impôt. ¶ Le Gouvernement sent bien qu'en suivant le premier système, plusieurs effets moraux en résulteraient, et que, d'après le second, il n'atteindrait pas son but; il sent, dis-je, combien il importe que pendant qu'il demande comme un devoir la vertu du sacrifice, la reconnaissance et la sollicitude du pays, il se hâte de la récompenser par un prix convenable. ¶ Sans renoncer par conséquent à la part qui lui incombe, le Gouvernement juge à propos de vous inviter à provoquer, à la réception de la présente circulaire, une souscription, dans toutes les communes de la province confiée à vos soins, de la

manière que vous croirez la plus convenable pour atteindre le but que je vous ai indiqué. ¶ Le riche portera son écu à cette souscription, et le pauvre son obole; et la somme réunie sera appliquée à la double mission de consoler les infortunes domestiques et de récompenser les actes de courage dont le brigandage aura été l'occasion ou la cause. Le ministre indiquera en son temps les modes à employer pour faire parvenir les fonds réunis dans les mains des autorités provinciales entre lesquelles ils doivent être distribués. ¶ Tout en demandant le concours des particuliers pour la souscription, le Gouvernement veut aussi que ces mêmes particuliers lui prêtent leurs services pour la distribution. ¶ A cet effet, MM. les préfets des provinces dans lesquelles on devra ou distribuer des secours ou accorder des récompenses recevront des instructions spéciales relativement à la nomination, dans le chef-lieu de province, d'une commission d'honnêtes citoyens, et dans les communes des commissions qui correspondront avec la première, afin que, après avoir vérifié les infortunes à soulager ou les actes dignes de récompense, l'on puisse, proportionnellement aux sommes recueillies, donner une récompense convenable aux uns et un soulagement aux autres.

No 507. Italien, 1. Januar 1863.

Peruzzi.

No. 508.

ITALIEN. — Min. d. Ausw. Franz II. an die Agenten des Königs im Auslande. — Protest gegen alle Verkäufe, Schenkungen etc. von öffentlichen Domänen im vormal. Königr. beider Sicilien. —

Albano, le 1 octobre 1862.

No. 508. Italien, 1. October 1862.

Monsieur, — depuis que l'inqualifiable irruption garibaldienne et piémontaise est venue opprimer par sa violence les peuples des Deux-Siciles et a été cause que ce royaume, naguère si florissant, est devenu le but des épreuves les plus déplorables qu'aient jamais subies des peuples civilisés, Sa Majesté le roi, fort de ses droits et de ses devoirs sacrés de souverain légitime, protesta hautement à Naples, le 6 septembre 1860, contre tous les actes arbitraires et les excès que les usurpateurs qui s'étaient emparés du pouvoir avaient commis ou commettraient au détriment du bien public. ¶ Ces protestations ont été renouvelées dans les mémorandum du 25 septembre 1860 et 28 avril 1861, et dans les circulaires du 5 octobre, du 5 et du 8 novembre 1860, et dans celles des 16 février, 25 mai et 8 juin 1861. Dans ces communications officielles, Sa Majesté a déclaré qu'elle considérait comme nulle et d'aucun effet toute appropriation des biens patrimoniaux qui lui appartenaient, et de ceux qui appartenaient aux princes et aux princesses de la maison royale des Bourbons, ainsi que tout échange ou vente que l'usurpateur des biens du domaine public et de l'État pouvait avoir en vue. Les lois émises en Piémont le 21 août de cette année sont venues réaliser ces affreux projets; et il est déplorable de voir que dans ces lois, pour en effectuer de suite la vente, on se soit arrêté à des conditions désastreuses, et cela non-seulement pour les biens de l'État, du domaine

No. 508. Italien, 1. October 1862.

privé du roi et de la maison des Bourbons, mais, ce qui est plus fort, pour tout le patrimoine de l'Église, par la voie cachée de la confiscation des biens particuliers au profit du domaine de l'État. ¶ Je ne veux pas maintenant appeler l'attention de l'Europe sur l'injustice de ces lois, tant à l'égard de la vente du patrimoine sacré de l'Église, qui est aussi en grande partie le patrimoine des pauvres, des orphelins, des malades et des veuves, et qui vient des legs des particuliers ou d'acquisitions faites par les corporations des États, qu'à l'égard de la vente des biens privés et allodiaux du roi et de la famille royale des Bourbons, en dépit des codes des nations civilisées qui regardent comme sacrées les propriétés privées, quel qu'en soit le possesseur. ¶ Je ne veux pas plus exposer le dommage énorme que produira la dissipation inouïe de l'immense quantité des biens du domaine et de l'État, qui, d'un côté, offrant par leurs rentes les moyens d'amortissement de la dette publique, fournissent et ont fourni de tout temps de grandes ressources à la marine, à l'agriculture et à l'industrie manufacturière par leurs bois très-étendus et leurs riches prairies. ¶ Ces considérations très-importantes, que le gouvernement usurpateur a mises de côté pour effectuer la dernière et la plus fatale des spoliations dans les éléments de viabilité dans les Deux-Siciles, ont ému le coeur du roi, qui s'attriste pour les dommages causés à la religion et des malheurs toujours croissants de ses peuples. Et malgré qu'il ait bien des fois protesté contre les violences et les abus de l'usurpateur, cependant, pour sauvegarder les droits sacrés de l'Église et de l'État, aussi bien que ceux de la famille royale, il répète encore une fois que toutes les ventes, permutations, donations publiques ou privées, faites pour n'importe quelle raison et sous quelque forme que ce soit, seront regardées comme des ventes arbitraires, immorales, nulles et de nul effet, nonobstant le laps de temps qui se serait écoulé depuis, et cela pour les biens de l'Église et des corporations religieuses et de bienfaisance, ainsi que de ceux appartenant à l'État, au domaine public, à lui-même et aux membres de la maison royale de Bourbon. ¶ Vous donnerez lecture et laisserez copie de cette dépêche au ministre des affaires étrangères, et vous donnerez aussi à cette circulaire la plus grande publicité, pour que personne n'ignore les protestations que le Gouvernement du roi fait contre les effets des lois barbares du roi Victor-Emmanuel.

Del Re.

No. 509.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an Herrn Odo Russell, diplomatischen Agenten in Rom. — Vorschlag zur Entfernung des Papstes aus Rom. —

Foreign Office, October 25, 1862.

No. 509. Grossbritannien, 25. October 1862.

Sir, — Her Majesty's Government have observed with great interest the correspondence which has been published in the „Moniteur" of the 25th of last month *). ¶ The Emperor of the French in this correspondence points out with great force and precision the evils which flow from the present position of affairs in Rome. His Majesty calls the attention of the Pope to the undoubted

*) Nro. 475, 476 u. 479.

fact that while everything that is liberal in Europe condemns the resistance of his Holiness to every proposal of arrangement, the most attached adherents of the See of Rome find their consciences troubled by the antagonism between their „political convictions and religious principles which would seem to condemn modern civilization.“ To all the reasons thus powerfully set forth, Cardinal Antonelli replies on the part of the Pope with a summary declaration of the Pope's inability to agree to any compromise which should leave him with less than the whole of his former territory. This is a perilous situation. ¶ The Pope allows his spiritual authority to be impaired, and his hold over the Roman Catholic Church to be weakened, by his resistance to the wishes of the Italian people. It does not become Her Majesty's Government to dwell upon this danger otherwise than as one to which the religious mind of the Pope must be keenly alive. But the political evil is one upon which Her Majesty's Government may fairly dwell. ¶ The personal character of the Pope is marked by benevolence and charity. As an Italian he must feel for the sufferings of Italy. As the supreme head of the Roman Catholic Church he declared in 1849 that it did not belong to his character to draw the sword. The position of a peaceful Sovereign, animated with equal and impartial love towards contending parties and towards hostile armies, has been claimed for him by the Bishops who met this year at Rome, and who expressed their sentiments in an address to his Holiness. ¶ Yet in contradiction to his own view of his position, in opposition to the picture drawn of him by the most eminent of his own Church, the Pope's territory has become a refuge for one of the contending parties, and the name of religion has been used as the justification for civil war. We see conflicts of unusual ferocity take place under the pretence of such conflicts being necessary to vindicate the temporal power of the Pope. ¶ These scenes must wound the kind heart and harrow the paternal feelings of Pius IX. ¶ Is there no way of terminating, or at least of suspending, the conflict? ¶ Placed in their present positions neither party will give way. The Italian people will always ask for Rome; the Pope will always refuse any terms of accommodation, whether they be those of the Emperor of the French, of Count Cavour, or of Baron Ricasoli. ¶ Must Rome, then, be the seat of a perpetual foreign occupation? Must brigandage for ever ravage the fertile fields of Southern Italy? God forbid such a calamity! God forbid that Pope Pius IX should be the instrument of consigning his countrymen eternally to mutual hatred and to sanguinary civil war! ¶ Her Majesty's Government are of opinion that Rome should be the capital of the Italian Kingdom. But, if they are rightly informed, the Pope believes that a time will come when by general consent his former territories will be restored to him, and when his temporal power will resume its former splendour. ¶ If such is his sincere conviction, would it not become the Pope, that instead of being himself the principal cause of civil war in Italy, he should retire from this conflict, and expect in tranquillity the issue which in the order of Providence may await the Papacy, and determine the fate of Italy? ¶ In such a case the Admiral of Her Majesty in the Mediterranean would convey the Pope to Malta, to Trieste, to Marseilles, or to Valencia, and if His Holiness should

No. 509. Gross-britannien, 25. October 1862

choose to remain in Malta, Her Majesty's Government would there provide a mansion fit for his reception. ¶ There His Holiness might be surrounded by his chief Cardinals and most trusty counsellors. He would not be asked to subscribe to any conditions repugnant to his conscience. Civil war would cease in Italy, and the Italian people would be at liberty either to enjoy the complete possession of their own territory, or again to assign to the Pope, if they so thought fit, a temporal dominion. ¶ At all events his spiritual authority would resume its sway over the minds of the Roman Catholics of Italy and of Europe. When the storm was overpast, the Pope might return to Rome, owing to love and affection that homage which would be paid to his sacred character, and that veneration which would be justly due to his exalted personal virtues. ¶ You are directed to speak in the sense of this despatch to Cardinal Antonelli, and to give him a copy of it to be submitted to the Pope. ¶ A copy of this despatch will be sent to Earl Cowley, for his information. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Mr. Odo Russell**, *Rome.*

No. 510.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris, die römische Frage betreffend. —

Foreign Office, October 31, 1862.

No. 510. Gross-britannien, 31. October 1862.

My Lord, — At a time when the new Minister of Foreign Affairs in France has thought it necessary to write a circular respecting the policy pursued by the Emperor in Italy, it may not be amiss to state once more the view taken by Her Majesty's Government of the Roman question. ¶ In so doing, I am not deterred by any fear that this step will be construed into an undue pressure on the Government of the Emperor. In a matter so deeply affecting the welfare of Italy and the future peace of Europe, a frank interchange of opinions cannot be misinterpreted as an undue interference with the action of a friendly Government. ¶ If the policy of the Emperor is right in point of justice and expediency, he ought not to persevere in it the less because the British Government differ from him on the subject. If it is wrong, he ought not to persevere in it simply from a fear of being supposed to be influenced by the views of the Government of Great Britain. ¶ I will proceed to state what the opinion of the British Government is, and to explain some of the reasons by which that opinion is supported. ¶ Her Majesty's Government think that the people of the Roman territory are the most competent judges of what is best for their own welfare and happiness. If, as the British Government have reason to believe, the Roman people wish to annex their State to the Italian Kingdom, and to make Rome the capital of Italy, they ought to be left free to do so. If, on the contrary, they wish to maintain the Pope on his Throne, and to acknowledge him as their Temporal Sovereign, as well as to reverence him as their Spiritual Head, they ought to be left free to do so. ¶ This policy is very simple and very straight-

No. 510. Gross-britannien, 31. October 1862.

forward, but it cannot be carried into effect because for thirteen years a body of French troops has prevented any freedom of choice on the part of the Romans. ¶ It is undoubtedly true that the law of nations allows exceptions to the general rule that each nation is the best judge of its own form of government. ¶ Such exceptions, when in favour of intervention in support of existing Governments, have been usually defended on the ground that by intrigue, by violence, or by military revolt, a minority had got possession of the seat of authority, and that if, by protecting the quiet majority, time were obtained, the nation would right itself. ¶ Accordingly, the foreign occupations which have taken place in Europe were practically limited in point of time to a term of two, three, or five years. ¶ In Rome alone we have witnessed the spectacle of a foreign occupation prolonged for thirteen years, and, at the same time, of a people less reconciled to the rule of their Sovereign at the end than they were at the commencement of this protracted period of endurance. ¶ Her Majesty's Government think that this foreign occupation should now end. ¶ They are aware that the Emperor of the French has conceived the benevolent design of reconciling the Pope with Italy; and they observe in His Majesty's letter of the 20th of May, published in the „Moniteur“ of September 25, the expression of a desire and of an expectation that a reconciliation may take place between the Pope and Italy, between the Roman Government and liberty. ¶ Her Majesty's Government, however, while admiring the exalted views which prompted this desire, cannot share in the expectation thus expressed. The wide interval which separates the two conflicting parties appears to Her Majesty's Government to be impassable. The Pope considers that an abandonment of his claim to any portion of the former Papal territory which he has ceased to hold would be a violation of his conscience, and surely it does not become a Roman Catholic Sovereign to urge the Pope to do that against which his conscience revolts. And yet such a renunciation on the part of the Pope must necessarily be the basis of the reconciliation between the Pope and Italy which is contemplated by the Emperor of the French. ¶ The Italian Government, on the other hand, have declared that Rome ought to be the capital of free Italy, and they will not abandon the hope that it may become so. A King of Italy, who in spite of the wishes of the people of Italy, should engage to acknowledge the Pope as the Temporal Sovereign of Rome would either become hateful to Italy or would be obliged to break his engagement in order to preserve his throne. And yet such an engagement on the part of the King of Italy forms the basis of the reconciliation between the Pope and Italy which is contemplated by the Emperor of the French. ¶ Tumults and disorders would be the too probable consequence of any arrangement which excluded the authority of the King of Italy from Rome, and the Pope would become obnoxious to all as the cause of those tumults and disorders. Force would be introduced to suppress tumult, and a solution would be found amid bloodshed, tarnishing the sacred character of the Pontiff, and at variance with the exemplary moderation which the Italian nation have hitherto exhibited under the severest trials. ¶ For these reasons, to which the Emperor in his wisdom will no doubt give their due weight, Her Majesty's Government are of

No. 510. Grossbritannien, 31. October 1862.

opinion that Rome ought to be left to the Romans. ¶ You will read this despatch to M. Drouyn de Lhuys, and you will give him a copy of it if he should desire it. ¶ I am, &c.

Russell.

To Earl Cowley, *Paris.*

No. 511.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über eine Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys, in Betreff der römischen Frage. —

Paris, November 7, (received November 8) 1862.

No. 511. Grossbritannien, 7. Nov. 1862.

My Lord, — I took the first opportunity after receiving your Lordship's despatch of the 31st ultimo, containing the views of Her Majesty's Government on the Roman question, of communicating it, in compliance with your Lordship's instructions, to M. Drouyn de Lhuys. His Excellency, after reading it (I had placed the despatch in his hands for that purpose) said that he thanked me for the communication; that he would not at present ask me for a copy of it; that he could retain the contents sufficiently in his memory to repeat them accurately to the Emperor, whose orders he would take the first time he had occasion to see His Majesty; and that if the Emperor desired to see the despatch itself he would ask me for a copy of it. ¶ M. Drouyn de Lhuys proceeded to say that it was evident from your Lordship's despatch that Her Majesty's Government entertained opinions upon the Roman question differing so essentially from those of the Emperor, as contained in His Majesty's letter of the 20th May, that they were irreconcileable, nor could he lead me to expect, seeing how short a time had elapsed since the letter had been made public, that His Majesty's views were likely to be modified at present. He could only assure me that the Emperor and his Government desired, if possible, more ardently than Her Majesty's Government, the evacuation of Rome by the troops of France, but that His Majesty considered himself bound in honour to protect the Pope within the territory which remained to him, so long as His Holiness should continue unable to protect himself, or should not enter into some arrangement with the Italian Government, satisfactory to both parties. His Excellency could not agree with your Lordship in looking upon the latter contingency as impossible of realization. He would then ask Her Majesty's Government whether, seeing that no material interest of Great Britain was involved in the immediate solution of the Roman question, while the Emperor's word was pledged to the maintenance of the Pope's safety and authority, in which the whole Roman Catholic world was interested, it would conduce to any good end to agitate this question—a question which he might term purely academical—between the two Governments. If, indeed, there were reason to suppose that the Emperor was actuated by any afterthought or unavowed design in continuing the occupation of Rome, he could understand the desire of Her Majesty's Government to push their opposition to it to the utmost; but his Excellency was ready to give me the assurance—an

assurance founded on his knowledge of the Emperor's sentiments—that there was no ground for any such suspicion, if it existed, and that His Majesty looked anxiously and ardently for the moment when he might withdraw his troops with honour. Such being the case, M. Drouyn de Lhuys could only hope that the unfortunate difference of opinion which prevailed between the two Governments on the Roman question would not prevent a friendly understanding between them on other questions in which they had interests in common. There were specks enough on the political horizon to justify great anxiety. Look at Greece, where the events which had lately occurred might be the forerunner of still greater complications in the East. Look at America, so intimately connected with the commercial prosperity of the two nations. Surely there was sufficient reason to occupy the attention of the two Governments, without prolonging a useless discussion upon the Roman question; useless, because there was no hope of either Government convincing the other. For himself he had some pride, and still greater satisfaction, in reflecting that he had had no small share in laying the foundations of these amicable relations, which, he was glad to find, still subsisted between the two Governments, and which it would be his earnest endeavour to extend and strengthen. ¶ I said to M. Drouyn de Lhuys that I could, without referring to your Lordship, take upon myself to give him the assurance that, however much Her Majesty's Government might regret the failure of their efforts to convince the Imperial Government of the justice and expediency of withdrawing the French troops from the Roman States, it would not in any way influence their conduct in regard to any other questions. They placed too high a value on the advantages accruing not only to the two nations, but to the whole civilized world, from a general good understanding between the two Governments, to imperil these relations because the two Governments might not agree on every question. It could, however, I maintained, hardly be asserted that Great Britain had no direct interest engaged in the Roman question, because in the opinion of Her Majesty's Government, the future peace of Europe might be affected by it. It was, therefore, their bounden duty to give such advice and to ask for such concessions as, in their judgment, were best calculated to avert the possibility of so great a calamity. M. Drouyn de Lhuys knew also the derangement caused to commerce when a country was in the state of uncertainty in which Italy was now plunged; and, lastly, there were great international interests involved in the important question of foreign occupations. ¶ M. Drouyn de Lhuys replied that, with regard to the latter point, that of foreign occupation, he could not consider the Roman Sovereign to be in the same position as other Sovereigns. And this was no new idea, indeed it was one in which Her Majesty's Government had seemed at one moment to acquiesce, as he could show me. His Excellency then read me extracts from a long Memorandum which he had caused to be compiled, with a view of seeing at a glance what had passed between Her Majesty's Government and that of France when the question of the occupation of Rome was first mooted in 1848. ¶ During the administration of General Cavaignac, and before the name of Napoleon had been brought forward, M. Bastide, then Minister for Foreign Affairs, announced to Her Majesty's

No 511. Grossbritannien, 7. Nov. 1862.

Government the intention of sending a small force to Rome, and grounded this intention upon the exceptional necessity of treating the Pope differently from other Sovereigns, and maintaining his independence and temporal power. ¶ According to the reports received from M. de Beaumont, then the French Representative in London, Her Majesty's Foreign Secretary had acquiesced in the exceptional necessity of this case; and subsequently, both when he (M. Drouyn de Lhuys) was Secretary for Foreign Affairs, and when afterwards Ambassador in London sent expressly to explain the policy of the President's Government with regard to Rome, the same exceptional necessity for upholding the temporal authority of the Pope was pleaded, and was not contested by Her Majesty's Government. He (M. Drouyn de Lhuys) did not mean to contend that their acquiescence had not been accompanied with expressions of deep regret, or that Her Majesty's Government would not have preferred other means to secure the Pope's authority than the employment of force; still less did he desire to quote the policy of Her Majesty's Government in those days as binding upon them now. Many reasons might then have induced them to acquiesce in a state of things which they might consider intolerable now. All he intended to deduce from the extracts which he had read to me was, that the policy of France had been a consistent policy; that the necessity of protecting the independence and temporal authority of the Pope had been as much recognized by Republican as it now was by Imperial France; and that, consequently, there was no foundation for any supposition that the Emperor was actuated by any other motive than that which he had avowed. Perhaps, also, he (M. Drouyn de Lhuys) might indulge the hope, in re-perusing the correspondence of thirteen years ago, that the friendly spirit in which the first intention of occupying Rome had been received by Her Majesty's Government would be a guarantee to their no less indulgent patience now. ¶ M. Drouyn de Lhuys begged Her Majesty's Government to recollect further that to leave the future fate of the Pope to his Roman subjects could not be practically carried out. The Roman population had been so tried by foreign emissaries, and the Roman States would be so completely overrun by foreign revolutionists, if an opportunity was given, that the true sentiments of the people could never be ascertained. ¶ Furthermore, he desired to point out that there never had been a national army in the Pope's service. The Roman population was not militarily inclined. Swiss, Irish, Germans, Spaniards had formed the mercenary corps which received his Holiness' pay. Would it be desirable to establish such a corps to replace the present army of occupation? On the other hand, could the Emperor in honour abandon the Sovereign Pontiff, whom he had engaged to protect and had protected during the past years, to the certainty of dethronement, and perhaps of worse? ¶ I replied that I was glad to find that M. Drouyn de Lhuys did not attach more importance than was warranted to the acquiescence of Her Majesty's Government in the primary occupation of Rome. They certainly never then contemplated that that occupation would last thirteen years, or that Italy was about to erect herself into an united and independent State. Moreover, it must be recollected that the present state of Italy was the result of the Emperor's intervention to emancipate

the Italian people from the yoke of Austria. Yet, what a lamentable consequence of the benefits which nobody would contest the Emperor had been the means of conferring upon Italy would it be were those Governments only which had been the least onerous (that of Naples of course excepted) to be overthrown, while one recognized to be incompatible with the progress of the age was maintained by the very means which had so much contributed to the downfall of the others. I desired, I said, in the presence of a Minister of a Roman Catholic Sovereign, to speak of the spiritual authority of the Head of that Church with every respect, but every one must admit and deplore the vices of his temporal government. ¶ M. Drouyn de Lhuys replied that although he could not deny certain abuses, yet he considered them to be greatly exaggerated. ¶ Such, my Lord, is the summary of a conversation conducted with perfect temper on both sides. I wish I could add that I considered it likely to be followed by any modification of the Imperial policy in Italy. ¶ I have, &c.

No. 511. Grossbritannien, 7. Nov. 1862.

Cowley.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 512.

GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Antwort auf die vorstehende Depesche. —

Foreign Office, November 15, 1862.

My Lord, — I have not failed to lay before the Queen your despatch of the 7th instant. ¶ Her Majesty's Government did not expect that the communication of their views would produce any immediate change in the policy of France; but believing those views to be inspired by a warm regard for the interests of Italy, and to be conducive to the peace of Europe, Her Majesty's Government cannot consent to change or to modify them. ¶ The only new argument brought forward by M. Drouyn de Lhuys consists in a reference to the events of 1848 and 1849, and the acquiescence of Her Majesty's Government in the French occupation of Rome at that time. But acquiescence did not simply approbation; still less would approbation then imply approbation now. Your Excellency rightly argued that the whole state of Italy has altered since that time: the state of Lombardy, Modena, Parma, Tuscany, Romagna, Umbria, the Marches, and the Kingdom of the Two Sicilies has altered; in short, everything has changed except the French occupation of Rome. ¶ The generosity of the French nation will probably at length perceive the injustice of keeping all Italy in a condition of anxiety, and the Romans in a condition of miserable servitude. ¶ I am, &c.

No. 512. Grossbritannien, 15. Nov. 1862.

Russell.

To **Earl Cowley**, *Paris.*

No. 513.

GROSSBRITANNIEN. — Mr. Odo Russell in Rom an den königl. Min. des Ausw. — Bericht über eine Unterredung mit dem Cardinal-Staatssecretär in Betreff des englischen Vorschlages zur Entfernung des Papstes aus Rom. —

Rome, November 11, (received November 28) 1862.

No. 513. Grossbritannien, 11. Nov. 1862.

[Extract.] In obedience to your Lordship's instructions I called this morning on the Cardinal Secretary of State at the Vatican, and told him that Her Majesty's Government had observed with great interest the correspondence respecting Rome which had been published in the „Moniteur" of the 25th of September last, and that I would, with his Eminence's permission, communicate a despatch to him which I had received from your Lordship on the subject. ¶ I then read your Lordship's despatch of the 25th of October to Cardinal Antonelli, who listened with great attention, and when I had done, said, he thought your Lordship could scarcely be more anxious than he was that Rome should not be the seat of a perpetual foreign occupation. ¶ He ardently desired to see the Pope in full possession of that independence which became the Sovereign Pontiff, the visible Head of the Roman Catholic Church, independent of enemies who persecuted the Church, and independent of friends, whose protection could not unhappily yet be dispensed with. ¶ But since the enemies of order and legitimate right in Italy had been encouraged in their reckless and immoral course, and since the Pope had not the means to protect the temporal interests of the Church against their violence and rapacity without foreign assistance, he was compelled to accept the protection afforded him by the presence of a French garrison in Rome. ¶ Your Lordship observed truly that this melancholy state of things in Italy wounded the kind heart and harrowed the paternal feelings of His Holiness, and you were equally right in concluding that the conscientious feelings of duty of the Pope would always oblige him to refuse any terms of accommodation, whether recommended by the Emperor of the French, or by any other Power, which should leave him with less than his former territory. ¶ The reasons which prompted this course of action were obvious. ¶ The Pope did not hold the States of the Church as an inheritance from his ancestors, and could not dispose of them at his will either before or after death. As Vicar of Christ he held them in trust from God for the Catholic world; and as he received them, so he had to leave them to his successor, according to the oath taken by the Pontiffs on ascending the throne of St. Peter. ¶ And, again, the Pope, as Vicar of Christ, and therefore as the guardian of religion and morality on earth, could not give his sanction to acts which violated every law of public morality and of legitimate right; and however much his heart might bleed at the sad conflict around him, he had a duty, as Head of the Catholic Church, to perform, for which he was answerable to God alone in heaven and not to man upon earth. ¶ This conscientious policy pursued by the Pope had been publicly and unanimously approved by the whole of the Bishops of Catholic Christendom, and while his Holiness could fulfil the sacred duties of his office

in any portion of the Holy See, however small and limited, with freedom and independence, it was his duty to assert the temporal rights of the Church by remaining in it, until violently driven away by the enemies of religion. Now your Lordship, animated by a friendly feeling to both parties, suggested that the Pope should retire from the conflict, and expect in tranquillity the issue which, in the order of Providence, might await the Papacy and determine the fate of Italy. ¶ But the abandonment of Rome, so long as its possession was guaranteed by France, would be tantamount to that very abdication of temporal rights which the conscientious feelings of duty of the Sovereign Pontiff for ever precluded. ¶ If the Pope left Rome the Emperor of the French would naturally recall his troops to France, and Rome would be invaded by the enemies of the Church; a contingency towards which the Pope in his conscience could never contribute by any voluntary act of his own, so long as he could there freely exercise the spiritual and temporal duties of his high office. ¶ On the other hand, should it ever so please Providence, in the course of events, to allow the French protecting forces to be withdrawn, and the Piedmontese to invade Rome, and should the free exercise of the Pontiff's spiritual duties thereby be endangered, then, and not till then, would it become the Pope's paramount duty to seek protection for the independence of the Church in some foreign land, and the generous offers of hospitality now made by Her Majesty's Government might be gratefully accepted. ¶ Cardinal Antonelli then requested me to thank your Lordship in the warmest terms for the communication I had made to him, and asked me for a copy of your despatch, which he said he would submit to the Pope. &c.

No. 513. Gross-britannien, 11. Nov. 1862.

Odo Russell.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 514.

GROSSBRITANNIEN. — Mr. Odo Russell in Rom an den königl. Min. d. Ausw. — Weiterer Bericht über die englischen Vorschläge in Betreff der römischen Frage. —

Rome, November 28, (received December 1§) 1862.

[Extract.] With reference to your Lordship's despatch of the 25th of October, and to my reply of the 11th of November, I have the honour to state that I asked Cardinal Antonelli this morning whether he had submitted to the Pope the reasons for which your Lordship thought that it would become His Holiness to retire from the present conflict, and expect in tranquillity the issue which, in the order of Providence, might await the Papacy, and determine the fate of Italy; and I further inquired how His Holiness had taken the offers of hospitality made to him in consequence by Her Majesty's Government. ¶ Cardinal Antonelli replied that he had communicated your Lordship's despatch to the Pope the day after I had given him a copy of it, namely, on the 12th of November, and that His Holiness had fully acknowledged the friendly spirit in

No. 514. Gross-britannien, 28. Nov. 1862.

No. 514. Gross-britannien, 28. Nov. 1862.

which that communication had been made; but that, since it was his manifest duty to remain in Rome so long as he could do so with advantage to the spiritual interests of the Church, he could but thank Her Majesty's Government for their intentions, but he could not share their opinions, nor could he avail himself of their hospitable offers at present. *Odo Russell.*

To **Earl Russell**, *London.*

No. 515.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königlichen Botschafter in Paris. — Darstellung des wahren Sachverhalts hinsichtlich des englischen Anerbietens eines Asyls für den Papst.

Foreign Office, January 29, 1863.

No. 515. Gross-britannien, 29. Januar 1863.

My Lord, — There is in the volume called „Documents Diplomatiques," presented by the Government of the Emperor to the Legislative Chambers, the copy of a despatch from the Ambassador of France at Rome dated the 27th of December, 1862*). ¶ In this despatch the Prince of La Tour d'Auvergne gives information „which," he says, „he has reason to believe correct, concerning the proposition recently made to the Holy See by Lord John Russell to place the Island of Malta at the disposal of the Pope, in case he should consent, as England advised him, to abandon Rome to Italy." ¶ The information collected by the Ambassador is to the following effect: — It is that in the course of the summer Mr. Odo Russell, who was about to leave Rome on leave, asked for an audience of the Pope. The audience being granted, he pleaded, as was usual with him, in favour of the cause of Italian unity. That when Mr. Russell was about to take leave of His Holiness, and when he was already at the door of the Pope's Cabinet, the Holy Father, without apparently attaching the smallest importance to the circumstance, addressed Mr. Russell in these words: — „Farewell, my dear Mr. Russell; who knows whether one day I may not be obliged to ask from you a hospitable reception?" At these words Mr. Russell, it his said, returned into the Cabinet, and asked His Holiness whether, in fact, he feared he should be obliged to quit Rome, and whether in that case he would be really disposed to go to England. The Pope at once tranquilized Mr. Russell, adding that he did not know what trials Providence reserved for him, but for the moment he had no apprehension, and had no thoughts of quitting Rome. Mr. Russell, the French Ambassador says, no doubt, transmitted the account of this conversation to his Government, exaggerating, perhaps, its importance, and was soon after, it is affirmed, recalled to London by telegraph. The narrative given by the Ambassador goes on to affirm that Mr. Odo Russell on his return to Rome in the month of November, presented to the Cardinal Secretary of State a note from Her Majesty's Government advising the Pope to leave Rome, and to go to France Spain, or Malta. This note Mr. Russell is said to have given to the Cardinal, authorizing him confidentially to make such use of it as he might think proper. The Cardinal is said to have hastened to reply that he had no use to

*) Nro. 504.

make of the note, since the Pope had not the smallest intention of leaving Rome. The Ambassador then proceeds to accuse Mr. Russell of violating his duty by communicating on the subject with a Diplomatic Envoy accredited to the Holy See. ¶ The Cardinal Secretary of State, however, it is said, considered the incident at an end when Mr. Russell presented himself again to his Eminence on the occasion of the festival of Christmas, and informed him that he had just received a private letter from Lord Russell, in which Lord Russell expressed his deep regret at learning that the Pope was not for the present disposed to accept his proposals, adding that he had reason to believe that His Holiness would soon find himself under the necessity of profiting by it. But Cardinal Antonelli, it is said, made no reply to this communication. ¶ Such is the narrative which the Ambassador of France has compiled from the hearsay of Rome, and which the Minister for Foreign Affairs has published to the French Chambers and to the world without apparently asking you whether this despatch contained a true account of the transaction to which it related as having passed at Rome. ¶ Such being the hearsay account given by the French Ambassador at Rome, I owe it to Mr. Russell to state what really happened so far as he was concerned; and it is due to Her Majesty's Government that I should place in the hands of M. Drouyn de Lhuys a statement of what they have done in this matter. ¶ That which happened was as follows: — Mr. Russell, on the 25th July, 1862, received unexpectedly from the Vatican a written intimation that the Pope would receive him at 12 o'clock on the next day. Mr. Russell, accordingly, went to the Vatican on the 26th of July, and in the course of a conversation of some length the Pope expressed a wish to know whether if any circumstances should at any time lead him to desire to take refuge in England he would be well and hospitably received there. To this question Mr. Russell could of course give only a general answer. ¶ From this statement it will be seen that, instead of Mr. Russell asking an audience of the Pope, and at that audience making to the Pope an offer of an asylum at Malta, it was the Pope who sent for Mr. Russell, and it was the Pope who started the idea that he might, under certain circumstances, wish to reside in British territory. ¶ This conversation having been reported by Mr. Russell, led to the despatch of the 25th of October, of which I send your Excellency a copy, to be communicated to M. Drouyn de Lhuys, together with some other parts of the correspondence on this matter. ¶ It is right that I should explain that Mr. Russell was not called home from Rome, as the French Ambassador imagined, in consequence of his interview with the Pope; Mr. Russell simply received a direction to absent himself from Rome on account of his health during the unhealthy season in that city. ¶ As to the private letter which the French Ambassador states that I wrote in December to Mr. Russell, and which he imagines that Mr. Russell communicated to Cardinal Antonelli, I have only to say that I did not write such a letter, and that consequently no such letter was communicated by Mr. Russell to the Cardinal in any shape or manner. ¶ Your Excellency will read this despatch to M. Drouyn de Lhuys, and give him a copy of it. ¶ I am, &c. *Russell.*

To Earl Cowley, *Paris.*

No. 516.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Weiteres in Betreff des englischen Anerbietens eines Asyles für den Papst. —

Foreign Office, January 31, 1863.

No. 516. Gross-britannien, 31. Januar 1863.

My Lord, — I have to state to your Excellency, with reference to my despatch No. 130 of the 29th instant, that I have received a further despatch from Mr. Russell at Rome, who, it appears, was admitted to an audience of the Pope on the 7th instant, to offer His Holiness his good wishes on the commencement of the new year. ¶ On this occasion the Pope was pleased to state to Mr. Russell that he had been gratified by the offers of hospitality made to him by Her Majesty's Government: and he requested Mr. Russell to convey to Her Majesty's Government his thanks for the despatch which he had communicated to Cardinal Antonelli, offering His Holiness the use of a mansion at Malta. His Holiness was pleased to add that although under existing circumstances he would not avail himself of the protection of England, he nevertheless desired to thank Her Majesty's Government for their good intentions. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Earl Cowley**, *Paris.*

No. 517.

GROSSBRITANNIEN. — Mr. Odo Russell in Rom an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über die Entsendung einer bourbonischen Bande ins Neapolitanische. —

Rome, Nov. 24, (received Dec. 18) 1862.

No. 517. Gross-britannien, 24. Nov. 1862

[Extract.] The Bourbon Committee have lately sent a further detachment of 260 men to join Tristani's band on the frontier. ¶ They were well armed, and wore blue overcoats and red trousers, so as to look like French soldiers at a distance, and thereby deceive the Italian outposts and patrols. ¶ The men enlisted are chiefly Bavarians, Belgians, and Spaniards. Tristani's headquarters are, according to circumstances, either at Santa Francesca or at Strangolagalli, and he draws his rations and supplies from Veroli. ¶ It is difficult to understand for what object the Bourbon Committee continue to keep up and organize these useless bands of foreigners, who, beyond annoying the inhabitants of the Neapolitan frontiers, have achieved no other result than to discredit the cause of King Francis II. &c.

Odo Russell.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 518.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris über die Unterstützung des neapolitanischen Bandenwesens von Rom aus. —

Foreign Office, Dec. 27, 1862.

No. 518. Gross-britannien, 27. Dec. 1862.

My Lord, — Her Majesty's Government have freely and candidly expressed their opinion to the Government of the Emperor respecting the French occupation of Rome. Her Majesty's Government have no desire to pursue that argument further for the mere purpose of controversy. ¶ But, upon a question closely connected with the French occupation of Rome, Her Majesty's Government must, in justice to the interests of Italy and of Europe, call upon the French Government to interfere with the Pope's advisers. ¶ The Pope himself, with the benevolence which is characteristic of him, has always held that his temporal dominion ought to be a territory free from foreign quarrels and sanguinary conflicts. In this spirit, in 1848, he declared in his allocution of April 29 that he would take no part in the war of Italian independence. The passage alluded to is as follows: — „It is wholly abhorrent from our counsels, seeing that we, although unworthy, discharge on earth the office of Him who is the author of peace and lover of charity, and agreeably to the duty of our supreme apostleship regard and embrace with equal paternal earnestness of love all tribes, peoples, nations.“ ¶ In the same spirit, when the Bishops of the Roman Catholic Communion from all parts of the world went to Rome in the course of this present year, they described Rome, in an address to the Pope, as the seat of a temporal authority, independent of any other; „the centre, as it were, of universal concord; a place where no human ambition breathes; where no one ever intrigues for territorial dominion.“ They remind the Pope of his own words, that „it is by a special disposition of Divine Providence that the Roman Pontiff, established by Christ the centre and chief of His whole Church, possesses a temporal power.“ ¶ If the French army at Rome protected a power thus holy, religious, and charitable, the evils of the French occupation would be in some degree mitigated. But there is a long distance between the theory thus stated and the existing fact. The political banditti who infest the southern provinces of Italy have their head-quarters at Rome. They constantly issue from haunts, rendered secure for them by the cover of the French flag, to destroy whole villages and to murder the peaceful farmers of the south. A detachment of 260 men lately went from Rome well armed, and clothed in blue overcoats and red trousers in order that they might look like French soldiers, and thereby deceive the Italian outposts and patrols. ¶ If such detachments of robbers were to be sent from Switzerland into Lombardy the Italian Government would at once protest, and the Swiss Republic would at once put an end to such an unfriendly proceeding. ¶ At Rome, however, things are done in a different way; and the high dignitaries about the Pope's person, as well as his illustrious guest the late King of Naples, are believed by the world in general to be the instigators of these incursions. ¶ It is obvious that if the Roman Government were

No. 518. Grossbritannien, 27. Dec. 1862.

really independent, it would be at once called to account by the King of Italy for these aggressive and unjustifiable proceeding, and would not venture to disregard his just and well-founded remonstrances. ¶ The continuance of these barbarous outrages is, therefore, an evil entirely owing to the French occupation of Rome, and it would cease at once if proper orders were given by the French Minister of War to the General commanding the French troops in the Roman territory. The Minister of War has but to say peremptorily „Let brigandage cease,“ and the Roman banditti would be extinguished in a fortnight. ¶ Her Majesty's Government cannot refrain from submitting to that of France that the Government of the Emperor ought either to leave the Roman State to settle its own quarrels and to atone for its own misdeeds, or it ought to insist upon a behaviour on the part of the Pope which shall be peaceable towards his neighbours, and in conformity with that impartial love and universal charity professed in words by Pius IX., but utterly disregarded in action by his Minister. ¶ Your Excellency may read this despatch to M. Drouyn de Lhuys. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Earl Cowley**, *Paris.*

No. 519.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über eine Unterredung mit Drouyn de Lhuys über das neapolitanische Bandenwesen. —

Paris, Dec. 30, (received Dec. 31) 1862.

No. 519. Grossbritannien, 30 Dec 1862.

My Lord, — I read yesterday to M. Drouyn de Lhuys your Lordship's despatch of the 27th inst. relating to the evils resulting from the political brigandage which is organized at Rome against the southern provinces of Italy, and which Her Majesty's Government consider it to be the duty of the French troops, as long as they occupy Rome, to put down and prevent. ¶ M. Drouyn de Lhuys said that he had no objection to make to the general principles laid down in your Lordship's despatch, and he could assure me that the Prince de la Tour d'Auvergne had gone to Rome with very strong instructions upon this important subject. ¶ He would state, further, that the opinions of the French Government had been conveyed to the Pope, to Cardinal Antonelli, and to the ex-King of Naples, in a manner which he could not but hope would produce a proper effect. There was, no doubt, great exaggeration as to the extent of the evil complained of, but evil, he could not deny, there was, and he would take this opportunity of renewing in pressing language the instructions with which M. de la Tour d'Auvergne was, as he had stated, already furnished. ¶ I have, &c.

Cowley.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 520.

GROSSBRITANNIEN. — Mr. Odo Russell an d. königl. Min. d. Ausw. — Berichtigung der früheren Depesche (No. 517) über das neapolitanische Bandenwesen. —

Rome, Jan. 14, (Received Jan. 28) 1863.

No. 525 Gross-britannien, 14. Januar 1863.

[Extract.] Your Lordship has learnt that General Count de Montebello denies in the most positive manner the truth of the statement relative to the passage of brigands over the frontier, contained in my despatch of the 24th of November last. ¶ Reliable as my informants appeared to me to be, I must now suppose that they were in this case themselves deceived, and I regret to have unwittingly sent incorrect information to your Lordship. ¶ I also regret to say that I found General de Montebello somewhat annoyed at the occurrence. He said that, by supposing that men could be armed and equipped in Rome, and sent to the frontier without his knowledge, I had blamed his military administration of Rome; but that criticism was a matter of indifference to him so long as his own conscience and sense of duty were satisfied. ¶ I told the General how much I regretted that any statements of mine should have been a cause of annoyance to him; that I had made them on what I considered good authority; and that similar statements formerly made by me had been entirely confirmed by his predecessor, General de Goyon. The means employed, I said, by the Legitimist Committee to send men and arms to the frontier had formerly been as follows: — ¶ The men were sent singly on foot to certain convents on the frontier, while old French uniforms were bought from the Jews in the Ghetto, and, as well as arms and other equipments, carried bit by bit to isolated vignas in the Campagna, and at night packed in old herring casks, and gradually conveyed to the frontier, where they were distributed to the men already there assembled. ¶ The General said he had entirely put an end to such proceedings; besides which he now had the full co-operation of the Papal Government to put down brigandage, and that he could assure me on his honour that armed men could not longer leave Rome and proceed to the frontier without his knowledge, and that I had therefore been misinformed, and the statements sent home by me, and communicated by Earl Cowley to M. Drouyn de Lhuys, would prove to be incorrect. ¶ I replied that I was glad to hear from him that he was so successful in putting down brigandage, and I hoped he would occasionally give me some correct information on these subjects as his predecessor, General de Goyon, had done. Count de Montebello replied that he would do so, and that for the present he could tell me that Tristani's band was reduced to about 60 men, and would probably soon be altogether disbanded and destroyed; that in Rome he had put a stop to all communication between Tristani and his employers, and that he had lately seized and confiscated in a Roman printing establishment about 2,000 copies of a printed proclamation calling upon the Neapolitans to rise and join their legitimate Sovereign, King Francis II. &c.

Odo Russell.

To **Earl Russell**, *London*.

No. 521.

GROSSBRITANNIEN. — Königliche Botschaft, verlesen durch den Lord Kanzler, als Chef der königlichen Commission zur Eröffnung des Parlaments, am 5. Februar 1863 —

No. 521. Grossbritannien, 5. Febr. 1863.

My Lords and Gentlemen, — Her Majesty commands us to inform you that since you were last assembled she has declared her consent to a marriage between his Royal Highness the Prince of Wales and her Royal Highness the Princess Alexandra, daughter of Prince Christian of Denmark; and her Majesty has concluded thereupon a treaty with the King of Denmark, which will be laid before you. ¶ The constant proofs which her Majesty has received of your attachment to her person and family persuade her that you will participate in her sentiments on an event so interesting to her Majesty, and which, with the blessing of God, will, she trusts, prove so conducive to the happiness of her family and to the welfare of her people. ¶ Her Majesty doubts not that you will enable her to make provision for such an establishment as you may think suitable to the rank and dignity of the Heir Apparent to the Crown of these realms. ¶ A revolution having taken place in Greece, by which the throne of that kingdom has become vacant, the Greek nation have expressed the strongest desire that her Majesty's son Prince Alfred should accept the Greek Crown. This unsolicited and spontaneous manifestation of good-will towards her Majesty and her family, and of a due appreciation of the benefits conferred by the principles and practice of the British Constitution, could not fail to be highly gratifying, and has been deeply felt by her Majesty. ¶ But the diplomatic engagements of her Majesty's Crown, together with other weighty considerations, have prevented her Majesty from yielding to this general wish of the Greek nation. ¶ Her Majesty trusts, however, that the same principles of choice which led the Greek nation to direct their thoughts, in the first instance, towards his Royal Highness Prince Alfred, may guide them to the selection of a Sovereign under whose sway the kingdom of Greece may enjoy the blessings of internal prosperity and of peaceful relations with other States; and if in such a state of things the Republic of the Seven Islands should declare a deliberate wish to be united to the kingdom of Greece, her Majesty would be prepared to take such steps as may be necessary for a revision of the Treaty of November, 1815, by which that Republic was reconstituted and was placed under the protection of the British Crown. ¶ Her Majesty's relations with foreign Powers continue to be friendly and satisfactory. ¶ Her Majesty has abstained from taking any step with a view to induce a cessation of the conflict between the contending parties in the North American States; because it has not yet seemed to her Majesty that any such overtures could be attended with a probability of success. ¶ Her Majesty has viewed with the deepest concern the desolating warfare which still rages in those regions; and she has witnessed with heartfelt grief the severe distress and suffering which that war has inflicted upon a large class of her Majesty's subjects, but which have been borne by them with noble fortitude and with exemplary resignation. It is some consolation to her Majesty to be led to hope that this

suffering and this distress are rather diminishing than increasing; and that some revival of employment is beginning to take place in the manufacturing districts. ¶ It has been most gratifying to her Majesty to witness the abundant generosity with which all classes of her subjects in all parts of her empire have contributed to relieve the wants of their suffering fellow-countrymen; and the liberality with which her Majesty's colonial subjects have on this occasion given their aid has proved that, although their dwelling-places are far away, their hearts are still warm with unabated affection for the land of their fathers. ¶ The Relief Committees have superintended with constant and laborious attention the distribution of the funds entrusted to their charge. ¶ Her Majesty commands us to inform you that she has concluded with the King of the Belgians a treaty of commerce and navigation, and a convention respecting joint stock companies. That treaty and that convention will be laid before you. ¶ Her Majesty has likewise given directions that there shall be laid before you papers relating to the affairs of Italy, and to the affairs of Greece, and that papers shall also be laid before you relating to occurrences which have lately taken place in Japan.

No. 521. Grossbritannien, 5. Febr. 1863.

Gentlemen of the House of Commons,

Her Majesty has directed that the Estimates for the ensuing year shall be laid before you. They have been prepared with a due regard to economy, and will provide for such reductions of expenditure as have appeared to be consistent with the proper efficiency of the public service.

My Lords and Gentlemen,

We are commanded by her Majesty to inform you that notwithstanding the continuance of the civil war in North America, the general commerce of the country during the past year has not sensibly diminished. ¶ The treaty of commerce which her Majesty concluded with the Emperor of the French has already been productive of results highly advantageous to both the nations to which it applies; and the general state of the revenue, notwithstanding many unfavourable circumstances, has not been unsatisfactory. ¶ Her Majesty trusts that these results may be taken as proofs that the productive resources of the country are unimpaired. ¶ It has been gratifying to her Majesty to observe the spirit of order which happily prevails throughout her dominions, and which is so essential an element in the well-being and prosperity of nations. ¶ Various measures of public usefulness and improvement will be submitted for your consideration; and her Majesty fervently prays that in all your deliberations the blessing of Almighty God may guide your counsels to the promotion of the welfare and happiness of her people.

No. 522.

PREUSSEN. — Adresse des Hauses der Abgeordneten an den König, die Lage des Landes betreffend*). —

Allerdurchlauchtigster etc. — Eure Königliche Majestät haben die beiden Häuser des Landtages der Monarchie wiederum einberufen. Das Haus

No. 522. Preussen, 29. Januar 1863.

*) Vergl. No. 472.

No. 522. Preussen, 29. Januar 1863.

der Abgeordneten ist diesem Rufe gefolgt, durchdrungen von dem ernsten Willen, die unverbrüchliche Treue gegen die Krone, die gewissenhafteste Sorge für die Aufrechthaltung der Verfassung von Neuem zu bethätigen. Es verhehlt sich nicht, dass es seine Arbeiten unter düstern Vorzeichen beginnt. Aber gerade deshalb fühlt es um so mehr die Pflicht, Ew. Majestät die Lage des Landes eben so offen wie ehrfurchtsvoll darzulegen. ¶ Die letzte Session wurde geschlossen, bevor für das Jahr 1862 das von der Verfassung vorgeschriebene Etatsgesetz festgestellt worden war. Der Etatsentwurf für das Jahr 1863, welcher vor Ablauf des vorigen Jahres hätte vereinbart sein sollen, war zurückgezogen worden. Die Aufforderung an die Regierung Ew. Majestät, diesen Etat noch rechtzeitig wieder vorzulegen, war ohne Erfolg geblieben. ¶ Seitdem haben die von Ew. Majestät berufenen Minister verfassungswidrig die Verwaltung ohne gesetzlichen Etat fortgeführt, und sogar, entgegen einer bestimmten Erklärung des Hauses der Abgeordneten, solche Ausgaben verfügt, welche durch Beschlüsse des Hauses definitiv und ausdrücklich abgelehnt waren. ¶ Das oberste Recht der Volksvertretung, das der Ausgabebewilligung, war damit angegriffen, — ein Recht, welches die Grundlage des constitutionellen Staatslebens überhaupt ist, welches daher auch alle bestehenden constitutionellen Verfassungen gewährleisten, und welches bisher, unter steter Anerkennung durch die Staatsregierung selbst, von der preussischen Volksvertretung geübt war. Das Land sah mit Schrecken den ganzen Gewinn unserer bisherigen staatlichen Entwickelung in Frage gestellt. Es stand zu seinen Abgeordneten. ¶ Nur eine kleine, der Nation seit lange entfremdete Minderheit hat, gestützt durch die Minister Ew. Majestät, bis zu den Stufen des Thrones die gröbsten Verleumdungen gegen einen Factor der Gesetzgebung getragen und den Versuch nicht gescheut, das Urtheil über Mass und Bedeutung klarer Verfassungsrechte zu verwirren. ¶ Gleichzeitig ist vielfach ein Missbrauch der Regierungsgewalt, wie er in den trüben Jahren vor Beginn der Regentschaft Ew. Majestät stattfand, hervorgetreten. Es sind verfassungstreue Beamte, zumal solche, welche zugleich Abgeordnete waren, mit drückenden Massregeln heimgesucht worden. Es ist die Presse verfolgt worden, wo sie für das Recht offen eintrat. Es ist der Versuch gemacht, die Ausübung unzweifelhafter staatsbürgerlicher Rechte Seitens nicht einberufener Landwehrmänner durch unzulässige, ausserhalb der Dienstordnung liegende Befehle militairischer Vorgesetzter zu hindern.

Allerdurchlauchtigster etc. — Ew. Königliche Majestät haben noch jüngst zu erklären geruht, dass Niemand an Allerhöchst Ihrem Willen zweifeln dürfe, die beschworene Verfassung aufrecht zu erhalten und zu schützen. In der That wagt Niemand, einen solchen Zweifel zu hegen. Aber, gestatten Ew. Majestät es offen auszusprechen, die Verfassung ist durch die Minister schon jetzt verletzt. Der Art. 99 keine Wahrheit mehr. Das schwere Uebel einer budgetlosen Regierung ist über das Land gekommen. Und die neue Session hat begonnen, ohne dass durch ein thatsächliches Entgegenkommen der Regierung auch nur die Aussicht eröffnet wäre, es werde gelingen, die geregelte Handhabung der Finanzen zurückzuführen und die Heereseinrichtung wieder auf gesetzliche Grundlagen zu stützen. ¶ Das Ausland sieht mit Staunen einen Con-

No. 522. Preussen, 29. Januar 1863.

flict sich verlängern, welcher die Achtung vor dem preussischen Namen mit jedem Tage tiefer berührt, welcher die Stimme der Regierung im Rathe der Völker ihrer besten Kraft zu berauben droht. Es weiss wohl, dass Pflicht und Gewissen die preussische Volksvertretung zwingen, das Recht, welches die Verfassung ihr verleiht, ohne Uebergriff, aber auch ohne Abbruch von allen Seiten hin wahrzunehmen, und dass die Aussicht auf äussere Verwicklungen kein Mittel zur Ausgleichung unseres innern Zerwürfnisses ist. Es weiss, dass Preussen seinen Einfluss in Deutschland und damit seine Stärke nur dann wieder gewinnen kann, wenn es zunächst bei sich verfassungsmässige Ordnung herstellt, und wenn es sodann das deutsche Volk und dessen Vertreter zur Mitwirkung an der staatlichen Einigung des grossen Vaterlandes aufruft. ¶ Inmitten dieser Bedrängniss lässt das preussische Volk, welches in so vielen Gefahren erprobt ist, welches in Treue und Ausdauer von keinem andern übertroffen wird, nicht von der Hoffnung, dass Ew. Majestät Weisheit die ehrliche Stimme seiner gesetzlichen Vertreter zu unterscheiden wissen werde von dem Rathe Derer, welche in dem Kampfe der Parteien ihre an sich ohnmächtigen Bestrebungen durch den erhabenen Namen Ew. Majestät zu decken und zu stützen sich bemühen.

Königliche Majestät! Unsere Stellung als Vertreter des Landes legt uns die gebieterische Pflicht auf, feierlich zu erklären, dass der innere Friede und die Kraft nach aussen dem Lande nur durch die Rückkehr zu verfassungsmässigen Zuständen wiedergegeben werden können. ¶ In tiefster Ehrfurcht verharren wir Eurer Königlichen Majestät allerunterthänigste treugehorsamste

Das Haus der Abgeordneten*).

---

*) In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 31. Januar machte Präsident Grabow nachstehende Mittheilung: „In Folge des Beschlusses dieses Hauses habe ich unter dem 29. d. M. an den Herrn Präsidenten des Staatsministeriums folgendes Schreiben gerichtet: „„Das Haus der Abgeordneten hat beschlossen, an des Königs Majestät die in Abschrift beigefügte Adresse zu richten und dieselbe durch eine Deputation von 50 Mitgliedern zu überreichen. Ich erlaube mir, Ew. Excellenz zu ersuchen, mir gefälligst mitzutheilen, ob und event. wann Se. Majestät geruhen wollen, diese Deputation zu empfangen.““ — Darauf ist mir folgendes Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten zugegangen:

„„An den Präsidenten des Hauses der Abgeordneten etc. Ew. Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 29. d. M., die Ueberreichung der Adresse des Hauses der Abgeordneten betreffend, habe ich zur Kenntniss Sr. Maj. des Königs gebracht. Allerhöchstderselbe hat mir zu befehlen geruht, Ew. Hochwohlgeboren zu erwidern, dass Seine Majestät sich nicht bewogen finden könne, eine Deputation des Hauses der Abgeordneten zu empfangen. Ew. Hochwohlgeboren stelle ich ganz ergebenst anheim, die Adresse auf schriftlichem Wege entweder direct, oder durch meine Vermittlung in die Hände Sr. Majestät gelangen zu lassen. Berlin, den 30. Januar 1863. Der Präsident des Staatsministeriums. (gez.) von Bismark-Schönhausen.““

„Ich proponire, fährt der Präsident fort, dem Hause, die Adresse direct durch ein von mir abzusendendes Schreiben an Se. Majestät gelangen zu lassen. (Pause.) Da kein Widerspruch erfolgt, so hat das Haus diesem Antrage beigestimmt.“

No. 523.

PREUSSEN. — Königliche Antwort auf die vorausgehende Adresse des Abgeordnetenhauses. —

No. 523. Preussen, 3. Febr. 1863.

Ich habe die Adresse, welche das Haus der Abgeordneten unter dem 29sten v. M. an Mich zu richten beschlossen hat, empfangen. Ihr Inhalt sowohl, als der Weg, auf welchem dieselbe Mir zugegangen ist, lassen Mich glauben, dass es dem Hause darum zu thun ist, Meine persönliche Anschauung und Willensmeinung kennen zu lernen. Deshalb richte Ich, ohne Vermittelung Meiner Minister, Mein Königliches Wort an das Haus der Abgeordneten. ¶ Die Adresse bekundet einen tiefgreifenden Gegensatz in der Stellung des Hauses zu Meiner Regierung. Es wird die Anschuldigung gegen Meine Minister erhoben, dass sie nach dem Schluss der letzten Sitzungsperiode des Landtages verfassungswidrig die Verwaltung ohne gesetzlichen Etat fortgeführt, dass sie auch solche Ausgaben, welche durch Beschlüsse des Hauses ausdrücklich abgelehnt worden seien, verfügt und sich dadurch einer Verletzung des Art. 99 der Verfassungs-Urkunde schuldig gemacht hätten. Zwar hat das Haus der Abgeordneten mit Recht jeden Zweifel an Meinem ernsten und gewissenstreuen Willen, die Verfassung des Landes aufrecht zu erhalten, ausgeschlossen; dasselbe hat aber Anordnungen Meiner Regierung, welche mit Meiner Genehmigung getroffen worden, als Thatsachen zur Begründung der Beschwerde über Verfassungs-Verletzung angeführt. ¶ Ich würde jene Anordnungen nicht zugelassen haben, wenn Ich darin eine Verfassungs-Verletzung hätte erkennen können, und muss die gegen Meine Regierung erhobene Beschuldigung als unbegründet aus voller Ueberzeugung zurückweisen. ¶ Das Haus der Abgeordneten hatte von seinem verfassungsmässigen Rechte der Mitwirkung bei Feststellung des Staatshaushalts in einer Weise Gebrauch gemacht, dass es Meiner Regierung, wie dieselbe dies ohne Rückhalt wiederholt ausgesprochen hatte, unmöglich war, den unausführbaren Beschlüssen des Hauses ihre Zustimmung zu ertheilen. Sein gleichfalls verfassungsmässiges Recht ausübend, hatte das Herrenhaus den vom Hause der Abgeordneten bis zur Unausführbarkeit abgeänderten Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1862 abgelehnt. ¶ Da nun die Festsetzung dieses Etats nach der Vorschrift der Verfassung für die vorjährige Sitzungsperiode des Landtages unmöglich geworden war, und da die Verfassung für einen solchen Fall keine Bestimmungen enthält, so ist es unverständlich, wenn das Haus der Abgeordneten eine Verfassungsverletzung darin erkennen will, dass Meine Regierung die Verwaltung ohne gesetzlich festgestellten Etat fortgeführt hat. Ich muss es vielmehr als eine Ueberschreitung der verfassungsmässigen Befugnisse des Hauses der Abgeordneten bezeichnen, wenn das Haus seine einseitigen Beschlüsse über Bewilligung oder Verweigerung von Staats-Ausgaben als definitiv massgebend für Meine Regierung betrachten will. Die Adresse bezeichnet das Recht der Ausgabe-Bewilligung als das oberste Recht der Volksvertretung. Auch Ich erkenne dies Recht an und werde es achten und wahren, so weit es in der Verfassung seine Begründung findet. Ich muss aber das Haus darauf aufmerksam machen, dass nach der Verfassung die Mitglieder beider Häuser des Landtages das ganze

Volk vertreten und der Staatshaushalts-Etat nur durch ein Gesetz, nämlich durch einen von Mir genehmigten, übereinstimmenden Beschluss beider Häuser des Landtages der Monarchie festgestellt werden kann. War eine solche Uebereinstimmung nicht zu erreichen, so war es die Pflicht der Regierung bis zur Herbeiführung derselben die Verwaltung ohne Störung fortzuführen. Sie hätte unverantwortlich gehandelt, hätte sie dies nicht gethan. ¶ Wenn die Adresse aber ausführt, „dass die neue Session begonnen habe, ohne dass Meine Regierung durch thatsächliches Entgegenkommen auch nur die Aussicht eröffnet habe, zu einer geregelten Handhabung der Finanzen zurückzukehren und die Heereseinrichtungen auf gesetzliche Grundlagen zu stützen," so muss Mich das im höchsten Grade befremden. Denn es ist dabei gänzlich mit Stillschweigen übergangen, dass in der Eröffnungsrede des allgemeinen Landtages der Monarchie die Vorlage des Budgets pro 1863 und 1864, die Vorlage einer Ergänzung zum Gesetze vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienst angekündigt worden und ausserdem behufs nachträglicher Genehmigung durch das Haus der Abgeordneten, die Vorlegung der Rechnungen über Einnahmen und Ausgaben pro 1862 zugesagt worden ist, welche zu dem von Meinem Finanz-Minister angegebenen Zeitpunkte erfolgen wird. Wie kann das Haus der Abgeordneten sich darnach der Einsicht verschliessen, dass Meine Regierung es sich dringend angelegen sein lässt, die Finanz-Verwaltung des Staats sobald als möglich wieder auf eine gesetzliche Basis zu stellen? ¶ Wenn in Veranlassung des eingetretenen Conflicts von mehreren ständischen Corporationen und aus der Mitte der Bewohner vieler Kreise des Landes Mir zahlreiche Adressen überreicht worden sind, in denen die Unterzeichner Mir ihre persönliche Ergebenheit und ihre Zustimmung zu den Anordnungen Meiner Regierung ausgedrückt haben, so hat es Mich unangenehm berührt, dieselben in der Adresse des Hauses der Abgeordneten als eine kleine, der Nation seit lange entfremdete Minderheit bezeichnet zu sehen. Ich habe diese Kundgebungen aus allen Ständen und Klassen Meiner getreuen Unterthanen mit Befriedigung empfangen und muss den Vorwurf, dass die Theilnehmer in Treue und Hingebung für ihr preussisches Vaterland gegen Andere zurückstehen, als ungerechtfertigt um so mehr zurückweisen, als dem Hause der Abgeordneten nicht unbekannt geblieben sein kann, was Ich auf jene Adressen geantwortet und wie Ich meinen Dank persönlich ausgesprochen habe. ¶ Das Haus der Abgeordneten hat ferner eine Beschwerde über Missbrauch der Regierungsgewalt vorgetragen und zur Begründung derselben auf die Massregeln Meiner Regierung gegen einzelne Beamte und Landwehrmänner und gegen die Presse Bezug genommen. Da hierbei jedoch, wie auch nicht behauptet worden, die gesetzlichen Befugnisse der Behörden in Ausübung der Disciplin nicht überschritten worden sind und da über die vorgekommenen Ausschreitungen der Presse lediglich Unsere Gerichte zu erkennen haben, so war der Landesvertretung keine hinreichende Veranlassung gegeben, sich mit den berührten Vorgängen zu beschäftigen und sie zum Gegenstande ihrer Beschwerde zu machen. ¶ Das Haus der Abgeordneten wird die in der Verfassung den verschiedenen Gewalten gesetzten Schranken anzuerkennen haben; denn nur auf dieser Grundlage ist eine Ver-

No. 523. Preussen, 3. Febr. 1863.

ständigung hinsichtlich derjenigen Gebiete möglich, auf welchen ein Zusammenwirken Meiner Regierung mit der Landesvertretung erforderlich ist. Ich beklage tief den Widerstreit der Ansichten, der in Betreff der Festsetzung des Staatshaushalts-Etats sich entwickelt hat. Es kann aber eine Vereinbarung über den Etat nicht durch Preisgebung der verfassungsmässigen Rechte der Krone und des Herrenhauses erwirkt, es kann nicht, der Verfassung entgegen, das Recht der Bewilligung und Verweigerung der Staats-Ausgaben ausschliesslich auf das Haus der Abgeordneten übertragen werden. Es ist Meine landesherrliche Pflicht, die auf Mich vererbten und verfassungsmässigen Machtbefugnisse der Krone ungeschmälert zu bewahren, weil Ich darin eine nothwendige Bedingung für die Erhaltung des inneren Friedens, für die Wohlfahrt des Landes und für das Ansehen Preussens in seiner Europäischen Stellung erkenne. ¶ Nachdem Ich seit einem Jahre durch verminderte Anforderungen an die Leistungen des Volkes von nahezu vier Millionen, so wie durch bereitwilliges Eingehen auf die ausführbaren Wünsche der Vertretung desselben bewiesen habe, dass es Mir wahrhaft darum zu thun ist, eine Ausgleichung des Widerspruchs herbeizuführen, den Meine Regierungsmassregeln im Grossen wie im Kleinen gefunden haben, erwarte Ich, dass das Haus der Abgeordneten diese Beweise des Entgegenkommens nicht ferner unbeachtet lassen wird, und fordere dasselbe nunmehr auf, seinerseits Meinen Landesväterlichen Absichten sein Entgegenkommen in einer Art zu beweisen, dass das Werk der Verständigung ermöglicht wird, welches Meinem Herzen ein Bedürfniss ist, Meinem Herzen, dessen einziges Verlangen darauf gerichtet ist, das Wohl des preussischen Volkes zu fördern und dem Lande die Stellung zu erhalten, die eine glorreiche Geschichte durch treues Zusammengehen von König und Volk, demselben angewiesen hat. ¶ Berlin, den 3. Februar 1863.

Wilhelm.

An das Haus der Abgeordneten.

No. 524.

PREUSSEN. — Adresse des Herrenhauses, die Lage des Landes betreffend, überreicht durch die drei Präsidenten am 7. Februar 1863, mit der darauf ertheilten Antwort des Königs.

No. 524. Preussen, 7. Febr. 1863.

Allerdurchlauchtigster etc. — Ew. königlichen Majestät hält das Herrenhaus für Pflicht, sich nur in besonders wichtigen Momenten des Staatslebens mit dem unmittelbaren Ausdruck seiner Gesinnungen zu nahen. Wir sind der Ueberzeugung, dass der gegenwärtige Zeitpunkt ein solcher ist, der es rechtfertigt, wenn wir uns in tiefster Ehrfurcht erlauben, von diesem Vorrecht Gebrauch zu machen. So treten wir denn vor Ew. königliche Majestät in dem Bewusstsein der unwandelbaren Treue, indem, je schwieriger die Lösung mancher Fragen der innern Politik erscheint, wir es um desto mehr als unsere Pflicht erkennen, uns in patriotischer Hingebung um Ew. königliche Majestät zu vereinigen. Die zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung berufenen Gewalten befinden sich in einem

No. 524. Preussen, 7. Febr. 1863.

Conflicte, der entstanden ist, während jede ein ihr nach der Verfassungsurkunde formell zustehendes Recht geübt hat. Unbestritten darf nach Artikel 62 derselben das Abgeordnetenhaus jede einzelne, selbst unvermeidliche Ausgabe, welche in dem von der Staatsregierung beiden Häusern des Landtages vorzulegenden Entwurfe des Staatshaushaltgesetzes vorgeschlagen wird, verweigern. Unbestritten darf das Herrenhaus den ganzen Gesetzentwurf verwerfen. Unbestritten ist es, dass ohne freie Einwilligung der Krone kein Gesetz zu Stande kommen kann, also auch nicht das über den Staatshaushalt, auf dessen Zustandekommen die Verfassung rechnet. Aber nirgends schreibt die Verfassung vor, wer bei entstehendem Dissensus zwischen der Krone und einem oder den beiden Häusern, oder zwischen den beiden Häusern selbst, von denen nach Artikel 83 der Verfassung nicht eins allein, sondern welche beide das ganze Volk vertreten, nachgeben müsse. In andern constitutionellen Staaten liegt die thatsächliche Nothwendigkeit des Nachgebens für die Krone in solchem Falle darin, dass sie sofort oder binnen kurzer Frist des gesetzlichen Rechts entbehrt, die zur Fortführung der Verwaltung erforderlichen Staatseinnahmen zu erheben. Die preussische Verfassung erhält der Krone im Artikel 109 ausdrücklich und unbestreitbar dieses Recht. Wir bezweifeln in der Erinnerung an die bei der Revision der Verfassung gepflogenen Verhandlungen, dass ohne diese Bestimmung die Verfassung zu Stande gekommen wäre. Es giebt also kein Gesetz, auf welches der eine oder andere Theil behufs Lösung dieses Conflictes sich stützen könnte. Aber es giebt ein Wort, das der deutschen Sprache allein angehört, welches den Herrscher des Landes auch den Landesvater nennt, und es erinnert dies Wort an die Pflicht der Staatsbürger, bei aller Selbständigkeit in Uebung ihrer Rechte, in dem Herrscher zugleich die väterliche Autorität zu achten. Wir sind uns bewusst, diese Pflicht geübt zu haben. ¶ Allergnädigster König und Herr! Als bei der Thronbesteigung Ew. königlichen Majestät wir uns Allerhöchstdemselben nahten, haben wir es als unsre Ueberzeugung ausgesprochen: dass in einem Rechtsstaate die Rechtssicherheit die erste Bedingung, dass in ihm mit einem Volke, dessen geistiges Leben unter dem Segen christlicher Erkenntniss zu reicher Selbstthätigkeit entwickelt und gereift ist, der Rechtsschutz der erste und herrliche Beruf des Königs von Gottes Gnaden ist, dass seine Hand das Wohl und das Recht Aller in allen Schichten der Bevölkerung zu hüten habe. Diese Ueberzeugung haben wir festgehalten und sie besteht ungeschwächt. Darum weisen wir den Gedanken weit von uns, dass die Krone ihre factische Macht gebrauchen solle, um das Recht zu brechen. Wir wissen, dass dies nicht die Meinung Ew. königl. Majestät Regierung ist. Wir erkennen auch nicht, dass die Lage der Dinge eine solche sei, in welcher zur Erhaltung des Thrones oder der gesetzlichen Sicherheit der Staatsbürger das, wie dem Geringsten der Unterthanen, so auch den Königen zustehende Recht der Nothwehr Platz greift. Aber wir bitten Gott und hoffen zu ihm, dass Er die Herzen unsers Volkes lenken wolle, damit alle aufrichtigen Freunde der wahren Monarchie, mit welcher eine volle und selbständige Mitwirkung des Volkes bei der gesetzlichen Gestaltung seiner Institutionen, eine volle und freie Selbstverwaltung in den engern Kreisen und Körperschaften verbunden sein und bleiben muss, wenn

No. 524. Preussen, 7. Febr. 1863.

auch unter ihnen stets verschiedene Ansichten über andere Fragen Platz greifen werden, doch wiederum darin zusammengehen: die Einwirkung auf die Geschicke unsers Vaterlandes in die Hand Derer zu legen, welche als erste Bedingung für Preussens Wohlfahrt ein festes Königthum erkennen; wir hoffen, dass die Ueberzeugung in immer weitern Kreisen sich befestige: wie nur Mässigung in der Geltendmachung der durch die Verfassung gewährten politischen Rechte, wie nur die Achtung und Sicherheit des Rechtes, wo es sich auch findet, seiten der Regierung, wie seiten der Landesvertretung den Einklang der legislativen Staatsgewalten sichern kann, welcher beide Gefahren: die Anarchie und den Absolutismus — zu vermeiden im Stande ist. Ew. königlichen Majestät Regierung hat erkannt, dass bis dahin, wo dieser Einklang der Staatsgewalten zu erreichen sein wird, es vor Allem darauf ankommt, in den Schranken der Verfassung und der Gesetze die Rechte der Krone zu wahren, die Wehrkraft Preussens zu erhalten, — endlich aber die möglichst unerschütterte Führung der Staatsverwaltung zu sichern. In dieser schweren, aber unabweislichen Aufgabe werden wir die Regierung Ew. königlichen Majestät nach unsern Kräften unterstützen. Wir bitten Gott, dass Er Ew. königlichen Majestät Kraft verleihen wolle, das Scepter mit weiser Hand hoch erhoben zu halten, als das Banner, auf das in den Wogen des Kampfes Alle, welche die Rechtssicherheit und Freiheit unter dem Schutze eines wahren Königthums festgehalten wissen wollen, ihre Blicke richten, um dass sie — die Unterschiede ihrer Auffassung einzelner politischer Fragen für den Augenblick vergessend, sich mit festem Muthe und mit der Zuversicht schaaren sollen, dass mit Gottes Hülfe die vorhandene Krisis, wie solche keinem mächtigen, auf seine eigene Kraft hingewiesenen Staate erspart bleiben, nur zum Besten unsers Vaterlandes dienen werde. — In tiefster Ehrfurcht ersterben wir Ew. königlichen Majestät allerunterthänigstes gehorsamstes Herrenhaus.

Antwort des Königs.

Es muss Meinem Herzen wohlthun, in der loyalen Adresse des Herrenhauses, welche Sie Mir verlesen haben, die volle Uebereinstimmung mit Meinen Gesinnungen zu finden.

Ich erkenne mit Ihnen in der Rechtssicherheit und dem gleichen Rechtsschutze für Alle die Grundlage des Staates und aller öffentlichen Verhältnisse, und werde die Wahrung des Rechts, unbeschadet seiner nach den Bedürfnissen des Staates fortschreitenden Entwickelung, stets als Meine erste und heiligste Pflicht betrachten. Wenn an dieser Grundlage in dem Widerstreit der Ansichten, welcher zwischen den Factoren der Gesetzgebung hervorgetreten ist, allseitig festgehalten wird, so darf Ich erwarten, dass die Krisis, auf welche der Schluss Ihrer Adresse hinweist, ihre Lösung zum Wohle des Vaterlandes finden und gleichzeitig das Verständniss der Wege fördern wird, auf welchen unser Verfassungsleben in regelmässiger und gedeihlicher Entwickelung fortschreiten kann. Es wird dies Ziel von Meiner Regierung erstrebt werden, indem sie mit

Festigkeit auf dem von ihr vertretenen Standpunkte beharrt, aber jeder versöhnlichen Annäherung, welche die Machtstellung Preussens im Auge behält, zugänglich bleibt.

Ich danke dem Herrenhause für die Unterstützung, welche dasselbe Meiner Regierung zugesichert hat, und für die Hingebung und das Vertrauen, von welchen das Haus in der Adresse Mir hat Zeugniss geben wollen.

No. 524. Preussen, 7. Febr. 1863.

No. 525.

FRANKREICH. — Adresse des französischen Senats in Antwort auf die kaiserl. Thronrede*) überreicht am 1. Febr. 1863, nebst Erwiederung des Kaisers. —

No. 525. Frankreich, 1. Febr. 1863.

Sire, — les paroles de Votre Majesté ont été accueillies dans le Sénat, ainsi que dans la France entière, avec un vif sentiment d'adhésion. ¶ Les grands faits qui se pressent, les progrès qui s'enchaînent dans la période écoulée, montrent ce que peut un pays comme le nôtre, dont les forces sont sagement organisées, et qui marche franchement uni à son Souverain. Après les antagonismes de systèmes et de partis, qui n'ont que trop fatigué le pays, le souffle puissant de l'esprit public a ranimé de toutes parts, dans l'oeuvre gouvernementale, le sentiment de la confiance réciproque et le besoin d'un concours efficace. C'est ce courant d'idées qui a permis à Votre Majesté de suivre, avec constance et sans pas rétrograde, la politique de grandeur morale et d'améliorations matérielles dont Elle a fait l'exposé au pays. Cet exposé restera gravé dans nos annales; car il est, de la part du Souverain, un hommage rendu au génie de la France dont il s'inspire; il est, pour la France, un sujet de reconnaissance envers le Souverain dont elle est fière. ¶ Fidèle à ce sentiment de confiance, vous avez voulu, Sire, laisser le Corps législatif arriver au terme légal de son mandat. Une dissolution prématurée eût été un doute jeté sur les dispositions de la France. Votre Gouvernement, Sire, est trop fort de la sympathie populaire pour avoir besoin d'épier l'opportunité passagère de quelques circonstances accidentelles. Le vote du 10 décembre, et ceux qui l'ont suivi, marquent des points fixes que ne sauraient faire varier les caprices du hazard, ou des passions perdues dans le flot national. ¶ Le suffrage universel répondra donc à votre appel. Les auxiliaires courageux et dévoués de l'Empire se retrouveront pour continuer dans une troisième période l'oeuvre si bien commencée. La logique du peuple est solide comme celle du bon sens. Elle lui dit, ainsi que l'a rappelé Votre Majesté, que le passé répond de l'avenir, et que ce passé est celui d'une société qui, depuis onze ans, a fait des pas immenses dans toutes les voies qui conduisent au premier rang. ¶ Dans ce glorieux travail, auquel la Constitution nous associe pour la douzième fois, le Sénat s'est sans cesse inspiré de l'esprit d'ordre qui règne dans le pays et des intentions libérales qui sont dans le coeur de l'Empereur. Nous avons prêté notre concours à la France lorsque, dans une vue de réparation sociale, elle a voulu le rétablissement de la Monarchie et la Dynastie impériale.

---

*) Vergl. Nr. 473.

No. 525. Frankreich, 1. Febr. 1863.

Nous avons prêté un égal concours à l'Empereur lorsque, dans son désintéressement éclairé, il a voulu élargir le cercle de la discussion et de la publicité dans les grands corps de l'État, et renoncer à la prérogative des anciens Gouvernements en matière de crédits supplémentaires et extraordinaires. Le Sénat, gardien d'une Constitution fondée sur l'accord du pouvoir qui se modère et de la liberté qui se contient, ne saurait ni reculer devant les sages perfectionnements, ni affaiblir les indispensables garanties. Du reste, jusqu'à ce jour, sa tâche a été facile. Si le pays, instruit par l'expérience, s'effraye des dangers de la licence, le Monarque, animé de l'esprit de l'époque, répudie les excès de l'autorité. A l'heure qu'il est, le Sénat voit le pays tranquille et attendant sans émotion inquiète la marche des évènements. Tel est l'effet du développement des intérêts pacifiques, du refroidissement des questions révolutionnaires dans une société qui n'en a que trop souffert, et des tendances amicales de votre politique extérieure, qui, dans ses rapports avec les cabinets, ne sépare pas les aspirations légitimes des peuples du droit et des traités. Oui, Sire! partout, en France, les opinions s'éclairent et s'apaisent; et l'immense majorité exige dans les discussions, autant que dans les actes de la politique, la mesure, la sagesse et l'impartialité. ¶ Sans doute, parmi les trois expéditions lointaines qu'accompagnent les voeux du pays, et qu'envisage avec espoir l'avenir de la civilisation, celle du Mexique a été, au moment de la retraite des deux puissances nos auxiliaires, l'objet d'une attente perplexe. Aujourd'hui, il ne reste plus qu'à marcher en avant, et nous nous confions à notre héroïque armée. Quand le drapeau est en face de l'ennemi, quand nos braves soldats ont les regards tournés vers les encouragements de la patrie, il n'y a pas d'autre politique pour un corps délibérant que de leur envoyer les témoignages de son admiration. ¶ Plus près de nous, l'Italie, par son attitude, seconde elle-même l'apaisement des craintes, après les avoir fait naître. L'ère des conflits s'éloigne; celle des transactions semble approcher. A Turin, on ne parle plus de Rome; à Rome, on s'occupe de réformes, et le Saint-Père, soutenu par la présence de notre armée, exprime hautement sa reconnaissance pour l'Empereur. Il sait que l'indépendance de l'Italie n'est pas un pacte de la France avec la révolution, et qu'on peut compter sur Votre Majesté alors que l'honneur et les engagements passés ont fait entendre leur voix. ¶ Il serait à désirer que les États-Unis d'Amérique nous permissent des espérances analogues. Mais la guerre civile y poursuit ses ravages, et les projets de conciliation de Votre Majesté ont paru prématurés à deux grandes puissances maritimes de l'Europe. Nous le regrettons; la diplomatie est toujours bien venue à offrir avec désintéressement les conseils de l'humanité. Nous le regrettons d'autant plus que, par suite du trouble que la sécession a jeté dans nos relations commerciales avec l'Amérique, la stagnation du travail est arrivée, dans plusieurs districts manufacturiers, à un état affligeant. Bien que cette crise industrielle ne soit pas comparable, par son intensité, à ce qui se passe ailleurs, elle appelle toute la sollicitude de l'État et des particuliers. La charité privée, bien plus puissante par le modeste concours de tous que par les riches dons de quelques-uns, multiplie ses généreux efforts, et ce serait la calomnier que de douter de son zèle parce qu'elle procède sans faste et sans éclat. De son côté, l'État, par les moyens divers qui sont en son

No. 525. Frankreich, 1. Febr. 1863.

pouvoir, offre tour à tour le travail et le secours; une loi bienfaisante, votée avec un empressement patriotique, ajoutera un crédit spécial aux ressources locales ordinaires et extraordinaires. Ainsi, là où il y a souffrance, l'ouvrier trouvera la sympathie sincère et l'assistance efficace. Il les mérite d'autant plus qu'il garde la dignité dans l'infortune, et que sa résignation est celle du courage et du dévouement. ¶ Constatons cependant que cette épreuve est loin d'atteindre tous nos départements et toutes nos industries. En général, le travail est actif et le bien-être en est la récompense. La vitalité de nos forces productives redouble d'énergie par l'extension croissante des débouchés commerciaux; les traités de commerce, dont le Gouvernement de Votre Majesté s'occupe avec sollicitude, communiqueront à ce mouvement une bienfaisante fécondité. ¶ La richesse publique ferait également un pas notable si la colonisation de l'Algérie parvenait à surmonter les difficultés particulières à cette contrée, où l'intérêt européen et l'intérêt arabe se touchent sans cesse et ne s'assimilent que trop lentement. Le Gouvernement de Votre Majesté a annoncé qu'un projet de sénatus-consulte nous serait présenté sur l'importante matière de la propriété arabe. Nous examinerons, avec le désir de seconder les vues de Votre Majesté, cette mesure, qui rentre dans les termes de la Constitution. ¶ Sire, les documents émanés des divers départements ministériels et communiqués au Sénat nous ont paru porter la lumière sur toutes les branches de l'administration de l'Empire, et vos ministres sans portefeuille se sont empressés d'y joindre tous les éclaircissements de nature à édifier les commissaires du Sénat. Nous en remercions Votre Majesté. Dans une machine aussi vaste que l'administration française, il n'est pas impossible de trouver quelque irrégularité accidentelle dans le jeu de certains ressorts. Mais l'ensemble est excellent. D'ailleurs, nos lois sont ainsi faites qu'en toute matière le recours est placé à côté de la plainte, et le redressement à côté du grief. ¶ C'est pour étendre ce caractère équitable et libéral de l'administration que Votre Majesté a voulu que les instances portées devant les conseils de préfecture, en matière contentieuse, fussent contradictoires et publiques. Fortifier dans une institution le sentiment du droit, c'est y enraciner l'habitude de la justice, du devoir et de la modération. ¶ Sire, après la session actuelle, une période nouvelle commencera avec un Corps législatif retrempé dans les suffrages de la nation. Quelle que soit l'étendue actuelle de nos horizons, des perspectives plus vastes nous attendent encore! La France n'a pas l'habitude de sommeiller dans une stérile inertie. Ce grand pays qui a mis son courage dans la guerre, sa merveilleuse intelligence dans les travaux de la paix, son admirable bon sens dans ses directions politiques, redoublera d'efforts pour atteindre les destinées progressives que lui signale Votre Majesté! L'Empire, consolidé par le temps, consacré par les sympathies de l'Europe, et porté par l'affection du peuple, ne manquera pas à ses promesses; la France, d'accord avec lui, ne manquera pas à sa mission.

No. 525.
Frankreich,
1. Febr.
1863.

Antwort des Kaisers.

Je reçois avec reconnaissance l'adresse du Sénat. L'approbation qu'elle donne à ma politique et les expressions de dévouement qu'elle renferme me touchent vivement. L'unanimité du vote m'a causé une profonde satisfaction, parce qu'elle témoigne d'un accord qui ne peut amener que d'heureux résultats. ¶ Recevez donc mes remerciments pour avoir été l'éloquent interprète des sentiments d'une assemblée que vous présidez si dignement.

No. 526.

FRANKREICH. — Antwortsadresse des Corps législatif auf die Thronrede, durch eine Deputation überreicht am 14. Febr. 1863, nebst Erwiederung des Kaisers. —

No. 526.
Frankreich,
14. Febr.
1863.

Sire, — Votre Majesté a jugé le concours de la Chambre actuelle assez utile à l'ordre et à la bonne direction des affaires du pays pour la conserver jusqu'à la fin de la législature; ce témoignage de confiance nous honore. Le calme qui permet à la Constitution de fonctionner avec cette régularité est la plus grande preuve de la sagesse des pouvoirs publics et le signe le plus éclatant de leur force. ¶ Dans le coup d'oeil rétrospectif jeté sur ces cinq dernières années, vous rappelez, en nous y associant, tous les grands traits de votre politique. Caractérisée au dehors par une loyauté constante, au dedans elle s'est proposé pour but d'effacer par l'amnistie la trace de nos luttes civiles, de créer la prospérité par les grands travaux publics, de fortifier les institutions par la liberté, et d'assurer l'économie dans les finances par l'abandon spontané de l'une de vos prérogatives. Vous nous accordez ainsi un reflet de votre popularité et une part dans les sentiments que le pays vous a voués. ¶ Votre Majesté avait concerté l'expédition du Mexique avec deux grandes puissances dont la coopération aurait eu sans nul doute pour effet de diminuer les efforts de la France. Resté seul à poursuivre une satisfaction nécessaire, vous avez eu raison de penser, Sire, que le Corps législatif n'hésiterait pas à vous seconder. Nous espérons la fin heureuse et prochaine de cette guerre, dans laquelle notre armée et notre marine donnent de nouvelles preuves de leur constance et de leur courage, et nous souhaitons qu'il en puisse sortir librement un gouvernement stable, respectant les lois et les traités et demeurant l'allié de la France. ¶ Nous sommes profondément affligés de la prolongation de la lutte aux États-Unis et du caractère qu'elle a pris. Nos sentiments d'humanité en sont plus affectés que ceux de nos intérêts. Nous regrettons que votre voix bienveillante et désintéressée n'ait pas été écoutée par les grandes puissances, et nous faisons des voeux pour que les Américains reculent bientôt d'eux mêmes devant les maux qu'ils causent. Nous ne saurions désirer l'épuisement d'un pays qui avait su jusqu'ici user de la liberté au profit du travail et de la civilisation. ¶ Le Corps législatif vous approuve de tenir d'une main ferme la balance égale entre les grands intérêts qui s'agitent en Italie. Vous avez soutenu les Italiens sans pactiser avec la révolution; vous n'avez pas cessé de protéger l'indépendance du Saint-Père, en

continuant à lui adresser de respectueux conseils. Persévérez, Sire, dans la même politique qui a déjà produit un heureux apaisement dans les esprits et qui répond aux sentiments de la France catholique et libérale. ¶ L'amélioration de nos voies de communication est toujours l'objet des besoins et des voeux ardents du pays. Nous espérons que des excédants de recettes et des économies opérées sur les divers services permettront d'augmenter la dotation des travaux publics. ¶ Nous nous proposions de solliciter de Votre Majesté la réforme de certains excès de réglementation qui paralysent trop souvent l'initiative individuelle ou qui font obtsacle à l'esprit d'association. Les admirables paroles que vous avez récemment prononcées à ce sujet ne nous laissent plus rien à dire. La destruction de ces entraves ne doit pas conduire à un système qui exclut le patronage de l'État; nous le réclamons même en faveur des populations des campagnes, si modestes et si dévouées. Elles font, en vue de perfectionner les cultures, de développer la viabilité, de créer ou de réparer les édifices communaux, des efforts énergiques qui méritent d'être encouragés. ¶ Sire, nous allons reprendre nos travaux avec le même zèle pour le bien public. Encore quelques mois et la France sera appelée à élire une nouvelle Chambre. Nos personnalités s'effacent et disparaissent dans ce grand acte national, ce que nous souhaitons, c'est que le pays réponde à la confiance que vous mettez en lui. Nous avons le ferme espoir qu'il en sera ainsi. Les populations, de plus en plus sensibles aux bienfaits et à la gloire de votre règne, voudront en assurer la continuation à elles et à leurs enfants. Elles porteront leurs préférences sur des hommes en qui s'est fortifiée, comme dans le coeur de la France, la pensée qui vous a élevé au Trône; et nos successeurs n'auront plus qu'à achever, au milieu de génerations nouvelles, étrangères aux dissentiments des partis, l'oeuvre que nous avons commencée et dont l'unique but a toujours été l'alliance de votre Dynastie et de la liberté.

Antwort des Kaisers.

Monsieur le Président, — l'Adresse que vous me présentez est une nouvelle preuve de l'accord qui existe entre le Corps législatif et mon Gouvernement. Je la reçois donc avec la plus vive satisfaction. Cet accord est plus indispensable que jamais, à une époque où, sur tous les points du globe, la vérité est obscurcie par tant de passions contraires. ¶ La France doit être forte et calme à l'intérieur, pour être toujours en mesure d'exercer sa légitime influence en faveur de la justice et du progrès, dont le triomphe est trop souvent compromis par l'exagération des partis extrêmes. ¶ Une confiance réciproque a toujours maintenu les bonnes relations entre nous; elle est due, sans doute, au sentiment patriotique qui nous anime tous; mais, je me plais à le reconnaître, la position du Président, qui fait à la fois partie du Gouvernement et du Corps législatif, contribue aussi à cet heureux résultat. Continuez donc, monsieur le Président, à remplir, comme par le passé, la noble mission d'adoucir et de rendre

No. 526. Frankreich, 14. Febr. 1863.

plus intimes nos rapports officiels. Ne cessez pas de me faire connaître les désirs et les observations de la Chambre et soyez auprès d'elle l'interprète de ma gratitude et de ma sympathie.

Die verworfenen Amendements zu der Adresse, gestellt von Jules Favre, Hénon, Darimon, Ernest Picard und Emile Ollivier, lauteten folgendermassen:

Sur le paragraphe 2, *Politique générale:*

Le droit d'élire implique le droit de connaître, de discuter, de juger, et, par conséquent, la liberté. ¶ Depuis le décret du 24 novembre, le mot de liberté est sans cesse prononcé dans les discours officiels, mais en réalité les pratiques du gouvernement n'ont pas changé. Il continue à interdire toute initiative individuelle, toute discussion libre, toute vie municipale indépendante. Il prodigue aux journaux des avertissements, même lorsque le principe du Gouvernement n'est pas attaqué, et il ne cesse d'exercer sur eux une pression clandestine. ¶ La dignité de la nation exige que cette contradiction entre la parole et l'acte ait un terme. Qu'on ne nous empêche pas de jouir de la liberté, ou qu'on cesse de nous en vanter les bienfaits et de nous imposer l'humiliation de nous entendre déclarer seuls indignes de posséder un bien que, depuis notre grande révolution, nous avons si souvent assuré aux autres.

Sur le paragraphe 3, *Mexique:*

Nous admirons l'héroïsme de nos soldats combattant au Mexique, sous un climat meurtrier, et nous leur envoyons nos voeux les plus sympathiques. Mais le soin de l'honneur national ne dispense pas une assemblée politique de juger une entreprise dont elle peut aujourd'hui connaître les causes et prévoir les suites. ¶ Les forces de la France ne doivent pas être témérairement engagées dans des expéditions mal définies, aventureuses; et ni nos principes, ni nos intérêts ne nous conseillaient d'aller voir quel gouvernement désire le peuple mexicain.

Sur le paragraphe 6, *Rome et l'Italie:*

Rome n'appartient pas plus aux catholiques qu'aux Italiens, elle appartient aux Romains. Notre occupation ne doit donc pas continuer. C'est le cas d'appliquer le principe de non-intervention, qui n'est autre chose que le respect de la souveraineté nationale, seule base légitime des gouvernements. ¶ Les négociations poursuivies à Rome ne sont pas sérieuses et ne peuvent aboutir, puisque le pape déclare sollennellement que sa conscience lui interdit toute concession, tant qu'on ne lui aura pas rendu des provinces dont le Gouvernement français a toujours refusé de demander la restitution, ¶ Il est hors de doute que l'indépendance du Saint-Siége doit être assurée: mais, en cette matière comme en toute autre, la liberté est la seule solution à la fois digne et pratique. La religion catholique ne doit pas redouter un régime sous lequel l'Église, séparée de l'État, obtiendrait, au même titre que toute autre croyance, à la place des concordats et des servitudes déguisées, la liberté, dans les limites du droit commun.

Sur le paragraphe 7, *Coalitions:*

Les principes nouveaux consacrés par le traité de commerce entraînent, comme juste conséquence, le droit pour les ouvriers et pour les patrons de débattre librement les salaires. Les dispositions du code pénal sur les coalitions doivent être abrogées.

Sur le paragraphe 8, *Paris et Lyon.*

Nous persistons à réclamer l'application aux villes de Paris et de Lyon du principe de droit public en vertu duquel nulle contribution ne peut être établie ni aucune dépense autorisée sans le vote des contribuables ou de leurs représentants. ¶ La plus petite commune ne peut être imposée extraordinairement sans l'avis du conseil municipal élu et l'adjonction des plus forts contribuables. Paris et Lyon, dont les budgets égalent ceux de certains États, n'ont d'autre garantie que l'examen d'un conseil municipal nommé par décret. Nous demandons pour ces deux grandes villes un conseil municipal élu et indépendant.

No. 526. Frankreich, 14. Febr. 1863.

Sur le paragraphe 9, *Élections:*

Les populations comprendront enfin qu'il leur importe d'être représentées par des mandataires choisis en dehors de la volonté du Gouvernement qu'ils doivent contenir et contrôler. ¶ Le droit de déterminer les circonscriptions électorales n'autorise pas à réunir des cantons séparés par la distance, à morceler les arrondissements et les villes pour favoriser l'action administrative, et à modifier les circonscriptions établies pour soustraire le député à ses juges naturels. Il n'appartient pas davantage aux maires d'élever ou d'abaisser à leur gré le chiffre des électeurs, en étendant les radiations et en limitant les additions, de manière à créer, à côté du candidat du Gouvernement, l'électeur du Gouvernement. ¶ Nous demandons, en conséquence, qu'une révision soit faite du décret du 29 décembre 1862, et que spécialement, au lieu de priver la ville de Paris d'un député, on lui en attribue un nombre en rapport avec l'accroissement de sa population.

No. 527*).

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Paris. — Unterredungen mit den Vertretern fremder Mächte über die Angelegenheiten Griechenlands. —

Foreign Office, November 1, 1862.

No. 527. Grossbritannien, 1. Nov. 1862.

My Lord, — On th 29th instant I had several interviews on the subject of the affairs of Greece, and I am anxious to put your Excellency in possession, as soon as possible, of the purport of these interviews. ¶ M. Tricoupi, the Chargé d'Affaires of Greece, was the first to come to me. He communicated to me a telegram from M. Diamantopoulos, informing M. Tricoupi that a Provisional Government had been formed at Athens, and that he, M. Diamantopoulos, was charged with the Foreign Department. ¶ M. Tricoupi asked me whether I had any advice to give. ¶ I said it was no case for giving advice. Her Majesty's Government had not yet received any despatch upon this subject from Her Majesty's Minister at Athens, and were only informed by telegraph of the leading events. Her Majesty's Government would be very unwilling to interfere in the internal affairs of Greece. There was only one opinion which I felt bound to state at the outset, and that was, that I hoped there would be no incursions on Turkish territory, and no violation of the Treaties of Peace which bound Greece and Turkey. M. Tricoupi, I said, must be aware of the Treaties which bound Great Britain and other Great Powers to maintain the integrity of Turkey. ¶ M. Tricoupi said he was aware of those Treaties, and he did not believe that there existed any intention to violate the Turkish territory, or attack Turkey in any way. ¶ M. Tricoupi was shortly followed by Baron Cetto. He reminded me of the Treaties which guaranteed the Throne of Greece. ¶ I answered, that the IVth Article of the Treaty of London of May 1832 gave a guarantee to Greece under the sovereignty of Prince Otho of Bavaria, but no guarantee to King Otho personally. Indeed, a guarantee to maintain King Otho on the Throne, against his own people, and in spite of any faults he might commit, would be so much at variance with the principles which had ever guided the fo-

*) Vergl. Bd. 3, No. 467—471.

No. 527. Grossbritannien, 1. Nov. 1862.

reign policy of Great Britain, that I could say, at once, that Great Britain would not use force to restore the Crown of Greece to King Otho.

Baron Cetto then dwelt on the Articles of the Treaty of 1852 which relate to the succession of the Throne, and asked whether Her Majesty's Government would support and maintain the succession to the Throne, supposing King Otho to abdicate, of the Bavarian Princes. ¶ I answered, that neither would Her Majesty's Government support, by force, the succession of the Bavarian Princes; that the Treaty of 1852 evidently contemplated a peaceable demise of the Crown on the part of King Otho. ¶ To further questions of Baron Cetto I replied that Her Majesty's Government would advise the Greeks to follow the order of succession pointed out in the Treaties, if there appeared any chance of such advice being accepted; but Her Majesty's Government would not give useless advice, which was sure to be rejected. ¶ Baron Cetto left me with these replies.

I saw, also, the French Ambassador. To him I stated that I thought Great Britain, France, and Russia should not interfere in the affairs of Greece beyond the necessity of the case; that we were ready to act in concert with France, and to consider, when we had further information, what was to be done. Hitherto we had given no other instructions to the Admiralty than orders to protect British persons and property, and to provide for the personal safety of the King and Queen of Greece.

The Russian Ambassador said he thought any discussion as to the choice of a Prince was premature. The first point he wished to ascertain was whether Her Majesty's Government were disposed to continue to act in concert with Russia and France. ¶ I said Her Majesty's Government were disposed to act in concert with France and Russia upon this subject. ¶ Baron Brunnow spoke, also, of a continuance of the guarantee of Greece as an independent State. ¶ I said Her Majesty's Government were desirous to maintain the independence of Greece; but the question of a guarantee was, I thought, in present circumstances, premature. ¶ I am, &c.

Russell.

To Earl Cowley, *Paris.*

No. 528.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über den Ausbruch der griechischen Revolution. —

Athens, October 24, (received November 3) 1862.

No. 528. Grossbritannien, 24. October 1862.

(Extract.) The military revolution which commenced at Vonitza on the 18th instant, and extended afterwards to Patras and Missolonghi, broke out finally at Athens on the 22nd of October, and has suddenly brought to an end the reign of King Otho. ¶ As your Lordship will have learned this intelligence by my telegrams and from other sources, it will only interest Her Majesty's Government that I should give a brief account of what has taken place. ¶ It

No. 528. Grossbritannien, 24. October 1862.

was evidently the intention of the leaders of the movement to fix on different specified days for a rising to occur all over Greece. ¶ It began at Vonitza and Caravassera, on the Gulf of Arta. The famous Chief, Theodore Grivas, led the revolt in Acarnania. ¶ It then reached Missolonghi, the capital of that province, and Patras; having succeeded at all these places, as well as at Corinth and Megara, and other villages adjacent, it broke out on the 22nd instant, about 9 o'clock, M. P. at Athens. ¶ A mob at that hour, composed, I believe, of some of the townspeople and peasants brought in from the country, began to fire off guns and to shout in the streets. ¶ They were successively joined, in the course of the night, by the whole military force at Athens, consisting of about 1,000 men, Cavalry, Artillery, and Infantry; the Gendarmerie alone not taking part in the rebellion. ¶ From the commencement on Wednesday until this moment, the town has been the theatre of noisy triumph and great disorder and alarms, not without some loss of life. ¶ In the course of the day a Provisional Government was formed, with M. Boulgaris, an Opposition Senator, at its head; and subsequently a Proclamation was issued, declaring the downfall of King Otho and the Queen and of the Bavarian dynasty, to which is added the intention, as your Lordship will perceive by the accompanying document, of referring the future of Greece to a National Assembly. ¶ I was informed, early yesterday morning, that the King and Queen were expected in the Greek frigate „Amalia," from Calamata in the Morea, to which place M. Hadgiskos, Minister of Public Instruction, had gone in a gun-boat to inform their Majesties of what had occurred in Northern Greece, and to urge their return to Athens. ¶ As it turned out, it was fortunate they did not arrive off the Piraeus before the revolution had been completely successful. ¶ In the course of the day, I met my colleagues at the house of the French Minister, M. Bourée, where we came to an unanimous decision that it was now not only too late for their Majesties to return to the capital, but that the attempt to do so would be attended with the greatest danger to their personal safety. ¶ As soon, therefore, as I learned that the „Amalia" was in sight, I went down with Captain Lambert, of Her Majesty's ship „Scylla," to the Piraeus, and received there a message from His Majesty to go at once on board the frigate then outside the harbour. ¶ I need hardly state that I found both the King and Queen in the greatest distress of mind. ¶ M. Bourée had preceded me by a few minutes, and had already given to their Majesties an account of what had occurred, which was confirmed by me and all the other members of the Diplomatic body, who arrived on board soon after. The King seemed exceedingly surprised at so sudden an act of disaffection on the part of his troops at Athens; nor can this be wondered at, as M. Spiro Milios, the Minister of War, had assured the King, before His Majesty left the capital, that he could thoroughly depend upon them; and the King added, that he had been received with enthusiasm at all the places he had touched at during his short absence. ¶ His Majesty asked me what I thought it probable would be the line of policy Her Majesty's Government, as a guaranteeing Power, would pursue. I replied that a revolution of so rapid and general a character in this country was not foreseen, and that I must wait for instructions before I could form

No. 528. Gross-britannien, 24. October 1862.

any opinion; but I did not conceal from the King my belief that there was no alternative left for him but his immediate departure, and both M. Bourée and I placed at once respectively the „Zénobie" and the „Scylla" at their Majesties' disposal. ¶ Just at about this moment Captain Palaska, the commander of the „Amalia," brought a letter directed to himself unopened to the King, the contents of which he had divined. He requested the King to open the letter. It was from the newly-established Minister of Marine, to supersede that officer in command of the „Amalia." After this it became a question whether the crew of this vessel could be depended upon, and I suggested that the „Scylla" should accompany the „Amalia" to Salamis Bay for the night, that their Majesties might be better protected by this escort. To this proposal their Majesties readily acceded, and I proceeded myself in the „Scylla" to that anchorage. ¶ This was a fortunate circumstance; for this morning armed boats, with the red flag, were coming out from the Piraeus to fraternise with the crew of the frigate, and if they had not been deterred by the guns of the „Scylla" from approaching too near, unpleasant consequences would have resulted from the King and Queen being left at the mercy of a ship's company on the brink of mutiny. ¶ During this morning the hills on the bay were covered with people shouting and firing off guns; and it was time for their Majesties to decide at once upon leaving the frigate. They, after much hesitation, finally determined to go off in the „Scylla." ¶ As soon as they were on board, the „Amalia" got up her steam, saluted first the King, and then the insurgent flag, and when I had taken leave of their Majesties, the „Amalia" was on her way to the Piraeus, every officer having gone over to the rebels, except her captain, who stood faithful to the King, and with whom he left the ship. ¶ Although the „Scylla" is too small a vessel for the comfort of their Majesties, they preferred leaving Greece in a British man-of-war as they arrived here, and they were to sail to-night, accompanied by the French gun-boat „La Biche," with part of their suite; so that both flags, English and French, are associated on the occasion. ¶ In the meantime there is no English ship of war in the Piraeus, and on account of the present unsettled, not to say dangerous, state of Athens, I have left my daughter on board the French Admiral's ship. ¶ Yesterday M. Bourée and myself both requested to have some Marines for a guard within our respective Legations against brigandage. ¶ The suddenness of the „Scylla's" departure prevented the possibility of sending these Marines on board again, six men only, who will remain with me until the arrival of the next British ship of war, and are quite requisite for the safety of property confided by other persons to my care, as well as of my own. ¶ I wish to take this opportunity of stating that since Captain Lambert has been senior officer on this station, he has been of great service to Her Majesty's Mission in many ways, and no better officer could have been selected, on account of his kindness and tact, for the honour of conveying their Majesties on this lamentable occasion away from their dominions. ¶ The newly-installed Minister for Foreign Affairs, M. Diamantopoulos, has evinced already, as your Lordship will observe by the inclosed note, the desire to be placed in relations with me as Her Majesty's Minister in

Greece. ¶ I shall, of course, decline all official relations with him and his colleagues, and await only your Lordship's instructions as to whether I ought to leave Athens. &c.

No. 528. Gross-britannien, 24. October 1862.

P. Campbell Scarlett.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 529.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Athen. — Ansichten der englischen Regierung über die griechische Revolution. —

Foreign Office, November 6, 1862.

No. 529. Gross-britannien, 6. Nov. 1862.

Sir, — I have received and laid before the Queen your despatches of the 24th and 25th ultimo, announcing the Revolution which has broken out in Greece, and which has led to the expulsion of King Otho. ¶ Her Majesty's Government have learnt these events without surprise. They have long lamented the blind policy pursued by King Otho, and they have long foreseen that it tended, sooner or later, to produce the catastrophe which has now happened. ¶ But it is not for want of good advice, or of ample and often repeated warnings on the part of Great Britain, that this unfortunate Sovereign has lost his throne. ¶ During a long course of years the British Government, through its successive Representatives at Athens, Sir Edmund Lyons, Mr. Wyse, and Mr. Elliot, has endeavoured to impress upon King Otho the mistaken nature of the system of government which he was pursuing, and the necessity of adopting a system better calculated to conciliate the affection and confidence of his subjects, and to promote the welfare and prosperity of Greece. ¶ The endeavours of the British Government proved unsuccessful, and their anticipations have been realized. ¶ The kingdom of Greece having by the transaction of 1832 been acknowledged as an independent State, the people of Greece are entitled to exercise the rights of national independence; and one of the rights which belong to an independent nation, and of the exercise of which the history of Europe affords many examples, is that of changing its governing dynasty upon good and sufficient cause. ¶ Her Majesty's Government cannot deny that the Greeks have had good and sufficient cause for the steps they have taken, and Her Majesty's Government, therefore, can see no reason why any foreign Powers should interfere for the purpose of calling upon the Greeks to revoke the decision to which they have come. ¶ Her Majesty's Government are glad to observe that this revolution has been accomplished without violence or disorder; and, indeed, the unanimity which has been displayed on this occasion by the Greek nation is of itself a proof that the discontent which led to the change was universal, and discontent does not become universal in a nation unless it is well-founded. ¶ The people of Greece will now have a most important duty to perform. They will have to choose a Sovereign to succeed to the vacant throne. The Provisional Government are about to adopt the measure best calculated for this purpose; they are going to summon a National Assembly. ¶ The last National Assembly, which was called together in 1843 to frame a Constitution, performed

No. 529. Grossbritannien, 6. Nov. 1862.

its duties with order, moderation, and good sense. It is to be hoped that the National Assembly about to be convoked will conduct its deliberations in a manner equally becoming. Her Majesty's Government have no desire to interfere in that matter, nor to influence the decision which the Greeks may come to as to the choice of their new Sovereign, except to remind them that by the agreements and engagements concluded in 1832 between England, France, and Russia, *no person connected with the Royal or Imperial Families of either of the three Powers can be placed upon the throne of Greece.* ¶ Her Majesty's Government have seen with great pleasure in the proclamation of the Provisional Government of Greece a declaration that „the mission which the Provisional Government has received from the people and the army is to maintain the monarchical constitution; to show the unaltered respect and gratitude ever entertained by Greece towards the three protecting Powers; to maintain intact the friendly relations of the nation with all other States; to convoke as soon as possible the National Assembly; and to maintain during the interval order and tranquillity by the application of the laws of the State.“ ¶ If the Provisional Government and the permanent Government which may succeed it, should scrupulously act upon these principes, the kingdom of Greece will secure to itelf the goodwill and respect of all nations, and if the deliberations of the National Assembly shall lead to a wise and judicious choice of a future Sovereign, the internal welfare and prosperity of the Greek State will attain a development which Greece has hitherto been unable to reach. ¶ Great Britain took an active part in the original establishment of the kingdom of Greece. The sympathies of the British nation for the Greek race remain unimpaired, and Her Majesty's Government will watch with the deepest interest that progressive improvement which they hope to see effected in the well-being and prosperity of the Greek kingdom. ¶ You will communicate this despatch to M. Diamantopoulos. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Mr. Scarlett**, *Athens.*

No. 530.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. Gesandten in Athen, betreffend die Unzulässigkeit von Deputirten aus türkischen Provinzen zur griechischen National-Versammlung.

Foreign Office, November 7, 1862.

No. 530. Grossbritannien, 7. Nov. 1862.

Sir, — It having been stated that Deputies from provinces legally belonging to Turkey would be admitted into the National Assembly about to be convened at Athens to consider of the present situation of the affairs of Greece, I have to inform you that no such Assembly containing Deputies from Turkish provinces would be recognized by Her Majesty as lawfully representing the kingdom of Greece. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Mr. Scarlett**, *Athens.*

No. 531.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an d. Min. d. Ausw. — Bericht über eine Unterredung mit Bulgaris, die friedlichen Absichten der provisorischen Regierung gegen die Türkei und die Königswahl betreffend. —

Athens, October 28, (received November 10) 1862.

No. 531. Grossbritannien. 28. October 1862.

(Extract.) M. Boulgaris, the President of the Provisional Government called on me yesterday, accompanied by his interpreter, as he knows only a little French and Italian, and talks the Greek language. ¶ He began the conversation by stating that he had come to pay me an unofficial visit, knowing that he could not be received by me in any other character: first, to make my acquaintance; and then to give me assurances that the Government now installed had already taken proper measures to restore the city of Athens, and the country generally, to a state of tranquillity, and that he had every hope of being successful in his endeavours. ¶ M. Boulgaris declared, as M. Diamantopoulos, the new Minister for Foreign Affairs, had already done, that nothing was further from the intention of the present Government than the encouragement of any policy hostile to Turkey, and that to govern the country better and to maintain order was the only object now in view. ¶ I then referred to the Succession question, and begged to know what were the views of M. Boulgaris and his colleagues on that subject. ¶ He replied that it was their intention to appeal, as soon as possible, to a National Assembly, to determine upon a successor to the vacant Throne of King Otho; and that as it would be necessary, and not difficult, to guide the country in the choice it would have to make, he was anxious to have the assistance of the three Powers, in order to indicate the new Sovereign, adding the hope that I would obtain my instructions on this point, with no delay, from your Lordship. &c.

P. Champbell Scarlett.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 532.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an d. königl. Min. d. Ausw. — Ansichten der russischen Regierung über die Revolution u. die Thronfolge in Griechenland. —

St. Petersburgh, October 31, (received November 10) 1862.

No. 532. Grossbritannien, 31. October 1862.

(Extract.) Prince Gortchakoff had the goodness this morning to show me a telegraphic despatch from Baron Brunnow, containing the substance of a communication which he had received from your Lordship relative to the affairs of Greece. ¶ According to this report, Her Majesty's Government desire to act in concert with the other Powers; they intend to leave Her Majesty's Minister at Athens; they will abstain, for the present, from any official recognition of the Provisional Government; they will send a naval force into the Greek waters for the Protection of Her Majesty's subjects; and they will provide against any

No. 532. Gross-britannien, 31. October 1862.

aggression on the part of the Greeks against the Turkish territory. ¶ The Vice-Chancellor said he was glad to be able, in the outset of this question, to follow the same course as Her Majesty's Government. His Excellency then read me a portion of a letter to Baron Brunnow which was sent off this morning. In this letter the Russian Ambassador is informed that the Government of the Emperor also wish to co-operate with the other Powers; that Count Bloudoff will remain in Greece; that the revolutionary authorities will not be officially recognized; and that a single frigate, the „Great Admiral," will be dispatched to the scene of disturbance. The Government of the Emperor do not at present send a larger force, as they desire to abstain from anything like the exercise of influence or intimidation, but if necessary another ship will be added hereafter. Nothing is said about Turkey. ¶ Prince Gortchakoff goes on to affirm that the Government of the Emperor will adhere to their obligations under existing Treaties, and especially to that engagement by which the protecting Powers have declared the members of their respective reigning families incapable of occupying the Throne of Greece, unless this engagement should be dissolved by common consent. His Excellency then states that on one point the Emperor will not fail to insist, namely, that the future Sovereign of Greece, whoever he may be, shall belong to the national religion, in conformity with the stipulations in force on that subject. He concludes by observing that the late catastrophe might be deduced from causes which had long been apparent to the Imperial Cabinet, and concerning which their opinions had never been concealed from the Hellenic Government. ¶ I thanked Prince Gortchakoff for his obliging communication, and then put the following question to him: — If a Prince of the House of Bavaria should present himself, professing the Orthodox religion, and fulfilling all the provisions of the Treaty, would he have that degree of moral support on the part of the Imperial Government which could be exercised without applying an unjust constraint on the Greek people, and which would appear conformable to the spirit of the Treaty by which the three Powers had recognized the Bavarian Dynasty, and regulated the succession? ¶ The Vice-Chancellor replied that he had no ill-will whatever to the Bavarian family. In the case which I suggested he would see what could be done, but all must depend on circumstances; he could not express himself decidedly in the matter. ¶ I then remarked to Prince Gortchakoff that it might be found that there was no Prince of the House of Bavaria disposed to ascend the Throne of Greece in the conditions of the Treaty, or it might appear that the Greeks were so absolutely set against the Dynasty that that Government could not be established among them with any chance of success. The throne might become, for either of these reasons, virtually vacant; in such a case, if I understood him rightly, the Imperial Government declared the stipulation to be binding by which members of the reigning families of the three Protecting Powers were excluded from the Throne of Greece. ¶ Prince Gortchakoff replied that such was and had always been the resolution of the Emperor and that of his Government. The stipulation referred to could only be cancelled by the mutual consent of the three Contracting Parties. ¶ I concluded by saying to Prince Gortchakoff that I was

satisfied your Lordship would be highly gratified by the tenor of his letter to Baron Brunnow, and that Her Majesty's Government would be happy to find themselves in harmony with the Government of Russia. &c.

No. 532. Gross-britannien, 31. October 1862.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 533.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an d. königl. Min. d. Ausw. — Weiteres über die Ansichten der russischen Regierung in Betreff der griechischen Thronfolge. —

St. Petersburgh, November 4, (received November 10) 1862.

(Extract.) I have communicated to Prince Gortchakoff the substance of your Lordship's telegram of the 1st instant relative to the affairs of Greece. His Excellency had received one to the same effect from Baron Brunnow. He expressed the pleasure with which he found himself acting in harmony with Her Majesty's Government, and said that he believed the French Government would be found very much of the same way of thinking. ¶ His Excellency availed himself of this occasion to lay considerable stress on the right of the Greek people to determine their own destinies, and on the injustice of which the Protecting Powers would be guilty in exerting any constraint in this matter.

No. 533. Gross-britannien, 4. Nov. 1862.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 534.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. Botschafter in St. Petersburg. — Die Verträge unter den Grossmächten in Betreff der griechischen Thronfolge betr. —

Foreign Office, November 15, 1862.

My Lord, — I have received and laid before the Queen your despatch of the 4th instant. ¶ With regard to the succession to the Greek Throne, Her Majesty's Government are disposed to agree with Prince Gortchakoff in respecting the right of the Greek people to determine their own destinies, and in deprecating the injustice of which the Protecting Powers would be guilty in exerting any constraint upon the Greeks in this matter. ¶ Yet, this respect has its limits, and these limits are to be found in the original views of the three Protecting Powers when they first undertook to interfere between Turkey and Greece, and the engagements into which they have since entered in regard to Greece. ¶ In the first Protocol, signed at St. Petersburgh in April 1826, by the Duke of Wellington, and Count Nesselrode, and Prince Lieven, it was stipulated, in Article V, that the two Powers, Great Britain and Russia, would not seek to exercise „any exclusive influence“ in Greece. ¶ The VIth Article of the Treaty of London, of July 1827, repeats this engagements, and binds

No. 534. Gross-britannien, 15. Nov. 1862.

No. 534. Grossbritannien, 15. Nov. 1862.

France as well as Great Britain and Russia. ¶ In the same spirit, the Protocol of February 1830 binds the three Powers to the following effect: ,,The Government of Greece shall be monarchical and hereditary by order of primogeniture. It shall be confided to a Prince who cannot be chosen from among those belonging to families reigning in the States who signed the Treaty of July 1827," &c. ¶ In this manner the three Powers barred out that ,,exclusive influence" which the Duke of Wellington and Count Nesselrode renounced in the Protocol of 1826. ¶ Prince Gortchakoff has been the first, on the present occasion, to appeal to that engagement, and to state most truly that it could not be departed from without the consent of the three Powers who were parties to it. ¶ But as it was wisely intended to prevent those jealousies and dissensions which could not fail to arise from an exclusive influence exercised through a member of one of the three families, so, likewise, it could not now be departed from without the utmost danger of giving rise to those jealousies and dissensions. ¶ Her Majesty, therefore, could not recognize any Prince belonging to the Imperial families of France or Russia, or the Royal family of Great Britain. ¶ So far, I trust there may be a concurrence of views among the three Powers. But the Russian Government, it appears, lay great stress on the provision of the Greek Constitution and subsequent engagements which provide that the successor of King Otho should be a member of the Greek Church. ¶ Now this, it appears to Her Majesty's Government, is a question upon which no constraint should be used towards the Greek nation. The three Powers have not in this respect, as in the former, a common object. Great Britain and France could not object to see a Protestant or a Roman Catholic Prince chosen by the Greek Parliament. ¶ Her Majesty's Government will, in this matter, respect the decisions of the Greek nation. If they are content to have a Protestant or a Roman Catholic Prince, and to stipulate that his sons should be brought up as members of the National Church, it would be unreasonable for Her Majesty's Government to object to such a decision. Nor am I aware that there is anything in our engagements which refers to this matter, otherwise than in respect to the Bavarian Prince who it was expected would succeed King Otho. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Lord Napier**, *St. Petersburgh.*

No. 535.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. a. d. königl. Gesandten in Athen. — Instruction zur Nichteinmischung in die griechische Königswahl. —

Foreign Office, November 17, 1862.

No. 535. Grossbritannien, 17. Nov. 1862.

(Extract.) I have received your telegram of the 10th instant, reporting that the Provisional Government of Greece considered the renunciation by the Powers parties to the Treaty of 1827 in regard to the Sovereign of Greece being chosen from among their families, to have no longer a binding effect after the fall of the Bavarian dynasty, which is considered to be complete; and that a strong feeling prevails throughout the country in favour of the election of His

Royal Highness Prince Alfred to the vacant throne, in which case the provisions of the 40th Article of the Constitution, in regard to the religion of the successor to King Otho, would not be allowed to stand in the way of His Royal Highness's assumption of the sovereignty. ¶ In reply to your request for instructions as to the course you should pursue in this state of things, I have to desire that you will not interfere in regard to the election of the future Sovereign of Greece without direct instructions from Her Majesty's Government. Their desire is that the Greeks should be left free to choose their own King. With regard to the obligations of the three protecting Powers towards one another, I may have further communications to make to you. &c.

No. 535. Gross-britannien, 17. Nov. 1862.

Russell.

To **Mr. Scarlett**, *Athens.*

No. 536.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Answ. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Vorschlag zu einer gemeinsamen Erklärung der protegirenden Mächte in Betreff der griechischen Königswahl*).

Foreign Office, November 17, 1862.

My Lord, — I have informed your Excellency by telegraph that Her Majesty's Government consider it of importance that the view which the three Protecting Powers take of the obligations of the Protocols, to which they are parties, touching the election to the Throne of Greece of any Prince selected from among the Princes forming part of the families reigning in the States which signed the Treaty of 1827, should be made known at Athens without delay through their respective Ministers in Greece. ¶ I have informed your Excellency that, so far as Great Britain is concerned, and provided the other parties to the Treaty agree to make a similar declaration, Her Majesty's Government are prepared to instruct Her Majesty's Minister at Athens to declare that Great Britain will not consent, any more than the other two Protecting Powers, to the Throne of Greece being accepted by such a Prince. ¶ Your Excellency will, probably, before you receive this despatch, have ascertained whether the Court of Russia agree with Her Majesty's Government in this matter, but if you should not have done so, you will press the Russian Minister for an early decision. ¶ I am, &c.

No. 536. Gross-britannien, 17. Nov. 1862.

Russell.

P. S. — Such a declaration would of course apply to His Imperial Highness the Duke of Leuchtenberg, Prince Romanoffsky, as well as to His Royal Highness Prince Alfred.

To **Lord Napier**, *St. Petersburgh.*

---

*) Eine ähnliche Depesche wurde nach Paris gerichtet.

No. 537.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. königl. grossbritannischen Botschafter in Paris mit einer Verbalnote, betreffend die griechische Königswahl. —

Compiègne, le 20 novembre, 1862.

No. 537. Frankreich, 20. Nov. 1862.

Mon cher Ambassadeur, — je vous envoie à la hâte, après avoir pris les ordres de l'Empereur, ma réponse à votre communication du 18, sous la forme d'une note verbale, analogue à celle que vous avez employée. ¶ Tout à vous, &c. *Drouyn de Lhuys.*

Earl Cowley, *Paris.*

Anlage. — Note Verbale.

Son Excellence le Comte Cowley a lu au Ministre des Affaires Etrangères de France, le 18 de ce mois, deux dépêches de Lord Russell, adressées sous la date du 15 et 17, l'une à Lord Napier, Ambassadeur d'Angleterre à St.-Pétersbourg, l'autre à l'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique à Paris. ¶ Il résulte de cette communication que Lord Russell propose aux Cabinets de Paris et de St.-Pétersbourg de déclarer à Athènes que les trois Cours Protectrices considèrent comme étant toujours valables les engagements stipulés dans le Protocole du 3 février, 1830, et que si un Prince appartenant à l'une de ces trois Familles Souveraines était appelé au Trône par le vote des Grecs, ce Prince ne serait pas reconnu par elles. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur est prêt à faire connaître à Athènes les déclarations qu'il a échangées sur ce sujet avec les Cabinets d'Angleterre et de Russie, et à se considérer comme lié par ces engagements antérieurs. Mais il ne se croirait pas autorisé à refuser indéfiniment sa reconnaissance à un Prince que la nation Hellénique, sans tenir compte de ces déclarations, aurait élu par un suffrage libre. ¶ Aujourd'hui le cas n'est pas le même qu'en 1830. En 1830 les trois Cours agissaient en vertu d'une délégation expresse de la Grèce en nommant un Roi. Elles ont pu alors mettre à leur choix certaines restrictions et exclure ainsi formellement certaines candidatures. Aujourd'hui, au contraire, la Grèce exerce directement son droit, et ce serait le méconnaître que de lui imposer telle ou telle exclusion sous la clause comminatoire d'un déni absolu de reconnaissance. ¶ Dans le cas où les autres Cours Protectrices, ne s'accordant pas à maintenir comme valables les engagements consignés dans le Protocole du 3 février, 1830, viendraient à présenter ou appuyer la candidature de Princes appartenant à l'une des trois Familles, la France se considérerait comme dégagée aussi et reprendrait sa liberté d'action. ¶ Désireuse d'ailleurs de prévenir de fâcheuses complications, Sa Majesté Impériale serait disposée à s'entendre immédiatement avec les trois Cours Protectrices pour rechercher un Prince dont l'élection assurerait la prospérité de la Grèce sans compromettre la sécurité des États voisins, et pour le désigner officieusement au suffrage des Hellènes, répondant ainsi à un voeu indiqué déjà par le Gouvernement Provisoire et qui pourrait être exprimé d'une manière plus formelle.

Palais de Compiègne, le 20 novembre, 1862.

No. 538.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Zurückziehung des Vorschlags zu einer gemeinsamen Erklärung in Athen in Betreff der Königswahl. —

Foreign Office, November 24, 1862.

No. 538. Grossbritannien, 24. Nov. 1862.

My Lord, — It appears from your Excellency's telegram of the 21st instant, that the Emperor of the French would not refuse to acknowledge ultimately any Prince who might be spontaneously chosen for their Sovereign by the Greek nation, notwithstanding a declaration made at Athens by the three Powers that they consider the renunciation as to the selection of any Prince of their respective families for the Throne of Greece, contained in the Protocols and Treaty, as still binding upon them. ¶ As, however, the Russian Government have declined to join in such a declaration, Her Majesty's Government consider that there can be no advantage in further insisting upon their original proposal on this subject. ¶ Her Majesty's Government observe with satisfaction that the Emperor of the French is ready to consult with England and Russia as to the Prince whom they might unofficially suggest to the Greek nation to be selected for their Sovereign. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Earl Cowley**, *Paris.*

No. 539.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Fürst Gortchakoff, die Königswahl in Griechenland betreffend. —

St. Petersburgh, November 19, (received November 26) 1862.

No. 539. Grossbritannien, 19. Nov 1862.

(Extract.) In conformity with your Lordship's telegraphic instructions, I waited on Prince Gortchakoff this morning for the purpose of clearing up the doubts which repose upon the position of the Duke of Leuchtenberg in regard to the vacant throne of Greece, as well as of imparting to his Excellency your Lordship's overture respecting a declaration to be made at Athens, to the effect that no Prince of the families reigning in the countries signatary of the Treaty of 1827 can be permitted to accept the Hellenic Crown. ¶ I began by saying that Her Majesty's Government had experienced great satisfaction in being made acquainted with his Excellency's declaration to the effect that the Government of Russia recognized their obligations under the Treaties respecting Greece, and, especially, the engagement by which Princes of the three Houses chiefly concerned, remained excluded from that throne. In these declarations Her Majesty's Government thoroughly concurred. Nevertheless, at Athens, His Royal Highness Prince Alfred and His Imperial Highness the Duke of Leuchtenberg were much spoken of as Princes likely to be chosen; the meeting of the constituent Assembly was imminent; Her Majesty's Government apprehended that the Greeks might be led into an erroneous course; they might make a choice

No. 539. Gross-britannien, 19. Nov. 1862.

which would prove irregular, and which would have to be undone hereafter; the provisional uncertain condition of the country would be prolonged. Her Majesty's Government desired to guard against this danger. They accordingly proposed to the other guaranteeing Powers to make, by anticipation, a declaration at Athens to the effect that they cannot permit a Prince selected from their respective reigning Families to become the Sovereign of Greece. I had to ask his Excellency whether he would assent to this proposal; but I had another question to put to him. In order that such a declaration should be distinct and effectual, we must know exactly who was, and who was not excluded from the throne of Greece under the existing Treaties and Protocols, those, namely, of 1826, 1827, and 1830. When his Excellency had originally spoken to me on the subject, I had assumed that the Duke of Leuchtenberg was understood to be excluded by the Imperial Government, I had not alluded to him by name, for I did not desire to originate a question which at that moment might seem ungracious; and his Excellency, on his part, had not touched upon the position of the Duke. Events had, however, since advanced; in the minds of certain persons, doubts existed as to the bearing of the Treaty on His Imperial Highness; the subject was publicly discussed. Her Majesty's Government deemed it necessary to leave no ambiguity on this question. I was directed to ask his Excellency whether, in the opinion of the Russian Government, the Duke of Leuchtenberg was a Prince of the Imperial family, and as such excluded by Treaty from the Hellenic throne. ¶ In replying to these questions the Vice-Chancellor observed that the Russian Government could not accede to the proposal to make the desired declaration by anticipation at Athens. Such a declaration would have the effect of greatly discouraging the Greeks; it would cast them into disorder, and drive them into Republican notions, or to the choice of a native Sovereign who would have no authority in the country. His Excellency would not anticipate events, nor did he think that a peremptory declaration of this sort was consistent with the maxims laid down by your Lordship's despatch to Mr. Scarlett of the 6th instant. That despatch recognized the principles of popular sovereignty, and opened a wide field of freedom to the Greeks; but now your Lordship proposed to subject them to premature restrictions. The course of the Imperial Cabinet would be different. The obligations of Treaties and rights still existing must be respected, and not lightly cast aside. It was first necessary to clear the ground in regard to the Bavarian family. He intended to call upon the Cabinet of Munich to state, first, whether they still claimed their rights under the existing Treaties having reference to Greece; secondly, if they did so, whether they had a Prince ready, in the conditions of the Treaty, professing the Greek faith. In case the Government of Bavaria abandoned their rights, then the question was settled, and the throne was vacant; if they did not abandon their rights, but gave a hesitating or evasive reply on the question of religion, he held that the succession was annulled, and the throne was equally vacant. But if a Bavarian Prince was brought forward, fulfilling all the conditions of existing Treaties, and especially the stipulations regarding religion, then the Russian Government would offer that Prince to the

No. 539. Grossbritannien, 19. Nov. 1862.

Greek nation, without peremptorily pressing or imposing him. ¶ The Vice-Chancellor at the same time demurred to give me a definitive answer to my question respecting the quality and exclusion of the Duke of Leuchtenberg. ¶ I said to Prince Gortchakoff that the course suggested by his Excellency in reference to Bavaria was certainly one of a regular and legitimate character, consistent with the principles of the Russian Government; but these proceedings would last some time; meanwhile, the Greeks would, perhaps, be proceeding to a precipitate conclusion. The declaration advised by Her Majesty's Government was intended to provide against this contingency. For my part, it was my duty to acquaint his Excellency plainly that in the opinion of my Government the Duke of Leuchtenberg was a Prince Romanoffsky, of the Imperial Family of Russia, and as such was excluded from the Throne of Greece by the stipulations of 1830, and by the spirit of those of 1826 and 1827. ¶ The Vice-Chancellor repeated his objections to the step suggested by your Lordship, and in reply to my second question respecting His Imperial Highness the Duke of Leuchtenberg, his Excellency still declined to give a categorical answer to the inquiries of Her Majesty's Government. The question whether the Duke was a Prince of the Imperial Family in the sense contemplated by the Treaty, and thus excluded from the Throne of Greece, was susceptible of juridical discussion. It was, moreover, a question which might never arise at all. If it did arise, it would then be time enough to bring it under debate. His Excellency added, that I asked him for a spontaneous decision of the Emperor on a matter not raised by anything that had occurred, a voluntary concession, or expression of opinion on a subject concerning interests of an intimate nature. He could give no premature and uncalled-for explanation in such a case. ¶ I observed to the Prince that the matter was raised, for Her Majesty's Government had raised it, and attached great importance to it; and that I invoked no spontaneous declaration on the part of His Imperial Majesty on a matter of intimate concern to his family. I merely asked him, the Vice-Chancellor, for the official construction placed upon certain Treaties by the Russian Government. ¶ Prince Gortchakoff said that he could give me no other answer than that which he had already delivered; but he desired it to be distinctly understood that the Imperial Government had no designs whatever, in favour of the Duke of Leuchtenberg: they had no secret policy in the matter, no word had been addressed to Count Bloudoff empowering him to exert any influence on behalf of the Duke, or any other candidate; his attitude was strictly one of observation and expectancy. The course followed by Her Majesty's Government was not so consistent with our common declarations. Mr. Scarlett had been directed to communicate your Lordship's despatch of the 6th instant to the person charged at Athens with the functions of Minister of Foreign Affairs. This was an act of an official character. ¶ By the private telegrams of this morning it was reported that the English Admiral had saluted the revolutionary flag at the Piræus. Something of the same kind had occurred at Patras. This was very like official recognition. There had been fraternizations at Zante and elsewhere between English officers and the people. Such proceedings were not compatible with impartiality and

No. 539. Gross-britannien, 19. Nov. 1862.

non-recognition. ¶ In replying to the Vice-Chancellor, I contended that Mr. Scarlett might have imparted his despatch in an unofficial manner; that the salutes might not turn out to be true, or they might have been offered to Her Majesty's Minister, or some other English functionary, and have been misinterpreted; that the notion of an English officer fraternizing with the Greek populace was too „bizarre" to deserve serious credit; and, besides, that whatever happened in the Ionian Islands happened within our own boundaries. Nevertheless, as anything which resembled official recognition of the Provisional Government would be repugnant to the declared views of Her Majesty's Government, I would not fail to report his Excellency's reflections to your Lordship. ¶ During this conversation, which I have condensed, for it was of a very disjointed and desultory character, Prince Gortchakoff obligingly read to me a despatch which he had addressed to Baron Brunnow, commenting upon the tenor of your Lordship's instruction of the 6th instant to Mr. Scarlett. The strictures embodied in the Russian despatch are partly similar in spirit to those which the Vice-Chancellor verbally offered to me, and which I reported to your Lordship in my despatch of the 14th instant, but they are expanded and couched in much stronger language. The principles of popular right affirmed by your Lordship are animadverted on with some austerity; the character of revolutionary agencies, and of the revolutionary authorities in Greece, is contrasted unfavourably with that of the instruments of the English Revolution of 1688; the exclusion of Princes involved in the expression „connected with" is described as excessive and impolitic; the sentiments of Her Majesty's Government are only approved in so far as they are favourable to the re-establishment of monarchy and of good order, and assert the doctrine of non-intervention. ¶ The Prince repeated that nothing had occurred beyond an exchange of remarks the most informal. ¶ Referring to the departure of the Prince for Tsarskoe Seloe, I said that I hoped his Excellency would submit the overture and questions of Her Majesty's Government to His Majesty the Emperor, and inform me of any determination which His Majesty might take in reference to them. ¶ The Prince answered that he would certainly report the substance of your Lordship's communications to His Majesty the Emperor. ¶ I said I would advert to the subject when I next had the honour of seeing his Excellency. ¶ In taking leave of the Vice-Chancellor, I observed that I was most anxious to lay before your Lordship's impartial judgment all that bore upon the nationality and position of the Duke of Leuchtenberg. There was a paper which illustrated that subject particularly, the Ukase by which, as I understood, the name of Romanoffsky had been bestowed on him and their Imperial Highnesses his brothers and sisters. I had not been able to find that document in my archives, nor to procure it. His Excellency would save me some time and trouble if he would give me a copy of it for the information of Her Majesty's Government. It was printed, it was a public document, his Excellency must have it at his command. ¶ His Excellency replied that he had not got it by him; that he would not give it to me; that if he did so, he would seem to raise or continue an official discussion on a subject on which he did not intend to enter. ¶ The discussion, of which

I give your Lordship the substance, rather than the narrative, was unfortunately a very hurried one. I saw the Vice-Chancellor at half-past 8 in the morning, and his Excellency was obliged to prepare for the train which leaves St. Petersburgh for the Imperial residence at Tsarskoe Seloe at 10 o'clock. &c.

No. 539. Gross-britannien, 19. Nov. 1862.

Napier.

To **Earl Russell.**

No. 540.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in St. Petersburg an den königl. Min. des Ausw. — Bericht über die rechtliche Stellung der Familie Leuchtenberg in Russland. —

St. Petersburgh, November 20, (received November 26) 1862.

No. 540. Gross-britannien, 20. Nov. 1862.

My Lord, — The mere relationship existing between His Imperial Highness the Duke of Leuchtenberg and His Majesty the Emperor would probably not constitute him strictly a member of the Imperial Family, and exclude him under existing Treaties from the Throne of Greece. ¶ Prince Henry of the Netherlands, like the Duke of Leuchtenberg, is the son of a Grand Duchess of Russia, but he is not a Prince of the Imperial Family, and Her Majesty's Government would probably not consider him debarred from the Hellenic Crown by Treaty. ¶ If the Grand Duchess Olga of Russia, Crown Princess of Wurtemberg, had had children, her younger sons bred in the Protestant religion, and identified by education and association with their paternal nationality, would scarcely have fallen within the category of Princes contemplated by the engagements of 1830. ¶ The Duke of Leuchtenberg himself, if he had been brought up in Bavaria by a father following the life and duties of a Bavarian Prince, and by a mother, although a daughter of the Emperor, identifying herself with the same, would not have been ranked with the Princes of the Imperial House of Russia; he might have been so dissociated in practice, and in fact, from his maternal nationality, that the Greeks might now have found in him a legitimate, distinguished, and appropriate Sovereign. ¶ It may be doubted whether the Duke of Leuchtenberg is in the strictest sense of the word a Prince of the Imperial Family. He is a Russian Prince, Prince Nicholas Romanoffsky, by Imperial creation, and he has received from the Emperor, in common with his brothers and sisters, the title of Imperial Highness, with the power of conveying it to his descendants as far as the third generation; but he is not placed exactly upon the same line as the children of the younger sons of the late Emperor—for instance, he is not prayed for in the Russian Liturgy. He is a Russian subject by birth, residence, baptism, and official declaration; but he may possibly also be a Bavarian subject according to the laws of Bavaria, in virtue of his Bavarian father and his Bavarian title. There is something mixed in his quality. It is not impossible that in the eyes of a German jurist the Duke is in the first instance a German Prince, and that a Russian jurist might now speciously contend that he is not a Prince of the Imperial Family. ¶ I presume, however, that Her Majesty's Government do not regard this ques-

No. 540. Grossbritannien, 20. Nov. 1862.

tion as one which ought to be determined simply by the dictates of the civil law, either of Germany or Russia. There is a higher law—the law of European policy and international good faith—by which the letter of the Treaty stipulations affecting this question is to be illustrated and solved. ¶ By the engagements of 1826 and 1827 the Powers interested in the creation and maintenance of the Greek nation declared that they would seek no exclusive influence in Greece, and by the Protocol of 1830, when about to nominate a Sovereign for Greece, they excluded from the Throne of that country the Princes belonging to their respective reigning Houses, no doubt in order to consolidate previous engagements, to avoid jealousies, and to eliminate an opportunity and an instrument for the exercise of that exclusive influence which they had renounced and condemned. ¶ Now whether the Duke of Leuchtenberg be technically a Prince of the Imperial family or not, he is practically a Prince of the Imperial family. The late Emperor, who was tenderly attached to his grandchildren, did all he could to make them Russians, to identify them by every tie of affection, conviction, and habit with the Imperial family and the Russian nation. I do not dispute that the Duke of Leuchtenberg has always borne his national name, and that he is warmly attached to the memory of his father, to that of his distinguished grandfather, and to the idea of his Bavarian and French ancestry; but, nevertheless, His Imperial Highness is chiefly a Russian, and a Russian Prince of the Imperial House. His nomination to the Throne of Greece, unless he proved to have a mind of remarkable independence, would bring down upon that country a flood of Russian connections; it would probably saturate the Greek Court and Administration with that exclusive influence which we desire to avoid, and therefore his election is debarred by the Treaty engagements taken as whole, and construed by the spirit in which they were conceived. ¶ In illustration of this subject, I beg to inclose a despatch from Sir Hamilton Seymour to the Earl of Malmesbury on the occasion of the death of His Imperial Highness the late Duke of Leuchtenberg. ¶ I have also the honour to submit to your Lordship the Imperial Ukase alluded to by Her Majesty's Minister, by which the title of Prince Romanoffsky is conferred on the young Duke, in common with the other children, and by which the dignity of Imperial Highness is rendered hereditary in the family with a limitation. ¶ The translation made by Mr. Grant Duff, recently attached to this Embassy, may be depended upon. ¶ I have, &c.

Napier.

To **Earl Russell.**

Anlage 1. — Sir G. H. Seymour to the Earl of Malmesbury. —

St. Petersburgh, December 22, 1852.

My Lord, — I learn that by an Ukase which was signed yesterday, but which is not yet published, the name and title of Princes of Romanoffsky has been conferred by the Emperor upon the children of the late Duke of Leuchtenberg, who, as I take for granted, are therefore to be considered as Russian subjects, as they belonged previously to the Russian Church. ¶ These children, as your Lordship is probably aware, were already possessed of the title of

Imperial Highness, as, indeed, will be their immediate descendants, the degree being secured in three generations in the Imperial family. ¶ I had at first imagined that the change of name which I have had the honour of announcing would be displeasing to the House of Bavaria, but from a conversation which I have just held with Count de Bray, I infer that this is not the case. ¶ The very date, indeed, of the Ukase shows that the intention of the Emperor was to confer a benefit upon his grandchildren, the St. Nicholas being a day upon which, according to Russian custom, large distributions of honours and favours are made. ¶ Among those persons who received yesterday marks of the good-will of that Sovereign, were Count Bloudoff and Count Kisseleff, to whom the Emperor sent the decoration of his portrait in diamonds, and the Minister Peroffsky, his brother, and General Soukhasonet, upon whom His Majesty conferred the Order of St. André. ¶ To revert to the Imperial grandchildren, I ought to observe to your Lordship that I collect from Count de Bray that the eldest son will be known in Bavaria as the Duke of Leuchtenberg, and in Russia as Prince Romanoffsky. ¶ I have, &c.

No. 540. Gross-britannien, 20. Nov. 1862.

G. H. Seymour.

Anlage 2. — Kaiserlicher Ukas vom 21. December 1852.

[Uebersetzung.]

Prenant en considération que nos bien aimés petits enfants Leurs Altesses Impériales les Princes Nicolas Maximilianovitch, Eugène Maximilianovitch, Serge Maximilianovitch, et Georges Maximilianovitch, et les Princesses Maria Maximilianovna et Eugénie Maximilianovna, enfants de notre fille bien-aimée Son Altesse Impériale la Grande Duchesse Marie Nicolaïevna et de feu Son Altesse Impériale le Duc Maximilien de Leuchtenberg, nés en Russie et baptisés dans le sein de l'Église Orthodoxe Catholique de l'Orient, appartiennent par le même à notre chère patrie, Nous avons jugé convenable de leur conférer, en témoignage de leur descendance de l'auguste fondateur de notre dynastie, le nom de Princes et Princesses Romanoffsky. Le titre „Altesse Impériale" qui leur a été accordé se conservera dans leur descendance mâle jusqu'aux fils de nos arrière-petits-fils inclusivement. Le Sénat-dirigeant ne manquera pas de faire les dispositions nécessaires à cet égard. Nous avons ordonné au Ministre de notre Maison de transmettre au Sénat-dirigeant les armoires confirmés par Nous pour Leurs Altesses Impériales les Princes et Princesses Romanoffsky.

No. 541.

RUSSLAND. — Documente, bezüglich auf die Verhältnisse der Familie Leuchtenberg. 1. Auszug aus dem Testament des Herzogs Maximilian Eugen Joseph von Leuchtenberg.

Le Soussigné, Ministre de la Maison de l'Empereur, certifie que d'après le testament de feu son Altesse Impériale Monseigneur le Duc de Leuchtenberg (Maximilien Eugène Joseph) en date du 3 juin, 1851, déposé aux archives du

No. 541 (1). Russland, 7. Dec. 1852.

No. 541 (1), 7. Dec. 1852. Ministère de la Maison de l'Empereur, les héritiers de feu son Altesse Impériale Monseigneur le Duc de Leuchtenberg sont:

Pour les Majorats de France et de Bavière:

Son Altesse Impériale Monseigneur le Prince Nicolas Maximilianovitch, fils aîné; et

Pour la fortune allodiale: tous les enfants de la dite Altesse Impériale, savoir:

Son Altesse Impériale Monseigneur le Prince *Nicolas* Maximilianovitch;

Son Altesse Impériale Madame la Princesse *Marie* Maximilianovna;

Son Altesse Impériale Madame la Princesse *Eugénie* Maximilianovna;

Son Altesse Impériale Monseigneur le Prince *Eugène* Maximilianovitch;

Son Altesse Impériale Monseigneur le Prince *Serge* Maximilianovitch;

Son Altesse Impériale Monseigneur le Prince *George* Maximilianovitch.

Qui tous les six sont membres de la famille Impériale de Russie et sous la tutelle de leur Auguste Mère Son Altesse Impériale Madame la Grande Duchesse Marie Nicoaïaevna.

St.-Pétersbourg, le $\frac{25 \text{ Novembre}}{7 \text{ Décembre}}$, 1852.

(LS. doppelter Adler mit Krone.)

Comte Wladimir D'Adlerberg,
Ministre de la Maison de Sa Majesté l'Empereur de Russie.

---

2. Attest, betreffend die Rechte der Mitglieder der kaiserlichen Familie, als Vormünder über minderjährige Kinder. —

No. 541 (2), 7. Dec. 1852. Le Soussigné, Ministre de la Maison de l'Empereur, certifie que d'après les lois qui régissent l'Empire de Russie, tout membre de la famille Impériale, appelé à exercer une tutelle sur des enfants mineurs, peut disposer librement des biens de ces mineurs sans aucun contrôle et sans aucune des formalités auxquelles sont soumis les particuliers dans le même cas.

St.-Pétersbourg, le $\frac{25 \text{ Novembre}}{7 \text{ Décembre}}$, 1852.

(LS. doppelter Adler mit Krone.)

Comte Wladimir D'Adlerberg,
Ministre de la Maison de Sa Majesté l'Empereur de Russie.

---

3. Kaiserliches Manifest, betreffend die Verleihung des Prädicats „kaiserliche Hoheit" an den Gemahl der Grossfürstin Marie, Herzogin von Leuchtenberg. —

Manifeste de Sa Majesté l'Empereur.

No 541 (3), 2. Juli 1839.

Par la grâce de Dieu, Nous Nicolas, premier Empereur et Autocrate de toutes les Russies; Savoir faisons à tous nos fidèles sujets le 2 de ce mois, avec l'aide de la Providence Divine, la célébration du mariage de notre très aimée fille la Grande Duchesse Marie Nicolaïevna avec Son Altesse Sérénissime le Duc Maximilien de Leuchtenberg a eu lieu, d'après le rite de notre Église Orthodoxe. En rendant grâces au Très-Haut d'un si heureux événement pour notre Maison, nous éprouvons la conviction que tous nos fidèles sujets aimeront d'autant plus à y prendre part qu'en formant cette alliance nous avons eu à cœur de fixer en Russie le séjour de Son Altesse Sérénissime avec son époux, désirant par là assurer leur bonheur au sien de notre chère patrie, ainsi qu'ils en avaient mutuellement exprimé l'intention, à la vive satisfaction de notre épouse très aimée l'Impératrice Alexandra Feodorovna. ¶ Voulant manifester combien cette intention nous est agréable et offrir en même temps une nouvelle preuve d'affection à notre fille très aimée, ainsi qu'un témoignage des sentiments d'égards que nous inspirent les qualités distinguées du Duc de Leuchtenberg, nous avons résolu de donner à sa personne le titre d'Altesse Impériale. En lui accordant ce titre dès à présent et pour toujours, nous ordonnons au Sénat-dirigeant de préparer à cet effet le diplôme et les armes correspondants à ce titre, et de les soumettre à notre confirmation. ¶ Après avoir ainsi formé les liens d'une alliance qui nous est si chère, nous appelons nos fidèles sujets, partageant avec nous la joie de notre cœur paternel, à adresser leurs ferventes prières au Très-Haut, qui règle les destinées du monde, afin qu'il daigne accorder aux nouveaux époux un bonheur et une paix inaltérables et assurer le bien-être de toute notre Maison.

Fait à St.-Pétersbourg, le 2 juillet de l'an de grâce 1839, et de notre règne le quatorze.

Nicolas.

---

4. Auszug aus dem „Annuaire Diplomatique de l'Empire de Russie, pour l'Année 1862." 2e Année. St.-Pétersbourg, Imprimerie de Hogenfelden et Cie. 1862.

No. 541 (4), 1862.

„Famille Impériale. (Pag. 3).

„Sa Majesté l'Empereur et Sa Majesté l'Impératrice."

— Dann folgt:

„Enfants. — 1. Son Altesse Impériale Monseigneur le Césarévitch, Grand Duc Héritier Nicolas Alexandrovitch, né le 8 septembre, 1843," und viele andere.

Dann — „Fils."

Dann

„Sœurs de l'Empereur. — 1. Son Altesse Impériale Madame la Grande Duchesse Marie Nicolaïevna, née le 6 août, 1819.

No. 541 (4). 1862.

„*Enfants* de Son Altesse Impériale Madame la Grande Duchesse Marie Nicolaïevna, issus de son mariage avec feu le Duc Maximilien de Leuchtenberg: —

„*Fils.* — Leurs Altesses Impériales les Princes Romanoffsky, Ducs de Leuchtenberg:

„Monseigneur le Prince Nicolas Maximilianovitch, né le 23 juillet, 1843;

„Monseigneur le Prince Eugène Maximilianovitch, né le 27 janvier, 1847;

„Monseigneur le Prince Serge Maximilianovitch, né le 8 décembre, 1849;

„Monseigneur le Prince Georges Maximilianowitch, né le 17 février, 1852.

„*Filles.* — Leurs Altesses Impériales les Princesses Romanoffsky, Duchesses de Leuchtenberg:

„Madame la Princesse Marie Maximilianovna, née le 4 octobre, 1841;

„Madame la Princesse Eugénie Maximilianovna, née le 20 mars, 1845.

„2. Son Altesse Impériale Madame la Grande Duchesse Olga Nicolaïevna, née le 30 août, 1822; mariée à Son Altesse Royale le Prince Royal de Wurtemberg, Charles Frédéric Alexandre.“

Dann folgt — „*Tantes de L'Empereur.*“

Dann — „*Fille.*“

No. 542.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. Gesandten in St. Petersburg. — Recapitulation der Verhandlungen in Betreff der griechischen Königswahl. —

Foreign Office, November 28, 1862.

No. 542. Grossbritannien, 28. Nov. 1862.

(Extract.) I have received and laid before the Queen your Excellency's despatch of the 19th instant. I am sorry to say that despatch is very unsatisfactory. ¶ In order to explain my meaning fully, I will revert to various communications which have passed between Her Majesty's Government and the Government of His Imperial Majesty. ¶ On the 29th of October Baron Brunnow asked me whether Her Majesty's Government were disposed to act in concert with France and Russia on the affairs of Greece. I answered him that Her Majesty's Government were so disposed. ¶ On the 31st of October you informed me that Prince Gortchakoff had declared to you that the stipulations by which the Princes of the families reigning in the States of the Protecting Powers were rendered incapable of accepting the Throne of Greece could not be annulled without the mutual consent of all the three Powers. ¶ On the 1st of November I stated to you that Her Majesty's Government were glad to be acquainted with the views of Prince Gortchakoff, and that I felt sure the three Powers would agree about their duties and obligations in regard to Greece. ¶ About the same

No. 542. Grossbritannien, 28. Nov. 1862.

time I wrote privately to Baron Brunnow to state that Her Majesty's Government were disposed to concur in the view taken by Prince Gortchakoff of the engagements of the three Powers, and that by those engagements, if maintained, His Royal Highness Prince Alfred and His Imperial Highness the Duke of Leuchtenberg would be equally incapable of accepting the Throne of Greece. ¶ On the 19th of November you informed me that you had waited on Prince Gortchakoff to learn whether he was prepared to make a declaration to the Provisional Government of Greece to the effect of his language to you of the 31st of October, and to inquire whether the Duke of Leuchtenberg was considered as a Prince of the Imperial family of Russia. ¶ To the proposal of a joint declaration Prince Gortchakoff offers sundry objections, and to the inquiry he replies in substance that it is premature; that it is a matter of juridical discussion, and that it may never be decided at all. ¶ Her Majesty's Government are much disappointed at these answers. They had thought that if the Protocols and other engagements were to be adhered to, it would be fair to inform the Greek nation before they proceeded to the choice of a new King. ¶ They had understood from the organs of Greek opinion both at Athens and in London that Greece would not consent to accept a Prince of the Bavarian family. Her Majesty's Government are not prepared to offer a King to Greece who is sure to be rejected. ¶ With regard to the Duke of Leuchtenberg Her Majesty's Government had in their minds the Ukase by which the Duke of Leuchtenberg and his children were called „Imperial Highness," changed their family name to that of Romanoffsky, and became members of the Imperial family. They have been informed that Her Imperial Highness the Grand Duchess Marie, the Duchess of Leuchtenberg, was made guardian of her children, with the faculty, accorded to none but members of the Imperial family, of selling the freehold estates of the Duke of Leuchtenberg. That in pursuance of this faculty the estates of the family in Bavaria had been sold, and that the proper title of the Duke in Russia is His Imperial Highness Prince Romanoffsky. Such being the information Her Majesty's Government have received, the greater part of which admits of no doubt, Her Majesty's Government concluded that if the engagements of Great Britain and Russia in 1826, and of the three Powers from 1827 to 1832, were not dissolved by mutual consent, His Imperial Highness Prince Romanoffsky, Duke of Leuchtenberg, is incapable of accepting the Throne of Greece. So much as to the obligations and duties of the three Powers ¶ As a question of policy I desire you to state to Prince Gortchakoff that Her Majesty's Government frankly avow that they have no wish to see an English Prince on the Throne of Greece, but that we have insurmountable objections to seeing a Russian Prince on that Throne; that his being King of Greece would place us in direct antagonism with Greece, and, in all probability, would lead to the most serious differences between England and the Greek kingdom, and, in fact, would greatly endanger the peace of Europe. Her Majesty's Government will, therefore, take every fair and honourable means to prevent the Duke of Leuchtenberg from becoming King of Greece. ¶ If the Princes of the reigning families of Great Britain, France, and Russia were set aside as incapable of accepting the Throne,

No. 542. Gross-britannien, 28. Nov. 1862.

the three Protecting Powers, while avowing their adherence to the engagements of 1827, 1830, and 1832, might suggest to the Greek Provisional Government the names of Princes qualified to wear the Crown of Greece. ¶ You may give a copy of this despatch to Prince Gortchakoff.

Russell.

To Lord Napier, *St. Petersburgh.*

No. 543.

GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den königl. Gesandten in Athen. — Unterredung mit dem griechischen Geschäftsträger, betreffend die Gründe gegen die Annahme der griechischen Königskrone durch den Prinzen Alfred. —

Foreign Office, November 29, 1862.

No. 543 Gross-britannien, 29. Nov. 1862.

(Extract.) I had a long conversation yesterday with M. Tricoupi, the Chargé d'Affaires of Greece. ¶ I told him that the prevailing desire in Greece to elect Prince Alfred as the Sovereign of that country induced me to speak seriously to him on that subject. ¶ That I had told him some days ago that, however gratifying it must be to every Englishman to see such a tribute paid to the family of his Sovereign and the British nation, it was not to be expected that Prince Alfred would accept the Crown of Greece if offered to him. ¶ I would state to M. Tricoupi the views of Her Majesty's Government as regarded the interests of Greece, and also those of England and of Europe. ¶ With regard to Greece, it appeared to Her Majesty's Government that her first interest was to elect a Prince to rule over her who should be generally accepted. That he ought not to be a Prince under twenty years of age, but rather a Prince of mature years, and of some experience in the world. ¶ That the first task of such a Prince would be to reform the abuses which had overgrown the whole internal affairs of the State; to give the freedom promised by the Constitution, and to provide for the security of person and property. ¶ Then, as regarded England and Europe, there might be some legal doubt whether the Protocol of 1830, and the Treaty of 1832, were now in force, to exclude the Princes of England, France, and Russia from the throne of Greece; but Her Majesty's Government had no doubt whatever that it was desirable for those three Powers to acknowledge their validity. That the same disinterested spirit which prevailed in all the arrangements made with respect to Greece, from 1826 to 1832, ought to prevail now. It was the only mode of preventing jealousies now, and the danger of conflict hereafter, among the three Powers, injurious to Greece, and fatal to the peace of Europe. That if the spirit of those engagements were adhered to, Prince Alfred and the Duke of Leuchtenberg, and any Prince of the Imperial Family reigning in France, were clearly incapable of accepting and wearing the Crown of Greece. ¶ M. Tricoupi said he deeply regretted to hear this. It was understood all over Greece that the election of Prince Alfred meant respect for the Treaties which bound the Greek nation to respect other Powers, and a patient expectation that a time might hereafter arrive when Thessaly and Epirus, on one side, and the Ionian Islands, on the other, might be peacefully

united to the Greek Kingdom. That thus all might be easy; every one would feel secure, and the peace of Europe would not be broken; that if any Prince, hitherto unknown, however personally unobjectionable, should be chosen, a weak Government would be the consequence; that such a Government would not be able to withstand the assaults of the violent party; a cry for an enlarged Greece would prevail, and aggression, insurrection, and war would follow. He hoped, therefore, Her Majesty's Government would deliberate calmy and carefully on the present situation before they decided to reject the unanimous and spontaneous offer of the Crown to Prince Alfred. ¶ We had a good deal of desultory conversation respecting the Ionian Islands and other collateral matters, but I gave him no hope that any Prince of one of the three families reigning in Great Britain, France, or Russia could or would accept the Crown of Greece. ¶ There are other considerations besides those which I thought it proper to communicate to the Chargé d'Affaires of Greece, which influence Her Majesty's resolution on this subject. It is Her Majesty's duty to look to the due succession to the Crown. Prince Alfred stands next to the Prince of Wales in the order of succession, and is heir presumptive to the Duchy of Saxe-Coburg and Gotha. Amongst the contingencies which are far from being impossible, it might happen that the sons of Prince Alfred, after being brought up as members of the Greek Church, might be called upon to ascend the Throne of England. It is necessary to provide against chances of this kind, and you will therefore not be surprised to learn that it is Her Majesty's fixed determination not to give her consent to the acceptance by His Royal Highness Prine Alfred, or any other of Her Majesty's sons, of the Crown of Greece. &c.

No. 543. Grossbritannien, 29. Nov. 1862.

Russell.

To **Mr. Scarlett**, *Athens.*

No. 544.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Fürsten Gortchakoff, betreffend die griechische Königswahl. —

St. Petersburgh, November 22, (received November 29) 1862.

(Extract.) I informed Prince Gortchakoff yesterday that Her Majesty's Government considered that no constraint ought to be exerted towards the Greek nation in regard to the religion of their future Sovereign. If the Greeks chose to elect a Roman Catholic or Protestant Sovereign, and to stipulate that his heir should be educated in the Greek faith, Her Majesty's Government had nothing to say against it. The Greeks were free to modify the 40th Article of their Constitution, as they could alter any other Article. The engagements which Her Majesty's Government had contracted in 1852 with the other guaranteeing Powers had merely reference to the presumed succession to King Otho in the ordinary way. They could not be held to apply to a new Sovereign of another family elected to the throne in an exceptional manner. ¶ In replying to this communication Prince Gortchakoff remarked that he thought your Lord-

No. 544. Grossbritannien, 22. Nov. 1862.

No. 544. Grossbritannien, 22. Nov. 1862.

ship was refining too much on the sense of the Treaty. It had, particularly, reference to the Succession in the House of Bavaria, but it was substantially based on the sense which the Protecting Powers entertained, that the tie of a common religion should exist between the Sovereign of Greece and his people. He thought there was something inconsistent in the course adopted by Her Majesty's Government. They opened the door on one side too much, and closed it too much on the other. They took off a restriction respecting religion, which was essential to the welfare of Greece; and they confined the Greeks in too narrow limits with regard to the selection of their King. His Excellency admitted, however, but not very distinctly, that the religious question was one which chiefly regarded the determination of the Greeks themselves. ¶ I said that the questions of election and religion were widely different. The exclusion of a Prince belonging to one of the three reigning families concerned us all equally, for we were equally interested in avoiding the jealousies and dissensions which would be engendered by the opposite course; but France and England could not object to the choice of a Protestant or a Catholic Prince — they had no interest or obligation to do so. It remained for the Greeks to decide for themselves. We would not offer any opposition to their decision on the subject. etc.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 545.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Fürsten Gortchakoff, betreffend die angeblichen Agitationen zu Gunsten des Prinzen Alfred. —

St. Petersburgh, November 22, (received November 29) 1862.

No. 545. Grossbritannien, 22. Nov. 1862.

My Lord, — Prince Gortchakoff remarked to me yesterday, in the course of our conversation, that impressions reached him to the effect that the election of His Royal Highness Prince Alfred to the Throne of Greece was agitated and impelled in a variety of ways. He did not, of course, believe that Her Majesty's Government countenanced anything of the sort; but the English Consular authorities were, perhaps, not idle in the matter, and influences of the same kind proceeded from the Ionian Islands. His Excellency contrasted these supposed proceedings with the reserve of the Russian Agents in the same quarters. ¶ I said to the Prince that he must not lightly give credit to rumours which reached him from those quarters. The Greeks were a highly excitable, active, intriguing, loquacious people, not always exactly veracious; no doubt persons were running to and fro from one Mission to another at Athens, and from one Consulate to another all over the Levant, disseminating all kinds of tales slenderly supported in truth. Hit Excellency would have a proper measure of the value of such reports by looking into the Russian official newspaper of last Thursday. He would there see among the telegrams that Her Majesty's Government had „again taken up the candidature“ of Prince Alfred. At the

very moment that telegram was printed here, I was proposing to his Excellency, on the part of Her Majesty's Government, to make a common and anticipated declaration at Athens to the effect that Prince Alfred, with the other Princes of the three reigning Houses, would not be permitted to ascend the Throne of Greece. We must not attach too much importance to such chimerical assertions. ¶ I have, &c.

No. 545. Gross-britannien, 22. Nov. 1862.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 546.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Erläuterung zu der Depesche vom 19. Novbr. 1862 (No. 539). —

St. Petersburgh, November 22, (received November 29) 1862.

No. 546. Gross-britannien, 22. Nov. 1862.

(Extract.) I am in possession of your Lordship's telegraphic instructions to avoid all further discussion with Prince Gortchakoff for the present, with reference to the election or succession to the Throne of Greece. It will be my duty to conform myself to your Lordship's orders. I do not, however, conceive that they prohibit me from a verification of what has already passed between the Vice-Chancellor and myself. The conversation which occurred on the morning of the 19th instant was of such a hurried description that there was room for misapprehension. I have, consequently, considered it to be my duty to lay before his Excellency my reports to your Lordship on the subject, in order that he might make any rectifications which he deemed necessary. ¶ For this purpose I waited on the Prince yesterday forenoon, and I read him the draft of my despatch of the 19th instant. ¶ The Vice-Chancellor admitted the general fidelity of my report, but he offered some corrections and explanations which it is now my duty to submit to your Lordship's attention. ¶ In reference to the overtures proposed by the Vice-Chancellor to the Court of Bavaria, his Excellency observed that these overtures were intended to be made collectively. He proposed them to the other guaranteeing Powers. They would not be made by Russia alone. ¶ I had not understood this to be the meaning of the Prince. He did not state it distinctly. I lost no time in correcting my misapprehension, by forwarding a telegraphic despatch to your Lordship in the sense desired. ¶ Where I state that in case the Bavarian Government should produce a Prince qualified for the succession in all respects, and especially in regard to religion, the Imperial Cabinet would offer that Prince to the Greek nation, Prince Gortchakoff hesitated at the word „offer,“ and substituted the still feebler terms of „would not refuse to indicate“ the Prince to the Greeks. ¶ In the passage having reference to the sentiments of the Russian Gouvernment in respect to the rights of the Duke of Leuchtenberg under the Treaty, I report that the Vice-Chancellor had disclaimed any „designs whatever“ on behalf of the Duke, or any „secret policy.“ The Vice-Chancellor seemed to object, but slightly, to the expression „designs whatever;“ he, however, added that my statement was scarcely sufficiently strong; he had in our conver-

No. 546. Gross-britannien, 22. Nov. 1862.

sation reiterated twice that Russia had no mental reservation, no cupidity („arrière-pensée ou convoitise") in regard to the Greek succession. He begged I would state these words exactly and emphatically. ¶ The Vice-Chancellor said that he regretted that I had referred to his despatch to Baron Brunnow in reply to your Lordship's instruction of the 6th instant to Mr. Scarlett. He thought my description of that despatch, of which he did not dispute the essential accuracy, might convey an impression that it was more opposed to the views of Her Majesty's Government than it really was. He allowed, however, that this was of very little moment, as your Lordship would hear the despatch first, and my appreciation of it afterwards. etc.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 547.

RUSSLAND. — Botschafter in London an den königl. Grossbritannischen Min. d. Ausw. — Russland wünscht nicht die Erhebung des Herzogs von Leuchtenberg auf den griechischen Thron. —

Chesham House, le 2 décembre, 1862.

No. 547. Russland, 2. Dec. 1862.

M. le Comte, — Les directions de ma Cour confirment en entier les explications que j'ai eu l'honneur d'offrir à votre Excellence confidentiellement. ¶ Elles m'autorisent à vous donner la certitude que l'éventualité de voir Monseigneur le Duc de Leuchtenberg appelé au Trône Hellénique ne s'accorde point avec les intentions de ma Cour. ¶ Je suis chargé, en même temps, de vous réitérer l'assurance que le Cabinet Impérial est prêt à délibérer, de concert avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique et avec le Cabinet des Tuileries, sur une candidature qui remplirait les conditions désirables pour obtenir l'adhésion unanime des trois Puissances dont les efforts réunis ont contribué, en commun, à fonder l'existence du Royaume Hellénique et à garantir son indépendance. J'ai, &c.

Brunnow.

Au **Earl Russell** &c.

No. 548.

RUSSLAND. — Botschafter in London an den königl. Grossbritannischen Min. d. Auswärtigen. — Officielle Anerkennung des Ausschlusses des Herzogs von Leuchtenberg, sowie des Prinzen Alfred von dem griechischen Throne. —

Londres, le $\frac{\text{22 novembre}}{\text{4 décembre}}$, 1862.

No. 548. Russland, 4. Dec. 1862.

Le Soussigné, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, a eu l'honneur d'annoncer à son Excellence M. le Comte Russell, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique ayant le Département des Affaires Étrangères, que la Cour Impériale de Russie maintient dans toute sa force et valeur l'engagement en vertu duquel les

membres des trois familles régnantes en France, en Angleterre, et en Russie, sont exclus du Trône Hellénique. ¶ En conséquence de cet engagement, il est mutuellement convenu de déclarer nulle et non avenue l'élection de Son Altesse Impériale Monseigneur le Prince Romanoffsky, Duc de Leuchtenberg, neveu de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, de même que de celle de Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Alfred, fils de Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, dans le cas où l'un ou l'autre de ces Princes serait appelé au Trône Hellénique par l'expression d'un voeu de la nation Grecque. ¶ Le Soussigné, &c.

No. 548. Russland, 4. Dec. 1862.

Brunnow.

Au **Earl Russell** &c.

No. 549.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Answ. an den kaiserl. russischen Botschafter in London. — Bestätigung des Ausschlusses des Prinzen Alfred, sowie des Herzogs von Leuchtenberg von dem griechischen Throne. —

Foreign Office, December 4, 1862.

The Undersigned, &c., has the honour to acknowledge the receipt of the note of his Excellency the Baron de Brunnow, &c., dated this day; and he has the honour to announce to his Excellency in reply, that he has received the commands of Her Majesty to declare that the engagement in virtue of which the members of the three families reigning in Great Britain, in France, and in Russia, are excluded from the throne of Greece, is held by Her Majesty's Government to be in full force and vigour. ¶ In consequence of this engagement, it is mutually agreed to declare as null and void the election of His Royal Highness Prince Alfred, son of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, as well as that of His Imperial Highness Prince Romanoffsky, Monseigneur the Duke of Leuchtenberg, nephew of His Imperial Majesty the Emperor of all the Russias, in case either of these Princes should be called to the throne of Greece by the vote of the Greek nation. ¶ The Undersigned, &c.

No. 549. Grossbritannien, 4. Dec. 1862.

Russell.

To **Baron Brunnow** &c.

No. 550.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Answ. an den königl. Gesandten in Athen. — Vorschlag zu einer gemeinsamen ausserordentlichen Erklärung der Vertreter der Schutzmächte über den Ausschluss des Herzogs von Leuchtenberg und des Prinzen Alfred von dem griechischen Throne. —

Foreign Office, December 4, 1862.

Sir, — You will propose to your colleagues of France and Russia to make a declaration of an unofficial, but binding, nature to the Provisional Government of Greece to this effect: —

No. 550. Grossbritannien, 4. Dec. 1862.

No. 550. Gross-britannien, 4. Dec. 1862.

„Great Britain, France, and Russia hold themselves bound by the engagement that no member of the Imperial and Royal Families reigning in either of the three States should accept or wear the Crown of Greece: consequently neither His Royal Highness Prince Alfred, a member of the Royal Family of England, nor His Imperial Highness the Prince Romanoffsky, Duke of Leuchtenberg, a member of the Imperial Family of Russia, could accept the Crown of Greece if offered by the Greek nation."

It would be most conducive to the belief of union among the three Powers if a joint note to this effect were signed by the Representatives of the three Powers. ¶ But if this is not practicable, a separate note should be signed by you with regard to Prince Alfred, by the Russian Minister in regard to the Duke of Leuchtenberg, and by the French Minister in regard to the Imperial Family of France. ¶ With the exception of the names and titles of the Powers excluded, in respect to which Great Britain and Russia would name their own Princes, these three notes ought to be identical in their terms. ¶ You will let me know, by telegraph, if any deviation from these instructions is proposed. ¶ You will not agree to any such deviation without instructions from Her Majesty's Government. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Mr. Scarlett**, *Athens.*

No. 551.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an Mr. H. Elliot. — Instructionen für dessen Sendung nach Griechenland, insbesondere in Betreff der Abtretung des Protectorats über die Ionischen Inseln. —

Foreign Office, December 12, 1862.

No. 551. Gross-britannien, 12. Dec. 1862.

Sir, — You are directed to proceed immediately to Athens, and I am commanded to give you the following instructions for the guidance of your conduct when there. ¶ It is Her Majesty's earnest desire to contribute to the welfare and prosperity of Greece. ¶ The Treaties of 1827 and 1832 bear evidence of this desire on the part of the British Crown. ¶ The Provisional Government of Greece declared, upon the withdrawal of King Otho from Greece, that their mission is to maintain for Greece Constitutional Monarchy and the relations of peace with all other States. ¶ If the new Assembly of the Representatives of the Greek nation should prove faithful to this declaration, should maintain Constitutional Monarchy, and should refrain from all aggression against neighbouring States, and if they should choose a Sovereign against whom no well-founded objection could be raised, Her Majesty would see in this course of conduct a promise of future freedom and happiness for Greece. In such case Her Majesty, with a view to strengthen the Greek Monarchy, would be ready to announce to the Senate and Representatives of the Ionian Islands Her Majesty's wish to see them united to the Monarchy of Greece, and form with Greece one united State; and if this wish should be expressed also by the Ionian Legislature, Her Majesty would then take steps for obtaining the concurrence of the Powers who

were parties to the Treaty by which the Seven Ionian Islands and their dependencies were placed as a separate State under the Protectorate of the British Crown. ¶ Her Majesty takes this step without any other motive than a warm regard and friendship for the Greek nation. ¶ The detailed arrangements for carrying this measure, if determined upon, into effect, would be the subject of future communications from Her Majesty's Government to the Government of Greece and to the Powers who signed the Treaty of November 1815. ¶ You will take care, in your communications upon this subject, to make it understood that the election of a Prince who should be the symbol and precursor of revolutionary disturbance, or of the adoption of an aggressive policy towards Turkey, would prevent any relinquishment of Her Majesty's Protectorate of the Ionian Islands. ¶ Her Majesty's Government trust that, in the selection of a Sovereign to rule over Greece, the Greek Assembly will choose for their King a Prince from whom they can expect a regard for religious liberty, a respect for constitutional freedom, and a sincere love of peace. A Prince possessing these qualities will be fitted to promote the happiness of Greece, and will be honoured with the friendship and confidence of Her Majesty the Queen. ¶ You will speak in this sense to the members of the Provisional Government and to the Minister of Foreign Affairs. ¶ You will, of course, communicate unreservedly with Mr. Scarlett, and you may rely upon his co-operation and support in the execution of your duties. ¶ I am, &c.

No. 551. Grossbritannien, 12. Dec. 1862.

Russell.

To **Mr. H. Elliot.**

No. 552.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Fürsten Gortschakow in Betreff der griechischen Königswahl. —

St. Petersburgh, December 7, (received December 16) 1862.

No. 552. Grossbritannien, 7. Dec. 1862.

(Extract.) In conformity with your Lordship's instructions I have had the honour of placing in the hands of Prince Gortchakoff your Lordship's despatch of November 28, relating to the correspondence which has passed between Her Majesty's Government and that of Russia with reference to the election of a Sovereign in Greece. ¶ I obtained an interview with the Vice-Chancellor yesterday afternoon. His Excellency read your Lordship's despatch aloud, and in doing so offered some reflections upon its contents, of which I now submit to your Lordship the substance. ¶ To the first portion of your Lordship's despatch, embodying a recapitulation of the several communications which have passed between the two Governments in England and at St. Petersburgh, the Vice-Chancellor offered no objection. He acknowledged the accuracy of your Lordship's narrative. ¶ The paragraph which reproduces the reasons offered by Prince Gortchakoff in declining to give a definitive reply respecting the position of His Imperial Highness the Duke of Leuchtenberg, afforded to his Excellency an occasion for some remarks. He declared that he adhered to the views which

No. 552. Grossbritannien, 7. Dec. 1862.

he had previously intimated respecting the relations of the Duke to the engagements existing regarding the exclusion of Princes belonging to the three reigning Houses from the Hellenic Throne. The position of the Duke was a matter open to juridical discussion. He believed that a majority of jurists would determine that, technically, the Duke did not belong to the category of Princes excluded by Treaty. The Duke was in one sense a Prince of the Imperial family: he belonged to that family by blood; and the late Emperor, who regarded his daughter the Grand Duchess Marie with peculiar tenderness on account of the desire she had manifested to remain near him, and to identify herself even in her married life with her native country, had bestowed on her children honours and privileges of a nature which reflected his sentiments; but those marks of his affection stopped short of constituting them, in a full and absolute sense, members of the Imperial House. The children were excluded by the marriage settlement from the succession to the Throne of Russia; they had no appanage whatever from the State; they had not received the Grand Ducal title; they had never been prayed for in the Liturgy of the Russian Church. This last distinction was one of which a Russian could perhaps alone appreciate the full significance. Subject as the children of the Grand Duchess were to these disabilities, he could not admit that they were, strictly speaking, and in a perfect sense, Princes of the Imperial family. ¶ He contended that the exclusion of the Duke of Leuchtenberg, as deducible from the text of the Treaty, must be considered a matter of doubt. It was obvious that a mere relationship or connection, however close, was not contemplated as a ground of exclusion by the engagements of 1826 and 1827, by which the Powers respectively disclaimed the desire of obtaining exclusive influence or ascendancy in Greece. Overtures had been made to the Prince of Saxe-Coburg after the signature of those engagements with reference to the Hellenic Throne, though he was the son-in-law of the Prince Regent, and at that very time in the receipt of a pension from Great Britain. ¶ If, however, said the Vice-Chancellor, we turn from the mere contemplation of the Treaty to regard the question as one of general policy, the exclusion of the Duke of Leuchtenberg might be recommended on many considerations. He had from the first moment never contemplated the election of the Duke as desirable. He had always been personally opposed to it; and in all his communications with the Emperor this sentiment had been constantly expressed. He held that the election of the Duke of Leuchtenberg would not be in the interests of Russia. No single act or expression in Greece or elsewhere on the part of the Russian Government, or on the part of any one connected with it, had given countenance to the candidature of the Duke. ¶ His Excellency added, that I must have inferred that such was his opinion. He had stated in the most unqualified manner that Russia had no secret policy, no selfish ambition („arrière-pensée, convoitise personnelle") in this matter. ¶ He had not thought proper to express himself categorically with reference to the exclusion of the Duke when summoned to do so by Her Majesty's Government, but his opinions were not the less formed and decided on that account. ¶ In regard to the combined declaration at Athens proposed by Her Majesty's Government, he had declined it, for he

No. 552. Gross-britannien, 7. Dec. 1862.

thought that the expression of a common resolution so formal and absolute might have had the effect of driving the Greeks into violent courses, and of strengthening the party of disorder; such a declaration he had disapproved of as a method of moral treatment („hygiène morale") in reference to the condition of the Greek nation at that conjuncture. Such had been his opinion, which, like all opinions, was, no doubt, subject to error. He had, however, conveyed to the Provisional Government of Greece a distinct declaration that the Russian Government recognized the engagements of 1830, prescribing the exclusion of the Princes of the three reigning Houses. That communication had been imparted by Count Bloudoff, and he was not aware that a similar declaration had been made by the Representatives of either of the other Powers. As for the demonstrations which had been evoked in favour of His Royal Highness Prince Alfred, as he had never regarded them as serious, whatever others might have thought, for his part they had never inspired him with the slightest apprehension. ¶ In replying to these observations, I said, with reference to the remark that I must have inferred that the opinion of Prince Gortchakoff was opposed to the election of the Duke of Leuchtenberg, that the language of his Excellency on this subject had been accurately reported to Her Majesty's Government in my despatch of the 19th ultimo, which had been submitted to his inspection, and which I had amplified and corrected in a subsequent report dated the 22nd ultimo, conformably with his wishes. Her Majesty's Government were as well informed on the subject as I was myself. As to the notion of a peremptory demand having been made by Her Majesty's Government, nothing had been in the outset further from the wishes of Her Majesty's Government. His Excellency must have remarked, I said, that I had in our first conversations never alluded to the Duke of Leuchtenberg by name, and when your Lordship first did so, it was in a confidential form, in an unofficial letter to the Russian Ambassador; I was convinced it was your Lordship's desire, as it had been my own, that the exclusion of the Duke of Leuchtenberg should have appeared as a spontaneous declaration on the part of the Russian Government. In regard to the quality of the Duke of Leuchtenberg, I did not contend that he was placed in all respects absolutely on the same line as the other Princes of the Imperial House, but still, in formal official documents, one of which I held in my hand, he was distinctly characterized as a „member of the Imperial Family." As such, too, he had been recognized recently by the Russian Ambassador in London. Baron Brunnow had made this statement to your Lordship, and I had been charged accordingly to record it in an official note, which I had transmitted to his Excellency a day or two ago. I could not allow that the connection by marriage which existed between the Royal Family of England and the Prince of Saxe-Coburg, at an earlier period, could be compared with the relationship of the Duke of Leuchtenberg by blood with the Imperial House of Russia, strengthened as it had been by an identification with Russian nationality. ¶ The Vice-Chancellor reverted to his previous statement that in one sense the Duke of Leuchtenberg was a member of the Imperial family, and in other respects he was not so. His Excellency added that the question was no longer worthy

No. 552. Grossbritannien, 7. Dec. 1862.

of discussion. For all practical purposes at the present moment it was settled; for declarations had been exchanged between your Lordship and Baron Brunnow to the effect, first, that the engagements of 1830, excluding the Princes of the three reigning Houses, remained in force; and secondly, that if either His Royal Highness Prince Alfred or the Duke of Leuchtenberg were chosen, the election should be considered null and void. ¶ The Vice-Chancellor continuing the perusal of your Lordship's instructions, then fell upon the paragraph respecting the House of Bavaria, and the disinclination of Her Majesty's Government to offer a King to Greece who is sure to be rejected. ¶ On this subject Prince Gortchakoff remarked, that in advising a combined overture to the Court of Bavaria, he had been prompted by a double motive: by the respect due to the House of Bavaria, and by the respect due to international engagements. The House of Bavaria was one of high consideration and alliances, which was not to be cast aside as a thing of no account. Nor were the Treaties between the three Powers concerning the establishment and succession of the Bavarian dynasty in Greece to be regarded as annulled by the breath of a popular revolution in Greece. If those Treaties were to fall, he desired that they might be dissolved in a regular and orderly fashion. ¶ If in reply to his proposed inquiries the Court of Bavaria had declared its indifference to its rights under the Treaties, or if it had responded in reference to Article 40 of the Greek Constitution in a procrastinating or evasive manner, then the Powers might have embraced some proper course for absolving themselves from all further obligations in the matter; but if the Court of Bavaria had presented a Prince ready to ascend the Throne of Greece, accepting the national religion and fulfilling all the conditions of the Treaty, he would, with the assent and co-operation of the other Powers, have been disposed to present such a Prince to the Greek nation as worthy of their consideration, without the least design of exercising any constraint whatever on their selection. ¶ It was not now by any means so sure that the Greeks would refuse a candidate presenting himself under such circumstances. After what had been concluded in London, the Greeks would probably awaken to a more sober sense of their position. Finding that the Princes of the great Houses who responded to their illusions were excluded, they would have to put up with a more unambitious selection. In reply to his proposal for a combined step at Munich, France had returned a decided negative; and Her Majesty's Government had answered by a less unhesitating refusal, alleging that Baron Cetto having returned no reply to a previous communication, they did not see their way to doing any more. ¶ Referring to the remarks of Prince Gortchakoff respecting the contingency of a Prince being found in the House of Bavaria I asked his Excellency whether such a Prince would, in his opinion, appear in the light, of a successor to King Otho to be received by the Greeks, or of a new candidate to be elected. If as a candidate to be elected, there would be great difficulty in announcing beforehand a change of religion; for if the Prince were not elected after all, he would be in the position of having changed his religion for an interested motive, and of having got nothing by it. I added that I gathered an impression from his Excellency's reflections that he had a preference

No. 552. Grossbritannien, 7. Dec. 1862.

for a Prince of the House of Bavaria. ¶ In replying, Prince Gortchakoff treated my distinction between a successor and a candidate as one of little moment; for in the eventuality contemplated, the recommendation or favourable opinion of the three Powers could not fail, in the one form or the other, to have great weight with the Greeks, confined as they would be in the field of their selection. His Excellency, moreover, decidedly objected to my inference that he cherished any preference for a Bavarian candidate; such, he said, was by no means the case; his inclinations towards the House of Bavaria did not go beyond the manifestation of that respect for its dignity, and for the engagements which bound us towards it, which he had already defined. ¶ Your Lordship's despatch sets forth the insurmountable objections which Her Majesty's Government would have to see a Russian Prince on the Throne of Greece, the embarrassment which such a state of affairs would create, and the „direct antagonism" which it would provoke between England and Greece; and affirms, moreover, that Her Majesty's Government would take every fair and honourable means to prevent the Duke of Leuchtenberg from becoming King of Greece. ¶ In regard to the election of a Russian Prince, the Vice-Chancellor observed that the resistance of Her Majesty's Government would never be called into operation, for such an election had never been contemplated for one instant by the Imperial Government; yet, he thought, speculatively, that your Lordship's view of the dangers attached to the election of a Prince of one of the great reigning Houses was exaggerated. Under good advice, and with ability and prudence, such a Prince might reign in Greece without exciting the „direct antagonism," the jealousies, and the perils to which Her Majesty's Government had referred. ¶ I said that if the Greeks chose a Prince of one of the great Houses, they would do so with reference to schemes of ulterior aggrandizement. I believed that, under those circumstances, they would never remain quiet; and that, with all the discretion conceivable on the part of their Sovereign and the Protecting Powers, the situation would become at last intolerable. ¶ The passage in your Lordship's instruction suggesting that the Protecting Powers might offer to the Greek Provisional Government the names of Princes qualified to wear the Crown of Greece, provoked some desultory conversation respecting several Princes who are brought by public rumour into the field, or who are supposed to possess the sympathy of the Governments of England or of France. Prince Gortchakoff did not profess any preference for any candidate, but stated that the Imperial Cabinet was willing to take the question into consideration in conjunction with the other Powers. ¶ In the course of my conversation with the Vice-Chancellor, his Excellency alluded again to the contrivances and incitements by which the alledged candidature of His Royal Highness Prince Alfred had been promoted in Greece, to electioneering arts, to the exhibition of specious inducements, the encouragement of hopes, and the distribution of gold. His Excellency did not say that these practices were directed by Her Majesty's Government, but he seemed to refer them generally to English instigation, and to the agency of persons in authority under Her Majesty's Government. ¶ In replying to these observations I contended that for the acts of Greeks settled in England, or for those of Greeks in

No. 552. Grossbritannien, 7. Dec. 1862.

Greece itself professing sympathy for Great Britain, Her Majesty's Government could not be rendered in any way responsible. With their demonstrations or disbursements (if there had been any) Her Majesty's Government had nothing to do; even Englishmen, unconnected with Government, might do as they pleased, though I doubted whether any such had been mixed up in the recent agitation in Greece; but as for Consular Agents, or other Agents of the English Government, I denied that they had taken any part in stimulating the popular feeling on behalf of an English Prince. If his Excellency would put his finger on any specific act of such a character I would lay it before your Lordship. It would be altogether repugnant to the policy and orders of Her Majesty's Government. ¶ In accepting a copy of your Lordship's despatch the Vice-Chancellor observed that he would not reply to it; he did not see the use of prolonging a controversy which had no practical object; his answer would be found in my report to your Lordship of his remarks in the course of our present conference. I said that in that case I would submit my report to his inspection before transmitting it to your Lordship. &c.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 553.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Anerkennung der Richtigkeit des vorausgehenden Berichts durch den Fürsten Gortschakow. —

St. Petersburgh, December 8, (received December 16) 1862.

No. 553. Grossbritannien, 8. Dec. 1862.

My Lord, — I read the draft of my despatch of yesterday's date to Prince Gortchakoff this forenoon. He recognized the accuracy of my report, and made a few alterations rather in the way of retrenchment than of correction. The despatch as it stands is, therefore, an approved record of what passed between us. ¶ The Vice-Chancellor having inspected my despatch, remarked that the reflections which were conveyed in it had merely a speculative significance. The important and practical part had been concluded in London by the declarations exchanged between your Lordship and the Russian Ambassador. ¶ That arrangement was altogether conformable to the sentiments which he had consistently entertained from the beginning, for while he had ever held that the exclusion of the Duke of Leuchtenberg was not deducible from the mere text of the engagements in force on this subject, he had always been of opinion that reasons of policy existed which would debar His Imperial Highness from accepting the Hellenic Throne. ¶ I have, &c.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 554.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Fürsten Gortschakow in Betreff der in Athen abzugebenden Erklärungen über den Ausschluss des Herzogs von Leuchtenberg und des Prinzen Alfred. —

St. Petersburgh, December 11, (received December 16) 1862.

No. 554. Grossbritannien, 11 Dec. 1862.

My Lord, — Prince Gortchakoff showed me a despatch this forenoon, reporting that Count Bloudoff had made his separate declaration at Athens, to the effect that the Government of Russia recognized the force of the Treaty engagements by which the Princes of the reigning Houses of Great Britain, France, and Russia are excluded from the Throne of Greece. I learned from his Excellency at the same time that the Representative of France had done so likewise. The Vice-Chancellor said that Her Majesty's Minister was the only one who had refrained from taking this step; and his Excellency appeared to infer that Her Majesty's Government had some ulterior design or interested motive in hesitating, and standing apart in this matter. ¶ I reminded the Prince that Her Majesty's Government had long ago advised a common declaration at Athens, which he had declined; and I said that your Lordship had now instructed Mr. Scarlett to renew the overture for a joint or separate contemporaneous communication to the Greek Provisional Government, in the sense of the Declaration signed in London. I then made him acquainted with the substance of your Lordship's instruction of the 4th of December to Mr. Scarlett, and I asked him whether he would have any objection that Count Bloudoff should renew his declaration along with Mr. Scarlett, as suggested by your Lordship. ¶ The Vice-Chancellor replied, that when Mr. Scarlett made his proposal to Count Bloudoff the latter would judge whether it would be expedient to renew the declaration or not. Perhaps Count Bloudoff would see no objection to do so. ¶ I said it would not be exactly the same declaration, for that which was advised by Her Majesty's Government alluded to His Royal Highness Prince Alfred and His Imperial Highness the Duke of Leuchtenberg by name; whereas the declaration put in by Count Bloudoff had probably been drawn in general terms. ¶ The Vice-Chancellor said that the views of the two Governments would soon become known by the declarations exchanged in London. That which had been signed by Baron Brunnow had been sent to Moscow for the sanction of His Majesty the Emperor, which would, no doubt, be immediately granted. Your Lordship had been enabled to speak on the same occasion in the name of Her Majesty the Queen. When the assent of the Emperor had been obtained the transaction would be complete. It would convey a full expression of the resolution of the two Cabinets. ¶ I asked the Prince whether, in his opinion, the declarations exchanged in London should be published at once. ¶ Prince Gortchakoff replied, that if Her Majesty's Government thought fit to publish them, he had no objection. ¶ I have, &c.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 555.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl Gesandtschaften im Auslande. — Die Candidaten für den Thron von Griechenland betr. —

Paris, le 4 décembre 1862.

No. 555. Frankreich, 4. Dec. 1862.

Monsieur, les évènements de la Grèce ont depuis quelques jours vivement occupé l'attention publique en Europe. Ils appelaient plus particulièrement celle des trois Puissances garantes de l'Indépendance hellénique, et ils ont été, de leur part, l'objet de communications suivies, dont le résultat, nous l'espérons, sera d'amener entre elles une parfaite communauté de vues. Je me propose de retracer ici un résumé sommaire des idées qui ont été échangées, afin de vous mettre en mesure d'éclairer le cabinet auprès duquel vous êtes accrédité sur les considérations qui nous ont dirigé. J'aborde cette tâche avec d'autant plus de confiance, que le Gouvernement de l'Empereur a la conviction d'avoir tenu la conduite la plus conforme à ses engagements comme à ses principes. ¶ Nous n'avons point en Grèce d'intérêts distincts de ceux des deux autres Cours. Sans attendre que nous y fussions provoqués par aucune ouverture, notre premier soin a été de prescrire au Ministre de l'Empereur à Athènes de concerter avec les représentants de l'Angleterre et de la Russie toutes les démarches dont l'urgence serait reconnue. ¶ Aussi bien les anciennes rivalités que l'on avait vues quelque fois si vives sur ce terrain, avaient cessé depuis plusieurs années; rien n'était venu récemment troubler cet heureux accord, et nous aimions à y puiser l'espoir que les dangers qu'il convenait de prévoir dans la crise présente seraient facilement conjurés. ¶ Ces dangers étaient de deux sortes: ou ils pouvaient venir des aspirations même de la Grèce cédant à des idées d'agression contre la Turquie, ou ils pouvaient résulter de l'élection du nouveau souverain, si elle était de nature à troubler l'équilibre des influences sur lequel repose l'ordre actuel des choses en Orient. ¶ Il importait d'abord de faire appel à la sagesse des Grecs, et de les détourner de tout ce qui devait éveiller les susceptibilités de la Porte ou lui causer des inquiétudes. Les cabinets de Londres et de St.-Pétersbourg étaient, à cet égard, dans des sentiments analogues. Animés nous-mêmes envers la Grèce de la sollicitude, qui depuis quarante ans, a inspiré tant de résolutions généreuses à la France, nous avons instamment recommandé au Gouvernement provisoire d'user de tout son pouvoir pour calmer le sentiment national. Nous ne lui avons point caché que notre intérêt ne lui était assuré que dans la mesure de ses efforts en faveur du maintien de l'ordre et de la paix; nos conseils n'ont eu d'autre objet que de l'affermir dans le sentiment d'un respect scrupuleux pour les actes qui ont déterminé ses rapports avec la Turquie, et placé l'indépendance hellénique sous la garantie du droit public européen. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur a envisagé du même point de vue les questions qui se rattachent au choix du souverain de la Grèce. ¶ Nous eussions désiré qu'il fût possible d'exécuter les arrangements de 1832 dans leur teneur complète, en maintenant la couronne de la dynastie à laquelle elle a été alors conférée. L'état des esprits en Grèce ne nous per-

No. 555. Frankreich, 4. Decbr. 1862.

mettait pas, toutefois, d'espérer un retour d'opinion en faveur du roi Othon, dont nous ne pouvions que déplorer le malheur, et nous n'avons pas tardé à acquérir la conviction que tout effort tenté pour reporter les suffrages des Grecs sur un prince de sa dynastie échouerait infailliblement. Cet avis était partagé par le cabinet anglais comme par le Gouvernement russe. Tout en se montrant d'abord disposées à recommander la candidature d'un prince bavarois, les trois Cours n'avaient pas pensé que l'on pût l'imposer à la Grèce. Elle allait donc, selon toutes les vraisemblances, demander un souverain à une autre maison régnante. ¶ Les Puissances protectrices se trouvaient ainsi replacées dans la position où elles étaient avant d'avoir appelé le roi Othon au trône hellénique. Obéissant à une préoccupation dictée par un juste sentiment des intérêts généraux, elles s'étaient interdit dès 1827, par des stipulations expresses, toute recherche d'avantages particuliers, politiques ou commerciaux, et, faisant au choix du souverain de la Grèce l'application de ce principe, elles avaient signé, le 3 février 1830 *), un protocole qui excluait toute candidature d'un prince de leurs dynasties. Elles n'avaient désigné d'abord le prince Léopold de Saxe-Cobourg, aujourd'hui roi des Belges, qu'en établissant qu'il avait cessé d'appartenir à la famille royale d'Angleterre. ¶ En un sens, nous le reconnaissons, les circonstances ne sont plus absolument identiques. Alors les trois Cours étaient chargées, par une délégation formelle, de disposer elles-mêmes de la couronne. Aujourd'hui, les Grecs font directement usage de leur souveraineté, et la France, l'Angleterre et la Russie ont pu prononcer des exclusions qui les obligent encore réciproquement, sans être fondées peut-être, à les imposer en ce moment à la Grèce. Mais sans prétendre que la clause réstrictive du protocole du 3 février 1830 soit rigoureusement applicable dans les termes à l'état présent des choses, je ne crois pas me tromper en disant que cette stipulation subsiste toute entière dans son esprit, et que, sous ce rapport, elle est permanente, comme les intérêts qui l'ont dictée. Elle a eu pour objet d'empêcher que la Grèce ne se trouvât un jour livrée à l'influence exclusive de l'une des trois Cours, parce que celle qui deviendrait prépondérante sur ce point ne tarderait pas à l'être dans tout l'Orient, dont le sort serait de ce moment entre ses mains. ¶ C'est en nous inspirant de ces considérations que nous avons dû apprécier l'élection du nouveau souverain et les diverses candidatures dont il a été question. ¶ Il nous a été aisé de nous convaincre que les Grecs obéissaient avant tout à la pensée de demander un roi à une puissance assez forte pour leur apporter un appui et seconder leurs aspirations. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur attachait, pour sa part, le plus grand prix à rester dégagé de toute vue intéressée; s'il eût été moins libre de préoccupations personnelles, s'il eût moins tenu compte des intérêts généraux et des traités qui les protègent, il pouvait offrir aux suffrages de la Grèce un nom qui n'eût pas été sans prestige. Il a préféré donner un nouveau gage de sa sollicitude pour le repos de l'Europe, et, confirmant scrupuleusement sa conduite à ses engagements, il s'est refusé à toute idée d'une candidature française. ¶ Nous n'avons eu d'abord à nous exprimer qu'en termes généraux sur celle du prince

*) Bd. III. No. 467.

No. 555. Frankreich, 4. Decbr. 1862.

Alfred et du duc de Leuchtenberg. Nous ne pouvions entrer dans un examen plus approfondi tant que nous avions des raisons de penser que le Gouvernement de S. M. Britannique n'était pas disposé à accorder le prince Alfred aux voeux des Grecs. Tout ce que nous avons pu dire, dès l'origine, c'est que la pensée d'une royauté anglaise à Athènes, se rattachant, dans les combinaisons des Grecs, à l'abandon présumé des îles Ioniennes par l'Angleterre, réveillerait chez eux des aspirations qui pouvaient faire naître les complications les plus graves, et qui surexciteraient inévitablement encore la confiance qu'ils placeraient dans l'appui de l'Angleterre. ¶ Par son origine, le duc de Leuchtenberg avait des titres à la sympathie particulière du Gouvernement de l'Empereur. Il y aurait peut-être eu lieu d'examiner si, n'étant pas réellement admis au rang des Princes de la famille impériale de Russie ni apte à succéder à la couronne, il était atteint par l'exclusion stipulée dans le protocole de 1830 et s'il ne se trouvait pas dans une position analogue, sous plus d'un rapport, à celle où était, à l'égard de la maison d'Angleterre, le prince Léopold de Saxe-Cobourg, à l'époque où il fut choisi par les trois Puissances comme souverain de la Grèce. Nous avons mieux aimé reconnaître sans hésiter que son avènement pourrait aussi causer quelque agitation en Orient, en constatant toutefois que ces inconvénients seraient peut-être moindres avec un prince qui, appartenant à l'église d'Orient et donnant satisfaction au sentiment religieux des Grecs, serait moins obligé de flatter l'ambition nationale et d'offrir à la Grèce des espérances immédiates d'agrandissement. ¶ En définitive, le Gouvernement de l'Empereur, en s'exprimant ainsi, émettait simplement une opinion, sans s'écarter en rien de sa ligne de conduite; il n'avait point de candidat et il était prêt à se concerter avec l'Angleterre et la Russie pour venir en aide à la Grèce, en éclairant et en dirigeant au besoin officieusement son choix, au milieu des difficultés qu'elle rencontrait à concilier ses voeux avec les intérêts de l'Europe et les dispositions des traités. ¶ Le Gouvernement de S. M. Britannique nous proposait une démarche collective ayant pour but de déclarer à Athènes que les trois Cours protectrices envisageaient comme étant toujours en vigueur les engagements résultant du protocole de Londres, et qu'elles ne reconnaîtraient pas l'élection d'un prince appartenant à l'une des trois familles de France, d'Angleterre et de Russie. La pensée de proclamer pour chacune d'elles la force obligatoire des exclusions formulées en 1830 n'avait rien que de conforme à nos propres intentions, et nous l'avions énoncée spontanément à Athènes au lendemain de la révolution. Aussi avons-nous répondu au cabinet de Londres que nous étions tout disposés à faire savoir au Gouvernement provisoire de la Grèce que nous nous considérions comme liés par nos obligations antérieures. Les principes de notre droit public ne nous autorisaient pas, il est vrai, à établir dans un document officiel que nous refuserions indéfiniment de reconnaître un souverain qui aurait été élu par le suffrage libre et spontané de la Grèce, en désaccord avec les engagements que les Puissances ont entre elles. Mais, sous cette réserve, nous n'avions aucune répugnance à nous associer aux vues du Gouvernement anglais et à nous entendre avec lui, ainsi qu'avec le cabinet russe, pour écarter toute candidature qui ne serait pas dans les conditions prévues par les actes de la conférence de Londres.

¶ La même proposition ayant été portée à St.-Pétersbourg, la Russie, après avoir décliné une démarche collective, s'était offerte également à avertir les Grecs, si le Gouvernement anglais faisait de son côté la même notification, qu'elle admettait comme étant toujours valables les stipulations de 1830; mais cette réponse n'avait pas satisfait aux préoccupations du cabinet de Londres. Il semblait voir dans l'hésitation de la Russie à s'expliquer sur la question de savoir si le duc de Leuchtenberg était compris pour elle dans les exclusions, une circonstance qui pouvait le délier lui-même de ses engagements et lui rendre l'entière indépendance de ses résolutions. ¶ La candidature du prince Alfred, que ne repoussaient plus aussi formellement les organes semi-officiels du ministère anglais, prenait dès ce moment un caractère nouveau. Interprétant le silence prolongé du Gouvernement britannique, les Grecs paraissaient croire à un assentiment implicite, et l'opinion en Europe ne se demandait déjà plus si le prince Alfred serait élu, mais si l'Angleterre accepterait pour lui la couronne hellénique. ¶ Un sentiment de prévoyance obligeait le Gouvernement de l'Empereur à se placer en présence de cette éventualité et à en examiner les conséquences possibles. La cordialité de nos rapports nous permettait de nous en expliquer en toute franchise avec le Gouvernement de S. M. Britannique. Nous ne lui avons donc pas caché nos appréciations. ¶ „L'établissement d'une royauté anglaise à Athènes, avons-nous dit, apporterait des modifications profondes dans la position des puissances en Orient. Contraire à l'esprit des actes qui, en fondant le royaume de Grèce, ont voulu le soustraire à toute action prépondérante de l'une des trois Cours, un fait aussi considérable menacerait le sage équilibre que d'autres traités plus récents ont eu pour objet de fortifier encore. Dût-il n'en résulter aucun changement immédiat dans la politique anglaise à l'égard de l'Empire Ottoman, le cabinet de Londres aurait désormais entre les mains les moyens de faire sentir à son gré son influence sur tous les points de la Turquie; et comme, en unissant le sort d'un prince de la famille royale d'Angleterre aux destinées de la Grèce, sa pensée ne pourrait être de comprimer le sentiment national des Hellènes, il se trouverait tôt ou tard entraîné, par la force des choses, à seconder des tendances en désaccord avec la conservation de l'Empire Ottoman. La question d'Orient pourrait donc se rouvrir dans des conditions toutes nouvelles. Les intérêts des autres puissances auraient à en souffrir dès à présent et seraient gravement compromis dans l'avenir. Le Gouvernement de l'Empereur, en ce qui le concerne, ne pourrait moins faire que de prendre acte d'un semblable événement, en se réservant d'aviser, s'il y avait lieu, au rétablissement de l'équilibre altéré.“ ¶ Tel est en substance le langage que nous avons tenu dans la prévision qu'autorisaient les manifestations de l'opinion publique en Grèce et la réserve que le cabinet anglais gardait sur ses intentions depuis les dernières communications du Gouvernement russe. Le cabinet de Londres nous a répondu en renouvelant l'assurance de son désir de rester dans les prescriptions des traités, et en ajoutant qu'il refuserait d'accepter la candidature du prince Alfred, si la Cour de Russie prenait, de son côté, le même engagement à l'égard du duc de Leuchtenberg. Désirant contribuer, autant qu'il dépendait de nous, à prévenir les embarras et les dangers que nous avions

No. 555. Frankreich, 4. Decbr. 1862.

signalés, nous n'avons pas hésité à conseiller au Gouvernement russe de donner les explications qui lui étaient demandées. Il n'avait aucune objection à se déclarer lié par le protocole du 3 février; en se prononçant en termes plus formels sur la position du duc de Leuchtenberg, il pouvait lever les difficultés qui subsistaient encore, et l'ambassadeur de l'Empereur à St.-Pétersbourg a été chargé de s'exprimer très-nettement dans le sens d'une exclusion explicite. Bien que des informations venues de Grèce parussent un moment moins défavorables à la candidature du duc de Leuchtenberg, le ministre de l'Empereur à Athènes a été invité, par ordre exprès de Sa Majesté, à s'abstenir d'y donner aucun encouragement. La Cour de Russie, qui déjà venait de prescrire à son représentant en Grèce de faire la déclaration suggérée par le Gouvernement anglais, au sujet des engagements de 1830, a bien voulu, en nous informant de cette démarche, ajouter que, sans discuter l'état civil du duc de Leuchtenberg, elle renonçait pour lui à toute candidature. Rien ne saurait s'opposer aujourd'hui à l'entente des trois Cours. Nous espérons donc que les cabinets ne tarderont pas à être en mesure de recommander un candidat aux suffrages de la Grèce, et de mettre fin à une agitation qui, après avoir été stérile, pourrait devenir dangereuse. ¶ Vous êtes autorisé à donner lecture de cette dépêche à M. le ministre des affaires étrangères de . . . . . ., et j'aime à me persuader qu'il appréciera la sollicitude que le Gouvernement de Sa Majesté a montrée pour les grands intérêts dont il avait à tenir compte et avant tout pour la conservation de l'équilibre qui en est la plus sûre garantie.

Drouyn de Lhuys.

No. 556.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. Botschafter in Paris. — Eine Unterredung mit dem Marquis von Cadore, die griechische Königswahl betr. *) —

Foreign Office, December 20, 1862.

No. 556. Grossbritannien, 20. Dec. 1862.

The Marquis of Cadore called upon me this day at the Foreign Office, by appointment, to read to me the circular of M. Drouyn de Lhuys relating to the affairs of Greece. ¶ As the circular had already appeared in the newspapers, I did not require M. de Cadore to take the trouble of reading it. But I observed that while M. Drouyn de Lhuys gave, no doubt, an accurate account of the proceedings of his own Government, I could not accept as accurate the account he gave of the conduct of the British Government. But as that conduct would appear in detail in the papers to be laid before Parliament, I did not wish to enter into any discussion on the subject. ¶ The line of Great Britain upon this question has been clear and simple. She might bind herself by a Protocol or a Declaration by which the other two Protecting Powers should be equally bound; or she might, for the sake of British interests, refuse to entangle herself

*) Depeschen gleichen Inhalts sind an die übrigen Vertreter Grossbritanniens bei den europäischen Höfen gerichtet worden. —

in the politics of Greece, and to separate from her own Royal Family a Prince so near in the order of succession to the Crown. But, as Her Majesty's Government considered the Duke of Leuchtenberg as a Prince of the Imperial Family of Russia, they could not declare themselves to be bound by the Protocol of 1830, without knowing what that Protocol meant. If it was meant that Prince Alfred should be bound to refuse, and Prince Romanoffsky free to accept, the Crown of Greece, that would have been in the eyes of Her Majesty's Government a position of inferiority and inequality which Great Britain could not accept. ¶ The notes exchanged between Baron Brunnow and me, of which I inclose copies **) put an end to all question upon this subject. ¶ I am, &c.

No. 556. Gross-britannien, 20. Decbr. 1862.

Russell.

To **Earl Cowley**, *Paris.*

No. 557.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an die Gesandtschaften im Auslande. — Die Stellung Russlands zur Frage der Wiederbesetzung des griechischen Thrones betr. —

St.-Pétersbourg, le 2/14 décembre 1862.

No 557. Russland, 2/14. Dec. 1862.

Le bruit qui s'est fait en Europe autour de la question grecque et les conjectures erronées qui se sont accréditées à ce sujet m'engagent à vous faire connaître l'attitude que, pour sa part, le cabinet impérial a adoptée dès l'origine et dans le cours de cette crise. ¶ Lorsqu'elle éclata d'une manière si subite, les premières nouvelles que la télégraphie en porta à l'Europe étaient trop vagues pour qu'il fût possible d'apprécier exactement la situation. ¶ Les seules directions que, dès le 14 octobre, j'adressai par télégraphe à notre ministre à Athènes, d'ordre de Sa Majesté l'Empereur, furent de ne point séparer son action de celle de ses collègues, de rester dans le pays comme simple observateur et sans entrer en relations officielles avec le Gouvernement provisoire. Je lui annonçai qu'une frégate russe était mise à sa disposition, non comme démonstration politique, mais pour que notre représentant fût, sous ce rapport, sur le même pied que ses collègues de France et d'Angleterre. ¶ Le 18 octobre, nous étions informés, par notre ambassadeur à Londres, que le cabinet anglais avait pris en Grèce une position analogue à celle que nous venions de prescrire au comte Bloudow. Comme nous il désirait un concert entre les trois grandes Puissances garantes; comme nous il prescrivait à son représentant de s'abstenir de toute ingérence dans les événements, et mettait à sa disposition des forces navales destinées à protéger ses nationaux. ¶ Le Gouvernement français nous témoigna des intentions analogues, et ainsi se trouva posé spontanément un principe essentiel à nos yeux, celui du maintien de l'entente entre les trois Cours. ¶ Pour mieux préciser cette entente, l'Empereur m'ordonna d'informer les cabinets de Londres et de Paris que Sa Majesté restait fidèle à l'engagement commun aux trois Cours protectrices, et qui exclut du trône de Grèce les membres de leurs familles. Cette

*) No. 548 u. 549.

No. 557. Russland, 2/14 Dec. 1862.

déclaration fut transmise à notre ambassadeur à Londres, par la voie du télégraphe, le 19 octobre. ¶ Une communication semblable fut adressée à notre chargé d'affaires à Paris. ¶ Dans mes dépêches aux représentants de Sa Majesté, je m'attachai à confirmer et à développer les principes contenus dans ces communications télégraphiques. Le 18 octobre, j'écrivais à notre ambassadeur à Londres que le cabinet impérial se félicitait de s'être rencontré avec le Gouvernement de S. M. Britannique dans l'attitude qu'il avait prise dès le premier moment; que nous attendrions tranquillement le développement des événements, les combinaisons des autres cours et les dispositions des esprits en Grèce; que Sa Majesté l'Empereur était décidé à observer fidèlement les obligations des traités, et nommément celle qui interdit le trône de Grèce aux familles régnantes des trois Cours; qu'aucune démarche ni insinuation, même la plus éloignée, n'avait eu et n'aurait lieu de notre part quant au choix du futur souverain de la Grèce; que nous étions persuadés que les deux autres cours apporteraient la même fidélité à tenir leurs engagements; qu'à notre avis, ces engagements subsistaient tant que les trois Puissances persistaient à les maintenir, et qu'aucune n'avait le droit de s'en écarter sans un accord unanime; qu'enfin nous étions animés du même desir que nous entretenions sur toutes les grandes affaires européennes, celui d'une entente avec les autres puissances, sans aucune arrière-pensée ni vue personnelle; et que si les autres cours apportaient les mêmes dispositions, l'entente s'établirait sans effort, à l'avantage général. ¶ C'est dans le même esprit qu'ont été conçues les instructions dont notre ministre à Athènes a été muni. D'après ses rapports télégraphiques et ses dépêches, nous avons pu nous convaincre qu'il se conformait strictement à l'attitude qui lui était prescrite. Avant même d'avoir reçu nos premières instructions, il avait répondu à une notification du Gouvernement provisoire grec qu'il ne pouvait entretenir avec lui aucune relation officielle. Les directions que je lui transmis successivement le maintinrent dans cette voie. Il lui fut prescrit de se borner au rôle d'un observateur impartial; le cabinet impérial n'apportant dans cette question aucune vue personnelle, le calme et la réserve bienveillante de son attitude seraient le meilleur moyen de dérouter les calculs de ceux qui prêtent à la Russie des convoitises intéressées. ¶ Je l'invitai néanmoins à profiter des rapports officieux qu'il pourrait avoir avec les personnages influents dans le pays pour leur signaler le danger de tout projet d'agression ou d'une alliance avec la révolution, et leur recommander l'ordre, la modération et le maintien du principe monarchique, qui pouvait seul préserver la Grèce de l'anarchie. ¶ Cependant, malgré l'échange satisfaisant d'idées qui avait eu lieu entre les cabinets, leurs intentions avaient été préjugées, leurs dispositions commentées, leurs décisions devancées; des noms avaient été prononcés, et les partis, s'emparant de ces éléments comme d'un drapeau, avaient excité en Grèce une vive agitation. ¶ Dans ces circonstances, le cabinet impérial jugea qu'il pouvait être utile de faire faire un pas de plus à l'entente des cabinets sur la marche à suivre en commun. ¶ A cet effet, il nous parut opportun de rattacher les événements aux prévisions de la conférence de Londres au point même où les faits accomplis en avaient rompu l'enchaînement. ¶ Un traité avait été conclu entre les trois

Puissances protectrices de la Grèce; il avait appelé au trône le roi Othon et consacré différentes éventualités relatives à la dynastie de Bavière. ¶ Il nous sembla que le premier pas à faire était une démarche collective près la cour de Munich pour lui demander si, dans les circonstances actuelles, elle maintenait les droits dérivant des prévisions de la conférence de Londres, et si elle était en mesure de présenter un candidat remplissant les conditions posées par la constitution hellénique et confirmées par le traité de Londres. ¶ Sans avoir en vue de faire découler de cette ouverture aucune coërcition ni même aucune injonction péremptoire envers la Grèce, nous avons pensé qu'une pareille démarche pouvait néanmoins servir de point de départ utile à une action collective officieuse des trois Cours, basée sur les engagements résultant des transactions diplomatiques antérieures et destinée à concilier autant que possible les intérêts existants avec les droits reconnus. ¶ Sur ces entrefaites, le 6 novembre, M. l'ambassadeur d'Angleterre me communiqua une proposition de sa cour ayant pour objet: d'abord de déclarer, par une démarche collective des trois Cours auprès du Gouvernement provisoire grec, qu'aucun des princes alliés aux trois familles régnantes n'était apte à l'élection au trône de Grèce; ensuite, de nous demander si nous considérions Monseigneur le duc de Leuchtenberg comme compris dans cette exclusion. ¶ Quant au premier point, nous avions déjà fait connaître aux cabinets de Londres et de Paris la détermination de Sa Majesté l'Empereur de rester fidèle à l'engagement contracté en commun entre les trois Cours, et qui exclut du trône de Grèce les membres de leurs familles. ¶ Nous n'avions dès lors rien à ajouter à une déclaration aussi catégorique. ¶ L'opportunité d'une démarche collective à faire dans le même but auprès du Gouvernement provisoire à Athènes ne nous parut pas suffisamment démontrée. ¶ La Grèce était en proie à une vive agitation, résultat inévitable de la crise qu'elle traversait. Dans ces circonstances, il pouvait être dangereux d'ajouter un nouvel élément de trouble à l'effervescence des passions déjà surexcitées, en plaçant la nation hellénique entre des déclarations contradictoires, dont les unes tendaient à lui reconnaître, comme nation indépendante, une pleine liberté quant au choix de son souverain, tandis que les autres auraient apporté à l'exercice de ce droit des restrictions très-étendues. Il pouvait résulter de là un découragement qui pousserait le peuple grec aux partis extrêmes et le jetterait dans l'anarchie. Or, de tous les périls qui le menaçaient, celui-là n'était pas le moindre à notre avis. ¶ Le Gouvernement provisoire avait fait appel aux élections pour une assemblée nationale qui devait se réunir au mois de décembre et prononcer sur les destinées du pays. Cette marche régulière avait rencontré l'approbation unanime des cabinets. Il importait de ne point la troubler prématurément. Lorsque cette assemblée serait réunie, le moment viendrait naturellement, selon nous, où les trois grandes Puisssances, déjà d'accord en principe et ayant eu le temps de compléter leur entente sur les détails, se trouveraient en mesure de guider les Grecs par leurs conseils bienveillants, dans cette crise si importante pour leur avenir. ¶ Je répondis en conséquence à M. l'ambassadeur d'Angleterre que, dans un moment où les passions étaient exaltées, la démarche qu'il nous proposait auprès du Gouvernement provisoire nous paraissant de nature à troubler les esprits et à les

Nr. 557. Russland, 2/14 Dec. 1862.

jeter, par le découragement, dans l'anarchie, le cabinet imperial ne croyait pas pouvoir y adhérer sous la forme solennelle d'une action collective. ¶ Quant à sa seconde demande concernant Monseigneur le duc de Leuchtenberg, quoique la position civile de ce prince pût offrir matière à quelques doutes juridiques, appeler la discussion sur ce sujet aurait été poser en quelque sorte sa candidature. Or, Sa Majesté l'Empereur avait résolu de n'en poser aucune. ¶ C'est dans ce sens que je répondis à lord Napier, en lui renouvelant d'ailleurs positivement l'assurance que nous n'avions ni convoitises ni arrière-pensées; que notre ministre à Athènes n'avait pas prononcé un seul mot ni fait la plus légère allusion quant au choix du futur souverain de la Grèce, et que les instructions du cabinet impérial le maintenaient scrupuleusement dans cette réserve. ¶ Je fis en même temps part à M. l'ambassadeur d'Angleterre de la démarche collective que nous jugions utile de proposer aux deux autres puissances garantes près la cour de Munich, et j'adressai la même communication à M. l'ambassadeur de France. ¶ Toutefois cette proposition ne rencontra point l'assentiment des cabinets de Paris et de Londres. ¶ Cependant les réponses que j'avais faites aux ouvertures qui venaient de m'être transmises par M. l'ambassadeur d'Angleterre avaient produit à Londres une impression à laquelle nous étions loin de nous attendre. ¶ Lors même que le Gouvernement anglais n'aurait point partagé notre opinion sur les ménagements réclamés par l'état des esprits en Grèce, nous ne pensions nullement qu'après les declarations si catégoriques que nous avions faites au nom de Sa Majesté l'Empereur, quant au maintien du principe d'exclusion des membres des familles régnantes des trois Cours, les doutes que nous entretenions sur l'opportunité d'une déclaration collective dans ce sens à Athènes pouvaient être interprétés comme une intention de nous dégager d'obligations contractées en commun, et donner aux autres puissances le droit de s'en prévaloir pour se considérer comme déliées de ces mêmes obligations. ¶ Tel est néanmoins le sens qui paraît y avoir été rattaché. La marche rapide des choses en Grèce semblait avoir inspiré la conviction que si l'Angleterre enlevait au peuple hellénique tout espoir quant à la candidature d'un prince anglais, l'opinion publique se porterait inévitablement sur un prince russe, et dès lors le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'est cru autorisé à ne point décourager les sympathies qui se manifestaient en Grèce pour la candidature de Mgr. le prince Alfred. ¶ Le mouvement qui se produisait dans ce sens avait acquis un caractère tel que l'entraînement populaire, devançant l'époque de la réunion de l'assemblée nationale, semblait au moment de trancher par un plébiscite une question dont la solution avait été primitivement remise aux délégués du pays. ¶ Dans cette situation qui s'éloignait visiblement en fait de l'entente convenue en principe entre les trois Cours, le cabinet impérial, désirant écarter pour sa part toute cause de malentendu, s'empressa de confirmer, par un télégramme adressé le 13 novembre au ministre de Russie à Athènes, les précédentes communications qui l'informaient du maintien en pleine vigueur du principe interdisant le trône de Grèce aux membres des familles régnantes des trois Cours protectrices, en ajoutant que le cabinet anglais ayant cru utile de rappeler à Athènes l'existence de cet engagement, M. le comte Bloudow était invité à se prononcer dans ce sens,

après s'être concerté avec son collègue de France, si M. le ministre d'Angleterre recevait l'ordre de s'acquitter de cette démarche. ¶ Nous avons été informés qu'en effet notre représentant à Athènes et M. le ministre de France ont fait au Gouvernement provisoire une déclaration conçue dans cet esprit. ¶ M. le ministre d'Angleterre paraît avoir reçu l'ordre de s'y joindre plus tard, c'est-à-dire après la signature des notes échangées entre les cabinets de Russie et d'Angleterre, le 22 novembre. ¶ Pour achever d'écarter toute espèce de doute quant à notre attitude, non-seulement le cabinet impérial avait porté à la connaissance du cabinet de Londres les directions dont M. le comte Bloudow venait d'être muni, mais encore les représentants de Sa Majesté l'Empereur à Paris et à Londres reçurent, le 18 novembre, par la voie du télégraphe, l'ordre de déclarer que nous n'avions jamais posé la candidature de Monseigneur le duc de Leuchtenberg; que, pour nous, cette candidature n'existait pas politiquement, quelle que fût l'interprétation que le traité pût recevoir juridiquement, et qu'en conséquence rien ne s'opposait à ce que les trois Cours délibérassent sur le choix de candidats possibles au trône de Grèce. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'étant montré pleinement satisfait de cette déclaration, notre ambassadeur proposa de la formuler dans un engagement réciproque. Des notes à cet effet ont été signées et échangées le 22 novembre entre l'ambassadeur de Russie à Londres et le principal secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique. Elles rappellent l'engagement qui exclut du trône hellénique les membres des trois familles régnantes, et constatent qu'il est mutuellement convenu de déclarer nulle et non avenue l'élection de Monseigneur le duc de Leuchtenberg ou celle de Son Altesse Royale le prince Alfred, si l'un ou l'autre était appelé au trône de Grèce par le vœu de la nation. ¶ Le cabinet français a été invité par les deux cours à adhérer à cet engagement. ¶ Telle est, monsieur, la marche que le cabinet impérial a suivie depuis l'origine de cette crise jusqu'à son développement actuel. Elle s'est inspirée, comme vous pourrez vous en convaincre, du principe général qui préside à la politique de notre auguste maître, c'est-à-dire qu'une entente franche et loyale des grandes puissances, en dehors de toute rivalité politique et de tout calcul intéressé, est le seul moyen d'écarter les complications menaçantes pour le repos de l'Orient et la paix de l'Europe, qui, depuis la guerre de 1856, sont devenues plus nombreuses et plus pressantes. ¶ Si difficile que soit cette tâche, nous persistons à ne pas la croire au-dessus des efforts des cabinets, si tous y apportent les mêmes vues conciliantes et désintéressées. ¶ Recevez, etc.

Gortchacow.

No. 557. Russland, 2/14. Dec. 1862.

No. 558.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an d. kön. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Fürsten Gortschakow die Candidatur des Königs Don Ferdinand von Portugal betr. —

St. Petersburgh, December 15, (received December 22) 1862.

My Lord, — I called on Prince Gortchakoff this forenoon, and imparted to his Excellency the substance of your Lordship's telegraphic message of this date, to the effect that overtures had been made to Ferdinand King of Portu-

No. 558. Grossbritannien, 15. Decbr. 1862.

No. 558. Grossbritannien, 15. Decbr. 1862.

gal, in reference to the Throne of Greece; that His Majesty's reply had not been encouraging, but that it was not definitively in the negative. ¶ Prince Gortchakoff requested me to thank your Lordship for this communication. His Excellency spoke with respect of the character and capacity of the King, but said that he could give no opinion on the subject of his nomination. ¶ I asked the Vice-Chancellor whether he had any proposal of an original character to submit to the Governments of England and France. ¶ Prince Gortchakoff replied that he had not. Russia had no candidate; and he was ill-prepared to discuss the qualifications of Princes who might be offered to the Greek nation, in consequence of the absence of His Majesty the Emperor. The question was one which demanded personal conference with his Sovereign. ¶ I have, &c.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 559.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an d. kön. Min. d. Ausw. — Den Wunsch des Königs von Bayern, den griechischen Thron seiner Familie zu erhalten, betr. —

St. Petersburgh, December 21, (received December 26) 1862.

No. 559. Grossbritannien, 21. Decbr. 1862.

My Lord, — The Minister of Bavaria at this Court has been instructed to state to Prince Gortchakoff that His Bavarian Majesty attaches great importance to the preservation of the Crown of Greece in his family, and will be happy to entertain any overtures which may be made to him with a view to the selection of a Sovereign for Greece in his House. It is hinted in such a case the ex-King Otho might be disposed to make a formal act of abdication. ¶ Prince Gortchakoff has not given any decided reply to the overtures of Baron Perglas. ¶ I have, &c.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 560.

FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN und **RUSSLAND.** — Die Minister der drei Grossmächte in Athen an die provisorische Regierung von Griechenland. — Erklärung, dass weder der Prinz Alfred von England noch der Herzog von Leuchtenberg-Romanowsky die griechische Krone annehmen könne. —

No. 560. Frankreich, Grossbritannien und Russland, 13. Decbr. 1862.

Les soussignés, ministres de France, de Grande-Bretagne et de Russie, ont l'honneur de porter à la connaissance de M. Bulgaris l'engagement pris le 4 de ce mois par les trois Cours, et revêtu le même jour de la signature de leurs plénipotentiaires. ¶ La France, la Grande-Bretagne et la Russie se déclarent liées par l'engagement qu'aucun membre des familles impériales et royales, régnant sur les trois États, ne pourraient accepter ou porter la couronne de Grèce. ¶ En conséquence, ni S. A. R. Mgr le prince Alfred, membre de la

famille royale d'Angleterre, ni S. A. I. Mgr le prince Romanowsky, duc de Leuchtenberg, membre de la famille impériale de Russie, ne pourraient accepter la couronne de Grèce, si elle était offerte par la nation hellénique. ¶ Les soussignés saisissent cette occasion d'offrir à M. Bulgaris l'assurance de leurs sentiments distingués.

No 560. Frankreich, Grossbritannien und Russland, 13. Decbr. 1862.

Athènes, (1er) 13 décembre.

P. Bourée.
P. Campbell Scarlett.
Bloudoff.

No. 561.

GROSSBRITANNIEN. — Mr. H. Elliot an d. kön. Min. d. Ausw. — Die erste Unterredung mit den griechischen Ministern betr., nebst Abschrift eines denselben übergebenen (nicht unterzeichneten) Memorandums. —

Athens, December 25, 1862. (Received January 3, 1863.)

No. 561. Grossbritannien, 25. Decbr. 1862.

My Lord, — I arrived at Athens on the 23rd instant, and immediately took steps for seeing M. Boulgaris, the President of the Provisional Government, and M. Diamantopoulos, the Minister for Foreign Affairs. ¶ M. Boulgaris does not speak French, and I was, therefore, obliged to communicate to him through an interpreter the substance of the instructions I had received from your Lordship. ¶ He asked if I could let him have a copy of them, to which I replied that I was not authorized to do so, but that I would give him unofficially a paper embodying the substance of what I had just communicated. I have the honour to inclose herewith a copy of the document which I sent to him, in the form of an unsigned Memorandum. ¶ Both M. Boulgaris and M. Diamantopoulos expressed in lively terms their deep sense of the sympathy and goodwill towards Greece of which Her Majesty's Government have given proof, and alluded to the universal and spontaneous burst of enthusiasm which has animated the whole Greek nation towards Her Majesty, the Royal family, and Great Britain in general. ¶ I replied that it was impossible for an Englishman not to be moved by such a universal exhibition of the admiration felt for our Sovereign, and by the recognition of the blessing of the free institutions under which it is our happiness to live. ¶ I then inquired, now that they are aware that His Royal Highness Prince Alfred cannot be their King, what were their views and intentions regarding the choice of a Sovereign, adding that Her Majesty's Government considered that King Ferdinand of Portugal united in his person more of the necessary qualifications than any other Prince who had been thought of. ¶ I found that notwithstanding the presentation of the formal note upon the subject by Mr. Scarlett, the two Ministers had apparently continued to look upon Prince Alfred as the only possible King, and they told me plainly that they had not thought of any one else. ¶ I took the liberty of pointing out that when the impossibility of His Royal Highness's acceptation became apparent, it seemed that in the interest of Greece they would do well to endeavour to lead the public mind to look towards an eligible candidate, and that no good

No. 561. Grossbritannien, 25. Decbr. 1862.

would come of continuing obstinately to shut their eyes to the fact that another choice must be made. I was aware, I said, that there had been some wild talk about the injustice of our depriving the Greeks of their liberty of choosing whom they pleased, but they must allow me to say that it would be preposterous to pretend that Her Majesty had not an equal right to decline permitting a member of her family to accept a foreign Crown. Her Majesty's Government, I continued, had not the slightest wish to deprive the Greek nation of perfect liberty in selecting their future King; they considered King Ferdinand the most eligible candidate, but had no intention of imposing him or any one else upon the Greeks: all that they did expect was, that the same moderation which has hitherto marked the revolution would be continued, and that a Sovereign may be chosen who may be a guarantee of order at home and in the foreign relations of the country, so as to enable Her Majesty to carry out her intention of ceding to Greece the Ionian Islands, and thus giving the strongest possible evidence of a desire to advance the prosperity of the nation. ¶ I have, &c.

Henry Elliot.

To **Earl Russell**, *London.*

Memorandum.

It is Her Majesty's earnest desire to contribute to the welfare and prosperity of Greece.

The Treaties of 1827 and 1832 bear evidence of this desire on the part of the British Crown.

The Provisional Government of Greece declared, upon the withdrawal of King Otho from Greece, that their mission is to maintain for Greece Constitutional Monarchy and the relations of peace with all other States.

If the new Assembly of the Representatives of the Greek nation should prove faithful to this declaration, should maintain Constitutional Monarchy, and should refrain from all aggression against neighbouring States, and if they should choose a Sovereign against whom no well-founded objection could be raised, Her Majesty would see in this course of conduct a promise of future freedom and happiness for Greece. In such a case, Her Majesty, with a view to strengthen the Greek Monarchy, would be ready to announce to the Senate and Representatives of the Ionian Islands Her Majesty's wish to see them united to the Monarchy of Greece, and form, with Greece, one united State; and if this wish should be expressed also by the Ionian Legislature, Her Majesty would then take steps for obtaining the concurrence of the Powers who were parties to the Treaty by which the seven Ionian Islands and their Dependencies were placed as a separate State under the Protectorate of the British Crown.

I am to take care, in my communications upon this subject, to make it understood that the election of a Prince who should be the symbol and precursor of revolutionary disturbance, or of the adoption of an aggressive policy towards

Turkey, would prevent any relinquishment of Her Majesty's Protectorate of the Ionian Islands.

No. 561. Gross-britannien, 25. Decbr. 1862.

Her Majesty's Government trust that in the selection of a Sovereign to rule over Greece, the Greek Assembly will choose for their King a Prince from whom they can expect a regard for religious liberty, a respect for constitutional freedom, and a sincere love of peace. A Prince possessing these qualities will be fitted to promote the happiness of Greece, and will be honoured with the friendship and confidence of Her Majesty the Queen.

No. 562.

GROSSBRITANNIEN. — Mr. H. Elliot a. d. Min. d. Ausw. — Das Verlangen der Griechen, den Prinzen Alfred zum Könige zu haben, betr. —

Athens, December 25, 1862. (Received January 3, 1863.)

No. 562 Gross-britannien, 25. Dec. 1862.

My Lord, — As some time had already passed since the Greek Government and nation had been officially informed by the Representatives of the Powers that neither Prince Alfred nor the Duke of Leuchtenberg could accept the Crown of Greece if it should be offered to them, I expected on my arrival at Athens to find that the merits at least of the different possible candidates would have been canvassed and discussed. ¶ Nothing, however, could be more completely erroneous than this expectation. ¶ The idea of having Prince Alfred for their King had acquired such an absolute hold over the nation that they cling to it with passion, and have hitherto resolutely persisted in refusing to recognize the impossibility of the realization of their hopes, and from the moment of my arrival I have spared no pains in endeavouring to put an end to all illusion upon this head. ¶ This morning I was waited upon by a deputation from one of the three political clubs of Athens, which desired to express the unanimous wish of the Greek nation to be ruled over by Prince Alfred; and the letter of which I have the honour to inclose a copy was read to me by the President in the name of the rest of the members. ¶ I replied by thanking these gentlemen for the manner in which they alluded to the Queen, to His Royal Highness, and to the British nation in general; but I said that, however much I must regret that the first communication I had to make should be of a nature to produce disappointment in a people who were just giving such a flattering proof of their feelings towards us, I should not be justified if I did not seize the very earliest opportunity of pointing out that they were aiming at what is absolutely impossible, reminding them that Her Majesty's Government had just taken a solemn engagement not to accept the Crown for Prince Alfred, if it should be offered to His Royal Highness. I begged them not to consider this a mere form of words, which might afterwards be set aside, but to regard it as an irrevocable determination which could not be departed from without a flagrant breach of good faith. ¶ I told them that Her Majesty's Government having looked round to find the Prince who would be most likely to contribute to the prosperity of Greece, considered that it was King Ferdinand of Portugal who appeared to

No. 562. Gross-britannien, 25. Dec. 1862.

possess in the highest degree the necessary qualifications. ¶ The deputation seemed much disappointed at hearing so plainly that they must abandon all hopes of Prince Alfred, but they expressed neither approval nor disapprobation at the mention of King Ferdinand, beyond a passing allusion to his religion and to the want of an heir after his death. ¶ The club is not composed of persons of any considerable weight, but it may perhaps become a channel through which the public will learn that His Royal Highness Prince Alfred must not now be looked upon as eligible for their Crown. ¶ I have, &c.

Henry Elliot.

To Earl Russell, *London.*

No. 563.

GROSSBRITANNIEN. — Mr. H. Elliot a. d. königl. Min. d. Ausw. — Berichtigung einer Mittheilung griechischer Blätter über seine einer Deputation ertheilte Antwort, betr. den Prinzen Alfred. —

Athens, January 2, (received January 10) 1863.

No. 563. Gross-britannien, 2. Januar 1863.

My Lord, — In the account given by the Greek newspapers of the answer I returned to one of the Deputations from the Greek nation, I am represented to have stated that the acceptance of the Crown by Prince Alfred was „for the moment" impossible. ¶ It is, perhaps, superfluous for me to assure your Lordship that no such expression fell from my lips, and that my language was such as could not have failed to convey that the decision of Her Majesty's Government was final and irrevocable. ¶ I have, &c.

Henry Elliot.

To Earl Russell, *London.*

No. 564.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. a. Mr. H. Elliot in Athen. — Dank für die Anhänglichkeit Griechenlands an den Prinzen Alfred, und Empfehlung der Throncandidatur des Königs Don Ferdinand von Portugal. —

Foreign Office, January 15, 1863.

No. 564. Gross-britannien, 15. Januar 1863.

(Extract.) You have not failed to express to the Greek Provisional Government the sentiments of regard and friendly interests for the welfare of Greece which animate Her Majesty's Government. ¶ Her Majesty's Government have rightly understood the election of Prince Alfred as a tribute to the virtues of his illustrious parents, and an act of homage to the freedom enjoyed under the British Monarchy. ¶ The acceptance of the Crown by Prince Alfred, however, being impossible, Her Majesty's Government have thought it due to the people of Greece to endeavour to ascertain who, among the Princes of Europe, not excluded by the agreements of the Protecting Powers, would be likely to promote the welfare of Greece. ¶ The first requisite, in the opinion of Her Majesty's Government, was attachment to constitutional principles, and

a readiness to perform faithfully the duties of a Sovereign in a free representative Monarchy. ¶ In this respect no one was more clearly eligible than King Ferdinand of Portugal, whose wisdom, moderation, and respect for liberty had been proved by experience. ¶ King Ferdinand, however, I am sorry to say, has, on account of his affection for his sons and for the country he has adopted, absolutely declined to allow his name to be put forward.

No. 564. Gross-britannien, 15. Januar 1863.

Russell.

To **Mr. H. Elliot**, *Athens.*

No. 565.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die kaiserl. Gesandtschaften im Auslande. — Die Candidatur des Königs Don Ferdinand von Portugal auf den griechischen Thron und den Entschluss Englands, auf das Protectorat über die ionischen Inseln zu Gunsten Griechenlands zu verzichten, betr. —

Paris, le 21 décembre 1862.

No. 565. Frankreich, 21. Dec. 1862.

Monsieur, la dépêche que je vous ai adressée le 4 de ce mois*), au sujet des affaires de Grèce, vous a fait connaître les incidents à la suite desquels les trois Puissances se sont mises d'accord pour maintenir les stipulations du protocole signé par elles en 1830 et qui excluent du trône de Grèce les membres de leurs maisons régnantes. En conséquence de cet accord, les envoyés de France, d'Angleterre et de Russie ont notifié au Gouvernement provisoire de Grèce une déclaration collective portant que ni le prince Alfred d'Angleterre, ni le duc de Leuchtenberg ne pourront accepter la couronne de Grèce si elle leur était offerte par la nation hellénique**). ¶ La seule cause vraiment sérieuse de complications ayant été ainsi écartée, les Puissances ont dû naturellement se préoccuper de la désignation d'un prince qui, en dehors des trois familles régnantes, pourrait être recommandé aux suffrages de la Grèce. Pour ce qui nous concerne, nous n'entendons apporter dans cette recherche d'autres intérêts que celui de la Grèce elle-même, et nous sommes prêts à accueillir la candidature de tout prince qui, par son âge et ses aptitudes personnelles, offrira les garanties désirables. ¶ C'est en me plaçant à ce point de vue que j'ai envisagé dans mes entretiens avec l'ambassadeur d'Angleterre et le chargé d'affaires de Russie diverses combinaisons qui, après avoir donné lieu à des ouvertures demeurées sans résultat, ont dû être successivement abandonnées. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique avait en dernier lieu suggéré le nom du roi Don Ferdinand de Portugal, père du roi régnant. Ce prince est dans la force de l'âge, il a l'expérience du Gouvernement; il réunissait donc les qualités essentielles pour occuper le trône de Grèce, et nous nous sommes empressés de faire savoir à Londres et à Saint-Pétersbourg que ce choix avait notre approbation. Toutefois, les démarches faites auprès du roi Don Ferdinand n'ont pu le décider à donner son assentiment aux offres

---

*) No. 555.
**) No. 560.

No. 565. Frankreich, 21. Dec. 1862.

qui lui étaient adressées, et nos dernières informations de Lisbonne doivent nous faire considérer son refus comme définitif. Je ne suis pas encore en mesure de pressentir le résultat des nouveaux pourparlers que cet incident va provoquer. ¶ Ainsi que vous l'avez déjà appris par le bruit public, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a résolu de renoncer au protectorat des Iles Ioniennes au profit de la Grèce. Deux conditions seront mises par l'Angleterre à cette cession: d'abord l'assentiment des Puissances qui ont pris part, en 1815, aux actes diplomatiques qui règlent le sort des Sept-Iles; ensuite la conservation en Grèce de l'institution monarchique et le respect des circonscriptions territoriales, conformément aux assurances spontanément données par le Gouvernement provisoire. Nous n'hésiterons pas, pour ce qui nous regarde, à adhérer à une résolution qui, quelles que puissent être les considérations qui l'ont dictée, a l'avantage incontestable de satisfaire aux intérêts de la Grèce et de répondre aux voeux tant de fois manifestés de la population ionienne.

Drouyn de Lhuys.

No. 566.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an Mr. H. Elliot. — Empfehlung des Herzogs Ernst von Coburg zum Könige von Griechenland. —

Foreign Office, January 19, 1863.

No. 566. Grossbritannien, 19. Januar 1863.

(Extract.) It appears from your telegram of the 13th instant that the President of the Provisional Government being at length convinced that the desire of the Greek nation to have His Royal Highness Prince Alfred for their future Sovereign cannot be realized, has expressed his hope that the British Government would recommend a candidate for the vacant throne. ¶ I have already informed you by telegraph that Her Majesty's Government considered that it was very desirable that de Prince elected by the Greeks for their King should be well known for his liberal opinions and not likely to violate the Constitution, and I have intimated that if the Provisional Government were disposed to accept favourably a proposal to recommend a Prince so distinguished, Her Majesty's Government might not be indisposed to do so. ¶ Among Princes proposed of these qualifications, Her Majesty's Government consider that the Duke of Coburg might well be brought under the notice of the Greek Government. ¶ I hope shortly to be able to write more fully on this important subject. Her Majesty's Government have no reason to question the correctness of the opinion formed by you soon after your arrival in Athens, that if the Greeks are not assisted in choosing their future Sovereign, anarchy and confusion are but too likely to arise in Greece.

Russell.

To Mr. **H. Elliot**, *Athens.*

No. 567.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an Mr. H. Elliot in Athen. — Nochmalige Empfehlung des Herzogs von Coburg zum Könige von Griechenland. —

Foreign Office, January 22, 1863.

No. 567. Gross-britannien, 22. Januar 1863.

Sir, — The great confidence felt by the Greeks in the constitutional principles by which Her Majesty has always been guided, has no doubt been the main cause of the spontaneous enthusiasm which has been elicited by the mention of the name of His Royal Highness Prince Alfred as King of Greece. ¶ As, however, the three Protecting Powers have declared that the Protocol of February 1830 is still in force, you will declare to the Executive Council in Greece that His Royal Highness Prince Alfred cannot accept or wear the Crown of Greece. You will accompany this declaration with the expression of Her Majesty's full appreciation of the value of this unsolicited mark of friendship and trust on the part of the Greek people. ¶ You will at the same time state that it appears to Her Majesty's Government that the first object of the Greeks should be to elect a King who will not set aside the Constitution by violence, nor pervert it by corruption. ¶ The Princes upon whom the greatest reliance can be placed in this respect are those who have acquired a reputation in Europe by their consistent adherence to liberal principles, and those who have been accustomed to live in a free country. ¶ In the former category there is no one more entitled to regard than the Duke of Coburg. ¶ Her Majesty trusts that this suggestion on her part will be viewed by the Greek Government and nation in no other light than as proof of Her Majesty's due appreciation of the confidence shown by them in the British Royal Family, and in the principles of political freedom on which the institutions of Great Britain are founded; and as it is impossible that her son Prince Alfred can accept the Greek Crown, Her Majesty considers that she is only repaying confidence by confidence in suggesting for the consideration of the Greeks a Prince who by close and long-established connection with England may be deemed to possess some of the main conditions which the Greeks appear to be desirous of finding in the person to be chosen as their Sovereign. ¶ I am, &c.

Russell.

To Mr. **H. Elliot**, *Athens.*

P. S. — You will read this despatch to the President of the Provisional Government, and, if he desires it, give him a copy of it.

No. 568.

GROSSBRITANNIEN. — Amtliche Zusammenstellung über die Vorschusszahlungen auf die von den Schutzmächten garantirte griechische Anleihe. —

No. 568. Gross-britannien, 11. Februar 1863.

An Account of Moneys Paid out of the Consolidated Fund, under the Acts 2 & 3 Will. 4, c. 121, and 6 & 7 Will. 4, c. 94, for Interest and Sinking Fund on that part of the Greek Loan which is guaranteed by this Country under

No. 568. Grossbritannien, 11. Febr. 1863.

the Authority of the said Acts, and of the Amount Repaid by the Greek Government on account of the same.

Issued out of the Consolidated Fund, in the undermentioned years, for payment of the Interest and Sinking Fund on that portion of the Greek Loan which had been guaranteed by this Country: —

		£.	s.	d.
viz., in 1843	. . . .	33,583	17	1
1844	. . . .	46,784	4	8
1845	. . . .	46,497	4	—
1846	. . . .	46,497	4	—
1847	. . . .	47,188	9	7
1848	. . . .	46,749	13	1
1849	. . . .	47,049	5	8
1850	. . . .	46,955	18	8
1851	. . . .	47,541	8	8
1852	. . . .	47,118	9	10
1853	. . . .	47,637	1	2
1854	. . . .	47,637	1	2
1855	. . . .	47,494	8	1
1856	. . . .	47,048	11	11
1857	. . . .	47,258	16	—
1858	. . . .	47,471	2	11
1859	. . . .	47,494	8	1
1860	. . . .	47,518	2	10
1861	. . . .	47,048	14	8
1862	. . . .	47,423	9	6
		929,997	11	7

	£.	s.	d.
Repaid by the Greek Government in 1847 .	23,343	16	2
1848 .	7,740	15	6
1861 .	3,944	14	4

	£.	s.	d.
	35,029	6	—
Balance due by the Greek Government . . . £.	894,968	5	7

Whitehall, Treasury Chambers, 11 February 1863.

F. Peel.

No. 569.

FRANKREICH. — Generalconsul in Belgrad a. d. kaiserl. Min. des Ausw. — Bericht über den Ausbruch des Conflicts zwischen Türken und Serben in Belgrad, nebst Abschrift der vorläufigen Vereinbarung zur Wiederherstellung der Ruhe. —

Belgrade, 16 juin 1862.

Nr. 569. Frankreich, 16. Juni 1862.

Monsieur le ministre, — Comme ma correspondance le faisait prévoir à Votre Excellence, une succession de légères rixes et de blessures a amené un grave conflit entre les Turcs et les Serbes. A six heures du soir, un jeune Serbe, puisant de l'eau à une fontaine, a été tué par un sergent turc. Le drogman de la police serbe et un gendarme sont arrivés à son secours et ont été accueillis par une décharge du piquet de garde à la police turque. Le drogman a été tué; alors a commencé un véritable engagement; la foule s'est précipitée sur les postes ottomans qui occupent les portes de la ville, en a enlevé deux, et s'est mise à tirailler avec les Turcs enfermés dans les autres corps de garde, dans leurs maisons et dans les cafés. Les Serbes à découvert perdaient plus de monde que

leurs adversaires. ¶ Cependant M. Garachanine, qui était revenu de la promenade à ce bruit de la fusillade, s'était jeté seul entre les combattants, et avait réussi un moment à les calmer. Il avait même engagé les réguliers turcs à se retirer dans la citadelle et leur avait donné un officier et deux gendarmes pour les escorter. Il paraît que les Nizams se virent à peine hors d'atteinte qu'ils firent feu sur leur escorte et tuèrent l'officier. Depuis ce moment la confusion devint inexprimable; le ministre échappa par miracle aux balles, pour se voir accusé presque de trahison par des compatriotes. Cependant il n'en continua pas moins son active intervention. Établi à l'hôtel que j'habite et qui est situé en face des deux polices d'où les feux de tirailleurs étaient échangés, il donna successivement les ordres qui pouvaient au moins imprimer quelque unité à la surveillance. Nous fûmes rejoints dès les premiers coups de feu par MM. Longworth et Vlangaly, et successivement par le Président du Sénat, le Ministre de l'intérieur, le Ministre de la guerre, de sorte que mon salon resta jusqu'à ce matin le quartier général du Gouvernement. ¶ La nuit se passa en pourparlers avec le Gouverneur, en engagements partiels, et M. Longworth retourna trois fois à la citadelle, au milieu d'une nuit d'orage et des balles perdues, négocier avec le Gouverneur les propositions que la situation suggérait à M. Garachanine. Le résultat définitif, consigné dans l'acte dont j'ai l'honneur de joindre ici une copie, fut que les Turcs retireraient des portes et de la police leurs soldats et que M. Garachanine répondrait de la sûreté des personnes, ainsi que des demeures que les Turcs abandonneraient; mais il exigeait que cet engagement fût pris à la citadelle même par le ministre, en présence du Corps consulaire. Nous nous sommes donc rendus tous ensemble près du Gouverneur et nous avons ensuite été assez heureux pour ramener, au milieu d'une haie armée, mais silencieuse et digne, tous les postes les uns après les autres à la citadelle. Quelques fanatiques isolés ont continué pendant ce temps à tirer et à provoquer des coups de fusil. Mais, il faut le dire bien haut, sans l'énergique conduite de M. Garachanine, les longs et périlleux voyages de M. Longworth et peut-être l'appui moral que nous avons pu donner au premier Ministre en l'accompagnant partout, rien ne se serait fait, car les Turcs, laissés sans ordres et séparés de leurs autorités, recevaient à coups de fusil tous les parlementaires; et le kaïmakan, que le pacha avait mis à notre disposition, quoique très-bon et très-doux, semblait étranger à tout ce qui se passait. Je puis dire à Votre Excellence que, hors le temps de la lutte, les blessures ont été rares, et que les quelques excès inséparables de l'état de trouble peuvent être attribués en presque totalité à des étrangers.

Tastu.

A Mr. de **Thouvenel**, etc., *Paris*.

Nr. 569. Frankreich, 16. Juni 1862.

Anlage. — Uebereinkunft zur Wiederherstellung der Ruhe in Belgrad. —

Entre M. Garachanine et S. Exc. le pacha gouverneur de Belgrade et en présence des membres du corps consulaire actuellement dans cette ville, M. Garachanine ayant déclaré qu'il ne pouvait répondre de la tranquillité de la ville,

No. 569. Frankreich, 16. Juni 1862.

sans la mesure ci-après indiquée, il a été convenu que la question des deux portes est réservée des deux parts pour être traitée ailleurs, et que, sous cette réserve, les soldats turcs qui les occupent encore seront retirés, ainsi que la police turque, afin de rétablir la sécurité publique si malheureusement troublée.

Cette mesure est prise aux conditions suivantes:

1) M. Garachanine se rend responsable de la sûreté des troupes jusqu'à leur rentrée dans la forteresse;

2) Les maisons et les propriétés des Turcs, résidant dans la ville, seront garanties et respectées, et ceux des habitants qui resteraient dans leurs demeures, auront toute protection;

3) M. Garachanine s'engage à donner télégraphiquement les ordres nécessaires pour prévenir toute violence contre les autres forteresses du pays ainsi que contre leurs habitants musulmans.

4) Les familles turques en se retirant ne seront pas molestées ni insultées.

Garachanine, Achir, Vlangaly, Tastu, Longworth, Meroni, Vassitch.

No. 570.

FRANKREICH. — Generalconsul in Belgrad a. d. kaiserl. Min. d. Ausw. — Das Bombardement der Stadt Belgrad betr. —

Citadelle de Belgrade, le 21 juin 1862.

No. 570. Frankreich, 21. Juni 1862.

Monsieur le Ministre, je ne saurais peindre à Votre Excellence la stupéfaction et l'indignation de la ville, quand le bombardement a commencé inopinément après une journée passée à exécuter religieusement la convention conclue sous les auspices du corps consulaire entier, c'est-à-dire à escorter avec tous les égards possibles les musulmans militaires et civils jusqu'à la forteresse, tandis que de la citadelle et même de certaines maisons turques on ne cessait de tirer sur la ville. ¶ Les boutiques s'étaient rouvertes par ordre de l'autorité serbe; à peu près tout ce qui porte régulièrement un fusil se mettait en marche pour escorter (en tournant le dos à la citadelle) le corps de deux officiers serbes tués dans la nuit précédente. Un parlementaire turc attendait à la police, avec le consul de Prusse et moi, l'arrivée de nos autres collègues, pour aller à la citadelle sur l'invitation du pacha. La veille, M. Longworth, à ma prière, avait été deux fois voir le pacha et en avait rapporté les engagements les plus rassurants. En plein jour, lorsque la lumière permettait de discerner clairement ce qui se passait, et que l'on ne pouvait avoir d'excuse dans le trouble de la nuit ou des événements, le pacha a ordonné un acte dont l'agression la plus menaçante et la plus folle n'aurait pas même justifié l'utilité.

Tastu.

A Mr. de Thouvenel, etc., *Paris.*

No. 571.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserl. Generalconsul in Belgrad. — Verlangen einer Conferenz in Constantinopel wegen der Vorfälle in Belgrad. —

Paris, le 1 juillet 1862.

No. 571. Frankreich, 1. Juli 1862.

Monsieur, je vous remercie du soin que vous avez mis, malgré les vives préoccupations et les démarches auxquelles vous avez dû prendre part, à me renseigner sur les événements de Belgrade. J'ai remarqué l'attitude que vous avez gardée dans ces difficiles circonstances, et je suis heureux d'avoir à vous en témoigner ma satisfaction. ¶ Ainsi que je vous l'ai annoncé par dépêche télégraphique, le 27 du mois dernier, les Puissances garantes sont tombées d'accord, sur la proposition qui leur en a été faite par le Gouvernement de l'Empereur, de demander à la Porte la réunion à Constantinople d'une conférence où leurs représentants et celui du Sultan examineront en commun les résultats de l'enquête ouverte à Belgrade.

A Mr. Tastu, etc., *Belgrade.* *Thouvenel.*

No. 572.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel a. d. türk. Min. d. Ausw. — Den Zusammentritt einer Conferenz in Constantinopel betr. —

Thérapia, 8 juillet 1862.

No. 572. Frankreich, 8. Juli 1862.

Monsieur le Ministre, la Sublime-Porte ne peut douter du regret avec lequel mon Gouvernement a reçu la nouvelle des événements dont la ville de Belgrade a été dernièrement le théâtre, et qui ont compromis l'existence des bonnes relations entre le Gouvernement de S. M. le Sultan et la Principauté de Serbie. Le Cabinet des Tuileries espère que l'envoi d'un commissaire ottoman, dans le but de faire une enquête sur les incidents qui se sont produits, permettra, en en révélant les causes, d'en prévenir le retour. Quelle que soit l'issue des négociations ouvertes en ce moment entre la Sublime-Porte et le Gouvernement du prince Michel, le concours des Puissances garantes n'en sera pas moins nécessaire pour le règlement définitif de cette question et le rétablissement durable des bons rapports entre la Serbie et la puissance suzeraine. ¶ Ce but, dont il appelle de tous ses voeux la réalisation, semble à mon Gouvernement ne pouvoir être mieux atteint que par la réunion à Constantinople des représentants des Puissances garantes et d'un représentant de la Sublime-Porte. En faisant part à Votre Altesse de cette manière de voir, j'ose espérer qu'Elle ne méconnaîtra pas le danger que, dans les circonstances actuelles, il pourrait y avoir à retarder l'époque de cette réunion, et qu'Elle voudra bien la fixer le plus tôt possible, c'est-à-dire aussitôt que le représentant qu'Elle jugera à propos de désigner sera muni de toutes les pièces de l'enquête faite en ce moment par le Gouvernement turc et sera en mesure de les soumettre à la conférence.

A S. A. Aali-Pascha. *Moustier.*

No. 573.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserl. diplomat. Agenten in London, St. Petersburg, Wien, Berlin und Turin. — Die auf der bevorstehenden Conferenz in Constantinopel einzunehmende Haltung betr. —

Paris, le 21 juillet 1862.

No. 573. Frankreich, 21. Juli 1862.

Monsieur, après avoir hesité quelque temps, la Porte semble décidée à convoquer la conférence pour les affaires de Serbie. M. le marquis de Moustier m'écrivait, en effet, par le télégraphe, à la date du 18, qu'il s'attendait à recevoir le lendemain la réponse à la communication que ses collègues et lui avaient adressée à ce sujet à Aali-Pacha. ¶ Il reste maintenant à désirer que la conférence ne tarde pas davantage à se réunir. La connaissance que l'on a à Belgrade des intentions des Puissances, et l'attitude de leurs consuls, a pu jusqu'ici calmer les esprits, mais de nouveaux délais pourraient laisser surgir de nouveaux incidents, qui compliqueraient encore la négociation qu'il s'agit d'ouvrir. ¶ Le moment est donc venu d'examiner la nature des conseils que les Puissances sont appelées à donner à Constantinople, et je crois utile de faire connaître au cabinet de........ la manière de voir du Gouvernement de l'Empereur. ¶ Il est plusieurs points sur lesquels il sera facile de s'entendre avec la Porte. Elle admettra volontiers les plaintes des Serbes au sujet de la position des Musulmans qui ont continué, malgré des engagements pris en 1830 et renouvelés en différentes occasions, d'habiter en dehors des forteresses autres que Belgrade. Antérieurement aux derniers incidents, il avait déjà été convenu qu'une commission mixte serait instituée pour procéder, d'accord avec les autorités serbes, au règlement de cette affaire, ainsi que des questions de propriété qui s'y rattachent. Mais la Porte avait repoussé les demandes de la Serbie en ce qui concerne Belgrade, bien que le hatti schérif de 1830 n'eût pas fait d'exception pour cette place. Il en est résulté un conflit armé, et les exigences des Serbes se sont accrues. Ils ne se contentent plus aujourd'hui de ce que leur Gouvernement réclamait l'an dernier, c'est-à-dire de la suppression des postes turcs maintenus dans la ville, et de la soumission des Musulmans établis dans les faubourgs à la juridiction locale; la présence des troupes ottomanes dans la citadelle est devenue pour les habitants de Belgrade un sujet d'alarmes, et le voeu de la Serbie ne tend pas à moins qu'à l'évacuation des divers points fortifiés que la Turquie occupe dans les Principautés. ¶ Le droit de garnison de la Porte, Monsieur, ne saurait être mis en doute ni contesté à aucun titre. Si la stipulation qui le consacre dans le traité de Paris pouvait être modifiée, le consentement de la puissance suzeraine serait indispensable, et la seule pression que nous puissions exercer sur ses résolutions est celle des avertissements et des bons avis. ¶ Mais, ce point établi, je n'hésite pas à croire que la Porte agirait sagement en prenant en sérieuse considération les demandes de la Serbie. ¶ Des conflits tels que celui qui est survenu, en suscitant l'agitation parmi les Serbes, éveillent les espérances partout autour d'eux. En raison de leur position géographique, leur mécontentement ne saurait être indifférent pour la tranquillité des provinces de la Turquie d'Europe. Or, le cabinet de ...... sait comme nous, que les

habitants de Belgrade parlent hautement d'abandonner la ville, dans le cas où, une garnison turque étant maintenue dans la citadelle, ils continueraient à être exposés à des dangers de la nature de ceux que le dernier bombardement leur a fait courir. Quelles ne seraient pas les conséquences d'une résolution semblable! ¶ Lord Russell, dans un entretien que nous avons eu ensemble durant mon séjour à Londres, s'est montré disposé à admettre la nécessité pour la Porte d'abandonner toutes les positions turques dans la ville de Belgrade et en dehors de la forteresse, de même que la plupart, sinon la totalité, des forteresses délabrées de l'intérieur. Il m'a paru incliner également à croire que la juridiction serbe devait être substituée partout à la juridiction turque en dehors de ces forteresses, à Belgrade comme ailleurs. En se refusant à entrer dans cet ordre d'idées, la Porte créerait une situation dont le Gouvernement serbe ne serait pas maître. ¶ Ce sont les liens politiques qu'il importe avant tout de maintenir intacts, et, sous ce rapport, la Turquie, en évacuant les forteresses serbes, se trouverait dans une situation analogue à celle où elle est placée vis-à-vis de la Moldo-Valachie et de l'Égypte. Le Gouvernement ottoman ne possède dans ces provinces aucun droit de garnison, et sa suzeraineté ne souffre en rien de l'absence de points fortifiés qui ne seraient vraisemblablement, comme en Serbie, que des occasions de conflit. ¶ L'expérience personnelle que j'ai des dispositions des Serbes me donne à penser qu'ils seraient peu portés à abuser de ces concessions. Leur mécontentement seul peut les entraîner à favoriser les troubles qui se produiraient dans les autres provinces de la Turquie. Si leurs voeux étaient satisfaits, ils auraient, au contraire, moins de penchant que jamais à seconder ceux des populations voisines. Je ne vois donc pas de meilleur moyen pour la Porte d'enlever à ces agitations la seule chance qu'elles aient de lui créer des dangers réels que de déférer aux demandes de la Servie. ¶ Ces considérations me sont inspirées par notre sincère désir de voir les rapports des Serbes avec la Porte établis sur un pied de confiante soumission. C'est également en ce sens que sont conçues les instructions de M. le marquis de Moustier, et je serais heureux que M. le Représentant de . . . à Constantinople prêtât son concours à des idées qui me paraissent renfermer les bases d'une entente durable entre la Puissance suzeraine et la Principauté.

No. 573. Frankreich, 21. Juli 1862.

Thouvenel.

No. 574.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. a. d. Repräsentanten der garantirenden Mächte in Constantinopel. — Zustimmung zur Eröffnung der Conferenz in Constantinopel. —

Sublime-Porte, le 20 juillet 1862.

No. 574. Türkei, 20. Juli 1862.

(Extrait.) Le soussigné, Ministre des Affaires étrangères de S. M. le Sultan, a eu l'honneur de recevoir la note que S. Exc. l'Ambassadeur de S. M. l'Empereur des Français lui a adressée, en date du 8 juillet, dans le but de signaler à la Sublime-Porte l'opportunité de réunir MM. les Représentants des Puissances sig-

No. 574. Türkei, 20. Juli 1862.

nataires du Traité de Paris de 1856, pour rechercher d'un commun accord les moyens propres à empêcher le renouvellement des événements si regrettables dont la ville de Belgrade vient d'être le théâtre. ¶ Le soussigné, après avoir pris les ordres de son auguste Maître, s'empresse d'annoncer que la Sublime-Porte n'hésite pas à accepter la proposition susmentionnée avec cette confiance illimitée qu'elle aime à mettre dans la justice de ses augustes alliés et dans leur désir de faire respecter les droits légitimes et les obligations consacrées par les traités. S. A. le Grand-Vizir et le soussigné ont, en conséquence, l'autorisation de Sa Majesté Impériale de se réunir avec M. l'Ambassadeur de S. M. l'Empereur des Français et ses collègues des autres Puissances garantes, afin d'arrêter avec eux, après avoir mûrement considéré le résultat de l'enquête qui vient d'être faite, les bases d'une résolution conforme aux principes d'équité et de droit.

Aali.

No. 575.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel a. d. kais. Min. d. Ausw. — Uebermittlung eines vom engl. Botschafter vorgeschlagenen Pacifications-Projects. —

Thérapia, 6 août 1862.

No. 575. Frankreich, 6. August 1862.

(Extrait.) Monsieur le Ministre, à l'ouverture de la séance, l'Ambassadeur d'Angleterre nous a donné lecture d'un projet d'arrangement en douze points; j'en envoie ci-joint une copie à Votre Excellence.

Moustier.

A Mr. de Thouvenel, etc., *Paris.*

Anlage. — Protocole proposé par l'Ambassadeur d'Angleterre.

I. Pour faciliter aux Puissances garantes l'oeuvre de la pacification, il est du devoir des deux parties de faire cesser toutes mesures tendant à maintenir et à propager l'agitation. ¶ Le Gouvernement serbe, par conséquent, fera disparaître à Belgrade les barricades, retirera les postes avancés, débarrassera la ville de la troupe irrégulière, rappellera les familles de ses employés et fera rouvrir les boutiques. Il discontinuera les armements, tant à Belgrade que dans toute l'étendue du pays. ¶ La Sublime-Porte, de son côté, s'engagera vis-à-vis des Représentants des Puissances garantes à ne pas augmenter, en ce temps, sa garnison à Belgrade, et à ne pas rapprocher ses troupes de la frontière serbe. Tout contact des avant-postes sur la frontière sera soigneusement évité, et les troupes et populations, de part et d'autre, observeront une attitude pacifique.

II. — La position matérielle à Belgrade sera régularisée d'après ces deux principes: sécurité pour la citadelle et séparation des Musulmans d'avec les Serbes. La sécurité pour la citadelle sera assuré par l'établissement d'un rayon de défense; son étendue, aussi circonscrite que possible, sera fixée par les autorités militaires compétentes, et garantie, s'il le faut, par des ouvrages. Toute bâtisse en dedans

No. 575. Frankreich, 6. August 1862.

de ce rayon sera rasée et aucune ne pourra y être construite. ¶ La séparation des Musulmans d'avec les Serbes s'opérera par la retraite des premiers du reste du faubourg compris entre le rayon susindiqué et le fossé qui sépare le faubourg de la ville proprement dite serbe; le fossé sera comblé; les quatre portes de la Save, de Varosch, de Stamboul et de Widdin seront démolies; l'administration exclusive de la partie du faubourg en dehors du rayon restera aux Serbes.

III. — Le Gouvernement ottoman indemnisera ses propres sujets ainsi que les Serbes pour toutes les propriétés dont la démolition aura lieu par suite de l'établissement du rayon susdit. Le Gouvernement serbe indemnisera les Musulmans pour leurs propriétés abandonnées par suite de l'évacuation du faubourg.

IV. — Une commission vérifiera les faits de pillage pendant les derniers événements. Une indemnité équitable sera accordée par le Gouvernement serbe aux sujets inoffensifs de la Porte qui ont été pillés ou qui ont eu leurs maisons pillées, et, lorsqu'on trouvera les coupables, ils seront punis d'après la loi.

V. — Comme les Musulmans quittent un endroit où ils ont habité jusqu'à présent légitimement, le site de leurs édifices religieux ainsi que leurs tombeaux seront respectés.

VI. — La Porte prendra l'engagement officiel vis-à-vis des Puissances garantes de ne recourir à la mesure du bombardement de la ville que dans le seul cas où la citadelle serait réellement attaquée, et alors un signal à déterminer donnera l'avertissement nécessaire aux consuls des Puissances garantes douze heures d'avance.

VII. — Comme la Serbie, par sa position géographique, ne pourrait être menacée militairement que par une seule des Puissances étrangères, et qu'elle aurait, en ce cas, cause commune avec la Porte, ou par la Porte elle-même, ce qui ne saurait advenir en suite d'une entente préalable entre la Porte et les Puissances garantes, tout armement de sa part au delà du strict nécessaire pour le maintien de la tranquillité intérieure est un sacrifice inutile pour le pays et une provocation. Par conséquent, la Serbie s'engagera à n'appeler aux armes au delà de 12,000 Serbes sans le consentement préalable de la Porte. Ce principe se trouve déjà indiqué dans l'Ustav de 1838, garanti par les Puissances.

VIII. — La légion bulgare et tout corps militaire destiné à enrôler des étrangers pour le service de la Serbie seront dissous; le Gouvernement serbe ne donnera point asile à des individus désignés par la Porte comme hostiles à elle.

IX. — Quant aux forts occupés, en vertu des Traités, par les Turcs en Serbie, Feth-Islam faisant partie du système de défense de Widdin, Semendria, comme point militaire sur le Danube, et Chabatz comme place stratégique sur la Save, seront maintenus. Une commission militaire décidera de l'utilité de Sokol et Oujitza, et si ces deux forts ne sont pas jugés essentiels à la défense générale, les fortifications de ces deux points seront rasées, sans pouvoir être rétablies par les Serbes. Les garnisons de ces deux forts seront, en ce cas, retirées du pays.

X. — La Porte s'engage de prendre toutes les plaintes des Serbes en mûre et prompte considération, et d'y répondre dans le laps d'un mois.

No. 575. Frankreich, 6. August 1862.

XI. — Tout malentendu, entre la Porte et la Serbie, devra être éclairci par une commission mixte, présidée par un haut fonctionnaire de la Porte, et, en cas de difficulté d'arrangement, la Porte en référera aux Puissances garantes.

XII. — Le commissaire ottoman, envoyé à Belgrade pour effectuer l'évacuation de la Serbie par les Musulmans, s'il y en a encore séjournant hors des forts, et pour régler, de concert avec le Gouvernement serbe, la vente des propriétés musulmanes sises en dehors desdits forts, ainsi que toute autre question pendante qui en découle, terminera sa tâche dans le laps de trois mois. ¶ Les représentants des puissances garantes, en proposant à la Sublime-Porte l'acceptation du présent arrangement, déclarent n'avoir en vue que de garantir, par des modifications sages puisées dans l'intérêt de la Porte et dans celui de la paix européenne, le maintien des articles 28 et 29 du Traité de Paris. Ils sont persuadés de même que la Serbie y verra le redressement de ses plaintes, et le désir de lever tout obstacle au retour de la bonne entente entre le Gouvernement serbe et la Puissance suzeraine, qui assure l'autonomie et l'existence de la Serbe.

No. 576.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel a. d. kaiserl. Min. d. Ausw. — Uebermittlung eines Exposé über die Mittel zur Wiederherstellung des Friedens zwischen Serbien und der Türkei. —

Thérapia, 12 août 1862.

No. 576. Frankreich, 12. August 1862.

Monsieur le Ministre, il m'a semblé, d'après les rapports de M. Tastu, que le Gouvernement serbe ne se rendait pas un compte exact de la manière dont les questions avaient été posées dans la conférence, et des efforts qui y avaient été faits pour défendre ses intérêts. Désirant constater ces efforts, et empêcher que certaines concessions matérielles ne fussent interprétées comme un abandon de notre point de vue et de nos principes, j'ai cru utile de résumer les idées que j'ai soutenues dès les premières séances dans un travail que j'envoie à Votre Excellence, et dont je compte donner lecture dans la réunion qui aura lieu demain ou après. Cet exposé a été hautement approuvé par les envoyés de Russie et d'Italie, et même par celui de Prusse, à la condition, toutefois, de la part de ce dernier, d'apporter à mes conclusions quelques tempéraments, notamment dans la question des cinq forts, question qu'il ne croit pas pouvoir trancher dans notre sens.

Moustier.

A **Mr. de Thouvenel**, etc., *Paris.*

Anlage. — Exposé lu par l'Ambassadeur de France.

Thérapia, 10 août 1862.

Le rétablissement de rapports réciproques, confiants et bienveillants, entre la Principauté de Serbie et la Puissance suzeraine étant d'un intérêt majeur

aussi bien pour la Turquie que pour la paix européenne, il importe de rechercher tous les moyens d'arriver à ce but et d'écarter avec soin toutes les causes d'irritation et de défiance. Il est désirable que la Sublime-Porte n'épargne aucun sacrifice raisonnable pour prouver aux Serbes qu'elle verrait avec satisfaction et non avec crainte et jalousie, le développement de leur prospérité et de leur autonomie, comme, de leur côté, les Serbes doivent donner à la Sublime-Porte toute assurance qu'ils ne cherchent pas, dans le développement naturel et légitime de cette autonomie, le moyen de rompre les liens qui les attachent à l'empire ottoman, mais, au contraire, de resserrer ces liens par une solidarité mutuelle d'intérêts et de défense réciproques. ¶ L'existence d'une citadelle gardée par des troupes exclusivement turques dans la capitale de la Serbie a donné naissance chez les Serbes à la crainte qui tend à se développer de plus en plus, qu'au lieu d'être appliquée exclusivement et suivant l'esprit des Traités, à la défense du pays contre les agressions étrangères, cette citadelle fût considérée, surtout par la Porte, comme un moyen de pression sur le Gouvernement princier et d'intimidation à l'égard de la population. Le fait que, parmi les Puissances contre lesquelles cette place forte est plus spécialement dirigée il en est qui semblent prendre au contraire un intérêt tout particulier à son maintien, n'a pas peu contribué à entretenir la pensée que les conditions prévues dans les arrangements internationaux se trouvaient entièrement déplacées. Un bombardement malheureux, déploré par la Sublime-Porte et blâmé par toutes les Puissances étrangères, a contribué à donner à ces appréhensions une raison d'être qui rend aujourd'hui plus difficiles de les dissiper et plus nécessaire l'emploi de mesures efficaces pour arriver à ce but. ¶ Parmi ces moyens, celui qui aurait l'effet le plus certain serait l'abandon par la Turquie de la citadelle de Belgrade, et il existe des raisons très-fortes qui eussent pu engager la Sublime-Porte, dans son propre intérêt, à prendre l'initiative de cette mesure, quelque répugnance qu'elle dût éprouver à se dessaisir matériellement de cette position militaire. ¶ Mais, si l'impossibilité de vaincre ces répugnances et si l'opinion de quelques États qui attachent à cette forteresse, au point de vue de l'équilibre européen, une valeur que les autres Puissances n'y aperçoivent pas au même degré, devaient faire renoncer à ce moyen, il est de la plus absolue nécessité d'en trouver un autre d'une réelle efficacité. ¶ Celui qui s'offre le plus naturellement à l'esprit consisterait à donner aux Serbes toutes les garanties possibles, que, destinée uniquement à la défense du pays, la citadelle de Belgrade ne sera pas pour les habitants de cette ville et pour le gouvernement qui y réside, une cause perpétuelle d'appréhensions et de difficultés. Il faut, en effet, que la population soit désormais bien convaincue que la Porte ne fera jamais usage de ses canons du côté de la ville que dans le cas de la plus nécessaire et légitime défense, et que, même dans ce cas, restant fidèle aux sentiments d'humanité dont elle est animée, et dont aujourd'hui nul ne saurait s'écarter sans blesser la conscience et le droit publics, elle ne portera jamais intentionnellement la dévastation au sein d'une cité populeuse, que tous ses intérêts lui commandent de ménager. ¶ Les garanties en question devraient être à la fois morales et matérielles. Les premières seraient obtenues par une déclaration explicite des intentions de la Porte, dont les Puissances

No. 576. Frankreich, 10. August 1862.

No. 576. Frankreich, 10. August 1862.

garantes prendraient acte, et qui serait conforme à l'esprit de l'article 29 du Traité de Paris. Les secondes devraient consister:

1⁰ Dans la destruction de ceux des bastions avancés qui, reconnus inutiles aux besoins réels de la défense, ne pourraient être considérés que comme une menace contre la ville;

2⁰ Dans la réduction équitable de l'armement dirigé du côté intérieur;

3⁰ Dans l'assurance, donnée par la Porte, qu'elle n'entretiendra pas dans la citadelle une garnison hors de proportion avec le but défensif auquel elle est destinée.

D'un autre côté, s'il était reconnu que la défense de la forteresse présente quelque point véritablement défectueux, il serait juste de ne pas refuser à la Sublime-Porte, dans la mesure du possible, les moyens de l'améliorer et d'assurer sa sécurité. Ces moyens ne doivent pas néanmoins être cherchés dans une extension des ouvrages mêmes de la place, que la Porte n'a pas jugé convenable d'augmenter à une époque où elle eût pu le faire sans inconvénient; et que, même dans les circonstances actuelles, il serait sage de diminuer. Il va sans dire que cette observation ne tend en rien à amoindrir le droit de la Sublime-Porte de restaurer les fortifications actuelles, dont l'état de délabrement contraste singulièrement avec l'importance qu'on semble y attacher aujourd'hui. Il est même possible d'admettre que l'on pourrait profiter du déplacement probable d'une partie de la population musulmane pour régulariser le périmètre des glacis, ce qui serait, pour la citadelle, une incontestable amélioration, dans laquelle les Serbes, il faut l'espérer, ne pourraient voir une cause nouvelle de défiance. ¶ Il est toutefois, à ce dernier point de vue, de la plus haute importance de ménager dans ce travail les légitimes susceptibilités d'une population dont le dévouement, si la Sublime-Porte sait se le concilier, vaudra mieux pour elle que des canons et des murailles. S'il était absolument nécessaire de sacrifier pour cet objet quelques maisons serbes, cela serait regrettable, et il faudrait que le nombre en fût aussi restreint que possible. Dans tous les cas, on ne devrait toucher, même partiellement, ni à la cathédrale, ni à l'évêché, ni au séminaire, ni à aucun établissement religieux considérable, ni enfin aux rues marchandes où la vie, la richesse et le mouvement de la ville se trouvent concentrés. ¶ La position de la citadelle, dominant la capitale et le siége du Gouvernement, n'est pas toutefois la seule cause des difficultés actuelles. Elles ont surtout pris leur origine dans les conflits sans cesse renaissants entre la population locale et les Musulmans agglomérés autour des murailles. L'élément serbe n'étant au fond animé d'aucun sentiment d'hostilité systématique envers l'élément musulman, ces conflits sont beaucoup moins dus à l'incompatibilité des races qu'à la juridiction que les autorités militaires exerçaient, non-seulement sur les individus d'origine turque, mais encore sur toutes leurs propriétés mélangées à celles des Serbes. Cet état de choses amenait des contestations fâcheuses entre le Gouvernement princier et les gouverneurs de la citadelle, et entretenait au sein des différents groupes d'habitants un état de défiance et d'hostilité auquel leurs sentiments naturels ne les portaient pas. Il est de l'intérêt de tous de substituer à cet état de choses une organisation plus conforme aux nécessités actuellement reconnues.

Il convient, en conséquence, de supprimer toutes les séparations matérielles qui servent encore à marquer les distinctions que tout commande d'effacer, c'est-à-dire les murailles, les portes, les fossés qui isolent la ville primitive de ses faubourgs. Il convient surtout de donner au Gouvernement princier un droit absolu de juridiction sur toutes les personnes sans distinction qui habitent hors de l'enceinte de la forteresse, et de lui permettre ainsi d'assurer d'une manière définitive et sous sa responsabilité l'ordre public. Cela ne suffirait pas toutefois. Moins il est possible, en effet, de procurer aux Serbes le grand apaisement moral qui fût résulté de l'abandon de la citadelle de Belgrade, plus il est essentiel, dans des choses d'une moindre importance, de leur donner des témoignages de la confiance de la Sublime-Porte. Il serait donc extrêmement regrettable que celle-ci persistât à vouloir conserver les petits forts qu'elle possède en Serbie, et que les Serbes regardent, à tort ou à raison, comme un témoignage de la différence que la Sublime-Porte, dont ils ont toujours été les sujets fidèles, met entre eux et les Principautés voisines sur lesquelles elle a le même droit de suzeraineté, et qui se voient traitées avec une beaucoup plus grande faveur. Ces forts sont d'ailleurs d'une valeur trop secondaire, en raison de leur peu d'étendue, des faibles garnisons qu'ils peuvent contenir, de leur situation et de l'état de délabrement où ils se trouvent, pour qu'elle doive les envisager comme des moyens de défense sérieux et comme pouvant résister à une attaque du dehors. Comme moyen même de contenir les populations, leur insuffisance est notoire. Ils sont donc seulement des objets de défiance et d'irritation, des causes incessantes de conflits, que le Gouvernement de Sa Majesté le Sultan ne peut hésiter à supprimer. ¶ Si la Porte entrait franchement dans les voies qui viennent d'être indiquées, personne ne pourrait voir dans les mesures qui seraient la conséquence de ses sages résolutions rien qui pût ressembler à des concessions arrachées par la force ou la nécessité. Tout le monde lui saurait gré d'avoir écouté les inspirations d'une politique aussi élevée que généreuse, dont il serait impossible aux Serbes de méconnaître la grandeur et qui, en calmant leurs passions aujourd'hui surexcitées, les laisserait seulement en face de leur intérêt bien compris, qui est de rester unis à la puissance suzeraine, de la défendre et de s'appuyer sur elle.

No. 576. Frankreich, 10. August 1862.

No. 577.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel a. d. Min. d. Ausw. — Den Schluss der Conferenz betr. —

Thérapia, le 9 septembre 1862.

Monsieur le Ministre, nous avons eu jeudi dernier, chez Aali-Pacha, une dernière réunion dans laquelle, comme je vous l'ai mandé par le télégraphe, nous avons arrêté un projet en douze articles, que le Grand-Vizir et le Ministre des Affaires étrangères ont accepté, sauf l'approbation du conseil des Ministres et du Sultan. Dimanche, mes collègues se sont réunis chez moi. Nous avons relu attentivement ce projet, et après y avoir fait quelques légères modifications de style, nous l'avons signé tous les six. Sir H. Bulwer l'a porté lui-même ce

No. 577. Frankreich, 9. Sept. 1862.

No. 577. Frankreich, 9. Sept. 1862.

matin à la Porte, dont l'acceptation définitive ne paraît faire pour lui aucun doute. J'en joins ici une copie.

Moustier.

A **Mr. de Thouvenel**, etc., *Paris.*

Anlage 1. — Protocole sur l'affaire de Serbie, signé à Constantinople le 8 septembre 1862.

Les événements dont la Principauté de Serbie a été dernièrement le théâtre ayant engagé la Sublime-Porte à réunir en conférence les Représentants des Puissances signataires du traité de Paris, ceux-ci, désireux d'écarter avant tout les sources nouvelles d'irritation, ont cru devoir s'abstenir de soumettre à une investigation minutieuse les causes immédiates de ces incidents regrettables. Ils se sont donc bornés à constater que le rétablissement de rapports confiants et bienveillants entre la Puissance suzeraine et la Principauté était d'un intérêt majeur, aussi bien pour la Turquie que pour la paix européenne, et qu'il importait de rechercher avec soin tous les moyens propres à atteindre ce but. Ils ont reconnu avec satisfaction que, disposée à apporter à l'état de choses qui a subsisté jusqu'ici en Serbie des modifications propres à supprimer les motifs de dissentiment et de conflit, la Sublime-Porte avait à coeur d'user de tous les moyens en son pouvoir pour convaincre les Serbes qu'elle prend l'intérêt le plus sincère au développement naturel de leur prospérité et de leur autonomie. Il est donc du devoir des Serbes de donner de leur côté à la Sublime-Porte, par des témoignages irrécusables, la confiance que dans le développement légitime de cette autonomie ils ne cherchent pas les moyens de relâcher les liens qui les unissent à l'Empire ottoman, mais qu'ils s'efforceront toujours, au contraire, de resserrer ces liens et de fortifier la solidarité mutuelle que créent la communauté des intérêts et les besoins de la défense mutuelle. ¶ Pour réaliser ces intentions aussi sages que généreuses, la Sublime-Porte a pris sans hésiter, vis-à-vis des Représentants des Puissances garantes, les engagements suivants qu'elle s'empressera de faire connaître par un firman publié dans les formes usitées, aussitôt que les Serbes auront rasé entièrement les ouvrages nouvellement élevés dans le faubourg ou entre le faubourg et les murs de la forteresse. Les Serbes devront également raser les ouvrages militaires qu'ils auraient pu indûment élever, depuis les derniers événements, dans d'autres parties de la Principauté. ¶ L'intention de la Sublime-Porte est d'enlever de son côté les ouvrages qui ont été élevés depuis la même époque par les autorités turques dans un but défensif qui n'aura plus de raison d'être, le Gouvernement ottoman n'ayant pas de plus vif désir que de voir disparaître, dans l'ordre moral comme dans l'ordre matériel, toutes les traces de déplorables malentendus.

Article premier.

Pour supprimer la possibilité de conflits résultant du mélange, dans le même lieu, des populations musulmane et serbe, le Gouvernement ottoman

transférera en toute propriété au Gouvernement serbe, à la charge par lui d'en indemniser les propriétaires, tous les terrains et maisons appartenant aujourd'hui à des Musulmans dans le faubourg de Belgrade. La Porte abandonnera au même titre audit Gouvernement les murailles, fossés, ouvrages formant l'ancienne enceinte qui sépare la ville moderne de l'ancienne ville, qu'on appelle faubourg, ainsi que les quatre portes de la Save, de Warosch, de Stamboul et de Widdin. Ces fossés, murailles, portes et ouvrages devront être rasés et nivelés. ¶ Les Serbes ne pourront, sur ce terrain, élever aucun ouvrage militaire. Ces modifications à l'ancien état de choses auront pour conséquence que la juridiction exclusive des autorités serbes s'étendra à l'avenir sur la totalité de la ville comme au faubourg de Belgrade. ¶ Tous les édifices religieux et les tombeaux que la population musulmane laisserait debout en se retirant des lieux, qu'elle a occupés jusqu'ici en vertu de droits séculaires, seront scrupuleusement respectés.

Art. 2.

Décidée à maintenir dans toute leur intégrité ses droits sur la citadelle de Belgrade tels que les traités les ont consacrés, la Sublime-Porte, sans vouloir en rien en aggraver pour les Serbes les conditions, est fondée néanmoins à rechercher les moyens de mettre cette place forte sur un pied de défense suffisant, et croit nécessaire de donner à l'esplanade actuelle plus de régularité, et, sur certains points où cette extension ne peut inquiéter la ville, plus d'étendue. ¶ Cette extension sera donc prise sur le quartier occupé presque exclusivement par les Musulmans, et compris entre la citadelle, le Danube et une ligne passant par le Teché de Cheihk Haçan et la Mosquée d'Ali-Pacha. Si la Porte croyait qu'il fût absolument indispensable de pousser la démolition du quartier musulman un peu plus loin que la ligne précitée, la Commission militaire mixte, dont il est question dans l'article 5, aurait à en apprécier les motifs et à prendre une décision à cet égard. S'il se trouve dans cet espace quelques maisons non musulmanes, le Gouvernement ottoman en indemnisera les propriétaires. Il va sans dire qu'il se charge d'indemniser tous les expropriés qui se trouvent sous sa juridiction directe. Quant au quartier exclusivement serbe, le Gouvernement ottoman, dont la pensée ne peut être de toucher aux édifices religieux, tels que la cathédrale, le séminaire et l'évêché, ni aux rues marchandes, s'entendra à l'amiable avec le Gouvernement princier pour l'achat des quelques maisons que des juges compétents déclareraient absolument nécessaires pour compléter l'esplanade dans cette direction, et prendra soin de faciliter le consentement des propriétaires par l'offre de généreuses compensations. ¶ Aucune construction, de quelque nature qu'elle soit, ne devra subsister ou être élevée à l'avenir sur le terrain de cette esplanade, qui demeurera la propriété exclusive du Gouvernement turc. Personne ne devra y résider, même temporairement.

Art. 3.

Le Gouvernement serbe prendra soin de faire restituer en nature ou en valeur tous les objets mobiliers que les Musulmans ont laissés dans leurs maisons ou boutiques lorsqu'ils se sont retirés dans la citadelle. Si, lors des désordres qui ont eu lieu dans ce moment, quelque habitant serbe avait, par le fait des Musulmans, subi des pertes du même genre, il serait indemnisé par le Gouverne-

No. 577 (1). Frankreich, 8. Sept. 1862.

ment ottoman. ¶ Les deux Gouvernements s'entendront dans une négociation confidentielle et amicale sur le mode de cette restitution et de l'indemnité en question.

Art. 4.

La Porte, fermement résolue à maintenir tous ses droits sans jamais les dépasser, proteste qu'on ne saurait concevoir avec la moindre espèce de fondement l'appréhension que la citadelle de Belgrade, destinée à la défense du pays, puisse être considérée comme un moyen de porter atteinte aux immunités reconnues à la Serbie par les Sultans et garanties par les Traités. Ses sentiments paternels à l'égard de la Principauté excluent de sa part toute pensée de vouloir exercer une pression sur le Gouvernement princier ou une intimidation sur la population. Comme témoignage de ses intentions, la Sublime-Porte n'a pas hésité à communiquer à la conférence les instructions qu'elle a préparées, et qui formeront désormais la règle invariable de conduite des Gouverneurs de Belgrade. ¶ Les Représentants, en prenant acte de l'engagement qui résulte de cette communication, sont heureux de constater que ces instructions laissent aux Puissances toute certitude que la Sublime-Porte n'a aucune intention de donner à l'armement des remparts du côté de la ville un caractère menaçant pour cette dernière, ni de faire usage de ces canons du même côté, si ce n'est dans le cas de la plus nécessaire et légitime défense, et que, même dans ce cas, restant fidèle aux sentiments d'humanité dont elle ne peut cesser d'être animée, la Sublime-Porte ne souffrira jamais que la dévastation soit intentionnellement portée au sein d'une cité riche et populeuse dont tous les intérêts sont si étroitement unis aux siens. ¶ La Sublime-Porte, d'ailleurs, ne doute pas que les Serbes ne veillent scrupuleusement à ce que la citadelle ne puisse être placée, par des actes d'hostilité, dans la douloureuse nécessité de repousser la force par la force. La Sublime-Porte ne fait aucune difficulté d'ajouter que, résolue à examiner l'état actuel des remparts de la citadelle afin de les restaurer et de les placer dans des conditions défensives satisfaisantes, elle fera également porter cet examen sur la question de savoir si les ouvrages les plus avancés du côté méridional pourraient être modifiés avantageusement sans nuire à la sécurité de la forteresse et aux bonnes conditions de la défense que, dans aucun cas, elle ne saurait laisser amoindrir.

Art. 5.

Le nouveau périmètre de l'esplanade sera tracé par une commission militaire mixte, composée d'un officier désigné par chacune des puissances garantes et d'un officier désigné par le Gouvernement ottoman. Cette commission s'entourera de toutes les informations locales qui pourraient l'aider à résoudre cette question; elle fera son rapport à la Sublime-Porte, qui accueillera avec bienveillance toutes les observations que le Gouvernement serbe croirait devoir lui soumettre à ce sujet. La conférence verrait avec plaisir que la Sublime-Porte s'éclairât de l'avis de cette commission pour l'examen dont il est question dans la dernière partie de l'article précédent. ¶ Une commission civile mixte, composée de membres nommés par le Gouvernement ottoman et le Gouvernement Serbe, réglera toutes les questions d'expropriation et d'indemnités qui sont

prévues dans le présent arrangement, sauf celles qui ne doivent être débattues qu'entre le Gouvernement turc et les propriétaires qui ressortissent de sa juridiction directe. Cette Commission devra avoir terminé sa tâche dans le délai de quatre mois.

No. 577. (1.) Frankreich, 8. Sept. 1862.

Art. 6.

La Sublime-Porte, ne voulant entretenir dans la Principauté de Serbie que le nombre de points fortifiés qui lui paraissent réellement nécessaires à la sécurité de l'Empire ottoman, s'est livrée à un examen attentif de cette question, et se fait un plaisir de déclarer à la conférence que son intention est de démolir dès à présent, parmi les forteresses qui lui appartiennent, celles de Sokol et d'Oujitza, qui ne devront jamais être relevées sans le consentement mutuel de la Sublime-Porte et du Gouvernement serbe. Elle regarde le maintien des forteresses de Feth-Islam, de Chabatz et de Semendria comme indispensable au système général de défense de la Turquie.

Art. 7.

Ne désirant user des droits qui lui appartiennent dans la Principauté de Serbie que dans les limites qu'exige sa propre sécurité, la Sublime-Porte n'entretiendra dans les points fortifiés qu'elle y occupe, soit à Belgrade, soit à Feth-Islam, Semendria et Chabatz, que des garnisons proportionnées à l'étendue de ces places et aux besoins réels de leur défense.

Art. 8.

La Sublime-Porte s'engage à prendre des mesures immédiates, d'accord avec le Gouvernement serbe, pour que tous les habitants musulmans qui résident autour des cinq points fortifiés qu'elle occupe en vertu des traités, et qui sont désignés dans les articles précédents, puissent vendre leurs propriétés et se retirer du sol serbe le plus promptement possible. ¶ Le commissaire ottoman, envoyé à Belgrade à l'effet de régler cette question et d'autres qui étaient antérieurement pendantes, devra avoir terminé sa tâche dans le délai fixé par la Commission civile mixte désignée dans l'art. 5. Il est bien entendu qu'il n'y a rien dans ce qui précède qui doive empêcher les Musulmans de voyager pour leurs affaires dans l'intérieur de la Principauté, à la charge de se conformer aux lois du pays.

Art. 9.

Il est dans les intentions de la Sublime-Porte de veiller à ce que le gouverneur de la citadelle de Belgrade se renferme strictement dans l'exercice de ses fonctions militaires, et ne cherche à exercer, directement ou indirectement, aucune ingérance, si légère qu'elle soit, dans les affaires de la cité ou de la Principauté. Elle tiendra également la main à ce qu'il observe et fasse observer vis-à-vis du Prince et de son Gouvernement tous les égards auxquels ils ont droit. De leur côté, le Prince et son Gouvernement agiront dans le même esprit vis-à-vis du gouverneur de la citadelle, ne se permettront aucun empiétement sur ses attributions, et veilleront a ce que tous les fonctionnaires ottomans soient traités en toutes circonstances conformément à leur rang. ¶ Les mêmes procédés seront observés entre les commandants des trois forts que la Sublime-Porte conserve en dehors de la citadelle de Belgrade et les autorités serbes voisines.

No. 577. (1.)
Frankreich,
8. Sept.
1862.

Art. 10.

Tout corps particulièrement recruté d'étrangers à la Serbie devra être dissous, et le Gouvernement serbe s'abstiendra soigneusement de motiver, par une extension abusive du droit d'asile, la défiance de la Sublime-Porte.

Art. 11.

Quant aux questions qui ne sont pas prévues au présent arrangement et qui sont de nature à influer sur les bons rapports de la Turquie et de la Serbie, la Conférence ne doute pas que le Gouvernement serbe ne s'empresse de les traiter avec la Puissance suzeraine, dans le désir de donner à celle-ci toutes les satisfactions possibles et légitimes. Il est désirable, en particulier, que le prince Michel s'efforce d'aller au-devant des appréhensions que la nouvelle organisation militaire de la Serbie a fait naître à Constantinople. — La Sublime-Porte a déjà déclaré qu'elle n'entretiendra dans ses forteresses que le nombre d'hommes nécessaire pour en assurer la défense; elle considère comme naturel que le Gouvernement serbe n'entretienne pas un nombre d'hommes supérieur à ce qui est nécessaire pour le maintien de la tranquillité et de l'ordre intérieur du pays. ¶ Les limites dans lesquelles la Porte exercera son droit de garnison sont faciles à apprécier et même à déclarer. Il sera aisé au Prince de Serbie de donner des déclarations également satisfaisantes sur le nombre d'hommes dont se composerait son effectif normal, et d'arriver, par un échange de communications confidentielles et amicales entre les deux parties, à un arrangement qui, faisant disparaître de part et d'autre tous les doutes et ne portant atteinte à aucun des droits de la Principauté, puisse rassurer la Sublime-Porte sur le chiffre et l'emploi de l'effectif, qui doivent être conformes à l'esprit des hatti-chérifs.

Art. 12.

Les Serbes trouveront toujours la Sublime-Porte disposée à accueillir les réclamations qu'ils pourraient avoir à formuler par la suite dans un esprit bienveillant et équitable, et elle y répondra dans le plus court délai possible. ¶ Les Puissances garantes, en donnant à la Sublime-Porte les conseils qui ont servi de base au présent arrangement, et en prenant acte de ses bonnes intentions, déclarent n'avoir eu en vue que de garantir le maintien des articles 28 et 29 du traité de Paris, au moyen de sages modifications fondées sur l'intérêt de la Turquie et de la Serbie, et dictées par le désir de consolider la paix européenne. — Elles sont convaincues qu'appréciant les efforts qui ont été faits pour donner, dans la mesure du juste et du possible, satisfaction à leurs plaintes et à leurs désirs, et, ramenés à un sentiment vrai de leur situation, les Serbes comprendront que leur intérêt est de rester unis à la Puissance suzeraine, de s'appuyer sur elle et de contribuer à la défense générale de l'Empire avec la fidélité dont ils ont toujours donné tant de preuves et qui seule peut assurer l'autonomie et l'existence de la Serbie.

Anlage 2. — Instructions de la Porte au Gouverneur de Belgrade.

La Sublime-Porte a été toujours animée de la plus haute bienveillance à l'égard de la population serbe; comme conséquence naturelle de cette bien-

veillance, notre auguste souverain désire sincèrement le développement progressif de sa prospérité, et, mue par ce principe invariable, Sa Majesté Impériale ne saura tolérer qu'on puisse y porter atteinte. C'est donc pour vous en faire pénétrer, et afin de prévenir tout conflit d'autorité, que j'ai l'ordre souverain de vous indiquer les points suivants qui doivent vous servir de règle de conduite dans l'exercice de vos fonctions:

No. 577. (2.) Frankreich, 8. Sept. 1862.

1⁰ Vous savez que l'administration intérieure de la Principauté de Serbie est exclusivement confiée au Prince et à ses fonctionnaires, vous n'aurez par conséquent à vous immiscer d'aucune façon dans les affaires qui concernent cette administration.

2⁰ Vous ferez tout votre possible pour vivre en bonne harmonie avec l'Administration serbe, et vous aurez à rendre personnellement et à faire rendre par vos subordonnés, tant au Prince qu'à tous ses fonctionnaires, tous les égards auxquels ils ont droit. De même, et naturellement, les Serbes ne s'immisceront en aucune manière dans ce qui regarde la forteresse, et ils vous témoigneront et feront témoigner le respect dû à un haut fonctionnaire de la Sublime-Porte ainsi qu'aux officiers de la garnison.

3⁰ Vous ne donnerez aucun air de menace, et qui peut, sans nécessité, inquiéter ou alarmer la population serbe à la disposition de votre artillerie sur les remparts tournés vers la ville.

4⁰ Vous ne ferez usage de l'artillerie que dans le cas d'attaque sérieuse tentée contre la forteresse que vous êtes chargé de défendre.

5⁰ Dans le cas de défense nécessaire, et dans ce cas seulement, vous vous servirez de votre artillerie, ayant soin de ne diriger le feu que sur les parties de la ville d'où provient l'attaque, et, vous inspirant toujours des intentions généreuses de sa Majesté Impériale, d'épargner autant que possible une ville à la conservation de laquelle Elle attache le plus grand prix.

6⁰ Vous devez comprendre que l'article précédent n'a pour objet que de fixer la ligne de conduite que vous devez suivre dans des éventualités que vous devez avant tout faire votre possible pour éviter.

Si, après avoir épuisé tous les moyens de conciliation, vous vous trouvez dans la fâcheuse nécessité de faire usage de vos canons pour repousser une attaque contre la forteresse, vous tâcherez d'en prévenir à l'avance les consuls résidants à Belgrade, et s'il est possible, les habitants paisibles de Belgrade.

No. 578.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kais. diplomat. Agenten in London, Berlin, Wien und St. Petersburg. — Die Ordnung der serbisch-türkischen Streitfrage betr. —

Paris, 18 septembre 1862.

Monsieur, après une dixième et dernière réunion, les membres de la Conférence de Constantinople ont signé l'arrangement relatif à la Serbie, et j'ai l'honneur de vous l'envoyer ci-annexé. ¶ J'aime à penser que les stipulations dé-

No. 578. Frankreich, 18. Sept. 1862.

No. 578. Frankreich, 18. Sept. 1862.

finitivement arrêtées feront prévaloir dans l'avenir les idées dont la Conférence avait à s'inspirer pour la pacification de la Serbie. Ainsi que vous le verrez, il n'y aura plus désormais dans la Principauté de population musulmane, ni, par conséquent, d'autre juridiction que la juridiction serbe. Si la Porte garde quatre points fortifiés placés sur la frontière, ces quatre positions seront approvisionnées par le Danube et par la Save, et rien ne pourra motiver, à cet égard, de conflits entre l'autorité serbe et l'autorité turque. ¶ Le Gouvernement ottoman a compris qu'il convenait à ses propres intérêts d'assurer une nouvelle force aux garanties stipulées en vue de maintenir la tranquillité dans la capitale de la Serbie. A cet effet, le Gouvernement du Sultan a préparé et soumis à la Conférence des instructions qui formeront dorénavant la règle invariable de conduite des gouverneurs de Belgrade, et les Représentants des Puissances ont pris acte de cette communication *comme d'un engagement.* Le bombardement, considéré comme moyen d'intimidation ou de punition, y est formellement réprouvé. D'autre part, la Porte s'engage, non-seulement à n'entretenir dans les forts que des garnisons proportionnées à leur étendue et aux besoins de la défense, mais, en outre, à ne pas donner à l'armement de la citadelle de Belgrade, du côté de la ville, un caractère menaçant. Le Gouvernement ottoman a même promis d'examiner si, en restaurant les murailles de la forteresse il ne pourrait pas reculer les ouvrages avancés qui sont tournés vers la ville, et il s'éclairera sur ce point de l'avis de la Commission mixte européenne, dans laquelle nous avons seulement à regretter l'absence d'un officier de la Principauté. Vous remarquerez en même temps, Monsieur, qu'en aucun cas il ne pourra être touché à une seule maison du quartier serbe sans le consentement du Prince et des propriétaires. Après les prétentions qui s'étaient élevées au sujet de l'extension du glacis de la forteresse, je n'ai pas besoin d'insister sur l'importance de ce résultat. ¶ Une des questions les plus épineuses a été celle de la limitation de l'armée serbe. La Porte a déclaré, dans l'article 11, qu'elle trouve naturel que cette armée soit strictement fixée à ce qui est nécessaire pour assurer la tranquillité et l'ordre intérieur du pays. Mais l'Ambassadeur de Sa Majesté et M. le Prince Lobanoff ont fait observer qu'ils ne pouvaient considérer cette opinion que comme personnelle à la Porte et n'engageant en rien l'interprétation que les Puissances pourraient, le cas échéant, avoir à faire des hatti-chérifs, et c'est purement et simplement à l'esprit de ces actes que la Conférence a cru devoir se référer. ¶ Du reste, la limitation de l'armée serbe sera l'objet d'une négociation particulière entre la Porte et le Prince, et elle sera traitée à l'amiable, concurremment avec la limitation des garnisons ottomanes. ¶ Je tiens à constater en terminant que, dans le cours de ces laborieux débats, l'Ambassadeur de Sa Majesté a fait preuve d'un sentiment de conciliation auquel tous ses collègues se sont plu à rendre la plus entière justice. Tout en sauvegardant, dans une juste mesure, l'amour-propre de la Turquie, la solution intervenue est conçue de manière à consacrer les droits de la Serbie et à lui assurer la position qui lui appartient. ¶ Le Gouvernement du prince Michel l'examinera, nous n'en doutons pas, avec sagesse et impartialité, et il se convaincra que la situation de la Principauté s'en trouve sensiblement améliorée. Quant au Gouvernement de l'Empereur, en tenant compte des circonstances et

des résultats obtenus, il ne peut qu'applaudir à l'esprit dans lequel a été rédigé un arrangement qui réussira, nous l'espérons, à prévenir le retour des événements qui ont nécessité l'intervention collective des Puissances.

No. 578. Frankreich, 18. Sept. 1862.

Thouvenel.

No. 579.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kais. Botschafter in Constantinopel. — Befriedigung über die Ordnung der serbischen Angelegenheiten. —

Paris, le 19 septembre 1862.

No. 579. Frankreich, 19. Sept. 1862.

Monsieur le Marquis, la lecture attentive de l'arrangement relatif à la Serbie que vous avez signé avec vos collègues et avec les ministres du Sultan m'a confirmé dans l'impression que je vous exprimais dans ma dernière dépêche. En tenant compte des circonstances et en examinant les résultats obtenus, on ne saurait méconnaître les avantages réels acquis à la Principauté, et qui constituent pour elle un progrès véritable. Nous avons donc appris avec plaisir la signature de cet arrangement, et je ne puis que vous féliciter de nouveau de la part que vous avez prise à la conduite et à la conclusion de cette affaire. Le Gouvernement du prince Michel, en regrettant peut-être qu'une satisfaction plus complète n'ait pas pu être donnée à ses voeux sur tous les points, reconnaîtra cependant, je l'espère, le bénéfice qui résulte pour la Serbie de ces conditions qui vont régler désormais ses rapports avec la Turquie, et qui laissent l'avenir ouvert aux améliorations que le temps peut amener. En annonçant à M. Tastu la conclusion de l'arrangement, je l'invite à s'inspirer de ces considérations et des observations présentées dans vos dépêches, que je lui fais sommairement connaître, pour recommander autour de lui la sagesse et la prudence, et pour bien faire comprendre au Gouvernement serbe l'intérêt qu'il a à s'assurer, en s'accommodant de sa situation nouvelle, tout le profit qu'il en peut tirer pour son développement intérieur.

Thouvenel.

A Mr. le Marquis de Moustier, etc., *Constantinople.*

No. 580.

TÜRKEI. — Der Grossvezier a. d. Fürsten Michael von Serbien. — Das Ergebniss der Conferenz von Constantinopel betr. —

17 septembre 1862.

No. 580. Türkei, 17. Sept. 1862.

Mon prince, — J'ai l'honneur d'envoyer ci-joint à Votre Altesse une copie authentique du protocole définitivement arrêté, le 4 septembre 1862, entre la Sublime-Porte et Leurs Excellences les représentants des Puissances garantes, relativement aux affaires de la Servie. ¶ Sa Majesté Impériale le sultan, ayant bien voulu sanctionner tout le contenu de ce document, le firman nécessaire sera expédié immédiatement à Son Excellence le Gouverneur de Belgrade, pour être communiqué à Votre Altesse, conformément aux termes du préambule dudit

No. 580. Türkei, 17. Sept. 1862.

protocole, aussitôt que, de concert avec Votre Altesse, on aura fait disparaître toutes les traces des malheureux événements qui, nous l'espérons, ne se renouvelleront jamais. La Sublime-Porte est persuadée, mon prince, que Votre Altesse trouvera, dans ce qui vient d'être décidé, une nouvelle et éclatante preuve de la haute bienveillance dont elle est réellement animée à l'égard de la nation serbe. ¶ L'auguste suzerain ne doute pas non plus que le prince distingué qui est appelé à la gouverner ne consacre tous ses efforts au développement de la prospérité et du bien-être de cette intéressante population, tout en restant fidèle aux lois fondamentales comme aux obligations reconnues et garanties par les traités. ¶ De son côté, le Gouvernement impérial ne négligera rien, Votre Altesse peut en être persuadée, pour asseoir ses relations avec la Principauté sur la base d'une confiance mutuelle. ¶ Veuillez agréer, etc.

Fuad.

A S. A. le prince Michel Obrenowitch, etc.

No. 581.

SERBIEN. — Fürst Michael a. d. Grossvezier des Sultans. — Bemerkungen über die beliebte Ordnung der serbischen Angelegenheiten. —

No. 581. Serbien, Sept. 1862.

Altesse, — Par sa lettre du 17 septembre, Votre Altesse a bien voulu me communiquer le protocole arrêté le 4 septembre entre la Sublime-Porte et Leurs Excellences les représentants des Puissances garantes, relativement aux derniers événements de Belgrade. ¶ Ces événements regrettables, Altesse, m'avaient bien douloureusement affecté, et, confiant dans les sentiments de justice et de bienveillance de la Sublime-Porte et des Puissances garantes, j'attendais avec impatience que, dans l'intérêt commun, des mesures convenables fussent adoptées pour rendre impossible le retour de pareils malheurs. ¶ Mais plus ma confiance était grande, plus j'ai été affligé de voir que l'arrangement qui a été adopté ne présente pas, sous certains rapports, des conditions que je croyais être en droit d'attendre de la justice et des bonnes dispositions de la Sublime-Porte et des Puissances garantes. ¶ En effet,

1⁰ Le fait de bombardement, cause de tant de malheurs, ne se trouve pas même blâmé ni condamné, soit directement, soit indirectement. Tandis que les pertes éprouvées par des Musulmans à la suite du bombardement doivent être dédommagées, les innocentes victimes du bombardement se trouvent, sans le moindre égard ni compensation, abandonnées à leur triste sort. Le principal grief de la Servie, la cause de tant de ruines, la source de toute défiance pour l'avenir, ne sont donc pris en aucune considération.

2⁰ Quoiqu'il ait été démontré que, loin d'avoir été attaquée par les Serbes, la forteresse de Belgrade elle-même a commis agression sur une ville sans défense, on a néanmoins pourvu, par des mesures matérielles à prendre au détriment de la ville, à l'accroissement de sa sécurité et de sa force. ¶ Après avoir déclaré nécessaire, pour l'élargissement de l'esplanade, la démolition du quartier appelé musulman — qui pourtant contient un plus grand nombre d'habi-

tations non musulmanes que purement musulmanes — jusqu'à une ligne qui passerait par le Teché de Schéik-Hassan et la mosquée d'Ali-Pacha vers le Danube, le protocole autorise la commission militaire à pousser cette ligne de démolition un peu plus loin, si la Sublime-Porte le trouve indispensable, de manière que la démolition de la ville pourrait prendre des proportions tout à fait inattendues, sans nécessité réelle, et en tous cas hors de rapport avec l'éspace libre du côté des autres parties de la forteresse. ¶ Bien plus, le protocole impose au Gouvernement serbe de s'entendre avec le Gouvernement ottoman sur l'expropriation de quelques maisons du quartier exclusivement serbe, que des juges compétents considéraient nécessaires pour compléter l'esplanade. Ainsi, non-seulement la Servie se voit déçue dans sa juste attente de se voir placée à l'abri d'une agression ultérieure de la forteresse, mais encore des maisons serbes devraient être sacrifiées pour la convenance de la forteresse, et le Gouvernement serbe devrait lui-même coopérer à rendre plus formidable une menace qui a déjà pu une fois se réaliser impunément.

No. 581. Serbien, Sept. 1862.

3⁰ Quant aux garanties morales, les seules que le protocole contienne contre le renouvellement d'une agression non provoquée, la triste expérience des événements récents a démontré suffisamment combien les excellentes intentions du Gouvernement impérial peuvent être éludées, et combien de faits inqualifiables peuvent se passer impunément pour leurs auteurs et sans dédommagements pour leurs victimes.

Telles sont, Altesse, les pensées et les réflexions que la lecture du protocole a produites en moi, et sur lesquelles il m'est impossible de ne pas m'ouvrir à Votre Altesse. ¶ J'aurais éprouvé un sentiment de vrai bonheur si, au lieu d'avoir à soumettre à Votre Altesse des observations en faveur desquelles j'invoque toute son attention éclairée et bienveillante, j'avais pu saluer dans l'arrangement intervenu une nouvelle ère de relations confiantes et bienveillantes, stables et durables, que j'ai toujours appelées de mes voeux, et auxquelles je suis disposé à coopérer de la manière la plus cordiale, étant convaincu qu'elles sont de nature à servir efficacement les intérêts communs les plus chers de l'empire et de cette principauté. ¶ J'ose compter sur la haute bienveillance de Sa Majesté Impériale, mon auguste suzerain, pour espérer que cet acte de franchise de ma part sera accueilli avec indulgence. J'aurais agi contre ma conviction et ma loyauté envers mon auguste suzerain, si, dissimulant la gravité de la situation où les derniers événements m'ont placé malgré moi, je m'abstenais d'appeler l'attention de la Sublime-Porte sur des points qui m'ont paru peu propres à inaugurer une ère de confiance et de bienveillance, qu'il est dans les généreuses intentions de Sa Majesté Impériale de favoriser, et dont je serais le premier à saluer et à bénir l'avénement. ¶ J'ai à coeur de dire à cette occasion à Votre Altesse que cette opinion que je lui soumets sur certains points de l'arrangement ne me fera nullement dévier de la voie droite et n'affaiblira en rien l'intérêt que j'attache à la conservation de la paix et des bonnes relations avec les autorités de S. M. le sultan. La franchise avec laquelle j'agis devrait me dispenser de donner à Votre Altesse d'autres gages de la droiture de mes sentiments. Néanmoins, Altesse, je proteste formellement de la sincérité de mes paroles et de la

No. 581. Serbien, Sept. 1862.

droiture de mes intentions. ¶ En priant Votre Altesse de vouloir bien mettre aux pieds de Sa Majesté Impériale le tribut de mes profonds hommages, je profite de cette occasion pour lui offrir l'assurance de mes sentiments de haute considération.

Michel Obrenovitch.

A S. A. Fuad-Pacha, etc.

No. 582.

SERBIEN. — Fürst Michael a. d. k. grossbrit. Min. d. Ausw. — Klagen über das Bombardement von Belgrad und Bitte um den Schutz Englands*). —

Belgrade, June 29 (July 9), 1862.

No. 582. Serbien, 9. Juli 1862.

My Lord, — The Government of Her Majesty the Queen is aware of the violence and aggression of which the Servian people have recently been the victim. At a time when my officials were making every possible effort to maintain order and ensure the public tranquillity, a bombardment, without example in history, in defiance of all laws human and Divine, without any warning, without even any motive, as has been agreed by the consular body, threw terror into the population and transformed the capital of my country, the centre of the commerce and wealth of all Servia, into a deserted and ruined town. The fruit of so much labour, the fortunes of thousands of families have been destroyed and lost, a city hitherto prosperous has been driven backwards 20 years, and God alone knows how and when it will be possible to repair this great evil which has come upon us in the midst of profound peace, when, on the faith of treaties and under the guarantee of the European Powers, we thought ourselves in perfect security. ¶ True, my Lord, to all the laws of good faith, I did not hesitate to repress the natural enthusiasm of my people for their brethren of the Herzegovina and of Bosnia, and even to make sacrifices trying to my feelings (*douloureux à mon coeur*) with the sole object of failing in no respect in my duty of loyalty towards the suzerain, and of preventing ulterior complications and disasters. ¶ In acting thus, my Lord, I was very far from thinking that the ruin of the town of Belgrade and the lamentable consequences which result from it, would be the recompense of such conduct. ¶ I beg your Lordship to judge yourself whether it is possible for Servia to resign herself to so desperate a fate. Can the Government of Her Majesty the Queen leave the country a prey to continual terror, at the mercy of the most simple accident, or even of pure chance? Can it, above all, undo the work of humanity and civilization which it has, up to the present time, in common with other Powers, guaranteed and encouraged in Servia? ¶ I should fear to trespass too long on your attention, my Lord, in submitting to your consideration all that I have to say on this important subject. The Government of Her Majesty the Queen, also, is acquainted with my claims.

---

*) Dieses Actenstück ist uns nur in der englischen Uebersetzung zugänglich geworden. D. Red.

I confine myself, therefore, here to a special appeal to the kindness of your Lordship in favour of my just complaints, and to a prayer, through your mediation, to the Government of her Majesty not to leave Servia in this extreme danger without her powerful assistance. The security, the peace, and the happiness of a million inhabitants depend for their safety upon the arrangements that the Government of Great Britain is called upon to make, in common with the Sublime Porte and the guaranteeing Powers, for preserving Servia and the general peace of the Ottoman Empire from such catastrophes. ¶ In earnestly begging your Lordships to give your powerful support to the cause of my country, I pray you, &c.

No. 582. Serbien, 9. Juli 1862.

To **Earl Russell**, *London*. *M. W. Obrenovitsch.*

No. 583.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Answ. a. d. Fürsten Michael von Serbien. — Antwort auf das vorstehende Schreiben. —

Foreign Office, July 23, 1862.

Prince, — The Government of Her Majesty the Queen have heard with great concern of the events which have taken place at Belgrade. ¶ It appears that an attack was made by the Servians on the gates of the town, occupied by the Turks in virtue of ancient usage and recent treaties, especially the Treaty of Paris of 1856. ¶ Two of these gates having been carried by assault, the Consuls persuaded the Turks to evacuate the remaining two, in all, four gates. But no sooner had the Turkish residents left their houses than those houses were plundered by a disorderly mob. ¶ For this pillage and disorder no redress was offered by the Servian authorities, and the next morning muskets were fired at the garrison in the citadel. ¶ Upon this occurrence the Pasha took the alarm, and unadvisedly, and, as it appears to Her Majesty's Government, unjustifiably, bombarded the town at intervals for four hours. ¶ It is no wonder that peaceable inhabitants were seized with panic and left the town. ¶ But so far as Her Majesty's Government are informed, these lamentable events had their origin in the violation by the Servians of the relations established by treaties between the Sublime Porte and Servia. ¶ Your Highness assumes merit for not having joined in the insurrection of the Herzegovina. Your Highness deserves the credit of having, in that respect, shown regard to the obligations of good faith. ¶ If your Highness will, in the same spirit, conform to the duties imposed upon you by European treaties, Her Majesty's Government will most willingly use their influence with the Sublime Porte for the improvement of the condition of a million of Servians, in whose welfare Her Majesty the Queen takes a deep interest. ¶ But so long as ill-intentioned persons are allowed to draw your Highness into measures of defiance and of violence, in open violation and contempt of treaties, it is impossible that Her Majesty's Government can ask the Sultan to give to his enemies means for assailing the security of his empire. ¶ I am, &c.

No. 583. Gross-britannien, 23. Juli 1862.

Russell.

No. 584.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an die Gesandtschaft in St. Petersburg. — Zurückweisung einer jeden Einmischung in den Streit zwischen Montenegro und der Regierung des Sultans. —

Foreign Office, September 30, 1862.

Nr. 584. Grossbritannien, 30. Sept. 1862.

Sir, — I have read and laid before the Queen your despatches nos 88 and 93 of the 2nd and 5th instant relating to the affairs of Montenegro. ¶ H. M's Government have to express their regret that they cannot agree with the views of prince Gortchakoff either on the general question of interference in the affairs of Turkey or on the particular question of Montenegro. ¶ H. M's Government have always understood that when Turkey was allowed to form part of the system of Europe, she was to have all the advantages, and be liable to all the duties of an independent State. She was in short to be as independent as Prussia or Portugal, Sweden or Saxony, and on the other hand to be bound like those States by the faith of Treaties and the ties of international comity and good will. ¶ If this be so, it is not justifiable where Treaties are silent to interfere without necessity or provocation in a case where an insurrection has broken out in Turkey, and that insurrection has been supported by a neighbouring Prince. ¶ Such was the case in Herzegovina where an insurrection broke out, and in Montenegro from which it was fomented and supported. ¶ If the prince of Montenegro was a vassal, the Sultan had a right to reduce him to obedience, and to impose such conditions as will secure that obedience for the future; if he was an independent prince, the Sultan had a right to force him to accept such terms of peace as would prevent a renewal of his aggression. ¶ As to the particular terms demanded by Turkey, H. M's Government do not pretend to justify, or to condemn them. ¶ It is for the Porte to declare what guarantees are necessary for her future quiet. ¶ The terms proposed however are not without example. ¶ Soon after the beginning of the last century the Highlanders of Scotland attempted to overthrow the throne of the Hanoverian Family and to set up another dynasty. The advisers of the British crown took means to overcome this resistance. — They defeated the insurgents in two rebellions, they made good roads through the Scotch mountains, and they erected forts to keep the disaffected in awe. ¶ At the present day H. M. has no more loyal subjects than the Highlanders of Scotland. ¶ I will not conclude without giving, in a few words, the view taken by H. M's Government of what is going on in Turkey. ¶ If the Sclavonic and Greek subjects of the Sultan rise in insurrection and that insurrection is suppressed, the weight of authority will be made heavier, privileges will be withdrawn, and the sums which ought to be expended in making roads and harbours, and in promoting improvement, will be diverted to the pay and maintenance of a large military force. ¶ If on the other hand the darling scheme entertained in some quarters of overthrowing the Turkish rule should be successful, Greeks and Sclavonics will

No. 584. Gross-britannien, 30. Sept. 1862.

quarrel; each Province will claim supremacy, civil war will ravage the countries where the autority of the Sultan shall have been thrown off, and an appeal will be made to the Greek Powers of Europe to put an end to this anarchy by dividing among themselves the Turkish Provinces. But the European Powers would hardly be able to perform this task without giving rise to fresh conflicts, probably to a general war. ¶ Such are the views which induce H. M's Government, while sincerely desirous of improving the condition of the Christian subjects of the Porte, to refuse all countenance to projects which in Greece go by the name of the „Great Idea," and which, whether Greek or Sclavonic, tend to the disruption of all existing ties of allegiance in the Turkish empire, and are more or less connected with the criminal intrigues of which Turkey feels the effect in Servia, and which aim no less at the subversion of every Monarchy in Europe than at the destruction of the integrity of the Ottoman Empire. ¶ You may give a copy of this despatch to prince Gortchacoff. ¶ I am, etc.

Russell.

To **Mr. J. Savile Lumley**, etc., *St. Petersburgh.*

No. 585.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Botschaftor in London. — Antwort auf die vorstohende englische Deposcho. —

St.-Pétersbourg, le 28 septembre (10 oct.) 1862.

No. 585. Russland, 28. Sept./10. Oct. 1862.

Monsieur le baron, — J'ai l'honneur de transmettre ci-près à Votre Excellence la copie d'une dépêche de lord Russell dont M. l'ambassadeur d'Angleterre m'a donné communication, d'après l'ordre du principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique. ¶ Elle a trait aux événements du Monténégro ainsi qu'à la question générale d'intervention dans les affaires de Turquie, et exprime le regret du cabinet anglais de ne point pouvoir adhérer aux vues que nous avons énoncées à cet égard. ¶ Le prix que nous attachons à nous trouver autant que possible d'accord avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique m'engage à examiner de plus près la question, afin de constater les points sur lesquels cet accord peut exister et ceux sur lesquels nous devons maintenir une opinion différente. ¶ Nous ne contestons nullement le point de vue général émis par lord Russell que, du moment où la Turquie a été admise à faire partie du système européen, elle a droit aux mêmes avantages que tout autre État indépendant, et est liée par les mêmes devoirs résultant des traités et des rapports internationaux de convenance et de bon vouloir. Lord Russell en infère que dès lors le Gouvernement ottoman était parfaitement libre d'agir à son gré à l'égard du Monténégro; de le réduire à l'obéissance si c'était un État vassal, à telles conditions qui pouvaient assurer à l'avenir le maintien de cette obéissance; et si c'était un État indépendant, de lui imposer telles conditions de paix qui pouvaient prévenir de nouvelles agressions. ¶ Ici je ferai observer incidentellement que l'Angleterre a toujours professé des doctrines politiques tendantes à la reconnaissance des gouvernements de fait, c'est-à-dire de ceux dont l'existence

No. 585. Russland, 28. Sept./10. Oct. 1862.

se manifeste par des faits assez notoires et assez durables pour constater leur vitalité. ¶ D'après cette doctrine, il nous semble que le cabinet anglais ne devrait pas contester au Monténégro un droit à l'indépendance que ce pays a maintenu depuis plus d'un siècle avec une indomptable énergie, à moins d'admettre que le principe en question ne cesse d'être applicable du moment où il s'agit de réduire un État chrétien sous la domination turque. ¶ Quant à l'opinion que la Porte, étant en guerre avec le Monténégro comme avec un État indépendant, était en droit de lui imposer des conditions ressortant de la situation respective des belligérants à l'issue de la guerre, nous ne la contestons nullement. ¶ Nous rappellerons seulement à lord Russell qu'en insistant avec raison sur les droits qui appartiennent à la Turquie comme membre de la famille européenne, il a lui-même indiqué les devoirs correspondant à ces droits et découlant des rapports internationaux. ¶ Or, dans la question présente, à côté de la Porte et du Monténégro comme belligérants, il y a un troisième élément: les grandes Puissances de l'Europe. Indépendamment de l'intérêt profond qu'elles doivent vouer à des événements dont les conséquences, en affectant le repos de l'Orient, rejaillissent sur la sécurité générale, et sans parler des antécédents qui ont amené leur participation solennelle à des actes publics concernant les rapports entre la Turquie et le Monténégro, les grandes Puissances ont vu leur sollicitude appelée sur ce débat par la Porte elle-même, qui, en prenant spontanément vis-à-vis d'elles l'engagement de ne modifier en rien le *status quo* territorial et administratif de la montagne, a posé de sa propre initiative une limite à son droit de belligérante. ¶ Il nous paraît impossible d'admettre qu'elle en soit dégagée par le fait que le prince Nicolas n'a accepté que d'une manière évasive le premier ultimatum d'Omer-Pacha. ¶ Lorsque la Porte a fait la déclaration dont nous parlons, la réponse du prince Nicolas lui était parfaitement connue, et c'est même à la suite de cette réponse qu'elle s'est décidée aux opérations militaires, sur les conséquences desquelles elle a pris soin de rassurer d'avance les grandes Puissances intéressées à ce débat. ¶ Il en eût sans doute été autrement si, dans le cours de la guerre, le Gouvernement ottoman avait déclaré qu'il ne se considérait plus comme lié par sa promesse antérieure. — En pareil cas, les Puissances auraient été à même de combiner en conséquence leur attitude et leurs conseils. ¶ Ce n'est pas ainsi que les choses se sont passées. Aucune déclaration semblable n'a été faite. Pas une parole n'a été prononcée qui fût de nature à affaiblir l'engagement primitif spontanément contracté par le Gouvernement ottoman. Les grandes Puissances ont été tenues jusqu'au dernier moment dans l'ignorance des conditions envoyées à Omer-Pacha, et lorsqu'elles ont pu les apprécier, elles se trouvaient en présence d'un fait accompli qui ne saurait invalider le droit que la Porte elle-même leur avait concédé. ¶ C'est donc à ces Puissances à juger si ces conditions sont d'accord avec les engagements pris à leur égard; si nommément la clause qui stipule la construction d'une route militaire avec des blockhaus gardés par des garnisons turques n'équivaut pas à une véritable occupation militaire, à une prise de possession réelle du pays; si elle n'introduit pas dans la montagne un principe dangereux, celui du contact immédiat des races, principe qui vient précisément d'être condamné d'après ses

No. 585. Russland, 28. Sept./10. Oct. 1862.

résultats, et définitivement aboli en Servie, comme incompatible avec le maintien des relations pacifiques que l'Europe désire voir s'établir et se consolider en Orient pour la sécurité générale; si, par conséquent, cette clause ne détruit pas entièrement le *status quo* que la Porte s'était engagée à maintenir, et si enfin elle n'est pas de nature à constituer un état de guerre permanent là où les efforts collectifs des Puissances qui sont intervenues dans la convention de 1858 ont eu pour but de prévenir des conflits. ¶ Nous croyons, quant à nous, que l'examen de ces questions est pour ces Puissances un devoir de prévoyance et de dignité. ¶ Lord Russell cite comme un exemple à l'appui des derniers actes de la Porte à l'égard du Monténégro, un fait historique du siècle dernier, la révolte des Highlanders d'Écosse contre la maison de Hanovre, révolte qui fut domptée par les mêmes moyens dont le Gouvernement ottoman prétend user envers les Monténégrins. ¶ Lord Russell nous permettra de lui faire observer que l'Écosse se trouvait réunie depuis longtemps à l'Angleterre lorsqu'une fraction du pays, les Highlanders, essaya de renverser la dynastie hanovrienne; tandis que le Monténégro n'a jamais reconnu ni souveraineté ni suzeraineté de la part de la Porte, et a su maintenir son indépendance de fait à travers une lutte de plus d'un siècle. ¶ J'ajouterai qu'en employant la rigueur à l'égard des Highlanders, la dynastie de Hanovre les ralliait sous un gouvernement qui leur apportait les lumières et le bien-être; c'est pourquoi ses efforts ont abouti à faire aujourd'hui des Highlanders de loyaux sujets de S. M. la reine. ¶ Quelque convaincus que nous soyons des bonnes intentions qui prévalent dans les conseils du Gouvernement turc, le respect que nous professons pour le haut degré de civilisation dont s'honore à juste titre la nation britannique ne nous permet pas d'établir sous ce rapport une analogie qui d'ailleurs n'existe, quant aux faits, ni dans leur principe, ni dans leurs conséquences probables. ¶ Lord Russell aborde en terminant la question plus générale soulevée par l'état présent de la Turquie. ¶ Il n'y voit que deux solutions possibles: ou bien des insurrections permanentes des sujets slaves ou grecs du sultan, dont la répression devrait avoir pour effet de restreindre leurs priviléges, de rendre plus lourd le poids de l'autorité, et d'obliger celle-ci à dépenser en armements militaires les ressources qui pourraient être affectées à l'établissement de routes ou de ports; — ou bien le succès définitif des entreprises tentées par les populations chrétiennes pour secouer la domination musulmane, — résultat qui aboutirait à l'anarchie, à la lutte des races, et finalement à l'invervention de l'Europe et au partage des provinces turques au prix d'une guerre générale. ¶ Le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique nous permettra d'abord de lui rappeler que les priviléges dont jouissent les provinces chrétiennes du sultan reposent sur la garantie des grandes Puissances de l'Europe, et que par conséquent elles ne sauraient être restreintes sans violer une des stipulations les plus solennelles du traité du 18 (30) mars 1856. ¶ Mais, en outre, nous ne pouvons pas nous résigner à admettre que la solution d'un problème d'un si haut intérêt pour la sécurité, le repos, la prospérité générale, les principes modernes de civilisation et de progrès, et les sentiments d'humanité des grandes Puissances de l'Europe, ne puisse se trouver ailleurs que dans les termes extrêmes où le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique la

No. 585. Russland, 28. Sept./10. Oct. 1862.

cherche exclusivement, en ne laissant d'autre alternative aux deux parties en présence qu'une lutte d'extermination réciproque, et d'autre rôle aux grandes Puissances de l'Europe que de se diviser en appuyant, selon leurs vues particulières, les unes des répressions à outrance de la part de la Porte, les autres des aspirations passionnées de la part des populations chrétiennes. ¶ A notre avis, cette solution doit plutôt être cherchée dans les voies de la conciliation mieux appropriées aux intérêts en conflit et aux besoins de notre époque. ¶ La conservation de l'empire ottoman est pour nous, comme pour toutes les grandes Puissances, un principe essentiel d'équilibre européen. Mais en présence des éléments de désordre et de lutte légués à ces contrées par les siècles passés, un pareil résultat ne saurait être atteint d'une manière solide et durable que par un système de Gouvernement qui tendrait à concilier au sultan l'affection et la reconnaissance de ses sujets chrétiens, en donnant à leurs besoins et à leurs voeux une satisfaction légitime, et en les dotant à cet effet des conditions d'existence indispensables à une vie sociale heureuse et prospère. ¶ Sous ce rapport, nous accueillons avec plaisir l'assurance de lord Russell que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique désire sincèrement l'amélioration du sort des sujets chrétiens du sultan. ¶ C'est là en effet la voie que nous n'avons pas cessé de recommander, comme la seule qui puisse conduire à l'affermissement et à la prospérité de l'empire ottoman dans des conditions compatibles avec les traités existants comme avec les sympathies, les convictions et les intérêts généraux de l'Europe. ¶ C'est également dans ce but que nous n'avons pas cessé de convier les grandes Puissances à un accord qui, en écartant tous les calculs fondés sur leur rivalité politique, aurait exercé une salutaire influence, d'un côté sur les chrétiens en leur inspirant confiance et espoir, de l'autre sur le Gouvernement turc en le fortifiant dans les bonnes intentions manifestées à plusieurs reprises par sa Majesté le sultan. ¶ Nous avons la conviction que si nos conseils avaient été écoutés, ils eussent prévenu les calamités qu'on a aujourd'hui à déplorer. ¶ Nous ne voulons pas porter un jugement trop sévère sur les actes du Gouvernement ottoman. Nous savons qu'il a à lutter avec de grandes difficultés, et nous sommes tout disposés à lui tenir compte de ses moindres efforts. Mais nous devons aussi reconnaître que des faits tels que la guerre qui vient de s'accomplir en Herzégovine et dans le Monténégro, ou le bombardement d'une cité sans défense, ne sont pas les moyens qui peuvent conduire au but désiré. ¶ Ce sont précisément ces mesures violentes qui, en exaltant à la fois les prétentions des vainqueurs et les ressentiments des vaincus, amènent les choses à un point où il n'y a plus de recours possible qu'à la force, et plus de solution que l'une ou l'autre des deux extrémités signalées par lord Russell. ¶ C'est parce que nous croyons qu'un pareil résultat n'est conforme ni à l'intérêt des chrétiens, ni à celui du Gouvernement turc, ni à celui des grandes Puissances de l'Europe, que nous persistons à recommander aux premiers la prudence, au second la modération, aux dernières le bon accord qui peut seul donner à leurs conseils l'autorité nécessaire. ¶ Le jour où le Gouvernement de Sa Majesté Britannique voudra entrer dans cette voie de conciliation, vous pouvez l'assurer qu'il nous trouvera à ses côtés, pourvu toutefois qu'il ne se renferme pas dans un optimisme que nous ne pourrions pas partager, et qu'il consacre avec

nous ses efforts à ramener les populations chrétiennes à la confiance par le sentiment réel d'une amélioration pratique. ¶ Quant à l'éloignement exprimé par lord Russell, à la fin de sa dépêche, pour toute coopération à des intrigues criminelles tendantes à la dissolution des liens d'obéissance des sujets envers le souverain et au renversement de toute monarchie en Europe, nous prenons acte de cette assurance avec une sincère satisfaction, et je n'ai pas besoin d'ajouter qu'elle rencontrera toujours la plus complète adhésion de la part du cabinet impérial. ¶ Votre Excellence est autorisée à donner lecture, et à laisser copie de la présente dépêche à M. le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique. ¶ Recevez, etc.

No. 585. Russland, 28. Sept./10. Oct. 1862.

Gortchakow.

A S. E. Mr. le Baron de Brunnow, etc., *Londres.*

No. 586.*)

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserl. Botschafter in London. — Vorschlag, von Russland die Wiederherstellung Polens in Gemässheit der Verträge von 1815 zu verlangen. —

Paris, le 26 mars 1855.

No. 586. Fankreich, 26. März 1855.

Monsieur le Comte, par les notes de Vienne et par le traité du 2 décembre, les Puissances alliées se sont expressément réservé la faculté de mettre des conditions particulières au rétablissement de la paix, en sus des quatre garanties qui doivent en former la base. Ces conditions supplémentaires auraient le même but d'intérêt européen que les garanties elles-mêmes et concourraient à consolider les résultats acquis. ¶ Si tel doit être, en effet, le caractère essentiel des clauses additionnelles que nous aurons le droit de formuler, il en est une qui me paraîtrait parfaitement répondre à l'objet que nous nous sommes proposé. Nous avons pris les armes pour interdire à la Russie l'interprétation abusive de ses traités avec la Porte. Mais ces traités ne sont pas les seuls dont nous fussions autorisés à reprocher l'infraction à cette Puissance. Des arrangements plus généraux, auxquels l'Europe a souscrit comme nous, ont été violés par le Gouvernement russe. Comme nous, l'Europe a déploré l'atteinte qu'ils ont subie et elle ne pourra, nous le croyons, qu'applaudir à nos efforts pour obtenir le redressement de griefs qui sont aussi les siens. ¶ Deux grandes questions de territoire occupèrent les Puissances représentées au congrès de Vienne en 1814: celle de la Saxe et celle de la Pologne. Les voeux de la France n'étaient pas douteux, et il est de notoriété que l'Angleterre les partageait. Si l'Autriche ne défendit pas le maintien du duché de Varsovie avec autant de fermeté que l'existence du royaume de Saxe, elle resta cependant unie aux Cabinets de Paris et de Londres, afin de résister aux prétentions qui s'étaient coalisées pour l'incorporation sans reserve de la Saxe dans la Prusse et de la Pologne dans la Russie. Les conditions qui furent faites à l'empereur Alexandre, quand l'Europe consentit à la réunion de la plus grande partie du duché de Varsovie à l'empire russe

---

*) Vergl. Bd. I. No. 85—99; Bd. II. No. 298—300.

No. 586. Frankreich, 26. März 1855.

sous le nom de Royaume de Pologne, avaient donc un caractère strictement obligatoire. Elles constituaient pour les Cabinets une compensation nécessaire à une acquisition qui donnait à la Russie des positions formidables au coeur de l'Europe centrale. Ces obligations contractées par Alexandre I[er] et inscrites dans les traités de Vienne, l'empereur Nicolas s'en est délié en 1831, sans tenir compte des protestations de la France et de l'Angleterre. ¶ Pour notre part, Monsieur le Comte, nous nous croyons pleinement fondés à rappeler aujourd'hui ce souvenir. Si la France a accepté et respecté scrupuleusement, dans leurs stipulations les plus onéreuses pour elle, les traités de 1815, elle avait le droit d'espérer qu'ils seraient de même observés, d'autre part, dans les dispositions qui pouvaient lui être favorables. L'Empereur, en se déclarant, à cet égard, solidaire des Gouvernements qui ont précéde le sien, et résolu à tenir les engagements qu'ils lui ont légués, n'a pas renoncé au bénéfice des protestations qu'ils ont fait entendre lorsque ces engagements ont été méconnus par la Russie. ¶ Nous ne doutons pas que l'Angleterre, qui s'est associée naguère à ces protestations, ne reconnaisse la légitimité et l'opportunité des démarches que nous pourrions faire en commun dans les conférences pour obtenir sur ce point la satisfaction qui lui est due comme à nous, et que l'opinion anglaise a toujours réclamée avec une si grande énergie. D'autre part, les Cabinets allemands sont assez éclairés aujourd'hui sur le danger des agrandissements démesurés de la Russie pour apprécier les avantages européens du rétablissement des traités qui lui interdisent de posséder le royaume de Pologne autrement que comme un État distinct. Quand la question a été soulevée en 1831, personne n'a cru devoir troubler la paix pour demander une réparation immédiate; aucun Gouvernement n'a rien fait depuis pour créer une situation qui pût, au prix du repos général, fournir l'occasion de l'exiger; mais puisque la Russie elle-même a de plein gré rompu cette paix au maintien de laquelle nous avions sacrifié de justes griefs, puisqu'elle nous a forcés à prendre les armes pour empêcher de sa part une nouvelle violation du droit, le moment nous semble venu de se rappeler les engagements qu'elle avait pris avec l'Europe relativement au royaume de Pologne, et dont elle s'est affranchie. ¶ La faculté de poser des conditions particulières nous permettrait d'introduire au moment opportun cette légitime prétention dans les conférences de Vienne. Je désirerais savoir si lord Clarendon partage notre opinion sur l'intérêt qu'aurait la remise en vigueur des arrangements dont il s'agit pour la stabilité même de la paix future. ¶ Je vous invite donc à pressentir et à me faire connaître quelles sont à ce sujet les dispositions du principal secrétaire d'État. ¶ Agréez, etc.

Drouyn de Lhuys.

A Mr. le Comte Walewski, *Londres.*

No. 587.

FRANKREICH. — Botschafter in London a. d. kaiserl. Min. d. Ausw. — Die Ablehnung des vorstehenden französischen Vorschlags Seitens des engl. Cabinets betr. —

Londres, 28 mars 1855.

No. 587. Frankreich, 28. März 1855.

Monsieur le Ministre, j'ai entretenu le principal Secrétaire d'État du contenu de la dépêche de Votre Excellence, sous la date du 26. mars. J'ai fait remarquer que si, dans une négociation européenne ayant pour but le rétablissement de la paix avec la Russie, il n'était nullement fait mention de l'infraction aux traités dont le Gouvernement russe s'était rendu coupable en assimilant le Royaume de Pologne à l'empire de Russie, infraction contre laquelle nous avions protesté, on pourrait considérer notre silence comme une sanction implicite et comme une renonciation à nos protestations précédentes. ¶ Le principal Secrétaire d'État a reconnu toute la valeur de cette observation, et il a admis qu'en temps opportun il serait désirable de faire quelque démarche de nature à corroborer l'opinion exprimée précédemment par la France et l'Angleterre sur la conduite tenue par la Russie envers la Pologne en 1831; mais lord Clarendon, à son tour, m'a fait observer que, dans ce moment, toute tentative ayant pour but d'amener la Russie à remettre les choses en Pologne sur le pied où elles étaient avant 1830 serait inopportune et pourrait avoir des conséquences regrettables. Il ne pense pas d'abord que nous puissions équitablement comprendre l'importante question dont il s'agit dans les conditions particulières que nous nous sommes réservé la faculté de poser en sus des quatre garanties; que s'il se trompait à cet égard, il n'en restait pas moins convaincu qu'en essayant de le faire, nous nous attirerions de la part du Cabinet de Saint-Pétersbourg une réponse peu mesurée et de nature à rompre brusquement les négociations. Lord Clarendon ne doute pas que les plénipotentiaires russes ne soient très-empressés de saisir un semblable motif de rupture dans l'espoir d'y trouver le moyen de nous séparer de l'Autriche et d'ameuter contre nous l'Allemagne. Mais le principal Secrétaire d'État m'a répété que si une initiative à ce sujet lui paraissait impolitique et impraticable en ce moment, elle pourrait devenir admissible et même très désirable dans une autre circonstance, et qu'alors il serait tout disposé à s'entendre avec le Gouvernement de l'Empereur sur la meilleure marche à suivre et la meilleure forme à adopter en vue de remettre sur le tapis cette importante question. ¶ Veuillez agréer, etc.

Walewski.

A **M. Drouyn de Lhuys, etc.**, *Paris.*

No. 588.

FRANKREICH. — Min. d Ausw. a. d. kaiserl. Botschafter in London. — Die Nothwendigkeit, von Russland die Wiederherstellung Polens zu verlangen, betr. —

Paris, le 15 septembre 1855.

No. 588. Frankreich, 15. Sept. 1855.

Monsieur le Comte, cette dépêche a pour but d'appeler votre attention et de vous engager à fixer celle du Gouvernement de S. M. Britannique sur une question qui excite, à juste titre, la sollicitude de l'Empereur, et à laquelle le Cabinet de Londres ne prend sans doute pas moins d'intérêt. Il s'agit de la Pologne. Je n'en parlerai que dans la mesure pratique du possible et à un point de vue qui, j'aime à le croire, aura l'assentiment du Gouvernement anglais. ¶ Au moment où les glorieux succès des armées alliées semblent autoriser l'espérance de voir se rapprocher le terme de la guerre, et lorsqu'en vertu des principes de désintéressement et de loyauté, si hautement proclamés par la France et l'Angleterre dès le début de la lutte, le rétablissement de la paix devra n'apporter aucun changement à l'ensemble des circonscriptions territoriales consacrées par les traités de Vienne de 1815; en ce moment, dis-je, le Gouvernement de l'Empereur, en rappelant avec quel respect scrupuleux la France a constamment observé ces traités, si onéreux pour elle, se croit justement fondé à demander que d'autres Puissances, pour qui leurs stipulations n'étaient pas moins obligatoires, soient tenues de les respecter et de les exécuter avec la même fidélité. ¶ Parmi ces stipulations, l'article 1[er] du traité de Vienne du 9 juin 1815, en prononçant la réunion du duché de Varsovie à l'empire de Russie, régla qu'il y serait lié invariablement par *sa constitution*, sous le nom de Royaume de Pologne. Ce n'était là, sans doute, qu'une réparation bien incomplète de l'injustice des partages qui ont anéanti la Pologne. Toutefois, c'était un hommage rendu par la Russie au principe indélébile de la nationalité polonaise; et le Royaume de Pologne, avec sa constitution, avec son administration distincte et son armée toute nationale, possédait en réalité des garanties qui manquaient aux autres provinces démembrées. Ces garanties, et l'ordre de choses qu'elles avaient pour but de protéger, ont disparu en 1831, après la répression de l'insurrection de la Pologne, sous l'influence d'une politique réduite à s'imposer par la force. Contrairement à des promesses et à des assurances formelles de l'empereur Nicolas, le Royaume de Pologne, incorporé à la Russie, n'a plus été qu'une province de cet empire. Les traités qui en avaient constitué l'existence politique étaient ouvertement méconnus. Et cependant celui du 9 juin 1815 était alors, comme aujourd'hui, un acte essentiellement européen, par lequel toutes les parties contractantes sont liées virtuellement l'une envers l'autre, et chacune d'elles envers toutes. Ni le soulèvement de la Pologne, ni le triomphe de l'armée russe sur les insurgés n'avaient pu, sous aucun rapport, et à aucun titre, dégager la Russie de ses obligations à l'égard des États avec la participation et sous la garantie desquels ce traité fut signé. La France et l'Angleterre réclamèrent contre une telle infraction au droit public de l'Europe; et si, dans

l'intérêt du maintien de la tranquillité générale, elles évitèrent d'en faire un cas de guerre, toutes deux n'en réservèrent qu'avec plus de force les droits pour lesquels elles venaient de protester, en attendant qu'il s'offrît une occasion de les rappeler et de les soutenir avec plus de chances de succès. ¶ Cette occasion peut, Monsieur le Comte, ne pas tarder à naître et le moment est venu de se préparer à faire du rétablissement du Royaume de Pologne, dans les conditions stipulées par le congrès de Vienne, un des objets essentiels des négociations de la paix, aussitôt qu'elles deviendront possibles, en même temps qu'une des bases fondamentales de cette paix. Une demande semblable de la part de la France et de l'Angleterre n'aurait assurément rien de nouveau ni d'inattendu: elle ne serait que la conséquence logique des réclamations présentées, à une autre époque en faveur de la Pologne, et viendrait attester d'une manière encore plus solennelle les grands principes d'équité et d'équilibre politique qui les unissent et les dirigent. En un mot, la France et l'Angleterre, pour prix de tant et de si douloureux sacrifices déjà faits et qu'elles continuent de faire à la cause de l'indépendance et de la sécurité de l'Europe, ont certainement le droit de vouloir qu'une question qui s'y trouve si essentiellement liée soit ramenée à une solution plus conforme à ces graves intérêts, et, je pourrais ajouter, plus conforme aussi à ceux de la Russie, qui verrait ainsi disparaître pour elle une cause incessante de troubles et de fâcheuses complications. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur se plaît à espérer que celui de Sa Majesté Britannique, envisageant au même point de vue cette importante question, n'appréciera pas moins la nécessité de la comprendre dans les futures négociations de la paix, et n'hésitera point à unir ses efforts aux nôtres pour obtenir le redressement d'un acte contre lequel la conscience des gouvernements et des peuples n'a cessé de protester, car le temps n'a pu en affaiblir ni l'iniquité ni les funestes conséquences. ¶ Vous voudrez bien donner lecture et laisser copie de cette dépêche à lord Clarendon et m'informer des dispositions du Cabinet anglais. ¶ Agréez, etc., etc.

No. 588. Frankreich, 15. Sept. 1855.

Walewski.

A Mr. le Comte de Persigny, etc., *Londres.*

No. 589.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Botschafter in London. — Benachrichtigung, dass England die Wiederherstellung Polens nicht zur Bedingung für das Zustandekommen des Friedens machen wolle. —

Paris, le 15 octobre 1855.

No. 589. Frankreich, 15. Oct. 1855.

Monsieur le Comte, lord Cowley m'a donné lecture d'une dépêche de son Gouvernement en réponse à celle que je vous avais chargé de remettre aux mains de lord Clarendon, au sujet de la situation du Royaume de Pologne dans ses rapports avec les traités qui ont réglé sa condition légale en 1815 et avec les bases éventuelles de la paix future. Le principal secrétaire d'État aux affaires

No. 589. Frankreich, 15. Oct. 1855. étrangères déclare non-seulement que le Cabinet anglais désirerait comme nous que les obligations contractées par la Russie envers la Pologne fussent remplies, mais qu'il verrait dans l'indépendance même de ce pays la barrière la plus sûre pour l'Europe contre les envahissements de la puissance russe. La seule question aux yeux du Gouvernement de Sa Majesté Britannique serait de savoir si le moment est opportun pour prendre l'engagement de ne traiter avec la Russie qu'à la condition de la remise en vigueur des stipulations qui concernent la Pologne dans les actes de Vienne. Il conclut que, sans nous lier les mains et sans nous imposer à nous-mêmes une ligne particulière de conduite, il nous suffit de convenir que nous profiterons des événements, dans la mesure du possible, en faveur de la Pologne. ¶ J'ai dit à lord Cowley que j'étais d'autant plus disposé à donner mon entier assentiment aux vues du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, qu'elles me paraissaient absolument conformes à celles que nous avons nous-mêmes émises dans les communications que nous lui avons faites. En exposant les considérations générales qui nous ont semblé de nature à intéresser les Puissances alliées au sort de cette partie de la Pologne que des traités, violés depuis lors, ont conditionnellement attribuée à la Russie, nous n'avons point eu l'intention de proposer au Cabinet anglais des engagements formels à ce sujet. ¶ Il n'est point davantage entré dans notre pensée de faire de ce qui constituait l'objet de notre communication une condition absolue du rétablissement de la paix avec la Russie. ¶ Nous n'apprécions point autrement que lord Clarendon la situation dans laquelle nous nous trouvons actuellement placés vis-à-vis de l'Europe et vis-à-vis de nous-mêmes. Nous avons poursuivi jusqu'à présent un but déterminé sur lequel toute notre attention doit demeurer concentrée jusqu'à ce que nous soyons sûrs de l'avoir atteint. A moins d'être amenés par l'opiniâtreté de la Russie à prolonger la guerre et à mettre en avant de plus vastes prétentions pour de plus grands sacrifices, nous devons rester dans les limites de la tâche que nous nous sommes tracées et dans la mesure des exigences qui correspondent logiquement aux efforts que nous aurons dû faire. Mais il nous a paru que nous pouvions, sans en sortir, nous demander dès à présent s'il ne conviendrait pas de faire entrer parmi les intérêts à débattre, lors de la paix future, le retour obligatoire de la Russie à l'observation de ses engagements envers l'Europe par rapport à la Pologne. Dans les notes et dans les actes qui nous lient, soit entre nous, soit avec l'Autriche, il a été catégoriquement admis que nous pourrions, en dehors des principes généraux destinés à servir de point de départ aux négociations, formuler telles conditions particulières qui nous paraîtraient nécessaires dans un intérêt d'équilibre européen. Rien, à nos yeux, ne saurait mieux répondre à cette pensée que le rétablissement de stipulations européennes regardées, en 1815, par toutes les Puissances, comme indispensables pour limiter les immenses avantages que l'annexion du Royaume de Pologne assurait à la Russie. Au reste, c'est aux événements qu'il appartient en cela de décider si ce qui est juste et désirable est également possible, et la conduite que nous pouvons avoir à tenir à cet égard demeure nécessairement subordonnée aux circonstances. Nous l'avons toujours compris ainsi. Telle est aussi la conclusion qui ressort de la dépêche que lord Cowley a été chargé

de me communiquer, et nous ne pouvons que nous féliciter de l'accord qui existe entre le Gouvernement de Sa Majesté Britannique et nous, relativement à cette importante éventualité. ¶ Agréez, etc.

No. 589. Frankreich, 15. Oct. 1855.

Walewski.

A Mr. le Comte de Persigny, etc., *Londres.*

No. 590.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (als Bevollmächtigter beim Pariser Friedenscongress) a. d. königl. Premier-Minister. — Bericht über eine Unterredung mit dem Grafen Orlow, Concessionen an die Polen betr. —

Paris, April 15, (received April 17) 1856.

No. 590. Gross-britannien, 15. April 1856.

My Lord, — Since the commencement of the Conferences I have not failed to bear in mind the deep interest which Her Majesty's Government have always taken in the condition of Poland; and I have been most anxious to bring that question before the Congress in order to obtain some expression of opinion on the subject from that body, or some assurance from the Representatives of the Emperor of Russia that His Majesty intended to adopt a more conciliatory policy towards his Polish subjects. ¶ On the 9th instant, at the request of Count Walewski, I held a conversation with Count Orloff on this subject. I said that the condition of Poland had been discussed, and its future organization determined, by the Congress of Vienna, and that the present Congress could not view the question with indifference; but that, to the best of my belief, the Poles would be tolerably well satisfied if national institutions were restored to them, if their religion were respected, if they were allowed to use the Polish language, and if all their children were educated at Polish schools, instead of, as now, a limited number of them only at Russian schools. I suggested at the same time to his Excellency that he should volunteer some assurance to this effect, or should be prepared to declare it in answer to a question put to him by the Congress. ¶ Count Orloff replied that the Emperor had determined to restore to his Polish subjects everything I had suggested, but that the announcement could not be made to the Congress, as that would be misrepresented in Russia, and His Imperial Majesty would be thought to have yielded to foreign pressure, which would deprive him of the grace of the spontaneous acts he meant to perform. ¶ Count Orloff said to me in a friendly manner, „Do not, in the interest of the Poles, bring the subject forward in the Congress; for I can tell you nothing there, nor admit your right to interrogate me. My answer, therefore, must be disheartening to the Poles, and the Emperor may perhaps think it a matter of dignity to postpone what he intends to do.“ ¶ I said that the question seemed to rest between a voluntary declaration on the part of the Emperor to the Congress, or a Proclamation at some future period to Poland, and that I thought that the former would be the more gracious course, and at the same time be advantageous to the Emperor as an earnest to Europe of the policy which His Majesty intended to adopt; and I urged that

No. 590. Grossbritannien, 15. April 1856.

such a declaration could not be derogatory to His Majesty's dignity, nor lead to misinterpretation. ¶ Count Orloff answered, that knowing, as he did, the Emperor's views respecting Poland, he had determined not to write to His Majesty on the subject, but that he would make known by telegraph what I had then suggested. ¶ His Excellency yesterday, in answer to my inquiry respecting the answer he had received from St. Petersburgh, informed me that he must decline to make any declaration respecting Poland. He said that the Emperor had determined to do everything that had been suggested, and that the amnesty would be comprehensive, but that he wished to signalize his coronation by these and other acts of grace, and that their good effect would be destroyed if His Majesty's intentions were declared beforehand. His Excellency repeated that, if I persisted in bringing the matter before the Congress, he should be compelled to give an unfavourable answer, and to say that foreign intervention would probably lead to a postponement or a diminution of the favours which His Majesty meant to bestow on his Polish subjects. ¶ Under these circumstances, Count Walewski and I have agreed that the more prudent course would be not to bring forward the question in the Congress. ¶ I have, &c.

Clarendon.

To Lord **Palmerston**, *London.*

No. 591.

GROSSBRITANNIEN. — Premierminister a. d. königl. Min. d. Ausw. (z. Z. Bevollmächtigter beim Pariser Friedenscongresse). — Billigung des Verhaltens des Letztern dem Grafen Orlow gegenüber. —

Foreign Office, April 17, 1856.

No. 591. Grossbritannien, 17. April 1856.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's despatch of the 15th instant, reporting your conversations with Count Walewski and with Count Orloff on the question of Poland; and I have the honour to acquaint your Lordship that Her Majesty's Government entirely approve the course pursued by you, both in bringing the subject into discussion with Count Orloff, and in abstaining, in consequence of what Count Orloff said, from mooting the matter in the Congress. ¶ I have, &c.

Palmerston.

To Lord **Clarendon**, *Paris.*

No. 592.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Botschafter in Berlin. — Die Gefahren des Preussisch-Russischen Uebereinkommens bezüglich des Aufstandes in Polen betr. —

Paris, le 17 février 1863.

No. 592. Frankreich, 17. Febr. 1863.

Monsieur le Baron, le Gouvernement de l'Empereur s'était renfermé jusqu'ici, à l'égard des troubles survenus en Pologne, dans une réserve dont il

n'est sorti un instant que par suite de la nécessité où il s'est trouvé d'exprimer sa première impression devant le Corps législatif. Nous suivions avec un douloureux intérêt les conflits armés qui se sont produits sur plusieurs points et nous cherchions, avant tout, à nous rendre un compte exact de la portée de ces événements. ¶ J'étais loin de penser que j'aurais sitôt l'occasion d'examiner avec vous la situation du Cabinet de Berlin dans une question où il ne paraissait point directement intéressé et où aucune considération pressante ne l'invitait à s'engager. Mais il nous appelle lui-même sur ce terrain par l'arrangement qu'il vient de conclure avec la Russie et dont M. l'Ambassadeur de Prusse m'a fait connaître les dispositions. ¶ M. le Comte de Goltz m'a dit, ainsi que M. le Baron de Budberg me l'avait annoncé de son côté, que l'objet de cet acte était de maintenir la sûreté des relations commerciales et d'empêcher le pillage des caisses de la douane. Les troupes de chacune des deux Puissances, afin d'atteindre ce but, pourront respectivement franchir la frontière commune et poursuivre, au besoin, les bandes armées sur le territoire de l'autre, jusqu'à la rencontre d'une force nationale suffisante. Le bruit public est aujourd'hui que les deux Cabinets se seraient de même entendus pour assurer le passage par les chemins de fer prussiens aux renforts qui seraient dirigés des provinces baltiques sur Varsovie; mais la communication de M. de Goltz ne m'autorise point à penser que la convention signée à Saint-Pétersbourg renferme une clause de ce genre explicitement formulée. ¶ Sous le prétexte d'intérêt douanier, Monsieur le Baron, il n'est que trop facile de discerner le caractère politique de l'entente établie. La nature en est suffisamment indiquée par la stipulation qui ouvre la frontière aux troupes des deux pays et qui implique, dans un rayon vaguement défini, une véritable coopération militaire de la Prusse. L'existence même d'un accord écrit à ce sujet est, à elle seule, un événement d'une gravité incontestable, et, sans entrer dans l'examen des dispositions consenties par le Cabinet de Berlin, je n'ai pu dissimuler à M. l'Ambassadeur de Prusse les observations que me suggérait une résolution si précipitée. ¶ Je me félicitais récemment encore avec M. le Comte de Goltz du calme qui n'avait pas cessé de régner dans le grand-duché de Posen. Les informations que j'ai reçues depuis lors de notre consulat de Dantzig, celles que vous m'avez vous-même transmises, ne me signalent aucun symptôme d'agitation dans cette province, et j'ai peine à me rendre compte des considérations qui ont pu déterminer le Cabinet de Berlin à sortir de la neutralité que les circonstances lui permettaient de garder. ¶ L'intérêt de la Prusse était, ce nous semble, de se maintenir dans cette attitude d'observation, tant que d'impérieuses nécessités ne l'obligeraient pas à en prendre une autre. Plus elle eût montré de réserve, plus elle eût réussi à circonscrire et à refouler l'influence que la lutte engagée de l'autre côté de sa frontière serait de nature à exercer sur les populations de la Posnanie. ¶ Quels peuvent être, au contraire, les effets de l'arrangement que le Cabinet de Berlin a conclu, sinon d'agiter les esprits et de susciter des dangers réels là où il n'existait, quant à présent du moins, aucune difficulté sérieuse? ¶ Mais, à nos yeux, Monsieur le Baron, l'inconvénient le plus grave de la résolution prise par la Prusse, c'est d'évoquer en quelque sorte la question polonaise elle-même.

No. 592. Frankreich, 17. Febr. 1863.

No. 592. Frankreich, 17. Febr. 1863.

Jusqu'ici les mouvements qui se sont produits n'ont point été encouragés par les notabilités du pays et de l'émigration; ils n'avaient que le caractère d'un acte de résistance au recrutement ordonné par le Gouvernement russe; l'insurrection était entièrement locale; elle demeurait concentrée dans les provinces du Royaume de Pologne. En intervenant d'une manière plus ou moins directe dans le conflit, le Cabinet de Berlin n'accepte pas seulement la responsabilité des mesures de répression adoptées par la Russie, il réveille l'idée d'une solidarité entre les différentes populations de l'ancienne Pologne. Il semble inviter les membres séparés de cette nation à opposer leur union à celle des gouvernements, à tenter en un mot une insurrection véritablement nationale, et, en même temps qu'il se jette ainsi gratuitement dans de graves embarras, il crée une situation qui, dès aujourd'hui, est une cause d'inquiétude, et qui peut devenir une source de complications pour les Cabinets. ¶ Le Gouvernement anglais ne nous a point encore manifesté son sentiment à ce sujet; mais, d'après ce que vous m'avez mandé du langage de M. l'Ambassadeur d'Angleterre à Berlin, je dois supposer que les Ministres de Sa Majesté Britannique n'apprécieront pas autrement que nous la conduite da la Prusse dans ces conjonctures, et il y a tout lieu de penser que le jugement que nous en portons sera celui de l'opinion publique. ¶ Agréez, etc., etc.

Drouyn de Lhuys.

A Mr. le baron de Talleyrand, etc., *Berlin*.

No. 593.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Die Stellung Frankreichs zur polnischen Frage betr. —

Paris, le 18 février 1863.

No. 593. Frankreich, 18. Febr. 1863.

(Extrait.) . . . . Le Gouvernement de Sa Majesté, Monsieur le Duc, soit antérieurement aux événements actuels, soit depuis qu'ils se sont produits, a toujours été guidé par le loyal et sincère désir d'épargner au Cabinet russe, autant qu'il pourrait dépendre de nous, les embarras inhérents aux affaires de Pologne. Loin de surexciter les esprits, nous n'avons rien négligé pour les calmer. Scrupuleusement fidèles aux devoirs d'un Gouvernement régulier, nous nous sommes inspirés surtout des sentiments d'estime et d'amitié qui président depuis plusieurs années aux rapports des deux Cabinets. Mais la question polonaise a, plus qu'aucune autre en France, le privilége d'éveiller des sympathies également vives dans tous les partis. Ils sont, à cet egard, unanimes; le langage des défenseurs les plus zélés des idées monarchiques et religieuses ne diffère que par des nuances de celui des organes les plus avancés de la démocratie. Que pouvons-nous opposer à des publications qui se placent sur le terrain du droit public et qui ne font qu'en revendiquer les principes les plus incontestés? Non-seulement nous sommes désarmés contre de semblables écrits, mais puisant nous-mêmes notre force dans l'opinion, nous sommes obligés de compter avec des sentiments qui sont depuis de longues années ceux du pays. . . . .

No. 593. Frankreich, 18. Febr. 1863.

Les représentants de l'Europe assemblés au congrès de Vienne en subissaient l'impression et l'acceptaient dans une certaine mesure, lorsque, cherchant à réparer les maux de la Pologne, l'un des principaux objets de leur sollicitude, ils plaçaient, en tête de l'acte général destiné à servir de base au nouveau système politique, les stipulations qui y rattachaient le sort de ce pays.

J'ai dit, au reste, à M. l'Ambassadeur de Russie, que nous observerions fidèlement la conduite que nous nous étions tracée, que nous remplirions loyalement les devoirs qui résultent du caractère amical de nos relations avec le Cabinet de Saint-Pétersbourg; qu'enfin nous ne cesserions de recommander la modération et de condamner hautement tout ce qui ressemblerait à des procédés ou à des tendances anarchiques et révolutionnaires; mais je n'ai pas caché à M. le Baron de Budberg que, malgré nous, les événements pouvaient devenir de plus en plus embarrassants, que la pression du sentiment public s'imposerait davantage à mesure que les circonstances prendraient plus de gravité, et que nous devions faire des voeux pour que, dans les moyens auxquels le Gouvernement russe aura recours, rien ne vienne rendre notre position plus difficile vis-à-vis du Cabinet de Saint-Pétersbourg, de nous-mêmes et de l'Europe.

Depuis l'avénement de l'empereur Alexandre, de grands progrès se sont accomplis en Russie. Nous avons été les premiers à y applaudir et à rendre hommage à une politique libérale. Tout ce qui engageait davantage cette Puissance dans les voies de la civilisation moderne la rapprochait de la France et resserrait les liens des deux pays. Nous nous plaisons également à espérer que pour la Pologne, comme pour la Russie, le nouveau règne serait un règne réparateur. Si les espérances que le Cabinet de Saint-Pétersbourg a laissé concevoir ne se réalisaient pas, si surtout, dans les graves conjonctures qui se présentent, il se mettait en opposition avec cette opinion publique aussi persévérante que les malheurs de la Pologne, il se créerait et nous ferait à nous-mêmes une situation pénible sur laquelle j'ai dû particulièrement m'arrêter avec M. le Baron de Budberg. Vous voudrez bien, Monsieur le Duc, prendre vous-même ces considérations pour règle de votre langage auprès de M. le Prince Gortchakoff. Vous ne lui laisserez point ignorer des réflexions dont nous ne pouvons nous défendre, ni l'attitude réservée qu'elles nous imposent, et je me plais à espérer qu'il appréciera la franchise de nos explications.

Agréez, etc., etc.

Drouyn de Lhuys.

A **Mr. le duc de Montebello**, etc., *St. Pétersbourg.*

No. 594.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserl. Botschafter in Wien. — Die Haltung der österr. Regierung zur Insurrection in Polen betr. —

Paris, le 19 février 1863.

No. 594. Frankreich, 19. Febr. 1863.

(Extrait.) Monsieur le Duc . . ., le Cabinet de Vienne a calculé les dispositions qu'il était amené à prendre d'après les obligations réelles de sa situation en présence des mouvements qui se sont produits dans les provinces

No. 594. Frankreich, 19. Febr. 1863.

polonaises de la Russie. Cette agitation ne pouvait manquer d'attirer l'attention des populations galliciennes, d'éveiller même leurs sympathies; mais ces sentiments n'ont provoqué aucun acte d'opposition contre le Gouvernement du pays, ni suscité aucune crainte de manifestations inquiétantes pour l'Autriche. L'intérêt du Cabinet de Vienne était de s'attacher à maintenir à l'insurrection le caractère essentiellement local qu'elle a pris dès le début et conservé jusqu'à présent. Tout en adoptant les mesures qu'il jugeait conformes à ses devoirs internationaux, il avait à éviter d'agiter davantage les esprits en Gallicie et d'y faire naître l'idée d'une solidarité des Gouvernements, qui n'aurait d'autre effet peut-être que de généraliser le mouvement des populations. La Cour d'Autriche s'est gardée ainsi de la faute dans laquelle me paraît être tombé le Cabinet de Berlin en signant la convention de Saint-Pétersbourg. Elle ne saurait avoir à regretter cette réserve, car, au milieu de conjonctures aussi graves et aussi délicates, l'avantage est évidemment pour celui qui conserve la liberté de son jugement et de ses résolutions. ¶ Il est de notoriété que, dans les phases diverses de la question polonaise, depuis un siècle, l'attitude du Cabinet de Vienne n'a pas été absolument identique à celle de la Russie et de la Prusse. Cette différence n'a point échappé aux populations polonaises, et elle n'est pas restée sans influence sur leurs disposition envers l'Autriche . . . ¶ Agréez, etc., etc.

Drouyn de Lhuys.

A **Mr. le Duc de Grammont**, etc., *Vienne.*

No. 595.

FRANREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserl. Botschafter in London. — Vorschlag einer gemeinsamen Note an Preussen in Betreff dessen Stellung zur Insurrection in Polen. —

Paris, le 21 février 1863.

No. 595. Frankreich, 21. Febr. 1863.

Monsieur le Baron, la dépêche que j'ai eu l'honneur de vous écrire sous le n⁰ 21 vous a fait connaître les observations que la convention conclue entre la Prusse et la Russie a suggérées au Gouvernement de l'Empereur. Les troubles suscités par le recrutement opéré en Pologne, en dehors des conditions ordinaires, devaient nécessairement attirer notre attention. Les douloureux incidents de la résistance des populations à une mesure d'administration intérieure ne pouvaient toutefois être encore envisagés que d'un point de vue d'humanité. Mais l'arrangement signé à Saint-Pétersbourg est venu inopinément donner à cette crise un caractère politique sur lequel il appartient sans nul doute aux Cabinets de porter un jugement. ¶ J'ai indiqué à M. le Baron de Talleyrand l'ordre d'idées dans lequel il doit se placer avec le Cabinet de Berlin. D'un autre côté, la vivacité du sentiment public en Angleterre, les déclarations anciennes du Gouvernement de Sa Majesté Britannique et les principes de sa politique m'autorisent à penser que le langage tracé à sir Andrew Buchanan sera en parfait accord avec celui que tiendra le Ministre de l'Empereur. Mais je me demande si l'expression orale de notre manière de voir est en rapport avec la gravité de l'acte que nous avons

à apprécier, et s'il ne serait pas nécessaire de donner à la manifestation de notre opinion une forme moins fugitive et plus déterminée. Ne pourrions-nous pas, par exemple, combiner les termes d'une communication identique destinée à être remise simultanément au Cabinet de Berlin, et qui serait ensuite portée à la connaissance de celui de Saint-Pétersbourg. ¶ Il me semble d'ailleurs, Monsieur le Baron, qu'une démarche de cette nature pourrait obtenir également le concours du Gouvernement autrichien. Le Cabinet de Londres est renseigné comme nous sur l'attitude adoptée par l'Autriche. Il sait qu'elle a suivi une ligne de conduite différente de celle de la Prusse. Il y a lieu de présumer que le cabinet de Vienne n'envisage pas autrement que nous une convention dont la seule nouvelle a notablement accru l'agitation en Pologne, et dont la mise en vigueur ne peut que l'augmenter. Il aurait à tous égards intérêt à en décliner plus complètement encore la solidarité en s'associant à nos appréciations. Il donnerait ainsi à l'opinion publique une satisfaction qui contribuerait puissamment au maintien de la tranquillité en Gallicie. ¶ Si, comme je l'espère, Monsieur le Baron, lord Russell approuvait cette idée, il ne resterait plus qu'à nous entendre sur la teneur de la communication que nous aurions à adresser au Cabinet de Berlin. Afin de vous fixer sur l'esprit dans lequel elle pourrait, selon nous, être conçue, je vous envoie ci-joint copie d'un projet de note auquel au surplus nous serions prêts à faire subir toutes les modifications qui seraient jugées convenables. Je vous invite a donner lecture de cette dépêche à lord Russell. Vous voudrez bien lui dire que j'écris dans le même sens à Vienne, et je vous serai obligé de me faire connaître le plus tôt possible les intentions du Gouvernement de Sa Majesté Britannique. ¶ Agréez, etc., etc.

No. 595. Frankreich, 21. Febr. 1863.

Drouyn de Lhuys.

A **Mr. le Baron de Gros**, etc., *Londres.*

Anlage. — Projet de Note. —

Le soussigné, Ambassadeur de Sa Majesté l'Empereur des Français, a reçu l'ordre d'entrer avec le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Prusse dans de franches explications au sujet de l'arrangement conclu entre les Cabinets de Berlin et de Saint-Pétersbourg à l'occasion des troubles survenus dans le Royaume de Pologne, et, à cet effet, il a été chargé d'adresser à Son Excellence M. de Bismark-Schoenhausen la communication suivante: ¶ Les mesures adoptées par le Gouvernement russe pour opérer le recrutement en Pologne ayant amené une résistance qui a donné lieu à des conflits sur plusieurs points, la Cour de France observait avec un douloureux intérêt des événements si regrettables. Il était d'autant plus à désirer qu'aucun incident ne vint aggraver cette lutte que le pays, livré à un état de malaise évident, renfermait déjà de nombreux éléments d'agitation et de désordre: il importait d'éviter toute manifestation de nature à exciter les esprits dans les autres provinces polonaises et à changer le caractère, jusqu'alors purement local, de l'insurrection. ¶ Le Gou-

No. 595. Frankreich, 21. Febr. 1863.

vernement de Sa Majesté l'Empereur des Français n'a donc pas appris sans inquiétude que le Cabinet de Berlin avait signé avec celui de Saint-Pétersbourg une convention par laquelle la Cour de Prusse consent à laisser pénétrer sur son territoire les troupes russes qui jugeraient à propos de suivre les bandes armées réduites à y chercher un refuge, et s'engage elle-même à repousser sur le territoire russe, jusqu'à la rencontre d'une force nationale suffisante, les insurgés qui se trouveraient devant les troupes prussiennes. ¶ En effet, la lutte concentrée encore dans le Royaume de Pologne peut être ainsi portée, d'un instant à l'autre, dans les provinces polonaises de la Prusse ouvertes aux soldats russes, et la Prusse peut, de son côté, se voir entraînée à prendre part aux opérations militaires en cours d'exécution de l'autre côté de sa frontière. ¶ Un semblable accord n'a pas seulement pour conséquence d'étendre le théâtre des hostilités, il crée une situation nouvelle et transforme un incident des affaires de Pologne en une question européenne. ¶ Le Gouvernement impérial est loin de méconnaître que la Cour de Prusse, en raison du voisinage, avait des devoirs internationaux à remplir en présence des événements actuels. Il n'aurait pas eu le droit de s'étonner des mesures de précaution et de surveillance qu'elle aurait cru devoir prendre pour assurer l'inviolabilité de la frontière commune et mettre obstacle à toute contrebande de guerre. Mais une coopération, même limitée, que ne justifiait d'ailleurs aucun symptôme menaçant dans les provinces polonaises de la monarchie prussienne, dépasse les obligations tracées au Cabinet de Berlin par le droit public; elle semble procéder de la pensée préconçue d'une solidarité politique que les traités européens n'ont pas établie en réglant le sort de la Pologne, et dont les intérêts généraux pourraient avoir à souffrir. ¶ Aussi l'opinion publique s'en est-elle vivement émue, et l'inquiétude qu'elle en a ressentie n'aura point échappé au Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Prusse. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur considère, de son côté, comme un devoir envers lui-même et envers l'Europe de signaler à la Cour de Berlin les préoccupations causées par les arrangements qu'elle a conclus avec le Cabinet de Saint-Pétersbourg, et il aime à croire que ces observations, inspirées par le sincère désir d'écarter tout sujet de malentendu, seront accueillies avec le même sentiment de confiance bienveillante qui les a dictées. ¶ Le soussigné saisit cette occasion, etc. . . .

No. 596.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. diplomat. Agenten im Auslande. — Die Insurrection in Polen und die preussisch-russische Convention betr. —

Paris, le 1er mars 1863.

No. 596. Frankreich, 1. März 1863.

Monsieur, lorsque les troubles actuels ont éclaté en Pologne, ils n'avaient encore que le caractère d'un acte de résistance à une mesure d'administration intérieure prise dans des conditions anormales. L'état de malaise où se trouvait depuis quelque temps le pays augmentait sans doute la gravité et la portée de

No. 596. Frankreich, 1. März 1863.

cette crise. Elle n'en restait pas moins purement locale avant la signature de la convention conclue entre la Prusse et la Russie. Mais, devenue l'objet d'un acte international, la question changeait de nature et les Cabinets étaient appelés à apprécier ces arrangements. Nous n'avons pas tardé à être instruits des dispositions du Gouvernement de Sa Majesté Britannique par les discours des Ministres de la Reine devant le Parlement anglais, et une communication de la Cour d'Autriche sur son attitude en Gallicie nous autorisait à penser que le sentiment de cette Puissance ne s'éloignait pas du nôtre. ¶ Il nous a paru cependant qu'une entente était désirable, préalablement à toute démarche officielle auprès du Gouvernement prussien. Nous étions persuadés que les observations que les trois Cabinets estimaient légitime et utile de faire parvenir individuellement à Berlin seraient tout aussi légitimes et plus utiles encore si elles y étaient portées simultanément dans des termes semblables; qu'un jugement présenté sous cette forme serait plus autorisé, et qu'enfin la nécessité même d'amener les idées propres à chacune des parties à une expression commune serait une garantie de modération et d'impartialité. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique n'a pas adhéré à la démarche que nous étions disposés à faire. L'Autriche, de son côté, tout en adoptant notre manière de voir, ne s'est pas crue fondée à blâmer officiellement une convention dont elle s'était bornée d'abord à décliner la solidarité. Dans cet état de choses, le Gouvernement de l'Empereur n'a plus aucune suite à donner à une proposition qui supposait un accord. Nous avons, toutefois, des raisons d'espérer que l'effet produit par la signature de la convention de Saint-Pétersbourg ne sera pas entièrement perdu, et que les deux Cours contractantes tiendront compte de l'unanimité des observations que ces arrangements ont soulevées. ¶ En ce qui nous concerne, nous continuerons à suivre ces événements avec le degré d'intérêt qu'ils sont faits pour inspirer. Nos devoirs à cet égard sont conformes à ceux des autres grandes Puissances placées dans la même position que nous. Les efforts que nous avons tentés pour que toute démàrche des Cabinets fût subordonnée à un accord préalable témoignent d'ailleurs des sentiments que nous portons dans une affaire qui n'implique de notre part ni la recherche d'une politique particulière ni une action isolée. ¶ Recevez, etc.

Drouyn de Lhuys.

No. 597.

GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Warschau a. d. königl. Min. d. Ausw. — Die in Warschau herrschende Aufregung betr. —

Warsaw, July 22, (received July 28) 1862.

No. 597. Grossbritannien, 22. Juli 1862.

(Extract.) I regret to have to report to your lordship that, notwithstanding the recent changes in the government of this country, and the announcement of further improvements to be made in the administration as soon as circumstances will permit, the situation of affairs here does not appear to have materially altered. Considerable excitement exists at the present moment in this

No. 597. Grossbritannien, 22. Juli 1862.

town, which may, perhaps, be accounted for by the fact of numerous arrests having been made within the last few days, both in Warsaw and in the country districts; and it is rumoured that some clue has been discovered of the existence of a very extensive secret organisation amongst the working classes in the capital and principal towns of the kingdom. Whether any confession has as yet been made by the prisoner who made the attempt on the life of the Grand Duke, I am unable to state positively to your lordship, but it is highly probable that such may have been the case, and that the arrests recently made may be traced to this cause. ¶ I beg also to inform your lordship that it has been decided that the trial of Jaroszynski (the person who fired at the Grand Duke) by court-martial shall take place as soon as the preliminary investigations are concluded; and that, contrary to the usual custom in this country, the court will not be conducted with closed doors or in secret, but that tickets of admission to the court will be issued to certain persons, so as to make the proceedings public; and it has been hinted to myself that the consuls of the foreign powers will be requested to attend the trial.

Stanton.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 598.

RUSSLAND. — Botschafter in London an Sir G. Grey. — Gesuch um einen englischen Polizeiagenten, behufs Mithülfe bei der Organisirung der warschauer Polizei. —

Chesham House, July 31, 1862.

No. 598. Russland, 31. Juli 1862.

My dear Sir George, — Permit me to apply to your constant kindness towards me under a circumstance of peculiar importance, which I shall explain in a few words. ¶ The Grand Duke Constantine, during his former stay in this country, has been particularly impressed with the beneficial influence which your police regulations exercise for the maintenance of good order, legality, and public security. ¶ His Imperial Highness is desirous of establishing a similar institution in the kingdom of Poland, whose welfare is entrusted now to his care by his Majesty the Emperor. The Grand Duke is the more anxious to introduce a useful reform into this branch of the public service, as such a reform may enable him to put an end as soon as possible to the now existing martial law, and to replace the country under the rule of a regular civil administration. ¶ For this purpose the Grand Duke has thought it highly important to secure for a very short time (say two months) the presence at Warsaw of an intelligent and active police-officer, who might communicate to the authorities there his practical views on the subject of the organisation of this branch of public service on a similar footing as it is in this country. ¶ Taking into consideration the importance of the contemplated reform, I do not hesitate to apply to you with the hope that you will kindly lend me your assistance for carrying it into effect as far as it is in your power. The first step to be taken would be to allow Sir

Richard Mayne to put himself into communication with a gentleman to whose care the Grand Duke has directly and privately entrusted this object, so intimately connected with the success of his own administration. — Believe me, &c.

No. 598. Russland. 31. Juli 1862.

To Sir G. Grey, etc., *London.* *Brunnow.*

No. 599.

GROSSBRITANNIEN. — Stellvertr. Consul in Warschau an d. königl. Min. d. Ausw. — Bericht über einige Modificationen, die in dem über Polen verhängten Kriegszustande eingetreten sind. —

Warsaw, Dec. 21, 1862. (Received Jan. 5, 1863.)

No. 599. Gross-britannien. 21. Dec. 1862.

My Lord, — I have the honour to report to your lordship that certain modifications have been introduced into the operation of martial law in the kingdom of Poland. ¶ According to these modifications, which have been authorised by his Majesty the Emperor, the restrictions imposed by the state of siege have been removed in a great part of the kingdom of Poland. They, however, remain in full force in the city of Warsaw and seven other towns, in all those places which are situated on the two railway lines connecting Warsaw with foreign countries, and in the following three districts, viz., — Lipno, Petricau, and Krasnystaw; it having been found necessary to restore the state of siege in the latter district after an interruption of ten weeks, whilst it has never ceased to exist in the other two districts above mentioned since its promulgation in October, 1861. ¶ The practice of trying all political offences throughout the kingdom of Poland by court-martial is, however, positively retained by this enactment, having continued in force since the ukase of the Emperor Nicholas on the 11-23rd April, 1833. ¶ It is also probable (though no mention is made to that effect) that the examination of political prisoners, the system of prison discipline previous to their condemnation, and the practice of the courts-martial in trying them, are to continue such as have been in force in Russia under martial law from time immemorial. ¶ These courts have been instructed, however, in passing sentence on civilians for political crimes within the kingdom of Poland, to be guided in future by the provisions of the Civil Criminal Code introduced here in 1847, or rather according to its last Russian edition of 1857, instead of condemning to penalties prescribed by the Military Code heretofore in use in such cases. ¶ Another important modification in the practice of these Courts has been introduced both in Russia and here since September last. The prisoners are allowed counsel to defend them, and the military commander is to select a procurator to conduct the prosecution on behalf of the Crown, to draw up the indictment, and to watch the proceedings and to reply to the objections of the prisoner's counsel. The right, however, to be last heard belongs to these. ¶ The right of being defended by an advocate was first conceded to Jaroszynski in August last, as until then it had been only nominal. In fact, both this privilege and the admission of the public to these trials is due to the intervention of the Grand Duke Constantine, who has throughout shown a most

No. 599. Gross-britannien, 21. Decbr. 1862.

praiseworthy desire to amend the arbitrary system of proceeding in political cases heretofore in use; and although the whole system of military jurisprudence still continues to present in this country many striking instances of anomalies and irregularities, it is gratifying to see how anxious his imperial highness is to introduce amendments required by the ideas of modern civilisation, however unpalatable to the men of the old school in his native country. ¶ I have, &c.

W. A. White.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 600.

GROSSBRITANNIEN. — Sir R. Mayne an Sir G. Grey. — Die nach Warschau abgesandten engl. Polizeibeamten betr. —

Whitehall-place, March 11, 1863.

No. 600. Gross-britannien, 11. März 1863.

Sir, — In answer to your inquiry as to the instructions given to the two police officers sent to Warsaw in August last, and as to any reports made by them, I beg to say the only instructions were verbal to the following effect: that they were to take with them all the printed forms and reports showing the organisation of the metropolitan police, and the mode of carrying on their duties, and that they should give all the information in their knowledge on those subjects to the persons with whom they should be put in communication. ¶ I enclose a copy of the only report of their proceedings I received, dated Warsaw, Sept. 8. ¶ I am, &c.

Richd. Mayne.

To **Sir G. Grey**, etc.

Anlage. — Messrs. Walker and Whicher to Sir R. Mayne.

Hotel de l'Europe, Warsaw, Sept. 8, 1862.

We beg most respectfully to report, for the information of the Commissioner, that we are still in daily communication with the authorities, who appear to be well pleased with the information we convey to them. No change has been made in the existing police system at present, but we hope that by the latter end of the ensuing week our services will be dispensed with. ¶ Everything seems very quiet, and no further attempts at assassination have been made, although it is feared that similar acts will be repeated, but every precaution is taken to prevent them. Indeed, the Government appears to be in constant apprehension. ¶ Our mission here is kept entirely secret except to the three gentlemen we have been in communication with, that being deemed the most prudent course under existing circumstances, as our personal safety might be endangered by a wrong construction being placed on the object of our visit.

Robert Walker.
J. Whicher.

No. 601.

FRANKREICH. — Der Kaiser an den französ. Minister ohne Portefeuille, Billault. — Zustimmung zu dessen im Senate bei der Debatte über Polen entwickelter Politik.

No. 601. Frankreich, 21. März 1863.

Mon cher Monsieur Billault, je viens de lire votre discours, et comme toujours j'ai été heureux de trouver en vous un interprète si fidèle et si éloquent de ma politique. Vous avez su concilier l'expression de nos sympathies pour une cause chère à la France avec les égards dus à des souverains et à des Gouvernements étrangers. Vos paroles ont été sur tous les points conformes à ma pensée et je repousse toute autre interprétation de mes sentiments. Croyez à ma sincère amitié.

Napoléon.

Anlage. — Aus der Senatsdebatte vom 19. März 1863 über die polnische Frage*).

S. Exc. M. Billault, *ministre sans portefeuille.* Messieurs les sénateurs, il y a quelques années, à la tribune de la chambre des lords, un homme d'État disait que, dans son opinion, la Pologne n'avait aucun avantage à retirer des discussions parlementaires. La séance d'hier me porterait presque à penser que cet homme d'État avait raison. ¶ Des paroles regrettables ont été prononcées, et, dans l'intérêt même de la Pologne qui vous touche tous, il eût été à souhaiter qu'aux embarras réels de la situation ne vinssent pas se joindre les embarras artificiels de la discussion publique. Le devoir du Gouvernement, tout en affaiblissant autant que possible les conséquences fâcheuses de cet état de choses, est de rétablir le débat sur ses bases véritables, de manière que, chaque intérêt mis à sa place, chaque difficulté placée en lumière, une opinion éclairée et raisonnable puisse se faire sur ce qui convient dans l'intérêt de la Pologne, et aussi dans l'intérêt de notre pays. ¶ La sympathie de la France pour les Polonais n'est pas nouvelle. Elle est fondée tout à la fois sur leur magnifique passé et sur leur déplorable présent; elle se base sur de grands souvenirs historiques, sur d'immenses services rendus à la chrétienté, sur des souvenirs communs de gloire, de malheurs. ¶ Ces sympathies de la France sont partagées par celui que ses suffrages ont placé à sa tête. Dans le peuple, comme dans les grands corps de l'État et dans l'esprit du Souverain, il y a une bienveillance enracinée, profonde, immuable. Ce sentiment du reste, messieurs, est celui de l'Europe tout entière. Il n'est pas un peuple civilisé, il n'est pas un homme politique ayant quelque idée généreuse et un coeur dans la poitrine qui ne sympathise à de tels malheurs. Mais il y a plus que du sentiment dans cette question, il y a aussi le grand intérêt de la paix de l'Europe; on ne saurait contester que la situation faite à la Pologne est depuis près d'un siècle l'incessante occasion de convulsions successives, n'ayant d'autres résultats que de grands malheurs, beaucoup de sang versé, et l'inquiétude sans cesse renaissante que la paix ne soit troublée. Aussi tous, tous tant que nous sommes, Français ou étrangers, directement intéressés dans cette question d'humanité et de tranquillité européenne, nous ne saurions nous dissimuler de quel grand intérêt serait sa solution. ¶ Les insurrections qui depuis 1772 se sont succédé sont pour tout le monde une leçon qui ne saurait être méconnue; nées de la force des choses, elles n'ont certes pas été encouragées par les Gouvernements libéraux qui s'intéressaient le plus à la Pologne: ni l'Angleterre ni la France ne les

---

*) Bei der Wichtigkeit des obigen Actenstückes, worin der Kaiser die Ansichten des Ministers über Polen vollständig adoptirt, glauben wir den Theil der Senats-Verhandlungen, in welchen die Rede Billaults fällt, nach dem „Moniteur universel" hier abdrucken zu sollen. Das Resultat der Debatte war die Annahme der Tagesordnung mit 109 gegen 17 Stimmen.

No. 601. Frankreich, 19. März 1863.

ont fomentées. Naguère encore, quand des symptômes précurseurs vinrent annoncer que l'agitation douloureuse de ce malheureux pays allait bientôt se traduire en nouveaux conflits, le Gouvernement de l'Empereur n'a pas cru manquer à ses sympathies en insérant au *Moniteur* du 27 avril 1861 ces quelques phrases que je vous demande la permission de vous rappeler: ¶ ,,Les événements de Varsovie ont été unanimement appréciés par la presse française avec les sentiments de *sympathie traditionnelle* que la Pologne a toujours éveillés dans l'occident de l'Europe. Ces témoignages d'intérêt cependant serviraient mal la cause à laquelle ils s'adressent, s'ils avaient pour effet d'égarer l'opinion publique en laissant supposer que le Gouvernement de l'Empereur *encourage des espérances qu'il ne pourrait satisfaire.* Les idées généreuses dont l'empereur Alexandre n'a cessé de se montrer animé depuis son avénement au trône, et qu'atteste si hautement la grande mesure de l'émancipation des paysans, sont un gage certain de son désir de réaliser aussi les améliorations que comporte l'état de la Pologne, et il faut faire des voeux pour qu'il n'en soit pas empêché par des *manifestations* de nature à mettre la dignité et les intérêts politiques de l'empire russe en *antagonisme* avec les dispositions de son souverain.'' ¶ Cette pensée, messieurs, est précisément celle que le 4 ou le 5 février dernier j'ai exprimée dans une autre enceinte lorsque l'insurrection actuelle commençait à poindre, et je n'ai en aucune façon à la rétracter aujourd'hui. La question polonaise est une question européenne que les Gouvernements sagaces et libéraux n'oublient pas. De nouveaux malheurs, de nouveaux flots de sang ne seront pas efficaces pour la résoudre et ne sont pas nécessaires pour la rappeler. Il n'est ni bon, ni utile, ni humain d'exciter de si douloureuses démonstrations. ¶ Je le répète, messieurs, lorsqu'au mois de février de cette année le Gouvernement, par mon organe, s'expliquait dans une autre enceinte, il n'oubliait pas ses sympathies pour la Pologne, mais il désirait que son sang généreux fût réservé, qu'il ne fût pas versé inutilement dans des échauffourées dangereuses et compromettantes. (Très-bien! très-bien!) ¶ Sans doute, aujourd'hui, ce qui semblait ne devoir être qu'une échauffourée paraît devenir une grande et périlleuse manifestation nationale; c'est un symptôme de plus dont la France, l'Europe, la Russie elle-même ne pourront manquer de tenir compte, car, comme je le disais tout à l'heure, ces insurrections périodiques sont les signes incontestables d'un malaise qu'un siècle entier n'a pu faire disparaître, et dont la permanence intéresse à la fois et les sympathies du monde civilisé et la paix de l'Europe. ¶ Cette question de la Pologne, toujours vive, toujours instante, ne saurait être oubliée et le tocsin des insurrections n'est pas nécessaire pour la rappeler aux sentiments des hommes d'État et aux préoccupations de l'Empereur. (Approbation.) Il y a là malheureusement un peuple qui ne peut ni mourir ni vivre dans des conditions qui lui sont faites: évidemment il faut aviser. ¶ Ce problème ainsi posé, il faut l'aborder en face, mais avec sagesse. Quand on est appelé à manier les grands intérêts du monde, quand de la conduite à tenir il peut résulter des conflits, des conflagrations, des malheurs incalculables, ce n'est pas sans se recueillir, sans une profonde circonspection, sans une profonde étude des autres et de soi-même qu'on examine, qu'on calcule et que l'on agit. (Très-bien! très-bien!) ¶ L'intérêt, le désir de l'Europe, de la France, de la Russie elle-même, je n'hésite pas à le dire, c'est la pacification de la Pologne, pacification qui ne peut se faire que par la satisfaction donnée aux intérêts légitimes. ¶ Mais pour arriver, messieurs, à la solution de ce problème qui s'agite depuis tant d'années, avez-vous vous-mêmes sur ce qu'il y a à faire des idées bien arrêtées, et l'expérience qui se poursuit depuis 1815 vous a-t-elle révélé quelque combinaison politique spéciale dont le succès serait sinon certain, du moins vraisemblable? ¶ Depuis 1815, nous avons vu successivement essayer sur ce malheureux pays bien des systèmes. La constitution donnée par l'empereur Alexandre I[er] a abouti à la révocation de 1831. Le système violent et oppressif pratiqué sous l'empereur Nicolas n'a pu ni dompter ni anéantir cette nationalité résistante. ¶ La bienveillance, l'humanité, les dispositions conciliantes de l'Empereur Alexandre II, viennent d'aboutir à une nouvelle insurrection. Les traités de 1815, que beaucoup de gens invoquent, ces traités sont-ils eux-mêmes un remède à cette situation? Ils ont promis, et à ce point de vue, ils ont constitué un engagement extérieur vis-à-vis des Puissances européennes qui l'ont signé. Ils ont promis aux peuples de Pologne des institutions et une représentation nationales. Mais à cette promesse leur texte ajoute immédiatement: ,,D'après le mode d'existence politique que chacun

No. 601. Frankreich, 19. März 1862.

des Gouvernements auxquels ils appartiennent jugera utile et convenable de leur donner.“ Cette phrase qui réduisait la promesse à une sorte de concession facultative dans son étendue a été l'objet entre les Puissances d'une discussion indéfinie et jusqu'à présent sans solution. ¶ Pendant que l'Europe ou plutôt les Puissances libérales de l'Europe disaient: Vous êtes obligés par les traités à constituer une représentation et une administration séparées et nationales. — On répondait: oui, mais dans le mode d'existence politique que nous jugeons utile et convenable, et les détails ne sont qu'une question intérieure qui ne regarde pas l'étranger. ¶ Rien n'est donc résolu, et vous l'avez vu, les essais successifs faits par le Gouvernement russe, plus ou moins conformes à l'esprit des traités de 1815, sont tous restés impuissants. Mais cette impuissance est ici dans la nature des choses, telles qu'elles sont établies. ¶ Si le Gouvernement russe donne peu à cette nationalité souffrante, elle se tiendra pour opprimée et restera profondément agitée, mécontente; s'il lui concède beaucoup, elle usera de ce qui lui aura été donné pour reconquérir ce qui lui manquera encore. (Très-bien!) ¶ Les traités de 1815 ne sont donc pas une solution. Ils ont posé la situation dans des termes qui ne peuvent coexister; ils ont accolé une nation qui avait joui des libertés les plus extrêmes à une autre nation qui ne s'en doutait pas encore; ils ont placé sous le même sceptre des hommes conseillant la liberté et la voulant et des hommes qui l'ignoraient et ne la désiraient pas encore; ils ont mis tout un peuple dans la condition forcée de s'insurger si les concessions promises étaient faibles, et si elles étaient larges d'en tirer plus de force encore pour l'insurrection. ¶ Je le répète, les traités de 1815 n'ont pas résolu la question. Ils ont posé côte à côte des éléments qui se combattent; ils ont voulu augmenter la force des Puissances copartageantes et les unir contre un objectif accidental; ils n'y ont pas réussi; ils ont attaché au flanc de ces Puissances un embarras, une plaie, un mal de chaque instant. Ces choses, qui peut-être eussent pu se prévoir dès 1815, se sont depuis, et de plus en plus révélées, dans des temps de calme et d'apaisement, les Gouvernements intéressés ne sauraient ne pas les voir, et ils sont trop éclairés pour ne pas comprendre qu'une combinaison si agitée a besoin d'être profondément étudiée et, je le dirai, profondément modifiée. ¶ Voilà, messieurs, comment la question se présente et comment il faut s'appliquer à la résoudre, non pas avec ces emportements qui peuvent blesser des sympathies et aliéner des concours dont nous avons besoin, qui peuvent troubler la sécurité et la confiance, mais avec cette attention calme de l'homme d'État qui se dit: Voilà des intérêts qui devront trouver satisfaction, des maux qui doivent trouver leur remède; les Gouvernements qui en souffrent ne sauraient les méconnaître; ils les comprendront, et il y a dans toute l'Europe à ce sujet de telles convictions et de telles sympathies, que sous leur loyale et amicale influence même ceux qui ne comprendraient pas tout d'abord, ne peuvent manquer de finir par comprendre et leurs vrais intérêts et la situation. (Assentiment.) ¶ Les choses ainsi posées, qu'y a-t-il à faire? Nous avons encore à ce sujet l'expérience du passé. ¶ Deux nations libérales, la France et l'Angleterre, de 1830 jusqu'à ce jour, ont, non pas simultanément, mais séparément, agi et pratiqué cette politique d'observations, de conseils, de rappel aux traités de 1815 dont on a beaucoup parlé dans la discussion actuelle. Qu'a-t-elle produit? La France, généreuse dans son peuple, hésitante dans son Gouvernement, s'est bornée la plupart du temps à des adresses et à des paroles généreuses, mais sans action diplomatique, en face d'un souverain dont l'attitude était mal disposée pour la dynastie d'Orléans. Dans de tels termes cette attitude ne pouvait être très-efficace, on le comprend. Mais l'Angleterre était en excellents rapports avec le Gouvernement russe. Elle témoignait à son égard le désir de se maintenir dans la plus vive amitié. Qu'a-t-elle obtenu? Lors de l'insurrection de 1830 et 1831, au moment où les armes polonaises et russes laissaient encore la victoire et la perspective de la solution indécises, elle engagea son ambassadeur à faire quelques observations en faveur des traités de 1815. Les observations n'eurent aucun résultat. Au mois de juillet suivant, la France proposait à l'Angleterre une médiation en commun; l'Angleterre répondait: Cette communauté d'action serait mal vue par la cour de Russie, elle serait plus inefficace; je n'ai qu'à me louer des procédés du Gouvernement russe: la démarche le blesserait sans amener de résultat utile aux Polonais. Enfin, lorsque la prise de Varsovie eut amené la soumission complète du pays, le cabinet anglais écrivit alors à son

No. 601. Frankreich, 19. März 1863.

ambassadeur que les faits militaires étant consommés, le moment était venu de tenter des observations en faveur de la Pologne; le résultat de ces conversations diplomatiques fut une dépêche que le comte de Nesselrode adressa au prince de Lieven, pour qu'elle fût lue au ministre des affaires étrangères, et où l'on exprimait au nom de la Russie l'espérance que c'était pour la dernière fois qu'elle se trouvait dans le cas de s'expliquer sur des questions dont elle seule était appelée à connaître. ¶ Voilà, messieurs, ce qu'ont amené en 1830 et 1831 les tentatives diplomatiques isolées de l'Angleterre d'un côté et de la France de l'autre. En 1846, à la suite d'événements qu'il est inutile de rappeler, la république de Cracovie, dont l'existence était garantie par les traités de 1815, fut, en vertu d'un traité commun signé par l'Autriche, la Prusse et la Russie, incorporée à l'Autriche. C'était le cas de rappeler encore à l'exécution de ces traités. Cela fut fait; mais nous lisons également dans les correspondances diplomatiques du Gouvernement britannique que, malgré l'espérance qui avait été donnée, rien ne serait définitivement arrêté avant d'en avoir donné avis. La question avait été irrévocablement résolue entre les seules trois Puissances du Nord, parce que c'était une question qui n'intéressait qu'elles. (Mouvement.) ¶ Tels sont, messieurs, à ces deux époques, les résultats des conversations diplomatiques isolées et de l'invocation des traités de 1815. ¶ Tout cela, je le reconnais, était accompagné de discours ardents aux différentes tribunes, de témoignages bruyants de sympathie pour la Pologne; mais tout cela n'était suivi d'aucun résultat. ¶ Cette politique de beaucoup de paroles et de très-peu d'action avait le triple inconvénient d'être à la fois excitante pour ce malheureux peuple qu'elle ramenait toujours à l'espérance, irritante pour son souverain qui ne supportait pas les représentations, et impuissante pour obtenir quoi que ce fût. ¶ Nous n'avons pas envie de la recommencer. (Très-bien! très-bien!) ¶ Maintenant, messieurs, éclairés par cette expérience, faut-il dire, comme l'indiquait hier un illustre orateur, qu'il n'y a rien à faire? Il y a moins à parler peut-être; il y a à agir autrement. Pour bien juger la conduite a tenir sur cet échiquier où les grands intérêts de l'Europe s'agitent, il faut bien voir comment la patrie y est engagée, vis-à-vis de qui, à côté de qui, avec qui par derrière. (Nouvelle approbation.) ¶ Je comprends parfaitement tous ces entraînements plus ou moins populaires qui excitent les passions au lieu de parler à la raison; ils peuvent amener dans la rue des manifestations maintenant impuissantes. (Vive adhésion.) ¶ Mais quant à faire avancer la question d'un pas, quant à donner l'espérance d'une solution, quant à y aider en quoi que ce soit, ils en sont incapables. (C'est vrai! Très-bien!) ¶ C'est avec la raison, la raison au service à la fois et du sentiment et du patriotisme, qu'il faut examiner cette situation. ¶ Eh bien, messieurs, dans cette occurrence si grave, quelles sont les grandes Puissances et les grands peuples qui se trouvent engagés? Au premier plan, nous rencontrons la Russie et son empereur, cet empereur avec lequel le nôtre, il n'y a que quelques mois, échangeait, lors de la présentation de son nouvel ambassadeur, des déclarations réciproques de haute estime et de loyale amitié; cet empereur qui, lorsque nous faisions en Italie la guerre pour l'indépendance d'un peuple et pour la sûreté de nos frontières, avait de lui-même pris une attitude pouvant empêcher certains embarras sérieux de se produire sur le Rhin. (Approbation). ¶ Cet empereur qui, lorsque nous demandions à la Savoie nos frontières naturelles en face de l'agglomération italienne, dont la puissante unité n'avait pas dès l'abord été prévue par nous, fut le premier, en regard d'autres Puissances nos amies réclamant vivement et pouvant créer par leurs réclamations des difficultés européennes, à encourager par son attitude les tendances nouvelles qui se manifestaient. (Nouvelle approbation.) ¶ Certes, messieurs, quand on examine dans les relations des souverains et des peuples les forces avec lesquelles il faut compter, quand on y voit se combiner ainsi avec les amitiés des uns, les rivalités des autres et la jalousie de quelques-uns, on reconnaît bien vite l'importance, la nécessité de se ménager certains équilibres, certains contrepoids indispensables dans le jeu des grands intérêts humains. Il ne faut pas ainsi, de gaieté de coeur, jeter à la face d'un grand souverain ami de ces paroles amères, difficiles à oublier. (Marques d'assentiment.) ¶ Et encore si ces rapports amicaux ne suffisaient pas seuls pour donner à notre politique en faveur de la Pologne de légitimes espérances, est-ce que ce souverain n'a pas fait dans son pays la plus énorme des révolutions? Est-ce qu'il ne vient pas d'appeler à la liberté toute cette population de serfs qui se comptent par millions? Est-ce

No. 601. Frankreich, 19. März 1863.

qu'une fois entré dans cette voie de la civilisation et du progrès il ne s'y trouve pas irrévocablement engagé? ¶ Est-ce que, quand une fois la liberté a pénétré dans un pays, elle ne finit pas par y dominer la conduite des affaires et par étendre son influence sur tout ce qui l'environne? (Très-bien! très-bien!) ¶ Est-ce que vous croyez qu'il n'y a pas pour la Pologne de très-légitimes espérances à attendre de ce qui se passe aujourd'hui en Russie? ¶ Est-ce que vous croyez que ce Gouvernement lancé dans cette voie par la volonté de son souverain sera assez aveugle, assez peu intelligent de ses intérêts pour risquer une complication d'agitations intérieures, et ne pas chercher au contraire des solutions qui lui assurent le calme et la paix? ¶ Les réformes appliquées à un grand peuple ne sont pas toujours chose facile. Les embarras de toute nature naissent; les reconnaissances sont faibles, les oppositions sont fortes. (C'est vrai! Très-bien!) Il n'est pas bien sûr que cette grande oeuvre de civilisation entreprise par l'empereur Alexandre II ne soit pas momentanément pour lui et pour son peuple une cause d'embarras, une cause d'affaiblissement, une nécessité de concentration de sa force sur lui-même. ¶ Sans nul doute, cette grande oeuvre accomplie, l'empire russe retrouvera dans la civilisation et le progrès qu'elle développera l'immense compensation de ses embarras éphémères. ¶ Mais il n'en est pas moins vrai que pour le moment ce grand Gouvernement sera naturellement amené à comprendre qu'il a grand intérêt à ne pas compliquer de l'embarras polonais ses difficultés intérieures, et qu'en faisant naitre l'aurore de la liberté dans son pays, il ne peut l'éteindre dans un pays voisin. ¶ Voilà donc une grande puissance, la puissance la plus intéressée, je n'hésite pas à le dire, pour sa force, pour son repos, pour la facilité de son action dans ce monde, à résoudre cette question convulsive de la Pologne. Quelle conduite peut lui inspirer la juste appréciation de ces événements? Je ne me prononce en aucune façon sur cette éventualité, non plus que sur les puissants avis appuyés sur de si pressantes considérations; je me borne à constater qu'il y a là des intérêts évidents, offrant un point d'action sérieux. ¶ Aux côtés de la Russie nous trouvons la Prusse: la Prusse s'engageant plus volontiers avec elle qu'une autre voisine dont je parlerai tout à l'heure; la Prusse dans laquelle le Gouvernement libre se développe de plus en plus; dans laquelle les sentiments libéraux ont fait une manifestation complétement favorable aux combinaisons qui peuvent être désirées par nous; dans laquelle des sympathies populaires très-sérieuses non-seulement se révèlent, mais se manifestent énergiquement dans le sens favorable à la pacification de cette situation difficile. ¶ Serait-il sage de blesser cette nation, d'aliéner ses sentiments? N'avons-nous pas à espérer deux choses? L'une, que le souverain qui la gouverne se laissera éclairer par les voeux de son peuple; l'autre, que ce peuple qui, dans l'Allemagne régénérée, se montre l'un des plus avancés dans la voie de la liberté, comprendra les intérêts de la politique générale de l'Europe, et, à la réflexion, cherchera lui aussi à pacifier par une solution libérale ce que sa situation du côté de la Pologne peut avoir d'agité et d'embarrassant aujourd'hui? ¶ En face de ces deux Puissances il y en a une troisième, l'Autriche; l'Autriche engagée comme elles par les traités de 1815, mais l'Autriche ouvrant aussi ses portes aux influences de la liberté, l'Autriche cherchant à fonder, au milieu des embarras de toute nature que lui suscite la diversité des races, un empire où les principes constitutionnels dominent et où l'influence calmante de la civilisation pénètre entièrement. ¶ Vous savez les conséquences de cette attitude nouvelle. Depuis que son jeune empereur, oublieux de l'attentat dont il a failli être victime, n'a pas craint de faire pour la liberté de son pays ce dont cette attaque criminelle pouvait peut-être le détourner, une attitude, plus libérale vis-à-vis de ces provinces polonaises a amené une tranquillité et une confiance dont il recueille aujourd'hui les fruits. ¶ Dans ces conditions l'Autriche semble comprendre mieux et plutôt que ses deux voisines que la question polonaise ne saurait rester dans l'état irritant où elle se trouve, que son intérêt y est engagé, et que de nouvelles combinaisons politiques peuvent ouvrir à la paix du monde de nouveaux et magnifiques horizons. Mais croyez-vous donc qu'il soit politique, dans nos relations avec elle, de prendre ces apparences révolutionnaires, cette attitude menaçante et agressive faisant appel à toutes les passions et pouvant légitimement inquiéter des amis sincères, mais nouveaux, de la liberté, dans les résolutions qu'ils peuvent prendre? ¶ Outre ces trois Puissances, il y en a d'autres, par exemple l'Italie qui sera puissante un jour, mais qui, quant à présent, est trop jeune encore et trop occupée de se faire elle-même,

No. 601. Frankreich, 19. März 1863.

pour peser dans la balance de tout le poids qu'elle y aura plus tard. ¶ Il y a l'Espagne qui est bien loin et la Suède qui est bien près. ¶ Il y a enfin l'Angleterre, l'Angleterre qui a une situation toute spéciale; elle a dans son langage un libéralisme absolu, dans sa conduite une circonspection aussi absolue que son libéralisme. (Très-bien! — Sourires d'approbation.) ¶ Les Polonais ne sauraient s'en plaindre, elle les a souvent avertis; la tribune anglaise a maintes fois répété ce que je résumerai dans ces paroles d'un de ses hommes d'État; lord John Russell, le 26 mars 1862, disait à la tribune de la chambre des communes: „Jamais aucun homme d'État anglais ayant rempli les fonctions de premier ministre n'a eu dans l'idée de *prêter une assistance matérielle* aux Polonais . . . Jamais aucun ministre n'a pensé que le devoir de ce pays fût de *s'interposer* autrement que par l'expression de ses *opinions*." ¶ Ces paroles (et ces paroles expriment une politique) les hommes d'État anglais les ont toujours répétées, et pour rappeler les dernières paroles prononcées sur la situation actuelle, lord Palmerston, ces jours derniers, déclarait nettement que les traités de 1815 donnaient bien le droit d'intervention, mais qu'il n'entendait pas en user. ¶ L'Angleterre sans doute, cette position prise, favorisera de ses voeux tout ce qui pourra être tenté pour le noble but signalé à tous les coeurs généreux. ¶ Mais y a-t-il là, pour les grandes aventures que l'on semble conseiller, pour les partis pris excessifs, y a-t-il là une base d'opération sérieuse et solide? (*Voix nombreuses.* Non! non!) ¶ A ce sujet, le rapport de votre commission contient un mot que je vous demanderai la permission de rectifier en passant. On y dit que l'Angleterre semblait vouloir nous pousser à la guerre où son Gouvernement ne nous suivrait pas . . . Je le déclare, ni l'Angleterre, ni son Gouvernement ne nous ont poussés à la guerre. Toutefois, et je le dis en passant, ce qui s'est produit au meeting d'hier a une signification qui peut peser sur les déterminations gouvernementales et amener, dans le concours que le cabinet britannique peut donner, une certaine efficacité plus grande que celle qu'il avait originairement projetée. ¶ Mais en réalité il n'y a eu, à nous pousser personnellement et seuls à la guerre, que certains journaux anglais dont, à la vérité, le patriotisme égoïste ne cachait pas assez le but qu'ils semblaient vouloir obtenir. Tout en présentant la France comme le grand exécuteur des oeuvres de liberté en Europe, ils mettaient en regard, et en quelque sorte comme récompense, la prise de la frontière du Rhin, mais en le signalant bien haut aux populations allemandes. Ces habiletés politiques appartiennent aux journaux qui les ont produites; il ne faut les imputer ni au Gouvernement ni au peuple britannique. ¶ Telles sont, messieurs, dans la question qui nous occupe, les positions actuelles des diverses Puissances d'Europe qui peuvent avoir une influence sur sa solution. En présence de cette situation, qu'avons-nous fait et qu'avions-nous à faire? ¶ Dès que l'insurrection a pris une consistance sérieuse, dès que, dégagée d'une certaine incitation révolutionnaire dont on l'accusait, elle s'est, par son développement, nationalisée, nous avons cru devoir agir. A ce sujet, permettez-moi, en passant, un mot sur ce qui a été dit hier du caractère de cette insurrection; le mouvement actuel nous semble aujourd'hui national et non pas mazzinien ni garibaldien.

M. le marquis de La Rochejaquelein. Non, non, c'est evident.

M. le ministre. Il est vrai que cette influence mazzinienne ou garibaldienne a cherché là, comme ailleurs, des moyens d'agiter l'Europe. Partout où elle voit des matières inflammables, cette influence cherche à y mettre le feu. Mais ici la matière inflammable préexistait, et le malheureux peuple polonais ne doit pas à ces incitations, mais à un sentiment profond de ses misères, les mouvements qui l'agitent. ¶ Qu'avons-nous fait alors? Nous avons dès les premiers jours, c'est-à-dire le 17 février, agi près du cabinet de Saint-Pétersbourg dans les termes qui conviennent aux rapports amicaux qui existent entre les deux Gouvernements. Nous avons représenté les difficultés, les dangers, les malheurs de cette situation. On nous a répondu par des paroles bienveillantes, par une première assurance qu'on ne retirerait pas les concessions déjà faites, et qu'on ne s'arrêterait peut-être pas dans les concessions à faire; par une seconde assurance qu'on les compléterait par une amnistie. ¶ Je dis les choses telles qu'elles sont. ¶ Sur l'entrefaite s'est présenté un événement grave: la convention du 8 février a été passée entre la Prusse et la Russie. Là, la marche pouvait être plus énergique; un fait international s'était produit et donnait droit à des observations

internationales. Nous avions lieu de penser que cette convention du 8 février permettait aux troupes de l'une ou de l'autre des Puissances de franchir réciproquement la frontière, et changeait ainsi les relations ordinaires internationales à l'occasion d'un fait intérieur propre à un seul des deux Gouvernements. Fondé sur les sentiments qu'indiquaient les paroles prononcées à la tribune anglaise, nous avons proposé au Gouvernement britannique d'agir de concert près de la Prusse. ¶ Les dépêches par lesquelles cette proposition était faite sont du 21 février. Après quelques jours d'attente, l'Angleterre nous a fait connaître qu'elle voyait des inconvénients à une action collective; je me trompe, nous n'offrions même pas l'action collective: nous offrions l'action simultanée par des notes analogues remises séparément. L'Angleterre nous fit savoir le 1er mars qu'elle n'approuvait pas cette marche, et le 2 elle envoyait à Berlin et à Pétersbourg des dépêches analogues à celles que nous avions écrites dès le 19 février, mais qui, restant isolées, devaient à notre sens avoir bien moins d'effet. Toutefois une autre force s'était jointe aux nôtres. ¶ Le parlement prussien avait manifesté contre la convention une opposition très-énergique; cette convention n'a pas été ratifiée et semble devoir rester à l'état de lettre morte. ¶ Voilà, messieurs, quant à présent, l'état des négociations. Qu'y avait-il à faire de plus? Pour s'en rendre bien compte, il faut, en face de la situation des Puissances telle que je vous l'ai décrite, examiner quelle est notre propre situation. Depuis dix ans, messieurs, grâce à la politique de l'Empereur, la situation de la France a été profondément modifiée. A la suite de nos grandes expansions révolutionnaires et militaires de la fin du siècle dernier et du commencement de celui-ci, la France était devenue profondément suspecte aux souverains et aux peuples. Le moindre mouvement libéral de sa part provoquait la sainte alliance de souverains. Le moindre mouvement militaire provoquait chez les peuples la crainte de nouvelles conquêtes, de nouvelles invasions. Nos ennemis, exploitant habilement les sentiments nationaux, avaient fini par nous entourer d'un réseau qui nous réduisait à une complète impuissance. Nous ne pouvions pas faire un mouvement que nous ne fussions immédiatement pressés par l'Europe tout entière nous tenant étroitement garrottés dans les liens des traités de 1815, et nous maintenant avec un soin jaloux dans un perpétuel isolement. ¶ C'est ainsi que la branche aînée se trouvait amenée malgré elle à faire contre un peuple libre, par delà les Pyrénées, une guerre qu'elle n'aurait pas voulu faire. ¶ C'est ainsi que la branche cadette, en 1840, lors de la question d'Orient, se trouvait subitement isolée, impuissante et seule contre l'Europe tout entière. Eh bien, messieurs, ces temps-là ne sont plus. La liberté dont, à l'éternel honneur de notre pays, nous sommes les promoteurs dans le monde, ne crée plus autour de nous ces inquiétudes et ces ombrages. Notre Empereur, en saisissant les rênes du Gouvernement, a comprimé toutes les turbulences qui pouvaient inquiéter l'Europe; il a séparé l'ivraie du bon grain, en conservant tout ce que la Révolution nous avait légué de bon, de patriotique, d'utile, de civilisateur, et en réduisant à l'impuissance toutes les passions subversives qui détruisent la plupart du temps le bien qu'elles ont la prétention d'accompagner. (Vive adhésion.) ¶ Cest qu'en même temps que cet exemple d'une liberté réglée, bonne pour les peuples et pas inquiétante pour les souverains, était donné, en même temps, par l'exemple même et par le mouvement naturel des choses, cet esprit de liberté se répandait en Europe. ¶ Notre Empereur a mis dans ce progrès une grande et puissante main. Partout, et autant qu'il le pouvait, il a aidé à l'avénement de la liberté. Ce grand mouvement libéral gagne successivement toute l'Europe, et il devient entre nous et les autres peuples un puissant lien de sympathie. Nous le voyons maintenant dominer, non pas seulement à Madrid et à Turin, mais encore en Allemagne, en Prusse, en Autriche. Il est évident qu'il se fait dans les esprits, dans ceux des peuples comme dans ceux des Gouvernements, un mouvement qui ne peut être que favorable à notre situation en Europe. ¶ Nous ne pouvons plus, de ce chef, être suspects aujourd'hui: la liberté glorieuse et calme, telle que l'a faite l'Empereur, ne donne plus d'inquiétude au monde; c'est un exemple pour les uns et un encouragement pour les autres. (Approbation.) ¶ Cette première difficulté de notre situation a donc disparu; il en a également disparu une autre. La force militaire de notre pays, démontrée par tant de succès glorieux, était pour certains peuples de l'Europe une incessante préoccupation. Puissante quoique isolée, on s'obstinait à considérer la France comme ambitieuse

No. 601. Frankreich, 19. März 1863.

et menaçante: l'Empereur s'est attaché à faire disparaître également cette préoccupation: toutes les fois qu'il a eu lieu de faire emploi de ses forces, il s'est appliqué à n'agir jamais seul. Sa politique a été, dans toutes les grandes questions qui s'élévaient en ce monde, de rechercher tout d'abord quelles étaient les Puissances ayant des intérêts similaires à ceux de la France, et de ne s'engager qu'avec elles. La simultanéité de l'action était une garantie contre les prétentions personnelles et exclusives, et ne laissait plus aux calomnies prétexte de cette jalousie qui a souvent inquiété et excité contre nous les peuples voisins de la France. (Nouvelle approbation.) ¶ Partout l'Empereur a suivi cette politique; vous l'avez vu dans la guerre de Crimée, ayant l'Angleterre et l'Italie pour alliées et l'Autriche bienveillante; vous l'avez vu dans nos expéditions lointaines, uni avec l'Angleterre en Chine, avec l'Espagne en Cochinchine; lorsque la question de Syrie s'est agitée, vous l'avez vu, missionnaire de la civilisation et protecteur des chrétiens, envoyer, au nom de l'Europe tout entière, notre drapeau protecteur sur les côtes de Syrie. Vous l'avez vu, aujourd'hui qu'une guerre déplorable accumule dans le nouveau monde des misères effroyables sur des peuples qui devraient être frères, vous l'avez vu provoquer de toutes ses forces l'action des grandes Puissances humaines et libérales, pour, sans porter aucun préjudice, sans porter aucun ombrage à l'indépendance des Américains, les ramener à des sentiments de paix et de fraternité si nécessaires pour eux et aussi pour l'Europe. Si dans cette tentative généreuse il n'a pas été écouté, il n'en persiste pas moins dans cette politique d'association et d'influence commune, la seule vraiment et efficace pour réaliser à notre époque tout ce qui est praticable, bon, utile, généreux, libéral, en écartant, autant que possible, toutes les chances de guerre et de jalousies politiques. (Vive adhésion.) ¶ Vous l'avez vu dans la question du Mexique, cette question qui maintenant pèse sur nous seuls, n'avoir songé à l'entreprendre qu'après s'être assuré le concours de l'Espagne et de l'Angleterre. Par des raisons que je n'ai plus à examiner, il est resté seul, et l'honneur français engagé nous a imposé de lourds devoirs. Mais sa pensée politique a toujours été la même: ne rien entreprendre qu'en s'assurant les meilleures conditions, pour ne pas porter ombrage, ne pas exciter l'inquiétude ou la jalousie, ne pas raviver les sentiments hostiles qui créèrent autrefois la Sainte Alliance et ameutaient à chaque pas l'Europe tout entière contre nous; agir surtout par la raison, par la démonstration des véritables intérêts; convaincre ceux qui ont des intérêts similaires, et, quand on les a réunis en une seule conviction, peser alors sur les questions de tout le poids de la raison et de l'autorité communes. (Très-bien!) Voyez, messieurs, quels résultats a produits cette politique. Comparez la France d'aujourd'hui et celle d'il y a quinze ans: aujourd'hui considérée, respectée, puissante, aimée de beaucoup, crainte de ceux qui ne l'aiment pas. (Très-bien.) Voilà la France telle que l'Empereur l'a refaite, fixant sans cesse son attention sur les intérêts de son pays, et cherchant toutes les combinaisons d'amitiés et d'intérêts communs qui, sans effusion de sang et au grand bien de l'humanité, peuvent faire prévaloir ses vues. (Très-bien! très-bien!) ¶ Messieurs, cette politique qui a fait la France si grande et son Souverain si respecté, croyez-vous qu'il convienne de l'abandonner pour la question polonaise? (*Voix nombreuses.* Non, non!) ¶ Croyez-vous qu'il faille, précisément pour la question qui referait le plus facilement la sainte alliance contre nous, — car en 1815 elle a été surtout posée dans ce but, — croyez-vous qu'il soit politique de prendre ainsi le fardeau à soi tout seul, au risque de toutes les hostilités qu'on pourrait raviver et réunir contre soi? (Assentiment.) ¶ La question de la Pologne est éminemment européenne. Nous n'y avons ni une politique particulière ni une action isolée; elle intéresse et oblige autant les autres grandes Puissances que nous. Elles se doivent à elles-mêmes (si elles ont le sentiment du bien, du droit, du juste, de la civilisation), elles se doivent à elles-mêmes de se joindre à nous et, pratiquant avec nous cette politique à la fois pacifique et libérale, d'essayer de faire comprendre à la Prusse et à la Russie leurs vrais intérêts et les nôtres, en leur expliquant ce que l'humanité, la paix de l'Europe, la nécessité leur imposent de faire pour elles-mêmes. ¶ Croyez-vous que cette politique ainsi pratiquée ne soit pas cent fois plus puissante que des tentatives isolées, qu'elle n'offre pas en même temps plus de chances d'éviter ou l'insuccès ou un conflit? ¶ Voilà, messieurs, comment l'Empereur envisage la question. L'Angleterre n'est peut-être pas éloignée d'entrer dans une voie analogue. Jusqu'où ira-t-elle dans cette voie? L'avenir l'apprendra. Mais enfin, nous croyons savoir qu'elle a elle-même, au point

de vue de cette situation et de la nécessité de la résoudre, fait un appel, isolé, mais enfin un appel à toutes les Puissances signataires des traités de 1815. Que produira cet appel? Nos vues politiques, qui y sympathisent, pourront-elles y trouver une réalisation? Je me garderais bien ni d'en raisonner, ni d'en rien pronostiquer. Là est le commencement d'une oeuvre diplomatique, sur laquelle toute parole serait aujourd'hui imprudente et prématurée. Vous savez maintenant quelles sont les aspirations de l'Empereur; vous savez quels moyens il entend employer; vous savez ses sympathies. Maintenant fiez-vous à sa politique. (Adhésion.) ¶ J'ai expliqué, messieurs, autant qu'il était en moi, autant que bien des embarras, inhérents à des questions si délicates, me le permettaient, tout ce qui me semblait nécessaire pour faire connaître au Sénat, au pays, au monde, comment le Gouvernement envisage la situation. ¶ Vous avez maintenant votre vote à émettre: ce vote, la commission vous le propose sous la forme d'un ordre du jour, le Gouvernement vous le demande nettement sous cette forme. ¶ Si j'eusse parlé avant la séance d'hier, je vous aurais donné des raisons générales, je vous aurais dit: L'ordre du jour est un blâme quand on rejette une pétition comme mal fondée, mais l'ordre du jour n'est ni un blâme, ni un échec quand ce que demande le pétitionnaire a été fait à l'avance par le Gouvernement. (C'est cela. — Très-bien!) Les pétitionnaires demandent que le Gouvernement s'occupe de la question polonaise, et la résolve; les uns disent par la guerre, les autres par la diplomatie. Le Gouvernement, avant qu'ils signassent leurs pétitions, avait commencé à s'en occuper efficacement. Croyez-vous qu'il ait besoin qu'on appelle son attention sur cette question si grave et si ardente? Elle y est depuis longtemps fixée, et ce que vous avez lu des dépêches de 1855 vous démontre que jamais cette attention ne sommeille. Croyez-vous qu'il soit nécessaire, en tous cas, de lui dire: Vous n'avez pas fait assez? ¶ La situation est trop complexe et trop grave pour que le Sénat voulût prononcer de pareilles paroles. ¶ Vous ne pouvez donc dire qu'une chose aux pétitionnaires: Vous avez pour la Pologne des sentiments que nous partageons, vous demandez qu'on s'occupe d'elle; l'Empereur s'en occupe activement; il est par conséquent parfaitement inutile de lui renvoyer votre avis; ce que vous demandez était fait avant que vous n'y eussiez pensé. ¶ J'aurais dit encore au Sénat: C'est là votre jurisprudence la mieux constatée; je ne vous parle pas des précédents d'autres corps que le Sénat; on vous a cité ceux de 1831. Sous le coup de la lutte cruelle qui déchirait la Pologne, les pétitions qui arrivaient à la chambre des députés étaient renvoyées énergiquement par la Chambre au Gouvernement d'alors. L'opposition lui reprochait de n'avoir ni résolution ni énergie, et le poussait l'épée dans les reins, et alors lui renvoyait les pétitions qu'il n'osait repousser. En sommes-nous là aujourd'hui? (*Voix nombreuses.* Non! non!) ¶ Je ne rappellerai pas davantage cette pétition de 1848 que vint appuyer une émeute dont le passage de quelques hommes tout à l'heure sous les fenêtres de votre palais n'est qu'un bien petit et impuissant souvenir. Sur cette pétition présentée à l'assemblée républicaine, nationale, après de longs discours au milieu de toute la fermentation populaire, le comité des affaires étrangères proposa et l'assemblée adopta que la politique de la république fût l'indépendance de la Pologne, mais avec l'alliance et le concours de l'Allemagne: pacte fraternel avec l'Allemagne et indépendance de la Pologne; l'un n'allait pas sans l'autre. (Sourires d'adhésion.) ¶ De préférence à ces précédents, permettez-moi de vous rappeler les vôtres. ¶ Deux questions se sont présentées devant vous, excitant à un très-haut degré toutes vos sympathies. En 1860, des pétitions nombreuses, inquiètes de la situation du Saint-Père, préoccupées de son pouvoir temporel, vous demandèrent d'appeler l'attention du Gouvernement. Vous avez, à une immense majorité, passé à l'ordre du jour, non pas que vos sympathies, comme je le disais tout à l'heure, fussent douteuses, ou que l'on manquât de vous dire alors, comme aujourd'hui: L'ordre du jour indiquera le refus d'appui, le défaut de sympathie; il sera, en tout cas, mal interprété; vos intentions seront calomniées; mais vous répondîtes: Nous avons confiance dans le Gouvernement de l'Empereur, nous savons ses sentiments, nous nous en rapportons à lui, et nous passons à l'ordre du jour. (Très-bien!) ¶ Une autre fois, en 1861, il s'agissait de la Syrie; on craignait de nouveaux massacres des chrétiens d'Orient; des pétitions nombreuses, parmi lesquelles se trouvait précisément celle de l'un des signataires principaux des pétitions actuelles, M. Saint-Marc-Girardin, vinrent faire appel à vos sympathies, exciter vos inquiétudes, vos

No. 601. Frankreich, 19. März 1863.

préoccupations; on vous demandait également de rappeler au Gouvernement qu'il y avait en Orient des chrétiens que la France avait toujours patronnés. Nous vous disions à notre tour: Nos sympathies pour ces chrétiens ne sont pas douteuses, nous les avons toujours protégés et nous entendons continuer de le faire. Mais le renvoi au Gouvernement impliquerait des doutes ou des excitations que nous ne saurions admettre, et le Sénat, dont tous les orateurs avaient été énergiques en faveur des pétitions, convaincu que le Gouvernement avait les mêmes sympathies que lui et ferait ce qu'il y aurait à faire, passa à l'unanimité à l'ordre du jour. Voilà vos précédents. ¶ Je vous dirais encore, si nous étions à avant-hier, je vous dirais: Mais vous tous, messieurs, tant que vous êtes, amis sincères de la Pologne, qui désirez que sa situation soit améliorée, est-ce que vous ne croyez pas qu'il est profondément politique de se réunir pour former la majorité la plus nombreuse possible, je dirais, si faire se pouvait, l'unanimité? Unis dans un sentiment commun, allons-nous donc nous diviser pour une querelle des mots, et nous obstiner à exprimer des sentiments semblables, les uns par l'ordre du jour, les autres par le renvoi au Gouvernement? Sommes-nous donc des Grecs du Bas-Empire, et allons-nous sacrifier à de vaines disputes de mots la réalité des choses? (Sensation.) ¶ Nous ne le ferons pas, messieurs, à moins que derrière les mots il ne se cache réellement des dissidences sur les choses; mais alors nous ne sommes plus d'accord, et je ne demande pas le vote de ceux qui ne pensent pas comme nous. (Très-bien!) ¶ Voilà, messieurs, ce que je vous aurais dit avant-hier; mais aujourd'hui j'ajouterai autre chose. (Mouvement redoublé d'attention.) ¶ Dans cette enceinte, sur la question de la Pologne, sur le sympathies pour la Pologne, sur le désir de voir modifier cet état de choses inquiétant pour l'Europe et blessant pour l'humanité, tout le monde a été unanime. Mais, quant à la conduite politique à suivre pour arriver à ce but, il y a eu deux tendances d'une opposition bien marquée. ¶ Les uns ont semblé conseiller une attitude, je dirais volontiers révolutionnaire, ardente, énergique, excessive, agressive presque contre tout le monde, ne tenant aucun compte ni de la prudence ni de la circonspection si nécessaires dans ces affaires si délicates, et prête à marcher violemment et seule vers un but que peut-être on n'atteindrait pas. ¶ En regard de cette politique aventureuse, il s'en est produit une autre, sage, mesurée, ferme aussi, mais tenant compte des avantages et des inconvénients, cherchant à réunir à son profit tout ce qu'il peut y avoir de force pour arriver au résultat, ne courant pas de gaieté de coeur à des conflits fâcheux ou à des échecs inévitables, voulant d'abord réunir, s'il est possible, toutes les chances pour résoudre pacifiquement par le poids de légitimes influences une difficulté qui intéresse tout le monde. ¶ Eh bien, messieurs, ces deux politiques sont aujourd'hui en face, il faut que vous optiez. On nous a dit hier que le nom de la Pologne était écrit sur les pavés de juillet. Quel rapport cela pouvait-il avoir avec la situation actuelle? (Mouvement.) ¶ Le peuple qui écrivait ce mot sur les pavés de juillet, sait aujourd'hui ce qui s'est fait depuis dix ans. Il n'entrera pas dans sa pensée de confondre avec le Gouvernement qu'il renversait alors, ce Gouvernement nouveau si énergique, si résolu, qui a su partout entreprendre ce qu'il fallait entreprendre et mener à bien ce qu'il a entrepris. (Vive approbation.) Ce n'est pas le peuple qui reprochera à l'Empire de n'être ni national, ni énergique; il sait bien à quoi s'en tenir sur ce point. ¶ On a ajouté que l'ordre du jour serait contraire à l'esprit qui avait placé sur le trône l'Empereur Napoléon III. Quel est donc l'esprit qui a placé sur le trône l'Empereur Napoléon III?

M. Ferdinand Barrot. C'est l'esprit anti-révolutionnaire qui a porté le prince Louis au pouvoir.

M. le ministre. La France était lasse des convulsions et des impuissances révolutionnaires. Elle sentait les immenses périls amoncelés autour d'elle, elle sentait que tout périssait à la fois, sa gloire, sa grandeur, sa sécurité, sa prospérité materiélle, ses croyances religieuses. (C'est cela! — Très-bien! très-bien!)

S. A. le Prince Napoléon. C'est pour cela que vous avez voté contre Napoléon quand je votais pour (Agitation) . . . Oui, vous avez voté pour le général Cavaignac. (Rumeurs.)

M. le ministre. Le fait personnel que cite Son Altesse Impériale me paraissait inutile dans ce débat, mais il est vrai. Je n'ai pas voté pour le Prince Président . .

No. 601. Frankreich, 19. März 1863.

S. A. I. le Prince Napoléon. Oh! je ne vous en fais pas de reproche.

M. le ministre. Mais depuis dix ans, l'ayant vu à l'oeuvre, je le sers avec fidélité et honneur. (Vive approbation.)

M. le Président. Ces personnalités sont regrettables.

M. le ministre. Ce qui a placé l'Empereur sur le trône, messieurs, ce sont les aspirations de la France vers l'ordre, la gloire et la paix; ce n'est pas le désir d'une nouvelle lutte avec l'Europe, d'une guerre à tout propos, sans aucune espèce de sagesse ni de prudence; et dans les paroles qui ont singulièrement aidé à porter l'Empereur sur le trône, il y en a une, celle de Bordeaux: „L'Empire, c'est la paix," qui n'y a pas peu contribué. Non pas la paix à tout prix, non pas la paix quand même, non pas le sacrifice de la grandeur et des intérêts de la France; l'Empereur a assez prouvé par tout ce qu'il a fait qu'il ne l'entendait pas ainsi. (Très-bien!) ¶ Oui, il y a ici en présence deux politiques, et c'est entre ces deux politiques qu'il faut que vous optiez. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur pose ainsi la question, volontairement, résolûment. On a fait appel dans cette enceinte et aux vieux généraux qui, sur nos champs de bataille, ont mêlé leur sang à celui des Polonais, et à ceux qui ont combattu en Crimée; on a fait appel aux cardinaux dont les sympathies religieuses sont certainement acquises au peuple de Pologne. Eh bien, c'est à eux et à vous tous que je fais aussi appel. ¶ Il ne s'agit pas ici de sacrifier nos sympathies pour la Pologne; il ne s'agit pas ici de masquer une de ces défaillances sans paroles, ou avec des paroles aussi bruyantes qu'inutiles. (Très-bien!) Il s'agit de choisir entre une politique sensée, sérieuse, efficace, je l'espère, et une politique aventureuse, insensée. (Approbation.) ¶ L'ordre du jour prononcé par vous sera l'approbation de la première et la condamnation de l'autre; il n'y aura sur ce vote aucune équivoque possible; votre commission l'a expliqué nettement; le Gouvernement l'explique à son tour: il entend bien que ce vote signifiera sympathie pour la Pologne, désir de voir cesser ses malheurs, mais confiance absolue dans la politique, dans la sagesse, dans la fermeté de l'Empereur. (Très-bien! très-bien!) Ainsi clairement précisé, personne, ni en France, ni à l'étranger, ne s'y trompera; personne ne vous soupçonnera d'avoir été indifférents ni oublieux pour ces grands intérêts. Mais par votre vote vous aurez su concilier vos sympathies pour un malheureux peuple et vos devoirs de citoyens envers votre pays.

No. 602.

RUSSLAND. — Kaiserliches Manifest. — Amnestie für die an dem polnischen Aufstand Betheiligten. —

[Uebersetzung.]

No. 602. Russland, 12. April 1863.

Von Gottes Gnaden Wir, Alexander II., Kaiser etc. etc. verkünden allen Unseren getreuen Unterthanen im Königreich Polen:

Seit dem Eintreffen der ersten Berichte von Unordnungen, welche in dem Königreiche Polen ausgebrochen, sind Wir dem Antriebe Unseres Herzens gefolgt und haben erklärt, dass Wir die polnische Nation nicht für die Agitation verantwortlich machen wollen, die für sie selbst die unglückseligsten Folgen gehabt hat. Wir haben sie nur den Aufreizungen zugeschrieben, welche seit langer Zeit im Auslande von einigen Individuen ausgegangen sind, denen lange Jahre eines unsteten Lebens es zur Gewohnheit gemacht haben, Unordnungen und Gewaltthätigkeiten anzustiften und im Dunkeln Complotte anzuspinnen, die bei ihnen die Gefühle, welche man der Liebe für die Menschheit schuldet, ersticken und ihnen selbst den Gedanken einflössen konnten, die Nationalehre durch Verbrechen zu besudeln. ¶ Alle diese Kundgebungen eines andern Zeitalters, welche seit langer Zeit durch den Richterspruch der Geschichte abgeurtheilt sind, stimmen

No. 602. Russland, 12. April 1863.

nicht mehr mit dem Geiste unserer Zeit überein. Die gegenwärtige Generation muss es sich zur Aufgabe machen, das Wohlsein des Landes nicht durch Ströme von Blut, sondern auf dem Wege des ruhigen Fortschritts zu begründen. Dies ist der Zielpunkt, den Wir Uns gesetzt haben, als Wir im Vertrauen auf den göttlichen Schutz vor Gott und Unserem Gewissen den Eid geleistet haben, Unser Leben dem Glücke Unserer Völker zu weihen. ¶ Wenn Wir aber diesen Eid, der Uns für immer heilig bleiben wird, in seiner ganzen Tragweite erfüllen wollen, müssen Wir des Beistandes aller Menschen sicher sein, welche es mit ihrem Vaterlande wohl und aufrichtig meinen und die ihre Ergebenheit nicht auf eigennützige Berechnungen oder verbrecherische Versuche, sondern auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und unter den Schutz der Gesetze stellen. ¶ In Unserer Fürsorge für die Zukunft des Landes sind Wir bereit, alle vergangenen Acte der Empörung der Vergessenheit zu übergeben. Demgemäss bewilligen Wir, von dem sehnlichen Wunsche beseelt, dem Blutvergiessen, welches ebenso fruchtlos für die Einen, als schmerzlich für die Andern ist, ein Ziel zu setzen, allen Unseren Unterthanen im Königreiche Polen, welche in den Aufstand hineingezogen worden sind, vollständige Verzeihung, wenn ihnen für andere Verbrechen oder für in den Reihen Unserer Armee verübte Vergehen keine Verantwortlichkeit zur Last fällt und wenn sie bis zum 1sten (13ten) Mai die Waffen niederlegen und zum Gehorsam zurückkehren. ¶ Uns liegt die Verpflichtung ob, das Land vor der Wiederkehr jener ordnungswidrigen Agitationen zu bewahren und seinem politischen Leben eine neue Aera zu eröffnen. Diese kann nur durch eine rationelle Organisation der Autonomie in der Localverwaltung, als Grundstein des ganzen Gebäudes, eingeführt werden. Wir haben in den dem Königreiche durch Uns verliehenen Institutionen die Grundlagen dazu gegeben; zu Unserem aufrichtigen Bedauern hat aber das Resultat noch nicht der Prüfung der Erfahrung unterworfen werden können, in Folge der Aufreizungen, welche an die Stelle der für jede Reform unerlässlichen Bedingungen der öffentlichen Ordnung Chimären der Leidenschaft gesetzt haben. ¶ Indem Wir auch heute noch diese Institutionen in ihrer ganzen Kraft aufrecht erhalten, behalten Wir uns vor, wenn sie sich in der Praxis bewährt haben werden, mit deren weiterer Entwickelung nach den Bedürfnissen der Zeit und des Landes vorzugehen. Nur allein durch das Vertrauen, welches das Land Unseren Absichten gegenüber zeigen wird, wird das Königreich Polen die Spuren des gegenwärtigen Unglücks verwischen und sicher auf das Ziel losgehen können, welches Unsere Fürsorge ihm bezeichnet. Wir rufen hierzu den göttlichen Beistand an, damit es Uns vergönnt sei, das, was Wir immer als Unsern Beruf in dieser Sache betrachtet haben, zu erfüllen.

Gegeben in St. Petersburg, den 31sten März (12ten April) 1863, dem neunten Jahre Unserer Regierung.

Alexander.

No. 603.

OESTERREICH, PREUSSEN, SACHSEN, HANNOVER, DAENEMARK, MECKLENBURG-SCHWERIN, ANHALT-DESSAU-KOETHEN, LUEBECK und HAMBURG. — Schluss-Protokoll der fünften Elbschifffahrts-Revisionscommission.

No. 603. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Auf Grund der Verhandlungen der fünften Elbschifffahrts-Revisions-commission sind die Bevollmächtigten, nämlich . . . ., unter Vorbehalt der Genehmigung ihrer Regierungen über folgende Ergänzungen und Abänderungen verschiedener Artikel der Elbschifffahrtsacten von 1821 und 1844 sowie des Schlussprotokolls der dritten Elbschifffahrts-Revisionscommission übereingekommen:

§. 1.

Gültigkeit der Dienstbücher der Schiffsleute für Reisen zu Lande.

Zu den Artikeln I und II der Elbschifffahrtsacte vom 23. Juni 1821 und zu §. 5 der Additionalacte vom 13. April 1844, zu den §§. 23 und 29 der Uebereinkunft wegen der Schifffahrts- und strompolizeilichen Vorschriften auf der Elbe vom 13. April 1844 und zum §. 10 des Schlussprotokolls der dritten Elbschifffahrts-Revisionscommission vom 8. Februar 1854.

Die Dienstbücher der Schiffsmannschaften (§. 10 des Schlussprotokolls vom 8. Febr. 1854) sind

a) bei Wasserreisen, d. h. so lange der Inhaber des Dienstbuches auf dem Schiffe, auf welches sich sein Dienst bezieht, befindet, als auf unbestimmte Zeit gültige Reiselegitimation zu betrachten, sofern nicht wegen der Militärpflicht des Inhabers die Gültigkeitsdauer zu beschränken gewesen ist. Eine Visirung der Dienstbücher bei Wasserreisen ist nicht erforderlich.

b) Bei Landreisen haben die Dienstbücher ebenso als genügende Reiselegitimation zu gelten, wenn die im Dienste eines Schiffseigenthümers befindlichen Schiffsleute sich aus einem bestimmt anzugebenden Grunde, im Interesse des Schiffsherrn, nach einem Orte zu Lande begeben, oder wenn sie nach Auflösung des Dienstverhältnisses die Landreise zur Rückkehr in ihre Heimath oder zur Reise nach einem anderen Uferplatze, um ein anderweitiges Dienstverhältniss einzugehen, antreten müssen. In diesem Falle ist das Dienstbuch unter Bestätigung des fortdauernden oder aufgelösten Dienstverhältnisses, des Reisezwecks und der Reiseroute von der Polizeibehörde des Ortes, wo der Schiffsmann das Schiff verlässt und die Landreise antritt, zu visiren. An Orten, wo keine besondere Polizeibehörde besteht, geschieht die Visirung von der für den Ort mit der Fremdenpolizei beauftragten Verwaltungsbehörde.

Die Gültigkeit der in solcher Weise visirten Dienstbücher dauert jedoch nur vier Monate, nach deren Ablauf die Dienstbuch-Inhaber verpflichtet sind, sich mit einer vorschriftsmässigen Reiseurkunde zu versehen.

§. 2.

No. 603. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Passirung von in Bau begriffenen oder stark gekrümmten etc. Fahrwasserstellen Seitens der Dampfschiffe.

Zu den Artikeln I und II der Elbschifffahrtstacte, §. 5 der Elbschifffahrts-Additionalacte und §§. 16 bis 20 der Uebereinkunft, die Erlassung schifffahrts- und strompolizeilicher Vorschriften für die Elbe betreffend.

a) Die Dampfschiffe und die Dampfschleppschiffe sind verpflichtet, sich von denjenigen Stellen, an welchen Strombauten ausgeführt werden, wenn diese Stellen bei Tage mit einer rothen Fahne und bei Nachtzeit mit zwei übereinander stehenden Laternen, welche am linken Elbufer ein rothes, am rechten aber ein weisses Licht zeigen, kenntlich gemacht sind, nicht minder von den Ladestellen, an welchen Schiffe angelegt haben, möglichst entfernt zu halten und langsam in der Art an denselben vorüberzugehen, dass sie in der Auffahrt nur mit halber Kraft, in der Niederfahrt aber mit thunlichst geringer Benutzung der Dampfkraft fahren.

b) Die auf Dampfschiffe bezüglichen Bestimmungen der Uebereinkunft vom 13. April 1844, die Erlassung schifffahrts- und strompolizeilicher Vorschriften für die Elbe betreffend, beziehen sich auch auf Dampfschleppschiffe und die von ihnen bugsirten Schleppkähne.

c) Beim Passiren stark gekrümmter, oder enger, oder seichter Fahrwasserstellen haben die Dampfschleppschiffe in der Bergfahrt zu gleicher Zeit nur ein oder höchstens zwei Schiffe durchzuschleppen, die übrigen aber unterhalb, beziehungsweise oberhalb der bezeichneten Gefahrstellen so lange zu Anker zu bringen, bis der ganze Schleppzug hinübergebracht ist. In der Thalfahrt dagegen sind auf der Strecke unterhalb Magdeburg die Schleppkähne entweder sämmtlich loszulassen, damit sie einzeln über die Gefahrstellen treiben, oder sie sind von dem Dampfschiffe einzeln, und zwar neben demselben befestigt, über die Gefahrstellen zu bringen.

d) Uebertretungen der vorstehenden Vorschriften werden nach Art. 30 der Uebereinkunft vom 13. April 1844 bestraft.

§. 3.

Patentirung der von einem Uferstaate in den anderen übersiedelnden Schiffer.

Zum Artikel IV der Elbschifffahrtstacte und zu den §§. 12 und 13 der Additionalacte.

Im Falle der Uebersiedelung eines Schiffers oder Schiffsführers aus einem Elbuferstaate in den anderen hat derselbe zwar, an Stelle seines nach §. 13 der Additionalacte erlöschenden, bisherigen Schifferpatents, in demjenigen Staate, in welchem er sich niederlässt, die Ertheilung eines neuen Schifferpatentes nachzusuchen; dabei soll aber in der Voraussetzung, dass aus dem älteren Patente die vorausgegangene betreffende Prüfung des Inhabers (§. 12 der Additionalacte) sich ergiebt, und falls nicht etwa aus besonderen Gründen eine nochmalige Prüfung sich als angemessen darstellen sollte, von der letzteren abgesehen werden.

§. 4.

Patentirung der Lootsen und Verpflichtung der sogen. Häupter zur Führung von Dienstbüchern.

No. 603. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Zum Artikel IV der Elbschifffahrtsacte und §. 7 der Additionalacte, sowie zur Anlage A des Schlussprotokolls der dritten Elbschifffahrts-Revisionscommission.

Denjenigen Staaten, in welchen sich Veranlassung dazu ergiebt, bleibt die Patentirung der Lootsen und die Ausschliessung nicht patentirter Lootsen von dem Schiffsdienste überlassen, dabei darf aber ein Lootsenzwang, d. h. die Verpflichtung, sich überhaupt eines Lootsen zu bedienen, auf der Elbe oberhalb Hamburg nicht eingeführt werden.

Zu den Personen, welche nach der unter Ziffer 1 der Anlage A zum Schlussprotokolle der dritten Elbschifffahrts-Revisionscommission mit einem Dienstbuche für Schiffsleute versehen sein müssen, sollen in Zukunft auch die sogenannten Häupter gehören.

§. 5.

Verhältniss verschiedener Landesgewichte zum Elbzollgewichte.

Zum Artikel VIII der Elbschifffahrtsacte und §. 22 der Additionalacte.

In der Anlage D † IV zur Additionalacte ist die Vergleichung des Zollgewichts mit dem Landesgewichte verschiedener Uferstaaten dahin abzuändern, dass 10,000 Zoll-Pfunde oder 100 Zoll-Centner gleich sind 10,000 anhaltschen, hamburgischen, hannoverschen, holsteinischen, lauenburgischen, lübeckischen, mecklenburgischen, preussischen und sächsischen Pfunden.

§. 6.

Neue Regulirung der Elbzölle.

Für die Dauer der am heutigen Tage abgeschlossenen „Uebereinkunft, eine neue Regulirung der Elbzölle betreffend"*) werden die mit derselben nicht im Einklange stehenden Bestimmungen der Elbschifffahrtsacte, der Elbschifffahrts-Additionalacte und des Schlussprotokolls der 3ten Elbschifffahrts-Revisionscommission suspendirt.

§. 7.

In welchen Münzsorten der Elbzoll zu erlegen.

Zum Artikel XII der Elbschifffahrtsacte und §. 28 der Additionalacte, sowie zu Art. 30 der Uebereinkunft, die Erlassung schifffahrts- und strompolizeilicher Vorschriften für die Elbe betreffend.

An die Stelle der obengenannten Artikel und Paragraphen treten folgende Bestimmungen:

Die Bezahlung des Zolles ist, bis auf Beträge von $^1/_6$-Thaler hinab, in Silbermünzen des Dreissigthaler-Fusses (Münzvertrag v. 24. Jan. 1857) zu leisten. — Ein Thaler ist gleich 30 Groschen oder 360 Pfennigen Preussischer und Anhaltscher, oder 300 Pfennigen Sächsischer und Hannoverscher Münzein-

*) No. 604.

No. 603. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

theilung. — Gleich den Münzstücken des Dreissigthaler-Fusses werden die gleichnamigen Münzstücke des Vierzehnthaler-Fusses bei den Elbzollkassen angenommen.

Die nach dem Fünfundvierzig-Gulden-Fuss (Münzvertrag vom 24. Januar 1857) ausgeprägten österreichischen Silbermünzen bis zu $^1/_4$-Gulden einschliesslich und die nach dem Vierzehnthaler-Fuss ausgeprägten Mecklenburgischen Silbermünzen bis zu $^1/_6$-Thaler (8 ß) einschliesslich werden ebenfalls bei den Elbzollkassen angenommen.

Münzstücke unter 5 Groschen werden bei den Elbzollkassen nur zur Berichtigung der in $^1/_6$-Thaler nicht aufgehenden Beträge angenommen.

Mit dieser Beschränkung sind von den Elbzollkassen die in den Elbuferstaaten ausgeprägten Münzstücke unter $^1/_6$-Thaler anzunehmen.

Uebrigens hängt es von jedem Elbuferstaate ab, ob und nach welchem Werthverhältnisse er ausser den vorerwähnten Münzsorten noch andere bei seinen Elbzollkassen zulassen will.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch Anwendung auf Art. 30 der Uebereinkunft, die Erlassung schifffahrts- und strompolizeilicher Vorschriften für die Elbe betreffend, dessen zweites Alinea dahin abgeändert wird:

> Die erkannten Geldstrafen sind in der Währung des Dreissigthaler-Fusses oder des Fünfundvierzig-Gulden-Fusses (Münzvertrag vom 24. Januar 1857) oder auch des Vierzehnthaler-Fusses zu erlegen.

§. 8.

Brunshauser Zoll.

Zum Artikel XV der Elbschifffahrtsacte und §. 29 der Additionalacte, sowie zum Staatsvertrage am 13. April 1844, die Regulirung des Brunshauser Zolls betreffend.

In Betreff des Brunshauser Zolles wird auf den am 22. Juni 1861 zu Hannover abgeschlossenen in der Anlage I*) beigefügten Vertrag, betreffend die Ablösung des Stader oder Brunshauser Zolles, und das sich diesem Vertrage anschliessende Protokoll von demselben Tage Bezug genommen.

§. 9.

Manifeste.

Zu den §§. 31 und 34 der Additionalacte und dem Artikel XXI der Elbschifffahrtsacte.

Während der Dauer der oben in §. 6 erwähnten Uebereinkunft, die neue Regulirung der Elbzölle betreffend, wird

1) die Bestimmung im §. 31 der Additionalacte, nach welcher kein Schiffer oder Flösser vom Ladungsplatz abfahren darf, bevor er mit einem vorschriftmässigen Manifeste versehen ist, sowie die Vorschrift in Artikel XXI der Elbschifffahrtsacte, nach welcher die Manifeste das Fahrzeug vom Einladungs- bis zum Ausladungsort begleiten und an letzterem bei der hierzu bestimmten Behörde zur Aufbewahrung und Benutzung in geeigneten Fällen abgegeben werden sollen, rücksichtlich derjenigen Schiffe und Flösse suspendirt, welche

*) St. A. Bd. I. No. 5 u. 6.

auf ihrer Fahrt weder den Zollgeleitsbezirk von Wittenberge noch die unterhalb desselben belegene Stromstrecke berühren; rücksichtlich der übrigen Schiffe und Flösse bleiben sie unverändert in Kraft;

2) haben diejenigen Schiffer und Flösser, welche auf ihrer Fahrt den Zollgeleitsbezirk von Wittenberge berühren, jeder der dort befindlichen beiden Elbzollstellen eine richtige Abschrift des vorzuzeigenden Originalmanifestes zu behändigen.

§. 10.

Rasche Abfertigung der mit frischem Obste u. dergl. beladenen Schiffe.

Zum Artikel XXIV der Elbschifffahrtsacte und zu den §§. 36 und 37 der Additionalacte.

Schiffe, welche mit Gegenständen, die dem schnellen Verderben unterliegen, wie namentlich mit frischem Obste und dergleichen, beladen sind, sollen innerhalb der Geschäftsstunden ohne Verzug abgefertigt und auch bei den Schleusen thunlichst vor anderen Schiffen durchgeschleuset werden.

§. 11.

Massregeln zur Verbesserung des Fahrwassers.

Zum Artikel XXVIII der Elbschifffahrtsacte und zu den §§. 53, 54 und 56 der Additionalacte.

a) Nach jedesmal stattgehabter Stromschau (§. 56 der Additionalacte) ist von der dazu berufenen Commission ein nach den verschiedenen Staatsgebieten geordnetes Verzeichniss der vorgefundenen Mängel des Strombettes und des Fahrwassers anzufertigen, in welchem diejenigen Stellen in fortlaufender Reihenfolge besonders zu verzeichnen sind, welche in einer oder der anderen Beziehung als der Schifffahrt vorzugsweise hinderlich und mithin als der Correction am dringendsten bedürftig zu betrachten sind.

Mit Bezug auf dieses Verzeichniss ist dann bis zur nächstfolgenden Stromschau gelegentlich der Mittheilungen, welche die Uferstaaten zufolge §. 53 der Additionalacte am Schlusse eines jeden Jahres über den Fortgang der Corrections-Arbeiten zu machen haben, Auskunft darüber zu ertheilen, ob und wie den gerügten einzelnen Mängeln abgeholfen ist.

b) Um den Stromschau-Commissionen die Ermittelung der Untiefen zu erleichtern, werden die Uferstaaten, jeder in seinem Gebiete, die betreffenden Localbeamten anweisen, bei ungewöhnlich niedrigem Wasser periodisch die seichtesten Stellen des Fahrwassers aufzusuchen, sowie die vorgefundenen Fahrtiefen, unter Angabe der Wasserstände an den nächsten Pegeln, aufzuzeichnen, und die hierüber aufzustellenden Verzeichnisse jedesmal der nächstfolgenden Stromschau-Commission vorlegen.

c) Die Uferstaaten werden auf eine gänzliche Beseitigung der Schiffmühlen in den Stromstrecken, woselbst sie der Schifffahrt irgendwie hinderlich werden können, thunlichst Bedacht nehmen und daselbst in keinem Falle eine Vermehrung derselben zulassen. Sie werden unausgesetzt dafür Sorge tragen, dass die vorhandenen Schiffmühlen nicht willkürlich ihre Liegeplätze verändern und jederzeit nur eine solche Stellung einnehmen, dass ein hinreichend breites und sicher zu passirendes Fahrwasser offen bleibt und durch sie in keiner Weise beengt wird.

No. 603. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Die Schiffmühlen sind in den Staatsgebieten, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, mit fortlaufenden Nummern zu versehen.

d) Nach erfolgter Beendigung des Nivellements der ganzen Elbe soll zur Feststellung der Höhen aller Pegel an der Elbe gegen den Nullpunkt des Hauptpegels zu Cuxhaven geschritten werden.

Die Ausführung dieser Feststellung in ihrer ganzen Ausdehnung wird von sämmtlichen Uferstaaten zwei geeigneten Technikern übertragen werden, von welchen der eine von der Kais. Kön. Oesterreichischen, der andere von der Kön. Preussischen Regierung in Vorschlag gebracht wird. — Denselben ist von Seiten der einzelnen Regierungen das erforderliche Material zugänglich zu machen, und auch sonst die etwa dabei erforderlich werdende Assistenz zu gewähren.

Die hierdurch entstehenden Kosten sind von allen Uferstaaten gemeinsam, und zwar von jedem derselben nach Verhältniss seiner Uferlängen zu tragen.

§. 12.

Nächste Stromschau.

Zum Artikel XXVIII der Elbschifffahrtsacte, §. 56 der Additionalacte und §. 7 des Schlussprotokolls der dritten Elbschifffahrts-Revisionscommission.

Die nächste Stromschau soll im Spätsommer des Jahres 1869 nach Aufforderung der Kais. Kön. Oesterreichischen Regierung stattfinden.

§. 13.

Anmeldung der bei der Revisionscommission zu stellenden Anträge.

Zum Artikel XXX der Elbschifffahrtsacte und zum §. 57 der Additionalacte.

a) Die Regierungen der Elbuferstaaten sagen sich in Beziehung auf die von ihnen bei einer Revisionscommission zur Verhandlung zu bringenden Anträge deren vorherige gegenseitige Mittheilung zu, und werden die letzteren in der Regel mindestens 6 Wochen vor dem Zusammentritt einer Revisionscommission ergehen lassen. Das Recht, auch solche Anträge, deren vorherige Anmeldung unterblieben ist, später und nach Beginn der Commissionsverhandlungen einzubringen, wird hierdurch nicht geändert.

b) Die sechste Revisionscommission wird im Laufe des Jahres 1870 in Prag auf die dazu von der Kais. Kön. Oesterreichischen Regierung zu erlassende Einladung zusammentreten, und hat dieselbe vor der Beendigung ihrer Berathungen Zeit und Ort der nächsten Zusammenkunft zu bestimmen.

Sollten dringende Veranlassungen vorkommen, so werden die Uferstaaten sich auch vor Ablauf der oben verabredeten Frist über den Zusammentritt einer Revisionscommission verständigen.

§. 14.

Inkrafttreten der neuen Vereinbarungen.

Die vorstehend vereinbarten Bestimmungen sollen vom 1. Juli 1863 an in Kraft treten.

Die vorbehaltene Genehmigung des gegenwärtigen Schlussprotokolls

wird binnen sechs Wochen in der Art erfolgen, dass darüber von jeder Regierung nur eine, zur demnächstigen Hinterlegung im Archive der fünften Elbschifffahrts-Revisionscommission bestimmte Urkunde auszustellen ist. Der Hohe Senat der freien und Hansestadt Hamburg wird diese Urkunde von Seiten der übrigen Regierungen entgegen nehmen, und letztere davon benachrichtigen, sobald die Genehmigung allseitig erfolgt sein wird.

No. 603. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

So geschehen zu Hamburg, den Vierten April Ein Tausend Achthundert und Drei und Sechszig.

(L. S.) *Wenzel Franz* Ritter *Rieger von Riegershofen.*
(L. S.) *Carl Theodor Olberg.*
(L. S.) *Julius Hans von Thümmel.*
(L. S.) *Carl August Christian Friedrich Erxleben.*
(L. S.) *Christian Friedrich Adolph Maximilian Kielmann.*
(L. S.) *Wilhelm Carl Georg Danckwarth.*
(L. S.) *Heinrich Hempel.*
(L. S.) *Theodor Curtius.*
(L. S.) *Adolf Soetbeer.*

No. 604.

OESTERREICH, PREUSSEN, SACHSEN, HANNOVER, DAENEMARK, MECKLENBURG-SCHWERIN, ANHALT-DESSAU-KOETHEN, LUEBECK und HAMBURG. — Uebereinkunft, eine neue Regulirung der Elbzölle betreffend.

In Veranlassung der Berathungen der fünften, zu Hamburg zusammengetretenen Elbschifffahrts-Revisionscommission haben die sämmtlichen Elbuferstaaten wegen einer durchgreifenden neuen Regulirung der Elbzölle Verhandlungen eintreten lassen.

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Zu denselben haben . . . .
als Commissarien bestellt, welche, unter Vorbehalt der Allerhöchsten, Höchsten und Hohen Ratificationen, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1.

Anstatt der, den einzelnen Elbuferstaaten nach der Additionalacte vom 13. April 1844 zur Elbschifffahrtsacte vom 23. Juni 1821 zustehenden Elbzölle, einschliesslich des Recognitionsgebühren-Aequivalents, soll nur ein Elbzoll für sämmtliche Uferstaaten in Wittenberge nach Massgabe der nachstehenden Bestimmungen erhoben werden.

Art. 2.

Die Verpflichtung zur Entrichtung des Elbzolles wird durch die Berührung des Zollgeleitsbezirkes von Wittenberge begründet. Derselbe beginnt Eintausend Ruthen rheinländischen Masses oberhalb Wittenberge und endigt Eintausend Ruthen rheinländischen Masses unterhalb Wittenberge, vom dortigen Königlich Preussischen Hauptzollamts-Local an gerechnet.

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Es sollen jedoch von der Entrichtung des Elbzolls befreit sein

a) diejenigen Güter, welche innerhalb des Zollgeleitsbezirks, ohne denselben zu überschreiten, versendet werden;

b) diejenigen Güter, welche aus dem Zollgeleitsbezirke nach oberhalb desselben belegenen Orten oder von letzteren nach dem Zollgeleitsbezirke versendet werden.

Art. 3.

Der Elbzoll wird nach drei verschiedenen Klassen erhoben, und zwar in der ersten Klasse (Normalklasse) mit sechszehn Silberpfennigen, von denen dreihundert und sechzig einen Thaler nach dem Dreissigthalerfusse ausmachen;

in der zweiten Klasse mit acht Silberpfennigen,

und

in der dritten Klasse mit zwei Silberpfennigen

vom Centner Brutto-Gewichts.

Art. 4.

Diejenigen Waaren, welche nicht dem Normalsatze, sondern entweder den geringeren Sätzen der übrigen zwei Klassen unterliegen, oder vom Elbzolle gänzlich befreit sein sollen, sind in dem anliegenden Verzeichnisse A. zusammengestellt.

Art. 5.

Von den Tarifsätzen, nach welchen in Gemässheit der vorstehenden Artikel der Elbzoll zu entrichten ist, wird

a) die eine Hälfte, also nach Verschiedenheit der Klassen der Zollsatz beziehentlich von acht, vier und einem Pfennige zur gemeinschaftlichen Erhebung an Oesterreich, Preussen, Sachsen, Anhalt-Dessau-Köthen, Anhalt-Bernburg und Hamburg;

b) die andere Hälfte aber, also nach Verschiedenheit der Klassen beziehentlich von acht, vier und einem Pfennige, zur gemeinschaftlichen Erhebung an Hannover, Dänemark und Mecklenburg überwiesen.

Art. 6.

Von dem, nach Abzug der Verwaltungskosten, der Remissionen und Restitutionen verbleibenden Netto-Ertrage der im Art. 5. a. erwähnten ersten Hälfte des Elbzolles, deren Erhebung und Verwaltung, in Folge einer besonderen Uebereinkunft, Oesterreich, Sachsen, beide Anhalt und Hamburg an Preussen übertragen werden, erhalten beide Anhalt zusammen ein Zehntel.

Art. 7.

Um Hannover, Dänemark, Mecklenburg und beiden Anhalt die Gewähr zu verschaffen, dass die Einnahme-Ausfälle, welche sie in Folge der gegenwärtigen Vereinbarung an ihren bisherigen Elbzoll-Einnahmen zu tragen haben, ein gewisses Mass nicht überschreiten, wird ihnen von Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hamburg die Zahlung einer Summe von jährlich Ein Hundert Zwei und Dreissig Tausend Thalern im 30-Thaler-Fusse und zwar:

an Hannover . . . . . . von jährlich 59,250 Thlr.
„ Dänemark . . . . . . „ „ 19,350 „
„ Mecklenburg . . . . „ „ 41,400 „
„ Anhalt-Dessau-Köthen }
und „ Anhalt-Bernburg } „ 12,000 „

in der Art zugesichert, dass von den hiernach jedem der ebengenannten Staaten gebührenden Summen

Oesterreich zwanzig Procent,
Preussen dreissig „
Sachsen zwanzig „
und Hamburg dreissig „

zu zahlen sich verpflichten.

Die Zahlung jener Summen von überhaupt jährlich 132,000 Thlr. soll zunächst aus dem Ertrage der einen, an Oesterreich, Preussen, Sachsen, beide Anhalt und Hamburg überwiesenen Hälfte des Wittenberger Elbzolles erfolgen, und wird für Rechnung von Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hamburg durch deren „Vereinigtes Elbzollamt" zu Wittenberge in halbjährlichen Raten in der ersten Hälfte der Monate Juli und Januar postnumerando ausgezahlt werden, und zwar für Hannover, Dänemark und Mecklenburg an das von diesen Staaten zu Wittenberge zu errichtende „Gemeinschaftliche Elbzollamt," für beide Anhalt aber an deren Staatskassen beziehentlich zu Dessau und Bernburg. Wenn und in soweit die Zahlung aus dem Ertrage der oben erwähnten Zollhälfte nicht zu bewirken ist, verpflichten sich Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hamburg das Fehlende nach dem oben erwähnten Procentverhältnisse aus anderen Staatsmitteln an die empfangsberechtigten Staaten in gleicher Weise auszahlen zu lassen.

Für den Fall einer Blokade der Elbe sollen Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hamburg jedoch berechtigt sein, in den Kalenderjahren, in denen die Blokade stattgefunden hat, statt der Summe von jährlich 132,000 Thlr. nur den vollen Betrag ihrer Elbzolleinnahmen (Art. 5. a. und Art. 6) nach Abzug der Restitutionen an Hannover, Dänemark, Mecklenburg und beide Anhalt herauszuzahlen, welche letztere fünf Staaten den hiernach zu empfangenden Betrag nach dem Verhältnisse ihrer oben bestimmten Antheile an der Summe von 132,000 Thlr. unter sich zu vertheilen haben.

Ergiebt der Reinertrag des für Rechnung von Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hamburg erhobenen Antheils am Elbzolle im Verlaufe eines Kalenderjahres mehr als die Summe von 132,000 Thlr., so ist solcher Ueberschuss zwischen Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hamburg nach dem obenerwähnten Procentverhältnisse zu vertheilen.

Art. 8.

Hannover, Dänemark und Mecklenburg werden die ihnen nach Art. 5. b. überwiesene Hälfte des Wittenberger Elbzolles, ohne alle Mitwirkung anderer Staaten, durch ihre oberen Behörden verwalten und durch ihr, anstatt ihres bisherigen gemeinschaftlichen Elbzoll-Commissariats zu Wittenberge zu errichtendes gemeinschaftliches Elbzollamt erheben lassen. Die innere Or-

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

ganisation dieses Elbzollamtes bleibt der Vereinbarung der genannten drei Staaten vorbehalten.

Die bei demselben fungirenden Beamten und Hülfsbeamten verbleiben im Unterthanenverbande desjenigen Staats, von welchem sie ernannt sind, und im Besitze ihrer bisherigen Wohnrechte. Es wird von Preussen für sie und ihre Familien eine Befreiung von allen persönlichen Leistungen für den Staat und die Gemeinde, sowie von allen persönlichen directen Staats- und Gemeinde-Abgaben, einschliesslich etwaiger Abgaben von ihren Hinterlassenschaften, zugestanden. Im Uebrigen sind sie, insoweit nicht die Erbfolge oder die Bevormundung ihrer Hinterbliebenen in Frage ist, den Preussischen Gesetzen und Gerichten, dagegen in Beziehung auf ihre Dienstverrichtungen, die Disciplin und etwaige Dienstverbrechen, den Gesetzen und Behörden desjenigen Staates, von welchem sie angestellt sind, unterworfen.

Art. 9.

Ueber das Verfahren bei der Revision der Waaren und der Erhebung des Elbzolles sollen die in der Anlage B. enthaltenen Bestimmungen massgebend sein.

Art. 10.

Bei der Anwendung des Tarifs und etwaiger Gewährung von Zollerlassen und Zollerstattungen soll eine vollkommene Gleichstellung der Schiffe und Waaren aller Uferstaaten ohne Rücksicht auf Herkunft, Bestimmung, Umschlag oder Umladung der Waaren stattfinden.

Art. 11.

Wenn der Brutto-Ertrag des nach der gegenwärtigen Vereinbarung zu erhebenden Elbzolls im Durchschnitte aller, seit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung und demnächst im Durchschnitte aller seit der letzten Herabsetzung des Tarifs abgelaufenen vollen Kalenderjahre, nach Absetzung der Remissionen und Restitutionen, die Summe von Drei Hundert und Fünfzig Tausend Thalern jährlich überstiegen hat, so soll, jedoch nicht öfter als nach Ablauf von je fünf Jahren, eine weitere Herabsetzung des Elbzolltarifs auf Grund nachstehender Bestimmungen stattfinden.

Es wird der Ueberschuss, welchen der vorerwähnte durchschnittliche Brutto-Ertrag der Einnahmen über die Summe von 350,000 Thlr. ergiebt, zunächst von dem entsprechenden Durchschnittsbetrage der Einnahme aus den Zollerhebungen für die Güter der letzten, und späterhin jedesmal von dem Durchschnittsbetrage der Erträge aus den Zollerhebungen für die Güter der ersten Zollklasse abgerechnet und die auf diese Weise gefundene Summe auf die betreffende Centnerzahl vertheilt. Der Geldbetrag, welcher hiernach auf jeden Centner trifft, bildet den Zollsatz, welcher künftig in Anwendung zu bringen ist. Bei dieser Berechnung werden Beträge über einen halben Pfennig für voll gerechnet, dagegen solche von einem halben Pfennig und darunter unberücksichtigt gelassen.

Ist hierdurch der Zollsatz für die letzte Klasse auf den Tarifsatz von einem Pfennig gelangt, so findet eine weitere Ermässigung für diese Klasse

nicht statt; vielmehr wird dann der Zollsatz der ersten Klasse so lange ermässigt, bis derselbe dem Zollsatze der zweiten Klasse gleichsteht.

Die Tarifermässigung erfolgt auf Grund der von den in Wittenberge bestehenden Zollhebestellen (Art. 6 und 8) aufzustellenden Registerauszüge, welche, wenn nöthig, in Uebereinstimmung gebracht und alljährlich jedem Uferstaate mitgetheilt werden sollen. Sie wird, nach zuvor erwirktem Einverständnisse sämmtlicher Uferstaaten, von jedem Staate zur öffentlichen Kenntniss gebracht und spätestens vom 15. April des auf die betreffende Durchschnittsperiode folgenden Jahres an in Kraft gesetzt.

Art. 12.

Die Erhebung des s. g. Esslinger Zolls wird von dem Tage ab eingestellt, an welchem diese Uebereinkunft in Kraft tritt.

Art. 13.

Die Dauer dieser Uebereinkunft wird auf zwölf Jahre festgesetzt, vom ersten Januar desjenigen Jahres an gerechnet, in welchem sie in Kraft getreten ist. Nach dem Ablaufe dieser 12 Jahre wird sie von Jahr zu Jahr immer um ein Jahr verlängert, bis einer der contrahirenden Staaten den anderen durch Kündigung den Wunsch ihrer Wiederaufhebung zu erkennen gegeben hat.

Die Wiederauflösung dieser Uebereinkunft darf nur vom Anfange eines Kalenderjahres an eintreten und die Kündigung, welche derselben mindestens ein Jahr vorhergehen muss, nur stattfinden, wenn im Durchschnitte von fünf auf einander folgenden, nach dem Ablaufe der ersten 12-jährigen Vertragsperiode verflossenen Kalenderjahren der Brutto-Ertrag des von allen Elbuferstaaten nach dieser Uebereinkunft zu erhebenden Elbzolls die Summe von jährlich Einhundert Sieben und Achtzig Tausend Fünfhundert Thaler nicht erreicht hat. Bei Berechnung des eben erwähnten fünfjährigen Durchschnitts sind diejenigen Jahre, in denen eine Blokade der Elbe stattgefunden hat, in jeder Hinsicht unberücksichtigt zu lassen.

Art. 14.

Während der Dauer dieser Uebereinkunft wird die Wirksamkeit aller mit derselben nicht im Einklange befindlichen Bestimmungen der hinsichtlich der Elbschifffahrt bestehenden Verträge und Vereinbarungen suspendirt. Sobald jedoch diese Uebereinkunft nach Massgabe des Artikels 13 durch Kündigung wieder aufgelöst werden sollte, treten die eben erwähnten, während der Dauer derselben suspendirten Bestimmungen wieder in Kraft, und die sämmtlichen contrahirenden Staaten in den Genuss derjenigen Rechte wieder ein, welche ihnen durch die Elbschifffahrtsacte vom 23. Juni 1821, die Additional-Elbschifffahrtsacte vom 13. April 1844 und das Schlussprotokoll der dritten Elbschifffahrts-Revisionscommission vom 8. Februar 1854 zugesichert sind, und in deren Ausübung sie gegenwärtig sich befinden.

Art. 15.

Gegenwärtige Uebereinkunft soll von dem 1. Juli 1863 an in Kraft treten.

Die Ratificationen werden gleichzeitig und in Verbindung mit denen zu dem Schlussprotokolle der fünften Elbschifffahrts-Revisionscommission in der

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Weise ertheilt werden, dass darüber von jeder Regierung nur eine, zur demnächstigen Hinterlegung im Archive der eben genannten Revisionscommission bestimmte Urkunde auszustellen ist. Der Hohe Senat der freien und Hansestadt Hamburg wird diese Urkunden von Seiten der übrigen Regierungen entgegennehmen und letztere davon benachrichtigen, sobald die Ratification allseitig erfolgt sein wird.

Zur Urkunde dessen haben die sämmtlichen Bevollmächtigten gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Hamburg den Vierten April Achtzehn Hundert und Drei und Sechzig.

[Folgen die Unterschriften wie bei No. 603.]

Anlage A. — Zur Uebereinkunft, eine neue Regulirung der Elbzölle betreffend. —

Klassificirte Zusammenstellung der Elbzoll-Ermässigungen und Elbzoll-Befreiungen.

Folgende Waaren-Artikel unterliegen nicht dem Normalsatze des Elbzolles, sondern den geringeren Sätzen der übrigen zwei Klassen, nämlich dem Satze:

I) Der zweiten Klasse.

Beeren, getrocknete, zum Genuss (Flieder-, Heidel-, Preisselsbeeren etc.).

Blut von geschlachtetem Vieh, sowohl flüssiges als eingetrocknetes.

Braunroth, *colcathar, caput mortuum,* Rückstände bei chemischen Arbeiten.

Brucheisen, altes; alte, abgenutzte und zerbrochene Eisenbahnschienen; Eisenfeile, Hammerschlag, auch alte eiserne Nägel, Schliff (Abfall beim Schleifen grober Eisenwaaren).

Butter, die nicht in Tonnen oder anderen Holzgebinden, sondern unverpackt oder in Töpfen oder Körben versandt wird.

Derbyspath (kohlensaurer Baryt), gepocht, gemahlen, und zu Farbe bereitet.

Eier.

Erdenwaaren, als: gewöhnliche Töpferwaaren jeder Art, mit Einschluss von Tabakspfeifen, Schmelztiegel und Knicker oder Steinschusser, auch thönerne Zuckerformen mit und ohne Holzbände, ingleichen Fayence, Majolika, Steingut, Siderolith- und Wedgewood-Waaren; Putzsteine.

Erdfarben und **Farbenerden,** als: gelbe, grüne, rothe, braune Erde, Bergroth, Bolus, Kreide (weisse, schwarze, rothe; roh, gemahlen oder geschlemmt), Oker (Berggelb), Rothstein (Röthel); ferner gepochter, gemahlener oder zu Farbe bereiteter Schwerspath; metallische Mineralerde, ingleichen Talk oder Talkerde, *terra de siena, terra sigillata,* Triepel.

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Erze aller Art (mit Ausnahme der in der III. Klasse aufgeführten) in kristallisirten Stücken oder gemahlen, namentlich: Arsenikerz oder Arsenikkies, Bleierz (Bleierde, Bleiglanz, Glasurerz etc.), Braunstein, Chromerz, Eisenerz oder Eisenstein (Blutstein, Glaskopf etc.), Eisenkies oder Schwefelkies, Graphit (Reissblei, Molybdän, Wasserblei), Gusserz, Kobalt, Kobaltspeise, Kupfererz (Kupferlasur etc.), Schmirgel, Silbererz, Spiessglanzerz etc., ingleichen zinkischer Ofenbruch (*Futia*).

Fische, lebendige und frische, zu welchen letzteren auch die blos zur Erhaltung auf dem Transporte mit Salz bestreuten oder mit Salzwasser begossenen Fische dann zu rechnen sind, wenn sie in Körben eingehen.

Heringe.

Holz, europäisches Bau- und Nutzholz, als: Balken, Sparren, Krummholz, Pfahlholz und Zimmerholz aller Art, Masten, Bugspriete, Spieren, Stangen und Stöcke, Splitt- und Rundholz, Sägewaaren (Bohlen, Bretter, Dielen, Latten, Planken etc.). Dachspäne und Schindeln, Stabholz für Böttcher; ingleichen Band- und Reifenholz (unverarbeitete Bandstöcke und fertige Tonnenbände), rohe Speichen und Felgen (vom Stellmacher noch nicht bearbeitete), auch Korbruthen (geschälte und ungeschälte), ungehobelte Fournire und Resonanzbretter, ungehobeltes Claviaturholz, Rinnen (blos behauene), Span (anderer als Schuster- oder Schwertfeger-Span).

Käse, frische (kleine Handkäse für den Marktverkehr).

Kreuzbeeren, frische und getrocknete.

Laugenfluss jeder Art, kristallisirt, umkristallisirt, auch in calcinirtem Zustande (Seifensiederfluss, Unterlauge).

Milch und Rahm.

Mineralwasser.

Obst und **Früchte**, getrocknete, als: Aepfel, Birnen, Kirschen und Pflaumen (Backobst), auch gedörrte Hagebutten etc.

Runkelrübensirop.

Salpeter, aller Art.

Schiefertafeln und **Griffel.**

Schwefelsäure (Vitriolöl); **Salz** und **Salpetersäure.**

Serpentinstein-Waaren.

Steinöl (*Petroleum*, Erdöl).

Theer und **Pech**: Mineraltheer (z. B. Berg-Steinkohlentheer) und anderer, Daggert, gemeines Pech (schwarzes Schiffspech, Schusterpech, Pechsatz, welches durch Einkochen von Theer gewonnen wird), Theergalle.

Wachholderbeeren, frische und getrocknete.

2) Der dritten Klasse.

Abfall von Sandstein (Steingrus).

Abfall von der Zuckerfabrikation (ausgepresster Schaum, Zuckererde, Knochenschaum).

Asche, gemeine Holz- und Pflanzen-, auch Torf- und Steinkohlenasche, sowohl ausgelaugte (Aschenkalk oder Kalkäscher), als unausgelaugte.

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Asphalt (Judenpech), auch sonstiges Erdpech oder Erdharz; Asphalterde; Asphaltsteine (rohe und gemahlene), ingleichen Asphaltplatten.

Austernschaalen.

Bäume, Gesträuche und Gewächse, frische, zum Verpflanzen, auch grüne und trockene Reben.

Besen aus Reisig (Birkenbesen etc.), ingleichen Heidebesen.

Bienenerde (Bienenkeule, Bienenrab, Abfall von der Wachsbereitung).

Blumen, Blüthen, Blätter und Kräuter, frische; Futterkräuter, Gras und Heu; frische Pilze, einschliesslich Trüffeln und frische essbare Schwämme; Runkelrüben und Runkelrübenblätter, sowohl frische als getrocknete und gedörrte, gemeines Moos.

Brennholz und **Busch** aller Art, Faschinen, Wellen (Brandbusch, Reisig), Stubben, auch Hobel- und Sägespäne, desgleichen Holzrinden, Lohkuchen und ausgelaugte Lohe zur Feuerung.

Cement oder **Mörtel**: roher oder gerösteter gemahlener Stein (Puzzolanerde, Tufstein, Trass, Ziegel-Cement), ingleichen mit Harzen und anderen Materialien präparirter Mastix etc. - Cement.

Cichorienwurzeln, grüne, auch geschnittene und gedörrte.

Derbyspath (kohlensaurer Baryt) in kristallisirten Stücken.

Drusen (Treber und Trester); ingleichen Branntweinspülig.

Dünger, als Mist, Stoppeln, Dornschlag, Guano, Kaff.

Eicheln, auch Rosskastanien.

Erden und **Erze**, folgende: Gartenerde, Ziegelerde, Lehm, Mergel, Sand und Grand oder Steinkies, auch Giesssand (Formsand), gewaschener, geriebener, geschlemmter; ferner Streusand, auch gefärbter, Silbersand etc., und spanischer Sand; Thon, Porzellan-, Pfeiffen- und Töpfererde, auch Zuckerbäcker- und Walkererde; Alaunstein und Alaunerde, Feldspath, roher Flussspath, Schwerspath (schwefelsaure Schwererde) in kristallisirten Stücken, ingleichen Galmei und Galmeistein; Vitriolerz (Vitriolkies, Vitriolstein) und Erzschlacken.

Früchte, frische (Obst), sowie Beeren, jedoch mit Ausschluss von frischen Kreuz- und Wachholderbeeren, ferner Weintrauben, Nüsse und Obstkerne aller Art.

Gartengewächse, frische, als: Gemüse und Krautarten, Gurken, Melonen, Salat etc.; Kartoffeln, Erdbirnen; Rüben und andere essbare Wurzeln, auch dergleichen getrocknete.

Glas- und **Topfscherben**, Glasbrocken, Glasglanz (Streuglanz).

Kalk, gebrannter (Stein- und Muschelkalk, Bau- und Düngekalk); auch Wiener-Kalk (feingeriebener Kalkmergel).

Kalkstein, roher; Muschelschaalen zum Kalkbrennen; auch Gipsstein oder Gipserde (roher Gips), ingleichen gebrannter Gips, sowie gemahlener Gips, Kalk und Marmor.

Knochen, rohe aller Art, auch ausgelaugte sowie zerkleinerte, ingleichen Wallfischrippen; Knochenmehl.

Knochenkohle (Beinschwarz) aller Art.

Kohlen, als: Braun-, Stein- und Torfkohlen; ingleichen Coaks, Cinders und Carboleïn.

Marienglas (Frauenglas).

Rohr, als: Dach- und Schilfrohr, Schachtelhalm und Binsen; ingleichen Stuhlrohr aller Art, mit Einschluss des brasilianischen und sonstigen ausländischen, auch Weberrohr.

Salz, als Küchen-, Meer, See- und Steinsalz aller Art, mit Ausschluss des gesottenen Salzes; ingleichen Düngesalz ohne Unterschied.

Seegras (Seetang).

Steine, Bruchsteine und behauene, jedoch nicht geschliffene Steine aller Art (mit Ausnahme von Marmor und Alabaster), geschliffene Platten etc. von Sandstein, auch Lithographirsteine (nicht gravirte oder bezeichnete), Mühlsteine, steinerne Kufen, Rinnen, Röhren, Krippen, Tröge etc., Grab- oder Leichensteine von Sandstein (insofern durch höhere artistische Bearbeitung hervorgebrachte Kunstwerke hierunter nicht begriffen werden), ingleichen Pflastersteine und Feuersteine (roh und gehauene), Dachschiefer, Mauersteine, Tropfsteine, auch Tuf oder Tufstein, roher Speckstein, Talkstein, grobe Schleif- und Wetzsteine (zum Schärfen der Sensen etc.).

Stroh und **Spreu, Häckerling** (Häcksel).

Torf.

Ziegel- und **Backsteine** aller Art (Dachpfannen und Klinker etc.), ingleichen Ziegelmehl.

3) Vom Elbzolle befreit sind:

1) das Reisegepäck der Reisenden, d. h. die von diesen zum Gebrauche auf der Reise mitgeführten Sachen und deren Behältnisse, auch die im Manifeste nicht verzeichneten Reise-Victualien der Schiffer und Passagiere in verhältnissmässiger Quantität, welche mit der billigsten Umsicht nach der Länge der Reise. der Stärke der Bemannung etc. zu bestimmen ist.

2) **Wagen**, welche die mit den Dampfschiffen Reisenden mit sich führen.

3) **Schiffe** und **Böte** jeder Art.

4) Die zum **Inventar** eines in der Fahrt begriffenen Elbschiffes gehörigen Gegenstände, mit Einschluss der zum Verdecke eines solchen Fahrzeuges zugerichteten Bretter, auch, in Ermangelung solcher, die zur Bedeckung der Ladung nöthigen losen Bretter und zwar:

a) bei Schiffen unter 10 Lasten	Ladungsfähigkeit	1	Schock,
b) „ „ von 10—25 „	„	2	„
c) „ „ „ 25—45 „	„	$2^1/_2$	„
d) „ „ „ 45 u. mehr „	„	3	„

ingleichen Unterlagebreter zum Bedarf der Schiffer beim Laden der Waaren.

5) **Eis.**

6) **Leinpferde**, welche zurückgeführt werden.

7) **Flossgeräthe**
8) **Schiffsgeräthschaften** } zur Fahrt und zurückgehende.

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

4) Alphabetisches Verzeichniss

der im Elbzolle ermässigten und elbzollfreien Waaren-Artikel.

Vorbemerkungen.

1) Waaren, deren declarirte Benennung in diesem alphabetischen Verzeichnisse nicht aufgeführt ist, unterliegen, falls jene Benennung unzweifelhaft mit einer in dem nachstehenden Verzeichniss aufgeführten Waarenbenennung gleichbedeutend oder darunter begriffen ist, dem der letzteren beigesetzten Zollsatze, anderen Falles aber dem Normalsatze.

2) Waaren mehrerer Zollklassen, durcheinander verpackt, unterliegen, wenn die verschiedenen Waarengattungen und deren Mengen nicht durch specielle Revision ermittelt sind und der Schiffsführer diese Ermittelung nicht ausdrücklich verlangt, demjenigen Zolle, welcher die am höchsten tarifirte der, in der Verpackung befindlichen Waarengattungen trifft.

3) Ein geringerer als der Normal-Elbzoll wird von denjenigen Waaren erhoben, welche entweder

a) der 2ten oder

b) der 3ten Klasse des Tarifs angehören, oder welche endlich

4) vom Elbzolle gänzlich befreit sind.

Es sind dies folgende Gegenstände:

Gegenstände.	Tarif-Klasse.	Gegenstände.	Tarif-Klasse.
Abfälle von Sandstein (Steingruss)	3	**Bandstöcke**	2
„ von d. Zuckerfabrikation (ausgepresster Zuckerschaum, Zuckererde)	3	**Basalt**	3
„ von der Wachsbereitung (Bienenrab)	3	**Bauholz**, auch abgebundenes.	2
Aepfel s. Obst.		**Baumrinde** s. Holzborke.	
Alaunerde, Alaunstein	3	**Beeren**: a) frische (mit Ausnahme der Wachholder- und Kreuzbeeren)	3
Alquifoux (Hafnererz, Bleiglanz)	2	b) getrocknete zum Genuss (Flieder-, Heidel-, Preiselbeeren etc.), ingleichen frische und trockene Kreuz- und Wachholderbeeren	2
Antimonerz	2	**Beinschwarz**	3
Armenische Erde (*Bolus*)	2	**Berberisholz** und **Berberiswurzeln**	2
Arsenikerz, Arsenikkies	2	**Berggelb** (Oker)	2
Artischoken, frische	3	**Bergpech** (Erdpech)	3
Asche, gemeine Holz- und Pflanzen-, auch Torf- und Steinkohlen-Asche, sowohl ausgelaugte (Aschenkalk, Kalkäscher) als unausgelaugte	3	**Bergroth** (Farbenerde)	2
Aschenkalk (Kalkäscher)	3	**Bergtheer**	2
Asphalt (Judenpech)	3	**Besen** aus Reisig (Birkenbesen etc.) auch Haidbesen	3
Asphalterde, rohe	3	**Bienenerde** (Bienenkeule, Bienrab, Abfall von der Wachsbereitung)	3
Asphaltplatten	3	**Bierkrüge**, thönerne (gemeine irdene)	
Asphaltsteine, roh und gemahlen	3	**Binsen**	2
Austerschaalen	3	**Birnen** s. Obst.	
Backobst (getrocknetes Obst)	2	**Birnbaumholz** s. Holz.	
Backsteine aller Art	3	**Blätter** s. Blumen.	
Bäume zum Verpflanzen	3	**Bleierde**	2
Balken	2	**Bleierz**	2
Bandholz, als: unverarbeitete Bandstöcke und fertige (verarbeitete) Tonnenbände	2	**Bleiglanz**	2
		Blumen, Blätter u. **Blüthen**, frische	3

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Gegenstände.	Tarif-Klasse.
Blut, von geschlachtetem Vieh, sowohl flüssiges als eingetrocknetes . . .	2
Blutdünger	3
Blutstein	2
Bohlen	2
Bohnen (Feld- u. Garten-), grüne .	3
Bolus	2
Borke s. Holzborke.	
Boysalz (Seesalz)	3
Brannteweinspülig	3
Bratpfannen, irdene	2
Braunkohlen	3
Braunroth (Rückstände von chemischen Arbeiten)	2
Braunstein, roh und gemahlen . .	2
Brennholz	3
Brettbäume, Bretterklötze, Bretter von europäischem Holze	2
Briquets s. Carboleïn	3
Brucheisen, altes	2
Bruchglas	3
Bruchsteine	3
Brunnenröhren s. Röhren.	
Bugspriete	2
Busch aller Art	3
Butter, die nicht in Tonnen oder anderen Holzgebinden, sondern unverpackt oder in Töpfen oder Körben versandt wird	2
Candiskistenbretter (buchene) . .	2
Caput mortuum (Todtenkopf) . .	2
Carboleïn (künstliches Brennmaterial aus Steinkohlen, Theer etc.) . .	3
Cement, roher oder gerösteter, gemahlener Stein- (Puzzolanerde-, Tufstein-, Trass-, Ziegelcement), ingleichen mit Harzen oder andern Materialien präparirter Mastix- etc. Cement	3
Champignons, frische	3
Chromerz	2
Cichorienwurzeln, grüne, auch geschnittene u. gedörrte	3
Cichorienblätter, getrocknete . . .	3
Cinders	3
Claviaturholz, ungehobeltes von europäischem Holze	2
Coaks	3
Colcothar *(Caput mortuum)*	2
Cornelholz s. Holz.	
Cucummere (Gurken), frische . .	3

Gegenstände.	Tarif-Klasse.
Dachpfannen (Dach-Ziegel) . . .	3
Dachplatten s. Platten.	
Dachrinnen s. Rinnen.	
Dachrohr	3
Dachschiefer	3
Dachschindeln, Dachspäne	2
Dachziegel	3
Daggert (Birkentheer)	2
Dauben (Fassholz)	2
Deckel s. Resonanzbretter.	
Derbyspath (kohlensaurer Baryt):	
a) in kristallisirten Stücken . . .	3
b) gepocht, gemahlen und zu Farbe bereitet	2
Dielen	2
Dornschlag	3
Drusen	3
Düngekalk	3
Dünger, als: Mist, Stoppeln etc. . .	3
Düngesalz	3
Ebereschenbeeren (Vogelbeeren), frische	3
Effekten der Reisenden	frei
Eibenholz s. Holz.	
Eicheln	3
Eichenholz s. Holz.	
Eier	2
Eis	frei
Eisen, altes Brucheisen, alte, abgenutzte u. zerbrochene Eisenbahnschienen, Eisenfeile u. Hammerschlag, auch alte eiserne Nägel und Schliff (Abfall beim Schleifen grober Eisenwaaren) . .	2
Eisenerz	2
Eisenfeile oder Eisenfeilspäne . .	2
Eisenkies oder Schwefelkies . . .	2
Erbsen, grüne	3
Erdäpfel	3
Erdbeeren, frische	3
Erdbirnen	3
Erden und **Erze**:	
a) gemeine Erde, als: Garten- und Ziegelerde, Lehm, Mergel, Sand und Grand oder Steinkies, auch Giesssand (Formsand), gewaschener, geriebener, geschlemmter; ferner Streusand, auch gefärbter, Silbersand etc., auch spanischer Sand, Thon-, Porzellan-, Pfeifen- und Töpfererde, auch Zucker-	

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Gegenstände.	Tarif-Klasse.
bäcker- und Walkererde; Alaunstein und Alaunerde; Feldspath, Schwerspath (schwefels. Schwererde) in kristallirten Stücken; ingleichen Galmei und Galmeistein, Vitriolerz (Vitriolkies) und Erzschlacken, roher Flussspath . .	3
b) Erdfarben und Farbenerden, als: gelbe, grüne, rothe, braune Erde, Bergroth, Bolus, Kreide (weisse, schwarze, rothe; roh, gemahlen oder geschlemmt), Oker (Berggelb), Rothstein (Röthel), ferner gepochter, gemahlener und zu Farbé bereiteter Schwerspath; ingleichen Talk od. Talkerde, terra de Siena, terra sigillata, Triepel, auch metallische Mineralerden .	2
c) Erze aller Art (mit Ausnahme der zur 3. Tarifklasse gehörigen) in kristallisirten Stücken oder gemahlen, namentl. Arsenikerz od. Arsenikkies, Bleierz (Bleierde, Bleiglanz, Glasurerz etc.), Braunstein, Chromerz, Eisenerz oder Eisenstein (Blutstein, Glaskopf etc.), Eisenkies od. Schwefelkies, Graphit (Reissblei, Molybdän, Wasserblei), Gusserz, Kobalt, Kobaltspeise, Kupfererz (Kupferlasur etc.), Schmirgel, Silbererz, Spiessglanzerz etc., ingleichen zinkischer Ofenbruch *(Tutia)* . .	2
Erdenwaaren, als: gewöhnl. Töpferwaaren jeder Art mit Einschluss von Tabakspfeifen, Schmelztiegel und Knicker oder Steinschusser, auch thönerne Zuckerformen mit oder ohne Holzbände; ingleichen Fayence, Majolika, Steingut, Siderolith- u. Wedgewood-Waaren. Putzsteine	2
Erdfarben (Farbenerden)	2
Erdharze	3
Erdmandeln wie Cichorienwurzeln .	3
Erdöl s. Steinöl.	
Erdpech	3
Erdpechkitt (Asphalt)	3
Erlenholz s. Holz.	
Erze s. Erden und Erze.	
Erzschlacken	3

Gegenstände.	Tarif-Klasse.
Eschenholz s. Holz.	
Esparsette s. Klee.	
Fächser (Schösslinge von Bäumen u. Reben)	3
Farbenerde, gelbe, grüne, rothe, braune	2
Faschinen	3
Fassdauben (Fassstäbe, Fassholz) .	2
Fayence	2
Feldfrüchte s. Gras, Gartengewächse, Stroh.	
Feldspath	3
Felgen, rohe (Felgenholz), vom Stellmacher noch nicht bearbeitet . .	2
Feuersteine, rohe und gehauene . .	3
Fichtenholz s. Holz.	
Fische, lebendige und frische, zu welchen letzteren auch die blos zur Erhaltung auf dem Transporte mit Salz bestreuten oder mit Salzwasser begossenen Fische dann zu rechnen sind, wenn sie in Körben eingehen .	2
Flaschen von Thon	2
Flechtweiden	2
Fliederbeeren s. Beeren.	
Fliederblüthen, frische	3
Fliesen aus Sandstein	3
„ „ Thon gebrannt . . .	2
Flossgeräthschaften zu der Fahrt ingleichen zurückgehende	frei
Flussspath, roher.	3
Formerarbeit aus Töpferthon, Fayence oder Steingut	2
Formsand (Giesssand), roh, gewasch., gerieben oder geschlemmt . . .	3
Fourniere, von europäischem Holze, ungehobelte	2
Fraueneis (Frauenglas)	3
Früchte s. Obst, Gartengewächse.	
Fruchtkerne von Obstfrüchten . .	3
Futterkräuter	3
Galmei und **Galmeistein**	3
Gartenerde	3
Gartengewächse, frische, als: Gemüse und Krautarten; Gurken, Melonen, Salat etc.; Kartoffeln, Erdbirnen, Rüben und andere essbare Wurzeln; ferner Cichorienwurzeln, grüne, auch geschnittene und gedörrte, ingleichen Runkelrüben u. Runkelrübenblätter, sowohl grün als getrocknet . . .	3

Gegenstände.	Tarif-Klasse.
Geräthe wie Waaren aus dem Material, aus welchem sie gefertigt sind.	
Gesträuche, zum Verpflanzen . . .	3
Gewächse, frische desgleichen . .	3
Giesssand s. Formsand.	
Gips, roher oder gebrannter . . .	3
Gipsmehl	3
Glasbrocken (Glasbruch)	3
Glasglanz (Streuglanz)	3
Glaskopf	2
Glasscherben	3
Glasurerz	2
Grabsteine aus Sandstein, insofern durch höhere artistische Bearbeitung hervorgebrachte Kunstwerke darunter nicht begriffen sind	3
Grand	3
Granit	3
Graphit in Stücken oder gemahlen .	2
Gras	3
Griffel von Schiefer (Schieferstifte) .	2
Guano	3
Gurken, frische	3
Gusserz	2
Häckerling (Häcksel)	3
Hafnererz (Alquifoux)	2
Hagebutten s. Obst.	
Hammerschlag s. Eisen.	
Harze s. Erdharze.	
Haselnüsse	3
Hausgeräthe wie Waaren aus dem Materiale, aus welchem sie gefertigt sind.	
Heidelbeeren s. Beeren.	
Heringe	2
Heu	3
Himbeeren s. Beeren.	
Hobelspäne	3
Holländisches Roth (Braunroth) . .	2
Holz und Holzwaaren:	
a) Brennholz und Busch aller Art, Faschinen, Wellen (Brandbusch, Reisig), Stubben, auch Hobel- u. Sägespäne, desgl. Holzrinden zur Feuerung, ferner Besen aus Reisig (Birkenbesen), auch Heidebesen .	3
b) europäisches Bau- und Nutzholz, als: Balken, Sparren, Krummholz, Pfahlholz und Zimmerholz aller Art, Masten, Bugspriete, Spieren, Stangen und Stöcke, Splitt- u. Rundholz, Sägewaaren (Bohlen, Bretter, Dielen, Latten, Planken etc.), Dachspäne und Schindeln, Stabholz für Böttcher. ingl. Band- oder Reifenholz (unverarbeitete Bandstöcke u. fertige Tonnenbänder), rohe (vom Stellmacher noch nicht bearbeitete) Speichen u. Felgen, auch Korbruthen (geschälte u. ungeschälte), ungehobelte Resonanzbretter und ungehobeltes Claviaturholz . .	2
Holzasche	3
Holzborke u. Baumrinden, Holzrinden zur Feuerung, Lohkuchen und ausgelaugte Lohe als Brennmaterial .	3
Holzrinden s. Holzborke.	
Holzwaaren s. Holz.	
Huano	3
Inventarienstücke der Schiffe behufs der Fahrt	frei
Irdenzeug s. Erdenwaaren.	
Judenpech (Asphalt)	3
Kacheln	2
Kähne	frei
Käse, frische (kleine Handkäse für den Marktverkehr)	2
Kaff	3
Kalk u. Gips, als: roher Kalk, Kalkstein, Muschelschaalen zum Kalkbrennen, auch Gipsstein und Gipserde; gebrannter Kalk (Stein- u. Muschelkalk), gebrannter Gips, Gipsmehl, auch Wiener Kalk (fein geriebener Kalkmergel)	3
Kalkäscher	3
Kalksteine	3
Kaolin (Porzellanerde)	3
Kartoffeln	3
Kastanien, wilde oder Rosskastanien .	3
Kerne und Steine von Obstfrüchten .	3
Kies (gemeiner Steinkies)	3
Kirschen s. Obst.	
Kirschholz s. Holz.	
Klee	3
Klinker	3
Knicker od. Knippkugeln v. Marmor oder sonstigem Stein, ingl. von gebranntem Thon	2
Knochen, rohe aller Art, auch ausgelaugte sowie zerkleinerte, incl.	

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Gegenstände.	Tarif-Klasse.
Wallfischrippen, gemahlene Knochen und Knochenmehl	3
Knochenkohle (Beinschwarz) aller Art	3
Knochenmehl	3
Knochenschaum (Zuckererde, Abfall von der Zuckerfabrikation) . . .	3
Kobalt und Kobaltspeise	2
Kochsalz s. Salz.	
Kohlen, als: Braun-, Stein- u. Torf-kohlen	3
Korbruthen, geschälte u. ungeschälte	2
Kräuter, frische	3
Kreide (weisse, schwarze oder rothe Farbenerde), roh, gemahlen oder geschlemmt	2
Kreuzbeeren, frische und getrocknete	2
Krippen, steinerne	3
Krüge, Kruken, s. Erdenwaaren.	
Krummholz	2
Kufen, steinerne	3
Küchensalz, s. Salz.	
Kupfererz	2
Kupferlasur	2
Latten	2
Laugenfluss jeder Art, kristallisirt, unkristallisirt, auch im calcinirten Zustande, (Seifensiederfluss, Unterlauge)	2
Lehm	3
Leichensteine s. Grabsteine.	
Leinpferde, zurückgeführt werdende	frei
Leiterbäume	2
Lithographirsteine, rohe (nicht gravirte oder bezeichnete).	3
Lohkuchen (ausgelaugte Lohe als Brennmaterial)	3
Luzerne s. Klee	
Majolika (Fayence)	2
Mangan, (Manganoxyd, Braunstein) in Stücken oder gemahlen . . .	2
Marienglas	3
Markasitkies	2
Marmor, gemahlener	3
Masten	2
Mastixcement	3
Mauersteine	3
Meerrettig	3
Meersalz s. Salz.	
Melonen, frische	3
Mergel	3
Milch	2

Gegenstände.	Tarif-Klasse.
Mineralerde, metallische	2
Mineralkitt (Wassermörtel) . . .	3
Mineraltheer	2
Mineralwasser	2
Mirabellen, s. Obst.	
Mispeln s. Obst.	
Mist	3
Möhren (Mohrrüben), frische und getrocknete	3
Mörser von Serpentinstein	2
Mörtel (Cement)	3
Molybdän, roh und gemahlen . . .	2
Moos, gemeines	3
Morcheln, frische	3
Mühlsteine	3
Murmeln (Marmeln, Knicker) . .	2
Muschelkalk	3
Muschelschaalen zum Kalkbrennen .	3
Nägel, eiserne alte	2
Nüsse, Hasel- und Wallnüsse u. dgl. Schaalen	3
Nutzholz s. Holz.	
Obst und Früchte	
a) frische Aepfel, Birnen, Kirschen, Pflaumen, Beeren, Weintrauben, auch Kerne u. Steine v. Obst, Früchten, incl. Hasel- u. Wallnüsse	3
b) getrocknete Aepfel, Birnen, Kirschen und Pflaumen (Backobst), auch gedörrte Hagebutten etc. .	2
Ofen, thönerne	2
Ofenbruch, zinkischer (*Tutia*) . . .	2
Oker	2
Pappelholz s. Holz.	
Pech und Theer	
a) Theer (Mineraltheer u. anderer), Daggert, gemeines Pech (schwarzes Schiffspech, Schusterpech, Pechsatz, welches durch Einkochen v. Theer gewonnen wird), Theergalle	2
b) Asphalt (Judenpech), auch sonstiges Erdpech oder Erdharz . .	3
Pechsatz	2
Petroleum (Steinöl)	2
Perlen aus gebranntem oder ungebranntem Thon	2
Pfähle (Pfahlholz)	2
Pferde, Leinpferde, zurückgeführt werdende	frei
Pfeiffenerde	3

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Gegenstände.	Tarif-Klasse.
Pfirsiche s. Obst.	
Pfirsichkerne	3
Pflanzen, frische	3
Pflanzenasche, gemeine	3
Pflastersteine	3
Pflaumen s. Obst.	
Pfosten	2
Pilze, frische	3
Pipenholz (Fassholz)	2
Planken	2
Platten aus Sandstein	3
„ „ Thon	2
Porphyr, roher	3
Porzellanerde	3
Pottloth (Wasserblei)	2
Preisselbeeren s. Beeren.	
Preussischroth (Braunroth)	2
Prünellen s. Obst.	
Putzsteine wie Erdenwaaren	2
Puzzolan oder Puzzolanerde	3
Quarz	3
Quitten s. Obst.	
Quittensamen oder Quittenkerne	3
Radfelgen, blos roh zugerichtete (Felgenholz)	2
Radspeichen, blos roh zugerichtete, vor der Einsetzung noch einer Bearbeitung bedürfende	2
Rahm (fette Milch)	2
Reben, grüne und trockene	3
Reifen, hölzerne	2
Reifholz	2
Reisegepäck und **Reisevictualien** der Schiffer und Passagiere, letztere in der bestimmten verhältnissmässigen Quantität	frei
Reisig	3
Reissblei	2
Resonanzbretter, ungehobelte von europäischem Holze	2
Rinden s. Holzborke.	
Rinnen, steinerne	3
„ blos behauene hölzerne	2
Röhren, steinerne Brunnenröhren	3
„ hölzerne desgl. (gebohrte Holzstämme) ingl. thönerne Röhren	2
Röthel (Rothstein)	2
Rohr, Dach- und Schilfrohr; ingl. Stuhlrohr aller Art, mit Einschluss des brasilianischen und sonstigen ausländischen, auch Weberrohr	2
Rosskastanien	3
Rothstein (Röthel)	2
Rüben, frische und getrocknete	3
Rundholz	2
Runkelrüben, sowohl frische als getrocknete und gedörrte	3
Runkelrübenblätter, grüne u. getrocknete	3
Runkelrübensirup	2
Ruthen (Flechtweiden) s. Holz.	
Samenkerne und **Steine** von Obstfrüchten	3
Sägespäne	3
Sägewaaren	2
Salat, frischer	3
Salpeter aller Art	2
Salpetersäure	2
Salz, Küchen-, Meer-, See-, Steinsalz aller Art mit Ausschluss des gesottenen Salzes; ingl. Düngesalz	3
Salzsäure	2
Sand, gemeiner; desgl. Giesssand, gewaschener, geriebener, geschlemmter; Streusand, auch gefärbter Silbersand etc. und spanischer Sand	3
Sandstein	3
Sanitätsgeschirr s. Fayence.	
Sauerampfer, frischer	3
Schachtelhalm	3
Schaum, ausgepresster, bei der Zuckerfabrikation abgefallener	3
Schiefer	3
Schieferstifte, **Schiefertafeln**	2
Schiffe	frei
Schiffsgeräthschaften, als:	
a) die zum Schiffsinventar gehörigen Gegenstände mit Einschluss der zum Verdeck einmal eingerichteten Bretter, auch in Ermangelung solcher, die zur Bedeckung der Ladung nöthigen losen Bretter in der bestimmten Quantität, ingl. Unterlagebretter zum Bedarf der Schiffer beim Laden der Waaren	frei
b) Schiffsgeräthschaften, zurückgehende.	frei
Schiffspech	2
Schilf	3
Schindeln	2
Schlacken von Erzen	3
Schlehen s. Obst.	

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Gegenstände.	Tarif-Klasse.
Schleifsteine, grobe	3
Schlempe (Branntweinspülig)	3
Schliff (Abfall beim Schleifen grober Eisenwaaren)	2
Schmelztiegel, irdene und von Graphit	2
Schmiedezunder (Hammerschlag)	2
Schmirgel	2
Schönroth (Braunroth, Colcothar)	2
Schusser (Knicker)	2
Schusterpech	2
Schwämme, essbare frische	3
Schwefelkies	2
Schwefelsäure	2
Schwerspath, in cristallis. Stücken	3
„ gepochter, gemahlener, zu Farbe bereiteter	2
Seegras, Seetang	3
Seesalz s. Salz.	
Seifensiederfluss s. Laugenfluss.	
Serpentinsteinwaaren	2
Siderolitwaaren	2
Siegelerde *(Terra sigillata)*	2
Silbersand	3
Silbererz	2
Span, anderer als Schuster- u. Schwertfegerspan	2
Spanischer Sand	3
Spargel, frischer	3
Sparren	2
Speckstein, roher	3
Speichen, blos roh zugerichtete, vor der Einsetzung einer weiteren Bearbeitung bedürfende (Speichenholz)	2
Spieren	2
Spiessglanzerz	2
Splittholz	2
Spreu	3
Spülig (Branntweinspülig)	3
Stabholz	2
Stangen	2
Steine und **Steinwaaren**:	
a) Bruchsteine u. behauene, jedoch nicht geschliffene, Steine aller Art (mit Ausnahme von Marmor u. Alabaster), geschliffene Platten etc. von Sandstein, auch Lithographirsteine (nicht gravirte oder bezeichnete), Mühlsteine, steinerne Kufen, Krippen, Rinnen, Röhren, Tröge etc., Grab- oder Leichensteine von Sandstein (insofern durch höhere artistische Bearbeitung hervorgebrachte Kunstwerke hierunter nicht begriffen werden), ingl. Pflastersteine und Feuersteine (rohe und gehauene), Dachschiefer, Mauersteine, Tropfsteine, auch Tuf od. Tufstein, roher Speckstein, Talkstein, grobe Schleif- u. Wetzsteine (zum Schärfen der Sensen etc.)	3
b) Serpentinsteinwaaren, Schiefertafeln und Griffel, Knicker oder Steinschusser	2
Steingruss	3
Steingut	2
Steinkohlen	3
Steinkohlenasche	3
Steinkohlentheer	2
Steinkies	3
Steinöl (Petroleum, Erdöl)	2
Steinsalz s. Salz.	
Steinschusser	2
Stöcke, hölzerne rohe	2
Stoppeln	3
Sträucher zum Verpflanzen	3
Streu (Spreu)	3
Streublau, Streuglanz, Streuglas, Streugold und Streusilber	3
Streusand	3
Stroh	3
Stubben	3
Stufen (Erzstufen)	2
Stuhlrohr (auch brasilianisches)	3
Sirup von Runkelrüben	2
Tabakspfeifen, thönerne	2
Talk, **Talkerde**	2
Talkstein	3
Tannenholz s. Holz	
Teller gemeine thönerne, auch von Steingut oder Fayence	2
Terra de siena, gebrannt u. ungebrannt	2
Terra sigillata (Siegelerde)	2
Theer (Mineraltheer und anderer)	2
Theergalle	2
Thierknochen s. Knochen.	
Thon, **Thonerde**, gewöhnlicher Töpferthon und Pfeifenerde, auch Zuckerbäckererde und Porzellanerde	3
Thongeschirr	2
Tiegel aus gebranntem Thon	2
Todtenkopf *(caput mortuum)*	2

Gegenstände.	Tarif-Klasse.	Gegenstände.	Tarif-Klasse.
Töpfe, gemeine irdene	2	Wasserblei, in Stücken od. gemahlen	2
Töpfererde	3	Weberrohr	3
Töpferthon	3	Wedgewoodwaaren	2
Töpferwaaren	2	Weichselstöcke, rohe	2
Topfscherben	3	Weinbeeren, frische	3
Tonnenbände, hölzerne	2	Weinreben, grüne oder trockene	3
Torf	3	Weintrauben, frische	3
Torfasche	3	Wellen (Brandbusch und Reisig)	3
Torfkohlen	3	Wetzsteine, grobe, zum Schärfen der Sensen	3
Trass	3	Wiener Kalk (fein geriebener Kalkmergel)	3
Trauben, frische	3	Wismutherz	2
Träber und Trester	3	Wolframerz	2
Tripel	2	Wurzeln, essbare, frische u. getrocknete	3
Tröge, steinerne	3	Ziegel	3
Tropfsteine	3	Ziegelcement	3
Trüffeln, frische	3	Ziegelerde	3
Tuf oder Tufstein	3	Ziegelmehl	3
Tutia, zinkischer Ofenbruch	2	Ziegelsteine	3
Unterlauge s. Laugenfluss.		Zimmerholz s. Holz.	
Venetianisch-Roth (Braunroth)	2	Zuckerbäckererde (Thon zum Läutern des Zuckers)	3
Verzehrungsgegenstände zum Reiseverbrauch siehe Reise-Victualien.		Zuckererde (Knochenschaum, Abfall von der Zuckerfabrikation)	3
Vitriolerz (Vitriolkies) u. Vitriolstein	3	Zuckerformen, thönerne, mit od. ohne Holzbände	2
Vitriolöl	2	Zwetschen s. Obst.	
Wachholderbeeren, frische und getrocknete	2	Zwiebeln (Gemüsezwiebeln)	3
Wagen, welche die mit den Dampfschiffen Reisenden mit sich führen	frei		
Walkererde	3		
Wallfischrippen	3		

Anlage B.

Bestimmungen über das Verfahren bei Erhebung des Elbzolles.

§. 1.

Zum Zwecke der Erhebung des Elbzolles, welche künftig in Wittenberge stattfinden soll, werden sämmtliche Schiffe und Flösse, welche Wittenberge passiren, dort einer speciellen Revision, soweit dieselbe zur Sicherung des Elbzolles erforderlich ist, unterworfen werden. Die Revision geschieht gemeinschaftlich von den Beamten, welche für Oesterreich, Preussen, Sachsen, Anhalt-Dessau-Köthen, Anhalt-Bernburg und Hamburg von dem Königl. Preussischen Hauptzollamte („Vereinigten Elbzollamte“) zu Wittenberge und für Hannover, Dänemark und Mecklenburg von ihrem gemeinschaftlichen Elbzollamte daselbst, hierzu bestimmt werden.

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Insofern ein von Letzterem bestimmter Beamter an der Revisionsstelle sich nicht einfindet, geschieht die Revision ohne dessen Theilnahme und soll auch in einem solchen Falle der Revisionsbefund in das für das gemeinschaftliche Elbzollamt bestimmte Manifest eingetragen werden.

§. 2.

Die vorgedachte (§. 1) specielle Revision soll nur unterbleiben

a) wenn eine solche schon früher bei einer dazu befugten zollvereinsländischen Zoll- oder Steuerstelle erwiesenermassen stattgefunden hat;

b) wenn die Ladung auf ein zollvereinsländisches Zoll- oder Steueramt zur Abfertigung abgelassen wird,

und in beiden Fällen zugleich jeder Veränderung hinsichtlich der Identität und Quantität der Ladung durch Anlegung des Verschlusses oder in sonst geeigneter Weise vorgebeugt ist.

§. 3.

Die betheiligten Regierungen werden ihre Zoll- und Steuerbeamten besonders verpflichten, in allen Fällen, wo nach den Bestimmungen des §. 2 die Revision in Wittenberge nicht erfolgt, diese Revision bei denjenigen ihrer Zoll- und Steuerämter, bei welchen die Erledigung der Begleitscheine oder die weitere Abfertigung auf Begleitschein geschieht, sorgfältigst vorzunehmen, und die Anordnung treffen, dass das Ergebniss der bei ihren Zoll- oder Steuerämtern, unter Berücksichtigung des Elbzolltarifes, bewirkten speciellen Revision in die Begleitscheine, beziehungsweise in die Manifeste vollständig und genau eingetragen werde. Diese Bestimmung bezieht sich insbesondere auch auf die unter Begleitschein-Controle zum Transit durch den Zollverein von und nach Oesterreich abgefertigten Güter, so dass entweder bei der Ausstellung oder der Erledigung der Begleitscheine zum Behuf der Elbzollerhebung eine specielle Revision eintreten muss, selbst wenn sie zur Erhebung oder Sicherung der zollvereinsländischen Zollabgaben nicht erforderlich wäre.

§. 4.

Ergiebt sich bei der Revision solcher Ladungen, welche, ohne dass zu Wittenberge eine Revision stattgefunden hat, auf andere Zoll- oder Steuerämter abgelassen worden sind, eine unrichtige Manifestation dahin, dass zu den Ladungen gehörige Gegenstände gar nicht, oder in zu geringer Menge, oder in einer Gattung, welche die Zollfreiheit oder die Anwendung eines geringeren Zollsatzes zur Folge gehabt haben würde, declarirt sind, so wird rücksichtlich solcher Güter der zu wenig angebotene oder erhobene Zoll als defraudirt angenommen, und der Schiffer wird nicht abgefertigt, bevor er nicht die verkürzten Zollgefälle nachgezahlt und zugleich Strafe und Kosten erlegt oder dieserhalb Sicherheit bestellt hat.

Die so erhobenen Zollgefälle sowohl, als die erlegten Strafen werden zur einen Hälfte an das Vereinigte Elbzollamt zu Wittenberge, zur anderen Hälfte aber an das daselbst zu errichtende gemeinschaftliche Elbzollamt abgeführt.

§. 5.

Die strafrechtliche Verfolgung etwaiger Elbzoll-Defraudationen und Ordnungswidrigkeiten (§. 38—45 der Additionalacte), der Bezug der defrau-

dirten Zollgefälle und der Geldstrafen, sowie das Recht, die Letzteren im Wege der Gnade ganz oder theilweise zu erlassen, steht denjenigen Staaten, denen die eine Hälfte des Elbzolles überwiesen ist, nur rücksichtlich dieser, den übrigen Staaten aber nur rücksichtlich der anderen Hälfte des Elbzolles zu.

Ueber die Ausübung dieser Rechte werden die jeder Gruppe angehörigen Staaten sich unter einander, so weit nöthig, verständigen.

Es sollen die etwa vorkommenden Elbzoll-Defraudationen und Ordnungswidrigkeiten möglichst ohne förmliches Processverfahren im Wege der Submission unter die volle oder eine geringere Strafe auf Grund protokollarischer Vernehmungen der Betheiligten erledigt werden, welche Vernehmungen, so viel als thunlich, gemeinschaftlich durch Beamte der beiderseitigen Elbzollämter geschehen sollen.

Falls dies nicht geschehen kann, ist die Bestrafung für Oesterreich, Preussen, Sachsen, beide Anhalt und Hamburg von dem Vereinigten Elbzollamte in Wittenberge, und für Hannover, Dänemark und Mecklenburg von ihrem gemeinschaftlichen Elbzollamte daselbst, im abgesonderten Verfahren unter der oberen Leitung ihrer vorgesetzten Behörden zu veranlassen, und zwar, insoweit nicht ein anderes competentes Gericht angegangen werden oder eine administrative Entscheidung zulässig sein sollte, vor dem Königl. Preussischen Elbzollgerichte zu Wittenberge, dessen Rechtszuständigkeit und Verpflichtungen (Art. XXVI der Elbschifffahrtsacte und §. 46 ff. der Additionalacte) durch die wegen einer neuen Regulirung der Elbzölle getroffene Uebereinkunft nicht geändert werden.

§. 6.

Auch in Betreff der Einziehung und Beitreibung derjenigen Zollgefälle, welche nicht den Gegenstand eines Strafverfahrens bilden, werden die Königl. Preussischen Behörden den sie requirirenden Behörden der anderen Elbuferstaaten stets dieselbe Hülfe und denselben Beistand gewähren, als wenn es sich um die Beitreibung Königl. Preussischer Gefälle handelte.

§. 7.

Das Vereinigte Elbzollamt zu Wittenberge und das gemeinschaftliche Elbzollamt, welches Hannover, Dänemark und Mecklenburg daselbst zu errichten beabsichtigen, werden in allen Elbzollangelegenheiten stets ein gedeihliches Zusammmenwirken eintreten lassen, und sich beiderseits zur Wahrnehmung der ihnen anvertrauten Interessen thunlichst behülflich sein. Zu diesem Behufe sollen

a) den Vorständen der gedachten Aemter oder deren Vertretern die Zollregister über eingehende und ausgehende Güter und über die davon erhobenen zollvereinsländischen und Elbzollgefälle zu jeder Zeit auf Verlangen im Amtslocale und, insoweit sich keine Unzuträglichkeiten ergeben, auch ausserhalb desselben zur Einsicht vorgelegt,

sowie

b) dem Vorstande des gemeinschaftlichen Elbzollamtes in jedem Falle des in Wittenberge eingetretenen Begleitschein-Verfahrens von dem Ausfalle der am Bestimmungsorte der Ladungen oder bei dem Wiederausgange aus dem Zoll-

No. 604. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

verein vorgenommenen speciellen Revision (§§. 3 und 4) durch das Hauptzollamt zu Wittenberge vollständigste Mittheilungen gemacht werden, und soll ihm auch nicht minder gestattet sein, den elbzollrichterlichen Untersuchungen (§. 5) persönlich beizuwohnen und die verhandelten Acten einzusehen und zu extrahiren.

§. 8.

Die statistischen Nachweise über den Elbverkehr sollen in der Form, welche für dieselben in Preussen bisher beobachtet ist, auch ferner alljährlich angefertigt werden, und ist verabredet, dass bis auf Weiteres diese Nachweise über den Güterverkehr zu Berg künftighin von dem Vereinigten Elbzollamte zu Wittenberge, diejenigen über den Güterverkehr zu Thal aber von dem gemeinschaftlichen Elbzollamte zu Wittenberge aufgestellt werden.

No 605.

OESTERREICH, PREUSSEN, SACHSEN, HANNOVER, DÄNEMARK, MECKLENBURG-SCHWERIN, ANHALT-DESSAU-KÖTHEN, LÜBECK und HAMBURG. — Separat-Artikel zu vorstehender Uebereinkunft. —

No. 605. Elbufer-Staaten, 4 April 1863.

Bei Vollziehung der Uebereinkunft wegen einer neuen Regulirung der Elbzölle vom heutigen Tage, sind zu der letzteren von den unterzeichneten Bevollmächtigten nachfolgende Separat-Artikel, unter dem Vorbehalte der Ratification, verabredet worden, welche, obwohl nicht zur öffentlichen Bekanntmachung bestimmt, dennoch dieselbe Kraft und Gültigkeit haben sollen, als wenn sie Wort für Wort in die Uebereinkunft selbst eingerückt wären.

Zu den Artikeln 2, 6 und 9.

A. In dem Falle, dass das für den Elbverkehr zu Wittenberge bestehende Ein- und Ausgangs-Amt des Zollvereins, in Folge des etwaigen Anschlusses Mecklenburgs an den letzteren, nach einem anderen Orte an der Elbe verlegt werden sollte, gehen nach demselben auch die beiden Hebestellen des gemeinschaftlichen Elbzolles mit der Massgabe über, dass für diesen Ort die wegen der Elbzollpflichtigkeit der Waaren im Artikel 2 der Uebereinkunft getroffenen Bestimmungen, mit Ausnahme jedoch der in Artikel 2 unter litt. b. enthaltenen, entsprechende Geltung haben, und dass, wenn dieser Ort ausserhalb des Preussischen Gebiets belegen ist, Oesterreich, Preussen, Sachsen, beiden Anhalt und Hamburg wegen der Verwaltung und Erhebung des ihnen überwiesenen Antheils am Elbzolle dieselben Berechtigungen zustehen sollen, wie sie in Art. 8 der Uebereinkunft Hannover, Dänemark und Mecklenburg eingeräumt sind.

B. Ausserdem wird Hannover, Dänemark und Mecklenburg das Recht vorbehalten, für den Fall, dass die Erhebung des ihnen überwiesenen Antheils am Elbzolle zu Wittenberge behindert werden sollte, ihr gemeinschaftliches Elbzollamt von Wittenberge nach einem nahegelegenen hannoverschen Orte zu verlegen, und sollen auf den letzteren Ort sodann die in Artikel 2 der Uebereinkunft bezüglich der Zollpflichtigkeit für Wittenberge getroffenen Bestimmungen, mit Ausnahme jedoch der in Artikel 2 unter litt. b. enthaltenen, entsprechende Anwendung finden.

Zu den Artikeln 7 und 14.

C. In Folge der nach Art. 7 ihm zugesicherten Zahlung verzichtet Anhalt-Dessau-Köthen vom 1. Juli 1863 an auf den Fortbezug derjenigen Zehntausend Thaler, welche ihm bisher vertragsmässig von Preussen für gewisse Erlasse am Elbzolle gezahlt sind.

No. 605. Elbufer-Staaten, 4. April 1863.

Wenn durch Kündigung diese Uebereinkunft wieder aufgelöst wird, so werden von Preussen die vorerwähnten 10,000 Thaler jährlich an Anhalt-Dessau-Köthen noch für die Dauer von drei Jahren gezahlt, wogegen diejenigen Zollerlasse, welche Preussen und beide Anhalt durch den Vertrag vom 20. December 1853 sich gegenseitig zugesichert haben, für die gleiche Zeit fortbestehen. Nach Ablauf dieser 3 Jahre hören die Zollerlasse sowie die Zahlung jener 10,000 Thaler auf, insofern nicht vorher durch Vertrag zwischen Preussen und beiden Anhalt andere Verabredungen deshalb getroffen worden sind.

Zum Artikel 14.

D. Während der Dauer dieser Uebereinkunft werden die zwischen Preussen und Sachsen wegen gegenseitiger Erleichterungen im Elbzoll bestehenden besonderen Verträge und Verabredungen, namentlich: der Art. 15 des Zollvereinigungs-Vertrages vom 30. März 1833 und die im Correspondenzwege getroffenen Verabredungen wegen der mit dem Jahre 1846 eingetretenen Erleichterungen des Elbschifffahrts-Verkehrs ausser Wirksamkeit gesetzt.

Sollte dagegen die Uebereinkunft durch Kündigung wieder aufgelöst werden, so treten diese früheren Verträge und Verabredungen wieder in Kraft, dergestalt, dass dieselben noch drei Jahre in Gültigkeit zu bleiben haben und nach Ablauf dieser Frist ausser Kraft treten, insofern nicht vorher unter den vorgenannten beiden Staaten anderweite Vereinbarung darüber getroffen worden ist.

E. Ebenso soll für den Fall einer durch Kündigung erfolgenden Wiederauflösung dieser Uebereinkunft die im §. 3. des Schluss-Protokolls der dritten Elbschifffahrts-Revisionscommission vom 8. Februar 1854 in Betreff der Dauer gewisser Elbzoll-Ermässigungen und Elbzoll-Befreiungen festgesetzte Frist von drei Jahren von dem Tage an zu laufen anfangen, mit welchem die gegenwärtige Uebereinkunft ausser Wirksamkeit tritt.

So geschehen zu Hamburg, den Vierten April Eintausend Achthundert und Drei und Sechszig.

[Folgen die Unterschriften wie bei No. 603.]

No. 606.

CONFÖDERIRTE STAATEN. — Commissar in London an den k. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Die Ineffectivität der von den Unionsstaaten declarirten Blokade betr. —

109, Piccadilly, London, (received April 1) April 1, 1862.

My Lord, — On the 17th February last, I had the honour to submit to your Lordship a printed list of vessels entered and cleared at ports in the Island of Cuba, from and to certain of the blockaded ports of the Confederate States

No. 606. Conföderirte Staaten, 1. April 1862.

No. 606. Conföderirte Staaten, 1. April 1862.

of America, up to the month of December, 1861, inclusive; and in my letter accompanying the list, I stated that they were sent to me from Havana, and were „taken from official documents there by a gentleman of intelligence and integrity, well known to me, and worthy of entire reliance.“ ¶ I have now the honour of submitting to your Lordship like printed lists, taken from the same official sources, of vessels from certain of the blockaded ports of the Confederate States, which with their respective cargoes entered the ports of Havana and Matanzas in Cuba, for the months of January and February in the present year. ¶ These lists came by the last West Indian mail, were sent to me by the gentlemen above referred to, and are entitled to full credit. ¶ They show that in January and February last ten vessels from New Orleans and six from Mobile had entered the ports indicated in Cuba, making with those of others from the blockaded ports in all twenty-five vessels, not prevented by the alleged blockade from successful ventures to a foreign port. ¶ I have, &c.

J. M. Mason.

To **Earl Russell.**

No. 607.

CONFÖDERIRTE STAATEN. — Commissar in London an den k. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Vorstellung in Betreff der Blokade der südlichen Häfen. —

54, Devonshire Street, (received July 7.) Portland Place, London, July 7, 1862.

No. 607. Conföderirte Staaten, 1. April 1862.

My Lord, I am instructed by a recent despatch from the Secretary of State of the Confederate States of America, to bring to the attention of your Lordship, what would seem to be an addition engrafted by Her Majesty's Government on the principle of the law of blockade, as established by the Convention of Paris in 1856, and accepted by the Confederate States of America, at the invitation of Her Majesty's Government. ¶ In the instructions to me the text of the Convention of Paris is quoted in the following words: — „Blockades, in order to be binding, must be effective, that is to say, maintained by a force sufficient really to prevent access to the coast of the enemy.“

And the despatch of the Secretary of State then proceeds: „The Confederate States, after being recognized as a belligerent Power by the Governments of France and Great Britain, were informally requested by both those Powers to accede to this declaration, as being a correct exposition of international law. Thus invited, this Government yielded its assent.“ * * * * *

„Great then was the surprise of the President, at finding in the published correspondence before alluded to“ (referring to the papers laid before Parliament, touching the American blockade), „the following expressions of Earl Russell in his letter to Lord Lyons of the 15th of February last.

„„Her Majesty's Government, however, are of opinion that assuming that the blockade was duly notified, and also that a number of ships is stationed, and remains at the entrance of a port sufficient, really, to prevent access to it, *or to create an evident danger of entering or leaving it;* and that the ships

No. 607. Conföderirte Staaten, 7. Juli 1862.

do not voluntarily permit egress or ingress, the fact that various ships may have successfully escaped through it (as in the particular instance referred to) will not of itself prevent the blockade from being an effectual one by international law.""

„You will perceive that the words in italics are an addition to the definition of the Treaty of Paris of 1856. * * * * * * * * * * *

„If such be the interpretation placed by Great Britain on the Treaty of 1856, it is but just that this Government should be so officially informed. Certain it is that this Government did not, nor could it anticipate, that the very doctrine in relation to blockade formerly maintained by Great Britain, and which, all Europe supposed to be abandoned by the Treaty of 1856, would again be asserted by that Government. ¶ The language of Her Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs may not have been intended to bear the construction now attributed to it, but it is evidently susceptible of this interpretation, and we cannot be too cautious in guarding our rights in a matter which must in the future, as well as the present, so deeply involve the interests of the Confederacy."

As a warrant for the assertion in the despatch of the Secretary, that the superadded words promulged a doctrine in relation to blockade, formerly maintained by Great Britain, I am referred by him to the text of the Treaty between Great Britain and Russia in 1801, as follows: „That in order to determine what characterizes a blockaded port, that denomination is given only where there is, by the disposition of the Power which attacks it with ships stationary or sufficiently near, *an evident danger* in entering." — Article III, Section 4. ¶ The force and effect of these superadded words, it must be plain to your Lordship, has materially and most prejudicially affected, and must continue so to affect, during the existing war, the interests of the Confederate States; nor could this be better shown than by the illustration adopted in the letter referred to, from your Lordship to Lord Lyons, that: „The fact that various ships may have escaped through it [the blockade] will not, of itself, prevent the blockade from being an effectual one by international law." ¶ It may be readily admitted that the fact that various ships entering or leaving a port have successfully escaped a blockading squadron, does not show that there may not have been *an evident danger* in so entering or leaving it; but it certainly does show that the blockade was not, in the language of the Treaty of Paris, „maintained by a force sufficient, really, to prevent access to the coast of the enemy." ¶ I have, therefore, the honour to request, for the information of my Government, that your Lordship will be good enough to enable me to solve the doubt entertained by the President of the Confederate States as to the construction placed by the Government of Her Majesty on the text of the Convention of Paris, as accepted by the Government of the Confederate States in the terms hereinbefore cited, that is to say, whether a blockade is to be considered effective when maintained at an enemy's port by a force sufficient to create an „evident danger" of entering or leaving it; and not alone, where sufficient, „really to prevent access."

No. 607. Conföderirte Staaten, 7. Juli 1862.

On the subject of the alleged blockade, I have received from the Department of State of the Confederate States, and am instructed to lay before your Lordship, as Her Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs, the accompanying lists of vessels entered and cleared at the port of Charleston, South Carolina, in the months of November and December, 1861, and of January, February, and March, 1862; at the port of Savannah, Georgia, for the months of October, November, and December, 1861; at Galveston, Texas, for the months of December, 1861, and January and February, 1862; at New Orleans, Louisiana, for the months of November and December, 1861, and February, 1862; at Pensacola, Florida, for the months of December, 1861, and January and February, 1862; at Apalachicola, Florida, for the months of December, 1861, and January, 1862; and at Port Lavaca, Texas, in January, 1862. ¶ The doctrines of international law certainly are, that war does not put an end to commerce between a belligerent and neutrals, except at ports and places actually blockaded; and yet in the strange and anomalous pretensions of the United States, apparently acquiesced in by neutral Powers, all commerce between neutrals and the Confederate States is prohibited along an entire coast-line of some 2,500 miles. Armed vessels cruize along the coast, and capture all neutrals that fall in their way, on the allegation that the entire coast is under blockade. The Confederate States, as is known, have never been commercial, their carrying trade being almost entirely in the hands of other nations. Were it otherwise, little effect would be produced upon their commerce by this misnamed blockade. As it is, the few ships and other vessels armed by them have, from the beginning of the war, been actively and profitably employed in carrying their products to foreign ports, and in bringing back supplies. Not one in ten, in the large number of voyages so made, it is believed, has been captured; and had that respect been exacted for neutral rights which the law of nations provides, commerce between Europe and the Confederate States would have been, comparatively, but little interrupted. And in this view, I am instructed to inquire, whether it may not be practicable to require of the blockading Power to specify, from time to time, the ports claimed to be actually blockaded. Besides the larger ports [few in number in the Confederate States] there are numbers of smaller towns, accessible from the sea, where commerce continues to be carried on with foreign nations in the few vessels possessed by Confederate owners, and were blockaded ports designated these latter would at once be open to the commerce of the world in anything not contraband. How far this would be advantageous to neutral Powers it remains for them to determine. The article of cotton alone taken from such ports which are not, and have not been blockaded, but commerce with which is intercepted by armed cruizers, occasionally passing along the coast, would go far to supply the pressing demand of European manufacturers. ¶ In this connection I am instructed emphatically to disclaim any policy in the Confederate States' Government to prohibit or discourage the export of cotton. It has been the policy of the enemy to propagate such belief, and perhaps to some extent it may have obtained credence in Europe. On the contrary, I am instructed to assure Her Majesty's Government that if

Europe is without American cotton, it is because Europe has not thought it proper to send her ships to America for cotton. Were the blockading Power required strictly to designate the ports and places blockaded, and to maintain the same by adequate force from those other ports thus clearly ascertained to be open to trade, any amount of cotton required would be freely offered in exchange for the manufactures of Europe. There is no lack of this great article of export in the interior of the Southern States. It has not been brought to the seaboard because there was little demand for exportation, and it would otherwise be subject to depredation by the enemy. Wherever they approach, it is destroyed by fire, to prevent its falling into their hands; but let the blockaded ports be designated, as required by public law, and it will freely flow to the coast at other points thereby opened to the trade of the world. ¶ There is one subject further in connection with this alleged blockade to which I am directed to call the attention of Her Majesty's Government: It is, that vessels of war of the United States are stationed off the mouth of the Rio Grande, with orders not to permit shipments of cotton to be made from the Mexican port of Matamoros. It is claimed that cotton taken from the Confederate States to Matamoros is lawful subject of capture. In proof of this I have the honour to transmit herewith a copy of an extract of a letter from J. A. Quintero, the commercial agent of the Confederate States at Matamoros, to the Secretary of State of the Confederate States. ¶ I need not say to your Lordship that although a maritime blockade may, in some sense, be frustrated by the carriage of merchandize, through the medium of interior communication, from a blockaded to a neutral port, when shipped from the latter it is no breach of blockade; yet this is now done at the mouth of the Rio Grande, a river forming the boundary between Mexico and the Confederate States of Texas. ¶ I am, &c.

No. 607. Conföderirte Staaten, 7. Juli 1862.

J. M. Mason.

To Earl Russell.

No. 608.

CONFÖDERIRTE STAATEN. — Commissar in London an den königl. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Stimmung der conföderirten Staaten in Betreff europäischer Vermittelungsversuche. —

54, Devonshire Street, Portland Place, London, July 17, (received July 17) 1862.

My Lord, — In late proceedings of Parliament, and in reply to inquiries made in each House, as to the intention of Her Majesty's Government to tender offices of mediation to the contending Powers in North America, it was replied, in substance, by Lord Palmerston and your Lordship, that Her Majesty's Government had no such intention at present; because, although this Government would be ever ready to offer such mediation, whenever it might be considered that such interposition would be of avail, it was believed by the Government that, in the present inflamed or irritated temper of the belligerents, any such offer might be misinterpreted and might have an effect contrary to what

No 608. Conföderirte Staaten, 17. Juli 1862.

No. 608. Conföderirte Staaten, 17. Juli 1862.

was intended. ¶ I will not undertake, of course, to express any opinion of the correctness of this view so far as it may apply to the Government or people of the United States; but as the terms would seem to have been applied equally to the Government or people of the Confederate States of America, I feel warranted in the declaration, that whilst it is the unalterable purpose of that Government and people to maintain the independence they have achieved, whilst under no circumstances or contingencies will they ever again come under a common Government with those now constituting the United States; and although they do not in any form invite such interposition, yet they can see nothing in their position which could make either offensive or irritating a tender of such offices on the part of Her Majesty's Government, as might lead to a termination of the war, a war hopelessly carried on against them, and which is attended by a wanton waste of human life, at which humanity shudders. On the contrary, I can entertain no doubt that such offer would be received by the Government of the Confederate States of America, with that high consideration and respect due to the benign purpose in which it would have its origin. ¶ I have, &c.

To **Earl Russell**. *J. M. Mason.*

No. 609.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Commissar der conföderirten Staaten in London. — Gründe für die Nichteinmischung der englischen Regierung in den nordamerikanischen Conflict. —

Foreign Office, July 24, 1862.

No. 609. Grossbritannien, 24. Juli 1862.

Sir, —I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of the 17th instant, respecting the intention expressed by Her Majesty's Government to refrain from any present offer of mediation between the contending parties in North America, and I have to state to you, in reply, that, in the opinion of Her Majesty's Government, any proposal to the United States to recognize the Southern Confederacy would irritate the United States, and any proposal to the Confederate States to return to the Union would irritate the Confederates. ¶ This was the meaning of my declarations in Parliament upon the subject. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Mr. Mason**.

No. 610.

CONFÖDERIRTE STAATEN. — Commissar in London an den k. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Ansprüche der conföderirten Staaten auf Anerkennung als unabhängige Macht. —

54, Devonshire Street, Portland Place, London, Juli 24, (received July 24) 1862.

No. 610. Conföderirte Staaten, 24. Juli 1862.

My Lord, — In the interview I had the honour to have with your Lordship in February last, I laid before your Lordship, under instructions from the Government of the Confederate States, the views entertained by that Govern-

No. 610. Conföderirte Staaten, 21. Juli 1862.

ment, leading to the belief that it was, of right, entitled to be recognized as a separate and independent Power, and to be received as an equal in the great family of nations. ¶ I then represented to your Lordship that the dissolution of the Union of the States of North America', by the withdrawal therefrom of certain of the Confederates, was not to be considered as a revolution, in the ordinary acceptation of that term; far less, was it to be considered as an act of insurrection or rebellion; that it was, both in form and in fact, but the termination of a Confederacy which, during a long course of years, had violated the terms of the Federal compact by the exercise of unwarranted powers, oppressive and degrading to the minority section. That the seceding parties had so withdrawn as organized political communities, and had formed a new Confederacy, comprising then, as now, thirteen separate and sovereign States, embracing an area of 870,610 square miles, and with a population of 12,000,000. This new Confederacy has now been in complete and successful operation, as a Government, for a period of nearly eighteen months; has proved itself capable of successful defence against every attempt to subdue or destroy it; and in a war› conducted by its late Confederates, on a scale to tax their utmost power, has presented everywhere a united people, determined at every cost to maintain the independence they had affirmed. ¶ Since that interview more than five months have elapsed, and during that period events have but the more fully confirmed the views I then had the honour to present to your Lordship. The resources› strength, and power in the Confederate States developed by those events, I think' authorize me to assume, as the judgment of the intelligence of all Europe, that the separation of the States of North America is final; that under no possible circumstances can the late Federal Union be restored; that the new Confederacy has evinced both the capacity and the determination to maintain its independence, and, therefore, with other Powers the question of recognizing that independence is simply a question of time. ¶ The Confederate States ask no aid from, nor intervention by, foreign Powers. They are entirely content that the strict neutrality which has been proclaimed between the belligerents shall be adhered to, however unequally it may operate, because of fortuitous circumstances, upon them. ¶ But if the principles and the morals of the public law be, when a nation has established before the world both its capacity and its ability to maintain the Government it has ordained, that a duty devolves on other nations to recognize such fact, then I submit that the Government of the Confederate States of America, having sustained itself, unimpaired, through trials greater than most nations have been called to endure, and far greater than any it has yet to meet, has furnished to the world sufficient proof of stability, strength, and resources› to entitle it to a place amongst the independent nations of the earth. ¶ I have, &c.

J. M. Mason.

To Earl Russell.

No. 611.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Commissar der conföderirten Staaten in London. — Ablehnung einer mündlichen Unterhaltung. —

Foreign Office, July 31, 1862.

No. 611. Grossbritannien, 31. Juli 1862.

Lord Russell presents his compliments to Mr. Mason. He begs to assure Mr. Mason that it is from no want of respect to him that Lord Russell has delayed sending an answer to his letter of the 24th instant. ¶ Lord Russell has postponed sending that answer in order that he might submit a draft of it the Cabinet on Saturday next. It will be forwarded on Monday to Mr. Mason. ¶ Lord Russell does not think any advantage would arise from the personal interview which Mr. Mason proposes, and must therefore decline it.

Russell.

To Mr. Mason.

No. 612.

CONFÖDERIRTE STAATEN. — Commissar in London an den königl. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Weitere Gründe für die Anerkennung der Conföderation. —

54, Devonshire Street, Portland Place, August 1, (received August 1) 1862.

No. 612. Conföderirte Staaten, 1. August 1862.

My Lord, — In the interview I had the honour to propose in my late note, I had intended briefly to submit the following views, which I thought might not be without weight, in the consideration to be given by Her Majesty's Government to the request for recognition of the Confederate States, submitted in my letter of the 24th July ultimo. I ask leave now to present them as supplemental to that letter. ¶ If it be true as there assumed, that in the settled judgment of England the separation of the States is final, then the failure of so great a power to recognize the fact in a formal manner, imparts an opposite belief, and must operate as an incentive to the United States to protract the contest. ¶ In a war, such as that pending in America, where a party in possession of the Government is striving to subdue those, who for reasons sufficient to themselves, have withdrawn from it, the contest will be carried on in the heat of blood, and of popular excitement long after its object has become hopeless in the eyes of disinterested parties. ¶ The Government itself may feel that its power is inadequate to bring back the recusant States, and yet be unable at once to control the fierce elements which surround it whilst the war rages. Such it is confidently believed is the actual condition of affairs in America. ¶ It is impossible in the experience of eighteen months of no ordinary trial—in the small results attained—and in the manifest exhaustion of its resources, that any hope remains with the Government of the United States either of bringing about a restoration of the dissevered Union, or of subjugating those who have renounced it. And yet the failure of foreign Powers formally to recognize this actual condition of things, disables those in authority from conceding that fact at home. ¶ Again, it is known that there is a large and increasing senti-

No. 612 Conföderirte Staaten, 1. August 1862.

ment in the United States in accordance with these views, a sentiment which has its origin in the hard teachings of the war as it has progressed. ¶ It was believed (or so confidently affirmed) that there was a large party in the Southern States devoted to the Union, whose presence and power would be manifested there as soon as the public force of the United States was present to sustain it. I need not say how fully the experience of the war has dispelled this delusion. ¶ Again, it was believed, and confidently relied on, that in the social structure of the Southern States there was a large population of the dominant race indifferent, if not hostile, to the basis on which that social structure rests, in which they were not interested, and who would be found the allies of those whose mission was supposed to be in some way to break it up; but the same experience has shown that the whole population of the South is united, as one people, in arms to resist the invader. ¶ Nothing remains then on which to rest any hope of conquest but a reliance on the superior numbers and the supposed greater resources of the Northern States. I think the results of the last (or pending) campaign has proved how idle such expectations were, against the advantages of a people fighting at home, and bringing into a common stock of resistance, as a free will offering, all that they possessed, whether of blood or treasure. A spectacle now historically before the world. ¶ It is in human experience that there must be those in the United States who cannot shut their eyes to such facts, and yet, in the despotic power now assumed there by the Government, to give expression to any doubt would be to court the hospitalities of the dungeon. ¶ One word from the Government of Her Majesty would encourage those people to speak, and the civilized world would respond to the truths they would utter, „that for whatever purpose the war was begun, it was continued now only in a vindictive and unreasoning spirit, shocking alike to humanity and civilization." That potent word would simply be to announce a fact, which a phrenzied mind could only dispute, that the Southern States, now in a separate Confederacy, had established before the world its competency to maintain the Government of its adoption, and its determination to abide by it. ¶ To withhold it would not only seem in derogation of truth, but would be to encourage the continuance of a war, hopeless in its object, ruinous alike to the parties engaged in it, and to the prosperity and welfare of Europe.

J. M. Mason.

To **Earl Russell.**

No. 613.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Commissar der conföderirten Staaten in London. — Gründe der englischen Regierung für Verschiebung der Anerkennung der Conföderation. —

Foreign Office, August 2, 1862.

No. 613. Gross-britannien, 2. August 1862.

Sir, I have had the honour to receive your letters of the 24th of July and 1st instant, in which you repeat the considerations which, in the opinion of the Government of the so-called Confederate States, entitle that Government to

No. 613. Grossbritannien, 2 August 1862.

be recognized of right as a separate and independent Power, and to be received as an equal in the great family of nations. ¶ In again urging these views you represent, as before, that the withdrawal of certain of the Confederates from the Union of the States of North America is not to be considered as a revolution, in the ordinary acceptation of that term, far less an act of insurrection or rebellion, but as the termination of a Confederacy which had, during a long course of years, violated the terms of the Federal compact. ¶ I beg leave to say in the outset that upon this question of a right of withdrawal, as upon that of the previous conduct of the United States, Her Majesty's Government have never presumed to form a judgment. The interpretation of the Constitution of the United States, and the character of the proceedings of the President and Congress of the United States under that Constitution, must be determined, in the opinion of Her Majesty's Government, by the States and people in North America who inherited, and have till recently upheld that Constitution. Her Majesty's Government decline altogether the responsibility of assuming to be judges in such a controversy. ¶ You state that the Confederacy has a population of 12,000,000; that it has proved itself for eighteen months capable of successful defence against every attempt to subdue or destroy it; that in the judgment of the intelligence of all Europe the separation is final; and that under no possible circumstances can the late Federal Union be restored. ¶ On the other hand, the Secretary of State of the United States has affirmed, in an official despatch, that a large portion of the once disaffected population has been restored to the Union, and now evinces its loyalty and firm adherence to the Government, that the white population now in insurrection is under 5,000,000, and that the Southern Confederacy owes its main strength to hope of assistance from Europe. ¶ In the face of the fluctuating events of the war; the alternations of victory and defeat; the capture of New Orleans; the advance of the Federals to Corinth, to Memphis, and the banks of the Mississippi as far as Vicksburg, contrasted, on the other hand, with the failure of the attack on Charleston, and the retreat from before Richmond; placed too between allegations so contradictory on the part of the contending Powers; — Her Majesty's Government are still determined to wait. ¶ In order to be entitled to a place among the independent nations of the earth, a State ought to have not only strength and resources for a time, but afford promise of stability and permanence. Should the Confederate States of America win that place among nations, it might be right for other nations justly to acknowledge an independence achieved by victory, and maintained by a successful resistance to all attempts to overthrow it. That time, however, has not, in the judgment of Her Majesty's Government, yet arrived. Her Majesty's Government, therefore, can only hope that a peaceful termination of the present bloody and destructive contest may not be distant.

I am, &c.

To **Mr. Mason.** *Russell.*

No. 614.

CONFÖDERIRTE STAATEN. — Commissar in London an den k. grossbritannischen Min. d. Ausw.— Protest gegen die Auslegung des Blokaderechts durch die englische Regierung. —

24, Upper Seymour Street, Portman Square, January 3, (received January 3) 1863.

No. 614. Conföderirte Staaten, 3. Januar 1863.

My Lord, — In a communication which I had the honour to address to your Lordship, dated on the 7th July ultimo, I said: — „I am instructed by a recent despatch from the Secretary of State of the Confederate States of America to bring to the attention of your Lordship what would seem to be an addition engrafted by Her Majesty's Government on the principle of the law of blockade, as established by the Convention of Paris in 1856, and accepted by the Confederate States of America at the invitation of Her Majesty's Government.“ ¶ The „addition“ to the principle of blockade referred to, is stated in my communication to have appeared in a letter from your Lordship to Lord Lyons, of the 15th of February preceding, then recently laid before Parliament. ¶ I stated further in that communication, quoting from the instructions of the President. — „If such be the interpretation placed by Great Britain on the Treaty of 1856, it is but just that this Government should be so officially informed.“ ¶ And after pointing out the force and effect ascribed by the President to this modification of the principle of blockade, to the prejudice of the interests of the Confederate States, my communication to your Lordship proceeded as follows: — „I have therefore the honour to request, for the information of my Government, that your Lordship will be good enough to solve the doubt entertained by the President of the Confederate States as to the construction placed by the Government of Her Majesty on the text of the Convention of Paris, as accepted by the Government of the Confederate States in the terms hereinbefore cited, that is to say, whether a blockade is to be considered as effective when maintained at an enemy's port by a force sufficient to create an evident danger of entering or leaving it“, and not alone where sufficient „really to prevent access.“ ¶ To that communication I was honoured only by a reply from the Honourable A. H. Layard, dated at the Foreign Office on the 10th of July, informing me that he was directed by your Lordship to acknowledge its receipt: nor have I since been honoured by any communication from your Lordship furnishing an answer to the specific and important inquiry thus made under instructions from my Government. ¶ On the 4th of August following, I transmitted to the Secretary of State of the Confederate States a copy of my communication to your Lordship of the 7th of July, together with a copy of the reply of Mr. Layard; and asked for further instructions made necessary by the silence of the Foreign Office, in regard to the inquiries thus submitted. ¶ I have now, within a few days past, received a despatch from the Secretary of State in reply to mine of the 4th of August, the tenour of which I am directed to communicate to your Lordship. ¶ I am instructed to say that, from the papers thus submitted, it would appear to the President that the Government of Her Majesty, after having invited the Government of the Confederate States to

No. 614. Conföderirte Staaten, 3. Januar 1863.

concur in the adoption of certain principles of international law, and after having obtained its assents, assumed in official despatches to derogate from the principles thus adopted, to the prejudice of the interests and rights of the Confederacy; and that upon being approached, in respectful and temperate terms, with a request for explanation on a matter of such deep concern to the Confederation, that Cabinet refuses a reply. ¶ That Her Majesty's Government can have no just ground for refusing the explanation asked, because of the absence of the recognition of the independence of the Confederate States by the other nations of the world. It was not in the character of a recognized independent nation, but in that of a recognized belligerent, that the two leading Powers of Western Europe approached the Government of those States with a proposition for the adoption of certain principles of public law, as rules which shall govern the mutual relations between the people of the Confederacy as belligerents, and the nations of Europe as neutrals, during the pending war. ¶ Two of these rules were for the special benefit of Great Britain as one of those neutral Powers. It was agreed that her flag should cover enemy's goods, and that her goods should be safe under the enemy's flag. The former of these two rules conceded to her, as a neutral, rights which she had sternly refused when herself a belligerent, with a single temporary waiver thereof in her late war with Russia. To these stipulations in her favour, the Government of the Confederate States will adhere with scrupulous fidelity. On the part of Her Majesty's Government, it was agreed that no blockade should be considered binding unless „maintained by a force sufficient really to prevent access to the coast of the enemy;“ and yet on the first occasion which arose for the application of this, the only stipulation that could be of practical benefit to the Confederate States during the war, Her Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs, in an official despatch published to the world, appends a qualification which in effect destroys its whole value, and when appealed to for an explanation of this apparent breach of an existing solemn agreement between the neutral and the belligerent declines an answer. ¶ In view of these facts, I am instructed by the President to address to your Lordship, as Her Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs, this formal protest on the part of the Government of the Confederate States against the apparent (if not executed) purpose of Her Majesty's Government to change or modify, to the prejudice of the Confederacy, the doctrine in relation to blockade to which the faith of Her Majesty's Government is, by that of the Confederate States, considered to be pledged. ¶ I am further instructed to say, that the President abstains for the present from taking any further action than by his protest thus presented; and to accompany it by the expression of his regret that such painful impressions should be produced on his mind, by so unexpected a result from the first agreement or understanding between the Government of the Confederate States and that of Her Majesty. ¶ I have, &c.

J. M. Mason.

To Earl Russell.

No. 615.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Commissar der conföderirten Staaten in London. — Die Erfordernisse der Effectivität einer Blokade betreffend. —

Foreign Office, February 10, 1863.

No. 615. Gross-britannien, 10. Feb. 1863.

Sir, — I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of the 3th of January, referring to the letter which you addressed to me on the 7th of July last, respecting the interpretation placed by Her Majesty's Government on the Declaration with regard to blockades appended to the Treaty of Paris. ¶ I have, in the first place, to assure you that Her Majesty's Government would much regret if you should feel that any want of respect was intended by the circumstance of a mere acknowledgment of your letter having hitherto been addressed to you. ¶ With regard to the question contained in it, I have to say that Her Majesty's Government see no reason to qualify the language employed in my despatch to Lord Lyons of the 15th of February last. It appears to Her Majesty's Government to be sufficiently clear that the Declaration of Paris could not be intended to mean that a port must be so blockaded as really to prevent access in all winds, and independently of whether the communication might be carried on in a dark night, or by means of small low steamers or coasting craft creeping along the shore; in short, that it was necessary that communication with a port under blockade should be utterly and absolutely impossible under any circumstances. ¶ In further illustration of this remark, I may say there is no doubt that a blockade would be in legal existence although a sudden storm or change of wind occasionally blew off the blockading squadron. This is a change to which, in the nature of things, every blockade is liable. Such an accident does not suspend, much less break, a blockade. Whereas, on the contrary, the driving off a blockading force by a superior force does break a blockade, which must be renewed *de novo*, in the usual form, to be binding upon neutrals. ¶ The Declaration of Paris was, in truth, directed against what were once termed „paper blockades;“ that is, blockades not sustained by any actual force, or sustained by a notoriously inadequate naval force, such as the occasional appearance of a man of war in the offing, or the like. ¶ The adequacy of the force to maintain the blockade must indeed always, to a certain extent, be one of fact and evidence; but it does not appear that in any of the numerous cases brought before the Prize Courts in America, the inadequacy of the force has been urged by those who would have been most interested in urging it against the legality of the seizure. ¶ The interpretation, therefore, placed by Her Majesty's Government on the Declaration of Paris was that a blockade, in order to be respected by neutrals, must be practically effective. At the time I wrote my despatch to Lord Lyons, Her Majesty's Government were of opinion that the blockade of the Southern ports could not be otherwise than so regarded; and certainly the manner in which it has since been enforced gives to neutral Governments no excuse for asserting that the blockade has not been efficiently maintained. ¶ It is proper to add that the same view of the meaning and effect

No. 615. Grossbritannien, 10. Feb. 1863.

of the Article of the Declaration of Paris on the subject of blockades which is above explained was taken by the Representative of the United States at the Court of St. James' (Mr. Dallas), during the communications which passed between the two Governments some years before the present war, with a view to the accession of the United States to that Declaration. ¶ I am, &c.

Russell.

To Mr. **Mason.**

No. 616.

CONFÖDERIRTE STAATEN. — Commissar in London an den königl. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Aufhebung der Blokade von Galveston und Charleston betr. —

24, Upper Seymour Street, Portman Square, February 16, (received February 16) 1863.

No. 616. Conföderirte Staaten, 16. Feb. 1863.

My Lord, — I deem it incumbent on me to ask the attention of Her Majesty's Government to recent intelligence received here, in regard to the blockade at Galveston, in the State of Texas, and at Charleston, in the State of South Carolina. ¶ First, as respects Galveston, it appears that the blockading squadron of the United States was driven off from that port and harbour, by a superior Confederate force, on the 1st day of January last; one ship of that squadron was captured, the flag-ship destroyed, and the rest escaped, making their way, it is said, to some point of the Southern coast occupied by the United States' forces. Whatever blockade of the port of Galveston, therefore, may have previously existed, I submit, was effectually raised and destroyed by the superior forces of the party blockaded. ¶ Again, as respects the port of Charleston; through the ordinary channels of intelligence, we have information, uncontradicted, that the alleged blockade of that port was, in like manner, raised and destroyed, by a superior Confederate force, at a very early hour on the 31st of January ultimo; two ships of the blockading squadron having been sunk, a third escaped disabled, and what remained of the squadron afloat was entirely driven off the coast. ¶ I have the honour to submit, therefore, that any alleged pre-existing blockade of the ports aforesaid, was terminated at Galveston the 1st day of January last, and at Charleston on the 31st of the same month; a principle clearly stated in a letter I have had the honour to receive from your Lordship, dated on the 10th instant, in the following words: — „The driving off a blockading force, by a superior force, does break a blockade, which must be renewed *de novo*, in the usual form, to be binding upon neutrals;“ — a principle uniformly admitted by all text-writers on public law, and established by decisions of Courts of Admiralty. ¶ I am aware that official information of either of these events may not yet have reached the Government of Her Majesty, but the consequences attending the removal of the blockade (whether to be renewed or not) are so important to the commercial interests, involved, that I could lose no time in asking that such measures may be taken by Her Majesty's Government, in relation thereto, as will best tend to the resumption of a commercial intercourse so long placed under restraint.

¶ I avail myself of this occasion to acknowledge the receipt of your Lordship's letter of the 10th of February instant, to which I shall have the honour of sending a reply in the course of a day or two; and am, &c.

No. 616. Conföderirte Staaten, 16. Febr. 1863.

J. M. Mason.

To Earl Russell.

No. 617.

CONFÖDERIRTE STAATEN. — Commissar in London an den k. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Replik auf die englische Auslegung des Blokaderechts. —

24, Upper Seymour Street, Portman Square, London, February 18, (received Febr. 18) 1863.

No. 617. Conföderirte Staaten, 18. Febr. 1863.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of the 10th of February instant, in answer to mine of the 3rd of January last, but referring more especially to inquiries which I had the honour to address to your Lordship, under the instruction of the Secretary of State of the Confederate States of America, on the 7th of July last, concerning the interpretation placed by Her Majesty's Government on the declaration of the principle of blockade agreed to in the Convention of Paris. ¶ I shall, as early as practicable, communicate the letter of your Lordship to the Government at Richmond, but will anticipate here the satisfaction with which the President will receive the assurance of your Lordship that no want of respect was intended by a mere acknowledgment, without other reply, to the inquiries contained in my letter of July. ¶ In regard to so much of the letter of your Lordship as relates to the interpretation placed by the Government of Her Majesty on that part of the Declaration of Paris which prescribes the law of blockade, I am constrained to say that I am well-assured the President cannot find in it a source of like satisfaction. It is considered by him that the terms used in that Convention are too precise and definite to admit of being qualified — or, perhaps, it may be more appropriate to say revoked—by the supper-additions thereto contained in your Lordship's exposition of them. ¶ The terms of that Convention are, that the blockading force must be sufficient really to prevent access to the coast. No exception is made in regard to dark nights, favourable winds, the size or model of vessels successfully evading it, or the character of the coast or waters blockaded; and yet it would seem from your Lordship's letter that all these are to be taken into consideration, on a question whether the blockade is or is not to be respected. ¶ It is declared in that letter that — „It appears to Her Majesty's Government to be sufficiently clear that the Declaration of Paris could not have been intended to mean that a port must be so blockaded in all winds, and independently of whether the communication might be carried on of a dark night, or by means of small low steamers, or coasting craft, creeping along the shore." ¶ As a general rule, the ports and harbours of the Confederate States are obstructed by bars, which do not admit the passage of large vessels. What might be considered a „small" or a „low" steamer, coming in from sea to the

No. 617. Conföderirte Staaten, 18. Febr. 1863.

port of New York, would, at one of those Southern ports, be rateda vessel of very fair size when referred to the ordinary stage of water on its bar; yet I look in vain in the terms of the Convention referred to, for any authority to expound them in subordination to the depth of water, or the size or mould of vessels finding ready and comparatively safe access to the harbour. ¶ In acceding to the terms of that Treaty, great advantages are yielded to a maritime neutral, with like immunities to a maritime belligerent. The property of the neutral is safe under the flag of the belligerent, and the property of the belligerent equally safe under the flag of the neutral. The only equivalent to the belligerent, not maritime, but dependent on other nations as carriers, is this strictly-defined principle of the law of blockade, which the Confederate States presumed was extended to them, when, at the request of Her Majesty's Government, they became parties to those stipulations of the Convention of Paris of 1856. It results that, after yielding full equivalents, the stipulation in regard to blockade, reserved as the only one beneficial to them, would seem illusory. ¶ In regard to the character of this blockade, to which your Lordship again adverts in the remark that the manner in which it has been enforced gives neutral Governments no excuse for asserting that it has not been efficiently maintained, although I have not been instructed to make any further representations to Her Majesty's Government on that subject since its decision to treat it as effective, I cannot refrain from adding, that for many months past the frequent arrival and departure of vessels (most of them steamers) from several of those ports have been matters of notoriety. A single steamer has evaded the blockade successfully, and most generally from Charleston, more than thirty times. And within a few days past it has been brought to my knowledge that two steamers arrived in January last, and within ten days of each other, at Wilmington (Nord Carolina) from ports in Europe, one of 400 and the other of 500 tons burthen, both of which have since sailed from Wilmington, and arrived with their cargoes at foreign ports. I cite these only as the latest authenticated instances. And as another remarkable fact, it is officially reported by the Collector at Charleston, that the revenue accruing at that port from duties on imported merchandize during the past year, under the blockade, was more than double the receipts of any one year previous to the separation of the States; and this although the duties under the Confederate Government are much lower than those exacted by the United States. ¶ As regards other portions of your Lordship's letter, I may freely admit, as it is there stated, that a blockade would be in legal existence although a sudden storm or change of wind might occasionally blow off the blockading squadron. Yet, with entire respect, I do not see how such principle affects the question of the efficiency of such blockade whilst the squadron is on the coast. And again, whilst I am not informed whether or no a defence resting on the inadequacy of the blockading force has been urged in cases of capture before the Prize Courts in America, I can well see how futile such defence would be when presented on behalf of a neutral ship, whose Government had not only not objected to, but had admitted, the sufficiency of the blockade. ¶ I have, &c.

To Earl Russell. *J. M. Mason.*

No. 618.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Commissar der conföderirten Staaten in London. — Die Blokade von Galveston und Charleston betr. —

Foreign Office, February 19, 1863.

No. 618. Grossbritannien, 19. Febr. 1863.

Sir, — With reference to my letter of the 16th instant acknowledging the receipt of your letter of that day, calling attention to the accounts which had reached this country tending to show that the blockade of the ports of Galveston and Charleston had been put an end to by the action of the Confederate naval forces, I have the honour now to state to you that the information which Her Majesty's Government have derived from your letter and from the public journals on this subject is not sufficiently accurate to admit of their forming an opinion, and they will accordingly, by the first opportunity, instruct Lord Lyons to report fully on the matter. ¶ When his Lordship's report has been received and considered, I shall have the honour of making a further communication to you on the subject. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Mr. Mason.**

No. 619.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Commissar der conföderirten Staaten in London. — Weiteres die Auslegung des Blokadenrechts betr. —

Foreign Office, February 27, 1863.

No. 619. Grossbritannien, 27. Febr. 1863.

Sir, I have the honour to acknowledge the receipt of your further letter of the 18th instant on the subject of the interpretation placed by Her Majesty's Government on the declaration of the principle of blockade made in 1856 by the Conference at Paris. ¶ I have already, in my previous letters, fully explained to you the views of Her Majesty's Government on this matter; and I have nothing further to add in reply to your last letter, except to observe that I have not intended to state that any number of vessels of a certain build or tonnage might be left at liberty freely to enter a blockaded port without vitiating the blockade, but that the occasional escape of small vessels on dark nights, or under other particular circumstances, from the vigilance of a competent blockading fleet, did not evince that laxity in the belligerent which enured, according*) to international law, to the raising of a blockade. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Mr. Mason.**

*) So — in dem, dem englischen Parlamente vorgelegtem Abdrucke.

No. 620.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington a. d. königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Seward über fremde Intervention und die Baumwollen-Noth. —

Washington, May 16, (received May 29) 1862.

Nr. 620. Gross-britannien, 16. Mai 1862.

(Extract.) I have the honour to inclose copies of an article which has appeared in the ,,National Intelligencer" newspaper this morning, on the subject of rumours which have reached this country from Europe of an intention on the part of England and France to intervene in the present civil war. It is temperate in tone, and is deserving of attention, as it may be taken to express the view of the subject taken by this Government. ¶ Mr. Seward, indeed, spoke himself to me in very much the same language three days ago. The French Government had, he said, all along very frankly communicated to the Government of the United States its perplexities and the sufferings endured by its people in consequence of the interruption of commerce with the South. He had been unable for some time to do more than exhort that Government to have patience and wait with confidence for the alleviation he had promised as the result of the first successes of the United States' arms. He had now redeemed the promises he had made. Three ports were already opened; it would soon be possible to open others. The United States were no longer responsible for the interruption of commerce. If trade should not revive, if foreign nations should still be unable to provide themselves with cotton, tobacco, and other Southern products, the fault would lie, not with the United States but with the ,,rebels." If the rebels destroyed the cotton and tobacco already in existence, if they gave up the cultivation of those articles, they would do so in opposition to the wishes and in defiance of the authority of the United States. The only course for foreign Powers to take in order to relieve themselves from the sufferings which they already endured, and to secure themselves from the still greater sufferings which threatened them, would be to exert their influence in favour of the prompt restoration of the Federal power in the insurgent States. Peace, the return of confidence, and the consequent resumption of trade and agriculture, would immediately follow the re-establishment of the Union and the Constitution. Mr. Seward added that he did not attach any belief to the rumours that England and France were in communication with a view to intervene in the affairs of this country. He had, indeed, received numerous letters from Europe stating it to be the fact; but he thought that the reports might be traced to the friendly representations to the United States which had been from time to time made by the French Government; that perhaps that Government was willing that such reports should be spread, in the hope that they might tend to make the French people patient. ¶ I observed, that in this conversation Mr. Seward did not speak so confidently as he had formerly done of the opening of the ports being followed by an immediate resumption of trade; nor did he deny so positively that the Southern people would destroy their cotton rather than bring it to market. In fact, such accounts

as have become public seem to show that at New Orleans and elsewhere the threats of destroying the cotton have been already to a great extent executed. The article from the „National Intelligencer" to which I have already drawn your Lordship's attention quotes a proclamation from General Beauregard, calling on all patriotic planters to apply the torch without delay to all cotton „in the possible reach of the enemy." So far as the scanty and somewhat uncertain information attainable here at this moment warrants an opinion, this Proclamation is in accordance with the general feeling of the South; an accurate and impartial account of what has really occurred at New Orleans since the capture would give an insight into the probable conduct of the Southern people in other places. The general impression appears to be, that the aversion of the South to the North is so great that disasters in arms produce only sullen anger; that, for the present at least, the Federal authority can be maintained in the recovered districts only by military force and martial law. ¶ Opinion is, however, held in suspension by the expectation of two great battles, one in Virginia and the other in Tennessee. It is taken for granted in the North that both these battles will be lost by the Confederates. Their conduct afterwards, will, it is supposed, decide the question whether a restoration of the old Union is possible, or whether the war must be waged for the conquest and subjugation of the South. ¶ On the other hand, Southern partisans are confident that in one at least of the battles the Confederates will have the advantage. They think that thus the advance of the Northern troops will be checked. They look to the unhealthiness of the Southern summer climate as a powerful auxiliary; they trust that taxation and financial difficulties will disgust a large party in the North and North-West with the war. They think that if the Confederates can hold out this summer, they will not have to apprehend another campaign conducted by the North on the same scale and with the same spirit as that which this spring proved so disadvantageous to the South. &c.

No. 620. Grossbritannien, 16. Mai 1862.

Lyons.

To Earl Russell, *London.*

No. 621.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Gesandten in Washington. — Die Baumwollen-Noth betr. —

Foreign Office, May 31, 1862.

No. 621. Grossbritannien, 31. Mai 1862.

My Lord, — Mr. Seward in his conversation with your Lordship, reported in your despatch of the 16th instant, appeared to attribute blame to the Confederates for destroying cotton and tobacco in places which they evacuate on the approach of the Federal forces. But it appears to be unreasonable to make this a matter of blame to them, for they could not be expected to leave such articles in warehouses to become prize of war, and to be sold for the profit of the Federal Government, which would apply the proceeds to the purchase of arms to be used against the South. ¶ If the Federal Government wish to make

No. 621. Grossbritannien, 31. Mai 1862. it possible for Europe to purchase cotton, they will ensure to each Southern planter who wishes to sell his crop, the money which the buyer pays for it. But in that case no distinction must be made between Federalist and Confederate. The transaction must be independent of political allegiance, or it will not take place at all. ¶ You may speak to Mr. Seward in this sense if you have an opportunity of doing so. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Lord Lyons**, etc., *Washington.*

No. 622.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Washington a. d. kön. Min. d. Ausw. — Massregeln der amerik. Regierung zur Erleichterung der Baumwollen-Ausfuhr betr. —

Washington, June 25, (received July 11) 1862.

No. 622. Grossbritannien, 25. Juni 1862. (Extract.) With reference to the steps which I had taken to make Mr. Seward acquainted with your suggestion that the export of cotton might be facilitated by securing to the Southern planters, without reference to their political allegiance, the prices which purchasers chose to pay for their crops, I have the honour to state that Mr. Seward reverted to that subject during my visit to him yesterday at the State Department. ¶ He said that, with every desire to interpose as few obstacles as possible to the carriage of cotton to European markets, the United States' Government could not take any decision in the matter without further information as to the quantity of cotton ready for market, the quantity at present planted, the disposition of the planters, and other correlative points; but that he had already appointed an agent, who was well versed in all matters relating to cotton, to proceed to New Orleans, with a view to procure, and to furnish to the State Department, the information required. ¶ Mr. Seward then proceeded to read to me the instructions which he had prepared for Mr. Bullitt, the gentleman in question, and he had the kindness to place in my hands a copy of them, as herewith inclosed. They are conceived in a liberal spirit, and the reports of Mr. Bullitt will be of great interest; but some delay will necessarily ensue before any practical advantages can result from his mission. ¶ I have since learnt from Mr. Seward that Mr. Bullitt has already started for New Orleans, and that orders were at the same time sent to General Butler to proclaim an amnesty for the past to all, as I understood him, who would take the oath of allegiance to the Federal Government. Mr. Seward wished me to believe that this would at once produce the effect desired by your Lordship, and ensure an abundant supply of cotton; and, on my appearing to doubt it, he assured me that the Southern planters were, for the most part, men of Union sympathies, who would gladly avail themselves of such an opportunity to dispose of their crops. ¶ It is sarcely necessary for me to add that I am not yet prepared to share Mr. Seward's expectations on this matter. &c.

To **Earl Russell**, *London.* *W. Stuart.*

No. 623.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an die kön. Geschäftsträger in Washington. — Die Baumwollen-Noth betr. —

Foreign Office, July 16, 1862.

No. 623. Grossbritannien, 16. Juli 1862.

Sir, — The conduct of Mr. Seward, in regard to the export of cotton, as reported in your despatch of the 25th ultimo, is far from being satisfactory. ¶ It was not necessary to send an Agent to New Orleans to ascertain the quantity of cotton ready for market, the quantity planted for the next crop, the disposition of the planters generally in regard to its sale and exportation, and other correlative points. ¶ The question is one of fair conduct towards neutrals, to enable their people to carry on the industry by which they live. ¶ Mr. Seward always held out the expectation that when the Southern ports were taken by the Federals, and the authority of the United States restored in those ports, cotton would be forthcoming to be purchased for the use of Europe. ¶ New Orleans and other Southern ports have been taken, and the United States' authority restored therein, but the cotton is not forthcoming. The remedy should not have been delayed, nor the interests of neutrals treated with so little regard. ¶ I am, &c.

Russell.

To Mr. Stuart, *Washington.*

No. 624.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Washington a. d. kön. Min. d. Ausw. — Bericht über einige wichtige Beschlüsse des Congresses. —

Washington, July 21, (received August 4) 1862.

No. 624. Grossbritannien, 21. Juli 1862.

(Extract.) Congress adjourned on the 17th instant until the first Monday of December next. ¶ The last few days of the session were marked by proceedings of the highest importance on the part of the President of the United States, who, in the first instance, on the 12th instant, sent for the Representatives and Senators of the Border Slave-holding States, and earnestly urged upon them the adoption of his gradual emancipation policy, and reproached them with their neglect of his previous proposal to that effect. ¶ Your Lordship will find in the „National Intelligencer" of the 18th instant, the written paper which the President read upon the occasion, in explanation of his sentiments, as well as the written replies which were subsequently made to him by the majority of those present, by the minority, and by Mr. Maynard, one of their number. ¶ The President next, on the 14th instant, sent a Message to Congress, applying for authority to compensate such of the Border States as may take practical steps towards the gradual abolition of slavery. The draft of the Bill which accompanied the Message has been laid over until the ensuing session. ¶ The next act of the President was in regard to the Confiscation Bill, which had

No. 624. Grossbritannien, 21. Juli 1862.

lately passed both branches of the Legislature by large majorities. It was intimated by a Senator on the penultimate day of the session that the President would interpose his veto upon the Bill in question unless it received certain modifications in a liberal sense. ¶ A Resolution was accordingly proposed and adopted by both Houses—not, it is true, without a certain amount of dissatisfaction—providing that the Bill was not to have a retroactive application, and limiting forfeitures of real estate to the lifetime of the offender. ¶ Your Lordships will understand how materially such a Resolution neutralizes some of the stipulations of the Bill which had occupied so much of the labours of the session. On the day following the President sent a Message informing Congress that he had signed both the Bill and the Resolution as being substantially one Act, together with the draft of another Message which he had prepared, stating the constitutional objections which would have made him feel it his duty to veto the Bill in the event of the accompanying Resolution not having been passed. ¶ These proceedings created considerable discontent amongst the more advanced members of the Republican party, just as they were separating to return to their respective States. &c.

W. Stuart.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 625.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Washington an den königl. Min. d. Ausw. — Hoffnungen Sewards, die Union wieder herzustellen. —

Washington, July 21, (received August 4) 1862.

No. 625. Grossbritannien, 21. Juli 1862.

(Extract.) With regard to the feeling of the Southern States, Mr. Seward still professes to believe that there is a large Union party there, and he assured me that the Border Slaveholding States are now irrevocably attached to the Union, referring me to the reply of the Representatives of those States to the President's appeal to them to at once initiate gradual emancipation. The President's compensation scheme had done much to conciliate them. ¶ Upon my asking whether it was intended to govern the Southern States, supposing them to be regained, as conquered provinces, and what would be the numbers of the standing army required for such a purpose, Mr. Seward answered that there was no desire to govern the Southern States at all; that it was absolutely necessary for this Government to possess the Border States, including Virginia; that then it would be sufficient to have captured the ports and to collect customs, to hold the Mississippi and the other navigable rivers, and to occupy certain strategic points, and that this done the Southern States might well be left to themselves. Some six or nine months would probably be sufficient to bring them to reason. ¶ Amongst the means relied upon for weakening the South is included a servile war.

W. Stuart.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 626.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Washington a. d. königl. Min. des Ausw. — Die Baumwollen-Noth betr. —

Washington, July 25, (received August 7) 1862.

No. 626. Gross-britannien, 25. Juli 1862.

My Lord, — When I called upon Mr. Seward this morning, he had just received a Report upon Cotton from Mr. Bullitt at New Orleans; and General Shepley, the new Military Governor of Louisiana, who has come to Washington for instructions, had just left him. ¶ He told me that Mr. Bullitt estimated the cotton-crop of last year at 4,000,000 bales, and the amount which had been exported, chiefly through Mexican ports, at 200,000 or 300,000 bales (Mr. Seward was not quite certain of the exact quantity). This, with the quantity destroyed, amounted to 500,000 bales, leaving an aggregate balance of 3,500,000 bales. Mr. Bullitt had only heard of one instance in which a planter had spontaneously destroyed his own cotton, and he believed a large proportion of the crop to belong to persons who are well disposed to the Union. Owing to the repressive measures of the military authorities on both sides, there had hitherto been no opportunity for cotton to be brought forward, and one of the measures alluded to was the requirement of the oath of allegiance. Should these measures be relaxed, the sale of cotton would commence. ¶ General Shepley on his part stated to Mr. Seward that, had the military authorities been aware that it was the desire of the United States' Government to encourage the export of cotton, they would have taken measures accordingly; that now he knew the policy of his Government in this respect, he would do all in his power, upon his return to New Orleans to carry that policy into effect, and that he did not doubt that his efforts with that object would be attended with a satisfactory. ¶ The General is to return to New Orleans immediately. ¶ Upon my expressing doubts as to whether any measures would be effectual so long as the oath of allegiance was required, and so long as your Lordship's plan was not adopted for securing to the planter the price of his crop, Mr. Seward informed me that that plan was still under the consideration of the Cabinet; and from information derived from other sources, I have reason to think that it has been the cause of discussions in Cabinet Councils. ¶ Mr. Seward, in the course of our conversation, called my attention to the fact mentioned in the newspapers of yesterday, that 850 bales of cotton had been exported from New Orleans in two days. He was unable to tell me the amount of cotton supposed to be in store at New Orleans. He asked me to bear in mind that cotton would for the most part have to run the gauntlet of all the Confederate obstacles placed in its way before it could reach the Federal lines. ¶ I have, &c.

W. Stuart.

To Earl Russell, *London.*

No. 627.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Washington a. d. königl. Min. des Ausw. — Die Baumwollen-Noth betr. —

Washington, July 28, (received August 9) 1862.

No. 627. Gross-britannien, 28. Juli 1862.

(Extract.) Mr. Seward sent to me to-day a summary of Mr. Bullitt's Report upon cotton, to which I alluded in my despatch of the 25th instant, and a copy of a despatch which he had received from General Shepley upon the same subject. ¶ I have the honour to inclose copies of both these documents herewith. ¶ Upon my inquiring of Mr. Seward whether he would give me any specific assurance that cotton purchased by neutrals would not be seized or confiscated by the Federal authorities, he answered that he could not consent to do so. ¶ I had hoped that the United States' Government would have done more towards encouraging the export of cotton, but in consequence of the Confiscation Act the question has become one of increased difficulty; and within the last few days the Cabinet seems rather to have receded from the disposition which was evinced at one time of acting upon your Lordship's proposal to permit business transactions in cotton without reference to the political opinions or allegiance of the seller. ¶ A fear lest the proceeds should contribute towards the resources of the so-called Confederate Government has also had its weight. ¶ On the other hand, in the absence of an assurance from Mr. Seward, it is unlikely that the Confederate Government will put a stop to the destruction of cotton when exposed to fall into the possession of the Federal forces. ¶ The most hopeful feature in the matter is General Shepley's despatch, which is indicative of an intention to remove such obstructions in the way of the export of cotton as he may think himself able to dispense with. He moreover expresses confidence in his power to bring forward increased quantities of cotton for shipment. It has been decided to confide in his efforts in the first instance, and to postpone any further measure until the present experiment proves a failure. ¶ I much wish that I could announce to your Lordship the adoption of a more liberal policy in regard to cotton. Public opinion, however, would now be adverse to concessions granted either exclusively to foreigners or to cotton proprietors; and Mr. Seward took occasion to remind me that the former are now dispensed from the oath imposed upon American citizens. ¶ I have duly informed him of your Lordship's views upon the question as laid down in your despatch of the 24th instant.

To Earl Russell, *London.* *W. Stuart.*

Anlage 1. — Memorandum on Supply of Cotton. —

Mr. Bullitt, the agent appointed by the State Department to visit New Orleans, and ascertain the condition of affairs in regard to the probable supply of cotton, reports in substance: ¶ That the cotton in that region has been heretofore prevented from coming to market, under the instructions of the

insurgents and by military authority; that it has chiefly been bought by foreigners, and that this fact is known to the insurgents, but has not modified their policy of preventing the cotton from coming to market; that there is not, and has not been, any reason to apprehend that the United States' authorities would confiscat or seize such cotton, nor could there have been any such apprehensions among the holders of the cotton. ¶ Mr. Bullitt says, that the owners of the cotton have hitherto been without the facilities of navigation for bringing it from its depositories on or near the plantations to New Orleans, and that they have been hindered also by some military regulations of the army, established for its own safety and for the security of the Government. Colonel Shepley, recently appointed Military Governor of Louisiana, is now here, and he will immediately return to New Orleans. He says, these military regulations may be so modified in practice as to favour the export of cotton, and so considerably increase it. He has been instructed to do so, so far as he can with a due regard to the safety of the military position. ¶ Mr. Bullitt, upon information, estimates the entire crop of 1861 at 4,000,000 of bales of 500 lbs. each, of which 500,000 bales may perhaps have found its way out, lawfully and unlawfully or been destroyed by the insurgents. Practically none has been destroyed by its producers or lawful owners. According to this estimate there remains 3,500,000 bales. Two-thirds of this quantity is not in a marketable condition, owing to the impossibility hitherto of procuring bagging and rope. A considerable quantity has not yet been ginned, and a very large quantity is said to have been baled in only the rudest manner, and so it is in no proper condition to bear transportation. These troubles, however, will soon be remedied under the new administration of General Shepley. ¶ Mr. Bullitt estimates the crop now growing, with the advantage of a favourable season, at half the quantity of last year.

Anlage 2. — General Shepley to Mr. Seward. —

Washington, July 26, 1862.

Sir, — After reflecting upon the suggestions made yesterday by you in relation to the exportation of cotton from the port of New Orleans, I have the honour to state that I feel confident that the line of policy indicated by you would very greatly increase the quantity of cotton for shipment from that port. ¶ Immediately upon my return to Louisiana I shall afford every possible facility to citizens and foreign residents and commercial agents to enable them to collect and forward the large amounts of cotton now remaining on the plantations, and I confidently expect a large increase in the supply of cotton from the Lower Mississippi. ¶ I have, &c.

G. F. Shepley,
Military Governor of Louisiana.

To Mr. Seward, etc.

No. 628.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Washington a. d. königl. Min. des Ausw. — Die Baumwollen-Ausfuhr betr. —

Washington, August 3, (received August 17) 1862.

No. 628. Grossbritannien, 3. August 1862.

(Extract.) I inquired of Mr. Seward yesterday whether the inclosed correspondence between General Butler and Mr. Reverdy Johnson relative to trade in cotton and sugar at New Orleans was authentic, and whether he approved the declaration therein made by the General, which appeared to me to be of a most satisfactory nature. ¶ Mr. Seward replied to both questions in the affirmative, and stated that he believed it to be owing to the spirit of the instructions which he had furnished to Mr. Johnson that this liberal policy had been adopted. ¶ I then informed him of the disappointment experienced by your Lordship on finding that, instead of acting on the plan which you had proposed through me for the sale and export of cotton, he had sent Mr. Bullitt to New Orleans to report upon the cotton crop; and, in order to make him better acquainted with the exact grounds of your Lordship's dissatisfaction, I showed to him your despatch of the 16th ultimo *). ¶ Upon reading it, he said that there had been no intention on his part to evade the question by sending Mr. Bullitt to New Orleans. He begged me to explain that he had appointed Mr. Bullitt to that mission before I had spoken to him on the subject of cotton, and that it had been his earnest desire to treat the whole question in the most liberal spirit; and he now thought that cotton would be forthcoming, as the certainty of receiving payment for their crops would prove a temptation which the present owners could not afford to resist. ¶ I should not be acting fairly towards Mr. Seward did I not express to your Lordship my belief that he has been most anxious to do all in his power to facilitate the export of cotton to Europe, and that he is now glad that General Butler has made such a timely declaration as that which is herewith inclosed. ¶ General Butler has cut the knot, and, as far as New Orleans is concerned, his declaration, if literally acted upon, as Mr. Seward believes it will be by General Shepley, appears to be as liberal as any which your Lordship could have suggested. ¶ It remains to be seen whether public opinion in the south-west, whatever may be the wants and desires of the planters, will permit cotton to be transported in any quantity to the Federal lines. &c.

W. Stuart.

To Earl Russell, *London.*

Anlage. — Extract from the „New York Tribune" of August 1, 1862. —

Seizure and Confiscation. — The following correspondence between Major-General Butler and the Honourable Reverdy Johnson we copy from „The Delta:" —

*) No. 623.

„Head-Quarters, Department of the Gulf, New Orleans, July 21, 1862.

No. 628. Grossbritannien, 3. August 1862.

„To the Hon. Reverdy Johnson.

„My dear Sir, — Permit me to iterate and reiterate again and again what you knew so well before, but which these deluded people seem determined never to believe, that no merchandise, whether cotton or sugar, will in any event be seized or confiscated by the United States' authorities here. ¶ I will assure safe conduct, open market, and prompt shipment of all such property sent to New Orleans, and the owner, were he Slidell himself, should have the pay for his cotton, if sent here under this assurance. ¶ I am, &c.

Benj. F. Butler."

United States' Commissioner's Office, Custom-House, New Orleans, July 21, 1862.

My dear General, — I needed not your note of this morning to satisfy me on the subject to which it relates. The public mind should have been put right upon it by your proclamation of the 7th of May. ¶ In these times, however, opinion is so sensitive, and misrepresentations so frequent on all matters touching the unfortunate condition of the country, that I am glad to have your note with the privilege to make it public. The restoration of commerce in and from this port is a result so important to the interest of this State, the United States, and the Governments of Europe, that it seems strange that an intelligent man should have doubted your wish, as the Representative of our Government, to do all that you could to bring it about. ¶ If there be any really existing fear upon the point, your note (for which I thank you) cannot fail to remove it. The Confederate Government, as it calls itself, may burn and destroy the cotton and sugar of the people whom they claim to represent, and whose rights they pretend to be anxious to protect. They may, too, for a time, succeed in keeping alive the delusion of their followers, but an intelligent Southern public and an intelligent European opinion will soon, if it has not already, discover the shallowness of the pretence, and see, unless soon arrested by the fostering power of the Government, the certain ruin to which it must lead. ¶ With great respect, &c.

Reverdy Johnson.

No. 629.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Washington a. d. königl. Min. des Ausw. — Eine neue Militäraushebung in den Verein. Staaten betr. —

Washington, August 8, (received August 21) 1862.

No. 629. Grossbritannien, 8. August 1862.

(Extract.) The newspapers of the 5th instant published the inclosed copy of an order from the War Department, calling into immediate service a draft of 300,000 men, to serve for nine months, unless sooner discharged. ¶ This call is in addition to the previous one which was made by the President for 300,000 volunteers in the beginning of last month, and it is further ordered that drafting shall be resorted in any State which shall not have furnished its

No. 629. Grossbritannien, 8. August 1862.

quota to those volunteers by the 18th instant, in order to make up the deficiency. ¶ The appearance of energy thus evinced by the Government has once more encouraged the hope that the war will be brought to a speedy conclusion, and the measure has been generally supported by the press. To disapprove would be attributed to a lack of patriotism. ¶ The present calls will raise the drain of men taken for the army during the last eighteen months to about 6 per cent. of the entire population, and this does not include thousands of others who are withdrawn from their ordinary productive avocations to minister to the requirements of the armies in the field. When I tell your Lordship that the ordinary rate of wages has lately been estimated to me as being at from one dollar to one and a half per day, you will be enabled to appreciate to a certain extent the immense burdens which the nation is being called upon by its rulers to bear. ¶ Whether it will be found possible to raise the numbers required may well be considered doubtful. Another question is, how are such vast additional masses to be officered? ¶ Recruits have been volunteering in greater numbers since the new call, in order that they may receive the bounties, which will cease as soon as drafting commences.

To **Earl Russell**, *London.* *W. Stuart.*

Anlage. —

War Department, Washington, August 4, 1862.

Vereinigte Staaten, 4. August 1862.

Ordered, 1. That a draft of 300,000 men be immediately called into the service of the United States, to serve for nine months, unless sooner discharged. The Secretary of War will assign the quotas to the States, and establish regulations for the draft.

2. That if any State shall not, by the 18th of August, furnish its quota of the 300,000 Volunteers authorized by law, the deficiency of Volunteers in the State will also be made up by special draft from the Militia. The Secretary of War will establish regulations for that purpose.

3. Regulations will be prepared by the War Department and presented to the President with the object of securing the promotion of officers of the army and Volunteers for meritorious and distinguished services, and of preventing the nomination or appointment in the military service of incompetent or unworthy officers. The regulations will also provide for ridding the service of such incompetent persons as now hold commissions.

By order of the President.

Edwin M. Stanton, *Secretary of War.*

No. 630.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Washington a. d. königl. Min. des Ausw. — Die Ordre des Gen. Sherman wegen der Baumwollen-Ausfuhr betr. —

No. 630. Grossbritannien, 8. August 1862.

Washington, August 8, (received August 21) 1862.

My Lord, — I regret to observe that whilst General Butler, at New Orleans, had published the satisfactory declaration respecting the sale and

purchase of cotton which I had the honour to inclose in my despatch of the 3rd instant, General Sherman, who commands at Memphis, had issued orders of an exactly contrary nature in the latter town. ¶ Upon reading these orders, as contained in the inclosed extract from the „New York Tribune“ of the 6th instant, I went to show them to Mr. Seward. He said they could only relate to the internal cotton trade, as the Federal Government had not yet succeeded in opening the Mississippi, owing to the resistance still met with at Vicksburg, but admitted that, if not impeded, some cotton might find its way to Buffalo and other places, and thence to Europe. He then took the extract from me with the intention of discussing the matter with Mr. Secretary Chase, to whom his advice would be to let cotton come out in whatever way it could. ¶ Such contradictory declarations as those of General Butler and General Sherman may well produce doubts on the minds of the Southern planters as to whether their cotton will be confiscated or not, when it is brought under the jurisdiction of the Federal authorities. ¶ I have, &c.

No. 630. Gross-britannien, 8. August 1862.

W. Stuart.

To **Earl Russell**, *London.*

Anlage. — Extract from the „New York Tribune“ of August 6, 1862.

Memphis, Tennessee, July 30, 1862.

General Sherman has issued the following orders to the Quartermaster's Department: —

1. To permit no money, gold, silver, or Treasury notes, to pass into the hands of Secessionists or Union men for cotton, corn or other produce.

2. To seize all cotton that may be purchased after this date, and consign the same North for sale, the proceeds to be held subject to the claim of the owners.

3. Any merchant or trader disbursing money for the above-named articles, after being informed of this Order, will be arrested and tried by the Military Commission for aiding the enemy.

4. Citizens may procure cotton if they get it by giving obligations to pay for it at the end of the war, or at the pleasure of the Government; or if they deposit the value of it with the Quartermaster, to be held in trust for the benefit of the owner.

No. 631.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Geschäftsträger in Washington. — Butlers Proclamation betr. —

Foreign Office, August 21, 1862.

Sir, — Referring to your despatch of the 3rd instant, you will state to Mr. Seward that Her Majesty's Government are glad to find that he approves of General Butler's Proclamation or Order with regard to the export of cotton.

No. 631. Gross-britannien, 21. August 1862.

No. 631. Grossbritannien, 21. August 1862.

¶ The United States' Government cannot certainly be made responsible for any obstacles placed by the Confederates on the export of cotton from territory in their possession. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Mr. Stuart**, *Washington.*

No. 632.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Washington a. d königl. Min. des Ausw. — Verschiedene Verfügungen der Regierung der Verein. Staaten zur Verhütung der Auswanderung Militärpflichtiger betr. —

Washington, August 12, (received August 24) 1862.

No. 632. Grossbritannien, 12. August 1862.

My Lord, — In pursuance of the „vigorous policy" which is now thought necessary for the successful prosecution of the war, orders, as herewith inclosed, were issued by the War Department on the 8th instant, forbidding citizens liable to be drafted into the militia to leave the United States for a foreign country, enjoining the arrest of any person liable to draft, who shall absent himself from his country or State before such draft is made, suspending the writ of *habeas corpus* in respect to all prisoners so arrested, or arrested for disloyal practices; and also enjoining the arrest of any person engaged by act, speech, or writing in discouraging enlistments, and the trial of such persons before a Military Commission. ¶ A notice is further given by the State Department that until the requisitions of the War Department on the several States for their quotas shall have been complied with, no passports will be issued for any male citizen of the United States liable to be drafted. ¶ On the same afternoon, and before the above orders can have become generally known, they were enforced with great severity, and hundreds of travellers were arrested, on the trains going to New York, at Baltimore, and I believe also at Philadelphia. Many of these were British subjects who intended to sail for Europe on the following day. ¶ Mr. Acting Consul Edwards will, no doubt, have reported to your Lordship the distressing scenes which occurred in New York on Saturday before the steamers for Europe were permitted to start. Upon his telegraphing to me the state of affairs there, I went to Mr. Seward to request that British subjects, and those who had taken their places before the orders were issued, might not be detained. He agreed to instruct the Provost Marshal not to detain alien passengers, but would make no further concession. ¶ I have not yet learnt Mr. Edwards in what manner his difficulties were eventually solved. ¶ Whatever may be the amount of private dismay and inconvenience occasioned by the above orders, they have been received by the Press with the usual approbation given to arbitrary acts during this war. ¶ The inclosed supplementary instruction, which is published this morning, modifies in some important respects the strict execution of the order in regard to internal travelling. ¶ I have, &c.

W. Stuart.

To **Earl Russell**, *London.*

Anlage 1.

War Department, Washington, August 8, 1862.

Order to Prevent Evasion of Military Duty, and for Suppression of Disloyal Practices.

No. 632 (1.) Vereinigte Staaten, 8. August 1862.

1. By direction of the President of the United States it is hereby ordered that until further order no citizen liable to be drafted into the Militia shall be allowed to go to a foreign country, and all Marshals, Deputy-Marshals, and military officers of the United States are directed, and all police authorities, especially at the ports of the United States on the seaboard and on the frontier, are requested to see that this order is faithfully carried into effect. And they are hereby authorized and directed to arrest and detain any person or persons about to depart from the United States in violation of this order, and report to Major L. C. Turner, Judge Advocate, at Washington City, for further instruction respecting the person or persons so arrested or detained.

2. Any person liable to draft, who shall absent himself from his Country or State before such draft is made, will be arrested by any Provost Marshal, or other United States' or State officer, wherever he may be found within the jurisdiction of the United States, and conveyed to the nearest military post or depôt, and placed on military duty for the term of the draft, and the expenses of his own arrest and conveyance to such post or depôt, and also the sum of five dollars, as a reward to the officer who shall make such arrest, shall be deducted from his pay.

3. The writ of *habeas corpus* is hereby suspended in respect to all prisoners so arrested and detained, and in respect to all persons arrested for disloyal practices.

Edwin M. Stanton, Secretary of War.

Anlage 2.

War Department, Washington, August 8, 1862.

No. 632 (2.) Vereinigte Staaten, 8. August 1862.

Ordered, — 1. That all United States' Marshals and Superintents and Chiefs of Police of any town, city, or district, be and they are hereby authorized and directed to arrest and imprison any person or persons who may be engaged, by act, speech, or writing, in discouraging volunteer enlistments, or in any way giving aid and comfort to the enemy, or in any other disloyal practice against the United States.

2. That immediate report be made to Major L. C. Turner, Judge Advocate, in order that such persons may be tried before a Military Commission.

3. The expenses of such arrest and imprisonment will be certified to the Chief Clerk of the War Department for settlement and payment.

Edwin M. Stanton, Secretary of War.

Anlage 3.

Department of State, Washington, August 8, 1862.

No. 632 (3.) Vereinigte Staaten, 8. August 1862.

Notice is hereby given that until the requisitions of the War Department on the several States for quotas of their Militia shall have been complied with, no passports will be issued from this Department for any male citizen of the United States liable to be drafted into that branch of the service.

William H. Seward.

Anlage 4.

War Department, Washington, August 11, 1862.

No. 632 (4.) Vereinigte Staaten, 11. August 1862.

To Military Commandants, Provost Marshals, United States' Marshals, and Police Officers.

You will receive herewith an order of the War Department to prevent the evasion of military duty, and for the suppression of disloyal parties, dated the 8th of August, 1862. ¶ This order, to be efficient, is necessarily very comprehensive in its terms, and its proper execution requires the exercise of sound judgment and discretion in the officers to whom its enforcement is entrusted, and to guard you in its execution the following instructions are to be observed:

1. The order comprises two classes of persons, viz., those who are about leaving the United States to evade military duty, and those who for the same purpose leave their own State. Leaving the United States until the military draft is perfected is absolutely prohibited, but it was not the intention of the order to interfere with the transit from State to State of any persons but those who desire to evade military duty. ¶ Whenever you have reason to believe that the purpose is to evade military duty, the order will authorize the detention of any person leaving his own State, county, or military district.

2. Any person detained may be released on giving bonds to the United States, with sufficient security, in the sum of 1,000 dollars, conditional for the performance of military duty, if he should be drafted, or the providing a proper substitute.

3. Immediate report is to be made to the office of all persons detained, with the cause of their detention.

4. You will exercise the power of arrest and detention with continued forbearance, so as to avoid giving annoyance or trouble to any person excepting those who are seeking to evade the performance of their duty to their country.

5. The Governors of the respective States are authorized to give passes and permits to their own citizens desiring to leave the State without intent to evade military duty.

By order of the Secretary of War.

L. C. Turner, Judge Advocate.

No. 633.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Washington a. d. kön. Min. d. Ausw. — Der Beschluss der Regierung der Verein. Staaten, vorläufig keine Caperbriefe auszugeben. —

Washington, August 16, (received August 30) 1862.

No. 633. Gross-britannien, 16. August 1862.

(Extract.) I had an interview this morning with Mr. Seward, when, as instructed by your Lordship in your despatch of the 2nd instant, I represented to him the danger of disputes which would probably ensue, should the United States' Government carry into effect the intention, which Mr. Adams had announced to your Lordship, of issuing letters of marque with a view of checking depredations on United States' commerce by cruizers of the so-styled Confederate States. ¶ Mr. Seward answered that in consequence of the late friendly act of Her Majesty's Government, or of the British authorities at Nassau, in seizing the steam-ship ,,Oreto," and in the expectation that Her Majesty's Government would pursue the same course with regard to other vessels which were fitting out in British ports for a similar purpose, a recourse to letters of marque would not for the present be resorted to, although he could not assure me that such a measure might not hereafter be found necessary. ¶ He also alluded to the case of the other steamer*) which had lately escaped from Liverpool, and I explained to him that, in that case, as well as in that of the ,,Oreto," Her Majesty's Government had done all which they legally could do, and that they would do the same in future, whenever proofs could be furnished that vessels were being equipped in British ports in violation of the Foreign Enlistment Act, or of the Queen's Proclamation of neutrality. ¶ After some conversation, on his side upon the difficulty of producing proofs in such cases, and on mine upon the impossibility of acting on mere suspicions; Mr. Seward gave me the assurance that the idea of letters of marque was at any rate suspended for the present; and he added that he hoped that the great additions which are being made to the United States' navy would soon be sufficiently completed to render the measure altogether unnecessary.

W. Stuart.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 634.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Geschäftsträger in Washington. — Remonstration gegen die Ordre des Gen. Sherman. —

Foreign Office, September 1, 1862.

No. 634. Gross-britannien, 1. Sept. 1862.

Sir, — Her Majesty's Government have read with much regret the order of which a copy is inclosed in your despatch of the 8th instant, issued by General Sherman from Memphis on the 30th ultimo. That order is in direct opposition to the declarations of General Butler, and cannot fail to discourage

*) The ,,Alabama."

No. 634. Grossbritannien, 1. Sept. 1862.

any disposition on the part of Southern planters to part with their cotton, and I have accordingly to instruct you to remonstrate with Mr. Seward against it. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Mr. Stuart**, *Washington.*

No. 635.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Washington an d. kön. Min. d. Ausw. — Die Widerrufung der Ordre des Gen. Sherman betr. —

Washington, August 22, (received September 4) 1862.

No. 635. Grossbritannien, 22. August 1862.

My Lord, — I have the honour to inclose an extract from the ,,National Intelligencer" of the 20th instant, purporting to contain an order issued by Major-General Grant, rescinding the order of General Sherman at Memphis, which was transmitted to your Lordship in my despatch of the 8th instant, and annulling all restrictions upon the sale of cotton, and upon the payment thereof in specie. ¶ General Grant states that he has thus acted in pursuance of orders received from Washington. ¶ I have, &c.

W. Stuart.

To **Earl Russell**, *London.*

Anlage.

Extract from the ,,National Intelligencer" of August 20, 1862.

Cotton Orders Rescinded. — The order of General Sherman, at Memphis, prohibiting the purchase of cotton with gold or silver, has been rescinded. Major-General Grant on the 11th instant issued the annexed General Order: —

,,In pursuance of orders from head-quarters of the army at Washington, all restrictions on the sale of cotton and the prohibition of the payment of gold therefore are hereby annulled. Every facility possible will be afforded for getting cotton to market. ¶ By order of Major-General U. S. Grant,

Jno. A. Rawlins, Assistant Adjutant-General."

General Sherman accordingly caused a notice to be published in the Memphis papers to the same effect. The cotton-trade is once more open.

No. 636.

VEREINIGTE STAATEN. — Min. d. Ausw. an den königl. grossbritannischen Geschäftsträger in Washington. — Erleichterung der Baumwollen-Ausfuhr. —

Department of State, Washington, September 11, 1862.

No. 636. Vereinigte Staaten, 11. Sept. 1862.

Sir, in a letter to this Department of the 29th ultimo, General Shepley, the Military Governor of Louisiana, represents that he is doing everything in his power towards increasing the exports of cotton from New Orleans. He adds

that there are now no restrictions of any kind on the part of the military or civil authorities of the United States which impede the receipts of cotton at or its shipment from that port. The obstacles interposed are entirely those of the insurgents, and these he would use all proper and legal means to overcome.

No. 636. Vereinigte Staaten, 11. Sept. 1862.

¶ I have, &c.

To Mr. Stuart, &c. *William H. Seward.*

No. 637.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERIKA.** — Proclamation des Präsidenten Lincoln, die Emancipation der Sclaven in den abtrünnigen Staaten betr. —

By the President of the United States of America.

A Proclamation.

No. 637. Vereinigte Staaten, 22. Sept. 1862.

I, Abraham Lincoln, President of the United States of America, and Commander-in-chief of the army and navy thereof, do hereby proclaim and declare that hereafter, as heretofore, the war will be prosecuted for the object of practically restoring the constitutional relation between the United States and each of the States, and the people thereof, in which States that relation is or may be suspended or disturbed. ¶ That it is my purpose, upon the next meeting of Congress, to again recommend the adoption of a practical measure tendering pecuniary aid to the free acceptance or rejection of all Slave States, so called, the people whereof may not then be in rebellion against the United States, and which States may then have voluntarily adopted, or thereafter may voluntarily adopt, immediate or gradual abolishment of slavery within their respective limits; and that the effort to colonize persons of African descent, with their consent, upon this continent or elsewhere, with the previously obtained consent of the Governments existing there, will be continued. ¶ That on the 1st day of January, in the year of our Lord 1863, all persons held as slaves within any State, or designated part of a State, the people whereof shall then be in rebellion against the United States, shall be then, thenceforward, and for ever free; and the Executive Government of the United States, including the military and naval authority thereof, will recognize and maintain the freedom of such persons, and will do no act or acts to repress such persons, or any of them, in any efforts they may make for their actual freedom. ¶ That the Executive will, on the 1st day of January aforesaid, by proclamation, designate the States, and parts of States, if any, in which the people thereof respectively shall then be in rebellion against the United States; and the fact that any State or the people thereof shall on that day be in good faith represented in the Congress of the United States, by members chosen thereto at elections wherein a majority of the qualified voters of such State shall have participated, shall, in the absence of strong countervailing testimony, be deemed conclusive evidence that such State, and the people thereof, are not then in rebellion against the United States. ¶ That attention is hereby called to an Act of Congress entitled „An Act to make an additional

No. 637. Vereinigte Staaten, 22. Sept. 1862.

Article of War," approved March 13, 1862, and which Act is in the words and figures following: —

„Be it enacted by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled, that hereafter the following shall be promulgated as an additional Article of War for the government of the army of the United States, and shall be obeyed and observed as such:

„Article. — All officers or persons in the military or naval service of the United States are prohibited from employing any of the forces under their respective commands for the purpose of returning fugitives from service or labour who may have escaped from any persons to whom such service or labour is claimed to be due; and any officer who shall be found guilty by a court-martial of violating this Article shall be dismissed from the service.

„Section 2. And be it further enacted, that this Act shall take effect from and after its passage."

Also, to the ninth and tenth sections of an Act entitled „An Act to suppress insurrection, to punish treason and rebellion, to seize and confiscate property of rebels, and for other purposes," approved July 17, 1862, and which sections are in the words and figures following: —

„Section 9. And be it further enacted, that all slaves of persons who shall hereafter be engaged in rebellion against the Government of the United States, or who shall in any way give aid or comfort thereto, escaping from such persons and taking refuge within the lines of the army; and all slaves captured from such persons, or deserted by them and coming under the control of the Government of the United States; and all slaves of such persons found on or being within any place occupied by rebel forces and afterwards occupied by the forces of the United States shall be deemed captives of war, and shall be for ever free of their servitude, and not again held as slaves.

„Section 10. And be it further enacted, that no slave escaping into any State, territory, or the District of Columbia, from any other State, shall be delivered up, or in any way impeded or hindered of his liberty, except for crime, or some offence against the laws, unless the person claiming said fugitive shall first make oath that the person to whom the labour or service of such fugitive is alleged to be due is his lawful owner, and has not borne arms against the United States in the present rebellion, nor in any way given aid and comfort thereto; and no person engaged in the military or naval service of the United States shall, under any pretence whatever, assume to decide on the validity of the claim of any person to the service or labour of any other person, or surrender up any such person to the claimant, on pain of being dismissed from the service."

And I do hereby enjoin upon and order all persons engaged in the military and naval service of the United States to observe, obey, and enforce, within their respective spheres of service, the Act and Sections above recited. ¶ And the Executive will in due time recommend that all citizens of the United States who shall have remained loyal thereto throughout the rebellion shall (upon the restoration of the constitutional relation between the United States and their respective States and people, if that relation shall have been suspended or dis-

turbed) be compensated for all losses by acts of the United States, including the loss of slaves. ¶ In witness whereof I have hereunto set my hand and caused the seal of the United States to be affixed. ¶ Done at the City of Washington, this 22nd day of September, in the year of our Lord 1862, and of the Independence of the United States the eighty-seventh.

No. 637. Vereinigte Staaten, 22. Sept. 1862.

Abraham Lincoln.

By the President:

William H. Seward, Secretary of State.

No. 638.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERIKA.** — Proclamation des Präsidenten Lincoln, die zeitweilige Aufhebung der Habeas-Corpus-Acte betr. —

By the President of the United States.

A Proclamation.

No. 638. Vereinigte Staaten, 24. Sept. 1862.

Whereas it has become necessary to call into service not only Volunteers but also portions of the Militia of the States by draft, in order to suppress the insurrection existing in the United States, and disloyal persons are not adequately restrained by the ordinary processes of law from hindering this measure and from giving aid and comfort in various ways to the insurrection:

Now, therefore, be it ordered —

1. That during the existing insurrection, and as a necessary measure for suppressing the same, all rebels and insurgents, their aiders and abettors, within the United States, and all persons discouraging volunteer enlistments, resisting militia drafts, or guilty of any disloyal practice, affording aid and comfort to the rebels against the authority of the United States, shall be subject to martial law, and liable to trial and punishment by courts martial or military commission.

2. That the writ of *habeas corpus* is suspended in respect to all persons arrested, or who are now, or hereafter during the rebellion shall be, imprisoned in any fort, camp, arsenal, military prison, or other place of confinement by any military authority, or by the sentence of any court-martial or military commission.

In witness whereof, I have hereunto set my hand, and caused the seal of the United States to be affixed. ¶ Done at the city of Washington, this twenty-fourth day of September, in the year of our Lord one thousand eight hundred and sixty-two, and of the independence of the United States the eighty-seventh.

Abraham Lincoln.

William H. Seward, Secretary of State.

No. 639.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. Gesandten in Washington. — Die Untersuchung englischer Schiffe durch Unionsfahrzeuge betreffend. —

Foreign Office, November 28, 1862.

No. 639. Grossbritannien, 28. Nov. 1862.

(Extract.) Although the matter to which I now refer is not of recent date, I think it as well that a formal record should exist of the language held by Viscount Palmerston to Mr. Adams, in a conversation which took place in the early part of the present year, when the United States' steamer „Tuscarora" and the Confederate steamer „Nashville" were in British waters. ¶ Lord Palmerston stated to Mr. Adams on the occasion in question, that Her Majesty's Government could not permit any interference with any vessel, British or foreign, within British waters; that with regard to vessels met with at sea, Her Majesty's Government did not mean to dispute the belligerent rights of the United States' ships of war to search them, but that the exercise of that right, and of the right of detention in certain conditions, must in each case be dealt with according to the circumstances of the case; and that it was not necessary for him to discuss such matters then, because they were not in point: but that it would not do for the United States' ships of war to harass British commerce on the high seas, under pretence of preventing the Confederates from receiving things that are contraband of war. ¶ I took an opportunity of mentioning to Mr. Adams the account which Lord Palmerston had given me of the language which he had thus held, and Mr. Adams agreed in its accuracy. &c.

Russell.

To **Lord Lyons**, *Washington.*

No. 640.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington an d. kön. Min. d. Ausw. — Den Ausfall der Wahlen und die fremde Intervention betr. —

Washington, November 17 (received November 30), 1862.

No. 640. Grossbritannien, 17. Nov. 1862.

(Extract.) In his despatches of the 17th and of the 24th ultimo, and of the 7th instant, Mr. Stuart reported to your Lordship the results of the elections for Members of Congress and State Officers, which have recently taken place in several of the most important States of the Union. Without repeating the details, it will be sufficient for me to observe that the success of the Democratic or (as it now styles itself) the Conservative Party has been so great as to manifest a change in public feeling, among the most rapid and the most complete that has ever been witnessed, even in this country. ¶ On my arrival at New York on the 8th instant I found the Conservative leaders exulting in the crowning success achieved by the party in that State. They appeared to rejoice, above all, in the conviction that personal liberty and freedom of speech had been secured for the principal State of the Union. They believed that the Govern-

ment must at once desist from exercising in the State of New York the extraordinary (and as they regarded them) illegal and unconstitutional powers which it had assumed. They were confident that at all events after the 1st of January next, on which day the newly elected Governor would come into office, the suspension of the writ of *habeas corpus* could not be practically maintained. They seemed to be persuaded that the result of the elections would be accepted by the President as a declaration of the will of the people; that he would increase the moderate and conservative element in the Cabinet; that he would seek to terminate the war, not to push it to extremity; that he would endeavour to effect a reconciliation with the people of the South, and renounce the idea of subjugating or exterminating them. ¶ On the following morning, however, intelligence arrived from Washington which dashed the rising hopes of the Conservatives. It was announced that General Mc Clellan had been dismissed from the command of the Army of the Potomac, and ordered to repair to his home; that he had, in fact, been removed altogether from active service. The General had been regarded as the representative of Conservative principles in the army. Support of him had been made one of the articles of the Conservative electoral programme. His dismissal was taken as a sign that the President had thrown himself entirely into the arms of the extreme Radical party, and that the attempt to carry out the policy of that party would be persisted in. The irritation of the Conservatives at New York was certainly very great; it seemed, however, to be not unmixed with consternation and despondency. ¶ Several of the leaders of the Democratic party sought interviews with me, both before and after the arrival of the intelligence of General Mc Clellan's dismissal. The subject uppermost in their minds while they were speaking to me, was naturally that of foreign mediation between the North and South. Many of them seemed to think that this mediation must come at last, but they appeared to be very much afraid of its coming too soon. It was evident that they apprehended that a premature proposal of foreign intervention would afford the Radical party a means of reviving the violent war spirit, and of thus defeating the peaceful plans of the Conservatives. They appeared to regard the present moment as peculiarly unfavourable for such an offer, and indeed to hold that it would be essential to the success of any proposal from abroad that it should be deferred until the control of the Executive Government should be in the hands of the Conservative party. ¶ I gave no opinion on the subject. I did not say whether or no I myself thought foreign intervention probable or advisable, but I listened with attention to the accounts given me of the plans and hopes of the Conservative party. At the bottom I thought I perceived a desire to put an end to the war, even at the risk of losing the Southern States altogether; but it was plain that it was not thought prudent to avow this desire. Indeed some hints of it dropped before the elections were so ill received that a strong declaration in the contrary sense was deemed necessary by the Democratic leaders. ¶ At the present moment, therefore, the chiefs of the Conservative party call loudly for a more vigorous prosecution of the war, and reproach the Government with slackness as well as with want of success in its military measures. But they repudiate all

No. 640. Gross-britannien, 17. Nov. 1862.

idea of interfering with the institutions of the Southern people, or of waging a war of subjugation or extermination. They maintain that the object of the military operations should be to place the North in a position to demand an armistice with honour and with effect. The armistice should (they hold) be followed by a Convention, in which such changes of the Constitution should be proposed as would give the South ample security on the subject of its slave property, and would enable the North and the South to reunite and to live together in peace and harmony. The Conservatives profess to think that the South might be induced to take part in such a Convention, and that a restoration of the Union would be the result. The more sagacious members of the party must, however, look upon the proposal of a Convention merely as a last experiment to test the possibility of reunion. They are no doubt well aware that the more probable consequence of an armistice would be the establishment of Southern independence, but they perceive that if the South is so utterly alienated that no possible concessions will induce it to return voluntarily to the Union, it is wiser to agree to separation than to prosecute a cruel and hopeless war. ¶ It is with reference to such an armistice as they desire to attain, that the leaders of the Conservative party regard the question of foreign mediation. They think that the offer of mediation, if made to a Radical Administration, would be rejected; that, if made at an unpropitious moment, it might increase the virulence with which the war is prosecuted. If their own party were in power, or virtually controlled the Administration, they would rather, if possible, obtain an armistice without the aid of foreign Governments, but they would be disposed to accept an offer of mediation if it appeared to be the only means of putting a stop to hostilities. They would desire that the offer should come from the great Powers of Europe conjointly, and in particular that as little prominence as possible should be given to Great Britain. ¶ At Washington I have had fewer opportunities than I had at New York of ascertaining the present views of the chiefs of the political parties. At the interview which I had with Mr. Seward the day after my arrival he showed no disposition to enter upon political matters. He did not appear to expect or to desire to receive from me any special communication from Her Majesty's Government. The President, when I waited upon him, talked to me only on ordinary topics. I, for my part, gladly shunned all allusion to foreign intervention, my principal object being to avoid saying anything which might embarrass me in carrying out any instructions on the subject which I may receive from your Lordship. ¶ All things considered, my own opinion certainly is that the present moment is not a favourable one for making an offer of mediation. It might embarrass the peace party, and even oblige them, in order to maintain their popularity, to make some public declaration against it, and this might make it difficult for them to accept a similar offer at a more propitious time. It would in all probability be rejected by the President, who appears to have thrown himself into the arms of the extreme Radical party. The views of that party are clear and definite. They declare that there is no hope of reconciliation with the Southern people; that the war must be pursued, *per fas et nefas*, until the

disloyal men of the South are ruined and subjugated, if not exterminated; that not an inch of the old territory of the Republic must be given up; that foreign intervention, in any shape, must be rejected and resented. This party would desire to turn an offer of mediation to account, for the purpose of inflaming the war spirit and producing a reaction against the Conservatives. ¶ It is probable, too, that the Government would urge, in answer to an offer of mediation, that it has by no means abandoned the hope of putting down the rebellion within a reasonable time; that, at all events, this is not a moment at which it can reasonably be called upon to put a stop to hostilities. It would observe that the armies of the United States are everywhere advancing, and that expeditions are prepared against Texas, as well as against Charleston, Mobile, and other points on the coast. It would point out that it had equipped a considerable number of war vessels, iron-clad as well as others, at a vast expense; that the season had just arrived when the autumn rains would render the rivers navigable by armed vessels, and when the Southern coast would be free from epidemic disease. It might even represent an advance of the army of the Potomac to Richmond as a probable event. The experience of the past is certainly not calculated to inspire any great confidence in the results of those warlike preparations, but the political interests of the party now in power render a continuance of the war a necessity to it. Its only chance of regaining its lost popularity lies in successful military operations. Unless it can obtain a much higher place in public estimation than it now occupies, not only will its tenure of power become extremely precarious, but some of its leading members may be called to a severe account for their extra-legal proceedings. During the session of Congress which begins next month, the present Administration has indeed reason to expect an uncompromising support from a majority of both Houses of Congress. But on the 4th of March next the existing House of Representatives is dissolved by the terms of the Constitution, and at the same time several of the present Senators go out of office. The majority of the members chosen at the recent elections for the new House of Representatives are of the Democratic or Conservative party, and in some States Senators of that party will be returned in the room of those whose term of office expires next March. The new Congress is in fact likely to be hostile to the Administration and to the Radical party; and although it will not, in the ordinary course of things, assemble until the last month of next year, the President will hardly be able to persist in his present policy and in his assumption of extraordinary powers, unless he can, in virtue of military successes, obtain a reputation with the people which will sustain him in a contest with the Legislature. ¶ It would seem, then, to be vain to make an offer of mediation to the present Government, in their present mood, with any notion that it would be accepted. A change of mood may, however, take place after the 4th of March, if no great military successes occur in the interval; such a change may possibly be produced sooner by military reverses. A proposal, however, to mediate made even under present circumstances, by three or more of the Great Powers of Europe conjointly, might not produce any great inconvenience. ¶ It is, indeed, urged by some people that mediation should be

No. 640. Grossbritannien, 17. Nov. 1862.

offered, not so much with a view to its being accepted, as to its clearing the way for a recognition of the Southern Confederacy. And, indeed, if it were determined that the time had come for recognizing that Confederacy, no doubt an offer of mediation would be a suitable preliminary. But I do not clearly understand what advantage is expected to result from a simple recognition of the Southern Government; and I presume that the European Powers do not contemplate breaking up the blockade by force of arms, or engaging in hostilities with the United States in support of the independence of the South. ¶ I have, indeed, heard it maintained that Great Britain should recognize the independence of the South as soon as possible, with a view to impede the success of the efforts of the Conservative Party to re-construct the Union. The advocates of this opinion consider a re-union as a probable event, and apprehend that the first result of it would be that the combined forces of the North and the South would be let loose upon Canada. I certainly do not at present share these apprehensions. All hope of the re-construction of the Union appears to be fading away, even from the minds of those who most ardently desire it. But if the re-construction be still possible, I do not think that we need conclude that it would lead to an invasion of Canada, or to any consequences injurious to Great Britain. At any rate dangers of this kind are remote. The immediate and obvious interest of Great Britain, as well as of the rest of Europe, is that peace and prosperity should be restored to this country as soon as possible. The point chiefly worthy of consideration appears to be whether separation or re-union be the more likely to effect this object. &c.

Lyons.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 641.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington an den königl. Min. des Ausw. — Neue Verordnungen, betr. die Ausfuhr von Baumwolle und anderen Waaren aus den südlichen Staaten der Union. —

Washington, November 18 (received November 30), 1862.

No. 641. Grossbritannien, 18. Nov. 1862.

My Lord, — I have the honour to inclose a copy of a draft of new Regulations respecting the exportation of cotton and other articles from the Southern States, which has just been put into my hand by Mr. Seward. I have not time to consider it with attention before the departure of the messenger. ¶ Mr. Seward begged me to bear in mind that the new Regulations would be applicable only to places in the military occupation of the United States. If they were issued, the present system of private trade with the South would, he said, be at the same time abolished. Under that system little or no cotton had found its way to market; under the new Regulations Mr. Seward hoped that all the cotton remaining in the South would be brought out. He considered, however, that he was in some degree bound by pledges to foreign Governments, and was, therefore, unwilling to make a change without consulting M. Mercier

and me. He asked me to talk the matter over with M. Mercier, and expressed a hope that M. Mercier and I would both meet him to-morrow to discuss it. ¶ I have, &c.

No. 641. Gross-britannien, 18. Nov. 1862.

Lyons.

To **Earl Russell**, *London.*

Anlage.

Draft of New Regulations relative the Exportation of Cotton and other Articles.

1. All cotton, rice, tobacco, sugar and other property found in possession of persons described in the Act of Congress commonly known as the Confederation Act, will be seized for the use of the United States, and forthwith sent to the Assistant Quartermaster-General at New York, or other prominent markets, not more in all than three, to be disposed of as directed by the Secretary of War.

2. Cotton, rice, tobacco, and sugar found in possession of others than the persons so described, and not required for consumption by themselves or their families, will be taken possession of by the proper officers of the Military Department in which it may be found, who will give an order on the Assistant Quartermaster-General at New York for one half the value thereof in that market, or pay, on account, not over one-third of such value according to the latest market prices there, as quoted.

3. Officers taking possession of cotton, or other property, under Regulation 2, will give to the claimant thereof a statement showing clearly the quantity and description taken and the amount drawn for, or paid; and will send duplicate copies of the same statement to the Secretary of War and the Assistant Quartermaster-General at New York, to whom all property so taken possession of must be sent with all practicable despatch.

4. The Quartermaster at New York, on receiving any property forwarded to him under the preceding Regulations, will proceed with all convenient speed to sell the same for the highest price that can be obtained in money; and will deposit the proceeds of sale with the Assistant Treasurer of the United States in New York, for the benefit, as to the surplus over amount paid, of the parties from whom received, on proof of loyalty.

5. In the custody of said property, and in making sales thereof, the Assistant Quartermaster in New York will be careful to keep the several lots distinct, both in sale and account, and will, with every deposit of proceeds, file with the Assistant Treasurer a statement showing the quantity sold, the person from whom taken or received, and the proceeds of each lot.

No. 642.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington a. d. königl. Min. d. Ausw. — Gegenvorstellungen des englischen und französischen Gesandten gegen die neuen Ausfuhr-Verordnungen. —

Washington, November 21 (received December 3), 1862.

No. 642. Grossbritannien, 21. Nov. 1862.

(Extract.) In my despatch of the 18th instant I transmitted to your Lordship a copy of a draft which had just been given to me by Mr. Seward, of certain new Regulations which it is proposed to establish with regard to cotton, rice, tobacco, and sugar in districts occupied by the United States' forces. ¶ These Regulations provide that if the articles enumerated shall be found in possession of the persons described in the Confiscation Act, they shall (in common with other property) be seized for the use of the United States, and sent to New York, or some other Northern market, to be sold. It is provided, further, that the enumerated articles, when found in possession of others than persons so described, shall equally be taken possession of by the military officers of the United States, and sent to the Northern markets for sale; but the owners are, on proof of loyalty, to receive compensation. ¶ The day before yesterday Mr. Seward having invited M. Mercier and me to dine with him, asked us after dinner what we thought of the proposed Regulations. We said that, in compliance with Mr. Seward's request, we had conferred with each other on the subject, and that we found that we could have nothing to say to these Regulations; that we must decline all responsibility concerning them. M. Mercier added that they constituted a rigorous war-measure to which we, being neutrals, could give no countenance. ¶ M. Mercier and I abstained from making any further observations at that time, but yesterday we went together to the State Department and said to Mr. Seward, that in order to prevent any misunderstanding or inconvenience hereafter, we thought it right to state to him distinctly that our silence concerning the proposed Regulations must not be held to imply that we acquiesced in their being applied to our respective countrymen. M. Mercier observed that in consequence of the assurances of the Government of the United States, that neutral property would be respected, Frenchmen, and no doubt Englishmen also, had been encouraged to make purchases: we could not in any degree admit the right of the United States' Government to dispose of neutral property in the manner contemplated by the Regulations. ¶ Mr. Seward said, without the smallest hesitation, that undoubtedly the Regulations were not intended to apply to neutral property, and would not in practice be applied to such property. Cotton and the other articles, if the property of disloyal citizens, would be confiscated; if the property of loyal citizens they would be taken possession of by the Government and compensation given. Neutrals would have the option of placing their cotton in the hands of the Government, and receiving compensation in the same way as loyal citizens. They would probably be glad to do so, because, as the exportation of cotton by private persons would be prohibited, they would have no other means of bringing it to market. But if they preferred to retain their cotton in their own possession, they would be entirely at liberty

to do so. M. Mercier and I said that we took note of these assurances, but that we must not be understood as in any sense approving or assenting to the Regulations. M. Mercier added that he feared that the effect of them would be to induce the Southern proprietors rather to burn what remained of their cotton than to give it up to the Federal officers. ¶ Mr. Seward replied that he had good reason to believe that the majority of the proprietors would be only too glad to avail themselves of the facilities which the new plan would affort them for obtaining a price for their cotton. He proceeded to say that he was quite willing that M. Mercier and I should decline all responsibility concerning the Regulations, but that he was sure we should appreciate the motive which had led him to communicate them to us; that he had considered that the pledges he had given to foreign Governments rendered it only fair that he should acquaint us as early as possible with the contemplated change. He said in conclusion that when the Regulations were finally drawn up and adopted, he would give us due notice. &c.

No. 642. Grossbritannien, 21. Nov. 1862.

Lyons.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 643.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington a. d. königl. Min. d. Ausw. — Den Eindruck der Nachricht von einem fremden Vermittlungsversuche betr. —

Washington, November 28 (received December 11), 1862.

(Extract.) The intelligence that France had proposed to Great Britain and Russia to join her in advising the belligerents in this country to agree to an armistice reached New York by telegraph from Cape Race on the 25th instant. The substance of your Lordship's answer was received at the same time. Yesterday the text of the French proposal, of your Lordship's answer, and of the principal part of the Russian answer, was forwarded to New York by telegraph from Halifax. ¶ It is to be observed that in every one of the newspapers I send, foreign intervention is distinctly repudiated. It is very true that the leaders of the political parties do not always put forth in the newspapers exactly the same sentiments which they entertain and even express in private. Still the unanimity of the Press on the present occasion shows at least that this is not a time at which public opinion would force the acceptance of foreign mediation upon a reluctant Cabinet. &c.

No. 643. Grossbritannien, 28. Nov. 1862.

Lyons.

To **Earl Russell**, *London.*

No 644.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington an d. königl. Min. d. Ausw. — Eine Aeusserung Sewards über den Vermittlungsversuch betr. —

Washington, December 2 (received December 17), 1862.

No. 644. Grossbritannien, 2. Dec. 1862.

My Lord, — Mr. Seward, without my having in any way led to the subject, spoke to me yesterday of the proposal made by France to Great Britain and Russia to unite in advising the belligerents in this country to agree to an armistice. ¶ Mr. Seward said that he perceived that some of the European Powers, all professing the most friendly feelings to this country, had been discussing its affairs among themselves without taking the Cabinet of Washington into their counsels. However, as no official communication had been made to this Government, it was not called upon to give any opinion, or to say what it should or should not have done if any proposal had been made to it. If any of the European Powers concerned should offer explanations on the subject, this Government would receive them respectfully, but would not be disposed to express any opinion on them. ¶ Mr. Seward begged me to acquaint M. Mercier with what he had said. I accordingly went from Mr. Seward to M. Mercier, and repeated to him what Mr. Seward had just stated to me. ¶ I have, &c.

Lyons.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 645.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. kön. Gesandten in Washington. — Die Aeusserung Sewards über den Vermittlungsversuch betr. —

Foreign Office, December 19, 1862.

No. 645. Grossbritannien, 19. Dec. 1862.

My Lord, — I have received your Lordship's despatch of the 2nd instant, and with respect to Mr. Seward's remarks, unprovoked on your part, that he perceived that some of the European Powers, all professing the most friendly feelings to the United States, had been discussing its affairs among themselves without taking the Cabinet of Washington into their counsels, I have to instruct you to take an opportunity of observing to Mr. Seward that without taking other reasons into consideration, the perusal of the accounts of the distress in Lancashire, owing to the want of cotton, which he will find in all the newspapers, will furnish him with reason enough for the discussion of American affairs in Europe. ¶ Great numbers of Her Majesty's subjects are suffering severe distress in consequence of the belligerent operations of the Cabinet of Washington. ¶ I am, &c.

Russell.

To Lord **Lyons**, *Washington.*

No. 646.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington an d. kön. Min. d. Ausw. — Das Anerbieten der conföderirten Staaten, Baumwolle zu liefern, und eine Unterredung darüber mit Seward betr. —

Washington, December 19, 1862. (Received January 2, 1863.)

No. 646. Gross-britannien, 19. Dec. 1862.

(Extract.) Mr. Moore, Her Majesty's Consul at Richmond, having been informed that only Consuls in person would be allowed to pass into the Northern States, deemed it to be his duty, at great personal inconvenience, to bring me himself the despatches for your Lordship and this Legation which had been sent to him from the other British Consulates in the Southern States. He arrived here on the 15th instant, and set out on his return to his post this morning. ¶ From information which he gave me, it appeared evident that a very great desire existed on the part both of the so-called Confederate Government and of private persons in the South to make large sales of cotton to neutral purchasers, and that the Confederate authorities were prepared to guarantee the safe transport of neutral cotton till it had passed beyond their own military lines. It seemed that they had even gone so far as to urge Mr. Moore to convey proposals from them to English merchants. This Mr. Moore, having no means of communicating with the Northern States or with Europe, except those afforded by the United States' Government in virtue of its understanding with the British and French Legations here, could not do without a breach of good faith, and he, of course, refused to listen to the solicitations which were made to him; nor, indeed, could the proposals, if made, have led under present circumstances to any practical result, for it appears that the Confederates choose rather to burn their cotton than to run any risk of its falling into the hands of the Federals, while foreign merchants will, of course, not risk their money unless they have a sufficient guarantee that they shall at least be able to keep, if they be not able to export, their purchases. ¶ I lost no time in making M. Mercier acquainted with the information given me by Mr. Moore, and I asked him whether he thought there was any mode, consistent with the maintenance of our good faith with this Government, in which we could turn to account, for the benefit of our respective countries, the growing desire of the Confederates to dispose of their cotton to neutrals. The only plan which we could devise was to endeavour to obtain from the United States' Government some definite assurance calculated to give confidence both to buyers and sellers of cotton in the South. We had very little hope of succeeding at the moment in eliciting any declaration sufficiently formal and explicit, but we agreed that there could be no harm in my mentioning to Mr. Seward the nature of the information which had reached me, and endeavouring to find out from him exactly what security the United States' Government would really give to neutral buyers, and what facilities it would afford for the exportation of their purchases. ¶ I accordingly went to Mr. Seward on the 16th instant, and said to him that I concluded that he was not unaware that the Confederates made England and France the most tempting offers of cotton. They said, ,,Here is cotton in abundance; buy it, or we shall

No. 646. Gross-britannien, 19. Dec. 1862.

be obliged to burn it." I observed that this course could not but be successful, in one respect at least, unless the Federal Government took means to defeat it. It could not but raise bitter feelings towards the United States in Europe. Could not Mr. Seward give me some assurance which would tend to diminish such feelings? ¶ I observed to Mr. Seward that what the Confederates wanted was to be assured that cotton sold to neutrals would not fall into the hands of United States' officers. ¶ To this Mr. Seward answered, that the offers of the rebels were insidious. Why had not cotton been already sold to neutrals? Why had it not been brought to market? The Government of the United States had given every facility; it had declared that it would respect cotton, the property of neutrals, however obtained; it had even at one time conceded that cotton bought in the South might be paid for in gold instead of in United States' currency; that no inquiry should be made as to how the gold had been conveyed to the Insurgent States; no question asked as to who the cotton had been purchased from. A neutral would have had nothing to do but to take his cotton to New Orleans and export it. Still no cotton had appeared. The only effect of all these concessions had been to demoralize the army. ¶ I asked Mr. Seward whether all these concessions had been recorded in official documents so distinctly as to leave no doubt of their existence or their extent. The communications concerning them had, I observed, taken place during my absence. I might not be fully acquainted with them, but certainly the impression on my mind was that the facilities for bringing and exporting cotton had been by no means so great as he represented them. I would ask him two questions: Was there any formal declaration that neutral cotton would be respected, so clear as to be calculated to remove all doubt from the minds of neutral buyers, as well as Confederate sellers? Again, might an English merchant at this moment safely buy a large quantity of cotton in the Southern States, and send it to New Orleans with a certainty that he would be allowed to export it? ¶ Mr. Seward observed with regard to the first question, that neutral property was guaranteed by assurances given over and over again by this Government. To the second question, General Butler's proclamation would, he said, have been a sufficient answer; but the case might now be altered, for General Banks had probably by this time superseded General Butler, and the new plan might have been put in force. ¶ I communicated to M. Mercier what Mr. Seward had said, and after some consideration we came to the conclusion that the only thing which would have any chance of being attended with a practical result would be to endeavour to obtain from Mr. Seward some assurance in writing. ¶ On reflection, however, I became convinced that a mere informal declaration from Mr. Seward would not be sufficient. I could not feel sure that such a document would be held to be binding by all the Departments of the Government. I remembered with regard to the proclamation of General Butler, on which Mr. Seward laid so much stress, that at the very moment at which Mr. Seward had accepted from Mr. Stuart compliments on this proclamation, orders had without his knowledge been issued which rendered the concessions made by it altogether inoperative in practice. I came, therefore, to the conclusion that nothing would be gained

unless I procured a regular formal document declaring the intentions of the whole Government. With this view I wrote to Mr. Seward the letter of which a copy is inclosed. It was read and approved by M. Mercier on its way to the State Department. ¶ I am not sanguine as to the success of this or any other attempt to obtain practical facilities for the exportation of cotton. It is difficult, if not impossible, for the Government of the United States to devise any plan by which sales of cotton can be effected in the South without occasioning a very material addition to the resources of the so-called Confederate Government. This is to the United States a certain and immediate evil. Against it, they have only to set the remote and uncertain danger that the want of cotton may drive the European Powers to take part with the South in the war.

Lyons.

To Earl Russell.

Anlage. — Lord Lyons an Mr. Seward.

Washington, December 16, 1862.

Sir, — Mr. Moore, our Consul at Richmond, brought me himself the last despatches from the other Consuls in the South, having been informed that only Consuls in person would be allowed to pass. He tells me that English and French merchants are afraid to buy cotton, and that people in the South are unwilling to sell it, because confidence is not felt that the property of neutrals will be respected by the Federal authorities. Is the Government of the United States willing to give an assurance, in a distinct and positive shape, that its officers will, without reservation, respect cotton, the property of neutrals? ¶ From my conversations with you I understand that this Government will not interfere with cotton which is (or which shall become) the property of neutrals, nor deprive its owners of the control of it, even in cases in which it would take military possession of cotton the property of loyal citizens. Neutrals will (if I have not mistaken you) be allowed to avail themselves of any facilities for exportation which are, or which may be, afforded to loyal citizens, but will not be deprived of their free choice in the matter. Will the Government of the United States record this in a regular official document? ¶ I should have mentioned this matter to you orally had I not been afraid of making some mistake in a matter which may involve so seriously the interests of British merchants. The communication being private no inconvenience can arise from its being in writing. I shall be very grateful for an early answer. ¶ Believe me, &c.

Lyons.

To Mr. Seward, etc.

No. 647.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington an d. kön. Min. d. Ausw. — Eine weitere Unterredung mit Seward über das Anerbieten der Conföd. Staaten betr. —

Washington, December 26, 1862. (Received January 8, 1863.)

No. 647. Gross-britannien, 26. Dec. 1862.

My Lord, — with my despatch of the 19th instant, I had the honour to transmit to your Lordship a copy of a letter which I had written to Mr. Seward, with a view to ascertain whether the Government of the United States was willing to give definite assurances calculated to give confidence to Confederate sellers and neutral purchasers of cotton. I spoke to Mr. Seward about this letter yesterday, and endeavoured to obtain from him some definite answer to the questions put in it. Such an answer, however, he was evidently unprepared to give. I then inquired whether he could furnish me with any information respecting the intentions of the Government which would be calculated to allay disquiet in Europe, and to give a turn to public opinion favourable to the United States. ¶ Mr. Seward said that one of the impediments to the restoration of the cotton trade had been an impression that the possession of New Orleans by the Federal Government would be only temporary, but that there was proof that this impression was fast fading away from the Southern mind. I might, indeed, Mr. Seward added, confidently assure people in Europe that, in a very short time, General Banks' military talents and administrative ability would restore loyalty to the whole State of Louisiana; that by a vote of the loyal inhabitants that State would resume its normal position in the Union, and that this could not fail to revive the cotton trade. ¶ I observed to Mr. Seward that this prospect was distant and vague, and that my purpose would be much better answered by some distinct assurances as to matters at the present moment under the control of the Federal Government. If any English merchant should apply to me, might I advise him to make at once purchases of cotton in the so-called Confederate States, and send them to New Orleans? Might I tell him that he would be allowed to export his cotton without obstacle? ¶ In answer to this Mr. Seward reverted to the new regulations which it is proposed to establish, and in virtue of which cotton is to be taken possession of by the Federal officers, and sent by them to the Northern markets, no other mode of exportation being allowed. ¶ I observed to Mr. Seward, as I had done on more than one previous occasion, that I thought these regulations would cause alarm rather than satisfaction in Europe; that they would be regarded as placing neutrals in a worse position than they were already. Could not the United States' Government at least give some additional facilities to purchasers? If neutrals were sure of retaining control of their purchases they might be willing to buy, with a view to holding the cotton, in the hope that some contingency (such as that which he had mentioned of the restoration of loyalty in Louisiana), would enable the Government to remove all the restrictions on its exportation. This might, at least, save a great deal of cotton from destruction by the Confederates. ¶ Mr. Seward said that the great difficulty lay in the mode of payment for the purchases. What were neutrals to send

to the insurgent States in return for cotton? Here a military question arose at once. Could the Generals allow salt, or shoes, or clothing to pass? Could they not allow gold? I asked. And I added that in fact the only practical mode of facilitating purchases would be to bar all inquiries as to how the cotton was paid for; to let the buyers and sellers settle that matter as they best could. ¶ It became evident that there was no use in continuing the dicussion. Mr. Seward pas plainly not in a position to make any concessions at all to neutrals. Nor is this surprising; for the only mode in which the Federal Government can, under present circumstances, bring cotton to market without adding to the resources of the so-styled Confederate Government or diminishing the privations of the Southern people, must be by seizing it by force and confiscating it; and consequently, the only facility likely to be given to neutrals is that of buying from the Federal authorities cotton thus seized. This seems to be the meaning of the new Regulations. ¶ I have, &c.

No. 647. Gross-britannien, 26. Dec. 1862.

Lyons.

To Earl Russell, *London.*

No. 648.

VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA. — Zweite Proclamation des Präsidenten, die Emancipation der Sclaven betr. —

By the President of the United States of America.

A Proclamation.

Whereas, on the 22nd day of September, in the year of our Lord 1862, a Proclamation was issued by the President of the United States, containing, among other things, the following, to wit: — ,,That on the 1st day of January, in the year of our Lord 1863, all persons held as slaves within any State or designated part of a State, the people whereof shall then be in rebellion against the United States, shall be then, thenceforward, and for ever, free; and the Executive Government of the United States, including the military and naval authority thereof, will recognize and maintain the freedom of such persons, and will do no act or acts to repress such persons, or any of them, in any efforts they may make for their actual freedom.

No. 648. Vereinigte Staaten, 1. Januar 1863.

,,That the Executive will, on the 1st day of January aforesaid, by Proclamation, designate the States, and parts of States, if any, in which the people thereof, respectively, shall then be in rebellion against the United States; and the fact that any State, or the people thereof, shall on that day be in good faith represented in the Congress of the United States by members chosen thereto at elections wherein a majority of the qualified voters of such States shall have participated, shall, in the absence of strong countervailing testimony, be deemed conclusive evidence that such State, and the people thereof, are not then in rebellion against the United States."

Now, therefore, I, Abraham Lincoln, President of the United States, by virtue of the power in me vested as Commander-in-chief of the army and

No. 618. Vereinigte Staaten, 1. Januar 1863.

navy of the United States in time of actual armed rebellion against the authority and Government of the United States, and as a fit and necessary war measure for suppressing the said rebellion, do, on this 1st day of January, in the year of our Lord 1863, and in accordance with my purpose so to do, publicly proclaimed for the full period of one hundred days, from the day first above-mentioned, order and designate as the States and parts of States wherein the people thereof respectively are this day in rebellion against the United States the following, to wit:

Arkansas, Texas, Louisiana (except the parishes of St. Bernard, Plaquemines, Jefferson, St. John, St. Charles, St. James, Ascension, Assumption, Terre Bonne, Lourche, Ste. Marie, St. Martin, and Orleans, including the city of New Orleans), Mississippi, Alabama, Florida, Georgia, South Carolina, North Carolina, and Virginia (except the forty-eight counties designated as West Virginia, and also the counties of Berkeley, Accomac, Northampton, Elizabeth City, York, Princess Ann, and Norfolk, including the cities of Norfolk and Portsmouth), and which excepted parts are for the present left precisely as if this Proclamation were not issued.

And by virtue of the power and for the purposes aforesaid, I do order and declare that all persons held as slaves within said designated States, and parts of States, are and henceforward shall be free; and that the Executive Government of the United States, including the military and naval authorities thereof, will recognize and maintain the freedom of said persons.

And I hereby enjoin upon the people so declared to be free to abstain from all violence, unless in necessary self-defence; and I recommend to them that, in all cases when allowed, they labour faithfully for reasonable wages.

And I further declare and make known, that such persons of suitable condition will be received into the armed service of the United States to garrison forts, positions, stations, and other places, and to man vessels of all sorts in said service.

And upon this Act, sincerely believed to be an act of justice, warranted by the Constitution, upon military necessity, I invoke the considerate judgment of mankind, and the gracious favour of Almighty God.

In testimony whereof I have hereunto set my name, and caused the seal of the United States to be affixed.

Done at the city of Washington, this 1st day of January, in the year of our Lord 1863, and of the independence of the United States the eighty-seventh.

Abraham Lincoln.

By the President:

William H. Seward, Secretary of State.

No. 649.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. kön. Gesandten in Washington. — Bemerkungen über die Proclamation wegen Emancipation der Sclaven. —

Foreign Office, January 17, 1863.

No. 649. Gross-britannien, 17. Januar 1863.

My Lord, the Proclamation of the President of the United States, inclosed in your Lordship's despatch of the 2nd instant, appears to be of a very strange nature. ¶ It professes to emancipate all slaves in places where the United States' authorities cannot exercise any jurisdiction nor make emancipation a reality, but it does not decree emancipation of slaves in any States or parts of States occupied by Federal troops, and subject to United States' jurisdiction, and where, therefore, emancipation, if decreed, might have been carried into effect. ¶ It would seem to follow that in the Border States, and also in New Orleans, a slave-owner may recover his fugitive slave by the ordinary process of law; but that in the ten States in which the Proclamation decrees emancipation, a fugitive slave arrested by legal warrant may resist, and his resistance, if successful, is to be upheld and aided by the United States' authorities and the United States' armed forces. ¶ The Proclamation, therefore, makes slavery at once legal and illegal, and makes slaves either punishable for running away from their masters, or entitled to be supported and encouraged in so doing, according to the locality of the plantation to which they belong, and the loyalty of the State in which they may happen to be. ¶ There seems to be no declaration of a principle adverse to slavery in this Proclamation. It is a measure of war, and a measure of war of a very questionable kind. ¶ As President Lincoln has twice appealed to the judgment of mankind, in his Proclamation, I venture to say I do not think it can or ought to satisfy the friends of abolition, who look for total and impartial freedom for the slave, and not for vengeance on the slave-owner. ¶ I am, &c.

Russell.

To Lord **Lyons**, *Washington.*

No. 650.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington an d. kön. Min. d. Ausw. — Allgemeine Bemerkungen über die Lage. —

Washington, January 13 (received January 29), 1863.

No. 650. Gross-britannien, 13. Januar 1863.

(Extract.) The terms of service of a very large portion of the present army expire in the spring, or in the early summer. If the present state of feeling continues, very few of the men will re-enlist; fresh volunteers will not present themselves, and to enforce a large compulsory draft will be impossible. Already desertions are very frequent; they would, it is said, be much more so did not men remain in hopes of soon receiving the large arrears of pay due to them. It was stated the other day in Congress that more than one-fourth of the officers were absent from their regiments, some with, many without leave. The

No. 650. Gross-britannien, 13. Januar 1863.

Emancipation Proclamation has disgusted many; it has made still more doubt the possibility of any other result to the war, whenever it may end, than separation. Nor is the one great advantage which the Republican party has—that of holding the Executive power, turned by them to the best account. The unpopularity and the failures of the Administration recoil upon its supporters, and they in return weaken the Administration by manifesting their discontent with it. The attack made upon the Cabinet by the Republican Senators has no doubt damaged it very much. Nor is the effect of it allowed to subside. It is pursued in the newspapers; indeed, yesterday the text of the Resolutions pressing the President to change his Cabinet was published in one of the Washington journals. Besides these party troubles, there is in some of the Western States, and especially in Indiana and Illinois, a discontent which causes apprehensions of even more than constitutional opposition. To add to all this, the state of the finances is becoming really alarming. The pay of the army is six months in arrear.

The Democratic party seeks to profit by the difficulties of its opponents, without committing itself to any very definite policy. Thus it attacks the arbitrary arrests and the other extra legal measures of the Cabinet, and, above all, the military administration; but it does not risk its own popularity by declaring against the war, or pronouncing the word „separation." Its leaders know that it is felt to be the peace party, and that it really gets all the votes of those who desire peace. They will not incur the danger of losing other votes by avowing a desire for peace themselves. They desire to throw on the Republicans all the responsibility of any unpopular measures which may become necessary. Foreign mediation is not likely to be acceptable to the people at large, and the Democrats would be very glad to escape all share of the unpopularity of having recourse to it.

According to present appearances the difficulty of keeping up the numerical force of the army would seem to be the most probable cause of peace. Great military successes might, however, revive the warlike spirit, and an invasion by the Confederates of the Northern States would probably induce great numbers of volunteers to enlist for a short period to defend their homes.

There is nothing at present to show whether or not there is likely to be in the meantime a conjuncture at which foreign Powers may step in with propriety and effect to put a stop to the effusion of blood.

Lyons.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 651.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERIKA.** — Gesandter in London an den königl. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Anzeige von der Ausrüstung eines Dampfers („Alabama“) in Liverpool für die Regierung der Conföderirten Staaten und Bitte, dagegen einzuschreiten. —

Legation of the United States, London, June 23 (received June 24), 1862.

No. 651. Vereinigte Staaten, 23. Juni 1862.

My Lord, — Some time since it may be recollected by your Lordship that I felt it my duty to make a representation touching the equipment from the port of Liverpool of the gun-boat the „Oreto“ with the intent to make war upon the United States. Notwithstanding the statements returned from the authorities of that place, with which your Lordship favoured me in reply, touching a different destination of that vessel, I have the strongest reason for believing that that vessel went directly to Nassau, and that she has been there engaged in completing her armament, provisioning, and crew for the object first indicated by me. ¶ I am now under the painful necessity of apprising your Lordship, that a new and still more powerful war steamer is nearly ready for departure from the port of Liverpool on the same errand. This vessel has been built and launched from the dockyard of persons one of whom is now sitting as a Member of the House of Commons, and is fitting out for the especial and manifest object of carrying on hostilities by sea. It is about to be commanded by one of the insurgent agents, the same who sailed in the „Oreto.“ The parties engaged in the enterprize are persons well known at Liverpool to be agents and officers of the insurgents in the United States, the nature and extent of whose labours are well explained in the copy of an intercepted letter of one of them which I received from my Government some days ago, and which I had the honour to place in your Lordship's hands on Thursday last. ¶ I now ask permission to transmit, for your consideration, a letter addressed to me by the Consul of the United States at Liverpool, in confirmation of the statements here submitted, and to solicit such action as may tend either to stop the projected expedition, or to establish the fact that its purpose is not inimical to the people of the United States. ¶ Renewing, &c.

Charles Francis Adams.

To Earl Russell.

Anlage. — Mr. Dudley to Mr. Adams.

United States' Consulate, Liverpool, June 21, 1862.

Sir, — The gun-boat now being built by the Messrs. Laird and Co., at Birkenhead, opposite Liverpool, and which I mentioned to you in a previous despatch, is intended for the so-called Confederate Government in the Southern States. The evidence I have is entirely conclusive to my mind. I do not think there is the least room for doubt about it. Beauforth and Caddy, two of the

No. 651. Vereinigte Staaten, 23. Juni 1862.

officers from the privateer „Sumter," stated that this vessel was being built for the Confederate States. The foreman in Messrs. Laird's yard says she is the sister to the gun-boat „Oreto," and has been built for the same parties and for the same purpose; when pressed for a further explanation, he stated that she was to be a privateer for the „Southern Government in the United States." The captain and officers of the steamer „Julie Uhser" now at Liverpool, and which is loaded to run the blockade, state that this gun-boat is for the Confederates, and is to be commanded by Captain Bullock. ¶ The strictest watch is kept over this vessel; no person except those immediately engaged upon her is admitted into the yard. On the occasion of the trial trip made last Thursday week no one was admitted without a pass, and these passes were issued to but few persons, and those who are known here as active Secessionists engaged in sending aid and relief to the rebels. ¶ I understand that her armament is to consist of eleven guns, and that she is to enter at once, as soon as she leaves this port, upon her business as a privateer. ¶ The vessel is very nearly completed; she has had her first trial trip. This trial was successful, and entirely satisfactory to the persons who are superintending her construction. She will be finished in nine or ten days. A part of her powder canisters, which are to number 200, and which are of a new patent, made of copper with screw tops, are on board the vessel; the others are to be delivered in a few days. No pains or expense have been spared in her construction. Her engines are on the oscillating principle and are 350 horse-power. She measures 1,050 tons burthen, and will draw fourteen feet of water when loaded. Her screw or fan works in a solid brass frame casting, weighing near two tons, and is so constructed as to be lifted from the water by steam-power. The platforms and gun carriages are now being constructed. ¶ When completed and armed she will be a most formidable and dangerous craft, and if not prevented from going to sea will do much mischief to our commerce. The persons engaged in her construction say that no better vessel of her class was ever built. ¶ I have, &c.

Thomas H. Dudley.

No. 652.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandt. d. Vereinigten Staaten in London. — Uebermittlung des Berichts des Zoll-Amtes über die Ausrüstung des „Alabama." —

Foreign Office, July 4, 1862.

No. 652. Grossbritannien, 4. Juli 1862.

Sir, — With reference to my letter of the 25th ultimo, I have the honour to inclose a copy of a Report from the Commissioners of Customs, respecting the vessel which you have been informed is being built at Liverpool for the Government of the so-styled Confederate States, and in accordance therewith I would beg leave to suggest that you should instruct the United States' Consul at Liverpool to submit to the Collector of Customs at that port such

evidence as he may possess tending to show that his suspicions as to the destination of the vessel in question are well founded. ¶ I am, &c.

Russell.

To Mr. **Adams**, etc., *London.*

Anlage. — The Commissioners of Customs to the Lords Commissioners of the Treasury.

Custom-House, July 1, 1862.

Your Lordships having referred to us the annexed letter from Mr. Hammond, Under-Secretary of State for Foreign Affairs, transmitting, by desire of Earl Russell, copy of a letter from the United States' Minister at this Court, calling attention to a steamer reported to be fitting out at Liverpool as a Southern privateer, and inclosing copy of a letter from the United States' Consul at that port, reporting the result of his investigation into the matter, and requesting that immediate inquiries may be made respecting this vessel, and such steps taken in the matter as may be right and proper:

We report —: That immediately on receipt of your Lordship's reference we forwarded the papers to our Collector at Liverpool for his special inquiry and report, and we learn from his reply that the fitting out of the vessel has not escaped the notice of the officers of this revenue, but that as yet nothing has transpired concerning her which has appeared to demand a special Report. ¶ We are informed that the officers have at all times free access to the building-yards of the Messrs. Laird at Birkenhead, where the vessel is lying, and that there has been no attempt on the part of her builders to disguise, what is most apparent, that she is intended for a ship of war; and one of the Surveyors in the service of this revenue, who had been directed by the Collector personally to inspect the vessel, has stated that the description of her in the communication of the United States' Consul is correct, with the exception that her engines are not constructed on the oscillating principle. ¶ Her dimensions are as follows: — Length, 211 feet 6 inches; breadth, 31 feet 8 inches; depth, 17 feet 8 inches; and her gross tonnage by the present rule of measurement is 682. 31 tons. ¶ The Surveyor has further stated that she has several powder-canisters on board, but as yet neither guns nor carriages, and that the current report in regard to the vessel is that she has been built for a foreign Government, which is not denied by the Messrs. Laird, with whom the Surveyor has conferred; but they do not appear disposed to reply to any questions respecting the destination of the vessel after she leaves Liverpool, and the officers have no other reliable source of information on that point. And having referred the matter to our Solicitor, he has reported his opinion that at present there is not sufficient ground to warrant the detention of the vessel, or any interference on the part of this Department, in which Report we beg to express our concurrence. ¶ And with reference to the statement of the United States' Consul, that the evidence he has in regard to this vessel being intended for the so-called Confederate Government in the Southern States is entirely conclusive to his mind, we would observe that,

No. 652. Grossbritannien, 4. Juli 1862.

inasmuch as the officers of Customs at Liverpool would not be justified in taking any steps against the vessel unless sufficient evidence to warrant her detention should be laid before them, the proper course would be for the Consul to submit such evidence as he possesses to the Collector at that port, who would thereupon take such measures as the provisions of the Foreign Enlistment Act would require. Without the production of full and sufficient evidence to justify their proceedings, the seizing officers might entail on themselves and on the Government very serious consequences. ¶ We beg to add that the officers at Liverpool will keep a strict watch on the vessel, and that any further information that may be obtained concerning her will be forthwith reported.

Thos. F. Fremantle.
Grenville C. L. Berkeley.

To the Lords Commissioners of the **Treasury.**

No. 653.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERIKA.** — Gesandter in London an d. kön. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Einsendung von Beweisstücken für die ungesetzliche Ausrüstung des „Alabama.“ —

Legation of United States, London, July 22 (received July 22), 1862.

No. 653. Vereinigte Staaten, 22. Juli 1862.

My Lord, — I have the honour to transmit copies of six depositions taken at Liverpool, tending to establish the character and destination of the vessel to which I called your Lordship's attention in my note of the 23rd of June last. ¶ The originals of these papers have already been submitted to the Collector of the Customs at that port, in accordance with the suggestions made in your Lordship's note to me of the 4th of July, as the basis of an application to him to act under the powers conferred by the Enlistment Act. But I feel it to be my duty further to communicate the facts as there alleged to Her Majesty's Government, and to request that such further proceedings may be had as may carry into full effect the determination which I doubt not it ever entertains to prevent, by all lawful means, the fitting out of hostile expeditions against the Government of a country with which it is at peace. ¶ I avail, &c.

Charles Francis Adams.

To Earl Russell.

No. 654.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERIKA.** — Gesandter in London an d. kön. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Weitere Beweise für die gesetzwidrige Ausrüstung des „Alabama,“ nebst Gutachten von Mr. Collier darüber. —

Legation of the United States, London, July 24 (received July 26), 1862.

No. 654. Vereinigte Staaten, 24. Juli 1862.

My Lord, — In order that I may complete the evidence in the case of the vessel now fitting out at Liverpool, I have the honour to submit to your Lordship's consideration the copies of two more depositions taken respecting that

subject. ¶ In the view which I have taken of this extraordinary proceeding as a violation of the Enlistment Act, I am happy to find myself sustained by the opinion of an eminent lawyer of Great Britain, a copy of which I do myself the honour likewise to transmit. ¶ Renewing, &c.

No. 654. Vereinigte Staaten, 24. Juli 1862.

Charles Francis Adams.

Anlage. — Case submitted to Mr. Collier, Q. C.

You will receive herewith copies of the following affidavits in reference to a gunboat known as „No. 290," which was built by Messrs. Laird and Co. at Birkenhead, as it is believed for the Confederate States of America, and which is now lying ready for sea in all respects in the Birkenhead docks: — No. 1. Affirmation of T. H. Dudley; No. 2. Affidavit of J. de Costa; No. 3. Affidavit of Mr. Maguire; No. 4. Affidavit of H. Wilding and M. Maguire; No. 5. Affidavit of A. S. Clare; No. 6. Affidavit of William Passmore; No. 7. Affidavit of Edward Roberts; No. 8. Affidavit of Robert John Taylor. An application has been made on the Affidavits Nos. 1 to 6 inclusive, to the Collector of Customs at Liverpool, to detain the vessel under the provisions of the Act 59 Geo. III, cap. 69; but, under the advice of the Solicitors to the Customs, the Board have declined to sanction the detention of the vessel. ¶ You are requested to advise the Consul for the United States at Liverpool whether the affidavits now submitted to you disclose facts which would justify the Collector of Customs in detaining the vessel under the Act in question.

July 23, 1862.

Opinion.

I have perused the above affidavits, and I am of opinion that the Collector of Customs would be justified in detaining the vessel. Indeed, I should think it his duty to detain her; and that if, after the application which has been made to him, supported by the evidence which has been laid before me, he allows the vessel to leave Liverpool, he will incur a heavy responsibility, a responsibility of which the Board of Customs, under whose directions he appears to be acting, must take their share. ¶ It appears difficult to make out a stronger case of infringement of the Foreign Enlistment Act, which, if not enforced on this occasion, is little better than a dead letter. ¶ It well deserves consideration whether, if the vessel be allowed to escape, the Federal Government would not have serious grounds of remonstrance.

Temple, July 23, 1862.

R. P. Collier.

No. 655.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandt. d. Vereinigten Staaten in London. — Das Verfahren der englischen Regierung in Bezug auf den „Alabama" betr. —

Foreign Office, September 22, 1862.

No. 655. Gross-britannien, 22. Sept. 1862.

Sir, — I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of the 4th instant inclosing a copy of a letter from the United States' Consul at Liverpool, together with the deposition of Henry Redden respecting the supply of cannon and munitions of war to the gun-boat „No. 290." You also call attention to the fact that you have not yet received any reply to the representations you have addressed to Her Majesty's Government upon the subject. ¶ I had the honour in acknowledging the receipt of your letter of the 23rd of June to state to you that the matter had been referred to the proper Department of Her Majesty's Government for investigation. Your subsequent letters were also at once forwarded to that Department, but, as you were informed in my letter of the 28th of July, it was requisite before any active steps could be taken in the matter to consult the Law Officers of the Crown. This could not be done until sufficient evidence had been collected, and from the nature of the case some time was necessarily spent in procuring it. The Report of the Law Officers was not received until the 29th of July, and on the same day a telegraphic message was forwarded to Her Majesty's Government, stating that the vessel had sailed that morning. Instructions were then despatched to Ireland to detain the vessel should she put into Queenstown, and similar instructions have been sent to the Governor of the Bahamas in case of her visiting Nassau. It appears, however, that the vessel did not go to Queenstown as had been expected, and nothing has been since heard of her movements. ¶ The officers of Customs will now be directed to report upon the further evidence forwarded by you, and I shall not fail to inform you of the result of the inquiry. ¶ I am, &c.

Russell.

To Mr. **Adams**, etc.

No. 656.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERIKA.** — Gesandter in London an d. kön. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Die Ausrüstung von Schiffen der Conföderirten Staaten in englischen Häfen betr. —

Legation of the United States, London, September 30 (received October 1), 1862.

No. 656. Vereinigte Staaten, 30. Sept. 1862.

My Lord, — I have the honour to submit to your consideration the copy of another deposition, taken at Liverpool before the Collector of the port, which, in connection with the papers heretofore presented, go to establish beyond reasonable doubt the fact that the insurgents in the United States and their coadjutors at that place have been engaged in fitting out vessels at that port to make war on the United States, in utter contempt of the law and of Her Majesty's

injunctions in her Proclamation. I expect to be in possession of some stronger evidence of the same nature in relation to past transactions, which I hope to be able likewise to submit in a few days. ¶ The injuries to which the people of the United States are subjected by the unfortunate delays experienced in the case of my remonstrance against the fitting out of the gun-boat „290," now called the Confederate steamer „Alabama," are just beginning to be reported. I last night received intelligence from Gibraltar that this vessel has destroyed ten whalingships in the course of a short time at the Azores. ¶ I have strong reason to believe that still other enterprises of the same kind are in progress in the ports of Great Britain at this time: indeed, they have attained so much notoriety as to be openly announced in the newspapers of Liverpool and London. In view of the very strong legal opinion which I had the honour to present to your Lordship's consideration, it is impossible that all these things should not excite great attention in the United States. I very much fear they will impress the people and the Government with a belief, however unfounded, that their just claims on the neutrality of Great Britain have not been sufficiently estimated. The extent to which Her Majesty's flag, and some of her ports, have been used to the end of carrying on hostile operations, is so universally understood that I deem it unnecessary further to dwell upon it. But in the spirit of friendliness with which I have ever been animated towards Her Majesty's Government, I feel it my duty to omit no opportunity of urging the manifestation of its well-known energy in upholding those laws of neutrality upon which alone the reciprocal confidence of nations can find a permanent base. ¶ I pray, &c.

No. 656. Vereinigte Staaten, 30. Sept. 1862.

Charles Francis Adams.

To Earl Russell, etc.

No. 657.

VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA. — Gesandt. in London a. d. kön. grossbrit. Min. d. Ausw. — Entschädigungsforderung für die Schäden, welche der „Alabama" der Regierung und den Unterthanen der Union zugefügt hat. —

Legation of the United States, London, November 20 (received November 22), 1862.

No. 657. Vereinigte Staaten, 20. Nov. 1862.

My Lord, — It is with very great regret that I find myself once more under the necessity of calling your Lordship's attention to the painful situation in which the Government of the United States is placed by the successive reports received of the depredations committed on the high seas upon merchant-vessels by the gun-boat known in this country as „No. 290," touching the construction and outfit of which in the port of Liverpool, for the above purpose, I had the honour of heretofore presenting evidence of the most positive character. ¶ It is my duty now to submit to your consideration copies of a large number of papers received from Washington, as well as from the Consul at Liverpool, all of which concur in establishing the truth of the allegations made by me of the intentions of that vessel prior to her departure from the ports of this kingdom.

No. 657. Vereinigte Staaten, 20. Nov. 1862.

I then averred that the purpose was to make war upon the people of the United States, a nation with which Great Britain has now been for half a century, and still is, on a footing of the most friendly alliance by the force of Treaties which have received the solemn sanction of all the authorities regarded among men as necessary to guarantee the mutual obligations of nations. That I made no mistake in that averment is now fully proved by the hostile proceedings of that vessel since the day she sailed from the place in this kingdom where she was prepared for that end. ¶ It now appears from a survey of all the evidence, — first, that this vessel was built in a dockyard belonging to a commercial house in Liverpool, of which the chief member, down to October of last year, was a member of the House of Commons; secondly, that from the manner of her construction, and her peculiar adaptation to war purposes, there could have been no doubt by those engaged in the work, and familiar with such details, that she was intended for other purposes than those of legitimate trade; and, thirdly, that during the whole process and outfit in Liverpool, the direction of the details, and the engagement of persons to be employed in her, were more or less in hands known to be connected with the insurgents in the United States. It further appears that since her departure from Liverpool, which she was suffered to leave without any of the cust omary evidence at the Custom-house to designate her ownership, she has been supplied with her armament, with coals, and stores, and men, by vessels known to be fitted out and despatched for the purpose from the same port; and that although commanded by Americans in her navigation of the ocean, she is manned almost entirely by English seamen, engaged and forwarded from that port by persons in league with her Commander. Furthermore, it is shown that this Commander, claiming to be an officer acting under legitimate authority, yet is in the constant practice of raising the flag of Great Britain, in order the better to execute his system of ravage and depredation on the high seas. And lastly, it is made clear that he pays no regard whatever to the recognized law of capture of merchant-vessels on the high seas, which requires the action of some judicial tribunal to confirm the rightfulness of the proceeding; but, on the contrary, that he resorts to the piratical system of taking, plundering, and burning private property without regard to consequences or responsibility to any legitimate authority whatever. ¶ Such being the admitted state of the facts, the case evidently opens a series of novel questions of the gravest character to the consideration of all civilized countries. It is obviously impossible to reconcile the toleration by any one nation of similar undertakings in its own ports to the injury of another nation with which it is at peace, with any known theory of moral or political obligation. It is equally clear that the reciprocation of such practices could only lead, in the end, to the utter subversion of all security to private property upon the ocean. In the case of countries geographically approximated to one another, the preservation of peace between them for any length of time would be rendered by it almost impossible. It would be, in short, permitting any or all irresponsible parties to prepare and fit out, in any country, just what armed enterprises against the property of their neighbours they might think fit to devise, without the possibility of recovering a control

over their acts the moment after they might succeed in escaping from the particular local jurisdiction into the high seas. ¶ It is by no means my desire to imply an intention on the part of Her Majesty's Government to countenance any such idea. I am fully aware of the fact that, at a very early date, more than one month before the escape of the vessel, on my presenting evidence of the nature and purposes of the nameless vessel, together with the decided opinion of eminent Counsel that a gross violation of the law of the land, as well as a breach of the law of nations, was in process of perpetration, an investigation was entered into by the Law Officers of the Crown, which resulted in an acknowledgment of the justice of the remonstrance. In consequence of this I am led to infer, from the language of your Lordship's note of the 22nd of September explaining the facts of the case, that an order to detain the vessel at Liverpool was about to issue on the 29th of July last, when a telegraphic message was forwarded to you from that port to the effect that the vessel had escaped that very morning. Your Lordship further adds that instructions were then immediately sent to Ireland to stop her should she put into Queenstown, and similar instructions were forwarded to the port of Nassau. But it has turned out that nothing has been heard of her at either place. ¶ It thus appears that Her Majesty's Government had become so far convinced of the true nature of the enterprize in agitation at Liverpool from the evidence which I had had the honour to submit to your Lordship's consideration, and from other inquiry, as to have determined on detaining the vessel. So far as this action went, it seems to have admitted the existence of a case of violation of the laws of neutrality in one of Her Majesty's ports of which the Government of the United States had a right to complain. The question will then remain, how far the failure of the proceedings thus admitted to have been instituted by Her Majesty's Government to prevent the departure of this vessel affects the right of reclamation of the Government of the United States for the grievous damage done to the property of their citizens in permitting the escape of this lawless pirate from its jurisdiction. ¶ And here it may not be without its use to call to your Lordship's recollection for a moment the fact that this question, like almost all others connected with the duty of neutrals in time of war on the high seas, has been much agitated in the discussions heretofore held between the authorities of the two countries. During the latter part of the last century it fell to the lot of Her Majesty's Government to make the strongest remonstrances against the fitting out in the ports of the United States of vessels with an intent to prey upon British commerce; not, however, in the barbarous and illegal manner shown to have been practised by „No. 290," but subject to the forms of ultimate adjudication equally recognized by all civilized nations: and they went the further length of urging the acknowledgment of the principle of compensation in damages for the consequences of not preventing the departure of such vessels. That principle was formally recognized as valid by both parties, in the VIIth Article of the Treaty of the 19th November, 1794; and accordingly, all cases of damage previously done by capture of British vessels or merchandize, by vessels originally fitted out in the ports of the United States, were therein agreed to be referred to

No. 657. Vereinigte Staaten, 20. Nov. 1862.

a Commission provided for by that Treaty, to award the necessary sums for full compensation. ¶ I am well aware that the provisions of that Treaty are no longer in force, and that even if they were, they bound only the United States to make good the damage done in the precise contingency then occurring. But I cannot for a moment permit myself to suppose that Her Majesty's Government, by the very act of pressing for the recognition of the principle in a Treaty when it applied for its own benefit, did not mean to be understood as equally ready to sustain it at any and all times when it might be justly applied to the omission to prevent similar action of British subjects within its own jurisdiction towards the people of the United States. ¶ But I would beg further to call your Lordship's attention to the circumstance that there is the strongest reason to believe that the claim for compensation in cases of this kind was not pressed by Her Majesty's Government merely in connection with the obtaining a formal recognition of the principle in an express contract. This seems to have been but a later step, and one growing out of a previous advance of a similar demand based only on general principles of equity that should prevail at all times between nations. Here again it appears that the Government of the United States, having admitted a failure down to a certain date in taking efficient steps to prevent the outfit in their ports of cruizers against the vessels of Great Britain, with whom they were at peace, recognized the validity of the claim advanced by Mr. Hammond, Her Majesty's Minister Plenipotentiary at Philadelphia, for captures of British vessels subsequently made by those cruizers even on the high seas. This principle will be found acknowledged in its full length in the reply of Mr. Jefferson, then Secretary of State of the United States, dated 5th of September, 1793, to a letter from Mr. Hammond of the 30th of August preceding, a copy of which is unfortunately not in my possession; but which, from the tenor of the answer, I must presume to have itself distinctly presented the admitted ground of the claim. ¶ Armed by the authority of such a precedent, having done all in my power to apprise Her Majesty's Government of the illegal enterprise in ample season for effecting its prevention; and being now enabled to show the injurious consequences to innocent parties relying upon the security of their commerce from any danger through British sources, ensuing from the omission of Her Majesty's Government, however little designed, to apply the proper prevention in due season, — I have the honour to inform your Lordship of the directions which I have received from my Government to solicit redress for the national and private injuries already thus sustained, as well as a more effective prevention of any repetition of such lawless and injurious proceedings in Her Majesty's ports hereafter. ¶ I pray, &c.

Charles Francis Adams.

To Earl Russell.

No. 658.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandt. der Vereinigten Staaten in London. — Ablehnung der Entschädigungsforderung der Regierung der Vereinigten Staaten. —

Foreign Office, December 19, 1862.

No. 658. Gross-britannien, 19. Dec. 1862.

Sir, — I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of the 20th ultimo, in which, under instructions from your Government, you submit, for the consideration of Her Majesty's Government, papers confirming the truth of the allegations which you made to me some time ago as to the intentions with which the vessel formerly known as „No. 290," but now called the „Alabama," was fitted out at Liverpool; and you observe that those allegations are now fully proved by the hostile proceedings of that vessel since she left the United Kingdom. ¶ You pass in review the history of the „Alabama" both before and since she sailed from Liverpool; and you state that the facts being admitted, they present to the consideration of all civilized countries a series of novel questions of the gravest character. You say that it is obviously impossible to reconcile the toleration by any one nation of similar undertakings in its own ports to the injury of another nation with which it is at peace, with any known theory of moral or political obligation; and you add, with some further observations in the same sense, that the reciprocation of such practices could only in the end lead to the utter subversion of all security to private property upon the ocean. ¶ You, however, say that it is by no means your desire to imply an intention on the part of Her Majesty's Government to countenance any such idea. You admit that you are aware of the measures adopted at a very early date with reference to the „Alabama," and of the orders subsequently issued to detain that vessel as soon as legal opinions were obtained; orders which it was not possible for the authorities to execute, because at the very moment when they were issued the „Alabama" made her escape from Liverpool. ¶ You finally state that you have been instructed to solicit redress for the national and private injuries sustained by the proceedings of this vessel, as well as a more effective prevention of any repetition of them in British ports hereafter. ¶ Before I proceed to examine the justice of these demands, it will be convenient that I should advert to the circumstances to which you call my attention as having occurred soon after the breaking out of the French revolutionary war. You observe that on that occasion remonstrances were addressed by the British Government to that of the United States respecting the fitting out of privateers in United States' ports with an intent to prey upon British commerce; and that the demands of the British Government were admitted by the United States, and were formally recognized in the VIIth Article of the Treaty between the two countries of the 19th of November, 1794. ¶ But an examination of the actual occurrences, and of the history of that remarkable period, presents a state of facts materially different from those relating to the „Alabama." Those facts may be shortly stated as follows: — The revolutionary Government of France

No. 658. Gross-britannien, 19. Dec. 1862.

had openly avowed its determination to disregard all the principles of international law which had been acknowledged by civilized States: and that Government proceeded to put in force its determination by claiming to equip as a matter of right, and by actually equipping, privateers in the neutral ports of the United States, by sending those privateers forth from those ports to prey upon British commerce by bringing prizes into the neutral ports, and by then going through some scant forms of adjudication. ¶ This was the avowed system upon which the Agents of belligerent France claimed to act, and upon which, owing to the temporary superiority of her naval force, they did for a short period act in the neutral ports and waters of the United States, notwithstanding the remonstrances of the United States' Government. ¶ It was these several facts, namely, the open and deliberate equipment of privateers in American ports by the French, the capture by those privateers of British vessels in United States' waters, and the bringing them as prizes into United States' ports, which formed collectively the basis of the demands made by the British Plenipotentiaries. Those demands had reference not to the accidental evasion of a municipal law of the United States by a particular ship, but to a systematic disregard of international law upon some of the most important points of neutral obligation. ¶ This is apparent from the whole correspondence of the British Government with the Government of the United States, and from the replies of Mr. Jefferson to Mr. Hammond the British Minister. Consequently neither the complaints of the British Government in 1793, nor the Treaty of 1794, have any bearing upon the question now under discussion. ¶ With regard to the claim for compensation now put forward by the United States' Government, it is, I regret to say, notorious that the Queen's Proclamation of the 13th of May, 1861, enjoining neutrality in the unfortunate civil contest in North America, has in several instances been practically set at nought by parties in this country. On the one hand, vast supplies of arms and warlike stores have been purchased in this country, and have been shipped from British ports to New York, for the use of the United States' Government. On the other hand, munitions of war have found their way from this country to ports in possession of the Government of the so-styled Confederate States. ¶ These evasions of the neutrality prescribed by the Queen's Proclamation have caused Her Majesty's Government much concern, but it is not difficult to account for what has occurred. ¶ Such shipments as I have spoken of may be effected without any breach of municipal law, and commercial enterprise in this country, as elsewhere, is always ready to embark in speculations offering a prospect of success, or in which, at all events, the promise of gain is supposed to be greater than the risk of loss. ¶ British subjects who have engaged in such enterprises have been left by Her Majesty's Government to abide by the penalty attaching to their disregard of the Queen's Proclamation of Neutrality, that penalty being by international law the condemnation as prize of war of vessel and cargo, if captured by a belligerent cruizer, and duly condemned in a competent Prize Court. ¶ Her Majesty's Government have nevertheless availed themselves of every fitting opportunity to discourage these enterprises, and I have the honour to refer you, in illustration of the truth of this, to the

answer which I caused to be returned on the 6th of July to a memorial from British merchants and shipowners at Liverpool, and of which I furnished you confidentially with a copy in my note of the 4th of August. ¶ It is right, however, to observe, that the party which has profited by far the most by these unjustifiable practices has been the Government of the United States, because that Government having a superiority of force by sea, and having blockaded most of the Confederate ports, has been able, on the one hand, safely to receive all the warlike supplies which it has induced British manufacturers and merchants to send to United States' ports in violation of the Queen's Proclamation, and, on the other hand, to intercept and capture a great part of the supplies of the same kind which were destined from this country to the Confederate States. If it be sought to make Her Majesty's Government responsible to that of the United States, because arms and munitions of war have left this country on account of the Confederate Government, that Confederate Government, as the other belligerent, may very well maintain that it has a just cause of complaint against the British Government, because the United States' arsenals had been replenished from British sources. ¶ Nor would it be possible to deny that, in defiance of the Queen's Proclamation, many subjects of Her Majesty, owing allegiance to her Crown, have enlisted in the armies of the United States. Of this fact you cannot be ignorant. ¶ Her Majesty's Government, therefore, have just grounds of complaint against both of the belligerent parties, but most especially against the Government of the United States, for having systematically, and in disregard of that comity of nations which it was their duty to observe, induced subjects of Her Majesty to violate those orders which, in conformity with her neutral position, she has enjoined all her subjects to obey. ¶ Great Britain cannot be held responsible to either party for these irregular proceedings of British subjects, and an endeavour to make her so would be about as reasonable as if Her Majesty's Government were to demand compensation from the United States for the injuries done to the property of British subjects by the „Alabama," resting their demand on the ground that the United States claim authority and jurisdiction over the Confederate States, by whom that vessel was commissioned. ¶ So far as relates to the export of arms and munitions of war by subjects of Great Britain from British ports, for the use of the Confederates, it is a sufficient answer to say that the municipal law of this country does not empower Her Majesty's Government to prohibit or interfere with such export, except in extraordinary cases, when the Executive is armed with special powers; and, with regard to the Law of Nations, it is clear that the permission to export such articles is not contrary to that law, and that it affords no just ground of complaint to a belligerent. The authorities for this latter position are numerous and unconflicting, but it may suffice to refer to passages on the subject in the works of two American writers of high and admitted authority. The passages are as follows: —

1. „It is not the practice of nations to undertake to prohibit their own subjects, by previous laws, from trafficking in articles contraband of war. Such trade is carried on at the risk of those engaged in it, under the liabilities

No. 658. Grossbritannien, 19. Dec. 1862.

and penalties prescribed by the Law of Nations or particular Treaties." (Wheaton's „International Law," sixth edition, 1855, page 571, by Lawrence.)

2. „It is a general understanding that the Powers at war may seize and confiscate all contraband goods without any complaint on the part of the neutral merchant, and without any imputation of a breach of neutrality in the neutral Sovereign himself. It was contended on the part of the French nation in 1796, that neutral Governments were bound to restrain their subjects from selling or exporting articles contraband of war to the belligerent Powers. But it was successfully shown, on the part of the United States, that neutrals may lawfully sell, at home, to a belligerent purchaser, or carry, themselves, to the belligerent Powers, contraband articles, subject to the right of seizure *in transitu.* This right has since been explicitly declared by the judicial authorities of this country (United States). The right of the neutral to transport, and of the hostile Power to seize, are conflicting rights, and neither party can charge the other with a criminal act." (Kent's „Commentaries," vol. I., p. 145, eighth edition, 1854).

In accordance with these principles, the President's Message of 31st December, 1855, contains the following passage: — „In pursuance of this policy, the laws of the United States do not forbid their citizens to sell to either of the belligerent Powers articles contraband of war, or take munitions of war or soldiers on board their private ships for transportation, and although in so doing the individual citizen exposes his property or person to some of the hazards of war, his acts do not involve any breach of national neutrality, nor of themselves implicate the Government." ¶ As regards the sailing of the „Alabama" from Liverpool, I cannot do better than refer you to the circumstances respecting that vessel with which I have already had the honour to make you acquainted. In my letter of the 28th of July I informed you that it was requisite to consult the Law Officers of the Crown before any active steps could be taken in regard to that vessel. In my letter of the 22nd of September I explained that from the nature of the case some time was necessarily spent in procuring the requisite evidence; that the Report of the Law Officers was not received until the 29th of July; and that on the same day a telegraphic message reached Her Majesty's Government stating that the vessel had that morning sailed. Instructions were then dispatched to detain her should she put in either at Queenstown or Nassau, to one or other of which ports it was expected that she would go, but the „Alabama" did not call at either of those places. On the 4th of October, I stated to you that much as Her Majesty's Government desired to prevent such occurrences, they were unable to go beyond the law, municipal and international; and on the 16th of that month I replied to your observations with reference to the infringement of the Foreign Enlistment Act, by remarking that it was true that the Foreign Enlistment Act, or any other Act for the same purpose, might be evaded by subtle contrivances, but that Her Majesty's Government could not on that account go beyond the letter of the existing law. ¶ However, it is needless that I should pursue this branch of the question further, since you admit that you are aware that the „Alabama" sailed not only

No. 658. Grossbritannien, 19. Dec. 1862.

without the direct authority or indirect permission of Her Majesty's Government, but in opposition to the municipal law, and in spite of earnest endeavours made to enforce it. ¶ That this should have happened is a circumstance not calculated to excite much surprise in the United States, for two reasons: first, because the principal municipal law of the United States (passed almost at the same time as that of this country, and, it is believed, after a full understanding between the two States) is, in fact, almost identical with that of Great Britain upon this subject; and, secondly, because its notorious evasion, during the late war waged by Great Britain and her allies against Russia, was the subject of remonstrances on the part of Her Majesty's Representative at Washington to the United States' Government. ¶ Great Britain was then, as on other occasions, assured that every effort which the law would permit had been made to prevent such practices; that the United States' Government could only proceed on legal evidence, the law as to which is almost, if not entirely, the same as in this country; and that without such evidence no conviction could be procured. ¶ In the case of the ,,Alabama,“ it is not denied that strict orders were given for her detention as soon as it appeared to the legal Advisers of the Crown that the evidence might be sufficient to warrant them in advising such a course, and that the „Alabama“ contrived to evade the execution of those orders. ¶ Her Majesty's Government cannot, therefore, admit that they are under any obligation whatever to make compensation to United States' citizens on account of the proceedings of that vessel. ¶ As regards your demand for a more effective prevention, for the future, of the fitting out of such vessels in British ports, I have the honour to inform you that Her Majesty's Government, after consultation with the Law Officers of the Crown, are of opinion that certain amendments might be introduced into the Foreign Enlistment Act, which, if sanctioned by Parliament, would have the effect of giving greater power to the Executive to prevent the construction, in British ports, of ships destined for the use of belligerents. But Her Majesty's Government consider that, before submitting any proposals of that sort to Parliament, it would be desirable that they should previously communicate with the Government of the United States, and ascertain whether that Government is willing to make similar alterations in its own Foreign Enlistment Act, and that the amendments, like the original statute, should, as it were, proceed *pari passu* in both countries. ¶ I shall accordingly be ready to confer at any time with you, and to listen to any suggestions which you may have to make by which the British Foreign Enlistment Act and the corresponding statute of the United States may be made more efficient for their purpose. ¶ I am, &c.

Russell.

To Mr. Adams, etc.

No. 659.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERIKA.** — Gesandt. in London a. d. kön. grossbrit. Min. d. Ausw. — Weitere Begründung der Entschädigungsansprüche für die durch den ,,Alabama" verursachten Schäden. —

Legation of the United States, London, December 30 (received December 31), 1862.

No. 659. Vereinigte Staaten, 30. Dec. 1862.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the reception of your Lordship's note of the 19th instant, in reply to the representation I had been instructed to submit to your consideration, touching the ravages committed on the commerce of the United States by a vessel of war built and fitted out in a port of this kingdom, and for the most part manned by Her Majesty's subjects. So far as that note responds to the two great objects of inquiry which I had been directed to propose, my duty has been performed by the transmission, without loss of time, of a copy of it for the consideration of my Government. But your Lordship has done me the honour to touch upon several collateral topics incidentally connected with the reasoning contained in my note, in a manner which seems to require from me a somewhat extended explanation. ¶ The first of these to which my attention has been particularly directed relates to the fact, which your Lordship appears readily to admit, that Her Majesty's Proclamation of the 13th of May, 1861, enjoining neutrality in the unfortunate civil contest in North America, has been practically set at naught in this kingdom. Much as it may impair the confidence heretofore so generally and justly entertained in the ability of Her Majesty's Government to enforce her authority within her own dominions, I am not aware that in the representation I had the honour to make upon this particular occasion, any reasoning of mine was made to rest upon it. The question, as connected with the case of ,,No. 290," was presented by the eminent Counsel on whose opinion I relied, mainly on the ground that the building and equipment of that vessel was a gross violation of the municipal law of this kingdom. It was expressly stated by Mr. Collier that ,,it appeared difficult to make out a stronger case of infringement of the Foreign Enlistment Act, which, if not enforced on this occasion, is little better than a dead letter." That this position was a correct one is fully confirmed by the report subsequently made by Her Majesty's Law Officers, and by the later efforts of Her Majesty's Government to act under the law. It is not, then, the nullity of Her Majesty's Proclamation that is now in question. It is rather the admitted fact of a violation of a statute of this kingdom intended to prevent ill-disposed persons from involving it in difficulty by committing wanton and injurious assaults upon foreign nations with which it is at peace, of which Her Majesty's Ministers are invited by a party injured to take cognizance, of which they do take cognizance so far as to prepare measures of prevention, but which, by reason of circumstances wholly within their own control, they do not prevent in season to save the justly complaining party from serious injury. On the substantial points of the case little room seems left open for discussion. The omission to act in season is not denied: the injury committed on an innocent party is beyond dispute. If in these particulars I shall be found to be correct, then I respectfully submit

it to your Lordship whether it does not legitimately follow that such a party has a right to complain and to ask redress. And in this sense it matters little how that omission may have occurred, whether by intentional neglect or by accidental delays having no reference to the merits of the question; the injury done to the innocent party giving a timely notice remains the same, and those who permitted it remain equally responsible. ¶ It is in this view that the precedent which I had the honour to cite from the earlier history of the United States appeared to me to have much more pertinence than your Lordship is inclined to attach to it. I still think that it has not attracted so much of your attention as it deserves. Your Lordship will pardon me for suggesting that it was not because „the Revolutionary Government of France openly avowed its determination to disregard all the principles of international law which had been acknowledged by civilized States," or because of „a supposed temporary superiority of her naval force," it did „actually equip privateers in the neutral ports of the United States, and send them forth to prey upon British commerce," &c., that the Government of the United States were induced to listen to the demands of the British Government for redress. The claim that was actually made by France rested upon its interpretation of two Articles of a solemn Treaty, offensive and defensive, between France and the United States, which not without show of reason claimed for the former the right to fit out cruizers against its enemies in the ports of the United States. Although very properly denying this to be the correct version, the Government of the United States felt unwilling to act on a policy of repression until due notice given of its determination to abide by an opposite construction. In the interval, certain captures of British vessels took place, which the Government, because of its failure, for the reasons assigned, to prevent them, considered itself bound to make good. Here are the very words of Mr. Jefferson in his letter to Mr. Hammond: — ¶ „Having for particular reasons forborne to use all the means in our power for the restitution of the three vessels mentioned in my letter of August 7th, the President thought it incumbent on the United States to make compensation for them; and though nothing was said in that letter of other vessels taken under like circumstances and brought in after the 5th of June, and before the date of that letter, yet where the same forbearance had taken place, it was and is his opinion that compensation would be equally due." ¶ From these words the deduction appears to be inevitable that the principle of compensation in the case derived its only force from the omission by the United States to prevent a wrong done to the commerce of a nation with which they were at peace. So likewise may it be reasonably urged in the present case, that the omission of Her Majesty's Government upon full and seasonable notice to carry into effect the provisions of its own law designed to prevent its subjects from inflicting injuries upon the commerce of nations with which it is at peace renders it justly liable to make compensation to them for the damages which may ensue. ¶ That the British Government of that day did consider itself equitably entitled to full indemnity, not simply for the hostile acts of Frenchmen in American ports, but for the loss and damage suffered on the high seas by reason of assistance rendered to them

No. 659. Vereinigte Staaten, 30. Dec. 1862.

by citizens of the United States, will clearly appear by reference to the fourth Article of a project of a Treaty proposed by Lord Grenville to Mr. Jay, on the 30th of August, 1794. The words are these: — ¶ „And it is further agreed, that if it shall appear that in the course of the war loss and damage has been sustained by His Majesty's subjects, by reason of the capture of their vessels and merchandize, such capture having been made either within the limits of the jurisdiction of the said States, or by vessels armed in the ports of the said States, or by vessels commanded or owned by the citizens of the said States, the United States will make full satisfaction for such loss or damage, the same being to be ascertained by Commissioners in the manner already mentioned in this Article." ¶ If by the preceding representation I have succeeded in making myself clearly understood by your Lordship, then will it, I flatter myself, be made to appear that in both these cases, that in 1794 as well as that in 1862, the claim made rests on one and the same basis, to wit, the reparation by a neutral nation of a wrong done to another nation with which it is at peace, by reason of a neglect to repress the cause of it, originating among its own citizens in its own ports. ¶ The high character of Lord Grenville is a sufficient guarantee to all posterity that he never could have presented a proposition like that already quoted, except under a full conviction that it was founded on the best recognized principles of international law. Indeed, it is apparent on the face of the preamble that even the later Statute Law of both nations on this subject is but an attempt to give extraordinary efficacy to the performance of mutual obligations between States, which rest on a higher and more durable basis of justice and of right. It was on this ground, and on this alone, that Lord Grenville obtained the concessions then made of compensation for damage done to her commerce on the high seas by belligerent cruizers fitted out in the ports of the United States. I shall never permit myself to believe that Her Majesty's Government will be the more disposed to question the validity of the principle thus formally laid down merely from the fact that in some cases it may happen to operate against itself. ¶ This consideration naturally brings me back to the examination of that portion of your Lordship's note which relates to the alleged violations in Great Britain of Her Majesty's Proclamation by the respective parties engaged in this war. Although this subject be not absolutely connected with that on which I made my representation, I cheerfully seize the opportunity thus furnished me to attempt in some degree to rectify your Lordship's impressions of the action of the Government of the United States even on that question. ¶ Your Lordship does me the honour to observe that I cannot be ignorant of the fact, which it is impossible to deny, „that in defiance of the Queen's Proclamation many subjects of Her Majesty, owing allegiance to her Crown, have enlisted in the armies of the United States." „Her Majesty's Government, therefore, have just ground for complaint against both the belligerent parties, but most especially against the Government of the United States, for having systematically, and in disregard of that comity of nations which it was their duty to observe, induced subjects of Her Majesty to violate those orders which, in conformity with her neutral position, she has enjoined all her subjects to obey." ¶ As these words, taken in their

connection, might seem to imply a serious charge against myself, as well as the Government of the United States, I must pray your Lordship's pardon if I desire to know whether there be any particulars in my own conduct in which your Lordship has found the evidence for such a statement. So far as I have been made acquainted with the course of my own Government, or I remember my own, I must most respectfully take issue with your Lordship upon it, and challenge you to the proof. That very many of the subjects of Great Britain have voluntarily applied to me for engagements in the service of the United States is most true. That I ever induced one of them to violate Her Majesty's orders, either directly or indirectly, is not true. That numbers of Her Majesty's subjects have voluntarily crossed the ocean and taken service under the flag of the United States I have reason to believe. That the Government of the United States systematically, and in disregard of the comity of nations, induced them to come over to enlist, I have not yet seen a particle of evidence to show, and I must add, praying your Lordship's pardon, I am authorised explicitly to deny. In response to a remonstrance made to me by your Lordship it is but a few days since, I took occasion, so far as my action was concerned, or the action of any of the officers of the United States in this kingdom, to place the country right before you on that score. After the very explicit retractation made in your Lordship's reply to me, dated on the 16th instant, it is not without great surprise that I now perceive what I cannot but regard as a renewal of the imputation. ¶ Your Lordship is pleased carefully to join the two parties to this war as if in your estimation equally implicated in the irregular proceedings conducted within this kingdom, and equally implicating the subjects of Great Britain in the violation of Her Majesty's Proclamation. Hence it is argued that the omission to hold any one to his responsibility affords no more just ground of complaint to one party than to the other. I cannot but think that your Lordship has overlooked a just distinction to be observed in these cases, and in order to show it the more clearly I shall be compelled to ask your Lordship to follow me in a brief investigation of the facts. ¶ The only allegation wich I find in your Lordship's note in connection with the United States is this, that „vast supplies of arms and warlike stores have been purchased in this country, and have been shipped from British ports to New York for the use of the United States' Government.“ ¶ Admitting this statement to be true to its full extent, conceding even the propriety of the application of the term „vast“ to any purchases that have been made for the United States, the whole of it amounts to this, and no more, that arms and warlike stores have been purchased of British subjects by the agents of the Government of the United States. It nowhere appears that the action of the British went further than simply to sell their goods for cash. There has been no attempt whatever to embark in a single undertaking for the assistance of the United States in the war they are carrying on; no ships of any kind have been constructed or equipped by Her Majesty's subjects for the purpose of sustaining their cause, either by lawful or unlawful means, nor a shilling of money, so far as I know, expended with the intent to turn the scale in their favour. Whatever transactions may have taken place have

No: 659. Vereinigte Staaten, 30. Dec. 1862.

been carried on in the ordinary mode of bargain and sale, without regard to any other consideration than the mere profits of trade. ¶ If such be, then, the extent of the agency of the United States on this side of the Atlantic during the present war, and no more, it appears clear from the positions assumed by your Lordship, in the very note to which I have the honour to reply, that thus far they have given no reasonable ground for complaint at all. The citations to which your Lordship has done me the favour to call my attention, as drawn from American authors of admitted eminence, all contribute to establish the fact that the mere purchase, or export by a belligerent from a neutral, of arms and munitions of war does not involve any censure on either party. I do not at the present moment entertain a design to question the correctness of that doctrine. As a necessary consequence, I can scarcely perceive the fitness of associating such actions as I have shown that of the United States to be, in the same category with that of which the Government of the United States has heretofore instructed me to complain. ¶ And here, I beg to call your Lordship's attention to the fact that it is not the mere purchase or exportation of arms and warlike stores by the agents of the insurgents in America of which I have ever complained. There is another, and a very important element in the case, to which your Lordship does not appear to have given the consideration which, so far as one may be permitted to judge from the concurring testimony of all writers on international law, it certainly deserves. The United States have made an actual blockade of all the ports occupied by the insurgents — a blockade the validity of which Great Britain does not dispute. They are, therefore, entitled to consider every neutral who shall attempt to enter one of them, or carry anything in the besieged, as violating his neutrality and converting himself into an enemy. Hence, it happens that every British subject engaged in the work of aiding the insurgents, by introducing contraband of war into blockaded ports, not only violates his duty to his Sovereign, but commits an exceedingly aggravated and injurious offence to the Government of the United States. To associate such proceedings with the mere purchase and export of arms on behalf of the United States, as of equal significance, would seem to be most inequitable. It is a fact, that few persons in England will now be bold enough to deny, first, that vessels have been built in British ports, as well as manned by Her Majesty's subjects, with the design and intent to carry on war against the United States; secondly, that other vessels owned by British subjects have been and are yet in the constant practice of departing from British ports, laden with contraband of war, and many other commodities, with the intent to break the blockade and to procrastinate the war; thirdly, that such vessels have been and are insured by British merchants in the commercial towns of this kingdom with the understanding that they are despatched for that illegal purpose. It is believed to be beyond denial that British subjects have been and continue to be enlisted in this kingdom in the service of the insurgents with the intent to make war on the United States, or to break the blockade legitimately established, and to a proportionate extent to annul its purpose. It is believed that persons high in social position and in fortune contribute their aid directly and indirectly in

No. 659. Vereinigte Staaten, 30. Dec. 1862.

building and equipping ships of war, as well as other vessels, and furnishing money, as well as goods, with the hope of sustaining the insurgents in their resistance to the Government. To that end the port of Nassau, a colonial dependency of Great Britain, has been made and still continues to be the great entrepôt for the storing of supplies, which are conveyed from thence with the greater facility in evading the blockade. In short, so far as the acts of these numerous and influential parties can involve them, the British people may be considered as actually carrying on war against the United States. Already, British property valued at 8,000,000 *l.* sterling is reported to have been captured by the vessels of the United States for attempts to violate the blockade, and property of far greater value has either been successfully introduced, or is now stored at Nassau awaiting favourable opportunities. ¶ If it be necessary to furnish to your Lordship a clearer idea of the nature and extent of this warfare, it may perhaps be obtained by reference to the two papers which I have the honour to append to the present note. The one contains a list of screw-steamers and sailing-vessels which have been, or still are, engaged in this illegal commerce, furnished to me from observation by the Consul of the United States at Liverpool. The other is a copy of a letter from the Consul in London, giving a further list of vessels, together with some particulars as to the mode by which and the persons by whom, this hostile system is carried on. Neither of these lists can be regarded as complete, but the two are sufficiently for the present purpose, which is to place beyond contradiction the fact of the extensive and systematic prosecution by British subjects of a policy towards the United States which is uniformly characterized by writers on international law as that of an enemy. ¶ I am not unaware of the regret expressed in your Lordship's note at the existence of this state of things, as well as of the readiness with which you have acquiesced in the possible application by the forces of the United States of the penalty held over the heads of the offenders in Her Majesty's Proclamation. But my present object in referring so much at large to these offences is to show the great injustice of your Lordship in proceeding to comment upon the action of the respective belligerents as if there was a semblance of similarity between them. So far as the United States are shown to be involved in censure, it is simply by the purchase and export of arms and munitions of war from a neutral; an act which your Lordship expressly points out eminent authority to my attention to prove implies no censurable act on either party. Whilst, on the other hand, it is American insurgents who find British allies to build in this kingdom, and to equip and send forth war-ships to depredate on the commerce of a friendly nation, and it is British subjects who load multitudes of British vessels with contraband of war as well as all other supplies, with the intent and aim to render null and void, so far as they can, a blockade legitimately made by a friendly nation, as well as to procrastinate and make successful a resistance in a war in which that nation is actually engaged. Surely this is a difference not unworthy of your Lordship's deliberate observation. ¶ But your Lordship, in accounting for the admitted failure to enforce the enlistment law in Great Britain, has done me the honour to remind me that no long since Her Majesty's Government was

No. 659. Vereinigte Staaten, 30. Dec. 1862.

itself so far made sensible of injuries of the same kind with those of which I now complain, either inflicted or threatened against Great Britain in the ports of the United States, as to have made them the subject of remonstrance through Her Majesty's Representative at Washington. With so fresh a sense of these evils before your Lordship, there will be no further cause of surprise at the earnestness with which I have followed the precedent then set. You do me the honour to recall the fact that the Enlistment Law of the United States, which preceded in its date of enactment that of Great Britain, is almost identical with it. And you further state that „the notorious evasion of its provisions during the late war waged by Great Britain and her allies against Russia," was the cause of the remonstrances to which I have already alluded. Your Lordship further remarks that „Great Britain was then, as on other occasions, assured that every effort which the law would permit had been made to prevent such practices; that the United States' Government could only proceed upon legal evidence, the law as to which is almost, if not entirely the same as in this country, and that without such evidence no conviction could be procured." ¶ In an earlier portion of your Lordship's note you did me the favour to cite, as good authority, to me an extract of the Message of the President of the United States of the 31st December, 1855, which went to show the extent to which assistance not only had been, but might be, rendered without censure by neutrals to belligerents. Perhaps your Lordship will not deny equal weight to the very next passage in that Message, even though it should somewhat conflict with your own allegation: — „Whatever concern may have been felt by either of the belligerent Powers lest private armed cruizers or other vessels in the service of one might be fitted out in the ports of this country to depredate on the property of the other, all such fears have proved to be utterly groundless. Our citizens have been withheld from any such act or purpose by good faith and by respect for the law." ¶ I forbear from quoting the text any further, because it may revive unpleasant recollections in your Lordship's as it does in my mind. I will content myself solely with the remark that the very last thing which your Lordship would be likely to object to in the facts there stated would be the want of ability of the Government of the United States to proceed with energy and effect in the repression of acts in violation of their Enlistment Act. ¶ But if evidence of another kind as to its energy under that law be needed, I have only to remind your Lordship once more of the fact that on the 11th of October, 1855, Her Majesty's Representative at Washington, Mr. Crampton, addressed to the Government of the United States a note with the evidence to show that a vessel called the „Maury" was then fitting out at the port of New York armed to depredate on British vessels. On the 12th the Attorney-General sent by telegraph to the proper officer at New York to consult with the British Consul, and to prosecute if cause appear. On the 13th the Collector stopped the vessel then about to sail. On the 16th the District Attorney had prepared and filed a libel of the vessel, and in the meantime ordered a thorough examination of her cargo. On the 19th the Marshal had made a full report of his examination. On the same day the complainant on whose evidence the Minister and Consul had acted, con-

fessed himself satisfied, and requested the libel to be lifted. On the 23rd Mr. Barclay, Her Majesty's Consul at New York, published a note withdrawing every imputation made against the vessel. Thus it appears that in the brief space of four days the Government action under the Enlistment Law had been sufficiently energetic completely to satisfy the requisition of Her Majesty's Representative. If any similar action have been had since the first day that I had the honour to call your Lordship's attention to outfits of the same nature made in Great Britain, I can only say that I have not enjoyed a corresponding opportunity to express my satisfaction with the result. ¶ The owners of the „Maury" were never compensated for the trouble and expense to which they were put by this process. ¶ But the Chamber of Commerce of New York adopted a series of Resolutions, two of which may serve as a sufficient comment on the remark which your Lordship has been pleased to et fall to uching the „notorious evasion" of the Enlistment Law in America at the time alluded to: — ¶ „Resolved, that no proper amends or apology have been made to A. A. Low and Brothers for the charge brought against them, which, if true, would have rendered them infamous; nor to the merchants of this city and country, so falsely and injuriously assailed. ¶ Resolved, that the merchants of New York, as part of the body of merchants of the United States, will uphold the Government in the full maintenance of the Neutrality Laws of the country; and we acknowledge and adopt, and always have regarded the acts of the United States for preserving its neutrality, as binding in honour and conscience, as well as in law; and that we denounce those who violate them as disturbers of the peace of the world, to be held in universal abhorrence." ¶ I pray your Lordship to give one moment's attention to the manner in which the conduct imputed to Messrs. Low is stigmatised. I am sorry to confess that I have not seen the like indignation shown in this kingdom against similar charges made against distinguished parties in Liverpool, nor yet can I perceive it so forcibly expressed as I had hoped even in the tone of your Lordship's note. ¶ I beg to assure your Lordship that it gives me no pleasure to revive the recollections of the events of that period. But inasmuch as they have been voluntarily introduced in the note which I had the honour to receive, and they seemed to me necessarily to imply an unmerited charge against the policy of the United States, I felt myself imperatively called upon to show that at least in one instance in which Her Majesty's Government made a complaint there was no failure either in the manner of construing the powers vested in the Government of the United States, or in their promptness of action under the Enlistment Law. ¶ I pray, &c.

Charles Francis Adams.

To Earl Russell.

No. 660.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. a. d. Gesandt. der Verein. Staaten in London. — Erwiderung auf dessen vorstehende Note vom 30. Dec. 1862. —

Foreign Office, January 24, 1863.

No. 660. Gross-britannien, 24. Januar 1863.

Sir, — It is impossible for me to leave without notice some of the statements contained in your letter of the 30th ultimo. ¶ These statements contain or imply a grave charge against Her Majesty's Government. You speak of the „admitted fact of a violation of a statute of this kingdom intended to prevent ill-disposed persons from involving it in difficulty, by committing wanton and injurious assaults upon foreign nations with which it is at peace, of which Her Majesty's Ministers are invited to take cognizance; of which they do take cognizance so far as to prepare measures of prevention; but which, by reason of circumstances, wholly within their own control, they do not prevent in season to save the justly complaining party from serious injury. On the substantial points of the case, little room seems left open for discussion.“ ¶ On the substantial points of the case, as stated by you, there is, on the contrary, great room left open for discussion. ¶ I must ask first, what are the circumstances within the control of the Government to which you allude? Do you mean that Her Majesty's Government in construing a penal statute, or in carrying into effect the provisions of a penal statute, were to hurry at once to a decision, and to seize a ship building and fitting out at Liverpool without being satisfied by evidence that the provisions of the Foreign Enlistment Act had been violated in the case of such vessel? Do you mean that Her Majesty's Government were to dispense with proof, and to inflict injury upon the Queen's subjects by seizing a ship upon your mere assertion that the owners of that ship were violating the law? ¶ If such is your meaning, I must reply that the Government of this country respect the law. They do not seize upon property to the loss and damage of its owners without proof that they are legally entitled to do so. ¶ Perhaps your meaning is that Her Majesty's Government should have proceeded on the opinion of Mr. Collier without waiting for other authority. ¶ But, here again, I must reply that the usage of this country requires that the Government should consult their own legal advisers, and obtain the opinion of the Law Officers of the Crown before they proceed to enforce a penal statute. ¶ If you mean to contend, therefore, that a nation in a state of profound peace should set aside the formalities of law, and act at once upon presumptions and surmises, I entirely differ from you. I may remind you that evidence sufficient to satisfy a Court of Law as to the „equipment“ or „fitting out“ of a vessel for warlike purposes, and of its actual destination, is not obtainable without difficulty. ¶ If you mean that Her Majesty's Government wilfully delayed or neglected the measures by which the character of the „Alabama“ could have been legally ascertained, I must give a positive and complete denial of the truth of any such assertion. The opinion of the Law Officers, until the receipt of which Her Majesty's Government could not act, was delivered at the Foreign Office on the 29th of July, but in the morning of that day the „Alabama,“

under pretext of a pleasure excursion, escaped from Liverpool. ¶ With regard to the very different circumstances of 1793 and 1794, those circumstances are recorded in history. It is notorious that M. Genet, the French Minister to the United States, fitted out privateers in the ports of the United States, that he boasted in his despatches of the captures of British vessels which those privateers had made, and that he procured a sham condemnation of those vessels captured in neutral ports. It is notorious also that he endeavoured to make the United States the basis of his operations and attempts to raise rebellions against England in Canada, and against Spain in Louisiana*). ¶ According to your own account the United States purposely delayed to give any redress to the complaints made by the British Government, of the captures of British merchant-vessels, because they felt unwilling to act on a policy of repression till they had given due notice of the construction they put upon a Treaty offensive and defensive with France, which had been quoted in defence of the depredations committed on British commerce. ¶ It is evident that by so acting the United States' Government deliberately made themselves parties in the interval to the proceedings carried on in their own ports, and the same Government, with the sense of justice which distinguished them, made compensation afterwards for the injuries inflicted under cover and protection of their own flag, and promised to exclude French privateers „from all further asylum in their ports**).“ ¶ In Mr. Jefferson's letter, quoted by you, he says: „Having for particular reasons forborne to use all the means in our power for the restitution,“ &c. Here is the injury stated, and here are the grounds why it was permitted. ¶ But the British Government have given no asylum to belligerent privateers bringing prizes into British ports. They have no particular reasons to allege. They have not forborne to use all the means in their power. They have used all the means they could use consistently with the law of the land; and, by no fault of theirs, those means, in a single instance, proved inefficacious. There was no want of a statute to enforce, nor of a will to enforce it; evidence was wanting, and an authority to decide upon that evidence, till it was too late. But Her Majesty's Government cannot promise the United States to act without evidence, nor to disregard the legal authority of their own Law Officers. ¶ As to other points we are nearly agreed, so fare as the law of nations is concerned. But with respect to the statement in your letter that large supplies of various kinds have been sent from this country by private speculators for the use of the Confederates, I have to observe that that statement is only a repetition in detail of a part of the assertion made in my previous letter of the 19th ultimo, that both parties in the civil war have, to the extent of their wants and means, induced British subjects to violate the Queen's Proclamation of the 13th of May, 1861, which forbids her subjects from affording such supplies to either party. ¶ It is no doubt true that a neutral may furnish, as a matter of trade,

---

*) See, besides the usual authorities, „Jefferson and the American Democracy,“ by M. de Witt. Appendix 8.

**) See despatch of the President to Mr. Hammond, September 5, 1793.

No. 660. Grossbritannien, 24. Januar 1863. supplies of arms and warlike stores impartially to both belligerents in a war, and it was not on the ground that such acts were at variance with the law of nations that the remark was made in the former note. But the Queen having issued a Proclamation forbidding her subjects to afford such supplies to either party in the civil war, Her Majesty's Government are entitled to complain of both parties for having induced Her Majesty's subjects to violate that Proclamation; and their complaint applies most to the Government of the United States, because it is by that Government that by far the greatest amount of such supplies have been ordered and procured. ¶ I do not propose to discuss other collateral topics which have been introduced, but in explanation of my former letter I must say that I never meant to accuse you of giving any encouragement to the enlistment of British subjects in this country to serve in the civil war unhappily prevailing in the United States. ¶ But it is notorious that large bounties have been offered and given to British subjects residing in the United States to engage in the war on the Federal side; and these British subjects, acting in defiance of the laws of their country and of the Queen's Proclamation, have been encouraged by the United States' Government so to act. ¶ A recent and striking example of the open avowal of this course of conduct on the part of the United States' Government is to be found in the correspondence between Mr. Seward and Mr. Stuart with reference to the crew of the „Sunbeam," in which, although it does not appear that any bounties were offered, Mr. Seward has treated an endeavour to induce British sailors to enlist in the belligerent service of the United States as affording no ground of complaint to Her Majesty's Government. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Mr. Adams,** etc.

No. 661.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERIKA.** — Gesandter in London a. d. königl. grossbrit. Min. d. Ausw. — Replik auf dessen vorstehende Note vom 24. Januar. —

Legation of the United States, London, January 26 (received January 27.), 1863.

No. 661. Vereinigte Staaten, 26. Januar 1863. My Lord, — I have the honour to acknowledge the reception of your Lordship's note of the 24th instant, in reply to some portions of mine of the 30th of last month, respecting the case of the outfit from Liverpool of gunboat „No. 290" to depredate on the commerce of the United States. ¶ Your Lordship is pleased to raise a discussion on the following statement made by me. I quote the paragraph as it stands in your note:— ¶ „The admitted fact of a violation of a statute of this kingdom intended to prevent ill-disposed persons from involving it in difficulty, by committing wanton and injurious assaults upon foreign nations with which it is at peace, of which Her Majesty's Ministers are invited [by a party injured] to take cognizance; of which they do take cognizance so far as to prepare measures of prevention; but which, by reason of circumstances

No. 661. Vereinigte Staaten, 26. Januar 1863.

wholly within their own control, they do not prevent in season to save the justly complaining party from serious injury. On the substantial points of the case, little room seems left open for discussion." ¶ Out of my profound respect for your Lordship's representation, I have reviewed the whole of this paragraph with the utmost care. I am compelled now to confess that I can perceive no ambiguity in the meaning sufficient to justify any of the implications which your Lordship appears to desire to raise from it. Starting from a point of moral obligation, in my view as strong between nations as it is between individuals, that injuries inflicted on an innocent party, of which, if not prevented, it has a right to complain, provided that it give notice in time seasonable for the application of adequate means of prevention, should be so far as practicable repaired or compensated for by the party that does the wrong, or suffers it to be done by persons under its control, I have applied the general principle to the case before me. The fact that warning had been given in full season to prevent the departure of „No. 290" does not depend upon my statement, inasmuch as it is simply a question of dates open to the inspection of all men. The fact that Her Majesty's Government were convinced of the justice of the representation made, is patent from the determination to which your Lordship admits that they ultimately came to detain the vessel. The fact that this decision was so long delayed as to fail in effecting the object intended, whereby great injury has been actually done, and is yet likely to ensue to the commerce of the United States, is equally a question purely of dates. Inasmuch as these constitute the substance of the paragraph of my note to which exception is taken, I must confess myself wholly at a loss to perceive upon what ground any doubt can further be raised about it. ¶ But your Lordship proceeds to do me the honour to address a series of questions to me as to the possible meaning that may be conveyed in my language, which might imply, from the failure to act of Her Majesty's Government, motives of some kind or other that I have not distincly expressed. I must respectfully ask to be excused from entering into any such field of controversy. I desire neither to make charges nor to raise implications of an unnecessary nature to complicate the difficulties of this painful subject. All that I deem it my duty to know is that a grievous wrong has been done to an innocent and friendly nation, by what seems to me to have been a most unfortunate delay in effecting a prevention that later experience conclusively shows ought to have been applied in time. Of the reasons that prevented such an application, inasmuch as none of them could have grown out of the course of the injured party, I have no wish to enter into a discussion. The principle of justice is not merely that right should be done, but that it should be sufficiently prompt to effect its object. Otherwise it is justice denied. Upon that I am content to rely. ¶ As it is probable that I may receive at an early moment further instructions from my Government in respect to the substantial point involved in the present correspondence, I deem it unadvisable farther to take up your Lordship's time by enlarging the limits of the discussion of purely incidental questions. I desire to express my obligation to you for the ready and full manner in which your Lordship has exonerated me from the suspicion of encouraging the enlistment of Her Majesty's

No. 661. Vereinigte Staaten, 26. Januar 1863.

subjects in the service of the United States. At the same time it is not without regret that I perceive the charge still persevered in against the Government of the United States. If I understand your Lordship aright, it is now affirmed that because the Government offers large bounties on enlistment in the United States, and because British subjects in the United States, tempted by these bounties, do occasionally enlist, therefore your Lordship is justified in having affirmed, in your former note, that the Government of the United States, systematically and in disregard of the comity of nations, induced them to enlist. As well might I, in my turn, in view of the frequent applications made to me to procure the discharge of citizens of the United States who have been tempted in the same manner to enlist in Her Majesty's service in this kingdom, assume the existence of a similar policy. Further than the presence of a general offer I do not perceive that your Lordship's reference to the action of Mr. Seward, of which I am not in a situation to speak authoritatively, appears to extend. Further than this, I must still continue to disclaim the belief in the existence of any systematic policy, as well in the one case as in the other. ¶ I pray, &c.

To Earl Russell. *Charles Francis Adams.*

No. 662.

VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA. — Gesandt. in London an d. königl. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Die Anwesenheit und gesetzwidrige Wirksamkeit von Agenten der Conföderirten Staaten in England betr. —

Legation of the United States, London, February 9 (received February 11), 1863.

No. 662. Vereinigte Staaten, 9. Februar 1863.

My Lord, — I have the honour to present to your Lordship's attention a number of papers transmitted to me by my Government, as faithful copies of an intercepted correspondence emanating from persons well known to be high officers of the so-called authorities now stationed in Richmond, in the insurgent portion of the United States. ¶ These papers go to show a deliberate attempt to establish within the limits of this kingdom a system of action in direct hostility to the Government of the United States. This plan embraces not only the building and fitting out of several ships of war, under the direction of agents especially commissioned for the purpose, but the preparation of a series of measures under the same auspices for the obtaining from Her Majesty's subjects the pecuniary means essential to the execution of those hostile projects. ¶ That the person named Sinclair, to whom the supervision of the construction of the vessels referred to is entrusted, has arrived in this country, is a fact well known to me. I have reason to believe that he is still here, and actually engaged in the service for which he was sent. Of the presence of Mr. Mason, I believe your Lordship entertains no doubt. Of the action of Messrs. Fraser, Trenholm, and Co., as agents of the same parties at Liverpool, I have already had frequent occasion to write. ¶ Taken as a whole, these papers serve most conclusively to show that no respect whatever has been paid in her own realm by these parties, to the neutrality declared by Her Majesty at the outset of these hostilities,

and that so far as may be in their power, they are bent on making her kingdom subservient to their purpose of conducting hostilities against a nation with which she is at peace. ¶ I trust I may be permitted to add, that if my Government could have been induced in any way to initiate similar operations within the limits of this kingdom, I should have regarded it as very justly subject to the remonstrances which your Lordship has been pleased to address to me on account of acts of incomparably smaller significance *). ¶ I pray, &c.

Charles Francis Adams.

To Earl Russell.

---

*) Nachstehend theilen wir aus der oben erwähnten Correspondenz die für die vorliegende Frage wichtigsten Schriftstücke auszugsweise mit:

Unterm 28. October 1862 schreibt der Staatssecretär der Conföderirten Staaten, Mr. Benjamin, an seinen Agenten Mr. Mason in London u. A.: „. . . . The arrangements made by the bearer of despatches Nos. 16 and 17 for facilitating intercourse between us have been approved, and will be continued as long as successful. The details will be explained to you by the bearer of this despatch (Mr. George Sanders) in person. ¶ The subject of a loan, based on cotton certificates, has been fully considered, and you will receive herewith a communication from the Secretary of the Treasury informing you of the conclusions reached by us after much deliberation. I communicated to the Secretary your tender of services in connection with this matter, and he requests me to express his thanks, and to solicit your aid and co-operation in any movements that may be made to secure success by Mr. Spence, to whom the Government has confided the business, in consequence chiefly of your recommendation. He had been appointed to take charge of other negotiations before the receipt of your last despatches. ¶ The President desires me to express his approval and satisfaction with your conduct in assuming, under the circumstances, the responsibility in making the arrangements necessary for the success of Captain Sinclair in his arrangements for building a ship. ¶ It is gratifying to perceive that you had, as was confidently anticipated, reviewed your impressions, and determined not to withdraw from London without the previous instructions of the President. Your correspondence with Earl Russell shows with what scant courtesy you have been treated, and exhibits a marked contrast between the conduct of the English and French Statesmen now in office in their intercourse with foreign Agents eminently discreditable to the former. It is lamentable that at this late period in the nineteenth century a nation so enlightened as Great Britain should have failed yet to discover that a principal cause of the dislike and hatred towards England, of which complaints are rife in her Parliament and in her press, is the offensive arrogance of some of her public men. The contrast is striking between the polished courtesy of M. Thouvenel and the rude incivility of Earl Russell. Your determination to submit to these annoyances in the service of your country, and to overlook personal slights, while hope remains that your continued presence in England may benefit our cause, cannot fail to meet the warm approval of your Government. . . . .“

Mr. Memminger, Finanzminister der Conföderirten Staaten, schreibt unter dem 24. October 1862 an Mason u. A.: „. . . . At your suggestion, I have appointed Mr. James Spence, at Liverpool, financial agent, and have requested him to negotiate for the sale of 5,000,000 dollars of our 8 per cent. bonds, if he can realize 50 per cent. on them. I have already sent over 2,000,000 of the bonds, and will send another million in a week or ten days. Mr. Spence is directed to confer with Messrs. Fraser, Trenholm and Co., who had previously been made our depositaries at Liverpool. Had I known with certainty where they were, I would also have referred him to you, and I would thank you now to place yourself in correspondence with him. ¶ I have also directed Mr. Spence to endeavour to negotiate for

No. 662. Vereinigte Staaten, 9. Februar 1863.

the application of two and a half millions of coin (which I have here) for the purchase of supplies and munitions for our army. I hope that this coin will be accepted by British houses in payment at the rate of sterling in England, less freight and insurance. It seems to me that, upon its transfer to British owners, they could obtain transportation for it on their vessels of war from any Confederate port, inasmuch as it would be *bonâ fide* British property, and in any event the holder of the transfer would have a certain security. . . . . ¶ Under the Act of Congress authorizing me to accept produce in exchange for bonds (of which I inclose a copy), I have procured a considerable amount, which is stored on plantations or in warehouses. I send you a copy of one of the certificates taken for the cotton. These certificates it is proposed to offer for sale in Europe. They would give to the purchaser an absolute right to the particular lot of cotton, with the privilege of shipping the same, and may be preferred by some purchasers. ¶ In conclusion, allow me to request your co-operation in these various plans, and any suggestions which your experience and observation may deem proper. . . ."

In einem Schreiben des Marineministers, Mr. Mallory, an Mason, vom 26. October 1862 heisst es: „. . . . . The courier who brought your despatches found a means of communicating whose safety justifies their further use, and Mr. Benjamin will probably advise you thereof. The completion of the contract of this gentleman will place a peculiar class of ships, never before constructed, upon the sea in our service, and I shall regret if the Treasury Departemant shall fail to make such arrangement as will enable him to accomplish this important enterprise."

Vom weiteren Inhalte der beregten Correspondenz nehmen wir noch Folgendes auf:

Richmond, August 5, 1862.

Any legislation in regard to the construction of iron-clad steamers until time is given me to get mine under way will be very unjust. My detention here was necessary to the perfection of the contracts, which took much time and reflection. The final instructions of the Naval Department have been issued but a few days. Bunglers entering the European market might endanger the entire scheme. Great skill and diplomacy must be exercised to avoid the interference of European Governments. ¶ No one is entitled to my suggestions until full time is given me to carry them out.

George N. Sanders.

To Reid Sanders.

The following unsigned letter is also found among the captured papers:

Sir, — As I contemplate leaving here without loss of time for Europe, for the purpose of rendering important and valuable service to the Confederacy, I deem it proper to recommend to you the necessity of my having the co-operation of Commodore Forrest in the plans which have been suggested to you. He is an officer of experience, and well qualified to lend important assistance which may result in the complete realization of my hopes and expectations; indeed, if Commander Sinclair could also accompany me, or be sent out to give his attention to matters connected with the plans I have in contemplation, I am satisfied that with the professional knowledge of these gentlemen we cannot fail to subserve our interests and render high and important service to our cause, both in superintending and constructing the vessels built to cut up the enemy's commerce.

I have, &c.

The Hon. S. R. Mallory,
Secretary of the Navy.

The following memorandum appears to be in the same handwriting with the above letter, though much disguised or very carelessly written:

Gabreath and Co., of Scotland, and W. S. Lindsay and Co., of London, are the houses with whom I had the negotiations about the steamers. I request Captain Sinclair, of

the Confederate navy, to make all preliminary arrangement for the contract by my return. (See him first), he will meet you in London. ¶ George Thompson and Co., Glasgow, will make proposals for the construction of at least one steamer. They have the drawing and estimates complete. ¶ Lindsay and Co. will negotiate the naval store bonds. ¶ B. Rice and Co. may undertake enough to load one vessel (Nova Scotia) with shoes and clothing under the North Carolina contract. Turpentine 100 should bring per gallon 2 dollars, resin should bring 5 dollars, 4 dollars bring 8 dollars.

No. 662. Vereinigte Staaten, 9. Februar 1863.

Mr. Memminger to Mr. Mallory.

Treasury Department, Richmond, October 30, 1862.

Sir, — I approve the suggestion made by you of making your contracts for building iron-clad vessels in Europe conform to the arrangements of the cotton certificates sent to the Hon. J. M. Mason. I inclose a form of each of these certificates. Upon the meeting of Congress an appropriation must be made to meet your contracts, and the terms can then be altered so as conform the mode of payment to the cotton certificates, fixing a price for the cotton, and providing for the delivery at any port upon adding the charges of transportation. The only limit to these combined operations will be the quantity of cotton which the Government can purchase, which I hope will be found ample. ¶ Respectfully, &c.

C. G. Memminger, Secretary of the Treasury.

Mr. Mallory to Mr. Mason.

Navy Department, Richmond, October 30, 1862.

Sir, — Mr. Sanders has, as you are aware, contracted with this Department for the construction in England of six iron-clad steamers, combining the capacities of the freighting and the fighting ships in a manner which will enable them to force the blockade of our ports. ¶ The interests of the country will be much benefited by the prompt construction of these vessels; and I beg leave to invoke your interest, not only in behalf of our enterprises already in progress, but in behalf of this also. . . . .

Mr. Memminger to Mr. Spence.

Treasury Department, Richmond, October 21, 1862.

Sir, — As you have been appointed financial agent for the Confederate States, and Messrs. Fraser, Trenholm and Co. are its depositaries under our law, I desire that you would confer together on the matter submitted by this letter. ¶ I have on hand gold and silver coin (chiefly the former), two and a-half millions of which I desire to apply in payment of articles purchased in England by our agents for the use of the Confederate Government. We find it impossible to purchase a sufficient amount of exchange for these purposes, and the small amount to be had is at such high rates that it would be desirable to furnish a substitute. I propose, therefore, to make payment for purchases by a transfer to the creditor of so much of this coin as may be requisite. I presume that when the coin thus becomes *bonâ fide* the property of a British subject, that the British Government would, at his instance, permit any of its vessels to bring over the same for him. If this expectation be realized, the coin here would be as valuable as exchange, and in England would probably realize its mint value, less freight and insurance. ¶ To enable you to carry out any arrangement you may deem advisable, Messrs. Fraser, Trenholm, and Co., are authorized to make absolute transfer of the coin, or to draw bills for the same on E. C. Elmore, Esq., Treasury, payable here, and a copy of this letter is sent to each of you that you may act in concert, and give us the benefit of your united counsel. . . . .

No. 663.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandt. d. Vereinigten Staaten in London. — Die aufgefangene Correspondenz gebe keinen Grund zum Einschreiten gegen die Agenten der Conföderirten Staaten. —

Foreign Office, March 9, 1863.

No. 663. Gross-britannien, 9. März 1863.

Sir, — With reference to my letter of the 12th ultimo, I have the honour to inform you that Her Majesty's Government have fully considered, in communication with the Law Officers of the Crown, the copies of intercepted correspondence inclosed in your letter of the 9th ultimo, and which you represent as showing „a deliberate attempt to establish within the limits of this kingdom a system of action in direct hostility to the Government of the United States; this plan embracing not only the building and fitting out of several ships of war, under the direction of agents especially commissioned for the purpose, but the preparation of a series of measures under the same auspices for the obtaining from Her Majesty's subjects the pecuniary means essential to the execution of these hostile projects." ¶ I have now to state to you that this correspondence does not appear to Her Majesty's Government to contain any sufficient evidence of „a system of action in direct hostility to the United States," on the part of any of Her Majesty's subjects. ¶ It goes merely to show that agents of the so-styled Confederate States, resident in this country, have received instructions from their own Government to endeavour to raise money on securities of that Government in England, and to enter into contracts for the purchase of munitions of war and for the building of iron-clad vessels. But there is no proof in these papers that the agents referred to have as yet brought themselves within the reach of any criminal law of the United Kingdom. For even supposing that they have acted on their instructions, it is not contrary to law for Her Majesty's subjects to lend money on securities, or otherwise, to „the persons administering the Government of the Confederate States," nor to sell to that Government ordinary munitions of war. ¶ With respect to the building of iron-clad steamers for either belligerent Government, although this is clearly prohibited by the Foreign Enlistment Act, Her Majesty's Government do not find, in this correspondence, sufficient information that anything of that kind has actually been done within this country which could form matter for criminal prosecution. ¶ I am, &c.

Russell.

To Mr. **Adams**, etc.

No. 664.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERIKA.** — Gesandter in London an d. kön. grossbritann. Min. d. Ausw. — Bedauern über die Haltung der englischen Regierung gegenüber den Klagen der Verein. Staaten wegen Verletzung der Neutralität. —

Legation of the United States, London, March 14 (received March 16), 1863.

No. 664. Vereinigte Staaten, 14. März 1863.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the reception of your Lordship's note of the 9th instant, in response to mine of the 9th ultimo, in which I laid before you copies of intercepted correspondence, „going," as I alleged, „to show a deliberate attempt to establish within the limits of this kingdom a system of action in direct hostility to the Government of the United States." Your Lordship observes that this correspondence does not appear to Her Majesty's Government to contain any sufficient evidence of the allegation. ¶ I beg leave only to suggest that if a direct appointment of an agent, to establish himself in Great Britain for the purpose of making contracts for the construction and equipment of six iron-clad steamers to be used in warring upon the United States; if the direct nomination of a British subject to act as resident agent for the raising of money to be used in payment of all this warlike outfit; and if the proposed establishment of naval officers in Great Britain for the purpose of superintending and constructing the vessels built to cut up the commerce of the United States, — do not show „a deliberate attempt to establish within the limits of this kingdom a system of action in direct hostility to the Government of the United States," then must I despair of ever being able to convince your Lordship of the possibility of any violation of the neutrality of Her Majesty's territory, short of a direct attack upon a vessel of the United States within the limits of her jurisdiction. ¶ It is not without profound regret that I shall do myself the honour to transmit a copy of your Lordship's note for the consideration of my Government. I need not say that the conviction is very general in the United States that the war has been continued and sustained by the insurgents for many months past, mainly by the co-operation and assistance obtained from British subjects in Her Majesty's kingdom and its dependencies. That this impression has not been founded upon limited evidence, I think I may affirm on the strength of the many papers which I have heretofore had the honour to submit to your Lordship's consideration. Having thus far found Her Majesty's Government unfortunately confessing itself without power to take the necessary steps to interpose effective obstacles to the prosecution of this system of warfare, notoriously established in some of the ports of the kingdom, I shall abstain for the future from adding, through the failure of representation on my part, to the irritation which this state of things is very naturally aggravating among my countrymen. Should my Government furnish me with instructions to renew the subject, I shall do myself the honour to lay them before your Lordship at the earliest moment. ¶ I pray, &c.

Charles Francis Adams.

To Earl Russell.

No. 665.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandten der Verein. Staaten in London. — Widerlegung der in der vorstehenden Depesche enthaltenen Behauptungen. —

Foreign Office, April 2, 1863.

No. 665. Gross-britannien, 2. April 1863.

Sir, — Her Majesty's Government have not failed to consider with the attention it deserved, the letter which you addressed to me on the 14th ultimo in reply to my letter of the 9th ultimo, on the subject of the intercepted correspondence which you had alleged, went to show a deliberate attempt to establish within the limits of the United Kingdom a system of action in direct hostility to the Government of the United States. ¶ I have now the honour to observe to you that, while you withhold your acquiescence in the opinion expressed by me of that correspondence, and state that you shall transmit a copy of my note with profound regret to your Government, you, nevertheless, do not controvert the principal positions assumed in that note. ¶ You do not deny, first, that it is lawful for Her Majesty's subjects to lend money on securities, or otherwise, to either belligerent; or, secondly, that it is also lawful to sell to either belligerent munitions of war. ¶ Upon this subject I beg to call to your notice that no longer ago than the 20th of last November, in answer to the remonstrances of Mexico against an alleged organized system in the United States of aiding France in the war in which she is engaged with that Republic, but in which the United States are neutral, Mr. Seward replies by this among other citations (Mr. Webster to Mr. Thompson): „As to advances, loans, or donations of money to the Government of Texas, or its citizens, the Mexican Government hardly needs to be informed that there is nothing unlawful in this, so long as Texas is at peace with the United States, and that these are things which no Government undertakes to restrain. ¶ „You are, without doubt, perfectly aware that many decisions of tribunals in the United States fully establish that a like exposition of the law as to munitions of war and the sale of armed vessels has been always maintained in the United States when they were neutrals. ¶ You do not state that the information which you have communicated to me as to alleged contracts for constructing war-steamers, or the proposed establishment of naval officers to superintend them, would be sufficient to found a criminal prosecution in the United States; you are probably aware that it would not suffice for that purpose, and there is, therefore, no reason why you should complain of my statement that the information which you had furnished would not suffice for the like purpose in England. ¶ You are not ignorant that agents have been employed, and munitions of war have been purchased, and that it is now again asserted that Her Majesty's subjects are being recruited for the purpose of aiding the United States against the so-called Confederate States. And so far, it might be urged, in vague and popular language, by the Confederate States, as well as by the United States as the other belligerent, as it was substantially urged by Mexico against the United States last year, „that there is evidence of a deliberate attempt to establish within the limits of this kingdom a system of action in direct hostility

to their Government;" but the question really is, has there been any act done in England both contrary to the obligations of neutrality as recognized by Great Britain and the United States, and capable of being made the subject of a criminal prosecution? I can only repeat that, in the opinion of Her Majesty's Government, no such act is specified in the papers which you have submitted to me. ¶ I, however, willingly assure you that, in view of the statements contained in the intercepted correspondence, Her Majesty's Government have renewed the instructions already given to the Custom-house authorities of the several British ports where ships of war may be constructed, and by the Secretary of State for the Home Department to the various authorities with whom he is in communication, to endeavour to discover and obtain legal evidence of any violation of the Foreign Enlistment Act, with a view to the strict enforcement of that Statute whenever it can really be shown to be infringed, and Her Majesty's Government would be obliged to you to communicate to them, or to the local authorities at the several ports, any evidence of illegal acts which may from time to time become know to you. ¶ I have referred generally to the judicial decisions of the United States on this subject; but it would be as well that I should mention specially two of those decisions, selected out of many, both upon the general question and upon the particular case of the sale of ships of war by the subjects of a neutral to a belligerent State. ¶ The first decision is that of the eminent Judge Story, given, it may be well to observe, in a case in which the recognition of the Spanish-American Republics was directly concerned. ¶ After admitting that the capture had been made by a United States' ship, built in the United States, originally owned in the United States, Judge Story proceeds to say: ¶ „The question as to the original illegal armament and outfit of the „Independence" may be dismissed in a few words. It is apparent that though equipped as a vessel of war, she was send out to Buenos Ayres on a commercial adventure, contraband indeed, but in no shape violating our laws or our national neutrality. If captured by a Spanish ship of war during the voyage, she would have been justly condemnable as good prize for being engaged in a traffic prohibited by the laws of nations. But there is nothing in our law or in the law of nations that forbids our citizens from sending armed vessels, as well as munitions of war, to foreign ports for sale. It is a commercial adventure which no nation is bound to prohibit, and which only exposes the persons engaged in it to the penalty of confiscation." ¶ This is a case illustrating the law and practice of the United States while neutral in the war between Spain and her Colonies. ¶ The next case (historically the first) illustrates also the law and practice of the United States while neutral in the war between Great Britain and France. It is so short that I take leave to cite it verbatim and at length, as given in Curtis' „Reports of Decisions in the Supreme Court of the United States," vol. I., pp. 234, 235: ¶ „Moodie *v.* the ship „Alfred". — It is not a violation of the neutrality laws of the United States to sell to a foreigner a vessel built in this country, though suited to be a privateer and having some equipments calculated for war, but frequently used by merchant-ships. The allegation in this case, as supported by the evidence, was that the privateer which took the British prize in question had been built in New York

No. 665. Grossbritannien, 2. April 1863.

with the express view of being employed as a privateer in case the then existing controversy between Great Britain and the United States should terminate in war; that some of her equipments were calculated for war, though they were also frequently used for merchant-ships; that the privateer was sent to Charleston, where she was sold to a French citizen; that she was carried by him to a French island, where she was completely armed and equipped, and furnished with a commission; that she afterwards sailed on a cruize, during which the prize was taken and sent into Charleston. ¶ Reed, for the plaintiff in error, contended that this was an original construction or outfit of a vessel for the purpose of war; and that if it was tolerated as legal, it would be easy by collusion to subvert the neutrality of the United States, and involve the country in a war. ¶ The Court, however, without hearing the opposite Counsel, directed the Decree to be affirmed.“ ¶ It seems clear, on the principle enunciated in these authorities, that except on the ground of any proved violation of the Foreign Enlistment Act, Her Majesty's Government cannot interfere with commercial dealings between British subjects and the so-styled Confederate States, whether the subject of those dealings be money or contraband goods, or even ships adapted for warlike purposes. ¶ I am, &c.

Russell.

To Mr. Adams, etc.

No 666.

VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA. — Gesandt. in London a. d. kön. grossbrit. Min. d. Ausw — Replik auf die vorstehende englische Note vom 2. April 1863. —

Legation of the United States, London, April 6 (received April 7), 1863.

No. 666. Vereinigte Staaten, 6. April 1863.

My Lord, — I have had the honour to receive your note of the 2nd instant, in reply to mine of the 14th of last month, on the subject of the intercepted correspondence submitted to your Lordship's consideration some time since, which, as I alleged, „went to show a deliberate attempt to establish within the limits of the United Kingdom a system of action in direct hostility to the Government of the United States.“ ¶ Your Lordship is pleased to observe that I do not controvert the principal positions assumed in your note, to wit, „first, that it is lawful for Her Majesty's subjects to lend money, on securities or otherwise, to either belligerent; secondly, that it is lawful for Her Majesty's subjects to sell to either belligerent munitions of war.“ ¶ And thereupon your Lordship is pleased to call my attention to several citations from eminent authorities in the United States, judicial and otherwise, to establish these positions, just the same as if I had controverted them. ¶ Nevertheless, I have given to all the passages presented by your Lordship the same profound attention which I habitually pay to everything from the same source. I cannot, however, perceive that they have any effect in disturbing the positions which have been heretofore assumed by myself. The sale and transfer by a neutral of arms, of munitions of war, and even of vessels of war to a billigerent country,

No. 666. Vereinigte Staaten, 6. April 1863.

not subject to a blockade at the time, as a purely commercial transaction, is decided by these authorities not to be unlawful. They go not a step further, and, precisely to that extent, I have myself taken no exception to the doctrine. ¶ But the case is changed when a belligerent is shown to be taking measures to establish a system of operations in a neutral country with the intent to carry on a war from its ports, much in the same way that it would do, if it could, from its own territory; when it appoints agents, residing in that country, for the purpose of borrowing money to be applied to the fitting out of hostile armaments in those very ports; and when it appoints and sends out agents to superintend, in those ports, the constructing, equipping, and arming ships of war, as well as the enlisting of the subjects of the neutral country, to issue forth for the purpose of carrying on hostilities on the ocean. ¶ These are the points to which I desire to call your Lordship's attention in the intercepted despatches. I affirmed that they went to show a system of operations to the extent thus designated. I did not affirm that they absolutely proved the facts; but I did mean to be understood as affirming them to furnish strong corroborative evidence to sustain all the other proof which I have been in the practice of laying before your Lordship for a long time past of the abuses made of Her Majesty's neutral territory for the conduct of the war directly from her ports, without the intervention of time even for the vessels to gain the semblance of a national character. ¶ Had your Lordship been pleased to continue your reading of the decision by the United States' Court in the cases of the „Independencia“ and the „Altravida,“ some pages further than the passage to which you have done me the honour to draw my attention, you would have been able fully to comprehend the spirit in which the eminent Judge who pronounced the Decree construed the obligations of the United States as a neutral Power. He condemned the outfit of those vessels precisely for the reasons above assigned. ¶ Neither is that case the only or the most significant expression of the duties incumbent on the Government of the United States towards nations with which it is in amity in a similar emergency. Since your Lordship is pleased to accord so much weight to the decisions of the Courts, I would respectfully solicit your attention to the case of the „United States against John D. Quincy“ (6 Peter's Reports, pp. 445 and 468), as giving a full construction of the powers given to it for the protection of foreign countries by the enlistment law. So far as I may be permitted to express an opinion, it clearly embraces within its scope the objects and purposes declared in the intercepted despatches. ¶ But I must pray your Lordship's pardon for thus encroaching on your valuable time with any further discussion of these points. In doing so, I am conscious of having varied from the intention heretofore expressed of abstaining from it, unless prompted by the authority of instructions. I shall do myself the honour to transmit to my Government a copy of your note, and I entertain no doubt that it will receive with satisfaction the assurance which your Lordship is pleased to give of a determination of Her Majesty's Government „in view of the statements contained in the intercepted correspondence,“ to endeavour to discover and obtain legal evidence of any violation of the Enlistment Act, with a view to the strict

No. 666. Vereinigte Staaten, 6. April 1863.

enforcement of it, whenever it can really be shown to be infringed. I trust I need not add the assurance that all the efforts of myself, as well as of the various officers of my Government within this kingdom, will be at the service of the local authorities at the several ports in prosecuting their investigations. ¶ I pray, &c.

Charles Francis Adams.

To **Earl Russell.**

No 667.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandt. d. Vereinigten Staaten in London. — Die Betheiligung englischer Unterthanen an dem nordamerikanischen Kriege betr. —

Foreign Office, April 20, 1863.

No. 667. Grossbritannien, 20. April 1863.

Sir, — With regard to the complaints which you have made from time to time of British sailors who have entered the Confederate service, I have to remark that no steps have hitherto been taken by the United States' authorities to prevent British subjects from entering the military or naval service of the United States. ¶ Mr. Seward has, on the contrary, justified the means used, provided they were not bribery or intimidation, to induce British sailors to enter the Federal service. ¶ You will readily perceive the justice of the request I am about to make, namely, that before you repeat your complaints that British sailors have entered the service of the so-called Confederate States, you will furnish me with proofs that all British subjects serving in the Federal army or navy have been discharged, and that orders have been given not to enlist or engage such persons to serve in arms contrary to the tenor of Her Majesty's Proclamation. ¶ I am, &c.

Russell.

To Mr. **Adams**, etc.

No. 668.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandt. der Verein. Staaten in London. — Die Unanwendbarkeit der von Adams angeführten Grundsätze auf die der englischen Regierung bekannt gewordenen Thatsachen betreffend. —

Foreign Office, April 22, 1863.

No. 668. Grossbritannien, 22. April 1863.

In acknowledging the receipt of the further letter which you did me the honour to address to me on the 6th instant, on the subject of the intercepted correspondence, I will merely add, that while entirely assenting to the principles laid down in the authorities to which you refer, I am still unable to perceive their application to any facts which have occurred in this country within the cognizance of Her Majesty's Government. ¶ I am, &c.

To Mr. **Adams**, etc. *Russell.*

No. 669.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandt. der Vereinigten Staaten in London. — Die Anwerbung grossbritannischer Unterthanen für die Unionsarmee betr. —

Foreign Office, November 20, 1862.

No. 669. Gross-britannien, 20. Nov. 1862.

The Undersigned, Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, has the honour to acquaint Mr. Adams, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the United States, that Her Majesty's Government are informed, by persons to whom they are disposed to give credit, that recruits are being raised in this country for serving in the army of the United States, and that bounty-money of a considerable amount is offered by agents of the United States to encourage British subjects to enlist. ¶ Mr. Adams must be well aware that any of Her Majesty's subjects enlisting in the military service of either of the belligerent parties in America, or any persons procuring any of Her Majesty's subjects to enlist in that service, are guilty of a misdemeanour according to British law; and Mr. Adams will readily see that such a practice as that to which the Undersigned now calls his attention is calculated seriously to increase the difficulties already incident to the observance of neutrality by Her Majesty's Government. ¶ The Undersigned, &c.

Russell.

To Mr. **Adams**, etc.

No. 670.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERIKA.** — Gesandt. in London an d. königl. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Bitte um nähere Angaben über die Werbungen für die Unionsarmee, um Massregeln dagegen ergreifen zu können. —

Legation of the United States, London, November 21 (received November 22), 1862.

No. 670. Vereinigte Staaten, 21. Nov. 1862.

The Undersigned, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the United States, has the honour to acknowledge the receipt of a note from the Right Honourable Earl Russell, Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, dated the 20th instant, acquainting him that Her Majesty's Government are informed, by persons to whom they are disposed to give credit, that recruits are being raised in this country for service in the army of the United States, and that bounty-money of a considerable amount is offered by agents of the United States to encourage such enlistment. His Lordship is further pleased to warn the Undersigned of the fact that such acts are contrary to British law, and are calculated seriously to increase the difficulties already incident to the observance of neutrality by Her Majesty's Government. ¶ The Undersigned flatters himself that the earnestness of his previous and long continued urgency on Her Majesty's Government to enforce the strict observance of neutrality in the ports of this Kingdom in many cases of attempted violation

No. 670. Vereinigte Staaten, 21. Nov. 1862.

of it on behalf of the rebels against the authority of the United States, to which it has been his painful duty to call their attention, must have secured him from the suspicion of any disposition himself to give the smallest countenance to any enterprise or effort of a similar kind on behalf of the United States. ¶ The Undersigned not only has no knowledge of any such proceedings, but he has no belief that they can have been attempted by any persons really vested with authority as agents of the United States. Should it turn out that these are individuals assuming to act under such an authority, the Undersigned will be obliged to Earl Russell for such information as he may possess that may enable him to ascertain who these persons may be, and to take the necessary measures to disavow their operations. ¶ The Undersigned, &c.

Charles Francis Adams.

To Earl Russell.

No. 671.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandt. d. Vereinigten Staaten in London. — Grundlosigkeit der Nachrichten über die Werbungen für die Unionsarmee. —

Foreign Office, December 16, 1862.

No. 671. Gross-britannien, 16. Dec. 1862.

Sir, — With reference to my note of the 20th ultimo, I have the satisfaction of informing you that further inquiries which have been instituted respecting the alleged recruiting in London for the United States' army seem to establish that the reports to that effect which had reached Her Majesty's Government were without foundation. ¶ I am, &c.

Russell.

To Mr. Adams, etc.

No. 672.

VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA. — Gesandt. in London a. d. königl. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Wiederholte Desavouirung der Werbungen für die Unionsarmee. —

Legation of the United States, London, April 10 (received April 11), 1863.

No 672. Vereinigte Staaten, 10. April 1863

My Lord, — In the note which I had the honour to address to your Lordship on the 6th instant*), in reply to yours of the 2nd instant**), I inadvertently omitted to make a remark upon one passage which I had intended, and which it seems to be my duty yet to supply. I refer to that in which you observe that I am „not ignorant that it is now again asserted that Her Majesty's subjects are being recruited for the purpose of aiding the United States against the so-called Confederate States.“ ¶ In point of fact, at the time of receiving your Lordship's note I was ignorant that such an assertion had been made in

*) No. 666.
**) No. 665.

any quarter deserving of notice. But inasmuch as I have since perceived the story, wherever originated, to have gained credit in the mind of your Lordship, and also to have been signified by the notice of the First Minister of the Crown, in his place in the House of Commons, I must now ask permission to recall your attention to the denial I was authorized by my Government to make of any such action, so long ago as in my note of the 30th of December last*). I beg leave now to repeat that denial, and further to observe, that there is no Agent of the United States here possessed of authority „to recruit Her Majesty's subjects within this Kingdom for the purpose of aiding the United States against the so-called Confederate States.“ Should any person appear, professing to have such powers, I should be much obliged for any information which would enable me to report his conduct promptly to my Government. ¶ I supply this omission in my former note to your Lordship expressly to preclude any unfavourable influence which might be drawn from my silence, and not from any intrinsic importance attached by me to the rumour. ¶ I pray, &c.

No. 672. Vereinigte Staaten, 10. April 1863.

Charles Francis Adams.

To **Earl Russell.**

No. 673.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandt. der Verein. Staaten in London. — Die starke Auswanderung nach New-York als Beweis für die Werbungen. —

Foreign Office, April 16, 1863.

No. 673. Gross-britannien, 16. April 1863.

Sir, — With reference to your letter of the 10th instant, in which you repeated the denial you had formerly made of the truth of the report that men were being recruited in this country for the United States' army, I think it right to communicate to you the substance of a report which has just been made to Her Majesty's Government with regard to the number of persons who are now being shipped as emigrants from Queenstown to New York. ¶ It is stated that within the last fortnight 1,278 emigrants have sailed, the greater number being strong, active young men; that it cannot be doubted that they are intended for the United States' army, and that, in fact, many of them do not deny it. ¶ A certain number of these men were militiamen from Cork and its vicinity, and they informed the emigration officer that they would get from 250 to 300 dollars bounty. It also appears that the prospect of this large bounty has been held out to young men by general rumour throughout the country. ¶ It is further stated that the friends of these persons in America are paid so much for obtaining and bringing them over to New York. ¶ I do not think it necessary to encumber this letter with further statements of a more or less trustworthy character, which have reached Her Majesty's Government, corroborative of this asserted recruiting of Her Majesty's subjects for service in the United States' army; and I shall, therefore, merely add that I am informed that about 800

*) No. 659.

No. 673. Grossbritannien, 16. April 1863.

young men were booked to sail from Queenstown by the steamer of the 9th instant, it being freely spoken of that all the young men were going to join the Northern army, and that although the Inman Company have put on additional steamers, the number of applicants for passage is so great that they cannot all be accommodated, and that several hundreds are consequently left behind each week. ¶ I am, &c.

Russell.

To Mr. Adams, etc.

No. 674.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERIKA**. — Gesandt. in London an d. königl. grossbritannischen Min. d. Ausw. — Erklärung der starken Auswanderung nach den Vereinigten Staaten. —

Legation of the United States, London, April 18 (received April 19), 1863.

No. 674. Vereinigte Staaten, 18. April 1863.

My Lord, — I am very much obliged to you for the courtesy extended to me in the communication of the substance of a report which has been made to Her Majesty's Government with regard to the number of persons who are now being shipped as emigrants from Queenstown. ¶ The fact that a great many people, especially in Ireland, have been anxious for some time past to find their way to the United States has been made known to me by the frequent applications to this Legation for free passage. A considerable proportion of these contain offers to enlist in the service of the Government. No doubt they are more or less influenced by the high bounties offered in America, accounts of which have been, from time to time, published in the newspapers here. To all such solicitations the answer given from here has been uniformly to the effect that no authority has been given by the Government to listen to any proposals of the kind or to make any engagements whatever. Instructions have likewise been sent to the respective Consuls, who have reported similar proposals to me to make the same answer. I have no reason to believe that any American citizen in England, clothed with authority, has ventured to act in any other way. ¶ It is proper for me to add, in explanation of the emigration that is taking place, that a gentleman of influence in America, now in London, who is in a situation to know, has lately informed me that some of the great corporations for the extension of railways in the western part of the United States, having experienced inconvenience from the liability of the labourers in their employ to be drafted for the war, and apprehending more, are making efforts to procure large supplies from other countries of aliens, who are from that circumstance exempted from the risk of being called into service. It may be that some of those who desire to get across the ocean, for the purpose of enlisting, expect to take advantage of the opportunity thus placed before them. ¶ In addition to this, there is no doubt of the fact of a scarcity of labourers in the United States. I learn from private sources that the rate of wages this season is very much advanced. ¶ I am led to believe that these causes, in addition to the alleged

distress of the population of Ireland, may explain the phenomena of emigration to which your Lordship has been pleased to draw my attention. ¶ I pray, &c.

Charles Francis Adams.

To Earl Russell.

No. 674. Vereinigte Staaten, 18. April 1863.

No. 675 *).

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin an d. kön. Min. d. Ausw. — Die Abreise zweier preussischer Generäle nach Warschau und St. Petersburg betr. —

Berlin, February 6 (received February 9), 1863.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship that General Alvensleben, an aide-de-camp of His Majesty the King, has left Berlin for St. Petersburgh. It is supposed that the object of his journey is to obtain accurate information relative to the disturbances now taking place in Warsaw, and if possible make some arrangement with the Russian Government by which the Polish insurgents may be prevented from crossing the frontier and coming into Prussia, where their presence would create alarm and endanger the security of property which may be at some of the Government offices. ¶ M. de Rauch, another aide-de-camp of His Majesty, has been sent also to Warsaw. ¶ I have, &c.

W. Lowther.

To Earl Russell, *London.*

No. 675. Grossbritannien, 6. Februar 1863.

No. 676.

OESTERREICH. — Min. d. Ausw. an die kais. Botschafter in Paris und London. — Die aus Anlass des polnischen Aufstandes getroffenen Massregeln betreffend. —

Vienne, le 11 février 1863.

Les troubles qui ont éclaté dans le Royaume de Pologne sont naturellement un sujet de vive préoccupation pour le Cabinet Impérial. Il était urgent d'empêcher que l'agitation ne s'étendit jusqu'en Galicie, et d'un autre côté le coeur paternel de l'Empereur, n. a. M., désirait épargner à ses sujets polonais toute mesure vexatoire, indice d'une méfiance qu'on était loin d'éprouver à leur égard. ¶ Aussi le Gouvernement Impérial s'est-il abstenu tout d'abord de prendre à l'occasion de l'insurrection polonaise d'autres précautions que celles qui étaient impérieusement prescrites par ses devoirs envers le Gouvernement russe et envers la sécurité publique. Il a été recommandé en conséquence d'exercer sur les frontières une plus grande vigilance pour prévenir toute contrebande d'armes et de munitions de guerre, et pour empêcher le passage d'individus isolés ou en bandes allant rejoindre les insurgés. Des ordres ont été également donnés pour faire désarmer et éloigner des frontières les insurgés qui se réfugieraient sur

No. 676. Oesterreich, 11. Februar 1863.

*) Vergl. No. 586—602.

No. 676. Oesterreich, 11. Februar 1863.

notre territoire. En même temps les autorités locales de la Galicie se sont efforcées de calmer par de sages conseils l'effervescence des esprits et de contenir par une attitude à la fois ferme et modérée l'impatience des plus exaltés. ¶ L'action du Gouvernement se serait volontiers renfermée dans ces limites. Malheureusement à mesure qu'au delà de nos frontières les conflits sanglants entre les troupes russes et les insurgés se répétaient, il devenait plus difficile d'empêcher l'agitation de se propager sur notre territoire. Quelques troupes ont dû être avancées vers les frontières pour en assurer l'inviolabilité et garantir la sécurité des habitants paisibles. Dans l'intérieur du pays, on a dû également aviser aux moyens d'écarter momentanément tout prétexte à des manifestations intempestives pouvant provoquer au désordre. ¶ C'est ainsi que les séances de la diète provinciale de Galicie ont dû être provisoirement suspendues et leur reprise ajournée au 2 mars. Cette mesure était d'ailleurs réclamée par les hommes les plus éclairés de la province et même par des membres influents de la diète. On pouvait redouter en effet que les passions politiques excitées par les déplorables événements qui se passent en Pologne ne fissent irruption dans le sein de l'Assemblée, au risque d'en troubler les délibérations et d'en dénaturer le caractère. ¶ Le Gouvernement Impérial est résolu à veiller strictement au maintien de l'ordre sur son territoire et à la conservation des bons rapports qui l'unissent au Gouvernement russe. ¶ Nous espérons y réussir sans avoir recours à des mesures de compression, qui répugneraient aux sentiments généreux de l'Empereur, n. a. M. ¶ Nous aimons à croire que ces intentions bienveillantes seront appréciées, et que les sujets polonais de l'Empereur faciliteront eux-mêmes par leur sage attitude l'application des principes d'équité et de modération que le Gouvernement Impérial a pris pour règle de sa conduite. ¶ Veuillez, mon Prince (M. le Comte), vous exprimer dans le sens de la présente dépêche, lorsque vous serez dans le cas de vous expliquer sur l'attitude et les vues du Gouvernement Impérial à l'égard du mouvement polonais. ¶ Recevez, etc.

Rechberg.

No. 677.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an d. kön. Min. d. Answ. — Eine Unterredung mit dem Grafen Rechberg über die proponirte österr.-preuss.-russische Convention betr. —

Vienna, February 12 (received February 16), 1863.

No. 677. Grossbritannien, 12. Februar 1863.

(Extract.) A report having reached me that a proposition had been made to the Austrian Government to enter into a Convention with Russia and Prussia for the better protection of their common interest in Poland, I have just inquired of Count Rechberg if there was any foundation for this report. His Excellency replied he was happy to say that no overture on the subject had been made to him; that all the Russian Government had requested was that refugees might be disarmed and taken care of, and that this was unnecessary, for whenever such cases occurred along the Galician frontier the people were

dealt with according to usage. I asked Count Rechberg what was the nature of a Military Convention said to have been concluded between Russia and Prussia concerning the affairs of Poland. He replied that he was not in possession of the details of it, but he supposed its main object was to facilitate the passage of Russian troops through Prussia into Poland, and to establish a common course of action in face of the insurrection. He added that on hearing of this Convention, he had telegraphed to Count Thun at St. Petersburgh to discourage any communication on the subject to Vienna; that Galicia was comparatively tranquil; and that unless the Polish insurrection assumed greater dimensions, the Austrian Government would consider the general understanding which existed between the two Imperial Governments sufficient for present purposes. ¶ His Excellency then remarked that the concentration along the Polish frontier of three Prussian corps d'armée, about 60,000 men, was a much larger force than could be necessary. He was happy to think that Count Mensdorff had but 12,000 men in Galicia, that he was told to apply for any amount of reinforcement he might require, and that he had answered that the force at his disposal was ample, that the rural population were quiet, and that up to the present moment he saw no cause for serious alarm.

No. 677. Gross-britannien, 12. Februar 1863.

Bloomfield.

To Earl Russell, *London.*

No. 678.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an d. königl. Min. d. Ausw. — Den Abschluss einer Convention zwischen Preussen und Russland betreffend. —

Berlin, February 14 (received February 16), 1863.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship that General Alvensleben, who is now in Warsaw, having arrived there two days ago from St. Petersburgh, has concluded a Military Convention with the Russian Government, according to which the two Governments will reciprocally afford facilities to each other for the suppression of the insurrectionary movements which have lately taken place in Poland, and which may be expected to follow in the Polish Provinces of Prussia. ¶ As far as I have been able to learn, it has been agreed that the Commanders-in-chief of the two Governments will keep each other informed of the movements of the troops under their orders; that if the troops of the one Government should retire before the insurgents into the territory of the other, they will be allowed to retain their arms, and to recross the frontier as soon as they may be in a position to do so, and that the troops of either Government will be at liberty to pursue insurgents into the territory of the other. ¶ The Prussian railways are also to be placed at the disposal of the Russian military authorities for the transport of troops through Prussian territory from one part of the Kingdom of Poland to another. The Government further contemplate, in case of necessity, to give military assistance to the Russian

No. 678. Gross-britannien, 14. Februar 1863.

No. 678. Grossbritannien, 14. Februar 1863.

Government for the suppression of the insurrection in the kingdom; but I am told that no engagement has yet been entered into with respect to the nature or extent of such assistance. ¶ In the meanwhile, however, four corps of the Prussian army are concentrating on the frontiers, under the command of General Waldersee, whose head-quarters are at Posen, and the reserves of two of these corps and of a division of a third have been ordered to join their regiments. As yet no disturbances of importance have occurred in the Grand Duchy, and it is believed that the Chiefs of the insurrection do not intend that any movement shall take place there or in Galicia, unless some important successes shall be obtained in the kingdom. In the neighbourhood of Thorn, however, and in the old Polish Provinces of Prussia, where the conspiracy is possibly less general and not so well organized, and its members are therefore less subject to discipline, some disturbances have occurred. ¶ From the information which has reached the Prussian Government, the whole kingdom, with the exception of the large towns held by the Russian troops, appears to be in a state of revolt. ¶ I have, &c.

Andrew Buchanan.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 679.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. kön. Botschafter in Paris. — Eine Unterredung mit dem französischen Botschafter über die preussisch-russische Convention betr. —

Foreign Office, February 21, 1863.

No. 679. Grossbritannien, 21. Februar 1863.

My Lord, — The French Ambassador has just called upon me to say that the Government of the Emperor, although not in possession of the text of the Convention between Russia and Prussia, know enough of its purport to form an opinion unfavourable to the prudence and opportuneness of that Convention. ¶ The French Government consider that the Government of the King of Prussia have by their conduct revived the Polish question. They consider this measure all the more imprudent inasmuch as the Polish Provinces of Prussia are represented as perfectly tranquil. ¶ The French Government consider also that the Government of Russia should be advised to appease irritation, and calm the discontent prevailing by measures of conciliation and mildness. ¶ The French Ambassador has no orders to propose any concert with the British Government, but he is instructed to ask whether the views which he had explained were conformable to those entertained by Her Majesty's Government. ¶ I informed him that Her Majesty's Government entertained precisely the views which he had explained on the part of his Government. ¶ I am, &c.

Russell.

To **Earl Cowley**, *Paris.*

No. 680.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an d. kön. Min. d. Ausw. — Die Unterzeichnung der preuss.-russ. Convention betr. —

St. Petersburgh, February 10 (received February 24), 1863.

No. 680. Gross-britannien, 10. Februar 1863.

My Lord, — I regret that I omitted, by yesterday's messenger, to report to your Lordship the arrival at this place of General Alvensleben, a Prussian officer charged with the duty of concerting measures for the repression of the Polish insurrection, which, in one case at least, has crossed the borders of the Grand Duchy of Posen. ¶ I learn that General Alvensleben has signed an Engagement or Convention with the Russian military authorities, by which the Imperial forces are permitted to proceed against fugitive insurgents across the Prussian boundary. A similar freedom is stipulated for the Prussian army on the territory of Russia. ¶ I have, &c.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 681.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an d. kön. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn v. Bismarck über die Convention. —

Berlin, February 21 (received February 24), 1863.

No. 681. Gross-britannien, 21. Februar 1863.

(Extract.) With reference to your Lordship's despatch of the 18th instant, instructing me to endeavour to procure a copy of the Military Convention lately concluded between Prussia and Russia, I have the honour to inform you that M. de Bismarck says he will communicate the Convention to me as soon as he shall receive the consent of Russia to its being made public. In a conversation which I had with him yesterday, I observed that, with a view to the interest of Prussia, the least possible delay should take place in the publication of the Convention, if it only contains the provisions which he represents it to do; for it is now generally believed that Prussia has entered into arrangements with Russia for mutually assisting each other in repressing all popular movements within their respective territories, and this suspicion has created a most unfavourable feeling towards Prussia throughout Western Europe. ¶ His Excellency replied that a portion of the English and French Press, hostile to Prussia, and the whole Press of Denmark and Austria, had seized upon the Convention to calumniate Prussia; but whoever would consider the circumstances dispassionately and impartially would easily satisfy himself that the Prussian Government had done no more than was necessary for the maintenance of tranquillity, and the protection of the population on a frontier which was 1,500 miles in length. With respect to the English Press, I said, if he would look back into the files of the „Times,“ he would find that there was no feeling of hostility to Prussia in England, and that if the language of the Press had

No 681. Gross-britannien, 21. Februar 1863.

within a late period ceased to be that of sympathy and approval, he must seek some other cause for the change than unfriendly feelings in England towards the Prussian nation. ¶ He then went on to explain to me that the insurrection in Russian-Poland had been principally promoted by the smaller gentry, who all had dependents attached to their houses and farms, whom they easily induced to take part in enterprises against the Government; and who, when they had thus raised a small band of armed men, forced the peasantry to join them; and it was to prevent the proceedings of these persons being extended into the Polish provinces of Prussia, or a similar course being followed by the small landed proprietors and gentry of these provinces, that the Convention had been entered into, while it was hoped that by energetic action on the part of the authorities, the commerce of Prussia, with the interior of Poland, might be protected from the depredations of Russian-Polish insurgents hovering on the frontier. ¶ The Government had, in the first place, he said, entered into the Convention as a necessary measure of defence, but they also saw in it a legitimate means of protecting the interests of Prussian traders with Poland. I replied that those were the common-place arguments used by all Governments intervening in the affairs of other States, and they would have been equally applicable if Her Majesty's Government had interfered in the American civil war on the pretence that it was necessary to secure Canada against future aggression, and to protect British commerce and industry against the evils to which the war was certain to subject them; but it would be difficult for his Excellency to prove that what was unnecessary in Galicia was unavoidable in Prussia. ¶ To this he answered that the massacre of 1,000 of the gentry by the peasantry in Galicia in 1848, had greatly diminished the probability of any insurrectionary movements there, as the dangerous class of the population had been nearly exterminated, and neither the great nobles nor the peasantry were disposed to incur risks and make sacrifices for the restoration of Polish nationality. ¶ He said that the number of troops concentrated on the frontier has been greatly exaggerated; for, though some of the Reserves had been called out, none of the corps had been placed on a war footing, either with respect to men, horses, or guns; and after providing garrisons for the towns and fortresses, the troops at the disposal of General Werder could only enable him to station 12,000 men on the Northern, and 8,000 on the Silesian frontier, for service in the field, which was a very moderate force for the duty to be performed. He said also that the Prussian commanding officers had orders not to act on Russian territory beyond a day's march from the frontier, and that Russian troops would only cross the frontier while in actual conflict with armed insurgents. ¶ He explained further, that the principal advantage which Prussia gained from the Convention was, that bands could not be collected on the frontier for the invasion of the Prussian territories, or if insurgents in these territories were driven across the frontier they could not be rallied or reinforced in the kingdom, for a renewed attack on the Prussian troops; and in answer to an inquiry which I made of him with respect to Russian insurgents who might be captured in Prussia, he said they would be given up to the Russian authorities, in conformity with the stipulations of Conventions

of long standing, which had been renewed in 1857. He said these Conventions had been suspended in 1853, but that the number of Russian deserters and other persons crossing the frontier illegally, from criminal or other causes, became so great an inconvenience that it had been found necessary to renew the Conventions in the interest of public order in the frontier districts. ¶ He said that portions of the frontier of many miles in extent could only be watched, according to present arrangements, by a single battalion, and that a brigade would be stationed in the North to the east of Gumbinnen to protect a *haras* of 1,000 horses kept near the frontier for the use of the various breeding establishments through Eastern Prussia. ¶ During our conversation on this subject, it appeared to me that M. de Bismarck was greatly annoyed at the reprobation with which the Convention has been received in Prussia and in Europe, and with the distrust of the Prussian Government to which it has given rise; and though on previous occasions he always spoke of the probability of the Russian army in Poland proving too weak to suppress the insurrection, he yesterday represented the principal forces of the insurgents to have been already defeated and dispersed, and those remaining in arms to consist merely of small scattered bands of men who are afraid to return to their homes, but who, though unable to offer any serious resistance to regular troops, might keep up for some time a state of brigandage in Poland, similar to that prevailing in the Neapolitan Provinces of the Kingdom of Italy. ¶ M. de Thiele, the Under-Secretary of State, represents the Convention to refer solely to the action of the military authorities on the frontier; and as I have said to him that M. de Bismarck had spoken to me of the possibility of Prussia taking active measures in the interior of the kingdom for the suppression of the insurrection, he answered he could not say what M. de Bismarck's intentions might be, and whether he contemplated entering into another Convention with Russia; but that he could assure me the Convention which had been actually signed contained no provisions for such an eventuality. ¶ I unterstand also from the Austrian Minister that M. de Thiele has held the same language to him. ¶ It is not, however, to be forgotten that the Feudal party with whom M. de Bismarck is acting are most anxious for a close union with Russia, in the hope that the alliance of the three Northern Powers, which was broken up by the Crimean war, may be eventually re-established. &c.

No. 681. Grossbritannien, 21. Februar 1863.

Andrew Buchanan.

To Earl Russell, *London.*

No. 682.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Eine Mittheilung d. Fürsten Gortschakow über die russ.-preuss. Uebereinkunft betr. —

St. Petersburgh, February 21 (received March 2), 1863.

(Extract.) Prince Gortchakoff spoke to me spontaneously this morning concerning the recent engagement between the Russian and Prussian Governments for the suppression of the revolt in Poland. The Vice-Chancellor obser-

No. 682. Grossbritannien, 21. Februar 1863.

No. 682. Gross-britannien, 21. Februar 1863.

ved that the greatest exaggerations and misapprehensions prevailed on this subject in Germany. The Agreement signed by him with the Prussian Military Agent (for Convention he would not call it) had no political character or significance whatever; it was simply an arrangement for the maintenance of security on the borders of the two countries. The insurgents were in the habit of falling on the Custom-house stations and other localities where public funds were deposited. It was necessary that the Agents of Government should be enabled to withdraw with their funds from threatened posts to place of safety, if necessary even on foreign territory. Such a liberty was assured for them; and if they were pursued by the rebels, the latter in their turn would be followed by the Russian troops over the frontier until they fell in with an armed force of Prussians. ¶ I asked Prince Gortchakoff whether the Agreement secured to each of the Contracting Parties generally the right of penetrating into the territory of the other in the course of these operations. ¶ The Vice-Chancellor replied rather vaguely, and seemed to wish to attach the right of traversing the frontiers particularly to the designs of the insurgents against the revenue stations. He did not offer to show me the Convention; but he said that the Emperor had desired to have it published, and if this had not been done it was owing to objections in another quarter. There was reason to hope that the Agreement might never be carried into effect, for the forces of the revolt were gradually drawing from the Prussian frontier to that of Austria. His Excellency added that the prevailing disorders had given an immense impulse to contraband trade, and that the Minister of Finance was already crying out loudly. ¶ I did not continue the conversation. I make it a rule never to originate any discussion on Polish affairs with the Minister. I think it most prudent to await the orders of Her Majesty's Government. &c.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 683.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Grafen Rechberg über den französischen Entwurf zu einer gemeinsamen Note nach Berlin. —

Vienna, February 26 (received March 2), 1863.

No. 683. Gross-britannien, 26. Februar 1863.

(Extract.) Having heard that the Duc de Grammont had communicated to Count Rechberg a project of a note to be presented at Berlin on the affairs of Poland and the policy which had been pursued by Prussia with respect to the present insurrection, I called on his Excellency this afternoon, when he gave me the following account of the French proposition. ¶ Count Rechberg asked me first of all if I had no communication to make to him. I replied that your Lordship had not written to me respecting this project, and that the only thing I could tell him was that I received a telegram a few days ago, by which I learned that Her Majesty's Government considered that Austria had acted wisely in declining the Prussian overtures respecting Poland. ¶ His Excellency

then proceeded to say that the project of the note transmitted from Paris was drawn up in very courteous terms, but that it was impossible for Austria to identify herself with it, notwithstanding her earnest wish to unite with England and France; that she had refused Prussia to join in the Military Convention concluded with Russia for the suppression of the insurrection in Poland, and had taken a line of her own, of complete independence, which he thought was the best calculated to protect her interests and advance those of the peace of Europe, and while she maintained all her international engagements, she reserved to herself the right of changing her position if it might hereafter become advisable to do so. That by acceding to the proposed identic note, it would be said of Austria that she adopted a policy of non-intervention, which it was her determination not to do. She would maintain, on the contrary, complete liberty of action, and would not bind herself to any general principle such as that implied in the proposed note. His Excellency said that if it was proposed to restore Poland the engagements taken by the Powers in 1815, why should not all the other stipulations of that time be insisted on? ¶ His Excellency has addressed a despatch to Prince Metternich, in which he develops the reasons of the Austrian Cabinet for declining the French proposal. It will be sent to-morrow to Paris, and the same messenger will be the bearer of a copy of it which Count Apponyi will communicate to your Lordship. &c.

No. 683. Grossbritannien, 26. Februar 1863.

Bloomfield.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 684.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Mittheilungen über den Inhalt der russisch-preussischen Convention. —

Berlin, February 27 (received March 2), 1863.

(Extract.) M. de Bismarck having promised last night to give me some information on the subject of the Russo-Prussian Convention if I would call upon him at an early hour this morning, I waited upon his Excellency. ¶ His Excellency had also promised to ascertain from the Russian Minister whether he had any objection to the text of the Convention being communicated to me. ¶ Our conversation began by my inquiring whether he was prepared to communicate the Convention to me, and by his replying that he could not do so without M. d'Oubril's consent, but that he would read its provisions to me after explaining the circumstances which had led to its being entered into. ¶ He said, when the insurrection broke out, the Prussian Government had reason to believe that the Russian troops in Poland did not exceed 60,000 men, though represented to amount to 100,000; and it was, therefore, thought advisable to send an officer to Warsaw to ascertain how far the military authorities possessed the means of suppressing the insurrection, and to enter into such arrangements with them as might be expedient for preserving tranquillity in the Prussian frontier districts, where great alarm had existed before the arrival of

No. 684. Grossbritannien, 27 Februar 1863.

No. 684. Grossbritannien, 27. Februar 1863.

the troops which had been since sent there for the protection of the inhabitants. ¶ M. de Rauch, therefore, an officer known to the Grand Duke Constantine, had been sent to Warsaw for this purpose. It was deemed advisable to send another officer through St. Petersburgh to Warsaw, who, after concert with the Russian Government could communicate more efficiently with the authorities at Warsaw. General Alvensleben had, therefore, been sent to St. Petersburgh, and on his arrival there the Russian Government had proposed that the two Governments should enter into the Convention which was subsequently signed by him and Prince Gortchakoff, but which, as no ratifications of it had yet been exchanged, could still only be regarded as a proposed Convention, and as such could not be communicated to a foreign Minister. ¶ Having made these preliminary observations, M. de Bismarck read to me from a German text, which he translated into French, what he represented to be the contents of the Convention. He said it was of an informal character, was not divided into Articles, and was to the following effect: — That disturbances having broken out in the kingdom of Poland which might endanger property and tranquillity in the frontier Provinces of Prussia, it was agreed between the two Governments that the troops of either should be authorized, on the requisition of the military authorities of the other, to cross the frontier, and, in case of necessity, should be permitted to pursue insurgents into the territory of the other; and it was further stipulated that either of the Contracting Parties should at any time be at liberty to terminate this Agreement. ¶ Its other clauses, M. de Bismarck said, provided that officers should reside at the respective head-quarters of the two Governments, in order to carry on the correspondence which would be necessary between them. ¶ The Convention, therefore, was not only incomplete from no ratifications having been exchanged, but as its existence also depended on the will of either of the Contracting Parties, it could not be considered a binding engagement. &c.

Buchanan.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 685.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in St. Petersburg. — Die Ansichten der Regierung über die Mittel zur Beruhigung Polens. —

Foreign Office, March 2, 1863.

No. 685. Grossbritannien, 2. März 1863.

My Lord, — Her Majesty's Government view with the deepest concern the state of things now existing in the Kingdom of Poland. They see there, on the one side, a large mass of the population in open insurrection against the Government; and, on the other, a vast military force employed in putting that insurrection down. The natural and probable result of such a contest must be expected to be the success of the military forces. But that success, if it is to be achieved by a series of bloody conflicts, must be attended by a lamentable effusion of blood, by a deplorable sacrifice of life, by wide-

spread desolation, and by impoverishment and ruin, which it would take a long course of years to repair. ¶ Moreover, the acts of violence and destruction on both sides, which are sure to accompany such a struggle, must engender mutual hatreds and resentments, which will embitter, for generations to come, the relations between the Russian Government and the Polish race. ¶ Yet, however much Her Majesty's Government might lament the existence of such a miserable state of things in a foreign country, they would not, perhaps, deem it expedient to give formal expression to their sentiments, were it not that there are peculiarities in the present state of things in Poland which take them out of the usual and ordinary condition of such affairs. ¶ The Kingdom of Poland was constituted, and placed in connection with the Russian Empire by the Treaty of 1815, to which Great Britain was a Contracting Party. The present disastrous state of things is to be traced to the fact that Poland is not in the condition in which the stipulations of that Treaty require that it should be placed. ¶ Neither is Poland in the condition in which it was placed by the Emperor Alexander I, by whom that Treaty was made. ¶ During his reign a National Diet sat at Warsaw, and the Poles of the Kingdom of Poland enjoyed privileges fitted to secure their political welfare. ¶ Since 1832, however, a state of uneasiness and discontent has been succeeded from time to time by violent commotion and a useless effusion of blood. ¶ Her Majesty's Government are aware that the immediate cause of the present insurrection was the conscription lately enforced upon the Polish population; but that measure itself is understood to have been levelled at the deeply-rooted discontent prevailing among the Poles in consequence of the political condition of the Kingdom of Poland. ¶ The proprietors of land and the middle classes in the towns bore that condition with impatience; and if the peasantry were not equally disaffected they gave little support or strength to the Russian Government. ¶ Great Britain, therefore, as a Party to the Treaty of 1815, and as a Power deeply interested in the tranquillity of Europe, deems itself entitled to express its opinion upon the events now taking place, and is anxious to do so in the most friendly spirit towards Russia, and with a sincere desire to promote the interest of all the parties concerned. Why should not His Imperial Majesty, whose benevolence is generally and cheerfully acknowledged, put an end at once to this bloody conflict by proclaiming mercifully an immediate and unconditional amnesty to his revolted Polish subjects, and at the same time announce his intention to replace without delay his Kingdom of Poland in possession of the political and civil privileges which were granted to it by the Emperor Alexander I, in execution of the stipulations of the Treaty of 1815? ¶ If this were done, a National Diet and a National Administration would, in all probability, content the Poles, and satisfy European opinion. ¶ You will read this despatch to Prince Gortchakoff, and give him a copy of it. ¶ I am, &c

Russell.

To Lord **Napier**, *St. Petersburgh.*

No. 686.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. Botschafter in Berlin. — Missbilligung der preussisch-russischen Convention. —

Foreign Office, March 2, 1863.

No. 686. Gross-britannien, 2. März 1863.

Sir, — The Convention which has been concluded between Russia and Prussia, relating to the affairs of Poland, has caused considerable uneasiness in this country. ¶ The Powers of Europe were disposed to be neutral in the contest between the Russian Government and the Polish insurgents. ¶ Prussia has departed from this course. ¶ My inquiries, as well as a despatch from Lord Napier, have led me to believe that the Convention contains, —

1. An agreement that Russian troops, upon crossing the frontier of Prussia, shall not be disarmed, as would be required according to international usage, but shall be allowed to retain their arms, and to remain, and to act as an armed body in Prussian territory.

2. A permission for Russian troops to pursue and capture Polish insurgents on Prussian territory.

Count Bernstorff defended this Convention, and declared that it was not an engagement invoking intervention in the contest between Russia and the Poles. ¶ But it is clear that if Russian troops are to be at liberty to follow and attack the Polish insurgents in Prussian territory, the Prussian Government makes itself a party to the war now raging in Poland. ¶ If Great Britain were to allow a Federal ship-of-war to attack a Confederate ship in British waters, Great Britain would become a party to the war between the Federal Government of the United States and the Confederate. ¶ It is obvious that by this Convention Prussia engages to become a party in the war against the Poles without any apparent necessity for so doing. For Her Majesty's Government have not heard that any disaffection prevails in the Polish provinces of Prussia. ¶ It is but too probable that this Convention will irritate the Polish subjects of Prussia, tend to excite disaffection where it has not hitherto existed, and thus extend the insurrection. ¶ Upon viewing this Convention in all its aspects, therefore, Her Majesty's Government are forced to arrive at the conclusion that it is an act of intervention which is not justified by necessity; which will tend to alienate the affections of the Polish subjects of the King of Prussia; and which, indirectly, gives support and countenance to the arbitrary conscription of Warsaw. ¶ You will read this despatch to M. Bismarck, and you will ask for a copy of the Convention between Prussia and Russia. ¶ It is possible that the Governments of Prussia and Russia, aware of the objections to which this Convention is liable, and seeing the ill consequences it may produce, may be disposed to cancel it, or to put an end to its operation. ¶ In that case you will inform me what steps have been taken with that view. ¶ I am, &c.

Russell.

Sir **A. Buchanan**, etc., *Berlin.*

No. 687.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. kön. Vertreter bei den Mächten, welche den Wiener Vertrag unterzeichnet haben. — Mittheilung der nach St. Petersburg gerichteten Depesche und Aufforderung zu einem ähnlichen Schritte. —

Foreign Office, March 4, 1863.

No. 687. Gross-britannien, 4. März 1863.

Sir, — Her Majesty's Government being deeply affected by the deplorable acts of violence of which Poland is now the scene, and having reflected on the causes of these calamities, have addressed the accompanying despatch to Her Majesty's Ambassador at St. Petersburgh *). ¶ You are instructed to read this despatch and its inclosure to the Minister of Foreign Affairs at . . . . . ¶ You will state at the same time that, in the opinion of Her Majesty's Government, a communication of similar views by the Representatives at St. Petersburgh of the Powers who were parties to the Treaty of June 1815, would tend to the cessation of bloodshed, and to the enjoyment by the people of Poland of those rights which were promised to them at Vienna, and which have been so long withheld from them. ¶ The peace of Europe would, in the opinion of Her Majesty's Government, be best assured by restoring to the Poles the privileges of a National Diet and a National Administration; and Her Majesty's Government, therefore, hope that the . . . . . Government will concur in making to the Government of Russia a representation which has for its objects the interests of humanity and security of the peace of Europe, and which cannot give any just offence to the Russian Government. ¶ I am, &c.

Russell.

No. 688.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. Botschafter in Paris. — Die Haltung Oesterreichs in der polnischen Angelegenheit betr. —

Foreign Office, March 5, 1863.

No. 688. Gross-britannien, 5. März 1863.

(Extract.) There remain some facts and some remarks relating to the conduct of Austria which I have not yet communicated. ¶ Before Her Majesty's Government had had any time to consider the French proposal of the 21st of February, and indeed almost at the same time that it arrived in this country, I received an intimation from Count Apponyi that his Government desired that no proposition of concert on Polish affairs should be made to them by France and Great Britain. ¶ Her Majesty's Government, therefore, came to the consideration of the subject, impressed with the conviction that Austria would not join in the proposed identic note. Her Majesty's Government thought also that, seeing her reluctance, it would be very unwise to urge her to a course she was

---

*) Nro. 685.

No. 688. Grossbritannien, 5. März 1863.

unwilling to adopt. ¶ Our impressions on this subject have been confirmed by a despatch from Count Rechberg to Prince Metternich, which Count Apponyi read to me yesterday. ¶ It is an answer to the French proposal. Mingled with some scruples against the principle of non-intervention, which belong to the traditional policy of Austria, are considerations which flow naturally from the position of Austria. The Cabinet of Vienna does not like to give even an appearance of encouragement to Polish insurrection, lest the lesson should cross the frontier, and the example be repeated in Galicia. The freedom of France and England from apprehensions of this kind is dwelt upon with marked distinctness. ¶ The inference to be drawn from this despatch is rather that Austria does not see her way clearly in the path pointed out to her by the French Government, than that she is altogether averse to the policy of which an outline is presented to her. ¶ Possibly, and indeed probably, the line to be adopted by the Emperor of Austria will draw gradually nearer to that of England and France. ¶ With respect to the Prusso-Russian Convention, its importance appears to be gradually diminishing. Count Bismarck, in reading it to Sir Andrew Buchanan, pointed out that no Russian troops could pursue insurgents across the Prussian frontier without the special permission or invitation of a Prussian officer. It is, of course, in the power of the Prussian Government to instruct its officers not to give that permission or invitation. ¶ Prince Gortchakoff, on his side, declares to Lord Napier that the chief motive for agreeing to the Convention was that insurgents often cross the frontier to seize a Custom-house and carry off the money found in its chest. In such cases it may be convenient to call upon an armed body from the other side to retake the Custom-house and recapture the treasure. ¶ While the two Contracting Powers are thus endeavouring to diminish the gravity and scope of the Convention, the events of the insurrection seem to be carrying the war away from the Prussian and nearer to the Austrian frontier. ¶ It appears, therefore, to Her Majesty's Government, that as the Convention is falling quietly into insignificance, and in fact sinking to nothing, it is fortunate that the Governments of France and England have not roused in the Prussian Government a spirit of offended dignity, and thus created obstacles to their own success by presenting formally an identic note requiring a formal reply. ¶ Her Majesty's Government are of opinion that the next step to be taken is to invite all the chief Powers who signed the Treaty of Vienna to concur in advising Russia to recur to the stipulations, and to revert to the policy, of the Treaty of Vienna in regard to Poland. ¶ A copy of a communication intended for this purpose is inclosed in the present despatch. &c.

Russell.

To **Earl Cowley**, *London.*

No. 689.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn v. Bismarck aus Anlass der englischen Depesche vom 2. März (No. 686) über die Convention. —

Berlin, March 5 (received March 9), 1863.

No. 689. Grossbritannien, 5. März 1863.

(Extract.) Your Lordship's despatch of the 2nd instant was delivered to me on the morning of the 4th, by the messenger Blackwood; and I lost no time in seeking an interview with M. de Bismarck, and reading it to his Excellency. When I had finished, M. de Bismarck asked whether I would give him a copy of the despatch; and on my replying that I was not instructed to do so, he proceeded to make some observations on its contents. He said that your Lordship spoke in one place of the events occurring in Poland as a contest between the Russian Government and Polish insurgents; and in another, as a war against the Poles, in which you accuse Prussia of having engaged to take a part; but in his opinion, the measures which the Russian Government are employing to suppress the insurrection cannot be properly described as a war in which two nations are engaged; and Prussia could not therefore have been said to have become a party to a war between Russia and Poland, if her troops had been ordered to act in concert with those of Russia on the frontier in the event of an insurrection having broken out in her own territory. ¶ I replied that I did not see how the name given to the conflict could in any way affect the responsibility which Prussia would in such a case have assumed. ¶ His Excellency went on to discuss the paragraph in the despatch in which your Lordship states that you had reason to believe that the Convention signed by Prussia and Russia contains an agreement that Russian troops upon crossing the frontier of Prussia shall not be disarmed, as would be required according to international usage, but shall be allowed to retain their arms, and to remain and act as an armed body in Prussian territory. M. de Bismarck said there was no such engagement in the Convention. Your Lordship, however, will probably consider that it is included in the stipulation mentioned by your Lordship, and which his Excellency admits that the Convention does contain, that Russian troops shall be permitted to pursue and capture Polish insurgents in Prussian territory. The interpretation of that stipulation, however, had been, he said, under negotiation; and it was to have been restricted and defined by instructions to be given to the military frontier authorities, when it was decided that it would not be necessary for the troops of either Government to cross the frontier at all, and that no instructions on the subject should be prepared. The Convention might therefore, he said, be looked upon as a dead letter, as the instructions necessary for carrying it into effect had never been drawn up. ¶ Your Lordship's observation that if Russian troops are to be at liberty to follow and attack Polish insurgents in Prussia, the Prussian Government makes itself a party to the war now raging in Poland, M. de Bismarck met by a denial that Russian troops have ever been allowed to do so; but he said, nevertheless, considering

No. 689. Grossbritannien, 5. März 1863.

the reasons which the Prussian Government had at one time for fearing that the Prussian territory would be violated by the insurgents, and that Prussian subjects would be incited to revolt, he could not admit that the case of Russian troops acting in the manner contemplated by the Convention against insurgents in the Prussian frontier districts could be looked upon in the same light as a Federal ship of war attacking a Confederate ship in British waters; for any permission granted to Russian troops to cross the frontier into Prussia, or for Prussian troops to cross into Russia, would have been given solely for the protection of Prussian territory and of Prussian property, and for a purely defensive purpose, in the event of an insurrection existing on both sides of the frontier, as there was every reason to apprehend would have been the case before Prussian troops could have reached the frontier districts in sufficient number to provide for their security. I could not, of course, admit the distinction which M. de Bismarck wished thus to establish, as the motive for permitting an act cannot affect the character of its consequences; but M. de Bismarck maintained that considering the position of the Prussian Government, it could not fairly be said that they would have given, by carrying out the stipulations of the Convention, indirect support and countenance, as alleged by your Lordship, to the arbitrary conscription of Warsaw, for they could not have neglected to take such measures as they might have considered necessary, under the circumstances, for the safety and protection of their own territory. ¶ As to the request which I had been instructed to make to him for a copy of the Convention, his Excellency observed that he could not understand upon what grounds Her Majesty's Government could consider themselves justified in expecting the Prussian Government to communicate to them a copy of an incomplete document, which only formed, as he had already explained to me, the first step in a negotiation now suspended, and which must remain entirely inoperative unless it were rendered effective by instructions which had to be agreed upon, and which will not now be drawn up, as circumstances have rendered them unnecessary. It was, therefore, a Convention of which no ratifications had been exchanged, and it was not intended that it should be ratified. ¶ M. de Bismarck then repeated what he had formerly said to me, viz., that the Convention merely states that as the insurrection which has broken out in the Kingdom of Poland threatens public and private property and the peace of the neighbouring Provinces of Prussia, it has been agreed between the two Governments that assistance may be afforded to each other, and their troops be authorized to cross the frontier on the demand of either Government, and in cases of necessity, and that this agreement shall only last while both Governments shall deem it expedient. ¶ His Excellency said that the proposal to enter into the Convention was forwarded by telegraph from St. Petersburgh by General Alvensleben, who received authority on the same manner to sign it. That the King had at first hesitated to authorize its signature, as His Majesty considered the agreement of too elastic a nature, until it was suggested to him that the character of the engagement would entirely depend upon the instructions to the frontier and military authorities, which must be agreed upon with the Russian Government before the Convention could be

carried into effect, as to the circumstances in which, and the distance to which, the frontier could be crossed by the troops of either party, and therefore on His Majesty's own appreciation of the cases of necessity in which Russians should be permitted to do so at all. His Excellency said that negotiations having been consequently opened for preparing such instructions, the Russian Government proposed that their troops should be allowed to cross the frontier when in actual conflict and in sight of an enemy, and to a distance from which they could return within the same day. His Excellency, however, did not explain to me by what authority permission to cross was to be given in such cases, observing, however, that arrangements for this purpose would have depended on the danger threatened in each district; but he said that even this restricted authority had never been conceded, and no action by Russian troops on Prussian territory, as far as he was aware, had ever taken place, although accidental cases may have occurred, but if so, this may have happened in Austrian as well as in Prussian Poland, nor had any occupation of Russian territory by Prussian troops ever taken place, although it had been attempted to represent as such the occupation of the bridge belonging to Prussia which connects the Prussian town Gollub, near Kulm, with a Russian town on the opposite side of the River Drewentz, when it was believed that insurgents in possession of the Russian town were about to make an irruption into Prussia. ¶ M. de Bismarck stated, however, that there have been several cases in which Russian Custom-house guards, when assailed by the insurgents, have crossed with the Custom-house chest into Prussia, and have been allowed to return without being deprived of their arms, not, however, in virtue of the Convention, but as a mere act of courtesy on the part of the King. &c.

No. 689 Grossbritannien. 5. März 1863.

Andrew Buchanan.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 690.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an d. königl. Min. d. Ausw. — Die preussische Politik in der polnischen Frage betr. —

Berlin, March 14 (received March 16), 1863.

No. 690. Grossbritannien. 14. März 1863.

(Extract.) I inquired of M. de Bismarck yesterday whether he had replied through Count Bernstorff to your Lordship's despatch of the 4th instant relative to the affairs of Poland *), which I read to him last week, and whether Her Majesty's Government might hope that their representations at St. Petersburgh would be supported by the Government of His Prussian Majesty. ¶ M. de Bismarck said that he had not addressed any communication to Count Bernstorff in reply to your Lordship's despatch, and what he had already said to me with reference to the position of Prussia towards Poland, and the dangerous neighbour which an independent Polish State must prove to Prussia, ought to

---

*) No. 687.

No. 690. Grossbritannien, 14. März 1863.

have satisfied me that the Prussian Government could not urge Russia to adopt measures of which the inevitable tendency would be to re-establish the nationality of Poland, and oblige Prussia to add 100,000 men to her army. He said that the concessions which Her Majesty's Government recommended the Emperor of Russia to grant to his Polish subjects would not satisfy them; and whatever they might obtain now would be used as a means of arriving at eventual independence, and of endeavouring to wrest their Polish provinces from Russia, Austria, and Prussia. Her Majesty's Government could not, therefore, expect Prussia to join them in measures which she believed would lead to such a result. &c.

Andrew Buchanan.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 691.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. kön. Botschafter in Wien. — Die österreichische Ablehnung einer gemeinschaftlichen Vorstellung in St. Petersburg zu Gunsten Polens betr. —

Foreign Office, March 17, 1863.

No. 691. Grossbritannien, 17. März 1863.

My Lord, — I had a long and interesting conversation yesterday with the Austrian Ambassador, Count Apponyi. ¶ He brought me the answer of Count Rechberg to the proposal of Her Majesty's Government that Austria should unite with Great Britain in making representations at St. Petersburgh in favour of a complete fulfilment of the terms of the Treaty of Vienna relating to Poland. ¶ Count Rechberg declines to accede to this request, and considers that it would be inconsistent to do so, after declining the proposition of France in regard to the Russo-Prussian Convention. ¶ The policy of Austria, Count Apponyi says, is not to make any agreement with Russia, for that would indispose the Polish subjects of Austria; but neither, on the other hand, to encourage Polish resistance, for that course might extend the flames of insurrection to the Austrian province of Galicia. ¶ In speaking upon the question, Count Apponyi argued that if the Treaty of Vienna were wholly fulfilled, and if a National Diet and a National Administration were established at Warsaw, the Poles would not be satisfied. Their next object would be to restore an independent Kingdom of Poland; but an independent Kingdom of Poland would require the annexation of its ancient provinces, and, if that policy were successful, Galicia would be lost to Austria. No one could expect that Austria would embark in an enterprize which, in its ultimate result, might deprive her of a rich and tranquil province; she could not be an accomplice in the work of dismembering her own dominions. ¶ I told Count Apponyi that I would speak very plainly to him on this subject: — Russia could only govern Poland in one of two ways. The one was that of the Emperor Nicholas, that of keeping her submissive and degraded; extinguishing her language; compelling her by force to change her religion. This mode was repugnant to all received notions of

justice and of clemency. ¶ The other was the mode of Alexander I: protecting her from the hatred and revenge of the Russians, by giving her the guarantee of popular institutions and a local administration entirely separate from that of Russia. ¶ Nothing less would suffice. The late conscription was a proof of it. The law of recruitment of 1859 was a fair and just law; but it was wanting in some formality, and when it suited the despotism of Russia to substitute an arbitrary, unjust, and cruel measure for the equal law which had been proclaimed, there was not a moment's hesitation in doing so. I conceived there was no middle line between a system of oppression and a system of free and just government. ¶ I did not deny, I said, that if Poland were to flourish under such a system aspirations of independence would be entertained, and, perhaps, in fifteen or twenty years, might be gratified; but also I was ready to avow, that comparing the two systems, Her Majesty's Government would greatly prefer immediate peace, and a bright period of justice, happiness, and freedom, with the prospect of ultimate independence and the restoration of a Kingdom of Poland, to a condemnation of Russian Poland to a dark and sullen period of slavery and submission, to be followed, perhaps at no long interval, by a fresh outbreak of hatred and revenge. ¶ Count Apponyi said he understood my views, but Austria could not, in her position, partake in them. ¶ I am, &c.

No. 691. Grossbritannien, 17. März 1863.

Russell.

To Lord **Bloomfield**, *Vienna.*

No. 692.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an d. kön. Min. d. Ausw. — Auslassungen des Fürsten Gortschakow auf die englische Depesche vom 2. März (No. 685). —

St Petersburgh, March 9 (received March 18), 1863.

My Lord, — In conformity with your Lordship's orders I waited on Prince Gortchakoff this forenoon, and placed in his Excellency's hands your Lordship's despatch of the 2nd instant, embodying the views of Her Majesty's Government in reference to the affairs of Poland. ¶ The Vice-Chancellor first read over your Lordship's despatch in silence. His Excellency then stated that, acting in a spirit of conciliation, he would offer no written reply to the observations of Her Majesty's Government. He would entrust the duty of conveying his sentiments on this occasion to me, and he would request me to show him the draft of my Report before forwarding it to your Lordship. The Vice-Chancellor also stated his wish to be enabled to submit my record of his expressions to His Majesty the Emperor along with your Lordship's instruction, in order that His Imperial Majesty might have at once a complete view of this exchange of opinions between the two Governments. ¶ To these proposals on the part of the Vice-Chancellor I acceded. ¶ Prince Gortchakoff then read over your Lordship's despatch aloud. ¶ The first and second paragraphs of your Lordship's despatch affirm the deep concern with which Her Majesty's Government con-

No. 692. Grossbritannien, 9. März 1863.

No. 692. Grossbritannien, 9. März 1863.

template the deplorable condition of Poland at this conjuncture, and the unsatisfactory results which Her Majesty's Government anticipate from the mere triumph of the Russian forces over the parties in arms against the Imperial authority. ¶ Here the Vice-Chancellor remarked that the concern expressed by Her Majesty's Government was more than shared by the Emperor and his Government. The heart of His Imperial Majesty was painfully affected by the effusion of blood contingent on this unhappy revolt, by the diminution of material welfare which is inseparable from civil commotion, and by the contemplation of resentments which might possibly survive these incidents, but for which the Imperial Government could not hold themselves responsible. ¶ The following paragraphs of your Lordship's instruction define the position of Poland in relation to the stipulations of the Treaties of 1815. On this point the Vice-Chancellor reserved his opinion for after-statement. His Excellency proceeded at once to the eighth paragraph of the despatch, in which your Lordship affirms that the immediate cause of the present insurrection was the conscription lately enforced upon the Polish population. ¶ The Vice-Chancellor contended that the recent measure of military recruitment was the pretext, not the provocation, of the revolt. The Polish insurrection, said his Excellency, was the result of a conspiracy deeply laid and widely organized in foreign capitals, from which he could not except London. The explosion had merely been accelerated by the military levy. Of the origin, development, and objects of that conspiracy, the Imperial Cabinet had been well informed. It was a democratic and „anti-social" movement, conceived in the pernicious notions of which Mazzini was the author and the symbol, and in these designs the Poles had been enlisted by flattering their natural illusions, which pointed to very different objects from those which the practical policy of English statesmen regarded—to the severance of Poland from the Russian Crown, to national independence, to the restoration of the limits of 1772. Far from being the cause of the present outbreak, the military recruitment had been undertaken in order to avert it and all the calamities which had ensued upon it, to remove the inveterate promoters of disturbance, and to open a fair course for the benevolent measures projected by the Emperor. The insurrection had only included the mechanics of the towns, the indigent nobles and the rustic clergy. The landed proprietors and great nobility had collected for security under the guns of the citadel of Warsaw; the peasantry were decidedly on the side of Government, moved by a sense of the benefits which the Imperial Government had conferred on their order, and disgusted by the exactions imposed upon them by the roving bands of marauding insurgents. Some of the upper classes might, indeed, join in the patriotic delusions of national restoration in its ancient boundaries, but their eyes only remained sealed to the absurdity of such expectations in consequence of the countenance given to them by foreign Governments. Some of these persons might take part in the movement, but the Governments which afforded such countenance would hereafter regret the results of a policy which could only enlarge the circle of suffering and misfortune. ¶ Reverting to the previous paragraphs of your Lordship's despatch respecting the position of Poland under the Treaties of

Vienna, and associating them with the subsequent passages in which your Lordship sets forth the motives and claims of Great Britain to interfere as one of the signing Parties to these engagements, the Vice-Chancellor expressed himself as follows: ¶ Laying open the Treaty of Vienna, his Excellency pointed to that passage in Article I. by which it is stipulated that the national institutions to be accorded to the several members of the Polish nation shall be regulated by the form of political existence which their respective Governments shall judge it to be useful and convenient to grant to them. ¶ Here I called the attention of the Vice-Chancellor to the use of the term „representation," as well as that of „national institutions." ¶ The Vice-Chancellor resumed. His Excellency remarked that under this Article the Russian Government remained the absolute arbiter of the form in which the representation and national institutions of Poland should be framed. The Emperor Alexander I, using his indisputable prerogative in a liberal and even in an enthusiastic sense, had, some time after the conclusion of the Treaty referred to, spontaneously granted to the Kingdom of Poland a Representative Constitution which had not proved consistent with the peace and welfare either of Poland or Russia. That Constitution had never been imparted to foreign Powers as involving the execution of international engagements. We all know under what circumstances it had perished. What the Emperor Alexander did in the plenitude of his power, his successor in the exercise of the same power could revoke. The present Emperor, ever faithful to the principles of government which he applied in Russia, had applied these principles in Poland too, and perhaps in a larger measure than had been granted in any other portion of his dominions. The political Constitution proclaimed in Poland in the year 1861 embodied a complete autonomy, — national institutions with a modified representation adapted to the form of political existence in force under the Imperial Government. Poland was now ruled by institutions purely Polish. There was a directing Minister, a Pole, entertaining national sentiments of the most decided character; a Council of Administration composed of Poles; a Council of State containing Poles taken from the several ecclesiastical and civil orders of the community, and embodying some representative elements, in which general laws for the welfare of the kingdom were elaborated; there were Provincial, District, and Municipal Councils in descending order, all purely elective, charged with the local and material interests of the country. This national representation was not cast in the same mould as that which was designed by the Emperor Alexander, or that which existed in England, but it formed, nevertheless, a system of national and representative institutions adapted to the condition of Poland and its relations with Russia. Her Majesty's Government, composed of practical Statesmen, the representatives of a practical nation, would not surely contend that there was only one valid and useful form of political institutions equally applicable to all countries, that, namely, which existed in England, and which was successful there. Nor would Her Majesty's Government, which professed non-intervention as the rule of their foreign policy, deviate from that principle now by interfering in the domestic concerns of another State. The Kingdom of Poland enjoyed an absolute administrative

No. 692. Grossbritannien, 9. März 1863.

independence. Even the Department for Polish Affairs in the Russian capital had been abolished. The only institution common to the two countries now was the army. The new institutions granted to Poland, alluded to above, opened a wide field of activity and material prosperity to the country. But this was not all. The Imperial Government, in restoring the educational establishments of the kingdom, had offered to the people the resources of intellectual culture and satisfaction. If to these institutions we added the guarantee by which they were all preserved, the personal character of the Emperor, who cherished an equal solicitude for the good of all his subjects, we should have a sufficient security for the future welfare of Poland, though the scheme might exclude that peculiar form of Representative Government applied in Great Britain, and perhaps exclusively appropriate to its condition. ¶ With reference to the rights of England in relation to the affairs of Poland, under the Treaty of Vienna, the Vice-Chancellor remarked that he had little to say on this occasion; that question had been fully and ably discussed in the correspondence which had passed between Her Majesty's Government and the Imperial Cabinet after the Revolution of 1831. To that correspondence he begged to refer your Lordship. ¶ In regard to the amnesty recommended by Her Majesty's Government, the Vice-Chancellor observed that a prompt and unconditional pardon could not be granted to those who were actually in arms against the authority of the Emperor. The friendly character which Her Majesty's Government had given to their representations justified him, however, in spontaneously stating that it had always been the intention of the Emperor to grant a large measure of amnesty to his revolted subjects after the cessation of resistance, excluding only the principal authors of a movement which had caused so many calamities in the kingdom. ¶ In the course of this conversation I did not consider it to be my duty to enter at large upon any controversial matter with the Vice-Chancellor. I did, however, offer two reflections to his Excellency in the way of reservation, which I trust will be found consistent with the views of Her Majesty's Government. ¶ When the Vice-Chancellor spoke of the plenitude of power which had been exercised by the Emperor Alexander I, and which had been transmitted unimpaired to His Majesty's successor, I remarked that, in my opinion, and in that (I believed) of my Government, the power of the Russian Sovereign in regard to Poland could only be justly exerted within the limits, and in conformity with the prescriptions, of the Treaty of Vienna. When his Excellency appeared to claim the silence of England on the ground of the principle of non-intervention professed by Her Majesty's Government, I contended that this principle could not be invoked here, for Her Majesty's Government did not here raise their voice in a question regarding exclusively the internal concerns of a foreign country, but in a question of an interior nature, with reference to which that foreign country had contracted engagements towards Great Britain; engagements which, in our opinion, had never been annulled. ¶ In commenting upon these observations, Prince Gortchakoff again referred to the terms of the Treaty of Vienna, which had constituted each of the three Powers concerned in Poland, the absolute arbiter of the form of national institutions to be conferred

No. 692. Grossbritannien, 9. März 1863.

on the portion of that country brought under its sway. His Excellency also reminded me that, desiring to deal with this question in a humane and concilia tory spirit, he had abstained from using the argument which was at his command, the argument of the right of the conqueror. After the insurrection of 1830, any limitation of the absolute authority of Russia which might have previously existed had lapsed. The Poles had engaged in hostilities against Russia. They had been subdued by force of arms. The power of Russia had been established on a new basis. ¶ The Vice-Chancellor concluded by saying that it had been free to him to accept my communication, to reserve the rights of his Sovereign, and to abstain from all discussion on this subject. Her Majesty's Government had, however, unequivocally declared that their communication was conceived in a most friendly spirit towards Russia; accepting this declaration, he had responded to the reflections of your Lordship, and in the course which he had taken he desired that your Lordship would recognize a proof of the amicable sentiments by which he was animated towards Her Majesty's Government. ¶ I have, &c.

Napier *).

To **Earl Russell**, *London.*

No. 693.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Botschafter in Paris. — Die Haltung Oesterreichs in der polnischen Frage betr.**) —

Foreign Office, March 21, 1863.

No. 693. Grossbritannien, 21. März 1863.

(Extract.) It is important that your Lordship should be enabled to judge correctly the attitude taken by Austria, during the late discussions upon the affairs of Poland. ¶ Three despatches have been read to me at different times by Count Apponyi. The first of these despatches was a despatch addressed by Count Rechberg to Count Apponyi. It was limited to an explanation of the position taken by Austria in respect to the insurrection which had broken out in the Polish Provinces of Russia bordering on Galicia. The action of Austria, Count Rechberg stated, was confined to an exact fulfilment of international obligations, as defined by Treaties and by the law of nations. Austria, while scrupulously performing all that duty enjoined, had declined to extend by any new Convention her engagements towards Russia. She had not listened to overtures from Prussia in this sense. ¶ The second despatch was addressed by

---

*) Ueber die Entstehungsgeschichte der vorstehenden Depesche schreibt Lord Napier an Lord Russell unter dem 11. März weiter: „In conformity with Prince Gortchakoff's wishes I submitted the draft of my despatch of the 9th instant, relative to the affairs of Poland, to his Excellency on the evening of the 9th instant. The Vice-Chancellor suggested a few omissions, to which I acceded. The report, as it now stands, contains an authentic record of his Excellency's expressions on this occasion. The despatch, having been copied out, was shown to His Majesty the Emperor yesterday morning, but I pointed out to Prince Gortchakoff that I was not enabled to furnish his Excellency with a copy of it at present."

**) Eine ähnliche Depesche wurde an Lord Napier gerichtet.

No. 693. Gross-britannien, 21. März 1863.

Count Rechberg to Prince Metternich at Paris. A copy of this despatch was forwarded to London, and was read to me by Count Apponyi. ¶ The French Government having asked the Austrian Government to join them in a representation at Berlin against the Russo-Prussian Convention on Polish affairs, and having communicated a project of note embodying their views, Count Rechberg on the 27th of February addressed a despatch to Prince Metternich, in which, while approving the language and sentiments of the French note, he declined to join in the proposed communication, on the ground of the exceptional position of Austria in respect of the general principles of her policy, and her special interests in the Polish question. ¶ He stated that the Austrian Government considered the Convention inopportune, and regretted its conclusion, but that they felt bound to consider whether they could openly remonstrate against it at Berlin without departing from the principles which they had always hitherto proclaimed, and giving their sanction by implication to the adoption of the principle of non-intervention in international questions, against which they had invariably protested. ¶ With regard to the special interests of Austria, Count Rechberg said that although the Austrian Government had no intention of taking active measures so long as the insurrection was confined to Russian Poland, they could not ignore the existence of revolutionary elements, which were only awaiting a favourable opportunity to extend their action to Galicia. ¶ Notwithstanding the calmness and wisdom shown by the Polish subjects of the Emperor, which the Austrian Government were glad to acknowledge, they would not, even indirectly, encourage national aspirations incompatible with the maintenance of their rule. ¶ France and England, not being restrained by any such considerations, might safely declare sympathies which the care of her own interests forbade Austria to express; and, looking impartially at her position, those two Powers must acknowledge that she could not act in concert with them, without compromising the advantages which she had derived from her reserved attitude. ¶ Hopes must not be raised which were not intended to be realized, or expectations excited which would afterwards have to be repressed, and it would be the height of imprudence to arouse aspirations in Galicia by holding out to the Poles a prospect destitute of reality. ¶ The demonstration which the French Government proposed to make at Berlin, however mitigated in form, might have results greater than were intended, and might provoke agitations which the Austrian Government might be compelled to repress by acts which they had hitherto been able to avoid. ¶ The Austrian Government, moreover, could hardly now pronounce a condemnation of the Convention, seeing that they had replied by a simple refusal to the overtures that were made to them from Berlin to accede to it. ¶ In reply to confidential observations, which the French Ambassador was instructed to make to Count Rechberg, as to the advantages likely to accrue to Austria from the contrast between her conduct to the Poles and that of Prussia and Russia, his Excellency remarked that if the Polish subjects of the Emperor of Austria were to be expected to appreciate the real advantages which they enjoyed, they must not be encouraged in illusions whose empty attraction would make them indifferent to the benefits which they

derived from their position. The Austrian Government would, on that account, be most unwilling prematurely to raise questions and eventualities which did not yet seem near at hand. ¶ With reference to the allusion made by the French Government to the performance of the stipulations of 1815 in regard to the Kingdom of Poland, Count Rechberg observed that a step in that direction might produce results still more serious than the present complications. ¶ It was doubtful if the Court of St. Petersburgh would be disposed to accept friendly representations, and a more serious invitation would be a measure of such gravity that it could not be resorted to without the maturest deliberation. ¶ Count Rechberg thought it unnecessary to examine an eventuality which was only casually alluded to by M. Drouyn de Lhuys, but he added that the principle of a return to the strict performance of Treaties was one the advantages of which had always been proclaimed by Austria, but which required a general application, and must not be limited only to the stipulations of 1815 respecting Poland. ¶ Passing over this delicate subject, and looking upon the proposal of the French Government as one which did not relate to eventualities, Count Rechberg stated that after a conscientious examination of the advantages and disadvantages of the proposed co-operation, he had submitted the result to the Emperor, who had decided that the attitude adopted by the Imperial Government should be persisted in, as the one most in accordance with the interests of the Empire. ¶ Count Rechberg concluded with an expression of regret that the Austrian Government had not been able to take advantage of this opportunity to prove their desire to act in concert with France and England in great questions of European policy. ¶ The third despatch was addressed to Count Apponyi, and was an answer to the despatch addressed by me to Lord Bloomfield inviting the co-operation of Austria at St. Petersburgh, in making friendly representations to Russia on the ground of the Treaty of 1815 in respect to Poland. ¶ After recapitulating my despatches to Lord Napier and Lord Bloomfield, Count Rechberg states that without discussing the views of the English Cabinet, or the opportunity of the measure in which they had invited the Austrian Government to participate, he expressed to Lord Bloomfield the regret of the Imperial Government at not being able to offer to Great Britain a co-operation such as that proposed. ¶ The motives which guided this decision on the part of the Imperial Government are, says Count Rechberg, „so obvious and imperative that they cannot fail to be appreciated by Her Britannic Majesty's Government.“ ¶ His Excellency then refers to the answer which he lately gave to the French proposal for joint action at Berlin in the affairs of Poland, in which he believes that he showed with sufficient clearness the reasons which impose upon Austria a special attitude of prudence and reserve in face of the events now passing in Poland. ¶ It would be mere repetition to reiterate all the arguments which were brought forward to prove to the French Government the absolute impossibility of any deviation on the part of Austria from the line of conduct which she has hitherto followed with the general approbation of Europe. The Austrian Government believe that they have taken into account the dictates of humanity as well as their international obligations, and they flatter themselves that by their attitude

No. 693. Gross-britannien, 21. März 1863.

No. 693. Grossbritannien, 21. März 1863.

they contribute to all that the interests of Europe and of the public peace can require. Austria, moreover, has special interests to protect, which are too seriously affected by everything that concerns Poland to allow her to follow England and France in all her manifestations in favour of Polish nationality. ¶ Adverting again to the terms of his despatch to Prince Metternich, Count Rechberg states that the objections in it which are founded on this class of ideas („fondées sur cet ordre d'idées") apply equally to the step which I have proposed to Austria to take, and he adds that I cannot wonder if the Austrian Government persevere in the attitude which they marked out for themselves from the first. ¶ Count Rechberg concludes by saying that he thinks it right to add one more observation. No one is more interested than Austria in seeing an end put to a deplorable state of things, which is a constant menace to the security of her own territory. But past experience, the events of 1831, and the well-known aspirations of the leaders of the Polish movement, make it doubtful whether the measures which I recommend the Government of the Emperor Alexander to adopt are sufficient entirely to pacify Poland, to satisfy its inhabitants, and fulfil the wishes of those who are now in arms.

Russell.

To **Earl Cowley**, *Paris.*

No. 694.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw. — Die preussische Politik in der polnischen Frage betr. —

Berlin, April 4 (received April 6), 1863.

No. 694. Grossbritannien, 4. April 1863.

(Extract.) In a conversation which I had this morning with M. de Bismarck, I expressed surprise that while Austria appeared to consider she might, without any danger to her Polish province, co-operate with Her Majesty's Government and that of France in endeavouring to obtain from the Government of Russia those rights which the people of Poland are entitled to claim, Prussia should hold aloof, and exhibit herself to Europe as the ally of Russia in the oppression of Polish nationality; and I said it seemed to me that it would be worth her while to attract to herself some of the European sympathy and approval which Austria was likely to gain in this question. ¶ He replied it was impossible for Prussia to change a policy which she had pursued for the last two years; and, after warning the Emperor of Russia, during that time, of the inevitable consequences of encouraging Polish aspirations after nationality, to call upon him now to grant the Poles the autonomy claimed for them. &c.

Buchanan.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 695.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an d. kön. Min. d. Ausw. — Den vergeblichen Versuch, die österreichische Regierung zu einer Collectivnote in der polnischen Angelegenheit zu bewegen, betr. —

Vienna, April 2 (received April 6), 1863.

No. 695. Gross-britannien, 2. April 1863.

My Lord, — on the receipt of your Lordship's telegram of the 28th ultimo, stating that a collective note on the affairs of Poland to be addressed to Russia by Austria, England, and France, was under consideration, and that Her Majesty's Government hoped it would be drawn up in such terms that the Austrian Government, with whom they are most anxious to act, will consent to sign it, I lost no time in informing Count Rechberg of the communication which had reached me. ¶ Having met with a trifling accident which prevented my leaving the house, his Excellency and the French Ambassador were kind enough to call on me together on Sunday. Count Rechberg said that he was most desirous to act on this question with England and France, but that the exceptional position of Austria in regard to her Polish Province of Galicia rendered it impossible for her to adopt exactly the same course as that which might be decided on by England and France; that he had taken the Emperor's orders, and submitted to His Imperial Majesty the draft of a despatch to be addressed to the Austrian Chargé d'Affaires at St. Petersburgh, which he thought would answer the purpose we had in view, and at all events preserve a community of sentiment on the part of the three Powers. ¶ His Excellency read this despatch, and as neither the Duc de Gramont nor myself saw the least chance of obtaining the assent of the Imperial Government to the principle of a collective note, it only remained for us to express our regret that Austria could not take the step in the form we had proposed. ¶ Count Rechberg said that he was ready to forward the draft of his despatch to London and Paris, and that if approved of it might be communicated to Prince Gortchakoff at the same time as the notes of England and France. ¶ Seeing that no better arrangement was likely to be obtained, we requested Count Rechberg to send off the necessary instructions to London and Paris without delay, which he promised to do, and Count Apponyi will probably have communicated the proposed Austrian despatch to your Lordship some days before this can reach your hands. ¶ I have, &c.

Bloomfield.

To Earl Russell, *London.*

No. 696.

OESTERREICH. — Min. d. Ausw. a. d. kaiserlichen Botschafter in London. — Die Ablehnung eines gemeinschaftlichen Vorgehens in der polnischen Angelegenheit betr. —

Vienne, le 31 mars, 1863.

No. 696. Oesterreich, 31. März 1863.

M. le Comte, — le Duc de Gramont et Lord Bloomfield ont été chargés par leurs Gouvernements de m'entretenir d'un projet de démarche identique et collective que les deux Cabinets de Paris et de Londres auraient en vue de faire à St. Pétersbourg pour demander au Gouvernement Russe de replacer le Royaume de Pologne dans des conditions propres à y assurer le retour et le maintien de la tranquillité. ¶ Mes dépêches antérieures sur la question Polonaise ont toujours établi que malgré certain rapprochement entre nos appréciations et celles des Gouvernements Anglais et Français, nous ne pouvions cependant nous placer entièrement sur la même ligne. ¶ Je me suis assez étendu sur ce point vis-à-vis de votre Excellence pour qu'il soit superflu d'y revenir ici. Je me bornerai donc à vous dire que dans mes conversations avec les deux Ambassadeurs j'ai de nouveau insisté sur les graves motifs qui forçaient l'Autriche à observer dans la question Polonaise une réserve conforme à sa situation particulière essentiellement différente de celles des deux autres Puissances. Passant ensuite à l'examen de l'affaire spéciale qui se trouvait en cause j'ai dû faire observer que dans une démarche pareille à celle dont il s'agissait le point de départ pour l'Autriche se trouvait être naturellement tout autre que pour l'Angleterre et la France. ¶ La possession de la Galicie rend en effet le Gouvernement Impérial fort intéressé à ce que la Pologne Russe ne redevienne point le théâtre de troubles et de conflits sanglants. Nous devons en conséquence nous fonder avant tout sur les embarras suscités au Gouvernement Impérial par l'agitation qui règne dans le voisinage immédiat de ses frontières, pour demander à l'Empereur Alexandre qu'il porte remède à cet état de choses. ¶ Nous souffrons d'ailleurs trop directement de ce qui vient de se passer en Pologne, pour ne pas être dans le cas d'exprimer au Gouvernement Russe notre désir de voir prévenir le retour de semblables événements. Aussi sommes-nous disposés à adresser à notre Chargé d'Affaires à St. Pétersbourg la dépêche dont votre Excellence trouvera ciprès le projet. Elle nous semblerait correspondre autant que notre situation particulière le permet aux vues des Cabinets de Paris et de Londres. ¶ Je vous autorise à en donner confidentiellement connaissance à Lord Russell, qui verra, j'espère, dans cette communication une preuve de notre désir de nous rapprocher des vues Anglaises. ¶ Ainsi que je l'ai fait remarquer à Lord Bloomfield et au Duc de Gramont, la nuance qui sépare en cette occasion l'attitude de l'Autriche de celle des deux autres Cours trouve son explication dans la nature même des choses. En élevant sa voix en faveur des Polonais, l'Autriche, qui possède elle-même une province Polonaise, doit tenir un langage à part. Mais si ce langage tend vers le même but que celui qui est poursuivi par la France et l'Angleterre, il peut servir ainsi à constater l'harmonie

qui règne entre les trois Puissances. ¶ Nous croyons tenir compte par là, autant que nous le pouvons, des voeux qui nous ont été exprimés; et nous aimons à penser que notre projet, présenté avec ces explications, trouvera un accueil favorable auprès du Gouvernement Anglais. ¶ Une dépêche identique, contenant la même annexe, est addressée à l'Ambassadeur de l'Empereur à Paris. ¶ Recevez, &c.

No. 696. Oesterreich, 31. März 1863.

Rechberg.

A Mr. le Comte Apponyi, *Londres.*

Anlage. — Entwurf einer Depesche an den k. k. Geschäftsträger in St. Petersburg, Grafen Thun. —

Vienne, le

Depuis la défaite et la dispersion des bandes armées les plus importantes par leur nombre et leur organisation, l'insurrection en Pologne peut être considérée comme réduite à des proportions moins grandes. ¶ Ce fait, qui dégage le Gouvernement Russe de ce qu'il devait jusqu'ici à des considérations de dignité et d'honneur militaire, nous permet d'appeler aujourd'hui son attention sur l'influence fâcheuse que les troubles de Pologne exercent sur nos propres frontières. ¶ En effet il est impossible que la Galicie ne se ressente pas d'événements aussi déplorables que ceux qui viennent de se passer dans le voisinage immédiat de ses frontières. De graves embarras sont ainsi suscités au Gouvernement Impérial, qui doit donc attacher un prix tout particulier à en voir prévenir le retour. Le Cabinet de St. Pétersbourg comprendra sans doute lui-même les dangers des convulsions périodiques qui agitent la Pologne, et il reconnaîtra l'opportunité d'aviser au moyen d'y mettre un terme en replaçant les provinces Polonaises soumises à la Russie dans les conditions d'une paix durable. ¶ On éviterait de la sorte des conséquences fâcheuses pour l'Europe entière et pour les contrées qui souffrent plus directement des conflits qui, comme les derniers que nous venons de voir éclater, ont inévitablement l'effet d'agiter l'opinion d'une manière inquiétante pour les Cabinets et capables de faire naître de regrettables complications. ¶ Veuillez, M. le Comte, présenter sous la forme la plus amicale ces observations à M. le Vice-Chancelier, et nous informer de l'accueil qu'elles auront rencontré. ¶ Recevez, &c.

No. 697.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an d. kön. Min. d. Answ. — Die Art der Uebergabe der Depeschen in St. Petersburg betr. —

Paris, April 5 (received April 7), 1863.

(Extract.) M. Drouyn de Lhuys said that he was preparing the draft of the despatch which he proposed addressing to the Duc de Montebello, and that he would send it to-morrow night to Baron Gros for communication to your

No. 697. Gross-britannien, 5. April 1863.

No. 697. Gross-britannien, 5. April 1863.

Lordship. He hoped that your Lordship would equally communicate to him the despatch which you might decide on sending to Lord Napier. ¶ M. Drouyn de Lhuys proceeded to read to me some extracts from a despatch dated the 3rd instant, which he had received this morning from the Duc de Gramont, and from which it would appear that on the Duke representing to Count Rechberg the desire of his Government that a copy of the Austrian despatch should be left with Prince Gortchakoff, Count Rechberg had replied that he had so intended it, and that a formal order should be given to the Austrian Chargé d'Affaires in that sense. The Duc de Gramont then proposed that the three despatches should be communicated to the Russian Vice-Chancellor by the three Representatives at St. Petersburgh in identic though separate notes, and he says that Count Rechberg did not altogether object to this course. M. Drouyn de Lhuys would prefer it, and will write in that sense to the Duc de Gramont, but without making a point of it, and he hopes that your Lordship will do the same. ¶ When the three Governments shall have agreed as to the manner in which their several despatches shall be worded, and communicated to Prince Gortchakoff (the communications should be effected, in M. Drouyn de Lhuys' opinion, with as much simultaneity as possible), his Excellency proposes that each of the three Governments should send copies of the three despatches to their Representatives at other Courts, and invite those Courts to join in the demonstration in favour of Poland in such measure as they may deem advisable.

Cowley.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 698.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. kön. Botschafter in St. Petersburg. — Eine Unterredung mit Baron Brunnow über den polnischen Aufstand betreffend. —

Foreign Office, April 10, 1863.

No. 698. Gross-britannien, 10. April 1863.

(Extract.) I had a long conversation yesterday with Baron Brunnow, some parts of which were of much interest. ¶ In a former conversation I had said to him that I could not be surprised that men driven to despair should commit wild deeds of revenge, or that the ferocious disciples of Mazzini should be guilty of assassinations; but that the acts of atrocity committed by the disciplined army of Russia excited, on the part of Her Majesty's Government, surprise as well as horror. Baron Brunnow had replied that dreadful crimes of savage cruelty had been perpetrated by the insurgents, and had given rise to acts of retaliation. He informed me yesterday that General Berg would take the command of the Russian army in Poland. He said that General Berg was an able commander, and was likely by his military arrangements to put an end to the insurrection. I replied that if General Berg was, as I believed, an officer of high repute, I hoped be would restore discipline in the Russian army in Poland, and punish these acts of insubordination and barbarous violence, which had hitherto been unrestrained. Baron Brunnow denied the truth of the stories

in circulation upon this subject. ¶ Baron Brunnow asked me some questions as to the nature of the representations about to be made at St. Petersburgh, and when I told him that the despatch of Her Majesty's Government was chiefly founded on the non-observance of the stipulations of the Treaty of Vienna, he expressed some satisfaction that we still founded our demands on the basis of that Treaty. But there was one question he felt he was entitled to ask, and that was whether the communication Her Majesty's Government were about to make at St. Petersburgh was of a pacific nature. ¶ I replied that it was, but that as I did not wish to mislead him I must say something more. Her Majesty's Government had no intentions that were otherwise than pacific, still less any concert with other Powers for any but pacific purposes. ¶ But the state of things might change. The present overture of Her Majesty's Government might be rejected as the representation of the 2nd of March had been rejected by the Imperial Government. The insurrections in Poland might continue and might assume larger proportions; the atrocities on both sides might be aggravated and extended to a wider range of country. If in such a state of affairs the Emperor of Russia were to take no steps of a conciliatory nature, dangers and complications might arise not at present in contemplation. ¶ Baron Brunnow said he could not call our former despatch an overture. The intentions of the Emperor towards Poland were most kind and benevolent. But there were projects afloat for altering the map of Europe. In these projects compensations to Russia were included. Russia entered into none of these projects; she wanted no compensation; she held by the present territorial arrangements of Europe, and he (Baron Brunnow) trusted Great Britain would do so likewise. ¶ I said it was the wish of Her Majesty's Government to do so. But Russia herself had in some cases been active in proposing and carrying into effect territorial changes. I trusted, however, that in the present case the Emperor of Russia, by granting an amnesty to those who would lay down their arms, and the benefits of free institutions to Poland, would put an end to the insurrection. ¶ It had formerly been said that the Emperor of Russia could not give liberal institutions to Poland while he denied similar benefits to his Russian subjects. But at the present time Russia as well as Poland might well look to the enjoyment of representative institutions. Why should they not be granted at one and the same time to the Kingdom of Poland and to the Empire of Russia? ¶ Baron Brunnow had no information as to the intentions of the Emperor on this subject, and I did not press him further*).

Russell.

To Lord **Napier**, *St. Petersburgh.*

---

*) Similar despatches were addressed to Lord Bloomfield and Earl Cowley.

No. 699.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an d. kön. Min. d. Ausw. — Die Auslieferung russischer Unterthanen durch Preussen betr. —

Berlin, April 11 (received April 13), 1863.

No. 699. Gross-britannien, 11. April 1863.

My Lord, — With reference to your Lordship's despatch of the 8th instant, I have acquainted M. de Bismarck with your Lordship's wish to learn the fate of the four persons referred to in my despatch of the 4th instant, who were arrested some weeks ago at Thorn, and sent across the Polish frontier; and whether any other persons delivered up by Prussia have been put to death by the Russian authorities; and also whether, under the Convention of 1857 political refugees from Russian Poland must, according to the terms of the Convention, be delivered up by Prussia on the demand of Russia. ¶ With regard to the first of these inquiries M. de Bismarck said that he felt convinced the persons first referred to, those arrested at Thorn, had not been put to death, but he could not give me any precise information as to their fate; and other persons to whom I have applied for information, while sharing M. de Bismarck's conviction, appeared to be equally ignorant. I am assured, however, that inquiries will be made upon the subject, and that if any Prussian authority can give the information which I have asked for, it will be communicated to me. ¶ M. de Bismarck knew nothing positively of the fate of the two officers referred to in my despatch of the 4th instant who had been delivered up to Russia, but he presumed that the one who had been guilty of murder would be executed, and that the other having been accused merely of desertion, would be sent to serve as a private in the Caucasus—the usual punishment awarded to officers of the Russian army for the offences of which they may have been guilty. ¶ With respect to the Convention of 1857, M. de Bismarck said that its provisions were, in his opinion, so elastic that they might include persons accused of any crime or misdemeanour, and that political offences, which were crimes against the State, could not afford any ground of exemption; and that as one object of the Convention had been to prevent Russian subjects from crossing into Poland on the eve of a recruitment, the greatest possible latitude had been given to the right of Russia to claim the extradition of all persons who were liable to military service. He said that almost all persons, therefore, leaving Russia might be claimed under that category. ¶ M. de Bismarck added that there was another Convention which had been entered into between Austria, Russia, and Prussia in 1834, and which, having never been abrogated, was still in force, if Russia thought fit to appeal to it, by which the three Powers are mutually bound to deliver up to each other refugees who may have been guilty of high treason or crimes against the State, including individuals belonging to Associations of a revolutionary character. His Excellency believed, however, that Russia would not avail herself of this right, and she had not addressed any demands either to Austria or Prussia for the extradition of the refugees who had escaped from Poland. ¶ I inclose a copy of this Convention, with a translation by Mr.

Morier, for your Lordship's information, and I also inclose a statement, with a translation by Mr. Jocelyn, copied into the Berlin newspapers from the „Cologne Gazette," which professes to contain the instructions sent to General Werder, the Commander-in-chief at Posen, as to the treatment and disposal of all persons crossing from Poland into Prussia. ¶ I have inquired of M. de Bismarck whether the contents of this document are authentic; but he professed to be unacquainted with them, and not to be, therefore, able to answer my inquiry, though he said some arrangements must have been made by the Departments interested as to the manner in which the numerous Russian refugees and Prussian subjects escaping from the ranks of the insurgents into Posen should be disposed of, and as to the localities where their respective cases should be duly investigated. ¶ Should these instructions be genuine, and not ingeniously invented to excite ill-feeling against the Prussian Government, they would seem to imply, on the part of the latter, the intention not only of delivering up to Russia all such individuals as Russia has a right to claim, but likewise that of forcing back upon Russia those that she does not claim, and against whom no criminal charge lies. It is, at least, difficult to see what other interpretation can be given to the wording of the paragraph respecting Category C of the persons arrested, which states that such persons as are not liable to military service in Russia, and against whom no charge can be brought, are to be treated according to Article XXIII of the Cartel Convention of 1857. By referring to this paragraph of the Convention in question, of which I only obtained a copy this morning after I had last seen M. de Bismarck, I find that it invests each of the Contracting Parties with the right of compelling the other Contracting Party to take back all individuals being subjects of the latter who may have crossed into the territory of the former: „Chacun des deux États s'oblige à reprendre ceux de ses propres sujets dont l'autre État voudrait se débarrasser," &c., &c. ¶ Should these instructions, therefore, be literally carried out, all Russian subjects whatever crossing into Prussia during the period of the insurrection in Poland, might come ultimately to find their way back into Russia—the suspected at the demand of Russia, the unsuspected at the demand of Prussia. ¶ I shall not fail at the earliest opportunity again to call M. de Bismarck's attention to these instructions, and to ask his Excellency, in the event of their being genuine, whether it is the intention of the Prussian Government to carry them out in their full vigour. ¶ I have, &c.

Andrew Buchanan.

To Earl Russell, *London.*

No. 700.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Den Erlass einer russischen Amnestie betr. —

St. Petersburgh, April 12 (received April 18), 1863.

No. 700. Gross-britannien, 12. April 1863.

My Lord, — The official newspaper of this morning contains the inclosed Manifesto offering a free pardon to all parties who have been concerned in the recent insurrection in Poland, saving those who shall continue in arms after the $\frac{1st}{13th}$ of May next*). The only exceptions specified are persons guilty of other crimes, or such as have violated their military duty. ¶ The maintenance of the institutions recently granted to Poland in all their integrity is promised, and the Emperor reserves to himself the duty of developing those institutions hereafter in conformity with the wants of the times and the country. ¶ A separate Ukas offers a similar amnesty to parties engaged in the disorders within the boundaries of the Western Governments of Russia. From the phraseology of the Decree some doubt might arise as to whether the proffered amnesty be intended to apply to those who have already been delivered over to justice, or only to those who are still in arms, and who may come in before the expiration of the term of grace. One of my colleagues informs me, however, that he knows from competent authority that the amnesty is intended to apply to both classes alike. ¶ The Imperial Manifesto is conceived in a tone of humanity and clemency which is congenial to the character of the Emperor; a religious physiognomy is given to it, which we are familiar with in Russian documents of State; the sense of it is undoubtedly consistent with the interests of the Imperial Cabinet and with the wishes of Her Majesty's Government. We may regret that the discontents in Poland are simply referred to the instigations of foreign or exiled revolutionary agents—a statement which cannot be sincere, even on the part of the most zealous Russian; and that no mention is made of the military recruitment, which was the proximate provocation of the late revolt. The Russian Government might have used a bolder sincerity with advantage; they might have avowed an error which they feel, and have promised a remedy which they have in view. ¶ This act of mercy has been appropriately promulgated on Easter Sunday. How far it has been prompted by the expectation of foreign intervention, I am not able to affirm with confidence. I am inclined to think that it may have been accelerated by such apprehensions, but it is also plainly consistent with policy, as well as with the benevolent disposition of the Sovereign. ¶ I have, &c.

Napier.

To Earl Russell, *London.*

---

*) No. 602.

No. 701.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in St. Petersburg. — Bemerkungen über die russische Amnestie. —

Foreign Office, April 24, 1863.

No. 701. Gross-britannien, 24. April 1863.

Sir, — I have received and laid before the Queen your Excellency's despatch of the 12th instant, inclosing a copy of a Manifesto on Polish affairs issued by the Emperor of Russia on the $\frac{\text{31st March}}{\text{12th April}}$. ¶ Her Majesty's Government have carefully and anxiously considered the contents of this document in the hope to find in it the germ of a restoration of peace, and a hope of good government to Poland. ¶ I have to make to you the following remarks as the result of their deliberations. ¶ An amnesty may lay the foundation of peace in two cases: —

1. If the insurgents have been thoroughly defeated, and are only waiting for a promise of pardon to enable them to return to their homes.

2. If the amnesty is accompanied with such ample promises of the redress of the grievances which gave occasion to the insurrection, as to induce the insurgents to think that their object is attained.

It is clear that the first of these cases is not that of the present insurrection. ¶ It is not put down; it is, on the contrary, rather more extensive than it was a few weeks ago. ¶ Let us, then, examine the amnesty with reference to the second of the supposed cases. ¶ The Emperor, referring to the institutions which he has conferred („octroyées") on the Kingdom of Poland, says: —

„En maintenant encore aujourd'hui ces institutions dans leur intégrité, nous nous réservons, lorsqu'elles auront été éprouvées dans la pratique, de procéder à leur développement ultérieur selon les besoins du temps et ceux du pays."

This promise can hardly be satisfactory to the Poles. For it must be observed with regard to the institutions already given, that it was during their existence that 2,000 young men were seized arbitrarily in the night, and condemned to serve as soldiers in the Russian army in defiance of justice, and even in violation of the Law of 1859, so recently enacted. So that it is evident no security would be obtained by submitting again to the same laws. With those institutions in full force and vigour, innocent men might be imprisoned as criminals, or condemned to serve as soldiers, or banished to distant countries, without a trial, without publicity, without any guarantee whatever. ¶ As to the promise held out for the future, it must be observed that it is made to depend on the practical working of these institutions, and on the wants of the time and of the country. ¶ The first of these conditions alone destroys all reasonable hope of the fulfilment of this promise. For the practical working of the institutions hitherto given, depends on the co-operation of native Poles of property and character as Members of the Council of State, and of Provincial and Municipal Assemblies. But the recent conduct of the Russian Government in Poland

No. 701. Grossbritannien, 24. April 1863.

has deprived them of the confidence of all Poles of this description, and forced all such Poles to withdraw from the bodies in which their functions were to be exercised. ¶ There are wanting, therefore, in this Imperial Manifesto, the first elements of success, namely, a guarantee of security on the one side, and the feeling of trust and confidence on the other. ¶ In a despatch of Lord Durham, then Ambassador at St. Petersburgh, dated in August 1832, Lord Durham says, — „There has long been a jealousy, nay, hatred existing between the Russians and Poles." Her Majesty's Government had hoped that the present Emperor, by raising the social position of his Russian, and securing the political freedom of his Polish, subjects, might have united both by the link of loyal attachment to the throne. ¶ This hope has been unfortunately disappointed, and it is with great pain that Her Majesty's Government observe that the feelings of hatred between Russian and Poles have not in the lapse of thirty years been softened or modified. ¶ The present amnesty does not appear likely to diminish the intensity of the insurrection, or give any solid security to the most moderate of Polish patriots. ¶ I am, &c.

Russell.

To Lord **Napier**, *St. Petersburgh.*

No. 702.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. grossbrit. Vertreter bei den europäischen Höfen (mit Ausnahme derer von Paris, St. Petersburg und Wien). — Uebermittlung der an den Botschafter in St. Petersburg gerichteten Depesche vom 10. April*). —

Foreign Office, April 22, 1863.

No. 702. Grossbritannien, 22. April 1863.

My Lord (Sir), — I transmit to you herewith a copy of a despatch which I addressed, on the 10th instant, to Her Majesty's Ambassador at the Court of Russia, instructing him to make a communication to the Cabinet at St. Petersburgh on the subject of the affairs of Poland. ¶ You will communicate a copy of this despatch to the Government to which you are accredited, and invite them to make a communication of a similar tendency to the Russian Government. ¶ I understand from Lord Cowley that your French colleague is instructed to communicate, with the like request, a copy of the despatch on the same subject which has been addressed by M. Drouyn de Lhuys to the French Ambassador at St. Petersburgh. ¶ I am, &c.

Russell.

---

*) Nro. 708.

No. 703.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an d. kön. Min. d. Ausw. — Bericht über die Uebergabe der Abschriften der Depeschen Frankreichs, Englands und Oesterreichs an den Fürsten Gortschakow. —

St. Petersburgh, April 17, 1863.

No 703. Grossbritannien, 17. April 1863.

(Extract.) I was directed by your Lordship to read your despatch of the 10th instant, concerning Poland, to Prince Gortchakoff, and to place a copy of it in his Excellency's hands. ¶ In order to avoid the inconvenience which might have been attached to separate applications to the Vice-Chancellor for audiences, the Duke de Montebello obligingly offered to convey to Prince Gortchakoff the wish of our respective Governments that we should be received on the same day, and the Vice-Chancellor appointed this forenoon for our successive interviews. ¶ This method appeared also to be recommended by the reflection that it gave a joint and common character to our proceeding. ¶ The French Ambassador was received first, and delivered a copy of the despatch of M. Drouyn de Lhuys to the Russian Minister, by whom the Duke was informed that the orders of the Emperor would be taken on the subject. ¶ I had the honour of seeing the Vice-Chancellor at half-past 11. I stated to his Excellency that I was directed by Her Majesty's Government to read to him a despatch from your Lordship containing the views of Her Majesty's Government on the affairs of Poland, and to leave a copy of it in his hands, in connection with a letter which was conceived in terms similar to those employed by the Representatives of France and Austria for the same purpose. ¶ I then gave the two documents to the Prince. His Excellency, after reading your Lordship's despatch aloud, informed me that he would take the orders of His Imperial Majesty, and that the reply of the Russian Government would be communicated hereafter to your Lordship. ¶ Count Thun was admitted subsequently, and received a similar answer from the Vice-Chancellor. &c.

Napier.

To **Earl Russell**, *London.*

No. 704.

FRANKREICH. — Botschafter in St. Petersburg an den kaiserl. russ. Min. d. Ausw. — Uebermittlung d. von seiner Regierung erhaltenen Depesche in der polnischen Angelegenheit. —

St-Pétersbourg, le 17 avril 1863.

No. 704. Frankreich, 17. April 1863.

Prince, — Ayant reçu de mon Gouvernement une dépêche relative à des observations que je suis chargé de présenter au Cabinet Impérial de Russie, je ne crois pouvoir mieux faire que de transmettre à Votre Excellence la copie du document où elles sont consignées. ¶ Je saisis, etc.

Duc de Montebello.

A Mr. le Prince **Gortchacow.**

No. 705.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. kais. Botschafter in St. Petersburg. — Die Insurrection in Polen betr. —

Paris, le 10 avril 1863.

No. 705. Frankreich. 10. April 1863.

Monsieur le duc, l'insurrection dont le royaume de Pologne est en ce moment le théâtre a éveillé en Europe de vives préoccupations au milieu d'un repos qu'aucun événement prochain ne semblait devoir altérer. La déplorable effusion de sang dont cette lutte est l'occasion et les douloureux incidents qui la signalent excitent en même temps une émotion aussi générale que profonde. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté obéit donc à un devoir en exprimant à la Cour de Russie les réflexions que cet état de choses est de nature à suggérer, et en appelant sa sollicitude sur les inconvénients et les dangers qu'il entraîne. ¶ Ce qui caractérise les agitations de la Pologne, monsieur le duc, ce qui en fait la gravité exceptionnelle, c'est qu'elles ne sont pas le résultat d'une crise passagère. Des effets qui se reproduisent presque invariablement à chaque génération ne sauraient être attribués à des causes purement accidentelles. Ces convulsions devenues périodiques sont le symptôme d'un mal invétéré; elles attestent l'impuissance des combinaisons imaginées jusqu'ici pour réconcilier la Pologne avec la situation qui lui a été faite. ¶ D'autre part, ces perturbations trop fréquentes sont, toutes les fois qu'elles éclatent, un sujet d'inquiétudes et d'alarmes. La Pologne, qui occupe sur le continent une position centrale, ne saurait être agitée sans que les divers États placés dans le voisinage de ses frontières souffrent d'un ébranlement dont le contre-coup se fait sentir à l'Europe entière. C'est ce qui est arrivé à toutes les époques où les Polonais ont pris les armes. Ces conflits, comme on peut en juger par celui dont nous sommes en ce moment témoins, n'ont pas seulement pour conséquence d'exciter les esprits d'une manière inquiétante; en se prolongeant ils pourraient troubler les rapports des cabinets et provoquer les plus regrettables complications. Il est d'un intérêt commun à toutes les puissances de voir définitivement écarter des périls sans cesse renaissants. ¶ Nous aimons à espérer, monsieur le duc, que la Cour de Russie accueillera, dans le sentiment qui nous les a dictées, des considérations aussi dignes de son attention. Elle se montrera animée, nous en avons la confiance, des dispositions libérales dont le règne de S. M. l'empereur Alexandre a déjà donné de si éclatants témoignages; et elle reconnaîtra, dans sa sagesse, l'opportunité d'aviser aux moyens de placer la Pologne dans les conditions d'une paix durable. ¶ Vous voudrez bien remettre une copie de cette dépêche à S. Exc. M. le prince Gortchacow. ¶ Agréez, etc.

Drouyn de Lhuys.

A Mr. **le Duc de Montebello**, *St. Pétersbourg.*

No. 706.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an d. kais. Botschafter in Paris. — Antwort auf die vorstehende französische Depesche vom 10. April. —

St.-Pétersbourg, le 14/26 avril 1863.

No. 706. Russland. 26. April 1863.

Dans la matinée du 5 (17) avril, M. l'ambassadeur de France m'a donné communication d'une dépêche de M. Drouyn de Lhuys relative à la situation du Royaume de Pologne. ¶ Je transmets à Votre Excellence une copie de cette pièce que j'ai aussitôt placée sous les yeux de Sa Majesté l'Empereur. ¶ Notre Auguste Maître y a puisé la conviction que les vues exprimées au nom de l'empereur Napoléon s'accordent entièrement avec celles qui L'animent. ¶ Le Gouvernement français témoigne, à l'égard des tristes événements de Pologne, des sentiments qui ne peuvent être étrangers à aucun gouvernement ami de l'humanité. Il ne saurait douter un instant de la profonde affliction que cet état de choses fait éprouver à notre Auguste Maître, de la vive sollicitude qu'il inspire à Sa Majesté, ni du désir ardent qu'Elle a de pouvoir en hâter le terme. ¶ Le Gouvernement français signale le contre-coup que ces agitations exercent sur les États voisins et l'anxiété qu'elles font naître dans le reste de l'Europe. ¶ Notre Auguste Maître admet le juste intérêt que les Puissances limitrophes et celles qui ont concouru à régler le sort de l'Europe doivent naturellement vouer à toutes les complications qui pourraient tendre à le troubler. ¶ Mais l'intérêt que la Russie prend à des événements qui la touchent de si près ne saurait assurément être moins profond, ni son désir de ramener la tranquillité dans le royaume et la sécurité en Europe, moins vif et moins sincère. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur Napoléon témoigne enfin une confiance dans les dispositions libérales de notre Auguste Maître et s'inspire d'un sentiment de réserve que Sa Majesté apprécie, lorsqu'il nous signale, en terminant, l'opportunité d'aviser aux moyens de placer la Pologne dans les conditions d'une paix durable. ¶ Rien ne saurait mieux répondre aux voeux de l'Empereur. ¶ Mais c'est précisément sur le choix des moyens qui peuvent conduire à ce résultat qu'il serait désirable de s'entendre. ¶ M. le ministre des affaires étrangères de France constate la profondeur du mal et l'impuissance des combinaisons imaginées jusqu'ici pour réconcilier la Pologne avec la position qui lui a été faite. ¶ C'est un motif de plus pour ne pas recommencer des expériences qui ont été une source de malheurs pour la Pologne et pour la Russie, une cause de troubles pour l'Europe, et qui, selon toute probabilité, aboutiraient encore aux mêmes résultats. ¶ Le mal dont souffre actuellement le Royaume n'est pas un fait isolé. L'Europe entière en est affectée. Les tendances révolutionnaires, fléau de notre époque, se concentrent aujourd'hui dans ce pays parce qu'elles y trouvent assez de matières combustibles pour espérer d'en faire le foyer d'une conflagration qui s'étendrait à tout le continent. ¶ Les Gouvernements, dont la tâche est de guérir ce mal, ne sauraient donc y apporter assez d'attention, de prudence et de ménagements, afin de discerner les éléments qu'il importe d'écarter comme un danger commun, et ceux dont le développement, poursuivi avec persévérance et maturité, peut servir à fonder un avenir durable. ¶ Notre Auguste Maître S'est voué à cette

No. 706. Russland, 26. April 1863.

oeuvre qui se rattache à celle que, dès Son avénement au trône, Sa Majesté S'est donné pour mission d'accomplir, afin de faire entrer toutes les parties de Son Empire dans la voie d'un progrès régulier. ¶ J'ai exposé les vues de notre Auguste Maître dans la dépêche ci-jointe que je viens d'adresser à l'ambassadeur de Sa Majesté à Londres, en réponse à une communication du Gouvernement de Sa Majesté Britannique analogue à celle de M. Drouyn de Lhuys. D'ordre de l'Empereur, Votre Excellence est invitée à remettre une copie de cette pièce à M. le ministre des affaires étrangères de France. ¶ Il y verra quelle part le Gouvernement de l'Empereur Napoléon peut prendre, selon nous, afin d'accélérer la réalisation du voeu qu'il nous exprime au nom de l'humanité et des intérêts communs de l'Europe. ¶ Il reconnaîtra certainement qu'avec les éléments de révolution cosmopolite répandus dans presque tous les pays, et qui affluent de toute part sur tous les points où s'offrent des chances de désordre et de bouleversement, le soin de ramener le calme et la paix ne saurait reposer sur les efforts d'un seul Gouvernement, et que nous demander d'éteindre un incendie qui rencontre au dehors d'inépuisables aliments, serait enfermer la question dans un cercle sans issue. ¶ Le prix que le Gouvernement français attache à l'en voir sortir, la sollicitude qu'il témoigne pour les intérêts généraux de l'Europe, les bonnes relations qui subsistent entre nous, les sentiments de confiance envers notre Auguste Maître, dont la dépêche de M. le ministre des affaires étrangères de France contient l'expression, nous autorisent à espérer qu'appréciant la question d'un point de vue élevé, avec toutes les difficultés qu'elle comporte et les ménagements qu'elle réclame, l'empereur Napoléon ne refusera pas le concours moral qui peut dépendre de lui, afin de faciliter à notre Auguste Maître la tâche que Lui tracent Sa sollicitude pour le royaume de Pologne, Ses devoirs envers la Russie et Ses relations internationales avec Ses voisins et les grandes Puissances de l'Europe. ¶ Veuillez exprimer cet espoir à M. Drouyn de Lhuys, en lui remettant copie de la présente dépêche. ¶ Recevez, etc.

Gortchacow.

A M. le Baron **de Budberg**, *Paris.*

No. 707.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an d. kais. russ. Min. d. Ausw. — Uebermittlung der von seiner Regierung erhaltenen Depesche in der polnischen Angelegenheit. —

St. Petersburgh, April 17, 1863.

No. 707. Grossbritannien, 17. April 1863.

Prince, — Being charged on the part of my Government with the annexed despatch relative to the observations which I am instructed to present to the Imperial Cabinet, I consider that I cannot do better than transmit to Your Excellency a copy of the Document in which they are recorded. ¶ I avail myself of this occasion to renew to Your Excellency the assurance, etc.

Napier.

To Prince **Gortchakoff**, etc.

No. 708.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. kön. Botschafter in St. Petersburg. — Die Nothwendigkeit der Beruhigung Polens und die Mittel dazu betr. —

No. 708. Gross-britannien. 10. April 1863.

Foreign Office, April 10, 1863.

My Lord, — Her Majesty's Government think it incumbent upon them to state once more to the Government of His Majesty the Emperor of Russia the deep interest which, in common with the rest of Europe, they take in the welfare of the Kingdom of Poland. ¶ The general sympathy which is felt for the Polish nation might of itself justify Her Majesty's Government in making, in favour of the Polish race, an appeal to the generous and benevolent feelings of His Imperial Majesty, who has of late by various and important measures of improvement and reform, manifested an enlightened desire to promote the welfare of all classes of his subjects. But with regard to the Kingdom of Poland, Her Majesty's Government feel that the Government of Great Britain has a peculiar right to make its opinions known to that of His Imperial Majesty, because Great Britain having, in common with Austria, France, Prussia, Portugal, Spain and Sweden, been a party to the Treaty of Vienna of June 1815, Her Majesty's Government are entitled to interpose with regard to any matter which may appear to them to constitute a departure from the provisions and stipulations of that Treaty. ¶ By the first Article of that Treaty the Grand Duchy of Warsaw was erected into a Kingdom of Poland, to be inseparably attached to the Empire of Russia under certain conditions specified in that Article; and Her Majesty's Government are concerned to have to say that although the union of the Kingdom to the Empire has been maintained, the conditions on which that union was distinctly made to depend have not been fulfilled by the Russian Government. ¶ The Emperor Alexander, in execution of the engagements contracted by the Treaty of Vienna, established in the Kingdom of Poland a national representation and national institutions corresponding with the stipulations of the Treaty. It is not necessary for Her Majesty's Government now to observe upon the manner in which those arrangements were practically administered from that time down to the revolt in 1830. But upon the suppression of that revolt by the success of the Imperial arms, those arrangements were swept away, and a totally different order of things was by the Imperial authority established. ¶ Prince Gortchakoff argues, as his predecessors in office have on former occasions argued, that the suppression of that revolt cancelled all the engagements of Russia in the Treaty of Vienna with regard to the Kingdom of Poland, and left the Emperor of Russia at full liberty to deal with the Kingdom of Poland as with a conquered country, and to dispose of its people and institutions at his will. But Her Majesty's Government cannot acquiesce in a doctrine which they deem so contrary to good faith, so destructive of the obligation of Treaties, and so fatal to all the international ties which bind together the community of European States and Powers. ¶ If, indeed, the Emperor of Russia had held Poland as part of the original dominions of his Crown, or

No. 708. Grossbritannien, 10. April 1863.

if he had acquired it by the unassisted success of his arms, and unsanctioned by the consent of any other Power, he could have contended that might was equivalent to right, and, without listening to the dictates of generosity and justice, he might have punished a temporary revolt of a portion of his Polish subjects by depriving the whole of them and their descendants for ever of those privileges and institutions which his predecessor had deemed essential to the welfare and prosperity of the Polish Kingdom. ¶ But the position of the Russian Sovereign with regard to the Kingdom of Poland was entirely different. He held that kingdom by the solemn stipulation of a Treaty made by him with Great Britain, Austria, France, Prussia, Portugal, Spain, and Sweden; and the revolt of the Poles could not release him from the engagements so contracted, nor obliterate the signatures by which his Plenipotentiaries had concluded, and he himself had ratified, those engagements. ¶ The question, then, having arisen whether the engagements taken by Russia by the Treaty of Vienna have been and are now faithfully carried into execution, Her Majesty's Government, with deep regret, feel bound to say that this question must be answered in the negative. ¶ With regard to the present revolt, Her Majesty's Government forbear to dwell upon that long course of action, civil, political, and military, carried on by the Russian Government within the Kingdom of Poland, of which the Poles so loudly complain, and to which they refer as the causes which occasioned, and in their opinion justified, their insurrection. Her Majesty's Government would rather advert to the much-wished-for termination of these lamentable troubles. ¶ What may be the final issue of this contest it is not, indeed, for Her Majesty's Government to foretell; but whether the result shall be the more extended spread of the insurrection, and its assumption of dimensions not at present contemplated, or whether, as is more likely, that result shall be the ultimate success of the Imperial arms, it is clear and certain that neither result can be arrived at without a calamitous effusion of blood, a great sacrifice of human life, and an extensive devastation of property; and it is evident that even if Poland shall be reduced to subjection, the remembrance of the events of the struggle will long continue to make it the bitter enemy of Russia, and a source of weakness and of danger, instead of being an element of security and of strength. ¶ Her Majesty's Government, therefore, most earnestly entreat the Government of Russia to give their most serious attention to all the foregoing considerations; and Her Majesty's Government would be, moreover, to submit to the Imperial Government that, besides the obligations of Treaties, Russia, as a member of the community of European States, has duties of comity towards other nations to fulfil. ¶ The condition of things which has now for a long course of time existed in Poland is a source of danger, not to Russia alone, but also to the general peace of Europe. ¶ The disturbances which are perpetually breaking out among the Polish subjects of His Imperial Majesty necessarily produce a serious agitation of opinion in other countries of Europe tending to excite much anxiety in the minds of their Governments, and which might, under possible circumstances, produce complications of the most serious nature. ¶ Her Majesty's Government, therefore, fervently hope that the Russian Government will

to arrange these matters that peace may be restored to the Polish people, and may be established upon lasting foundations. ¶ Your Lordship will read this despatch to Prince Gortchakoff, and you will give him a copy of it. ¶ I am, &c.

No. 708. Grossbritannien, 10. April 1863.

Russell.

To Lord **Napier**, *St. Petersburgh.*

No. 709.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an d. kais. Botschafter in London. — Antwort auf die vorstehende englische Depesche vom 10. April. —

St. Pétersbourg, le $\frac{14}{26}$ avril, 1863.

No. 709. Russland, 26. April 1863.

M. le Baron, — Dans la matinée du $\frac{5}{17}$ avril, Lord Napier m'a remis la copie ci-jointe d'une dépêche de M. le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique, relative à la situation actuelle du Royaume de Pologne. ¶ La première partie de cette pièce est consacrée à un examen rétrospectif de la question de droit. La seconde exprime le voeu que la paix puisse être rendue au Royaume de Pologne, et établie sur des bases durables. ¶ Je répondrai à ces deux points de la dépêche de Lord Russell. ¶ Quant à la question de droit, M. le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique reproduit les arguments déjà consignés dans sa dépêche du 2 mars. Je puis donc me référer aux observations que j'avais faites alors à M. l'Ambassadeur d'Angleterre. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique se place sur un terrain où le Cabinet Impérial n'hésitera jamais à le rencontrer—celui des Traités. ¶ Toutefois il s'agit moins ici du texte que de l'interprétation. Nous avons le droit de ne point admettre sans réserve toutes celles qu'on pourrait vouloir y donner. ¶ Lord Russell dit dans sa dépêche que d'après l'Article I de l'Acte Général signé à Vienne le $\frac{28\text{ mai}}{9\text{ juin}}$, 1815, „le Duché de Varsovie est érigé en Royaume de Pologne pour être indissolublement lié à l'Empire de Russie sous certaines conditions.“ ¶ Or, voici ce que l'Acte du Congrès de Vienne stipule à l'égard de ces conditions: — ¶ „Les Polonais sujets respectifs de la Russie, de l'Autriche, et de la Prusse, obtiendront une représentation et des institutions nationales réglées d'après le mode d'existence politique que chacun des Gouvernements auxquels ils appartiennent jugera utile et convenable de leur accorder.“ ¶ L'Empereur Alexandre I développa ces principes dans le sens de ses vues personnelles. Il octroya à la Pologne la Constitution du $\frac{12}{24}$ décembre, 1815. Ce fut un acte spontané de son initiative souveraine. Il constituait d'autant moins un engagement irrévocable vis-à-vis des Puissances étrangères, que l'Acte même de la Constitution postérieure au Traité de Vienne ne leur a jamais été communiqué. ¶ Lord Russell conteste le principe d'après lequel la révolte de Pologne en 1830 ayant abouti à prononcer la déchéance de la Dynastie Souveraine, aurait annulé les bases de l'existence politique accordées en vertu de l'Acte de Vienne. ¶ Bien que l'histoire ait plus d'une fois confirmé cette conclusion du droit naturel, la theorie peut offrir matière à controverse. Nous croyons qu'on pourrait constater que si la révolte n'invalide pas les engagements internationaux

No. 709. Russland, 26. April 1863.

elle annule du moins les développements spontanes qu'une pensée généreuse y avait ajoutés, et qui ont eu une issue funeste à la Pologne et à la Russie. ¶ Mais le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique place cet argument en première ligne dans sa dépêche. Or, je ne l'ai avancé qu'incidentellement dans le cours de mon entretien avec Lord Napier. ¶ M. l'Ambassadeur d'Angleterre en rend compte en ces termes dans la dépêche qu'il a eu l'obligeance de me communiquer: — ¶ „Le Prince Gortchacow me dit également que désirant traiter cette question dans un esprit de conciliation et d'humanité, il s'était abstenu d'employer un argument qu'il avait à sa disposition, celui du droit de conquête.“ ¶ Du reste, tout a été dit de part et d'autre dans cette discussion; la prolonger sur ce terrain serait une oeuvre stérile. ¶ J'aborde la seconde partie de la dépêche de Lord Russell. ¶ L'intention de notre auguste Maître est d'arriver à une solution pratique. Nous supposons que tel est aussi le désir du Gouvernement de Sa Majesté Britannique. Puisque son but est de voir assuré au Royaume de Pologne le repos et le bien-être qui sont l'objet de la sollicitude de Sa Majesté l'Empereur, il nous semble difficile de ne pas arriver à une entente. ¶ La différence des appréciations réside dans le fait que le Gouvernement Anglais paraît croire que la Constitution de 1815 est la seule panacée propre à calmer l'agitation actuelle de la Pologne. ¶ Mais le Gouvernement et la nation Britannique, dont le sens pratique a fondé la grandeur de l'Angleterre, ne sauraient prétendre qu'il n'y a qu'une seule forme possible de gouvernement pour tous les peuples, quels que soient leur histoire et leur développement. Avant d'arriver à la maturité politique dont l'Angleterre offre l'exemple, il y a bien des degrés à franchir, et chaque nation doit procéder dans cette voie selon ses propres instincts. Il est juste et naturel qu'un Souverain, animé des intentions les plus bienveillantes, calcule la portée et l'extension des institutions destinées à placer ses sujets dans les conditions d'existence les plus favorables. ¶ La pensée de notre auguste Maître s'est révélée dès son avènement au Trône, et ne peut être ignorée par personne en Europe. ¶ Sa Majesté est entrée résolument dans la voie des réformes. S'appuyant sur la confiance et le dévouement de son peuple, elle a entrepris et accompli en peu d'années une transformation sociale que d'autres États n'ont pu réaliser qu'après beaucoup de temps et d'efforts. Sa sollicitude ne s'est pas arrêtée là: le système d'un développement graduel a été appliqué à toutes les branches du service publique, et aux institutions existantes. Il ouvre à la Russie la voie d'un progrès régulier. L'Empereur y persévère sans précipitation ni entraînement, en tenant compte des éléments qu'il appartient au temps de préparer et de mûrir, mais sans jamais dévier de la route qu'il s'est tracée. ¶ Cette marche lui a concilie la reconnaissance et l'affection de ses sujets. Nous croyons qu'elle lui donne des titres aux sympathies de l'Europe. ¶ Les mêmes intentions n'ont pas cessé d'animer Sa Majesté dès que sa sollicitude a pu se porter sur le Royaume de Pologne. ¶ Nous n'entrerons pas ici dans l'énumération des institutions nationales, la plupart électives, dont ce pays a été doté. ¶ Elles ne semblent pas avoir été suffisamment comprises en Europe, soit à cause de la distance, soit plutôt parce que entre un jugement équitable et impartial sont venus se placer des passions

chimériques et le travail intéressé d'un parti hostile. ¶ Le système inauguré par notre auguste Maître contient un germe que le temps et l'expérience doivent développer. Il est destiné à aboutir à une autonomie administrative sur la base des institutions provinciales et municipales qui en Angleterre ont été le point de départ et le fondement de la grandeur et de la prospérité du pays. ¶ Mais dans l'exécution de cette pensée l'Empereur a rencontré des obstacles qui résident principalement dans les excitations du parti du désordre. ¶ Ce parti a compris que s'il laissait la majorité paisible du Royaume entrer dans cette voie de progrès régulier, c'en serait fait de ses aspirations. Ses menées n'ont pas permis de mettre à exécution les nouvelles institutions. Il a été impossible de constater comment elles fonctionnent, en combien elles répondent aux besoins réels et au degré de maturité du pays. ¶ Ce n'est que quand cette expérience aura été faite qu'on pourra porter un jugement sur cette oeuvre et la compléter. ¶ Le Manifeste du 31 mars indique à cet égard les voeux de notre auguste Maître. ¶ A côté d'un acte de clémence qui a pu recevoir une large extension depuis la dispersion des bandes armées les plus importantes, l'Empereur a maintenu les institutions déjà octroyées et a déclaré qu'il se réservait d'y donner les développements indiqués par le temps et les besoins du pays. ¶ Sa Majesté peut donc s'en référer au passé dans la droiture de sa conscience; quant à l'avenir il dépend nécessairement de la confiance que ces intentions rencontreront dans le Royaume. ¶ En se maintenant sur ce terrain notre auguste Maître croit agir comme le meilleur ami de la Pologne, comme le seul qui poursuive le but de son bien-être dans les voies pratiques. ¶ Lord Russell convie la Russie en sa qualité de membre de la Société Européenne à remplir ses devoirs de convenance envers les autres États. ¶ La Russie est trop directement intéressée au repos de la Pologne pour ne pas apprécier ce que lui recommande sa position internationale. ¶ Il serait difficile d'affirmer qu'elle ait rencontré sur ce rapport une scrupuleuse réciprocité. La conspiration permanente qui s'organise, qui s'arme au dehors pour entretenir le désordre dans le Royaume, est un fait de notoriété publique, dont l'inconvénient réside principalement dans l'effet moral que les fauteurs de l'insurrection en déduisent afin d'entraîner la population paisible, en accréditant la conviction d'un concours direct de l'étranger. C'est ainsi qu'on a vu se produire une double influence également fâcheuse: celle exercée par les excitations extérieures sur l'insurrection, et celle que la persistance de cette même insurrection exerce à son tour sur l'opinion publique en Europe. ¶ Ces deux influences réagissent l'une sur l'autre, et ont fini par conduire les choses à la situation que les Puissances signalent aujourd'hui à la vigilance du Cabinet Impérial. ¶ On lui demande de faire rentrer le Royaume dans des conditions d'une paix durable. ¶ Ce voeu est inspiré aux Puissances par la conviction que les troubles périodiques de la Pologne causent aux États placés dans le voisinage immédiat de ces frontières un ébranlement dont le contrecoup se fait sentir à l'Europe entière, qu'ils excitent les esprits d'une manière inquiétante, et pourraient, en se prolongeant, amener sous certaines circonstances des complications de la nature la plus sérieuse. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'appuie, en outre, pour émettre ce désir, sur les engagements de 1815, qui ont réglé le sort des

No. 709. Russland, 26. April 1863.

diverses parties de la Pologne. Nous n'hésitons pas à déclarer que ces voeux sont entièrement d'accord avec ceux de notre auguste Maître. ¶ Sa Majesté admet que dans la position particulière du Royaume les troubles qui l'agitent peuvent affecter la tranquillité des États limitrophes entre lesquels ont été conclus, le $\frac{21 \text{ avril}}{3 \text{ mai}}$, 1815, les Traités séparés destinés à régler le sort du Duché de Varsovie, et qu'ils peuvent intéresser les Puissances signataires de la transaction générale du $\frac{28 \text{ mai}}{9 \text{ juin}}$, 1815, où ont été insérées les principales stipulations de ces Traités séparés. ¶ L'Empereur croit que des explications sur ces bases, et dans l'esprit des communications qui viennent de nous être adressées, peuvent conduire à un résultat conforme aux intérêts généraux. ¶ Notre auguste Maître prend acte avec satisfaction des sentiments de confiance que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique lui témoigne, en s'en remettant à lui du soin de replacer le Royaume de Pologne dans des conditions qui rendraient possible la réalisation de ses vues bienveillantes. ¶ Mais plus l'Empereur est disposé à tenir compte des justes préoccupations des États limitrophes, et de l'intérêt que les Puissances signataires du Traité de 1815 vouent à un état de choses qui est pour Sa Majesté elle-même l'objet d'une vive sollicitude, plus notre auguste Maître considère comme un devoir d'appeler, sur les véritables causes de cette situation et sur les moyens d'y porter remède, la sérieuse attention des Cours qui se sont adressées à lui avec confiances. ¶ Si le Gouvernement de Sa Majesté Britannique relève le contrecoup que les troubles de la Pologne exercent sur le repos de l'Europe, nous devons être encore plus frappés de l'influence que les excitations de l'Europe ont été de tout temps en possession d'exercer sur la tranquillité de la Pologne. ¶ Depuis 1815 ce pays a vu se développer un bien-être matériel inconnu jusqu'alors dans ses annales, tandis que d'autres États ont subi dans le même intervalle bien des crises intérieures. ¶ Ce repos n'a été troublé en 1830 qu'à la suite de commotions venues du dehors; dix-huit ans plus tard, en 1848, alors que l'Europe presque toute entière était bouleversée par la révolution, le Royaume de Pologne a su conserver la tranquillité. ¶ Nous sommes persuadés qu'il en serait de même aujourd'hui, sans les instigations permanentes du parti de la Révolution Cosmopolite. Si ce parti, voué partout au renversement de l'ordre, concentre aujourd'hui toute son activité sur la Pologne, on commettrait une grave erreur en supposant que ses aspirations s'arrêtent à cette limite. Ce qu'il y cherche c'est un levier pour bouleverser le reste de l'Europe. ¶ Les Cabinets qui attachent du prix à voir le Royaume de Pologne rentrer un moment plus tôt dans les conditions d'une paix durable, ne sauraient donc mieux assurer la réalisation de ce voeu qu'en travaillant de leur côté à apaiser le désordre moral et matériel qu'on s'efforce de propager en Europe, et à tarir ainsi la principale source des agitations dont s'alarme leur prévoyance. ¶ Nous avons le ferme espoir qu'en resserrant, dans cet esprit, les liens qui les unissent ils serviront efficacement la cause de la paix et les intérêts généraux. ¶ Veuillez remettre copie de la présente dépêche à M. le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique. ¶ Recevez, &c.

Gortchacow.

A M. le Baron de **Brunnow**, *Londres.*

No. 710.

OESTERREICH. — Geschäftsträger in St. Petersburg an den kaiserl. russ. Min. d. ausw. Ang. — Uebermittlung d. nachstehenden österreichischen Depesche. —

St-Pétersbourg, 17 avril, 1863.

No. 710. Oesterreich, 17. April 1863.

Mon prince, — Ayant reçu de mon Gouvernement une dépêche relative à des observations que je suis chargé de présenter au Cabinet Impérial de Russie, je ne crois pas pouvoir mieux faire que de transmettre à Votre Excellence la copie du document où elles sont consignées. ¶ Je saisis cette occasion pour offrir à Votre Excellence les nouvelles assurances, etc.

Comte *G. de Thun.*

A Mr. le Prince **Gortchacow**, etc.

No 711.

OESTERREICH. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Geschäftsträger in St. Petersburg. — Die Nothwendigkeit der Beruhigung Polens betr. —

Vienne, le 12 avril, 1863.

No. 711. Oesterreich, 12. April 1863.

Depuis la défaite et la dispersion des bandes armées les plus importantes par leur nombre et leur organisation, l'insurrection en Pologne peut être considérée comme réduite à des proportions moins sérieuses. ¶ Ce fait, qui dégage le Gouvernement russe de ce qu'il devait jusqu'ici à des considérations de dignité et d'honneur militaire, nous permet d'appeler aujourd'hui son attention sur l'influence fâcheuse que les troubles de la Pologne exercent sur nos propres provinces. ¶ En effet, il est impossible que la Galicie ne se ressente pas d'événements aussi déplorables que ceux qui viennent de se passer dans le voisinage immédiat de ses frontières. De graves embarras sont ainsi suscités au Gouvernement Impérial, qui doit donc attacher un prix tout particulier à en voir prévenir le retour. ¶ Le Cabinet de St-Pétersbourg comprendra sans doute lui-même les dangers des convulsions périodiques qui agitent la Pologne, et il reconnaîtra l'opportunité d'aviser au moyen d'y mettre un terme en replaçant les provinces polonaises soumises à la Russie dans des conditions d'une paix durable. ¶ On éviterait de la sorte des conséquences fâcheuses pour l'Europe entière et pour les contrées qui souffrent plus directement de conflits qui, comme les derniers que nous venons de voir éclater, ont inévitablement l'effet d'agiter l'opinion d'une manière inquiétante pour les Cabinets et capable de faire naître de regrettables complications. ¶ Veuillez, M. le comte, présenter sous la forme la plus amicale ces observations à M. le Vice-Chancelier, et nous informer de l'accueil qu'elles auront rencontré. ¶ Recevez, etc.

Comte *de Rechberg.*

A M. le Comte de **Thun**, *St.-Pétersbourg.*

No 712.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in Wien. — Antwort auf die vorstehende österreichische Depesche. —

St-Pétersbourg, le 14/26 avril, 1863.

No. 712. Russland, 26. April 1863.

J'ai reçu de M. le chargé d'affaires d'Autriche, dans la matinée du 5 (17) avril, communication d'une dépêche de M. le comte de Rechberg relative à la situation actuelle du Royaume de Pologne. ¶ Je joins ci-près copie de cette piece, ainsi que des communications analogues qui nous ont été simultanément faites par les Cours de Londres et de Paris sur le même sujet, et des dépêches que, d'ordre de notre Auguste Maître, je viens d'adresser en conséquence aux Représentants de Sa Majesté près ces deux Cours. Veuillez remettre copie de ces deux dernières pièces à M. le comte de Rechberg. ¶ Ma dépêche au baron de Brunnow me dispense d'entrer dans de plus amples détails sur les vues de notre Auguste Maître. Elles s'y trouvent exposées avec tous les développements que comporte la question. ¶ J'ajouterai toutefois que M. le ministre des affaires étrangères d'Autriche a parfaitement pressenti les dispositions qui animent Sa Majesté l'Empereur en présumant que la dispersion des bandes armées les plus importantes dans le Royaume permettrait à notre Auguste Maître d'écouter les inspirations de la clémence à laquelle le coeur de Sa Majesté n'est jamais fermé. ¶ L'Empereur vient d'en donner une preuve par Son Manifeste du 31 mars. ¶ Notre Auguste Maître comprend les préoccupations qu'inspirent au Cabinet de Vienne les déplorables événements qui se passent dans le voisinage immédiat de ses frontières et le prix qu'il doit attacher à y voir mettre un terme. Sous ce rapport, Sa sollicitude ne saurait dépasser celle qu'y voue notre Auguste Maître. ¶ Toutefois M. le ministre des affaires étrangères ne méconnaîtra certainement pas que le retour du Royaume de Pologne aux conditions d'une paix durable ne dépend pas seulement des mesures intérieures qui peuvent y être appliquées. Nous ne croyons pas avoir besoin de lui signaler la conspiration permanente organisée au dehors par le parti de la révolution cosmopolite, qui est la source principale de ces agitations. ¶ Les Gouvernements étrangers qui s'intéressent à la tranquillité de la Pologne, en vue de l'influence que l'état de ce pays est appelé à exercer sur le repos de l'Europe, peuvent beaucoup pour écarter cette cause de désordre dont le contre-coup finirait par les atteindre eux-mêmes; tant qu'elle subsistera, elle aura en tout cas pour effet d'entraver le succès des efforts que nous faisons dans le but de rétablir le calme dont ce pays et les États voisins ont un égal besoin. ¶ Nous avons la ferme conviction que, pour sa part, le Cabinet de Vienne, persévérant dans l'attitude qu'il a adoptée dès le début des agitations actuelles, ne négligera rien de ce qui peut dépendre de lui pour opposer à ces menées dangereuses des mesures aussi conformes à ses propres intérêts qu'à ses rapports internationaux avec la Russie. ¶ Vous êtes autorisé à remettre copie de la présente dépêche à M. le comte de Rechberg. ¶ Recevez, etc.

Gortchacow.

A M. de Balabine, *Vienne.*

No 713.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in St. Petersburg. — Die Wünsche der Königin in Bezug auf Polen betr. —

Madrid, le 21 mars, 1863.

No. 713. Spanien, 21. März 1863.

Dès le moment que Sa Majesté la reine eut connaissance, d'une manière officielle ou confidentielle, des observations amicales que quelques Puissances avaient adressées au Cabinet de St-Pétersbourg en faveur de la Pologne, appartenant aujourd'hui par des titres légitimes à la Russie, Sa Majesté prit en considération les indications qui lui avaient été faites par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. ¶ Vu l'état des choses en Pologne, Sa Majesté croit, ainsi que son Gouvernement, qu'il pourrait être de quelque utilité de faire entendre au Cabinet de St-Pétersbourg la voix amie de l'Espagne, non pas pour donner des conseils dont la sagesse de Sa Majesté l'Empereur n'a pas besoin, mais pour lui adresser quelques observations amicales, résultat de son expérience au sujet des troubles politiques. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté la reine regrette amèrement que l'impatience de la Pologne n'ait pas voulu attendre la continuation du système de concessions accordées aux Polonais, concessions dues à la sagesse de Sa Majesté l'Empereur, à sa prudente prévision et connaissance du siècle et de l'époque actuelle, ainsi que toutes les réformes qui depuis quelque temps ont lieu en Russie et qui changent pour ainsi dire les conditions sociales de l'empire dans la grande question de l'émancipation des paysans, et voici la preuve la plus éclatante de ce que Sa Majesté l'Empereur reconnait la force suprême des idées du dix-neuvième siècle. ¶ Sa Majesté regrette vivement que les choses soient arrivées à la triste situation de voir verser le sang des Russes et des Polonais, et Sa Majesté ayant acquis l'expérience qui lui a démontré que les troubles intérieurs s'apaisent plus utilement par la modération que par la rigueur et la sévérité contre ceux qui, en définitive, sont des sujets russes et qui tôt ou tard viendront à reconnaitre leur égarement, Sa Majesté la reine adresse sa parole amicale à Sa Majesté Impériale, en lui demandant grâce et indulgence pour les vaincus. ¶ Voici les désirs de Sa Majesté, et elle m'ordonne de vous en prévenir, afin que vous puissiez donner lecture de cette dépêche à Son Excellence M. le prince Gortchacow, et de lui en laisser copie si le prince le désirait.

Marquis *de Miraflores*.

A M. le chevalier **Diaz del Moral**, *St-Pétersbourg*.

No. 714.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Gesandten in Madrid. — Antwort auf die vorstehende spanische Depesche. —

St-Pétersbourg, 21 mars/2 avril, 1863.

No. 714. Russland, 2. April 1863.

M. le chargé d'affaires d'Espagne vient de me donner, d'ordre de son Gouvernement, communication d'une dépêche de M. le marquis de Miraflores, que vous trouverez ci-jointe en copie. En se référant à l'idée d'une démarche

No. 714. Russland, 2. April 1863.

qui lui a été indiquée auprès du Cabinet impérial relativement à la situation actuelle de la Pologne, M. le ministre des affaires étrangères témoigne de la confiance que Sa Majesté la reine Isabelle place dans les sentiments de notre Auguste Maître, les preuves qu'il en a données et les oeuvres accomplies sous les auspices de Sa haute sagesse. ¶ Cette confiance aurait pu suffire pour inspirer au cabinet espagnol la certitude que S. M. l'Empereur ne renoncera pas à la marche libérale que Lui trace Sa sollicitude pour le repos et le bien-être de tous ses sujets, malgré les difficultés qu'on Lui suscite. ¶ Néanmoins, ce Cabinet nous a fait parvenir des voeux dictés par un sentiment d'humanité et par l'expérience qu'il a des troubles politiques. ¶ Une voix aussi amicale que l'est celle du Gouvernement de Sa Majesté la reine Isabelle ne saurait être accueillie par nous qu'avec la même bienveillance qui l'anime à notre égard. ¶ Nous ne doutons pas qu'il n'ait puisé dans sa propre expérience la conviction que le premier devoir d'un Gouvernement, en présence d'agitations intérieures, est de rétablir l'ordre et le respect dû à l'autorité, de garantir la sécurité des citoyens inoffensifs et de réprimer les tentatives d'une minorité turbulente pour troubler le repos public. ¶ Ce n'est qu'après l'accomplissement de cette tâche que l'on peut donner cours à la clémence à laquelle le coeur des souverains ne doit jamais être fermé. ¶ Le Gouvernement de S. M. la reine Isabelle a rendu justice aux sentiments de notre Auguste Maître en ne doutant pas de la profonde satisfaction avec laquelle Sa Majesté exercera ce plus précieux attribut du pouvoir souverain, aussitôt qu'Elle jugera possible d'y recourir sans compromettre les intérêts supérieurs de l'ordre social et le bien-être de la nation polonaise, qui ne saurait être rendue responsable de complots organisés, tolérés et encouragés hors du pays. ¶ Vous êtes invité à donner lecture de la présente dépêche à M. le marquis de Miraflores et à lui en laisser copie s'il le désire, en réponse à la communication amicale qui nous a été faite par son ordre. ¶ Recevez, etc.

Gortchacow.

A M. le Prince **Wolkonski**, *Madrid.*

No. 715.

SCHWEDEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. Gesandten in St. Petersburg. — Die Insurrection in Polen betr. —

Stockholm, le 7 avril 1863.

No. 715. Schweden, 7. April 1863.

Les nouvelles qui parviennent du théâtre de la guerre en Pologne paraissent établir, malgré les contradictions dont elles fourmillent, que l'autorité de l'Empereur tend à se rétablir et que ce ne sont que des rassemblements partiels qui lui opposent encore de la résistance. Les insurgés manquent d'armes et de munitions, et il leur sera sans doute presque impossible de s'en procurer. Dans cet état de choses, et nous fondant non-seulement sur l'intérêt qui nous prescrit impérieusement d'employer tous nos efforts pour amener la cessation d'une situation qui pourrait, dans ses conséquences, menacer la paix de l'Europe, mais aussi sur les principes d'humanité et de générosité dont nous savons que le

coeur de Sa Majesté l'Empereur est trop empreint pour ne pas désirer vivement d'en donner des témoignages éclatants, nous pensons devoir joindre nos représentations à celles offertes déjà par d'autres États appelés au même titre que nous à émettre leur opinion, pour tâcher d'arrêter l'effusion du sang et d'amener pour la Pologne une situation plus conforme aux légitimes aspirations des hommes de bien de ce pays, dont le nombre dépasse incontestablement de beaucoup celui de ceux que des réformes équitables ne sauraient contenter. Nous nous tenons assurés que des paroles de clémence et d'oubli, et la perspective d'un régime propre à assurer une sage liberté, suffiraient pour ramener complétement l'ordre et la tranquillité. Nous ne nous permettrons pas d'indiquer plus spécialement les moyens d'y parvenir — à cet égard, la France et la Grande-Bretagne ont déjà exprimé leur avis, — et nous sommes certains que Sa Majesté Impériale trouvera dans ses propres inspirations tout ce qui conduirait le plus sûrement à un but qui ne saurait que former l'objet de ses voeux. ¶ Vous devez, monsieur le baron, vous prononcer dans ce sens dans les entretiens que vous aurez l'honneur d'avoir avec M. le prince Gortchacow, qui ne saurait y voir que l'expression de l'intérêt amical du Gouvernement du roi. ¶ Agréez, etc.

No. 715. Schweden, 7. April 1863.

Manderström.

A M. le Baron **de Wedel-Jarlsberg**, *St.-Pétersbourg.*

No. 716.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Gesandten in Stockholm. — Antwort auf die vorstehende schwedische Depesche. —

St-Pétersbourg, le 14/26 avril, 1863.

M. le ministre de Suède et de Norvége m'a donné lecture d'une dépêche de M. le comte de Manderstroem, relative aux préoccupations qu'inspirent à la cour de Stockholm la situation actuelle de la Pologne et l'influence qu'elle peut exercer sur le repos de l'Europe. ¶ M. le comte de Manderstroem a rendu justice aux sentiments qui animent notre Auguste Maître en exprimant la conviction que Sa Majesté trouverait dans ses propres inspirations les paroles de clémence et les perspectives de progrès propres à faire cesser l'effusion du sang et à ramener l'ordre et la tranquillité dans le royaume. ¶ Le Manifeste impérial du 31 mars témoigne que la sollicitude de l'Empereur s'était déjà portée dans cette direction. ¶ On ne saurait toutefois méconnaître que l'agitation puise dans les instigations permanentes du dehors ses principaux aliments. ¶ Nous y avons rendu attentifs les cabinets qui nous ont adressé des communications analogues à celle dont vient de s'acquitter M. le ministre de Suède et de Norvége. ¶ Vous en trouverez ci-près des copies, ainsi que les réponses que j'y ai faites, d'ordre de notre Auguste Maître. ¶ Désirant constater le prix que nous attachons à conserver des rapports de confiance avec la cour de Stockholm, Sa Majesté vous autorise à communiquer à M. le comte de Manderstroem la présente dépêche ainsi que ses annexes. ¶ Recevez, etc.

No. 716. Russland, 26. April 1863.

Gortchacow.

A M. **Daschkow**, etc., *Stockholm.*

No. 717.

ITALIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in St. Petersburg. — Die Insurrection in Polen betr. —

Turin, le 23 avril, 1863.

No. 717. Italien, 23. April 1863.

Depuis l'avénement de Sa Majesté l'Empereur Alexandre II au trône, l'Europe accompagne de ses voeux Son administration et l'oeuvre noblement entreprise par ce souverain pour la prospérité et pour le progrès de Son peuple. Une réforme qui soulevait de vastes questions économiques et sociales vient de s'accomplir: l'émancipation des serfs s'est effectuée sans aucun des inconvénients qu'elle avait semblé pouvoir amener. Malheureusement, à ce moment même, les événements de Pologne sont venus assombrir de si heureuses perspectives. L'Europe s'en est émue, elle s'inquiète des complications qui peuvent en surgir. ¶ L'Italie a pris une grande part à cette émotion universelle. S'exprimant par ses organes les plus autorisés, l'opinion publique impose au Gouvernement du roi le devoir de se faire auprès du Gouvernement russe l'interprète des sentiments de l'Italie. Je remplis cette tâche, monsieur le marquis, avec la conviction que la cour de Russie verra dans la communication que vous êtes chargé de lui faire, une preuve nouvelle du désir que nous avons d'entretenir toujours avec elle des rapports de franche amitié et d'entière confiance. Si notre langage doit être conforme aux principes sur lesquels repose le royaume d'Italie, il n'en sera pas moins inspiré par ces sentiments de bienveillance dont la Russie nous a donné les preuves les plus sérieuses. ¶ Ce n'est pas la première fois que des troubles éclatent en Pologne; des insurrections fréquentes, que la Russie a toujours réussi à maîtriser, ont ensanglanté à de courts intervalles le malheureux pays. Cette suite de mouvements toujours renaissants et toujours réprimés par des forces supérieures démontre, à notre avis, que l'honneur militaire de la Russie ne réclame pas un triomphe de plus dans cette lutte inégale; elle prouve en même temps que le problème dont il s'agit n'est pas de ceux que la force seule peut résoudre d'une manière radicale et définitive. En adoptant, dans sa sagesse, un système de nature à supprimer les causes de ces crises, l'Empereur Alexandre acquerrait de grands titres à la reconnaissance de l'Europe, dont il apaiserait les alarmes, et raffermirait la paix. Il ouvrirait en outre pour la noble nation russe une ère nouvelle de grandeur et de gloire. ¶ Veuillez, monsieur le marquis, remettre une copie de cette dépêche à Son Excellence le prince Gortchacow, et agréer, etc.

Venosta.

A M. le Marquis **Pepoli**, *St.-Pétersbourg.*

No. 718.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an d. kaiserl. Gesandten in Turin. — Antwort auf die vorstehende italienische Depesche. —

St-Pétersbourg, le 19 avril / 1 mai, 1863.

No. 718. Russland, 1. Mai 1863.

M. le marquis Pepoli m'a remis, d'ordre du Gouvernement, la copie d'une dépêche de M. le vicomte Venosta, que Votre Excellence trouvera ci-jointe. ¶ M. le ministre des affaires étrangères d'Italie y exprime des sentiments de sympathie pour les réformes entreprises par notre Auguste Maître, et le désir d'entretenir avec nous des relations de confiance et d'amitié. Mais l'intérêt que l'opinion publique en Italie prend aux troubles actuels du royaume de Pologne, et la conviction du contre-coup que ces événements peuvent avoir pour le repos de l'Europe, l'engagent à témoigner en même temps le voeu, que S. M. l'Empereur adopte, dans sa sagesse, un système de nature à supprimer les causes de ces crises périodiques. ¶ Notre Auguste Maître a accueilli avec plaisir les expressions amicales contenues dans la dépêche de M. le vicomte Venosta. Elles répondent aux sentiments de bienveillance dont il constate lui-même que la Russie a donné à l'Italie des preuves sérieuses. ¶ Quant au voeu qu'il exprime au sujet du royaume de Pologne, le Gouvernement italien a assez d'expérience des troubles politiques pour ne pas ignorer que la révolution impose aux Gouvernements, chargés de fonder une paix durable, une tâche d'autant plus difficile qu'elle recrute constamment au dehors les forces employées au renversement de l'ordre. M. le vicomte Venosta reconnaîtra certainement que le repos et le bien-être du royaume de Pologne n'ont pas moins de droits à la sollicitude de Sa Majesté l'Empereur et de la Russie, que de titres à l'intérêt de l'Europe. Mais le respect que M. le ministre des affaires étrangères d'Italie professe pour les principes sur lesquels repose le royaume d'Italie et pour les sentiments de l'opinion publique dont il se fait l'organe, ne nous permet pas de douter qu'il ne reconnaisse également que, dans la tâche réservée à notre Auguste Maître, Sa Majesté a le devoir de s'inspirer des intérêts et des principes sur lesquels repose l'empire russe et des sentiments de l'opinion publique en Russie. ¶ Au reste, le Manifeste du 31 mars a suffisamment fait connaître les vues de Sa Majesté envers ses sujets polonais pour que je n'aie pas besoin de revenir sur les gages qu'elles offrent au bien-être du royaume et au repos de l'Europe. ¶ Veuillez remettre copie de la présente dépêche à M. le Vicomte Venosta. ¶ Recevez, etc.

Gortchacow.

A M. le Comte Stackelberg, *Turin.*

No. 719.

NIEDERLANDE. — Min. d. Ausw. an d. kön. Gesandten in St. Petersburg. — Die polnische Angelegenheit betr. —

La Haye, le 28 avril, 1863.

No. 719. Niederlande, 28. April 1863.

Monsieur le baron, — Les événements qui se passent actuellement en Pologne ont ému l'Europe entière. Plusieurs Gouvernements, dans la crainte de complications plus graves, se sont adressés au Gouvernement de S. M. l'Empereur Alexandre et en ont appelé à la magnanimité et à l'amour du bien dont Sa Majesté a donné des témoignages si éclatants pendant toute la durée de son règne. Le Gouvernement de S. M. le roi des Pays-Bas a reçu communication des notes qui ont été remises, à cet effet, à S. Exc. M. le prince Gortchacow par les représentants des cours de France et de la Grande-Bretagne, et il a la conviction qu'elles n'ont été dictées que par l'intérêt que doit inspirer à tout Gouvernement ami la prospérité du règne de S. M. l'Empereur Alexandre. ¶ Les relations d'amitié qui heureusement ont toujours existé entre le Cabinet de St-Pétersbourg et celui de la Haye nous imposent le devoir de donner suite à l'invitation des Cabinets de Paris et de Londres, à communiquer à celui de S. M. l'Empereur les vues du Gouvernement des Pays-Bas sur les événements douloureux auxquels s'intéresse l'humanité tout entière. ¶ Nous croyons ne pouvoir mieux exposer notre manière de voir qu'en nous associant aux idées que suggère au Gouvernement de Sa Majesté l'empereur des Français l'état de choses en Pologne, et nous basant sur l'esprit de conciliation qui nous anime, nous aimons à croire que cette démarche sera pleinement appréciée par le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur Alexandre. ¶ Le Cabinet de la Haye n'a pas cru devoir différer cette communication qui n'est qu'une nouvelle preuve des bonnes relations entre les deux cours. La bienveillance reconnue de S. M. l'Empereur Alexandre nous donne la certitude que ces considérations seront agréables au Cabinet de St-Pétersbourg au moment de prendre les mesures que, dans sa haute sagesse, Sa Majesté jugera nécessaires pour assurer le bonheur et la prospérité de ses sujets. ¶ Veuillez donner lecture de cette dépêche à S. Exc. M. le prince Gortchacow, et au besoin en remettre une copie. ¶ Agréez, etc.

van der Maesen de Sombreff.

A M. le Baron **Gevers**, *St.-Pétersbourg.*

No. 720.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an d. kais. Gesandten im Haag. — Antwort auf die vorstehende holländische Depesche. —

St-Pétersbourg, le 3/15 mai, 1863.

No. 720. Russland, 15. Mai 1863.

M. le baron Gevers m'a donné communication de la dépêche ci-jointe en copie de M. van der Maesen. ¶ Le Gouvernement de S. M. le roi des Pays-Bas y exprime la conviction que les démarches faites auprès du Cabinet impérial au sujet de la situation présente du royaume de Pologne sont dictées par l'intérêt

que doit inspirer à tout Gouvernement ami la prospérité du règne de S. M. l'Empereur. ¶ C'est dans ces sentiments que le Cabinet de la Haye croit donner, en s'y associant, une nouvelle preuve des bonnes relations existantes entre les deux cours. ¶ Nous ne voulons pas rechercher si, au moment où la sollicitude de notre auguste maître se porte sur les mesures que Sa Majesté juge nécessaires pour le bien-être et la prospérité de Ses sujets, les voeux qui Lui sont exprimés ont une utilité pratique et s'ils ne sont pas de nature à entretenir parmi les agitateurs du Royaume de Pologne des espérances et des illusions préjudiciables au prompt rétablissement de la tranquillité dans ce pays. ¶ Nous ne voulons voir dans l'expression de ces voeux que la bonne intention qui les inspire, et c'est à ce titre que le Cabinet impérial les accueille dans le même esprit amical qui les a dictés. ¶ Votre Excellence voudra bien en donner l'assurance à M. van der Maesen, en lui donnant lecture de la présente dépêche. ¶ Recevez, etc.

No. 720. Russland, 15. Mai 1863.

Gortchacow.

A M. **Mansourow**, etc., *La Haye.*

No. 721.

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an d. kön. Gesandt. in St. Petersburg. — Die Insurrection in Polen betr. —

Copenhague, le 8 mai, 1863.

No. 721. Dänemark, 8. Mai 1863.

Monsieur le baron, grâce à la solidarité qui relie tous les jours plus intimement les peuples et les Gouvernements de l'Europe, les déplorables événements de la Pologne ont dans tous les États profondément remué les esprits et donné de graves préoccupations aux Gouvernements. Partout l'on forme des voeux pour qu'il soit mis un terme au regrettable état de choses qui tend à élever une barrière entre les Polonais et leur souverain, et la plupart des cours européennes ont cru de leur devoir de faire entendre à ce sujet des conseils et des représentations au Gouvernement de l'Empereur. ¶ Si le Gouvernement du roi vient aujourd'hui à son tour exprimer ses voeux et témoigner son intérêt pour le bonheur et la prospérité de l'empire russe dans tous les territoires qui se trouvent réunis sous le sceptre de l'Empereur, c'est avant tout parce qu'il se rappelle combien de fois le Danemark a pu constater l'intérêt que le Gouvernement impérial lui portait et se féliciter de l'efficacité que le pouvoir bien assis de la Russie donnait nécessairement aux manifestations de cet intérêt. Mais à cette considération s'en joint une autre non moins grave et aussi puissante sur l'esprit du Gouvernement du roi. Il ne se dissimule pas les éventualités qui pourraient résulter de la prolongation de l'état actuel des choses en Pologne; il prévoit que de grands dangers menaceraient non-seulement les Puissances de premier ordre, dont les déterminations peuvent ne dépendre que de leur propre appréciation de ce qu'exigent leurs intérêts, mais encore les États secondaires, qui eux aussi ressentiraient de maintes manières le funeste contre-coup d'une grande commotion; il comprend enfin que parmi ces États le Danemark ne serait pas le moins exposé à courir des chances funestes. ¶ Je prie Votre Excellence de présenter

No. 721. Dänemark, 8. Mai 1863.

ces considérations à M. le prince Gortchacow, et de se faire en même temps l'interprète des voeux que forme le Gouvernement du roi dans cette occurrence. Vous prierez le prince de croire qu'il n'y a pas un souverain en Europe qui puisse désirer plus vivement et plus sincèrement que le roi de Danemark de voir la Pologne déposer les armes devant la générosité de l'Empereur et rentrer dans la voie d'un développement tranquille et fécond. Le même esprit qui a déjà suggéré au souverain d'entreprendre de grandes réformes en Russie, réformes dont la conception était aussi noble que l'exécution en a été énergique, ne manquerait pas alors, j'en suis convaincu, de créer au Gouvernement impérial de puissants titres à la reconnaissance de ses sujets polonais. ¶ J'ai l'honneur, etc.

Hall.

A M. le Baron **de Plessen**, *St.-Pétersbourg.*

No. 722.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an d. kais. Gesandt. in Kopenhagen. — Antwort auf die vorstehende dänische Depesche. —

St-Pétersbourg, le 3/15 mai, 1863.

No. 722. Russland, 15. Mai 1863.

Je viens de recevoir de M. le baron de Plessen communication d'une dépêche de M. Hall que je joins ci-près en copie. ¶ Nous apprécions l'intérêt que le Cabinet de Copenhague témoigne pour la prospérité de l'empire russe, et surtout le voeu exprimé au nom de Sa Majesté le roi de voir la Pologne déposer les armes devant la générosité de notre auguste maître et rentrer dans la voie d'un développement tranquille et fécond. ¶ Tel est aussi le plus cher désir de l'Empereur. ¶ Nous comprenons la sollicitude qu'inspire au Cabinet de Copenhague le maintien de la paix de l'Europe. Il peut être certain que les périls qui pourraient la menacer ne viendront pas de notre part. ¶ Recevez, etc.

Gortchacow.

A M. le Baron **Nicolay**, *Copenhague.*

No. 723.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an d. kais. Gesandt. in Lissabon. — Antwort auf eine vom portugiesischen Gesandt. in St. Petersburg vorgelesene Depesche über die polnische Angelegenheit. —

St-Pétersbourg, le 8/20 mai, 1863.

No. 723. Russland, 20. Mai 1863.

M. le ministre de Portugal a été chargé par son Gouvernement de me donner lecture d'une dépêche de M. le marquis de Loulé, relative à la situation actuelle du royaume de Pologne. ¶ Cette pièce est conçue en termes analogues aux dépêches qui nous ont été récemment communiquées sur le même sujet et plus particulièrement à celle du Gouvernement de Sa Majesté Britannique du 10 avril. ¶ J'ai répondu à M. le vicomte de Moira que S. M. le roi de Portugal pouvait être bien persuadé que personne en Europe ne prenait plus à coeur que l'Empereur notre auguste maître le sort du royaume de Pologne et ne désirait

plus vivement voir ce pays rentrer dans les conditions de paix et de repos indispensables au progrès régulier que la sollicitude de Sa Majesté lui prépare comme à toutes les parties de son empire; mais que cette tâche nous était rendue plus difficile par les encouragements et les excitations que les perturbateurs du repos public en Pologne reçoivent continuellement du dehors. ¶ J'ai ajouté que l'Empereur était néanmoins décidé à y persévérer, et que Sa Majesté n'avait pas besoin de puiser ses inspirations à cet égard ailleurs que dans les sentiments de son coeur et la conscience de ses devoirs de souverain. ¶ Veuillez faire part de ces observations à M. le ministre des affaires étrangères en lui donnant lecture de la présente dépêche. ¶ Recevez, etc.

No. 723. Russland, 20. Mai 1863

Gortchacow.

A M. **Ozerow**, etc., *Lisbonne.*

No. 724.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. kön. Botschafter in St. Petersburg. — Die russische Antwort auf die englische Depesche vom 10. April betreffend. —

Foreign Office, May 2, 1863.

No. 724. Grossbritannien, 2. Mai 1863.

My Lord, — Baron Brunnow came to me this morning, and before giving me a copy of the despatch of his Government*) in answer to mine to your Excellency of the 10th April**), said to me in substance what follows: — „You have declared to me that the step which Lord Napier was instructed to take was taken with a pacific intention. The Imperial Cabinet has received your despatch in a similar spirit of peace and of conciliation. ¶ You have told me that the representation you have made is founded upon the basis of the stipulations of the Treaty of Vienna of 1815. ¶ The Imperial Cabinet, on its part, accepts this basis. ¶ The Imperial Cabinet is ready to enter upon an exchange of ideas upon the ground and within the limits of the Treaties of 1815.“ ¶ I inclose a copy of the communication of Prince Gortchakoff. ¶ I shall, in another and a later despatch, furnish you with the views of Her Majesty's Government upon the contents of that communication. ¶ I am, &c.

Russell.

To Lord **Napier**, *St. Petersburgh.*

---

*) Nro. 709.
**) No. 708.

No. 725.

ITALIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in St. Petersburg. — Weitere Auslassung über die polnische Frage. —

Turin, 22 mai, 1863.

No. 725. Italien, 22. Mai 1863.

Monsieur le ministre, — Le comte Stackelberg est venu hier me donner lecture et copie de la dépêche que le prince Gortchacow lui a adressée le 1er mai*), en réponse à celle que j'ai eu l'honneur de vous transmettre à la date du 23 avril**). ¶ Le ministre de Russie me donna en outre communication officielle des réponses que le Gouvernement russe a adressées aux Gouvernements de France et d'Angleterre, et il se rapporte à ces documents pour les explications qu'il a été chargé de nous donner au sujet de la réponse que le prince Gortchacow nous a faite. ¶ Comme le prince Gortchacow le fait si justement remarquer, l'Italie a une longue et douloureuse expérience des révolutions. Elle a appris à cette école que les agitations ne peuvent être réprimées qu'en renforçant l'autorité morale du principe monarchique et qu'en tenant compte des besoins permanents et des aspirations légitimes des peuples. ¶ En rappelant les vastes réformes que S. M. l'empereur Alexandre II a déjà effectuées et en faisant appel à sa sage initiative, le Gouvernement italien s'est placé au point de vue que lui ont recommandé sa propre expérience et ses principes politiques, en même temps que le respect des principes et des intérêts de la Russie, si justement réclamés par le prince Gortchacow. ¶ Les intérêts de la Russie ne peuvent point exiger que la Pologne continue d'être pour l'Europe un motif de graves inquiétudes, et il ne saurait plus y avoir une grande divergence de principe entre les nations civilisées au sujet de la nécessité d'unir les peuples à leurs Gouvernements avant tout par des liens moraux. ¶ Le Gouvernement de S. M. le roi d'Italie voit donc avec regret que le prince Gortchacow cite le manifeste impérial du 31 mars de façon à laisser subsister les droits comme si dans la pensée du Gouvernement russe ce manifeste contenait tous les éléments pour résoudre la question qui préoccupe l'Europe en ce moment. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté, d'accord sur ce point aussi avec les Puissances amies et alliées, est d'avis que pour remédier aux maux de la Pologne il est nécessaire, comme j'ai eu l'honneur de vous le dire dans une note, d'adopter un système propre à en faire disparaître les causes. ¶ Veuillez, monsieur le ministre, conformer votre langage à ces instructions et agréer, etc.

Venosta.

A M. le Marquis **Pepoli**, *St-Pétersbourg.*

---

*) Nro. 718.

**) Nro. 717.

No. 726.

OLDENBURG. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. französ. Gesandten in Hamburg. — Antwort auf die Aufforderung Frankreichs zur Unterstützung der diplomatischen Action in St. Petersburg. —

Oldenbourg, 1 mai, 1863.

No. 726. Oldenburg, 1. Mai 1863.

M. le Ministre, j'ai l'honneur d'accuser réception de votre office du 21 avril et des deux pièces y jointes. V. Exc. a présumé avec raison que les documents dont elle a bien voulu nous donner connaissance, devaient exciter toute l'attention du Gouvernement grand-ducal. ¶ Quelque flatté que je sois de ce que le Cabinet impérial ait bien voulu engager mon souverain à prendre part aux démarches que les grandes Puissances se disposent à faire auprès du Cabinet russe concernant la question polonaise, je me vois avec peine obligé d'exprimer mes vifs regrets de ne pouvoir tomber d'accord avec les vues que le Gouvernement impérial vient de nous communiquer. ¶ Certes, les relations de parenté avec la famille impériale de Russie, auxquelles M. le Ministre des affaires étrangères fait allusion avec justice, ne seraient point un obstacle d'intervenir auprès du Cabinet russe en faveur de la nation polonaise, si le sentiment du Cabinet impérial français était partagé par nous. Au surplus mon Gouvernement a toujours cru devoir maintenir le principe qui convient surtout aux États secondaires, de ne jamais se préoccuper des affaires intérieures d'un État étranger, qui ne le touche pas de près. ¶ Agréez, etc.

de Rössing.

A M. de Cintrat, *Hambourg.*

No. 727.

SACHSEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. Gesandten in Paris. — Ablehnung einer Betheiligung an der diplomatischen Action in St. Petersburg. —

Dresde, ce 3 mai, 1863.

No. 727. Sachsen, 3. Mai 1863.

Vous n'ignorez pas, Monsieur, que les Gouvernements d'Autriche, de France et de Grande-Bretagne se sont concertés pour transmettre à leurs représentants à St.-Pétersbourg des dépêches ayant pour but de recommander à l'appréciation du Gouvernement de S. M. l'Empereur de toutes les Russies les réflexions que leur ont suggérées les évenements de Pologne. Ces documents qui, vous le savez, se trouvent avoir éte rédigés différemment, mais portés simultanément à la connaissance du Cabinet de St.-Pétersbourg, nous ont été communiqués par les trois Gouvernements. Cependant, tandis que le Cabinet de Vienne s'est borné à nous faire connaitre le texte de sa dépêche, les Ministres de France et de Grande-Bretagne accrédités auprès du Roi, n. a. M., ont exprimé

No. 727. Sachsen, 3. Mai 1863.

en même temps le désir que le Gouvernement du Roi adresse à la Cour de Russie une communication analogue. ¶ Tout en m'empressant de rendre justice aux intentions qui ont dicté la démarche faite par les trois grandes Puissances auprès du Gouvernement Impérial de Russie et qui ont inspiré au Gouvernement de S. M. l'Empereur des Français la pensée qu'une manifestation unanime de tous les Cabinets de l'Europe contribuerait à en hâter le succès, je ne me suis pas fait faute d'appeler l'attention de Mr. le Baron Forth-Rouen sur quelques considérations me paraissant de nature à devoir peser dans la résolution que nous allions prendre. Il est en effet difficile pour le Gouvernement du Roi d'oublier que la position de la Saxe, quoique État souverain, ne l'autorise guère à entrer avec le Gouvernement Impérial de Russie en discussion sur les questions éminemment graves, qui font l'objet des dépêches adressées aux représentants des trois Puissances à St.-Pétersbourg. Ce scrupule acquiert une force nouvelle par les devoirs fédéraux qui nous sont imposés. Il est permis d'espérer, et nous y comptons avec une confiance entière, que la haute sagesse de S. M. l'Empereur de Russie aussi bien que celle des autres Souverains saura prévenir des éventualités en présence desquelles la Confédération germanique pourrait être appelée à se prononcer. Toutefois une pareille conjoncture n'étant pas en dehors de toute possibilité, il serait contraire à nos traditions d'anticiper en quelque sorte sur les débats qui un jour peuvent s'ouvrir à la diète. Nous devons enfin ne pas perdre de vue que nous nous trouvons en particulier dans des rapports de confédérés avec l'une des Puissances ayant pris part à la démarche commune et que la Cour d'Autriche, dont la dépêche n'est point identique avec celles des Cours de France et de Grande-Bretagne, n'a pas jugé à propos de nous demander notre concours. ¶ Voilà certes des réflexions qui dénotent plutôt un examen consciencieux de la question à notre point de vue qu'une répugnance à nous associer à des actes dont nous aimons à reconnaître le but utile. Le Gouvernement de S. M. l'Empereur des Français, nous n'en doutons pas, saura les apprécier, il comprendra que notre action devrait nécessairement se borner à exprimer le voeu par lequel se termine la dépêche adressée à Mr. l'Ambassadeur de France à St.-Pétersbourg, et qui tend à voir la Pologne placée dans les conditions d'une paix durable. Ce voeu nous le partageons avec d'autant plus de sincérité que nous le savons être celui de S. M. l'Empereur Alexandre et que la sollicitude constante de S. M. pour ses sujets polonais ne saurait avoir d'autre but. ¶ C'est aussi dans ces limites qu'une manifestation semblerait au Gouvernement du Roi permise à la fois et utile. Je dois cependant me hâter d'ajouter que peu de jours après que Mr. le Ministre de France m'eut fait la communication dont je viens de vous entretenir, le Cabinet de St.-Pétersbourg, informé de la démarche faite par le Gouvernement Impérial de France auprès des Cours Allemandes, nous a prévenu par le télégraphe que sa réponse aux dépêches précitées des trois Puissances ne tarderait pas à être connue en nous demandant comme acte d'équité d'attendre cette communication avant que de prendre une décision. ¶ Le Gouvernement de S. M. l'Empereur des Français jugera qu'en présence d'une pareille ouverture il y avait pour nous devoir non seulement de courtoisie, mais encore de convenance d'en tenir compte, il nous approuvera,

j'en suis sûr, de nous être abstenu d'une démarche qui prenant dès lors un caractère blessant, n'avait d'autre chance que de compromettre le but même qu'on se propose d'atteindre. ¶ La réponse de la Russie se trouve en ce moment entre les mains des trois grands Cabinets. Sans en connaître encore la teneur nous avons tout lieu d'espérer qu'elle offrira à leur esprit conciliant plus d'un point de départ pour faciliter au Gouvernement Impérial de Russie l'accomplissement d'une grande et noble tâche. ¶ Veuillez, Monsieur, donner lecture de ma présente dépêche à Mr. Drouyn de Lhuys et en recommander le contenu à sa bienveillante attention.

No. 727. Sachsen, 3. Mai 1863.

Beust.

A M. de Seebach, *Paris.*

No. 728.

VEREINIGTE STAATEN. — Staatssecr. d. Ausw. an d. Gesandt. der Vereinigten Staaten in Paris. — Ablehnung einer Betheiligung an der diplomatischen Action gegen Russland. —

Washington, May 11th, 1863, n° 342.

M. Mercier has read to me, and at my request has left with me a copy of an instruction under date of the 23 April last, which he has received from M. Drouyn de Lhuys and which relates to exciting and interesting events in Poland, that are now engaging the serious attention of the principal States in Western Europe. M. Mercier has at the same time favoured me with a copy of an instruction relating to the same events, which has been transmitted by M. Drouyn de Lhuys to the ambassador of France at St. Petersburgh. ¶ We learn from the first of these papers that the proceeding which has thus been adopted at Paris, with a view to the exercice of a moral influence with the Emperor of Russia, has received the approbation and concurrence of the court of Vienna and the cabinet at London; and that the Emperor of the French, justly appreciating at one and the same time our historical sympathy with the Poles and our ancient friendship with Russia, would be gratified with a cooperation in that important proceeding by the Government of the United States. ¶ Having taken the instructions of the President, I am now to communicate our views upon the subject for the information of M. Drouyn de Lhuys. This Government is profoundly and agreeably impressed with the consideration which the Emperor has manifested towards the United States by inviting their concurrence in a proceeding having for its object the double interests of public order and humanity. Nor is it less favorably impressed with the sentiments and the prudential considerations which the Emperor has, in so becoming a manner, expressed to the court of St. Petersburgh. They are such only as appeal to the just emotions and best sympathies of mankind. The enlightened and humane character of the Emperor of Russia so recently illustrated by the enfranchisement of a large mass of the Russian people from hereditary bondage, and the establishment of an

No. 728. Vereinigte Staaten, 11. Mai 1863.

No. 728. Vereinigte Staaten, 11. Mai 1863. impartial and effective administration of justice throughout his dominions, warrants a belief that the appeal will be received and responded to by him with all the favour that is consistent with the general welfare of the great State over which he presides with such eminent wisdom and moderation. ¶ Notwithstanding, however, the favor with which we thus regard the suggestion of the Emperor of the French, this Government finds an insuperable difficulty in the way of an active cooperation with the Governments of France, Austria and Great Britain, to which it is thus invited. ¶ Founding our institutions upon the basis of the rights of man, the builders of our republic came all at once to be regarded as potitical reformers, and it soon became manifest that revolutionists in every country hailed them in that character, and looked to the United States for effective sympathy, if not for active support and patronage. Our invaluable constitution had hardly been established, when it became necessary for the Government of the United States to consider to what extent we could with propriety, safety and beneficience intervene either by alliance or concerted action, with friendly powers or otherwise, in the political affairs of foreign States. An urgent appeal for such aid and sympathy was made in behalf of France; and that appeal was sanctioned and enforced by the treaty then existing of mutual alliance and defense: a treaty without which, it may even be confessed to the honor of France, our own sovereignty and independence could not have been so easily secured. ¶ So deeply did this appeal touch the heart of the American people that only the deference they cherished to the father of our country, who was then at the fullness of his unapproachable moral greatness, reconciled them to the stern decision, that in view of the location of this republic, the character, habits and sentiments of its constituent parts and especially its complex and very popular and unique constitution, — the American people must be content to recommend the cause of human progress by the wisdom with which they should exercise the power of self-government, forbearing at all times and in every way from foreign alliance, intervention and interference. ¶ It is true that Washington thought a time might come, when our institutions being firmly consolidated and working with complete success, we might safely and perhaps beneficially take part in the consultations held by foreign states for the common advantage of the nations. Since that period, occasions have frequently happened which presented seductions to a departure from what, superficially viewed, seemed a course of isolation and indifference. It is scarcely necessary to recur to them. One was an invitation to a congress of newly emancipated Spanish American states. Another an urgent appeal to aid Hungary in a revolution aiming at the restoration of her ancient and illustrious independence; another the joint project guaranteeing Cuba to Spain, with France and Great Britain; and more recently an invitation to a cooperative demonstration with Spain, France and Great-Britain in Mexico; and later still suggestions by some of the Spanish American states, for a common council of the republican states, situated upon the American continent. These suggestions were successively disallowed by the Government, and its decision was approved in each case by the deliberate judgment of the American people. Our policy of non-intervention, straight,

absolute and peculiar as it may seem to other nations, has thus become a traditional one, which could not be abandoned without the most urgent occasion, amounting to a manifest necessity. Certainly it could not be wisely departed from, when the existence of a local, although as we trust only a transient disturbance, deprives the Government of the counsel of a portion of the American people, to whom so wide a departure from the settled policy of the country, must in any case be deeply interesting. ¶ The President will not allow himself to think, for a single moment, that the Emperor of the French will see any thing but respect and friendship for himself and the people of France, with good wishes for the preservation of peace and order and the progress of humanity in Europe, in the adhesion of the United States, on this occasion, to the policy which they have thus far pursued with safety and not without advantage, as they think, to the interest of mankind. ¶ I am, Sir, etc.

No. 728. Vereinigte Staaten, 11. Mai 1863.

Seward.

To Mr. **Dayton**, *Paris.*

No. 729.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an d. kais. Botschafter in St. Petersburg: — Die Vorgänge in Polen betr. —

Constantinople, 14 mai, 1863.

Les événements qui se passent en Pologne paraissent avoir pris la proportion d'une question européenne. Toutes les Puissances s'en sont émues et toutes ont exprimé là-dessus leur manière de voir. Il y a des Gouvernements qui parlent et agissent en vertu du traité de Vienne de 1815, traité auquel ils ont pris part; il y en a d'autres qui adressent à la Russie des observations purement amicales au nom de la paix générale. ¶ Au milieu de tant d'opinions diverses, la Sublime-Porte se voit, comme Puissance limitrophe, dans l'obligation de faire, de son côté, sa profession de foi en prescrivant à son représentant à Saint-Pétersbourg le langage qu'il devra tenir et en lui traçant la ligne de conduite qu'il aura à suivre dans cette importante occurrence. ¶ Vous savez que la Sublime-Porte n'est pas cosignataire des stipulations du Congrès de Vienne. Elle n'a donc aucun acte à invoquer. Nous n'avons pas non plus la moindre prétention de chercher à nous mêler des affaires d'autrui. Si nous suivons le cours de ces événements avec une anxiété très-grande, c'est parce que nos propres intérêts nous y convient impérieusement. ¶ Nous désirons, nous devons désirer que l'ordre et la tranquillité règnent partout et surtout chez nos voisins, que la paix du monde ne soit pas compromise. On ne peut disconvenir que la prolongation indéfinie de l'agitation actuelle de la Pologne n'exerce une influence pernicieuse sur certaines de nos provinces et ne nous donne en conséquence de très-sérieuses inquiétudes. ¶ Cette considération, que nous pouvons appeler vitale pour nous, nous fait une loi de nous associer à ceux qui font des souhaits

No. 729. Türkei, 14. Mai 1863.

No. 729. Türkei, 14. Mai 1863.

pour que le calme puisse se rétablir un moment plus tôt. ¶ La sincérité de nos souhaits et la pensée qui nous les dicte ne saurait être mise en doute; elles proviennent, comme je l'ai dit plus haut, du sentiment de notre propre conservation. La position géographique et politique de l'empire ottoman, la diversité des races dont son territoire est peuplé sont autant de preuves à l'appui de ce que j'avance. ¶ Quant aux moyens pour atteindre le résultat si ardemment désiré, il ne nous appartient pas de les indiquer. Nous sommes persuadés que le Gouvernement de S. M. l'empereur Alexandre II ne tardera pas à trouver dans sa haute sagesse la solution la plus convenable et la mieux adaptée aux circonstances. ¶ Voilà, monsieur l'envoyé, le point de vue où vous devez vous placer par ordre de S. M. Impériale dans vos conversations avec M. le prince Gortchacow. Nous aimons à espérer que la loyauté de nos principes aussi-bien que les motifs de nos inquiétudes seront appréciés par S. Exc., et que le Cabinet impérial rendra justice à la sincérité de nos sentiments. ¶ Vous pouvez donner lecture de cette dépêche à M. le vice-chancelier.

Aali Pascha.

A M. **Khalil Bey**, *St. Pétersbourg.*

No. 730.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den Gesandten der Vereinigten Staaten in St. Petersburg. — Aeusserung auf die dem russischen Cabinet mitgetheilte vorausgehende Depesche. —

St-Pétersbourg, le 22 mai/4 juin 1863.

No. 730. Russland, 4. Juni 1863.

Monsieur, — Je n'ai pas manqué de placer sous les yeux de l'Empereur mon auguste maître la dépêche que vous m'avez communiquée, d'ordre de votre Gouvernement, et qui contient la réponse de M. Seward à M. Dayton, relativement à une démarche récente du Gouvernement français auprès du Gouvernement fédéral, au sujet des événements du royaume de Pologne. ¶ Sa Majesté l'Empereur a été vivement touché des sentiments de confiance que le Gouvernement des États-Unis d'Amérique place dans Ses vues et Ses intentions pour le bien-être général de Son empire. Cette confiance, notre auguste maître croit l'avoir méritée, et elle Lui est nécessaire pour achever ce qu'Il a entrepris. C'est pour Sa Majesté Impériale un motif de sincère satisfaction de voir que Ses efforts persévérants pour guider avec ordre et sans secousses, toutes les parties de Son empire dans la voie du progrès régulier, sont appréciés avec équité par le Gouvernement d'une nation envers laquelle Sa Majesté et le peuple russe professent les dispositions les plus amicales. ¶ De pareils témoignages ne peuvent que resserrer les liens de mutuelle sympathie qui unissent les deux pays, et c'est un résultat qui répond trop bien aux voeux de l'Empereur pour que Sa Majesté ne l'envisage pas avec plaisir. ¶ Sa Majesté a également apprécié la fermeté avec laquelle le Gouvernement des États-Unis maintient le principe de non-intervention, dont le sens n'est aujourd'hui

que trop souvent dénaturé, ainsi que la loyauté avec laquelle il s'interdit d'enfreindre envers d'autres États une règle dont il n'admettrait pas la violation à son égard. ¶ Le Gouvernement fédéral donne par là un exemple de droiture et de probité politique qui ne peut qu'accroître l'estime que notre auguste maître a vouée à la nation américaine. ¶ Veuillez, monsieur, vous charger de transmettre à M. Seward l'expression de ces sentiments de Sa Majesté Impériale, et recevoir, etc.

No. 730. Russland, 4. Juni 1863.

Gortchacow.

Mr. Clay.

Druck von Otto Wigand in Leipzig.

Das Staatsarchiv.

Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart.

Herausgegeben

von

Ludwig Karl Aegidi und Alfred Klaubold.

Fünfter Band.

1863. Juli bis December.

HAMBURG.

Otto Meissner.

1863.



I. Inhaltsverzeichniss, nach den Gegenständen alphabetisch geordnet:

Europäischer Congress.

Preussische Landtags-Angelegenheiten. (Vgl. Bd. IV. No. 472, 522—524.)

II. Inhaltsverzeichniss, nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

Deutsch-Dänische Frage.

Actenstücke

zur

Deutsch-Dänischen Frage

aus den

Jahren 1861 bis 1863.

Herausgegeben

von

Ludwig Karl Aegidi und **Alfred Klauhold.**

HAMBURG.

Otto Meissner.

1863.

Inhaltsverzeichniss.

(**D. n.** bedeutet: Depesche nach . . ., **G. B. a.** = Gesandtschaftsbericht aus . . ., **P. M.** = Promemoria, **D.** = dänisch, **E.** = englisch, **F.** = französisch, **Oe.** = österreichisch, **Pr.** = preussisch, **R.** = russisch, **Sw.** = schwedisch, **D. B. V.** = Deutsche Bundes-Versammlung.)

Das Staatsarchiv enthält in seinen früheren Bänden die nachverzeichneten Actenstücke zur deutsch-dänischen Frage:

Die älteren Actenstücke finden sich in zwei Sammlungen:

1) Urkundenbuch zur Geschichte der Holstein-Lauenburgschen Angelegenheit am Deutschen Bunde in den Jahren 1851—1858. Frankfurt a. M. 1858.

2) Urkundenbuch zur deutsch-dänischen Angelegenheit. Vom 29. October 1857 bis 26. December 1861. Hamburg bei Otto Meissner, 1862.

Die besonderen, bei gegenwärtiger Sammlung benutzten Quellen sind:

Correspondence respecting the Affairs of the Duchies of Holstein, Lauenburg and Schleswig. (Englisches Blaubuch.) London 1863.

Femte Samling af Actstykker angaaende Hertugdommerne Holsteen og Lauenborgs Forfatningsforhold. (Als Manuscript für die Mitglieder des dänischen Reichsraths.) Copenhagen, April 1863.

Diplomatiska Handlingar rörande den Danska Frågan. (Den schwedischen Reichsständen und dem norwegischen Stor-Thing mitgetheilt.) I und II. Stockholm, Februar und März 1863.

No. 731. (I.)

SCHWEDEN und **NORWEGEN**. — Min. d. Ausw. an die königl. Gesandten in London, Paris und Petersburg. — Plan einer Ausscheidung und Neutralisirung Holsteins. —

Stockholm, le 29 mars, 1861.

No. 731. (I.) Schweden, 29. März 1861.

M. le Comte, — Les nouvelles qui nous parviennent au sujet de l'accueil fait par les États du Duché de Holstein aux propositions qui leur avaient été adressées par leur Souverain ne sauraient qu'inspirer au Gouvernement du Roi les réflexions les plus sérieuses. Ces propositions sont connues de tous les Gouvernements, et quand même leur teneur, à certain égard, n'a point paru dès l'abord absolument claire et précise, les explications qui ont été fournies par le Cabinet de Copenhague ne laissent aucun doute sur l'importante concession faite aux États rassemblés à Itzehoe de voter la quotepart du Duché de Holstein dans les dépenses communes de la Monarchie danoise pour l'exercice de l'année 1861 à 1862. Cette concession ne saurait être qu'appréciée par les Puissances, comme remplissant toutes les exigences légitimes que la Confédération Germanique est fondée à formuler en faveur des droits du Holstein, en ce qui concerne la participation de ce Duché aux dépenses communes de la Monarchie; mais quoiqu'au moment où je vous adresse cette communication, M. le Comte, le vote définitif des États ne nous soit connu que par le télégraphe, nous savons déjà que le projet présenté par le Comité auquel les propositions Royales avaient été renvoyées a été adopté par les États, et l'on ne peut donc nourrir aucun espoir de les voir obtenir le suffrage de la Diète. Au contraire, il paraît que ces concessions ont été rejetées dans leur ensemble, tant pour ce qui concerne les bases de la Constitution définitive que l'arrangement provisoire et la Constitution spéciale du Duché, laquelle n'a été acceptée que sous bénéfice d'inventaire, et pour le cas que le Gouvernement accédât purement et simplement aux Résolutions de la Diète de Francfort du 8 mars, 1860. Le Comité chargé de cet examen, et dont le projet a été adopté, avait conclu dans son rapport au rejet pur et simple des bases de la Constitution commune future, comme ne répondant en aucune manière aux aspirations du Duché; et quant au provisoire, il considère qu'il n'y a pas lieu non plus pour les États de l'accepter, cet état de choses devant être réglé conformément aux résolutions de la Confédération Germanique. Par contre, il déclare que rien ne pourrait rétablir une tranquillité durable et assurer le bonheur et la prospérité future du pays, à moins du rétablissement des anciennes relations du Duché de Holstein avec celui de Slesvig. ¶ Cette attitude, si éloignée de répondre à l'esprit conciliant qui a dicté les propositions de Sa Majesté le Roi de Danemarc, et qui place la question sur un terrain légalement inabordable à la Confédération Germanique, et par conséquent au Duché de Holstein, puisqu'il forme partie de cette Confédération, offre au moins l'avantage d'éclaircir la situation et de dessiner nettement la seule voie à suivre désormais pour arriver à un terme des différends depuis trop longtemps subsistants entre le Danemarc et l'Allemagne, et qui forment un danger perma-

nent pour le maintien de la paix générale de l'Europe, et en particulier pour la tranquillité du Nord. Il en ressort incontestablement, en premier lieu, que tout essai ultérieur de réorganiser la Monarchie danoise sur la base d'une Constitution commune à toutes ses parties, devra désormais être abandonné comme impossible à effectuer, et ensuite que toute tentative d'entente directe avec le Holstein deviendrait vaine, et que c'est bien entre le Danemarc et la Confédération Germanique que la question devra être vidée. Mais, comme il paraît impossible qu'un arrangement à l'amiable puisse intervenir entre deux parties qui partent d'un point de vue diamétralement opposé, il ne semble rester, si l'on veut éviter un conflit désastreux, que l'intervention médiatrice des Puissances qui sont les plus intéressées à écarter cette triste éventualité, et qui, par des engagements préalables, ont acquis le droit d'aviser au maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise, sérieusement menacée par les tentatives d'empiètement mal déguisées qui sont dirigées contre elle. ¶ Il paraîtra démontré à quiconque aura voué une attention réfléchie et impartiale à la marche de cette question, que tous les efforts du Gouvernement danois d'établir une Constitution commune à toutes les parties de la Monarchie sur la base des déclarations faites par lui en 1852, ont échoué contre le mauvais vouloir des Duchés allemands, soutenus du dehors, et qu'il ne lui reste plus qu'à donner à ces Duchés une situation qui, en sauvegardant leurs droits et en respectant leur position comme membres de la Confédération Germanique, permettra en même temps aux pays réunis sous le sceptre de Sa Majesté danoise qui ne font point partie de cette Confédération de vivre de leur vie propre sans se trouver exposés aux empiètements et à l'intervention perpétuelle de l'Allemagne dans les affaires intérieures de la Monarchie, incompatibles avec son existence prolongée comme État indépendant. Une pareille organisation ne pourrait évidemment être effectuée que par la cessation de l'unité législative représentée par l'ancien Conseil du Royaume (Rigsraad) commun à toute la Monarchie, et par la séparation successive de tous les intérêts communs, sur lesquels on ne parviendra jamais à mettre d'accord les Représentations nationales de Danemarc et du Slesvig, d'un côté, et celles du Holstein et du Lauenbourg, de l'autre. Cette marche se trouvait déjà indiquée, quoiqu'à notre avis d'une façon encore trop incomplète, dans les propositions faites en dernier lieu par Sa Majesté le Roi de Danemarc, et qui répondaient à toutes les exigences légitimes qui pouvaient être mises en avant au nom des Duchés allemands, auxquels elles laissaient toute l'indépendance et en même temps toute l'influence sur les affaires communes compatibles avec celle des autres parties de la Monarchie. ¶ Les Puissances intéressées au maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise ne sauraient méconnaitre, nous nous en tenons assurés, que cette marche est désormais la seule que puisse adopter le Gouvernement danois, et l'expérience gagnée en dernier lieu devra les convaincre combien seraient vains tous les essais dans un autre sens. Cette conviction a été depuis longtemps celle du Gouvernement du Roi notre auguste Souverain: elle a dicté tous les conseils qu'il a cru devoir, dans ces graves conjonctures, offrir au Cabinet de Copenhague. Aujourd'hui et malgré l'hésitation naturelle éprouvée par le Gouvernement du Roi de prendre l'initiative dans une question qui toutefois,

No. 731. (I.) Schweden, 29. März 1861. dans ses conséquences, deviendra toujours pour lui d'une importance majeure, il ne croit pas devoir tarder plus longtemps à fixer l'attention des Puissances amies et alliées du Danemarc sur les dangers de la situation, et à employer ses efforts pour la leur faire envisager sous le même point de vue, en tachant de leur démontrer l'urgence de ne point abandonner le Danemarc, après lui avoir fait épuiser, à la suite de sages conseils donnés collectivement par la France, la Grande-Bretagne et la Russie, et dont il a tenu compte, tous les moyens de conciliation envers ses Provinces allemandes. ¶ La pensée dominante, d'un bout à l'autre, dans le Rapport du Comité des États du Holstein, c'est le retour complet aux idées du Slesvig-Holstein de 1848, et la domination absolue dans la Monarchie danoise de l'élément germanique, recevant son impulsion de l'Allemagne. Il ne semble donc rester au Gouvernement danois, qui en acceptant ces idées ne ferait que commettre un suicide politique et amener un bouleversement qui fort probablement ferait crouler l'édifice de la Monarchie, que d'ouvrir de nouvelles négociations avec la Confédération Germanique. En s'appuyant sur l'impossibilité d'en arriver à une entente avec les États du Holstein, ressortissant du dernier essai que l'on vient de tenter, le Roi de Danemarc pourrait se déclarer prêt à entrer dans de nouveaux pourparlers avec la Confédération, en sa qualité de Duc de Holstein, pour régler la position de ce Duché envers les autres parties de la Monarchie, de manière à sauvegarder les droits et obligations Fédérales du Duché, mais sans qu'il en résulte un droit d'immixtion pour la Confédération dans les affaires intérieures de la Monarchie danoise, en indiquant en même temps la seule voie qui puisse amener ce résultat. ¶ Si nous sommes bien informés le Gouvernement danois ne serait pas éloigné d'entrer dans cette voie, en s'adressant simultanément aux Puissances amies et alliées pour invoquer leur appui afin d'arriver à une solution de ses différends avec l'Allemagne. Bien que ces Puissances aient constamment déclaré vouloir considérer ces différends, en ce qui concerne le Holstein, comme une affaire exclusivement Fédérale, elles ne sauraient cependant consentir à ce que la position Fédérale, que l'on veut faire au Roi de Danemarc, comme Duc de Holstein, soit de nature à mettre en danger l'existence de sa Monarchie comme État indépendant. Ce Souverain se croirait fondé à invoquer l'exemple des Pays-Bas, en demandant aux Puissances qui ont concouru aux Traités constitutifs de la Confédération Germanique, que le Duché de Holstein fût placé sur le même pied par rapport au Danemarc que le Grand-Duché de Luxembourg envers le Royaume des Pays-Bas. Il nous paraît en effet difficile de se persuader que la qualité de question Fédérale attachée aux différends entre le Danemarc et la Confédération, lorsqu'ils s'agitent autour de la position du Holstein, doive empêcher ces Puissances d'intervenir, dès que leur réglement implique une question d'organisation de la Monarchie danoise dans son ensemble, et surtout lorsque les prétentions mises en avant de la part de la Confédération Germanique sont de nature à en compromettre l'existence comme État indépendant. La question nous paraît devenir dès lors et indubitablement d'intérêt européen, et donner un droit incontestable d'intervention à toutes les Puissances intéressées au maintien de l'équilibre politique dans le Nord de l'Europe. Il s'agit ici de savoir si l'existence

de la Monarchie danoise est toujours reconnué comme un intérêt du premier ordre, comme une nécessité européenne. Nous pensons qu'à cet égard l'opinion des Puissances est la même aujourd'hui que par le passé; mais en ce cas, il s'ensuit qu'elles doivent employer tous leurs efforts, non seulement pour prévenir l'explosion d'une nouvelle lutte entre le Danemarc et l'Allemagne, mais qu'aussi, en tirant profit des leçons de l'expérience, elles doivent chercher sérieusement les moyens d'éloigner, une fois pour toutes, les causes d'un différend qui déjà ne s'est que trop prolongé, et qui constitue une menace permanente pour la tranquillité du Nord. ¶ Ces moyens, quels seraient-ils? Nous y avons sérieusement et longuement réfléchi, et nous devons dire que la solution que l'on paraît disposé à adopter maintenant à Copenhague, et qui peut-être aurait pu devenir satisfaisante lorsque nous l'avons conseillée, et avant la dernière tentative de rapprochement qui vient d'avorter, ne nous paraît plus suffisante, et que nous pensons qu'il faudrait une initiative vigoureuse et propre à détruire tout sujet de conflit dans ses racines. Nous nous permettons de communiquer aux Cabinets de Londres, de Paris, et de St.-Pétersbourg, à titre absolument confidentiel, nos vues à cet égard, en les soumettant à leur appréciation éclairée. Quand même nous ne réussirions pas à les convaincre de l'opportunité ou de la viabilité de la solution que nous allons proposer, au moins aurions-nous la conscience d'avoir accompli, en ce qui dépend de nous, la tâche de maintenir l'intégrité d'un Royaume voisin, et ne pourrait-on pas nous imputer les vicissitudes auxquelles, faute d'un appui puissant, ce Royaume pourrait tomber en proie. ¶ Après les péripéties qu'a parcourues ce différend pendant les dernières dix années, on ne saurait guère se flatter de l'espoir que les deux parties litigantes en viennent jamais à une entente entre elles, et en effet les concessions jusqu'ici faites par le Danemarc n'ont eu pour résultat que d'augmenter les prétentions de l'Allemagne. Il faudrait donc, à moins que l'on ne veuille s'en remettre aux événements pour la solution de cette question, que les Puissances impartiales, mais intéressées, intervinssent en établissant les conditions auxquelles l'existence de la Monarchie danoise peut être effectivement garantie, en les imposant ensuite aux deux parties au nom de l'intérêt suprême de la paix de l'Europe. ¶ Certainement il nous paraîtrait le plus désirable, vu la faiblesse inhérente à un État d'une étendue relativement aussi rétrécie que celle du Danemarc, que sa frontière pût être définitivement établie à l'Elbe, et que le Holstein pût cesser de faire partie de la Confédération Germanique. Mais un tel résultat ne pourrait guères aujourd'hui être atteint qu'à l'issue d'une guerre, que toutes les Puissances, sans doute, sont intéressées à éviter, et il ne reste alors qu'à examiner les conditions sous lesquelles ce Duché, tout en restant membre de la Confédération, pourrait être conservé au Danemarc. ¶ J'ai dit déjà qu'une position du Holstein à l'instar de celle du Luxembourg vis-à-vis des Pays-Bas semblait insuffisante, et, en effet, sans prendre en considération qu'une pareille position n'opposerait qu'une barrière bien faible à l'ingérence de l'Allemagne dans les affaires du Duché limitrophe de Slesvig, l'obligation seule du Danemarc d'envoyer le contingent militaire du Holstein pour prendre part à toute guerre dans laquelle pourrait être impliquée l'Allemagne, placerait toujours ce Royaume dans une position

No. 731. (I.) Schweden, 29. März 1861.

délicate, soit en devant embrasser une cause contraire à ses sentiments et à ses intérêts, soit en le forçant de se soustraire à ses obligations Fédérales: c'est là une position qui exclut l'indépendance à laquelle ce Royaume a un droit imprescriptible de prétendre. ¶ Des expériences infructueuses auxquelles le désir d'arriver à une solution de ce problème a donné lieu jusqu'ici, il ressort pour le Gouvernement du Roi qu'elle ne pourra être obtenue qu'aux conditions suivantes: —

1. Séparation administrative complète du reste de la Monarchie du Duché du Holstein, auquel on laisserait, en outre de ses affaires particulières, sa propre armée, en restreignant les affaires communes à toutes les parties de la Monarchie aux allocations pour la liste civile, aux relations avec l'étranger, à la marine, aux postes et télégraphes. De cette manière, les récettes communes suffiraient à peu près aux dépenses, et le Budget normal pourrait être établi sur une base fixe et invariable, qui ne serait changée que d'un commun accord entre les diverses parties de la Monarchie.

2. Le Roi de Danemarc ayant rempli ses promesses en ce qui concerne l'organisation du Duché de Slesvig, les Puissances signataires du Protocole de Londres, 1852, émettraient une déclaration reconnaissant ce fait, et assurant la cessation, à l'avenir, de toute immixtion de l'Allemagne dans les affaires de ce Duché.

3. A l'effet d'assurer l'efficacité de ces deux premières conditions, il faudrait y joindre celle de la neutralisation du territoire du Holstein, qui serait placé sous la garantie des Puissances signataires du Protocole de Londres.

Ces trois points principaux offerts à l'appréciation des Cabinets de Londres, de Paris, et de St.-Pétersbourg, je me permettrai d'y joindre quelques courtes observations, qui sans épuiser une matière dont l'ensemble exige un examen approfondi, porteront quelques questions de détail, urgentes à élucider dès le principe.

Ad 1. Ce projet rentrant dans celui qui placerait le Holstein dans une position analogue à celle du Luxembourg, il paraît que le Gouvernement danois ne pourrait élever aucune objection, et la Confédération ne pourrait guères refuser à l'un de ses membres la position qu'un autre occupe déjà sans observation de la part de l'autorité Fédérale. Quant à l'armée du Holstein, elle pourrait, si le troisième point était arrêté dans tous ses développements, être restreinte à un corps de gendarmerie, destiné à veiller à la police, au maintien de l'ordre, et à celui de la tranquillité publique. Il s'entend que le Holstein, tout en conservant son autonomie, pourrait, si les États de ce Duché le désiraient, obtenir les mêmes garanties et libertés constitutionnelles que les autres parties de la Monarchie.

Ad 2. Le motif allégué pour l'immixtion de l'Allemagne dans les affaires intérieures du Duché de Slesvig a toujours été la différence du traitement accordé par le Gouvernement danois à ses sujets danois et à ses sujets allemands. Nous ne voulons point nier que bien qu'empreintes d'exagération, ces plaintes ne nous aient paru ne point manquer de tout fondement. Mais si le Gouvernement danois, dont les principes libéraux sont généralement reconnus, n'a

point cru pouvoir accorder à la langue allemande, à l'exercice religieux, et à l'enseignement dans cette langue, une liberté illimitée, le motif peut-il avoir été autre que l'appréhension de voir l'extension du Germanisme servir de moteur et de moyen aux empiètements territoriaux de l'Allemagne? Ceux-ci une fois pour toutes arrêtés par le moyen proposé, cette appréhension perdrait, avec sa raison d'être, tout motif d'application pratique, et nous ne doutons aucunement que les Puissances qui appuieraient cet arrangement ne trouvassent facile d'obtenir du Gouvernement danois l'assurance de concéder les libertés les plus larges et les plus conformes à celles dont jouissent déjà les habitants danois du Duché, à ceux de ses habitants qui sont de race germanique, et qui parlent la langue allemande. ¶ Il convient peut-être de toucher ici à un mode de solution, mis en avant il y a déjà quelques années, et consistant dans une partition du Slesvig, d'après les nationalités, entre le Danemarc et le Holstein. Ce projet, malgré qu'à première vue il semble offrir des avantages fort spécieux, ne nous paraît nullement fait pour trancher le litige. Il est souverainement antipathique au Danemarc, qui, nous en sommes convaincus, ne se le laisserait jamais imposer autrement que par la force; il ne serait pas plus populaire dans le Holstein, qui ne regarderait nullement cette concession suffisante. Il nous paraît pécher par le principe, puisqu'il admettrait que la nature du sol pût être changée, par suite d'une immigration étrangère, et il renfermerait, à notre avis, une flagrante injustice, en augmentant le territoire d'une grande Puissance, à laquelle le Slesvig n'a jamais appartenu, aux dépens d'une Puissance déjà relativement bien plus faible. D'ailleurs, en établissant une frontière d'après les nationalités, on se placerait sur un terrain mouvant, et ce principe une fois reconnu l'élément germanique tendrait à se propager jusqu'au Skagern, en réclamant successivement comme revenant à l'Allemagne les districts où cet élément aurait peu à peu acquis une prépondérance, qui, ce point une fois admis, ne ferait bien certainement pas défaut. ¶ La déclaration proposée de la part des Puissances signataires du Protocole de Londres contient, pour la plupart d'elles, aucune nouveauté dans leur droit public. L'union indissoluble du Duché de Slesvig au Danemarc proprement dit a été, comme vous ne l'ignorez point, M. le Comte, garantie à des époques différentes: de la part de la France, par l'Acte de Garantie du 14 juin, 1720; de celle de la Grande-Bretagne en date du 26 juillet de la même année; de celle de la Russie, par le Traité Provisoire du 22 avril, 1767; par le Traité Définitif du 21 mai, 1773, ainsi que par l'Acte de Garantie et de Renonciation du 31 mai, 1773; enfin de la part de la Suède par le Traité du 3 juin, 1720. Il ne s'agirait donc que d'introduire dans le droit public général de l'Europe une disposition qui se trouve déjà insérée dans celui de chacune des Puissances déclarantes.

Ad 3. Si le principe de la neutralisation du Holstein, dans le but d'établir une barrière entre l'Allemagne et le Danemarc, était admis, il y aurait à examiner ultérieurement quelles modifications résulteraient de cette condition dans les rapports de ce Duché avec la Confédération, et s'il ne conviendrait pas de remplacer son contingent et celui du Lauenbourg par une somme fixe à verser annuellement dans la caisse Fédérale, et stipulée de façon à suffire au rem-

No. 731. (I.) Schweden, 29. März 1861.

placement des troupes dont serait ainsi diminué le 10e Corps d'Armée de l'Allemagne.

Nous ne nous dissimulons point que ces trois propositions, et surtout la dernière, rencontreront une forte opposition de la part de l'Allemagne. Aussi ne pourront-elles être mises à exécution qu'en vertu d'une nécessité européenne reconnue par un concert préalable des Puissances non-allemandes qui ont concouru à la Convention de Londres, et les pertes ou sacrifices qui pourraient en résulter pour la Confédération donneraient naturellement lieu à une compensation équitable. ¶ Ainsi que je vous l'ai déjà exprimé, M. le Comte, nous ne croyons point devoir faire à cet égard de proposition formelle; mais nous nous croyons justifiés à fixer l'attention des Cabinets concernés sur le seul moyen de solution qui se présente à nos yeux comme pratique. L'on ne saurait nier que le Gouvernement du Roi notre auguste Souverain ne soit, au plus haut degré, intéressé à voir se terminer un différend qui pèse sur tout notre avenir, et qui, si rien n'est fait pour le trancher, entraînera nécessairement, tôt ou tard, une lutte à laquelle il nous sera bien difficile de rester étrangers. En prenant l'initiative pour proposer une entente qui semble répondre aux intérêts bien entendus des deux parties, puisqu'elle assurerait la paix et les bonnes relations entre elles, nous aurons tâché, en autant qu'il dépend de nous, d'éloigner des éventualités qu'aucune des Puissances concernées ne saurait voir avec indifférence, mais que, plus que tout autre, nous avons intérêt à conjurer. ¶ Je vous engage, M. le Comte, à saisir une prochaine occasion pour faire part à Lord John Russell du contenu de cette dépêche, et même à lui en laisser, à titre confidentiel, une copie, si son Excellence en exprimait le désir. J'écris simultanément et identiquement aux Ministres du Roi à Paris et à St.-Pétersbourg en leur donnant les mêmes instructions; nous nous flattons d'être informés, dans son temps, des vues de ces Cabinets sur les points que nous nous sommes permis d'indiquer. ¶ Agréez, &c.

Manderström.

Mr. le Comte **Platen**, *Londres.*

No. 732. (II.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. kön. Botschafter in Paris. — Vorschlag zu einer Lösung der deutsch-dänischen Frage*).

Foreign Office, April 19, 1861.

No. 732. (II.) Grossbritannien, 19. April 1861.

My Lord, — Without adverting to the long and intricate history of the disputes which, for the last thirteen years, have excited the passions of the German and Danish people, and now threaten to place the Confederation in a state of conflict with the Kingdom of Denmark, Her Majesty's Government wish to place before the Government of His Majesty the Emperor of the French propositions which, in their view, are calculated to bring these disputes to an amicable termination. The first two of the following propositions contain, it is

*) Aehnliche Depeschen erhielten die Gesandten in Petersburg und Stockholm.

believed, the substance of the demands of the Diet of Germany upon the subject of Holstein and Lauenburg; the others relate to the Duchy of Schleswig, but the whole arrangement is founded upon the stipulations of 1852.

No. 732. (II.) Grossbritannien, 19. April 1861.

1. That the quota of the common Budget of the Monarchy which affects the Duchies of Holstein and Lauenburg should be submitted to the States of Holstein and Lauenburg respectively for their assent, amendment, or rejection.

2. That the laws which are to affect the Duchies of Holstein and Lauenburg shall be submitted to the Diets of Holstein and Lauenburg respectively for their assent, amendment, or rejection.

3. That the Duchy of Schleswig shall send Representatives to the Parliament of Denmark, to vote in that Parliament the common expenses of the Monarchy, and to vote on all laws affecting the Monarchy.

4. That the separate Diet of Schleswig shall continue to be elected and to meet according to the present law. The functions of that Diet to consist in voting such sums as may be necessary for the maintenance of churches and schools and other local expenses, and in providing by equal laws for the welfare of the Danish, German, and other inhabitants of Schleswig.

5. When those terms are assented to, and solemnly proclaimed by the King of Denmark, the four Powers, viz., France, Great Britain, Russia, and Sweden, to guarantee to the Crown of Denmark the possession of the Duchy of Schleswig.

6. That Commissioners should be appointed, one on the part of Denmark, one on the part of Germany, and one on the part of the four Powers, to define the boundary of the Duchy of Schleswig. The guarantee mentioned in a former Article to comprise the Duchy thus defined and bounded.

7. That the Treaty and Engagements of 1852, so far as they are not altered by these Articles, should be inviolably maintained.

I trust that all the Powers concerned will see in these propositions an evidence of the anxious desire of Her Majesty's Government to do justice to all parties, and to save both Denmark and Holstein from the chances and calamities of war. ¶ I am, &c.

J. Russell.

The Earl **Cowley**, *Paris.*

No. 733. (III).

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Gesandten in Stockholm. — Den schwedischen Plan vom 29. März betreffend. —

Foreign Office, April 19, 1861.

Sir, — Her Majesty's Government have considered with great attention the long and able despatch of Count Manderström to Count Platen of the date of the 29th of March. ¶ Her Majesty's Government acknowledge the force of the observation of Count Manderström on the danger to be feared for Denmark

No. 733. (III.) Grossbritannien, 19. April 1861.

No. 733. (III.) Grossbritannien, 19. April 1861. from the dispute between Germany and Denmark, and upon the obligations incumbent upon Great Britain, as well from the Treaties she has signed as from her regard for the maintenance of the independence and integrity of Denmark, to promote to the utmost the prevention of the impending conflict. ¶ Turning from these general considerations to the practical proposals of Count Manderström, I am sorry to say I cannot express the same agreement. ¶ With regard to the first proposal, I will only say that, so far as it fulfils the requirements of the German Confederation, it meets the views of Her Majesty's Government. ¶ With regard to the second, however, it is not in our power to say that the King of Denmark has fulfilled his promises in relation to the organization of the Duchy of Schleswig. Although this may be technically true, yet, in spirit, these promises can hardly be said to be fulfilled. ¶ With regard to the third proposal, Her Majesty's Government cannot expect that Germany, by consenting to the neutrality of the Duchy of Holstein, will in effect consent to deprive herself of an important part of the territory of the Confederation. As the chance of obtaining that consent appears to Her Majesty's Government infinitely small, there is no need of discussing the policy of the Swedish proposition. ¶ Her Majesty's Government will, in another despatch, explain their views on the whole question, and will be happy to obtain the co-operation of the King of Sweden. ¶ I am, &c.

J. Russell.

Mr. Jerningham, *Stockholm.*

No. 734. (IV.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Preuss. Min. d. Ausw. über die deutsch-dänische Frage. —

Berlin, April 19 (received April 22), 1861.

No. 734. (IV.) Grossbritannien, 19. April 1861. My Lord, — I had some conversation on Monday last with Baron Schleinitz on the differences between Denmark and the States of Holstein. ¶ Baron Schleinitz referred to the speech which your Lordship had recently made in the House of Commons in reply to certain interpellations on that subject, and his Excellency observed that it was an error on the part of your Lordship to suppose that Prussia or Germany coveted or meditated the acquisition of Schleswig. He stated that he not only repudiated any such intention on the part of the Governments, but he could also state that no such idea had been, or was, entertained by the Liberal Societies, or the so-termed „National-Verein," to which he presumed that your Lordship had intended more specially to refer. Not even in 1848, said Baron Schleinitz, did the National Assembly, in the height of the war, aspire to any such aim. ¶ Prussia, his Excellency repeated, desired no better than to have the question settled, for it was a thorn in her side, and a constant embarrassment of which she desired most heartily to be relieved. So little did Prussia look to the attainment of any separate interest or

ambitious aim, that she was desirous, in the event of an „Execution," that not a single Prussian soldier should cross the frontier or take part in that measure, and that the army to be so employed should be composed of the contingents of the other German States, in order to prove that it was a purely German, and not a Prussian question. ¶ In referring to the present state of these affairs, and their being shortly again brought before the German Diet, Baron Schleinitz expressed a hope that Denmark would not reiterate in her communication to that Body the phrase which had been made use of in the Royal Message to the Holstein States, namely, „that His Majesty had not been enabled to accede to the demand of the Diet," for any such communication would immediately close the door against further negotiations, and oblige the Diet to proceed at once to an Execution. ¶ His Excellency expressed this opinion so strongly that I thought it important that the Danish Government should be advertised beforehand of the desirableness to avoid any recurrence of language which would at once cut off all hopes of an amicable arrangement. ¶ I am convinced that the Prussian Government are very desirous that some means should be found to effect an arrangement of these differences, and I am inclined to believe that they will lend a willing hand to any such adjustment as will safeguard their honour, and by which they will not incur obloquy or reproval. ¶ I mentioned to Baron Schleinitz that if Prussia and Germany were really anxious to bring these differences to a conclusion, a favourable opportunity would shortly offer itself, when the influence of Prussia might be usefully exerted in the conciliatory and pacific sense in which he had spoken. The question would be immediately laid before the Diet. Both litigants would appear before that Body. The one party would submit its grievances, the other would make known the measures proposed for their redress. I considered, therefore, that the Diet, in lieu of acting as a partizan, would now have the opportunity of assuming the character of a mediator, and that the Diet might fairly attempt to harmonise the divergent views of the litigants. Thus, for instance, on the question of the Budget for 1861—62, on which doubts existed as to the real nature and extent of the concessions made by Denmark, I thought that the Diet, before delivering a judgment, should appeal to the Danish Government to ascertain the exact interpretation of the 13th paragraph. This course would enable the Danish Government to reconsider their decision, and would open a door for an amicable arrangement. For my part I could not but think that an appeal to Denmark in a conciliatory tone would be received by the Danish Government in a similar spirit, and that an understanding might be arrived at satisfactory to all the parties interested. I could not conceive it possible that a question which intrinsically was of very small dimensions could eventually lead to a rupture and to war. The conciliatory spirit evinced by his Excellency, and the sincerity with which he expressed himself in favour of an amicable arrangement, induced me to hope that the Prussian Government would exert their influence at the Diet in the manner to which I had referred. ¶ Baron Schleinitz concurred with me in the opinion I had expressed. He thought that it was of great importance that the Danish Government should be counselled not to take

No. 734. (IV.) Grossbritannien, 19. April 1861.

any step which would force the Diet to break off all further negotiations, but he said that these counsels cannot proceed from Germany. It is for the Powers on whom Denmark leans for support to advise the course for her to pursue, and to influence her decision. ¶ I have, &c.

Augustus Loftus.

Lord J. **Russell**, *London.*

No. 735. (V.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Die Gefahren der Bundesexecution betreffend. —

Berlin, April 27 (received April 29), 1861.

No. 735. (V.) Grossbritannien, 27. April 1861.

My Lord, — I have not failed, on every occasion which presented itself, to impress on Baron Schleinitz the grave consequences which may result to the general peace if the efforts to bring about an amicable adjustment of the differences between Denmark and Holstein were to fail, and that coercive measures were to be resorted to by the Diet. ¶ In furtherance of these efforts I thought it desirable to read to Baron Schleinitz that portion of your Lordship's despatch of the 19th instant*), pourtraying the dangers which may result from a Federal Execution in Holstein, and expressing the opinion of Her Majesty's Government that the questions at issue are susceptible of an amicable arrangement. ¶ Baron Schleinitz expressed his entire concurrence with the opinions expressed by your Lordship in the above-named despatch. ¶ He stated that the two points mentioned therein as forming the demands of the Germanic Confederation were perfectly correct; but he added that if Denmark should meet the demands of the Diet with a direct negative, he did not well see what other course could be pursued by that Body than to resort to a Military Execution. ¶ His Excellency expressed a hope that the communication which was to be made this day by the Danish Minister at Frankfort to the Diet would be of such a nature as to admit of a continuance of the negotiations, with a chance that the explanations required of Denmark may lead to a final and satisfactory result. ¶ His Excellency observed that the position of Prussia in this question was one of great difficulty and even of danger to herself. Already violent reproaches were being launched forth against the Prussian Government, at the very idea that Prussia would take no military part in the Execution, if finally resorted to.

---

*) Die Depesche vom 19. April, auf welche hier Bezug genommen ist, enthielt in Betreff der Bundesexecution Folgendes: „It appears to Her Majesty's Government that . . . ., if the Federal Execution should take place, there is great danger that questions more difficult of solution may arise. On the Danish side, a blockade of German ports may be instituted, which would at once bring Germany and Denmark into a state of war. On the German side, the presence of a German army in Holstein would revive the question of Schleswig, a question upon which the passions of Germany are greatly excited. Another danger arises from the existence of a *dispute* concerning the *frontier*, a dispute which affects the *town of Rendsburg* and the *harbour of Kiel.*"

Prussia was loudly accused of treachery to the national cause, and of a cowardly abandonment of the interests of the German population in Holstein. ¶ Germany had a duty to perform in maintaining the rights and privileges of a portion of German territory, and Germany could not abandon her duty without a sacrifice of her honour and her interests. ¶ His Excellency again reiterated his oft-expressed hopes that Denmark will adopt a conciliatory course, and that the dangers which may arise from coercive measures, which must inevitably be the consequence of a refractory course on her part, may be thus averted, both to Germany and to Europe. ¶ I have, &c.

No. 735. (V.) Grossbritannien, 27. April 1861.

Augustus Loftus.

Lord J. **Russell**, *London.*

No. 736. (VI.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in St. Petersburg an den Min. d. Ausw. — Den englischen Vorschlag vom 19. April betreffend. —

St. Petersburgh, April 28 (received May 6), 1861.

My Lord, — I waited on Prince Gortchakoff yesterday, and placed in his hands your Lordship's despatch of the 19th instant, containing the Articles recommended by Her Majesty's Government to the consideration of the Great Powers for the settlement of the questions at issue between the Danish Government and the German Confederation, in connection with Holstein and Schleswig. ¶ Prince Gortchakoff read your Lordship's communication with attention, and declared himself, on a first view, satisfied with the tenour of your suggestions, except in regard to Article 5—that which contemplates a guarantee to be given by the Governements of England, France, Russia, and Sweden, to the Government of Denmark for the possession of Schleswig. His Excellency remarked that this guarantee appeared to him to weaken the guarantee contained in the Stipulations of 1852, which was more extensive in its scope, and was fortified by the adherence of a greater number of Powers. His Excellency then asked me for a copy of your Lordship's despatch, to which, he said, he would give his best consideration. ¶ Although not authorized by the terms of your Lordship's instruction to furnish the Russian Minister with a copy, I felt no difficulty in doing so; I have accordingly forwarded a copy of the document to the Prince, with an expression of my hope that I may be enabled to transmit to your Lordship a definitive statement of his views in the course of the present week. ¶ I have, &c.

No. 736. (VI.) Grossbritannien, 28. April 1861.

Napier.

Lord J. **Russell**, *London.*

No. 737. (VII.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den Min. d. Ausw. — Unterredung mit d. Preuss. Min. d. Ausw. über die deutsch-dänische Frage. —

Berlin, May 4 (received May 6), 1861.

No. 737. (VII.) Grossbritannien, 4. Mai 1861.

My Lord, — At an interview I had this morning with Baron Schleinitz, I inquired of his Excellency what course was to be pursued by the Germanic Diet with reference to the communication lately made by the Danish Minister at Frankfort on the subject of Holstein. ¶ His Excellency replied that the reply of the Danish Government had been referred to the Special Committee appointed to treat that affair, and that M. van der Pfordten, the Bavarian Minister at the Diet, had been charged to draw up a Report of the whole question as it now stands. It was possible, his Excellency added, that when that Report was presented to the Diet, the two great German Powers would be authorized to confer together, and to submit to the Diet their proposals as to the measures which they may judge it expedient for the Diet to take. ¶ Baron Schleinitz observed to me that in pursuing this course, evidence would be given that the Diet were not disposed to act with precipitation. ¶ In further conversation on this question, Baron Schleinitz stated that the character of the Diet must be borne in mind. „It is," said his Excellency, „a tribunal which can only pronounce a judgment in accordance with the principles of law, and the evidence of facts submitted to it. It is not free, like a Cabinet, to treat a question of this nature according to political expediency, and to yield, or not, as circumstances may suggest. It has to view and decide the question as one of a purely legal character. For instance," said his Excellency, „if a man is brought before a tribunal for a debt of 50 dollars, and is willing to pay 49 dollars, the Court of Justice has not the power, if it has once recognized the validity of the debt, to remit to the debtor any portion of the debt due. It may repudiate the debt as being wrongfully made; but if the debt is proved to be valid, the Court has only to pronounce sentence and to enforce its payment." ¶ With respect to the question of Holstein, his Excellency observed that it was one of a purely German character, and that Germany would not, therefore, admit of any mediation or foreign intervention, no more than Prussia could admit of any foreign mediation or interference in the internal affairs of Prussia. ¶ This did not, however, apply to Schleswig, which did not form part of the Germanic Confederation. ¶ His Excellency (as if he had some knowledge of the proposals which your Lordship has addressed to the French Government for the arrangement of these difficulties, although I have made no mention of them to him) then observed that no definitive arrangement of the Holstein and Schleswig question could be brought about under present circumstances, which would be acceptable to all the parties concerned. He considered that there was too much public excitement on both sides to admit of a hope that any adjustment could be brought about. He was therefore of opinion that all which could be now obtained was a provisional state of things, or, as he termed it, a Provisorium.

To arrive, therefore, at a Provisorium which would be acceptable to all parties was now the aim in view, and his Excellency considered that this may be obtained if Denmark should consent to agree to submit the quota Budget of the common expenses, not alone to the discussion of the Holstein States, but to grant to them the power of a full and decisive vote, and the power of rejecting any portion of that Budget; and secondly, that all laws for the Duchies of Holstein and Lauenburg should be submitted to the States for their acceptance, modification, or rejection. ¶ His Excellency is of opinion that if the Danish Government would even now take the initiative, and would announce their perfect assent to the foregoing conditions, on the plea that their intentions had been misunderstood and misconstrued, and with a view to give a proof of their good faith and sincerity, then the whole question of difference between the Diet and Denmark would be settled. ¶ I stated to his Excellency that the Danish Government had only lately made a communication to the Diet, and in a conciliatory spirit. It appeared to me, therefore, that the Diet might take the first step in this direction, and if they considered that the terms of the Danish communication were not sufficiently clear, it was the Diet who could afford to the Danish Government the motive for a further explanation. ¶ At all events some time will now elapse before the question is further actively proceeded with, and it is to be hoped that in the meantime some means may be found to bring both parties to an amicable understanding. ¶ I have, &c.

No. 737. (VII.) Grossbritannien, 4. Mai 1861.

Augustus Loftus.

Lord J. **Russell**, *London.*

No. 738. (VIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Begleitschreiben zu der nachfolgenden Depesche. —

Foreign Office, May 9, 1861.

My Lord, — The Count de Flahault having asked for explanations on several points of my despatch of the 19th ultimo*), relating to the affairs of Holstein, I address to your Excellency, to Lord Napier, and to Mr. Jerningham, the accompanying despatch**). ¶ If any other points require elucidation, I shall be happy to furnish it. ¶ I am, &c.

No. 738. (VIII.) Grossbritannien, 9. Mai 1861.

J. Russell.

The Earl **Cowley**, *Paris.*

---

*) No. 732.

**) No. 739.

No. 739. (IX.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Weitere Vorschläge zur Lösung der deutsch-dänischen Frage*). —

Foreign Office, May 8, 1861.

No. 739 (IX.) Gross-britannien, 8. Mai 1861.

My Lord, — In order to enable the Governments to whom our proposals respecting the affairs of Denmark and Germany have been communicated, to understand clearly the views and intentions of Her Majesty's Government, I propose in this despatch to enter into full explanations. ¶ The first two proposals in my despatch of the 19th ultimo are intended to meet and to satisfy the requirements of the German Confederation. Her Majesty's Government have never proposed to interfere with the decision of the Diet of Frankfort in regard to a State forming part of the Confederation. When the Diet by an unanimous vote has interpreted the obligations of a State belonging to the Confederation in a certain sense, Her Majesty's Government do not pretend to give to the Federal Act a different sense. They do not pretend to limit or circumscribe the action of the Confederation within its own territory. ¶ But it is evident that Denmark does not fully or unreservedly subscribe to the competency of the Diet within its own territories. She makes certain reserves as to the budget, she refuses to surrender the power of demanding taxes by prerogative, she seems to dread a permanent concession. ¶ The Diet of Holstein, on their side, seems anxious to avoid a settlement on the terms proposed by the Confederation. If on their meeting on the 4th of April they had proceeded to vote the budget, with all the retrenchments they thought it expedient to propose, it is clear they would have brought to a decisive test the sincerity of the Danish Government, who must have accepted and given the Royal sanction to the budget thus amended, or have put plainly forth the power of the prerogative, and the binding force of the Royal Patent of 1859. ¶ Thus the question would have been brought to an issue. But this issue the Diet of Holstein seemed above all things desirous to avoid. ¶ If we examine the causes of this reluctance, on the part both of Denmark and of Holstein, to come to a clear decision upon the demands of the Diet of Frankfort, those causes are not far to seek. The contentions, the State papers, the pamphlets, and the newspapers of the last few years have thrown ample light upon the views, the desires, and the apprehensions of the two parties. ¶ It is obvious, then, that Denmark fears that the complete ascendancy of the Diet of Holstein in that Duchy would lead to encroachments upon Schleswig. ¶ Nor can it be said that these fears are without foundation. ¶ The German Powers, it is true, do not as a Confederation ask anything as to Schleswig. But it is not concealed, as is evident from the language of Baron Schleinitz and other German Statesmen, that there cannot be any permanent settlement which does not embrace Schleswig. The party called the „National-Verein" in Germany always speaks of restoring the old connection

*) Aehnliche Depeschen erhielten die Gesandten in St. Petersburg und Stockholm.

No. 739. (IX.) Gross-britannien, 8. Mai 1861.

between Holstein and Schleswig, and evidently intends by that connection to bind Schleswig not only to Holstein but to Germany. For, it is obvious, if Holstein makes a demand on behalf of the German inhabitants of Schleswig, she will seek and obtain the support of Germany in pressing those demands upon Denmark. So that the authority of Denmark in Schleswig would become null, and Schleswig would, for all purposes of legislation and government, become part of Germany. ¶ But if those fears of Denmark are not without foundation, there are fears on the part of Germany no less grounded. ¶ The promises of the King of Denmark with regard to the German inhabitants of Schleswig, it is averred, have not been carried into effect by his Ministers and their agents. At no time have men of German origin, it is said, been put on an equality with their neighbours of Danish race. Again, it is apprehended that if the affairs of Holstein are settled, Schleswig will be incorporated with Denmark, in disregard of solemn promises, to the great injury of the German dwellers in Schleswig and to the great disparagement of the honour and reputation of Germany. ¶ If these opposite fears have, as Her Majesty's Government believe, both a foundation in reason and great influence over the passions both in Germany and Denmark, Schleswig, as well as Holstein, must be comprehended in any arrangement intended to be permanent. ¶ Two extreme courses are suggested for this purpose. The Danish course is to incorporate Schleswig with Denmark. The German course is to unite Schleswig with Holstein, and ultimately with Germany. ¶ As a middle course it has been proposed to divide Schleswig into a German and a Danish portion: to unite the German portion with Holstein, and incorporate the Danish portion with Denmark. ¶ To the first of these modes of settlement Germany would object as contrary as well to the ancient rights of the Duchy, as to the promises made by the King of Denmark to Austria and Prussia, when they consented to reinstate him in his authority after the last war, that he would not incorporate Schleswig. ¶ To the second, Denmark would object as the revival of a connection which was finally put an end to by the arrangement made after the war between Germany and Denmark. ¶ There can be little doubt that Denmark would also object to the division of Schleswig into a German and a Danish Schleswig. There would in effect be a great danger of the revival of disputes on the frontier wherever any portion of the population is German. It would, therefore, be necessary, in a place where an insignificant proportion of the population is German, to join that place with Holstein; and the Danes would naturally in their turn complain of the hardships of their oppressed nationality. ¶ It therefore seems to Her Majesty's Government that a solution of the question must be sought:

1st. By separating Holstein from the Danish provinces as completely as Luxemburg is separated from Holland.

2ndly. By uniting Schleswig with Denmark for purposes common to the Monarchy.

3rdly. By retaining in the Duchy of Schleswig, as Austria retains in Bohemia and Gallicia, a local Representative Body, as a guarantee for those

No. 739. (IX.) Grossbritannien, 8. Mai 1861.

rights and interests of the German inhabitants of Schleswig, the neglect of which has given rise to so much complaint.

Her Majesty's Government conceive that the propositions they have submitted to the Governments of France, Russia, and Sweden are calculated to put an end to the embarrassment of a question which, in its present shape, threatens the peace of Europe. ¶ There are some questions, however, which naturally arise out of the propositions themselves which Her Majesty's Government have put forward. ¶ One of these is, what is to be the consequence of a refusal of the States of Holstein to grant the money required, as the quota of Holstein, for one of the branches of the public service. For instance, let it be supposed that 1,000,000 of rix-dollars are asked for the service of the navy, of which 200,000 are the quota of Holstein, and that the Diet vote only 100,000, what is to be the consequence? ¶ The same question has been asked by M. Hall, and it has been answered in a despatch to Mr. Paget, of which I inclose a copy. ¶ Supposing, however, this point to be conceded by Denmark, there will arise, no doubt, many difficulties of detail. The Crown-domains of Holstein, for instance, are claimed by the King of Denmark as part of the Crown revenue, and by the States of Holstein as part of the income of the Duchy. ¶ If the main principles, however, were agreed to, this and other questions might fairly be submitted to arbitration. ¶ There remains a question upon which the French Government have asked me to explain the views of Great Britain: — In what manner are these proposals to be communicated, and what is to be the conduct of the four Powers if they are rejected? ¶ To this question Her Majesty's Government answer that these proposals should, in their opinion, be communicated, in the first place, to Austria, Prussia, and the German Confederation. They should be presented without any offer of mediation, simply as a plan upon which an equitable settlement might be founded, and a manifest danger to the peace of Europe averted. They should be accompanied with the expression of the most friendly sentiments, and of a desire not only to respect the rights of Germany, but to promote the welfare of all Germans living under Danish rule. ¶ But if the German Confederation should decline to entertain these propositions, Her Majesty's Government are of opinion that nothing further should be done upon them. ¶ I have explained, at the commencement of this despatch, that Her Majesty's Government in no way dispute the right of the German Diet to treat of matters relating to the territories of the Confederation. The Duchies of Holstein and Lauenburg are such territories. ¶ In the Resolutions of the Diet, as we understand them, there is no encroachment proposed on the Danish Monarchy, nor any abridgment of the rights of the Rigsraad, or of the Diet of Schleswig, to vote money, and make laws for Denmark and for Schleswig. ¶ In the event, therefore, of an absolute refusal of the Confederation to entertain these proposals, Germany would remain confronted with Denmark, and pursue its course upon this question, charged with all its responsibilities, and exposed to all its dangers. ¶ Great Britain, France, Russia, and Sweden, would remain free to act or not to act, to deliberate separately, or in concert, as the interests of Europe and their own position might seem to

require. In any event it could not but redound to their credit that they had treated this question in a spirit of equity, and had sought a solution free from any interested views, and with the hope of averting hostilities, of providing for the welfare of the people of Holstein and Schleswig, and of thus establishing a lasting peace. ¶ I am, &c.

No. 739. (IX.) Gross-britannien, 8. Mai 1861.

J. Russell.

The **Earl Cowley**, *Paris.*

No. 740. (X.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den Min. d. Ausw. — Den englischen Vorschlag vom 19. April betreffend. —

St. Petersburgh, Mai 4 (received May 11), 1861.

My Lord, — In consequence of the exercises of Holy Week, Prince Gortchakoff was unable to give his attention to your Lordship's proposals respecting Schleswig-Holstein as soon as he desired. ¶ The Prince asked me to come to his office this afternoon, and there read aloud, and placed in my hands, the inclosed document comprising his remarks on the articles submitted for the consideration of the Russian Cabinet*). ¶ These observations are so explicit that they scarcely call for any commentary on my part. I have only to report to your Lordship the reflections which passed between his Excellency and myself on a single point, viz., on Article 5 of the proposed terms of settlement, that which provides for a guarantee to be given to the Government of Denmark by England, France, Sweden, and Russia, for the possession of Schleswig. ¶ The Russian Minister asserts in this Memorandum, as he before asserted verbally on first taking cognizance of your Lordship's suggestions, that the contemplated guarantee of the four Powers would weaken the guarantee, or, rather, the general engagement on behalf of the Danish Monarchy, contained in the Treaty of 1852, an engagement which was fortified by the signatures of Austria and Prussia, and by the subsequent adherence of other Governments. The engagement of 1852 was, therefore, according to the Prince, both wider in its scope and stronger in its securities than the limited guarantee now advised. His Excellency, moreover, remarked that the superfluous reiteration of such a guarantee by the Four Powers would irritate Germany and Holstein, and indispose them to an amicable settlement. He also saw some inconvenience, and an appearance of distrust, in making an engagement to which Austria and Prussia were not invited to be parties. ¶ In commenting on the Memorandum and replying to the arguments of the Prince, I pointed out the great difference between a real guarantee such as that contemplated by your Lordship, and any recognition or affirmation, however formal and solemn. The engagements of 1852 asserted the principle of the permanent integrity of the Danish Monarchy, *but did not bind the signatary parties to defend it.* The guarantee now

No. 740 (X.) Gross-britannien, 4. Mai 1861.

---

*) No. 741.

No. 740. (X.) Grossbritannien, 4. Mai 1861.

proposed by your Lordship was a revival in a common bond of the ancient separate guarantees of the last century, given by England, France, Russia, and Sweden. Those guarantees were also different in their bearing on Schleswig from the engagements of 1852. The latter asserted the integrity of the Danish Monarchy, but did not stipulate *anything respecting the relations of its parts to each other*. Under the engagements of 1852, Schleswig might be united to Holstein; but under the ancient guarantees, and under the guarantee now proposed, the direct and inseparable connection of Schleswig and Denmark Proper was laid down. The proposed guarantee might be offensive to certain parties in Germany or Holstein, but it would be an inducement to Denmark to accept the other conditions and carry them out. ¶ The Prince would not admit that practically there was any difference between the engagements of 1852 and a guarantee. He did not care to enter upon nice distinctions: he looked to the result. A solemn recognition by almost all the Powers of Europe of the principle of the permanent integrity of the Danish Monarchy, was virtually a guarantee—it afforded as strong a security as possible. His Excellency also remarked upon your Lordship's proposal as one rather repugnant to at least the modern policy of England, which did not willingly admit guarantees in the old sense of positive engagements to maintain and defend by force of arms. He did not feel sure whether the term „guarantee" had been used quite advisedly, or in the meaning I attributed to it. In 1852 the word „guarantee" had not been inserted in the Protocols of London, from deference to the views of Her Majesty's Government. ¶ I asked Prince Gortchakoff whether he recognized the old engagements of Russia towards Denmark, guaranteeing the possession of Schleswig to that Monarchy—those, I meant, of 1767,—as still binding on the Imperial Government. The Prince did not give me a very positive reply to my question. He seemed to regard the old Treaties as engagements belonging to political relations long since vanished, and which could no longer be invoked in the light of living obligations. The Treaty of 1852, said his Excellency, represents the engagements of Russia towards the Danish Monarchy; if that Treaty were to be laid aside we might bring the earlier Treaties under discussion. The same view pervades the remarks of the Prince on this subject consigned in the Memorandum, in which he does not, however, allude to the engagements of Russia towards Denmark at the period above mentioned, but confines his strictures to the previous guarantees of the other Powers. ¶ The Prince, in short, considers the integrity of the Danish Monarchy to be sufficiently secured by existing stipulations of a recent date, which have, in his opinion, all the force of a European guarantee and settlement. He apprehends that a new Treaty of guarantee contracted by four Powers apart from the rest might irritate interests which it is desirable to conciliate without giving any additional right or strength to Denmark. ¶ I have, &c.

Napier.

Lord J. Russell, *London.*

No. 741. (XI.)

RUSSLAND. — Bemerkungen des Fürsten Gortschakow zu der Depesche des Lord J. Russell vom 19. April. — Anlage zu der vorausgehenden Depesche des Lord Napier. —

No. 741. (XI.) Russland, 5. Mai 1861.

Les propositions du Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique ont pour but d'amener un arrangement à l'amiable du différend Dano-Allemand, afin de prévenir ainsi un conflit entre le Royaume de Danemarc et la Confédération Germanique. Envisagées sous ce point de vue, elles ne pouvaient manquer d'être favorablement accueillies par le Ministère Impérial et prises en très-sérieuse considération. Voici les observations auxquelles elles pourraient donner lieu: —

1*re Proposition.* — La quotepart du Budget commun de la Monarchie qui affecte les Duchés de Holstein et de Lauenbourg devrait être soumise aux États du Holstein et du Lauenbourg respectivement, pour en être acceptée, amendée, ou rejetée.

2*de Proposition.* — Les lois qui concernent les Duchés du Holstein et du Lauenbourg devraient être soumises à la Diète du Holstein et à celle du Lauenbourg respectivement, pour en être acceptées, amendées, ou rejetées.

Ainsi que le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique veut bien l'observer, ces deux propositions répondent en substance aux exigences de la Diète Germanique, en tant au moins qu'elles nous sont connues. En effet, par son Arrêté du 8 mars, 1860, l'Assemblée Fédérale a demandé que pendant la durée du régime provisoire, et jusqu'à l'établissement d'une Constitution commune à l'ensemble de la Monarchie, tous les projets de loi soumis au „Rigsraad," en tant qu'ils doivent être obligatoires dans le Holstein, soient également présentés aux États Provinciaux de ce Duché, et qu'aucune loi relative à des affaires communes, notamment celles en matière de finances, ne soit donnée pour le Duché, sans l'assentiment de l'Assemblée Provinciale. ¶ Le Danemarc n'a pas cru pouvoir reconnaître cet Arrêté comme strictement fondé sur les dispositions que renferme la Proclamation Royale du 28 février, 1852. Il a surtout objecté à l'idée de devoir soumettre aux délibérations des États du Holstein, et à leur décision, des affaires qui ne concernent pas spécialement et exclusivement ce Duché, et qui, par conséquent, doivent être rangées sous la catégorie des affaires communes. Il a déclaré que s'il en était décidé autrement, et qu'il fallût reconnaître aux États une compétence et un droit de contrôle dans les affaires intérieures du reste de la Monarchie, ce qui serait une conséquence nécessaire de la discussion du Budget, et d'autres lois dans leurs rapports avec les lois financières et autres communes au Royaume proprement dit, l'exercice du pouvoir souverain deviendrait impossible. Malgré ces difficultés, il est peut-être permis d'espérer que le Gouvernement danois se soumettra à un Arrêté conçu dans le sens des deux premières propositions, s'il était assuré qu'à cet Arrêté il ne sera pas attribué un effet rétroactif, ainsi que les Commissions réunies de la Diète Fédérale l'ont fait à l'égard de l'Arrêté du 8 mars, 1860; en

No. 741. (XI.) Russland, 5. Mai 1861.

d'autres termes, que le Gouvernement ne sera pas sommé de soumettre à l'examen et à la discussion subsidiaire des États des dispositions d'une date antérieure, en tant qu'elles ont déjà reçu leur exécution. Ceci se rapporte particulièrement aux Ordonnances du mois de septembre 1859. ¶ Une entente à ce sujet serait peut-être d'autant plus facile qu'aux termes de la Constitution de 1855, le „Rigsraad" dont il a été fait mention ne sera réuni que vers la fin de 1862, et que dans l'intervalle les esprits, il faut l'espérer au moins, auront le temps de se calmer ou de se raviser. La Constitution de 1855 étant abrogée pour les deux Duchés allemands, la Diète Fédérale semble avoir à coeur de les garantir contre l'influence que le „Rigsraad" pourrait y exercer indirectement en l'absence de Représentants du Holstein et du Lauenbourg.

3*me Proposition.* — Le Duché de Slesvig devrait envoyer des Représentants au Parlement danois, afin d'y voter les dépenses communes ainsi que les lois de la Monarchie.

Cette proposition en elle-même ne saurait rencontrer aucune difficulté, puisque la Constitution de 1855, encore en vigueur dans le Slesvig, appelle les Députés de ce Duché à prendre part aux travaux législatifs du Rigsraad. Seulement, il resterait à savoir s'ils y sont en nombre suffisant pour défendre les intérêts de leur pays. Aux termes des Articles 24 et suivants de la Constitution, le Rigsraad devait se composer, sauf erreur, de 80 membres. Mais cette disposition a dû subir des modifications depuis la sortie des Députés du Holstein et du Lauenbourg. Aujourd'hui, à ce qu'il paraît, il n'y a que 60 membres, dont 15 nommés par le Roi, les autres élus soit par l'Assemblée Représentative, soit par suffrage direct. Il serait difficile pour le moment de déterminer au juste dans quelle proportion les Slesvicois participent, tant aux nominations Royales qu'aux résultats des élections et du suffrage direct, et plus difficile encore de décider la question de savoir jusqu'à quel point, dans le Duché de Slesvig, une parfaite impartialité est observée, pour les différents modes, entre la nationalité allemande et la nationalité danoise. Toujours est-il que selon toute apparence c'est l'élément danois qui prédomine. D'après les dispositions primitives de la Constitution (sec. 26, 27 et 28), il devait y avoir, sur 80 membres, 13 Slesvicois, dont 3 nommés par le Roi, 5 élus par l'Assemblée Provinciale du Duché, et 5 provenant du suffrage direct.

4*me Proposition.* — La Diète Spéciale du Slesvig devrait continuer à être élue et à s'assembler conformément à la loi actuelle. L'action de cette Diète devrait consister à voter les sommes nécessaires au maintien des églises et des écoles, ainsi que les autres dépenses, et à pourvoir par des lois égales au bien-être des populations danoise, allemande et autres qui se trouvent dans le Duché.

Cette proposition tend à maintenir le *status quo* actuel, et le Gouvernement danois n'y objectera point. Mais il serait à désirer qu'il consentît à compléter les concessions qu'il y a un an il annonça l'intention de faire au Duché de Slesvig, notamment pour ce qui concerne l'usage de la langue allemande, le droit d'association, l'exercice des droits politiques par les amnisties. Il serait essentiel qu'en même temps il pût offrir à la population allemande une garantie

contre l'intervention arbitraire et souvent oppressive des autorités locales, soit dans les élections, soit dans les affaires d'administration ou de police. Enfin, et c'est un point fort important, il ne saurait assez rassurer le Duché de Slesvig, comme celui de Holstein, sur la conservation des liens non politiques qui existent entre eux depuis des siècles. A cet égard il a plus d'une fois pris des engagements qui ont été formellement confirmés par la publication Royale du 28 janvier, 1852; et c'est la crainte, vraie ou affectée, de voir ces liens se dissoudre, qui a déterminé le rejet des propositions soumises en dernier lieu à l'Assemblée d'Itzehoe.

5*me Proposition.* — Ces points une fois admis et proclamés solennellement par le Roi de Danemarc, les quatre Puissances, la France, la Grande-Bretagne, la Russie et la Suède, garantiraient à la Couronne de Danemarc la possession du Duché de Slesvig.

Lord John Russell ne s'est pas expliqué sur les motifs de cette proposition. L'idée d'une garantie pour la paisible possession du Duché de Slesvig n'est pas nouvelle. En 1715, 1720 et 1727, l'Angleterre, la Prusse, la France, la Suède garantirent successivement cette possession au Roi de Danemarc; mais ce fut dans des circonstances tout différentes de celles d'aujourd'hui et par des motifs qui heureusement n'ont plus aucune raison d'être. Rappelons seulement que les garanties d'alors, accordées en temps de guerre ou en vue de quelque acte d'hostilité dirigé contre le Danemarc, étaient pour la plupart corroborées par une alliance défensive et la promesse d'une assistance matérielle. Encore ne s'appliquaient-elles pas au Duché tout entier, mais seulement à cette partie du territoire que la Maison de Holstein-Gottorp avait possédée avant 1713, et qu'elle cherchait à reprendre. ¶ Nous ne pensons pas que le Danemarc puisse de nos jours invoquer les Actes de 1715 et des années qui l'ont suivi. Aujourd'hui l'intégrité de la Monarchie danoise se trouve placée sous la garantie du Traité de Londres du 8 mai, 1852. Les quatre Puissances que le Principal Secrétaire d'État convie à la garantie spéciale pour le Duché de Slesvig sont au nombre des signataires de ce Traité, et, qui plus est, les deux principales Puissances de l'Allemagne, l'Autriche et la Prusse, ont pris une part directe à sa conclusion. Plus tard quelques États allemands du second ordre et tous les autres États de l'Europe y ont adhéré sans réserve aucune; et même parmi les membres de la Confédération Germanique, ceux qui ne croyaient pas pouvoir, par une accession formelle, préjuger les décisions de la Diète Fédérale, n'en ont pas moins rendu hommage à la sagesse des vues qui président au Traité de Londres. Il a donc acquis le caractère d'une transaction européenne. Le mot de „garantie" ne s'y trouve pas, il est vrai; mais les Puissances qui ont pris part à cette transaction, soit directement, soit par leur accession, ont formellement reconnu „que le maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise, lié aux intérêts généraux de l'équilibre européen, est d'une haute importance pour la conservation de la paix;" elles ont établi comme permanent le principe de cette intégrité, et pris en conséquence l'engagement de reconnaître le nouvel ordre de succession au Trône que le Roi de Danemarc avait éventuellement adopté pour le maintien de ce principe. ¶ En face d'une manifestation si solennelle et si imposante, il semble que la com-

No. 741. (XI.) Russland, 5. Mai 1861.

binaison proposée sub No. 5 aurait des inconvénients plutôt qu'elle n'offrirait une utilité réelle et pratique. Il est douteux d'abord que le Danemarc lui-même, à moins qu'il n'y trouve un moyen de plus d'empêcher l'annexion du Duché de Slesvig à la Confédération Germanique, annexion que l'Allemagne demanda si péremptoirement en 1848, que le Danemarc lui-même veuille accepter une garantie pour une seule partie de son territoire, et de la part de quelques-unes seulement des Puissances qui ont concouru au Traité de Londres, tandis que ce Traité lui accorde une garantie morale bien autrement importante. ¶ La combinaison proposée attesterait en quelque sorte le peu de confiance que la France, l'Angleterre, la Russie et la Suède, placent elles-mêmes dans l'oeuvre de 1852. Elle compromettrait donc aux yeux de l'Europe la haute valeur du Traité de Londres, sans parler des justes motifs de mécontentement qu'elle fournirait à l'Autriche et à la Prusse. ¶ Quant à l'intérieur de la Monarchie danoise, la garantie spéciale pour le Slesvig aurait pour effet de raviver les agitations des partis en lutte depuis tant d'années. Le parti appelé „Eider danois" la saluerait avec joie comme un acheminement vers l'incorporation du Duché dans le Royaume proprement dit. Le parti allemand y trouverait un nouveau défi à l'adresse de sa nationalité et n'en insisterait qu'avec plus de force sur l'annexion à la Confédération Germanique. Il n'est nul besoin de faire mention du retentissement que ces tendances opposées auraient en Allemagne. Les Holsteinois enfin, ceux au moins qui ne demanderont qu'à vivre sous la domination de leur Roi, ne manqueraient pas de considérer l'acceptation d'une garantie pour le Slesvig comme un moyen de plus de faciliter la séparation complète de l'un et l'autre Duché. ¶ Telles sont les considérations qui nous font désirer que le Cabinet Britannique veuille renoncer à cette idée.

6*me Proposition.* — Des Commissaires devraient être nommés, l'un de la part du Danemarc, l'autre de la part de l'Allemagne, et le troisième de la part des quatre Puissances, afin de définir la limite du Duché de Slesvig.

La garantie mentionnée dans l'Article précédent comprendrait le Duché ainsi limité et défini. ¶ Le Cabinet Impérial ne saurait, sauf ce qui concerne la garantie (Article 5), ne pas se déclarer entièrement d'accord avec cette proposition. Même sans l'éventualité d'une garantie, il est d'une haute importance que la délimitation du Duché de Slesvig soit bientôt et définitivement réglée. Ce travail exécuté avec impartialité, et le concours d'un Commissaire non allemand ni danois, permettrait de compter sur des décisions impartiales, et fermerait au moins une des sources de dissensions entre le Danemarc et l'Allemagne. Entrepris en temps utile, il préviendrait notamment les discussions auxquelles *la prétention* de faire de Rendsbourg une forteresse Fédérale pourrait donner lieu.

7*me Proposition.* — Les engagements du Traité de 1852, en tant qu'ils ne sont pas altérés par les Articles ci-dessus, devraient être inviolablement maintenus.

Aucun des Articles ci-dessus, à l'exception de celui sous le No. 5, ne porte atteinte aux engagements contractés par le Traité de 1852, engagements que le Cabinet Impérial se plaît aussi à considérer comme inviolables. Au reste, l'Article III du Traité a expressément réservé comme ne pouvant être altérés

par ses autres stipulations les droits et obligations réciproques du Roi de Danemarc et de la Confédération Germanique concernant les Duchés de Holstein et de Lauenbourg.

No. 741. (XI.) Russland, 5. Mai 1861.

St.-Pétersbourg, le 23 avril (5 mai), 1861.

No. 742. (XII.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Den englischen Vorschlag vom 19. April betreffend. —

Paris, May 10 (received May 11), 1861.

No. 742. (XII.) Grossbritannien, 10. Mai 1861.

(Extract.) When I called yesterday upon M. Thouvenel to communicate to him the contents of your Lordship's despatch of the 8th instant, explaining the views of Her Majesty's Government for the settlement of the Holstein question, his Excellency said that he feared, from the information which he had received, that the proposals of Her Majesty's Government would be rejected by both parties. He himself expressed a strong repugnance to the notion of guaranteeing the Duchy of Schleswig to the Crown of Denmark, observing that a guarantee of that nature might place the guaranteeing Governments in a very false position hereafter. His Excellency seemed inclined in general to the opinion that it would be better that the budget should in some shape or other be again brought before the States of Holstein, which would probably deter the Diet from proceeding with any measure of execution. &c.

Cowley.

Lord J. Russell, *London.*

No. 743. (XIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den königlichen Min. d. Ausw. — Den englischen Vorschlag vom 19. April betreffend. —

Copenhagen, May 7 (received May 13), 1861.

No. 743. (XIII.) Grossbritannien, 7. Mai 1861.

(Extract.) As I have not received your Lordship's orders to do so, I have not communicated to M. Hall your despatch of the 29th of April, but I have informed his Excellency of its general tenour; of the direction in which, in the opinion of Her Majesty's Government, a solution of the differences between Denmark and Holstein is to be found; and of the efforts which Her Majesty's Government are making with the Governments of France, Russia, and Sweden, for an understanding on this subject. ¶ M. Hall had received from M. Bille intelligence which coincided to some extent with the present communication, but he said he had understood your Lordship had adopted, with some modifications, the propositions which had been made to Her Majesty's Government by the Swedish Cabinet. M. Hall added, that however this might be,

No. 743. (XIII.) Gross-britannien, 7. Mai 1861.

provided the same basis was adhered to, he was convinced that an understanding must be ultimately arrived at. ¶ I said I had received from your Lordship no information respecting the Swedish proposals, nor the manner in which they were regarded by Her Majesty's Government. Your Lordship, in your despatch to me, had, I said, expressed the opinion that the Rigsraad should be left free and the States of Holstein free; in short, that a union of the Crown, or a personal union, should be the new order of things, with security to Denmark, on the side of Schleswig, on the part of the four Powers. ¶ On my inquiring what his Excellency thought of such an arrangement, he replied, that he should personally have no objection to it, provided it was carried out in such a manner that advantage could not be taken by Germany of the independent position of Holstein to forward their designs on Schleswig. ¶ I replied that, under the circumstances mentioned, I thought Denmark would be secure against all danger in this respect. I added, however, as my own opinion, that if the peaceable possession of Schleswig was guaranteed to Denmark, I imagined it would only be done on the condition that that Duchy should have complete liberty and independence in regard to its own provincial concerns and administration; that it should be placed in this respect upon entirely the same footing as Denmark Proper. ¶ This gave rise to some discussion, but M. Hall ultimately expressed himself in favour of the guarantees I alluded to. His Excellency said it would be better not to enter further into your Lordship's proposition until it was before him in more detail. ¶ With regard to the total separation of Holstein, with the exception of the union of the Crown, I venture humbly to submit to your Lordship a few observations. If such an arrangement could be carried out, there is no doubt that the position of the two parties would be perfectly clear, and that all chance of future dissension between them would be averted; but I fear, in the first place, that it would be extremely unpopular in Holstein, and would give rise to much opposition and discontent on the part of that Duchy. Such a separation would, of course, entail a partition of the debt and of everything which has hitherto been held in common between Holstein and the rest of the Monarchy, and thus all the links which now contribute to preserve the union of the Monarchy, and which it is of general interest to preserve, would at once be severed. ¶ The great object to attain, and it is that which I believe your Lordship to have in view, is to prevent the possibility of any future discussions arising on the constitutional position occupied by the parties concerned; that, on the one hand, the Holstein States shall not be able to say that they are subjected to the laws voted by the Rigsraad, and that, on the other, the legislation of the Rigsraad shall not be impeded by the action of the States of Holstein. If such an arrangement is possible, it can only be by regulating, once for all, in what the common affairs are to consist; to restrict them to the narrowest possible limits; and to settle, in a permanent manner, what each part of the Monarchy is to contribute towards their expenses. A position of equality will thus be established. ¶ With regard to the army, I believe it to be advisable that there should be a separation, not only on account of a better understanding in regard to the expenses, but also with a view to enabling Denmark to preserve

more easily a position of neutrality in the event of the Confederation being engaged in war in which the Holstein contingent would be called for. ¶ In order, also, to prevent any further differences respecting the navy, which has, more than any other matter, been hitherto the apple of discord, I believe a separate arrangement to be necessary. ¶ With the exception of these two, and the Royal Domains and Sound Dues Fund, I am of opinion that it would be to the advantage of both Denmark and Holstein that the other affairs should be left in common. ¶ Whatever plan is adopted, however, it is absolutely necessary, both in justice and in policy, that it should be accompanied by guarantees for the autonomy and independence of the Duchies in their provincial concerns. &c.

No. 743. (XIII.) Grossbritannien, 7. Mai 1861.

A. Paget.

Lord J. Russell, *London.*

No. 744. (XIV.)

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an d. königl. Gesandten in London. — Die Stellung Holsteins betreffend. —

Copenhague, le 11 mai, 1861.

No. 744. (XIV.) Dänemark, 11. Mai 1861.

Monsieur, — Tant qu'en apparence il ne s'agissait, dans notre différend avec l'Allemagne, que de la position constitutionnelle du Holstein, cette question pouvait être envisagée, d'un certain côté, comme étant de la compétence de la Diète Fédérale, ou du moins comme une affaire intérieure à débattre entre le Danemarc et la Confédération. Et pourtant ceci n'est vrai que d'un certain côté. Car, ne s'agit-il que de l'organisation intérieure d'un Duché allemand, ou la Diète puiserait-elle le droit de s'immiscer dans l'affaire? Non pas assurément dans le caractère du lien fédéral qui, formé exclusivement en vue de la défense commune contre des ennemis extérieurs et des troubles intérieurs, unit des États qui sous tous les autres rapports restent souverains! Non plus dans les lois de la Confédération qui ne connaissent que deux cas dans lesquels la Diète ait à étendre son action sur les affaires intérieures d'un pays Fédéral (Acte Final de Vienne, Articles 21, 60, 61): l'un, lorsque le Prince lui-même fera appel à la Confédération contre la sédition de ce Duché; l'autre, lorsqu'il lui aura demandé antérieurement la garantie générale de la Constitution du pays! Car personne ne conteste que jamais le Roi notre auguste Souverain n'a adressé une telle demande à la Diète, et, quant à une sédition, eût-elle éclaté dans le Holstein, le Roi n'aurait certes pas songé à invoquer l'assistance de la Diète. ¶ Ces principes ne sont pas douteux. Reconnus en mainte occasion par la Diète, ils ont été invoqués dernièrement par la Prusse elle-même dans sa circulaire du 6 juin, 1860, relative à l'affaire Hessoise. „Nous n'hésitons pas," dit M. de Schleinitz, „à proclamer hautement la conviction que la Diète ne doit jamais dépasser sa compétence reconnue, en s'ingérant dans les affaires intérieures des États Confédérés, et notamment dans leur organisation constutionnelle." ¶ Voilà donc les limites que la Diète, de son propre aveu, ne doit pas dépasser dans son action vis-à-vis

No. 744. (XIV.) Dänemark, 11. Mai 1861.

d'un État qui, comme la Hesse, entre pour son territoire entier dans la Confédération! Mais combien plus injuste devient donc l'immixtion de la Diète, non pas dans les affaires intérieures d'un pays Fédéral, mais dans les rapports de ce pays à une Monarchie dont il fait partie intégrante, et qui, pour ses quatre-cinquièmes, reste en dehors de toute relation avec la Confédération! Or, c'est bien sur les rapports constitutionnels du Holstein au reste de la Monarchie danoise, et non pas sur l'organisation purement intérieure du Duché Confédéré, que la Diète a entendu s'ériger en juge suprême. C'est sur l'abolition pour le Holstein de la Constitution commune de la Monarchie, du 2 octobre, 1855, qu'elle a insisté, en demandant impérieusement que le Conseil-Général n'étendit plus son action sur le Duché. C'est la Constitution commune de la Monarchie elle-même qu'elle a enjoint au Gouvernement du Roi de modifier, dans un sens qu'elle n'a pas bien indiqué, et en tenant compte de désirs qu'elle n'a pas même su formuler d'une manière précise. Et ce seul reproche qu'elle a élevé contre le fond de cette Constitution, celui de ne pas avoir accordé à la population du Holstein une représentation dans le Conseil-Général plus forte que celle qui lui appartenait proportionnellement à la population des autres parties de la Monarchie, ce reproche n'est-il pas la meilleure preuve que cette ingérence n'implique rien de moins qu'une atteinte grave portée au reste de la Monarchie, qui devait demeurer en dehors de toute influence de la Diète? Ces exigences, qui revêtaient la forme d'Arrêtés Fédéraux, mais sans en avoir le caractère ni l'autorité, le Gouvernement du Roi aurait donc été parfaitement fondé à ne pas les prendre en considération en déclarant à la Diète qu'il n'y saurait voir qu'un empiètement sur son indépendance, et qu'il se trouverait dans la nécessité de regarder toute menace d'une exécution Fédérale dans le Holstein, par ce motif, comme un acte d'hostilité ouverte. Mais le Gouvernement du Roi a voulu prendre conseil dans cette affaire de ses alliés plutôt que du sentiment de son droit. Il s'est attaché à modifier la Constitution commune pour que la Diète permît que le Holstein rentrât sous son régime. Et en attendant il avait abrogé pour le Holstein la Constitution attaquée, et il avait garanti le Duché contre toute influence du Conseil-Général, en rétablissant la souveraineté absolue du Roi pour la part contributive du Holstein aux affaires communes. Cette garantie ne paraissant plus suffisante aux yeux de la Diète, et l'Allemagne insistant pour que toute loi sur les affaires communes fût soumise à l'approbation des États Holsteinois, aussi bien qu'à celle du Conseil-Général, le Gouvernement avisa aux moyens de satisfaire, dans les limites du possible, à cette demande nouvelle, qu'un membre de la Chambre prussienne, auquel on ne peut certes reprocher une trop grande partialité pour nous, a comparé dans une occasion avec l'action „d'atteler quatre chevaux à une voiture de manière à les faire tirer chacun de son côté.“ Lorsqu'enfin la Diète crut voir un impiètement sur les droits du Holstein dans l'Arrêté Royal qui avait fixé la part contributive du Duché aux dépenses communes pour l'exercice courant, bien que cet Arrêté eût été publié avant la réunion même du Conseil-Général, le Gouvernement se prêta encore à cette prétention en soumettant l'Arrêté à l'approbation des États. Je n'entrerai dans aucun détail sur ces dernières tentatives pour arriver à une entente, car elles sont assez

connues et en tout cas vous trouverez dans les annexes de cette dépêche un exposé succinct de leur contenu. ¶ Ainsi le Gouvernement du Roi est allé jusqu'au bout pour satisfaire aux exigences. La seule limite devant laquelle il dut s'arrêter, était celle que lui imposait, pour ne pas tomber dans la dépendance de l'Allemagne, le droit des autres parties non-allemandes de la Monarchie. Et c'est à l'existence propre du Danemark que viennent d'attenter les États, en invoquant l'autorité de la Confédération. Sans revenir sur ma dépêche du 11 du passé je me bornerai, pour démontrer l'exactitude de mon appréciation, à appeler votre attention sur les motifs qui ont guidé les États dans leur refus d'entrer dans la discussion de l'Arrêté Royal susmentionné du 23 septembre, 1859. Non contents d'être admis à voter la part contributive du Holstein aux dépenses communes, dans les limites qui sont fixés pour l'action du Conseil-Général relativement aux parts contributives du Danemark et du Slesvig, les États ont voulu s'arroger le droit de discuter ces parts elles-mêmes, et ils ont demandé qu'à cette fin les lois de finances adoptées par le Conseil-Général pour le Danemark et le Slesvig fussent annulées. Vis-à-vis de telles prétentions toute transaction devient impossible, et toute condescendance ultérieure équivaudrait à un attentat à l'existence même d'une Monarchie indépendante. ¶ Où en sommes-nous donc venus d'après ces dernières et tristes expériences? ¶ Qu'est devenue d'abord cette Constitution commune, basée sur les principes de l'Ordonnance du 28 janvier, 1852, que la Diète proclame solennellement „conforme, pour ce qui regardait le Holstein, aux lois et aux droits de la Confédération?" La Diète qui avait approuvé le Gouvernement du Roi lorsqu'il établit (voir la dépêche du 6 décembre, 1857, Annexe 2, No. 4) „qu'une Constitution commune et l'administration d'une Monarchie, formant l'ensemble de ses États, ne deviendraient possibles que sous la condition expresse que les obligations du Roi, en sa qualité de Membre de la Confédération, ne soient pas étendues;" cette Diète a pourtant si bien étendu son immixtion Fédérale que, pour me servir des paroles du rapporteur même du Comité de la Chambre prussienne, „le Gouvernement danois ne pourra jamais remplir ses exigences telles que l'Allemagne les formule, puisque l'existence d'une Constitution commune ne s'accorderait pas avec l'interprétation qu'on entend aujourd'hui donner au mot ‚égalité politique du Holstein.'" Et quant aux États, à l'approbation desquels la Diète nous a renvoyés, ils ont déclaré itérativement qu'ils ne consentiraient jamais à la création d'une représentation commune dans laquelle siégeraient des Députés holsteinois. Pourtant cette représentation commune, la pierre fondamentale d'une Constitution commune, avait-elle été expressément reconnue par l'Allemagne comme „n'étant nullement incompatible avec les droits particuliers des Duchés de Holstein et de Lauenbourg" (voir la dépêche du 30 décembre, 1851, Annexe No. 7). Ainsi aucun compte n'a été tenu de l'accord établi en 1851 relativement à la position du Holstein dans la Monarchie, et tous les efforts du Gouvernement du Roi pour amener un ordre de choses définitif sur cette base ont échoué contre une résistance à laquelle il avait tout droit à ne pas s'attendre. ¶ En attendant, quel est le régime actuel des affaires communes de la Monarchie? ¶ Il existe, il est vrai, un ordre de choses parfaitement légal et amené, pas à pas, par des Arrêtés

No. 744. (XIV.) Dänemark, 11. Mai 1861.

Fédéraux, adoptés par le Roi, suivant les conseils de ses alliés, en vertu duquel Sa Majesté règle en Souverain absolu dans le Holstein les affaires communes que, dans les autres parties de la Monarchie, elle gouverne avec le concours du Conseil-Général. Mais le Gouvernement du Roi ne se dissimule pas que la Diète pourrait se croire tenue, par ses Arrêtés Fédéraux du 8 mars de l'année passée et du 7 février de l'année courante, à intervenir au moyen d'une exécution Fédérale contre cet ordre de choses, du moment où on voudrait le mettre en pratique. A moins qu'on ne veuille s'exposer aux dangers incalculables d'une soi-disante exécution, une autre solution est donc devenue nécessaire; mais l'expérience a suffisamment démontré que tout règlement qui prétendrait résoudre les difficultés, en faisant dépendre d'une co-opération régulière entre le Conseil-Général et les États holsteinois le Gouvernement de la Monarchie, ne ferait qu'aggraver la situation. ¶ Mais le temps presse. Vers la fin de cette année le Conseil-Général du Danemark et du Slesvig doit se réunir, et alors la question se présentera de manière à ne pouvoir plus être différée, d'autant moins que depuis des années la législation sur les affaires communes a été, pour ainsi dire, suspendue pour ne pas donner lieu à une collision; mais une telle interruption de la vie régulière ne saurait durer. Pour l'Allemagne une solution ne paraît pas moins désirable: car l'agitation produite par l'incertitude actuelle fait naître des aspirations qui ne pourraient jamais être satisfaites, mais qui mettront fatalement les Gouvernements dans l'alternative de pousser cette affaire plus loin qu'ils ne voudraient, ou, s'ils résistent, de se voir débordés par les flots révolutionnaires. Enfin, quelle confiance qu'on ait dans l'efficacité des efforts unis des Puissances pour épargner à l'Europe des malheurs d'une guerre générale, qui ne comprend pas tout ce qu'il y aurait de dangereux à laisser dans le Nord un état de choses qui, à chaque moment, peut donner le signal d'une conflagration? ¶ C'est donc avec une véritable satisfaction que le Gouvernement du Roi a appris que le Cabinet de St.-James, conjointement avec les autres Puissances non-allemandes, signataires du Protocole de Londres, s'intéressent vivement à voir amenée une solution de notre question. Il est convaincu que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique reconnaît aussi, comme résultat des démarches faites pendant ces cinq dernières années par le Danemark, en grand parti sur les avis de ce Cabinet, que toute tentative de vouloir atteindre le but au moyen de pourparlers avec les États holsteinois resterait infructueuse; que toute mesure coërcitive tendant à faire participer le Holstein à la représentation commune serait impossible dans les circonstances actuelles; et que, par conséquent, la seule voie à suivre serait d'accorder au Holstein une position indépendante qui permettrait au Roi, tout en ne portant aucune atteinte aux droits des autres parties de la Monarchie n'appartenant pas à la Confédération Germanique, de donner suite aux demandes qui lui sont faites en sa qualité de Duc de Holstein, et qu'il pourrait se croire engagé, par la situation politique actuelle, à remplir, bien qu'elles ne soient pas justifiées par le droit Fédéral de l'Allemagne. Il n'est que trop évident combien de sacrifices une telle solution imposerait au Gouvernement du Roi, mais il saurait s'y résigner, s'il avait la conviction de parvenir ainsi à un ordre de choses précis et clairement défini, qui écarterait au dedans

la collision entre les deux Assemblées de la Monarchie, et qui exclurait au dehors tout différend ultérieur avec la Confédération. ¶ En vous priant, Monsieur, de vous énoncer dans ce sens à Lord J. Russell, j'ai, &c.

No. 744. (XIV.) Dänemark, 11. Mai 1861.

C. Hall.

Mr. de Bille, *Londres.*

No. 745. (XV.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Den englischen Vorschlag vom 19. April betreffend. —

St. Petersburgh, May 17 (received May 27), 1861.

No. 745. (XV.) Grossbritannien, 17. Mai 1861.

My Lord, — On the receipt of your Lordship's instruction of the 8th instant, containing a full exposition of the views of Her Majesty's Government in respect to the adjustment of the Schleswig-Holstein question, I lost no time in waiting on Prince Gortchakoff. I found his Excellency so much engaged that he was not able to afford his attention to the subject at that moment, but he begged to be furnished with a copy of your Lordship's despatch, to which he stated he would give his early and careful consideration. Having complied with his Excellency's wishes in this respect, I called again this forenoon, but found that he had been so constantly employed in other matters that he had not formed any deliberate judgment on the proposals of Her Majesty's Government other than that already submitted to your Lordship. The Prince told me, however, that he remarked with pleasure that your Lordship was disposed to communicate your overtures to the Governments of Prussia and Austria, and he thought it desirable that such communication should be made at once, and without waiting for the opinions of France, Russia, and Sweden, so as to avoid the appearance of coming to the German Powers with propositions definitively framed, bearing the appearance of an ultimatum. ¶ The Russian Minister hopes to be able to impart his impressions more fully to me before the departure of the messenger on Wednesday next, the 22nd instant. ¶ I have, &c.

Napier.

Lord J. Russell, *London.*

No. 746. (XVI.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Mittheilung über einen dänischen Plan, Holstein auf den Fuss von Luxemburg zu setzen. —

St. Petersburgh, May 20 (received May 27), 1861.

No. 746. (XVI.) Grossbritannien, 20. Mai 1861.

My Lord, — Prince Gortchakoff admitted me yesterday to a hasty perusal of a despatch from the Danish Government to their Representative here, in which the Cabinet of Copenhagen propose to accord a separate Legislature and Administration to Holstein, placing that Duchy almost on the footing held

No. 746. (XVI.) Grossbritannien, 20. Mai 1861.

by Luxembourg in regard to the Netherlands Monarchy. By this scheme the faculty of voting the revenue would be conceded to the States of Holstein, yet something is stipulated in respect to a „normal Budget,“ of which I did not perfectly comprehend the drift, but which seemed to trench upon the power of the Assembly in regulating and apportioning the taxation of the Duchy. Affairs of common interest to the Duchy and the Danish Provinces were to be treated by a Mixed Commission nominated by the respective Assemblies. Nothing was settled for Schleswig. ¶ The Prince, however, said that no settlement would be effectual without some provisions for Schleswig; he therefore was inclined to regard this overture of the Danish Cabinet as incomplete and unacceptable. ¶ I have, &c.

Napier.

Lord J. **Russell**, *London.*

No. 747. (XVII.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. a. d. königl. Botschafter in St. Petersburg. — Das russische Memorandum vom 5. Mai*) betreffend. —

Foreign Office, May 29, 1861.

No. 747. (XVII.) Grossbritannien, 29. Mai 1861.

My Lord, — Her Majesty's Government have attentively considered Prince Gortchakoff's Memorandum on the questions relating to the Danish Duchies which was inclosed in your Excellency's despatch of the 4th instant. ¶ Prince Gortchakoff approves of the first four propositions contained in my despatch of the 19th of April, with some modifications which can be hereafter considered; but he objects to the fifth and following propositions on the ground that the Treaty of May 8, 1852, affords a sufficient guarantee for the possession of the Duchy of Schleswig by Denmark, and that a special guarantee of Schleswig given now by four only of the Powers who signed that Treaty would weaken the force of the existing guarantee. ¶ I have to observe upon this that the Treaty of 1852 recognises as permanent the principle of the integrity of the Danish Monarchy; and Her Majesty's Government would therefore suggest, with a view to satisfy Russia, instead of the fifth proposition of my despatch, the following wording: „Austria, Great Britain, France, Prussia, Russia, and Sweden, continue to recognise as permanent the principle of the integrity of the Danish Monarchy,“ according to the Treaty of May 8, 1852. ¶ The 6th and 7th Articles do not appear to meet with any objection from the Court of St. Petersburgh, but, if thought advisable, the 7th Article might be omitted as superfluous. ¶ I am, &c.

J. Russell.

Lord **Napier**, *St. Petersburgh.*

---

*) No. 741.

No. 748. (XVIII.)

RUSSLAND. — Memorandum des Fürsten Gortschakow über die Depesche des Lord J. Russell vom 8. Mai 1861 [No. 741]*).

No. 748. (XVIII.) Russland 24. Mai 1861.

Le Premier Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique a développé dans sa dépêche du 8 mai les propositions que renfermait sa communication du 19 avril, et trace la marche qu'il y aurait à suivre pour parvenir au but auquel elles tendent, savoir, l'arrangement définitif du différend qui existe entre le Danemark et la Confédération Germanique, au sujet des affaires du Holstein. ¶ En prenant connaissance de cette communication, le Ministère Impérial a relevé avec une véritable satisfaction le parfait accord dans la manière de voir des deux Cabinets quant aux principes généraux sur lesquels se réglerait leur commune oeuvre de conciliation: respect des droits de la Confédération Germanique, tant que l'exercice de son pouvoir ne dépasse pas les limites du territoire Fédéral; maintien de l'indépendance et de l'intégrité de la Monarchie danoise, telles qu'elles ont été reconnues et consacrées par le Traité de Londres du 8 mai, 1852. ¶ D'accord sur ces principes fondamentaux de leur intervention, les deux Cabinets ne le sont pas moins quant aux difficultés qu'ils doivent se préparer à rencontrer. Lord John Russell les a signalées. Ce sont, du côté de l'Allemagne, ses vues, mal déguisées par les Gouvernements, mais d'autant plus hautement proclamées par certaines coteries, entre autres le „National Verein," sur le Duché de Slesvig; du côté du Danemark proprement dit, la juste crainte d'inaugurer par des concessions aux exigences de la Diète Fédérale, un système permanent d'ingérence dans ses affaires intérieures, incompatible avec les droits de souveraineté du Roi; du côté de Holstein, son refus de se prêter même à l'essai d'une entente directe que lui offrait le Gouvernement danois; enfin, le profond dissentiment et la mutuelle méfiance que cette longue lutte a fait naître et grandir entre les deux parties, et que la presse s'applique à rendre irréconciliable. ¶ Trois modes de combinaison ont été mis en avant comme moyen de lever toutes les difficultés. ¶ Le Slesvig serait incorporé dans le Royaume de Danemark; ou, le Slesvig serait réuni au Duché de Holstein et deviendrait partie de l'Allemagne; ou bien, le Slesvig serait partagé selon les langues que parle sa population. La partie allemande suivrait le sort du Duché de Holstein, tandis que la partie danoise serait incorporée dans le Royaume. ¶ Le Ministère Impérial ne s'arrêtera pas à l'examen de ces différents projets d'arrangements et de leurs conséquences, si tant est qu'ils puissent être mis à exécution. ¶ Le Premier Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique a appuyé son jugement sur des considérations que nous ne pouvons que partager. En effet les deux premiers rencontreraient, l'un du côté de l'Allemagne, l'autre du côté du Danemark, les plus justes objections fondées sur les engagements et les droits réciproquement établis pas les négociations qui ont eu lieu en 1851 et 1852 entre le Danemark d'un côté et l'Allemagne de l'autre. Quant au

*) Das Memorandum erhielt der englische Botschafter und übersandte es am 24. Mai 1861 an Lord J. Russell.

No. 748. (XVIII.) Russland, 24. Mai 1861.

troisième projet, celui du partage selon les langues, il serait à peine réalisable au milieu d'éléments aussi disséminés que le sont les Allemands et les Danois dans le sud du Slesvig, et, loin de terminer le débat, il ne ferait qu'ouvrir une nouvelle source de plaintes et de contestations. ¶ De son côté le Ministère britannique est d'opinion que la question qui nous occupe pourrait trouver sa solution dans un arrangement qui aurait pour base les points qui suivent: —

1. Le Holstein serait séparé du reste de la Monarchie danoise aussi complètement que le Luxembourg est séparé de la Hollande.

2. Le Slesvig serait uni au Danemark pour les affaires communes de la Monarchie.

3. Il y aurait dans le Duché de Slesvig, comme en Bohême et en Galicie, un Corps Représentatif local qui aurait pour mission de garantir les droits et intérêts de la population allemande de la province.

Le Ministère Impérial a pris ces trois points en très-sérieuse considération. ¶ Il n'aurait, pour sa part, aucune objection à ce que le Holstein fût placé à l'égard du Danemark dans une position parfaitement égale à celle du Grand-Duché de Luxembourg vis-à-vis du Royaume des Pays-Bas. Ce serait même, à son avis, le meilleur moyen de mettre un terme à tout conflit ultérieur avec l'Allemagne; et en appréciant la proposition à ce point de vue général, la Diète de Francfort ne trouvera peut-être dans la législation Fédérale aucun juste motif de lui refuser son adhésion. Elle devrait comprendre au moins qu'il est de l'intérêt de l'Allemagne elle-même de ne plus avoir à intervenir dans les affaires intérieures du Danemark, tout comme elle n'est point appelée à se préoccuper de celles de la Hollande. D'ailleurs les arrangements auxquels la Confédération concourut en 1839, lorsque les droits et obligations affectant les pays ci-devant Fédéraux qui forment aujourd'hui le Royaume de Belgique furent transportés sur le Grand-Duché actuel de Luxembourg et sur le Duché de Limbourg, ces arrangements pourraient, au besoin, servir de précédent. ¶ Toutefois, quelles que soient les considérations qui plaident pour la proposition, il resterait à savoir si une complète assimilation de la position du Holstein et de celle du Luxembourg est en général possible, et si le Danemark ainsi que les États holsteinois eux-mêmes voudront ou pourront y consentir. ¶ Entre le Luxembourg et le Royaume des Pays-Bas il n'existe, autant que nous pouvons en juger par les Constitutions respectives des deux pays, qu'une seule communauté, c'est celle de la maison régnante et de l'ordre de succession au Trône consacré d'une manière uniforme. Quant à la législation et aux affaires administratives, particulièrement en matière de finances, elles sont traitées dans chacun des deux pays séparément. Leurs budgets n'ont rien de commun entre eux, les recettes et dépenses n'étant pas communes. ¶ Il n'en est pas de même entre le Holstein et le Royaume de Danemark. Indépendamment de leur union indissoluble sous le même sceptre, ils ont surtout dans les questions financières une infinité de points de contact qu'il ne serait possible de faire disparaître que peu-à-peu et dans le cours d'une longue suite d'années. La Patente Royale du 23 septembre, 1859, l'Ordonnance Ministérielle du 25 du même mois, enfin les propositions soumises en dernier lieu aux États Provinciaux, suffisent à elles seules pour

constater l'importance des intérêts que chacune des deux parties croit devoir sauvegarder et que le Holstein ne retrouvera peut-être pas en acceptant une position analogue à celle du Luxembourg. Il restera toujours certaines questions de détails, entre autres celles des domaines, auxquelles il ne renoncera pas facilement, et qu'il faudra par conséquent régler, soit d'un commun accord avec le Danemark, soit par arbitrage, ainsi que le propose Lord John Russell. ¶ Quoiqu'il en soit de ces hypothèses, rien n'empêcherait d'émettre la proposition sub No. 1. Elle témoignera une fois de plus l'intention sincère et désintéressée des Puissances non-allemandes d'aider la Confédération et le Danemark à sortir de l'embarras où ils se voient placés, et de leur désir non moins sincère d'éviter aux deux parties des complications plus graves encore qui, à coup sûr, ne profiteraient ni à l'un ni à l'autre. ¶ La seconde proposition du Cabinet de Londres se réfère à celles que sa communication du 19 avril, n. s., a produites sous les Nos. 3 et 4. Le Ministère Impérial n'a, de son côté, que peu de chose à ajouter aux observations émises à leur égard dans son mémorandum du $\frac{23 \text{ avril}}{5 \text{ mai}}$. ¶ Les États Provinciaux du Slesvig, créés dès l'année 1831, et qui devaient recevoir une nouvelle organisation en 1852, ne délibèrent dans leurs Assemblées que sur les affaires intérieures de la province, affaires des communes de ville et des campagnes, répartition des impôts dans les districts, &c., tandis que pour les affaires communes de la Monarchie la Constitution de 1855, encore en vigueur dans le Duché, appelle des Représentants slesvicois à faire partie du Rigsraad. Il n'y aurait donc, si nous comprenons bien cet état de choses, rien de nouveau dans la seconde proposition; mais il est à prévoir que la seule annonce de l'union avec le Danemark soulèvera de nouvelles agitations dans le Slesvig comme dans le Holstein. Les meneurs, si non la partie sensée des populations, prétendraient y entrevoir le prélude à l'incorporation du Slesvig, et à la solution des liens non politiques qui existent depuis des siècles entre les deux Duchés. Ce qui justifierait ces appréhensions, c'est le peu d'empressement que le Gouvernement danois a mis jusqu'à présent, ainsi que Lord John Russell a voulu le reconnaître également, à remplir d'une manière entièrement satisfaisante les engagements contractés par la publication Royale du 28 janvier, 1852. ¶ La troisième proposition enfin a pour objet l'établissement dans le Slesvig d'un Corps Représentatif local, qui offrirait à la population allemande du Duché une garantie de ses droits et de ses intérêts. ¶ Le Cabinet Impérial se plait à apprécier les vues qui ont dicté cette proposition: Il n'hésiterait point à l'appuyer, et il pense que les deux Puissances allemandes ne lui refuseraient pas peut-être leur adhésion. Jusqu'à présent en effet les Allemands qui habitent le Slesvig n'ont pas eu une autorité tutélaire spéciale, ni un organe au moyen duquel ils pussent légalement faire parvenir leurs voeux et leurs plaintes aux pieds du Trône. Le droit de pétition n'y existe pas. Il est donc naturel que le Gouvernement danois ne peut être informé toujours avec exactitude et une parfaite impartialité de leurs vrais besoins, et de l'esprit dans lequel ses intentions sont remplies chez eux. C'est ce qui a donné lieu aux reproches et protestations dont la presse et les tribunes en Allemagne ont si souvent retenti dans les dernières années, et qui ont excité tant d'animosité contre le Gouvernement danois. La création d'une autorité telle

No. 748. (XVIII.) Russland, 24. Mai 1861.

que la définit Lord John Russell remédierait, en partie au moins, à cette fâcheuse situation. Elle contribuerait à rétablir avec le temps la confiance entre le Gouvernement et ses sujets allemands. ¶ Mais pour faire agréer la proposition à Copenhague, il faudrait que les Puissances fussent en mesure de s'expliquer sur le mode à suivre tant pour la composition du Collége local, que sur la nature et les limites de ses attributions, le tout sans blesser les susceptibilités du sentiment national danois et sans porter atteinte à la dignité et à la prérogative Royale. ¶ Le Cabinet Impérial croit devoir signaler d'avance ces considérations, non parce qu'il doute de la possibilité de réaliser le projet en question ou de son utilité pratique, mais parce qu'il lui semble que nous devons être préparés aux objections que la proposition rencontrera de la part d'un Gouvernement constamment préoccupé de la crainte, fondée ou non, de voir l'élément germanique se fortifier aux dépens de la nationalité danoise. ¶ Telles sont les observations que l'examen des propositions du Principal Secrétaire d'État a suggérées au Cabinet Impérial. Il en résulte pour lui une conviction que partage le Cabinet Britannique, savoir: — Que tout arrangement destiné à rétablir la concorde entre le Danemark et la Confédération Germanique doit nécessairement, pour être viable, et ne pas laisser la porte ouverte à de nouvelles complications, embrasser le Duché de Slesvig. Ni le Danemark ni la Confédération ne sauraient se prévaloir du fait que le Slesvig n'est pas membre du corps germanique. Il existe entre eux relativement à ce Duché des engagements réciproques que constate la publication Royale du 28 janvier, 1852, et dont l'exécution imparfaite jusqu'à présent du côté du Danemark, réclame, pour l'établissement d'une entente définitive, le concours des deux parties qui ont contracté en 1851 et 1852. Elles ne pourront donc pas se refuser à ce que la négociation se porte sur ce terrain. ¶ La dépêche du 8 mai ne fait pas mention, comme celle du 19 avril, Article 16, de la délimitation du Slesvig. Cependant le Cabinet Impérial persiste à croire, ainsi qu'il l'a exprimé en date du $\frac{23 \text{ avril}}{5 \text{ mai}}$, que cette délimitation, exécutée comme le Cabinet Britannique la propose, serait nécessaire et réellement utile. ¶ D'un autre côté le Cabinet Impérial relève avec satisfaction que Lord J. Russell semble avoir abandonné l'idée d'une garantie partielle à offrir au Danemark, en dehors du Traité de Londres, pour la paisible possession du Duché de Slesvig. Le Ministère de l'Empereur croit donc pouvoir se dispenser de revenir sur ce sujet si infiniment délicat. ¶ Enfin Lord J. Russell aborde la question de savoir comment il sera procédé pour donner suite à son plan d'arrangement. ¶ Il a déjà été dit plus haut que le Cabinet Impérial est parfaitement d'accord avec le Cabinet de Sa Majesté Britannique sur les principes qui sont le base du projet d'intervention. Il ne peut donc que s'associer aux idées qu'expose le Principal Secrétaire d'État. Le plan d'arrangement serait communiqué avant tout aux Cours de Vienne et de Berlin, ainsi qu'à la Diète Fédérale. Ces propositions seront simplement présentées comme une combinaison ayant pour but d'ouvrir les voies à un accommodement équitable et de conjurer le danger qui menace évidemment la paix de l'Europe. Cette communication serait accompagnée des témoignages les plus affectueux de l'intérêt amical, de respect pour les droits de la Confédération Germanique, et de sollicitude pour le bien-être des sujets alle-

mands du Roi de Danemark, enfin des assurances les plus propres à lui préparer un favorable accueil. ¶ Lord J. Russell admet le cas d'un refus de la part de la Confédération d'accepter les propositions qui lui seraient faites. Cette éventualité, il faut le dire, se présente naturellement à l'esprit. Mais il serait difficile, pour le moment, selon l'opinion du Cabinet Impérial, d'indiquer les déterminations à prendre si elle venait à se réaliser, et il croit préférable de réserver ce cas à des délibérations ultérieures, dont, à notre avis, le siége pourrait le plus avantageusement être établi à Londres. Toujours est-il qu'elles auront la conscience d'avoir rempli un devoir envers les deux parties et envers l'Europe, et que si leurs efforts employés dans un esprit de conciliation, de paix et de parfait désintéressement, ont manqué leur but, ce n'est pas sur elles que retombera la responsabilité des conséquences. ¶ Le Cabinet Impérial partage à cet égard les convictions du Cabinet Britannique.

No. 748. (XVIII.) Russland, 24. Mai 1861.

No. 749. (XIX.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an d. königl. Min. d. Ausw. — Die Aussonderung Holsteins betreffend. —

Copenhagen, May 30 (received June 3), 1861.

My Lord, — M. Hall read to me last night a telegram he had received on the evening of the 27th instant from M. de Bille, stating that your Lordship had informed him that the negotiations between the Great Powers on the Danish question might be considered to have failed in consequence of difficulties raised by France and Russia, that consequently the Danish Government should lose no time in making such arrangements as they thought advisable, and that your Lordship entirely approved the idea of giving a separate Constitutional position to Holstein. ¶ I understand from his Excellency that it is his intention to act as soon as possible upon this advice; and when the plans of the Danish Government are matured he will communicate them to the four Powers. ¶ In speaking of the arrangements for Schleswig, and of the desire of the Danish Government to have this part of the Monarchy guaranteed from encroachment, I expressed the hope that the concessions to be made would be as complete as possible, in order that the Powers might have no difficulty in declaring that in their opinion the Danish Government had fulfilled all its engagements or promises. ¶ M. Hall replied that it was his opinion a Constitution of the most liberal character should be given to Schleswig, but that measures of detail and administration must be left to be worked out between the King and the Legislative Body of the Duchy. I have, &c.

A. Paget.

Lord J. Russell, *London.*

No. 749. (XIX.) Grossbritannien, 30 Mai 1861.

No. 750. (XX.)

SCHWEDEN und **NORWEGEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Die Verhandlungen des preussischen Landtags über die deutsch-dänische Frage betreffend. —

Stockholm, le 29 mai, 1861.

No. 750. (XX.) Schweden, 29. Mai 1861.

M. le Comte, — Il nous est connu que le Gouvernement danois a fixé l'attention de celui de Sa Majesté Britannique sur la discussion qui a eu lieu dernièrement dans les Chambres prussiennes à l'égard des relations entre le Danemark et l'Allemagne, et surtout sur la manière dont M. le Ministre des Affaires Étrangères de Prusse s'est exprimé relativement aux prétendus droits de l'Allemagne de régler les conditions administratives du Duché de Slesvig. Le Gouvernement danois ayant sans doute avec fermeté, quoiqu'avec modération, protesté contre ces prétentions injustifiables, je n'ai donc point à entrer dans le fond de la question, examiné d'ailleurs bien des fois dans des communications faites d'ici à la Mission du Roi à Londres pendant le cours de plus de quatorze ans qu'a duré cette divergence entre le Danemark et la Confédération Germanique. Il me suffit donc de constater ici, et de vous engager, M. le Comte, à bien clairement expliquer au Gouvernement britannique que les opinions et les sentiments du Roi Charles XV à l'égard de cette affaire sont toujours les mêmes que ceux qu'avait manifestés son père, et que Sa Majesté est décidée à suivre la politique que lui a tracée son auguste prédécesseur. Je dois donc par ordre spécial du Roi vous inviter, M. le Comte, à appuyer chaudement auprès du Gouvernement de Sa Majesté Britannique toute démarche du Cabinet de Copenhague faite dans le but de s'affranchir des empiètements et des projets d'agrandissement de la part des Puissances Allemandes Confédérées. Pour guider votre langage à cet égard, je n'ai qu'à me référer à ma dépêche du . . octobre, 1858. La situation est toujours à peu près la même, seulement elle s'est aggravée encore par les prétentions ouvertement proclamées de la Prusse et de l'Allemagne sur le Slesvig. ¶ Je ne puis que vous répéter ce que je disais alors. Le Duché est et doit être considéré comme absolument en dehors de la compétence de la Confédération Germanique. Toute immixtion en ce qui concerne les affaires intérieures de ce Duché constitue, à notre avis, une intervention indue d'une Puissance étrangère, contraire non seulement aux droits des gens, mais aussi aux intérêts les plus sacrés du Nord de l'Europe. Nous ne saurions admettre plus que nous ne l'avons fait dès l'origine de ce dissentiment, une guerre de conquête de la part de l'Allemagne, et nous sommes toujours fondés à croire que la Grande-Bretagne ne regarderait point une pareille éventualité d'un oeil indifférent. Le maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise, garantie par les plus grandes Puissances de l'Europe, et formant l'un des principaux éléments de l'équilibre européen, ne saurait être mis en jeu sans que nous en soyons vivement et sensiblement affectés. ¶ Je vous ai déjà indiqué les déterminations sérieuses qu'une pareille éventualité pourrait nous inspirer. Loin de la désirer, nous faisons les voeux les plus sincères pour qu'elle puisse être écartée, et que nos bonnes relations avec l'Allemagne puissent être maintenues.

Afin de parvenir à ce résultat si éminemment désirable, nous croyons devoir faire encore une fois un appel au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, dans le but de fixer son attention sur l'opportunité et même l'urgence de chercher à éloigner les dangers qui menacent de nouveau le Nord, en usant de son influence sur les Puissances concernées, et en premier lieu sur la Prusse, pour l'engager à ne point persévérer dans une voie qui ne pourrait que devenir funeste. Je vous prie, M. le Comte, de vouloir bien vous en ouvrir à Lord John Russell en lui exprimant les sérieuses appréhensions du Gouvernement du Roi, auxquelles nous nous flattons que le Gouvernement britannique ne sera point insensible. Vous pouvez d'ailleurs offrir l'assurance qu'en même temps nous ne cessons de conseiller au Gouvernement danois d'user la plus grande modération; nous avons lieu de penser qu'il est occupé à élaborer un projet, lequel, il faut l'espérer, pourra concilier les intérêts divers, et gagner des sympathies dans les différentes provinces de la Monarchie. ¶ Agréez, &c.

No. 750. (XX.) Schweden, 29. Mai 1861.

Manderström.

Mr. le Comte **Platen**, *London.*

No. 751. (XXI.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. königl. Gesandten in Berlin. — Die Stellung Englands zu den streitenden Theilen betreffend. —

Foreign Office, June 19, 1861.

My Lord, — I have received and laid before the Queen your Lordship's despatch of the 15th instant, reporting a conversation you had held with Baron Schleinitz on the subject of the Schleswig-Holstein question. ¶ If I understand rightly the language of Baron Schleinitz, his proposal is that Her Majesty's Government should recommend to Denmark to submit to all the demands of the Diet, whatever they may be. ¶ Now it is obvious that Her Majesty's Government could not do this without having some security that those demands should not prove incompatible with the independence and integrity of Denmark. ¶ Baron Schleinitz would strongly object if Great Britain were to interfere with the German Confederation in favour of Denmark. But as little can they interfere, unless by way of negotiation, in favour of the German Confederation as against Denmark. They wish to pronounce no opinion one way or the other. ¶ The Prussian Government observe that Germany is dissatisfied with the Treaty of 1852. That Treaty recognizes the independence and integrity of Denmark, and if Germany objects to the Treaty on that account, Great Britain cannot hope to agree with Germany. ¶ Her Majesty's Government have advised the Danish Government to forego the Supplementary Budget of 1861—62, but only in the hope that real negotiations may be entered into by Prussia. ¶ I am, &c.

No. 751. (XXI.) Gross-britannien, 19. Juni 1861.

J. Russell.

Lord **A. Loftus**, *Berlin.*

No. 752. (XXII.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Answ. — Unterredung mit dem Preuss. Min. d. Answ. über die Ordnung der holsteinischen Frage durch eine europäische Conferenz. —

Berlin, June 22 (received June 24), 1861.

No. 752. (XXII.) Grossbritannien, 22. Juni 1861.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt this morning of your Lordship's despatch of the 20th instant. ¶ Deeming it of importance that the dangers which may arise to the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy, and consequently to the peace of Europe, from a recourse to coercitive measures on the part of Germany, should be represented to Baron Schleinitz in the same clear and conclusive language used by your Lordship, I read to his Excellency your Lordship's above-named despatch *in extenso*. Previous to doing so, I reminded his Excellency that I had called his attention at the time to the paragraph of the King's Speech on closing the session referred to by your Lordship, stating that the Prussian Government were under a great illusion in supposing that Europe would be indifferent to the danger which might menace the integrity of the Danish Monarchy if a war between Germany and Denmark should result out of these complications. ¶ Baron Schleinitz did not deny the truth and force of your Lordship's arguments, asserting that no Power was interested more than Prussia in maintaining peace, and that she was most desirous of avoiding the necessity which would be imposed on the Diet of recurring to coercitive measures against Denmark for the protection of the rights and interests of Germany. ¶ Baron Schleinitz most emphatically denied that there existed, or even had existed, any desire or intention on the part of Germany, whether on the part of the Government or of any political bodies in Germany, to incorporate Schleswig into Germany, and he challenged me to cite to him any occasion on which any such intention had been expressed. ¶ I replied to him that there existed notoriously on the part of the Holsteiners a desire to restore the union with Schleswig which had existed between the two Duchies previously to 1848, and that, consequently, the aim alluded to would be thus indirectly attained, although it might not be outwardly acknowledged. ¶ Baron Schleinitz then observed that an expedient had been found whereby the Execution might be avoided. It only then depended on Denmark to adopt this course with a clear understanding that it would be accepted by the Diet, and that direct negotiations would thereupon be opened between Germany and Denmark for a definitive arrangement of the question in dispute. His Excellency dwelt on the advantages of this course. He said that hitherto the difficulties of the question were between Denmark and the States of Holstein. The course proposed would be a novel one: it was that the question regarding Holstein should be treated directly between Germany and Denmark, independently of the Holstein States, with whom Denmark could later come to terms in the event of a satisfactory arrangement between Germany and Denmark. His Excellency could not, therefore, understand what objections could be raised by Denmark to this mode

No. 752. (XXII.) Gross-britannien, 22. Juni 1861.

of proceeding, or why the condition of an European Conference had now been added to a proposal which had originated with the Danish Minister-President himself, or an expedient which could be resorted to for the purpose of avoiding a Military Execution under similar circumstances to the present. ¶ I said to Baron Schleinitz that he must not lose sight of the difficult position in which the Danish Government were placed as regarded public opinion in Denmark, and that while we were making attempts to extricate Germany from the advanced position she had taken up in this question, we had likewise to take into account the susceptibilities and the interests of Denmark. ¶ I represented to him all the dangers to Germany of an Execution, stating that in reality an Execution would cause far greater embarrassment to Germany than to Denmark. ¶ If the Danish Government should agree to make the Declaration which had been suggested, they must have some security that this concession should not be made for a merely momentary advantage, and that they should thereby obviate the constant renewal of the menace of a Federal Execution. They must have some assurance that real negotiations will be entered upon for a final arrangement of the relations of Holstein to Denmark. Without any such safeguard how could they appear before the Rigsraad which was to meet in October; and how could they defend the course they had taken? They could not announce to that body the cession of the Holstein share to the common Budget without adducing some counterbalancing advantage to Denmark which would cover the responsibility of the Government. ¶ Baron Schleinitz replied that it was utterly impossible to give any guarantee beforehand that the negotiations would be successfully concluded („mener à bonne fin“). If we were all seated round that table how could we guarantee beforehand that a common agreement would result from our deliberations? ¶ I here remarked to his Excellency that it was on this account that the European Conference was made a condition to the acceptation by Denmark of the course proposed to her. ¶ The Danish Government would thus give an assurance that the concession made to Germany had not been made without value received; and I could not understand on what grounds Germany could decline so just a proposal if their wishes and intentions were of the nature his Excellency described. ¶ I then inquired of his Excellency whether Prussia, as regarded herself, would be prepared to declare formally that in the event of the failure of the direct negotiations between Germany and Denmark, Prussia would then agree to an European Conference for the final adjustment of these difficulties. ¶ His Excellency could give no answer to this question; he said that he would await your Lordship's answer to a despatch which he had instructed Count Bernstorff to communicate to your Lordship. I have, &c.

Augustus Loftus.

Lord J. Russell, *London.*

No. 753. (XXIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn Hall über die Hereinziehung Schleswigs in die schwebenden Verhandlungen. —

Copenhagen, June 27 (received July 1), 1861.

No. 753. (XXIII.) Gross-britannien, 27. Juni 1861.

My Lord, — In the absence of M. Hall, I had a conversation, a few days since, with M. Vedel, the Under-Secretary at the Foreign Office, in the course of which he made a statement which I need not say caused me the utmost astonishment. It was to the effect that in the event of a Conference being assembled on the affairs between Denmark and the Confederation, the Danish Government could not permit the question of Schleswig to be discussed. ¶ This announcement appeared to me so novel and extraordinary, that I have waited anxiously for an interview with M. Hall, in order to ascertain whether it was in accordance with the intentions of the Danish Government, or whether it was only the expression of M. Vedel's personal opinion. ¶ I have seen his Excellency this morning, and have asked him to give me a positive answer on the subject, for the information of Her Majesty's Government. ¶ M. Hall began by saying that he was not aware of the existence of a „Schleswig question", and did not know what was meant by that expression. ¶ I replied, that in the communication I had recently made to him, a German and an European question was spoken of. That by the German question that relating to Holstein was intended; and by the „European," I felt sure I was correctly interpreting your Lordship's meaning when I said you referred to Schleswig. ¶ M. Hall said that the Holstein question had an European as well as a German side, and referred to his note to me of the 20th instant for what he had said on the subject, and added that he could never allow Schleswig to be a subject of negotiation with the Confederation. ¶ I said this was not the point at issue: what I wanted to know from his Excellency was, whether in the event of an European Conference the Danish Government intended to permit or to refuse a discussion of the „affairs" (not to make use of the word „question," which he objected to) of Schleswig. It was, I added, most essential for Her Majesty's Government to have correct information on this matter, because it would appear almost useless to assemble a Conference if, at its first meeting, the Danish Plenipotentiary was to declare that his Government refused to allow the subject which was the primary cause of all the present differences to be brought before it. I therefore requested his Excellency to give me a clear and explicit answer to the question I had addressed to him. ¶ M. Hall's reply was not so satisfactory as I could have wished. His Excellency said it appeared to him very doubtful, in the first place, whether a Conference would ever take place; that if it did, the decision of the Danish Government as to what it said on the subject of Schleswig must depend on how the Conference was composed; the Conference might, of course, speak of the affairs of Schleswig as of those of the Kingdom itself, but he never would allow, as he had before said, Schleswig to be made the subject of nego-

tiation with Germany. It was a question now, he said, of avoiding a Federal Execution, and bringing to an end discussions with Germany respecting Holstein. The arrangements for Holstein, therefore, were those to be settled, and not those affecting other parts of the Monarchy. This was the only answer he could give me without consulting his colleagues. ¶ I replied that he could not accuse Her Majesty's Government of any desire to mix up the questions of Holstein and Schleswig in such a manner as to admit any rights of Germany over the latter, but it was impossible for any one to deny that the position of Schleswig in the present discussions was not entirely different from that of the Kingdom itself to which he had referred, and that it was hopeless to think of bringing about a definitive arrangement, which was the object of every one, unless the affairs in Schleswig were placed on a different footing from what they are at present. The Danish Government had, I said, undertaken certain engagements in respect to this Duchy which, whatever might be their international value, they were „bound in honour to fulfil;“ and it was most essential, if a Conference assembled, that the Danish Government should be able to show that those engagements were fulfilled, or that they intended to fulfil them. I added it was from no wish to meddle in the internal concerns of Denmark that Her Majesty's Government had so frequently spoken of Schleswig, but from a desire to procure peace and tranquillity for the Danish Government, and that it appeared to me the Danish Government could have no greater security than that the affairs of this Duchy should be brought before an European Conference and there settled once for all. The Danish Government was already accused, I said, of a desire to incorporate Schleswig, and if the proposed separation of Holstein was carried out without Schleswig being placed in a more independent position, that accusation would become very difficult to refute. ¶ M. Hall denied any such intention on the part of the Government. ¶ I have, &c.

No. 753. (XXIII.) Gross-britannien, 27. Juni 1861.

A. Paget.

Lord J. Russell, *London.*

No. 754. (XXIV.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den Min. d. Ausw. — Die Ansichten der Cabinette von Wien und Berlin über eine Europäische Conferenz. —

Vienna, June 27 (received July 1), 1861.

My Lord, — Having learnt incidentally that a communication had been received here from Berlin on the Danish question, I have inquired of Count Rechberg what it consisted of. His Excellency replied that the Prussian Government had submitted as their opinion on the proposal that a Conference should be held on this subject, that, in the present stage of the proceedings, the proposition could not be entertained. He said that he entirely agreed with Baron Schleinitz's reasoning on this point; he did not, however, wish it to be supposed that a Conference might not be held hereafter, but that the question could not

No. 754. (XXIV.) Gross-britannien, 27. Juni 1861.

No. 754. (XXIV.) Grossbritannien, 27. Juni 1861.

be entertained in the present stage of the proceedings, on account of the state of public opinion in Germany. He added Prussia had advanced too far in the business, and he believed she was disposed to retrace her if it was possible to do so; and he repeated what he said on a former occasion, that Austria would meddle in the matter as little as possible, and leave the settlement of it entirely in the hands of the Cabinet of Berlin. ¶ I have, &c.

Bloomfield.

Lord **J. Russell**, *London.*

No. 755. (XXV.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russische Ansicht über die Wichtigkeit des deutschen Bundestages. —

St. Petersburgh, July 30 (received August 5), 1861.

No. 755. (XXV.) Grossbritannien, 30. Juli 1861.

(Extract.) — Prince Gortchakoff has had the goodness to show me a despatch from Baron Brunnow under date of $\frac{\text{June 30}}{\text{July 12}}$, in which his Excellency commends the general correctness of your Lordship's views respecting the relative position and inclinations of the parties directly concerned in the question of Schleswig-Holstein, and refers to your Lordship's opinion that neither party desires to fight, and that it is the business of their friends to find a good excuse for them in not doing so. The Russian Minister alludes with approval to the advice tendered by Her Majesty's Government to the Danish Cabinet, involving the sacrifice of the revenue contribution of Holstein to the common expenses of the monarchy, with a view to the suspension of the Federal Execution in that Duchy. Baron Brunnow states that your Lordship desired to obtain the co-operation of the Russian Government in influencing the Cabinet of Berlin to press for this delay at Frankfort. He adds, however, that in his opinion your Lordship *misapprehends the important part which the Diet takes in this affair*; that your Lordship *does not do full justice to the influence of that body, whose delicate and complicate structure and functions an Englishman is rarely, if ever, able to appreciate*, and whose operations can only be seized by those who have had the advantage of residence at Frankfort. In the same despatch Baron Brunnow adverts to the proposal of a Conference in London on this question, as one which had only recently come to his knowledge, and states that on speaking to your Lordship on the subject, he found that you regarded the Conference as a last expedient, and that you preferred the usual course of diplomatic correspondence. ¶ After reading Baron Brunnow's despatch, I asked Prince Gortchakoff whether he had used his influence at Berlin for the purpose desired by your Lordship, namely, to obtain the voice of Prussia at Frankfort on behalf of the suspension of the Federal Execution. Prince Gortchakoff replied that he had done so, and that he warmly desired that our efforts in this sense might be attended with success. &c.

Napier.

Lord **J. Russell**, *London.*

No. 756. (XXVI.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Abneigung Oesterreichs und Preussens gegen eine sofortige Bundesexecution. —

Vienna, August 1 (received August 5), 1861.

No. 756. (XXVI.) Grossbritannien, 1. August 1861.

(Extract.) — Count Rechberg said to me at an interview which I had with his Excellency early this week, that a communication had been made to the German Diet from some of the smaller States, naming Saxe-Weimar, Oldenburg, and Coburg, pressing for an immediate Federal Execution in Holstein. ¶ He observed that he had lost no time in telegraphing to Baron Kübeck at Frankfort to do all in his power to prevent this proposition being brought forward at this moment, when there was a chance of arriving at some arrangement with Denmark, because such a proceeding might seriously embarrass all further negotiation on this question. He added that happily M. d'Usedom entered into his opinion of the inopportunity of this project, and that there was every hope it would be frustrated. ¶ The good understanding of Austria and Prussia on this question, said his Excellency, was most fortunate at this moment, and he congratulated himself sincerely in having left the entire management of the Holstein affair to the Cabinet of Berlin. &c.

Bloomfield.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 757. (XXVII.)

DÄNEMARK. — Gesandter in London, Memorandum of the Proceedings of the Germanic Diet in the Question of the Duchies of Holstein and Lauenburg, dem Grafen Russell überreicht mit Note vom 14. August 1861. —

No. 757. (XXVII.) Dänemark, 14. August 1861.

After having required on the part of the Danish Government the abrogation for Holstein and Lauenburg of the Constitution of 1855, the Germanic Diet next required, by a Resolution of March 8, 1860, that until a new Constitution for the whole Danish Monarchy could be agreed upon, „no law in common affairs (*i. e.*, common to the whole Danish Monarchy), and especially no financial law, should be promulgated for the Duchies (Holstein and Lauenburg) without the consent of the Estates of those Duchies having been obtained, inasmuch as the Diet otherwise would not recognise the legality of such enactments.“ ¶ This Resolution was founded partly on the allegation that the estates of Holstein had, under the Danish Decrees (of 1831 and 1834), instituting the Provincial Estates, possessed a right of being heard in all common affairs without exception; and partly on the allegation that the Proclamation of the King of Denmark, of January 28, 1852, had either conceded or, at least, promised the Estates a deliberative authority in all such matters. ¶ The Danish Government replied by denying that the consultative authority conferred on the Provincial Estates, instituted 1831

No. 757. (XXVII.) Dänemark, 14. August 1861.

and 1834, had extended to all common affairs, and more particularly that those Estates had ever been consulted as to the appropriation of the revenues and resources of the whole State. The Danish Government further denied that the Proclamation of January 28, 1852, contained any promise of a deliberative vote being given the Estates in all those matters on which they had formerly, either by right or merely by custom, been consulted, and maintained that such a deliberative vote was only promised the Estates of the Duchies for those (local) matters which specially concerned the Duchies. ¶ The Danish Government declared it to be impossible to comply with the terms of the Federal Resolution, as being incompatible with the conventional arrangement (*i. e.*, the plan of an organisation of the Danish Monarchy promulgated by the Proclamation of January 28, 1852), which had been agreed upon by all parties. ¶ As a special reason for not complying with the Federal Resolution, it was moreover stated that the regulation and conduct of the common affairs of the whole Monarchy could not be left to the chance agreement of two different and separate Representative Assemblies, acting independently of one another. Besides, of these two Assemblies, the one for Holstein had been instituted solely for Provincial purposes, and the Government did not, therefore, stand to it in the same relation that it did to the other Assembly, the Rigsraad (Parliament), which on the contrary had been expressly instituted for the purposes of a common legislation. Nor could the Danish Government allow that the definitive organisation of the Danish realm, as one collective Monarchy, should be left to the decision of the Holstein Estates, which, practically, would be the case if those Estates were allowed the authority claimed for them by the Resolution of the Diet. ¶ The Danish Government, however, called the attention of the Federal Diet to the circumstance that, as the Rigsraad (Parliament) would not be convoked till after an interval of two years, no legislation in common affairs for the whole Monarchy would, in the meanwhile, take place, and thus, practically, a contravention of the Federal Resolution be avoided for the present, whilst time would be afforded for coming to an agreement as to the Constitutional re-organisation of the Monarchy. ¶ The Diet afterwards (February 7, 1861) deemed that a contravention of the Federal Resolution had, nevertheless, taken place by the publication, July 3, 1860, of the Budget for 1860-61. The Danish Government denied that such was the case, inasmuch as the Budget in question, though not published before July 3, 1860, had been decreed as early as September 25, 1859, or many months before the adoption of the Federal Resolution of March 8, 1860, which could not be understood as having a retroactive force.

No. 758. (XXVIII).

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn Orla Lehmann das Herzogthum Schleswig betreffend. —

Copenhagen, October 7 (received October 15), 1861.

No. 758. (XXVIII.) Gross-britannien, 7. Oct. 1861.

(Extract.) — M. Orla Lehmann called upon me a few days after his entrance into the Ministry. He spoke at some length respecting Schleswig. He said that the discontent prevalent in that Duchy was the result of political agitation, and was not founded on any just grounds. He denied the existence of mal- or partial administration, and referring to the regulations respecting the languages for schools and churches in the mixed districts, appealed to me whether they could be planned on a more just or equitable system. ¶ I replied that whether the principle was a fair one or not, depended on the feelings of the population to which it was applied. If the population was equally divided, nothing could be said against it; but if, as I had reason to believe, in many of the parishes there was a considerable majority of German inhabitants, I thought it unnecessary and unjust that the education of their children and the service of the church should be carried on in a language which was foreign and distasteful to them. ¶ M. Lehmann replied that when things calmed down local changes in these matters might possibly be made, but the system, as a system, could not, and as long as he was in the Ministry never should, be changed. Moreover, until the Holstein question was settled, nothing whatever, he added, could be done. The slightest concession by Denmark would be taken as an act of weakness, and would be placing new weapons in the hands of their enemies. ¶ I had been at some pains, I said, to ascertain the truth, and by your Lordship's authority I had employed a person to visit the Duchy and report upon the real state of things. It appeared from this report that the populations of the mixed districts were in many instances subjected to much petty annoyance and vexation on the part of the subordinate officials of the Danish Government; that there was much discontent respecting the language question; but that there was no inclination or desire, except on the part of some individuals suspected of being agents of the German party, for a junction with Holstein, and still less with Germany. Amongst the individuals alluded to great apprehension appeared to prevail lest the Danish Government should remedy the evils which were really well founded, as the principal means for keeping alive the agitation and underhand warfare now carried on would thus be destroyed. Such being the case, I could not but hold the opinion, I said, that the Danish Government would do well to proceed at once with measures of reform; the more so as if the intentions of the Government respecting the future position of Holstein were what I understood them to be, the measures which I advocated would tend to divest the new arrangements of the tendency towards the incorporation of Schleswig which would, perhaps, in some quarters be assigned to it. ¶ On the mention ot the word „incorporation," M. Lehmann exclaimed that much misapprehension and misunderstanding existed as to the

No. 758. (XXVIII.) Gross-britannien, 7. Oct. 1861.

meaning of this word. Schleswig had, he said, been politically incorporated with Denmark in 1720, and the act had received the sanction and the ratification of England, France, Russia, and Sweden. If it was intended, however, to assert that the Danish Government intended any violent measure, such as depriving the Duchy of its provincial representation, and applying to it the fundamental law of 1849, that was an error. This was the programme of the Society of the Dannewirke, to which M. Lehmann said he was entirely opposed. I said I heard this assurance with satisfaction. ¶ In reference to a remark I made that the changes to be introduced might be left to the Diet of Schleswig, M. Lehmann replied what I have already on other occasions reported to your Lordship as having been said by M. Hall, that the present Schleswig Diet is not a correct representation of the feelings of the Duchy. By the action of the existing electoral law, a preponderating influence accrues to the large landed proprietors and prelates who are all in the interest of the German party. The result is seen by none of the measures, even of a non-political character, proposed by the Government being allowed to pass. I suggested the possibility of the Electoral Law being modified, but the answer was the same, „Nothing till we have settled our affairs with Germany." ¶ The information I derived from M. Lehmann as to the mode in which this settlement is to be effected was in entire conformity with what I have learnt from M. Hall, and reported at various times to your Lordship. Holstein is to be placed in a position of greater autonomy and independence, but certain links over and above the personal one are to be preserved. As I have reason to believe that in the opinion of Her Majesty's Government a total separation on the footing of Luxemburg and Holland would be the best arrangement, I asked Mr. Lehmann why this was not adopted. ¶ His reply was that the interests and institutions of Luxemburg and Holland had never been mixed up together in the same manner as those of Denmark and Holstein; here the connection had been for centuries, and there were certain affairs which it was absolutely for the advantage of both parties to keep in common. Holstein ought to have a separate army, he said, and to pay a fixed amount towards the navy. ¶ As certain preconceived ideas, derived probably from M. Lehmann's previous political career, appear to prevail relative to the effect which his entrance into the Government was likely to produce upon its policy, I have thought it important to report his views to your Lordship in some detail. They are, I have no doubt, completely shared by his colleagues, over whom his marked ability cannot fail to exercise considerable influence. ¶ On the one hand any hope of immediate reform in Schleswig must, I conceive, be abandoned; but on the other I see no reason to apprehend the adoption of any measures calculated to embroil still further the relations of this country with the German Confederation. &c.

A. Paget.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 759. (XXIX.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Erklärung des Grafen Bernstorff über die Unmöglichkeit der Lösung der deutsch-dänischen Frage ohne Wahrung der Rechte Deutschlands auf Schleswig*). —

Berlin, November 23 (received November 25), 1861

No. 759. (XXIX.) Gross-britannien, 23. Nov. 1861.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's despatch of the 20th instant. ¶ I had an interview yesterday with Count Berntsorff, when I conveyed to him, in the words of your Lordship's despatch, the opinion of Her Majesty's Government with regard to the negotiations now entered upon between Denmark and the two German Powers for the settlement of their differences concerning the German Duchies, and their hopes that these negotiations may be attended with success. ¶ When I had finished reading the concluding sentence of your Lordship's despatch, Count Bernstorff observed that there was no intention or idea on the part of Germany to endanger the integrity or independence of the Danish Monarchy; that all that Germany claimed was the fulfilment by Denmark of engagements taken towards Germany; and that Germany had not only the right, but it was a duty imposed upon her, to enforce the fulfilment of these engagements. ¶ Count Bernstorff stated that a false illusion had gone forth, and had passed as valid, which it was high time to correct, namely, that Germany had no rights to claim as regarded the Duchy of Schleswig, and that the question which affected Germany was solely confined to the German Duchies. He repudiated this doctrine in very forcible terms, stating that the question of Schleswig was intimately connected with that of Holstein; that the one could not be definitively or satisfactorily solved without embracing the other, and that no arrangement would be satisfactory to Germany which did not include the final settlement of the relations between Holstein and Schleswig. ¶ Count Bernstorff explained this view by stating that the Holsteiners and Schleswigers had laid down their arms on the faith of certain engagements which had been taken by the King of Denmark. These engagements, he added, had not been fulfilled, and inasmuch as these engagements had been taken towards the two German Powers as „mandataires“ of the Diet, they were fully empowered to demand, and even to enforce, their strict fulfilment. ¶ I inquired of his Excellency whether I was to understand from his language that it was his intention, in his reply to the Danish proposal, to refer to the question of Schleswig. ¶ He replied, „Undoubtedly,“ as Germany can accept no arrangement which does not likewise comprise the relations of Schleswig towards Holstein. ¶ I urged on his Excellency the desirableness of arriving in the first instance at a provisional arrangement for Holstein which would facilitate an agreement for Schleswig. ¶ To this he appeared to entertain strong objections, saying that

*) Der englische Botschafter in Wien berichtet am 21. November an Earl Russell, dass Graf Rechberg die Erfüllung der dänischen Verpflichtungen in Betreff Schleswigs für nothwendig zur Lösung der deutsch-dänischen Frage halte. Ebenso am 28. November. —

No. 759. (XXIX.) Gross-britannien, 23. Nov. 1861.

the two questions were inseparable, and that they could not be treated of distinctly from each other. ¶ In referring to the Danish propositions, his Excellency observed that they did not fulfil the expectations or the requirements of Germany. He alluded specially to the proposed refixation of the normal Budget—and he qualified them in general terms—as a veil to conceal the ulterior intentions of the Danish Government. ¶ If, said Count Bernstorff, the Danish Government are ready to treat on the general basis which we require, in which the question of Schleswig will be comprised, we may then hope for a final and satisfactory solution; if not, it will be sure evidence that the Danish Cabinet are wanting in good faith; and where there is an absence of good faith it is useless to treat. ¶ I have, &c.

Augustus Loftus.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 760. (XXX.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Die Wendung des deutsch-dänischen Streits auf Schleswig betr. *). —

Berlin, December 7 (received December 9), 1861.

No. 760. (XXX.) Gross-britannien, 7. Dec. 1861.

My Lord, — I had an interview yesterday with Count Bernstorff. Having met the Danish Minister just leaving his Excellency, I profited of this circumstance to inquire of Count Bernstorff how matters were progressing with the Danish negotiations, and whether they were likely to lead to an understanding. ¶ His Excellency informed me that the reply of the Prussian Government to the Danish note of the 26th of October had been transmitted to Copenhagen on the previous day. On my further inquiry as to the general view taken of the Danish propositions, and as to the nature of the Prussian reply, Count Bernstorff was good enough to read to me, in German, the concluding portion of the despatch he had addressed in reply to the Danish propositions. ¶ This despatch, in as far as I could judge from the hasty perusal of it by Count Bernstorff, is moderate and conciliatory, both in substance and language. It appeared to me, however, to change the basis of the negotiations as was laid down in the Federal Resolution of the 6th of March, and to extend the subject matter of the negotiations (which were primarily intended to refer to the German Duchies) to the question of the relations of Schleswig. It especially refers back to the arrangements concluded in 1851 and 1852, and appears to consider them as the sole basis on which the negotiations between Germany and Denmark could be conducted with a hope to a final arrangement. ¶ With respect to the late Danish proposals, the Prussian Government appears to consider them insufficient and unsuitable to the ends desired; for in arguing upon this point, Count Bernstorff observes to the Danish Government that Germany could scarcely be expected to accept, as satisfactory proposals, those which had been

*) Die preussische Antwort auf den dänischen Vorschlag vom 26. October 1861 [No. 236] erfolgte am 5. December [No. 237].

already rejected as unsatisfactory for the objects required by the States of Holstein. ¶ The Prussian despatch further proceeds to express a disapproval of the Danish proposition with respect to the autonomy of Holstein, stating that the tendency of this proposal was in harmony with the objects of a certain party who were desirous of a complete separation of the German Duchies from Denmark, and that this tendency of a complete separation of Holstein not only did not meet with the wishes of Germany, but was directly contrary to the reclamations of the German Diet. ¶ It expressly states that the Diet looks to a definitive, and not to a provisional arrangement; and it refers to the absence in the Danish proposal of all mention and reference whatever to the engagements of 1851 and 1852. At the conclusion of the despatch, great stress is laid on the engagements taken by Denmark in 1851 and 1852, with reference to the non-incorporation of Schleswig and to the maintenance of the equal rights of the two nationalities; and it further observes that the existence of the Reichsrath, in point of fact, does not fulfil the engagements taken in 1851 and 1852. ¶ Reference is likewise made to the system of Government pursued in Southern Schleswig, as having always a tendency to render Danish (Danify) that portion of the Duchy. Finally, the Prussian despatch invites the Danish Government to declare its intentions with reference to the engagements taken by Denmark in 1851 and 1852, of which no mention is made in the Danish note of the 26th of October. ¶ The foregoing, as far as my memory can serve me, is the nature of the Prussian reply; and I must here observe that in conversing on the subject, Count Bernstorff evinced a conciliatory spirit, and expressed his anxious desire that these differences with Denmark may be finally brought to a satisfactory conclusion. ¶ I observed to him that this subject had become so complicated, and that the negotiations had been subjected to so many diverse phases (at one time a provisional arrangement alone being aimed at, at another a definitive one; on one occasion all question of Schleswig being disclaimed by Germany, now again no arrangement being deemed possible which did not include Schleswig), that I could not but think it very desirable that the two German Powers should distinctly and finally state the nature and amount of their reclamations against Denmark, who, on her part, would then be able to declare whether or how she could meet them. ¶ Count Bernstorff replied, that Germany considered the engagements of 1851 and 1852 to form the basis or starting-point for these negotiations. If the Danish Government should accept the negotiations on this basis, and should renew the assurances and promises which they contained, a final and satisfactory arrangement might be attained. His Excellency hinted, although in a dubious manner, that even if Denmark should say that circumstances had altered since these engagements were taken, and that consequently their fulfilment was no longer possible in the mode and to the extent at first meditated, it might then be possible to open fresh negotiations on a fresh basis, with a view to arrive at a mutual agreement. But Denmark having taken these engagements must be held to their strict fulfilment, and Germany must know whether or not Denmark still considers them as valid and binding. It appears to me that the Danish Government cannot wish to recede from the engagements

No. 760. (XXX.) Grossbritannien, 7. Dec. 1861.

they have taken, or plead a change of circumstances for their non-fulfilment; nor if the Danish Government agreed to them in 1851 and 1852, can I see why the Danish Government should not likewise agree to acknowledge their existence, and to accept them as the basis of a final arrangement of existing differences, in 1861. ¶ It further appears to me that the result of the present negotiations will depend on the acceptance by Denmark or not of the proposal to make the engagements of 1851 and 1852 the basis of the negotiations with Germany. If Denmark should refuse to enter upon this course, I fear that no hope of an arrangement can be expected from the present negotiations. ¶ Count Bernstorff informed me that he had addressed a despatch to Count Brandenburg, for communication to your Lordship, explanatory of the views of the Prussian Government on the subject matter of the present negotiations with Denmark. ¶ I have, &c.

Augustus Loftus.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 761. (XXXI.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Ansicht des dänischen Cabinets in Bezug auf die preussische Depesche vom 5. December. —

Copenhagen, December 12 (received December 16), 1861.

No. 761. (XXXI.) Grossbritannien, 12. Dec. 1861.

My Lord, — I have had a short conversation with M. Hall to-day on the subject of the Prussian despatch of the 5th instant. His Excellency has had it in his possession too short a time to enable him to speak positively on the answer which he will return to it. I gather, however, that it is his Excellency's intention to give the explanations required by the Prussian Government by stating that the basis of 1852 has been given up by Denmark in consequence of its impracticability; that it appears to the Danish Government that a definitive arrangement at the present moment is not possible, and that their object is to assure in the meantime to that part of the Monarchy subject to the Decrees of the Confederation a position which shall safeguard its interests and independence; that as regards Schleswig, the Danish Government contest, as they always have done, the right of Germany to interfere; that in all the negotiations, &c., at Frankfort the name of Schleswig has not even been mentioned; that whatever may be the value of the fancied rights of Germany respecting it, it is at all events separate and distinct from the other question, and should not prevent an understanding on the Federal question. ¶ I have, &c.

A. Paget.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 762. (XXXII.)

SCHWEDEN und **NORWEGEN**. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London (und gleichmässig an die königl. Gesandtschaften in Paris und St. Petersburg). — Die preussische Depesche vom 5. December betr. —

Stockholm, le 29 décembre, 1861.

No. 762 (XXXII.) Schweden, 29. Dec. 1861.

M. le Comte, — Le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Danemark nous a fait part de la dépêche qu'en date du 5 du courant M. le Comte de Bernstorff a adressée à M. le Ministre de Prusse à Copenhague, en réponse aux ouvertures faites par le Gouvernement danois pour un règlement de l'affaire du Duché de Holstein. Je ne doute point que cette pièce ne soit parvenue également à la connaissance du Gouvernement de Sa Majesté Britannique. ¶ Je ne saurais vous cacher, M. le Comte, que c'est avec un sentiment de pénible surprise que le Gouvernement du Roi a vu, que bien loin de tendre la main au projet d'arrangement mis en avant par le Gouvernement danois, celui de Sa Majesté le Roi de Prusse, sans formuler d'une manière plus précise que depuis l'origine du dissentiment et jusqu'à ce jour les exigences de la Confédération Germanique en ce qui concerne le Holstein, ne s'est point borné à rejeter comme insuffisantes les propositions faites à l'égard de ce Duché, mais qu'en même temps il a mis en avant toutes ses anciennes prétentions sur le Duché de Slesvig. Nous avions mieux auguré de la reprise de ces négociations, et nous nous étions flattés qu'on se serait enfin rendu compte en Allemagne de l'impossibilité pour le Danemark d'admettre l'ingérence de la Confédération Germanique, ou de toute Puissance étrangère quelconque, dans les affaires relatives aux parties de la Monarchie qui n'appartiennent point à la Confédération. En plaçant la question sur un terrain que le Goüvernement danois ne veut et ne peut admettre comme discutable, la Prusse nous paraît assumer la responsabilité de la rupture des négociations, qui nous paraît devoir devenir une suite immanquable de sa réponse. En mêlant à la question du Holstein, à laquelle tout le monde reconnaît un caractère exclusivement allemand, celle du Slesvig, le Cabinet de Berlin lui imprime lui-même un carractère européen, et nous paraît justifier un recours de la part du Danemark aux Puissances non allemandes signataires du Protocole de Londres, dans le but de sauvegarder son indépendance des atteintes dirigées contre cet État. Nous ignorons si le Cabinet de Copenhague croira devoir, dès à présent, se prévaloir d'un pareil recours, mais nous n'hésitons pas à dire qu'il nous paraîtrait complètement justifié par les circonstances. Nous aimons à croire que l'Allemagne ne pourra trouver dans le refus du Danemark d'entrer en négociation sur les intérêts d'une partie de cette Monarchie qui n'appartient point à la Confédération, un motif pour se porter à une Exécution Fédérale; mais si, contre notre attente, tel était le cas, une pareille conjoncture formerait, à notre avis, une atteinte trop flagrante à l'indépendance et à l'intégrité de la Monarchie danoise pour ne pas réclamer l'attention la plus sérieuse et le concours le plus prononcé des Puissances qui s'en sont rendues garantes. ¶ Le constant et sincère intérêt que le Roi a voué à un État limitrophe et allié, joint à l'immense importance qu'offre pour nous une

No. 762. (XXXII.) Schweden, 29. Dec. 1861.

question qui constitue un danger permanent pour la conservation de la paix et de la tranquillité dans le Nord, a inspiré à Sa Majesté le désir de chercher à amener, dès à présent, entre les Puissances signataires du Protocole de Londres une entente sur cette question; et c'est par son ordre que je vous invite, M. le Comte, à faire de la présente dépêche l'objet d'une communication à M. le Comte Russell, et de me faire part de l'opinion du noble Lord sur cette affaire. ¶ En attendant, et dans l'état présent de la question, nous avons cru devoir faire connaître au Gouvernement de Sa Majesté Danoise qu'à notre avis la marche qu'il lui conviendrait adopter, serait de mettre à exécution le plan d'une séparation administrative aussi complète que possible du Holstein d'avec le reste de la Monarchie et de saisir le Conseil Suprême du Royaume d'un projet pour régler ces rapports; de bien prendre soin de réserver aux États du Holstein tout ce qui se rapporte à la législation de ce Duché et aux dépenses qui y deviendraient nécessaires en sus du Budget normal de ce Duché; ainsi que de se prêter généralement en tout aux exigences de la Confédération Germanique pour ce qui regarde le Holstein. ¶ Par contre, nous n'avons pu conseiller au Danemark aucune concession en ce qui concerne le Slesvig; mais nous n'avons pas manqué d'insister, en cette occasion comme nous l'avons fait déjà, sur l'opportunité, aussitôt que les rapports avec le Holstein auront été définitivement réglés, d'accorder, *proprio motu*, et dans l'intérêt des sujets de Sa Majesté Danoise dans cette province, dont le bien-être lui tient sans aucun doute à coeur à l'égal de celui de tous ses autres sujets, les réformes qui paraîtraient utiles et équitables. C'est là un point sur lequel nous ne pouvons nous permettre de trop appuyer, mais nous nous flattons que ces conseils, dictés par un intérêt amical, seront reçus par le Gouvernement danois dans le même esprit que celui qui les a inspirés. ¶ Vous êtes autorisé, M. le Comte, à faire lecture à Lord Russell de la présente, et à en laisser copie, si sa Seigneurie en exprimait le désir. ¶ Agréez, &c.

Manderström.

Mr. le Comte **Wachtmeister**, *Londres.*

No. 763. (XXXIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an d. königl. Min. d. Ausw. — Das Herzogthum Schleswig betr. —

Copenhagen, January 8 (received January 13), 1862.

No. 763. (XXXIII.) Grossbritannien, 8. Januar 1862.

My Lord, — I have, on several occasions, lately endeavoured to persuade the Danish Government to carry out at once, and of their own free and spontaneous will, such measures for Schleswig as might put an end to further controversy on this subject. In urging the adoption of this course I have referred to the frequent assurances which I have, at different times, received of the willingness of the Government to place Schleswig upon another footing if once the Holstein question was settled, and, under these circumstances, I have pointed out the good policy of acting at once instead of waiting for the contingency referred to. I have said I did not believe that anything would be more calculated

to place the Danish cause well before Europe, or more likely to obtain for Denmark the active and efficient support of the Governments of the great Powers. In order to be precise in my meaning, I have recommended that the same complete liberty should be granted in Schleswig which exists in Denmark Proper. ¶ I regret to say that I see no more probability of this advice being acted on now than at any former time. The opposition of the Danish Government at this moment appears to me to arise not so much from personal disinclination to adopt the measures suggested, as from an apprehension that if they did so the support of their party would be withdrawn from them. But, however this may be, it is evident that we are moving round a vicious circle, from which a satisfactory issue seems hardly possible. On the one hand, there is little probability that the German Powers will adhere to any arrangement respecting the German Duchies which does not include, or is not preceded by, the establishment of a new state of things in Schleswig, while the Danish Government is equally determined to do nothing for Schleswig so long as its differences on the Federal question are not satisfactorily arranged. ¶ In the event of the unsatisfactory termination of the present negotiations, I have pressed upon M. Hall the importance of arranging respecting the financial question so as to remove any pretext for an Execution; and his Excellency has assured me that he will be prepared with such a plan—the principal outlines of which, he said, he would shortly communicate to me for submission to your Lordship—as would give every security to the interests of Holstein. ¶ I have, &c.

No. 763. (XXXIII.) Gross-britannien, 8. Januar 1862.

The Earl **Russell**, *London*. *A. Paget.*

No. 764. (XXXIV.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den Min. d. Ausw. — Nochmals das Herzogthum Schleswig betr. —

Copenhagen, January 8 (received January 13), 1862.

My Lord, — With reference to my previous despatch of this day's date, I may mention that, in discussing the affairs of Schleswig, M. Hall has frequently said that no changes could be made in that Duchy which were not accompanied by a new Electoral Law which would ensure a correct representation of the feelings and interests of the inhabitants. The present composition of the Diet was, he said, so decidedly German and hostile to the Danish Government that it would be hopeless to expect that any proposition for a change in the Electoral Law would be sanctioned by the majority of the Diet, even though offers of the most complete liberty were made at the same time. ¶ I replied that I did not think this was a reason for not making the attempt. If the Danish Government, I said, made liberal proposals to the Schleswig Diet, and the Diet chose to reject them, the responsibility would be with them. The Danish Government would then have done its duty, and could no longer be accused of a desire to perpetuate the state of things now complained of. ¶ I have, &c.

No. 764. (XXXIV.) Gross-britannien, 8. Januar 1862.

The Earl **Russell**, *London*. *A. Paget.*

No. 765. (XXXV.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Stockholm. — Erwiderung auf die schwedische Depesche vom 29. December 1861, Englands Stellung zu Deutschland und Dänemark betr.*). —

Foreign Office, January 15, 1862.

No. 765. (XXXV.) Gross-britannien, 15. Januar 1862.

Sir, — On the 11th instant Count Wachtmeister communicated to me a despatch on the affairs of Holstein and Schleswig, of which I inclose a copy. ¶ Her Majesty's Government would willingly have abstained from giving any intimation of their opinions in the present stage of this discussion. But the express desire of the Government of the King of Sweden, and the extreme divergence of the views expressed by Count Bernstorff and M. Hall in their late despatches, induce Her Majesty's Government to break this silence, and give at least a provisional opinion upon a provisional state of things. ¶ Her Majesty's Government desire the welfare of Germany, the independence of Denmark, and the maintenance of the peace of Europe. Guided by this spirit, and entirely impartial in their judgments, Her Majesty's Government proceed to examine the present position of the embarrassing question before them. ¶ When the Governments of Prussia and of Denmark showed a disposition to avoid the evils of a Federal Execution, and to discuss this question between the Courts of Prussia and Austria on behalf of Germany on one side, and the Court of Denmark on the other, Her Majesty's Government did all in their power to facilitate the opening of this negotiation, hoping that it might tend to an amicable settlement of the points so long in dispute. ¶ This unhappily has not been the case. The negotiation which seemed to promise harmony has only revealed wider estrangement, and the tone of the despatches of Count Bernstorff and M. Hall is rather that of embittered controversy than of friendly intercourse. ¶ Her Majesty's Government greatly regret this state of things; but they cannot, with the Government of His Swedish Majesty, throw the blame entirely on one of the two parties. It is necessary for the purpose of explanation to go into a somewhat wide though general discussion. ¶ The chief points upon which the Governments of Prussia and Austria have insisted in this long controversy appear to be the following: —

1. That the Duchies of Holstein and Lauenburg should not be bound by laws to which their own Legislatures have not consented.

2. That the Duchies of Holstein and Lauenburg should not pay taxes which have not been sanctioned by their own Representative Assemblies.

3. That the Duchy of Schleswig should not be incorporated in the Kingdom of Denmark.

---

*) Mitgetheilt an die königl. Gesandten in Copenhagen, Paris, Wien, Berlin, St. Petersburg. — Am 17. Januar 1862 meldet der königl. Gesandte in Paris die volle Zustimmung des kais. französ. Min. d. Ausw. Ebenso am 23. Januar 1862 der königl. Gesandte in Wien den Dank Oesterreichs, am 25. Januar 1862 der königl. Gesandte in Berlin den Dank Preussens.

4. That the Duchy of Schleswig should dispose of its own local affairs by its own Diet.

5. That inhabitants of German nationality in Schleswig should have equal rights with inhabitants of Danish nationality.

The first two of these articles concern the German Confederation, the three latter concern the Danish Duchy of Schlewig. ¶ There is this essential difference between the German Duchies and the Danish Duchy, that the German Duchies are under the direct jurisdiction of the German Confederation. ¶ The Diet of Germany may issue its decrees concerning them in pursuance of its own laws, and execute those decrees by its own authority, while the Danish Duchy is no part of the Confederation, and can only be treated of as part of a European kingdom. ¶ But while this distinction is undeniable, it is also true that the King of Denmark gave certain promises in regard to Schleswig to the Governments of Prussia and Austria in 1852, and that in consequence of those promises Prussia and Austria induced the German Diet to be satisfied with the arrangements of 1852, and to return from a state of war to a state of peace. ¶ Her Majesty's Government would have wished, as the Government of Sweden wished, that the Prussian Government had shown a willingness to settle the two points relating to the German Duchies on the invitation of Denmark, and had reserved the question of Schleswig for a separate negotiation. The German Diet might then have been satisfied, and a great difficulty in the way of a final settlement removed. ¶ But when the Government of Prussia allege that since 1852 they have been disappointed in regard to the fulfilment of the promises of 1852; that the German inhabitants of Schleswig have suffered from that time to the present sundry oppressions; and that a settlement of the question of the German Duchies would defer, if not altogether destroy, the hope that the King of Denmark would completely and honourably fulfil his promises to Schleswig, Her Majesty's Government are not in a condition to refute these allegations. Her Majesty's Government were in hopes that M. Hall, in reply to the last despatch of Count Bernstorff, instead of a total denial of the competency of Germany to interfere in Schleswig, would have proved, or endeavoured to prove, that the promises of 1852 were at this moment practically fulfilled in the Duchy of Schleswig. He has not done so. He has contented himself with writing an able controversial despatch. ¶ I am happy to see, by Count Manderström's despatch, that the Swedish Government has not failed to urge His Danish Majesty to grant *proprio motu,* and in the interest of his subjects in the Duchy of Schleswig, whose welfare is, no doubt, equally dear to him with that of all his other subjects, such reforms as shall appear useful and equitable. In this sentiment Her Majesty's Government entirely agree with that of His Swedish Majesty. But they do not see, with the Swedish Government, the necessity of waiting till the relations of Denmark and Holstein are definitively settled. On the contrary, Her Majesty's Government are of opinion that the King of Denmark should enable himself to show to Germany and to Europe that his promises of 1852 are scrupulously carried into execution; that his German subjects in Schleswig are, equally with his Danish subjects, the

No. 765. (XXXV.) Gross-britannien, 15. Januar 1862.

objects of his impartial protection; that the Local Diet of Schleswig, fairly elected and fairly constituted, has all the powers necessary for the well-being and social happiness of Schleswig. ¶ It is the earnest desire of Her Majesty's Government that neither Prussia, nor Austria, nor the other German Powers, should have any pretext for interference in the affairs of Schleswig. Such interference in behalf of the 180,000 German inhabitants of Schleswig could only produce dissensions and ill-will among the rest of the population, amounting in the whole to upwards of 400,000 of the Duchy of Schleswig. ¶ But in order to avoid such interference, and to justify the interest which the non-German Powers of Europe take in the welfare of Denmark, it is necessary that the Danish Government should make its case in Schleswig clear, complete, and unanswerable. ¶ You are instructed to give a copy of this despatch to Count Manderström. ¶ I am, &c.

Mr. **Jerningham**, *Stockholm.* *Russell.*

No. 766. (XXXVI.)

SCHWEDEN und **NORWEGEN.** — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Eindruck der dänischen Depesche vom 26. December 1861*). —

Berlin, le 4 janvier, 1862.

No. 766. (XXXVI.) Schweden, 4. Januar 1862.

La dépêche par laquelle, en date du 26 décembre dernier, M. Hall réplique à celle du Comte de Bernstorff du 5 du même mois concernant la question holsteinoise a été communiquée avant-hier à ce dernier par M. de Quaade. Cette communication, comme il était à prévoir, a produit sur l'esprit du Ministre prussien une impression peu agréable. Quoique son Excellence ait déclaré ne pas pouvoir se prononcer définitivement à son sujet avant d'avoir eu le temps de bien examiner les nouveaux arguments de M. Hall, les réflexions que pendant la lecture de la dépêche elle a laissé échapper ont cependant, selon mon collègue danois, beaucoup diminué l'espoir qu'on avait pu un moment concevoir sur la possibilité de voir aboutir les négociations, en indiquant clairement la résolution de la Prusse de n'admettre comme bases de celles-ci que les stipulations de 1851 et 1852. ¶ M. de Bernstorff aura entr'autres dit avec un peu de vivacité que si le Cabinet de Copenhague ne voulait pas maintenir la dite base il y avait bien une autre laquelle l'Allemagne serait également prête à adopter, savoir, celle de l'union de 400 ans qui existait entre les Duchés du Holsein et du Slesvig. ¶ Ce langage ne doit cependant aucunement étonner, lorsqu'on sait que les Chambres prussiennes sont à la veille de se réunir, la ligne de conduite suivie jusqu'ici dans cette question par le Gouvernement prussien autorisant à supposer que celui-ci ne manquera point de s'en servir en exagérant même s'il le faut les complications qui en pourraient surgir pour tâcher de vaincre l'opposition des nouveaux Députés au Budget militaire. &c.

Mr. le Comte **Manderström**, *Stockholm.* *C. Aug. Jaerta.*

---

*) No. 238.

No. 767. (XXXVII.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Das Herzogthum Schleswig betreffend*). —

Berlin, January 25 (received January 27), 1862.

No. 767. (XXXVII.) Gross-britannien, 25. Januar 1862.

(Extract.) — I had an interview with Count Bernstorff on the evening of the 21st instant, when, in pursuance of the instructions contained in your Lordship's despatch of the 15th instant, I communicated to his Excellency your Lordship's despatch of the same date to Her Majesty's Minister at Stockholm, in reply to a despatch from Baron Manderström on the subject of the Danish Duchies. ¶ Count Bernstorff begged me to express his thanks to your Lordship for the manner in which the proposals of the Swedish Government had been met. He stated that he did not take as despairing a view of the present negotiations as was pourtrayed in your Lordship's despatch, and he seemed to consider that a door was left open in the last Danish communication which gave him hopes that these negotiations might still bring about an amicable arrangement with Denmark. ¶ With reference to that part of your Lordship's despatch recommending that Denmark should, *proprio motu,* introduce those reforms into the Government of Schleswig as should appear just and equitable, and which should ensure the well-being and social happiness of that Duchy, Count Bernstorff observed that although these reforms were urgently required, and were highly desirable, still the real question at issue with Germany was political. ¶ I here observed to his Excellency that he had taken up entirely new ground in this discussion. His predecessor had repeatedly stated to my colleagues and myself that the question then at issue between Germany and Denmark referred solely to Holstein, and was exclusively within the domain of German jurisdiction. Baron Schleinitz had likewise confined his endeavours to bringing about a „provisional arrangement" for Holsein; whereas since his Excellency's accession to office, the whole question had assumed a wider scope, and a new basis had been proposed for its solution. ¶ Count Bernstorff replied, that he neither made illusions to himself on this subject, nor did he wish to make them to me. The question of Holstein could not be solved without including that of Schleswig. He observed that the engagements taken by Denmark referred expressly to two points, namely, that no measure should be taken even tending to an incorporation of that Duchy into the Monarchy; and secondly, that the Duchy of Schleswig should have a position of „perfect equality" („Gleichberechtigung") and „independence" („Unabhängigkeit"). These two expressions („Gleichberechtigung" and „Unabhängigkeit") were the express terms used. ¶ Now, said his Excellency,

*) An demselben Tage berichtete der Gesandte nochmals und zwar über die Haltung Preussens. Graf Bernstorff will Oesterreich veranlassen: „to ask for further explanations from the Danish Government and to call them to *state categorically*, *whether* or *not* they were prepared to *recognize* and *fulfil* the *engagements* which the King of Denmark had taken towards Germany *in* 1851 *and* 1852." „*They must*, said Count Bernstorff, give me *a clear affirmative* or *negative;* in the latter event we shall know what course to take."

No. 767. (XXXVII.) Gross-britannien, 25. Januar 1862.

neither of these engagements can be said to be fulfilled so long as the Duchy of Schleswig remains under the action of the Reichsrath, which is the great governing body, and wherein the Danish element preponderates; consequently so long as the Reichsrath is maintained in its present form, so long will the question of Schleswig be one of dispute, and so long will the engagements of Denmark towarts Germany be considered as unfulfilled. ¶ I here remarked to his Excellency that any change as regarded this institution would imply the rescinding of the principle of the common constitution of the whole Monarchy, and that Germany had offered no remonstrances in 1856 when that constitution was framed, but had apparently given a silent consent to it. Count Bernstorff maintained that the common constitution („Gesammtverfassung") as now existing, was not, in regard to its application to Schleswig, in consonance with the engagements taken by Denmark towards Germany, nor with the ancient rights and privileges of the Duchy itself. He denied that Germany had expressed any approval of that Constitution when first established; on the contrary, he observed that it was against its application to Holstein that the just complaints of the Duchies of Holstein and Lauenburg were addressed to the Diet, which led first to its suspension, and subsequently in 1858 to its annulment, as regards those Duchies, in consequence of the intervention of the Diet. ¶ If, continued Count Bernstorff, the Danish Government should agree to extend to Schleswig the same proposals they have now made for Holstein, Germany would be satisfied; but as those proposals now stand they amount in fact to establishing the Eider as the frontier, to a separation of Holstein from Schleswig, and to a virtual incorporation of Schleswig. ¶ I here observed that as regarded Holstein the intervention of Germany was legal and indisputable, but that the Diet had no right to interfere in the internal administration of Schleswig, and still less to impose on the King of Denmark any particular form of Government for that Duchy. ¶ Count Bernstorff acknowledged the justice of my observation in one sense, but he added that the question of Schleswig was an international one; that engagements had been taken towards Germany, and that Germany had as perfect a right to insist on the fulfilment of those engagements by Denmark, as one independent State would have towards another independent State. As a body, the Diet could declare war or make peace; consequently, the right of the Diet to regard this question as one of an international character was indisputable. ¶ I did not continue the discussion on this ground, for it signifies very little, if war should arise between Germany and Denmark, whether that war is undertaken on federal or international grounds; the only point of importance being that in the former case a Federal Execution in a German province is of purely a German character, whereas a war which should lead Germany beyond the Eider would assume at once an European character and importance. ¶ I then thought it advisable to invite his Excellency's attention to the practical solution of this very thorny and complicated question. ¶ I remarked that all parties were turning in a vicious circle from which there now appeared little hope of extricating them. Would Germany, I inquired, agree to a settlement of the Federal question regarding Holstein, on condition that the

question of Schleswig should form a separate matter for negotiation? His Excellency replied, certainly not; what guarantee should we have that if the Holstein question is definitively arranged, Denmark will carry out her engagements regarding Schleswig? Besides, he observed, Denmark can at any moment bring the Holstein question to a settlement by agreeing to the Decrees of the Diet. He added that no course could lead to a final and satisfactory arrangement unless the action of the Reichsrath was annulled as regarded Schleswig. ¶ On this point I appealed to his Excellency as to whether he really thought that there was any Ministry in Denmark, of any party, who would dare to propose such a measure? It appeared to me, therefore, that the exigencies of Germany, which under his Ministry were assuming alarming proportions, amounted to little short of requiring of Denmark an impossibility, and that no Government could be asked to take a course which was beyond the attributes of their legal power. ¶ I must not omit to state that in the course of conversation Count Bernstorff referred, as being perhaps the only real mode of arriving at a perfect solution of these differences, to a partition of the Duchy of Schleswig according to its nationality: the northern, or Danish part being incorporated into the Kingdom; the southern and German part being annexed to Holstein. ¶ With reference to the arrangements of 1851 and 1852, Count Bernstorff again repeated to me that if the Danish Government were to say that these engagements are not longer capable of execution, it might be then possible to establish some new basis for the negotiations. But it is evident that it will always come round to the same point, namely, that Schleswig must be independent of the Reichsrath, and that it must have its separate Legislature. &c.

No. 767. (XXXVII.) Grossbritannien, 25. Januar 1862.

Augustus Loftus.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 768. (XXXVIII.)

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Stockholm. — Die schwedische Circulardepesche vom 29. December 1861 betreffend. —

Copenhague, le 20 janvier, 1862.

No. 768. (XXXVIII.) Dänemark, 20. Januar 1862.

M. le Comte, — C'est avec une vive satisfaction que nous venons de recevoir dans la circulaire ci-jointe en copie, adressée en date du 29 décembre par son Excellence M. le Comte de Manderström aux Cours de Londres, de Paris et de St. Pétersbourg, et que M. le Comte Hamilton m'a dernièrement communiquée, une nouvelle et précieuse preuve de l'intérêt que la Suède porte constamment à notre cause. Son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères des Royaumes-Unis exprime son appréciation de la dépêche du Comte de Bernstorff en date du 5 décembre et de la situation où elle place les négociations; et nous aimons à croire que, quant à ce point, il aura déjà vu combien nous avons été d'accord dans notre réponse au Cabinet de Berlin avec les vues énoncées dans la dite circulaire. Lorsque le Conseil Suprême se sera prochainement réuni, il se convaincra encore davantage que le Gouvernement du Roi compte

No. 768. (XXXVIII.) Dänemark, 20. Januar 1862.

tenir précisément la même ligne de conduite qu'il vient de nous recommander pour écarter tout sujet de collision avec l'Allemagne. Tant qu'il nous sera possible, nous n'entendrons pas en effet avoir recours aux Puissances qui, dans l'intérêt de l'équilibre européen, se sont rendues garantes de l'indépendance et de l'intégrité de la Monarchie, bien convaincus d'ailleurs de gagner par cette abnégation un titre de plus au concours actif et sérieux de ces Puissances, dans le cas où, malgré tous nos efforts et toute notre bonne volonté, l'Allemagne voudrait procéder à une Exécution soi-disante Fédérale dans le Holstein, avec le seul but de nous forcer la main au profit de ses prétentions relativement à une partie de la Monarchie qui n'appartient point à la Confédération. ¶ Et dans cette question du Slesvig aussi nous sommes bien heureux de constater la parfaite harmonie qui existe entre les vues du Cabinet de Stockholm et les nôtres; car, en effet, M. le Comte de Manderström reconnaît que dans le régime de ce pays il ne saurait être question de faire des concessions à l'Allemagne, ni à aucune autre Puissance étrangère, toutes les mesures qu'on jugerait utiles devant nécessairement être opérées *proprio motu* et seulement après que les rapports avec le Holstein auront été définitivement réglés. De notre côté, enfin, lorsque le Gouvernement suédois, s'inspirant de son amicale confiance dans les intentions du Roi notre auguste Souverain, d'assurer autant que possible le bien-être de sujets dont les intérêts lui tiennent constamment au cœur, prévoit qu'après la solution de la difficulté du Holstein, Sa Majesté se trouvera amenée à accorder toutes les réformes qui paraîtraient utiles et équitables, il ne fait encore que rendre justice aux sentiments élevés et aux principes libéraux du Roi qui l'ont toujours porté à répandre sur tous les pays réunis sous son sceptre les bienfaits d'une liberté saine et féconde. ¶ En priant votre Excellence de renouveler à M. le Comte de Manderström, lorsque vous lui communiquerez cette dépêche, l'expression des sentiments de reconnaissance que nous inspire cette dernière démarche du Gouvernement suédois en notre faveur, j'ai, &c.

C. Hall.

No. 769. (XXXIX.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Billigung des Verhaltens des Gesandten in der schleswigschen Wahlgesetzfrage. —

Foreign Office, January 29, 1862.

No. 769. (XXXIX.) Grossbritannien, 29. Januar 1862.

Sir, — In reply to your despatch of the 8th instant on the subject of the Danish Duchies question, I have to inform you that I approve the language which you used to M. Hall relative to the expediency of liberal proposals being made by the Danish Government to the Schleswig Diet in regard to a change in the Electoral Law. ¶ I am, &c.

Russell.

Mr. A Paget, *Copenhagen.*

No. 770. (XL.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den königlichen Min. d. Ausw. — Schleswig betreffend. —

Copenhagen, January 22 (received February 1), 1862.

No. 770. (XL.) Gross-britannien, 22. Januar 1862.

My Lord, — Your Lordship's despatch of the 15th instant reached me on the evening of the 19th by the extra-messenger Schmock, and I had yesterday an interview with M. Hall, and in compliance with your Lordship's instructions communicated to his Excellency your despatch to Her Majesty's Minister at Stockholm of the 15th instant. ¶ When I had concluded reading, M. Hall observed that your Lordship had given the Danish Government a task which it was impossible to accomplish. His Excellency referred to the passage:—„Her Majesty's Government are of opinion that the King of Denmark should enable himself to show to Germany and to Europe that the promises of 1852 are scrupulously carried into execution." What, he inquired, would ever satisfy Germany on this subject? He was convinced, he said, that whatever the Danish Government might do to effect this object, Germany would still pretend that more remained to be done, and that the promises were still unfulfilled. To this I replied that it would probably be sufficient if the Danish Government could convince impartial people that their promises were accomplished. The most certain proof of this would be the contentment of the population. His Excellency then recapitulated the promises which had been made. They were, he said, that Schleswig should not be incorporated; that its Provincial Diet should be maintained; that the electoral law of Denmark should not be introduced into the Duchy; and that the *nexus socialis* between the Ritterschaft of Holstein and Schleswig should be allowed to continue. Now he defied any one to assert that any one of these promises, which were the only ones mentioned in the correspondence between the Danish and Austrian and Prussian Cabinets in 1851 and 1852, had been broken. ¶ I replied that he had omitted to enumerate the promise of equal rights to the German and Danish nationalities. No engagement of this kind, his Excellency said, appeared in the correspondence just alluded to. But it did, I replied, in the Royal Patent of January 28, 1852, which was the upshot of that correspondence, and which had been officially communicated by the Danish Minister for Foreign Affairs to the Prussian and Austrian Governments. ¶ M. Hall contended that this Royal Patent was a notification from the King to his subjects, and could not be interpreted as an international act except as regarded Holstein and Lauenburg. This, he said, was in accordance with your Lordship's opinion expressed in a former despatch. I said your Lordship had refrained from stating the precise international value of the engagement taken with respect to Schleswig, but you had been explicit in the expression of your opinion that certain promises had been made, and that those promises the King of Denmark was bound to fulfil. ¶ Every one, even the Danish Government themselves, were, I continued, impressed with the desirableness of adopting a more liberal system in Schleswig, and his Excellency had always assured me that this would be done

No. 770. (XL.) Grossbritannien, 22. Januar 1862.

as soon as the Holstein question was settled. In the opinion of Her Majesty's Government it was unnecessary to wait for this event. ¶ M. Hall replied that everything could not be done at one and the same time. They had just got rid of the Rigsdag; the Rigsraad was to meet on the 25th; before long it might be necessary to summon again the Holstein States. Could, therefore, any one conscientiously advise the Danish Government to convoke at this moment the Diet of Schleswig? The Government, he could again assure me, was animated with the best intentions towards Schleswig, as I should probably have occasion to learn in a more formal shape within the next few days; but as to the time for carrying out their views, they must be permitted to exercise their own judgment. ¶ M. Hall being extremely pressed for time, and his colleagues being assembled for a Council in the next room, I did not feel justified in pursuing the conversation any further. It would indeed have been useless to do so, for even if your Lordship's despatch is to be productive of any new decision on the part of the Danish Government, M. Hall would of course not be in a condition to announce it to me until he had consulted the Cabinet. I believe that no despatch was ever more calculated, from its tone of impartiality and force of argument, to make this Government reflect on the danger of procrastination in dealing with a question with which they will infallibly have to deal if they wish to get out of their difficulties, and it could not have arrived at a more opportune moment. ¶ By his Excellency's closing observation, I am led to the conclusion that some allusion to intended changes in Schleswig will be made in the King's Speech on opening the Rigsraad, and this impression is confirmed by information which has reached me from another quarter. ¶ I have, &c.

A. Paget.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 771. (XLI.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Preussens Auffassung der Sachlage. —

Berlin, February 1 (received February 3), 1862.

No. 771. (XLI.) Grossbritannien, 1. Februar 1862.

(Extract.) — Count Bernstorff observed that the whole spirit of the Danish Government was to establish the „Eider“ as the frontier between Holstein and Denmark, and to incorporate Schleswig. ¶ He observed that it was not just to accuse Germany of a wish to dismember Denmark, but that he could prove that the present policy of the Danish Government tended in this direction far more than the policy of Germany. So little was Prussia desirous of dismembering the Danish Monarchy that she *was opposed to the separation of Holstein from the other parts of the Monarchy.* All that she required was that the four parts of the Monarchy, namely, the Kingdom, properly so called, the Duchies of Schleswig, Holstein, and Lauenburg should be on a footing of perfect equality. ¶ It was, he said, the duty and right of Germany to insist that the engagements taken by Denmark in the foregoing sense should be strictly fulfilled. *More than*

No. 771. (XLI.) Gross-britannien, 1. Februar 1862.

that Germany did not require: less than that she could not accept. Germany had every desire, and indeed it was for her interest, to be on the best footing with Denmark. He repudiated any designs of conquest on the part either of Prussia or of Germany, and he observed to me that he was at a loss to understand how the clear and indisputable rights of Germany should be so perverted and misinterpreted. ¶ The misfortune is, said Count Bernstorff, that the Danish Government employ all means to produce unfavourable impressions towards Germany, while the counter-statements of Germany are either not received, or viewed with distrust. The Danish Government feel themselves supported by the Great Powers, and so long as they hope to be sustained by them in their demands, there will be no chance of any direct arrangement being come to between Denmark and Germany. If, on the other hand, the European Powers were to refrain from interfering and backing up Denmark, a final understanding of these differences would be greatly facilitated. ¶ I replied to his Excellency that so long as the German Powers confined their demands to Holstein, the question was regarded by Europe as one of a purely German character, but since his Excellency's accession to office the whole question had assumed another colour, and that the basis of the negotiations had been completely changed. I said that the despatch your Lordship had addressed to Her Majesty's Minister at Stockholm, which I had communicated to him, was a proof of the impartiality with which your Lordship viewed the question, and of your Lordship's earnest desire for its adjustment on fair and reasonable grounds. I thought his reproaches against the Great Powers, therefore, unmerited and unjust. ¶ I added that Austria was moderate, and that your Lordship's despatch had been approved by Count Rechberg. ¶ Count Bernstorff said that if I referred back to the despatches which had passed between Denmark and Prussia I should find that the present view taken by Prussia of the Reichsrath had always been put forth. With respect to Austria, he observed that he had seen the despatches addressed to and by Baron Brenner; that they were completely in unison with the views of Prussia, and he therefore could not believe that Count Rechberg entertained opinions different from his. ¶ I know not how far my arguments and reasonings with Count Bernstorff may have effect in inducing moderation or preventing any precipitate action, but I must confess to your Lordship that his Excellency holds with great pertinacity and consistency to the opinions he has expressed to me on various occasions on this question. Although I do not fear any immediate rupture of the present negotiations, still I see no present hopes that they may lead to an amicable understanding between the contending parties. &c.

Augustus Loftus.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 772. (XLII.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Stockholm an d. königl. Min. d. Ausw. — Schleswig und die englische Depesche vom 15. Januar betreffend. —

Stockholm, January 27 (received February 6), 1862.

No. 772. (XLII.) Gross-britannien, 27. Januar 1862.

(Extract.) — I had the honour to receive, late on the 23rd instant your Lordship's despatch of the 15th instant *), relative to the affairs of Holstein and Schleswig, and I lost no time, agreeably to your Lordship's instructions, in placing a copy of it in the hands of Count Manderström. ¶ His Excellency informed me to-day that he had already addressed Count Wachtmeister briefly on the subject, and he further observed, in substance, that he was far from wishing to enter upon any controversial discussion with your Lordship on Danish affairs; that after all, the divergence between the two Governments was inconsiderable; that the fault still seemed to him rather on the German than the Danish side; that, nevertheless, he believed with your Lordship that the Danish Government had better, if possible, begin with settling the affairs of Schleswig, though the temper of the Danish people rendered it difficult to make concessions to Germany before a definitive settlement of Holstein; and that he intended recommending the Danish Government, as strongly as possible, to take the Schleswig question immediately in hand, and to lose no time in stating candidly and clearly what measures they proposed adopting, with a view to satisfy the German population of that Duchy. &c.

Jerningham.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 773. (XLIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Hamburg an den Min. d. Ausw. — Memorandum über den Ursprung und den Fortgang der Schleswig-Holsteinischen Frage. —

No. 773. (XLIII.) Gross-britannien, 31. Januar 1862.

The question between the Germanic body and Denmark is that of the Constitutional position which not only the Duchies of Holstein and Lauenburg, but also the Duchy of Schleswig, is entitled to hold within the Danish Monarchy; and the difficulty is how to preserve the Danish State in its integrity, and at the same time to secure the Duchies their just share of national independence within that State. So much has been said and written about the question for many years past, that its leading points may easily be forgotten in the mass of transactions and documents to which it has given rise, and this paper is therefore intended to serve to refresh the memory of the reader by a concise recapitulation of the course of the proceedings, and of the demands made by Germany on behalf of the Duchies, a compliance with which by the Danish Government might long since have obviated the necessity of an Execution, or other forcible

*) No. 765.

measures, being resorted to by the German States. ¶ After the separation of Norway from Denmark, and the acquirement of Lauenburg by the latter in 1816, the Danish Monarchy consisted (exclusively of its foreign possessions) of three parts having distinct sets of laws, viz., the Kingdom of Denmark Proper, the United Duchies of Schleswig and Holstein, and the Duchy of Lauenburg. In Denmark the fundamental law was the Lex Regia of November 14, 1665, under which the King was despotic; in Schleswig-Holstein it was the Charter of Christian I as their elected Duke, dated Wednesday after *Invocavit* Sunday 1460, which confirmed the Union of the Duchies and the rights and privileges of the inhabitants; in Lauenburg there was a Constitution by States dated September 15, 1702. ¶ The union between these different parts of the Monarchy was a personal one only, except that, as between Schleswig and Holstein, it was a real union formally acknowledged by Christian I, their elected Lord. ¶ The introduction of a Constitution by Provincial States, with curial representation, into all parts of the Monarchy in 1834, modified the powers of the King-Duke, but altered nothing in the relations of those several parts of the Monarchy towards each other. ¶ The first impulse to agitation in the Duchies was given by the Patent of the late King, Christian VIII, issued July 8, 1846, which announced the Royal intention to unite Denmark, Schleswig, Holstein, and Lauenburg into one State, with a common Constitution, and a common succession to the Throne. ¶ The States of Holstein complained to the Federal Diet against the Patent, and Christian VIII, being called upon to answer, declared that Schleswig and Holstein were entitled to a joint legislature and administration, that he did not intend to interfere with the independence of Holstein, and would respect the rights of the „Agnati“ to the succession; whereupon the Federal Diet resolved, September 17, 1846, that the King-Duke must respect the rights of the States and of the „Agnati,“ and reserved its competence for future decisions. ¶ The present King, Frederick VII, on his accession recognized the rights of Schleswig and Holstein, in a Proclamation dated January 28, 1848; but on March 21, 1848, an insurrection of a democratic character broke out in Copenhagen, whose objects were the abolition of the Constitution by States then in force in Denmark as well as in Schleswig-Holstein, to separate Schleswig from Holstein, and to incorporate the former with the Kingdom of Denmark. ¶ Against these revolutionary objects began the movement in the Duchies, which was purely defensive of their rights, and was approved in principle by the King of Prussia. The Schleswig-Holstein cause was, in fact, the maintenance of the 400 years' union between the two Duchies under the King-Duke, and their independence of the rule of the kingdom of Denmark Proper. ¶ Out of these movements arose the war between Germany and Denmark, of which the second campaign ended with the armistice signed at Berlin, July 10, 1849. During this armistice Schleswig was governed by the Mixed Commission, composed of a Danish, a Prussian, and an English Commissioner. The peace was definitively concluded at Berlin, under the influence and with the aid of Russia, July 2, 1850, and its conditions were: —

No. 773. (XLIII.) Gross-britannien, 31. Januar 1862.

Article 1. Peace, pure and simple.

Art. 2. Former Treaties revived.

Art. 3. Mutual rights reserved.

Art. 4. The King of Denmark to invoke the aid of the Confederation to restore order in Holstein.

Art. 5. The boundaries between the Danish and Federal territories to be fixed by a Mixed Commission.

Secret Article. Prussia to be a party to the negotiations for settling the succession to the Throne.

This Treaty of Peace, as signed by Austria and Prussia, was subsequently ratified by all the German States, separately, and also by the reconstituted Federal Diet, at Frankfort, October 3, 1850. It was an unsatisfactory arrangement, because it did not, in fact, settle any one of the questions which gave rise to the war. ¶ Previous to the ratification of the peace, the hostilities between Denmark and the Duchies had been renewed, and the former had gained the advantage at the battle of Idstedt, fought July 25, 1850. ¶ After that battle Schleswig was occupied by the Danes, but Holstein remained in possession of the Schleswig-Holstein army, and was governed by a Lieutenancy („Statthalterschaft") who acted as the representatives of the inhabitants and as the guardians of the national cause. ¶ At the Conference of Olmütz, November 29, 1850, which averted the danger of the then threatened war between Austria and Prussia, the former is understood to have obtained a promise from Prussia to unite with her in coercive measures to restore order in Schleswig and Holstein. Accordingly Prussia concurred with Austria in pressing Holstein to an arrangement, and on the 18th February, 1852, the Lieutenancy surrendered its authority into the hands of the King-Duke, the German Powers engaging not only to preserve the rights of Holstein, but also to maintain the ancient connection between that Duchy and Schleswig. ¶ Meanwhile Russia had been working for the establishment of a common succession to the Danish Throne, with a common or corporate Constitution for the entire Monarchy, and her views, at least in the matter of succession, were participated by England and France. ¶ A Protocol for the regulation of the succession was signed by the Great Powers in London, August 2, 1850, and another Protocol was signed by Russia and Denmark at Warsaw, June 5, 1851, which after admitting the eventual claim of Russia to the Ducal-Gottorp part of Holstein (a claim which had ceased to have any valid existence, having been renounced in favour of the Royal line in 1773), gave Russia the eventual succession to the whole of Holstein, in case of the failure of the descendants of the designated heir, Prince Christian of Holstein-Glücksburg, and so opened a door to the possible acquirement by Russia of the entire Monarchy at a future day. ¶ These Protocols were confirmed by the Treaty of London of May 8, 1852, to which all the Great Powers, including Prussia (who assented reluctantly), were parties, and the new law of succession was published by the King of Denmark, July 31, 1853, abolishing the Lex Regia in force within the kingdom, and vesting the succession to the whole Monarchy in Prince Christian and his heirs, to the

exclusion of the House of Holstein-Augustenburg and of all the „Agnati" having presumptive rights. ¶ The legal validity of the new law of succession is disputable for want of the consent of the „Agnati" and of the States of the Duchies, who were not consulted upon it. The consent of the Danish Diet („Reichstag") to it was, however, asked and obtained. ¶ Passing over here all questions relative to the succession, and assuming it to be a *fait accompli*, I revert to the conditions of the Peace. Negotiations were entered into with Denmark for fixing the relations of the Duchies to the joint or corporate State („Gesammt-Staat") intended to be formed. ¶ In accordance with Article IV of the Treaty of Berlin, the King-Duke communicated to the German Powers his views for the pacification of Holstein, as explained in his Manifesto to the Duchy, dated July 1850. The royal programme was —

1. An amnesty.

2. In Schleswig equal guarantees for both nationalities, and no incorporation with Denmark.

3. An Assembly of notables, or leading men, of the Duchies, for the ascertainment of their wishes.

These met, but the proceedings led to no result. ¶ The boundaries between Schleswig and Holstein, stipulated by Article VI of the Treaty to be fixed by a Commission, have never yet been determined, and still continue to be a matter of dispute. Denmark has, in the meantime, by an act of violence, incorporated into Schleswig a part of the Holstein territory adjoining the fortress of Rendsburg. ¶ On June 11, 1851, the Germanic Confederation committed to Austria and Prussia the conduct of the preliminary negotiations for the settlement of the Holstein question on the basis of the *status quo ante bellum.* The King of Denmark's position in regard to the Duchies had become more difficult in consequence of the ascendancy gained by the Danish democracy under the new Constitution of the kingdom dated June 5, 1849, the democratic party being more and more enraged and bitter against the Germans in both Schleswig and Holstein. The King, nevertheless, declared to Austria and Prussia, August 26, 1851, that he would rule Holstein according to its existing laws, and would make no alterations in those laws otherwise than in a constitutional way. ¶ The Declaration, however, of August 26th was not found sufficient by the German Powers, and the Danish Government being desirous of getting back its lost power in Holstein, it made a further Declaration (December 6, 1851) to the effect that it would establish the desired organic union of the different parts of the monarchy in a legal and constitutional way, through the Consultative Provincial States of Schleswig and Holstein, the Danish Diet, and the landed proprietors of Lauenburg respectively; also that the Duchy of Schleswig should not be incorporated with the kingdom. This latter Declaration was accepted as satisfactory by Austria and Prussia respectively, December 26 and 30, 1851, and in accordance therewith was issued the Royal Proclamation of January 28, 1852, communicated on the 29th to the Courts of Vienna and Berlin, the non-fulfilment of the promises contained in which Proclamation has ever since been complained of by the inhabitants of the Duchies. In conse-

No. 773. (XLIII.) Gross-britannien, 31. Januar 1862.

quence, the Federal troops were withdrawn from Holstein, and the Government of the Duchy was on February 18, 1852, restored to the King of Denmark by the Commissioners of the Confederation. On July 29, 1852, the Federal Diet passed a Resolution recognizing the arrangement thus effected upon the basis of the promises made by Denmark, January 28, 1852, and revoking the powers committed to Austria and Prussia on the occasion. ¶ By means of the agreement thus arrived at between the Germanic Confederation and Denmark, an extension was given to the terms of the Peace of July 2, 1850, which extension, though not reduced to the form of a Treaty, appears equally binding by international law upon the parties concerned. The conditions of peace, as expressed in the several documents above cited, were in substance these: —

1. The ancient administration and legal union between Schleswig and Holstein was abolished, except as to certain institutions, such as the canal, prison, university, &c., &c., particularly reserved.

2. Schleswig was never to be incorporated with Denmark, and the Danish and German nationalities in that Duchy were to be equally protected.

3. The three Duchies of Schleswig, Holstein, and Lauenburg were to be united with Denmark, by a common succession to the throne and a joint or corporate Constitution („Gesammt-Verfassung"), into one joint or corporate State („Gesammt-Staat"), but in such a way that each of the four lands should enjoy equal rights and equal independence; that each should retain its own constitution, and none be made subordinate to the other.

4. The union of the four parts into one whole was to be effected in a constitutional way, after consultation with the Provincial States of Schleswig and Holstein, the landed proprietors in Lauenburg and the Danish Diet.

5. For each of the Duchies of Schleswig and Holstein there was to be a separate Minister for the internal affairs (including the domains) of those Duchies respectively.

6. The Council of State, Army and Fleet, Finances and Foreign Affairs, were to be common to the Duchies and to the Kingdom. The Ministers for common affairs should, in Denmark, be responsible to the King and Imperial Council; in the Duchies, to the King alone.

7. The States of Schleswig and Holstein were to be allowed the power of resolving, in all affairs in which they might be concerned.

8. The Constitution of the Kingdom of Denmark was to remain unaltered.

Such were, in fact, the conditions on which the peace was concluded and Holstein evacuated by the Federal troops. ¶ I proceed to notice the formal steps which the Germanic Diet has since been under the necessity of taking, in order to obtain the fulfilment of those conditions. ¶ The Danish Government had solemnly promised never to incorporate Schleswig with the kingdom. But the course of policy which it systematically adopted in regard to that Duchy has been such as to inspire a general belief that the eventual

incorporation of the Duchy has been all along, and still is, the real object in view. ¶ In respect of the Administration, the Courts of Justice, the Churches and Schools, it is notorious that the Danish nationality has been preferred to the German, and that acts of the most glaring partiality and injustice, too numerous to recapitulate here, have been for years past perpetrated by the Government. The constant endeavour has been to *danize* the Duchy; to extirpate, by fair means or foul, the Germanic nationality. Even the agreement to settle by a Mixed Commission the boundaries between Schleswig and Holstein has not been kept, for on March 16, 1853, the Government forcibly separated from Holstein a tract of country near Rendsburg, comprising six villages, and annexed it to the Duchy of Schleswig; and it afterwards razed a portion of the fortifications of the Castle of Rendsburg, in Holstein, and likewise annexed to Schleswig the ground so obtained. All this was done without the consent of the German Powers, and whilst the negotiations with the Federal Diet for the settlement of the boundaries were still pending. ¶ The Danish Government soon proceeded to the work of framing new Constitutions. A new Provincial Constitution for Schleswig dated February 15, 1854, and another for Holstein dated June 11, 1854, were issued for those Duchies, after having been submitted to the States respectively, except those paragraphs relating to the Joint Constitution of the Monarchy, and in utter disregard of the wishes and opinions expressed by the States. ¶ A new Constitution for Lauenburg was also issued for that Duchy, December 20, 1853, contrary to the wishes of the landed proprietors of that Duchy. ¶ A new Joint Constitution for the Monarchy was issued July 26, 1854, but it satisfied nobody, and was never put in force. ¶ Then came the Joint Constitution for the Monarchy of October 2, 1855 (still in operation in Denmark and Schleswig), which was „octroyé“ as a mere act of power by the Crown, without asking the consent of the States of the Duchies, although the assent to it of the Diet of Denmark Proper was asked and obtained. ¶ The legality of this Constitution has always been disputed by the Duchies, but when the German Deputies made a motion in the Imperial Council to refer the Joint Constitution to the States, they were overwhelmed by the Danish majority, and the motion was rejected. ¶ A corespondence in reference to the Joint Constitution now ensued between Austria and Prussia on the one side, and Denmark on the other, which went on from June 1, 1856, to July 6, 1857, but led to no result. On August 15, 1857, the Holstein States were assembled, and a revised Special Constitution for that Duchy was submitted to them, and rejected almost unanimously, because it did not fix the political position of the Duchy in regard to the Monarchy. The Assembly was therefore dissolved September 12, without a result; and the necessity of the interference of the Federal Diet became apparent. ¶ The States of Lauenburg were likewise dissatisfied with the Corporate Constitution of October 2, 1855, and petitioned the Federal Diet against it in October 1857. ¶ On the 29th of October, 1857, the Federal Diet, at the instance of Austria and Prussia, formally took up the question of the position of the German Duchies of Holstein and Lauenburg; and on February 11, 1858, the Diet passed a Resolution to the following effect: —

No. 773. (XLIII.) Gross-britannien, 31. Januar 1862.

1. That with reference to Article LVI of the Vienna Final Act,*) the Special Constitution for Holstein of June 11, 1854, and the Ordinance for Holstein of June 23, 1854, as well as the Joint Constitution of October 2, 1855, in so far as it applied to Holstein and Lauenburg, were invalid.

2. That the assurances given by Denmark in 1851 and 1852, in respect of altering the Constitutions of the Duchies, and in respect of their equal rights and independent position in the entire Monarchy, had been disregarded.

3. That the Constitution of October 2, 1855, was inconsistent with the principles of the Germanic Confederation.

The Federal Diet required the King-Duke —

1. To introduce into Holsein and Lauenburg a status conformable with the principles of the Confederation, and the assurances given, securing to them independence and equal rights.

2. To notify to the Diet such measures as he might adopt with that view.

A further Resolution was passed by the Federal Diet, February 15, 1858, requiring the King-Duke to abstain from taking any measures in Holstein and Lauenburg contrary to the Resolution of February 11, and from issuing any more unconstitutional laws. ¶ These Resolutions (which do not extend to Schleswig) are decivise upon the point that the Special Constitution for Holstein, and the Joint Constitution for the Monarchy, in so far as it related to Holstein and Lauenburg, have always been illegal and void. ¶ The Notification made by Denmark in answer to the last-mentioned Resolutions did not satisfy the Federal Diet, and on May 20, 1858, that body resolved: —

1. To require the King-Duke to say how he proposed to order the relations of Holstein and Lauenburg according to the Resolution of February 11th preceding, reserving to itself (the Diet) to decide thereon.

2. That in regard to the carrying out of the Resolution of February 25th preceding, it declared that it did not recognize the Danish interpretation of that Resolution, and in case of the infringement of that Resolution, reserved its further decision.

The answer to this, made by Denmark, July 15, 1858, was again insufficient, and the Federal Diet resolved, August 12, 1858: —

1. To declare to the King-Duke that his answer was neither satisfactory nor a fulfilment of his Federal obligations.

2. To require the King-Duke (according to the Execution-Ordinance, Article 3), to declare within three weeks, whether with the Constitution of October 2, 1855, the Royal Notifications of October 16, 1855, erecting a Corporate Ministry of the Interior, and of June 23, 1856, determining what were the special affairs of Holstein, as well as sections 1 to 6 of the Holstein Constitution of June 11, 1856, also ceased to be in force for Holstein and Lauenburg; and to make to the Diet such communications as should be conformable to the Resolutions of February 11 and 25, 1858.

*) Art. LVI. Alteration of existing Constitutions. Such Constitutions by States („landständliche Verfassungen“) as are in acknowledged action can only be again altered in a constitutional way.

3. To empower the United Committees of the Diet to receive the Danish communications.

Denmark answered these Resolutions on the 9th September following, to the effect that it would make confidential communications to the United Committees, which it did on the 13th and 20th September, and the communications were again found unsatisfactory. Thus the Federal Resolution of February 11, 1858, not being complied with, the Diet became entitled to proceed to Execution in accordance with Articles 3, 4, and 5 of the Execution Ordinance. ¶ Thus matters stood in September 1858. The demands of the Federal Diet did not extend to Schleswig. But the rights of that Duchy were founded upon the Agreements entered into in 1851 and 1852. By these Agreements, Denmark had engaged that the Constitution of Schleswig should only be altered in a constitutional way, and the Corporate Constitution for the Monarchy introduced into it in that way only; that the Duchy should have its independence and equal rights with the rest of the Monarchy, and should never be incorporated with the Kingdom of Denmark: consequently the Corporate Constitution of October 2, 1855, and the special Constitution of February 15, 1854, were invalid in Schleswig, and the course pursued in that Duchy towards the German inhabitants by the Danish Government since 1852 was unjustifiable. ¶ In October 1858 the present King of Prussia assumed the Government as Regent, and there being a good understanding between Prussia and Austria on the claims of the Duchies, there was every appearance of those claims being pursued energetically, and that means would be adopted to overcome the continued refusal of the Danish Government to fulfil its engagements. That Government now took the decided step of severing the Constitutional connection between the Duchy of Holstein and the rest of the Monarchy, and on November 6, 1858, several Royal Patents appeared declaring the Corporate Constitution of October 2, 1855, to be abolished for Holstein and Lauenburg (with the reservation of such steps as might be taken for their future reunion); also declaring sections 1 to 6 of the Holstein Constitution of June 11, 1854, and the Notification of June 23, 1856, to be abolished, and summoning the States of Holstein to meet in January 1859 for the purpose of considering and expressing their wishes upon new Constitutional proposals to be made to them by the Government. ¶ A provisional status, independent of Denmark, was thus introduced into Holstein and Lauenburg which has since continued. Whatever the motive of the Government may have been, the change was hailed with applause by the Eider-Danish party, who regarded it as the precursor of the incorporation of Schleswig with the Kingdom of Denmark, for which they were very willing to pay, as a price, the liberation of Holstein and Lauenburg, from the thraldom of the Imperial Council and Danish Legislation. ¶ The States of Holstein met at Itzehoe, as summoned, in January 1859, but referred their assent to the Government proposals. They sent in to the King-Duke, March 11, 1859, counter-propositions of their own, which were rejected, and so the session produced no result. ¶ The King of Denmark issued a Patent, September 23, 1859 (published by the Finance Minister, September 25), determining the share to be paid by Holstein of the common expenses of the Monarchy

No. 773. (XLIII.) Gross-britannien, 31. Januar 1862.

in addition to the amount fixed by the Normal Budget of February 28, 1856. On July 3, 1860, the State-Budget for 1860—61, based on this Patent, was officially published and put in force. ¶ In the meanwhile, viz., March 8, 1860, the Federal Diet had come to the following Resolutions, under protest by Denmark, viz.: —

I. (*a.*) That in the measures of the Danish Government, and the proposals made by it to the Holstein States, as well as in the rejection of the proposals of those States, the Diet missed the fulfilment of the obligations of Denmark under the Federal Resolution of February 11, 1858.

(*b.*) That, in consideration of the Danish Declaration of November 2, 1859, the Diet would abstain from executory measures in furtherance of the Resolution of August 12, 1858.

(*c.*) But only on condition that until the establishment of a definitive Constitution, according to the promises made in 1851 and 1852,—

1. The Patent of January 28, 1852, should alone be the rule for determining what were general, and what were special affairs;

2. To secure the equal rights of the German Duchies, all laws which went before the Imperial Council (Reichsrath) must also go before the States of Holstein and Lauenburg, and no laws should be issued for common affairs or finances without the consent of the States.

II. To consent to the Danish proposal of a Conference of Delegates, provided the Agreements of 1851 and 1852 should be respected, and no delay should take place.

III. That the united Committees should report further to the Diet.

On July 26, 1860, a motion was made in the Federal Diet, by Oldenburg, to the effect that, in consequence of the breach by Denmark of the condition imposed on her by the Resolution of March 8, above cited, the Diet should proceed to execution in pursuance of the Resolutions of February 11 and August 12, 1858. The Diet resolved accordingly, February 7, 1861; thereby deciding that the Royal Patent of September 23, 1859, and the Financial Law published July 3, 1860, were illegal and void for want of the consent of the Holstein States. ¶ In this state of things, the King-Duke thought fit once more to summon the States of Holstein, who met at Itzehoe, March 6, 1861, and sat for some weeks. ¶ The Government proposed to the Assembly certain alterations of the representative system of the Monarchy, together with two projects of laws for fixing the provisional state of Holstein in regard to the common affairs of the Monarchy, and for a new special Constitution for that Duchy. ¶ The 13th section of the former of these projects went to declare that the provisions of the Royal Patent of September 23, 1859, should be taken as the rule for the financial Estimates for the period of one year, from April 1, 1861, and the Danish Government pretended that the submission of this 13th section to the States was tantamount to submitting to them the financial budget of the Monarchy for the year. The States, however, resolved that no financial budget had been laid before them, and complained bitterly of the perfidy (as they termed it) of the Danish Ministers in assuring foreign Powers that they had actually submitted a

budget to the Assembly, whilst it had never had the slightest intention of asking the assent of the States, yes or no, to the financial Estimates of the Monarchy for the year, in the manner required by the Resolutions of the Germanic Diet, which had declared the States of Holstein entitled to exercise the same control over the finances of the Monarchy as the Imperial Council (Reichsrath), acting for Denmark and Schleswig, had actually done. The Assembly of the Holstein States was therefore dissolved in the month of April, after having rejected all the propositions of the Government, and leaving all the questions in dispute regarding Holstein as unsettled as ever. The States, before separating made a communication of the circumstances, and of their continued grievances, to the Federal Diet. ¶ During the last summer a negotiation took place between the German Powers and Denmark, through the mediation of Great Britain, with the object of staying the threatened Execution, upon the condition of Denmark renouncing for the current financial year the additional payments demanded from Holstein out of its special revenues beyond the quota of Holstein fixed by the normal Budget of February 28, 1856. This negotiation was so far successful, that on August 12, 1861, the United Committees of the Diet recommended a suspension of the executory proceedings under the Resolution of February 7, 1861, and it appeared as if by a temporary sacrifice of a moderate sum of money the Danish Government was willing to do something to conciliate the irritated feelings of the Holsteiners, and at all events gain time for the amicable arrangement of the financial part of its differences with the Germanic body. But this prospect has since vanished, and the correspondence between Prussia and Denmark shows that the proposition understood to have been accepted by Denmark has not been carried out by that Power in the sense expected, and, therefore, that the executory proceedings are likely to be revived by the Federal Diet. ¶ The more recent despatches which have passed between Berlin and Copenhagen during the last months of 1861 are before the public, and need not be here recited. They explain, unfortunately, how wide are the differences still subsisting between Denmark and the German Powers, and how little prospect there is of the King-Duke either complying with the injunctions of the Diet regarding Holstein, or fulfilling the conditions of the Peace in respect of Schleswig. Prussia insists upon the realization of the promises touching Schleswig which induced the German Powers to terminate the war, and she regards the King-Duke's Proclamation of January 28, 1852, to be legally as well as morally a part of those promises, so as to entitle the German Powers to make a *casus belli* of the non-fulfilment. The Speech of the King of Prussia to his Diet on the opening of the Session, January 14, 1862, has announced that Austria and Prussia are in negotiation with Denmark in order to find a provisional basis for an understanding between the Germanic Confederation and Denmark, on the question of the Duchies, that Prussia held fast to the law of the Confederation as well as to international engagements, and that she was entirely agreed with Austria and the other Federal States upon the whole question. ¶ To the above narrative I take the liberty of adding two observations only, viz.: —

1. The differences between the King-Duke and the States of Holstein

No. 773. (XLIII.) Gross-britannien, 31. Januar 1862.

in regard to the constitution and finances of the Duchy belong exclusively to the forum of the Germanic Federal Diet, to which all such questions are reserved by the Germanic Constitution. The Federal Diet is likewise the sole interpreter of the Federal Acts and of their application (Final Act, Article XVII, and Federal Law, June 28, 1832); consequently, as regards Holstein, Denmark is not entitled to dispute the decision of the Federal body, nor has any foreign Power a right to interfere with such decision.

2hd. With respect to the Duchy of Schleswig, which is not Federal territory, if the King-Duke has violated the conditions of the Peace of 1850, and his supplementary engagements to the German Powers of 1851 and 1852, the Germanic body may have a good *casus belli* against Denmark internationally, as one foreign State against another. The grievances of the inhabitants of Schleswig are notorious, and it would be most desirable, in the interests of humanity alone, to put an end to them. But, here, difficulties arise in the interpretation of the Danish engagements, for the solution of which there is no competent tribunal, or authority, like the Federal Diet in respect of Holstein. There are ambiguities of expression in the Danish engagements, such as in the words „Gesammt-Staat,“ „Selbständigkeit,“ „Gleichberechtigung,“ &c. (Corporate State, condition of independence, condition of equal rights, &c.), which will never be cleared up to the satisfaction of both sides, without the reconciling influence of some friendly Power. The case of Schleswig, therefore, appears to be one in which the mediation of other European States is much to be wished, and a European Conference is believed by many to be the only means whereby these long-standing differences have any chance of a permanent adjustment.

Hamburgh, January 31, 1862. *J. Ward.*

No. 774. (XLIV.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Berlin. — Erwiderung auf die Depesche des Gesandten vom 25. Januar*). —

Foreign Office, February 6, 1862.

No. 774. (XLIV.) Gross-britannien, 6. Februar 1862.

My Lord, — I have received your Lordship's despatch of the 25th ultimo, **) reporting a conversation with Count Bernstorff on the Danish Duchies question. By the arrangement made in 1851 and 1852, Denmark is bound not to incorporate Schleswig, to preserve a separate representation in Schleswig, to give equal rights in Schleswig to the inhabitants of German nationality. ¶ In order to justify in any degree the resort to hostilities, it must be proved that Schleswig has been actually incorporated with Denmark. ¶ It is clear, also, that it must be proved that the separate local representation of Schleswig has been abolished. ¶ If neither of these positions is capable of proof, it is only on the last ground that valid complaints can be made; and surely it will not be pretended that the questions of the language to be used in Divine service, and

*) Eine Depesche ähnlichen Inhalts erging an Lord Bloomfield in Wien.

**) No. 767.

No. 774. (XLIV.) Gross-britannien, 6. Februar 1862.

the examination for the catechism in particular towns and villages, are questions which cannot be solved without the extremity of war. ¶ But Count Bernstorff reverts to the alleged former connection of Holstein and Schleswig. ¶ Let me remark, in the first place, that if this argument is to be brought forward with a practical view, it amounts to a reversal of all that was done in 1851 and 1852, and Denmark would naturally call upon Germany and the Powers of Europe to respect these arrangements. But let us examine further what reasons can be alleged for resorting to a tie which, binding Schleswig to Holstein, and Holstein to Germany, but not binding Schleswig to Germany, was singular, anomalous, and inconvenient. ¶ Let me observe, therefore, as a general rule, that an arrangement which might work smoothly as part of the constitution of an Absolute Monarchy, may become quite impracticable as part of the institutions of a Representative Government. ¶ A Constitutional Sovereign may with confidence appeal to the Representatives of his people to furnish the supplies necessary for Civil Government and for military and naval defence. The care of national honour and of national independence makes the interests of a Representative Assembly coincide with those of the Sovereign, and it is only in very extreme cases of outraged right or flagrant corruption that there is any risk of the refusal of the necessary supplies. But the case is totally altered when a part of the Monarchy is called upon to furnish its quota of the General Budget. Local jealousies and local parsimony become in such a case much stronger, while the attachment to national welfare and the sense of responsibility are proportionably weaker. ¶ For this reason Austria would not agree to trust entirely to the voluntary zeal of the Diet of Hungary for the support of its share of the army and navy of the empire. Thus also Prussia herself would not wish to submit her Military Budget to a Diet exclusively composed of the Representatives of the Duchy of Posen. ¶ It is a necessity, however, for Denmark to submit to this inconvenience as regards Holstein, on account of the ties which bind Holstein to the German Confederation. Denmark has to pay the penalty of this position in the indifference shown by the Diet of Holstein to the interests of the Danish Monarchy. But the position of Schleswig is different. Schleswig has no longer a political connection with Holstein; she is represented for the general purposes of finance and legislation in the Rigsraad or Danish Parliament. It can be no matter of surprise that Denmark should show herself uncomplying on the Schleswig question, when it is suggested to her that she ought to set up another semi-independent Diet in Schleswig, looking to Berlin or to Frankfort, and not to Copenhagen, as the seat of power, and the centre round which she is to revolve. Let Count Bernstorff for a moment forget his position as a German Minister, and put himself in the position of the Danish Government. Supposing Denmark to be exposed to any danger from abroad, would it be easy or conducive to the national interests to have to appeal to four separate popular Assemblies in order to obtain money for an army and navy? Would Austria consent to have her army and navy dependent on the separate votes of the Diets of Hungary, Bohemia, Gallicia, and Venetia? Or would Great Britain revert to the times when separate Parliaments in Scotland and Ireland divided the councils

No. 774. (XLIV.) Gross-britannien, 6. Februar 1862.

and impaired the strength of the empire? ¶ Austria and Prussia have a right to ask, first, that the Decrees of the German Confederation in respect to Holstein and Lauenburg should be obeyed; secondly, that the promises of the King of Denmark, made in 1851 and 1852, should be scrupulously fulfilled. So long as Austria and Prussia do not go beyond these two demands, Her Majesty's Government will have no objection to make; but Her Majesty's Government are desirous to maintain in its integrity the Treaty of 1852, to which Her Majesty was a party. ¶ I am, &c.

Russell.

Lord **A. Loftus**, *Berlin.*

No. 775. (XLV.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Uebereinstimmung des russischen Cabinets mit der englischen Auffassung in der Stellung Deutschlands zu Schleswig. —

St. Petersburgh, January 31 (received February 15), 1862.

No. 775. (XLV.) Gross-britannien, 31. Januar 1862.

(Extract.) — Prince Gortchakoff was so good as to read to me this forenoon a despatch from Baron Brunnow recapitulating a conversation with your Lordship on the affairs of Schleswig and Holstein. Baron Brunnow reports that your Lordship recognized that the engagements which the Government of Denmark had taken in reference to the satisfaction of the people of Schleswig —engagements communicated to the German Powers—gave to that extent to those Powers a right of interesting themselves on behalf of Schleswig, and that the Government of Sweden was not justified in asserting that no discussion whatever should take place relative to that Duchy between the Confederation and the Cabinet of Copenhagen. Prince Gortchakoff was highly satisfied by learning that your Lordship's sentiments coincided so exactly with his own on this question. &c.

Napier.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 776. (XLVI.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Preussische Aeusserungen über die englische Depesche vom 6. Februar, Schleswig und insbesondere das Londoner Protokoll betreffend. —

Berlin, February 15 (received February 17), 1862.

No. 776. (XLVI.) Gross-britannien, 15. Februar 1862.

(Extract.). I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's despatch of the 6th instant on the Danish Duchies question. ¶ At an interview I had with Count Bernstorff on the 10th instant, I communicated your Lordship's above-named despatch to his Excellency; but previous to doing so I thought it desirable, as it referred more particularly to a conversation which I had held with Count Bernstorff, to read to him that part of my despatch

of the 25th instant in which I reported his opinion to your Lordship. ¶ With regard to the arguments set forth in your Lordship's despatch so clearly and with such practical illustration as regards the question of the Danish Duchies, Count Bernstorff observed that they were logical and just in theory, but that they were „doctrinaires" as regards the question at issue with Denmark. ¶ He denied that he was desirous of destroying the unity of the Danish Monarchy. He was opposed on these very grounds to the separation of Schleswig from Holstein, and of Holstein from the Monarchy, as lately proposed by the Danish Cabinet. ¶ He did not wish that any centres should be formed which should look elsewhere than to Copenhagen as the seat of power. ¶ In treating this question he could not forget that he was a German Minister, for it was in that capacity that he had to safeguard German interests and the honour of Prussia. ¶ He expressed his entire concurrence with the two concluding paragraphs of your Lordship's despatch resuming the rightful demands which Austria and Prussia were authorised to make of Denmark, requesting me to thank your Lordship for these opinions, and adding „qu'il en prenait acte." ¶ With reference to the Treaty of 1852, his Excellency observed that that Treaty had not been accepted by the Germanic Confederation, although it had been ratified by Austria and Prussia. ¶ So long as Denmark fulfilled the engagements contracted in 1851 and 1852 towards Germany, the Treaty of 1852 would be respected by Prussia, but that Denmark could not break the former without risk to the latter. &c.

No. 776. (XLVI.) Grossbritannien, 15. Februar 1862.

Augustus Loftus.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 777. (XLVII.)

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Schleswig betreffend. —

Copenhague, le 20 février, 1862.

Monsieur, — La manière dont Lord Russell semble envisager les affaires du Slesvig est toujours empreinte de sa bienveillance accoutumée pour le Danemark, mais je crains qu'elle ne tienne pas aussi constamment compte des circonstances actuelles. Ce n'est pas que je me méprenne sur les motifs qui ont dicté ces conseils. Car pour être toujours répétées, les prétentions de l'Allemagne n'en sont pas devenues plus justes, et si je crois utile de rétablir encore une fois la vérité sur cette question dans le mémorandum ci-joint, ce n'est certes pas que je doute que le Cabinet de Londres sache apprécier à sa juste valeur cette tentative d'étendre l'action de la Confédération à un pays n'appartenant pas à l'Allemagne. La dépêche de Lord Russell au Chargé d'Affaires d'Angleterre à Berlin en date du 8 décembre, 1860, accuse des vues dont j'ai constaté la parfaite harmonie avec les nôtres dans ma dépêche du 19 janvier de l'année passée. ¶ Mais Lord Russell se place à un point de vue qui est bien plus élevé, et où il est sûr de rencontrer toutes nos sympathies, lorsqu'il nous

No. 777. (XLVII.) Dänemark, 20. Februar 1862.

No. 777. (XLVII.) Dänemark, 20. Februar 1862.

conseille de donner un développement populaire à l'organisation locale du Duché et de rendre l'ingérence de l'Allemagne impossible en ralliant tous les habitants du Slesvig autour d'institutions libérales et autonomes. Dès son avènement au Trône le Roi notre auguste Souverain a constamment eu en vue de répandre sur tous les pays réunis sous son sceptre les bienfaits d'une liberté sage et féconde, et dernièrement encore ces principes se sont manifestés dans le Message Royal adressé au Conseil Suprême. Mais cette tâche assez difficile en elle-même devient doublement ardue lorsqu'il s'agit de concilier l'autonomie provinciale avec les exigences impérieuses du principe de l'intégrité et de la cohésion de la Monarchie. Mieux que personne, un homme d'État aussi versé que Lord Russell dans le jeu des institutions constitutionnelles saura mesurer ces difficultés. ¶ Cette liberté constitutionnelle qu'on appelle de ses voeux, elle existe déjà, non seulement pour les affaires communes, mais aussi dans les institutions locales du Duché. Il faut bien se le rappeler, les États Provinciaux exercent déjà une influence considérable, puisqu'aucune loi ni aucune nouvelle taxe ne sauraient être imposées sans leur consentement libre. Et s'il est désirable que les bases de ces institutions deviennent plus populaires et particulièrement qu'une réforme de la loi électorale fasse de l'Assemblée un organe plus vrai des sentiments de la population, il est à coup sûr nécessaire aussi que ces changements se fassent par voie légale, c'est-à-dire, avec le concours des États, qui précisément à cause des défauts mêmes auxquels il s'agit de porter remède ne sont pas et ne pourront que successivement être convaincus de la nécessité d'un tel développement. Il ne faut donc pas s'imaginer qu'il dépendrait uniquement de la bonne volonté du Gouvernement de créer d'un coup un état de choses qui satisfasse aux principes plus libéraux; le développement des esprits doit précéder celui des institutions. ¶ Mais à cette difficulté vient se joindre une autre considération non moins importante. Plus la force centrifuge des parties de la Monarchie augmente par suite du développement donné à leur autonomie provinciale, et plus le centre a besoin d'être fortifié. Mais ces tendances diplomates, qui sont le côté dangereux d'un principe autrement salutaire, ne manqueraient pas de recevoir du dehors une impulsion funeste, tant que la question du Holstein resterait ouverte et les aspirations d'un certain parti pourraient encore se porter vers la formation d'un Slesvig-Holstein. En présence d'une agitation incessante partant de l'Allemagne et s'appuyant sur la menace d'une Exécution qui se dit Fédérale, bien qu'elle aurait pour seul but de nous forcer indirectement à satisfaire aux prétentions mal fondées de l'Allemagne relativement à un pays danois qui n'appartient pas à la Confédération, il n'est malheureusement que trop évident que le Gouvernement doit se résigner à attendre un temps plus opportun, sous peine de voir l'esprit factieux et la discorde se rallumer dans le Slesvig, et donner par contre-coup un nouvel aliment à l'esprit d'envahissement de l'Allemagne, lequel ne manquerait pas à son tour d'augmenter pour les Gouvernements allemands la difficulté de terminer enfin le différend holsteinois. ¶ J'aime à croire que Lord Russell, après avoir pesé ces considérations, reconnaitra la justesse de nos vues, et qu'il appréciera toute la sagesse de la réserve du Message Royal qui fait dépendre l'accomplissement du voeu susmentionné d'une solution préalable du

différend avec l'Allemagne à l'égard du Holstein. ¶ Je vous prie, Monsieur, de communiquer à Lord Russell ces explications en même temps que le Mémorandum ci-joint. ¶ J'ai, &c.

No. 777. (XLVII.) Dänemark, 20. Februar 1862.

C. Hall.

Mr. de Bille, *Londres.*

No. 778. (XLVIII.)

DÄNEMARK. — Memorandum über Schleswig. — Beilage zu der vorausgehenden Depesche. —

No. 778. (XLVIII.) Dänemark, 20. Februar 1862.

Dans les dépêches autrichiennes et prussiennes de 1851 il est textuellement reconnu que „le Slesvig est un pays non-allemand, dont les affaires ne peuvent, par conséquent, devenir le sujet de discussions et de négociations avec la Confédération Germanique.“ Mais attendu que depuis 1834 une communauté administrative et judiciaire avait existé entre le Slesvig et le Holstein, les deux grandes Puissances allemandes revendiquèrent pour l'Allemagne la compétence d'examiner si cet ordre de choses avait été fondé sur un droit acquis. Cet examen fait, elles déclaraient expressément qu'un tel droit n'existait pas, et que, par conséquent, les Résolutions par lesquelles le Gouvernement Royal avait définitivement aboli ce lien entre le Duché danois de Slesvig et le Duché allemand de Holstein „étaient pleinement justifiées, et qu'elles ne relevaient pas de la compétence ni de l'assentiment de la Confédération.“ ¶ Donc, lorsqu'on entend quelquefois affirmer que l'Allemagne serait en droit d'exiger le renouvellement de l'ancienne communauté entre le Holstein et le Slesvig, du moment que le Danemark refuse de faire droit à ses demandes relativement au Slesvig, il n'y a là qu'une erreur; car l'abolition de cette communauté était, de l'aveu de l'Allemagne elle-même, purement et simplement justifiée par le droit souverain du Roi, mais nullement subordonnée à certaines conditions imposées. ¶ Tout droit auquel l'Allemagne pourrait prétendre, à l'égard du Slesvig, dériverait ainsi nécessairement, non pas d'une union antérieure entre ce Duché et le Holstein, mais spécialement et expressément d'une transaction internationale, et nommément de ce qui s'est passé en 1851-52. Les actes dont il peut être question sont l'Arrêté Fédéral du 29 juillet, 1852, la correspondance diplomatique de 1851, et l'Ordonnance Royale du 28 janvier, 1852. ¶ L'Arrêté Fédéral du 29 juillet, 1852, est l'acte final qui termine la négociation antérieure entre le Danemark et les mandataires de la Confédération, et qui en ratifiant le résultat „vide définitivement le différend existant.“ Cet Arrêté, qui, par suite de son caractère définitif, devait embrasser tous les points dont on était tombé d'accord, porte que la nouvelle organisation que le Roi voulait donner à ses pays „était en tant qu'elle regardait le Holstein et le Lauenbourg conforme aux droits et aux lois de la Confédération.“ Dans cet acte, qui avait pour but de fixer définitivement les droits de la Diète vis-à-vis du Danemark, le Slesvig n'est pas mentionné d'un seul mot. ¶ La correspondance diplomatique de 1851 est simplement préparatoire, et ce serait une prétention illégitime de vouloir en

No. 778. (XLVIII.) Dänemark, 20. Februar 1862.

déduire ce qui n'a pas trouvé son expression définitive dans l'acte final. Mais, abstraction faite même de ce principe incontestable, la correspondance ne contient point d'engagement, dans le vrai sens de ce mot, relativement au Slesvig. Les deux Cours allemandes invitèrent le Gouvernement danois à leur faire connaître ses intentions à l'égard du Slesvig, en déclarant que „les droits souverains de Sa Majesté leur seraient toujours sacrés, mais que dans leur conviction la plus profonde il ne serait porté aucune atteinte à ces droits si le Roi se trouvait dans le cas de devoir donner des éclaircissements à ses confédérés." Par suite de cette invitation, et à titre d'explications volontaires, le Gouvernement du Roi déclara qu'il ne voulait pas procéder à l'incorporation du Slesvig dans le Royaume proprement dit; qu'il rétablirait, par conséquent, les États Provinciaux du Slesvig; ensuite qu'il maintiendrait le *nexus socialis* entre l'ordre équestre du Holstein et celui du Slesvig. ¶ L'Ordonnance Royale du 28 janvier, 1852, enfin fit connaître à tous les sujets du Roi les principes d'après lesquels la nouvelle organisation de la Monarchie serait réglée. Dans cette Ordonnance le Roi déclarait vouloir accorder aux nationalités danoise et allemande dans le Slesvig des droits égaux et une protection efficace. ¶ Vouloir assigner à cet acte un caractère international, en s'appuyant sur le fait qu'il fut communiqué à la Diète de Francfort à l'occasion de l'Arrêté Fédéral du 29 juillet, 1852, serait oublier qu'en transmettant cette pièce l'Envoyé danois ajouta expressément que la Diète y apprendrait notamment la position que le Gouvernement du Roi se proposait d'accorder au Holstein, et que la Diète accueillit la communication dans ce sens, comme il ressort assez clairement de la teneur susmentionnée de l'Arrêté. ¶ Ainsi, il n'existe aucune promesse internationale, aucun acte synallagmatique de la part du Gouvernement danois à l'égard du Slesvig. Tout au plus, il existe dans la correspondance préliminaire certaines indications d'intentions que la Prusse résume elle-même dans l'annexe de sa dépêche finale du 30 décembre, 1851, en formulant les trois points susmentionnés, savoir, la non-incorporation du Slesvig dans le Royaume proprement dit, le rétablissement des États Provinciaux, et le maintien du *nexus socialis*. La question des nationalités dans le Slesvig n'est pas même mentionnée dans la correspondance préalable, et par aucune interprétation l'Allemagne ne peut s'arroger le moindre droit de se faire le juge de la réalisation d'une intention que le Roi a exclusivement déclarée à ses sujets slesvigois. ¶ Mais les intentions Royales, quelle qu'en soit d'ailleurs la nature, ont été entièrement et immédiatement remplies. ¶ La Constitution Provinciale de 1854 a considérablement élargi l'autonomie du Slesvig pour ses affaires provinciales, en accordant aux États Provinciaux, antérieurement purement consultatifs, le vote délibératif pour les lois, y compris celles qui établiraient de nouveaux impôts ou changeraient l'assiette des taxes existantes. Cet état de choses est resté depuis lors en pleine vigueur et aucun changement ne pourrait s'y faire sans le consentement des États Provinciaux eux-mêmes. De l'autre côté, le Slesvig envoie des Députés en proportion exacte de sa population au Conseil Suprême qui traite les affaires communes. Si le Holstein n'est plus représenté dans cette Assemblée de la Monarchie, qui, par conséquent, n'exerce

plus aucune autorité législative sur le Holstein, c'est bien certainement la Diète de Francfort seule qui a provoqué cette anomalie; mais, quelle que soit la position qui résultera pour le Holstein des exigences de la Confédération, toujours est-il que la position Constitutionnelle et le droit public du Slesvig n'auront subi aucune modification par suite de cet état de choses. Personne enfin n'a contesté que le *nexus socialis* entre les ordres équestres, qui du reste n'a aucun intérêt politique, se bornant à certains priviléges nobiliaires d'un ordre purement privé, n'a pas même été mis en question. ¶ Reste enfin à connaître les dispositions qui protègent les deux nationalités dans le Slesvig, et la manière dont le Roi a réalisé son intention annoncée à ses sujets slesvigois. Quant à ce point, il n'est pas nécessaire ici d'entrer de nouveau dans les détails qui se trouvent exposés dans la note adressée par M. de Bille à Lord Russell en date du 23 juillet, 1860. Il suffira de savoir que les principales dispositions qui, après que l'avis des États était pris, ont été définitivement fixées dans la Constitution Provinciale, et qui se trouvent par là soustraites à toute influence de l'Administration, sont exactement les mêmes qui existaient en pleine vigueur en 1851-52, sans provoquer alors la moindre observation de la part de l'Allemagne. Quant à l'exécution de ces dispositions, il n'y a qu'une Ordonnance administrative qui soit intervenue depuis 1852, et elle est exclusivement en faveur de la nationalité allemande.

No. 778. (XLVIII.) Dänemark, 20. Februar 1862.

No. 779. (XLIX.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Schleswig betreffend. —

Foreign Office, February 26, 1862.

Sir, — M. de Bille called upon me at the Foreign Office on the 20th instant, at my request. ¶ I told him I had desired to see him, in order to give him my opinion of the policy which Denmark ought at the present moment to pursue. ¶ Germany, I continued, is not inclined, apparently, to exercise any immediate pressure upon Denmark. This was an opportune moment for Denmark to review her position, to fulfil scrupulously all her engagements, and to make good every promise by which the King had bound himself. Denmark could do this with perfect dignity, free from any menace, and would earn thereby the sympathy and applause of Europe. The concessions made to Holstein, though not very courteously accepted, had shown the desire of the King for conciliation; and a similar course of conciliation towards Schleswig would greatly improve the King's position, and might possibly settle the whole question. ¶ M. de Bille said that there were three questions upon which Germany complained of the Danish Government. ¶ The first was as to the language used in churches and schools, in the districts of mixed nationality. ¶ With regard to this question, the Danish opinion was, that too much had already been conceded to Germany. It had been suggested, indeed, that the majority of inhabitants in each district should decide as to the language to be used in churches and schools; but any

No. 779. (XLIX.) Grossbritannien, 26. Februar 1862.

No. 779. (XLIX.) Gross-britannien, 26. Februar 1862.

such provision would give rise to ill-will, contests, and conflicts. ¶ I said I had no such proposal to make; but I thought where a considerable number of the inhabitants of a district were Germans, although not a majority, they might be allowed a church and a school of their own. The expense might be somewhat heavy, but the contentment of the German inhabitants would be worth the price. ¶ M. de Bille said, this plan had been considered, and at one time he had been favourable to it; but the leading statesmen of Denmark had convinced him that such a measure would be inexpedient. ¶ The next question related to the composition of the Provincial Assembly of Schleswig. ¶ It was composed of forty-three members, namely: —

Equestrian order	4
Great landed proprictors	5
Clergy	5
Towns	10
Rural constituencies	19
	43

¶ The Equestrian Order consisted of about twenty persons, and the Great Landowners of seventy. These persons, ninety in all, returned nine members out of forty-three: all Germans. ¶ The Danish Government wished for a more liberal suffrage; but the Assembly would not agree to it. ¶ I said, „How more liberal?“ ¶ M. de Bille replied, that the Danish Government were willing to have the members elected by universal suffrage. ¶ I said, I did not think such a suffrage a good basis of representation; but it would be desirable to have the members elected by a liberal franchise. ¶ We now came to the third point on which stress was laid in Germany, namely, a greater liberty of the press, of public meetings, and of petition. ¶ In reference to these questions, M. Bille said nothing could be done till the Provincial Assembly was reformed. The German press was full of seditious exhortations against Denmark, and its newspapers could not be allowed to circulate in Schleswig. So, likewise, in regard to meetings and petitions. An individual, indeed, might petition: but not more than one. ¶ I said this was a futile precaution. If twenty persons could sign their names to twenty petitions, why not allow them to sign twenty names to one petition? ¶ Finally, I entreated M. Bille to represent the views I had expressed to his Government. To say that Denmark would satisfy the demands of the Confederation now, and comply with the just wishes of Schleswig afterwards, was to insist on points of form, when peace and substantial justice were the objects to be sought. Let large measures be adopted at once, and Denmark will stand well in the eyes of Europe. ¶ I request you to urge these points, and to read the despatch to M. Hall. ¶ I am, &c.

Russell.

Mr. A. Paget, *Copenhagen.*

No. 780 (L.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Die englische Depesche vom 26. Februar und Schleswig betr. —

Copenhagen, March 6 (received March 10), 1862.

No. 780. (L.) Gross-britannien, 6. März 1862.

My Lord, — The messenger Schmock arrived on the 4th instant, and I read to M. Hall, on that day, your Lordship's despatch of the 26th ultimo, and made use of every argument I could think of in support of the policy which your Lordship urges the Danish Government to adopt. ¶ I was in some hopes that the interview would not be without satisfactory results. ¶ M. Hall could not deny the logic of your Lordship's reasoning respecting the right of petition, and I pressed him very strongly to concede this point at once, as well as the right of meeting and liberty of the Press. I said if the Danish Government would grant these liberties immediately, and accompany them with a positive declaration that the question of languages, and any other matters of complaint, should be regulated by the Diet of Schleswig, it could not fail to produce the most favourable impression in Europe as to the honest dealing of the Danish Government, and they would thereby strengthen the hands of those who were anxious to serve the Danish cause. ¶ M. Hall assured me of his most anxious desire to act in conformity with your Lordship's view, promised to consult his colleagues on the subject at once, and to give me an answer this day. He said this in such a way that if I had not had previous experience of disappointments, I should have felt somewhat sanguine as to the issue; but I am sorry to say that the result has proved I was right in not indulging in too much expectation. ¶ His Excellency, on my calling on him this morning, took up the old ground. He said all the points alluded to in your Lordship's despatch were part and parcel of the existing Constitution of Schleswig, and that they could not be altered but by a vote of the Schleswig Diet. He begged me to believe that his intentions in regard to this Duchy were most liberal; that he was most desirous of giving them effect with the least possible delay; and he had no objection to add, he said, that the work of remodelling the Schleswig Constitution had already been begun. ¶ I replied that having communicated to him your Lordship's despatch, and thus put him in possession of your Lordship's views in your own words, and having already supported those views to the best of my ability, it would be idle to think that anything I could now add would alter the decision he had come to. I could only say that I trusted that in the revision of the Constitution every precaution would be taken to give full effect to the principle of complete equality and independence of the two nationalities. ¶ I have, &c.

A. Paget.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 781. (LI.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Die Reformen in Schleswig betreffend. —

Copenhagen, March 8 (received March 12), 1862.

No. 781. (LI.) Gross-britannien, 8. März 1862.

My Lord, — With reference to your Lordship's despatch of the 12th of February, directing me to inquire and report the tendency of the proposed reforms for Schleswig, I have the honour to inform your Lordship that having questioned M. Hall upon this subject his Excellency's reply was, that it was not the intention of the Danish Government to give an undue preponderance to the Danish element in that Duchy. It is the German element, his Excellency said, which now has this undue preponderance, and the object which the Government would have in view by the new measures would be to arrive at a fair representation of the feelings of the country. Without having recourse to universal suffrage this end could be attained. He believed, he said, that the new franchise would still leave the German element in the majority; the equestrian order and large landed proprietors would still be able to exercise influence, a legitimate influence, but it was desirable that their Schleswig-Holstein principles should not always predominate. ¶ I have, &c.

A. Paget.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 782. (LII).

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Schleswig betreffend. —

Foreign Office, March 14, 1862.

No. 782. (LII.) Gross-britannien, 14. März 1862.

Sir, — Her Majesty's Government have learnt with great concern that your representations to M. Hall, on the question of Schleswig, have not produced any effect. ¶ It is clear that the King of Denmark promised Austria and Prussia to treat the Danish and German inhabitants of Schleswig without distinction of nationality. ¶ It is also clear that, with regard to their churches and schools, the Germans in Schleswig have not the advantages enjoyed by the Danes. ¶ Nor with regard to the liberty of petition and the liberty of the press have the German inhabitants of Schleswig the same privileges as those which are granted to the Danes of the kingdom. They are not ruled with the same equal and impartial hand. ¶ When you urged that, at least, the liberty of meeting, of petitioning, and of the press, should be granted in Schleswig as they have been in Denmark, M. Hall, after deliberation, said to you that all the points mentioned in my despatch „were part and parcel of the existing Constitution of Schleswig, and that they could not be altered but by a vote of the Schleswig Diet.“ ¶ This answer is unsatisfactory. If the Schleswig Diet were assembled, and these changes proposed to them, there can scarcely be a doubt that they would accept

with joy such additions to their liberties. But it is alleged that the Danish Government wish, before granting these privileges, to change the Constitution of Schleswig: a task full of difficulty and danger. ¶ It is obvious that if the Government of Denmark cannot fulfil the promises the King has made, they will have to consider the alternative proposed by Prussia, namely, that Schleswig should have the separate powers to be granted to Holstein, or that the Duchy of Schleswig should be divided into North and South. ¶ These are not the propositions of Her Majesty's Government: grave objections exist to the adoption of either; but if Denmark will not fully and freely fulfil her promises, she may be driven to embrace one of these two alternatives. ¶ You will give M. Hall a copy of this despatch, if he should desire it. ¶ I am, &c.

No. 82. (LII.) Grossbritannien. 14. März 1862.

Russell.

Mr. A. Paget, *Copenhagen.*

No. 783. (LIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Vorschlag zu gemeinsamem Vorgehen der Cabinette von London, Paris und St. Petersburg in Copenhagen. —

Foreign Office, March 26, 1862.

(Extract.) — I have transmitted to you copies of the correspondence which has taken place between Her Majesty's Government and Mr. Paget, the British Minister at Copenhagen. ¶ It appears to Her Majesty's Government that the Danish Government have two distinct duties to perform: —

No. 783. (LIII.) Grossbritannien, 26. März 1862.

1. To comply with the Decrees of the Diet of Germany in regard to Holstein and Lauenburg.

2. To fulfil exactly and scrupulously every engagement taken, and every promise made by Denmark on the subject of Schleswig.

If M. Thouvenel agrees in this general view, Mr. Paget and M. Dotézac might be instructed to act together in the advice they give at Copenhagen. They should also, Her Majesty's Government are of opinion, seek the co-operation of the Minister of the Emperor of Russia at Copenhagen. &c.

Russell.

The Earl Cowley, *Paris.*

No. 784. (LIV.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Zustimmung Frankreichs zu dem in der vorausgehenden Depesche enthaltenen Vorschlag. —

Paris, April 1 (received April 2), 1862.

My Lord, — M. Thouvenel is quite ready to adopt the suggestions contained in your Lordship's despatch of the 26th ultimo, as to the advice which, under present circumstances, should be tendered by the Representatives of Great

No. 784. (LIV.) Grossbritannien, 1. April 1862.

No. 784. (LIV.) Grossbritannien, 1. April 1862.

Britain and France to the Danish Government, though he observes that it will be a mere repetition of counsels already given. His Excellency added that he believed that the German Confederation had signified that they were ready to treat the points concerning Schleswig as an international question between Germany and Denmark. ¶ I have, &c.

Cowley.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 785. (LV.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Einen hannoverschen Vorschlag zur deutsch-dänischen Frage betreffend. —

Foreign Office, April 4, 1862.

No. 785. (LV.) Grossbritannien, 4. April 1862.

(Extract.) — It appears to Her Majesty's Government that there are two plans suggested by Count Platen which might have a chance of acceptance, both in Holstein and in Denmark. ¶ The one plan contemplates a general representation of the Monarchy in the Rigsraad, elected in each portion of the Monarchy according to population; but contains a provision that every resolution of the Rigsraad must, in order to be valid, have the assent of two-thirds of the Assembly. ¶ The other plan contemplates two Chambers; the one elected according to population, voting by a simple majority, the other a kind of Senate, in which each separate State should be equally represented. Thus, supposing twenty-four were the number to be chosen, there would be—

For Denmark	6
„ Holstein	6
„ Schleswig	6
„ Lauenburg	6
	24

Each of these plans is intended to guard the German population against Danish preponderance. ¶ You may speak to M. Hall on these plans. Either of them seems to me preferable to the alternatives suggested in the Prussian and Austrian note. ¶ If you find M. Hall not totally averse, you may proceed to Holstein, and seek an interview with Baron Blome. You will inform me of the result. ¶ It seems to me that Holstein can hardly wish, either for a Federal Execution, or for so complete a separation from the administration of Danish affairs as the German Diet contemplates. ¶ But if this is the case, if the leading men in Holstein neither wish for Federal Execution, nor to be left in a state of isolation, nor to kindle a war on the subject of Schleswig, they will be ready to entertain some reasonable compromise. ¶ I need hardly add, that if Denmark and Holstein could go together before the Diet, and declare that they were reconciled, and had agreed upon a plan which suited their mutual interests, the Danish-Holstein question would be at an end. ¶ Her Majesty's Government do not mean to preclude you from treating on other plans, or from

communicating by letter with Baron Blome and other leading men, if you are unable to do so in person. &c.

No. 785. (LV.) Grossbritannien, 4. April 1862.

J. Russell.

Mr. Paget, *Copenhagen.*

No. 786. (LVI.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russlands Ansichten vom Londoner Protokoll. —

St. Petersburgh, April 2 (received April 10), 1862.

No 786. (LVI.) Grossbritannien, 2. April 1862.

(Extract.) — I have placed in the hands of Prince Gortchakoff copies of your Lordship's despatch to Her Majesty's Minister at Copenhagen of the 26th February, of Mr. Paget's Report of the 6th ultimo, and of your Lordship's instruction to Mr. Paget of the 14th ultimo. ¶ Prince Gortchakoff read this correspondence with interest and approval, entering warmly into your Lordship's views respecting the duties and obligations of the Danish Government. In connexion with this matter, his Excellency noticed two points as being worthy of your Lordship's attention. ¶ He stated that in the last communications, almost identical in their terms, addressed by Austria and Prussia to the Danish Cabinet, he had observed an expression which could not be passed over. The German Cabinets, in referring to the declarations signed by them in London on behalf of the integrity of the Danish Monarchy, remarked that those declarations had been adhered to in full confidence that justice would be done to Schleswig by the Government of Denmark. Prince Gortchakoff said that this statement might seem to imply a view to qualify or invalidate the declarations referred to, but he could not admit that there was any ground for such an inference; the declarations of London were a solemn international affirmation of a principle of very high importance to Europe, which could not be weakened by questions such as these under discussion respecting the Constitution of Schleswig. He intended to call the attention of the Cabinets of Vienna and Berlin to the subject in a friendly manner. ¶ The Danish Minister at this Court had strongly pressed for an admission on the part of the Imperial Government that the relations of the Danish Government with the Duchy of Schleswig could in no case be made the motive for a Federal Execution in Holstein. Prince Gortchakoff had not committed himself; he had reserved the point for careful consideration. &c.

Napier.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 787. (LVII.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den Min. d. Ausw. — Einen Schritt des französischen Cabinets in Wien betreffend. —

Paris, April 11 (received April 12), 1862.

No. 787. (LVII.) Grossbritannien, 11. April 1862.

(Extract.) — I have read to M. Thouvenel your despatch of the 4th instant to Mr. Paget. ¶ His Excellency said that although he himself was not averse to either of the plans suggested by Count Platen, he was afraid that neither would find favour with the Danish Government. ¶ M. Thouvenel is convinced that this matter will never be settled but by means of a Conference. At the same time he is not prepared to say that the moment has, as yet, arrived when a proposal of a Conference can be made. Agreeing with your Lordship that it is the duty of the non-German Powers to do all in their power to avert the possibility of this long-vexed question leading to hostilities, he is yet of opinion that there is no imminent danger of the Germanic Diet having recourse to arms. ¶ M. Thouvenel remarked to me that some good might perhaps be done at Vienna, and that he had lately addressed a despatch to the Duc de Grammont, desiring him to point out to Count Rechberg, though in the most friendly terms, that the Austrian Government, which knew the difficulty of dealing with nationalities, ought to exercise forbearance towards a State placed to a certain extent in the same straits with themselves. &c.

The Earl **Russell**, *London*. *Cowley*.

No. 788. (LVIII.)

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an die diplomatischen Vertreter Preussens. — Rechtfertigung des von der deutschen Bundesversammlung hinsichtlich des Herzogthums Schleswig eingenommenen Standpunktes gegenüber dem dänischen Circular vom 12. März 1862. —

Berlin, le 13 avril 1862.

No. 788. (LVIII.) Preussen, 13. April 1862.

J'ai l'honneur de vous transmettre ci-près copie d'une circulaire, adressée par M. Hall, en date du 12 mars dr., aux missions de Danemark à Stockholm, à Paris, à Londres, à St. Pétersbourg et à La Haye*). ¶ Cette pièce m'étant parvenue sous main, je puis ignorer l'inconvenance du ton et des expressions dont M. Hall a fait usage à cette occasion. Mais la violence du langage ne peut suppléer à la faiblesse de l'argumentation, et c'est pour la réfuter et replacer la question sur son véritable terrain, que je viens vous faire cette communication. ¶ Le Ministre danois commence sa dépêche par se féliciter de s'être toujours opposé „à l'extension des négociations pendantes avec les deux Grandes Puissances allemandes à la question de savoir quels engagements le Gouvernement danois aurait pris en 1851 à l'égard du Schleswig et à quel point ces engagements ont été remplis. Nous ne voulons pas", dit-il, „écarter une discussion à ce sujet, toute oiseuse qu'elle soit d'ailleurs selon nous, mais nous nous opposons à ce

*) No. 319.

qu'elle soit confondue avec des négociations relatives à un pays, appartenant à la Confédération, parce que nous avons appris par l'expérience combien il est dangereux de ne pas poser en toute occasion de la manière la plus stricte les limites de la compétence fédérale de la Diète Germanique." ¶ Avant d'entrer en matière, je ne puis passer sous silence l'aveu significatif, échappé à M. Hall, que toute discussion au sujet des engagements que le Gouvernement danois a pris en 1851/2 à l'égard du Schleswig, sera oiseuse. En effet, l'expérience des dix années qui se sont écoulées depuis la conclusion des transactions de 1851/2, n'a que trop démontré le manque de bonne foi avec lequel le Gouvernement danois s'est refusé constamment à remplir ses obligations. Nous pensons néanmoins que M. Hall aura l'occasion de changer d'opinion à ce sujet, et que les discussions ne resteront pas aussi oiseuses qu'il paraît l'espérer. ¶ Ensuite, pour ce qui concerne la compétence de la Confédération Germanique sur le Schleswig, les inquiétudes que l'adhésion de la Diète à la protestation de la Prusse et de l'Autriche du 14 février*) dr. semble inspirer au Ministre danois, ne sont nullement fondées. Loin de là, le rapport même de la Commission de la Diète, saisie de cette affaire, est de nature à tranquilliser complètement M. Hall à cet égard. Il est dit d'abord que le Gouvernement danois ne s'est pas borné à contester dans des pièces diplomatiques la valeur des stipulations de 1851/2, mais qu'il s'est porté à des actes, touchant le droit public qui sont de nature à être préjudiciables aux dites transactions; que les deux projets de loi, soumis au Conseil suprême, au sujet d'une modification de la loi du 2 octobre 1855, concernant la constitution commune, tendent évidemment à altérer la position du Schleswig dans l'ensemble de la Monarchie; que le Gouvernement danois ne semble pas avoir pris en considération, comment ces mesures pourront se concilier avec les garanties données en 1851/2. Le rapport continue qu'avec pleine raison les Puissances allemandes ont interposé la réservation du 14 février, et que la Commission recommande à la Diète d'y adhérer. Au reste les Comités, y est-il dit, ne méconnaissent d'aucune manière que le Duché de Schleswig n'appartient pas à la Confédération Germanique, et que par cette raison la résolution de la Diète du 29 juillet 1852 n'en fait pas directement mention. Mais il ne s'ensuit pas, comme le Ministre danois a voulu l'établir dans les dépêches précitées, que la Diète Germanique n'ait aucun droit relativement à ce Duché. Il s'ensuit seulement que ce droit de la Diète n'a pas le même caractère que celui qu'elle a relativement au Holstein. Dans tous les cas les transactions de 1851/2 ont donné à ce droit une bàse conventionnelle et internationale. La Couronne de Danemark a pris des engagements par ces stipulations, non seulement envers l'Autriche et la Prusse, mais au même degré et dans la même étendue envers la Confédération Germanique, au nom de laquelle les deux Puissances étaient chargées de négocier, à laquelle elles soumirent le résultat de leur Commission, et qui alors, par son arrêté du 29 juillet 1852, sanctionna la transaction en vertu de laquelle le différend entre le Danemark et la Confédération Germanique fut terminé. ¶ Voilà la manière dont les Comités de la Diète se

No. 788. (LVIII.) Preussen, 13. April 1862.

*) No. 240.

No. 788. (LVIII.) Preussen, 13. April 1862.

sont prononcés, et le sens dans lequel la Diète a donné son adhésion à la protestation du 14 février. ¶ C'est absolument dans le même esprit que la Prusse s'est énoncée dans le temps. „Je suis tout à fait d'accord avec M. Hall," dit M. le Baron de Schleinitz dans sa dépêche du 29 mai 1860,*) „que la Confédération germanique, aussi peu que tout autre Gouvernement, n'a en principe le droit de s'ingérer dans les affaires intérieures de „„l'indépendante Monarchie danoise"" et par conséquent non plus dans celles du Schleswig. Mais est-ce à dire que, parce que les dispositions du pacte fédéral allemand ne sauraient s'appliquer à ce dernier pays, la Confédération Germanique n'ait pas le droit de demander que les engagements internationaux, dont le Danemark s'est chargé envers elle par rapport au Schleswig, restent à tout jamais sans aucun effet? que le Danemark, parce que le Duché de Schleswig ne fait pas partie du Corps germanique, soit libre de remplir ou de ne pas remplir les stipulations survenues entre lui et la Confédération relativement au Duché de Schleswig? Je doute," ajoute M. de Schleinitz, „que M. Hall, ainsi que le contenu de sa dépêche pourrait le faire croire, ait en effet voulu établir ou soutenir une thèse aussi monstrueuse et aussi contraire aux premières notions du droit public." ¶ J'ai cité ce passage de la dépêche du 29 mai 1860 pour rappeler qu'à cette époque, comme aujourd'hui, nous n'avons pas donné lieu à des appréhensions dont M. Hall se dit pénétré relativement aux tendances d'empiètement qu'il accuse l'Allemagne de nourrir sur le Schleswig. Peut-être, au reste, ces inquiétudes sont-elles moins réelles qu'elles ne paraissent l'être, car la tactique du Gouvernement danois n'est pas nouvelle, de présenter cette question sous un faux jour et de prêter à l'Allemagne des vues qu'elle n'a pas, pour gagner les sympathies des Puissances non-allemandes et se dérober, comme par le passé, aux obligations contractées. C'est ainsi que M. Hall, sous prétexte que la Diète aurait le dessein de traiter le Schleswig comme un pays appartenant à la Confédération, ne veut discuter que séparément l'affaire du Schleswig et celle du Holstein. Mais les stipulations de 1851/2 n'admettent point cette prétention, d'ailleurs impossible, puisqu'il s'agit d'assigner au Schleswig, comme aux deux Duchés allemands, la position garantie au Schleswig, comme au Holstein et au Lauenbourg, par les transactions de 1851/2, et que, pour apprécier l'ensemble d'une organisation constitutionnelle, il ne suffit pas de s'occuper exclusivement de l'un ou de l'autre de ces pays, alors même que les propositions auraient été moins inadmissibles, que ne l'ont été celles que M. Hall nous a présentées par sa dépêche du 26 octobre dr.**) Et, ce que je viens de dire, ne s'applique pas moins à un état provisoire, par la raison que la connexité entre ces questions ne permet pas de discuter l'une sans traiter de l'autre. C'est là ce que l'Allemagne a le droit incontestable d'exiger, et il est évident que le Danemark, s'il persistait à s'y refuser, sous quelque prétexte que ce fût, assumerait sur lui la responsabilité des suites qui en résulteraient. ¶ Les considérations auxquelles se livre M. Hall au sujet de la portée des projets de loi, soumis au Conseil suprême, n'ont guères besoin d'être réfutées

*) No. 245.
**) No. 236.

ici. Selon lui, la protestation du 14 février n'est qu'un pur prétexte. „Le Roi de Danemark," continue-t-il, „a déclaré dans son discours du trône de vouloir donner du développement aux institutions provinciales du Schleswig; est-ce là une preuve de l'intention de vouloir ôter à ce Duché sa position de province, douée d'une administration et d'une représentation spéciales pour les affaires provinciales?" ¶ Non, sans doute, c'est une preuve qu'on a l'intention de continuer à traiter le Schleswig comme une province danoise, ce qu'il n'est pas, et de priver ce Duché de la position qui lui est assurée par les stipulations de 1851/2. Le Schleswig est en droit, comme le Holstein, de ne point être subordonné au Royaume. Ne l'est-il pas dans le Conseil suprême? et d'ailleurs, quel effet peut-on attendre du développement d'une administration qui, déjà dans sa sphère d'action actuelle est devenue le fléau du pays? Sous ce rapport je me réserve de vous faire parvenir des renseignements ultérieurs en son temps, et je me bornerai à ajouter ici un mot sur une observation caractéristique de M. Hall. „L'exclusion du Holstein de la constitution commune est uniquement," assure-t-il, „l'oeuvre de la Confédération, et la position du Schleswig et du Royaume, *formant un ensemble constitutionnel*, ne peut avoir été atteinte par cet acte d'autorité de la Diète." C'est ainsi que parle sérieusement le Président du Ministère danois. Est-ce donc la Diète qui a empêché le Gouvernement danois de marcher dans une voie légale et de soumettre la constitution commune aux délibérations des États du Schleswig, du Holstein et du Lauenbourg? Et, si le Gouvernement danois a promulgué cette constitution, sans l'avoir soumise aux États des Duchés, peut-on contester qu'elle n'a pas de base légale? Peut-on contester en outre, que le contenu de cette constitution est en contradiction manifeste avec les transactions précitées, et que par cette constitution les Duchés, loin d'avoir obtenu la position de parité qui leur est garantie ont été subordonnés au Royaume? Et, s'il en est ainsi, comment ose-t-on dire que ce soit la Diète qui ait amené l'exclusion du Holstein de la constitution commune? En octroyant illégalement la constitution commune, en subordonnant par cette constitution les Duchés au Danemark, le Gouvernement danois n'a qu'à s'accuser lui-même des complications qui en sont résultées. ¶ M. Hall pense que, ce qu'il appelle l'ensemble constitutionnel du Schleswig et du Danemark, ne peut-être atteint par l'exclusion du Holstein et du Lauenbourg du Conseil suprême. Mais qu'est-ce que c'est que cet ensemble constitutionnel dont parle ce Ministre? On n'en trouve pas de trace dans les transactions de 1851/2. Loin de là, il ne s'agit que d'une constitution commune pour tous les pays, réunis sous le sceptre du Roi de Danemark, et il n'est pas difficile à comprendre qu'elle a perdu son caractère et son but du moment que deux de ces pays n'en font plus partie, et que, par conséquent, elle a cessé d'être commune. Vouloir conserver cette institution pour le Danemark et le Schleswig, ce serait vouloir incorporer ce Duché au Royaume, et en persistant dans cette voie, le Cabinet de Copenhague romprait les stipulations conclues avec l'Allemagne. Vous voudrez bien, M. . . ., vous inspirer de ces considérations pour rectifier les erreurs répandues par la circulaire danoise, et vous rendre l'interprète, si l'occasion s'en présente, des

No. 788. (LVIII.) Preussen, 13. April 1862.

vues que je viens de développer. Le mémoire ci-joint*) servira, d'ailleurs, à présenter sous son véritable jour la position de la Confédération Germanique relativement au Schleswig, et rien ne s'oppose à ce que vous en fassiez part au Gouvernement. . . ¶ Recevez, &c.

Bernstorff.

No. 789. (LIX.)

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an die diplomatischen Vertreter Preussens. — Zurückweisung der in dem dänischen Circular vom 25. März 1862 enthaltenen Beschuldigungen. —

Berlin, le 16 avril 1862.

No. 789. (LIX.) Preussen, 16. April 1862.

J'avais à peine terminé ma dépêche, que j'ai eu connaissance d'une nouvelle circulaire danoise ci-jointe en copie**), et qui dépasse encore en invectives la circulaire précédente. Le contenu de cette pièce se trouve déjà suffisamment réfuté par la communication que je viens d'avoir l'honneur de vous faire, et je n'ai que peu de mots à y ajouter. ¶ M. Hall s'efforce de démontrer que la Confédération Germanique aurait l'intention de traiter la question du Schleswig comme une question fédérale. Les termes mêmes de l'arrêté de la Diète prouvent le contraire. Il est superflu de revenir sur ce point. M. Hall a beau jeter les hauts cris, il ne réussira point à imprimer à la politique de l'Allemagne un caractère qui lui est étranger, et à assigner à la Diète une position qu'elle n'accepte pas; mais il ne réussira pas non plus à embrouiller les choses et à se soustraire, par des exclamations de ce genre, aux engagements que le Roi de Danemark a pris et dont la Diète est en droit d'exiger l'accomplissement. ¶ Au reste, pour ce qui concerne les formalités adoptées par la Diète à cette occasion, et auxquelles M. Hall semble attacher un si haut prix, il n'aurait pas eu besoin de se donner tant de peine pour obtenir que la protestation de la Diète fût remise au Cabinet de Copenhague par l'entremise des Représentants de Prusse et d'Autriche. C'est ce qui a eu lieu déjà, et à l'heure qu'il est M. Hall doit avoir eu la satisfaction de recevoir ce document par la voie qu'il a désignée comme la plus convenable. ¶ En terminant je ne puis passer sous silence la prétention renouvelée du Ministre danois de qualifier le Schleswig de Duché danois. Je dois maintenir la réserve que nous avons faite à cet égard par notre dépêche du 29 juin 1860***) en déclarant que la dénomination de Duché danois ou de province danoise pour le Schleswig est en contradiction ouverte avec la position qui revient à ce pays de droit et en vertu des stipulations internationales. &c.

Bernstorff.

---

*) Das bereits bei No. 247 (Bd. 2) abgedruckte Actenstück.

**) No. 320.

***) No. 247.

No. 790. (LX.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Erwiderung auf die Depesche vom 2. April, Russlands Ansicht vom Londoner Protokoll enthaltend. —

Foreign Office, April 16, 1862.

No. 790. (LX.) Gross-britannien, 16. April 1862.

My Lord, — I have to state to your Excellency, in reply to your despatch of the 2nd instant *), that Her Majesty's Government are anxious to act in entire confidence with the Russian Government in respect to the questions of Holstein and Schleswig. ¶ Her Majesty's Government agree with Prince Gortchakoff in thinking the phrase indicated by him in the notes of Austria and Prussia might be construed as implying a tendency to invalidate the declarations signed by them in London in favour of the integrity of the Danish Monarchy. Her Majesty's Government likewise agree with Prince Gortchakoff that the declarations of London contain a solemn international affirmation of a principle of very high importance to Europe, which could not be weakened by questions such as those under discussion respecting the Constitution of Schleswig. ¶ In fact the questions regarding Schleswig are of minor importance, and do not appear to Her Majesty's Government to give Germany collectively, or Austria or Prussia separately, any right to have recourse to force, the great questions of Holstein and Lauenburg being conceded by Denmark. ¶ Your Excellency will read this despatch to Prince Gortchakoff, and will give his Excellency a copy of it. ¶ I am, &c.

Russell.

Lord **Napier**, *St. Petersburgh.*

No. 791. (LXI.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Den Bundesbeschluss vom 27. März [No. 250] betreffend**).

Foreign Office, April 16, 1862.

No. 791. (LXI.) Gross-britannien, 16. April 1862.

My Lord, — The resolutions which have recently been adopted at Frankfort on the subject of Schleswig appear to Her Majesty's Government to deserve the serious consideration of the Great Powers of Europe. ¶ The German Confederation, in their sitting of the 27th of March, adopted a resolution approving of the conduct of Austria and Prussia, in respect to Schleswig. ¶ Your Excellency will recollect that, in the summer of last year, Her Majesty's Government interposed to prevent a Federal Execution in Holstein, and to bring about a direct negotiation between Germany and Denmark, on the

---

*) No. 786.

**) Depeschen ähnlichen Inhalts ergingen an die Gesandtschaften in St. Petersburg und Stockholm.

No. 791. (LXI.) Gross-britannien, 16. April 1862.

questions which had been so long in dispute. ¶ For some time this negotiation was delayed by the change which took place in the Ministry of Foreign Affairs at Berlin. ¶ When this change had been definitively settled, Denmark made her proposals respecting the German Duchies of Holstein and Lauenburg. ¶ Instead of replying directly to this overture, and saying whether the Danish proposals were sufficient, Austria and Prussia, who were charged with the negotiation, declared that the whole of the questions in dispute, including those relating to the Danish Duchy of Schleswig, must be settled at one and the same time. ¶ Her Majesty's Government would have preferred that these questions should have been settled successively; that the demands of Germany regarding the German Duchies should first have been satisfied, according to the rights and the power of the German Confederation, and that a basis of agreement having been thus attained, the questions relating to Schleswig should then have been carefully and dispassionately examined. ¶ Her Majesty's Government feared that the rights of the German Confederation, in respect to German territory, would be confounded in some degree with the question of Danish territory, in regard to which Germany could only pretend to the fulfilment of international obligations. ¶ This, it appears, is what has actually occurred, and the Diet of Frankfort, adopting the Report of its Committees, among which is the Committee of Execution, has proceeded to approve in the gross the proceedings of Austria and Prussia in regard to Holstein, Lauenburg, and Schleswig. ¶ It is true that the Diet draws a distinction, and seems to admit that on the question of Schleswig it has not any other right to interfere than that which one independent Power has to demand redress from another, on the ground of violation of engagements. But this distinction, which in the Resolutions of the German Diet is made to appear vague and shadowy, must serve as the foundation of all the proceedings of the non-German Powers. ¶ In regard to Holstein and Lauenburg, Her Majesty's Government admit unreservedly the jurisdiction of the Confederation. In so doing they act in conformity to the Treaty of London of 1852, which says in Article III: — „It is expressly understood that the reciprocal rights and obligations of His Majesty the King of Denmark, and of the Germanic Confederation, concerning the Duchies of Holstein and Lauenburg, rights and obligations established by the Federal Act of 1815, and by the existing Federal right, shall not be affected by the present Treaty.“ But the including of Holstein and Lauenburg in this Article is, in fact, the excluding of the Duchy of Schleswig. ¶ The non-German Powers, therefore, who signed the Treaty of London of 1852, are bound to look to the purpose of that Treaty. In the Preamble of the Treaty it is declared, „that the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy as connected with the general balance of power in Europe, is of high importance to the preservation of peace.“ ¶ It would seem, then, that Great Britain, France, Russia, and Sweden are bound to see that, in the course of these disputes, the integrity of the Danish Monarchy is not destroyed or impaired. ¶ This is the more necessary, as some phrases in the late Austrian and Prussian notes might possibly be interpreted to imply that the integrity of the Danish Monarchy is of less consequence than the redress of grievances in Schleswig. ¶ Her Majesty's

Government now propose, therefore, that the Governments of Austria and Prussia, and the President of the Diet of Frankfort, should be asked to define:—

No. 791. (LXI.) Gross-britannien, 16. April 1862.

1st. What they consider to be the engagements of the King of Denmark towards Germany in respect to the Duchy of Schleswig?

2nd. In what respect the King of Denmark can be held to have violated those engagements?

3rd. Whether in obliging Denmark to respect those alleged engagements, the Powers in question, namely, Austria, Prussia, and the German Confederation, have it in contemplation in any way to destroy or impair, „the integrity of the Danish Monarchy?" If the Government of the Emperor of the French agree to make these inquiries, Her Majesty's Ministers at Vienna, Berlin, and Frankfort, will be instructed accordingly. ¶ I am, &c.

Russell.

P.S.—Your Excellency is authorized to give a copy of this despatch to M. Thouvenel.

R.

The Earl **Cowley**, *Paris.*

No. 792. (LXII.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten bei dem deutschen Bunde. — Das Einschreiten des Bundes in der schleswigschen Frage betreffend. —

Foreign Office, April 23, 1862.

No. 792. (LXII.) Gross-britannien, 23. April 1862.

Sir, — I have received and laid before the Queen your despatch of the 4th instant, on the subject of the right of the Germanic Confederation to interfere in the question of Schleswig. ¶ In order to have a right to interfere in Schleswig, which is a Danish and not a German Duchy, the Diet ought to show clearly what are the obligations contracted by Denmark towards the Confederation, and in what way those engagements have been infringed. ¶ With respect to Holstein or Luxembourg, the Diet have a right to exercise the jurisdiction which lawfully belongs to the Confederation, but with respect to any part of Denmark or the Netherlands, the Confederation have no jurisdiction, and can only treat the questions that may arise on international grounds. ¶ I am, &c.

Russell.

Sir **A. Malet**, *Frankfort.*

No. 793. (LXIII.)

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserlichen Botschafter in London. — Den englischen Vorschlag zu gemeinschaftlichem Auftreten der nicht-deutschen Mächte in der deutsch-dänischen Frage betreffend. —

St.-Pétersbourg, le 25 avril (7 may), 1862.

No. 793. (LXIII.) Gross-britannien, 7. Mai 1862.

M. le Baron, — L'expédition que j'ai eu l'honneur d'adresser à votre Excellence le $\frac{4}{16}$ avril s'est croisée avec des dépêches que, sous la même date, le Comte Russell a fait parvenir à l'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique à St.-Pétersbourg et qui sont également relatives à l'affaire dano-allemande. Lord Napier a bien voulu me les communiquer, et je crois devoir les joindre à la présente. ¶ En prenant connaissance de mes dépêches du $\frac{4}{16}$ avril, le Ministre anglais aura déjà pu se convaincre qu'un parfait accord existe entre nos deux Cabinets sur la nécessité, pour les Grandes Puissances de l'Europe, de prendre en sérieuse considération la situation où les dernières résolutions adoptées à Francfort-sur-Main ont placé la question slesvigoise proprement dite; sur l'essai de la Diète d'étendre la compétence Fédérale aux affaires intérieures du Duché de Slesvig; sur la vraie signification du Traité conclu à Londres le 8 mai, 1852; enfin, sur la tendance que trahissent certains passages des dépêches austro-prussiennes des 8 et 14 février à faire envisager les engagements de Londres comme conditionnellement contractés par les deux Cours allemandes et comme étant à leurs yeux de moindre importance que le redressement de leurs griefs concernant le Slesvig. ¶ Le Comte Russell rappelle que les Puissances non-allemandes ont, d'accord avec l'Autriche et la Prusse, reconnu „que le maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise, lié aux intérêts généraux de l'équilibre européen, est d'une haute importance pour la conservation de la paix, et qu'en prenant des engagements formels en conséquence elles ont expressément réservé les droits et les obligations réciproques du Danemark et de la Confédération Germanique concernant les Duchés de Holstein et de Lauenbourg,“ sans comprendre le Slesvig dans cette réserve; et il pense que la Russie, la Grande-Bretagne et la France auraient plus particulièrement besoin de s'éclairer tant auprès des Cours de Vienne et de Berlin qu'auprès de la Diète Germanique sur leurs intentions éventuelles dans la poursuite de leur différend avec le Danemark. A cet effet le Ministre anglais propose d'adresser aux deux Puissances allemandes ainsi qu'à la Diète trois questions qui résument en quelque sorte l'ensemble de la situation actuelle de l'affaire dano-allemande et les incertitudes et doutes qui en résultent pour les autres Puissances amies du Danemark. ¶ Le Cabinet Impérial se plaît à reconnaître, M. le Baron, qu'une interpellation telle que le Comte Russell l'a formulée avertirait l'Allemagne que des tentatives que font deviner, sinon entrevoir plus clairement, ses réserves et ses insinuations, quelque vagues qu'elles soient d'ailleurs, ne passent point inaperçues chez les autres Grandes Puissances. Mais il nous paraît que pareil avertissement exprimé collectivement ne serait ni d'une utilité réellement pratique que lorsque les négociations qui se poursuivent encore seraient définitivement rompues, et

qu'il fallût renoncer à l'espoir de voir les parties arriver enfin à un arrangement à l'amiable sans une intervention plus directe des Puissances non-allemandes. A en juger par une communication française que nous avons reçue tout récemment, et dont le Cabinet Britannique a, sans aucun doute, eu connaissance, celui des Tuileries inclinerait aussi pour l'ajournement de toute démarche collective, soit protestation, soit simple interpellation, qui engagerait prématurément les Puissances intervenantes au delà du but de conciliation qu'elles ont en vue. ¶ J'aime à croire, M. le Baron, que ces considérations, que votre Excellence voudra bien présenter à l'appréciation du Ministère Britannique, en lui donnant lecture et copie de la présente dépêche, seront accueillies par lui dans le même esprit qui les a dictées. Ainsi que le Comte Russell a bien voulu l'observer, il est essentiel que les Grandes Puissances non-allemandes se montrent parfaitement d'accord tant à Copenhague que vis-à-vis de l'Allemagne, dans l'affaire du Holstein et celle du Slesvig. ¶ Recevez, &c.

No. 793. (LXIII.) Gross-britannien, 7. Mai 1862.

Gortchakoff.

Mr. le Baron **Brunnow**, *Londres.*

No. 794. (LXIV.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Erwiderung auf die vorausgehende Depesche. —

Foreign Office, May 28, 1862.

My Lord, — Baron Brunnow has read to me and given me a copy of a despatch which Prince Gortchakoff has addressed to his Excellency in reply to my instruction to your Excellency of the 16th ultimo. ¶ I inclose for your information a copy of that paper, and I have to observe thereupon that Her Majesty's Government would be unwilling to take such a step as they had suggested, unless the Government of France and Russia had been willing to act at the same time. ¶ Her Majesty's Government are happy to find that the Government of the Emperor of Russia attach the same importance which they do to the independence and integrity of Denmark. They are quite willing to postpone any communication to the German Powers until they are asked by Germany or by Denmark to take a part in these discussions. They have no wish to act prematurely on so troublesome a matter. ¶ I am, &c.

No. 794. (LXIV.) Gross-britannien, 28. Mai 1862.

Russell.

Lord **Napier**, *St. Petersburgh.*

No. 795. (LXV.)

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Die Pläne der holsteinischen Gesammtstaats-Partei betreffend. —

Copenhague, le 23 juin, 1862.

No. 795. (LXV.) Dänemark, 23. Juni 1862.

Monsieur, — Le Ministre d'Angleterre à Hanovre a dernièrement, dans le courant d'une conversation, fait voir à M. J. de Bülow certaines propositions émanées de MM. A. de Blome et C. de Plessen, lesquelles propositions auraient été communiquées aux différentes Cours et nommément à celle de St.-James. M. Howard a ajouté que, sans doute, le Comte Russell les avait soumises au Gouvernement du Roi*). ¶ Quoi qu'il en soit du reste, cette dernière supposition est dénuée de fondement. Dans une dépêche du 26 mars, M. de Bille m'a parlé, il est vrai, d'une idée que M. de Kielmansegge avait suggérée à Lord Russell, et qui, tout en laissant subsister le Rigsraad, comme Assemblée commune pour toute la Monarchie, et en respectant le principe d'une représentation d'après la population, ferait dépendre tout acte de législation commune de l'assentiment des deux tiers des voix dans le Rigsraad. Mais Lord Russell ne trouvait pas que cette solution méritât d'être soumise par lui au Gouvernement du Roi, et il se borna à la mentionner en causant sur la situation avec M. de Bille. Et lorsque plus tard j'ai cru qu'il convenait d'en toucher un mot à M. Paget, ce Ministre me dit qu'il reconnaissait parfaitement l'impossibilité d'un ordre de choses où une minorité quelconque, impuissante pour faire valoir d'une manière positive ses vues et ses idées, deviendrait pourtant le maître de la situation jusqu'à un point de pouvoir rendre impossible, non seulement toute amélioration, mais même la conduite ordinaire de l'Administration. ¶ Aussi suis-je bien loin de vouloir vous inviter à revenir dans vos entretiens sur ces propositions, que personne ne songe à soutenir, et je ne vous envoie ci-joint copie de cette pièce que comme une preuve curieuse des illusions auxquelles l'opposition holsteinoise s'abandonne encore, et de la confusion étrange de ses raisonnements, quand elle croit pouvoir se prévaloir de la correspondance diplomatique de 1851 et 1852, pour mettre en avant les prétentions qui sont formulées dans ce document. ¶ On peut en effet imaginer, ou du moins on connaît, deux différentes interprétations de cette égalité de droit qui fut énoncée dans la correspondance mentionnée comme devant former le principe fondamental de la Constitution commune à créer. ¶ Nous croyons l'égalité réalisée dès que chaque citoyen, qu'il soit habitant du Holstein ou du Royaume se trouve admis, dans la même mesure et aux mêmes conditions, à élire représentants au Rigsraad, et que mille Holsteinois délèguent exactement le même nombre de Députés à cette Assemblée que le fait une quantité égale d'habitants du Royaume. L'interprétation opposée soutient, au contraire, que le Holstein, voire même le Lauenbourg, doivent envoyer, chacun, le même nombre de membres au Rigsraad que le Royaume, et elle ne recule pas devant l'inégalité qui en résulterait, et qui serait la plus extravagante des inégalités possibles, attendu que les 1,600,000 habitants du Royaume se trouveraient n'exercer pas une plus grande mesure d'influence que les 540,000 Holsteinois et même que les 50,000 Lauenbourgeois. ¶ Ce sont là les deux seu-

*) Vergl. No. 785.

les interprétations auxquelles ce terme „égalité de droit" pourrait, à la rigueur, se prêter. Mais, pour la question de savoir par lequel de ces deux modes l'égalité désirée serait le mieux réalisée, c'est la résoudre. Personne ne s'aviserait, hors de l'Allemagne, de soutenir sérieusement que l'égalité de droits existerait là où un électeur holsteinois équivaudrait à trois électeurs du Royaume, et un Lauenbourgeois exercerait la même influence politique que trente-deux Danois. ¶ Mais le choix une fois fait entre ces deux interprétations, il n'y a plus de place possible pour ces termes moyens que l'opposition holsteinoise met en avant. Dès qu'on a reconnu que dans l'idée de la correspondance de 1851 et 1852, la représentation des différentes parties de la Monarchie serait déterminée d'après la population, on est nécessairement amené à rejeter tous ces expédients qui viennent d'être proposés comme parfaitement arbitraires, et parce que tout fondement leur fait défaut. Que l'opposition holsteinoise dise ouvertement qu'elle aspire à une autre position pour le Holstein que celle qui revient à ce Duché conformément au principe reconnu dans la correspondance de 1851 et 1852, mais qu'elle ne s'attache pas à chercher un appui là où il n'y en a point d'ombre.

No. 795. (LXV.) Dänemark, 23. Juni 1862.

C. Hall.

Mr. de Bille, *Londres.*

No. 796. (LXVI.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Vermuthung des Grafen Platen, dass Dänemark an die Incorporation Schleswigs denke. —

Hanover, July 4 (received July 7), 1862.

(Extract.) — Prince Ysenburg, the Prussian Minister at this Court, has shown Count Platen the circular despatch of M. Hall, the Danish Minister for Foreign Affairs, of the 8th of May last*), to the Danish Missions at Paris, London, St. Petersburgh, and Stockholm, on the question of the interference of the German Diet in the affairs of the Duchy of Schleswig, as well as a circular despatch, addressed by Count Bernstorff, on the 27th ultimo**), to the Prussian Representatives at the three first of those Courts, commenting upon that despatch. ¶ As both of these despatches were intended for communication to your Lordship, it would be superfluous for me to enter into their contents. ¶ I will, therefore, only remark, that from a conversation which I had on the 2nd instant with Count Platen on the subject of these despatches, of which, however, Prince Ysenburg was not authorized to give him copies, his attention has been attracted by M. Hall's observation that the moment was perhaps not far distant when the Danish Government would be under the necessity of seeking a solution of the Holstein question by other means than those hitherto employed, and by Count Bernstorff's remark that M. Hall seems to contemplate some extreme measure. ¶ Count Platen stated that, according to the intelligence he had received,

No. 796. (LXVI.) Grossbritannien, 4. Juli 1862.

*) No. 412.

**) No. 413.

No. 796. (LXVI.) Grossbritannien, 4. Juli 1862.

there was reason to apprehend that the Danish Government were about to adopt some measure which would involve an incorporation of Schleswig in Denmark. ¶ I replied, that I could not believe that the Danish Government contemplated such a step as the incorporation of Schleswig in the face of the opposition with which they must know it would be met on the parts of the Cabinets of London, Paris, and St. Petersburgh. At all events, I felt convinced that your Lordship would exert yourself to prevent it. ¶ I learn that Count Platen expressed the same apprehension to Prince Ysenburg, and stated to him his concurrence with Count Bernstorff's despatch. &c.

Howard.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 797. (LXVII.)

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Den preussischen Entwurf einer Erwiderung auf d. dänische Depesche vom 12. März*) betreffend. —

Vienna, July 10 (received July 14), 1862.

No. 797. (LXVII.) Grossbritannien, 10. Juli 1862.

(Extract.) — Count Bernstorff has communicated to the Austrian Government the draft of a reply which he has drawn up to M. Hall's despatch of the 12th of March last, on the question of the Danish Duchies. This document, which is of considerable length, purports to state categorically the conditions of the arrangement of 1852, which the Danish Government has failed, in the opinion of Count Bernstorff, to satisfy. ¶ Count Rechberg admitted to me that, while he approved the general tenour of the Prussian despatch, he thought the terms in which it was couched somewhat severe. I asked whether the despatch would be addressed to the Danish Government as an identic communication from the Cabinets of Berlin and Vienna. His Excellency replied that he had not finally determined on the form in which he should express his concurrence with the views of the Prussian Government, but he thought it would probably be by informing the Danish Cabinet that he „adhered" to the despatch of Count Bernstorff. &c.

Julian Fane.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 798. (LXVIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Den in der vorausgehenden Depesche erwähnten Entwurf einer Antwort an Dänemark betreffend. —

Berlin, July 12 (received July 14), 1862.

No. 798. (LXVIII.) Grossbritannien. 12. Juli 1862.

(Extract.) — In reply to my inquiry last evening, Count Bernstorff stated that he had submitted to the Cabinet of Vienna a draft of the answer which the Prussian Cabinet proposed to make to the last communication of the Danish

*) No. 242.

Government (in March last) on the subject of the differences between Germany and Denmark relating to the Duchies of Schleswig and Holstein. ¶ He had not yet received the answer of the Cabinet of Vienna, but he was in daily expectation of its arrival, when, if approved by the Imperial Government, it would immediately be sent to Copenhagen. ¶ I asked Count Bernstorff what was the general purport and nature of the projected communication. ¶ His Excellency replied, that it would specify the nature of the engagements taken by the King of Denmark in 1852 as regarded those Duchies, and it would call upon the Danish Government to fulfil them. ¶ I expressed a hope that they would be of a nature which could be complied with by the Danish Government, and thus effect a settlement of these long-pending and complicated negotiations. ¶ To which Count Bernstorff replied, *that Prussia only required what was her right, and what her honour demanded.* &c.

No. 798. (LXVIII.) Gross-britannien, 12. Juli 1862.

Augustus Loftus.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 799. (LXIX.)

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Erörterung des Inhaltes der diplomatischen Verhandlungen in den Jahren 1851/52. —

Berlin, 22. August 1862.

Hochwohlgeborener Herr! — Wir haben gezögert, uns über die Eröffnung auszusprechen, welche das Copenhagener Cabinet uns durch die Depesche vom 12. März*) hat zugehen lassen. Wir waren in der That genöthigt, uns ernstlich zu fragen, ob und wozu überhaupt die Fortsetzung eines Schriftwechsels noch nützen könne, welcher statt zur Annäherung, vielmehr zu einer grösseren Entfernung zu führen bestimmt scheint, weil die königlich dänische Regierung uns eine Aeusserung über ihre endlichen Absichten versagt. Auch jetzt wieder ist sie der Beantwortung der einfachen Frage:

No. 799. (LXIX.) Preussen, 22. August 1862.

> ob sie den bindenden Charakter der Vereinbarungen von 1852 überhaupt, und namentlich in Bezug auf Schleswig, anerkenne und dieselben als Basis der ferneren Verhandlungen annehme,

durch Erklärungen und Behauptungen ausgewichen, welche zum Theil allgemeiner und unbestimmter Natur sind, zum Theil sogar in Widerspruch mit einander stehen. Denn wenn der Herr Minister Hall im Eingange seiner Depesche zugiebt, dass die Verhandlungen auch die „gleichberechtigte“ Stellung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zum Gegenstande haben, welche doch der Natur der Dinge nach ohne Beziehung auf die Stellung der anderen Theile der Monarchie gar nicht zu erörtern ist; wenn er ferner seine Befriedigung darüber ausspricht, dass Preussen an dem Uebereinkommen von 1852 festhalte, und es als selbstverständlich bezeichnet, dass Dänemark jede Verpflichtung erfüllen werde; und wenn er dennoch jedes Hereinziehen des Herzogthums Schleswig in die gegen-

*) No. 242.

No. 799. (LXIX.) Preussen, 22. August 1862.

wärtigen Verhandlungen für unzulässig erklärt, so wissen wir diese Widersprüche nicht mit einander zu vereinigen. ¶ Deshalb vermögen wir in der Mittheilung vom 12. März d. J. zu unserem lebhaften Bedauern keinen Schritt vorwärts auf dem Wege der Verständigung zu erblicken; und dürfen uns deshalb um so mehr eines näheren Eingehens auf ihren Inhalt enthalten, als wir es nicht für angemessen erachten können, oft widerlegte Behauptungen zu beleuchten und Vorwürfe noch besonders zurückzuweisen, deren Grundlosigkeit wir als anerkannt ansehen. ¶ Letzteres gilt insbesondere von der auch diesmal wiederholten, aber hoffentlich nun nicht mehr wiederkehrenden Behauptung, dass der deutsche Bund seine bundesrechtliche Competenz über ein nicht zu ihm gehöriges Land ausdehnen wolle. Unter diesem Vorwand jede Verhandlung mit dem Bunde über das Herzogthum Schleswig, auch die auf vereinbarter Grundlage beruhende und einen völkerrechtlichen Charakter tragende, abzulehnen, wird der königlich dänischen Regierung nicht gelingen. ¶ Wir wollen indessen die Hoffnung auf einen gedeihlichen Erfolg der gegenwärtigen Verhandlungen auch jetzt noch nicht völlig aufgeben. ¶ Da die königlich dänische Regierung bis jetzt auf den sachlichen Inhalt des Uebereinkommens von 1852 nicht eingegangen ist und uns ihre Auffassung von den zu definitiver Ausführung desselben nöthigen Schritten nicht kund gegeben hat, so wollen wir versuchen, uns dem Ziele dadurch zu nähern, dass wir unsererseits jenen Inhalt näher beleuchten, und die nach unserer Auffassung daraus hervorgehenden Anforderungen, welche sehr einfacher und klarer Natur sind, darlegen. ¶ Wir werden hierbei nur in den einfachsten Zügen das Verabredete selbst und die daraus hervorgehenden wesentlichen Grundsätze und Bedingungen für die Ausführung hinstellen. Nähere Vorschläge über diese Ausführung selbst zu machen, können wir nicht für unsere Aufgabe erkennen. Wir halten aber an unserem unzweifelhaften Rechte fest, zu prüfen, ob die von der königlich dänischen Regierung gegebene oder gewollte Ausführung den vereinbarten Grundsätzen entspricht. ¶ Die Vereinbarung des Jahres 1852 sagt eine selbständige und eine gleichberechtigte Stellung der verschiedenen Theile der Monarchie für ihre besonderen Angelegenheiten zu und verheisst gleichermassen für die gemeinsamen Angelegenheiten eine organische und gleichartige Verbindung derselben zu einem Ganzen, in welchem kein Theil dem anderen untergeordnet oder incorporirt sein darf. ¶ Hieraus folgt in unwidersprechlicher Weise, dass das Herzogthum Schleswig in keine nähere Verbindung mit dem Königreiche Dänemark gebracht werden darf als mit dem Herzogthum Holstein, und dass keine Einrichtung getroffen werden darf, durch welche die Regierung oder die Vertretung des Königreichs auf die inneren und besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Schleswig irgend einen Einfluss gewinnen könnte. ¶ Es folgt ferner daraus, dass dem Herzogthum Holstein sein vollberechtigter Einfluss auf die gemeinsamen Angelegenheiten nicht entzogen und seine Theilnahme an denselben nicht auf einzelne Theile der Gesetzgebung oder die Votirung einzelner Beitragsquoten beschränkt werden darf, sondern dass seine Berechtigung in Bezug auf die Feststellung des gemeinsamen Budgets sowohl als in Betreff aller gemeinschaftlichen Gesetze und Massregeln dieselbe sein muss wie die der anderen Landestheile. ¶ Dasselbe gilt natürlich vom

No. 799. (LXIX.) Preussen, 22. August 1862.

Herzogthum Schleswig, und diese Forderungen auch für dieses Herzogthum geltend zu machen, sind wir, abgesehen von der Rückwirkung, welche seine Stellung auf die Stellung Holsteins mit Nothwendigkeit ausüben muss, schon durch den Wortlaut des Uebereinkommens berechtigt. ¶ Es ist weiter eine nothwendige Folgerung aus den obigen Grundsätzen, dass bei denjenigen Einrichtungen, welche die organische Gemeinschaft vermitteln und wahren sollen, jedes Princip ausgeschlossen werden muss, welches, wie das der blossen Volkszahl, die Selbständigkeit der einzelnen Länder als solcher aufhebt und die Entscheidung in eine numerische Majorität verlegt, wie sie in einem Einheitsstaate berechtigte Bedeutung haben könnte. Welcher Art auch die Gesammtverfassung sei, sie wird immer ein Correctiv enthalten müssen, durch welches die einzelnen Länder gegen eine solche Benachtheiligung durch eine ihnen fremde Majorität geschützt werden. ¶ Dieselben Grundsätze sind auf die centrale Leitung der Verwaltung anzuwenden. Das Ministerium darf in keinem andern Verhältniss zu dem Königreiche als zu den Herzogthümern stehen, und den letzteren gegenüber eine geringere Verantwortlichkeit haben als gegenüber dem ersteren. Auf die Benachtheiligung, welche die Herzogthümer durch eine Doppelstellung der dänischen Minister erleiden würden, hat schon die österreichische Depesche vom 26. December 1851 hingewiesen, und wir müssen darauf aufmerksam machen, dass es der Natur der Dinge und dem Geiste der vorliegenden Verabredungen zuwiderläuft, wenn einer von den Theilen der Monarchie in dieser centralen Leitung entweder gar nicht oder nicht durch ein ihm selbst kraft seiner Stellung und seiner persönlichen Interessen angehöriges Organ vertreten wird, wie Holstein und Lauenburg eines solchen nun schon seit längerer Zeit entbehren. ¶ Auch in dieser Beziehung stehen Schleswig durchaus dieselben Rechte wie Holstein zu. Schleswig darf so wenig als Holstein die Stellung einer dänischen Provinz bekommen — ein Ausdruck, dessen wiederholt versuchter Gebrauch in Betreff des Herzogthums Schleswig als ein durchaus unzulässiger zurückgewiesen werden muss. ¶ Wir erinnern die königlich-dänische Regierung ferner daran, dass die organischen Einrichtungen auf gesetz- und verfassungsmässigem Wege, d. h. durch die berathenden Provinzialstände der Herzogthümer Schleswig und Holstein, durch Beschlüsse des dänischen Reichstages und durch die Mitwirkung der lauenburgischen Ritter- und Landschaft herbeigeführt werden sollen. ¶ Wir erinnern endlich daran, dass die nicht-politischen Gemeinsamkeits-Verhältnisse der Herzogthümer Schleswig und Holstein bei den Verhandlungen ausdrücklich gewahrt sind, dass hierbei auf die Stellung der Universität Kiel noch besonders Bezug genommen und dass zugleich der deutschen sowohl wie der dänischen Nationalität gleiche Berechtigung und kräftiger Schutz zugesagt ist. ¶ Dies ist im Wesentlichen der sachliche Inhalt der Vereinbarungen von 1852. ¶ Wie wenig der gegenwärtige Zustand jetzt, nach zehn Jahren, denselben entspricht, ja, wie er ihnen zum Theil geradezu zuwiderläuft, das im Einzelnen nachzuweisen, wird man uns erlassen. Die factische engere Verbindung Schleswigs mit dem Königreich; der überwiegende Einfluss, welcher dem letzteren dadurch gestattet wird; die Unterordnung, in welcher Holstein in Bezug auf die gemeinsamen Angelegenheiten und namentlich in Bezug auf das

No. 799. (LXIX.) Preussen, 22. August 1862.

Budget gehalten ist; die systematische Zerstörung aller natürlichen und nachbarlichen Verbindungen zwischen Schleswig und Holstein; die Nichtachtung der Bestimmungen über die Universität Kiel; die Ueberfüllung des Herzogthums Schleswig mit dänischen Beamten in der Verwaltung, mit dänischen Geistlichen in Kirche und Schule, so wie der ganze Geist der Administration in diesem Herzogthum; endlich die Bedrückung der deutschen Nationalität und die Verletzung aller wirklichen und realen Verhältnisse durch die Aufrechterhaltung des Sprach-Edicts, sind Thatsachen, welche offenkundig zu Tage liegen, und für welche die Beweise in Jedermanns Händen sind. ¶ Und welcher, auch nur formale Rechtsstand, kann der Gesammtverfassung von 1855 beigemessen werden, die eingeführt worden ist, nachdem nur der dänische Reichstag, von dem eine frühere Vorlage verworfen war, darüber Beschluss gefasst hatte, während die Stände der drei Herzogthümer, den Verabredungen von 1852 zuwider, darüber nicht gehört, ja auch in den Provinzialverfassungen die mit den gemeinsamen Angelegenheiten zusammenhängenden Paragraphen ihrer Berathung und Begutachtung ausdrücklich entzogen worden waren? ¶ Wir sind also in unserem vollen, durch gegenseitiges Uebereinkommen verbürgten Rechte, wenn wir von der königlich-dänischen Regierung fordern, dass sie ernstliche Schritte thue, um einen jenen Grundzügen entsprechenden Zustand herbeizuführen, und dass sie, bis dies gelungen, wenigstens dasjenige vermeide oder wieder aufhebe, was in directem Widerspruch mit denselben steht. ¶ Es heisst in der That sich auf das geringste Mass des rechtlich Begründeten beschränken, wenn wir aus der Uebereinkunft von 1852 die folgenden praktischen Folgerungen ziehen:

1) dass die auf ungesetzliche Weise, nämlich ohne Anhörung der holsteinischen und schleswigschen Stände und ohne Mitwirkung der lauenburgischen Ritter- und Landschaft ins Leben gerufene gemeinschaftliche Verfassung vom 2. October 1855 ganz, also auch für Schleswig, aufgehoben werde;

2) dass zur Herstellung einer wirklich gemeinschaftlichen Verfassung den gesetzlichen Specialvertretungen sämmtlicher Theile der Monarchie zur Berathung, respective Zustimmung, ein neuer Verfassungsentwurf vorgelegt werde, worin das unbedingte Princip der Repräsentation nach Volkszahl aufgegeben sein muss;

3) dass, so lange nicht in dieser Weise ein repräsentatives Organ für die Gesammtmonarchie gebildet ist, den gesetzmässigen Specialvertretungen ein gleichmässiger Einfluss auf die gemeinsamen Angelegenheiten eingeräumt und der centralen Leitung eine gleichmässige Verantwortung für die Verwaltung dieser Angelegenheiten gegenüber den Specialvertretungen auferlegt werde;

4) dass zur Wahrung der Gleichberechtigung der Nationalitäten im Herzogthum Schleswig zunächst die Wiederherstellung des *status quo ante* 1848 hinsichtlich der Sprachverhältnisse, und sodann eine Regelung derselben durch Gesetz, unter Mitwirkung und Zustimmung der schleswigschen Ständeversammlung, eintrete.

Wir erwarten auf diese einfache und bestimmte Darlegung endlich eine ebenso einfache und bestimmte Erklärung. ¶ Der Herr Minister Hall wird uns

No. 799. (LXIX.) Preussen, 22. August 1862.

nicht den Vorwurf machen können, dass wir „beliebigen Aeusserungen in dem vorausgehenden Schriftwechsel" eine Gültigkeit beilegten, welche nur dem Uebereinkommen selbst gebühre. Die von uns angeführten Aeusserungen bilden eben das Uebereinkommen selbst; und nicht minder als ihr Wortlaut macht der Geist und Zweck der Vereinbarung unsere Auffassung derselben zur Nothwendigkeit. Dieser Zweck war kein anderer, als ein für beide Theile annehmbares Aequivalent für einen althergebrachten Zustand zu finden, dessen Fortdauer den neuen Zeitumständen und der Verwandlung der absoluten in eine repräsentative Monarchie nicht entsprechend schien. Dieser alte Zustand wurde in der Erklärung Seiner Majestät des Königs Christian VIII. vom 7. September 1846 dahin bezeichnet, „dass beide Herzogthümer (Holstein und Schleswig) bis auf Holsteins Eigenschaft als Bundesstaat und die abgesonderte Ständeversammlung, neben dem Socialnexus der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, bei gemeinsamer oder gleichartiger Gesetzgebung und Verwaltung, so weit Verfassungs-Eigenthümlichkeiten eines jeden der beiden Herzogthümer hiervon keine Ausnahme machen, alle öffentlichen Rechtsverhältnisse mit einander gemein haben." ¶ Glaubt die königlich dänische Regierung, dass Deutschland zugleich auf diesen altbegründeten Zustand und auf die als Ersatz dafür gebotenen Bürgschaften verzichten werde? Oder kann durch die zugelassene Lösung des engeren Bandes, welches bis dahin die Herzogthümer Holstein und Schleswig mit einander verknüpfte, irgend eines der von jener Verbindung unabhängigen Rechte aufgehoben worden sein, welche den beiden Ländern selbst oder Dritten in Bezug auf dieselben zustehen? ¶ Ihre Stellung in der Monarchie sollte allerdings eine veränderte werden; aber dass sie keine schlimmere, dass sie dies namentlich nicht dem Königreiche gegenüber werden sollte, das liegt in der Natur der Dinge, und das sollten die Festsetzungen von 1852 dauernd wahren. ¶ Müssen wir endlich noch besonders daran erinnern, dass die beiden deutschen Grossmächte für sich in diesen Bürgschaften zugleich die Rechtfertigung fanden für ihre Theilnahme an völkerrechtlichen Verhandlungen über die gemeinsame Erbfolge in der Monarchie, auf welche die königlich dänische Regierung so grossen Werth legte? ¶ Wir haben nur noch zwei kurze Bemerkungen hinzuzufügen. ¶ In Betreff des provisorischen Zustandes in den Bundes-Herzogthümern Holstein und Lauenburg muss als selbstverständlich vorausgesetzt werden, dass für diesen die Bundesbeschlüsse vom 8. März 1860 und 7. Februar 1861 massgebend bleiben und dass über dieselben ebenso wenig eine Transaction stattfinden kann, als eine weitere Verhandlung über Sinn und Ausführung erforderlich ist. Der Sinn ist klar, die Ausführung liegt in der Hand der königlich-dänischen Regierung. Ein durch Verletzung derselben etwa herbeigeführtes Einschreiten des Bundes würde sich anerkanntermassen ganz auf dem Gebiete der inneren bundesrechtlichen Competenz bewegen. ¶ Die andere Bemerkung betrifft die Bezugnahme des Ministers Hall auf unsere Verwahrung vom 14. Februar am Schluss seiner Depesche vom 12. März. Wir haben hier zu sagen, dass wir diese Verwahrung, welcher sich inzwischen auch die Bundesversammlung angeschlossen hat, in ihrem vollen Umfange aufrecht erhalten, und dies bei Fortsetzung der Verhandlungen als selbstverständlich voraussetzen. ¶ Ew.

No. 799. (LXIX.) Preussen, 22. August 1862.

Excellenz wollen dem königlich dänischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten von gegenwärtigem Erlass unter Mittheilung einer Abschrift Kenntniss geben. ¶ Empfangen, etc.

Bernstorff.

Herrn v. Balan, *Kopenhagen.*

No. 800. (LXX.)

ÖSTERREICH. — Denkschrift, der königl. dänischen Regierung am 26. Aug. 1862 durch den k. k. Gesandten überreicht. —

No. 800. (LXX.) Oesterreich, 26. August 1862.

Die im Herbste des verflossenen Jahres begonnenen Unterhandlungen zwischen den deutschen Mächten und Dänemark haben bis jetzt eine Annäherung der entgegenstehenden Ansichten nicht zur Folge gehabt. Sie können und werden in der That diesen so wünschenswerthen Zweck so lange nicht erreichen, als der Copenhagener Hof nicht geneigt sein wird, endlich die Unausführbarkeit des Systems anzuerkennen, welches durch das Verfassungsgesetz vom 2. October 1855 inaugurirt, durch die am deutschen Bunde verlangte Nicht-Anwendung dieses Gesetzes auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg aber bereits aufs Tiefste erschüttert worden ist. ¶ Ehe die deutschen Mächte die Anforderungen, die sie an die nächsten Entschlüsse Dänemarks zu stellen haben, nochmals bestimmt bezeichnen, ist es vielleicht an der Zeit, einen raschen Rückblick auf die Art zu werfen, wie jenes System entstanden ist, dann dessen Folgen zu betrachten, wie sie in der heutigen anormalen Lage an den Tag treten. ¶ Es ist notorisch, dass dem Verfassungsgesetze vom 2. October 1855 der Sturz desjenigen Ministeriums vorausgehen musste, welches sich die Ausführung der Vereinbarung von 1851—1852 in gutem Glauben zur Aufgabe gestellt hatte. Dieses Ministerium — an seiner Spitze stand Oersted, gewiss ein dänischer Patriot — liess sein politisches Vermächtniss zurück in dem Vortrage, mit welchem es den Entwurf der Verordnung vom 26. Juli 1854 Sr. Majestät dem Könige unterlegte. Unumwunden sprach es vor dem Monarchen die Ueberzeugung aus, dass eine Gesammtverfassung von der Art, wie sie später unter der Verantwortlichkeit anderer Minister verkündigt wurde, zur Unterordnung der deutschen Landestheile unter die dänischen führen müsse, daher weder mit der Gerechtigkeit, noch mit den gegenüber Deutschland eingegangenen Verbindlichkeiten vereinbar sei. Aber das Ministerium Oersted erlag dem Einflusse der exaltirten national-dänischen Partei, welche im Reichstag des eigentlichen Königreichs herrschte. Schon dieser äussere Hergang enthält den Beweis, dass das Werk der Nachfolger dieses Ministeriums, die Verfassung vom 2. October 1855, nicht im Einklange mit der Vereinbarung von 1851—52, sondern im Gegensatze zu derselben ins Leben trat. ¶ Nur zu sehr erwahrte sich von nun an jener warnende Ausspruch von 1854. Dänemark hatte sich gegen die deutschen Mächte verpflichtet, die Gesammtverfassung der Monarchie durch Verhandlung mit dem dänischen Reichstage und Berathung mit den Provinzialständen der Herzogthümer zu Stande zu bringen. Die Stimmen aller

No. 800. (LXX.) Oesterreich. 26. August 1862.

Landestheile sollten also über die Constituirung der Monarchie gehört werden, wie dies nicht anders als gerecht und billig war. Wie erfüllten aber die neuen Minister diese Verpflichtung? Sie verständigten sich zuerst indirect mit dem Reichstage des eigentlichen Königreichs und octroyirten dann den Herzogthümern das im specifisch-dänischen Interesse getroffene Compromiss, indem sie die Einflussnahme der Stände auf die Provinzial-Verfassungen beschränkten. Wer erinnert sich nicht jener Verhandlungen, in welchen den Ständen Schleswigs und Holsteins neue Provinzial-Verfassungen vorgelegt wurden, mit der Erlaubniss, Alles zu discutiren, nur nicht die Paragraphen, welche sich auf die Gesammtverfassung bezogen? Und nicht ohne Ursache blieb den Ständen der Herzogthümer der ihnen gebührende Einfluss auf das Zustandekommen der Gesammtverfassung vorenthalten. Nach der Vereinbarung von 1851—52 sollten die Herzogthümer als besondere Theile der Monarchie eine gleichgeordnete Stellung neben den anderen Theilen einnehmen, — das Verfassungsgesetz vom 2. October 1855 dagegen drängte sie statt dessen gegenüber dem eigentlichen Königreiche in eine Stellung beständiger Minorität, indem es einen Reichsrath schuf, von dessen 80 Mitgliedern dem Königreiche 47, den Herzogthümern zusammen 33 angehören sollten. Im Herzogthume Schleswig endlich wurde jener administrative Feldzug geführt, welcher für die dänische Sprache und Nationalität auf Kosten der deutschen Boden gewinnen sollte, aber nur so bittere und wahrlich nicht ungerechte Beschwerden gegen die Massregeln der Regierung hervorrief. ¶ Freies Gehör bei der Constituirung der Monarchie, gleichberechtigte Stellung in der Gesammtverfassung, gleiches Recht für beide Nationalitäten in Schleswig. Dies war das wahre und eigentliche Wesen der Bürgschaften, welche die deutschen Mächte nach den traurigen Kämpfen vom Jahre 1848 und 1849 zu Gunsten der Herzogthümer festgehalten hatten. Nur unter diesen Bedingungen war die frühere Verbindung Schleswigs mit Holstein aufgegeben, die Mitwirkung der deutschen Mächte zur Regelung der Erbfolgefrage zugestanden worden. Allen diesen Bedingungen aber hatte nunmehr der Copenhagener Hof unter dem Drucke der national-dänischen Partei entgegengehandelt. ¶ Man wende nicht ein, es sei dies Alles nur die unabweisliche Folge des Ueberganges zum constitutionellen Systeme gewesen. Die dänische Monarchie hatte in Bezug auf einige ihrer Bestandtheile bestimmte Verpflichtungen gegenüber dem Auslande übernommen, Verpflichtungen, die ihrer Natur nach nothwendig auch auf die verfassungsmässige Gestaltung des Ganzen Einfluss ausüben mussten. Von diesen auswärtigen Verbindlichkeiten konnte ein Wechsel des Regierungs-Princips im Innern den königlich dänischen Hof nicht befreien. Ueberdies lag der Verzicht auf die absolute Königsgewalt in den gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie auch schon der Vereinbarung von 1852 zu Grunde, und wenn die königliche Regierung später es nöthig fand, die Vertretung des Gesammtstaates mit grösseren Rechten auszustatten, als sie ursprünglich beabsichtigte, so konnte ihr Entschluss ohne Zweifel auf die Art der Ausführung jener Vereinbarung einwirken, aber keinen einzigen Punkt derselben einseitig umstossen oder ändern. Die constitutionellen Grundsätze durften nicht der Tendenz zum Deckmantel dienen, im Widerspruche mit Wort und Geist der eingegangenen Verpflichtungen

No. 800. (LXX.) Oesterreich, 26. August 1862.

dem dänischen Elemente die Herrschaft über das deutsche zu sichern. Diese Tendenz aber war es, keineswegs die blosse Thatsache des Ueberganges zu einem liberalen Regierungssysteme, welche den Handlungen der Nachfolger des Ministeriums Oersted bis zum heutigen Tage ihr charakteristisches Gepräge lieh. — ¶ Allerdings haben die dänischen Staatsmänner seit jenem Umschwung von 1855 niemals zugegeben, dass ihre Massregeln dem Abkommen Dänemarks mit den deutschen Mächten nicht entsprechend seien. Sie sind im Gegentheile nicht sparsam gewesen mit Versuchen, die Uebereinstimmung ihrer Schritte mit diesem Abkommen nachzuweisen. Nicht nur die ständischen Archive von Copenhagen, von Flensburg und Itzehoe, sondern auch alle europäischen Kanzleien sind reich an solchen Deductionen. Aber diese Ausführungen konnten ihren Zweck niemals erreichen. Die Thatsachen widerlegten sie zu laut. Weder die Stände von Holstein und von Schleswig, noch die Cabinette von Wien und Berlin, noch die deutsche Bundesversammlung liessen sich überzeugen, dass dem Uebereinkommen von 1851—52 Genüge geleistet worden sei. Es begann vielmehr jene lange Reihe von ständischen Verwahrungen und Protesten, von Einsprachen der deutschen Grossmächte, von Bundesbeschlüssen uud Executionsdrohungen, welche zuletzt die dänische Regierung nöthigten, die Verfassung vom 2. October 1855 in Holstein unb Lauenburg wieder ausser Wiksamkeit zu setzen, und dadurch den unhaltbaren Zustand herbeiführten, welchen wir heute vor Augen sehen. ¶ Wie höchst unregelmässig ist in der That dieser jetzige Zustand! ¶ Vor dem Patent vom 6. November 1858, welches für die deutschen Bundeslande Holstein und Lauenburg die oftgedachte Verfassung von 1855 wieder aufhob, hatte das Copenhagener Cabinet, wie erwähnt, sich bemüht, die Stipulationen von 1851—1852 als erfüllt darzustellen. Nach jenem Patente war Dies nicht mehr möglich. Nichts war durch die deutsch-dänischen Stipulationen klarer festgestellt worden, als dass die Theilnahme der verschiedenen Landestheile an der Gesammtverfassung der Monarchie eine gleichartige sein müsse. Schleswig durfte also nicht in anderen Verfassungsformen als Holstein in den Verband des Gesammtstaates eingezogen werden. Diese unbestreitbare Bestimmung musste vom ersten Augenblick an die Absicht der königlich dänischen Regierung, die Verfassung, die für Holstein und Lauenburg aufgehoben worden war, für Dänemark und Schleswig fortbestehen zu lassen, zu einer rechtlichen Unmöglichkeit stempeln. Keine Combination konnte unzulässiger sein als ein dänisch-schleswigscher Reichsrath, an welchem Holstein nicht Theil nahm. Mit einer Logik, welche schwer zu bekämpfen war, bewiesen die Stände von Holstein in einer Vorstellung vom 11. März 1859, diejenigen von Schleswig in einer Adresse vom 11. Febr. 1860, dass die für Holstein beseitigte Verfassung auch für Schleswig keine Gültigkeit haben könne. Ja, wenn man genau die Erklärungen prüft, welche der Minister Hall zuletzt am 12. März d. J. nach Wien und Berlin gelangen liess, so wird man erkennen, dass die Regierung Dänemarks selbst sich des vollkommenen Widerspruchs zwischen dem jetzigen *status quo* und den Rechten, welche die deutschen Mächte zu vertreten haben, bewusst ist. Denn sie spricht die Hoffnung aus, man werde sie nicht für einen Zustand verantwortlich machen wollen,

der nicht durch ihren eigenen Willen, sondern durch die Beschlüsse des deutschen Bundes herbeigeführt worden sei. Die deutschen Mächte können nimmermehr zugeben, dass das Copenhagener Cabinet sich der Verantwortlichkeit für die Folgen des seit 1855 von ihm befolgten Systems entschlagen könne. Wie dem aber auch sei, jedenfalls steht fest, dass der dermalige Zustand der Verfassungsverhältnisse der dänischen Monarchie die dem deutschen Bunde durch die Transaction von 1851/52 in Bezug auf die Herzogthümer erworbenen Rechte offen verletzt. ¶ Welche praktische Folge ergiebt sich nun zunächst aus dieser Thatsache? ¶ Es folgt daraus in unwiderleglicher Weise, dass ein Provisorium, welches die Existenz des dänisch-schleswigschen, von Holstein nicht beschickten Reichsrathes fristen soll, jedenfalls nicht anders als mit freier Zustimmung aller Betheiligten, d. h. der Stände der Herzogthümer und des deutschen Bundes, fortgesetzt oder neu eingeführt werden könnte. ¶ Denn da alle Betheiligten das Recht haben, auf sofortige Beseitigung des jetzigen Zustandes und auf definitive Erfüllung der Verbindlichkeiten Dänemarks zu dringen, so hängt es ganz von ihnen ab, die Bedingungen zu bezeichnen, unter welchen sie ein blosses Provisorium fernerhin annehmen wollen. ¶ Vergeblich beruft sich also die königlich dänische Regierung darauf, dass sie sich wiederholt bemüht habe, über die dem Herzogthum Holstein hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie provisorisch anzuweisende Stellung zu einem Einverständnisse mit den holsteinischen Ständen zu gelangen. Diese Stände gingen auf die ihnen desfalls am 2. März 1861 gemachten Vorlagen nicht ein, weil sie nicht Grund fanden, für Holstein eine unvollkommene und halbberechtigte Stellung in der Gesammtmonarchie anzunehmen, während gleichzeitig die factische Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch einen gemeinschaftlichen Reichsrath, offenbar ein Anfang von Incorporation, fortgedauert hätte. Wie konnte das Copenhagener Cabinet voraussetzen, dass die deutschen Mächte eben diese von den Ständen Holsteins bereits abgelehnten Vorlagen als eine zweckmässige Basis einer neuen Unterhandlung betrachten würden? ¶ Es ist wahr, die königlich dänische Regierung hat mit jenen Vorschlägen vom 2. März 1861 zugleich einen Versuch verbunden, sich dem Ziele der definitiven Lösung der Verfassungsfrage wieder zu nähern. Sie hat die holsteinischen Stände zu einer Aeusserung darüber aufgefordert, ob eine Theilung des Reichsraths der Verfassung vom 2. October 1855 in zwei Kammern ein Mittel sein würde, die Bedenken der Stände gegen diese Repräsentationsform zu beseitigen. Aber die Einrichtung, die sie in den Grundzügen andeutete, enthielt ebenso wenig wie das Gesetz von 1855 irgend eine Bürgschaft dafür, dass nicht den Herzogthümern bleibend und unbedingt in der Gesammtverfassung durch eine dänische Majorität das Gesetz auferlegt werden würde. Die holsteinischen Stände verneinten daher kategorisch die ihnen vorgelegte Frage. ¶ Sprechen nach so vielfachen Erfahrungen die Umstände noch nicht gebieterisch genug für eine entschiedene Aenderung des seither befolgten Systems?

Auf welchen bestimmten Bedingungen die deutschen Mächte, festhaltend an dem Uebereinkommen von 1851—52, Angesichts dieser Sachlage, mehr als je bestehen müssen, ergiebt sich von selbst aus dem vorstehenden Ueberblicke

No. 800. (LXX.) Oesterreich, 26. August 1862.

der seitherigen Geschichte dieses bedauerlichen Streites. Der Copenhagener Hof scheint sich in der folgenden Alternative zu befinden: Entweder steht ihm heute noch die Aussicht offen eine blos provisorische Regelung der Verfassungsverhältnisse Holsteins unter freier Mitwirkung der Landesvertretung dieses Herzogthums auf neuen Grundlagen zu Stande zu bringen. Er darf dann sicher nicht säumen, die hierzu erforderlichen Schritte zu thun. Oder alle Versuche in dieser Richtung sind erschöpft. Er wird sich dann nicht rasch genug entschliessen können, die Verfassung vom 2. October 1855 definitiv für alle Landestheile aufzugeben und das Werk der Constituirung der Monarchie von Neuem, diesmal aber ohne die formellen und materiellen Mängel des früheren Verfahrens zu beginnen. ¶ Die kaiserliche Regierung würde die Linie ihres Rechtes überschreiten, wenn sie über die Art der Ausführung dieses Werkes im Einzelnen nähere Vorschläge aufstellen wollte. Die Vollendung der wichtigen Aufgabe kann nur dem ernsten eigenen Willen des Copenhagener Cabinets gelingen, dieses Mal unabhängig von Partei-Einflüssen, streng im Geiste des internationalen Abkommens von 1851—52 zu handeln und mit gleicher Gerechtigkeit und gleichem Wohlwollen für die Interessen der Herzogthümer, wie für die des eigentlichen Königreiches Dänemark zu sorgen. Die österreichische Regierung kann nur die Grundbedingungen bezeichnen, welche sich aus dem Verabredeten ergeben. Diese Grundbedingungen aber bestehen darin:

1) dass der dänische Reichstag und die Stände der Herzogthümer gleichzeitig und mit gleicher Berechtigung über einen neuen Entwurf eines Verfassungsgesetzes, über die gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie gehört werden — und

2) dass in diesem Entwurfe zur Sicherstellung der Herzogthümer gegen die Gefahr einer permanenten Benachtheiligung ihrer Interessen durch eine Majorität dänischer Stimmen ein passendes Correctiv dargeboten werde.

Nicht weniger nöthig und dringend ist:

3) dass im Herzogthume Schleswig das Bestreben, durch Verordnungen und Verwaltungsmassregeln das deutsche Element zurückzudrängen, aufgegeben, der Zustand von 1847 in dieser Beziehung wieder hergestellt und zur Regelung der Sprachenverhältnisse ein Gesetz mit den Ständen Schleswigs vereinbart werde.

Dies sind die Forderungen, welche Oesterreich innerhalb des Rahmens des im Namen des deutschen Bundes erworbenen Rechtes aufzustellen hat. Die Regierung Dänemarks wird nur die wohlverstandenen Interessen des eigenen Reiches wahren, wenn sie diesen Forderungen in ihrem vollsten Umfange Genüge leistet. Mit ungeschmälerter Würde kann sie denselben gerecht werden, denn was die deutschen Mächte beseelt, ist nicht das Streben, unberechtigten Einfluss auf die inneren Angelegenheiten einer unabhängigen Monarchie auszuüben, sondern das Gefühl der Pflicht, Rechte zu schützen, die sich Deutschland nach ernsten Ereignissen und nicht ohne Opfer und Gegenleistungen ausbedungen hat. ¶ Das kaiserlich österreichische Cabinet will jedoch diese Darlegung nicht schliessen, ohne in seiner Eigenschaft als Theilnehmer am Londoner Vertrage vom Jahre 1852, eine weitere Frage zu berühren, in welcher es aller-

dings nur einen rein politischen Gesichtspunkt geltend zu machen hat. Es hat ausgesprochen, was sein Recht ist, seinen Rath möchte es noch auf einen weiteren wichtigen Punkt ausdehnen. Es fragt sich nämlich vergeblich, welches reelle Interesse die dänische Regierung noch unter den jetzigen Verhältnissen, nach Regelung der Erbfolgefrage, an dem so beharrlich von ihr verfolgten Zwecke zu nehmen habe, jede Verbindung zwischen Schleswig und Holstein abzuschneiden und dadurch mit der ganzen Vergangenheit dieser Länder zu brechen? Wenn in der That die schleswig-holsteinischen Tendenzen die Integrität der dänischen Monarchie bedrohten, so lange dieselben sich auf Verschiedenheit der Successionsrechte im herrschenden Hause stützen konnten, so ist dies jetzt nicht mehr der Fall, seit die Einheit der Thronfolge im ganzen Reiche durch einen europäischen Act gesichert ist. Anerkannt durch den Londoner Vertrag kann die Integrität der Monarchie durch die von den deutschen Unterthanen des Königs ersehnte Wiederherstellung geschichtlich berechtigter Verhältnisse nicht gefährdet, sie kann dadurch nur noch mehr befestigt werden. Man vergleiche die jetzige Lage der Herzogthümer mit dem Zustande der Dinge vor 1848. Damals hatten die dänischen Landestheile zwei getrennte Landtage wie die deutschen. Das Gleichgewicht der beiden Nationalitäten fand schon in dieser Thatsache einen bestimmten Ausdruck und eine Art von Bürgschaft. Jetzt besteht statt der beiden Landtage Jütlands und der Jnseln eine einzige dänische Reichsversammlung. Man hat also das dänische Element politisch geeinigt. Was aber das deutsche betrifft, so hat man — weit entfernt, das Gleiche zu thun — im Gegentheile den grössten Werth darauf gelegt, selbst jene administrativen Bande aufzulösen, an welche die Herzogthümer seit Jahrhunderten gewöhnt waren. Der compacten dänischen Nationalität hat man demnach die deutsche getheilt gegenüber stellen wollen. Schwerlich ist es ein Irrthum, wenn man gerade in diesem Gegensatze einen Hauptgrund der Beunruhigung in den Herzogthümern und des Misslingens der seitherigen Verfassungsversuche erblickt. Eben deshalb dürfte es aber auch unter den Mitteln der Versöhnung, welche die königlich dänische Regierung in der Hand hat, schwerlich ein wirksameres geben, als wenn sie sich entschliessen wollte, freiwillig von der Strenge jener Bedingungen abzulassen, welche die deutschen Mächte ihr im Jahre 1851 in Bezug auf die Trennung der früheren Bande zwischen den Herzogthümern Schleswig und Holstein zugestanden haben.

No. 800. (LXX.) Oesterreich, 26. August 1862.

No. 801. (LXXI.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an die königl. Gesandtschaften in Wien, Berlin und Copenhagen. — Neuer Plan einer definitiven Lösung der deutsch-dänischen Frage. —

Foreign Office, September 24, 1862.

Sir, — It appears from the accounts received from various quarters that the correspondence between Austria, Prussia, and Denmark, which it was asserted would lead to a settlement of the dispute so long subsisting between

No. 801. (LXXI.) Grossbritannien, 24. Sept. 1862.

No. 801. (LXXI.) Grossbritannien, 24. Sept. 1862.

Germany and Denmark, in regard to the obligations of Denmark in the affairs of Holstein, Lauenburg, Schleswig, and the common Constitution of the Danish Monarchy, has grown more and more bitter. The longer the lapse of time, and the further the negotiation is carried, the wider is the space which separates the two parties, and the stronger the language which they use towards each other. ¶ Upon considering, with pain and regret, this unsatisfactory aspect of the affair, and contemplating the unfavourable results which may be expected from further direct communications between Powers so adverse in their opinions, Her Majesty has directed that you should be furnished with instructions which may, it is hoped, tend to the long-desired settlement. ¶ In framing these instructions it is advisable to throw out of the calculation, in the first place, those matters upon which controversy may be said to be exhausted. ¶ The first of these matters relates to the question whether any taxes can be imposed, or any laws enacted, in Holstein or Lauenburg without the express consent of the Representatives of those Duchies. ¶ This question has been resolved in the negative by the German Confederation, of which the Duchies of Holstein and Lauenburg are members. ¶ Another question which need not be further discussed is the Constitution of 1855. ¶ It is clear that whether a representation according to numbers of the kingdom, as well as the Duchies, be a good or a bad Constitution, yet, not having been accepted by the Duchies, the Constitution of 1855 has no force in Holstein, Lauenburg, or Schleswig. ¶ Neither is it necessary to discuss the rights of Denmark in reference to her Rigsraad. It is quite clear that Denmark can legislate for herself, and impose taxes to be levied upon her own people, without the consent of Holstein, Lauenburg, or Schleswig. ¶ Two questions of great importance remain. The first regards the Duchy of Schleswig; the second, the common constitution of the Monarchy. ¶ Schleswig was formerly in a position altogether anomalous. Unconnected with the German Confederation, it was yet connected with Holstein, which formed part of that Confederation. Later arrangements have dissolved this inconvenient tie, and Schleswig is at present only connected with Holstein by non-political relations affecting the two communities. ¶ There are, however, relations between Germany and Denmark in respect to Schleswig which have given rise to the present controversy. ¶ The obligations of honour contracted by Denmark towards Schleswig, and imparted to the German Confederation as such by the King of Denmark in 1852, chiefly regard two points. The first of these is the Royal promise that Schleswig shall not be incorporated with Denmark. The second is, in substance, an engagement that the Germans in Schleswig shall be treated on an equal footing with persons of Danish or any other nationality. The grievances of which Germany complains as violations of these promises are thus summed up in the recent Prussian note of the 22nd of August: — ,,The systematic destruction of national and neighbourly connection between Schleswig and Holstein; the disregard of the determinations concerning the University of Kiel; the filling of the Duchy of Schleswig with Danish officials in the Administration, with Danish clergy in church and school, as well as the whole spirit of the Administration in this Duchy; finally, the

violation of all actual and practical relations by the maintenance of the language Edict, are matters of fact which are notoriously public, and of which the evidence is in the hands of every one.“ ¶ For all practical purposes, it would be vain to attempt a constant supervision by Germany of the nomination to civil offices of Danish officials in Schleswig, or the administration in church and school by Danish Ministers of religion. Such superintendence would lead to a constant renewal of quarrels, and a perpetuity of ill-will. ¶ The best mode, therefore, of remedying these evils for the present, and of preventing complaints for the future, is to grant a complete autonomy to Schleswig, allow the Diet of Schleswig fairly to treat, and independently to decide upon questions affecting their university, their churches and schools, the language to be used where the Danish population prevails, where the Germans preponderate, and where the races are mixed. ¶ I come lastly to the question of the Constitution, the most entangled and the most embarrassing question of all those in discussion. ¶ Treaties, Protocols, and despatches afford us little light upon this subject, and the glimmering rays which they do afford tend rather to lead us astray than to guide us right. ¶ For what could be more destructive of all union, all efficiency, all strength, and, indeed, of all independence, than to lay down as an absolute rule that no law should be passed and no Budget sanctioned unless the four States of the Monarchy all concurred? What would Austria say if she were asked to accept a Constitution which should paralyse the action of the Reichsrath at Vienna till separate Diets in Hungary, in Gallicia, and in Venetia, should have adopted the same law or sanctioned the same Budget? How would Prussia herself bear an absolute veto on the proceedings of her Parliament given to the Diet of Posen? ¶ If such a Constitution must lead to an early and decisive rupture, let us consider whether each portion might not have its due independent movement without clogging the wheels of the whole machine. For instance, if the sums required for the navy were represented by 90, of which Denmark were to furnish 60, and the other States 30, Denmark might vote, and apply her contingent of 60, independently of the vote of the other three portions. ¶ There is only one objection to be made to this suggestion which deserves consideration. ¶ If the 1,600,000 people of Denmark were taxed to pay the army and navy, and the 50,000 of Lauenburg were to refuse any grant for these purposes, a hardship would be suffered by the inhabitants of the kingdom when compared with the situation of the King-Duke's subjects in Lauenburg. ¶ The remedy for this inequality is to be found in a proposal for a normal Budget, to be laid before the Rigsraad, and before the Diets of Holstein, Lauenburg, and Schleswig, for their consent. ¶ It is obvious that the Government of an independent kingdom like Denmark must, for the maintenance of that independence, require a certain amount of expenditure for the Civil List of the Sovereign, for the Diplomatic Service, for the Army and Navy of the State. ¶ Let this be reckoned as economically as possible; for the least amount of royal dignity; for the most frugal establishments of profound peace. Obtain that sum from the four Representative Bodies. Confide its distribution to a Council of State, formed, two-thirds of Danes, and

No. 801. (LXXI.) Grossbritannien, 24. Sept. 1862.

one-third of Germans. Let the votes of this Council be taken in public, and accounts of the expenditure published yearly. ¶ The normal Budget to be voted in gross for ten years. The distribution or expenditure to be voted yearly. ¶ Extraordinary expenses beyond the normal Budget to be voted freely by the Kingdom and the three Duchies separately. ¶ The suggestions I have made may be summed up in a few words: —

1) Holstein and Lauenburg to have all that the German Confederation ask for them.

2) Schleswig to have the power of self-government, and not to be represented in the Rigsraad.

3) A normal Budget to be agreed upon by Denmark, Holstein, Lauenburg, and Schleswig.

4) Any extraordinary expenses to be submitted to the Rigsraad, and to the separate Diets of Holstein, Lauenburg, and Schleswig.

You will give a copy of this despatch to Count Rechberg (Bernstorff, Hall) and invite his serious attention to its contents. ¶ I am, &c. *Russell.*

No. 802. (LXXII.)

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin an d. königl. Min. d. Ausw. — Preussens Ansicht über den in vorstehender Depesche enthaltenen Plan*). —

Berlin, September 27 (received September 29), 1862.

No. 802. (LXXII.) Grossbritannien, 27. Sept. 1862.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship that, in conformity with the instructions contained in your Lordship's despatch of the 24th instant, I read to Count Bernstorff that despatch, and left with him a copy of it, and invited his serious attention to its contents. ¶ When I had finished reading the despatch, his Excellency begged me to thank your Lordship for this communication, in which he said the whole question was so clearly put, and which bore evident signs of the anxious wish of Her Majesty's Government to bring about a settlement of this intricate question. ¶ But, added his Excellency, goodwill on the part of Her Majesty's Government, or of that of Prussia, are of little use unless some influence is exerted at Copenhagen, in order to induce the Danish Government to come to an arrangement which can be accepted by Germany. This arrangement, he said, may be contained in your Lordship's above-named despatch; and, as far as he could judge at present, he had no objection to make to the suggestions contained in it. ¶ With regard to that sentence in which your Lordship states that the sum to be required for the Civil List, the Diplomatic Service, the Army and Navy, should be confided for distribution to a Council of State, formed of two-thirds of Danes and one-third of Germans, his Excellency remarked that there was not a proper proportion between the two. ¶ I have, &c.

The Earl **Russell**, *London*. *William Lowther.*

---

*) Am 1. October theilt Graf Russell seinen Plan und die vorliegende Depesche den Gesandtschaften in Berlin, Paris und St. Petersburg mit.

No. 803. (LXXIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Den englischen Plan vom 24. September betreffend. —

Paris, October 3 (received October 4), 1862.

No. 803. (LXXIII.) Grossbritannien, 3. Oct. 1862.

(Extract.) — In compliance with the instructions contained in your Lordship's despatch of the 1st instant, I have communicated to M. Thouvenel your despatch of the 24th ultimo to Mr. Lowther, containing suggestions for the settlement of the dispute so long subsisting between Germany and Denmark in regard to the obligations of the latter in the affairs of the Duchies; and after stating that, from information which your Lordship had received from Berlin, it was to be hoped that the Prussian Government was disposed to take a favourable view of those suggestions, I asked M. Thouvenel to support them at Copenhagen. ¶ M. Thouvenel had already received from Berlin information that your Lordship had laid before the Prussian Government a plan which, however, had not been favourably viewed. I replied that the accounts received by Her Majesty's Government were of a different complexion. M. Thouvenel rejoined, that he believed that some details had not at first been understood, and that since they had been examined into, they had given rise to objections. ¶ Guarding himself against pronouncing any opinion of their merits, M. Thouvenel said that he had no objection to recommend the suggestions of Her Majesty's Government to the serious consideration of the Government of Denmark. &c.

Cowley.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 804. (LXXIV.)

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Den englischen Plan vom 24. September betreffend. —

Vienna, October 2 (received October 6), 1862.

No. 804. (LXXIV.) Grossbritannien, 2. Oct. 1862.

My Lord, — I have had the honour of receiving your Lordship's despatch of the 24th ultimo, furnishing me with instructions which may, it is hoped, tend to the desired settlement of the dispute so long subsisting between Germany and Denmark in regard to the obligations of Denmark in the affairs of Holstein, Lauenburg, Schleswig, and the common Constitution of the Danish Monarchy. ¶ I communicated, on Tuesday last, your Lordship's above-cited despatch to Count Rechberg. His Excellency listened with great attention while I read to him this important document, and on my placing a copy of it in his hands assured me that his most serious attention should be given to its contents. I would not expect, Count Rechberg observed, that he should pronounce any opinion on a State paper of such length and of so much interest, after hearing it once read, and he would prefer reserving all expression of opinion on it to the utterance of such crude remarks as he might at present be able to offer me. ¶ I said that I entirely concurred

No. 804. (LXXIV.) Grossbritannien, 2. Oct. 1862.

in the view taken by his Excellency of the disadvantages of premature conversation on a topic of so much importance. Your Lordship's despatch, I observed, although it offered what I ventured to think a simple solution of a very complicated problem, would, nevertheless, demand the studious attention of the Imperial Government, and I thought it would be expedient that we should postpone even an interchange of ideas on its subject matter until his Excellency had been able to acquaint himself thoroughly with its details. ¶ There was only one paragraph of your Lordship's despatch on arriving at which I interrupted my reading in order to fix Count Rechberg's attention upon the coincidence of ideas which appeared to me to prevail between your Lordship and his Excellency. Your Lordship asks, „What could be more destructive of all union, all efficiency, all strength, and indeed of all independence, than to lay down, as an absolute rule, that no law should be passed, and no budget sanctioned, unless the four States of the Monarchy all concurred?“ If I was not mistaken, I observed, it was precisely because the principle condemned by your Lordship was sanctioned in the recent despatch of Count Bernstorff on the question of the Danish Duchies, that the Austrian Government had declined to sign that document in the form of an identic note, since they could not expressly advocate the application in a foreign country of a principle which they were specially employed in combating at home. ¶ Count Rechberg assented to this remark, and I continued to read from your Lordship's despatch as follows: — „What would Austria say if she were asked to accept a Constitution which should paralyse the action of the Reichsrath at Vienna till separate Diets in Hungary, in Gallicia, and in Venetia, should have adopted the same law, or sanctioned the same Budget?“ To this question, I observed, the policy which the Imperial Government was pursuing at home with so much care and perseverance furnished a conclusive reply; and Count Rechberg having assented also to this remark, I read to the close of your Lordship's despatch without further interruption. ¶ I have, &c.

Julian Fane.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 805. (LXXV.)

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Die neuesten Vorstellungen Oesterreichs und Preussens betreffend. —

Glücksborg, le 5 octobre, 1862.

No. 805. (LXXV.) Dänemark, 5. Oct. 1862.

Monsieur, — Si le Gouvernement du Roi n'a pu encore expédier sa réponse — et il n'y en a qu'une possible — aux notes des deux Puissances allemandes, vous devinez, Monsieur, qu'il n'y a d'autre raison à cela que l'absence du Roi de la capitale, qui ne permet pas la réunion du Conseil d'État nécessaire pour l'envoi de cette réponse. Car sur le fond de l'affaire la manière de voir du Gouvernement ne saurait être douteuse pour personne, pas même, j'ose le dire, pour les Gouvernements qui ont formulé des demandes si exorbitantes. ¶ Dicter au Gouvernement danois l'abolition de la Constitution commune, qui n'embrasse

plus aujourd'hui que les parties de la Monarchie qui sont en dehors de toute compétence de l'Allemagne; nous imposer, pour remplacer le régime constitutionnel, ou l'absolutisme, auquel l'esprit du peuple et le progrès de notre civilisation ne se prêterait plus, ou l'anarchie, car c'est le seul nom qu'on puisse donner à la proposition d'après laquelle chaque loi commune et chaque dépense de la Monarchie devraient être approuvées préalablement par quatre Assemblées Délibératives; vouloir enfin régler les questions purement intérieures d'une province exclusivement danoise; — voilà des exigences auxquelles le Gouvernement du Roi ne pourrait pas accéder sans abdiquer, je ne dis pas notre dignité, mais l'existence même d'un État danois indépendant de la volonté arbitraire de l'Allemagne. Mieux que tout autre Gouvernement, celui de l'Angleterre appréciera l'impossibilité qu'il y a pour le Danemark à se laisser refouler dans les formes surannées d'un pouvoir absolu. Aussi est-ce un véritable plaisir que je me rappelle combien de fois Lord Russell a reconnu et revendiqué dans les termes les plus précis l'indépendance des parties non-allemandes de la Monarchie danoise de toute intervention étrangère „qui impliquerait le mépris non seulement du droit des gens, mais encore les intérêts les plus sacrés du Nord;“ et Mr. Paget a parfaitement bien prévu les aspirations de la Confédération Germanique, lorsqu'il a dit dans sa dépêche du 3 juillet, 1860, „qu'elle ne se contenterait pas de moins que du renversement de l'organisation actuelle de la Monarchie pour retourner à l'ordre de choses existant avant 1848, et du rétablissement des rapports antérieurs entre le Slesvig et le Holstein — un arrangement auquel aucun Gouvernement danois ne pourrait être amené à se prêter, en supposant même qu'on voulût le presser pour le faire.“ ¶ Je vous prie, Monsieur, d'exprimer à Lord Russell notre espoir qu'il voudra bien continuer à nous prêter son puissant appui auprès de Puissances qui, jusqu'à présent, n'avaient peut-être pas jugé avec la même netteté que la diplomatie anglaise jusqu'où en viendraient les prétentions allemandes, et à quel point cesserait pour le Cabinet danois toute possibilité de céder. ¶ J'ai, &c.

C. Hall.

Mr. de Bille, *Londres.*

No 805. (LXXV) Dänemark, 5. Oct. 1862.

No. 806. (LXXVI.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Copenhagen. — Den Plan vom 24. September betreffend. —

Foreign Office, October 11, 1862.

Sir, — I had yesterday a long conversation with M. Bille. ¶ He began by informing me that he had been desired by M. Hall to come immediately to London, in consequence of a report sent by Captain Falbe of a despatch which I was about to send to the Great Courts recommending an abrogation of the Danish Constitution of 1855. ¶ M. Bille proceeded to say that this report had caused great alarm in the Danish Government; that they had hitherto reason to believe Her Majesty's Government favourable to the rights of Denmark. The Danish Government, upon the advice of the British Government

No. 806. (LXXVI.) Grossbritannien, 11 Oct. 1862.

No. 806. (LXXVI.) Grossbritannien, 11. Oct. 1862.

and other allies of Denmark, had complied with the requisitions of Germany in regard to Holstein and Lauenburg. Their only stronghold, at present, was the Constitution which bound together Denmark and Schleswig; this gone, the Danish Monarchy would fall to pieces. He gave me a copy of a despatch from M. Hall to this effect. *). ¶ I replied, that he would recollect the advice I had given, in behalf of Her Majesty's Government, to the Danish Government to remedy all the practical grievances of Schleswig, and thus to present an unassailable front to Germany. ¶ This advice had not been taken. ¶ I had afterwards suggested the adoption of some one of several plans, emanating from Holstein through Hanover, for a common Constitution. ¶ This suggestion was also rejected by M. Hall. ¶ It was then that Her Majesty's Government had devised a plan which, by securing on the one hand self-government to Schleswig, and on the other an adequate normal Budget to the Danish Monarchy, seemed to Her Majesty's Government to provide at once for the redress of the complaints of the German inhabitants of Schleswig and for the supplies necessary to maintain the independence and the dignity of the Danish Monarchy. ¶ I was convinced, I told M. Bille, that, when my despatch was communicated to M. Hall, his apprehensions would be diminished; and I even trusted, the plan of Her Majesty's Government, conceived in a spirit of equity and fairness, would be found to afford a reasonable basis for a definitive arrangement. ¶ M. Bille, however, continued to affirm that Denmark had taken no engagements to Germany, or to Austria and Prussia, in regard to Schleswig, and that the King of Denmark was free to do exactly as he pleased in respect to that portion of the Danish Monarchy. Adopting the language of M. Hall, he said that the adoption of any such plan as I had sketched out must lead either to absolutism or to anarchy; that absolutism was happily impossible, but the division of the Danish Monarchy into independent portions would lead to anarchy and dismemberment. ¶ I could only refer M. Bille to my despatch. ¶ I am, &c.

Russell.

Mr. **A. Paget**, *Copenhagen.*

No. 807. (LXXVII.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Den Plan vom 24. September betreffend. —

St. Petersburgh, October 6 (received October 13), 1862.

No. 807. (LXXVII.) Grossbritannien, 6. Oct. 1862.

My Lord, — In conformity with your Lordship's orders, I this forenoon imparted to Prince Gortchakoff your Lordship's despatch of the 24th September to Mr. Lowther, containing a projected basis of settlement between the Danish Government and the Duchies. ¶ Prince Gortchakoff received your Lordship's communication with satisfaction, saying that he was already acquainted with the leading points of the proposed arrangement, which he believed would obtain the support of the Imperial Government, and that he desired to be

*) No. 805.

made acquainted with the details, to which he would give his best attention. He added that he was happy to find himself on a ground where he could act in common with Her Majesty's Government. His Excellency then desired to be put in possession of the document referred to. ¶ Although not distinctly instructed to do so, I made no difficulty in leaving your Lordship's despatch to Her Majesty's Representatives in the hands of the Vice-Chancellor, expressing my hope that your Lordship's overtures would meet with his assent, and assuring him that any suggestions which he should think fit to make would have your Lordship's careful consideration. ¶ The Prince then told me that his exertions in this matter had recently been directed to two points; first, in regard to the German Powers, to move them to define exactly the engagements which, in their opinion, the Government of Denmark had contracted towards Schleswig by the declaration of 1852; and secondly, in regard to Denmark, to induce the Cabinet of Copenhagen to reply to the German communications promptly and in a conciliatory spirit, so that no imputation might be speciously cast in the Diet on its sincerity and goodwill. ¶ In elucidation of these views, the Prince permitted me to read an Instruction which he had addressed to Baron Nicolay, the Russian Envoy at Copenhagen, on the $\frac{16}{28}$th ultimo. ¶ Now, said Prince Gortchakoff, I hope we may be enabled to go further and effect something of a positive, practical character. ¶ I have, &c.

No. 807. (LXXVII.) Grossbritannien, 6. Oct. 1862.

Napier.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 808. (LXXVIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Den Plan vom 24. September betreffend. —

Vienna, October 9 (received October 13), 1862.

My Lord, — Count Rechberg having been absent from Vienna during the early part of the week, I was received on calling at the Imperial Foreign Office by Baron Meysenbug. ¶ I was glad to avail myself of the opportunity of holding some conversation with his Excellency, on the subject of your Lordship's despatch to me of the 24th ultimo, in relation to the questions at issue between Denmark and the German Confederation. ¶ I had not your Lordship's despatch with me at the time, but it had been my duty to study it maturely, and I was glad to find that Baron Meysenbug had thoroughly acquainted himself with its details. The conversation which passed between us has left a very satisfactory impression on my mind, as there was no single point on which, after some discussion, his Excellency did not appear to me to agree in the main with the ideas embodied in your Lordship's despatch. ¶ I elicited from him a very decided opinion in favour of the plan suggested by your Lordship for the future government of the Duchy of Schleswig, and a not less decided expression of concurrence with the proposal that for the future a normal Budget should be voted for the entire Monarchy, leaving extraordinary expenses to be voted sepa-

No. 808. (LXXVIII.) Grossbritannien, 9. Oct. 1862.

No. 808. (LXXVIII.) Gross-britannien, 9. Oct. 1862.

rately by the Kingdom and the three Duchies. ¶ I was not surprised to learn from Baron Meysenbug that the Imperial Government, before giving any formal expression of opinion on the project embodied in your Lordship's despatch, would first communicate with the Prussian Government. I said that I had fully expected that this would be the case, and that my principal desire, now that I had heard what I considered a very favourable opinion of the project from his Excellency, was that the Imperial Government in communicating on this subject with the Government of Prussia should use its best endeavours to cause the project to be favourably received at Berlin. ¶ His Excellency assured me that this would be the case, and I think that I am justified in concluding from his language that the Imperial Government sincerely desire to find in the proposals of Her Majesty's Government a key to the solution of a question which has been so long and so bitterly discussed. I have, however, little doubt that the course which they will pursue in this matter will depend in a great measure on that adopted at Berlin. ¶ I have, &c.

Julian Fane.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 809. (LXXIX.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Den englisehen Plan vom 24. September betreffend. —

Berlin, October 11 (received October 13), 1862.

No. 809. (LXXIX.) Gross-britannien, 11. Oct. 1862.

My Lord, — At an interview with Count Bernstorff on the 9th instant I referred to the despatch which your Lordship had addressed to Mr. Lowther of the 24th ultimo, of which a copy had been placed in his hands, suggesting certain bases for an arrangement of the differences between Germany and Denmark on the question of the Danish Duchies, and I expressed a hope that the very clear, able, and impartial views submitted in that despatch would meet with the approval of the Prussian Government. ¶ Count Bernstorff said that your Lordship's despatch had given him much satisfaction, and that it contained some valuable matter. There were one or two points on which some elucidation would be necessary, but they were matters rather of detail than of principle. He referred especially to the formation of the Council of State for the distribution of the funds voted by the several States of the Monarchy. On the whole, his Excellency expressed himself favourably on your Lordship's suggestions; but he said that, being on the eve of giving up the direction of his Ministry, he was unwilling to give any decided opinion on their practicability, and as he would shortly be in London he would wait till he had the opportunity of communicating with your Lordship verbally on this question. ¶ His Excellency further observed, that of course the Prussian Government could take no steps, and express no opinion on your Lordship's suggestions, without having previously consulted with the Cabinet of Vienna; and he said that it would be also necessary to submit the proposals to the approval of the Germanic Confederation. ¶ I observed to his Excellency

No. 809. (LXXIX.) Gross-britannien, 11. Oct. 1862.

that in your Lordship's despatch there was a point of very great importance which could not fail of being duly appreciated by the Prussian Government; I referred to the proposed elimination of Schleswig from the Constitution of 1855, and the complete autonomy conferred thereby on that Duchy. I thought this point of such importance that all minor considerations should give way, and that Germany should unhesitatingly accept the suggestions contained in your Lordship's despatch. ¶ With reference to an expression of Count Rechberg, mentioned by Count Bernstorff, against a foreign mediation in this question, I observed to Count Bernstorff that there was no question of a mediation, nor did your Lordship's suggestions in any way bear that character. Count Bernstorff admitted this, and inquired whether your Lordship's despatch to Mr. Lowther had been communicated at Copenhagen. ¶ I replied that I was uninformed on this point, but that it was of very great importance, for a successful issue to your Lordship's present endeavours to bring these differences to a final and satisfactory arrangement, that the responsibility of their rejection should not rest with Germany, and I therefore trusted that your Lordhip's suggestions would meet with a favourable reply from the Prussian Government. ¶ Count Bernstorff appeared to entertain some doubts as to whether the present moment was propitious for the step your Lordship had taken, and he seemed to consider that it would have been better to await the final issue of the negotiations now carrying on between Germany and Denmark. ¶ I observed to his Excellency that it must be clear to every one that the present direct negotiations between Germany and Denmark could lead to no positive result, unless it were to widen the breach between the dissentient parties, and to embitter their relations. It was, therefore, advisable before the honour of either party was at stake to endeavour to lay down a basis on which the two parties might agree. ¶ I also reminded his Excellency that if the non-German Powers were agreed as to a basis which would, in their opinion, reconcile these differences, and satisfy the honour and the exigencies of both parties, the hands of the Danish Ministry would be greatly strengthened, and they could more easily make the concessions required if those concessions were adopted on the advice of the European Powers, and did not bear the character of concessions demanded by Germany. ¶ I further remarked that if Germany accepted the suggestions contained in your Lordship's despatch, and without delay, the initiative of them might be left to the Cabinet of Copenhagen, and might form the answer of that Cabinet to the last communications addressed by the two German Powers to the Danish Government. At all events, I considered it of great importance that the German Powers should accept your Lordship's suggestions, and that they should do so with the least delay possible. They offered, in my opinion, the only chance, and perhaps the last chance, of an amicable adjustment of this long-pending and complicated question. ¶ I have, &c.

Augustus Loftus.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 810. (LXXX.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Den englischen Plan vom 24. September und insbesondere zwei russische Depeschen nach Copenhagen über denselben Gegenstand betreffend. —

St. Petersburgh, October 11 (received October 17), 1862.

No. 810. (LXXX.) Gross-britannien, 11. Oct. 1862.

(Extract.) — Prince Gortchakoff called me this forenoon to the Foreign Department, and read me two despatches to Baron Nicolay, on the affairs of Denmark and the Duchies. ¶ The first of these instructions was prepared some days ago, before your Lordship's last overtures had been imparted to the Vice-Chancellor. It bears, however, the date of the $\frac{\text{29th September}}{\text{11th October}}$, and will be forwarded to-day. It contains general counsels enforcing the necessity of meeting the overtures of the German Governments in a prompt and conciliatory spirit: and particularly states that the support and good offices of Russia can only be effectually given when the Danish Government shall have fulfilled its engagements to the Cabinets of Prussia and Austria in reference to Schleswig. ¶ The other despatch, of a more confidential character and of the same date, was written after the receipt of the settlement projected by Her Majesty's Government. In this document, Prince Gortchakoff reminds the Cabinet of Denmark of the strong claims which Her Majesty's Government possesses on their deference and attention by its good offices as mediator at an earlier period, and the active part which it had ever taken in the adjustment of these controversies. He advises the Government of Denmark to give up the Constitution of 1855, which offers the chief obstacle to the acceptance of an arrangement such as that proposed by your Lordship, and reminds the Danish Minister that in a despatch to M. de Plessen, the Danish Envoy here, dated the 24th May, 1861, he had stated that the resolutions of the Government of Denmark in these matters would ever be subject to the common advice of the friendly Powers. The present occasion was a fitting one for carrying these declarations into effect. ¶ Without entering into details or giving a categoric assent to the several articles of your Lordship's proposals, the opinion of Prince Gortchakoff is decidedly favourable to your Lordship's views. &c.

Napier.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 811. (LXXXI.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Den englischen Plan vom 24. September und insbesondere die Stellung Frankreichs zu demselben betreffend. —

Berlin, October 15 (received October 17), 1862.

No. 811. (LXXXI.) Gross-britannien, 15. Oct. 1862.

My Lord — The Marquis de Cadore, French Chargé d'Affaires at this Court, has received a despatch from M. Thouvenel, transmitting a copy of your Lordship's despatch (addressed to Mr. Lowther) of the 24th ultimo, suggesting the

basis of an arrangement of the differences between Germany and Denmark, and acquainting him that the French Minister at Copenhagen has been instructed to support your Lordship's suggestions and to recommend them to the serious consideration of the Danish Cabinet. ¶ From the terms of M. Thouvenel's despatch it would seem that he had not expressed any opinion to the French Minister at Copenhagen on the merits of your Lordship's overtures, but that he was merely instructed to support them, leaving their appreciation to the free judgment of the Danish Cabinet. ¶ I have, &c.

No. 811. (LXXXI.) Grossbritannien, 15. Oct. 1862.

Augustus Loftus.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 812. (LXXXII.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den Min. d. Ausw. — Den englischen Plan vom 24. September und dessen Aufnahme in Copenhagen betreffend. —

Copenhagen, October 14 (received October 20), 1862.

My Lord, — I communicated to M. Hall this day your Lordship's despatch of the 24th of September. His Excellency, as your Lordship knows, was already acquainted with its main points; and your Lordship is also aware, through the Danish Minister in London, of the view which the Danish Government take of your Lordship's proposals. Your Lordship will, therefore, be more or less prepared for the account which it is now my duty to give you of the interview which took place between M. Hall and myself. I may mention, however, at the outset that M. Hall expressed to me his intention of stating his objections to the plan proposed in a despatch to M. de Bille to be communicated to your Lordship. ¶ M. Hall was visibly agitated while I was reading the despatch, and when I gave him a copy of it, he said that he had never expected to receive such a document at the hands of Her Majesty's Government. Coming at the present moment, he considered it, he said, as the most disastrous blow that could be inflicted on the cause of Denmark, and as leading most surely, if acted upon, to absolutism or to the dismemberment of the Danish Monarchy. There could, however, be no question for himself and his colleagues of entering into these views; others might, perhaps, be found to do so, but he dreaded to think what the consequences of such a policy would be for the country. He thought, moreover, he had some right to complain that whereas this despatch had been communicated more than a fortnight ago to Berlin and Vienna, it was only now communicated to the Danish Government. He had always, he said, looked to England as the surest support of Denmark. No one had upheld more strongly than your Lordship that Germany had no rights over those parts of the Monarchy not appertaining to the German Confederation; and it was certainly, therefore, not from your Lordship that he expected a project to emanate which suggested the abolition of the common Constitution, and embodied the views of Prussia with respect to Schleswig. He regretted, he said,

No. 812. (LXXXII.) Grossbritannien, 14. Oct. 1862.

No. 812. (LXXXII.) Gross-britannien. 14. Oct. 1862.

that the King was absent from the capital, as it would be necessary for the Cabinet to take some decision. He added that he was unable to comprehend the change which had taken place in your Lordship's manner of viewing the question, and his Excellency then proceeded to discuss your Lordship's proposals in the order in which they come in the despatch. ¶ With regard to the first, he said that, although he might continue to dispute the justice of the demands of Germany with respect to Holstein and Lauenburg, nevertheless, in order to put an end to all further controversy, and in view of the actual position of affairs, the Government had come to the decision that it would be better to concede them. As far as Holstein and Lauenburg were concerned, therefore, the Danish Government was prepared to comply with the demands of the German Confederation. I understand his Excellency to mean by this that no laws will have effect in Holstein and Lauenburg which have not previously received the sanction of their Representative Bodies. ¶ With respect to the second point, the autonomy of Schleswig, the Danish Government, M. Hall said, was far from considering the present constitution of that Duchy as perfect, and it had always been their desire to amend it. They would be willing, therefore, to recognize the principle of self-government for Schleswig in the provincial affairs of the Duchy, but they could never consent to Schleswig not being represented in the Rigsraad. ¶ M. Hall's objections to the third proposal were equally applied to the fourth. He said that it would be totally impossible to get the four Assemblies to agree upon the amount of the normal Budget or upon that of the supplementary votes. He concluded by saying that the objections of Count Bernstorff to the composition of the Council of State were evidently only put forward to conceal his joy at the whole arrangement. ¶ In my reply to M. Hall, I stated, in the first place, that I believed to the period of my return to Copenhagen must be attributed the delay in making the Danish Government sooner acquainted with your Lordship's views, but I was quite certain that it arose from no want of friendly feeling towards Denmark. I said that, considering the policy recently followed by the Danish Government, I had been prepared to find that his Excellency would object to some of the points suggested by your Lordship; but I must confess that I thought the view he had taken of them as a whole was a very exaggerated one. In what way they tended either to absolutism or to the dismemberment of the Monarchy I was, I said, quite unable to comprehend. So far from their leading towards the former, it appeared to me that they would rather develop than diminish Constitutional principles; and to meet the objection of the dismemberment of the Monarchy, I pointed to the etablishment of the Council of State (composed in a manner eminently favourable to Denmark), as uniting all the different parts of the Monarchy in one body. I said that no change whatever had taken place in your Lordship's sentiments towards Denmark. That you desired now that which you had always desired—a solution of the question. That you had never bound yourself to any particular plan or system of arrangement. That you had seen with regret that the line hitherto followed was leading to no good result, and that you had, therefore, determined on drawing up what appeared to you a fair and equitable arrangement for all

No. 812. (LXXXII.) Gross-britannien, 14. Oct. 1862.

parties. That there was not a word in your despatch which indicated that your views respecting the position of Schleswig towards Germany had changed, or that you had adopted those of Prussia. With regard to the difficulty of obtaining the consent of the four Assemblies to any supplementary votes that might be required, I pointed out that, as each Assembly would only have to vote for that part of the Monarchy which it represented, without its decision affecting in any way the votes of the other Assemblies, the objection did not hold good. ¶ M. Hall said that governing with four Assemblies would be an impossibility; that they would not even agree respecting a Normal Budget. If the Normal Budget was to be, as now, merely a nominal one, recourse must be had to supplementary votes; if one sufficient to cover the expenses of the State it would be the adoption of absolute government, the chief prerogative of a Representative Assembly being that of voting the supplies. ¶ I saw it was useless to endeavour any further to bring M. Hall into your Lordship's views. Your Lordship will bear in mind that M. Hall and his Government are deeply pledged to a policy of separation from the German Duchies, entailing thereby a closer union between Schleswig and the Kingdom, and that they cannot adopt any other system without placing themselves in contradiction with the views which they have advocated both at home and abroad, and a desertion of that party in this country which has kept them in power. I am, therefore, not surprised at the perplexity which the communication of your Lordship's despatch has caused to the Cabinet, or at the manner in which M. Hall expresses himself respecting it. ¶ What may be the decision of the Cabinet as to the course now to be adopted; whether, as M. Hall appeared to hint, they will tender their resignation to the King, or whether his Excellency, in the despatch which he proposes to address to M. Bille, will make a further attempt to secure your Lordship's support to the measures upon which he says the Government have decided, I am not in a position to say; but of this I think I may speak with certainty, that if the Danish Government is now prepared, as M. Hall announced to me, to agree to the demands of Germany respecting Holstein and Lauenburg, and to grant the power of self-government to Schleswig in its provincial affairs, they are concessions entirely attributable to your Lordship's intercession, and which, I think, ought to have considerable value in the arrangement of the questions in dispute. ¶ I have, &c.

A. Paget.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 813. (LXXXIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den Min. d. Ausw. — Nochmals den Plan vom 24. September betreffend. —

Copenhagen, October 14 (received October 20), 1862.

No. 813. (LXXXIII.) Gross-britannien, 14. Oct. 1862.

My Lord, — My Russian colleague has had the goodness to read to me two despatches which he has just received from Prince Gortchakoff, respecting the affairs between this country and Germany. ¶ The first of these des-

No. 813. (LXXXIII.) Gross-britannien, 14. Oct. 1862.

patches is a reply to one addressed by Baron Nicolay to the Prince, and has for object to urge the Danish Government to fulfil all the engagements entered into with Germany at the conclusion of the Peace, whether by Treaty or otherwise; and stating that it is only on this condition that they can expect the support of the Russian Cabinet. The engagements particularly alluded to are those concerning Schleswig. Baron Nicolay is directed to read to, and leave a copy of this despatch with, M. Hall. ¶ The second despatch is in reference to your Lordship's despatch to me of the 24th ultimo, which had been communicated to Prince Gortchakoff by Her Majesty's Ambassador at St. Petersburgh. ¶ Prince Gortchakoff is of opinion that your Lordship's plan offers a fair basis for negotiation; that the principal obstacle once removed, namely, the Constitution of 1855, there will be no difficulty in coming to an understanding. And his Excellency observes, that from the interest which England has always shown in the question, and from the fact that it was under her auspices that the arrangements at the Peace were concluded, the counsels coming from her are the more worthy of attention. ¶ Baron Nicolay is not instructed to leave a copy of this despatch with M. Hall; but he is to conform his language to it in his conversations with the Danish Minister for Foreign Affairs. ¶ M. Dotézac has also received a copy of your Lordship's despatch, and he is desired to inform M. Hall that the Government of the Emperor trust that the Danish Government will give every consideration to a proposal emanating from such a quarter. ¶ I have, &c.

A. Paget.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 814. (LXXXIV.)

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Den englischen Plan vom 24. September betreffend. —

Vienna, October 16 (received October 20), 1862.

No. 814. (LXXXIV.) Gross-britannien, 16. Oct. 1862.

(Extract.) — I called upon Count Rechberg on Tuesday last, and, in the course of conversation, I said that I should be glad to learn his Excellency's opinion of the plan for the settlement of the question of the Danish Duchies embodied in your Lordhip's despatch to me of the 24th ultimo. ¶ His Excellency admitted, in the way of general criticism, that many of your Lordship's proposals possessed great practical value. He admitted that the scheme for the future government of the Duchy of Schleswig was satisfactory, and he agreed that the proposal for a normal Budget, as explained by your Lordship, was acceptable; although he added that the same idea had already been suggested in the discussion of this question, without leading to any satisfactory conclusion. ¶ His Excellency further assented to an observation of mine, that the manner in which your Lordship dealt with the question of the Constitution, by seeking to give to each portion „its due independent movement, without clogging the wheels of the whole machine,“ was of a character to command the sympathy of the Imperial Government, who were engaged in endeavouring to apply the same principle in the

internal government of the Empire. ¶ I could not consider that these admissions on the part of Count Rechberg amounted to anything but a favourable opinion of your Lordship's plan, in some of its main features; and I next endeavoured to ascertain if there were any points in it which his Excellency disapproved. ¶ There were only two points upon which I succeeded in drawing from him anything resembling a critical opinion. The first related to the proposed constitution—two-thirds of Danes and one-third of Germans—of the Council of State, to which the distribution of the normal Budget should be confided, and which, in his Excellency's opinion, gave undue preponderance to the Danish element; but, in the course of discussion, Count Rechberg remarked, that this was a question of detail, which might be accounted very capable of solution by mutual agreement. ¶ The second point on which his Excellency commented in a critical spirit, but in language which was remarkable for its extreme caution, related to the objection which might be taken to the discussion by foreign Powers of a question belonging properly to the German Confederation. I said that his Excellency's remarks referred, I presumed, exclusively to the Duchy of Holstein; to which Count Rechberg replied, that the relations subsisting between the Duchies of Schleswig and Holstein were of a character which would render it difficult to discuss the affairs of the one without trespassing on those of the other. I said that your Lordship's plan drew a very careful distinction between the two questions, by treating the affairs of Schleswig without treating the affairs of Holstein and Lauenburg, to which it proposed to give all that the German Confederation asked for them. Count Rechberg replied, that he had merely made his observation as containing a criticism which might possibly be urged in the consideration of this question: and the discussion then dropped. ¶ The conversation with Count Rechberg which I have reported, confirms my impression that the Austrian Government are inclined to view favourably your Lordship's plan; but that they will carefully guard against committing themselves to an opinion upon it, until they learn what attitude will be assumed towards it by the Cabinet of Berlin. &c.

No. 814. (LXXXIV.) Gross-britannien. 16. Oct. 1862.

Julian Fane.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 815. (LXXXV.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Den englischen Plan vom 24. September betreffend. —

Hanover, October 25 (received October 27), 1862.

My Lord, — Count Platen has learnt from his various correspondents the proposals which your Lordship has lately made to the Danish Government for the settlement of the Schleswig-Holstein question, the manner in which they have been received by the Governments of the Great Powers, and their rejection by the Danish Government. ¶ His Excellency took occasion, at an interview which I had with him yesterday, to observe that he must do your Lordship the justice to say that you appeared to be the only foreign Statesman who takes a real interest in bringing that long-pending question to a settlement. ¶ He

No. 815. (LXXXV.) Gross-britannien, 25. Oct. 1862.

No. 815. (LXXXV.) Gross-britannien, 25. Oct. 1862.

considered that your Lordship's proposals formed a fair basis for negotiation, and he had reason to believe that, although they might meet with some opposition in Holstein, they could eventually be carried in the Holstein States. ¶ Their rejection by Denmark was to be foreseen, for it was not likely that the Danish Government would give up anything except under pressure. He, therefore, hoped that, considering that according to his information your Lordship's proposals had been well received by Austria and Prussia, had been highly approved of by Russia, and would not be opposed by France, your Lordship would not allow them to drop. On the other hand, nothing could be more to be deprecated than that the Danish Government should carry out the intention attributed to them, of separating the Duchy of Holstein from the rest of the Monarchy, and of imposing upon it („octroyer") a Budget for the common affairs, because such a course would again call forth the intervention of Germany and a Federal Execution, which latter measure had hitherto been averted. ¶ I have, &c.

Henry F. Howard.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 816. (LXXXVI.)

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Den englischen Plan vom 24. September betreffend. —

Copenhague, le 15 octobre, 1862.

No. 816. (LXXXVI.) Dänemark, 15. Oct. 1862.

Monsieur, — Je crois devoir à l'intérêt que Lord Russell a toujours porté au Danemark de répondre sans délai à la dépêche ci-jointe en copie, *) que Mr. Paget m'a communiquée hier et qui a dû nous causer d'autant plus de surprise et de regret que Lord Russell avait, jusqu'à présent, exprimé des vues bien différentes de celles vers lesquelles il semble incliner aujourd'hui. ¶ Le Ministre commence dans sa dépêche par écarter la question de la position du Holstein dans la monarchie, comme ne faisant plus objet d'une discussion. A nous aussi cette question paraît épuisée, en ce sens, que la solution définitive ne dépend plus que du règlement de quelques points dont la nécessité ne saurait être méconnue. ¶ Vis-à-vis de la demande de la Diète Germanique notre attitude est nette et bien déterminée. Nous avons prouvé que la faculté que la Diète exige pour les États holsteinois de voter le Budget commun et les lois communes, en tant qu'ils regardent le Duché, est aussi contraire au droit public que la demande en est insoutenable au point de vue de la compétence de la Diète. Néanmoins, nous avons déclaré que nous serions prêts à y accéder, quelques dangers pour l'intégrité de la Monarchie que cela puisse entraîner, si cette position éventuelle du Holstein pourrait être précisée de telle sorte que le reste de la Monarchie ne fût pas réduit à une dépendance continuelle de l'Allemagne, et si, par ce sacrifice, nos rapports avec la Confédération pouvaient être rétablis sur une base durable. ¶ C'est pour bien fixer ces points que nous

*) No. 802.

sommes entrés dans les négociations actuelles avec la Prusse et l'Autriche, et l'opinion que Lord Russell émet sur la nécessité de la dite concession de notre part est accompagnée, j'en suis convaincu, d'une entière approbation des deux conditions que je viens d'indiquer. ¶ Pour ce qui est des affaires intérieures du Slesvig, nous aurions pu espérer que notre ligne de conduite n'était pas moins propre à nous assurer les sympathies du Gouvernement anglais. Les intentions qu'à l'égard de ce Duché le Roi avait spontanément exprimées dans le temps, l'engagement d'honneur, pour me servir de l'expression employée par Lord Russell, que le Roi aurait pris, ont été immédiatement et consciencieusement remplies par lui. Même pour ce qui concerne le règlement sur l'usage des deux langues, qui, je le répète aujourd'hui, n'avait nullement été mentionné dans la correspondance de 1851, le Gouvernement a scrupuleusement gardé la même mesure, puisque les dispositions aujourd'hui en vigueur sont les mêmes qui, en 1851, ne provoquèrent aucune objection. Lorsque ensuite Lord Russell recommande l'extension des libertés accordées à la Diète Provinciale du Slesvig, le Roi a déjà, dans le discours de la Couronne de cette année, annoncé cette même intention. Toutefois, un tel développement ne pourrait être que l'oeuvre de la libre volonté du Roi, et de même c'est Sa Majesté qui peut le mieux juger de l'opportunité d'une telle mesure. Le Gouvernement y procédera dès que la situation de la question holsteinoise le permettra, et dans l'organisation nouvelle qu'il compte donner alors aux États Provinciaux du Slesvig, il suivra les mêmes principes libéraux qui le guident dans toute son administration, et principalement il les suivra dans la rédaction de la nouvelle loi électorale qui forme l'élément le plus indispensable de tout nouvel ordre de choses dans le Duché. ¶ Lord Russell aborde enfin la question de la Constitution commune, en tant qu'elle regarde le Royaume et le Slesvig. Je n'ai, à cet égard, rien à ajouter à ce que vous avez déjà dit au Ministre, et vous prierez sa Seigneurie de voir, dans les explications que vous lui avez déjà présentées, l'expression définitive des vues du Gouvernement du Roi. ¶ Je n'entrerai dans aucun détail pour prouver combien peu est fondée l'objection que la Constitution eût dû être soumise au vote des différentes représentations spéciales de la Monarchie. Je l'ai déjà suffisamment démontré, mais quelqu'ait été l'avis de la Diète de Frankfort à l'égard du droit des États holsteinois, j'aime à croire que, pour ce qui concerne le Royaume et le Slesvig, Lord Russell, tout en émettant un avis, n'entend pas méconnaître le devoir impérieux qui défend au Roi de se soumettre aux arrêts de l'Allemagne pour l'appréciation de ce qu'il doit à ceux de ses États qui n'appartiennent pas à la Confédération. Aussi peu que la Constitution commune est entachée d'aucun défaut formel, aussi peu il serait possible de la remplacer par l'organisation dont Lord Russell a voulu esquisser les traits principaux, sans que la Monarchie fût dissoute et sans que cette intégrité même que le Traité de Londres avait pour but de sauvegarder fût gravement compromise. Dans sa depêche, Lord Russell a fait ressortir lui-même, avec une parfaite justesse, tout ce qu'une telle organisation comporterait de dangers pour des Monarchies étendues et puissantes. A plus forte raison, il reconnaitra sans peine, je le crois, que pour un État comme le Danemark cette organisation amènerait l'anarchie, et serait suivie de près du

No. 816. (LXXXVI.) Dänemark, 15. Oct. 1862.

démembrement complet de la Monarchie. Le maintien de la Constitution commune, pour le Royaume et le Slesvig, est donc la question de vie et de mort pour le Danemark, et autant le Gouvernement est pénétré de cette certitude, autant il est déterminé à ne point s'écarter de la ligne de conduite qui lui est tracée par cette conviction. ¶ Je vous prie, Monsieur, de donner lecture de cette dépêche au Ministre et de lui en laisser copie. Je suis profondément convaincu que, même en formulant les conseils que Lord Russell vient de nous donner, il n'a pas cru se mettre en contradiction avec les sympathies qu'il a toujours témoignées envers le Danemark. Cet intérêt sincère et le souvenir des antécédents politiques de sa Seigneurie me donnent le ferme espoir qu'il trouvera dans nos franches explications des motifs suffisants pour ne plus s'arrêter à des propositions qu'il n'a pu mettre en avant, j'en suis certain, que parce qu'il ne lui est pas aussi évident que pour nous, que leur adoption préluderait à l'anéantissement de la vie constitutionnelle du Danemark et bientôt mettrait en question l'existence même de la Monarchie. ¶ J'ai, &c.

C. Hall.

Mr. de **Bille**, *Londres.*

No. 817. (LXXXVII.)

SCHWEDEN und **NORWEGEN**. — Min. d. Ausw. an d. kön. Gesandten in London. — Den englischen Plan vom 24. September betreffend*). —

Stockholm, le 12 octobre, 1862.

No. 817. (LXXXVII.) Schweden, 12. Oct. 1862.

M. le Comte, — Nous apprenons de plus d'un côté que Lord Russell s'est occupé dernièrement d'un projet d'organisation de la Monarchie danoise, dans le but d'applanir le différend entre le Danemark et l'Allemagne, et que les bases de ce projet ont été portées préalablement et d'une manière confidentielle à la connaissance des Cabinets de Berlin, de Paris, de St.-Pétersbourg et de Vienne, avant d'être communiquées à celui de Copenhague, sous la forme de conseils à donner à ce dernier, pour un règlement définitif et satisfaisant de la question en litige. ¶ Le Gouvernment du Roi ne saurait être que reconnaissant de l'intérêt bienveillant que porte celui de Sa Majesté Britannique à cette affaire, et ne met point en doute un seul instant les vues élevées et impartiales qui auront infailliblement dicté les conseils que veut donner Lord Russell. Ceux-ci, cependant, ne nous étant connus que par un résumé fort restreint, il nous est impossible de juger en combien ils pourront offrir au Gouvernement danois cette utilité pratique qui seule pourra motiver leur adoption de sa part. Nous n'hésitons pas à dire que dans leur ensemble, tel qu'il nous a été représenté, nous nourrissons quelques appréhensions sur la possibilité de leur mise à exécution en Danemark, de

---

*) Graf Russell antwortet hierauf in einer Depesche an den englischen Gesandten in Stockholm vom 5. November, dass der Schriftwechsel mit Dänemark es unmöglich mache, „to wait for the project of the Danish Government as proposed by the Swedish Government."

même que peut-être quant à leur adoption pleine et entière du côté de l'Allemagne. Nous pouvons nous tromper; mais nous craignons que l'édifice de la Monarchie entière du „Heelstat,“ comme disent les Danois, qu'on tâche de reconstruire ne pèche trop essentiellement par la base pour que les fondements puissent jamais devenir bien solides. ¶ D'un autre côté, les nouvelles qui me parviennent de Copenhague m'affirment positivement que M. Hall qui depuis longtemps s'occupe d'un projet pour la réorganisation de la Monarchie danoise, oeuvre soumise à de grandes difficultés et qui a exigé une étude préparatoire prolongée, a déclaré que ce projet allait être incessamment achevé, et qu'il avait l'intention d'en faire part aussitôt aux Puissances amies et alliées de Danemark, dans le but si désirable d'obtenir en sa faveur leur assentiment. Cette nouvelle organisation devra être fondée sur une séparation administrative complète du Duché de Holstein du reste de la Monarchie; elle devra donner pleine satisfaction à toutes les exigences de la Confédération Germanique en ce qui concerne ce Duché, et remplir en même temps tous les engagements pris à l'égard de celui de Slesvig. ¶ Dans cet état de choses, il a paru au Gouvernment du Roi que si deux projets d'arrangement venaient aussi à se croiser ils pourraient facilement se traverser, et que le résultat attendu de l'un comme de l'autre pourrait en être compromis. Ce ne serait point là, évidemment, l'intention du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, qui ne repose que sur le désir d'amener un arrangement propre à satisfaire les deux parties. Me fondant sur cette supposition, qui pour moi est incontestable, je crois devoir vous engager, M. le Comte, à fixer l'attention de son Excellence Lord Russell sur ce point, en lui soumettant de la part de votre Gouvernement ces idées sur l'opportunité de surseoir à la communication officielle de ce projet jusqu'à ce que le Gouvernement danois ait eu l'occasion de porter à la connaissance du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, ainsi qu'à celles des autres Gouvernements alliés et amis, le projet que lui-même a élaboré. Il s'entend que ce dernier ne devrait pas tarder à être présenté, et que le délai proposé au Gouvernement Britannique ne pourrait être prolongé au-delà du terme de peu de semaines. ¶ Vous êtes autorisé, M. le Comte, à faire lecture de la présente à M. le Comte Russell, et à en laisser une copie entre ses mains, si son Excellence en exprimait le désir. ¶ Agréez, &c.

No. 817. (LXXXVII.) Schweden, 12. Oct. 1862.

Manderström.

Mr. le Comte **Wachtmeister**, *Londres.*

No. 818. (LXXXVIII.)

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in London. — Den englischen Vorschlag vom 24. September betreffend. —

Berlin, den 27. October 1862.

Ew. Excellenz ist die Depesche bereits bekannt, welche der k. grossbritannische Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten unter dem 24. v. M. an Herrn Lowther gerichtet hat, um ihm seine Ansicht über die Art und Weise mitzutheilen, wie die so lange bestehende Differenz zwischen Deutschland und

No. 818. (LXXXVIII.) Preussen, 27. Oct. 1862.

No. 818. (LXXXVIII.) Preussen, 27. Oct. 1862.

Dänemark ihre Lösung finden könne. Eine gleiche Mittheilung ist nach Wien ergangen und Lord Russell hat seine Ansicht und die darauf gegründeten Vorschläge der ernsten Aufmerksamkeit der beiden deutschen Grossmächte empfohlen. Dass ihnen diese Aufmerksamkeit unsererseits in vollem Masse zu Theil geworden ist, bedarf nicht erst der Versicherung. Jene Differenz betrifft zwar wesentlich nur die Erfüllung von Forderungen, welche zwischen Deutschland und Dänemark vertragsmässig festgestellt sind; aber wir begreifen den Wunsch befreundeter Mächte, eine Streitfrage beigelegt zu sehen, welche allerdings in ihrer weiteren Entwickelung zu sehr ernsten Folgen führen kann, da es, wie Ew. Excellenz wissen, für Deutschland unmöglich ist, Ansprüche aufzugeben, welche mit seiner ganzen politischen Stellung auf das Innigste verflochten sind. Wenn wir es, im Interesse des Friedens, für unsere Pflicht halten, jede uns dargebotene Ansicht über die Lösung der schwierigen Fragen ernstlich zu prüfen, so hat insbesondere ein von England ausgehender Vorschlag den vollsten Anspruch auf unsere eingehende Beachtung. ¶ Ich freue mich, sogleich die Ueberzeugung aussprechen zu können, dass die Depesche des Grafen Russell und namentlich die vier Punkte, in welchen zum Schluss die Vorschläge zusammengefasst sind, die Grundlage zu einer Verständigung enthalten, wenn die letzteren von der königlich dänischen Regierung rückhaltlos angenommen und alsdann auch in entsprechender Weise ausgeführt werden. ¶ Wir haben uns zwar nicht verhehlt, dass die Vorschläge Lord Russell's sich nicht streng auf der Basis der Verabredungen von 1851—52 bewegen. ¶ Niemand würde uns einen Vorwurf daraus machen können, wenn wir einfach darauf beständen, dass auch Dänemark von dieser Basis sich durchaus nicht entferne und dass, insofern Dänemark sich zu Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen ausser Stande erklärte, alsdann auch für uns jede dermalen bestehende Verbindlichkeit aufhöre, um fortan nur das alte Recht, für welches man uns ein Aequivalent dargeboten, aber nicht gewährt hat, die Grundlage unserer Forderungen und unseres Handelns sein könne. Aber wir erkennen doch auch in den Vorschlägen Lord Russell's eine Sicherstellung der wesentlichsten Zwecke und Interessen, welche bei den Verhandlungen von 1851—52 massgebend waren; und in dieser Erwägung und in unserem aufrichtigen Wunsche für die Erhaltung des Friedens dürfen wir die Berechtigung zu dem Versuche finden, das Ziel auf einem etwas abweichenden Wege zu erreichen. ¶ Wir müssen es zunächst dem k. grossbritannischen Staatssecretär Dank wissen, dass er die Frage durch Entfernung aller derjenigen Punkte vereinfacht, über welche kein Streit mehr sein kann. Wir sind in dieser Beziehung vollkommen mit ihm einverstanden, und wir haben es immer auf das Lebhafteste bedauert, wenn wir genöthigt waren, auf Verhältnisse zurückzukommen, welche an und für sich hätten klar sein sollen. Das in der Depesche vom 24. September enthaltene Anerkenntniss wird uns dessen in Zukunft überheben. ¶ Der erste dahin gehörige Satz, welcher die Erhebung von Steuern oder die Einführung von Gesetzen in Holstein und Lauenburg ohne Zustimmung der Stände ausschliesst, entspricht den Bedingungen, welche die bekannten Bundesbeschlüsse auch für den augenblicklichen provisorischen Zustand aufgestellt und deren Innehaltung wir zur Abwendung bundesmässiger Massregeln für erforderlich erklärt haben. Indem der k. grossbritannische

Staatssecretär die Sache durch die Bundesbeschlüsse für entschieden erklärt, beweist er sein vollkommenes Verständniss dieser Seite der Frage als einer rein inneren Bundesangelegenheit. ¶ Von einer nicht minder klaren Auffassung zeugt der zweite Satz, über die Nichtigkeit der Gesammtverfassung von 1855, welche Nichtigkeit das Ausscheiden Schleswigs aus dem Reichsrathe bedingt, wie dies auch in dem zweiten der resumirenden Punkte am Schlusse der Depesche noch ausdrücklich ausgesprochen ist. Es wird dem Copenhagener Cabinet schwer werden, dem Gewicht dieser einfachen, die Thatsache darlegenden Worte durch noch so künstliche Deductionen entgegenzutreten. ¶ Der dritte dieser Sätze endlich, worin die volle Selbständigkeit und Freiheit der Besteuerung und Gesetzgebung im Königreich Dänemark ausgesprochen wird, versteht sich für uns ebenso sehr von selbst; und wir sind weit davon entfernt gewesen, jemals ein Recht der Einmischung für die drei Herzogthümer in die Verhältnisse des Königreichs in Anspruch zu nehmen. ¶ Nachdem Graf Russell so diejenigen Momente entfernt hat, welche nur zu sehr zur Verdunkelung der ganzen Angelegenheit beigetragen haben, kommt er zur Darlegung seiner positiven Vorschläge in Betreff der beiden grossen Fragen über die Stellung Schleswigs und über die Regelung derjenigen Beziehungen unter den verschiedenen Theilen der Monarchie, welche die Gemeinsamkeit der Action in irgend einer Form voraussetzen. ¶ Bei der Erwähnung des ersten dieser beiden Punkte wollen wir über die Bezeichnung der Verpflichtungen Dänemarks als einer Ehrenschuld nicht rechten, wir betrachten allerdings die Erfüllung vertragsmässiger Verpflichtungen auch als eine Ehrenschuld. ¶ Lord Russell hebt auch hier wieder die beiden wesentlichen Seiten mit Klarheit hervor: die Sicherung Schleswigs gegen eine Incorporation und den Schutz der deutschen Nationalität im Herzogthum, und er glaubt für beides das geeignete Mittel in einer vollständigen Autonomie des Herzogthums zu finden, vermöge dessen es in keiner näheren politischen Beziehung zu dem Königreiche als zu den übrigen Ländern der Monarchie stehen, und selbständig über alle die Punkte zu entscheiden haben würde, in welchen die dänischen Uebergriffe bisher den Anlass zu so gerechten und leider! bis jetzt so fruchtlosen Beschwerden gegeben haben; Beschwerden, welche auf so offenkundigen Thatsachen beruhen, dass eine Ueberwachung, wie wir sie weder ausgeübt, noch in Anspruch genommen haben, zu ihrer Constatirung nicht erforderlich war. ¶ Wir erklären uns mit dem Vorschlage des Lord Russell vollkommen einverstanden. Er wird aber allerdings das Ziel nur dann erreichen, wenn seine Ausführung von Seiten der Regierung Sr. Majestät des Königs von Dänemark eine vollkommen aufrichtige ist; wenn das System der dänischen Vergewaltigung, welches bisher in Schleswig geltend gewesen, factisch aufhört, und wenn Bürgschaft gegeben wird für eine vollkommen freie Wahl und Abstimmung der Ständeversammlung, welche für alle die angegebenen Punkte entscheiden soll. Dies ist an und für sich selbstverständlich und wird namentlich auch dem k. grossbritannischen Staatssecretär so erscheinen; aber wiederholte traurige Erfahrungen nöthigen uns leider, dies noch besonders auszusprechen und es der Aufmerksamkeit des Grafen Russell dringend zu empfehlen. ¶ Die Depesche behandelt zuletzt dasjenige, was sie mit Recht als den schwierigsten und verwickeltsten

No. 818. (LXXXVIII.) Preussen, 27. Oct. 1862.

Punkt der ganzen Angelegenheit bezeichnet, nämlich die Regelung der gemeinsamen Finanzverhältnisse. ¶ Auch in dieser Beziehung kann ich mich mit den Vorschlägen wie sie in dem dritten und vierten der resumirenden Punkte am Schluss der Depesche enthalten sind, nur einverstanden erklären. Die Vereinbarung eines Normalbudgets mit den Ständen der einzelnen Länder der Monarchie, und die freie Votirung ausserordentlicher darüber hinausgehender Ausgaben durch dieselben Stände entspricht, nach unserer Ansicht, den Rechten und Interessen dieser Länder ebenso sehr, wie dem Bedürfniss der Gesammtheit, und wird, wie ich voraussetzen darf, auch in den Herzogthümern selbst keinen Widerspruch finden. Wenn die k. dänische Regierung diese Punkte, so wie die beiden ersten, rückhaltlos annimmt, so wird sich durch weitere Verständigung auch die Möglichkeit ergeben, für die Regelung der auf die Gemeinschaft bezüglichen Ausgaben eine geeignete Form festzustellen. ¶ Die in der Depesche des Grafen Russell angedeutete Modalität einer Verausgabung und Vertheilung des Normalbudgets unter Mitwirkung eines Staatsraths wird, wie ich glaube, die Anknüpfung für eine solche Verständigung darbieten können, wenn dabei der Grundsatz festgehalten wird, dass jedes der Länder vor einem ungerechten Uebergewicht der anderen sichergestellt werde. ¶ Indem ich hiernach unsere Beistimmung zu den vier Punkten, in welchen der k. grossbritannische Staatssecretär seine Vorschläge zusammenfasst, ausspreche, brauche ich wohl kaum die Bemerkung hinzuzufügen, dass wir für jetzt nur in unserem eigenen Namen sprechen können. Wir haben gegenwärtig kein ausdrückliches Mandat des Bundes, und können weder seiner Ansicht präjudiciren, noch seinen Rechten Etwas vergeben. Aber es versteht sich ebenso sehr von selbst, dass, wenn die Vorschläge Lord Russell's Annahme Seitens der k. dänischen Regierung finden, wir unsere Auffassung auch am Bunde vertreten und die Zustimmung unserer Bundesgenossen zu denselben zu erlangen uns bemühen werden. Sollte auch dieser Versuch einer Verständigung wieder an dem Mangel eines Entgegenkommens der dänischen Regierung scheitern, so bleiben natürlich die Vereinbarungen von 1851/2 und die Rechte und Ansprüche Deutschlands in voller Kraft. ¶ Ew. Excellenz ersuche ich ergebenst, sich in diesem Sinne gegen den k. grossbritannischen Staatssecretär auszusprechen, und ermächtige Sie zugleich, ihm eine Abschrift von dieser Depesche zu übergeben.

Bismarck.

Dem Hrn. Grafen v. **Bernstorff**, *London.*

No. 819. (LXXXIX.)

ÖSTERREICH. — Min. d. Ausw. an d. k. k. Geschäftsträger in London. — Den englischen Plan vom 24. September betreffend. —

Wien, 29. October 1862.

No. 819. (LXXXIX.) Oesterreich, 29. Oct. 1862.

Hr. Julian Fane hat mir die abschriftlich anliegende Depesche mitgetheilt, welche der k. grossbritannische Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten auf Befehl I. M. der Königin an ihn gerichtet hat, um den Zweck

einer endlichen Ausgleichung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Dänemark zu befördern. ¶ Wie Ew. . . . aus diesem Actenstück entnehmen werden, hat Lord Russell seine Vorschläge dadurch eingeleitet, dass er zuerst diejenigen Punkte bezeichnet hat, in welchen nach seiner Ueberzeugung bereits ein unzweifelhaftes Ergebniss aus den seitherigen Erörterungen hervorgegangen ist. Als vollkommen feststehend betrachtet er:

1) dass in Holstein und Lauenburg ohne die Zustimmung der Stände dieser Herzogthümer keine Gesetze erlassen und keine Steuern ausgeschrieben werden können,

2) dass die Gesammtverfassung vom 2. Oct. 1855, für Holstein und Lauenburg bereits förmlich aufgehoben, auch für Schleswig nothwendig unwirksam sein und bleiben müsse,

3) dass das eigentliche Königreich Dänemark berechtigt sei, unabhängig von der Zustimmung der Herzogthümer für sich selbst Gesetze zu erlassen und Steuern auszuschreiben.

Ausgehend von diesen bestimmten Sätzen hat sodann Lord Russell die Grundlinien eines neuen Plans entworfen, nach welchem die Frage wegen der Stellung Schleswigs sowie das verwickelte Problem der Herstellung einer gemeinsamen Verfassung der dänischen Monarchie zur Befriedigung beider Theile erledigt werden könnten. Diese Grundlinien fasst der k. grossbritannische Staatssecretär in folgenden vier Punkten zusammen:

1) Den Herzogthümern Holstein und Lauenburg soll alles gewährt werden, was der deutsche Bund für sie beansprucht hat; 2) Schleswig soll das Recht der Selbstregierung haben und im Reichsrath nicht vertreten sein; 3) ein Normalbudget soll von zehn zu zehn Jahren von den vier Repräsentativkörpern Dänemarks, Holsteins, Lauenburgs und Schleswigs bewilligt werden; 4) ausserordentliche gemeinsame Ausgaben bedürfen gleichfalls der Genehmigung des dänischen Reichstags und der Stände der drei Herzogthümer.

Nach aufmerksamer Erwägung dieser wichtigen Mittheilung und nach gepflogener Rücksprache mit dem königl. preussischen Hof, an welchen das Londoner Cabinet eine gleiche Eröffnung hat gelangen lassen, entspreche ich durch die nachfolgenden Bemerkungen dem Wunsche des Grafen Russell, von unsern Ansichten über seinen Plan einer Ausgleichung unterrichtet zu werden. ¶ Am Ende einer langen und unfruchtbaren Discussion zwischen den deutschen Mächten und dem Copenhagener Cabinet hat die kaiserlich österreichische Regierung sich die entschiedene Meinung gebildet: dass man, um den Schlüssel zu einer endlichen Lösung der seitherigen Verwicklungen zu besitzen, nunmehr vor allem Dänemark von der Unmöglichkeit überzeugen müsse, die Gesammtverfassung vom 2. Oct. 1855, die im Widerspruch mit den Vereinbarungen von 1851/52 eingeführt, für Holstein und Lauenburg aber bereits wieder abgeschafft worden war, als ein blos die übrigen Theile der Monarchie umfassendes Band beizubehalten. Es war dies der Hauptzweck unsers Memorandums vom August d. J. Nur zu besonderer Genugthuung hat es uns daher gereichen können, diesen Gesichtspunkt von Grossbritannien getheilt zu sehen, und, hiervon Act nehmend, stehe ich nicht an, die Ueberzeugung auszusprechen, dass die

No. 819. (LXXXIX.) Oesterreich, 29. Oct. 1862.

britische Regierung sich ein wesentliches Verdienst um die Beilegung dieser für die Ruhe Europa's bedrohlichen Streitfrage erwerben wird, wenn sie den dänischen Hof, der auf ihren Rath zu hören so viel Ursache hat, bewegen wird, definitiv auch für Schleswig die Verfassung von 1855 aufzugeben. ¶ Nicht weniger befriedigend ist es für uns, dass Lord Russell dem Rechte des deutschen Bundes volle Anerkennung zollt, die in Frankfurt bezüglich Holsteins und Lauenburgs anhängigen Fragen durch seine Beschlüsse endgültig zu entscheiden. ¶ Unsererseits sind wir weit entfernt zu bezweifeln, dass das eigentliche Königreich Dänemark sein eigenes Recht der Gesetzgebung und Besteuerung ausüben könne, ohne hiebei an die Zustimmung der Repräsentativkörper der Herzogthümer gebunden zu sein. ¶ Wir freuen uns sonach, uns mit der Regierung Grossbritanniens in denjenigen Punkten, welche sie als keiner weiteren Erörterung bedürftig annimmt, in vollständiger Uebereinstimmung zu befinden. Wir beeilen uns hinzuzufügen, dass wir für unseren Theil auch geneigt sind, in den positiven Vorschlägen, welche den zweiten Theil der Depesche des Grafen Russell bilden, eine passende und gerechte Grundlage für die definitive Beendigung der deutsch-dänischen Angelegenheit zu erblicken. ¶ Um die Verantwortlichkeit des kaiserlichen Cabinets zu decken, muss ich zwar hervorheben, dass in dieser Sache die Intercession einer dritten Macht ihre Grenze finden müsse in dem von Lord Russell selbst anerkannten Rechte des deutschen Bundes, insoweit es sich um eine innere Angelegenheit Deutschlands handelt, unabhängig von jeder fremden Einwirkung nach den Gesetzen des Bundes zu verfahren. Ich muss ferner daran erinnern, dass die Cabinette von Wien und Berlin kein ausdrückliches Mandat haben, für den deutschen Bund zu handeln, und dass sie daher nicht in dem Falle sind, irgend eine Aenderung in der rechtlichen Lage der Sache ohne Genehmigung des Bundes vornehmen zu können. Die vier Punkte, welche Lord Russell als Basis eines Ausgleichs aufstellt, treffen nicht vollkommen zusammen mit den Vereinbarungen von 1851/52, aus welchen der Bund seine Forderungen ableitet, und es steht den Regierungen von Oesterreich und Preussen nicht zu, aus eigenem Entschluss, anstatt der genauen Vollziehung dieser Vereinbarungen, einen damit nicht vollkommen identischen Vorschlag anzunehmen. Sie sind darauf beschränkt, darüber, ob ihnen ein Eingehen des Bundes auf diese veränderte Grundlage als räthlich erscheine, ihre individuelle Ansicht auszusprechen und demnächst bei ihren deutschen Bundesgenossen zu vertreten. Dies vorausgeschickt, nehme ich nicht Anstand zu bezeugen: dass nach dem Dafürhalten des kaiserlichen Cabinets die Rechte und Interessen, welche es in dieser Sache zu vertheidigen verpflichtet ist, durch eine vollständige und aufrichtige Ausführung der vier vom Londoner Cabinet aufgestellten Punkte nicht minder wirksam als durch Ausführung der Vereinbarungen von 1851/52 gewahrt werden könnten. Die kaiserliche Regierung in ihrer Friedensliebe kann einen Versöhnungsvorschlag, von welchem sie diese Ansicht hegt, und welcher die Autorität Englands für sich hat, sicherlich nur mit ihren besten Wünschen begleiten. Im Interesse des angestrebten Erfolgs glaubt sie übrigens nicht genug empfehlen zu können, dass derselbe Geist gleicher Gerechtigkeit für die verschiedenen Theile der dänischen Monarchie, welcher sich in den mehrgedachten vier Punkten unverkennbar aus-

spricht, auch die Behandlung aller derjenigen Fragen leite, welche neben diesen summarischen Punkten, oder zum Zweck der Ausführung derselben, eine Regelung erheischen werden, und von welchen Lord Russell, indem er im Text seiner Depesche die Gründung eines gemeinsamen Staatsraths bevorwortet, eine der wichtigsten angedeutet hat. ¶ Ich schliesse, indem ich wiederhole, dass die obigen Erklärungen den zwischen dem deutschen Bund und Dänemark bestehenden Verbindlichkeiten nichts von ihrer Kraft und Geltung nehmen können, und dass wir selbstredend nicht nur dem Bunde, sondern auch uns selbst es vorbehalten, ausschliesslich auf diese letzteren zurückzukommen, falls Englands versöhnliche Einflussnahme wegen mangelnden Entgegenkommens des Copenhagener Hofs ihren Zweck nicht erreichen sollte. ¶ Ew. . . . wollen sich im Sinne dieser Bemerkungen gegen den königl. grossbritannischen Staatssecretär aussprechen, auch Sr. Excellenz eine Abschrift des gegenwärtigen Erlasses zur Verfügung stellen. ¶ Empfangen, etc. etc.

No. 819. (LXXXIX.) Oesterreich, 29. Oct. 1862.

Rechberg.

Dem Hrn. Grafen **von Wimpffen**, *London.*

No. 820. (XC.)

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Den englischen Plan vom 24. September betreffend. —

Paris, November 4 (received November 5), 1862.

(Extract.) — M. Drouyn de Lhuys mentioned to me this afternoon that the Danish and Swedish Chargés d'Affaires had been with him to express the deep emotion with which their respective Governments had received your Lordship's proposals for the settlement of the Holstein question. His Excellency said that he had endeavoured to calm their anxiety, calling to their recollection that proposals emanating from a Power so friendly towards Denmark as was Great Britain, and supported by another Power equally friendly as was Russia, merited the most careful examination. etc.

No. 820. (XC.) Grossbritannien, 4. Nov. 1862.

Cowley.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 821. (XCI.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Den englischen Plan vom 24. September betreffend*). —

Foreign Office, November 8, 1862.

My Lord, — I have the honour to transmit to your Excellency copies of the further correspondence which has taken place with Austria, Prussia, and Denmark, on the subject of the Danish Duchies. ¶ My reply to the last communica-

No. 821. (XCI.) Grossbritannien, 8. Nov. 1862.

*) Eine Depesche ähnlichen Inhalts erging an die Gesandtschaft in St. Petersburg.

No. 821. (XCI.) Gross-britannien, 8. Nov. 1862.

tion from the Danish Government has not yet been sent. If Her Majesty's Government could be assured that the fair and moderate proposals they have made would be supported at Copenhagen by the French and Russian Governments, it might be hoped that this long and vexatious controversy might reach its termination. Her Majesty's Government are persuaded that the fears of anarchy or absolute government expressed by the Danish Government have no real foundation. The self-government to be allowed to the Diet of Schleswig could not lead to such disastrous results. The people of Schleswig are industrious, quiet, and peaceable. They would not easily be led into riot or rebellion. ¶ On the other hand, if the German Duchies are not satisfied, it will be difficult for the Danish Government to obtain from Holstein those supplies which, according to the demands of the German Confederation, must be freely granted with the full consent of the Diet of Holstein. ¶ In face of all the difficulties of this question, bearing in mind on one side the Declaration in the Treaty of London of May 1852, ,,that the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy, as connected with the general interests of the balance of power in Europe, is of high importance to the preservation of peace,“ and respecting, at the same time, the incontestable rights of the German Confederation in the Duchies of Holstein and Lauenburg, Her Majesty's Government are persuaded that no more equitable and practical solution will be found than that which Her Majesty has proposed. ¶ I am, &c.

Russell.

The Earl *Cowley*, *Paris.*

No. 822. (XCII.)

PREUSSEN. — Botschafter in London. — Memorandum, betreffend die diplomatischen Verhandlungen von 1851/52, dem Grafen Russell überreicht am 14. Nov. 1862. —

No. 822. (XCII.) Preussen, 14. Nov. 1862.

An assertion has been repeatedly advanced by the Government of His Danish Majesty, to the effect that Denmark, in the negotiation of 1851 and 1852, did not enter into any engagements towards the German Confederation respecting the political status of the Duchy of Schleswig. ¶ The contrary of this assertion is undeniably proved to be the fact by the contents of the despatches interchanged between Copenhagen, Vienna, and Berlin, in the months of December 1851 and January 1852. ¶ His Danish Majesty, founding his claim upon the tenor of Clause 4 of the Treaty of Peace of July 2, 1850, had called for the intervention of the German Confederation to restore him to the possession of the Duchy of Holstein. Compliance with this desire, in accordance with the stipulations contained in the clause just quoted, as also pursuant to clause 27 of the Acte Final of Vienna, of May 15, 1820, mainly depended upon the readiness of the King to inform the German Confederation of his resolves respecting the future pacification of the Duchy. ¶ On the 26th August, 1851, the Danish Government addressed its first declaration upon this subject to the Courts of Berlin and Vienna, that had been authorised by the Confederation to

No. 822. (XCII.) Preussen, 14. Nov. 1862.

conduct the necessary negotiations. This declaration the Courts just named considered to be insufficient to cause them to take measures for the restoration of His Majesty's power over the Duchy. ¶ In reply to their refusal to entertain the desire of the Danish Cabinet, the latter issued its despatch of December 6. 1851. ¶ Germany, it was maintained in this despatch, could not require any binding engagement on the part of Denmark respecting the nature of the measures to be adopted for the future pacification of the Duchy; nor was Denmark in a position to enter into any engagements to this effect. But a confident hope was expressed at the same time, that, in the event of the Royal desire being complied with by the restoration to His Majesty of the full and sovereign power over the Duchy, the King would find it possible in a short time to increase the moral guarantees supporting the existence of his Monarchy, both as regards the mutual relation between its various component parts and the preservation of peace for the whole. But it was a condition inherent to the very nature of such guarantees — thus the despatch went on — that they could only be tendered voluntarily, and without any compulsion, ¶ For the better information of the Courts above named, the intentions of the King were confidentially explained in a special inclosure of the despatch (marked No. 2), and the assurance was added, that eventually no hesitation would be experienced by His Majesty to carry out the views thus communicated. ¶ These views were couched in a series of clauses, each bearing upon a separate subject, and all properly defined; but their interest for the purposes of this Memorandum is limited to those parts relating to Schleswig exclusively. In this particular subject the following passages occurred in the inclosure: —

,,1) If, from a regard for the advice and the expressed desire of his illustrious allies, the resolution has been arrived at by His Majesty to govern not only the Duchy of Holstein, but also the Duchy of Schleswig, for the present in the capacity of an absolute King, with the co-operation only of consultative Provincial Diets, such resolution, as far as the Duchy of Schleswig is affected by it, mainly proceeds from the free and unrestricted exercise of the sovereign power of the Crown. Nor is any intention entertained by His Majesty to further or bring about by this means the re-institution of Provincial Diets in the Kingdom of Denmark, together with the abolition of the Charter enacted for the latter, and retaining its full validity. It is, on the contrary, the object of His Majesty, in taking this step, to secure in a legal and constitutional way, that is, with the concurrence of the consultative Provincial Diets, as far as regards each of the two above-mentioned Duchies, by the enactments of the Riksdag for the Kingdom, and with the co-operation of the Ritter and Landschaft in Lauenburg, the formation of one united monarchy by the creation of an organic and analogous constitutional tie between its different parts.

,,2) While abiding by his former promise, that the Duchy of Schleswig is neither to be incorporated with the Kingdom, nor any measures taken, having that incorporation for their object, the King, on the other hand, will not sanction any proposal resulting in the fusion of Holstein and Schleswig into one body public, or at all conducive to the institution of a different or nearer

No. 822. (XCII.) Preussen, 14. Nov. 1862.

connection between these Duchies than will now or at a later period exist between either and the Kingdom of Denmark, &c.“

In clause 3 it is furthermore stated, that there is nothing in the preceding clause militating against the continuance between the two Duchies of such ties as result from a similarity of territorial and industrial conditions existing between border countries. Nor would there be any cause for official interference with institutions of a non-political nature that were common traditions to both countries, or that were founded upon common rights or privileges of certain classes in either of them.

Besides, in clause 4, it was declared as a necessary presupposition of all agreements, that the German Diet should not maintain any claim of legal interference with the condition of the Duchy of Schleswig, which, it was alleged, is a country entirely subject to the dictates of the Danish Crown.

But these proposals retaining the point of view originally taken by the Danish Government, and including no binding engagements whatever, met with the distinct refusal of the German Powers equally as at first. ¶ The following unmistakeable passages occur in the reply given by the Austrian Court to the Danish proposals, under date Vienna, December 26, 1851: — . . . „that, in order to accelerate the ultimate settlement of the matter, we shall readily speak out our opinion upon the intention of His Danish Majesty, now communicated to us, but we cannot do this except upon the supposition to have before our eyes a declaration, considered to embody a binding engagement by the Government who made it, and the fulfilment of which is consequently ensured to all parties concerned. ¶ Convinced as we are, that the solution of existing difficulties could not be long delayed after an agreement had been arrived at between the German Powers and the Danish Cabinet, concerning the nature of the steps to be taken by the latter for this purpose, we do not apprehend that, in the event of so auspicious an issue, any hesitation would be experienced by the Danish Government to make a distinct promise, guaranteeing the actual carrying out of the steps in question.“ ¶ Again it is said in another part of the same despatch: — „After thus defining once more the point of view we have adopted in this matter, we have much pleasure in being able to say, that, apart from the question of obligatory engagements, we do acknowledge these resolutions to include an attempt at a reconciliation of conflicting views, in accordance with the altered circumstances of the case. ¶ In the inclosed Memorandum, which takes up the arguments of Inclosure No. 2 of the Danish despatch clause by clause, are explained the motives of our assent, as well as the expectations we entertain in the event of the proposals being properly carried out.“ ¶ From the Memorandum just quoted, we extract the following: —

„1) The Imperial Court receives with satisfaction the announcement of the resolution of His Majesty the King of Denmark to restore to action, not only in the Duchy of Holstein, but also in that of Schleswig, the Provincial Diets forming part of the legitimate institutions of these countries. And if the intention has been simultaneously announced by His Majesty to introduce in a

legal and constitutional manner, that is, after consulting upon the subject with the Provincial Diets of the Duchies above mentioned, an organic and analogous constitutional tie connecting his various territories, and transforming them into one united Monarchy, the Imperial Court cannot but regard the Royal intention as aiming at the fulfilment of a necessary and unavoidable task, &c. ¶ As sincerely, however, as it is the wish of His Majesty the Emperor that the quiet and prosperity of the Danish realm should be consolidated as soon as possible, by a definitive organisation corresponding to its peculiar circumstances, so confidently it is, on the other hand, expected by His Majesty that in the endeavours directed towards this important object, no exclusive privileges whatever will be granted by the Danish Government to the institutions conferred upon the Kingdom of Denmark Proper during the last few years; but that the Danish Government will, as the only standard to be safely relied upon, allow themselves to be guided in these endeavours by the permanent and fundamental interests of the entire Monarchy, and the important object of strengthening the ties between its various component parts. Once satisfied upon this head, His Majesty will not hesitate to contribute to the consolidation of their connection, by taking part in the international guarantee for a common succession, to be given in concert with other allied Powers.

„2) The declaration of His Majesty the King of Denmark, that the Duchy of Schleswig shall be neither incorporated with the Kingdom, nor any steps taken having that incorporation for their object, has been received with feelings of gratification by the Imperial Court. This declaration is considered by the Imperial Court to include a new confirmation of a promise to the same effect which, being originally given to his subjects by the late King Christian VIII, was, immediately after the conclusion of the Treaty of Peace of the 2nd July, 1850, renewed by His present Majesty in the Manifesto of the 14th of the same month, and, moreover, has been communicated to the German Confederation in accordance with clause 4 of the Treaty of Peace just mentioned, as showing the earnest intention of the King to ensure the pacification of the country."

The Imperial Government, in a subsequent part of the declaration, proceeds to recognize to its full extent the right of the King to abolish the common administrative and judicial institutions formerly existing between Schleswig and Holstein. A similar recognition is also bestowed upon the principle that the action of the Federal laws, and accordingly the right of Federal interference, as far as it is based only upon those laws, can never be extended to any country not belonging to the Confederation, and consequently not to Schleswig. ¶ In conclusion, a confident hope is expressed, „That the King, both in the future organization of the monarchy, and the conduct of public business in the interim, will, by suitable arrangements, and with equal care, secure a proper position to each of his various territories, the latter being the constituent element of a whole, in which no part is subject to the dictates or interests of the others." ¶ With reference to these illustrative remarks the Vienna despatch of December 26, 1851, continues as follows: — „Were it the pleasure of the Danish Government to acknowledge as its own the interpretation of its programme laid down in the

No. 822. (XCII.) Preussen, 14. Nov. 1862.

present despatch and its inclosure; were the Danish Government also, in the binding form of a declaration made at the command of His Majesty the King, to furnish us with a guarantee for the real carrying out of intentions which, officially, have been hitherto communicated to us only as so many proposals to be possibly realised; and were its actions to be framed accordingly, as far as it has the opportunity of doing so yet now, we should then be able to trust in a speedy and conciliatory adjustment of the existing differences between the various parts of the Danish Monarchy, as well as between the latter and the German Confederation. We should, in this case, return the commission by virtue of which we are now charged to represent the German Confederation in this affair in conjunction with Prussia, evacuating, at the same time, the Duchy of Holstein, and reinstating in it the full power of the Sovereign. We should also stand up in the Federal Diet for the agreement arrived at; and we should deem the new and fundamental ties of the State, now united under one ruler, to have been sufficiently strengthened to admit of our participation in an international guarantee of the integrity of the Monarchy by the recognition of a common succession in its various parts.“ ¶ The Danish Government did not hesitate to express its concurrence with these declarations. ¶ Alluding to the assent which had been given by Prussia to the Vienna despatch, the Danish Minister of Foreign Affairs declared in his reply of January 29, 1852: — „Under these circumstances, it cannot but afford me high satisfaction to declare, in consequence of the special authorisation of His Majesty, that the King our most gracious Sovereign acknowledges as his own the interpretations which have been laid down in the despatch of the Imperial Cabinet of 26th December last, and its inclosure, concerning the Royal intentions lately communicated to the Courts of Berlin and Vienna; and that this acknowledgment of the correctness of the said interpretations in general is also specially given in respect to those passages relating to the non-incorporation of Schleswig with the Kingdom.“ ¶ At the same time, communication was made to both Powers of the Royal Proclamation issued the day before, under date January 28, 1852. In it the promise of a common charter for the general concerns of the Monarchy is repeated, and another assurance added, „That the provincial institutions, both of the Duchy of Schleswig and of Holstein, will be so far developed, as to confer upon either Duchy a Representative Diet possessing the privilege of a decisive vote upon all matters hitherto subject to the co-operation of their Consultative Diets.“ „In the Bill to be drawn up for this purpose for the Duchy of Schleswig,“ the proclamation continues, „the necessary special enactments will be included for securing a perfect equality of rights and effective protection to the German and Danish nationalities in the Duchy.“ ¶ „The contents of this Royal Proclamation,“ the Copenhagen despatch of January 29, 1852, proceeded to state, „will, it is confidently hoped by the Royal Government, fully answer all just expectations. Nor can it be doubted that, after giving, by means of the above Declaration, a positive and determined proof of the concurrence of Denmark with the views expressed by the Imperial Cabinet and shared by the Royal Government of Prussia, the form that has been selected for the expression of these Royal intentions will be regarded by both Courts as perfectly sufficient to cause

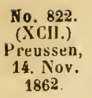
them to allow no further delay to intervene in the execution of the measures designated by them.“ ¶ At the close of the despatch the declarations thus exchanged are expressly described to constitute „an agreement that has been made.“ ¶ The two German Powers being satisfied with the contents of the despatch, in reply to the promises accorded, withdrew the Federal troops from the Duchy of Holstein, restoring, at the same time, the possession of the sovereign power over the country to the hands of His Danish Majesty. ¶ By thus fulfilling its part in the agreement, the German Confederation acquired the right to raise the following demands on Denmark respecting the Duchy of Schleswig: —

1. Schleswig is not to be incorporated with Denmark, but,

2. An independent position and an equality of rights in its relations to the rest of the Monarchy is to be conceded to Schleswig as well as to each of the other territories.

3. The German and Danish nationalities are to be placed upon a level of rights in Schleswig.

Indeed, the Danish Minister, M. Hall, believes himself to be justified to repudiate these engagements of the Danish Government, explained in the above, by asserting in his despatch of June 10, 1860: — „That the Federal vote of July 29, 1852, forming an *act final* of the negotiations that had been carried on before, it cannot be allowed to derive from the preceding negotiations a claim not based upon the concluding *act*; and that Schleswig is not alluded to with so much as a word in the Federal vote.“ ¶ But this argument is in open contradiction to the real facts of the case. ¶ In this first instance, as appears from the preceding account of the gradual progress and successive developement of the negotiations, the declarations interchanged in the despatches of December 6 and 26, 1851, and January 29, 1852, were not confined to the more circumscribed category of provisional Treaties; but, as the Copenhagen Government expressed itself in the despatch last quoted, they formed „an agreement that has been made.“ This agreement having been immediately carried out on the side of Germany in favour of Denmark, the Danish Court is clearly bound to abide, on its own part, by the engagement. ¶ Furthermore, nothing in the shape of an *act final* was ever drawn up respecting the agreement alluded to by M. Hall. Least of all, therefore, the Federal vote of July 29, 1852, can be considered as such. ¶ In this vote the motion of Prussia and Austria, that preceded it, is expressly referred to. The said motion itself being mainly based upon an introductory account of what had passed before, cannot be correctly understood except in connection with the latter. But in this introductory account accompanying the said motion those very points relative to the future position of Schleswig which in the above have been described as the result of the whole interchange of despatches, are specially designated as constituting a binding obligation formally undertaken by Denmark. It cannot be averred in consequence that in the Federal proceedings of July 29, 1852, the Duchy of Schleswig has not been made mention of. ¶ The question before the Federal Diet in that sitting was not that of bringing about and arriving at the conclusion of any Treaty at all. On the contrary, it merely devolved upon Prussia and Austria on that occasion, in accordance with the desire



expressed by the Copenhagen Cabinet in its despatch of January 29, 1852, „to vindicate the agreement that had been already concluded," and to obtain its sanction on the part of the Confederation. ¶ Accordingly, the Envoys of Austria and Prussia, after a short historical survey of the steps taken by either Power, in consequence of the commission which they had received, made the following statement to the Diet: — „The proclamation of His Majesty the King of Denmark, dated January 28 last, will be laid before the High Diet by the Envoy of the King of Denmark, Duke of Holstein and Lauenburg." (This was done immediately afterwards.) „On their own part the Envoys of Austria and Prussia have been instructed to declare that this proclamation, in those of its several enactments relating to the former differences between Denmark and the German Confederation, embodies the agreement arrived at between the Danish Government and the Courts acting in the name of the Confederation." ¶ Proceeding to offer some illustrations in detail of the said agreement, the Envoys, in the course of their remarks, had occasion to express themselves in the following literal terms: — „The German and Danish nationalities in the Duchy of Schleswig are guaranteed the possession of an equality of rights and effective protection." ¶ And again — „Recognising the free and mutually independent position of the various parts of the Monarchy, of which none is subject to or incorporated with any of the others, the proclamation of January 28, 1852, is especially in accordance with the Royal intimation of July 14, 1850, and the promise renewed in the latter, namely, that no incorporation of the Duchy of Schleswig with the Kingdom of Denmark shall ever take place." ¶ We fully admit that the agreement arrived at was subject only so far to the laws and rights of the Confederation, and in consequence to the constitutional examination and decision of the Federal Diet, as it related to the position of countries forming part of the Federal territory. Such countries, in the present instance, were Holstein and Lauenburg. Respecting Schleswig, the agreement arrived at necessarily bore the character of an international arrangement, intended to adjust the difference that had arisen upon this particular question between Holstein and the Kingdom of Denmark. It strictly corresponded with the different position of the Duchies concerned, that Prussia and Austria, in their motion, while requesting the sanction of the Federal Diet for the adjustment of the former differences in their totality, yet, with due regard to the inherent diversity of the matter, did not call for the acknowledgment that the said agreement was in accordance with the Federal laws and rights, except in so far as it related to the concerns of Holstein and Lauenburg, and was subject therefore to the constitutional examination and decision of the German Confederation. ¶ So there is no difficulty whatever to account for the Diet, in strict accordance with the motion above mentioned, passing the following vote in the same sitting of July 29, 1852: „That the decrees of the Proclamation issued by His Majesty the King of Denmark, Duke of Holstein and Lauenburg, on the 28th January last, as far as they relate to the concerns of the Duchies of Holstein and Lauenburg, and are subject, under the existing circumstances, to the constitutional examination and decision of the German Confederation, shall be acknowledged to correspond with the tenor of the laws and the rights

of the said Confederation; and that the final and definitive sanction of the Diet which has been reserved for it is hereby conferred upon the adjustment of the pending differences between Denmark and the German Confederation, effected by His Majesty the King in concert with Austria and Prussia, acting as delegates of the Confederation."

No. 822. (XCII.) Preussen, 14. Nov. 1862.

No. 823. (XCIII.)

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Berlin. — Antwort auf die preussische Depesche vom 22. August*). —

Copenhagen, 6. Nov. 1862.

No. 823. (XCIII.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

Aus der Depesche der königlich preussischen Regierung vom 22. August 1862 werden Ew. Hochwohlgeboren ersehen haben, dass das preussische Cabinet, anstatt in eine praktische Verhandlung über eine auf den Bundesbeschlüssen gebaute verfassungsmässige Stellung für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg mit uns einzutreten, sich vielmehr die Aufgabe gestellt hat, constitutionelle Institutionen und innere Verwaltungsmassregeln anzugreifen, die ausschliesslich für die zum Bunde nicht gehörigen Theile der Monarchie in Wirksamkeit sind, und sich zur Rechtfertigung dieses Vorgehens auf die Verhandlungen von 1851—52 beruft. ¶ Wir glauben, dass die baldige Erledigung der holstein-lauenburgischen Frage für alle dabei betheiligten Interessen von so hoher Wichtigkeit ist, dass man Bedenken tragen sollte, sie durch Hineinziehung neuer und mit derselben in keiner nothwendigen Verbindung stehender Fragen noch mehr zu verwickeln. Auch haben wir schon gezeigt und müssen es hier wiederholen, dass die Vermischung einer als ausschliesslich bundesrechtlich behaupteten Angelegenheit mit einer anderen Frage, deren rein völkerrechtlichen Charakter selbst die preussische Depesche anerkennt, weitgehende Consequenzen mit sich führen muss; denn es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass die im Bundesrechte gegründeten Formen für die Behandlung einer streitigen Frage überhaupt jede Anwendung verlieren, wenn diese Frage durch ihre Vereinigung mit einer internationalen den bundesrechtlichen Boden aufgegeben hat. ¶ Obgleich ich aus diesen Gründen noch immer festhalten muss, dass die jetzigen Verhandlungen nicht ein Terrain verlassen dürfen, das ihnen schon dadurch angewiesen ist, dass sie sich an vorausgehende Bundesbeschlüsse schliessen, die in der ganzen Reihe vom 11. Februar 1858 bis zum 7. Februar 1861 ausschliesslich Holstein und Lauenburg zum Gegenstand haben, ohne nur mit einem einzigen Worte oder Andeutung die zum Deutschen Bunde nicht gehörigen Theile der Monarchie zu berühren, so habe ich indessen, dem Vorwurfe gegenüber, der, wenn gleich mit grossem Unrechte, auch diesmal der königlichen Regierung gemacht wird, dass dieselbe sich nicht mit voller Offenheit und Klarheit über alle die zwischen uns und dem Deutschen Bunde streitigen Punkte ausgesprochen haben sollte, — hier geglaubt, die verschiedenen Argumente, auf welche man deutscherseits seine Behauptungen hat stützen wollen, in eingehender Weise erörtern zu müssen.

---

*) No. 799.

No. 823. (XCIII.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

¶ Ew. Hochwohlgeboren werden deshalb in der Anlage eine ausführliche und, wie ich hoffen darf, correcte Darstellung des wirklichen Inhalts der Verhandlungen von 1851 — 52 finden. Diese Darlegung haben wir zunächst an das gleichzeitig mit der königlich preussischen Depesche vom 22. August mitgetheilte kaiserlich-königlich österreichische Memorandum knüpfen können, weil dasselbe eine Begründung der gemeinsamen Forderungen enthält, und, um unnöthige Wiederholungen zu vermeiden, bitte ich Ew. Hochwohlgeboren, Sr. Excellenz dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Abschrift derselben zu überreichen. Aus diesem Actenstücke wird der Herr Minister ersehen, wie der Hauptsatz, in welchem die königlich preussische Depesche glaubt den Inhalt dieser Verhandlungen zusammenfassen zu können, schon an und für sich wenig zutreffend ist, und dass jedenfalls die Consequenzen, die man nicht nur für die Stellung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, sondern auch für die übrigen, zum Deutschen Bunde nicht gehörigen Theile der Monarchie daraus hat ziehen wollen, unbegründet sind. Und, wenn die königlich preussische Depesche sich ferner auf den Geist der erwähnten Verhandlungen bezieht und den Zweck derselben dahin bestimmt, dass sie ein Aequivalent für die frühere administrative Verbindung zwischen Schleswig und Holstein finden sollten, glaube ich, dass es sich jetzt mit überzeugender Klarheit herausstellen wird, dass es der wahre Geist dieser Verhandlungen war, die Souveränitätsrechte Sr. Majestät des Königs aufrecht zu erhalten, und dass der anerkannte Zweck war, jeder Erneuerung des unglücklichen Zerwürfnisses dadurch vorzubeugen, dass die Rechte des Deutschen Bundes in Bezug auf Holstein und Lauenburg bestätigt und sogar erweitert wurden, wogegen es, rücksichtlich Schleswigs, nicht als eine Concession eingeräumt, sondern als factisch und rechtlich begründet anerkannt wurde, dass dies Herzogthum nicht Gegenstand der Erörterung und Verhandlung des Deutschen Bundes sei, und dass Holstein keinen weitergehenden Anspruch auf Gemeinschaft und Einheit der Verhältnisse in beiden Herzogthümern habe, als was durch die vom Könige eingeräumten nicht-politischen Institutionen schon erfüllt war. ¶ Die Frage ist indessen viel zu gross, als dass sie sich durch die Interpretation einiger mehr oder weniger klaren Ausdrücke in einer diplomatischen Correspondenz entscheiden lässt. Denn es ist ja doch das innerste Wesen eines souveränen Staates, dass er seine Verfassung und Verwaltung, die wichtigsten Bedingungen eines eigenthümlichen Lebens, nach seinem eigenen Sinne und seinen besonderen Bedürfnissen ordnet. Und was ist es, was man vom Könige von Dänemark zu fordern sich jetzt getraut? Nichts weniger als die bestehende Verfassung des Landes über den Haufen zu werfen, eine provisorische Verfassung zu octroyiren und schliesslich eine neue Ordnung in Aussicht zu stellen, deren Inhalt und Entstehungsweise man vorschreiben zu können meint. Und dies Alles fordert man nicht nur für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg, wo die Souveränetät des Königs, in Folge Seines Beitritts zum Deutschen Bunde, durch die Competenz der Bundesversammlung beschränkt ist, wenn gleich diese — wenigstens Ihm gegenüber — weit über die Grenzen hinaus ausgedehnt ist, denen er sich unterworfen hat, als Er freiwillig in diesen „völkerrechtlichen Bund souveräner Fürsten“ trat, sondern auch mit Rücksicht auf Landestheile der Monarchie, die

in keiner Verbindung mit Deutschland stehen. Aber wie und wann hat der dänische Staat seine Rechte als ein unabhängiges Glied des europäischen Staatensystems aufgegeben? Und wann und wie hat Deutschland das Recht erworben, jedes selbständige Staatsleben in der dänischen Monarchie zu zerstören? Erklärte doch selbst die königlich preussische Regierung im Jahre 1823: „dass jede denkbare Einwirkung des Bundes auf Schleswig ausgeschlossen sei, weil dies Herzogthum nicht zu den deutschen Bundesländern gehört und daher ganz ausserhalb des Einflusses des Bundes liegt.“ Und wie die Bundesversammlung sich damals dieser Ansicht anschloss, so hat dieselbe weder in dem Beschlusse vom 17. September 1846, noch in demjenigen vom 29. Juli 1852, noch endlich in der ganzen Reihe von Beschlüssen, die mit demjenigen vom 11. Feb. 1858 anfängt, mit einem einzigen Worte der nichtdeutschen Landestheile der Monarchie erwähnt. ¶ Und nun ganz abgesehen vom Rechtspunkte — was ist es für eine Ordnung, welche die Depesche vom 22. August uns aufzudringen sucht? ¶ Die Erfahrung anderer Länder beweist, dass es bisweilen — selbst in ruhigen Zeiten und selbst ohne fremde Einmischung — seine Schwierigkeiten haben kann, ein Budget durch eine das ganze Reich repräsentirende Versammlung votirt zu erhalten. Wie kann man denn an die Möglichkeit einer Verfassung glauben, wonach die zur Führung der Staatsverwaltung nöthigen Mittel nur durch die übereinstimmenden Beschlüsse von vier von einander ganz unabhängigen Versammlungen zu Wege gebracht werden können, deren jede einen besonderen Landestheil repräsentirt? Wie wäre irgend eine Entwickelung der gemeinsamen Institutionen und Gesetze auch nur denkbar, wenn sie bedingt sein sollte durch die Zustimmung von vier ganz verschiedenartig organisirten Repräsentationen, die ohne alle organische Verbindung auf die einseitige Ausbildung der divergirenden Verschiedenheiten hingewiesen wären? In der That, das wäre das unfehlbare Mittel, selbst die compacteste Einheit zu sprengen, um so mehr eine Monarchie, deren einzelne Theile, obgleich von vielfachen Banden theils nationaler, theils jedenfalls historischer und materieller Natur zusammengehalten, dennoch leider in der letzteren Zeit durch innere Zerwürfnisse und fremde Einflüsterungen nur zu getrennt und einander entfremdet worden sind. Für jeden Staat, aber doppelt für die dänische Monarchie unter den jetzigen Umständen, wäre eine solche Ordnung in erster Linie die Anarchie und im letzten unausbleiblichen Resultate die Auflösung. ¶ Hiermit schliesse ich die Bemerkungen, welche Inhalt und Form der Depesche vom 22. August mir abgedrungen. Indem ich mich jetzt der Frage zuwende, welche diesen Verhandlungen allein ihre Berechtigung und die Möglichkeit einer praktischen Ausbeute geben kann, will ich mit wenigen Worten den Entwickelungsgang dieser Frage constatiren. ¶ Im Jahre 1851, als die königliche Regierung sich der ernsten Aufgabe unterzog, eine neue Ordnung der Monarchie zu schaffen, die besser als die frühere den inneren Frieden des Staates sicherstellen und zugleich den Drang nach constitutionellen Verfassungsinstitutionen befriedigen könnte, glaubte sie es möglich, die Herzogthümer Holstein und Lauenburg in diese Organisation einzuordnen. Die Regierung verhehlte sich indessen nicht die Gefahren eines solchen Versuchs, und sie erkannte vollkommen an, dass derselbe nur unter zwei Be-

No. 823. (XCIII.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

dingungen gelingen konnte, die deshalb auch in der Correspondenz von 1851 ausdrücklich formulirt wurden. Einerseits heisst es in der dänischen Depesche vom 6. December 1851, dass „dem eventuell zu fassenden Beschlusse des Königs die nie aufgegebene Hoffnung zum Grunde liegt, dass Seine unter dem Druck einer gewaltsamen Erschütterung irregeleiteten Unterthanen in überwiegender Zahl nicht nur äusserlich, sondern im wiedererwachten Gefühl ihrer früheren Loyalität zu ihrer Pflicht zurückgekehrt sind, und dass die theuer erkauften Erfahrungen der verflossenen Jahre einer vorurtheilsfreien und besonnenen Auffassung der Verhältnisse Platz gegeben haben.“ Anderseits richtete die königliche Regierung die ausdrückliche Erklärung an die beiden deutschen Höfe, „dass die Möglichkeit einer solchen gemeinschaftlichen Verfassung und überhaupt der Verwaltung Allerhöchst Ihrer Staaten, als einer gesammten Monarchie, nur dadurch gegeben sein wird, dass den Verpflichtungen, welche der König als Mitglied des Deutschen Bundes übernommen hat, keine weitere Ausdehnung gegeben, auch Allerhöchstdessen Souveränetät über Seine beiden deutschen Herzogthümer nicht mehr begrenzt oder beschränkt werde, als die jetzt bestehende, von dem Könige von Dänemark angenommene Bundesgesetzgebung es erheischt, und dass endlich der Bundestag von jedweder Competenzbegründung in oder rücksichtlich des dänischen Kronlandes Schleswig absehe.“ Erst als darauf die bestimmteste Zusage gegeben worden war, dass, sobald eine Verständigung einmal erreicht wäre, „allerdings jede etwa künftig möglicher Weise entstehende weitere Irrung zwischen Dänemark und dem Bunde wieder ausschliesslich innerhalb der Frage der grundgesetzlichen Competenz des Bundes sich bewegen wird,“ schritt die königliche Regierung zum Werke. ¶ Leider ist aber keine dieser Voraussetzungen in Erfüllung gegangen. Statt sich einer Gesammtverfassung anzuschliessen, deren „Uebereinstimmung mit den Gesetzen und Rechten des Bundes“ die Bundesversammlung anerkannt hat, und welche die eigenthümliche Entwickelung aller besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse auf keine Weise schmälerte, hat die holsteinische Ständeversammlung formell ausgesprochen, dass „die Selbständigkeit der einzelnen zur Monarchie vereinigten Länder mit der Bildung einer gemeinschaftlichen Repräsentation in einem Gesammtorgane unvereinbar sei,“ und somit zum Voraus den Stab über jedweden Versuch gebrochen, das zerrissene Gesammtband wieder anzuknüpfen. Und was den Deutschen Bund betrifft, wollen wir — statt zu untersuchen, ob er sich uns gegenüber innerhalb der Grenzen gehalten hat, welche die Bundesacten anweisen — an die königlich preussische Regierung nur die Frage richten, ob es nicht das anerkannte und gemeinsame Ziel der Bestrebungen der verschiedenen deutschen Regierungen ist, dem Bunde eine mehr einheitliche Ausbildung zu geben. Die Ansichten über Wege und Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, können noch immer sehr verschieden sein, aber darüber kann kein Zweifel obwalten, dass eine solche Ordnung früher oder später auf die eine oder die andere Weise erreicht werden wird. In demselben Grade aber, wie es gelingt, die Bande, welche die verschiedenen Bundesländer umschlingen, fester und enger zu ziehen, in demselben Grade wird es sich unmöglich erweisen, dass ein Bundesland in einer innerlichen verfassungsmässigen Verbindung mit einem Staate

stehen kann, der ein von Deutschland unabhängiges Staatsleben führt. Man wird uns doch gewiss die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass diese Anerkennung nicht von einer feindlichen Stimmung gegen Deutschland zeugt, sondern vielmehr von einer vorurtheilsfreien Würdigung der wirklichen Verhältnisse und der historischen Entwickelung. ¶ So veränderten Verhältnissen gegenüber wäre die königliche Regierung berechtigt gewesen, den Weg zu betreten, welchen die kaiserlich österreichische Depesche vom 26. December 1851 selbst uns angewiesen hat, dem Bunde eine Erörterung der Gründe zu geben, die uns veranlassen könnten, durch andere als die vorgedachten Mittel das Ziel zu erstreben. Die königliche Regierung wählte indessen nicht diesen Weg, sondern zog es vor, so lange als irgend möglich an der constitutionellen Verbindung Holsteins mit den übrigen Theilen der Monarchie festzuhalten, wie sie von Anfang an beabsichtigt war, und selbst nachdem wir durch Bundesbeschluss unter Executionszwang genöthigt worden waren, diese Verbindung aufzuheben, war deren Wiederanknüpfung das Ziel neuer Bestrebungen. ¶ Wiederum liegen Bundesbeschlüsse vor. Diesmal fordern sie unter Androhung von Execution, „dass alle Gesetzvorlagen, welche dem Reichsrathe zugehen, auch den Ständen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg vorgelegt werden sollen, und dass kein Gesetz über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen für die Herzogthümer erlassen werde, wenn es nicht die Zustimmung der Stände erhalten hat.“ ¶ Somit ist ein neuer Weg, zu einem geregelten Zustande zu gelangen, nicht von der königlichen Regierung selbst gewählt, sondern vom Bunde gefordert. Sowie es der Bund war, welcher früher die Betheiligung der deutschen Herzogthümer an der gemeinsamen Repräsentation der ganzen Monarchie untersagte, so ist es nun wiederum der Bund, welcher für Holstein eine abgesonderte Repräsentation fordert, die neben dem Reichsrathe diejenigen Angelegenheiten behandeln soll, welche für die Zukunft gemeinsam bleiben können. ¶ So sehr wir nun auch bedauern, dass die Verhältnisse uns nicht gestattet haben, den Weg zu verfolgen, auf dem wir eine engere Verbindung aller Theile der Monarchie zu einem wohlgeordneten Ganzen erstrebten, so haben wir doch, der Nothwendigkeit Rechnung tragend, uns im Principe bereit erklärt, uns dieser Forderung zu fügen. Nur haben wir, durch eine traurige Erfahrung belehrt, uns bemüht, der neuen Ordnung ein besseres Loos zu bereiten, als der früheren zu Theil ward, indem wir wünschen müssen, uns mit Deutschland über die Bestimmungen zu verständigen, welche ein solches Zusammenwirken des Reichsraths und der holsteinischen Stände erheischt, bevor wir denselben eine solche neue, auch die gemeinschaftlichen Angelegenheiten umfassende Stellung anweisen. Dies ist der Zweck der gegenwärtigen Verhandlung, und dies der Grund, weshalb wir dieselbe eröffneten durch die Vorlage eines Vorschlags, welcher die vom Deutschen Bunde für Holstein geforderte Stellung mit den unerlässlichen Bedingungen für den Bestand und die künftige Entwickelung der Gesammtmonarchie zu vereinigen suchte. ¶ Die königliche Regierung ist darauf gefasst gewesen, dass Einsprache gegen einzelne Punkte der vorgeschlagenen Ordnung erhoben werden könnte, und in ihrem lebhaften Wunsche nach einer schliesslichen Uebereinkunft ist sie bereit, jedem anderen Vorschlage, den die

No. 823. (XCIII.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

königlich preussische Regierung machen würde, so viel als möglich entgegen zu kommen. Man wird uns immer willig finden, den deutschen Herzogthümern Alles einzuräumen, was der Deutsche Bund mit irgend einem Recht oder mit einiger Billigkeit für sie fordern kann. Nur das muss die königliche Regierung als ihre erste und unabweisliche Pflicht festhalten, dass Holsteins Selbständigkeit nicht die Abhängigkeit der dänischen Monarchie mit sich führt. ¶ Indem ich Ew. Hochwohlgeboren ersuche, dem königlich preussischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten diese Depesche vorlesen, sowie Sr. Excellenz von selbiger und deren Anlage Abschriften zurücklassen zu wollen, verbleibe ich, &c.

C. Hall.

Herrn **Quaade**, *Berlin.*

No. 824. (XCIV.)

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Wien. — Erwiderung auf die österreichische Denkschrift vom 26. August*). —

Copenhagen, 6. Nov. 1862.

No. 824. (XCIV.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

In dem am Schlusse des verwichenen Monats August von Herrn v. Jaeger mir überreichten Memorandum hat das kaiserlich-königliche Cabinet dieselben weitgehenden Anforderungen an die königliche Regierung, welche die preussische Depesche vom 22. s. Mts. enthielt, nicht formuliren wollen, ohne uns zu gleicher Zeit die Gründe mitzutheilen, worauf es jene Anforderungen stützen zu können glaubt. Die königliche Regierung hat hierin eine neue Bestätigung ihrer Ueberzeugung gefunden, dass der kaiserliche Hof durchaus nicht beabsichtigt, in seinen Zumuthungen weiter zu gehen, als derselbe durch die Verhandlungen von 1851 berechtigt zu sein annimmt, und wenn ich daher in der Anlage Ew. Hochwohlgeboren zur Mittheilung an Se. Excellenz den Herrn Grafen von Rechberg eine ausführliche und nach meinem besten Glauben correcte Darstellung jener Verhandlungen übersende, so geschieht das nicht nur, weil ich es für nothwendig erachten muss, einmal vollständig die Ansichten der königlichen Regierung auszusprechen hinsichtlich dieser Verhandlungen, welche oft so unrichtig aufgefasst worden sind, sondern zugleich in der aufrichtigen Hoffnung, dass die kaiserlich-königliche Regierung ihre Conclusionen modificiren werde, nachdem sie die Prämissen derselben einer erneuerten Erwägung unterzogen hat. ¶ Das kaiserliche Memorandum schliesst mit einem Rathe, dessen ich hier besonders gedenken muss. Es betrachtet nämlich die Wiederherstellung einer früheren administrativen Verbindung zwischen Schleswig und Holstein als ein Mittel, welches ebenso wirksam zur Beruhigung der Bevölkerung dieser Herzogthümer sein würde, als es jetzt, da die Einheit der Thronfolge im ganzen Reiche durch einen europäischen Act gesichert worden ist, nicht länger mit irgend welcher Gefahr für die Integrität des Reiches verbunden sein dürfte. Wie gross aber allerdings die Bedeutung ist, welche die königliche Regierung dem definitiven Abkommen beilegt, das jeglichen Zweifel

---

*) No. 800.

an der Untheilbarkeit der dänischen Krone beseitigt haben muss, so würde dieselbe es doch nicht verantworten können, wenn sie auf's Neue durch ihre Handlungen den separatistischen Neigungen, worin diese Frage ausschliesslich wurzelte, Nahrung geben würde, ebensowenig wie sie in einer solchen Vereinigung nach ihrer besten Ueberzeugung ein Mittel zur Beruhigung oder Befriedigung anderer Theile der Bevölkerung als desjenigen würde erblicken können, welcher leider noch nicht der Erwartung von Umwälzungen entsagt hat, welche die Zukunft etwa mit sich bringen könnte. Und wenn die königliche Regierung sich bestimmen musste, den Anforderungen des Deutschen Bundes wegen einer anderen und selbständigeren Stellung für Holstein zu entsprechen als der, welche einem blossen Landestheile gebührt, so würde es doch immerhin viel eher als natürlich erscheinen müssen, den möglichen Folgen der durch eine solche Ordnung gelockerten Verbindung zwischen den Bundesländern und den übrigen Theilen der Monarchie dadurch entgegenzuwirken, dass die Attractionskraft der letzteren durch ihr engeres Zusammenschliessen in demselben Masse vergrössert würde. Auf jeden Fall würde aber jede nähere Verbindung Holsteins mit Schleswig sehr erheblich die Gefahr erhöhen, dass Tendenzen sich allmählich verbreiteten, sich der dänischen Monarchie zu entfremden, um in andere politische Combinationen einzutreten, die, bisher immer von dem Besitze von Schleswig bedingt, es auch in der Zukunft bleiben werden. ¶ Wie wenig die königliche Regierung also aus diesen Gründen dem ihr gegebenen Rathe folgen kann, so verkennt sie indessen doch keinesweges, dass auch dieser Rath von dem uns stets von der kaiserlich-königlichen Regierung bethätigten wohlmeinenden Interesse für das Bestehen und die gedeihliche Entwickelung der dänischen Monarchie inspirirt ist. Und gerade dieses Interesse lässt mich hoffen, dass Graf R e c h b e r g die Bedeutung dessen würdigen wird, was ich oben angeführt habe, und das in ein klares und überzeugendes Licht für ihn zu stellen ein Vergleich mit anderen ähnlichen Verhältnissen gewiss mehr dienen wird, als meine kurzen Bemerkungen es vermögen. ¶ Indem ich Ew. Hochwohlgeboren ersuche, dem kaiserlich-königlich österreichischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten diese Depesche vorlesen, sowie Sr. Excellenz von selbiger und deren Anlage Abschriften zurück lassen zu wollen, verbleibe ich, etc. . .

C. Hall.

Herrn **von Bülow**, *Wien.*

No. 825. (XCV.)

DÄNEMARK. — Denkschrift über die Verhandlungen der Jahre 1851/52, Beilage zu der vorausgehenden Depesche. —

Wie schmerzlich es auch die königliche Regierung hat berühren müssen, eine harte Verurtheilung über die Stellung des gegenwärtigen Ministeriums zu vermeintlichen politischen Parteien und über dessen Auffassung früherer Verhandlungen aussprechen, ja sogar dessen „guten Glauben“ in Zweifel gezogen zu sehen, will ich mich dennoch nicht über die desfälligen Aeusserungen

No. 825. (XCV.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

des mir überreichten österreichischen Memorandums beklagen. Denn die Anerkennung „der Ausführung in gutem Glauben der Vereinbarungen von 1851 bis 1852", welche die kaiserlich-königliche Regierung im Gegensatze dazu einem früheren Ministerium zollt, wird vielleicht mehr denn irgend etwas Anderes meine Bestrebungen unterstützen, dieselbe die verschiedenen, von ihr so stark beanstandeten Massnahmen in einem anderen Lichte sehen zu lassen. ¶ Alle diejenigen Schritte, rücksichtlich deren das österreichische Memorandum, freilich unter der Annahme, dass sie von dem gegenwärtigen Cabinette ausgeführt seien, erklärt, dass sie „nicht im Einklange mit den Vereinbarungen von 1851, sondern vielmehr im Gegensatze zu denselben" geschehen seien, sind nämlich eben von dem Ministerium vorgenommen worden, in dessen Loyalität bei der Verwirklichung des Wortlauts und des Geistes der betreffenden Verhandlungen die kaiserlich-königliche Regierung, gewiss mit vollstem Rechte, Vertrauen setzt. ¶ Dieses Ministerium war es, welches nach seiner genauen Kenntniss der Verhandlungen vom ersten Augenblicke an nicht bezweifelte, dass es in voller Uebereinstimmung mit denselben sei, wenn nur der Vorschlag wegen der erforderlichen Veränderungen in den besonderen Verfassungen den Provinzialrepräsentationen vorgelegt würde, während die Einführung der gemeinschaftlichen Verfassung der königlichen Souveränität vorbehalten bliebe. Einerseits wurden daher die Verfassungen vom 15. Februar und 11. Juni 1854 für Schleswig und Holstein erlassen, — bei deren Erörterung in den Ständeversammlungen die ersten Paragraphen von der Discussion ausgeschlossen, weil sie die gemeinsamen Angelegenheiten betrafen, ferner erging das Patent vom 20. December 1853 für Lauenburg, in dessen Einleitung es ausdrücklich heisst, dass der König sich vorbehalte, die zur Einführung der gemeinschaftlichen Verfassung ins Herzogthum erforderlichen weiteren Massregeln selbst zu verfügen. Andererseits wurde aus königlicher Machtvollkommenheit die gemeinschaftliche Verfassung für die gesammte Monarchie unterm 26. Juli 1854 octroyirt. ¶ Dasselbe Ministerium war es, welches eine gemeinsame Vertretung nach Volkszahl und darauf beruhender Steuerlast schuf, und dieses naturgemässe Princip ist nicht zuerst in der Verfassung vom 2. October 1855 aufgestellt, es war bereits in der Verfassung vom 26. Juli 1854 als das alleinig berechtigte anerkannt. ¶ Selbst die bestehenden Sprachbestimmungen in Schleswig, die als ein „administrativer Feldzug" wider deutsche Sprache und deutsche Nationalität charakterisirt werden, sind noch unverändert dieselben, welche das gedachte Ministerium und namentlich der Mann, der von der kaiserlich-königlichen Regierung Seiner Majestät als eine hinlängliche persönliche „Garantie" für eine gerechte Berücksichtigung der deutschen Nationalität anempfohlen worden war, nach gewissenhafter Erwägung bestätigte und mit grundgesetzlicher Kraft durch die Aufnahme derselben in die schleswigsche Verfassung versah. ¶ Von der Reihe von Massregeln, deren Nicht-Berechtigung die kaiserlich-königliche Regierung schon dadurch ausreichend dargethan zu haben glaubt, dass sie von dem gegenwärtigen Ministerium ausgeführt sein sollen, bleibt somit nur noch eine zurück, für welche dieses die besondere Verantwortung trägt, nämlich die Verfassung vom 2. October 1855. Aber selbst mit Rücksicht

auf diese irrt die kaiserlich-königliche Regierung, wenn sie einen Gegensatz in der Auffassung zwischen dem damaligen Cabinette und seinen Vorgängern nachgewiesen zu haben glaubt. Denn Letztere hatten sich seiner Zeit nicht, wie das österreichische Memorandum annimmt, gegen „eine Verfassung von der Art, wie sie später verkündet wurde", sondern allerdings gegen „eine eigentliche constitutionelle Verfassung nach neuerem Muster" ausgesprochen. Dass die Rücksicht auf den Deutschen Bund und das Deutsche Bundesrecht, aus welcher diese Aeusserung hervorgegangen, auch bei der Abfassung der Verfassung vom 2. October 1855 keineswegs übersehen ist, beweisen die Bestimmungen über das Normalbudget, die ausschliessliche Initiative der Krone, die vollständige Macht der Regierung über die endliche Vorlage-Form der Gesetzentwürfe, sowie die Königswahlen und die übrigen Bestimmungen des Wahlgesetzes. Und um einen ferneren Beweis dafür zu liefern, dass in der That kein solcher Gegensatz zwischen dem früheren und dem späteren Ministerium in Bezug auf die Auffassung des Charakters der October-Constitution stattgefunden hat, kann ich hinzufügen, dass derjenige Mann, welcher als Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Conseilspräsident für den zuverlässigsten Dolmetscher der Ansichten jenes Ministeriums gehalten werden darf, ausdrücklich im Reichsrathe ausgesprochen hat, dass, wie er auch über die Einzelheiten in der fraglichen Verfassung urtheilen möge, er sich doch über die Durchführung dieses Werkes sowie darüber freue, dass „unsere Zukunft durch die Handlungen und Acte gesichert ist, welche solchergestalt auf legale Weise Beifall und Bestätigung gefunden haben". ¶ Gleich wie daher das gegenwärtige Ministerium sich keineswegs als in höherem Grade von einem berechtigten Nationalgefühl geleitet betrachten wird, als seine Vorgänger es waren, so darf ich vielleicht auch hoffen, dass die kaiserlich-königliche Regierung in den hiermittelst gegebenen Aufschlüssen einigen Grund finden werde, auch nicht uns den „guten Glauben" abzusprechen, welcher die Voraussetzung jeder wirksamen Verhandlung ist, sowie die Darstellung der Verhandlungen von 1851 — 1852 vorurtheilsfrei zu wägen, wodurch ich in Kürze nachzuweisen suchen werde, dass die königliche Regierung nicht nur in „gutem Glauben", sondern auch in vollkommener Uebereinstimmung mit diesen Verhandlungen gehandelt hat. ¶ Die diplomatische Correspondenz, welche im Jahre 1851 stattfand, ist gewiss von einer eigenthümlichen Natur. Ihr nächster Zweck war es, der Bundesexecution in Holstein ein Ende zu machen, und gleich wie dieselbe seiner Zeit auf Begehren des Königs von Dänemark und behufs Wiederherstellung seiner souveränen Gewalt in Holstein vorgenommen worden war, so würde auch eine Verlängerung dieses exceptionellen Zustandes wider Seiner Majestät Willen und Wunsch in dem bestimmtesten Widerspruche mit der Bundesgesetzgebung stehen. Allein, wenn gleich die deutschen Mächte demnach kein Recht hatten, die Räumung Holsteins von ferneren Kundgebungen der königlichen Regierung abhängig zu machen, waren jedoch moralische Gründe vorhanden, welche es ihnen sehr wünschenswerth erscheinen lassen mussten, dass eine solche dem letzten Acte in einer Entwickelung, woran Deutschland seinen Theil gehabt hatte, voraufgehen möchte. In dieser Weise hat die betreffende Correspondenz einen ganz besonderen Charak-

No. 825. (XCV.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

ter erhalten. So wenig die königliche Regierung mit Recht würde behaupten können, dass sie sich in keiner Beziehung durch ihre Aeusserungen an die beiden deutschen Höfe gebunden habe, ebensowenig würden die Letzteren berechtigt sein, darin die Gewähr internationaler und tractatmässiger Forderungen zu suchen. Mitten zwischen diesen Extremen liegt ein Stadium, welches so bestimmt als möglich in den gegenseitigen Mittheilungen angedeutet ist. Die königliche Regierung fängt die Verhandlungen mit der Erklärung an, dass weitere „rechtliche Garantien jenseits nicht verlangt werden können und von uns nicht gegeben werden dürfen, ohne den souveränen Rechten Seiner Majestät zu nahe zu treten," dass es aber „in einer hoffentlich nahen Zukunft möglich werden wird, die moralischen Garantien zu verstärken, welche dem inneren und äusseren Frieden zur Grundlage dienen," und sie schliesst die Verhandlungen, indem sie, nicht auf Grund irgend welcher Verpflichtung sondern „freiwillig und lediglich aus freier Machtvollkommenheit," nicht officiell sondern „vertraulich," nicht international bindende Zusagen sondern „Absichten" ausspricht. Und die deutschen Höfe erwidern hierauf (s. die österreichische Depesche vom 26. December 1851): „die Souveränitätsrechte Seiner Majestät des Königs sind uns heilig, sie leiden aber, wie wir innig überzeugt sind, nicht im Entferntesten irgend einen Abbruch, wenn auch Seine Majestät sich in der Lage befindet, Ihren Genossen im Bunde Erläuterungen zu schulden, die durch eine einfache Berufung auf Ihre landesherrlichen Rechte, auf die Bundesgesetze und auf das Vertrauen, welches Ihre Regierung verdient, unter den obwaltenden Verhältnissen unmöglich ersetzt werden können." Und um durch ein praktisches Beispiel zu zeigen, was die Bedeutung einer solchen Kundgebung, wie man sie wünschte, sein würde, bezieht die österreichische Depesche sich sodann auf die Vorzeit: „Die Erklärung der dänischen Regierung vom 7. September 1846 war eine freiwillige, sie wurde gegeben, um Besorgnisse zu beschwichtigen, die durch den offenen Brief des Königs Christian VIII. entstanden waren, und in gleicher Absicht wurde sie durch den darauf gegründeten Beschluss der Bundesversammlung angenommen. Weder die Höfe von Oesterreich und Preussen, noch auch die Bundesversammlung haben für diesen Vorgang den Charakter eines gegenseitig verpflichtenden Vertragsverhältnisses in Anspruch genommen, den er in der That nicht hatte; sie haben es ebensowenig abgelehnt, den inzwischen veränderten Verhältnissen jede erforderliche Beachtung zu zollen. Auch dänischerseits wird dagegen gewiss nicht behauptet werden, dass unmittelbar nach jener Erklärung der König vermöge Seiner Souveränität auch im entgegenstehenden Sinne habe handeln können, ohne dem Bunde darüber eine andere Erläuterung zu geben, als dass Sein landesherrliches Recht nicht weiter beschränkt sei, als die verfassungsmässige Competenz des Bundes reiche. Konnte Solches aber zu jener Zeit nicht ohne Verletzung des Bundes geschehen, so gilt gewiss dieselbe Rücksicht noch unter den gegenwärtigen Umständen." ¶ Unter dem Eindrucke dieser bestimmten und klaren Aeusserungen müssen die sogenannten Vereinbarungen von 1851 aufgefasst werden, und es kann demgemäss kaum Jemandem zweifelhaft sein, dass die königliche Regierung sich bis zu einem gewissen Grade in ihren Handlungen

moralisch gebunden fühlen und eine erhöhte Aufforderung haben kann, wo möglich eine Uebereinstimmung zwischen ihren eigenen Ansichten und denjenigen ihrer deutschen Alliirten zu wünschen, allein von einer internationalen Verpflichtung oder einem internationalen Recht kann sicherlich nicht die Rede sein. ¶ Als die königliche Regierung im Vertrauen auf diese Zusicherungen sich bewegen liess, ihre „Absichten" bestimmter als bisher auszusprechen, wählte sie, um deren nicht internationalen Charakter auch in dieser Beziehung zu bewähren, eine Form, welche ausdrücklich von den deutschen Höfen als ausreichend anerkannt wurde (preussische Depesche vom 13. Januar 1852), nämlich die eines an das dänische Volk gerichteten Patents, worin die Grundlage der bezweckten neuen Ordnung der Monarchie in ihrer Gesammtheit festgestellt wird. Aus diesem Umstande folgt aber denn auch eine wesentliche Beschränkung der Berufung auf den Inhalt dieses Patents, zu der die deutschen Höfe sich für berechtigt erachten können. Nur von denjenigen Wünschen, welche deutscherseits in der Correspondenz ausgesprochen waren, kann es gelten, dass sie durch ihre Aufnahme in das Patent vom 28. Januar 1852 den Charakter erhalten haben, welcher überhaupt dieser Verhandlung gebührt; alles Uebrige aber, was im Patente enthalten ist, muss natürlich für Deutschland gleich unbeikommend verbleiben, es möge den einen oder den anderen Theil der Monarchie betreffen. — Diese allgemeine Bemerkung findet ihre Anwendung auf die Sprachbestimmungen in Schleswig. Ebensowenig wie der Deutsche Bund aus der Erwähnung, welche des dänischen Grundgesetzes im Patente geschehen ist, ein Recht herleiten könnte, sich in die Ausführung desselben zu mischen, ebensowenig kann derselbe sich mit einem Punkte in der inneren Administration Schleswigs beschäftigen, welcher zwar im Patente berührt ist, dessen aber in der Correspondenz mit keinem Worte Erwähnung gethan war. Wie schon oben bemerkt, bestanden die jetzt geltenden Sprachbestimmungen in ihrem vollen Umfange, als die fragliche Correspondenz stattfand, indem sie nämlich bereits im Jahre 1850 von dem ausserordentlichen königlichen Commissär in Schleswig in Kraft gesetzt worden waren, und gleich wie die königliche Erklärung im Patente, den beiden Nationalitäten den nämlichen Schutz im Herzogthum gewähren zu wollen, sich daher augenscheinlich dem Bestehenden anschloss und dasselbe zu bewahren bezweckte, so kann das deutscherseits beobachtete Schweigen nur als auf die entsprechende Anerkennung der Hinlänglichkeit dieser Bestimmungen begründet aufgefasst werden. Die Correspondenz enthält jedoch sogar eine ausdrückliche Anerkennung der fortwährenden Geltung der bestehenden Regeln; denn, nachdem in der dänischen Depesche vom 6. December 1851 erklärt worden war, „es sei auch Seiner Majestät Wille, dass keine der seit dem Friedensschlusse entweder Allerhöchstunmittelbar oder durch das Organ des ausserordentlichen Regierungscommissärs erlassenen Anordnungen irgend einer Berathung der Provinzialstände unterzogen werde, es sei denn, dass Seine Majestät rücksichtlich der einen oder der anderen dieser Anordnungen speciell und ausdrücklich anders zu befehlen geruhen möchte," wird in der österreichischen Depesche vom 26. December erwidert, dass man nicht glaube, „den Absichten Seiner Majestät des Königs,

No. 825. (XCV.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

die gewiss zugleich auf Behauptung des königlichen Ansehens und auf Beruhigung der aufgeregten Gemüther gerichtet sind, in der Frage vorgreifen zu sollen, ob und in wie fern die seit dem Friedensschlusse erlassenen Anordnungen etwa einer Berathung durch die Provinzialstände noch zu unterziehen wären." ¶ Das wirkliche Resultat der Verhandlungen, so wie es aus der Correspondenz in Verbindung mit der königlichen Bekanntmachung hervorgeht, ist Folgendes: Die damalige Situation war die, dass der König sich im Besitz von Schleswig befand, und dass die frühere Ständeinstitution factisch und rechtlich dadurch aufgelöst war, dass die schleswigsche Ständeversammlung sich völlig ungesetzlich mit der holsteinischen zu einer sogenannten Landesversammlung vereinigt und das Herzogthum von der Monarchie loszureissen versucht hatte. Die Erfahrung hatte auf diese Weise hinreichend gezeigt, zu welchen Resultaten die Schleswig bisher eingeräumte Selbständigkeit führen konnte, und das im Juni 1849 emanirte Grundgesetz für das Königreich hatte daher in seiner Einleitung ausdrücklich „die Ordnung alles die Stellung Schleswigs Betreffenden vorbehalten," womit gemeint war, dass das Grundgesetz möglichst bald auf diese Provinz ausgedehnt und die 1720 im Princip vorgenommene, damals in Praxis nicht vollständig ausgeführte, oder allenfalls später theilweise wieder aufgehobene Incorporation endlich durchgeführt werden sollte. Die Regierung konnte also factisch und rechtlich zur Incorporation Schleswigs in das Königreich schreiten, sie hatte erklärt, dies zu wollen, und sich gewissermassen dazu verpflichtet. ¶ Das war es, was die deutschen Mächte befürchteten, und zu dessen Verhinderung sie den factischen Besitz Holsteins benutzen wollten; und dies war das grosse Zugeständniss, welches die königliche Regierung machte, um den Streit mit Deutschland zu einem endlichen Abschlusse zu bringen. ¶ Seine Majestät der König erklärte also: „dass eine Incorporation des Herzogthums Schleswig ins Königreich nicht stattfinden solle," sondern dass Er „nicht nur das Herzogthum Holstein, sondern auch das Herzogthum Schleswig bis weiter als absoluter König unter Mitwirkung berathender Provinzialstände regieren wolle, was, insoweit Schleswig betrifft, übrigens lediglich aus freier Machtvollkommenheit geschieht." (Depesche vom 6. December 1851, Beilage 2.) Die deutschen Höfe erachteten mit Recht diesen Punkt für so wichtig, dass sie sich noch des Weiteren sicher zu stellen suchten. „Sowie wir bereits wiederholt veranlasst waren, uns gegen die früher von vorn herein erklärte Absicht der dänischen Regierung auszusprechen, die Provinzialstände nur zum Zwecke ihrer definitiven Beseitigung wieder einzuberufen und die Verfassung der Monarchie ausschliesslich dem im Königreiche Dänemark geltenden Grundgesetze anzupassen, so muss uns auch daran gelegen sein, der möglichen Deutung entschieden vorzubeugen, als liege eben diese Absicht auch in dem Sinne des uns gegenwärtig mitgetheilten Programms. Die Erhaltung selbständiger Verwaltungs- und Verfassungs-Einrichtungen in den verschiedenen Landestheilen, unbeschadet der im Mittelpunkte vereinigten Leitung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten, erachten wir für eine unerlässliche Bedingung der Befestigung der inneren Ruhe der Monarchie." (Oesterreichische Depesche vom 26. December 1851.) Indem

die königliche Regierung „diese Auffassung als übereinstimmend mit ihrer eigenen“ erklärte und dem Patente vom 28. Januar 1852 zu Grunde legte, hatte sie also das wesentliche Zugeständniss gemacht, nicht zur Incorporation Schleswigs zu schreiten, sondern die Ständeinstitution wieder ins Leben zu rufen und die Entwickelung der provinziellen Angelegenheiten der Herzogthümer von der Mitwirkung der Provinzialstände abhängig zu machen, welche sogar aus berathenden zu beschliessenden werden sollten. ¶ Durch dieses Zugeständniss musste selbstverständlich die allgemeine Verfassung der Monarchie wesentlich berührt werden, und die neue Basis, auf welcher die königliche Regierung die staatliche Ordnung bauen zu können glaubte, war eine Gemeinschaft und eine gemeinsame Repräsentation für alle Theile der Monarchie mit Einschluss von Holstein und Lauenburg. ¶ Wie vollständig es auch darzuthun wäre, dass der König bei Ausführung dieser Absicht in keiner Weise gesetzlich gebunden werden konnte, „war es Ihm doch zunächst von Wichtigkeit, im Voraus die Gewissheit zu erlangen, dass die Entschliessungen, welche Seine Majestät unter Umständen zu fassen geneigt ist, nicht nur sich des Beifalls der alliirten Mächte und namentlich der Höfe von Wien und Berlin zu erfreuen haben, sondern auch von keiner Seite her in ihrer demnächstigen Ausführung auf irgend Hindernisse stossen werden.“ (Depesche vom 6. December 1851.) ¶ In dieser Beziehung wurde daher den deutschen Höfen mitgetheilt, dass der König die Absicht habe, „eine organische und gleichartige Verbindung sämmtlicher Landestheile zu einer gesammten Monarchie herbeizuführen,“ und es wurde genau angegeben, welche Angelegenheiten gemeinsam für die ganze Monarchie sein und der gemeinsamen Repräsentation unterliegen sollten (Beilage 2). Oesterreichs und Preussens Antwort darauf war, „dass der kaiserliche Hof diese Willensmeinung des Königs nur als auf die Erfüllung einer unabweislichen Aufgabe gerichtet anzuerkennen vermag“ (österreichische Depesche vom 26. December 1851, Beilage), und „die deutschen Mächte erkennen an, dass in Folge des anerkannten Integritätsprincips der dänischen Gesammtmonarchie eine Vertretung aller Theile dieser Monarchie in einer für die Erörterung und Beschlussfassung über die Gesammtinteressen bestimmten legislativen Versammlung mit den Sonderrechten der deutschen Herzogthümer Holstein und Lauenburg nicht unverträglich sei.“ (Preussische Depesche vom 30. December 1851, Beilage.) ¶ Hiermit hatte also Deutschland seinerseits sich verpflichtet, keine Schwierigkeiten in Beziehung auf Holsteins und Lauenburgs Aufnahme in einer solchen Gesammtverfassung machen zu wollen; hierbei aber müssen zwei Umstände hervorgehoben werden. Nicht Deutschland ist es, das ein Recht darauf gewinnt, dass eine solche Verfassung durchgeführt werde, Dänemark allein erwirbt sich das Recht, ohne Einwendungen von Deutschland Holstein in die beabsichtigte Gesammtorganisation aufzunehmen; — und demnächst ist in der ganzen Verhandlung über diesen Punkt natürlich nicht mit einem Worte die Rede von einer zu der Verbindung Schleswigs mit dem Königreich in

No. 825. (XCV.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

einer gemeinsamen Verfassung nöthigen Zustimmung gewesen. ¶ Später sind zwei Hauptpunkte zum Gegenstand eines Angriffs gemacht und müssen daher hier besonders behandelt werden; nämlich das Zustandekommen der Gesammtverfassung, indem diese nicht vorher den Separat-Vertretungen vorgelegt worden ist, und dann das Repräsentationsprincip. Bezüglich dieser beiden Fragen enthalten die Actenstücke nur Andeutungen, diese sind jedoch in Verbindung mit dem übrigens beobachteten Schweigen zur Beantwortnng ausreichend. ¶ In der dänischen Depesche vom 6. December 1851, Beilage 2, heisst es, dass die königliche Regierung „auf gesetz- und verfassungsmässigem Wege, d. h. durch die berathenden Provinzialstände jedes der gedachten Herzogthümer für sich, und was das Königreich betrifft, durch Beschlüsse des Reichstags, sowie in Betreff Lauenburgs unter Mitwirkung von Ritter- und Landschaft, eine organische und gleichartige verfassungsmässige Verbindung sämmtlicher Landestheile zu einer gesammten Monarchie herbeizuführen“ Willens sei. Hierdurch war nun allerdings versprochen worden, dass eine Gesammtverfassung mit Hülfe der Specialvertretungen zu Wege gebracht werden sollte, aber worauf diese Beschlüsse und Berathungen ausgehen sollten, und in wie grossem Umfange vorgelegt werden sollte —, davon wird Nichts bestimmt. ¶ Die näheren Bestimmungen über diesen Punkt, welche sich die königliche Regierung hierdurch vorbehalten hatte, verbleiben auch in den Depeschen der deutschen Höfe unerörtert, denn diese beschränken sich darauf, die in der dänischen Depesche benutzten Ausdrücke genau zu wiederholen. Die Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 endlich beweist durch den Gegensatz deutlich, dass die näheren Bestimmungen über diesen Punkt der königlichen Regierung vollkommen überlassen waren. Denn während da, wo von den besonderen Verfassungen die Rede ist, mit klaren Worten gesagt wird: „Sowie an Unserem festen Willen, die Bestimmungen des dänischen Grundgesetzes unverbrüchlich zu halten, nicht gezweifelt werden kann, so wollen Wir auch auf verfassungsmässigem Wege den Provinzialständen Unseres Herzogthums Schleswig sowohl als Unseres Herzogthums Holstein eine solche Entwickelung angedeihen lassen, dass jedes der gedachten beiden Herzogthümer hinsichtlich seiner bisher zu dem Wirkungskreise der berathenden Provinzialstände gehörigen Angelegenheiten eine ständische Vertretung mit beschliessender Befugniss erhalten wird,“ heisst es dagegen in Bezug auf die Gesammtverfassung nur, dass Seine Majestät zur Einführung einer solchen „baldmöglichst die nöthigen Schritte vornehmen will.“ ¶ Es kann nach diesen Datas wohl nicht zweifelhaft sein, dass die königliche Regierung Nichts ausgesprochen hatte, und dass die deutschen Mächte es auch nicht so aufgefasst hatten, als ob Etwas ausgesprochen wäre, was einem Versprechen glich, die Gesammtverfassung selbst den Separat-Vertretungen vorzulegen, und wenn die königliche Regierung später in Uebereinstimmung mit der vorbehaltenen Freiheit des Beschlusses sich darauf beschränkt hat, den Separat-Vertretungen die Veränderungen vorzulegen, welche die Einführung der Gesammtverfassung in den Separat-Verfassungen nothwendig machte, so wurde sie theils durch die praktische Rücksicht dazu bewogen, dass ein anderer Weg das Zustandekommen der Verfassung in einem ganz ausser-

No. 825. (XCV.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

ordentlichen Grade verzögert und erschwert haben würde, theils auch aus Rücksicht auf die ungünstige Stellung, in welche dann die holsteinischen und schleswigschen Stände gebracht worden wären, indem ihre Competenz ihnen nur eine rathgebende Stimme in der Angelegenheit hätte geben können, während der dänische Reichstag seiner Stellung nach das Recht der Beschlussnahme haben würde. Dass Deutschland damals das Recht der Regierung, diesem Wege zu folgen, und die Billigkeit, welche dieselbe in ihrer Wahl geleitet hatte, auch vollständig anerkannte, geht, wie ich glaube, schon hinreichend aus dem Stillschweigen hervor, mit welchem Deutschland den verschiedenen zu diesem Zwecke vorgenommenen Schritten der königlichen Regierung zusah. ¶ Ueber das Repräsentationsprincip war in den Verhandlungen durchaus Nichts bestimmt ausgesprochen oder angedeutet, aber gerade dies Schweigen beweist hinreichend, dass auf keiner Seite auch nur der entfernteste Gedanke daran gehegt worden ist, dass es ein anderes als das natürliche sein könnte, dasjenige der Volkszahl und der darauf beruhenden Steuerlast. Denn kaum wird Jemand leugnen, dass eine Ordnung der Repräsentation, nach welcher eine Bevölkerung von 50,000 Lauenburgern und diejenige von 500,000 Holsteinern, jede für sich, eine ebenso grosse Anzahl Repräsentanten in die Gesammtversammlung senden sollten, wie 1,500,000 Einwohner des Königreichs, etwas so Eigenthümliches — um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen — sein würde, dass es mindestens ausdrücklich hätte ausgesprochen werden müssen, wenn man annehmen sollte, dass dies die Meinung gewesen sei. Dies ist aber so bei weitem nicht der Fall, dass es nur heisst, dass die Verbindung „organisch und gleichartig" sein soll; und dieser letzteren Forderung hat die königliche Regierung vermeintlich völlig dadurch entsprochen, dass ein und dasselbe Repräsentationsprincip in Bezug auf alle Landestheile durchgeführt worden ist. Und wenn man in seiner Bestrebung, dem Ausdruck „gleichartig" einen anderen Sinn zu unterlegen, in unmittelbarer Verbindung mit demselben einen relativen Satz hinstellt, „worin kein Theil dem anderen untergeordnet oder incorporirt sein darf," so muss es bemerkt werden, dass eine solche Hinzufügung sich in den Verhandlungen von 1851—52 nicht findet, so wenig als in der königlichen Bekanntmachung vom 28. Januar 1852. Die kaiserlich-königlich österreichische Depesche vom 26. December 1851 enthält freilich den erwähnten Satz, allein an einer anderen Stelle und in einem anderen Zusammenhange, nämlich wo dieselbe ihre Genugthuung ausspricht über die von dem Könige beabsichtigte einstweilige Leitung der Staatsgeschäfte bis zur definitiven Organisation der Monarchie. Wie es selbstverständlich völlig unzulässig ist, aus einem solcherweise vorkommenden Satze eine principielle Beschränkung des natürlichen Sinnes der Worte herleiten zu wollen, so erkennen wir auch mit Befriedigung an, dass das kaiserlich-königliche Cabinet in dem vorliegenden Memorandum der obenerwähnten Passage nicht eine andere Bedeutung hat beilegen wollen, als die ihr in der That zukommende. ¶ Nichts in den Verhandlungen unterstützt demnach die Annahme eines so unnatürlichen Repräsentationsprincips, das kaum den Begriffen „ein wohlgeordnetes Ganze" und „eine legislative Versammlung" entsprechen würde, und Niemand hat sich wohl in den Jahren 1851 und 1852 denken können, dass ein solcher Zustand

No. 825. (XCV.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

den Frieden und die glückliche Entwickelung der Monarchie sichern sollte. ¶ Dies ist also der wirkliche Inhalt der Verhandlungen von 1851—52: Einerseits rief die königliche Regierung die schleswigschen ebenso gut wie die holsteinischen Stände ins Leben zurück und machte dadurch die zukünftige Entwickelung der provinziellen Angelegenheiten von der Mitwirkung dieser in Zukunft sogar beschliessenden Stände abhängig. Auf der anderen Seite verpflichtete Deutschland sich, Holstein zu räumen und der Aufnahme Holsteins und Lauenburgs in einer Gesammtverfassung mit der übrigen Monarchie keine Hindernisse in den Weg zu legen. ¶ Ein Punkt muss indessen noch besonders besprochen werden, die Aufhebung der früheren administrativen Verbindung zwischen Schleswig und Holstein, da diese deutscherseits als ein von Deutschland uns gemachtes Zugeständniss dargestellt wird, das zurückzunehmen es unter gewissen Umständen sich sogar als berechtigt ansehen könnte. Die Auslassungen in den Verhandlungen lassen keinerlei Zweifel über das Grundlose einer solchen Behauptung zurück. In der dänischen Depesche vom 6. December 1851 war es bewiesen, „dass von der Begründung oder beiderseitigen Anerkennung eines rechtlichen Zustandes durch den Beschluss der deutschen Bundesversammlung vom 17. September 1846 und durch die demselben vorangegangene Erklärung des diesseitigen Gesandten ebenso wenig die Rede sein kann, als von einer durch jenen Beschluss vorbehaltenen oder durch diese Erklärung anerkannten Competenz des Deutschen Bundes hinsichtlich des Herzogthums Schleswig“, und in Folge hiervon, so wie in Uebereinstimmung hiermit sprach Seine Majestät der König Seinen Beschluss aus, „dass die namentlich seit dem Jahre 1834 stattgefundene nähere administrative Gemeinschaft beider Herzogthümer, sowie sie schon thatsächlich aufgehoben ist, auch fernerhin und für immer aufgehoben sein soll.“ In Bezug hierauf erklärte die österreichische Regierung unterm 26. December 1851, dass in dem genannten Bundesbeschlusse die Bundesversammlung die Erklärung der dänischen Regierung vom 7. September 1846 nur als freiwillig habe betrachten wollen. „Weder die Höfe von Oesterreich und Preussen, noch auch die Bundesversammlung haben für diesen Vorgang den Charakter eines gegenseitig verpflichtenden Vertragsverhältnisses in Anspruch genommen, den er in der That nicht hatte,“ und in der Beilage findet das seine endliche Formulirung. Es wird von Seiten des kaiserlichen Hofes anerkannt, „dass die erwähnten Erklärungen vom 7. September 1846 die damaligen Verhältnisse der dänischen Monarchie zur Voraussetzung hatten und nicht mit der rechtlichen Wirkung verbunden waren, die vom Könige hinsichtlich jener Verbindung unter veränderten Umständen vermöge Seiner Souveränitätsrechte zu fassenden, die gesetzliche Competenz des Deutschen Bundes nicht berührenden Entschliessungen von der Zustimmung des Bundes abhängig zu machen.“ Und die Beilage der preussischen Depesche vom 30. December 1851 erklärt: „die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig, als eines ausserdeutschen Landes, sind an sich nicht Gegenstand der Er-

örterung und Verhandlung des Deutschen Bundes. Nur insoweit das deutsche Herzogthum Holstein, aus gemeinsamen Rechtsverhältnissen beider Herzogthümer, Ansprüche auf die Aufrechterhaltung solcher Verhältnisse hat, sind dieselben Gegenstand der Verständigung zwischen den, den Deutschen Bund vertretenden Mächten und der Krone Dänemark" — und „Seitens Preussens und Oesterreichs wird es anerkannt, dass ein weitergehender Anspruch des Herzogthums Holstein auf Gemeinschaft und Einheit der Verhältnisse in beiden Herzogthümern nicht stattfinde", als derjenige, den Seine Majestät der König durch das Fortbestehen gewisser gemeinschaftlichen, nichtpolitischen Institutionen (Ritterschaft, Universität, Strafanstalten u. s. w.) schon erfüllt hatte. ¶ Was aus diesen Citaten hervorgeht, ist, dass die fragliche Aufhebung der früheren administrativen Verbindung nicht eine Concession, noch weniger eine bedingte Concession vom Deutschen Bunde ist, sondern es wird anerkannt, dass die ganze Angelegenheit die gesetzliche Competenz des Bundes durchaus nicht berührt, nur von dem Souveränitätsrechte des Königs abhängt und keiner Zustimmung des Bundes bedarf. In der angeführten Beilage der preussischen Depesche ist der rechtliche Standpunkt mit anerkennungswerther Schärfe angegeben. Erst wird der Hauptsatz aufgestellt, dass der Bund mit dem Herzogthume Schleswig Nichts zu thun habe. Dann folgt der Vorbehalt, dass, insoweit gewisse Verhältnisse zwischen den beiden Herzogthümern bisher bestanden haben, dem Bunde die Befugniss zustehe zu untersuchen, ob dieselben auf einem rechtlichen Boden ruhen. Schliesslich und als Ergebniss der solchergestalt vorbehaltenen Untersuchung wird es anerkannt, dass das Herzogthum Holstein keinen begründeten Anspruch auf die erwähnte Verbindung habe. ¶ Wenn die Resultate dieser Erörterung der Verhandlungen von 1851—52 mit den Punkten, in denen die beiden deutschen Mächte ihre Schlussforderungen zusammengefasst haben, verglichen werden, ist das Ergebniss folgendes:

1) Die gemeinschaftliche Verfassung ist, in genauer Uebereinstimmung mit der den beiden Mächten in den Jahren 1851 und 1852 kundgegebenen Absicht, gleichmässig für alle Theile der Monarchie aus königlicher Machtvollkommenheit erlassen. Der Austritt Holsteins und Lauenburgs aus dieser Verfassungsgemeinschaft ist eine Folge eines unter Androhung der Execution denselben fordernden Beschlusses des Deutschen Bundes und gegen den Willen der königlichen Regierung geschehen und kann jedenfalls keinen Einfluss haben auf die Rechtsgültigkeit der Verfassung in Landestheilen, die weder direct noch indirect der Botmässigkeit des Bundes untergeben sind.

2) Von einer neu zu regelnden verfassungsmässigen Ordnung kann jetzt nur insoweit die Rede sein, als die königliche Regierung sich bereit erklärt hat, in Uebereinstimmung mit den Bundesbeschlüssen vom 8. März 1860 und 7. Februar 1861 und unter den nöthigen Bedingungen, den holsteinischen Provinzialständen neben und in Verbindung mit dem für die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Theile der Monarchie bestehenden Reichsrathe eine gesetzgebende und bewilligende Befugniss in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten beizulegen.

3) Die inneren Verhältnisse des Herzogthums Schleswig, darunter die

No. 825. (XCV.) Dänemark, 6. Nov. 1862.

Sprachbestimmungen inbegriffen, die in den Verhandlungen von 1851 — 52 durchaus nicht erwähnt sind, können nicht Gegenstand der Erörterung und Verhandlung des Deutschen Bundes sein.

No. 826. (XCVI.)

DÄNEMARK. — Königl. Patent, betreffend die Errichtung einer oberen Regierungsbehörde im Herzogthum Holstein. —

No. 826. (XCVI.) Dänemark, 12. Nov. 1862.

Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark etc. etc., thun kund hiermit: Zur Erleichterung des Geschäftsganges in der inneren Verwaltung des Herzogthums Holstein haben Wir Uns Allerhöchst bewogen gefunden, eine obere Regierungsbehörde im Herzogthum Holstein unter nachfolgenden näheren Bestimmungen zu errichten.

§. 1. Die unter dem Namen: „königliche holsteinische Regierung" mit dem 1. December d. J. in Wirksamkeit tretende Behörde besteht aus einem Präsidenten und vier Räthen, welche Wir unter dem heutigen Datum Allerhöchst ernannt haben. Die Regierung hat ihren Sitz im Herzogthum Holstein zu nehmen und wird derselben das erforderliche Hülfspersonal beigeben.

§. 2. Die Regierung ist Unserem Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg in jeder Hinsicht untergeordnet und führt ihre Geschäfte nach Massgabe einer ihr von dem gedachten Ministerium unter Unserer Allerhöchsten Genehmigung zu ertheilenden Instruction.

§. 3. Alle Unserem Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg untergeordneten Behörden und Beamte in Unserem Herzogthum Holstein stehen zunächst unter der Regierung.

§. 4. Die Competenz der Regierung erstreckt sich auf alle Angelegenheiten des Herzogthums Holstein, welche zum Ressort Unseres Ministeriums für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg gehören, insoweit nicht die jedesmalige Sachlage deren Behandlung durch das Uns unmittelbar untergeordnete Ministerium erfordert.

§. 5. Ueber die Behandlung der Geschäfte durch die Regierung als Collegium, oder durch deren einzelne Mitglieder, sowie über die besonderen Obliegenheiten und Befugnisse des Präsidenten und die Organisation des Hülfspersonals wird die zu erlassende Instruction das Nähere bestimmen. Die Regierung erhält das grosse königliche Siegel für die ihr übertragenen Ausfertigungen, zu denen dasselbe bisher gebraucht ist; für laufende Expeditionen wird ein kleines Siegel mit der Krone und der Unterschrift: „Königliche Holsteinische Regierung" benutzt.

§. 6. Die Regierung tritt vorläufig in Unserer Residenzstadt Copenhagen in Wirksamkeit, bis über den Ort in Unserem Herzogthum Holstein, an welchem dieselbe ihren Sitz zu nehmen hat, Unsere Allerhöchste Bestimmung getroffen ist.

Unser Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg wird

beauftragt und ermächtigt, das zur Ausführung der vorstehenden Bestimmungen weiter Erforderliche wahrzunehmen und zur öffentlichen Kunde zu bringen. ¶ Wornach allerunterthänigst zu achten.

No. 826. (XCVI.) Dänemark, 12. Nov. 1862.

No. 827. (XCVII.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Preussisch-Oesterreichische Schritte gegen verfassungswidrige Steuererhebung in Holstein. —

Berlin, November 17 (received November 20), 1862.

No. 827. (XCVII.) Grossbritannien, 17. Nov. 1862.

My Lord — I inquired yesterday of M. de Bismarck if it were true that remonstrances had been, or were about to be, addressed by the Austrian and Prussian Cabinets to the Danish Government with reference to certain financial measures said to be projected by the Government of Denmark for the Duchies of Holstein and Lauenburg. ¶ M. de Bismarck replied, that having read in the newspapers that the Danish Government were about to issue ordinances for the levying of taxation in Holstein without the previous consent of the States of Holstein, he had directed the Prussian Minister at Copenhagen to inquire of the Danish Minister for Foreign Affairs whether these reports were founded. ¶ M. Hall replied evasively, but admitted that there was a certain foundation for the rumours in question, although not entirely in the sense reported by the press. ¶ A similar answer having been given to the Austrian Minister at Copenhagen, Count Rechberg appealed to the Prussian Cabinet, inviting them to take steps collectively, with a view to dissuade the Danish Government from entering on a course which was in violation of the laws of the Germanic Confederation, and of the engagements taken by Denmark towards the German Powers. At the same time a similar appeal was made from here to the Austrian Cabinet. The two Cabinets having accordingly concerted and agreed together, M. de Bismarck informed me that on the 14th instant he forwarded an instruction by telegraph to M. de Balan, desiring him to represent to M. Hall the serious difficulties which would arise if any financial measures of the nature indicated were to be decreed by the Danish Government without the previous consent of the States of Holstein, adding that such a course would inevitably necessitate a Federal Execution. A telegraphic instruction, analogous, if not identic, with the foregoing was likewise addressed by Count Rechberg to the Austrian Minister at Copenhagen. ¶ I expressed a hope to M. de Bismarck that under present circumstances, and whilst the Danish Government were taking into consideration your Lordship's proposals, nothing would be done by the German Powers which could bear the character of a menace or render the task of M. Hall more difficult than it was. I recommended patience and forbearance, setting forth the difficult position in which the Danish Cabinet was placed as regarded the public opinion of Denmark, and the obstacles they had to encounter, obstacles which could alone be removed by time, and by a patient and conciliatory attitude on the part of Germany. ¶ M. de Bismarck

No. 827. (XCVII.) Grossbritannien, 17. Nov. 1862.

assured me that the representation of which he had spoken was of the most conciliatory nature, and that the instruction itself bore more the character of friendly and timely advice than of a formal demand. He was very anxious for the settlement of this complicated question in an amicable manner, and had therefore hailed your Lordship's propositions with the greatest satisfaction. ¶ He did not wish for any violent measures, but if the Danish Government were at this moment openly to fly in the face of the Diet by publishing Decrees in violation of their engagements, the Diet could not allow itself to be thus stultified, and would be forcibly obliged to order an Execution. The object, therefore, of the two German Powers in sending to their respective Ministers at Copenhagen the instructions referred to, was solely to prevent the publication of Ordinances which, far from tending to solve the present differences between Germany and Denmark, would only augment the difficulties of their solution. ¶ I have, &c.

Augustus Loftus.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 828. (XCVIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Motivirung des englischen Vorschlags zur Lösung der deutsch-dänischen Frage. —

Foreign Office, November 20, 1862.

No. 828. (XCVIII.) Grossbritannien, 20 Nov. 1862.

Sir, — Since my conversation with M. de Bille related in my despatch of the 11th ultimo, that Minister has placed in my hands the copy of a despatch addressed to him by M. Hall of the date of the 15th ultimo. ¶ I am sorry to see, by that despatch (of which I inclose a copy), that the Danish Government show a strong repugnance to the adoption of the counsels given them by Her Majesty's Government. I am persuaded that the Danish Government have not sufficiently reflected on the evils of their present position, and have exaggerated to themselves the consequences which they think would follow their consent to the plan of arrangement sketched out by Her Majesty's Government. Her Majesty's Government, therefore, are desirous, with a view to the maintenance of the Danish Monarchy, and not to its dismemberment or its subversion, to point out more fully the obligations of the King of Denmark and the means of fulfilling them. ¶ It will not be denied that the King of Denmark holds the Duchy of Holstein as Duke of Holstein, and Lauenburg as Duke of Lauenburg, and that in both capacities he is a member of the German Confederation, bound by its laws, and amenable to the authorities constituted by the Federal Act. ¶ Neither can it be denied that, as Duke of Schleswig, the King of Denmark is bound to Austria and Prussia, and to the German Confederation collectively, as sovereign States of Europe, by certain promises made in 1851, and which (as M. Hall reminds me) I have always stated His Danish Majesty is bound in honour to fulfil. ¶ Such being the position, and such the obligations of the King of Den-

mark, I feel sure that M. Hall will agree with me when I say that no argument *ab inconvenienti* can be allowed to prevail against these positive stipulations and honourable engagements. It will not be enough to say that, by the arrangement which has been proposed, the march of the Danish Government will be retarded; and that it is difficult to obtain the sanction of Holstein to measures which the Danish Ministers think expedient: considerations of this kind must yield to the demands of justice, and to the good faith due from a Prince towards those with whom he has contracted engagements. ¶ Taking, then, these obligations in this order, I must remind M. Hall that Her Majesty's Government have always declined to give an opinion upon matters belonging to the competence of the German Confederation. Speaking very generally, Her Majesty's Government see nothing unreasonable in a demand that no taxes should be imposed, and no laws should be binding, on Holstein which have not obtained the consent of the people of that Duchy, represented in the States thereof. ¶ But, on the other hand, when M. Hall declares that the Danish Government are ready to accede to the demands of the Diet in regard to Holstein, „whatever dangers to the integrity of the Monarchy that concession may involve, if this eventual position of Holstein can be defined in such a manner that the rest of the Monarchy should not be reduced to a constant dependence on Germany, and if by this sacrifice our relations with the Confederation might be re-established on a permanent basis,“ the principle thus stated has the cordial assent and approbation of Her Majesty's Government. ¶ Before I go further, I must ask you to state to M. Hall that it is with great satisfaction I find that, as regards Holstein and Lauenburg, no difference of principle will prevent the adoption of the views set forth in my despatch of the 24th of September. The differences, if any, will rather be on questions of detail. ¶ We come, next, to the question of Schleswig, the real obstacle to a final and solid arrangement. ¶ Upon this subject, also, there is little difference between Her Majesty's Government and the Government of Denmark as to general principles. M. Hall does not disavow the two principal Articles of the Declarations made by the King of Denmark, by which, in substance, he assured his people of the Duchy of Schleswig that that Duchy should not be incorporated with Denmark, and that his Schleswig subjects of German origin should be placed on an equality with those of Danish origin. M. Hall, I say, does not deny either the existence or the validity of these promises, but he maintains that they have been fulfilled. ¶ M. Hall's words are: — „The intentions which, with respect to this Duchy (namely, Schleswig), the King had spontaneously expressed at the time, the engagement of honour, to use the term employed by Lord Russell, which the King had taken, were immediately and concientiously fulfilled by him.“ ¶ The question is thus converted into one of fact. The Cabinet of Berlin and the Germans generally have maintained that these engagements have not been fulfilled. ¶ Some time ago a British Agent, acquainted with the country and with the language, was sent into Schleswig to ascertain on which side the truth lay. ¶ His report, which was very detailed and appeared very trustworthy, was to the effect that the inhabitants of Schleswig did not wish to change masters, that they were loyal to the Crown of Denmark, but that in many places the Ger-

No. 828. (XCVIII.) Gross-britannien, 20. Nov. 1862.

man inhabitants complained that they were obliged to attend church service in Danish, to send their children to schools where the teaching is in Danish, and that before their children could receive the rite of confirmation they are obliged to undergo an examination in the Danish language. ¶ When I reported these complaints, the Danish Government replied that the parents might employ private tutors, and that their children might receive the rite of confirmation in German, although the examination must be in Danish. These replies appeared to Her Majesty's Government to be insufficient and illusory. ¶ Among other instances, I reported, from information I had received, that the inhabitants of Schleswig were not allowed to sign more than three names to one petition; and that the liberty of the press, which exists to the fullest extent in Denmark, is not allowed in Schleswig. When these restrictions were mentioned to the Danish Minister in London, he did not deny the truth of these allegations, but justified them by urging the necessity of counteracting German aggressive agitation. ¶ It has been my duty repeatedly to advise the Danish Government to remedy the grievances of Schleswig, to fulfil completely all the promises of the King on this matter, and thus to take away all pretext for German intervention. ¶ In these representations Her Majesty's Government have acted in concert with the Governments of France and Russia; but these three powerful and friendly Governments have seen their advice neglected, and the oppressions and inequalities complained of but little abated. It has become necessary, therefore, to consider and to select some other course. ¶ Such being the case, there are various courses to pursue: —

1. To allow the present state of uneasiness and danger to continue till it ends in some violent explosion.

2. To adopt a common Constitution in which the German element would have more weight than mere numbers would give it.

3. To divide Schleswig into two parts, of which one to be German, and closely connected with Holstein; and the other to be Danish, and to be incorporated with Denmark.

4. To adopt a plan framed upon the basis which I have suggested.

The last of these courses appears to Her Majesty's Government the most favourable to the integrity and independence of Denmark, and therefore most in accordance with the Treaty of London. ¶ M. Hall does Her Majesty's Government justice when he says that he does not believe I intend to renounce, or put myself in contradiction with, the sentiments of sympathy and sincere interest which I have always expressed for Denmark. ¶ Her Majesty's Government, however, are bound to weigh the position of Denmark, uninfluenced by those passions which in the course of a long controversy may have gained an ascendancy among all parties in the controversy. Nor does Her Majesty's Government stand alone in its view of these matters, for Russia partakes the views of Great Britain, and France thinks them deserving of the gravest consideration. Her Majesty's Government can only, therefore, express a hope that the voice of impartial friends may be listened to, even amidst the storms of controversy; and that this long and bitter dispute may at last be terminated in such a manner as may be consistent with the honour and conducive to the interests of all parties

concerned. ¶ Her Majesty's Government trust that the cessation of this long strife may increase the stability and strengthen the independence of Denmark. ¶ I request you to read and give a copy of this despatch to M. Hall. ¶ I am, &c.

Russell.

Mr. A. Paget, *Copenhagen.*

No. 828. (XCVIII.) Grossbritannien, 20. Nov. 1862.

No. 829. (IC.)

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an d. königl. Min. d. Ausw. — Die englischen Vorschläge betreffend. —

Copenhagen, November 25 (received November 28), 1862.

No. 829. (IC.) Grossbritannien. 25. Nov. 1862.

My Lord, — I had the honour to receive on Sunday morning the 23rd instant your Lordship's despatch of the 20th instant, and I yesterday, in compliance with your instructions, read it to M. Hall and gave him a copy of it. ¶ Before doing so I said his Excellency would observe there were some points on which there was agreement between Her Majesty's Government and the Danish Government, and with the exercise of no very great amount of goodwill on the part of the latter, a complete understanding might be established. ¶ I observed, moreover, that the despatch I was about to read would afford abundant proof, if such indeed could really be wanting, that the counsels given by Her Majesty's Government were dictated solely by the desire of serving the true interests of the Danish Monarchy. ¶ M. Hall, when I had finished reading the despatch, said he could not but acknowledge this, but that as it was a reply to his despatch to M. Bille, he was struck by the absence of any notice on the part of your Lordhip of the liberal measures for Schleswig therein referred to as being intended by the Danish Government. ¶ His Excellency spoke of these measures as being calculated to remedy the evils complained of in Schleswig. The intended Constitution, he said, would be of the most liberal kind, the new electoral law would ensure a true representation of the interests of the Duchy, and the Schleswig Diet would not only be confirmed in its present prerogatives, but be endowed with more extensive rights and privileges. ¶ I replied that it appeared from your Lordship's despatch that the mere remedying the evils complained of in Schleswig would not now be sufficient to get the Danish Government out of the difficult position in which they stood, however efficacious such measures might have been when originally suggested by Her Majesty's Government. ¶ Something more, in the opinion of Her Majesty's Government, was now required and I referred his Excellency to the courses mentioned in your Lordship's despatch, the adoption of one of which appeared to Her Majesty's Government to offer the only chance of a solution of the question. ¶ M. Hall then passed the four alternatives rapidly in review. ¶ He merely touched upon the first to say that although perhaps the easiest to follow, the danger of doing so would be too great. ¶ His repugnance to the second appeared to me less marked than to the last two. He did not seem to be opposed to the principle of a common Constitution on the basis indicated; but he said that after the

No. 829. (IC.) Gross-britannien, 25. Nov. 1862.

manner in which the Holstein States had expressed themselves on the last project submitted to them, he did not see what advantage was likely to be gained by making them a fresh proposal. He said they had clearly stated that not only would they not accept the offer the Danish Government then made to them, but that they would agree to no common Constitution whatever. ¶ I replied that the line adopted by the Holstein States on the occasion referred to, had been, perhaps, to a certain extent encouraged by the attitude of the Danish Government. Certainly this had not been calculated to inspire confidence. The meagre outline of two Chambers, one of which, selected by the King, could hardly be considered as a serious effort towards an understanding. There was no indication, I said, of how the selection of His Majesty would be exercised, nor any other information given to show that the interests of Holstein would be properly secured. It was not clear to me, I said, that if a complete and detailed project of Consitution, drawn up with a due regard to the interests of the Duchy, was submitted to the States of Holstein, one was justified in saying beforehand that it would be assuredly rejected. ¶ M. Hall said that as the States of Holstein had summarily thrown out, *ab initio,* the project submitted to them, there had been no opportunity of giving them information as to its details; and from the fact of their having declared that no other project whatever for a common Constitution could be agreed to by them, the King could not with a due regard to his dignity, make to them a fresh proposal. His Excellency added, however, that the States would have a full opportunity of expressing their views both in respect of the Budget and of the laws respecting common affairs at their next meeting, which would certainly be this winter; and if there were any indications of a desire on their part to re-enter the community, the way would not be made difficult for them to do so. ¶ With regard to the third course proposed by your Lordship, M. Hall observed that the despatch was silent as to the means by which, if it was adopted, the affairs common to the two States, — for two States would thus be created, Schleswig-Holstein and Schleswig-Denmark, — were to be treated. Were there to be no affairs in common? he inquired; or were they to be entirely distinct Kingdoms with only the union of the Crown? Such an arrangement, however, he continued, as the one in question could never be entertained for one moment. It would lead to the following result: — Schleswig-Holstein would be incorporated with Prussia, and what remained of the Monarchy would go to Sweden. ¶ M. Hall's objection to the fourth course, namely, the adoption of the proposals of the 24th September, remain unchanged. ¶ From this and other conversations I have recently had with M. Hall, I believe I may resume the intentions of the Danish Government as follows: — ¶ To convoke the Holstein States and to submit to them their quota of the common Budget for the present financial period, as well as other laws of common interest. If the credits are refused and the laws rejected, a complete separation of Holstein from the rest of the Monarchy, save and except the union of the Crown, will be the probable result. ¶ The States of Schleswig will also be assembled, and a project of a Constitution by which the liberty of the press, right of meeting, &c., will be

guaranteed, will be offered to their consideration and sanction. This will be accompanied by a proposal for a new Electoral Law, on the acceptance of which will, I believe, be made to depend the ultimate promulgation, as the law of the land, of the new Constitution with its attendant reforms and advantages. ¶ I have only to add in conclusion, that when M. Hall has spoken to me of what were the intentions of the Government, I have stated that I thought it would be much better if intentions were converted into facts; that I could not help thinking that procrastination had been one of the worst enemies of the Danish Government, and that consequently, if they really intended to do anything for Schleswig, the sooner they set about it the better. ¶ I have recalled to his Excellency's recollection the advice which, in compliance with your Lordship's instructions, I had so repeatedly urged upon him, and particularly in the year 1860, the frank and loyal adoption of which at that time would undoubtedly have placed the Danish Government in a far better position than they now hold, if not entirely beyond the reach of their adversaries. ¶ M. Hall, as may be supposed, contests the justice of my reflections. He says everything cannot be done at once; that it would have been premature to have taken any decisive measures during the negotiations with Austria and Prussia, but that these measures will now be adopted as soon as practicable. ¶ I have, &c.

No. 829. (IC.) Gross-britannien, 25. Nov. 1862.

A. Paget.

The Earl **Russell**, *London.*

No. 830. (C.)

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Copenhagen. — Empfehlung der englischen Vorschläge. —

St.-Pétersbourg, le $\frac{30 \text{ novembre}}{12 \text{ décembre}}$ 1862.

M. le Baron, — L'expédition, que vous m'avez adressée sous la date du $\frac{17}{29}$ novembre, m'est exactement parvenue. ¶ Vous avez pressenti les intentions du Ministère Impérial en appuyant auprès du Président du Conseil les ouvertures dont Mr. Paget a été l'organe par ordre de son Gouvernement. Le concours de votre Collègue de France ne leur aura pas fait défaut. Le Cabinet de Copenhague aura pu se convaincre que les trois Puissances amies sont unanimes dans leur sollicitude pour l'arrangement équitable d'un différend, qui touche de si près les intérêts les plus essentiels du Danemark. En sa qualité de Puissance médiatrice depuis l'époque de 1849, où il était urgent de procurer la paix aux États du Roi, la Grande-Bretagne a dû se croire plus particulièrement appelée à rechercher les moyens de régler définitivement les questions laissées ouvertes alors, et qui sont indécises jusqu'à présent, notamment en ce qui concerne le Duché de Slesvig. C'est grâce aux soins du Ministère Britannique que la voie fut ouverte, il y a un an, à une négociation directe entre le Danemark et l'Allemagne, et c'est dans le même esprit de conciliation qu'ont été conçues les propositions qu'en dernier lieu il a fait parvenir à Copenhague. Nous les avons recommandées à la plus sérieuse attention du Ministère danois. A nos yeux,

No. 830. (C.) Russland, 12. Dec. 1862.

No. 830. (C.) Russland, 12. Dec. 1862.

elles présentent des éléments de négociation qu'il serait sage de ne pas écarter par un refus péremtoire. Vous connaissez, Monsieur le Baron, les voeux que nous formons à ce sujet. Nous souhaitons vivement que, revenant d'une appréciation, exagérée peut-être, des conséquences qu'entraînerait selon lui l'admission des propositions anglaises comme bases de négociation, Mr. Hall se prête à les examiner avec calme, et surtout que, sans donner place à des illusions dangereuses en politique, il veuille prendre en mûre considération la situation que le rejet de toute solution pacifique ferait en dernière analyse à son pays. ¶ Vous êtes autorisé, Monsieur le Baron, à donner lecture et copie de la présente dépêche à Mr. le Président du Conseil. Je ne vous engage pas à poursuivre la discussion d'un sujet qui nous paraît épuisé. Mais si l'occasion se présentait d'exposer soit à Mr. Hall lui-même, soit à d'autres hommes d'État danois, les considérations que je viens d'indiquer, l'approbation du Cabinet Impérial vous est acquise, comme elle l'a été dans tout le cours de cette si regrettable affaire. ¶ Recevez, &c.

Gortchacow.

Mr. le Baron **Nicolay**, *Copenhague.*

No. 831. (CI.)

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Die englischen Ansichten über die schleswig-holsteinische Frage betr. —

Copenhague, le 5 janvier, 1863.

No. 831. (CI.) Dänemark, 5. Januar 1863.

Monsieur, — La dépêche de Lord Russell du 20 novembre dernier a été placée sous les yeux du Roi, et il a plu à Sa Majesté de me donner ses ordres pour la réponse dans la dernière séance du Conseil d'État Intime. ¶ Pour ce qui concerne le Holstein, le Gouvernement du Roi s'est déclaré prêt à concéder à cette province la position que la Confédération Germanique réclame pour elle, mais sous les conditions formulées dans ma dépêche du 15 octobre, savoir, que par cette concession la Monarchie entière ne soit pas réduite à une continuelle dépendance de l'Allemagne, et que par ce sacrifice nos rapports avec la Confédération soient établis sur une base durable. Le Gouvernement du Roi a trouvé avec satisfaction dans la dépêche de Lord Russell du 20 novembre une approbation cordiale de ces conditions indispensables pour le maintien de la Monarchie danoise. Le but des négociations que sur l'invitation de Lord Russell nous avons entamées avec les Cours de Berlin et de Vienne, c'était de trouver les moyens de concilier les exigences de la Confédération avec ces conditions légitimes. En prenant acte de l'adhésion complète que leur a donnée Lord Russell nous aimons à croire que s'il s'agissait un jour de les maintenir vis-à-vis de la Confédération, sa Seigneurie n'hésiterait pas plus dans son appréciation de leur nécessité qu'il ne le fait aujourd'hui. ¶ Mais s'il y a conformité pour l'objet définitif entre les vues de Lord Russell et les résolutions relatives au Holstein auxquelles le Gouvernement du Roi s'est déclaré prêt à se déterminer au besoin, je regrette de ne pas pouvoir en dire autant quant à la signification qu'il faudrait

attribuer à une telle démarche. Lord Russell paraît regarder comme un simple acte de devoir pour le Gouvernement du Roi ce qui est en réalité un notable sacrifice arraché par la force des circonstances. ¶ Vis-à-vis de cette étrange manière de voir il me sera permis de rappeler à sa Seigneurie que l'Acte Fondamental de la Confédération qualifie expressément ses membres de „Princes Souverains,“ de même que l'Acte Final de Vienne constate textuellement que la Confédération est composée d'États Souverains et réciproquement indépendants, dont l'union a précisément pour but de „garantir les droits souverains de chacun.“ En accédant à ce système les membres de la Confédération se sont imposé certaines obligations définies par les Actes, mais ils n'ont nullement transféré leur souveraineté à la Diète de Francfort. Le Roi de Danemark est tenu de remplir fidèlement ses obligations fédérales; mais il n'a cédé à personne le droit de régler les affaires intérieures du Holstein, pas plus que les autres membres de la Confédération ne l'ont fait pour leurs États. Et ce serait étrangement méconnaitre le droit public de l'Europe que de prétendre ériger en principe que les membres de la Confédération Germanique doivent obéissance absolue aux Décrets de la Diète, de quelque nature que puisse en être l'objet. ¶ Avec le Danemark l'observation des limites assignées à la compétence de la Diète devient une nécessité d'autant plus irrécusable que le Holstein, en devenant une partie de la Confédération, n'a pas cessé d'être une province de la Monarchie danoise. En se constituant l'arbitre suprême des affaires intérieures du Holstein, la Diète n'empiète pas seulement sur le droit souverain du Roi relativement à cette province, mais elle porte atteinte aux rapports constitutionnels qui existent entre le Holstein et le reste de l'État, et à l'indépendance de la Monarchie, danoise elle-même. Il est évident, quelque jugement que l'on porte d'ailleurs sur la compétence de la Diète au sujet des affaires intérieures du Holstein, que toutes les autres questions rentrent uniquement dans le domaine du droit international. Ici, en effet, il ne s'agit plus par conséquent d'Arrêtés Fédéraux ni d'exécution Fédérale, mais simplement de transactions de Puissance à Puissance, et, en dernier lieu, de moyens coërcitifs internationaux. Ce qu'on fait aujourd'hui vis-à-vis du Danemark à cause du Holstein, on pourrait le faire contre les Pays-Bas au sujet du Limbourg, voire contre la Prusse et l'Autriche elles-mêmes pour leurs provinces allemandes, qui bien plus que le Holstein se trouvent comprises dans une forte centralisation avec les provinces non-Fédérales. Il est vrai que la force matérielle est un argument qu'on ne méconnait pas aussi impunément que le bon droit. ¶ A ses visées sur le droit Fédéral Lord Russell ajoute cette observation qu'en général il ne trouve rien que le raissonnable dans la demande qu'aucune loi ni aucune taxe ne deviennent obligatoires dans le Holstein sans qu'elles aient été approuvées par les États Provinciaux. Il me suffit à cet égard de faire observer que pour toute nouvelle taxe et pour toute loi provinciale les États Provinciaux du Holstein sont déjà investis du vote délibératif. Quant aux affaires communes de la Monarchie, il est notoire que le système constitutionnel est non seulement reconnu, mais, qui plus est, franchement pratique, et si les Holsteinois ne siégent plus dans le Rigsraad pour y exercer leur part légitime les droits législatifs, on sait assez que ce n'est pas au Gouvernement du Roi

No. 831. (Cl.) Dänemark, 5. Januar 1863.

qu'il faut en attribuer la faute. Mais ce qu'il eût fallu prouver, c'est qu'une province peut réclamer la jouissance de ses droits constitutionnels de manière à les exercer séparément, et que l'étranger, que notamment la Diète de Francfort, a le droit de contraindre le Roi de Danemark à donner suite à une telle demande. ¶ Après avoir épuisé tous les moyens de défendre son droit, et se voyant placé vis-à-vis de l'alternative, ou d'affaiblir les attaches qui lient la province du Holstein à la Monarchie, ou de réduire la Monarchie entière au vassalage de la Confédération, le Gouvernement du Roi n'a plus eu de choix. Mais en cédant à une exigence aussi excessive et aussi mal fondée, il croit pouvoir attendre que les Grandes Puissances Européennes qui, en insérant dans l'Acte du Congrès de Vienne les principes fondamentaux de la Confédération Germanique, ont acquis le droit de veiller à leur maintien, lui tiendront au moins compte de son sacrifice. Elles ont proclamé le principe de l'intégrité de la Monarchie. Il convient donc au moins qu'elles garantissent la Monarchie contre tout empiètement dépassant les limites géographiques de la Confédération contre toute tentative ultérieure de saper les bases de l'État. ¶ Lord Russell s'occupe ensuite du Slesvig, et il prend pour point de départ de ses observations l'accord qui existerait selon lui sur la question de droit, de sorte qu'il ne s'agirait plus que d'un examen des faits. Je ne puis pas suivre Lord Russell dans cette manière par trop pratique de simplifier la question. Le grand point qui domine tout, est l'examen des faits et l'appréciation des moyens de modifier un état de choses qui ne correspond pas aux désirs de l'Allemagne, est précisément celui-ci: la Confédération a-t-elle réellement le droit de s'immiscer dans les affaires d'une province danoise pour laquelle le Roi n'a jamais accédé à la Confédération? Nous avons établi, et jusqu'à présent la Diète Germanique n'a pas même essayé sérieusement de prouver le contraire, préférant, avec trop de succès malheureusement, le procédé plus commode d'ignorer nos arguments, — nous avons prouvé que tout ce à quoi le Roi s'était engagé pour le Slesvig, il l'a immédiatement et complètement accompli. Ces engagements ne comprenaient aucune clause ayant trait aux langues dans le Slesvig. Mais ce que le Roi a fait, le voici. Dans une Ordonnance adressée à tous ses sujets il a annoncé les principes qu'il comptait suivre, entre autres aussi pour le règlement des langues et pour le maintien égal des deux nationalités. Or, ce fait ne peut certes pas justifier une intervention quelconque de l'étranger pour contrôler le Gouvernement du Roi dans l'exercice de ses fonctions. Cette Ordonnance a été communiquée à la Diète de Francfort, mais en la communiquant l'Envoyé du Roi ajouta expressément que la Diète y verrait quelle position le Gouvernement assignait au Holstein, et c'est avec la même restriction que la Diète prit acte de ce document par son Arrêté du 29 juillet 1852. Tout le reste de l'Ordonnance ne regarde donc pas la Diète, et le même prétexte de droit dont elle use aujourd'hui afin de s'immiscer dans la question des langues dans le Slesvig, elle pourrait un jour l'invoquer pour contrôler la manière dont le Gouvernement du Roi tient compte des dispositions de la Loi Fondamentale du Royaume, car le maintien de cette loi se trouve tout aussi bien promis dans l'Ordonnance que l'égalité des langues. ¶ Ainsi, ni le droit public général ni la correspondance diplomatique de 1851 n'autorisent une inter-

vention quelconque de la Confédération dans les affaires du Slesvig, et le Gouvernement du Roi trahirait les intérêts les plus sacrés de l'État s'il transigeait sur ce principe capital, que l'autorité de la Confédération Germanique ne peut en aucun cas dépasser la frontière du Holstein. ¶ Ce principe le Gouvernement du Roi l'a toujours soutenu, mais en même temps il a eu trop d'égards pour l'opinion publique en Europe pour vouloir s'exposer au blâme qu'encourt un Gouvernement qui, tout en ne sortant pas des strictes limites de son droit, serait censé ne pas tenir suffisamment compte de la liberté et du progrès moral de ses sujets. C'est pourquoi il n'a épargné aucune peine pour dévoiler et refuter les erreurs et les défigurations de la vérité sur l'état des choses dans le Slesvig auxquelles on a eu intérêt à donner cours. Mais pour prix de sa bonne volonté il a pu constater que plus il s'attachait à élucider et à expliquer les faits, plus le point de droit était perdu de vue par ceux auxquels il les adressait. On a cru pouvoir balancer nos explications qui s'appuyaient sur une connaissance de cause complète, par les assertions contraires des Puissances allemandes, qui avaient pourtant reconnu elles-mêmes la difficulté où elles se trouvent pour discerner la vérité. Dernièrement Lord Russell a même préféré asseoir son jugement sur le rapport secret d'un agent subalterne dont la bonne volonté n'a pu suppléer aux autres conditions nécessaires pour connaître et juger ces détails si compliqués. ¶ En raison de cette triste expérience le Gouvernement du Roi croit devoir s'en tenir désormais au seul point de droit qui justifie suffisamment son refus d'entrer dans aucune négociation sur les affaires intérieures du Slesvig. ¶ D'ailleurs, qu'aurais-je eu à ajouter sur les différents projets que mentionne la dernière dépêche de Lord Russell? Je ne me serais assurément pas étendu longuement sur les propositions au sujet desquelles sa Seigneurie reconnaît elle-même qu'elles sont moins acceptables pour le Danemark que celle à laquelle elle a cru pouvoir donner sa préférence. Quant à celle-ci je me suis déjà expliqué dans ma dépêche du 15 octobre. Cette fois encore Lord Russell renouvelle l'assurance du désir du Cabinet Britannique de conserver l'existence et l'intégrité du Danemark. Mais cette intégrité, la proposition de Lord Russell aurait infailliblement pour résultat de l'anéantir en divisant la Monarchie en plusieurs parties, qui jouissant chacune en réalité de toutes les attributions de la souveraineté, ne se trouveraient reliées entre elles que par un Conseil d'État, lequel serait une espèce de représentation commune, il est vrai, mais qui frappé d'impuissance dès le principe ne tarderait certes pas à s'éteindre dans un avenir peu éloigné. Il m'en coûte de le constater, mais ce démembrement de la Monarchie, la dernière dépêche de Lord Russell a tout l'air de la regarder comme un fait acquis. L'idée qu'il prend pour point de départ c'est en effet celle d'une union d'États rattachés entre eux par la seule personne du Souverain, et nullement le principe uniquement reconnu jusqu'ici par le droit public de l'Europe, celui de l'unité de la Couronne danoise. Cette Monarchie enfin que le Cabinet Britannique veut conserver, l'arrangement proposé par Lord Russell la priverait de l'indépendance, l'essence même de la vie, en appuyant un règlement des affaires constitutionnelles qui n'a d'autre titre pour se recommander que celui d'être inspiré par les Puissances allemandes. ¶ Il ne reste qu'une voie ouverte, c'est celle que le Gouvernement du Roi a déclaré vou-

No. 831. (CI.) Dänemark, 5. Januar 1863.

No. 831. (CI.) Dänemark, 5. Januar 1863.

loir suivre. D'un côté il faut subir la nécessité d'accorder aux États holsteinois la position que la Diète de Francfort exige, mais avec les réserves nécessaires pour que cette province ne devienne pas le maître et l'arbitre des destinées du reste de la Monarchie. De l'autre côté le Slesvig doit rester en dehors de l'action de la Confédération et conserver ses rapports constitutionnels avec le Royaume pour les affaires communes. Le premier point écartera tout prétexte d'une Exécution Fédérale dans le Holstein. Le second point est la condition indispensable pour l'existence d'un État danois, et si Lord Russell redoute que le développement de l'état des choses légalement existant pour le Slesvig et le Royaume n'aboutisse à quelque violente explosion, le Gouvernement du Roi est fermement convaincu qu'une telle explosion ne pourrait se produire que par suite d'instigations et de violences étrangères. Et une telle éventualité le Gouvernement l'envisage avec le calme et la résolution que lui inspire la conscience de son bon droit. ¶ Veuillez, &c.

C. Hall.

Mr. de **Bille**, *Londres.*

No. 832. (CII.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Erwiderung auf die vorausgehende dänische Depesche. —

Foreign Office, January 21, 1863.

No. 832. (CII.) Grossbritannien, 21. Januar 1863.

Sir, — I transmit to you a copy of a despatch from M. Hall to M. de Bille, which was delivered to me by M. de Bille on the 10th instant. ¶ I did not discuss with M. de Bille the arguments contained in this despatch, which have nothing in them of novelty. I merely noticed to him the omission of any reference to the admission he had himself made to me that the inhabitants of Schleswig were not allowed to petition the Sovereign in any greater number than three, and that German newspapers were not allowed to circulate in Schleswig. ¶ M. de Bille answered me that he supposed M. Hall considered these points as unimportant. ¶ M. Hall wishes that this controversy should not be carried further, and Her Majesty's Government see no advantage in prolonging it. ¶ There are some points, however, which I wish you to bear in mind in case M. Hall should raise in conversation the topic of the German Duchies and the situation of Schleswig. ¶ The first point is, that the recent negotiation between Austria, Prussia, and Denmark, was brought about by Her Majesty's Government in 1861, in order to avert the Federal Execution, which was threatened in the beginning of that year by the Committee of the Diet of the German Confederation. ¶ Her Majesty's Government then stated that while the boundaries of Holstein and Schleswig were unsettled and still in dispute, and while the passions both of Germans and of Danes were highly excited, an occupation of Holstein by German troops would not fail to be attended with danger to the relations of peace between Germany and Denmark, and might lead to hostilities in which all Europe might be involved. ¶ Both

No. 832. (CII.) Grossbritannien, 21. Januar 1863.

parties after some time listened to these representations, and a direct negotiation was set on foot in the autumn of 1861. ¶ But in the middle of the summer of 1862 it appeared to Her Majesty's Government that the negotiation, instead of producing a settlement, had tended more and more towards bitterness and strife, leading probably in the end to a rupture. ¶ You may remember that in speaking to you at Brussels in the beginning of September, when I was proceeding to Germany in attendance upon Her Majesty, I pointed out to you this state of things, and gave you an outline of the mode of settlement which had occurred to me. That mode of settlement was developed in my despatch of September 24, which you were charged to take to Copenhagen on your return to that capital. ¶ Had that mode of settlement been adopted by the Danish Government, it is probable that a Normal Budget sufficient for the ordinary wants of the Monarchy would have been voted for ten years by Denmark, Schleswig, Holstein, and Lauenburg. The sums thus voted would have been expended under the direction of a Council, composed two-thirds of Danish and one-third of German members. ¶ Germany could have had no right to interfere in these internal arrangements of the Danish Monarchy, and it is probable that at the end of ten years the passions excited would have calmed down, and the dispute would have been forgotten in the general contentment. It has not pleased the Danish Government to take this course. The Danish Government has a perfect right to refuse this proposition of Great Britain, which was made in the most friendly spirit towards Denmark. ¶ But the Government of Great Britain, while upholding the integrity and independence of Denmark, must still maintain that there are certain engagements of the King of Denmark which he is bound in honour to fulfil. Count Manderström, however favourable to the Danish Government, admits that Denmark has not yet fulfilled her engagements to place her German on a footing of equality with her Danish subjects. Her Majesty's Government must add, that it is not for the interest any more than it is for the reputation of the King to place his German subjects in a situation inferior to that of his subjects of Danish origin, either as to privilege or as to favour. ¶ I am, &c.

Russell.

Mr. **A. Paget**, *Copenhagen.*

No. 833. (CIII.)

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. — Memorandum über den Verlauf der deutsch-dänischen Frage im Jahre 1862, den Gesandtschaften in Paris, Wien, Berlin und Copenhagen mitgetheilt. —

No. 833. (CIII.) Grossbritannien, 21. Januar 1863.

In January 1861 the Committee of the Diet were engaged in considering the proposal of Oldenburg for enforcing the Diet's demands of February 1858 by Federal Execution.

On the 17th of January, the Committee made their report to the Diet, and proposed:—

No. 833. (CIII.) Gross-britannien, 21. Januar 1863.

1. To declare the Royal Patent of September 1859 void, as long as it has not obtained the consent of the States of the Duchies.

2. To summon the Danish Government to declare whether they will comply with the Federal Decree of March 8, 1860, respecting the establishment of a „Provisorium" for the Duchies.

3. To fall back upon the Federal Decree of August 12, 1858, in case the Danish Government does not give a satisfactory declaration within six weeks.

The objects to be enforced by Federal Execution in Holstein were stated to be:—

1. That during the „Provisorium," all projects of laws submitted to the Reichsrath should be laid before the Holstein and Lauenburg States, in order to preserve the equal rights of the Duchies; and that no law concerning the common affairs of the Monarchy, *especially in matters of finance*, should be issued for the Duchies without the sanction of their States.

2. That the definitive statement of the Constitutional state of things in the Duchies should be entered upon by the Danish Government, in conformity with the assurances given to the German Confederation in 1851. Six weeks' delay was to be accorded to the Danish Cabinet for their reply, and a further delay of six weeks would occur on the expiration of that time.

Her Majesty's Government continued to urge conciliation on the Danish Government; and their views of the proceedings of the Confederation were stated by Lord Russell, in a despatch to Lord Cowley of February 23, to be that the Confederation would be justified in enforcing (even by Federal Execution) the submission to the Holstein States of the votes for the taxes and expenditure. With regard to Schleswig Lord Russell said, „It is a Danish Duchy; and although both the honour and interest of Denmark require that Schleswig should be equitably treated, the King could not, without danger, treat with Germany respecting the terms to be given to that Duchy." On the 27th of February Lord Cowley was instructed to settle with the French Government the advice to be given to Denmark, and an identic instruction was accordingly sent to the French and English Representatives at Copenhagen to urge the Danish Government to agree to submit to the Holstein States the quota to be furnished by Holstein to the common expenses of the Monarchy. The Russian and Swedish Representatives joined in this representation, but it failed to persuade M. Hall, who adhered to the measures which he stated had already been agreed upon by the Danish Government. The Report of the Committee had been adopted by the Diet on the 7th February, and on the 6th March the Holstein States met at Itzehoe and appointed a Committee to consider the propositions submitted to them by the Danish Government. The propositions were as follows:—

1. A new Provisional Constitution for the Monarchy, viz., the Imperial Council to be divided into two Chambers; the members of one to be nominated by the Crown, the other to be elective. The qualification to vote for members to be reduced one-half, and the new body to have the right of initiative in legislation.

2. A project of law for provisionally determining the position of the Duchy of Holstein in regard to the common affairs of the Monarchy.

3. The project of a new Constitution for the special affairs of Holstein.

The first project of law was divided into sixteen sections. The thirteenth, which dealt with the question of the Budget, was as follows:—

,,Holstein to contribute a fixed portion of the common expenses of the Monarchy here specified, which cannot be increased without the consent of the States. For the Financial year from April 1, 1861, to March 31, 1862, the Budget of the preceding year, as fixed by the Royal Resolution of September 23, 1859, is to be the rule."

The Report of the Committee upon the general propositions recommended the absolute rejection of the first two proposals, and coupled its acceptance of the third with a condition which would ensure its rejection by Denmark.

The controversy was practically narrowed down to the question as to whether or not the Danish Government would agree to the principle of equal Legislative rights between the Danish and Holstein Assemblies, as embodied in the particular act of submitting the Budget of 1861-62 to the deliberative vote of the States, *i. e.*, to a vote which should be binding in its effects upon that portion of the public income of the United Monarchy for which Holstein was to be assessed.

The Danish Government were repeatedly urged by Her Majesty's Government, supported by the Governments of France and Russia, to lay the Budget for 1861-62 before the States, but their communications to the States on this point were so ambiguous that it became a disputed point whether or not the Government had submitted the Budget for their consideration. M. Hall stated that the Royal Resolution of September 23, 1859, by which the share of Holstein in the common expenses was regulated, was inserted in the 13th Article of the Project of Law, and that the submission of that Article to the States was, consequently, equivalent to the submission of the Budget for their acceptance or rejection, while the Committee of the States maintained that no Budget for the Monarchy had been laid before them, and declared that it would have been useless to treat as a Budget the proposals of the Government, it being clear that a veto would not be allowed them. They finally rejected the propositions of the Danish Government on the 9th of April, and on the 11th the Session was closed.

On the 19th of April Lord Russell sent to Paris, St. Petersburgh, and Stockholm, the following proposals for the settlement of all the questions in dispute between Germany and Denmark:—

1. That the quota of the common Budget which affects Holstein and Denmark be submitted to the States of those Duchies for their assent, amendment, or rejection.

2. That the laws which affect Holstein and Lauenburg be submitted in the same manner to the States of the Duchies.

3. That Schleswig shall send representatives to the Parliament of Denmark to vote the common expenses of the Monarchy and all laws affecting the Monarchy.

No. 833. (CIII.) Gross-britannien, 21. Januar 1863.

4. That the separate Diet of Schleswig shall remain as at present. Its functions to consist in voting local expenses and in providing by equal laws for the welfare of the Danish, German, and other inhabitants of Schleswig.

5. When these terms are assented to and solemnly proclaimed by the King of Denmark; France, Great Britain, Russia, and Sweden to guarantee the possession of Schleswig to the Crown of Denmark.

6. That Commissioners be appointed, one for Denmark, one for Germany, and one for the Four Powers, to define the boundary of Schleswig.

7. That the Treaty and Engagements of 1852, so far as they are not altered by these Articles, should be inviolably maintained.

Lord Russell further explained the opinion of Her Majesty's Government to Mr. Paget, that there should be a union of the Crown, or „Personal Union" of Denmark and Holstein, which would leave the Rigsraad free and the States of Holstein free.

In a further development of these proposals, Lord Russell, after alluding to the apprehension entertained by each party in the dispute that the real object of the other was the incorporation of Schleswig in Denmark or in Holstein respectively, laid down the three following points as those in which a solution might be found:—

1. Separation of Holstein from Danish provinces in the same way as Luxemburg is separated from Holland.

2. Union of Schleswig with Denmark for purposes common to the Monarchy.

3. Local Representative Body in Schleswig for guarantee of rights of German inhabitants.

Lord Russell proposed that his plans should be simply communicated to the Confederation, and that they should be left to accept or reject them as they thought fit.

These proposals formed the subject of discussion between Her Majesty's Government and the French and Russian Governments during the month of May, but they eventually fell to the ground in consequence of the difficulties raised by these Governments; and Her Majesty's Government then, as a means of averting for a time the threatened Federal Execution, urged the Danish Government to give effect to a proposition which originated with M. Hall's circular of March 22. This proposition was founded on a personal opinion therein expressed by M. Hall, that the Danish Government would prefer to surrender the quota of Holstein in the common expenses for the year 1861-62, and to be satisfied with the annual Budget as far as Holstein was concerned, rather than be exposed to a Federal Execution for an interest of such small proportional importance.

Lord Russell also addressed a despatch to Her Majesty's Minister at Berlin, dwelling on the dangers of a Federal Execution in Holstein, and again pointing out the following obvious results which would ensue:—

1. That Denmark might contest by arms the occupation of Holstein by German Federal troops, and thus a state of war might arise between Germany and Denmark, of which it would be almost impossible to define the limits.

2. That a disputed frontier might cause border skirmishes, and thus lead to actual war.

3. That some chance collision between excited and embittered parties might extend the scope of the contest, and change it from a question concerning German territory, which affects Germany chiefly, into a question concerning „the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy,“ which, „as connected with the general interests of the balance of power in Europe,“ is declared, in the Treaty of London of the 8th May, 1852, to be „of high importance to the preservation of peace.“

The questions, therefore, to be considered were—

1. Whether Denmark would give up the Danish Budget for the year, to avoid a Federal Execution, on the understanding that serious negotiations should be undertaken before April 1862; and

2. Whether the Confederation would agree to defer Federal Execution if the Danish Government authorized Her Majesty's Government to make a declaration in their name to that effect. A Conference in London in the autumn was proposed, as the best means of finally settling the questions at issue.

The Danish Government, being pressed as to its readiness to adhere to its part of the above proposals, M. Hall explained that his suggestion referred only to the sacrifice of any particular item of the supplementary Budget which might be objected to by the Holstein States, and not to the surrender of the whole. He also insisted on the necessity for Denmark of a definite result before the meeting of the Rigsraad in October 1862.

The Prussian Government, on the other hand, expressed their readiness to recommend to the Confederation the delay of Execution, and the subsequent renewal of direct negotiations, if Denmark would make the declaration as recommended by Her Majesty's Government. With regard to the proposal for a European Conference, the Prussian Government did not think the time favourable, and the Danish Government made difficulties as to the question of Schleswig being discussed in a Conference, on the ground that they could never allow Schleswig to be made a subject of negotiation in Germany. France and Russia supported the representations of Her Majesty's Government, but the idea of a Conference having fallen to the ground, the Danish Government were unwilling to make the required declaration respecting the Budget, if direct negotiations with Germany were to be the only result.

Being pressed, however, by Her Majesty's Government, who undertook to endeavour to bring about a friendly mediation on the part of the Great Powers if direct negotiations failed, the Danish Government eventually complied, and notified their intention accordingly to the Prussian and Austrian Governments.

They urged, at the same time, that the negotiations should be entered upon at once, and the means by which they proposed to arrive at an understanding were thus defined by M. Hall:—

„So to regulate the relations of Holstein that the King may be able to comply with the demands of the Diet as to the more complete autonomy of that

No. 833. (CIII.) Gross-britannien, 21. Januar 1863.

Duchy, without thereby attacking the independence of the parts of the Monarchy which do not belong to the Confederation."

The Diet met on the 2th August to receive the Danish communication, and agreed to the postponement of Federal Execution.

The Prussian Government replied to the Danish communication in a conciliatory manner.

The Diet then adjourned, without giving any positive authority to Austria and Prussia to negotiate with Denmark on behalf of the Confederation; and this omission, coupled with the retirement of Baron Schleinitz from the Prussian Foreign Office, were alleged by the Prussian Government as reasons for delaying the commencement of the negotiations. The Danish Government were most anxious that something should be done before the time for the meeting of the Rigsraad in October, and Her Majesty's Government repeatedly urged Prussia to hasten the commencement of negotiations.

The Governments of France, Russia, and Sweden joined with Her Majesty's Government in these representations; but it was not until the end of October that Count Bernstorff, the new Prussian Minister for Foreign Affairs, expressed his readiness to receive the Danish propositions. The Danish Foreign Minister, thereupon, forwarded proposals to Vienna and Berlin, the principal points of which were:—

1. That under existing circumstances, a provisional arrangement only could be come to.

2. That, considering the difficulties likely to arise from the action of the two Assemblies (of Denmark and Holstein) on affairs common to both, it would be desirable, as far as possible, to limit the sphere of that action; and, therefore, that all affairs respecting which separate action can be taken by either Assembly, without prejudice to the common interests, should be subject to the separate legislative action of each.

3. The army and details of taxation (not including the Tariff) to come under the above head.

4. The appointment of joint Committees of the two Assemblies to settle questions in dispute.

5. In case of disagreement between the two Chambers, the Government to reserve the power of carrying out in one part of the Monarchy the resolutions of its Assembly, although not adopted by the Assembly of the other part.

6. The States of Holstein to have the right —

(*a.*) Of making grants in the financial department.

(*b.*) Of determining the expenditure in their share of these branches of the common expenditure which would by this plan be placed exclusively under their legislative action.

(*c.*) Of voting the expenditure for the provincial affairs of the Duchy.

7. These rights to apply only to the sums to be voted by each Assembly for the common affairs in excess of the Normal Budget which would be fixed by the Government.

No. 833. (CIII.) Grossbritannien, 21. Januar 1863.

A joint answer was given by the two German Governments on the 5th of December. They expressed dissatisfaction at the tenor of the communication, and objected to it on the ground —

1. That only a provisional settlement was proposed.

2. That the proposals did not differ from those which had already been rejected by the Holstein States.

3. That the arrangements of 1852 were not taken as the basis of the proposals.

4. That the position of Schleswig was not alluded to.

The despatch concluded by observations on the mal-administration of Schleswig.

The Danish Government lost no time in forwarding a rejoinder to the German communication, in which they stated at length the reasons which made it impossible to come at once to a definitive settlement. They endeavoured to prove by an historical retrospect of the question that the proceedings of the German Confederation and the threats of Federal Execution had made it impossible for Denmark to carry out fully the Proclamation of 1852, and they protested against the introduction into the discussion of the question of Schleswig, which they did not admit to be within the competency of the Confederation. They, however, defended the administration of that Duchy against the attacks of the German despatch, and reiterated their hopes that a settlement might be arrived at.

Her Majesty's Government urged the Danish Government to adopt a liberal policy towards Schleswig, but the latter maintained the impossibility of making any concessions to that Duchy before the Holstein affair was settled; and such concessions must, they said, be made *proprio motu*, and not in compliance with the demands of the German Confederation, which had no right to interfere in the relations between Schleswig and Denmark.

A despatch from the Swedish Government, supporting the views of Denmark, was communicated to Her Majesty's Government, and in replying to it Lord Russell, while admitting that Schleswig is no part of the Confederation, and can only be treated as part of a European kingdom, maintained that the King of Denmark was bound by his promises to Prussia and Austria, and that he should „enable himself to show to Germany and Europe that his promises of 1852 were scrupulously carried into execution; that his German subjects in Schleswig were equally with his Danish subjects the objects of his impartial protection; and that the local Diet of Schleswig, fairly elected and fairly constituted, has all the powers necessary for the well-being and social happiness of Schleswig.“

This despatch was communicated to the Danish and Prussian Governments. In the conversation which ensued on its communication to M. Hall, that Minister objected that the task set by Her Majesty's Government to Denmark was impossible to execute, and that Germany never would be satisfied. He maintained that all the promises made to Austria and Prussia had been already fulfilled; that with regard to the equality of Germans and Danes in

No. 833. (CIII.) Grossbritannien, 21. Januar 1863.

Schleswig, it was not included in those promises, but only in the Royal Patent, which was not an international document; and he stated that the King intended to make concessions, but that he must choose his own time. Count Bernstorff, on the other hand, stated that no settlement could be accepted which did not include Schleswig, and that what Germany wanted was „political reform" in that Duchy, and that the engagements taken by Denmark comprised non-incorporation and equality of Schleswig, and these could not be fulfilled so long as the Reichsrath existed in its present form. Count Bernstorff contended that Denmark should give to Schleswig the same constitution as to Holstein, and Schleswig should cease to be represented in the Reichrath; but in his (Count Bernstorff's) opinion, the only real solution of the question was to be found in the partition of that Duchy.

The Rigsraad met on the 25th of January. The Royal speech notified the intention of the Government to grant greater freedom to Schleswig, especially a more popular foundation to its provincial institutions, which, it said, might be accomplished without danger to the peace and unity of the country when the settlement of the differences with the German Confederation had secured Schleswig against foreign intervention. With regard to the Budget, the speech stated that the Rigsraad would vote the common expenses only for Denmark and Schleswig.

On the 8th of February the Austrian and Prussian Governments addressed a further joint note to Denmark, in which, after repeating their objections to the provisional character of the Danish proposals, they asked categorically whether the Danish Government did or did not recognize the binding character of the promises made by it in 1851-52 respecting Holstein and Schleswig, and whether it would or would not make these promises the basis of negotiation with the German Powers.

A further note was sent by the two Governments to Copenhagen, protesting against any legislation of the Rigsraad which would affect the relations of Schleswig to the kingdom.

On the 6th of February Lord Russell, in commenting on the language used by Count Bernstorff, as reported in Lord A. Loftus's despatch of January 25th, limited the demands which Austria and Prussia were entitled, in the opinion of Her Majesty's Government, to make, to the following: —

1. That the decrees of the German Confederation in respect to Holstein and Lauenburg should be obeyed.

2. That the provisions of 1851-52 should be scrupulously fulfilled.

Count Bernstorff professed an entire concurrence with this opinion when Lord Russell's despatch was communicated to him, but in a further interview with Lord A. Loftus he re-asserted his opinion that to satisfy Germany the Reichsrath for Schleswig must be abolished, and reverted to the plan for a partition of Schleswig as the only real solution of the question.

The Danish Government communicated a memorandum to Her Majesty's Government, in which their view of the Schleswig question was reasserted, and the danger of exciting faction and discord in Schleswig if the concessions

were to be made in consequence of the unauthorized interference of Germany, was pointed out.

No. 833. (CIII.) Gross-britannien, 21. Januar 1863.

They maintained that the existing state of things were part and parcel of the Constitution of Schleswig, and could not be altered but by a vote of the Schleswig Diet. Lord Russell urged that that Assembly would joyfully accept such concessions if offered.

These representations were, however, as fruitless as the former ones. M. Hall protested that the promises of 1851-52 did not extend to liberty of the press and of petition. He defended the Church and School system, and affirmed that it would require changes in the Schleswig Constitution to alter them. Such changes could not be made without the consent of the Schleswig Diet, and it was impossible to convoke that Diet until the situation produced by the recent proceedings of Austria and Prussia at Frankfort was cleared up.

The proceedings here alluded to were a proposition made by Austria and Prussia to the Committee of the Diet that that Assembly should express its approval of the recent despatches of the two Governments respecting Schleswig. The Danish Minister recorded his protest against these proceedings, and M. Hall stated that such an introduction of Schleswig into a Resolution of the Diet would be the first overt act of interference of the Diet in the affairs of Schleswig, and he added that any hostile measures taken in consequence of the proposition would be regarded by Denmark not as Federal Execution, but as war.

The Danish Government replied on the 12th March to the Austro-Prussian note of February 8. They declared their intention of adhering to the engagements of 1851-52, but denied the right of Germany to impose on Denmark her arbitrary interpretation of those engagements. They denied the right of Germany to interfere with the relations of Schleswig to the Monarchy, and stated that if the questions of Holstein and Schleswig were treated together and the Diet subsequently took any active measures to enforce their demands, such measures not being confined to objects purely German, but partaking of an international character, would be considered by Denmark not as Federal Execution, but as war. They then demanded an explicit answer to their proposals of October 26, and ended by asking what the position really was which the Confederation claimed for Holstein.

The Danish answer was considered very unsatisfactory at Vienna and Berlin. The German Courts persisted in maintaining that the questions of Holstein and Schleswig could not be separated and that a settlement of the former could not be agreed to without an arrangement as to the latter, while Denmark protested against this doctrine, and especially against the introduction of Schleswig into the Report of the Committes of the Diet. This Report was, however, adopted by the Diet on the 13th of March. It is right to state that Count Bernstorff's plan for the partition of Schleswig was disapproved by the Austrian Foreign Minister, who, however, left the conduct of the negotiation with Denmark entirely in the hands of Prussia.

Count Platen, the Hanoverian Minister, having, at the request of Lord Russell, drawn up a memorandum of his views for the settlement of the Duchies

No. 833. (CIII.) Gross-britannien, 21. Januar 1863.

question, Lord Russell forwarded it to Copenhagen and desired Mr. Paget to recommend to M. Hall's consideration two of the plans therein proposed.

The first of these was a plan for a general representation of the Monarchy in the Rigsraad elected in each portion of the Monarchy according to population, with the proviso that no resolution of the Rigsraad should pass without the assent of two-thirds of the Assembly.

The second proposed to substitute for the Rigsraad two Chambers: the one elected according to population and voting by a simple majority; the other a kind of Senate in which each State should be equally represented.

Mr. Paget was authorized, in case M. Hall was not totally averse to one or other of these plans, to proceed to Holstein and recommend them to the leading men of the Duchy, in the hope that Denmark and Holstein might together agree on the terms of an arrangement without the intervention of Germany.

Mr. Paget accordingly communicated the plans in question to M. Hall, who, however, condemned them as impracticable and declined to entertain them.

Lord Russell about the same time addressed the French Government, urging the advantage of the Governments of Great Britain, France, and Russia coming to an understanding on the question, and suggesting the possibility of obtaining the concurrence of the Duchies in some plan of arrangement without the intervention of Germany.

A few days later he addressed an identic despatch to Paris, St. Petersburgh, and Stockholm, proposing that, in view of the dangers threatened to the integrity of Denmark by the recent Resolution of the Diet respecting Schleswig, the four Governments should call upon Austria, Prussia, and the Diet, for explanations as to their views and intentions respecting Schleswig. The French Government, however, declined to adopt the suggestions of Her Majesty's Government.

The last note of the Danish Government to the German Powers remained unanswered, and early in May the Danish Government, in a note communicated to four non-German Powers, complained bitterly of this delay, and intimated their intention of breaking off the negotiations and appealing to the non-German Powers if an arrangement was not shortly come to.

The Prussian Government, on the other hand, addressed an angry rejoinder to the Danish note of May 8th to their Representatives at the four Courts.

It was not until July that a draft of the answer to be given to the Danish despatch of the 12th March was laid before the Austrian Government by Prussia; and further delay occurred from an objection on the part of Austria to adopt the wording of the Prussian draft. Count Rechberg proposed simply to communicate to Denmark the adhesion of Austria to the Prussian despatch; but this not being considered satisfactory by Count Bernstorff, Count Rechberg proceeded to draw up a draft to be substituted for the Prussian one as an identic communication from the two Governments to Denmark.

It was finally agreed that each Government should present its own communication, which was accordingly done on the 25th of August.

The Prussian despatch, after re-asserting the right of the Diet to insist on the fulfilment of the Danish engagements respecting Schleswig, proceeded to define the claims of Germany arising from the engagements of 1851—52, as follows: —

1. An independent and equally privileged position for the various parts of the Danish Monarchy in regard to their separate affairs, and an organic and equal union of them for their common affairs; no portion to be incorporated into or made subservient to another.

2. Equal rights for Holstein of voting the Laws and Budget common to the Monarchy.

3. The above condition to apply equally to Schleswig.

4. The principle of representation in the common organization to be such that the Duchies may not suffer from their numerical inferiority.

5. The Executive Government to be responsible to the Duchies as well as to the Kingdom.

6. The Duchies to be represented by an independent organ in the Executive.

7. The proposed organic institutions to be established by constitutional and legal means, with the co-operation of the Assemblies of each part of the Monarchy.

8. The non-political relations of Schleswig and Holstein to be maintained.

9. The rights of the University of Kiel to be protected.

10. Equal rights and effective protection to be granted to the German as well as the Danish nationality.

The points in which the engagements had been infringed were thus stated: —

1. The *de facto* closer connection of Schleswig with the Kingdom by which a preponderating influence is given to the latter.

2. The subordinate position of Holstein in regard to the common affairs, especially the Budget.

3. The systematic destruction of all natural and neighbourly relations between Schleswig and Holstein.

4. Non-observance of engagements respecting the University of Kiel.

5. The introduction of Danish employés and Danish clergy.

6. The oppression of the German nationality, especially in regard to language.

The demands which Prussia accordingly made were: —

1. Abolition of the common Constitution of October 1855.

2. The submission to the several Representative Assemblies of a new project of Constitution not based on the principle of universal representation.

3. The concession of equal influence in the common affairs to the several Local Assemblies. Until the General Assembly is constituted, the Government to be equally responsible to each of them.

4. The *status quo ante* of 1848 with respect to language to be provisionally introduced into Schleswig, until a new law is passed with the sanction of the Schleswig Assembly.

No. 833. (CIII.) Gross-britannien, 21. Januar 1863.

The Austrian communication, which was in the form of a Memorandum, contained a long historical retrospect of the different phases of the question since 1846, and laid down the following points as the fundamental conditions of a settlement: —

1. That a new Constitutional Law for Common Affairs should be agreed to by the several Assemblies.

2. That a provision should be introduced for protecting the German element in this new Constitution from the numerical majority of the Danes.

3. That all Decrees and administrative measures oppressive to the Germans in Schleswig should be abolished, and the question of language, &c., regulated in concert with the Schleswig States.

The proposals of Austria and Prussia met with no better success at Copenhagen than the former communications of those Governments, and on the 24th September, Lord Russell, on the part of Her Majesty's Government, addressed to the Courts of Vienna, Berlin, and Copenhagen, new proposals for the settlement of the question.

These proposals are thus summed up by Lord Russell: —

1. Holstein and Lauenburg to have all that the German Confederation ask for them.

2. Schleswig to have the power of self-government, and not to be represented in the Reichsrath.

3. A normal Budget for ten years to be agreed upon by Denmark, Holstein, Lauenburg, and Schleswig. Its distribution to be confided to a Council of State formed two-thirds of Danes and one-third of Germans.

4. Any extraordinary expenses to be submitted to the Rigsraad, and to the separate Diets of Holstein, Lauenburg, and Schleswig.

The above proposals were submitted to the Cabinets of Vienna, Berlin, and Copenhagen. The Austrian and Prussian Governments expressed their readiness to accept them as the basis of a settlement, and to recommend them as such to the Diet.

The reply of the Danish Government was unfavourable. They stated that they were prepared to consent to the vote of the common Budget and common laws by the Holstein States, provided the eventual position of Holstein should be clearly defined, and the relations of Denmark with the Confederation be placed by this sacrifice on a permanent basis. But with regard to the proposals affecting Schleswig they declined to entertain them, on the ground that the concessions to that Duchy must be made by the King's free will; and they rejected the proposal for the abolition of the Common Constitution of Denmark and Schleswig on the ground that it would lead to the dismemberment of the Monarchy.

Lord Russell replied to the objections of the Danish Government, further explaining his views respecting the proposals and urging their adoption. Reverting to the grievances of the Duchy of Schleswig, the existence of which were, he said, established by the admissions of M. Bille made personally to him, and the report of a British Agent specially sent by Her Majesty's Government to that Duchy (Mr. Rainals), he stated that in view of the repeated refusal of Denmark

No. 833. (CIII.) Gross-britannien, 21. Januar 1863.

to remedy these grievances, it had become necessary for Denmark to select one of the four following courses :—

1. To allow the present state of uneasiness and danger to continue till it ended in some violent explosion.

2. To adopt a common Constitution, in which the German element would have more weight than mere numbers would give it.

3. To divide Schleswig into two parts, of which one to be German, and closely connected with Holstein, and the other to be Danish, and incorporated with Denmark.

4. To adopt a plan framed upon the basis of the proposals of September 24.

Her Majesty's Government thought the last course the most favourable to the integrity and independence of Denmark, and therefore most in accordance with the Treaty of London.

Early in November the Danish Government had sent answers to the last despatches of Austria and Prussia, and had laid down the three following points as embodying their views :—

1. That the secession of Holstein and Lauenburg from the common Constitution which was the result of a Decree of the German Confederation, does not affect the legality of the Constitution of Denmark and Schleswig.

2. That the only new constitutional arrangement which the Danish Government can entertain is to give to the Holstein States ,,a legislative and financial authority in common affairs by the side of and in conjunction with the existing Rigsraad for the other parts of the monarchy that do not belong to the German Confederation.“

3. That the internal relations of the Duchy of Schleswig, including the language regulations, cannot be subjects of investigation or discussion on the part of the Confederation.

Lord Russell, in remarking on these points, stated that he considered them less advantageous to the real interests of Denmark than his proposals, as under such a system the Holstein States would be less likely to grant supplies for military and naval expenditure; and he thought that the result of this plan, which was intended to withdraw all German influence from the Government of Denmark Proper and Schleswig, would be to enfeeble and impair the Danish Monarchy as a whole.

M. Hall replied that he would prefer trusting to the normal Budget, which, according to his plan, would be secure, to submitting a new one to the four Assemblies as proposed by Lord Russell, which might lead to the refusal by Holstein of any supplies whatever for the navy.

On receiving the Danish note the Prussian Government intimated its intention of discontinuing the negotiations for the present, and of making a communication to the Diet, in which the proposals of Her Majesty's Government should be recommended as the basis of an arrangement. A proposal in this sense was accordingly made to the Vienna Cabinet, and agreed to by them.

The intentions of the Danish Government as to its future course of

No. 833. (CIII.) Gross-britannien, 21. Januar 1863.

action are, according to Mr. Paget,—,,To convoke the Holstein States, and to submit to them their quota of the common Budget for the present financial period, as well as other laws of common interest. If the credits are refused, and the laws rejected, a complete separation of Holstein from the rest of the Monarchy, save and except the union of the Crown, will be the probable result. The States of Schleswig to be also assembled, a project of Constitution by which the liberty of the press, right of meeting, &c., will be guaranteed, to be offered to them. A new electoral law to be also proposed to them, on the acceptance of which the ultimate promulgation of a new Constitution will probably be made to depend.“

Mr. Paget recently reported that the Russian Minister having by order of his Government urged M. Hall to accept the proposals of Her Majesty's Government as a basis of arrangement, was convinced by the language of that Minister that it was hopeless to attempt to obtain from the Danish Government any departure from the line of policy they had laid down.

Lord Russell, in replying to Mr. Paget on the 6th January, stated that he entirely agreed with this opinion, and that Her Majesty's Government being interested in the question only in so far as it concerned the peace of Europe and the welfare of Denmark, would be happy to find that the propositions to be made by the Danish Government to Holstein and Schleswig fulfil the expectations and meet with the acceptance both of Holstein and of Schleswig.

The Swedish Government objected to Lord Russell's proposals on the ground that it would be impossible for the Danish Government to manage four Parliaments; but Count Manderström, in conversation with Mr. Jerningham, expressed a hope that a satisfactory arrangement might ultimately grow out of them. He admitted that the Danish Government had not fulfilled their engagement to place the Germans in Schleswig upon an equal footing with the Danes, and stated that he had expressed, and should continue to express, an opinion to that effect at Copenhagen, as he thought that the worst consequences might result from the persistence of the Danish Government in the non-fulfilment of their engagements, whereas when they had once fulfilled them they might fearlessly challenge public sympathy.

The French Government have given merely a general support to the principles embodied in Lord Russell's proposals.

A Decree has been signed for the assembly of the Holstein States.

The answer of the Danish Government to Lord Russell's despatch of the 20th November was communicated on the 10th January. With regard to Holstein, the despatch touches on the concession of a vote in the common affairs, which it characterizes as ,,a notable sacrifice extorted by the force of circumstances,“ and not a duty, as stated by Lord Russell; and it defines the limits of the power of the Confederation over its members. With regard to Schleswig, the despatch goes again over the old ground, and asserts that the Confederation has no right to interfere, and that the engagements taken by Denmark have been carried into effect. It defends the administration of Schleswig, and throws doubts on the

correctness of the report alluded to in Lord Russell's despatch. Finally, it states the following as the only course left open to Denmark:—

No. 833. (CIII.) Gross-britannien, 21. Januar 1863.

1. To accept the necessity of granting to the Holstein States the position which the Frankfort Diet exacts, but with the reserves necessary to prevent that province becoming the master and arbiter of the destinies of the remainder of the Monarchy.

2. Schleswig to remain out of the Confederation, and to preserve her constitutional relations with the kingdom for common affairs.

The first point, the despatch concludes, will remove all pretext for a Federal Execution in Holstein. The second is a condition indispensable to the existence of a Danish State.

Lord Russell replied in a despatch to Mr. Paget, dated the 21th of January. His Lordship therein stated that Her Majesty's Government saw no advantage in prolonging this controversy, but mentioned the following points for Mr. Paget's guidance in case of any future conversation with M. Hall on the question of the Danish Duchies:—

That the recent negotiations between Austria, Prussia, and Denmark, were brought about in 1861, by Her Majesty's Government, in order to avoid a Federal Execution;

That these negotiations having produced no result, his Lordship had given to Mr. Paget, at Brussels, in the beginning of September, an outline of the plan of settlement subsequently developed in his despatch of the 24th of that month. That had that plan been adopted, it might have averted interference on the part of Germany, and given time for the passions excited to cool down;

That the Danish Government had a perfect right to refuse this proposal, but that Her Majesty's Government must still consider that there were certain engagements of the King of Denmark which he was bound in honour to fulfil, and that it was not for His Majesty's interest any more than for his reputation to place his German subjects in a situation inferior to that of his subjects of Danish origin, either as to privilege or as to favour.

No. 834. (CIV.)

FRANKREICH. — Auszug aus dem Exposé de la Situation de l'Empire, 1863, affaires étrangères*). —

No. 834. (CIV.) Frankreich, Januar 1863.

Le différend relatif à la position constitutionnelle des Duchés de l'Elbe, dans la monarchie danoise, n'a pas cessé de diviser le cabinet de Copenhague et la Confédération Germanique. Les parties ont essayé de s'entendre, par voies de communications diplomatiques, sur les bases d'une négociation définitive, et les grandes puissances non allemandes ont cherché, de leur côté, à rendre

*) No. 474.

No. 834. (CIV.) Frankreich, Januar 1863.

par leur conseils un accord plus facile. Pour sa part, le Gouvernement de Sa Majesté n'a cessé de se faire l'organe des idées de conciliation, et autant il se serait estimé heureux de contribuer à un rapprochement, autant il doit regretter que ses efforts soient jusqu'ici restés infructueux.

No. 835. (CV.)

DÄNEMARK. — Allerhöchste Bekanntmachung vom 30. März 1863, betr. die Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein. —

No. 835. (CV.) Dänemark, 30. März 1863.

Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg etc. etc. Thun kund hiermit: Als Wir in Unserer Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 die Absicht aussprachen, die verschiedenen Theile Unserer Monarchie durch eine gemeinschaftliche Verfassung zu einem wohlgeordneten Ganzen zu vereinen, waren Wir Uns vollkommen bewusst, was denn auch aus den vorausgehenden Verhandlungen hinlänglich hervorgeht, dass eine solche gemeinschaftliche Verfassung nur unter der Bedingung möglich sei, dass unsere Souverainetät in Unsern beiden deutschen Herzogthümern nicht weiter als durch die bestehenden von Uns angenommenen Bundesgesetze begrenzt und beschränkt, und dass die Bevölkerung dieser Herzogthümer sich der neuen Staatsordnung aufrichtig anschliessen würde. ¶ Diese Voraussetzungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Die Deutsche Bundesversammlung hat sich in die inneren Verfassungsangelegenheiten Unserer Monarchie eingemischt und Forderungen aufgestellt, welche weder in den Bundesgesetzen eine Berechtigung finden, noch mit der Unabhängigkeit Unserer Krone und den Rechten Unserer zum Bunde nicht gehörenden Lande vereinbar sind, und die holsteinischen Provinzialstände haben nicht nur jeden Vorschlag zu einer Uebereinkunft abgelehnt, sondern sich selbst im Principe gegen eine jede auf eine gemeinschaftliche Repräsentation gebaute Gesammtverfassung erklärt. ¶ Ein solcher Zustand innerer Zerwürfnisse, welcher schon ein Decennium hindurch die Entwickelung Unseres Reiches gelähmt hat, darf nicht fortdauern. Nach den unbefriedigenden Ergebnissen der letzten holsteinischen Ständeversammlung müssen Wir es daher jetzt für Unsere Regentenpflicht halten, über die verfassungsmässige Stellung des Herzogthums Holstein in der Monarchie Bestimmungen zu treffen, welche, soweit dies möglich ist, den Forderungen des Deutschen Bundes entsprechen. Wir haben Uns dabei auf das dringend Nothwendige beschränkt, um die weitere Ausbildung und endgültige Ordnung der freien Mitwirkung Unseres Volkes und dessen verfassungsmässigen Vertretern vorzubehalten. ¶ Wir haben daher Allergnädigst beschlossen und befehlen hiemit wie folgt:

Art. 1. Aus der in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg ausgeschriebenen Mannschaft soll — mit Ausnahme der für Unsere Leibgarden bestimmten — eine selbständige Abtheilung Unseres Heeres, unter der obersten Leitung Unseres Kriegsministers, gebildet werden. Dieses Truppencorps soll mit allem zur vollständigen Ausrüstung nöthigen Material versehen werden, und unter

Berücksichtigung der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes Unser Bundescontingent abgeben. Alle Ausgaben zur holstein-lauenburgischen Heeresabtheilung sollen aus den besonderen Finanzen des Herzogthums Holstein entrichtet werden, welche dazu einen Zuschuss aus den Einnahmen des Herzogthums Lauenburg erhalten.

Art. 2. Das Herzogthum Holstein soll auch in der Zukunft an den im vorläufigen Normalbudget vom 28. Februar 1856 für eine zweijährige Finanzperiode unter den Posten 1—6 und 8—11 aufgeführten, für die Monarchie gemeinschaftlichen Ausgaben Theil nehmen, nämlich für:

1) Unsere Civilliste	1,600,000 Rdlr.
2) Die Apanagen des königlichen Hauses . .	706,600 „
3) Den Geheimen Staatsrath	106,600 „
4) Verzinsung und Abtragung der gemeinschaftlichen Staatsschuld	12,290,000 „
5) Das Pensionswesen	2,833,400 „
6) Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten	422,490 „
7) u. 8) Das Marineministerium (darunter zwei im Normalbudget innerhalb der Linie aufgeführte Summen zum Betrage von 113,873⅓ Rdlr., welche aus einem später eingezogenen Fond herrührten)	3,037,578⅓ „
9) und 10) Das Finanzministerium und das später damit vereinigte Ministerium für die gemeinschaftlichen inneren Angelegenheiten der Monarchie	821,818 „
11) Verschiedene Ausgaben	266,600 „

Dagegen soll die im 7ten Posten des Normalbudgets für das Kriegsministerium aufgeführte Summe von 6,394,097 Rdlr. im Biennium auf 770,000 Rdlr. herabgesetzt werden, nämlich für die oberste Verwaltung der Armee, für Unsere beiden Leibgarden und für die centralen Unterrichtsanstalten, welche gemeinschaftlich verbleiben. ¶ Was in einer Finanzperiode von einem dieser Posten erspart wird, darf nicht zur Deckung der Mehrausgaben eines andern verwendet werden. Die über die obigen Sätze des Normalbudgets hinaus nöthigen Zuschüsse sollen für Holstein den holsteinischen Ständen zur Bewilligung vorgelegt werden. ¶ Die gemeinschaftlichen Ausgaben werden aus den gemeinschaftlichen Einnahmen abgehalten. Vom Ueberschusse wird der nach dem Verhältnisse der Einwohnerzahl Holstein zustehende Antheil mit $21_{,31}$ pCt. den besonderen Finanzen dieses Herzogthums zugeschrieben. Sollten diese Ausgaben die Einnahmen übersteigen, haben die besonderen Finanzen Holsteins nach demselben Verhältnisse zur Deckung der Unterbilanz beizutragen.

Art. 3. Insofern die Ausgaben für die locale Verwaltung der holsteinischen Domainen und Forsten, sowie des Zoll-, Post- und Telegraphenwesens in Holstein nicht aus den im Normalbudget für jeden dieser Posten aufgeführten Summen bestritten werden können, sollen die Vorschläge zu den nöthigen Zu-

No. 835. (CV.) Dänemark, 30. März 1863.

schüssen den holsteinischen Ständen zur Bewilligung vorgelegt werden. Diese Ausgaben werden vorweg aus den entsprechenden Einnahmen abgehalten, so dass nur deren Ueberschuss in die gemeinschaftliche Einnahme eingeht.

Art. 4. Die Verwaltung der besonderen Finanzen des Herzogthums Holstein soll auf Unser Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg übergehen.

Art. 5. Die gesetzgebende Gewalt in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten soll für Unser Herzogthum Holstein von Uns und den holsteinischen Ständen im Verein ausgeübt werden. Wenn ein solches Gesetz von Uns mit Genehmigung der Stände für Holstein erlassen wird, ohne dass ein gleichlautendes Gesetz gleichzeitig in den übrigen Landestheilen eingeführt werden kann, sollen die in Folge dessen nothwendigen Veranstaltungen getroffen werden, insofern das Gesetz ein Verhältniss betrifft, worin eine verschiedene Gesetzgebung mit der Aufrechthaltung der bisherigen Gemeinschaft unvereinbar ist.

Art. 6. Die im Art. 5 enthaltene Bestimmung tritt sogleich, die übrigen erst nach dem Schlusse der Finanzperiode mit dem 1. April 1864 in Kraft.

Die näheren Vorschriften über das Verhältniss des Herzogthums Holstein und seiner Vertretung zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie sollen der holsteinischen Ständeversammlung zur Beschlussnahme vorgelegt werden. ¶ In dem darüber auszuarbeitenden Gesetzvorschlage werden nicht nur die jetzt laut gewordenen Wünsche nach grösserer religiöser und bürgerlicher Freiheit berücksichtigt werden, sondern auch die nöthigen Bestimmungen über eine Erweiterung des Wahlrechtes und der Wählbarkeit wie über eine beschliessende Mitwirkung der holsteinischen Vertretung mit Rücksicht auf die besonderen Finanzen Holsteins Aufnahme finden. ¶ Gegeben auf Unserem Schlosse Fredensborg, den 30. März 1863.

Urkundlich unter Unserem königlichen Handzeichen und vorgedruckten Insiegel.

(L. S. R.) **Frederik R.**

C. Hall.

No. 836. (CVI.)

ÖSTERREICH. — Min. d. Ausw. an den k. k. Gesandten in Copenhagen. — Verwahrung gegen die königl. Bekanntmachung vom 30. März. —

Wien, am 13. April 1863.

No. 836. (CVI.) Oesterreich, 13. April 1863.

Durch die königlich dänischen Verordnungen vom 30. März haben sich die Verwicklungen zwischen Deutschland und Dänemark in der unerwartetsten Weise einem entscheidenden Wendepunkte genähert. Der Deutsche Bund wird sich über diese Verordnungen auszusprechen haben, und als Mitglied des Bundes ist Oesterreich nicht berufen, dessen Beschlüssen vorzugreifen. Aber wir fühlen uns auch in unserer individuellen Eigenschaft durch das Verfahren des Copenhagener Hofes so nahe berührt, dass wir nicht säumen dürfen, auch unabhängig von den Verhandlungen in Frankfurt das königlich dänische Cabinet auf den

ganzen Ernst der Lage aufmerksam zu machen, die es durch seine Massregeln heraufbeschworen hat. ¶ In doppelter Beziehung glauben wir den gerechtesten Grund zu haben, unsere Stimme unverweilt gegen diese Massregeln zu erheben. ¶ Der Gang der Ereignisse des Jahres 1850 hatte es mit sich gebracht, dass vorzugsweise die kaiserlich österreichische Regierung es war, welche, nachdem der Friedensschluss vom 2. Juli des genannten Jahres alle streitigen Fragen offen gelassen hatte, mit dem königlich dänischen Hofe die Vereinbarungen von 1851/52 unterhandelte, dieselben Vereinbarungen, mit welchen die Regierung Seiner Majestät des Königs Friedrich VII. nunmehr offen zu brechen sich bestimmt gefunden hat. Es ist uns daher unmöglich, uns nicht daran zu erinnern, dass wir damals das Herzogthum Holstein, die Festung Rendsburg insbesondere, als ein Pfand in Händen hatten, welches wir im Vereine mit Preussen, unseren damaligen ausdrücklichen Erklärungen zufolge, zu verwerthen entschlossen waren, um nach Wiederherstellung der Regierungsrechte des König-Herzogs auch für den Deutschen Bund gerechte und billige Bedingungen durchzusetzen. Im Vertrauen auf das gegebene Wort, dass Dänemark die in dem Erlasse des Fürsten Schwarzenberg vom 26. December 1851 genau bezeichneten Feststellungen als bindend betrachten werde, lieferte Oesterreich damals das Pfand aus, — Dänemark aber hat die eingegangene Schuld niemals abgetragen, ja, sich jetzt durch die That definitiv von derselben losgesagt. ¶ Der kaiserliche Hof hält sich daher für berechtigt, unvorgreiflich der Bundes-Beschlüsse gegen die königlichen Verordnungen vom 30. März, als mit den von ihm in Gemeinschaft mit Preussen für den Deutschen Bund unterhandelten Vereinbarungen von 1851/52 im Widerspruche stehend, rechtliche Einsprache, wie hiermit geschieht, einzulegen. Er sieht sich zugleich durch die gegenwärtige Sachlage veranlasst, sich vorzubehalten, die Berichtigung der aus dem Executionszuge nach Holstein herrührenden, in der Bundestags-Sitzung vom 11. August 1853 gehörig angemeldeten Schuldforderung an Dänemark zu verlangen, beziehungsweise zu beantragen, dass der Bund wegen Geltendmachung dieses Ersatz-Anspruchs die geeignete Einleitung treffe. ¶ Nicht weniger wie vom Standpunkte des Rechtes aus müssen wir aber zweitens auch aus Gründen, die wir dem Gebiete der Politik, ja, unserem oft bewährten Interesse an der Wohlfahrt der uralten dänischen Monarchie entnehmen, die Copenhagener Entschliessungen vom 30. März auf das tiefste beklagen. ¶ Im verflossenen Jahre, als uns die Unfruchtbarkeit der endlosen Polemik über die Auslegung der oftgedachten Vereinbarungen klar bewiesen zu sein schien, hielten wir für nöthig, in unserem Memorandum vom 12. (26.) August freimüthig darzulegen, dass wir die Ursache des Misslingens aller seitherigen Verständigungsversuche in dem ganzen, seit dem Jahre 1855 in Copenhagen befolgten Regierungs-System erblicken müssten. Wir warnten in ernsten und wohlgemeinten Worten vor den augenscheinlichen Gefahren des Versuches, aus der dänischen Monarchie, statt ihr mit Rücksicht auf ihre eigenthümlichen Bedürfnisse eine alle Landestheile gleichmässig umfassende Gesammtverfassung zu geben, einen national-dänischen Eiderstaat neben einem völlig abgesonderten Holstein sich herausbilden zu lassen. Der Hof von Copenhagen hat sich unserer Auffassung nicht angeschlossen, er hat im Gegentheile nunmehr

No. 836. (CVI.) Oesterreich, 13. April 1863.

No. 836. (CVI.) Oesterreich, 13. April 1863.

einen entscheidenden Schritt gethan, um das Programm der sogenannten eider-dänischen Partei zu verwirklichen. Ohne Zweifel ist er der beste Richter über das, was dem dänischen Reiche frommt; aber wir für unseren Theil sind nichts desto weniger zu tief überzeugt, dass der eingeschlagene Weg zu keinem guten Ziele führen könne, als dass wir nicht an dieser Stelle ausdrücklich hervorheben sollten, dass die Verordnungen vom 30. März in diametralem Gegensatze zu allen unseren Rathschlägen erlassen worden sind. ¶ Ew. etc. wollen dem königlichen Herrn Minister-Präsidenten den gegenwärtigen Erlass in Abschrift mittheilen. Wenn Herr Hall bedauern wird, so entschiedene Einwendungen gegen Entschlüsse, denen er die Autorität seines Namens geliehen hat, aus unserem Munde zu vernehmen, so wird er uns doch sicher die Gerechtigkeit leisten, dass wir uns in unserer Sprache stets treu geblieben sind, und er wird uns glauben, dass es uns zu aufrichtiger Betrübniss gereicht, die Verhältnisse zwischen Deutschland und Dänemark sich immer ungünstiger gestalten zu sehen, — Verhältnisse, die zu grossem Vortheile der beiden Nationen den engsten und freundschaftlichsten Charakter an sich tragen könnten und sollten. ¶ Empfangen Sie, etc.

Rechberg.

Freiherrn **von Brenner**, *Copenhagen.*

No. 837. (CVII.)

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Die Bekanntmachung vom 30. März betreffend. —

Berlin, den 15. April 1863.

No. 837. (CVII.) Preussen, 15. April 1863.

Ew. etc. sind bereits durch einen anderweiten Erlass vom heutigen Tage beauftragt worden, die Rechtsverwahrung, zu welcher uns die Bekanntmachung Sr. Majestät des Königs von Dänemark vom 30. v. M. in Betreff der Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein, sowohl für den Deutschen Bund wie für uns selber, nöthigt, zur Kenntniss des Herrn Ministers Hall in einer Note zu bringen, welche der kaiserlich österreichische Gesandte mit einem genau entsprechenden Schritte zu begleiten, zu unserer lebhaften Befriedigung angewiesen worden ist. ¶ Ich könnte mich hierauf beschränken, da durch die bereits angekündigte Mittheilung jener Bekanntmachung Seitens des herzoglich holstein-lauenburgischen Bundestagsgesandten an die Bundesversammlung, welche uns der andernfalls unabweislichen Nothwendigkeit, dieselbe selbst an den Bund zu bringen, überhebt, die Bundesversammlung in die Lage gesetzt werden wird, die Prüfung und Beurtheilung einer Massregel vorzunehmen, welche die inneren Verhältnisse eines Bundeslandes ebenso sehr, wie die durch Vereinbarungen völkerrechtlicher Natur festgestellten Rechtsansprüche des Bundes berührt. Auch bin ich weit davon entfernt, dieser Beurtheilung und den zu fassenden Beschlüssen in einer Sache, welche keine speciell preussische, sondern eine gemeinsame deutsche Bundesangelegenheit ist, vorgreifen zu wollen. ¶ Aber ich darf auch nicht vergessen, dass es Preussen und Oesterreich gewesen sind, welche jene

Vereinbarungen durch ihre Verhandlungen mit der königl. dänischen Regierung vorbereitet und herbeigeführt haben. Sie haben, nachdem die Verhandlungen unter ihnen selbst zum Abschlusse gediehen waren, unter Vorbehalt der definitiven Genehmigung des Bundes, mit dessen Mandat sie beauftragt waren, die Zurückziehung ihrer Truppen aus dem Herzogthum Holstein und die Uebergabe der vollen Regierungsgewalt in die Hände des König-Herzogs angeordnet; sie haben die von ihnen festgestellte Vereinbarung dem Bundestage zur Annahme empfohlen; und es ist auf ihren Antrag, dass der Bund in der Sitzung vom 29. Juli 1852 dieselbe genehmigt und die Sanction der Veränderung eines Rechtszustandes ausgesprochen hat, welcher noch kurz vor dem Ausbruche der Wirren von Seiner Majestät dem Könige von Dänemark selbst als ein bestehender und althergebrachter anerkannt und gerade von Preussen in dem Frieden vom 2. August 1850 *in integro* gewahrt worden war. ¶ Die königliche Regierung hat sich schon damals nicht verhehlen können, dass sie durch ihre Empfehlung der Vorschläge und Versprechungen Seiner Majestät des Königs von Dänemark zur Annahme des Bundes eine ernste Verantwortlichkeit gegen den letzteren übernommen habe, und dass sie selbst Vorwürfen nicht entgehen werde, wenn das damals ausgesprochene Vertrauen auf eine wirklich befriedigende Lösung sich als eine Illusion erweisen sollte. Im Gefühle dieser Verantwortlichkeit hat sie, auch nachdem ihr Mandat an den Bund zurückgegeben und die ganze Angelegenheit wieder in des letzteren Hände gelegt war, es für ihre Pflicht gehalten, im Lauf des seitdem verflossenen Decenniums, mit allen ihr im Wege freundschaftlichen Rathes und ernster Mahnung zu Gebote stehenden Mitteln auf die wirkliche Ausführung jener Vorschläge und die Erfüllung jener Verheissungen hinzuwirken. Sie hat namentlich im vergangenen Jahre durch die in Gemeinschaft mit dem Wiener Cabinet geführten Verhandlungen noch den Versuch gemacht, die königlich dänische Regierung zu einer Anerkennung der Rechte des Deutschen Bundes auf der Basis der Vereinbarungen von 1851/52 zu bewegen. ¶ Die Antwort auf diese, von der grössten Mässigung eingegebenen Bemühungen ist in der Bekanntmachung vom 30. März d. J. enthalten. ¶ Wenn die königlich dänische Regierung bis dahin die 1851 und 1852 von ihr gegebenen Versicherungen nur unerfüllt gelassen hatte, so hat sie nunmehr durch diesen Erlass denselben direct zuwider gehandelt und sich in wesentlichen Punkten ausdrücklich von ihnen losgesagt. ¶ Der in dem Eingange der Verordnung gemachte Versuch, die Schuld der Nichtausführung auf den Deutschen Bund und die holsteinischen Stände zu werfen, ist in sich selbst zu nichtig und bereits zu oft und zu gründlich widerlegt, als dass es jetzt noch etwas Anderes bedürfte, als einer einfachen Abweisung desselben. Wir werden es dem Bunde überlassen können, auf die Geduld hinzuweisen, mit welcher er nun zehn Jahre lang auf die Ausführung gewartet hat. ¶ Aber wir können nicht umhin, der königlich dänischen Regierung schon jetzt und in unserem eigenen Namen zu erklären, dass wir die Bedingungen, unter welchen wir im Frühjahr 1852 in die Zurückgabe der Regierungsgewalt in die Hände des König-Herzogs willigten und im Sommer desselben Jahres die Sanction des Bundes dafür beantragten, durch das jetzige Vorgehen der königlich dänischen Regierung verletzt finden,

No. 837. (CVII.) Preussen, 15. April 1863.

und dass wir derselben weder uns noch dem Bunde gegenüber das Recht zugestehen können, von den Verpflichtungen, welche sie zuerst Preussen und Oesterreich und sodann dem Bunde gegenüber, ausdrücklich übernommen hatte, und welche bereits vor Jahren von der königlich grossbritannischen Regierung als eine Ehrenschuld bezeichnet worden sind, einseitig zurückzutreten. ¶ In diesem Sinne haben wir unsere Rechtsverwahrung durch die von Ew. Exc. übergebene Note eingelegt und wiederholen dieselbe noch besonders in unserem eigenen Namen. ¶ Wir können es nur aufs Tiefste bedauern, wenn durch die neuen, den Tendenzen einer bekannten, auf die vollständige Incorporation Schleswigs hinarbeitenden Partei entsprechenden Massregeln das ganze Ergebniss der Verhandlungen von 1851/52 wieder in Frage gestellt erscheint, und wenn dadurch selbst die letzten Vermittelungsversuche einer befreundeten und unparteiischen Macht, wie die königlich grossbritannische Regierung sich erwiesen hat, direct entgegengetreten ist. Aber wir müssen die Schuld der möglicherweise daran sich knüpfenden Verwickelungen lediglich der königlich dänischen Regierung zuschieben, welche es vorgezogen hat, statt der auch von anderen Seiten unterstützten Rathschläge dieser Macht, den Eingebungen einer Partei zu folgen, welche unter dem Vorwande speciell dänischer Interessen das so wünschenswerthe und so natürliche gute Einvernehmen zwischen Dänemark und Deutschland zu stören beflissen gewesen ist. ¶ Ew. Excellenz wollen den gegenwärtigen Erlass durch Vorlesen zur Kenntniss des königlich dänischen Herrn Minister-Präsidenten bringen und ihm auch eine Abschrift desselben zurücklassen.

von Bismarck.

Herrn **von Balan**, *Copenhagen.*

No. 838. (CVIII.)

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Dreizehnte Sitzung vom 16. April 1863. — (§. 101) Verhandlung über die Bekanntmachung des Königs von Dänemark vom 30. März, betreffend die Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein. —

No. 838. Deutscher Bund, 16. April 1863.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Die vor Kurzem beendigten Verhandlungen mit den holsteinischen Provinzialständen haben nicht zu einem solchen Ergebnisse geführt, wie die königliche Regierung es zu erwarten um so mehr berechtigt gewesen war, als Vorlagen, die gemeinschaftlichen Angelegenheiten betreffend, und zwar namentlich auch die finanziellen Zulagegesetze, insoweit dieselben das Herzogthum Holstein angehen, den Ständen zur freien Beschlussnahme unterbreitet waren. Statt sich mit dem Inhalte dieser Gesetzentwürfe zu beschäftigen und die von der königlichen Regierung ihnen zugestandene neue Befugniss auszuüben, haben die Stände von jeder weiteren Beschlussnahme über die geschehenen Vorlagen abgesehen, bis die Stellung des Herzogthums in der Monarchie mittelst eines den Ständen vorzulegenden, dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 entsprechenden Gesetzentwurfes auf eine

No. 838. (CVIII.) Deutscher Bund, 16. April 1863.

mehr dauerhafte Weise geordnet worden wäre. ¶ Wenn nun die königliche Regierung sich übrigens annoch stets ausser Stande sieht, alle diejenigen Voraussetzungen anzuerkennen, die dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 zu Grunde liegen, so hat sie jedoch, um demselben möglichst zu entsprechen, unter bewandten Umständen geglaubt, den holsteinischen Provinzialständen jetzt eine regelmässige gesetzgebende und bewilligende Befugniss für den Antheil Holsteins an den gemeinschaftlichen Angelegenheiten beilegen zu müssen. ¶ Es haben Seine Majestät der König demgemäss geruht, die angeschlossene Allerhöchste Bekanntmachung, betreffend die Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein, unter dem 30. März ergehen zu lassen*). ¶ Aus diesem Actenstücke wird hohe Versammlung ersehen, wie den holsteinischen Ständen freies Bewilligungsrecht hinsichtlich derjenigen Ausgaben für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten eingeräumt worden ist, die ausserhalb des für die Monarchie bestehenden Normalbudgets entweder aus dem Antheile des Herzogthums an den gemeinschaftlichen oder aus den besonderen holsteinischen Einnahmen entrichtet werden sollen, und wie künftighin jedwedes Gesetz für das Herzogthum Holstein in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten von der Zustimmung der Stände abhängig gemacht worden ist. Es wird nach diesen Bestimmungen das Bundesgebiet vor jedem befürchteten Uebergriffe der Repräsentation der nicht-deutschen Theile der Monarchie vollständig gesichert sein. Einerseits wird ein in diesen Landestheilen publicirtes Gesetz nicht in Holstein in Wirksamkeit treten können, ehe die Stände auch ihrerseits dasselbe für Holstein angenommen haben; andererseits wird das Inkrafttreten eines von den Ständen genehmigten und von Seiner Majestät dem Könige bestätigten Gesetzes in Holstein nicht dadurch verhindert werden können, dass die gesetzgebende Gewalt in den ausserdeutschen Theilen der Monarchie ihre Zustimmung zu Erlassung des Gesetzes in diesen Landestheilen nicht hat ertheilen wollen. ¶ Die königliche Regierung darf hoffen, dass eine Nichtübereinstimmung zwischen den Vertretungen nicht das eigentliche Wesen einer gemeinschaftlichen Institution berühren und das Fortbestehen derselben unmöglich machen wird; wäre dies aber der Fall, so müsste allerdings eine Auflösung des fraglichen Theiles der früheren Gemeinschaft eintreten, als eine unumgängliche Consequenz der den beiden Vertretungen in gleichem Masse eingeräumten freien und unbehinderten Mitwirkung bei der Gesetzgebung. ¶ Die nähere Ausführung der durch die Allerhöchste Bekanntmachung vom 30. März geordneten neuen Stellung des Herzogthums Holstein in der Monarchie macht weitere detaillirte Bestimmungen und verschiedene Veränderungen in der Verordnung vom 11. Juni 1854, betreffend die Verfassung des Herzogthums Holstein, erforderlich. In dem Entwurfe, der zu diesem Ende ausgearbeitet wird, um den Ständen zur Genehmigung vorgelegt zu werden, soll nach dem Befehle Seiner Majestät des Königs der Ständeversammlung auch hinsichtlich der besonderen Angelegenheiten des Herzogthums eine erweiterte constitutionelle Befugniss beigelegt, sowie den lautgewordenen Wünschen auf grössere politische, bürgerliche und religiöse Freiheit entsprochen werden. ¶ Die könig-

*) No. 835.

No. 838. (CVIII.) Deutscher Bund, 16. April 1863.

liche Regierung darf die Ueberzeugung hegen, dass hohe Versammlung in diesen verschiedenen Allerhöchsten Massnahmen die ernste Absicht erkennen wird, durch ein Entgegenkommen des Bundesbeschlusses den so lange erstrebten Abschluss zu erreichen. Nur zu lange hat im Herzogthume eine für das wahre Wohl dieses Landes verderbliche Stimmung geherrscht und nur zu lange ist die holsteinische Frage ein Gegenstand des Streites zwischen Dänemark und dem Bunde gewesen. Durch die jetzt getroffene Ordnung hofft die königliche Regierung einen Zustand herbeiführen zu können, der es Seiner Majestät dem Könige möglich machen wird, auch in Holstein Seine landesväterlichen Absichten im vollen Masse zu verwirklichen, und der dazu dienen wird, die freundschaftlichen Beziehungen, die im beiderseitigen Interesse früher zwischen der dänischen Monarchie und dem Bunde bestanden, völlig wieder herzustellen.

Präsidium. Indem Präsidium beantragt, diese Mittheilung des königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Bundestags-Gesandten den vereinigten Ausschüssen zu überweisen, welche zunächst zu prüfen haben werden, wie sich die vorliegenden Verordnungen zu den in den Jahren 1851 und 1852 von Oesterreich und Preussen Namens des Deutschen Bundes mit der königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Regierung getroffenen Vereinbarungen, sowie zu den seitherigen Bundesbeschlüssen verhalten, muss es vorläufig dem Bunde auf das nachdrücklichste alle Rechte und Ansprüche wahren, welche demselben nach der Bundesverfassung, in Folge besonderer Vereinbarungen, namentlich der eben erwähnten vom Jahre 1851 und 1852, oder aus anderen Gründen zustehen.

Auch kann Präsidium bei diesem Anlasse nicht umhin, Namens der hohen Deutschen Bundesversammlung gegen die in der königlich-dänischen Bekanntmachung vom 30. v. M. enthaltene Behauptung hinsichtlich einer von Seiten dieser hohen Versammlung erfolgten unberechtigten Einmischung Verwahrung einzulegen.

Umfrage.

Oesterreich. Der Gesandte tritt dem Präsidialantrage und der daran geknüpften verwahrenden Erklärung um so mehr bei, als seine allerhöchste Regierung, ohne den Erwägungen und Beschlüssen des Bundes vorgreifen zu wollen, sich bereits bewogen gefunden hat, auch ihrerseits bei der königlich-dänischen Regierung gegen die Verordnungen vom 30. März Einsprache zu erheben.

Preussen. Der Gesandte pflichtet dem Antrage und der Rechtsverwahrung des Präsidiums ihrem ganzen Inhalte nach bei und bemerkt zugleich, dass seine allerhöchste Regierung, nachdem sie von der königlich-dänischen Verordnung für Holstein vom 30. v. M. Kenntniss erhalten, auch ihrerseits für nöthig befunden hat, unvorgreiflich den Beschlüssen hoher Bundesversammlung, in Copenhagen jener Verordnung gegenüber alle Rechte und Ansprüche des Deutschen Bundes vorzubehalten und zu wahren.

Baiern. Der substituirte Gesandte stimmt dem Antrage und der verwahrenden Erklärung des Präsidiums bei.

Königreich Sachsen. Der Gesandte tritt dem Präsidialantrage mit ausdrücklicher Zustimmung zu den eingelegten Verwahrungen bei.

Hannover stimmt der beantragten Verweisung an den Ausschuss nicht bei, sondern beabsichtigt vielmehr, in einer der nächsten Sitzungen einen besonderen Antrag bezüglich der königlich-dänischen Erlasse einzubringen. Uebrigens will es schon im Voraus als seine Ansicht erklären, dass die königlich-dänischen Erlasse vom 30. v. M. eine einseitige, eigenmächtige und höchst nachtheilige Festsetzung des Verhältnisses der Herzogthümer Holstein, Lauenburg und Schleswig in dem Ganzen der dänischen Monarchie enthalten, welche die Vereinbarungen von 1851/1852 und die Bundesbeschlüsse seit 1858, namentlich die Beschlüsse vom 11. Februar und 12. August 1858 gänzlich ignorirt, und die der Deutsche Bund sich nimmermehr ruhig gefallen lassen kann.

Württemberg, Baden, Kurhessen und Grossherzogthum Hessen: treten dem Antrage und der verwahrenden Erklärung des Präsidiums bei.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der Gesandte stimmt für Verweisung an die vereinigten Ausschüsse.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg: desgleichen.

Alle übrigen Gesandtschaften traten dem Präsidialantrage und der daran geknüpften verwahrenden Erklärung bei.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Hinsichtlich der bei der Abstimmung eingelegten Verwahrungen muss der Gesandte sich auf die früher vielfach abgegebenen Erklärungen seiner allerhöchsten Regierung in der vorliegenden Sache zurückbeziehen und alle ihre Rechte und etwaige ferner für nöthig zu erachtende Erklärungen ausdrücklich reserviren. ¶ Der Gesandte kann zugleich nicht umhin, sein lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, dass die königlich-hannöverische Regierung überdies eine nähere Prüfung der einschlagenden Verhältnisse durch den Ausschuss für die holsteinischen Verfassungsangelegenheiten ablehnt, und muss zugleich, hinsichtlich aller in der Abstimmung des königlich-hannöverischen Herrn Gesandten berührten Punkte sich Namens seiner allerhöchsten Regierung in vollster Ausdehnung verwahren.

Nachdem die Bundesversammlung mit beträchtlicher Stimmenmehrheit dem Antrage, sowie der verwahrenden Erklärung des Präsidiums beigetreten war, erfolgte der Beschluss: die Mittheilung des königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Bundestags-Gesandten den vereinigten Ausschüssen zu überweisen.

No. 839. (CIX.)

OESTERREICH und **PREUSSEN.** — Die Gesandten in Copenhagen gleichlautend an den königl. dänischen Conseilspräsidenten. — Rechtsverwahrung gegen die königliche Bekanntmachung vom 30. März*). —

Copenhagen, den 17. April 1863.

No. 839. (CIX.) Oesterreich und Preussen, 17. April 1863.

Der unterzeichnete kaiserlich-königlich-österreichische (königlich-preussische) ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister beehrt sich, Seiner Excellenz dem königlich-dänischen Conseilspräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Hall, die nachstehende Eröffnung zu machen: ¶ Die auf die Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein bezüglichen allerhöchsten Bekanntmachungen und Rescripte vom 30. März d. J. sind der kaiserlich-königlich-österreichischen (königlich-preussischen) Regierung durch den königlich-dänischen Gesandten in Wien (Berlin) ohne weitere schriftliche Aeusserung mitgetheilt worden. Der Unterzeichnete ist infolge dessen beauftragt, dem Herrn Minister Hall zu erklären, dass seine allerhöchste Regierung in Uebereinstimmung mit dem königlich-preussischen (kaiserlich-königlich-österreichischen) Cabinet dem hohen Deutschen Bunde die Beurtheilung der durch diese Erlasse getroffenen Massregeln vorbehält, und für denselben ebenso wie für sich selbst alle auf die Vereinbarungen von 1852 oder auf irgend welchen anderen Grundlagen beruhenden Rechte und Ansprüche bundesrechtlicher oder völkerrechtlicher Natur, wie hiermit geschieht, ausdrücklich wahrt. ¶ Indem der Unterzeichnete sich des ihm ertheilten hohen Auftrages entledigt, benutzt er, &c.

Herrn **Hall**, *Copenhagen.*

No. 840. (CX.)

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Vierzehnte Sitzung vom 23. April 1863. — (§. 107) Antrag von Hannover bezüglich der Erlasse der königlich-dänischen Regierung vom 30. März. —

No. 840. (CX.) Deutscher Bund, 23. April 1863.

Hannover. Von Seiner Majestät dem Könige, seinem allergnädigsten Herrn, ist der Gesandte beauftragt, der hohen Bundesversammlung in Bezug auf die Erlasse der königlich-dänischen Regierung vom 30. v. M., betreffend die Stellung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg in der dänischen Gesammtmonarchie, Folgendes vorzutragen: ¶ In der Vereinbarung, welche die allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin im Namen des Deutschen Bundes mit der königlich-dänischen Regierung im Jahre 1851 und 1852 abschlossen, hatte die letztere bestimmte Verbindlichkeiten hinsichtlich der Stellung eingegangen, welche die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg in der

---

*) Von dem Erlass dieser gleichlautenden Noten wurde der Deutschen Bundesversammlung in ihrer 14. Sitzung vom 23. April (§. 106) Kenntniss gegeben, und von dieser die Ueberweisung an die vereinigten Ausschüsse beschlossen.

künftigen Organisation der dänischen Monarchie bekommen sollten. Dahin gehörte vornehmlich, dass die Verbindung der verschiedenen Landestheile zu einem wohlgeordneten Ganzen aufrecht erhalten und fortgeführt werde und gleichartig und verfassungsmässig sei; dass bei jener Organisation jede ausschliesslich nationale und einseitige Richtung beseitigt und den Institutionen des Landestheiles Dänemark keine ausschliessliche Bevorzugung zugewandt werde; und dass die einzelnen Landestheile als Glieder eines Ganzen gleichberechtigte Stellung bekämen und kein Theil dem anderen untergeordnet werde. In Bezug auf Schleswig wurde noch insbesondere vereinbart, dass dieses Herzogthum weder in das Königreich Dänemark incorporirt noch irgend welche Schritte geschehen sollten, die dahin abzweckten, und dass die beiden Nationalitäten in diesem Herzogthume auf den Fuss völliger Gleichheit gestellt würden und dieserhalb die gewünschten Bürgschaften empfingen. Ausserdem wurde sowohl der Organisation der Monarchie gegenüber, als in Verhältniss zu der neuen Einrichtung der Landestheile Holstein und Lauenburg die Beibehaltung der Rechte und Pflichten des Deutschen Bundes und des Königs von Dänemark ausdrücklich vorbehalten, welche aus den Grundgesetzen des Bundes folgen. ¶ In ihren wesentlichen Bestandtheilen wurden leider jene übernommenen Verpflichtungen nicht von der königlich-dänischen Regierung erfüllt und diese Versäumniss bildete den Gegenstand der Bundesbeschlüsse vom 11. Februar und 12. August 1858. Indess nun kam jene Regierung wieder den Bundesbeschlüssen nicht gehörig nach, welche die Erfüllung forderten. Zwar hob sie die Gesammtverfassung vom 2. October 1855 für Holstein und Lauenburg auf, liess sie aber für Schleswig bestehen und führte keine solche Einrichtung herbei, durch welche die Herzogthümer in eine gleichberechtigte Stellung mit dem Königreiche Dänemark gekommen wären. Vielmehr standen Holstein und Lauenburg nach jener Aufhebung noch ungünstiger als zuvor, denn sie besassen nun gar keine Mitwirkung an der Regierung der gemeinsamen Angelegenheiten. ¶ Da kein Definitivum von der königlich-dänischen Regierung zu erlangen war, welches den Vereinbarungen entsprach, so suchte die hohe Bundesversammlung wenigstens bis zur endlichen Regulirung der Angelegenheit ein Provisorium aufzurichten, das die Herzogthümer Holstein und Lauenburg in der Zwischenzeit nicht völlig schutzlos liess. Die Bundesbeschlüsse vom 8. März 1860 und 7. Februar 1861 galten diesem Zwecke. Indessen selbst in Hinsicht dieser Beschlüsse wurde nicht erreicht, dass die königlich-dänische Regierung sie gehörig ausführte. Eine ganze Reihe von Gesetzen, gemeinsame Angelegenheiten betreffend, sind seit dem Jahre 1860 dem dänischen Reichsrathe vorgelegt, dagegen den holsteinischen Ständen nicht mitgetheilt worden. Das Normalbudget und die Budgets über die Zuschüsse von 1860—1862 wurden octroyirt und Gelder über das Normalbudget hinaus ohne Beistimmung der holsteinischen Stände entnommen. ¶ Während aber der deutsche Bund und die königlich-dänische Regierung noch im Streite waren wegen der Erfüllung jener Verbindlichkeiten, aus den Jahren 1851 und 1852 stammend, ging von dieser Regierung ein neuer Act aus, welcher sich offen über die Vereinbarung von 1851/52 hinwegsetzte und das Verhältniss von Holstein und Lauenburg

No. 840. (CX.) Deutscher Bund, 23. April 1863.

in der dänischen Monarchie auf eine neue Weise ohne Zuthun des Deutschen Bundes und der Herzogthümer definitiv ordnen soll: sie erliess die Bekanntmachung vom 30. v. M. ¶ Wie es scheint, nimmt der Eingang der königlichen Verordnung an, dass von Seiten Deutschlands die Organisation der dänischen Monarchie in einer einheitlichen Repräsentation für den einzigen Weg zur Bildung eines wohlgeordneten Ganzen angesehen und so gefordert worden wäre. Dies ist jedoch nicht der Fall, vielmehr giebt es noch andere Wege zu diesem Ziele. Noch jüngst hatte der Graf Russell einen Vorschlag gemacht, welcher eine vortreffliche Grundlage für die Organisation eines dänischen Gesammtstaates abgegeben hätte, wenn er von der königlich-dänischen Regierung angenommen wäre, obschon er keinen centralen Reichsrath enthielt. Indessen man darf wohl annehmen, dass der eigentliche Grund, weshalb jetzt die königliche Regierung, abweichend von ihren früheren Intentionen, die einheitliche Repräsentation verwirft, darin liegt, dass sie überhaupt kein Ganzes der dänischen Monarchie mehr will, sondern vielmehr eine solche Organisation welche die Monarchie in zwei Stücke theilt. Zu diesem Plane passt natürlich weder Gesammtstaat, noch gemeinschaftliche Verfassung. ¶ Wendet man sich nunmehr zur Beurtheilung der Bekanntmachung vom 30. v. M., so zeigt sich Folgendes:

I) Die Verfassung von 1855 wurde durch Bundesbeschluss vom 11. Februar 1858 für ungültig für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg erklärt, weil sie ohne Verhandlung mit den Ständen erlassen war. Der Erlass vom 30. v. M. steht ganz in gleichem Verhältnisse wie jene Verfassung; er enthält die Grundzüge einer neuen allgemeinen Verfassung für beide Herzogthümer und ist octroyirt, widerspricht also dem Artikel 56 der Wiener Schlussacte. Er muss demnach gleichfalls für einen ungültigen Act angesehen werden. Alles was jene Bekanntmachung enthält, mit Einschluss der finanziellen Bestimmungen, ist sonach rechtsunverbindlich dem Deutschen Bunde gegenüber und für die Herzogthümer.

II) Die Bekanntmachung vom 30. v. M. widerstreitet der Vereinbarung von 1851/52. Sie verletzt jene Uebereinkunft in mehreren Richtungen.

1) Durch die Vereinbarung wurde bedungen, dass die definitive Organisation der Monarchie nur auf verfassungsmässigem Wege, also nicht ohne Verhandlung mit den Ständen der Landestheile, eingeführt werden sollte. Die Stände der Herzogthümer sind aber vor der Publication jener Verordnung vom 30. v. M. weder gehört worden, noch haben sie ihre Zustimmung ertheilt.

2) Durch die neue Organisation vom 30. v. M. ist den Herzogthümern Holstein und Lauenburg weder eine gleichartige noch gleichberechtigte Stellung in der Monarchie zugetheilt. Die Monarchie wird durch sie in zwei Stücke gespalten, erstens in ein dänisches Reich bis zur Eider mit einheitlicher Verfassung und zweitens in Holstein und Lauenburg, aber beide nicht als Einheit, sondern getrennt, mit zwei Verfassungen und nicht mit gleicher selbständiger Stellung neben dem dänischen Reiche stehend hinsichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten und deren Verwaltung, sondern als untergeordneter und unebenbürtiger Anhängsel jenes Reiches. ¶ Ein Vergleich zwischen der

Stellung beider Gruppen zeigt die entschiedene Vorherrschaft des Eiderstaates und in ihm wiederum des Landestheiles Dänemark, und andererseits die Zurücksetzung der Herzogthümer. ¶ Nach der Verfassung von 1855 wird die höchste Gewalt in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten durch die Minister ausgeübt; über alle wichtigen Angelegenheiten und Massregeln wird im Geheimen Staatsrathe verhandelt; die Minister für die allgemeinen Angelegenheiten sind aber dänisch und sie bilden unter Hinzurechnung der Specialminister für Dänemark die Majorität. Ja dermalen ist sogar ein dänischer Minister zugleich Minister für Holstein. Die Herzogthümer haben also weder Antheil, noch Einwirkung in der Centralleitung, sondern der Landestheil Dänemark herrscht darin, obschon bei den Verhandlungen von 1851/52 auch die Gleichberechtigung der Landestheile auch im Staatsrathe vorausgesetzt wurde. ¶ Dem Reichsrathe, also Dänemark, sind die allgemeinen Minister verantwortlich; die Herzogthümer besitzen in den gemeinsamen Angelegenheiten keine verantwortlichen Minister. Daher besteht ministerielle Abhängigkeit dem Landestheile Dänemark gegenüber und dieser Landestheil ist gedeckt gegen provisorische Gesetze und Ausgaben, welche die Ministerconferenz beschliesst, wenn der Reichsrath abwesend ist, während die Herzogthümer keine Hülfe gegen solche ausserordentliche Massnahmen haben. ¶ Bei der Stellung der Minister zu Dänemark und dem Reichsrathe liegt es ferner in der Natur der Sache, dass sowohl was die Minister in gemeinsamen Angelegenheiten vornehmen und an die Stände bringen, als der Gang dieser Sachen sich hauptsächlich um den Landestheil Dänemark und seine Interessen und Wünsche, nicht aber um die der Herzogthümer dreht. Auch hat nur Dänemark das Recht der Initiative und Beschwerden in gemeinsamen Angelegenheiten; wenigstens besitzen blos seine Gravamina Bürgschaft, dass sie berücksichtigt werden. ¶ Der Reichsrath hat endlich die legislative Gewalt in Bezug auf das Normalbudget; die Herzogthümer besitzen sie nicht. Und aus der Verordnung vom 30. v. M. sieht man noch nicht, ob die Herzogthümer das gesetzgebende Recht bei den gemeinschaftlichen Steuern und Staatsanleihen bekommen sollen. ¶ Die Bekanntmachung vom 30. v. M. scheint allerdings den Herzogthümern Manches zu gewähren; dies verliert jedoch bei näherem Betracht gar sehr an Bedeutung.

a) Es soll das holsteinische Contingent ausgesondert werden. Wenn dieser Truppentheil in den Herzogthümern stationirt bliebe und mit Officieren aus ihnen versehen würde, so wäre diese Massregel erwünscht und zweckmässig. In der Bekanntmachung vom 30. v. M. wird aber nichts davon erwähnt, dass künftig das Contingent in den Herzogthümern steht; es bleibt vielmehr unter dem Kriegsminister, welcher dem Reichsrathe, nicht den Ständen der Herzogthümer verantwortlich ist; und da die Bildungsanstalten gemeinschaftlich, also dänisch bleiben sollen, so wird das Contingent also auch künftig eine gemeinschaftliche Anstalt sein und von Dänemark abhängen. Die Aussonderung ist folglich in so weit eine blosse Formalität. Reelle Wirkung wird aber die Massregel darin beweisen, dass sie künftig Holstein und Lauenburg mehr belastet; denn sie werden neben ihrem Contingent auch noch mit Mannschaften zu den Garden beitragen, und sie müssen künftig mehr für die Armee zahlen. Die

No. 840. (CX.) Deutscher Bund, 23. April 1863.

Verordnung führt nämlich die merkwürdige Veränderung ohne Beistimmung der Landschaften ein, dass sie die Kosten für die Truppen der beiden Herzogthümer aus dem allgemeinen Budget wegthut und auf das Specialbudget der Herzogthümer legt. Sie zahlen also künftig doppelt, erstens für ihren Truppentheil aus ihren Sonderfinanzen, und dann nochmals für die ganze Armee im gemeinschaftlichen Budget. Auch hat das Verlegen der Kosten auf die Specialkasse der Herzogthümer muthmasslich noch den besonderen Zweck, dass künftig die ausserordentlichen Ausgaben, welche das Contingent in Folge von Bundesbeschlüssen (also Bundeskrieg, Bundesmanöver u. s. w.) verursacht, dem besonderen Budget zur Last gelegt werden sollen.

b) Hinsichtlich der Marine und für eine ganze Reihe anderer Ausgaben, die zum grossen Theile nur Interessen und Anstalten des demnächstigen Eiderstaates sind, bleibt Holstein, was das Zahlen betrifft, in der Gemeinschaft, ohne dass ihm aber ein Einfluss eingeräumt ist auf das Feststellen, Aendern, Controliren dieser Ausgaben, oder auf die Verwendung, oder auf die Angelegenheiten, für welche gezahlt wird; Dänemark dagegen besitzt diese Einwirkung.

c) Die holsteinischen Stände sollen hinsichtlich der Zuschüsse, welche über das Normalbudget hinausgehen, von 1864 an das Bewilligungsrecht haben. Indess dasselbe Recht ist nicht Lauenburg beigelegt. Ausserdem möchte wohl diese Bewilligung ziemlich illusorisch sein. Das Aussetzen ihrer Wirkung bis zum 1. April 1864 zeigt an, dass die Zuschüsse zum Normalbudget noch bis zu jenem Termine octroyirt werden sollen; wenigstens hat jüngst das officielle Organ in Copenhagen erklärt, dass die Zuschüsse für die Periode von 1862 bis 1864 zur Kasse kommen werden auch abgesehen von der Bewilligung der holsteinischen Stände. Ausserdem bringt das Wesen der Gemeinschaft und der Quotentheile, nach denen die gemeinschaftlichen Ausgaben auf die Landestheile repartirt sind, mit sich, dass jenes Bewilligungsrecht der holsteinischen Stände mit leichter Mühe eludirt werden kann; die Vorstellung, welche diese Stände bei ihrem neuesten Zusammensein an des Königs von Dänemark Majestät gerichtet haben und die jetzt der hohen Bundesversammlung vorliegt, weist dies schlagend nach. ¶ Und hinter dem Bewilligungsrechte steht noch jener Grundsatz, welchen die königlich-dänische Regierung im Provisorium zur Geltung brachte: „so weit dies mit den obliegenden Pflichten gegen die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Landestheile vereinbar ist und die Fortführung einer geregelten Finanzwirthschaft es zulässt;“ nach ihm kann nöthigenfalls die fehlende Bewilligung regiminalseitig ergänzt werden.

d) Die holsteinischen Stände sollen ferner das Zustimmungsrecht in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten bekommen — von Lauenburg ist auch hier keine Rede; in diesem Punkte hätte also Holstein nach dem Buchstaben der Bekanntmachung eine coordinirte Stellung mit dem Lande Dänemark bekommen. Indess die Gleichstellung ist doch mehr Schein als Wirklichkeit. Alle jene Einwirkungen auf die Initiative, auf den Inhalt der Gesetzentwürfe, auf die Discussion und auf die Ausführung der Gesetze, welche dem Lande Dänemark zur Disposition stehen und zur Beachtung seiner Interessen zwingen, weil die Majorität der Minister ihm angehört und ihm verantwortlich ist, fallen bei der

legislativen Mitwirkung der holsteinischen Stände weg. Ausserdem ist schon jetzt in der Bekanntmachung die verliehene gesetzgebende Gewalt Holsteins dadurch bedroht, dass, im Falle keine Uebereinstimmung in gemeinschaftlichen Angelegenheiten zwischen dem Reichsrathe und der holsteinischen Ständeversammlung entsteht, die nothwendigen Veranstaltungen getroffen werden sollen. Schwerlich werden aber diese Anordnungen, bei der Stellung des Ministeriums zu dem Reichsrathe und bei dessen Uebergewicht, zum Vortheil von Holstein und Lauenburg ausfallen und muthmasslich auch nicht darin bestehen, was die königlich-dänische Regierung im Jahre 1851 als Auskunftsmittel für den Fall vorschlug, wenn unter den Ausschüssen keine Uebereinstimmung entstände, dass nämlich dann der Zustand intact bleiben sollte, wie er bisher war.

e) Endlich ordnet die Bekanntmachung noch an, dass vom 1. April 1864 an die Verwaltung der besonderen holsteinischen Finanzen dem Ministerium für Holstein und Lauenburg übertragen werden soll. Diese Suspension der Ausführung der Anordnung hängt muthmasslich mit jenem Octroyiren der Zuschüsse der Finanzperiode von 1862 bis 1864 zusammen. Sie wird aber auch künftig keinen besonderen Werth haben, da nach den im Lande Dänemark gemachten Erfahrungen, wo auch eine Zeitlang der Sonderminister die Sonderfinanzen dirigirte, sich zeigte, dass die Stimme des allgemeinen Finanzministers doch massgebend war.

3. Durch die Organisation der Monarchie, welche die Bekanntmachung vom 30. v. M. einführt, wird Holstein und Schleswig wechselseitig mehr von einander gesondert, als durch die Vereinbarung von 1851/52 bedungen oder vorausgesetzt war. ¶ Während die Verbindung aller Landestheile zu einem wohlgeordneten Ganzen als Grundlage für die Organisation der dänischen Monarchie vereinbart und die frühere administrative Verbindung von Schleswig und Holstein deutscherseits im Jahre 1851 nur aufgegeben wurde unter der Voraussetzung, dass die königlich-dänische Regierung einen Gesammtstaat mit gerechter, gleichartiger und gleichberechtigter Stellung seiner Glieder herstellte, wird jetzt Holstein hinsichtlich der Legislation definitiv und vollständig zu Gunsten eines Eiderstaates von den übrigen Landestheilen, namentlich von Schleswig, abgesondert, ferner die Gemeinsamkeit in der Administration und in verschiedenen Einrichtungen beschränkt, und endlich weiterer Trennung im Art. 5 eine gesetzliche Grundlage gegeben. So enthält die Bekanntmachung das klare Programm für eine vollständige Lösung des gemeinschaftlichen Bandes, welches Holstein und Schleswig noch bisher als zusammengehörige Theile derselben staatlichen Organisation aneinanderknüpfte.

4. Schleswig wird zwar in der Bekanntmachung vom 30. v. M. nicht erwähnt, trotzdem enthält sie einen neuen Schritt, welcher auf das Ziel der eiderdänischen Politik, auf die völlige Einverleibung des Herzogthums in das Land Dänemark hinwirkt und das deutsche Element noch mehr der Danisirung preisgiebt. Denn zur Aussonderung von Holstein ist die Incorporation von Schleswig nothwendiges Correlativ. ¶ Schleswig soll künftig definitiv nur mit dem Königreiche Dänemark in einheitlicher Verfassung und Centralverwaltung hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten vereinigt sein; in dieser

No. 840. (CX.) Deutscher Bund, 23. April 1863.

Beschränkung bleibt also das Princip der einheitlichen Verfassung und Repräsentation bestehen, welches der Eingang der königlichen Bekanntmachung verwirft. Da aber offenbar Dänemark das Hauptland in dieser Verbindung ist, Schleswig als Nebenland darin steht, auch sein Antheil an der Centralleitung und an der Repräsentation im Reichsrath völlig untergeordnet ist, so existirt das Wesentliche, welches zum Begriff der Incorporation gehört. Im Jahre 1854 erklärte das damalige dänische Ministerium schon die übrigen Landestheile für untergeordnet, wenn bei blos berathender Mitwirkung des Reichsraths das dänische Element zu sehr in der Majorität sei, jetzt besitzt der Reichsrath entscheidende Stimme und das schleswigsche Element befindet sich in ihm tief in der Minorität: die Unterordnung Schleswigs ist also gegenwärtig verdreifacht. ¶ Die Quelle für den Plan und die Ausführung dieses neuen Actes vom 30. v. M. liegt klar vor: es ist dieselbe einseitige, ausschliessliche nationale Tendenz, welche schon seit Jahren den Widerstand des Landes Dänemark gegen die Ausbildung eines wohlgeordneten Gesammtstaates und wider die gleichberechtigte Stellung der Landestheile höher anschlug, als alle Interessen und Rechte der übrigen Landestheile und der Rechte Deutschlands, und welche zu Gunsten eines Eiderstaates thätig war. Sie will den Besitz der Suprematie, in welchen sich der Landestheil Dänemark 1848 in den gemeinsamen Angelegenheiten setzte, ungeschmälert erhalten und die Leitung nicht mit den Herzogthümern theilen. Aus dieser Ursache entsprangen alle Wirren in der dänischen Monarchie seit 1852.

III. Die Bekanntmachung vom 30. v. M. beschädigt die Interessen der Herzogthümer auf das höchste. ¶ Holstein und Lauenburg erscheinen in der Verbindung, welche die Verordnung als Organisation der Monarchie aufstellt, als Anhängsel des Eiderstaates, welcher für dessen Errichtung gehörige Consolidirung und Erhaltung und für seine Interessen alljährlichen Tribut entrichtet. Im Wesentlichen bleiben, trotz der theilweisen Aussonderung, die Herzogthümer einer national-dänischen Leitung unterworfen, denn jene Aussonderung ist so eingerichtet, dass sie zwar einerseits allen Zusammenhang mit Schleswig aufhebt, aber ihnen andererseits keine Selbständigkeit in den gemeinsamen Angelegenheiten und keinen eingreifenden Einfluss gewährt, gleichwie Dänemark sie hat. ¶ Die Einrichtung, welche die Bekanntmachung einführt, setzt ferner Holstein und Lauenburg in ein System von Disharmonie mit den übrigen Landestheilen. Denn künftig sind die gemeinschaftlichen Angelegenheiten vorzugsweise Sachen und Interessen des Landestheiles Dänemark. Wenn also die Herzogthümer künftig dazu beisteuern, oder sich legislativ damit beschäftigen, thun sie dies für den Eiderstaat. Es ist nun naturgemäss, dass daraus eine fortdauernde Neigung entsteht, zu versagen, und dass hieraus wiederum Verstimmung und Uneinigkeit mit den anderen Landestheilen entspringt. Und da das Wesen der gemeinschaftlichen Angelegenheiten mit sich bringt, dass, wenn der Reichsrath Ausgaben oder Massregeln beschlossen hat, dies auf Holstein und Lauenburg in so fern einwirkt, als nun die Nothwendigkeit entsteht, auch ihre Beistimmung dazu zu erlangen, so wird von Seiten der anderen Landestheile ein beständiges Drängen, Pressen, Befeinden und von Seiten der Regierung eine Neigung zum Octroyiren dessen vorhanden sein,

wozu die Herzogthümer ihre Zustimmung nicht geben wollen. Diese Kette stetiger Zwietracht der Landestheile kann schwerlich eine wohlgeordnete gleichmässige Organisation der dänischen Monarchie genannt und dem Principe ihrer Integrität entsprechend gefunden werden, welches letztere gerade verbietet, dass der Zusammenhang der Bestandtheile der Monarchie loser gemacht werde. Jene Zwietracht beschädigt so gut die Interessen der Herzogthümer und Deutschlands, als die von Europa, indem sie die Quelle zu neuen Wirren und Conflicten nach allen Seiten enthält. ¶ Die neue Stellung der Herzogthümer in der Monarchie bedroht endlich Gemeinsamkeiten, namentlich mit Schleswig, deren Aufhören das materielle Wohl von Holstein und Schleswig schwer beschädigen würde. Denn es kann nicht fehlen, dass in weiterer Ausbildung der Trennung zwischen Schleswig und Holstein darnach gestrebt wird, auch die Verbindung aufzuheben, in welcher jetzt noch Dänemark und Schleswig mit Holstein und Lauenburg hinsichtlich des Systems der Zölle und anderer derartiger materieller Einrichtungen stehen und auf welche bei der Vereinbarung von 1851/52 so grosses Gewicht gelegt wurde.

Im Auftrage seines allerhöchsten Königs und Herrn erlaubt sich nach allen diesem der Gesandte folgende Anträge: Hohe Bundesversammlung wolle

1) die Festsetzung des Verhältnisses der Herzogthümer in der dänischen Gesammtmonarchie, wie es durch die Bekanntmachung der königlich-dänischen Regierung vom 30. v. M. angeordnet wird, für rechtsunverbindlich erklären, weil sie sowohl den Vereinbarungen von 1851 und 1852, als den Grundgesetzen des Deutschen Bundes und den in der holstein-lauenburgischen Angelegenheit erlassenen Bundesbeschlüssen widerstreitet;

2) die königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Regierung auffordern, dass sie diese Regulirung zurücknehme und binnen sechs Wochen jene Anzeige mache, welche die Bundesbeschlüsse vom 11. Februar und 12. August 1858 für ein Definitivum auferlegten;

3) die Gesetze, Verordnungen und Massnahmen für rechtsunverbindlich erklären, welche von der königlich-dänischen Regierung seit dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 diesem zuwider für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg ausgegangen sind, und ferner die königlich-dänische Regierung auffordern, dass sie in der Zwischenzeit bis zur definitiven Regulirung der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit die Bundesbeschlüsse vom 8. März 1860 und 7. Februar 1861 innehalte;

4) in Bezug auf das Herzogthum Schleswig gegen jeden Versuch, dieses Herzogthum von Holstein in der Verfassung und Verwaltung der allgemeinen Angelegenheiten weiter auszusondern, als es nach der Vereinbarung von 1851/52 bedungen war, feierlich protestiren, die Rechte des Deutschen Bundes gegen jegliche Incorporation von Schleswig in das Land Dänemark oder dahin abzweckende Schritte

No. 840. (CX.) Deutscher Bund, 23. April 1863.

verwahren, und sich vorbehalten, wider solche Schritte der königlich-dänischen Regierung die geeigneten Massregeln zn ergreifen;

5) den vereinigten holsteinischen und Executions-Ausschuss beauftragen, die Schritte zu berathen und demnächst vorzuschlagen, welche vorgenommen werden müssten, falls die königlich-dänische Regierung den obengenannten Anforderungen nicht nachkommt.

Präsidium schlägt vor, den eben vernommenen Antrag an die vereinigten Ausschüsse zu überweisen.

Bevor hierüber Umfrage gehalten wurde, stellte der königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Herr Gesandte das Ersuchen, eine Erklärung noch vor der Abstimmung abgeben zu dürfen.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Indem der Gesandte rücksichtlich der allgemeinen Verwahrung seiner allerhöchsten Regierung gegen etwaige internationale Verwicklungen, die aus der Vermischung eines internationalen Anspruches mit einer ausschliesslich als föderal angesehenen Frage erwachsen könnten, sich auf die von seinem Vorgänger unterm 19. März v. J. an den kaiserlich-königlich-österreichischen Herrn Präsidialgesandten gerichtete Note bezieht, findet derselbe sich ferner schon jetzt veranlasst, mit Beziehung auf den Namens der königlich-hannöverischen Regierung eingebrachten Antrag, welcher, insofern derselbe einen nicht zum Bunde gehörigen Theil der dänischen Monarchie betrifft, einen rein internationalen Charakter an sich trägt und demnach in föderaler Weise nicht wird behandelt werden dürfen, gegen diese Ausdehnung der bundesrechtlichen Competenz feierlichst zu protestiren. ¶ In Betreff der Realität der Sache bemerkt der Gesandte annoch, dass die königliche Regierung in ihrer der hohen Bundesversammlung bekannten Depesche vom 12. März v. J. an die königlichen Gesandten in Wien und Berlin schon damals ihre unveränderten Ansichten über die staatsrechtliche Stellung der zum Bunde nicht gehörigen Theile der Monarchie, demselben gegenüber, ausgesprochen hat. Zugleich muss der Gesandte, in seiner Eigenschaft als Mitglied dieser hohen Versammlung und als solches mitbestimmend über den bei dieser Veranlassung einzuschlagenden Geschäftsgang, gegen die formelle Abnormität Verwahrung einlegen, dass eine Angelegenheit, die zum Theil als eine rein internationale betrachtet werden muss, an die vereinigten Ausschüsse würde verwiesen werden, welche nur zur Behandlung einer föderalen Sache erwählt worden sind, — eine Abnormität, die den Bund in eine schwierige und durchaus nicht zu rechtfertigende Lage bringen könnte.

Präsidium. Gegen die in dieser Erklärung entwickelten Ansichten muss Präsidium sich verwahren und insbesondere, insofern in derselben auf die Note vom 19. März 1862 des Vorgängers des Herrn Gesandten Bezug genommen wird, sich auf die gegen die darin enthaltene Auffassung bereits in seiner Rücknote vom 21. März 1862 eingelegten Verwahrungen, sowie auch auf den diese Verwahrungen bekräftigenden und die in der obgedachten Note gemachten Einwendungen als unbegründet zurückweisenden Beschluss der hohen Bundesversammlung vom 1. Mai 1862 und dessen Motive beziehen. Im Uebrigen beruft sich Präsidium auf die verwahrende Erklärung, welche es in der

letzten Sitzung auszusprechen sich veranlasst gesehen hat, und beantragt nunmehr, den von dem Herrn Gesandten von Hannover gestellten Antrag und auch die von dem königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten abgegebene Erklärung den vereinigten Ausschüssen, unter Bezugnahme auf den Bundesbeschluss vom 1. Mai 1862, zuzuweisen.

No. 840. (CX.) Deutscher Bund, 23. April 1863.

Umfrage.

Oesterreich, Preussen, Baiern, Königreich Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen und Grossherzogthum Hessen: treten dem Präsidialantrage bei.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Unter Bezugnahme auf die so eben abgegebene Verwahrung stimmt der Gesandte gegen die Verweisung des Antrages an die vereinigten Ausschüsse, wobei derselbe seiner allerhöchsten Regierung alle weiteren Rechte und etwaige fernere Erklärungen um so mehr ausdrücklich vorbehalten muss, als es bei der blossen Verlesung des so umfangreichen Antrages unmöglich gewesen ist, alle Einzelnheiten desselben schon jetzt in gehörige Erwägung zu ziehen.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Unter Beziehung auf seine in der 13. Sitzung vom 27. März und in der 16. Sitzung vom 1. Mai v. J. abgegebenen Abstimmungen kann der Gesandte auch gegenwärtig der Verweisung der königlich-hannöverischen Anträge, welche auch die politischen Verhältnisse des Herzogthums Schleswig betreffen, an die vereinigten Ausschüsse nicht beitreten.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser,
Braunschweig und Nassau, sowie
Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: treten dem Präsidialantrage bei.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Für die Curie stimmt der Gesandte dem Antrage auf Verweisung an die vereinigten Ausschüsse bei, für Oldenburg ist er angewiesen, die etwaige Einbringung eines besonderen Antrages bezüglich der deutsch-dänischen Angelegenheit vorzubehalten.

Die sechzehnte und die siebenzehnte Stimme traten dem Präsidialantrage bei.

Es wurde hierauf beschlossen: den von Hannover gestellten Antrag und auch die von dem königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten abgegebene Erklärung den vereinigten Ausschüssen unter Bezugnahme auf den Bundesbeschluss vom 1. Mai 1862 zuzuweisen.

No. 841. (CXI.)

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Fünfzehnte Sitzung vom 30. April 1863. — (§. 112) Antrag von Oldenburg, die deutsch-dänische Angelegenheit betreffend. —

No. 841. (CXI.) Deutscher Bund, 30. April 1863.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg für Oldenburg. Im Auftrage Sr. königlichen Hoheit des Grossherzogs von Oldenburg hat der Gesandte die Ehre, den in der vorigen Sitzung eventuell vorbehaltenen Antrag, die deutsch-dänische Angelegenheit betreffend, hoher Bundesversammlung hiermit vorzulegen. ¶ In der vorletzten Sitzung hat die hohe Bundesversammlung von der königlich-dänischen, herzoglich-holstein- und lauenburgischen Regierung officielle Mittheilung erhalten über eine landesherrliche Bekanntmachung vom 30. März d. J., betreffend die Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein, durch welche die von der Krone Dänemark mit dem Deutschen Bunde eingegangenen Verabredungen von 1851 und 1852 aufs Neue und rücksichtsloser als jemals verletzt werden. ¶ Es ist unnöthig, daran zu erinnern, dass Dänemark den Zusagen, welche vor länger als zehn Jahren in bindender Form von ihm ertheilt worden sind, noch zu keiner Zeit bisher nachgekommen ist, während alle Leistungen, zu denen der Bund sich verpflichtet hat, sofort schon verwirklicht worden sind in der Erwartung einer ebenso loyalen Erfüllung der verheissenen Gegenleistungen. ¶ Nur durch die beständige Drohung des Executionsverfahrens ist es möglich gewesen, den thatsächlichen Zuwiderhandlungen der königlich-dänischen Regierung wenigstens einigermassen eine Schranke zu setzen, insofern dieselben sich erstreckt haben auf die Bundesländer Holstein und Lauenburg. Allein die Verfassungsverhältnisse dieser Länder können befriedigend und endgültig nicht anders geordnet werden, als im Zusammenhange mit den allgemeinen Verfassungsverhältnissen der Monarchie, deren Theile der getroffenen Uebereinkunft gemäss gleichartig mit einander verbunden sein sollen, so dass kein Theil dem anderen untergeordnet ist. Diese gleichartige Verbindung herbeizuführen, ist offenbar ein bundesrechtliches Zwangsmittel an sich unzureichend. ¶ Auch hat sich die königlich-dänische Regierung durch das eingeleitete Executionsverfahren keineswegs abhalten lassen, im geradesten Widerspruche mit den Stipulationen von 1851/52 die Verfassungsverhältnisse der Monarchie immer nur nach den besonderen Interessen des Königreichs Dänemark in solcher Weise zu gestalten, dass von einer selbständigen und gleichberechtigten Stellung der anderen Länder nicht die Rede sein kann. Es ist namentlich gar keiner Beachtung gewürdigt worden, dass in den gegenseitigen Beziehungen der Herzogthümer Holstein und Schleswig zu einander eine sehr bedeutsame Aenderung, die Auflösung ihrer legislativen und administrativen Union, ganz allein unter der Bedingung die Zustimmung des Bundes erhalten hat, dass in Schleswig beide Nationalitäten gleichberechtigt bleiben, und weder eine Incorporation des Herzogthums in das Königreich Dänemark, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollen. Vielmehr ist die Lostrennung Schleswigs von Holstein recht eigentlich dazu benutzt worden, um durch consequente Unter-

drückung der deutschen Nationalität gewaltthätig das Herzogthum Schleswig zu danisiren und es nach octroyirten Gesetzen umzuschaffen zu einer dänischen Provinz. ¶ Diese vor aller Welt offenkundigen Thatsachen haben sogar bei fremden Mächten lebhafte Aufmerksamkeit und das Streben hervorgerufen, einer möglichen Wiederkehr der beklagenswerthen Verwicklungen zu begegnen, welche durch den Berliner Frieden und in Folge desselben durch die Vereinbarungen von 1851/52 ihren tractatmässigen Abschluss gefunden haben. Insbesondere auf Anregung des Londoner Cabinets ist im Jahre 1861 von den höchsten Regierungen Oesterreichs und Preussens bereitwillig der Weg internationaler Verhandlungen mit der Krone Dänemark versucht worden, jedenfalls der einzige noch übrige Weg, um eine freie Verständigung zur allseitigen Erfüllung jener Vereinbarungen in Ansehung des Herzogthums Schleswig sowohl als der Herzogthümer Holstein und Lauenburg vielleicht zu bewirken. Doch schon im Laufe der Verhandlungen selbst haben beide Grossmächte sich veranlasst sehen müssen, durch gleichlautende Noten vom 14. Februar 1862 in Copenhagen Verwahrung einzulegen gegen Acte der Gesetzgebung, welche dem völkerrechtlich festgestellten Verhältnisse des Herzogthums Schleswig zu dem Königreich Dänemark und zu den anderen Ländern der Monarchie widersprechen. Ihrer Verwahrung hat sich in der 13. Sitzung vom 27. März v. J. die hohe Bundesversammlung angeschlossen, in voller Uebereinstimmung mit den bis dahin von Oesterreich und Preussen geschehenen Schritten. ¶ Die mit äusserster Mässigung fortgesetzten Verhandlungen der deutschen Grossmächte sind ohne ein anderes Resultat geblieben, als das eine, welches immer klarer sich herausgestellt hat, dass die königlich-dänische Regierung nicht Willens gewesen ist, mit dem Bunde sich über eine Lösung der Verfassungsfragen auf ihrer völkerrechtlichen Basis zu verständigen. Zu wiederholten Malen ist es von ihr abgelehnt worden, in irgend eine Erörterung über die factischen Zustände des Herzogthums Schleswig und seine vertragswidrige Verbindung mit dem Königreiche Dänemark einzugehen. Denn sie hat kein Bedenken getragen, ihre Verpflichtungen in dieser Beziehung einfach als ehemalige Voraussetzungen oder blosse Absichten zu behandeln, obwohl auf das bestimmteste von den deutschen Grossmächten daran erinnert, dass lediglich der bindende Charakter ihrer Zusagen im Jahre 1852 die Räumung des Herzogthums Holstein und die Wiederherstellung der landesherrlichen Gewalt in diesem Herzogthum zur Folge gehabt hat. Ihre schliesslichen Erklärungen, ausgesprochen in der nach Wien und Berlin gerichteten Denkschrift vom 6. November, haben alle weiteren Versuche der Verständigung dadurch unmöglich gemacht, dass sie den auf Grund des Berliner Friedens getroffenen Vereinbarungen mit dem Deutschen Bunde jede Gewähr tractatmässiger Verpflichtungen ausdrücklich versagen. Sogar auch die Vermittlungsvorschläge, zu denen das Londoner Cabinet sich bewogen gefunden hat, und die ernsten Bemühungen der anderen ausserdeutschen Grossmächte, diesen Vorschlägen Eingang zu verschaffen, sind in Copenhagen ebenso entschieden zurückgewiesen worden als die vollberechtigten Anforderungen des Deutschen Bundes. ¶ Aber die königlich-dänische Regierung ist nicht dabei stehen geblieben, den von ihr übernommenen Verpflichtungen einen tractatmässigen Charakter abzusprechen und sich an dieselben

No. 841. (CXI.) Deutscher Bund, 30. April 1863.

etwa noch moralisch gebunden zu erachten. Sie hat neuerdings sich auch im Principe von ihnen losgesagt, indem sie durch die Bekanntmachung vom 30. März, welche sie der hohen Bundesversammlung officiell hat zugehen lassen, in aller Form erklärt, dass für die gemeinsamen Verfassungsverhältnisse der Monarchie fortan das Patent vom 28. Januar 1852 nicht mehr massgebend sein werde. Kühn genug überweist sie der Bundesversammlung selbst alle Verantwortung dieses Schrittes, welcher eine der wesentlichsten Urkunden über die Transactionen von 1851/52 vernichtet, und dann behauptet sie noch immer, den daraus hergeleiteten „Forderungen des Deutschen Bundes zu entsprechen, soweit dies möglich ist." Was sie jedoch möglich findet, ohne vermeintliche „Einmischungen der Bundesversammlung in die inneren Verfassungsangelegenheiten der Monarchie" zu gestatten, ist nur die längst angestrebte sogenannte Sonderstellung des Herzogthums Holstein, durch welche diesem Herzogthum blos scheinbar eine grössere Selbständigkeit eingeräumt und unter solchem Schein vor Allem das Herzogthum Schleswig immer tiefer in die provinzielle Abhängigkeit vom Königreiche Dänemark niedergebeugt werden soll. ¶ Zwar kann dieser neueste und willkürlichste Act landesherrlicher Gesetzgebung an sich die bestehenden Verpflichtungen der königlich-dänischen Regierung dem Bunde gegenüber weder hinwegnehmen noch mindern, aber die Aufrechterhaltung derselben von Seiten des Bundes würde durch keine Zwangsmittel jemals gesichert werden können, sondern ihre wesentlichste Bürgschaft immer finden müssen in dem loyalen Willen der königlich-dänischen Regierung. Angesichts aller bisherigen Erfahrungen, welche den Glauben an eine solche Bürgschaft verschwinden lassen, hält sich daher die grossherzoglich-oldenburgische Regierung berechtigt, an die hohe Bundesversammlung den Antrag zu stellen:

Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen, der königlich-dänischen, herzoglich-holstein- und lauenburgischen Regierung in geeigneter Weise zu erklären:

I. dass, nachdem die königlich-herzogliche Regierung die zwischen ihr und dem Deutschen Bunde auf Grund des Artikels IV des Berliner Friedens getroffenen Vereinbarungen von 1851 und 1852 ihrerseits unerfüllt gelassen, und fortwährend sowohl in Ansehung des Herzogthums Schleswig als der Herzogthümer Holstein und Lauenburg thatsächlich verletzt habe, da sie ferner den tractatmässigen Charakter ihrer gegen den Deutschen Bund eingegangenen Verpflichtungen laut einer an die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen gerichteten Note vom 6. November v. J. jetzt in Abrede stelle, und endlich sogar von diesen Verpflichtungen selbst durch ihre am Bundestage übergebene Bekanntmachung vom 30. März im Principe sich lossage, nunmehr auch seinerseits der Deutsche Bund, in Erwägung, dass durch den vorliegenden förmlichen Bruch der Vereinbarungen von 1851 und 1852 jede Verbindlichkeit derselben für ihn rechtlich aufhört: alle Zugeständnisse, welche darin der königlich-herzoglichen Regierung von ihm gemacht worden sind, wieder zurücknehme;

II. dass folglich von Neuem die im Art. III des Berliner Friedens gewahrten Rechte des Deutschen Bundes in Kraft treten, und zur Geltendmachung dieser Rechte die Bundesversammlung, mit Rücksicht darauf, dass nur unter der Bedingung einer unverbrüchlichen Erfüllung der von der königlich-herzoglichen Regierung übernommenen Verpflichtungen im Jahre 1852 das Herzogthum Holstein von den Bundestruppen geräumt und die volle Ausübung der landesherrlichen Gewalt in diesem Herzogthum an Seine Majestät den König von Dänemark zurückgestellt worden ist: sich die nach den Umständen erforderlich scheinenden weiteren Beschlussnahmen vorbehalte.

Präsidium schlägt vor, diesen Antrag den vereinigten Ausschüssen zuzuweisen.

Umfrage.

Oesterreich, Preussen, Baiern, Königreich Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen und Grossherzogthum Hessen: stimmen dem Präsidialantrage zu.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Indem der Gesandte diejenigen Erklärungen und Verwahrungen, welche derselbe in der vorigen Bundestags-Sitzung mit Beziehung auf den Namens der königlich-hannöverischen Regierung gestellten Antrag zu Protokoll gegeben hat, auch auf den Antrag ausdehnt, der heute Seitens der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung eingebracht worden, und zwar sowohl im Allgemeinen, als auch speciell wegen derjenigen Punkte, die in letzterem annoch geltend zu machen versucht worden sind, was namentlich auch die darin angedeutete Beschränkung der unbestreitbaren Souverainetätsrechte seines allergnädigsten Königs und Herrn bezüglich der Aufhebung, unter veränderten Umständen, früherer Verbindungen des Herzogthums Holstein mit einem ausserhalb des Bundesgebietes liegenden Theile der dänischen Monarchie betrifft, — muss derselbe annoch die in dem grossherzoglich-oldenburgischen Antrage aufgestellten Behauptungen und Insinuationen, denen eine dem wahren Charakter der ursprünglichen Vereinbarungen entsprechende Auffassung nicht zu Grund liegt und die den successive ohne Verschulden der königlichen Regierung herbeigeführten veränderten Verhältnissen keine Rechnung tragen, auf das entschiedenste zurückweisen. ¶ Indem der Gesandte ferner seiner allerhöchsten Regierung sowohl alle Rechte als etwa weiter annoch für erforderlich zu erachtende Erklärungen und Verwahrungen ausdrücklich vorbehält, stimmt derselbe gegen die beantragte Verweisung des Antrages an die vereinigten Ausschüsse.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Unter Beziehung auf seine in der vorigen Sitzung bei Gelegenheit der königlich-hannöverischen Anträge abgegebene Erklärung kann der Gesandte auch der Verweisung des vorliegenden Antrages an die vereinigten Ausschüsse nicht zustimmen.

Sämmtliche übrigen Gesandtschaften traten dem Präsidialantrage bei, welcher somit zum Beschlusse erhoben wurde.

No. 842. (CXII.)

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an die königlichen Gesandten bei den Höfen von Wien und Berlin. — Erwiderung auf den Protest Oesterreichs und Preussens gegen die Bekanntmachung vom 30. März. —

Copenhagen, den 16. Mai 1863.

No. 842. (CXII.) Dänemark, 16. Mai 1863.

Die Regierung des Königs hat mit lebhaftem Schmerze aus den unterm 7. April von den Gesandten Preussens und Oesterreichs in Copenhagen eingereichten Noten ersehen, dass diese beiden Grossmächte sich durch das Patent und die Rescripte des Königs vom 30. März gedrungen fühlen, im Namen des Deutschen Bundes, sowie auf ihre eigene Verantwortung alle die Rechte und Rechtstitel föderaler und internationaler Art, welche auf den Vereinbarungen von 1852 oder auf gleichviel welchen anderen Grundlagen beruhen, in Anspruch zu nehmen. ¶ Die beiden Mächte behalten die Würdigung der Massregeln, welche durch die besagten Acte Sr. Majestät des Königs ergriffen worden sind, jedoch dem Bunde vor; und es versteht sich in der That von selbst, dass Rechte und Ansprüche, welche aus Verhandlungen hergeleitet werden sollen, die im Namen und im Auftrage des Bundes geführt sind, auch nur von diesem geltend gemacht werden können. Nun würde aber, nach unserer festen Ueberzeugung, eine solche Auffassung nur dazu dienen, zu zeigen, dass das königliche Patent vom 30. März, wenn es seinem treuen Wortlaute nach aufgefasst wird, keinerlei Vorwand bietet zu irgend einem Rechtseinspruche. In der That, weder bei diesem Acte, noch bei irgend einem anderen hat die Regierung beabsichtigt, jene Verpflichtungen zu verkennen, welche dem Könige obliegen könnten, in Kraft der von Sr. Majestät für Ihre zum Bunde gehörigen Landestheile übernommenen Landesgesetze, oder auch in Folge von 1851—52 mit dem Deutschen Bunde gepflogenen Verhandlungen. ¶ Die in Rede stehenden königl. Massregeln beziehen sich ausschliesslich auf die Stellung Holsteins innerhalb der Monarchie, und durch dieselben ist den holsteinischen Ständen eine erweiterte Competenz zugetheilt. ¶ Es ist nicht nöthig zu sagen, dass dieses neue Abkommen keineswegs die Wirkung haben würde, die königl. Regierung an der gewissenhaften Erfüllung ihrer Bundespflichten gegen Holstein zu verhindern. Im Gegentheil sieht die Regierung voraus, dass sie, nachdem die Stellung Holsteins solchergestalt eine unabhängigere geworden wäre, besser im Stande sein würde, den Wünschen und Anforderungen des Bundes Genüge zu thun. Und wenn es wahr ist, dass das königl. Patent den holsteinischen Ständen jede Beschlussfähigkeit in der Gesetzgebung und in der Credit-Votirung verleiht, welche, den Grundsätzen von 1851 gemäss, auch was Holstein betrifft, für die gemeinsame Vertretung der Monarchie gelten sollte, so kann man die königliche Regierung nicht dafür verantwortlich machen. ¶ Die beiden deutschen Grossmächte wissen, dass Bundesbeschlüsse, die mit Executions-Drohungen wiederholt wurden, so wie das Scheitern aller unserer Versöhnungsversuche, der königlichen Regierung in dieser Hinsicht keine Wahl gelassen haben. Allerdings würde ein eventueller, nicht zu schlichtender Conflict zwischen den holsteinischen Ständen und dem Reichsrathe eine theilweise Auflösung der bestehenden Gemeinsamkeit her-

beiführen; allein es wäre das eben nur eine nothwendige Folge der Forderung des Bundes, die holsteinischen Stände mit einer legislativen Befugniss in Dingen zu bekleiden, die nach dem Abkommen von 1851 ausschliesslich dem Bereiche der gemeinsamen Landesverfassung angehören, und diese Folge ist nicht zu vermeiden, man müsste sich denn dazu verstehen wollen, das ganze Dasein der Monarchie zu lähmen. ¶ Ich bitte Sie, mein Herr, diese Depesche dem Herrn N. N. vorzulesen und ihm eine Abschrift davon zu hinterlassen.

No. 842. (CXII.) Dänemark, 16. Mai 1863.

C. Hall.

No. 843. (CXIII.)

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Erwiderung auf die vorausgehende dänische Depesche. —

Berlin, den 23. Mai 1863.

No. 843. (CXIII.) Preussen, 23. Mai 1863.

Anliegend übersende ich Eurer Excellenz Abschrift zweier Depeschen vom 16. d. M., welche der Herr Minister Hall an den königlich dänischen Gesandten am hiesigen Hofe in Bezug auf Ew. Excellenz Note vom 17. v. M. und meine Depesche vom 15. c. gerichtet und mir in Abschrift hat mittheilen lassen. ¶ Der Inhalt derselben kann mich nicht veranlassen, den in den erwähnten beiden Schriftstücken enthaltenen Darlegungen etwas hinzuzusetzen; und ich bemerke nur, dass, wenn in denselben angedeutet wird, die königlich dänische Regierung sei zu ihren neuesten Massregeln durch Beschlüsse des Bundes und durch den von den Sympathien deutscher Regierungen gewährten Widerstand der holsteinischen Stände genöthigt worden, eine solche Behauptung durch nichts gerechtfertigt wird und der indirect darin enthaltene Vorwurf entschieden zurückgewiesen werden muss. Ich habe Herrn v. Quaade erwidert, dass die ganze Angelegenheit, ihrem allgemein deutschen Charakter entsprechend, am Bunde zu verhandeln sei, und ich mich deshalb einer eingehenden Erörterung Namens unserer Regierung enthielte. ¶ Eure Excellenz wollen, indem Sie Herrn Minister Hall mündlich den Empfang seiner beiden Mittheilungen anzeigen, Sich zugleich in diesem Sinne äussern.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
Im Auftrage: (gez.) Thiele.

An Herrn **von Balan**, *Copenhagen.*

No. 844. (CXIV.)

OESTERREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. königl. Gesandten in Copenhagen. — Erwiderung auf die dänische Depesche vom 16. Mai. —

Wien, den 30. Mai 1863.

No. 844. (CXIV.) Oesterreich, 30. Mai 1863.

Mittelst der abschriftlich anliegenden von dem königlich dänischen Gesandten General von Bülow mir mitgetheilten Depesche hat das Cabinet von Copenhagen diejenige Note beantwortet, durch welche Ew. am 17. April d. J.

No. 844. (CXIV.) Oesterreich, 30. Mai 1863.

in unserem Auftrage gegenüber der königlichen Bekanntmachung und den Verordnungen vom 30. März die uns selbst und dem Deutschen Bunde zustehenden Rechte verwahrt haben. ¶ Wie schon bei früheren Gelegenheiten, so erklärt die königliche Regierung auch jetzt, dass sie sich für einen Zustand der Dinge nicht verantwortlich fühle, welchen sie als nicht aus ihrem freien Willen hervorgegangen, sondern durch die Beschlüsse des Deutschen Bundes ihr aufgenöthigt bezeichnet. Ich bedauere meinerseits wiederholen zu müssen, dass nach der innigen Ueberzeugung der kaiserlichen Regierung der königlich dänische Hof die Verantwortlichkeit für eine Lage, deren Unregelmässigkeit er selbst sich nicht verhehlt, keineswegs auf den Deutschen Bund übertragen könne, da dessen Beschlüsse, hervorgerufen durch Massregeln, die dem Abkommen von 1851-52 widersprachen, auf kein anderes Ziel gerichtet waren als auf die Erfüllung eben dieser Uebereinkunft. ¶ Die kaiserliche Regierung in ihrer individuellen Eigenschaft muss übrigens weiterer Erörterungen sich enthalten, da sie, wie auch Herr Hall es nicht anders erwartet, auf dem Punkte, zu welchem diese Angelegenheit gediehen ist, der Bundesversammlung als dem Organ des gesammten Deutschlands es zu überlassen hat, die verfassungs- und vertragsmässigen Rechte des Bundes zu vertreten und zur Geltung zu bringen. ¶ In diesem Sinne wollen Ew. sich gegen den königlich dänischen Herrn Conseilspräsidenten aussprechen. Empfangen &c. *Rechberg.*

Freiherrn v. **Brenner**, *Copenhagen.*

No. 845. (CXV.)

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Neunzehnte Sitzung vom 18. Juni 1863. (§. 142.) — Bericht der vereinigten Ausschüsse über die Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, sowie Verhandlung darüber. —

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

Der königlich-baierische Herr Gesandte erstattet im Namen des Ausschusses für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit und der Executionscommission nachstehenden Vortrag:

Als die hohe Bundesversammlung durch ihren Beschluss vom 29. Juli 1852 diejenigen Vereinbarungen genehmigte, welche die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen im Namen des Deutschen Bundes mit der königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Regierung getroffen hatten, that sie es in der Ueberzeugung, dass dadurch die vorhergegangenen Streitigkeiten definitiv beigelegt seien, und in der Erwartung, dass auf der Grundlage der am 28. Januar 1852 erlassenen Bekanntmachung Seiner Majestät des Königs von Dänemark ein allseitig befriedigender Verfassungszustand sowohl der Gesammtmonarchie als ihrer einzelnen Theile werde hergestellt werden. ¶ Diese Erwartung ist leider nicht in Erfüllung gegangen. ¶ Im Widerspruche mit den in den Verhandlungen von 1851/52 gegebenen Zusicherungen und mit der allgemeinen im Artikel 56 der Wiener Schlussacte begründeten Verpflichtung aller Bundesregierungen erliess die königlich-dänische Regierung am 2. October 1855 ein

Verfassungsgesetz für die dänische Gesammtmonarchie, ohne die Stände der Herzogthümer vorher darüber zu Rathe gezogen zu haben, und auch dem Inhalte nach abweichend von den gegebenen Zusagen. Die hierdurch hervorgerufenen Beschwerden und Verhandlungen führten zu den Bundesbeschlüssen vom 11. und 25. Februar, 20. Mai und 12. August 1858, in Folge deren die königlich-dänische Regierung am 6. November 1858 drei Patente erliess, durch welche für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg das Verfassungsgesetz vom 2. October 1855, und bezüglich des Herzogthums Holstein die §§. 1—6 der Verordnung vom 11. Juni 1854, sowie die Bekanntmachung vom 23. Juni 1856 aufgehoben, zugleich aber weitere Verhandlungen mit den Provinzialständen zum Zwecke definitiver Regelung der Verfassungsverhältnisse eingeleitet wurden. ¶ Nachdem diese drei königlichen Patente der hohen Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 11. November 1858 durch den königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten mitgetheilt worden waren, beschloss dieselbe am 23. December 1858, dem unter dem 12. August desselben Jahres eingeleiteten bundesgesetzlichen Verfahren einstweilen Anstand zu geben, die vereinigten Ausschüsse aber zu beauftragen, über das Ergebniss der bevorstehenden Verhandlungen mit den Ständen, oder auch im Verlaufe derselben, wenn nöthig, weiteren Bericht zu erstatten. ¶ Zu solcher Berichterstattung ergab sich Veranlassung durch das königliche Patent für das Herzogthum Holstein vom 23. September 1859, enthaltend einige interimistische Bestimmungen zur Sicherstellung der Interessen dieses Herzogthums bei Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten, und durch eine Note des königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten an die vereinigten Ausschüsse vom 2. November 1859, in welcher jenes Patent näher erläutert und die zur definitiven Regelung der Verfassungsverhältnisse beabsichtigten weiteren Schritte dargelegt wurden. In Bezug hierauf beschloss die hohe Bundesversammlung am 8. März 1860, dass sie zwar in den bisherigen Massnahmen der Regierung die Erfüllung der durch den Bundesbeschluss vom 11. Februar 1858 festgestellten Verpflichtungen noch vermisse, jedoch unter gewissen, genau formulirten Bedingungen von dem bereits durch Bundesbeschluss vom 12. August 1858 eingeleiteten bundesrechtlichen Verfahren vorläufig noch ferner Abstand nehmen werde. ¶ Im Widerspruche mit diesen Bedingungen wurde durch das Gesetz- und Ministerialblatt für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg vom 3. Juli 1860 das durch königliches Rescript vom 15. Mai desselben Jahres genehmigte Staatsbudget für das Finanzjahr vom 1. April 1860 bis zum 31. März 1861 publicirt und in Kraft gesetzt, ohne dass es den Ständen der genannten Herzogthümer zur Zustimmung vorgelegt gewesen wäre. Die königlich-herzogliche Regierung suchte zwar dieses Verfahren durch Berufung auf ein königliches Patent vom 25. September 1859 über die Beiträge des Herzogthums Holstein zu dem Budget für die allgemeinen Angelegenheiten zu rechtfertigen. Allein nach genauer Prüfung der Sachlage fasste die hohe Bundesversammlung am 7. Februar 1861 (Prot. §. 45) den Beschluss:

„1) dass sie das Seitens der königlich-herzoglichen Regierung erlassene Patent vom 25. September 1859 sammt allen darauf gegründeten weiteren Ver-

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

ordnungen bezüglich des Budgets der Herzogthümer Holstein und Lauenburg in so lange nicht als zu Recht bestehend betrachten könne, als dieselben der Zustimmung der betreffenden Stände ermangeln, dass sonach auch das Budget für das mit dem 1. April 1861 beginnende Finanzjahr der laufenden Finanzperiode nicht ohne Zustimmung der Stände der beiden Herzogthümer festgestellt werden könne;

2) dass sie von der königlich-herzoglichen Regierung eine ausdrückliche Erklärung dahin verlange, dass dieselbe den durch Ziffer I, c, 1 und 2 des Bundesbeschlusses vom 8. März 1860 getroffenen Anordnungen für das Provisorium nachkommen werde;

3) dass sie, falls eine solche Erklärung binnen sechs Wochen Seitens der königlich-herzoglichen Regierung nicht in vollkommen sichernder Weise erfolge, das durch den Bundesbeschluss vom 12. August 1858 eingeleitete Verfahren wieder aufnehmen werde."

Die hier geforderte Erklärung wurde von der königlich-herzoglichen Regierung nicht abgegeben. Wohl aber wurde von derselben innerhalb der gesetzten Frist in der Sitzung vom 12. März 1861 (Prot. §. 76) die Mittheilung gemacht, Seine Majestät der König habe durch Patent vom 19. Februar die holsteinischen Stände zu einer ausserordentlichen Versammlung einberufen und derselben bei ihrem Zusammentritte am 6. März Vorlagen machen lassen, welche einerseits die besondere Verfassung des Herzogthums, andererseits dessen Stellung hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie beträfen. ¶ Die hohe Bundesversammlung nahm Anstand, ihrem Beschlusse vom 7. Februar sofort weitere Folge zu geben, in der Hoffnung, dass die so eben eingeleiteten Verhandlungen zwischen der Regierung und den Ständen einen günstigen Erfolg haben würden. Diese Hoffnung ging jedoch nicht in Erfüllung, wie einerseits aus der in der Sitzung vom 20. April 1861 (Prot. §. 109) eingebrachten Eingabe des Präsidenten und der Secretäre der holsteinischen Ständeversammlung vom 11. April, andererseits aus einer von dem königlich-herzoglichen Herrn Gesandten in der Sitzung vom 27. April 1861 (Prot. §. 113) abgegebenen Erklärung hervorging. ¶ In Folge dessen waren die vereinigten Ausschüsse damit beschäftigt, die zur Ausführung des Bundesbeschlusses vom 7. Februar 1861 geeigneten Anträge an die hohe Bundesversammlung auszuarbeiten, als denselben vertraulich bekannt wurde, dass Verhandlungen schwebten, deren Erfolg abzuwarten zweckmässig erschien. ¶ In der That gab die königlich-herzogliche Regierung unterm 29. Juli 1861 den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen gegenüber eine Erklärung des Inhaltes ab, dass für das laufende Finanzjahr vorläufig von dem extraordinären Zuschusse des Herzogthums Holstein aus seinen besonderen Einnahmen über die im Normalbudget vom 28. Februar 1856 festgestellte Quote hinaus Abstand genommen werde, und allgemeine für das Herzogthum Holstein zur Anwendung kommende Gesetze seit dem Bundesbeschlusse vom 7. Februar nicht erlassen seien, noch zur Zeit in Aussicht ständen. Hiervon gaben die Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen den vereinigten Ausschüssen mit dem Bemerken Kenntniss, dass ihre allerhöchsten Regierungen sich Mittheilungen in Betreff der ferneren Behandlung der Angelegenheit

vorbehielten. Die Ausschüsse aber erstatteten hierüber Anzeige in der Sitzung vom 12. August 1861 (Prot. §. 242) und bemerkten dabei, dass sie es bei dieser Sachlage gegenwärtig nicht für angezeigt hielten, weitere Massregeln in Verfolg des Bundesbeschlusses vom 7. Februar zu beantragen, womit die hohe Bundesversammlung stillschweigend einverstanden war. ¶ Seit jener Zeit haben vielfache Verhandlungen stattgefunden. Dieselben haben jedoch nicht zu der gewünschten Verständigung geführt. Vielmehr ist in denselben mehrfach eine tiefgehende Verschiedenheit der Ansichten nicht nur über den Sinn und die Tragweite der Vereinbarungen von 1851/52, sondern selbst über deren rechtliche Natur und bindenden Charakter zu Tage getreten, und die königlich-herzogliche Regierung hat sogar während dieser Jahre mehrere staatsrechtliche Acte vorgenommen, welche jenen Vereinbarungen sowohl als den Beschlüssen des Bundes theils als präjudicirlich, theils als geradezu widerstreitend zu erachten sind. ¶ Unter diesen Verhältnissen halten es die vereinigten Ausschüsse nunmehr für ihre Pflicht, über den ganzen Gang der Verhandlungen seit jener Anzeige vom 12. August 1861 und über die gegenwärtige Sachlage ausführlichen Vortrag zu erstatten, zugleich aber die zur Wahrung des Rechtszustandes und endlichen Herbeiführung allseitig befriedigender Verfassungsverhältnisse geeigneten Schritte zu begutachten.

I.

Ueber das erste Stadium der von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen mit der königlich-herzoglichen Regierung gepflogenen vertraulichen Verhandlungen haben die vereinigten Ausschüsse schon in der Sitzung vom 13. März v. J. (Prot. §. 94) Bericht erstattet. ¶ Im Anschlusse an die damals gemachten Mittheilungen haben die Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen den vereinigten Ausschüssen unter dem 23. October v. J. und 8. Januar d. J. folgende Actenstücke mitgetheilt, welche anliegend nach ihrem vollen Inhalte zur Kenntniss der hohen Bundesversammlung gebracht werden:

1) Eine Depesche des königlich-dänischen Ministers des Aeusseren Herrn Hall, welche unter dem 12. März 1862 gleichlautend an die königlichen Gesandten in Wien und Berlin, Herrn Grafen Bille-Brahe und Kammerherrn Quaade, ergangen ist*).

2) Ein als Erwiderung auf jene Depesche ausgearbeitetes Memorandum des kaiserlich-königlich-österreichischen Cabinets**).

3) Eine Depesche des königlich-preussischen Ministers des Aeussern, Herrn Grafen von Bernstorff, an den königlichen Gesandten in Copenhagen, Herrn von Balan, vom 22. August 1862***).

Diese beiden letztgenannten Actenstücke wurden am 26. August 1862 von den Vertretern Oesterreichs und Preussens unter beiderseitiger Billigung ihres wesentlichen Inhaltes in Betreff der an Dänemark gestellten Rechtsforderungen dem königlich-dänischen Herrn Minister des Aeussern übergeben.

---

*) No. 242.
**) No. 800.
***) No. 799.

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

4) Eine Depesche des Herrn Ministers Hall an den königlich-dänischen Gesandten in Wien, Herrn von Bülow, vom 6. November 1862, nebst einem Memorandum *).

5) Eine Depesche desselben Herrn Ministers an den königlich-dänischen Gesandten in Berlin, Herrn Kammerherrn Quaade, vom 6. November 1862 **).

Bei Mittheilung dieser Actenstücke, welche den Abschluss der Verhandlungen bilden, bemerkten die beiden Herren Gesandten, dass sich ihre allerhöchsten Regierungen von der Fortsetzung ihrer directen schriftlichen Verhandlungen mit der königlich-dänischen Regierung keinen Erfolg mehr versprechen könnten. Man wird nicht umhin können, sich dieser Ansicht anzuschliessen, wenn man den Gang dieser Verhandlungen in Erwägung zieht. ¶ Die beiden deutschen Cabinete sind davon ausgegangen, dass die Basis der Verständigung nur in den Vereinbarungen von 1851/52 gefunden werden könne. Sie haben die königlich-herzogliche Regierung an die Verpflichtungen erinnert, welche dieselbe damals nicht blos in Bezug auf Holstein, sondern auch für das Herzogthum Schleswig übernommen habe, und haben hervorgehoben, dass eine definitive Ordnung eben nur durch Gewährung der verheissenen Gleichberechtigung der verschiedenen Bestandtheile der Monarchie und Vermeidung jeglicher Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich und jeglicher dieselbe bezweckenden Schritte ermöglicht werden könne. (Depeschen vom 30. November und 5. December 1861.) ¶ Dagegen hat der dänische Herr Minister, wie schon in dem Vortrage der Ausschüsse vom 13. März 1862 ***) dargestellt worden ist, es abgelehnt, auf Verhandlungen über alle in den Vereinbarungen von 1851/52 enthaltenen Punkte, insbesondere über die einen integrirenden Theil derselben bildenden Verhältnisse des Herzogthums Schleswig, einzugehen, und sich in einer Weise geäussert, welche es zweifelhaft erscheinen liess, ob die königliche Regierung überhaupt noch den bindenden Charakter der 1851/52 abgegebenen Zusagen, und zwar auch in Betreff Schleswigs anerkenne, und dieses Anerkenntniss als die Basis weiterer Verhandlungen annehmen wolle? (Depesche vom 26. December 1861.) ¶ Auf die zur Lösung dieser Zweifel von den deutschen Cabineten gestellte bestimmte Frage hat der dänische Herr Minister zwar geantwortet, dass die königliche Regierung selbstverständlich jede übernommene Verpflichtung gewissenhaft erfüllen werde, zugleich aber bestimmt wieder abgelehnt, das Herzogthum Schleswig in den Bereich der Verhandlungen hineinzuziehen, weil es sich hier um die Schlichtung eines Streites mit dem Deutschen Bunde und um ein deutsches Bundesland handle, während das „dänische“ Herzogthum Schleswig in keiner Weise der bundesrechtlichen Competenz unterworfen sei. Wenn somit die königliche Regierung nicht zugeben könne, die jetzige Verhandlung aus ihrem rechten Gleise zu bringen, so könne sie andererseits den deutschen Mächten nicht verwehren, in geeigneter Weise auf diese Frage

*) No. 823 u. 824.

**) No. 825.

***) No. 243.

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

zurückzukommen; die Ansichten der königlichen Regierung darüber seien aus dem Schriftenwechsel von 1860 bekannt, welche sie allerdings im Wesentlichen immer noch festhalte. (Depeschen vom 8. Februar und 12. März 1862.) ¶ Hierauf haben die deutschen Cabinete hervorgehoben, wie grundlos die Behauptung sei, dass der Deutsche Bund seine bundesrechtliche Competenz über ein nicht zu ihm gehöriges Land ausdehnen wolle, wie unstatthaft es daher sei, unter diesem Vorwande jede Verhandlung mit dem Bunde über das Herzogthum Schleswig, auch die auf vereinbarter Grundlage beruhende und einen völkerrechtlichen Charakter tragende, abzulehnen und haben versucht, da die königliche Regierung auf den sachlichen Inhalt der Vereinbarungen von 1851/52 nicht eingegangen sei, diesen nun ihrerseits zu beleuchten und die daraus hervorgehenden Anforderungen darzulegen. Sie haben dabei den Grundsatz an die Spitze gestellt, dass jene Vereinbarungen eine selbständige und gleichberechtigte Stellung der verschiedenen Theile der Monarchie für ihre besonderen Angelegenheiten zusage, und für die gemeinsamen Angelegenheiten eine organische und gleichartige Verbindung derselben zu einem Ganzen verheisse, in welchem kein Theil dem anderen untergeordnet oder incorporirt sein dürfe, und haben die aus diesem Grundsatze sich sowohl für Holstein und Lauenburg als auch für Schleswig ergebenden Folgerungen gezogen, welche sich als berechtigte Anforderungen an die königliche Regierung darstellen. (Actenstücke vom 26. August 1862.) ¶ In den Erwiderungen des königlich - dänischen Herrn Ministers wird sodann in Bezug auf die Vereinbarungen von 1851/52 geradezu gesagt, dass sie keine internationalen Verpflichtungen und Rechte begründet, sondern nur Absichten der königlichen Regierung kundgegeben hätten, und bezüglich des königlichen Patentes vom 28. Januar 1852 wird hinzugefügt, dass dessen Inhalt, soweit er nicht in der vorausgegangenen Correspondenz deutscherseits als Wunsch ausgesprochen worden sei, für Deutschland gleich unbeikommend verbleiben müsse, er möge den einen oder anderen Theil der Monarchie betreffen. Zur Begründung dieser Sätze werden sehr ausführliche Erörterungen über den Sinn und die Bedeutung der Verhandlungen von 1851/52 angestellt, jedoch hinzugefügt, dass die Frage viel zu gross sei, als dass sie sich durch die Interpretation einiger mehr oder weniger klaren Ausdrücke in einer diplomatischen Correspondenz entscheiden liesse; denn es sei ja doch das innerste Wesen eines souverainen Staates, dass er seine Verfassung und Verwaltung, die wichtigsten Bedingungen eines eigenthümlichen Lebens, nach seinem eigenen Sinne und seinen besonderen Bedürfnissen ordne! (Depesche vom 6. November 1862.) ¶ Die Cabinete von Wien und Berlin haben es nicht für angemessen erachtet, auf diese Aeusserungen des königlich-dänischen Herrn Ministers nochmals zu antworten, und die hohe Bundesversammlung wird keinen Grund haben, diesem Entschlusse ihre Billigung zu versagen. ¶ Als mit weiteren Massregeln zum Vollzuge des Bundesbeschlusses vom 7. Februar 1861 im Hinblicke auf die Erklärungen der königlich-herzoglichen Regierung vom 16. März und 29. Juli 1861 und in Erwartung der in Aussicht gestellten vertraulichen Verhandlungen eingehalten wurde, lag kein anderes Motiv zu Grunde, als der Wunsch, kein sich irgendwie darbietendes Mittel zur friedlichen

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

Verständigung unbenutzt zu lassen, und die Hoffnung, dass in jenen Erklärungen eine Grundlage und in den vertraulichen Verhandlungen die geeignetste Form für eine solche Verständigung gegeben sei. Diese Hoffnung ist nicht blos unerfüllt geblieben, sondern es sind in dem stattgehabten Notenwechsel viel tiefergehende Meinungsverschiedenheiten zu Tage gekommen, als je zuvor, und der königlich-dänische Herr Minister des Aeussern hat schliesslich einen Standpunkt eingenommen, welchem gegenüber eine vertrauliche Verhandlung nicht mehr fortgesetzt werden konnte, ohne den vertragsmässigen Rechten des Deutschen Bundes, die so entschieden in Abrede gestellt wurden, zu präjudiciren.

II.

Mit der Erklärung über die Erfolglosigkeit der directen schriftlichen Verhandlungen ihrer höchsten Regierungen mit der königlich-dänischen Regierung verbanden die Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen die Mittheilung, dass durch diese Verhandlungen in Betreff der Auffassung der ausserdeutschen Grossmächte und ihrer Stellung zu der ganzen Angelegenheit ein Ergebniss erzielt worden sei, dessen Würdigung und Berücksichtigung dem Bunde anheimgestellt bleiben müsse. Sie übergaben dabei den vereinigten Ausschüssen folgende Actenstücke, welche diese anliegend nach ihrem vollen Wortlaute zur Kenntniss der hohen Bundesversammlung bringen:

1) Eine von dem königlich-grossbritannischen Staatssecretär des Aeussern, Grafen Russell, unterm 24. September 1862 an die königlichen Geschäftsträger zu Wien und Berlin gleichlautend gerichtete Depesche *).

2) Einen auf diese Depesche bezüglichen Erlass des königlich-preussischen Ministers des Aeussern, Herrn von Bismarck, an den königlichen Botschafter zu London, Herrn Grafen von Bernstorff, vom 27. October 1862 **).

3) Einen denselben Gegenstand betreffenden Erlass des kaiserlich-königlich-österreichischen Ministers des Aeussern, Herrn Grafen von Rechberg, an den kaiserlichen Geschäftsträger zu London, Herrn Grafen von Wimpffen, vom 29. October 1862 ***).

Wenn die Vorschläge des Grafen Russell sich nur oder doch vorzugsweise auf Holstein und Lauenburg bezögen, würden sie nicht geeignet sein, der hohen Bundesversammlung vorgelegt und von ihr in Erwägung gezogen zu werden. Denn die auf diese beiden Herzogthümer als solche sich beziehenden Verfassungsfragen sind eine reine Bundesangelegenheit, für welche die hohe Bundesversammlung ihre ausschliessliche Competenz stets gewahrt hat, und unter keiner Voraussetzung aufgeben oder auch nur beschränken lassen könnte. Der grossbritannische Herr Staatssecretär hat aber diesen Grundsatz selbst ausdrücklich anerkannt, und seine Vorschläge beziehen sich hauptsächlich auf das Herzogthum Schleswig und auf die Gesammtverfassung der dänischen Monarchie. Dieselben bewegen sich also auf dem Gebiete der internationalen

*) No. 801.

**) No. 818.

***) No. 819.

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

Rechtsverhältnisse und können somit von der hohen Bundesversammlung ohne Beeinträchtigung ihrer Competenz in Erwägung gezogen werden. Zu solcher Erwägung wird dieselbe aber um so mehr geneigt sein, als jene Vorschläge von dem Minister einer Grossmacht ausgehen, mit welcher der Deutsche Bund stets in den ungetrübtesten Beziehungen gestanden hat, und unverkennbar auf unbefangener, für alle betheiligten Theile wohlwollender Gesinnung, sowie auf dem aufrichtigen Wunsche beruhen, zu einer friedlichen Ausgleichung beizutragen. ¶ Die Vorschläge des Grafen Russell gehen auch von den Verpflichtungen aus, welche Dänemark im Jahre 1852 in Bezug auf Schleswig dem Bunde gegenüber eingegangen habe, bezeichnen als solche, dass Schleswig nicht in Dänemark incorporirt werden solle, und dass die Deutschen in Schleswig auf gleichem Fusse mit den Dänen behandelt werden sollen, und finden das Mittel zur Beseitigung aller Klagen über Verletzung jener Verpflichtungen in der Gewährung voller Autonomie an Schleswig. Bezüglich der Gesammtverfassung erkennt Graf Russell an, dass die Verfassung von 1855 in Holstein, Lauenburg und Schleswig keine Geltung habe, und glaubt, dass die Hauptschwierigkeiten durch Aufstellung eines Normalbudgets gehoben werden könnten. Demgemäss fasst derselbe seine Ausgleichungsvorschläge in folgende vier Punkte zusammen:

1) Holstein und Lauenburg erhalten die von dem Deutschen Bunde für sie geforderten Einrichtungen.

2) Schleswig erhält das Recht der Selbstverwaltung und wird in dem Reichsrathe nicht vertreten.

3) Ein Normalbudget wird vereinbart mit Dänemark, Holstein, Lauenburg und Schleswig.

4) Jede ausserordentliche Ausgabe wird zur Bewilligung vorgelegt der dänischen Vertretung und den besonderen Ständen von Holstein, Lauenburg und Schleswig.

Für die Ausführung dieser principiellen Punkte deutet die Depesche des Grafen Russell noch einige Massregeln an, insbesondere die Votirung des Normalbudgets im Ganzen von zehn zu zehn Jahren, die Vertheilung seiner Beträge im Einzelnen von Jahr zu Jahr durch einen Staatsrath, welcher zu zwei Drittheilen aus Dänen, zu einem Drittheile aus Deutschen zu bestehen hätte. ¶ In den Erwiderungen auf diese Eröffnungen des Grafen Russell haben die Cabinete von Wien und Berlin übereinstimmend hervorgehoben, dass die gemachten Vorschläge zwar nicht vollkommen mit den Vereinbarungen von 1851/52 zusammentreffen, und haben deshalb auch der hohen Bundesversammlung wie alle ihre Rechte so auch ihre freie Beurtheilung vorbehalten; sie haben jedoch zugleich als ihre Ansicht ausgesprochen, dass die in obige vier Punkte zusammengefassten Vorschläge eine passende und gerechte Grundlage zu einer Verständigung enthalten und die definitive Regelung der deutsch-dänischen Angelegenheiten herbeiführen können, wenn sie von der königlich-dänischen Regierung rückhaltlos angenommen und vollständig und aufrichtig ausgeführt werden. ¶ Diese Voraussetzung ist nicht eingetreten. Es ist notorisch, dass die königlich-dänische Regierung die Vorschläge des britischen Cabinets entschieden abgelehnt hat. Unter diesen

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

Umständen erachten es die berichtenden Ausschüsse nicht an der Zeit, diese Vorschläge im Einzelnen zu erörtern, wohl aber erschien es denselben angemessen, sowohl in Rücksicht auf die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen, als auf die freundlichen Bemühungen des englischen Cabinets, dass die hohe Bundesversammlung sich wenigstens im Allgemeinen über jenen Ausgleichungsversuch ausspreche. ¶ In dieser Beziehung wird nun allerdings nicht zu verkennen sein, dass die Vorschläge des Grafen Russell mehrfach und insbesondere in der Zusammensetzung und Wirksamkeit des Staatsrathes den Vereinbarungen von 1851/52 nicht völlig entsprechen, und die hohe Bundesversammlung wird daher nicht umhin können, die von den Cabineten von Wien und Berlin deshalb gemachten Vorbehalte begründet zu erachten und zu bestätigen. Andererseits kann man aber auch der Ansicht beitreten, dass die Rechte und Interessen, welche die hohe Bundesversammlung in dieser Angelegenheit zu vertheidigen hat, auch durch eine vollständige und aufrichtige Ausführung der vier von dem Londoner Cabinete aufgestellten Punkte wirksam gewahrt werden könnten, und die berichtenden Ausschüsse glauben der hohen Bundesversammlung einen Ausspruch in diesem Sinne empfehlen zu sollen. Dieselbe würde damit ihre Anerkennung der von den beiden ersten Bundesregierungen in den nun abgeschlossenen vertraulichen Verhandlungen beobachteten Haltung kundgeben, zugleich aber der friedlichen Verständigung in dieser Sache jeden irgend möglichen Weg offen halten und der königlich-dänischen Regierung nochmals die bundesfreundliche Veranlassung zur Betretung desselben geben, somit jenem Geiste der Mässigung und Versöhnlichkeit treu bleiben, von dem sie bei allen ihren Beschlüssen geleitet war.

III.

Es ist oben gesagt worden, dass die königlich-herzogliche Regierung während der letzten Jahre mehrere staatsrechtliche Acte vorgenommen habe, welche den Vereinbarungen von 1851/52 sowohl als den Beschlüssen des Bundes theils als präjudicirlich, theils als geradezu widerstreitend zu erachten seien. ¶ Zwei Acte dieser Art sind bereits im vorigen Jahre Gegenstand der Verhandlung und Beschlussfassung der hohen Bundesversammlung geworden. Es sind dies zwei Gesetzentwürfe, welche die königlich-dänische Regierung dem am 25. Januar v. J. in Copenhagen zusammengetretenen Reichsrathe vorgelegt hatte, enthaltend eine nähere Bestimmung in Bezug auf §. 37 des Verfassungsgesetzes vom 2. October 1855 und einige Veränderungen und Zulagen zu diesem Gesetze. Ueber diese beiden Gesetzentwürfe haben die berichtenden Ausschüsse in der Sitzung vom 13. März 1862 *) Vortrag erstattet, und die hohe Bundesversammlung erkannte, dass jene Entwürfe auf eine wesentliche Alterirung der Stellung des Herzogthums Schleswig in der Gesammtmonarchie gerichtet seien. Sie schloss sich daher durch Beschluss vom 27. März 1862 **) derjenigen Verwahrung an, welche die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen in gleichlautenden Noten vom 14. Februar 1862 dagegen eingelegt hatten, und

*) No. 243.
**) No. 250.

diese Verwahrung ist auf ihr Ersuchen am 15. April 1862 durch die Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen in Copenhagen dem königlich-dänischen Herrn Minister des Aeussern mitgetheilt worden. (Prot. vom 1. Mai 1862, §. 132.)*) ¶ Eine Reihe von anderen Acten der bezeichneten Art findet sich in den Verhandlungen der königlich-herzoglichen Regierung mit dem Reichsrathe zu Copenhagen und mit der Provinzialständeversammlung des Herzogthums Holstein. Hierauf bezieht sich auch hauptsächlich die Eingabe der holsteinischen Ständeversammlung vom 19. März 1863 mit 21 Anlagen, welche in der Sitzung vom 16. April d. J. (Prot. §. 104) zur Vorlage gekommen und den vereinigten Ausschüssen zugewiesen worden ist**). Da diese umfassenden Actenstücke bereits gedruckt an sämmtliche Mitglieder hoher Bundesversammlung vertheilt worden sind, so glauben die berichtenden Ausschüsse einfach auf dieselben Bezug nehmen zu dürfen. ¶ Es kann nicht die Absicht sein, das ganze hierher gehörige Detail zur genauen Erörterung zu bringen. Die berichtenden Ausschüsse glauben vielmehr sich auf folgende besonders wichtige und schlagende Thatsachen beschränken zu sollen:

1) Durch drei Allerhöchste Resolutionen vom 27. April, 4. und 29. October 1861 wurde das Finanzministerium ermächtigt, als ausserordentliche Zulagen für das Kriegs- und Marineministerium über den Betrag des Normalbudgets 2,564,000 Rthlr., und ebenso für einige Schlösser und Gebäude 30,000 Rthlr. zu verwenden und hiervon 2,397,000 Rthlr. aus dem Reservefond der Monarchie zu entnehmen. Diese Resolutionen sind auf Grund des §. 54 des Verfassungsgesetzes vom 2. October 1855 erlassen und dem dänischen Reichsrathe in der Sitzung vom 29. Januar 1862 zur nachträglichen Billigung vorgelegt worden (vgl. Rigsraadstidende Bd. II. Num. XXXIV. Sp. 763). Die Zustimmung der holsteinischen Ständeversammlung ist weder vorher noch nachher verlangt worden. Die wirkliche Verausgabung jener Beträge aus dem gemeinschaftlichen Reservefond der Monarchie erhellt aber aus der gemäss Allerhöchster Resolution vom 2. October 1862 veröffentlichten Staatsrechnung für das Finanzjahr 1861/62, welche in dem Gesetz- und Ministerialblatte für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg, Stück 26 vom 6. November 1862, abgedruckt ist. Aus dieser Rechnung geht zugleich noch hervor, dass aus dem gemeinschaftlichen Reservefond nicht blos obige 2,397,000 Rthlr., sondern im Ganzen 2,934,000 Rthlr. entnommen, und dass überdies der ganze gemeinschaftliche Behalt (Cassabestand) der Monarchie im Betrage von 1,841,832 Rthlr. zu Ausgaben verwendet worden ist, an deren Festsetzung die holsteinischen Stände keinen Antheil genommen hatten. ¶ Es sind mithin im Laufe des Finanzjahres 1861/62 im Ganzen 4,775,898 Rthlr. aus dem gemeinschaftlichen Behalte und Reservefond der Monarchie ohne Mitwirkung und Bewilligung der Stände des Herzogthums Holstein ausgegeben worden, welchem doch nahezu der vierte Theil jener Gelder als zugehörig zu erachten war. Die Berufung auf §. 54 des Verfassungsgesetzes vom 2. October 1855 kann natürlich die mangelnde ständische Mitwirkung nicht ersetzen, da dieses Gesetz für das Herzogthum

*) No. 321.

**) No. 846.

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

Holstein keine Geltung hat. ¶ Es bedarf wohl keiner näheren Ausführung, dass diese über das Normalbudget hinausgehenden, ohne ständische Bewilligung vorgenommenen Ausgaben holsteinischer Gelder im Widerspruche stehen mit den Bundesbeschlüssen vom 8. März 1860 und 7. Februar 1861. Denn der erstgenannte Beschluss bestimmt, dass während des Provisoriums kein Gesetz über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für die Herzogthümer erlassen werde, wenn es nicht die Zustimmung der Stände erhalten habe, indem die Bundesversammlung Verordnungen, welche im Widerspruche hiermit ergehen sollten, als rechtsverbindlich für die Herzogthümer nicht würde betrachten können. Gerade solche Verordnungen sind nun aber unverkennbar die hier in Frage stehenden Resolutionen und Zahlungsanweisungen. Der Bundesbeschluss vom 7. Februar 1861 wiederholt die so eben erwähnte Bestimmung und sagt noch ausdrücklich, dass das Budget für das mit dem 1. April 1861 beginnende Finanzjahr nicht ohne Zustimmung der Stände der beiden Herzogthümer festgestellt werden könne. Gerade in diesem Finanzjahre ist aber ungefähr eine Million Thaler holsteinischer Gelder von der Regierung einseitig ohne ständische Bewilligung verausgabt worden. ¶ Diese Verfügungen sind aber sogar mit der Erklärung der königlich-dänischen Regierung vom 29. Juli 1861 unvereinbar und werfen ein merkwürdiges Licht auf die Anschauungen der königlichen Regierung bei Erlass und Vollzug dieser Erklärung, im Vertrauen auf welche allein in vertrauliche Verhandlungen eingetreten und dem Vollzuge des Bundesbeschlusses vom 7. Februar 1861 Anstand gegeben wurde. ¶ In jener Erklärung war wörtlich gesagt:

> „dass für das laufende Finanzjahr der Zuschuss des Herzogthums Holstein aus seinen besondern Einnahmen zum gemeinschaftlichen Budget der Monarchie vorläufig (provisorisch) auf die Quote Holsteins an derjenigen Summe eingeschränkt werde, die in dem Normalbudget vom 28. Februar 1856 als der von den einzelnen Landestheilen aus den besonderen Einnahmen derselben zu leistende Gesammtzuschuss aufgeführt ist, indem hierdurch das wesentlichste Motiv für den Bundestag zu einem ferneren Vorgehen auf dem Executionswege würde beseitigt werden, da nämlich allgemeine, für das Herzogthum Holstein zur Anwendung kommende Gesetze seit dem Bundesbeschlusse vom 7. Februar 1861 nicht promulgirt worden, noch für den Augenblick beabsichtigt seien."

Unter diesen allgemeinen Gesetzen mussten im Zusammenhalte mit dem genannten Bundesbeschlusse offenbar auch Gesetze in Finanzsachen, also auch Verfügungen über die gemeinschaftlichen Fonds der Monarchie verstanden sein, um so mehr, als ja sonst die ganze Erklärung nahezu bedeutungslos gewesen sein und ihren deutlich bezeichneten Zweck verfehlt haben würde. Die königlich-dänische Regierung nahm Anstand, die in dem Bundesbeschlusse vom 7. Februar 1861 geforderte Erklärung als eine definitiv bindende, als Anerkennung eines bleibenden Rechtszustandes zu geben; aber sie wollte für das Finanzjahr 1861/62 thatsächlich jenen Forderungen entsprechen, um dadurch Raum für die Ver-

handlungen zu gewinnen. In der That war auch nur unter der Voraussetzung, dass der thatsächliche Zustand während dieses Jahres vollständig demjenigen entspreche, welchen der Bund als rechtlich begründet in Anspruch genommen hatte, ein Sistiren des bundesrechtlichen Verfahrens und vertrauliches Verhandeln möglich. In diesem Sinne wurde die Erklärung der königlich-dänischen Regierung damals allgemein verstanden, und Niemand zweifelte daran, dass sie in diesem Sinne gegeben sei und zum Vollzuge kommen werde. Nur in diesem Sinne konnte es auch gemeint sein, wenn der königlich-dänische Herr Minister Hall noch in einer Circulardepesche vom 8. Mai 1862 jene Erklärung als ein Opfer bezeichnet hat, welches auf den Wunsch befreundeter Mächte gebracht worden sei. ¶ Ganz anders gestaltete sich freilich das thatsächliche Verhalten der königlich-dänischen Regierung. Schon als die Erklärung vom 29. Juli 1861 abgegeben wurde, war die oben erwähnte königliche Resolution vom 27. April 1861, offenbar ein allgemeines Gesetz, erlassen worden, und später folgten die Resolutionen vom 4. und 29. October 1861 und die weiteren Ausgaben aus den gemeinschaftlichen Fonds ohne Mitwirkung der holsteinischen Stände nach. Bei dieser Auffassung und Behandlung konnte allerdings der königlich-dänische Herr Minister Hall, wie er in der Sitzung des Reichsrathes vom 15. April 1862 gethan hat, versichern, dass wegen der Concession vom 29. Juli 1861 nicht ein Heller weniger in die Staatskasse geflossen sei, und die der Regierung nahe stehende Presse konnte sagen, die vermeintliche Concession laufe auf eine leere Formalität, eine blosse Buchhaltereifrage hinaus. ¶ Dabei glauben die vereinigten Ausschüsse die Aufmerksamkeit der hohen Bundesversammlung noch besonders darauf hinlenken zu sollen, dass in den königlichen Resolutionen vom 27. April und 29. October 1861 die Nothwendigkeit der angeordneten Massregeln zur Entfaltung der Wehrkraft, „insbesondere um der mit dem Deutschen Bunde zur Zeit obschwebenden Differenzen“ willen als dringend bezeichnet wird. Es sind also die dem deutschen Bundeslande Holstein gehörigen Gelder im Widerspruche mit der königlichen Erklärung vom 29. Juli 1861 ohne Zustimmung der holsteinischen Stände dazu verwendet worden, um sich zum Widerstande gegen die Rechte Holsteins und des Bundes zu rüsten! ¶ Diese Vorgänge haben nun freilich für die endliche Regelung der streitigen Verhältnisse so wenig praktische Bedeutung mehr, als die Erklärung vom 29. Juli 1861 selbst. Das Finanzjahr 1861/62 ist abgelaufen, die vertraulichen Verhandlungen sind gescheitert, und die Wahrung des guten Rechtes wird auf anderem Wege erreicht werden müssen. Aber gleichwohl schien es den berichtenden Ausschüssen von Werth, diese Thatsachen in ihr wahres Licht zu setzen. ¶ Zunächst werden hierdurch alle diejenigen sich belehren können, welche etwa noch der Meinung sind, die sogenannten Propositionen und Concessionen von 1861 seien eine geeignete Basis zur Verständigung gewesen, oder könnten noch jetzt als solche benutzt werden. ¶ Sodann aber haben jene Thatsachen eine völlig praktische Bedeutung für die Finanzen des Herzogthums Holstein, auf welche bereits in der Anlage 8a zur Eingabe der holsteinischen Stände vom 19. März 1863 S. 133 und 134 hingedeutet ist. Die im Ganzen ungefähr eine Million

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

Thaler betragenden Ausgaben aus dem holsteinischen Antheile an den gemeinschaftlichen Fonds der Monarchie vom Finanzjahre 1861/62 sind, insoweit dieselben nicht etwa nachträglich von den holsteinischen Ständen gebilligt werden, als ungerechtfertigt zu erachten, und es wird daher die betreffende Summe den besonderen Finanzen des Herzogthums Holstein in irgend einer Weise, jedoch nicht aus gemeinschaftlichen Mitteln der Monarchie zu vergüten sein.

2) Eine Reihe von Gesetzentwürfen sind nur dem dänischen Reichsrathe, nicht aber auch der holsteinischen Ständeversammlung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt worden, so insbesondere über die Staatsrechenschaft und Staatsschuld, über die Aushebung zum Land- und See-Militärdienst u. A. Dies steht in offenbarem Widerspruche mit dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 sub I, c, 2, um so mehr, als jene Gesetzentwürfe grossentheils sich auf gemeinschaftliche Angelegenheiten beziehen. Das Nähere hierüber findet sich in der citirten Anlage der ständischen Eingabe S. 129 und 130.

3) Durch Allerhöchstes Rescript vom 19. Januar 1863 ist der holsteinischen Ständeversammlung eine Reihe von Gesetzentwürfen über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch über Finanzverhältnisse, zur Beschlussnahme vorgelegt worden. Es ist jedoch dabei ausdrücklich hervorgehoben worden, dass die bezügliche Forderung des Bundesbeschlusses vom 8. März 1860 als berechtigt nicht anerkannt werde, und der Vorlage selbst ist durch eine Erklärung des königlichen Commissärs in der Sitzung vom 26. Februar 1863 eine Deutung gegeben worden, wonach dieselbe mit dem Geiste des genannten Bundesbeschlusses nicht blos, sondern auch der Vereinbarungen von 1851/52 in Widerspruch tritt. Es ist nämlich dabei angenommen, dass in allen Fällen, in welchen etwa die holsteinische Ständeversammlung den Beschlüssen des Reichsrathes nicht beitritt, diese dennoch zur Ausführung kommen, jedoch ohne Quotenbeitrag Holsteins zu den Kosten. Hierin würde eine thatsächliche Aufhebung der Gemeinschaft und eine Verletzung der Gleichberechtigung der einzelnen Landestheile enthalten, zugleich aber auch eine Incorporirung Schleswigs in eine Gemeinschaft mit dem Königreiche ohne Holstein angebahnt sein, was bei dem Gesetzentwurfe über die Zoll- und Schifffahrtsverhältnisse auch äusserlich erkennbar hervortritt, indem hier die Anwendung jenes Gedankens dazu führen würde, Schleswig mit dem Königreiche in ein Zollgebiet zu vereinigen, von welchem Holstein ausgeschlossen wäre. Die Absicht der Vereinbarungen von 1851/52 und aller auf sie gegründeten Acte war aber nicht die Aufhebung, sondern die dauernde Begründung einer Gemeinschaft aller unter sich gleichberechtigten Theile der gesammten Monarchie.

4) Der bedeutungsvollste Act in der oben bezeichneten Richtung ist endlich die Allerhöchste Bekanntmachung vom 30. März 1863, welche um ihrer besonderen Tragweite willen auch eine besondere Betrachtung in Anspruch nimmt, um so mehr, als sie der hohen Bundesversammlung officiell mitgetheilt worden ist.

IV.

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

Unter dem 30. März 1863 wurde eine Allerhöchste Bekanntmachung, die Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein betreffend, erlassen und in dem Gesetz- und Ministerialblatte für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg Stück 5 vom 1. April 1863 veröffentlicht. Diese Bekanntmachung hat der königlich-dänische Herr Gesandte der hohen Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 16. April 1863 mit einer erläuternden Erklärung mitgetheilt, welche den vereinigten Ausschüssen zugewiesen wurde*). Da diese beiden Actenstücke in dem Sitzungsprotokolle enthalten sind, erscheint die Wiederholung ihres Textes hier nicht nothwendig. ¶ In der Erklärung des Herrn Gesandten wird als Zweck der Allerhöchsten Bekanntmachung bezeichnet, dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 möglichst zu entsprechen und den holsteinischen Provinzialständen jetzt eine regelmässige gesetzgebende und bewilligende Befugniss für den Antheil Holsteins an den gemeinschaftlichen Angelegenheiten einzuräumen, und es wird die Ueberzeugung der königlichen Regierung ausgesprochen, dass hohe Bundesversammlung in diesen Massnahmen die ernste Absicht erkennen werde, durch ein Entgegenkommen des Bundesbeschlusses den so lange erstrebten Abschluss zu erreichen. ¶ Mit dieser Erklärung steht aber leider schon der Eingang der Allerhöchsten Bekanntmachung in Widerspruch. In dieser wird gesagt, es seien diejenigen Voraussetzungen nicht in Erfüllung gegangen, durch welche die in der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 ausgesprochene Absicht bedingt gewesen sei. Damit ist aber unverkennbar nicht ein Entgegenkommen gegen die Bundesbeschlüsse, sondern ein Aufgeben der durch die Vereinbarungen von 1851/52 festgestellten Grundlagen angekündigt, auf deren Ausführung alle späteren Bundesbeschlüsse gerichtet sind. Die Allerhöchste Bekanntmachung vom 30. März 1863 fühlt dies selbst so sehr, dass sie sofort hinzufügt, die Verantwortlichkeit hierfür treffe die holsteinischen Provinzialstände und die hohe Bundesversammlung selbst. Es bedarf wohl nicht einer Wiederholung aller seit Jahren geführten Verhandlungen, um die Grundlosigkeit dieses Vorwurfes darzuthun. Die bisher von der königlich-herzoglichen Regierung gemachten Vorschläge sind von den holsteinischen Ständen sowohl als von hoher Bundesversammlung mit Recht abgelehnt worden, weil sie eben den Rechten des Landes und den vertragsmässigen Verpflichtungen der königlichen Regierung nicht entsprachen, und die Erfolglosigkeit der letzten holsteinischen Ständeversammlung insbesondere hatte, wie aus der obigen Darstellung sub III hervorgeht, ihren Grund ebenfalls in dem Widerspruche, in welchem die Regierungsvorlagen mit jenen Rechten und Verpflichtungen standen. Die hohe Bundesversammlung selbst hat niemals andere als wohlbegründete Forderungen an die königlich-herzogliche Regierung gestellt, und diese mit einer Mässigung und Geduld geltend gemacht, welche nur dann verkannt werden können, wenn man sich auf einen Standpunkt stellt, welcher jede Mahnung an internationale Verpflichtungen als Eingriff in die inneren Angelegenheiten und

*) No. 835.

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

in die Unabhängigkeit einer Monarchie betrachtet. Mit Recht hat daher sogleich in der Sitzung vom 16. April 1863 die hohe Bundesversammlung auf Präsidialantrag gegen die Behauptung einer von ihrer Seite erfolgten unberechtigten Einmischung Verwahrung eingelegt. ¶ Wenn schon nach diesem Eingange die Allerhöchste Bekanntmachung vom 30. März d. J. sich als einen Bruch mit den in den Jahren 1851/52 gelegten rechtlichen Grundlagen ankündigt, so wird dieser Charakter derselben durch ihren Inhalt leider nur zu sehr bestätigt. ¶ Zunächst ist schon in formeller Beziehung hervorzuheben, dass hier eine einseitige Regulirung der Verfassungsverhältnisse Holsteins ohne Mitwirkung der Stände des Herzogthums von der Regierung vorgenommen werden will. Zwar könnte es scheinen, als solle die Allerhöchste Bekanntmachung nur ein Programm, einen Plan für ein Verfassungsgesetz enthalten, nicht aber gesetzliche Normen selbst, um so mehr, als sowohl am Schlusse der Bekanntmachung als in einem besonderen an den Minister für Holstein und Lauenburg gerichteten Rescripte von demselben Tage, welches ebenfalls in dem Gesetz- und Ministerialblatte vom 1. April d. J. abgedruckt ist, von der Ausarbeitung eines Entwurfes eines Verfassungsgesetzes und dessen Vorlage an die holsteinische Ständeversammlung zur Beschlussnahme die Rede ist. Allein dieser Entwurf soll eben auf Grundlage der in der Allerhöchsten Bekanntmachung getroffenen Verfügungen ausgearbeitet werden, und diese selbst werden als endgültig bezeichnet, so zwar, dass die Artikel 1—4 am 1. April 1864, der Artikel 5 aber sofort in Kraft treten sollen. Dass eine solche einseitige Normirung der Verfassungsverhältnisse ebenso der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 als den Bestimmungen des Artikels 56 der Wiener Schlussacte widerstreitet, bedarf nicht neuerdings einer ausführlichen Erörterung; es genügt, deshalb auf den Ausschussvortrag vom 14. Januar 1858 (Prot. §. 19) und auf die späteren auf Beseitigung der Gesammtverfassung vom 2. October 1855 gerichteten Bundesbeschlüsse zu verweisen. Die Allerhöchste Bekanntmachung widerstreitet aber auch noch insbesondere der Bestimmung sub I, c, 2 des Bundesbeschlusses vom 8. März 1860, wonach jede über gemeinschaftliche Angelegenheiten ohne Zustimmung der Stände der Herzogthümer erlassene Verordnung als nicht rechtsverbindlich zu betrachten ist. ¶ Was sodann die getroffenen Verfügungen selbst anlangt, so erscheint es nothwendig, sie unter einem doppelten Gesichtspunkte zu prüfen, einmal nach ihrer Wirkung für das Herzogthum Holstein selbst, und sodann nach ihrer Bedeutung für die Gesammtverfassung und die Stellung der einzelnen Landestheile, insbesondere auch des Herzogthums Schleswig, in derselben.

A. Die Allerhöchste Bekanntmachung scheint auf den ersten Blick dem Herzogthume Holstein einige wichtige Rechte zu gewähren, welche dem bisher von der königlichen Regierung eingehaltenen Standpunkte gegenüber als Concessionen und als Erfüllung einzelner Anforderungen der hohen Bundesversammlung aufzufassen wären, nämlich das Recht der Zustimmung zu Zuschüssen über die Sätze des Normalbudgets, und zu Gesetzen in gemeinschaftlichen Angelegenheiten, sodann die besondere Verwaltung der Finanzen, und die selbstständige Formirung der Mannschaft als Bundescontingent. ¶ Allein eine genauere Betrachtung zeigt, dass diese Gewährungen nicht blos illusorisch sind,

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

sondern sehr tief eingreifende Rechtsverletzungen in sich schliessen und von solchen begleitet sind.

1) Das Normalbudget vom 28. Februar 1856 wurde im Zusammenhange mit der Verfassung vom 2. October 1855 von der königlichen Regierung einseitig festgestellt, jedoch ausdrücklich nur als ein vorläufiges, bis es durch Gesetz normirt werden könne. Als ein solches Provisorium hat man dasselbe bisher allseitig gelten lassen. Jetzt aber soll es durch Artikel 2 der Allerhöchsten Bekanntmachung als ein definitives wenigstens für Holstein hingestellt werden, so dass den holsteinischen Ständen jede Mitwirkung bei dessen Feststellung oder späteren Abänderung entzogen sein soll. Dies widerstreitet ebenso sehr der in der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 gegebenen Zusage beschliessender Befugniss, als der deutlichen Bestimmung sub I, c, 2 des Bundesbeschlusses vom 8. März 1860, und erscheint um so unbilliger und verletzender, wenn man erwägt, dass dem dänischen Reichsrathe stets das gesammte Budget vorgelegt worden ist, und dass man diesem die Mitwirkung zu dessen Normirung wohl nicht wird entziehen wollen oder können. Welche Uebelstände sich daraus ergeben, wenn den holsteinischen Ständen nur die Zuschüsse, dem dänischen Reichsrathe aber das ganze Budget vorgelegt werden, ist schon in den letzten Jahren während der Verhandlungen des königlichen Commissärs Raaslöff mit den holsteinischen Ständen zur Sprache und Anerkennung gekommen.

2) Die über die Sätze des Normalbudgets hinaus nöthigen Zuschüsse sollen für Holstein den holsteinischen Ständen zur Bewilligung vorgelegt werden. So bestimmt Artikel 2 Absatz 3, ohne jedoch hinzuzusetzen, ob dies nur von den Zuschüssen aus den besonderen Finanzen des Herzogthums, oder auch aus den gemeinschaftlichen Einnahmen und Fonds des Königreiches gelten soll. Die hohe Bedeutung dieses Punktes erhellt aus demjenigen, was oben sub III, num. 1 über die Allerhöchsten Resolutionen vom 27. April, 4. und 29. October 1861 und deren Vollzug gesagt worden ist. ¶ Die Unterscheidung zwischen einem feststehenden Normalbudget und den an ständische Bewilligung geknüpften Zuschüssen hat nur dann einen wahren und vollen Werth, wenn jeder Zuschuss, gleichviel ob aus den gemeinschaftlichen oder aus den besonderen Fonds des Herzogthums Holstein an die ständische Bewilligung geknüpft ist, und wenn ohne diese auch aus den gemeinschaftlichen Fonds keine theilweise Zuschussausgabe erfolgen kann. Die erstgenannte Voraussetzung ist nun zwar nach der erläuternden Erklärung des Herrn Gesandten im Sinne der Allerhöchsten Bekanntmachung gelegen, nicht aber die zweite. Derselbe spricht nämlich nur davon, dass die Zuschüsse aus dem Antheile des Herzogthums an den gemeinschaftlichen oder aus den besonderen holsteinischen Einnahmen der ständischen Bewilligung bedürfen, und deutet für den Fall der Verweigerung dieser Bewilligung eine Auflösung der Gemeinschaft, also hier die Entrichtung der Zuschüsse aus den Antheilen der übrigen Landestheile, als möglich an. Diese Auffassung widerstreitet aber unverkennbar der rechtlichen Natur einer Gemeinschaft. ¶ Dieser Punkt wird übrigens weiter unten bei Betrachtung der Bestimmungen des Artikels 5 über die Gesetzgebung in gemeinschaftlichen Angelegenheiten genauer erörtert werden.

No. 845. (XCV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

3) Die Zurücksetzung der holsteinischen Stände, welche in diesen Bestimmungen über das Normalbudget und die Zuschüsse liegt, erscheint um so grösser, wenn man erwägt, dass denselben auch jeder Einfluss auf die Vertheilung der Gesammtansätze des Normalbudgets und jede Controle der Ausgaben entzogen bleiben soll. Statt näherer Erörterung hierüber mag es genügen, daran zu erinnern, dass auch die oben sub II behandelten Vermittlungsvorschläge des Grafen Russell nicht blos eine zehnjährige Vereinbarung des Normalbudgets, sondern eine jährliche Vertheilung seiner Beträge durch einen gemeinschaftlichen Staatsrath für billig und räthlich erachten.

4) Die Bildung einer selbständigen Heeresabtheilung aus den in Holstein und Lauenburg zum Dienste ausgehobenen Mannschaften als Bundescontingent kann an sich der hohen Bundesversammlung nur zur Befriedigung gereichen. Allein abgesehen davon, dass aus dem Inhalte des Artikels 1 der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 30. März d. J. die nöthigen Elemente der Selbständigkeit in Bezug auf die Officiere, deren Bildungsanstalten, Commando, Garnisonsorte u. dergl. nicht erhellen, muss hier hauptsächlich die finanzielle Seite dieser Anordnung ins Auge gefasst werden. Der genannte Artikel 1 sagt, ,,alle Ausgaben zur holstein-lauenburgischen Heeresabtheilung sollen aus den besonderen Finanzen des Herzogthums Holstein entrichtet werden, welche dazu einen Zuschuss aus den Einnahmen des Herzogthums Lauenburg erhalten.“ In dieser Bestimmung ist jedenfalls eine Aenderung der bisherigen Einrichtungen enthalten, wie auch aus der im Artikel 2, Absatz 2 angeordneten Aenderung der Num. 7 des Normalbudgets für das Kriegsministerium hervorgeht. Eine solche Aenderung kann aber nicht ohne Mitwirkung und Zustimmung der Stände der beiden Herzogthümer angeordnet werden. Nur diese sind auch im Stande, genau zu beurtheilen, ob damit nicht eine grössere Belastung der Lande herbeigeführt werde. Dass dies hier wirklich der Fall sei, ist sogar nicht unwahrscheinlich. Nach der angezogenen Bestimmung des Artikels 2, Absatz 2 soll die im siebenten Posten des Normalbudgets für das Kriegsministerium aufgeführte Summe von 6,394,097 Rthlr. im Biennium auf 770,000 Rthlr. herabgesetzt werden, nämlich für die oberste Verwaltung der Armee, für beide Leibgarden und für die centralen Unterrichtsanstalten, welche gemeinschaftlich verbleiben. Hierdurch werden also die gemeinschaftlichen Ausgaben jährlich um nahezu drei Millionen Thaler vermindert und wird dieser Betrag den besonderen Finanzen der einzelnen Landestheile zugewiesen. Von einer entsprechenden Aenderung der Einnahmepositionen des Normalbudgets ist nichts gesagt, und doch ist vollkommen klar, dass, wenn nicht auch diese entsprechend gemindert und den besonderen Finanzen der einzelnen Landestheile zugewiesen werden, die ganze Neuerung hauptsächlich auf eine neue Belastung sämmtlicher Theile der Monarchie, möglicherweise bis zu drei Millionen Thaler jährlich, hinausläuft. ¶ Dem dänischen Reichsrathe ist in der jüngsten Session ein Gesetzentwurf über eine Veränderung in dem Normalbudget vorgelegt worden; aber auch in diesem ist nur von der Aenderung des siebenten Ausgabepostens die Rede, und beigefügt, der §. 11 des Normalbudgets falle weg, und würden, bis ein neues Normalbudget für die dänische Abtheilung des Heeres durch Ge-

setz festgestellt worden sei, sämmtliche Ausgaben für diese durch die gewöhnlichen Zulagegesetze zu bewilligen sein. Da nun in dem §. 11 des Normalbudgets nicht von Einnahmen, sondern nur von dem Detail der Ausgaben des Kriegsministeriums die Rede ist, so bleibt auch hierdurch die oben angeregte Frage ungelöst, und die Hinweisung auf die gewöhnlichen Zulagegesetze scheint anzudeuten, dass in der That nicht beabsichtigt sei, den besonderen Finanzen der einzelnen Landestheile neben der neuen Last auch entsprechende Einnahmequellen zuzuweisen, oder Verminderung der in Position 11 der Einnahmen des Normalbudgets festgesetzten Zuschüsse aus den besonderen Einnahmen zu gewähren. Jedenfalls liegt dieser Gedanke für Holstein um so näher, als ja dessen Ständen überhaupt keinerlei Einfluss auf das Normalbudget und auf die Zuschüsse zu diesem gestattet werden will. ¶ Es liegt somit hier eine Wiederholung desjenigen vor, was seiner Zeit durch das Patent vom 25. September 1859 unternommen wurde, nur in noch umfassenderer Weise, und die Ausschüsse glauben daher auf ihren Vortrag vom 17. Januar 1861 (Prot. §. 18) sub III und auf den Bundesbeschluss vom 7. Februar 1861 sub I, 1 verweisen zu können, um Wiederholungen zu vermeiden.

5) Im Artikel 3 der Allerhöchsten Bekanntmachung sind die Domänen und Forsten in Holstein als eine gemeinschaftliche Angelegenheit behandelt und deren Ueberschuss wird den gemeinschaftlichen Einnahmen zugewiesen. Dies entspricht zwar dem Normalbudget von 1856, steht aber im Widerspruche mit der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852, wonach die Domänen und Forsten nicht zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie gehören, wie bereits in dem Ausschussvortrage vom 14. Januar 1858 (Prot. §. 19) sub I, a, 2 nachgewiesen worden ist. Es steht aber auch in directem Widerspruche mit dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 sub I, c, 1, wonach hinsichtlich der Bestimmungen über die Gegenstände, welche als allgemeine oder als besondere Angelegenheiten betrachtet werden sollen, der Tenor der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 ausschliesslich massgebend ist.

6) Nach Artikel 6 der Allerhöchsten Bekanntmachung sollen die Bestimmungen der Artikel 1 bis 4, also auch der Uebergang der Verwaltung der besondern Finanzen Holsteins auf das Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg mit dem 1. April 1864 in Kraft treten. Für die laufende Finanzperiode ist keinerlei Bestimmung angedeutet, und es erscheinen daher diejenigen Besorgnisse wegen einseitiger Verfügungen über das Normalbudget hinaus, welche in der Anlage 8a zur jüngsten Eingabe der holsteinischen Stände S. 135 und 136 angedeutet sind, wenigstens nicht beseitigt. Geradezu bestätigt werden dieselben aber durch die Aeusserungen des königlichen Finanzministers in der Sitzung des dänischen Reichsrathes vom 19. Mai d. J. (Reichsraths-Zeitung S. 872).

7) Im Artikel 5 der Allerhöchsten Bekanntmachung ist gesagt, die gesetzgebende Gewalt in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten solle für Holstein von dem König-Herzoge und den holsteinischen Ständen im Vereine ausgeübt werden. Hierdurch scheint den Bundesbeschlüssen entsprochen zu sein. Es ist aber eine weitere Bestimmung beigefügt, welche dem Begriffe ge-

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

meinschaftlicher Gesetzgebung nicht blos widerstreitet, sondern das Wesen der Gemeinschaft selbst aufhebt und die scheinbare Gewährung eines Rechtes in eine Aussonderung Holsteins aus dem Gesammtverbande der Monarchie verwandelt, welche nach den Vereinbarungen von 1851/52 völlig unstatthaft ist. ¶ Es heisst nämlich in dem Artikel 5 wörtlich weiter:

„Wenn ein solches Gesetz von uns mit Genehmigung der Stände für Holstein erlassen wird, ohne dass ein gleichlautendes Gesetz gleichzeitig in den übrigen Landestheilen eingeführt werden kann, sollen die in Folge dessen nothwendigen Veranstaltungen getroffen werden, insofern das Gesetz ein Verhältniss betrifft, worin eine verschiedene Gesetzgebung mit der Aufrechthaltung der bisherigen Gemeinschaft unvereinbar ist."

Diese Bestimmung ist unklar und unvollständig, und bedarf deshalb vor Allem einer näheren Untersuchung und Ergänzung, wozu die Erklärung des königlichen Herrn Gesandten in der Sitzung vom 16. April d. J. den Anhalt bietet. ¶ Die Unmöglichkeit, ein Gesetz in gemeinschaftlichen Angelegenheiten gleichzeitig in allen Landestheilen einzuführen, wird dann eintreten, wenn es an der Uebereinstimmung sämmtlicher Gesetzgebungsfactoren fehlt, also, da ja nicht wohl denkbar ist, dass die Krone einem von ihr vorgelegten Gesetzentwurfe für alle Landestheile schliesslich nur für einzelne zustimmen will, dann, wenn die gesetzlichen Vertreter eines oder einiger Landestheile dem Gesetzentwurfe zustimmen, die der übrigen dagegen ihre Zustimmung verweigern. Dieser Fall ist aber offenbar nicht blos in der Art denkbar, dass die Stände Holsteins zustimmen und die übrigen sich dessen weigern, sondern auch umgekehrt so, dass zu einem von den Vertretern der übrigen Landestheile gebilligten Gesetze die holsteinischen Stände ihre Einwilligung versagen. Dieser zweite Fall berührt die Rechte und Interessen Holsteins in gleich hohem Grade, wie der erste, und es ist nicht abzusehen, warum derselbe in der Allerhöchsten Bekanntmachung mit Stillschweigen umgangen ist, um so mehr, als sich ja kein Grund für eine verschiedenartige Behandlung beider Fälle denken lässt. In der That sind auch in der Erklärung des Herrn Gesandten beide Fälle erwähnt und in ganz gleicher Weise behandelt. ¶ Was nun aber die Folge der bezeichneten Nichtübereinstimmung der verschiedenen Landesvertretungen betrifft, so sollte man nach der Natur der Sache und nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen annehmen, dass eben das beabsichtigte gemeinschaftliche Gesetz als abgelehnt zu betrachten ist und in keinem Landestheile in Kraft tritt, und hiermit scheint die Absicht der Allerhöchsten Bekanntmachung wenigstens in so weit übereinzustimmen, dass die Krone nicht gehalten wäre, das Gesetz in denjenigen Landestheilen einzuführen, deren Vertreter zugestimmt haben. Dieselbe nimmt aber die Möglichkeit solcher partiellen Einführung an. Dabei spricht der Artikel 5 von den in Folge dessen etwa nothwendigen Veranstaltungen in etwas unklarer Weise, welche jedoch ebenfalls in der Erklärung des Herrn Gesandten ihre Erläuterung findet. ¶ Hiernach soll nämlich unterschieden werden, ob die Nichtübereinstimmung zwischen den einzelnen Landesvertretungen das eigentliche Wesen einer gemeinschaftlichen Institution be-

rührt oder nicht. Im letzteren Falle würde die theilweise Einführung des Gesetzes ohne weitere Schwierigkeiten und Veranstaltungen Platz greifen können, im ersten dagegen müsste eine Auflösung des fraglichen Theils der früheren Gemeinschaft eintreten. ¶ Diese Auflösung wird von dem Herrn Gesandten als eine unumgängliche Consequenz der den beiden Vertretungen in gleichem Masse eingeräumten freien und unbehinderten Mitwirkung bei der Gesetzgebung bezeichnet. Die berichtenden Ausschüsse können aber nicht umhin, gerade das Gegentheil, nämlich die Unmöglichkeit partieller Gesetzgebung in gemeinschaftlichen Angelegenheiten, als die logisch-rechtliche Consequenz sowohl aus allgemeinen Rechtsprincipien als aus den Verabredungen von 1851/52 zu erkennen, und somit den Artikel 5 der Allerhöchsten Bekanntmachung als diesen widerstreitend unzulässig und unausführbar zu erachten. ¶ Es ist ein bis jetzt von Niemandem bestrittener Rechtssatz, dass in einer Gemeinschaft nach ideellen Antheilen keinerlei Verfügung über das gemeinschaftliche Object ohne Zustimmung aller Betheiligten zulässig ist, und dass der Widerspruch eines Einzigen alle übrigen bindet und die vorgeschlagene Massregel schlechthin unausführbar macht. Wenn die Gemeinschaft eine auflösbare ist, so kann dann eine solche Differenz die Veranlassung zur Auflösung werden, welche je nach den der Gemeinschaft zu Grunde liegenden Rechtsnormen herbeizuführen sein wird, wenn irgend ein Theilnehmer dies vorzieht. Aber bevor diese Auflösung rechtlich durchgeführt ist, muss jene Verfügung dennoch ganz unterbleiben, und die Meinungsverschiedenheit unter den Genossen über irgend eine projectirte Massregel bildet mithin niemals den Rechtsgrund, sondern höchstens die thatsächliche Veranlassung, das Motiv für einen Theilhaber, sein anderweit begründetes Recht auf Auflösung geltend zu machen. Wenn dagegen die Gemeinschaft eine unauflösbare ist, so hat eben die Differenz unter den Genossen keine andere Folge als die Unausführbarkeit der vorgeschlagenen Massregel. ¶ Es bedarf nun wohl keiner näheren Ausführung darüber, dass es nicht in der Absicht und in dem Wortlaute der Vereinbarungen von 1851/52 und der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 gelegen ist, die darin als gemeinschaftlich bezeichneten Angelegenheiten der Gesammtmonarchie in der Art als auflösbar zu betrachten, dass jeder einzelne Landestheil die Aufhebung der Gemeinschaft fordern könnte, und die in den späteren Bundesbeschlüssen auf jenen Grundlagen geforderte Theilnahme der holsteinischen Stände an der gemeinschaftlichen Gesetzgebung hat daher auch keinen anderen Sinn, als dass ein Gesetz in gemeinschaftlichen Angelegenheiten nur mit Zustimmung aller Landesvertretungen erlassen werden kann. Damit soll keineswegs behauptet werden, dass die Zahl und der Umfang der in der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 festgestellten gemeinschaftlichen Angelegenheiten für alle Zeiten unabänderlich zu betrachten seien; aber so viel ist gewiss, dass eine etwa wünschenswerthe Abänderung hierin eben nur unter Zustimmung aller Betheiligten, also der Krone und sämmtlicher Landesvertretungen, möglich ist. ¶ Wollte man statt dieser unbestreitbaren Rechtsgrundsätze die Intentionen des Artikels 5 der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 30. März d. J. zur Anwendung bringen lassen, so läge es in der Macht der königlichen Regierung, das

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

Herzogthum Holstein zu nöthigen, dass es sich jeden Gesetzgebungsact des dänischen Reichsrathes in gemeinschaftlichen Angelegenheiten unbedingt gefallen lasse, oder dasselbe von der Gemeinschaft auszuschliessen. Dass hiermit jede Gleichberechtigung aufhören würde, ist klar, und mit gutem Grunde haben deshalb die holsteinischen Stände es abgelehnt, diejenigen Gesetzentwürfe in Berathung zu nehmen, welche, wie oben sub III, 3 dargestellt worden ist, in ihrer letzten Session denselben mit der Intention der Auflösung der Gemeinschaft im Falle irgend einer Meinungsverschiedenheit vorgelegt worden sind.

B. Nicht günstiger gestaltet sich das Urtheil über die Allerhöchste Bekanntmachung vom 30. März d. J., wenn man ihre Wirkung für die übrigen Landestheile und die Gesammtmonarchie ins Auge fasst.

1) Das Herzogthum Lauenburg ist nur in dem Artikel 1 der Allerhöchsten Bekanntmachung erwähnt. Es ist dort bestimmt, dass dasselbe einen Zuschuss aus seinen Einnahmen zur Unterhaltung des aus den holsteinischen und lauenburgischen Mannschaften gebildeten Bundescontingentes zu leisten habe. Da nach den auch von der königlich-dänischen Regierung anerkannten Rechten der lauenburgischen Stände dieser Zuschuss nicht ohne deren Zustimmung festgesetzt werden kann, so wird es ihre Aufgabe sein, die finanziellen Nachtheile abzuwenden, welche nach den obigen Ausführungen sub A, 4 die Folge der Bestimmung im Artikel 1 sein könnten. ¶ Im Uebrigen ist nicht zu erkennen, inwieweit etwa die königliche Regierung beabsichtigt, den Inhalt der allerhöchsten Bekanntmachung auch auf Lauenburg anzuwenden. Soviel aber ist klar, dass die Bestimmung des Artikels 5, wenn sie überhaupt zur Anwendung käme, ihre Wirkung auch auf Lauenburg ausdehnen würde, so dass dieses entweder mit Holstein von der Gesammtheit ausgeschlossen, oder ohne Holstein in dieselbe einbegriffen würde, — zwei Eventualitäten, welche für Lauenburg ebenso wenig rechtlich zulässig erscheinen, als für Holstein.

2) Das Herzogthum Schleswig wird in der Allerhöchsten Bekanntmachung gar nicht erwähnt. Da aber die königliche Regierung in Bezug auf diesen Landestheil die Gesammtverfassung vom 2. October 1855 und die Wirksamkeit des Reichsrathes aufrecht hält, so ergiebt sich, dass die Ausführung des Artikels 5 der Allerhöchsten Bekanntmachung für dieses Herzogthum von ganz besonderer tief eingreifender Bedeutung sein würde. Das Herzogthum Schleswig würde in allen Fragen der gemeinschaftlichen Gesetzgebung nicht als ein gleichberechtigter Factor neben Holstein und dem Königreiche, sondern als ein integrirender Theil des letzteren in der Vertretung durch den Reichsrath erscheinen. Es würde also bei Meinungsverschiedenheiten und der daraus gefolgerten Auflösung der bisherigen Gemeinschaft stets von Holstein getrennt werden, immer aber mit dem Königreiche verbunden bleiben, und da seine Vertreter im Reichsrathe selbst die Minderzahl bilden, so würden deren Stimmen nicht einmal einen Einfluss darauf haben, ob die Gemeinschaft erhalten oder gelöst werden soll. ¶ Der praktische Erfolg der Allerhöchsten Bekanntmachung und des Artikels 5 insbesondere würde also sein, dass die Leitung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten sowohl, als die Erhaltung der Gemeinschaft lediglich in die Hände der königlichen Regierung und der dänischen

Majorität des Reichsrathes gelegt wären, dass die Stände von Holstein und Lauenburg dabei sogar formell von der Mitwirkung ausgeschlossen, und die Vertreter Schleswigs im Reichsrathe um ihrer Minderzahl willen wenigstens jedes entscheidenden Einflusses darauf beraubt sein würden. ¶ Hierin läge unverkennbar ein so bedeutender Schritt zur Incorporation Schleswigs in das Königreich, dass für diese selbst nur noch wenig zu thun übrig bliebe, und es steht mithin auch in dieser Richtung die Allerhöchste Bekanntmachung vom 30. März d. J. in Widerspruch mit den Verpflichtungen, welche die königlich-dänische Regierung in den Verhandlungen von 1851/52 eingegangen hat.

3) Die Gesammtmonarchie endlich wäre nach dieser Gestaltung nicht mehr ein wohlgeordnetes Ganze mit selbständigen und gleichberechtigen Gliedern, deren keines dem anderen untergeordnet wäre, wie es die Verhandlungen von 1851/52 festgestellt und die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 verheissen hat (vgl. den Ausschussvortrag vom 18. Februar 1860, Prot. §. 58 sub VIII S. 83, 84), sondern eine *Einrichtung, berechnet auf Herrschaft des Königreiches, auf Einverleibung Schleswigs und auf Unterordnung oder Ausschliessung Holsteins und Lauenburgs.* ¶ Wenn man diese hier im Einzelnen nachgewiesene Unvereinbarkeit der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 30. März d. J. mit den Vereinbarungen von 1851/52 erwägt, so erscheint es als wohlbegründet, dass die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen durch gleichlautende Noten ihrer Gesandten zu Copenhagen vom 17. April d. J. dagegen Verwahrung eingelegt, und für den Durchlauchtigsten Deutschen Bund sowohl als für sich selbst alle auf jenen Vereinbarungen oder auf irgend welchen anderen Grundlagen beruhenden Rechte und Ansprüche bundesrechtlicher oder völkerrechtlicher Natur vorbehalten haben, sowie dass die hohe Bundesversammlung auf die in der Sitzung vom 16. April d. J. erfolgte Mittheilung der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 30. März d. J. auf Präsidialantrag sogleich eine Verwahrung desselben Inhaltes ausgesprochen hat. Die berichtenden Ausschüsse erachten es daher auch nicht mehr für nöthig, auf Grund der in der Sitzung vom 23. April d. J. gemachten und ihnen zugewiesenen Mittheilung der österreichisch-preussischen Protestnoten eine Wiederholung jener Verwahrungen zu beantragen. ¶ Unter dem 1. Juni d. J. haben die Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen den vereinigten Ausschüssen die anliegend*) abgedruckte Abschrift eines Erlasses des königlich-dänischen Ministers, Herrn Hall, vom 16. Mai d. J. an die königlich-dänischen Gesandten zu Wien und Berlin mitgetheilt, welcher eine Erwiderung auf die oben erwähnten verwahrenden Noten vom 17. April d. J. enthält. Die Herren Gesandten begleiteten diese Mittheilung mit der Bemerkung, dass nach der Ansicht ihrer Allerhöchsten Höfe diese Erwiderung den Stand der Sache unverändert lasse. Die berichtenden Ausschüsse können sich dieser Ansicht nur vollkommen anschliessen.

V.

Fasst man nun das Resultat der bisherigen Ausführungen zusammen, so ergiebt sich folgende Sachlage: ¶ Den Bundesbeschlüssen vom 8. März 1860

---

*) No. 842.

No. 645. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

und 7. Februar 1861 ist bis jetzt von Seiten der königlich-herzoglichen Regierung nicht entsprochen worden. ¶ Alle zum Zwecke einer Verständigung geführten vertraulichen Verhandlungen sind erfolglos geblieben, und die königlich-herzogliche Regierung hat die ihr gemachten Vermittlungsvorschläge abgelehnt. ¶ Die Vereinbarungen von 1851/52 und die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 sind bis jetzt nicht in Vollzug gesetzt worden. ¶ Die königlich-dänische Regierung hat diese Vereinbarungen zunächst in den Verhandlungen in einem von ihrem Wortlaute und Geiste abweichenden Sinne zu interpretiren versucht, sodann aber deren rechtlich bindenden Charakter grossentheils in Abrede gestellt, und jetzt officiell erklärt, dass dieselben nicht in Ausführung gebracht werden könnten. ¶ Die königliche Regierung hat aber überdies durch eine Reihe von staatsrechtlichen Acten sowohl jenen Vereinbarungen als den auf sie gestützten Bundesbeschlüssen direct zuwider gehandelt und schliesslich in der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 30. März d. J. ein vollkommen entgegengesetztes Verfassungsprogramm kundgegeben, welches theils sofort, theils nach einem Jahre in Vollzug gesetzt werden soll.

VI.

Die vereinigten Ausschüsse halten es für unnöthig, nachzuweisen, dass der Durchlauchtigste Deutsche Bund nunmehr handeln muss, um seine Rechte, seine Würde und seine Autorität zu wahren, und sie wenden sich daher sofort zu der Erwägung der Massregeln, welche als die geeignetsten zur Erreichung des Zweckes sich darstellen. ¶ Zwei Wege stehen dem Bunde offen, und für jeden derselben ist bereits im Schoosse der hohen Bundesversammlung ein Antrag gestellt worden. Der Bund kann entweder nun auch seinerseits sich lossagen von allen Vereinbarungen und Verpflichtungen der Jahre 1851/52 und den alten durch den Friedensvertrag vom Jahre 1850 gewahrten Rechtszustand zur Grundlage seiner ferneren Schritte machen, oder auf die vollständige Erfüllung der genannten Vereinbarungen und Verpflichtungen durch die königlich-dänische Regierung dringen, und die hierzu geeigneten Mittel sofort in Anwendung bringen. ¶ In der ersten Richtung bewegt sich der von der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung in der Sitzung vom 30. April d. J.*) gestellte Antrag, in der zweiten dagegen der Antrag, welchen die königlich-hannöverische Regierung in der Sitzung vom 23. April d. J.**) gestellt hat. ¶ Die vereinigten Ausschüsse haben nicht unterlassen, diese beiden ihnen zugewiesenen Anträge in reifliche Erwägung zu ziehen. Sie haben dabei nicht verkannt, dass das Betreten des ersten Weges an sich vollkommen gerechtfertigt und zulässig sein würde. Allein sie sind doch zu der Ansicht gelangt, dass es zur Zeit wenigstens noch räthlicher sei, an der unbestreitbaren und nach ihrer Ueberzeugung auch dem Inhalte nach klaren und bestimmten Basis festzuhalten, welche durch die Vereinbarungen von 1851/52 gelegt worden ist, und können insbesondere die Ueberzeugung und Hoffnung nicht aufgeben, dass auf dieser Basis immer noch leichter zu einer allseitig befriedigenden Verständigung und Regelung der Verfassungsverhältnisse der dänischen Gesammtmonarchie und ihrer einzelnen Bestandtheile zu gelangen ist, als

*) No. 841.

**) No. 840.

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

durch die Rückkehr zu dem älteren Rechtszustande. ¶ Dabei gehen jedoch die Ausschüsse allerdings von dem Gedanken aus, dass die Durchführung der Vereinbarungen von 1851/52 in ihrem ganzen Umfange, also nicht blos bezüglich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, sondern auch bezüglich Schleswigs, das Ziel und die Aufgabe sei. Die seit dem Jahre 1852 gefassten Bundesbeschlüsse haben sich bis auf den eine allgemeine Verwahrung enthaltenden Beschluss vom 27. März 1862 *) auf die beiden erstgenannten Herzogthümer beschränkt, nicht etwa weil der Bund bezüglich Schleswigs keine berechtigten Anforderungen an die königlich-dänische Regierung gehabt hätte, sondern weil diese Anforderungen einen anderen Charakter an sich trugen, als die Rechte des Bundes bezüglich der beiden zum Bunde gehörigen Lande. Man gab sich dabei der Hoffnung hin, dass die genaue Vollziehung der Vereinbarungen von 1851/52 für Holstein und Lauenburg zugleich auch für das Herzogthum Schleswig einen Zustand begründen werde, welcher denjenigen Verpflichtungen entspräche, welche die königlich-dänische Regierung in Bezug auf dieses Land dem Bunde gegenüber in jenen völkerrechtlichen Stipulationen übernommen hat. Diese Hoffnung ist aber in jeder Hinsicht getäuscht worden. Nicht blos sind die Verfassungsverhältnisse Holsteins und Lauenburgs bis jetzt noch nicht dem Rechte gemäss geordnet, sondern es hat sich durch alle deshalb geführten Verhandlungen gezeigt, dass diese Ordnung in so lange nicht gelingen wird, als nicht zugleich dem Herzogthum Schleswig die ihm vertragsmässig gebührende Stellung gewährt wird. Gerade diese aber, und die Berechtigung des Bundes, dieselbe zu fordern, ist schliesslich von der königlich-dänischen Regierung geradezu in Abrede gezogen worden.

Wenn demnach die Ausschüsse vorschlagen, dass die hohe Bundesversammlung fortan ihre Rechte bezüglich Holstein-Lauenburgs und Schleswigs gleichzeitig und ungetrennt geltend mache, so verkennen sie, wie so eben schon angedeutet worden ist, keineswegs, dass in der Art und Begründung dieser Rechte eine wichtige Verschiedenheit besteht. Die Rechte des Bundes bezüglich Holsteins und Lauenburgs sind bundesrechtlicher Natur, diejenigen bezüglich Schleswigs dagegen, soweit sie nicht die zu den holsteinischen Verfassungsrechten zu zählenden, mit Schleswig gemeinschaftlichen Institutionen betreffen, haben einen internationalen Charakter. Diese Verschiedenheit würde ihre praktische Wirkung namentlich dann zeigen, wenn es nothwendig werden sollte, dass der Bund seine hartnäckig misskannten Rechte thatsächlich schütze, indem bezüglich Schleswigs nicht das bundesrechtliche Verfahren eintreten könnte. Dagegen kann jene Verschiedenheit den Bund in keiner Weise hindern, seine verschiedenen Rechte gleichzeitig zu verfolgen, und über die Mittel und Wege hierzu nach den Formen seiner Geschäftsordnung zu berathen und zu beschliessen. Die berichtenden Ausschüsse glauben in dieser Hinsicht auf ihren Vortrag in der Sitzung vom 1. Mai 1862 und den sofort darüber gefassten Beschluss der hohen Versammlung **) Bezug nehmen zu können. ¶ Dagegen erscheint es denselben zweckmässig, so-

*) No. 250.
**) No. 321.

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

wohl die Grundlagen als den Inhalt der bezüglich Schleswigs dem Bunde zustehenden rechtlichen Anforderungen an die königlich-dänische Regierung kurz und übersichtlich ins Gedächtniss zu rufen. ¶ Die Grundlagen dieser Rechte sind folgende:

1) Der vom Bunde ratificirte Friedensvertrag vom 2. Juli 1850.

2) Das im Zusammenhange mit diesem Friedensvertrag erlassene, durch den königlichen Herrn Gesandten amtlich mitgetheilte, Allerhöchste Manifest vom 14. Juli 1850.

3) Die Vereinbarungen zwischen der königlich-dänischen Regierung und den im Namen des Bundes handelnden höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen aus den Jahren 1851/52, und die damit unmittelbar zusammenhängende Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852, vorgelegt und genehmigt resp. anerkannt in der Sitzung der Bundesversammlung vom 29. Juli 1852 (Prot. §. 197).

Die Anforderungen aber, welche der Deutsche Bund auf diesen Grundlagen bezüglich Schleswigs an die königlich-dänische Regierung zu stellen befugt ist, lassen sich auf folgende Gesichtspunkte zurückführen:

a) dass das Herzogthum Schleswig nicht in das Königreich Dänemark incorporirt, und dass kein die Incorporation bezweckender Schritt vorgenommen werden soll (Beilage *b* zur Depesche Bluhme's vom 6. December 1851, BT.Prot. von 1857 S. 656);

b) dass dem Herzogthume eine selbständige und gleichberechtigte Stellung mit den übrigen Bestandtheilen der Monarchie gegeben werde (Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852);

c) dass der dänischen und der deutschen Nationalität im Herzogthume völlig gleiche Berechtigung und kräftiger Schutz verschafft und gesichert werde (Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852);

d) dass diejenigen Bände zwischen Holstein und Schleswig fortbestehen, die entweder in den für beide Landestheile gemeinsam gewordenen Instituten nicht staatsrechtlicher Natur begründet sind (der Eidercanal, das Taubstummeninstitut, die Irrenanstalt in Schleswig, die Strafanstalten in Glückstadt, die Benutzung und Erhaltung der Kieler Universität) oder auf privatrechtlich gemeinsamen Verhältnissen gewisser Classen beruhen (ein nicht politischer nexus socialis der schleswigschen und holsteinischen Ritterschaft). (Depesche vom 6. December 1851 Beilage b, Prot. 1857 S. 656.)

Es bedarf hier keines wiederholten Nachweises, dass den beiden ersten Verpflichtungen von Seiten der königlich-dänischen Regierung nicht blos nicht genügt, sondern direct zuwidergehandelt worden ist. Es erhellt dies zur Genüge aus den oben unter III u. IV B gegebenen Erörterungen. Aber auch in Bezug auf die beiden letzten Punkte verhält es sich nicht anders; die Beeinträchtigungen der deutchen Nationalität in Schleswig sind ebenso notorisch, als die Hemmnisse der garantirten Gemeinschaftsverhältnisse mit Holstein. Die berichtenden Ausschüsse glauben jedoch hierauf deshalb zur Zeit nicht näher eingehen zu sollen, weil sie von der Ansicht ausgehen, dass die Beseitigung der Beschwerden in

diesen Punkten sich von selbst, aber auch nur dann ergeben wird, wenn die Verfassung Schleswigs den beiden ersten Anforderungen gemäss geregelt sein wird.

VII.

Nachdem bisher im Einzelnen dargestellt worden ist, worin die Rechte des Bundes bestehen, wodurch und wie dieselben verletzt worden sind, und auf welchem Wege zu deren Wahrung vorzuschreiten wäre, kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, dass die Betretung dieses Weges zunächst mit einer Aufforderung an die königlich-herzogliche Regierung begonnen werde, den wohlbegründeten Ansprüchen des Bundes gerecht zu werden. Dazu würde vor Allem die Beseitigung der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 30. März 1863 gehören, sodann aber eine solche Regelung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Gesammtmonarchie und der Verhältnisse ihrer einzelnen Bestandtheile, welche den Vereinbarungen von 1851/52 vollständig nachkommt oder doch den Vermittlungsvorschlägen der königlich-grossbritannischen Regierung entspricht. Zu einer solchen Regelung müssten unverzüglich Einleitungen getroffen und dem Bunde hiervon Anzeige gemacht werden. ¶ Die Ausschüsse sind aber im Hinblick auf den Gang der Dinge in den letzten Jahren der Ansicht, dass für eine solche befriedigende Anzeige eine mässige Frist gesetzt und den Ausschüssen zugleich schon jetzt aufgetragen werden solle, während des Laufes dieser Frist diejenigen Massregeln zu berathen, welche nach fruchtlosem Ablaufe derselben zu ergreifen sein würden. ¶ Die Aufforderung an die königlich-dänische Regierung würde in Bezug auf Holstein und Lauenburg sich auf den Artikel III der Executionsordnung stützen und durch Vermittlung des königlichen Herrn Bundestags-Gesandten zur Kenntniss der königlich-herzoglichen Regierung zu bringen sein. Bezüglich des Herzogthums Schleswig dagegen würde sie einen internationalen Charakter haben, und die berichtenden Ausschüsse erachten es deshalb für angemessen, dass zugleich an die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen das Ersuchen gerichtet werde, den Beschluss im Namen des Bundes durch ihre bei dem königlich-dänischen Hofe beglaubigten Vertreter der königlichen Regierung mittheilen zu lassen. ¶ Auf diese Weise würde die hohe Bundesversammlung zwar dem Geiste der Mässigung und den bundesfreundlichen Rücksichten getreu bleiben, von welchen sie sich bisher stets hat leiten lassen; sie würde zugleich aber den festen Entschluss kundgeben, für ihr gutes Recht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten. ¶ Von diesen Betrachtungen geleitet, stellen die vereinigten Ausschüsse den

Antrag:

Hohe Bundesversammlung wolle in Erwägung

1) dass die königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Regierung der durch die Bundesbeschlüsse vom 11. Februar und 12. August 1858, 8. März 1860 und 7. Februar 1861 an sie ergangenen Aufforderung nicht entsprochen, vielmehr derselben bereits durch verschiedene legislative Anordnungen zuwider gehandelt, namentlich aber auch durch die Bekanntmachung vom 30. März d. J., welche der Bundesversammlung in der Sitzung vom 16. April d. J. amtlich mitgetheilt worden, die Absicht kundgegeben, diesen in der

No. 845. (CXV.) Deutscher Bund, 18. Juni 1863.

holstein-lauenburgischen Angelegenheit ergangenen Beschlüssen nicht zu genügen;

2) dass sie insbesondere durch eben diese Bekanntmachung dem Herzogthum Holstein eine Stellung zu geben versucht hat, welche in offenem Widerspruche mit dem durch Bundesbeschluss vom 29. Juli 1852 vom Bunde genehmigten Uebereinkommen und mit den Bedingungen steht, unter welchen der Bund seine bundesrechtliche Action in Holstein hat aufhören und dieses Land unter die Verwaltung Seiner Majestät des Königs von Dänemark, Herzogs zu Holstein, zurückkehren lassen;

3) dass die erwähnte königliche Bekanntmachung auch, was deren Rückwirkung auf das Herzogthum Schleswig betrifft, der von Dänemark in Uebereinstimmung mit dem königlichen Manifeste vom 14. Juli 1850 und mit der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 gegenüber den Höfen von Oesterreich und Preussen als Vollmachtträgern des Deutschen Bundes durch die Erklärungen vom 29. Januar 1852 eingegangenen Verpflichtungen widerstreitet, Schleswig weder dem eigentlichen Königreiche Dänemark einzuverleiben, noch irgendwelche dies bezweckende Schritte zu unternehmen;

4) dass sonach der Deutsche Bund im Falle des Beharrens der königlich-dänischen Regierung bei der Bekanntmachung vom 30. März d. J. sich genöthigt sehen würde, zur Aufrechthaltung der verletzten Rechte, was die Herzogthümer Holstein und Lauenburg betrifft, das bereits durch den Bundesbeschluss vom 12. August 1858 eingeleitete Executionsverfahren wieder aufzunehmen, in Betreff des Herzogthums Schleswig aber alle geeigneten Mittel zur Geltendmachung der ihm durch ein völkerrechtliches Abkommen erworbenen Rechte in Anwendung zu bringen;

5) dass die königlich-grossbritannische Regierung im September v. J. Vermittlungsvorschläge aufgestellt hat, in welchen der Deutsche Bund, die von Oesterreich und Preussen desfalls geäusserten Ansichten theilend, eine annehmbare Grundlage der Ausgleichung zu erblicken geneigt wäre, sofern die königlich-dänische Regierung diesen Vorschlägen ihre unbedingte Zustimmung ertheilte;

beschliessen:

I. die königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Regierung aufzufordern, der königlichen Bekanntmachung vom 30. März d. J. keine Folge zu geben, dieselbe vielmehr ausser Wirksamkeit zu setzen, und der Bundesversammlung binnen sechs Wochen die Anzeige zu erstatten, dass sie zur Einführung einer die Herzogthümer Holstein und Lauenburg mit Schleswig und mit dem eigentlichen Königreiche Dänemark in einem gleichartigen Verbande vereinigenden Gesammtverfassung — sei es in vollständiger Ausführung der Vereinbarungen von 1851/52, sei es auf Grundlage der Vermitt-

lungsvorschläge der königlich-grossbritannischen Regierung vom 24. September v. J. — die erforderlichen Einleitungen getroffen habe;

II. von diesem Beschlusse wegen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg der königlich-herzoglichen Regierung auf Grund des Artikels III der Executionsordnung und zugleich in Erwiderung ihrer Mittheilung vom 16. April d. J. durch Vermittlung ihres Herrn Gesandten Kenntniss zu geben;

III. an die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen das Ersuchen zu richten, dass sie diesen Beschluss um seiner Beziehung auf das Herzogthum Schleswig willen im Namen des Bundes durch ihre bei dem königlich-dänischen Hofe beglaubigten Vertreter der königlichen Regierung mittheilen lassen;

IV. den Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit und die Executionscommission zu beauftragen, die Massregeln zu berathen und demnächst vorzuschlagen, welche ergriffen werden müssten, wenn die königlich-dänische Regierung die obigen Anforderungen nicht erfüllte.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der Gesandte darf sich zur Zeit darauf beschränken, gegen die in dem vorliegenden Berichte der vereinigten Ausschüsse enthaltenen Behauptungen und Folgerungen, sowohl rechtliche wie factische, sowie gegen die daraus abgeleiteten Anträge, als nach diesseitigen Ansichten den dabei in Betracht kommenden Verhältnissen wesentlich nicht entsprechend, Verwahrung einzulegen und dabei noch besonders hervorzuheben, dass die der königlichen Bekanntmachung vom 30. März d. J. in dem Berichte gewordene Beurtheilung mehrfach auf irrthümlicher Auffassung der darin enthaltenen Bestimmungen beruhen dürfte, welcher vorzubeugen durch eine in Anspruch genommene Vermittlung des Gesandten unschwer gewesen sein würde. ¶ Indem der Gesandte sich annoch auf die bereits früher Namens seiner allerhöchsten Regierung in der vorliegenden Frage, und zwar sowohl in ihrer föderalen als internationalen Bedeutung abgegebenen Erklärungen zurückbezieht, hat derselbe ferner schon jetzt die freie Entschliessung und alle dabei in Betracht kommenden Rechte seines Allerdurchlauchtigsten Souverains zu verwahren und seiner Regierung etwaige weitere Erklärungen vorzubehalten.

Es wurde

beschlossen:

über die vorliegenden Anträge der vereinigten Ausschüsse in drei Wochen abzustimmen.

No. 846. (CXVI.)

HOLSTEIN. — Ständeversammlung an die Deutsche Bundesversammlung. — Darstellung der Lage des Landes und Gesuch um Rechtsschutz*). —

Itzehoe, den 19. März 1863.

No. 846. (CXVI.) Holstein, 19. März 1863.

Hohe Bundesversammlung! — In der 22. Sitzung der diesjährigen Diät hat ein Mitglied der Ständeversammlung des Herzogthums Holstein die Proposition gestellt:

„Die Ständeversammlung wolle beschliessen, der Hohen Deutschen Bundesversammlung Mittheilung der in jetziger Diät erwachsenen Actenstücke zu machen, welche die Lage bezeichnen, in der sich die Versammlung der königlich-dänischen Regierung gegenüber befindet, und dabei die Hoffnung auszusprechen, dass es der Hohen Deutschen Bundesversammlung gefallen möge, die geeigneten Massregeln zu ergreifen, um das Herzogthum Holstein in seinen Rechten und Interessen zu schützen und sicher zu stellen."

Die Versammlung hat einen Ausschuss von fünf Mitgliedern zur Prüfung dieser Proposition erwählt. Derselbe hat darauf seinen Bericht erstattet, und nachdem dieser einer Behandlung in Vor- und Schlussberathung, der Geschäftsordnung gemäss, unterzogen worden, hat die Versammlung durch Beschluss vom 7. März d. J. in der 27. Sitzung ihren Präsidenten beauftragt:

der Hohen Deutschen Bundesversammlung eine der gestellten Proposition entsprechende Mittheilung zu machen.

In Gemässheit dieses Beschlusses ist dieses von dem p. t. Präsidenten nebst Secretairen der Versammlung unterzeichnete Schreiben an die Hohe Bundesversammlung von der Provinzialständeversammlung des Herzogthums Holstein in ihrer 27. Sitzung vom 7. März d. J. genehmigt worden, und haben wir die Ehre, der Hohen Bundesversammlung folgende Actenstücke zu übersenden:

1) Die Eröffnung für die holsteinischen Provinzialstände, betreffend die von der Provinzialständeversammlung des Herzogthums Holstein in den Jahren 1859 und 1861 beschlossenen allerunterthänigsten Anträge und unterstützten Petitionen, d. d. Fredensborg, den 19. Januar 1863.
2) Ein vom königlichen Commissair für die 12. ordentliche holsteinische Ständeversammlung in der 2. Sitzung derselben am 26. Januar d. J. verlesenes allerhöchstes Rescript vom 19. Januar d. J.
3) Eine in der 4. Sitzung am 28. Januar verlesene Mittheilung des königlichen Commissairs, welche eine nähere Darlegung des Standpunktes enthält, welchen die Regierung Seiner Majestät des Königs dem der Versammlung in Angelegenheiten der gemeinschaftlichen

*) Zu den Acten der Bundesversammlung gelangt in der Sitzung vom 16. April (§. 104).

Finanzen der Monarchie eingeräumten Bewilligungsrechte gegenüber eingenommen hat.

4), 5), 6) und 7) Vier der Gesetzentwürfe in gemeinschaftlichen Angelegenheiten, betreffend Zulagen zu dem Normalbudget vom 28. Februar 1856.

8) *a.* Den über die Vorlagen der Regierung Seiner Majestät des Königs in gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie am 9. Febr. d. J. erstatteten Ausschussbericht.

b. Eine Erklärung des königlichen Commissairs, abgegeben in der 19. Sitzung vom 26. Februar d. J.

9) Das über dieselben Vorlagen erstattete allerunterthänigste Bedenken vom 6. März d. J.

10) Eine von einem Mitgliede der Ständeversammlung in ihrer 4. Sitzung am 28. Januar d. J. gestellte Proposition, betreffend eine allerunterthänigste Adresse an Seine Majestät den König.

11) Den über diese Proposition erstatteten Ausschussbericht.

12) *a.* Die von der Versammlung in ihrer 16. Sitzung am 18. Februar beschlossene Adresse nebst Protokollextract.

b. Das Begleitungsschreiben an den königlichen Commissair bei Ueberreichung der Adresse.

13) Das Schreiben des königlichen Commissairs vom 20. Februar d. J., in welchem die Annahme der Adresse verweigert wird.

14), 15) und 16) Die Allerhöchsten Resolutionen vom 27. April, 4. October und 29. October 1861, wie sie resp. dem Reichsrathe und der holsteinischen Ständeversammlung vorgelegt sind.

17) Patent, betreffend die Errichtung einer oberen Regierungsbehörde im Herzogthum Holstein, vom 12. November 1862 *).

18) Bekanntmachung für das Herzogthum Holstein vom 27. Nov. 1862.

19) Ministerialschreiben an die königlich-holsteinische Regierung, betreffend die Erlassung einer Instruction für dieselbe, vom 1. Decbr. 1862, nebst dieser Instruction.

20) *a.* und *b.* Protokollextracte über die, die Vorlagen in gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie und das zu erstattende Bedenken betreffenden Beschlüsse der Ständeversammlung des Herzogthums Holstein.

21) *a.*, *b.* und *c.* Protokollextracte über die, die Mittheilung an die Hohe Deutsche Bundesversammlung betreffenden Beschlüsse.

Aus diesen Actenstücken wolle die Hohe Deutsche Bundesversammlung hochgeneigtest ersehen, dass die Regierung Seiner Majestät des Königs fortgesetzt sich weigert, den zur einstweiligen Sicherstellung der Rechte und Interessen des Herzogthums Holstein gefassten Beschlüssen des Hohen Deutschen Bundes Folge zu geben. Dieses ist in der sub Nr. 1 angeschlossenen „Eröffnung" Passus II, 3 in Beziehung auf den Bundesbeschluss vom 8. März 1860 aus-

*) No. 826.

No. 846. (CXVI.) Holstein, 19. März 1863.

drücklich ausgesprochen. Die Ständeversammlung musste selbstverständlich in ihrem unterm 10. April 1861 erstatteten allerunterthänigsten Bedenken, betreffend den ihr vorgelegten Entwurf eines Verfassungsgesetzes für die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein, von der Voraussetzung ausgehen, dass das vom Hohen Deutschen Bunde unter dem 8. März 1860 beschlossene Provisorium für die Stellung Holsteins zu den übrigen Theilen der Monarchie rücksichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten ins Leben treten würde. Die königliche Regierung hat aber mit Beziehung auf diese Voraussetzung erklärt, sich der Hoffnung auf eine baldige Ordnung der besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein auf der von ihr beabsichtigten Grundlage beraubt zu sehen. In Folge dieser Auffassung auf Seiten der königlichen Regierung und nachdem, wie der Hohen Deutschen Bundesversammlung bekannt, die §§. 1—6 der Verfassung des Herzogthums Holstein durch Allerhöchste Resolution vom 8. November 1858 aufgehoben worden, entbehrt das Herzogthum Holstein nicht allein einer den geringsten Anforderungen, welche an eine landständische Verfassung zu machen sind, entsprechenden Verfassung für seine besonderen Angelegenheiten, sondern es ist auch die von dem Hohen Deutschen Bunde für das Herzogthum Holstein während des Provisoriums in Anspruch genommene Gleichberechtigung mit dem factisch immer noch fortbestehenden Reichsrath für Dänemark und Schleswig in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie nicht ins Leben getreten. ¶ In dem sub 2 angeschlossenen Allerhöchsten Rescript vom 19. Januar d. J. ist es zwar ausgesprochen, dass Seine Majestät der König Sich bewogen gefunden haben, den von dem Hohen Deutschen Bunde in seinem Beschluss vom 8. März 1860 gestellten Anforderungen, wenn Allerhöchstdieselben sie auch nicht für berechtigt anerkennen können, doch dahin zu entsprechen, dass der Provinzialständeversammlung des Herzogthums Holstein in ihrer jetzigen Diät eine Reihe von namentlich auch die Finanzverhältnisse betreffenden Gesetzentwürfen über gemeinschaftliche Angelegenheiten der Monarchie zur Beschlussnahme vorgelegt würden. ¶ Es sind diese Vorlagen in Wirklichkeit aber in einer solchen Art und Weise an die Ständeversammlung gelangt, wie sie keineswegs mit dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 in Einklang zu bringen ist. Denn es ist in den Vorlagen hinsichtlich der Bestimmung über die Gegenstände, welche als gemeinschaftliche oder besondere Angelegenheiten betrachtet werden sollen, der Inhalt der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 keineswegs als massgebend betrachtet worden. Es ist vielmehr in Beziehung auf sämmtliche gemeinschaftliche Angelegenheiten eine Theilung nach Quotenverhältnissen in der Art vorgenommen worden, dass, nach ausdrücklicher Erklärung des königlichen Commissairs (Anlage 8 b.), die Gemeinschaft in allen Stücken aufhören würde, in denen nicht übereinstimmende Beschlüsse der Ständeversammlung und des Reichsrathes erfolgen würden. Die Ständeversammlung würde daher zu einer Aussonderung des Herzogthums Holstein und einer Incorporirung des Herzogthums Schleswig in das Königreich Dänemark selbst die Hand geboten haben, wenn sie auf die Vorlagen in der Art, wie sie an sie gelangt sind, hätte eingehen wollen. Dieser Gefahr würde sie sich nicht allein in Beziehung auf die

eigentlich finanziellen Vorlagen, sondern auch in Beziehung auf den Gesetzentwurf, betreffend die Zoll- und Schifffahrtsverhältnisse, ausgesetzt haben. ¶ Es ist ferner der Ständeversammlung ausdrücklich eröffnet, dass die königliche Regierung nicht etwa ein Recht derselben auf Beschlussnahme in gemeinschaftlichen Angelegenheiten anerkenne. Die Ständeversammlung würde daher gewärtigen können, dass ihren Beschlüssen unter dem Vorgeben, dass ihr kein Recht in Beziehung auf dieselben zuerkannt sei, keine Folge gegeben würde. Auch nicht für die Dauer des Zwischenzustandes, wie es von dem Hohen Deutschen Bunde verlangt ist, sondern nur in dieser Diät und für die laufende Finanzperiode ist ihr eine nach Vorstehendem beschränkte und ferner durch ausdrückliche Bezugnahme auf die der königlichen Regierung obliegenden Pflichten gegen die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Landestheile unbestimmt gelassene Befugniss eingeräumt. Es würde daher der königlichen Regierung, theils mit Rücksicht auf vermeintliche Pflichten dieser Art, theils indem sie das für die laufende Finanzperiode etwa Verweigerte in der nächsten Periode durch einseitige Verfügung über die ihr factisch zu Gebote stehenden Mittel ersetzte, freistehen, die Beschlüsse der Ständeversammlung zu vereiteln. Auch nicht alle Gesetzvorlagen, welche dem Reichsrath zugegangen, sind den Ständen des Herzogthums Holstein unterbreitet, und Gesetze in gemeinschaftlichen Angelegenheiten, namentlich in Finanzsachen, sind für das Herzogthum Holstein ohne die Zustimmung der Stände erlassen, und ohne dass es auch nur für erforderlich gehalten wäre, diese nachträglich einzuholen. ¶ Hierhin gehören, abgesehen von minder wichtigen Vorlagen, die Entwürfe zu der Staatsrechenschaft über die verflossenen Finanzperioden. Diese wird nach Massgabe der Beschlüsse des Reichsrathes für Dänemark und Schleswig endlich festgestellt; für Holstein ist die Staatsrechnung jeder Controle entzogen. ¶ Hierhin gehören ferner die Aushebungen zum Land- und Seemilitairdienst. Für Dänemark und Schleswig bedarf es für jede Aushebung eines mit dem Reichsrath vereinbarten Gesetzes; für Holstein bestimmt der König die Aushebung nach eigenem Belieben. ¶ Hierhin gehören ferner die drei sub 14, 15, 16 angeschlossenen Allerhöchsten Resolutionen vom 27. April, 4. October und 29. October 1861. ¶ Durch dieselben sind zum bei weitem überwiegenden Theile zu Zwecken des Kriegswesens „wegen der stattfindenden politischen Verhältnisse und insbesondere der zwischen der königlichen Regierung und dem Deutschen Bunde obschwebenden Differenzen“ im Ganzen 2,594,000 Thlr. gemeinschaftlichen Mitteln der Monarchie, namentlich dem gemeinschaftlichen Reservefond entnommen. Dem Reichsrath sind diese Allerhöchsten Resolutionen nebst ausführlicher Motivirung, in Gemässheit des §. 54 des Gesetzes vom 2. October 1855, nachträglich vorgelegt, und er hat die Ausgaben gebilligt. Der holsteinischen Ständeversammlung sind die Allerhöchsten Resolutionen, welche weder nach dem Bundesbeschluss vom 8. März 1860, noch nach der Erklärung der königlichen Regierung vom 29. Juli 1861 als für das Herzogthum Holstein rechtsverbindlich werden betrachtet werden können, nur zur Nachricht mitgetheilt. Das Gleiche gilt von andern (nach Erlassung des Bundesbeschlusses vom 8. März 1860) vom Reichsrathe, nicht aber von der

No. 846. (CXVI.) Holstein, 19. März 1863.

Ständeversammlung bewilligten, gemeinschaftlichen Mitteln der Monarchie entnommenen Summen, zum Betrage von ca. 2,379,000 Thlr. R.-M. ¶ Bei dieser Sachlage konnte die Ständeversammlung nicht umhin, ehe sie weitere Beschlüsse in Beziehung auf die Vorlagen in gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie fasste, in Gemässheit der Vorschläge ihrer Ausschüsse zunächst allerunterthänigst zu beantragen:

1) Se. Majestät der König wolle der Ständeversammlung noch in dieser Diät den Entwurf eines dem Bundesbeschluss vom 8. März 1860 entsprechenden Gesetzes, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie bis zur definitiven Ordnung der Verfassungsverhältnisse der Monarchie, vorlegen lassen.

2) Se. Majestät der König wolle Allergnädigst für den Fall, dass es Allerhöchstdenenselben unthunlich erscheinen möchte, dem allerunterthänigsten Antrage sub 1 noch in dieser Diät Folge zu geben, der Ständeversammlung die Zusicherung zu ertheilen geruhen, dass in Betreff der Gesetzgebung wegen der Zoll- und Schifffahrtsabgaben und namentlich auch in Betreff des Gebietes, auf welches dieselben sich zur Zeit erstrecken, bis zur definitiven Ordnung der Verfassungsverhältnisse der Monarchie keine Veränderung ohne Zustimmung der Stände des Herzogthums Holstein vorgenommen werden solle.

Zu dem zweiten Antrage fand sie sich namentlich durch die Erwägung veranlasst, dass Veränderungen in der die Zoll- und Schifffahrtsabgaben betreffenden Gesetzgebung ein lange gefühltes Bedürfniss sind, und hat sie geglaubt, was in ihren Kräften steht, dazu beitragen zu müssen, damit solchem Bedürfnisse Genüge geleistet werde. ¶ Nach den Eröffnungen der königlichen Regierung beim Beginn dieser Diät und nach den ferneren, im Laufe der Verhandlungen vorgekommenen Aeusserungen des königlichen Commissairs ist keine Aussicht vorhanden, dass die königliche Regierung den einen oder den andern Antrag der Ständeversammlung genehmigen werde. ¶ Die überaus betrübende Lage, in welcher sich das Herzogthum Holstein in Folge der von der königlichen Regierung nun schon seit einer Reihe von Jahren befolgten Politik befindet; die grossen Uebelstände, namentlich auch finanzielle Nachtheile, welche aus der Verfolgung dieser Politik erwachsen sind; die das Land und die ganze Monarchie bei Fortsetzung derselben augenscheinlich bedrohenden äussersten Gefahren liessen es die Ständeversammlung als ein Bedürfniss empfinden, sich nochmals an das Herz ihres Landesherrn zu wenden, um in einer allerunterthänigsten Adresse ihren gerechten Besorgnissen Ausdruck zu verleihen und um Rückkehr zu einem Systeme, welches zum Frieden und zur Wohlfahrt der Monarchie führen würde, zu bitten. Die Politik, auf welche hier Bezug genommen wird, ist der hohen Bundesversammlung genugsam bekannt. Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass von Seiten der Träger derselben, welche nun schon seit acht Jahren sich im Besitze der Macht in Dänemark und den Herzogthümern befinden, jede Erfüllung der in den Jahren 1851—52 zur Sicherstellung der Interessen und Rechte der deutschen

Nationalität innerhalb der dänischen Monarchie, sowie der Gleichberechtigung und Selbständigkeit der Herzogthümer dem Königreiche gegenüber, von der königlich-dänischen Regierung eingegangenen Verpflichtungen hartnäckig verweigert, ja, dass solche Verpflichtungen überhaupt eingegangen seien, geradezu geläugnet, dagegen dem Königreich Dänemark und der dänischen Nationalität in allen Beziehungen ein absolutes Uebergewicht zu sichern erstrebt wird. ¶ Um dieser Politik zu dienen, ist durch Patent vom 12. Novbr. 1862 (Anl. 17), im directen Widerspruch mit dem §. 11 der Verfassung für das Herzogthum Holstein vom 11. Juni 1854, eine Mittelbehörde unter dem Namen „holsteinische Regierung" ohne Zustimmung der Stände ins Leben gerufen. Derselben sind laut der Bekanntmachung des königlichen Ministeriums für Holstein und Lauenburg vom 27. Novbr. 1862 (Anl. 18) und laut der der Regierung ertheilten Instruction (Anl. 19, §. 4), im Widerspruch mit bestehenden Gesetzen, namentlich der Oberappellationsgerichtsordnung vom 15. Mai 1834, §. 15, der Instruction und Gerichtsordnung für die dem Oberappellationsgerichte unmittelbar unterworfenen Landesdicasterien des Herzogthums Holstein vom 15. Mai 1834, §§. 23, 24, 25, 26, 31 u. a., der Verordnung, betreffend die Errichtung eines Oberappellationsgerichtes und einer gemeinschaftlichen Provinzialregierung für die Herzogthümer Schleswig und Holstein, vom 15. Mai 1834, §. 4, — alle Gerichte des Landes untergeordnet. Es sind in derselben Instruction andere bestehende Gesetze, namentlich die allgemeine Städteordnung vom 11. Febr. 1854, nach deren §. 111 der Recurs in Verwaltungsangelegenheiten der Städte unmittelbar an das Ministerium geht, und die diesem Gesetze entsprechenden Bestimmungen in den Localstatuten der einzelnen Städte unberücksichtigt geblieben. Es ist endlich durch diese Instruction, namentlich die §§. 1, 2, 12 derselben, eine solche Lage der Dinge herbeigeführt worden, dass es einem dem Lande fremden und mit seinen inneren Verhältnissen nicht vertrauten Manne möglich sein wird, fortzufahren, als Minister für Holstein zu fungiren, und mit Beiseitesetzung der Rechte und speciellen Interessen des Herzogthums von Copenhagen aus die Politik der königlich-dänischen Regierung in der bisherigen Weise fortzuleiten und ihr das Herzogthum Holstein dienstbar zu machen. ¶ Eine im ehrerbietigsten Tone sich haltende allerunterthänigste Adresse an Se. Majestät den König (Anl. 12 a.), in welcher die Versammlung ihren Beschwerden einen Ausdruck verliehen hat, ist von dem königlichen Commissair zurückgewiesen (Anl. 13). Es ist mithin der Ständeversammlung des Herzogthums Holstein der einzige Weg verschlossen worden, der ihr noch übrig blieb, um zu dem Ohre und Herzen ihres Landesherrn zu dringen. Dass die königliche Regierung die Versammlung nicht für unberechtigt ansehen konnte, in sämmtlichen Angelegenheiten, auf welche die Adresse sich bezieht, sich an Se. Majestät den König zu wenden, geht daraus hervor, dass die Ständeversammlung zur Zeit die einzige Vertretung des Herzogthums Holstein ist, und ferner daraus, dass die königliche Regierung ihr für diese Diät durch ihre Vorlagen in gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie die Befugniss eingeräumt hat, dieselben zum Gegenstande ihrer Erörterungen zu machen. ¶ Von Vorstehendem haben wir die Ehre der Hohen Bundesversammlung unter Anschliessung der

No. 846. (CXVI.) Holstein, 19. März 1863.

betreffenden Actenstücke Mittheilung zu machen, und giebt sich die Provinzialständeversammlung des Herzogthums Holstein der Hoffnung hin, dass es der Hohen Bundesversammlung gefallen möge, die geeigneten Massregeln zu ergreifen, um das Herzogthum Holstein in seinen Rechten und Interessen zu schützen und sicher zu stellen.

[Folgen die Unterschriften.]

Anl. 1. — Aus der königl. Eröffnung für die holsteinischen Provinzialstände, betreffend die von der Provinzialversammlung des Herzogthums Holstein in den Jahren 1859 und 1861 beschlossenen allerunterthänigsten Anträge und unterstützten Petitionen.

Wir Frederik der Siebente, &c.

I. In Betreff der Beschlüsse der 10. holsteinischen Ständeversammlung.

No. 846 (1). (CXVI.) Holstein, 19. Jan. 1863.

6. Von der Ständeversammlung ist bereits in der Diät des Jahres 1857 darauf angetragen worden, dass mehrere näher bezeichnete, angeblich verfassungswidrig erlassene Verfügungen aufgehoben, event. der Versammlung nachträglich zur Beschlussnahme vorgelegt werden möchten. Wir haben derselben hierauf Unsere Allerhöchste Entschliessung beim Beginn der ständischen Diät des Jahres 1859 kund gethan. Zu einer weiter gehenden Berücksichtigung der desfälligen Anträge haben Wir Uns durch die Wiederholung derselben nicht veranlasst finden können.

II. In Betreff der Beschlüsse der 11. holsteinischen Ständeversammlung.

3. Wir haben Unserer getreuen Provinzialständeversammlung bereits in Unserer Allerhöchsten Eröffnung vom 2. März 1861 zu erkennen gegeben, dass es Uns unthunlich hat erscheinen müssen, der in dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 enthaltenen Forderung Folge zu geben. Da nun dieselbe den ihr in der letzten Diät vorgelegten Entwurf eines Verfassungsgesetzes für die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein, abgesehen von den im Einzelnen beantragten Modificationen, nur unter der Voraussetzung und für den Fall angenommen hat, dass das vom Deutschen Bunde unter dem 8. März 1860 beschlossene Provisorium für die Stellung Holsteins zu den übrigen Theilen der Monarchie rücksichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten ins Leben trete, so haben Wir Uns schon in Folge dieser Bedingung, welche Wir im Vorwege als für Uns unannehmbar bezeichnet haben, der Hoffnung auf eine baldige Ordnung der besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein auf der von Uns beabsichtigten Grundlage beraubt gesehen.

Gegeben auf Unserm Schlosse Fredensborg, den 19. Januar 1863.

Frederik R.

C. Hall.

Anl. 2. — Königl. Rescript an den Landtagscommissair, betreffend die Vorlage von Gesetzentwürfen über gemeinschaftliche Angelegenheiten.

No. 846 (2). (CXVI.) Holstein, 19. Jan. 1863.

Hochedler, Lieber, Getreuer! — Obwohl Wir die von der Deutschen Bundesversammlung in ihrem Beschlusse vom 8. März 1860 gestellten Forderungen, wonach bis zur definitiven Regulirung der Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein kein Gesetz über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für das genannte Herzogthum zu erlassen ist, wenn es nicht die Zustimmung der Ständeversammlung erhalten hat, für berechtigt nicht anerkennen können, wie solches wiederholt von Uns ausgesprochen worden ist, so haben Wir Uns dennoch, da die mit dem Deutschen Bunde eingeleiteten Verhandlungen über die Stellung des Herzogthums Holstein in der Monarchie noch nicht zum Abschlusse gelangt sind und somit eine verfassungsmässige Abänderung der holsteinischen Verfassung nicht hat erfolgen können, um, so viel an Uns liegt, ernsteren Verwickelungen thunlichst vorzubeugen, Allerhöchst bewogen gefunden, den gedachten Anforderungen, in so weit dies mit den Uns obliegenden Pflichten gegen Unsere nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Landestheile vereinbar ist und die Nothwendigkeit einer geregelten Fortführung der Staatsverwaltung es zulässt, dahin zu entsprechen, dass Wir den Provinzialständen des Herzogthums Holstein in ihrer bevorstehenden Versammlung eine Reihe von, namentlich auch die Finanzverhältnisse betreffenden, Gesetzentwürfen über gemeinschaftliche Angelegenheiten zur Beschlussnahme vorlegen lassen wollen. Zu dem Ende werden Dir dieselben demnächst zugestellt werden, und geben Wir Uns der Hoffnung hin, dass Unsere getreuen Stände diese Vorlagen mit Unbefangenheit und Besonnenheit prüfen werden. — Es wird wesentlich von dem Ergebnisse der desfallsigen Verhandlungen abhängen, ob dieser Schritt die definitive Ordnung der Verfassungsverhältnisse der Monarchie anbahnen und fördern oder schwere Verwickelungen, welche die Interessen aller zu Unserer Krone gehörigen Landestheile gefährden würden, nach sich ziehen kann. ¶ Solches geben Wir Dir zur weiteren Mittheilung an Unsere getreue Ständeversammlung zu erkennen. ¶ Wonach Du Dich zu achten, und bleiben Wir Dir übrigens in königlichen Gnaden gewogen. ¶ Gegeben auf Unserm Schlosse Fredensborg, den 19. Jan. 1863.

Frederik R.

C. Hall.

Anl. 12, a. — Adresse der Ständeversammlung an den König, die Lage des Landes betr. —

No. 846. (CXVI.) (Anl. 12 a.) Holstein, 18. Febr. 1863.

Allerdurchlauchtigster, &c. — Die auf den Ruf Ew. Majestät versammelten Stände des Herzogthums Holstein wagen es ehrfurchtsvoll vor den Thron Ew. Majestät zu treten und sich über die verhängnissvolle Lage des Landes offen und freimüthig auszusprechen. Sie fühlen sich um so mehr dazu berufen, als sie mit tiefer Bekümmerniss aus der Allerhöchsten Eröffnung ersehen haben, dass keine Hoffnung auf eine baldige Lösung der beklagenswerthen Zerwürfnisse,

No. 846. (CXVI.) (Anl. 12 a.) Holstein, 18. Febr. 1863.

welche seit Jahren den inneren und äusseren Frieden der Monarchie bedrohen, vorhanden ist, und Ew. Majestät Commissair der Versammlung die Mittheilung gemacht hat. dass den Ständen nur ausnahmsweise und nur für die jetzige Finanzperiode eine Mitwirkung bei der Feststellung des Budgets zu gestatten sei. ¶ Solche ausnahmsweise gemachte Zugeständnisse, die jeder Garantie für die Zukunft ermangeln, bezeichnen schon hinreichend die Lage, in der das Land sich befindet; aber leider giebt es der Missstände noch viele andere, zu welchen die Stände nicht schweigen dürfen. ¶ Seit zwei Jahren etwa ist die Vertretung der Interessen des Herzogthums Holstein im Rathe Ew. Majestät einem Manne anvertraut, der durch sein Verhalten bei den Verhandlungen über den bekannten §. 13 jedes Vertrauen verloren hat. Dieser Mann hat ungeachtet der im Jahre 1861 den beiden deutschen Grossmächten gegebenen Versicherung, für das laufende Finanzjahr vorläufig von dem extraordinairen Zuschuss des Herzogthums Holstein aus seinen besonderen Einnahmen über das Normalbudget hinaus Abstand nehmen zu wollen, geglaubt, diese Versicherung, welche er in officiellen Actenstücken als ein der Liebe zum Frieden gebrachtes Opfer bezeichnet hat, dadurch umgehen zu können, dass er, ohne die Stände zu befragen, den Cassebehalt und den Reservefond angegriffen hat. ¶ Zu einer solchen Unbill dürfen die Vertreter des Herzogthums nicht schweigen; sie dürfen es um so weniger, weil die ausserordentlichen Ausgaben, zu deren Deckung aus den auch dem Herzogthum Holstein zuständigen Mitteln Millionen verwandt sind, dem Interesse des Herzogthums geradezu widerstreiten. Während nämlich die wichtigsten Zweige der Verwaltung in Holstein unter dem Druck der grössten Sparsamkeit gelitten haben, sind jene Millionen für Rüstungen verausgabt, welche nur bezwecken können, eine nicht nur die Interessen des Herzogthums, sondern der ganzen Monarchie gefährdende Politik mit Gewalt durchzuführen. Allergnädigster König! Die Vertreter des Herzogthums Holstein müssen einen lauten und begründeten Einspruch gegen dieses Verfahren einlegen. ¶ Vor wenig Monaten und Angesichts der nahe bevorstehenden Berufung der Stände hat der Minister das Land, mit dessen Verwaltung er betraut ist, abermals durch eine Massregel überrascht, welche ein neues Zeugniss von der Rücksichtslosigkeit giebt, mit der er in den wichtigsten Dingen glaubt verfahren zu können. Eine neue Regierung ist eingesetzt und mit einer Instruction versehen, welche nicht geeignet ist, die wahren Interessen der Bewohner des Landes zu fördern. Wir können in dieser neuen Schöpfung nur eine aus politischen Gründen gegen die Interessen des Landes getroffene Massregel erblicken. Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese Einrichtung nicht ohne Zustimmung der Stände hätte ins Leben gerufen werden dürfen, und wenn die Stände es unterlassen, eine Klage wider den Minister einzureichen, so geschieht es nur, weil sie aus Erfahrung wissen, dass unser Verfassungsgesetz unklare Bestimmungen über die gerichtliche Competenz bei Ministeranklagen enthält. ¶ Diese einzelnen Massregeln sind aber nur augenfällige Zeugnisse von dem schweren Druck, welcher auf dem Lande lastet. Alle Anträge der Versammlung auf Beseitigung des §. 8 der Verfassung, durch welchen die Justiz der Verwaltung untergeordnet ist, sind vergeblich geblieben. Die wichtigsten Garantien der politischen Freiheit, Pressfreiheit, Versammlungs-

und Vereinsrecht, sind dem Lande vorenthalten. Die Landesuniversität Kiel, welche die Herzogthümer Schleswig und Holstein als den Mittelpunkt ihres geistigen Lebens ehren, wird geflissentlich zurückgesetzt. Das öffentliche Gewissen des Landes ist durch Anstellung verschiedener Beamten tief verletzt! ¶ Allergnädigster König! Wenn die holsteinischen Stände sich in ihrem Gewissen gedrungen fühlen, über derartige Kränkungen und über die Rücksichtslosigkeit, womit das Land in seinen wichtigsten Angelegenheiten geschädigt ist, vor ihrem Landesherrn laute Klage zu führen, so sind doch diese Kränkungen nicht der eigentliche Schwerpunkt ihrer Sorgen und Befürchtungen. Dieser Schwerpunkt liegt vielmehr in der unheilvollen Politik, durch welche Ew. königlichen Majestät Minister eine Ausgleichung der traurigen Wirren, in welche die Monarchie gerathen ist, bis auf diesen Tag verhindert und dadurch Gefahren der ernstesten Art für die ganze Monarchie heraufbeschworen haben. Das Bestreben dieser Politik geht dahin, den Verträgen zum Trotz ein Reich Dänemark-Schleswig zu schaffen, für dies Reich die Verfassung vom Jahre 1855 aufrecht zu erhalten und das deutsche Element, so weit man nicht hofft, es erdrücken zu können, gänzlich aus der Gemeinschaft auszuscheiden. ¶ Allergnädigster König! Drei von den vier Ländern, welche die dänische Monarchie bilden und für welche jene Verfassung das gemeinsame Band sein sollte, haben feierliche Verwahrung gegen die Rechtsbeständigkeit dieser Verfassung eingelegt. Der Deutsche Bund hat sich diesen Verwahrungen angeschlossen, und in neuester Zeit hat sich ein englischer Staatsmann, dessen Wünsche für das Wohl der dänischen Monarchie nicht in Zweifel gezogen werden können, für die Aufhebung des dänisch-schleswigschen Reichsraths ausgesprochen. Dennoch beharrt die Regierung Ew. Majestät bei einer Politik, deren traurige Resultate sich schon nach allen Seiten gezeigt haben. Nachbarvölker, die seit mehr denn vierhundert Jahren unter demselben Scepter in Eintracht und Frieden neben einander gewohnt haben, stehen sich feindlich einander gegenüber, und Kanonen scheiden Länder, welche seit Jahrhunderten auf das Innigste verbunden waren. Das, Allergnädigster König! sind die Früchte des politischen Systems, welches, obschon von ganz Europa verurtheilt, mit der grössten Hartnäckigkeit verfolgt wird. Die Stände Holsteins haben es daher nur mit tiefem Schmerze vernehmen können, wenn in der auf eine Adresse des dänischen Landsthings ertheilten Antwort auf den Rath Ew. Majestät Minister das Drängen zum Beharren bei dieser Politik als ein Ausfluss loyaler und patriotischer Gesinnung bezeichnet ist. ¶ Die Stände des Herzogthums Holstein haben es wiederholt vor Ew. Majestät bezeugt, dass sie nur in der Wiedervereinigung der Herzogthümer Schleswig und Holstein eine befriedigende Lösung der gegenwärtigen Verwickelungen finden können. Sie halten sich verpflichtet, als ihre innigste Ueberzeugung auch jetzt es vor Ew. königlichen Majestät auszusprechen, dass die Rückkehr zu einem wahren und dauernden Frieden nur auf diesem Wege möglich ist, und sie geben die Hoffnung nicht auf, dass die Zeit kommen wird, in welcher man erkennt, dass durch die Verbindung der Herzogthümer die Monarchie nicht bedroht, sondern gestärkt wird. Wenn aber das treue Festhalten dieser Ueberzeugung dahin missdeutet ist, dass die Stände des Herzogthums Holstein jederzeit Vorschläge, welche wenigstens bessere

No. 846. (CXVI.) (Anl. 12 a.) Holstein, 18. Febr. 1863.

Zustände, als die jetzigen, in Aussicht gestellt haben würden, von der Hand gewiesen hätten, so dürfen die holsteinischen Stände nur auf die beiden letzten Diäten hinweisen, um den Beweis zu liefern, dass nicht sie es gewesen sind, welche die Hand zur Verständigung zurückgestossen haben, sondern dass Ew. Majestät Regierung es ist, welche durch Ablehnung nicht nur unserer Anträge, sondern auch der Rathschläge sämmtlicher Grossmächte die Monarchie in die gefahrvolle Lage gebracht hat, in der sie sich jetzt befindet. ¶ Es kann nicht die Aufgabe der holsteinischen Stände sein, den Verhandlungen der Grossmächte und des Bundes mit der Regierung Ew. Majestät vorzugreifen, aber sie halten es für ihre Pflicht, ihre feste Ueberzeugung dahin auszusprechen, dass nur eine vollständige Umkehr von dem bisher befolgten politischen Systeme zum Frieden und zur Wohlfahrt der Monarchie führen kann. ¶ Mit tiefster Ehrfurcht, etc.

Itzehoe, den 18. Febr. 1863.

C. Scheel-Plessen, Präsident.
Adolph Blome, Berichterstatter.

Anl. 13. — Landtagscommissair an den Präsidenten der Ständeversammlung. — Annahmeverweigerung der vorstehenden Adresse. —

No. 846. (CXVI.) (Anl. 13) Holstein, 20. Febr. 1863.

Indem ich Ew. Hoch- und Wohlgeboren die mir mit dem gefälligen Schreiben vom 20. d. M. übersandte, von der holsteinischen Provinzialständeversammlung in ihrer 16. Sitzung beschlossene allerunterthänigste Adresse an Se. Majestät den König hieneben remittire, bemerke ich unter Bezugnahme auf die in der Schlussberathung über den Entwurf der erwähnten Adresse von mir abgegebene Erklärung, dass ich der mir ertheilten Instruction gemäss die Entgegennahme der Adresse verweigern muss.

Königliches Commissariat der 12. ordentlichen Provinzialständeversammlung des Herzogthums Holstein. Itzehoe, den 20. Febr. 1863.

F. v. Warnstedt.

No. 847. (CXVII.)

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Zwei und zwanzigste Sitzung vom 9. Juli 1863. (§. 167.) — Abstimmung über den Bericht der vereinigten Ausschüsse in Betreff der Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg. —

No. 847. (CXVII.) Deutscher Bund, 9. Juli 1863.

Präsidium bringt die von den vereinigten Ausschüssen in der Sitzung vom 18. v. M.*) gestellten Anträge bezüglich der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit zur Abstimmung.

Oesterreich, Preussen, Baiern, Königreich Sachsen, Hannover und Württemberg: treten den Anträgen den vereinigten Ausschüssen bei.

---

*) No. 845.

No. 847. (CXVII.) Deutscher Bund, 9. Juli 1863.

Baden. Die grossherzogliche Regierung kann den Anträgen der vereinigten Ausschüsse, dass bei dem neuerlichen Auftreten der königlich-dänischen Regierung in den deutschen Herzogthümern und gegen den Deutschen Bund dieser zur Wahrung seiner Rechte und seiner Autorität jetzt handeln müsse, nur vollkommen beipflichten; sie hat es für ihre Pflicht gehalten, die möglichen Consequenzen der zu fassenden Beschlüsse reiflich zu erwägen, glaubt aber die Beurtheilung der zwei Wege, welche zu einem Vorgehen der Bundesversammlung in der jetzigen entscheidenden Lage der dänisch-deutschen Angelegenheit in Antrag gebracht sind, für den von der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung in dem am 30. April d. J. gestellten Antrage bezeichneten sich aussprechen zu müssen. ¶ Nachdem die königlich-dänische Regierung, nach jahrelanger Nichterfüllung ihrer in den Jahren 1851/52 den beiden deutschen Grossmächten gegebenen und vom Bunde acceptirten feierlichen Zusagen, nunmehr den tractatmässigen Charakter derselben ganz in Abrede zu stellen sucht und durch eine Reihe von Regierungsacten, insbesondere die neueste königliche Bekanntmachung vom 30. März d. J. von jenen förmlichen bundesmässigen und internationalen Verpflichtungen sich offenbar losgesagt hat, vermag die grossherzogliche Regierung von einer nochmaligen Aufforderung an das Copenhagner Cabinet, den Weg des Rechtes zu betreten, einen Erfolg nicht zu erwarten und sieht in der Verfolgung des in Aussicht genommenen Executionsverfahrens auf der Basis von durch Dänemark hinweggeleugneten Grundlagen nur das Beharren auf einem Wege, der unter Anderen auch mit grossen Nachtheilen für die deutschen Herzogthümer verknüpft scheint und das wünschenswerthe Ziel nicht erreichen lassen wird. Die grossherzogliche Regierung glaubt, dass nach dem Vorgehen der königlich-dänischen Regierung ein Zurücktreten des Deutschen Bundes von den Stipulationen von 1851/52 auch seinerseits gerechtfertigt und ein Zurückgehen auf den durch Artikel III des Berliner Friedens gewahrten alten Rechtszustand der deutschen Herzogthümer allein eine endliche befriedigende Lösung der obschwebenden Fragen offen lassen könnte. Die grossherzogliche Regierung hätte sich daher mit Befriedigung einer Beschlussfassung der hohen Bundesversammlung im Sinne des von der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung gestellten Antrages angeschlossen und sieht sich unter diesen Umständen nicht in der Lage, den Ausschussanträgen zuzustimmen. Dieselbe verbindet aber hiermit die ausdrückliche Erklärung, dass sie in dieser das Recht und die Ehre Deutschlands so hart berührenden Frage, nachdem sie ihrer Auffassung über die Zweckmässigkeit des von dem Ausschussberichte empfohlenen Weges Ausdruck gegeben, ein einmüthiges thatsächliches Vorgehen aller hohen Bundesregierungen ihrerseits nicht durch zurückhaltende Sonderstellung abschwächen will und zu jeder durch die Mehrheit ihrer Bundesgenossen beschlossenen gemeinschaftlichen Massregel in aufrichtiger Bundestreue die ihr zufallende Mitwirkung nach allen ihren Kräften und mit bestem Willen für einen gedeihlichen Erfolg leisten wird.

Kurhessen: stimmt den Anträgen zu.

Grossherzogthum Hessen. Die grossherzogliche Regierung hat in der Bundestags-Sitzung vom 29. Juli 1852 dem damals von der kaiserlich-

No. 847. (CXVII.) Deutscher Bund, 9. Juli 1863.

königlich-österreichischen und königlich-preussischen Regierung gestellten Antrage auf Genehmigung der mit Dänemark getroffenen Verabredungen „in der vertrauensvollen Erwartung und in der Voraussetzung zugestimmt, dass die in der Bekanntmachung Seiner Majestät des Königs von Dänemark vom 28. Januar 1852 enthaltenen, die Herzogthümer Holstein und Lauenburg betreffenden Bestimmungen in einem den Rechten des Deutschen Bundes und dem in Kraft bestehenden Bundesbeschlusse vom 17. September 1846 entsprechenden, versöhnlichen und gerechten Sinne werden in Ausführung gebracht werden“. ¶ Jene Erwartung und Voraussetzung ist nicht in Erfüllung gegangen; das bisherige Verhalten der königlich-dänischen Regierung hat dem damals gehegten Vertrauen nicht entsprochen und es ist trotz aller Bemühungen von Seiten des Deutschen Bundes bis jetzt nicht gelungen, auf Grundlage der Verabredungen von 1851/52 einen neuen, allseitig befriedigenden Rechtszustand zu schaffen. ¶ Unter solchen Umständen und nachdem überdies die königlich-dänische Regierung durch die Bekanntmachung vom 30. März l. J. den Boden der Vereinbarungen von 1851/52 offen verlassen hat, hält die grossherzogliche Regierung den Deutschen Bund nicht allein für zweifellos befugt, sich seinerseits ebenfalls von diesen Vereinbarungen loszusagen, sondern sie würde auch, getreu der Anschauung, von welcher sie bei der Abstimmung vom 29. Juli 1852 geleitet war, es für vollkommen der Sachlage angemessen erachten, wenn der Deutsche Bund von jener Befugniss jetzt schon Gebrauch machen und demgemäss zu dem Rechtsstandpunkte wirklich zurückkehren wollte, auf welchen der Bundesbeschluss vom 17. September 1846 sich gründet, und welcher auch durch den Friedensvertrag von 1850 gewahrt geblieben ist. Die grossherzogliche Regierung würde einer hierauf gerichteten Entschliessung und eventuellen weiteren Thätigkeit des Bundes namentlich auch um deswillen den Vorzug gegeben haben, weil auf diesem Wege die althergebrachte Verbindung zwischen den Herzogthümern Holstein und Schleswig in ihrem vollen früheren Umfange wieder hergestellt werden könnte, und weil die grossherzogliche Regierung gerade in dieser Wiederherstellung die sicherste Gewähr für eine vollkommene und dauernde Befriedigung derjenigen Rechte und Interessen erblicken würde, welche der Deutsche Bund in dieser Angelegenheit zu berücksichtigen und zu vertreten hat. ¶ Die grossherzogliche Regierung verkennt indessen nicht, dass auch für die Betretung des von den vereinigten Ausschüssen empfohlenen Weges verschiedene erhebliche Gründe sprechen, und dass bei nachdrücklicher Verfolgung desselben die Möglichkeit gegeben ist, die Rechte und die Würde des Deutschen Bundes zu wahren und die Herbeiführung eines, wenn auch nicht alle Wünsche befriedigenden, doch immerhin gesicherten und verhältnissmässig gedeihlichen Zustandes der Herzogthümer Holstein, Lauenburg und Schleswig anzubahnen. ¶ Da nun die grossherzogliche Regierung sich der Ueberzeugung nicht hat entziehen können, dass voraussichtlich die Mehrzahl der deutschen Regierungen sich mit den Anträgen der vereinigten Ausschüsse einverstanden erklären werde, so hat sie, durchdrungen von dem Gefühle, dass in einer so ernsten Angelegenheit ein möglichst einmüthiges Vorangehen der deutschen Regierungen in hohem Masse wünschenswerth ist, keinen Anstand genommen, ihre oben be-

rührten Bedenken und Wünsche zurückzudrängen und ebenfalls jenen Anträgen zuzustimmen. ¶ Sie vermochte diesen Entschluss um so eher zu fassen, als die vereinigten Ausschüsse ihre Ansicht nur dahin aussprechen, „dass es zur Zeit wenigstens noch räthlicher" sei, an der durch die Vereinbarungen von 1851/52 gegebenen Grundlage festzuhalten, wodurch selbstverständlich dem Deutschen Bunde die Befugniss zugesprochen und vorbehalten bleibt, die weiter gehenden Ansprüche, auf welche sich der Bundesbeschluss vom 17. September 1846 bezieht, namentlich auch das Recht Holsteins auf die althergebrachte enge Verbindung mit Schleswig zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise zur Geltung zu bringen, falls der erneute Versuch, auf Grundlage der Vereinbarungen von 1851/52 zu einem dauernden, allseitig befriedigenden Rechtszustande zu gelangen, nicht zu dem gehofften Ziele führen sollte. ¶ Im Sinne dieser Erwägungen ist der Gesandte ermächtigt worden, den Anträgen der vereinigten Ausschüsse zuzustimmen.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Schon bei Einbringung des Ausschussvortrages hat der Gesandte darauf aufmerksam gemacht, dass der Bericht wesentliche Irrthümer und Missverständnisse enthält. Dies gilt sowohl von dem darin gegebenen historischen Rückblicke, als namentlich auch von der Auffassung der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 30. März d. J., welche die vorliegende Verhandlung zunächst hervorgerufen hat. Die königliche Regierung kann es nur bedauern, dass ein so wichtiger Bundesbeschluss auf zum Theil unrichtige Voraussetzungen gebaut werden soll, ohne dass dem Gesandten irgend welche Gelegenheit gegeben worden ist, die Missverständnisse aufzuklären. Der Gesandte wird sich aber jetzt darauf beschränken müssen, den Standpunkt seiner Allerhöchsten Regierung den gemachten Anträgen gegenüber kurz anzugeben. ¶ Der Vortrag beschäftigt sich mit dem ausserdeutschen Herzogthume Schleswig ebensowohl, wie mit den zum Deutschen Bunde gehörigen Herzogthümern Holstein und Lauenburg, erkennt jedoch zugleich selbst ausdrücklich an, dass die rücksichtlich des erstgenannten Landes erhobenen Ansprüche nicht bundesrechtlicher, sondern ausschliesslich internationaler Natur sind. Indem der Gesandte von dieser unbestrittenen Thatsache Act nimmt, muss er in Consequenz derselben dagegen protestiren, dass die Verhältnisse Schleswigs in die bundesmässigen Verhandlungen des Bundestags hineingezogen werden, und seiner Regierung alles in dieser Beziehung Nöthige vorbehalten. Wenn der Vortrag ferner bemerkt, dass dieser verschiedenartige Charakter der vermeintlichen Ansprüche des Bundes auch darin seine Wirkung zeigt, dass ein bundesrechtliches Verfahren nicht bezüglich Schleswigs eintreten könne, muss der Gesandte diese Aeusserung dadurch ergänzen, dass selbstverständlich ebensowenig eine Occupation Holsteins mit dem Zwecke, vermeintliche Forderungen in Bezug auf Schleswig zu erzwingen, den Charakter einer Bundesexecution in Anspruch nehmen könne. ¶ Was demnächst das Herzogthum Holstein betrifft, so muss der Gesandte bezüglich der Vervollständigung resp. Berichtigung der in dem Vortrage enthaltenen historischen Darstellung sich auf die von seiner Regierung früher abgegebenen Erklärungen und Auseinandersetzungen beziehen. Ganz besonders muss er aber von Neuem gegen den doppelten Standpunkt protestiren,

No. 847. (CXVII.) Deutscher Bund, 9. Juli 1863.

der auch in diesem Vortrage geltend gemacht wird, indem man sich bald auf die Verhandlungen von 1851/52 stützt und ihre Durchführung verlangt, bald die Ausführung der Bundesbeschlüsse vom 8. März 1860 und 7. Februar 1861 fordert, ungeachtet diese beiden Fundamente einander entgegengesetzt sind. Die oben erwähnten Verhandlungen setzten eine für die ganze Monarchie gemeinschaftliche Repräsentation voraus, aber die von der königlichen Regierung getroffene Anordnung einer solchen ist für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg vom Bunde unmöglich gemacht. ¶ Die königliche Regierung hat daher die Lösung auf einem andern Wege suchen müssen. Den Bundesbeschlüssen vom 8. März 1860 und 7. Februar 1861 entsprechend, hat die Allerhöchste Bekanntmachung vom 30. März d. J. dem Herzogthume Holstein eine ausgedehnte Autonomie verheissen und damit eine volle Garantie seiner selbständigen Gesetzgebung und seiner finanziellen Interessen gegeben. ¶ Eine doppelte Repräsentation in derselben Monarchie wird allerdings die Nothwendigkeit herbeiführen können, eine bisher bestehende Gemeinschaft aufheben zu müssen; allein die königliche Regierung darf hoffen, dass der Bund nicht darauf absehe, das Recht in Anspruch zu nehmen, die Selbstbestimmung und freie Entwickelung der zum Deutschen Bunde nicht gehörigen Theile des dänischen Staates zu hindern. Ein Versuch, einen solchen Zustand zu erzwingen, würde als eine berechtigte Bundesexecution nicht betrachtet werden können. ¶ Wenn überhaupt der Vortrag die gestellte Aufforderung unter den Gesichtspunkt der gesetzlichen Bestimmungen für eine Bundesexecution bringen will, muss die königliche Regierung geltend machen, dass die richterliche und vollziehende Competenz des Bundes ihre Begrenzung in den Bundesverträgen findet, denen der König von Dänemark als Herzog von Holstein seiner Zeit beigetreten ist. Rechtsansprüche, die aus den Verhandlungen von 1851/52 hergeleitet werden, stützen sich auf ein anderes, nicht bundesrechtliches Fundament. Internationale Rechte, die der Bund behauptet in Bezug auf Holstein gewonnen zu haben, können selbstverständlich lediglich auch nur durch internationale Mittel zur Anerkennung gebracht werden. ¶ Indem der Gesandte unter Bezugnahme auf das Angeführte gegen die vorliegenden Anträge stimmen und unter Protest seiner Allerhöchsten Regierung alle Rechte in jeder Weise vorbehalten muss, soll er nur noch hinzufügen, dass, insofern der Vortrag sich ebenfalls auf Schleswig bezieht, seine Entgegennahme des eventuellen Beschlusses zur Mittheilung an seine Regierung sich ausschliesslich auf diejenigen Theile desselben beschränken wird, die auf die Bundesländer Holstein und Lauenburg Bezug haben.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Die königlich-niederländische, grossherzoglich-luxemburgische Regierung ist bereits mehrmals in der Lage gewesen, ihre Ansichten über die Streitigkeiten auszusprechen, welche sich zwischen dem Bunde und der königlich-dänischen, herzoglich-holstein- und lauenburgischen Regierung über die Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg und in letzterer Zeit auch über diejenigen des Herzogthums Schleswig erhoben haben. ¶ Der Gesandte hat sich in dieser Hinsicht auf die von ihm in der 5. Sitzung vom 7. Februar 1861 und in der 13. Sitzung vom 27. März 1862 zu Protokoll gegebenen Abstimmungen und Erklä-

rungen zu beziehen und ist angewiesen, gegen die Anträge des vorliegenden Ausschussberichtes zu stimmen.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen beziehen sich auf die von ihnen bereits in der Sitzung vom 29. Juli 1852 (Prot. §. 197) abgegebene Abstimmung zurück, nach Inhalt deren sie schon damals Bedenken trugen, für die Gutheissung der Verabredungen von 1851/52 von Seiten des Bundes zu stimmen. In Uebereinstimmung hiermit treten die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen auch jetzt in erster Linie dem Antrage bei, welchen die grossherzoglich-oldenburgische Regierung in der Sitzung vom 30. April d. J. (Prot. §. 112) gestellt hat. ¶ Wenn aber die Bundesversammlung in ihrer Mehrheit es vorzieht, die vorliegenden Ausschussanträge zum Beschlusse zu erheben, so sind die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen in zweiter Linie und fürerst auch ihnen beizutreten um so unbedenklicher bereit, als sie einerseits auf möglichste Einstimmigkeit in den nunmehrigen Vorschritten des Bundes in dieser Angelegenheit, vor Allem im Einklange mit Oesterreich und Preussen, besonderes Gewicht legen zu sollen glauben, und als ihnen andererseits die Möglichkeit anderweiter Entschliessungen des Bundes nach Massgabe des weiteren Fortganges der Verhandlungen und Ereignisse, namentlich auch ein Zurückkommen auf den oldenburgischen Antrag, an sich nicht als durch den gegenwärtigen Beschluss ausgeschlossen erscheint. In jedem Falle, es möge nun der eine oder der andere Weg beschritten werden, betrachten die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen es als selbstverständlich, dass der Bund die Wahrung bezüglich Verwirklichung aller berechtigten Ansprüche des Bundes selbst, wie der Bundesglieder Holstein und Lauenburg und der Rechte des Herzogthums Holstein auf ungetrenntes Zusammenbleiben mit dem Herzogthum Schleswig unverrückt verfolgen werde.

Dieser Curiatabstimmung hat der Gesandte folgende Erklärungen hinzuzufügen:

Für Sachsen-Meiningen. Die herzogliche Regierung tritt den vorliegenden Ausschussanträgen bei.

Für Sachsen-Coburg-Gotha. Die herzogliche Regierung kann den vorliegenden Ausschussanträgen nicht zustimmen. ¶ Nachdem die königlich-dänische Regierung die Vereinbarungen von 1851/52 im Princip zerrissen und dem Deutschen Bunde dadurch die Freiheit zurückgegeben hat, die Rechte der unterdrückten Herzogthümer vollständig wieder herzustellen, sowie genügende Garantien gegen die fernere Verletzung derselben zu fordern, scheint es nicht gerechtfertigt, gegenwärtig die Ausführung jener Vereinbarungen im Wege des Zwanges zu verfolgen, — Vereinbarungen, gegen welche sich die herzogliche Regierung schon bei deren Vorlegung erklären musste. Sollte die hohe Bundesversammlung indess den Ausschussanträgen gemäss beschliessen, so wird die herzogliche Regierung mit Freuden zu jedem durchgreifenden Handeln, welches gegen den vorliegenden offenen Bruch bundesrechtlicher und völkerrechtlicher Verpflichtungen gerichtet ist, mitzuwirken bereit sein.

Von der herzoglich-sachsen-altenburgischen höchsten Regie-

No. 847. (CXVII.) Deutscher Bund, 9. Juli 1863.

rung ist der Gesandte noch nicht mit Instruction versehen und hält derselben das Protokoll offen.

Braunschweig und Nassau, sowie

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: treten den Anträgen bei.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Die fünfzehnte Curie stimmt gegen die Anträge der vereinigten Ausschüsse und erklärt sich vielmehr für den Antrag, welchen die grossherzoglich-oldenburgische Regierung in der Sitzung vom 30. April eingebracht hat. ¶ Namens der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung hat der Gesandte noch insbesondere den Ausdruck ihres lebhaften Bedauerns zu Protokoll zu geben, dass sie bei Gelegenheit einer die höchsten Interessen des Deutschen Bundes berührenden Frage sich mit der Mehrheit ihrer Bundesgenossen im entschiedensten Gegensatze der Ansichten befindet. Allerdings theilt auch sie die Ueberzeugung, welche der Ausschussbericht in so lichtvoller Darstellung begründet hat, dass nach den unaufhörlichen Verletzungen und dem endlich erfolgten offenen Bruche der Vereinbarungen von Seiten Dänemarks der Deutsche Bund nunmehr handeln müsse, um seine Rechte, seine Würde und seine Autorität zu wahren. Aber sie ist eben deswegen ausser Stande, denjenigen Anträgen beizupflichten, welche die vereinigten Ausschüsse der hohen Bundesversammlung empfohlen haben. ¶ Es giebt verschiedene Wege, auf denen der Deutsche Bund glauben kann, seine Rechte Dänemark gegenüber wirksam zu wahren, und welchen Weg er einschlagen will, hat er lediglich darnach zu entscheiden, ob es ihm vortheilhaft ist, noch auf einer Erfüllung der Vereinbarungen zu bestehen oder jetzt ebenfalls von denselben sich loszusagen. Demgemäss verkennen zwar die vereinigten Ausschüsse nicht, dass ein Bundesbeschluss im Sinne des Antrages der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung an sich vollkommen gerechtfertigt und zulässig sein würde, aber rathsamer als ein Zurückgehen auf den früheren Rechtszustand erscheint es ihnen, zur Zeit noch festzuhalten an den Vereinbarungen mit Dänemark. Denn sie können — so heisst es im Vortrage (Prot. S. 257) — die Hoffnung nicht aufgeben, dass auf dieser Basis zu einer allseitig befriedigenden Verständigung und Regelung der Verfassungsverhältnisse der dänischen Gesammtmonarchie zu gelangen sei. ¶ Neue Unterhandlungen sind es also, welche der von ihnen empfohlene Bundesbeschluss ins Auge fasst, obgleich nicht blos alle bisherigen Unterhandlungen, die zu demselben Zwecke Jahre lang stattgefunden haben, ganz erfolglos geblieben sind, sondern auch ihre Basis selbst von Dänemark bereits zerstört worden ist. Definitiv, wie die kaiserlich-österreichische Regierung in einer nicht unter den Beilagen des Ausschussberichtes befindlichen Depesche vom 13. April dieses Jahres der königlich dänischen Regierung mit Recht vorwirft, definitiv hat sich Dänemark von den Vereinbarungen losgesagt. Demnach giebt es überhaupt keine Möglichkeit neuer Unterhandlungen, welche noch irgend einen Erfolg versprächen, es wäre denn, dass zu dem Zwecke jener allseitig befriedigenden Verständigung mit Dänemark auch eine neue Basis möchte gefunden werden. ¶ Die grossherzoglich-oldenburgische Regierung kann sich nicht darüber täuschen, dass gerade in dieser Beziehung der Beschluss, welchen die vereinigten Ausschüsse vorge-

schlagen haben, eine höchst bedenkliche Seite darbietet. Denn in der That überlässt er der königlich-dänischen Regierung eine Alternative, wie sie die erforderlichen Einleitungen zur Errichtung einer Gesammtverfassung der Monarchie treffen möge, „sei es in vollständiger Ausführung der Vereinbarungen von 1851/52, sei es auf Grundlage der Vermittlungsvorschläge der königlich-grossbritannischen Regierung vom 24. September v. J.“ Mit einer sechs Wochen nach diesem Beschlusse erstatteten Anzeige, dass die königlich-dänische Regierung beliebig entweder in der einen oder in der anderen Weise die erforderlichen Einleitungen getroffen habe, würden offenbar neue Unterhandlungen beginnen können, auf einer anderen Grundlage als der bisherigen. ¶ Der Umstand aber, dass es der königlich-dänischen Regierung vom Bunde freigestellt werden soll, nach ihrer förmlich erklärten Lossagung von den Vereinbarungen jetzt anstatt derselben zum Zwecke einer allseitig befriedigenden Verständigung die andere Basis zu wählen, scheint eine besondere Hervorhebung um so mehr zu verdienen, je weniger ihm eine solche zu Theil geworden ist in dem Ausschussberichte. Denn in dem Berichte selbst begegnet man diesem überraschenden Gedanken blos an einer einzigen Stelle (Prot. S. 258, 259), wo davon die Rede ist, dass eine Regelung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie stattfinden muss, „welche den Vereinbarungen von 1851/52 vollständig nachkommt, oder doch den Vermittlungsvorschlägen der königlich-grossbritannischen Regierung entspricht.“ Das inhaltsschwere Wort oder hat in dem sonst überall so erschöpfenden Ausschussberichte nirgendswo die geringste Begründung erfahren. Zwar ist es an sich verständlich genug, aber bei der grossen Wichtigkeit seines Inhaltes wäre man berechtigt gewesen, von den vereinigten Ausschüssen die zwingenden Gründe zu hören, aus welchen die hohe Bundesversammlung sich veranlasst finden soll, der königlich-dänischen Regierung die bezeichnete Alternative zu gestatten. ¶ Dieser unverkennbare Mangel hat nicht verfehlen können, in dem Ausschussberichte eine gewisse Unklarheit zu erzeugen. Denn es dürfte mit jener Alternative nicht ganz im Einklange stehen, dass die vereinigten Ausschüsse noch zur Zeit es rathsam erachten, für die hohe Bundesversammlung festzuhalten an der unbestreitbaren Basis, welche durch die Vereinbarungen von 1851/52 gelegt worden ist (Prot. S. 256). Wenigstens bedeutet ein Beschluss der in Rede stehenden Art augenscheinlich, dass die hohe Bundesversammlung an den Vereinbarungen nicht mehr festhalten, eine Durchführung derselben in ihrem ganzen Umfange nicht mehr fordern will, sofern die königlich-dänische Regierung den Vermittlungsvorschlägen des Londoner Cabinets ihre unbedingte Zustimmung ertheilt. Ein solcher Beschluss hat also die Bedeutung einer Concession, welche Dänemark angeboten wird für den Fall, dass es sich entschlösse, noch den Weg einer friedlichen Verständigung zu betreten. Man kann ohne Zweifel einräumen, was der Ausschussbericht anführt, dass auf diese Weise die hohe Bundesversammlung dem Geiste der Mässigung und bundesfreundlichen Rücksichten getreu bleiben würde, von welchem sie bisher sich stets hat leiten lassen. Gleichwohl bleibt es nicht blos unaufgeklärt, welche Nothwendigkeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen vorliegen möchte, Dänemark eine neue Concession anzubieten, sondern es erscheint auch ganz un-

No. 847. (CXVII.) Deutscher Bund, 9. Juli 1863.

erlässlich, sich über die Tragweite derselben eine genügende Rechenschaft zu geben. ¶ Es entsteht also hier die Frage, wie sich vom Standpunkte der Rechte und Interessen Deutschlands die Vereinbarungen von 1851/52 zu den Vermittlungsvorschlägen des Londoner Cabinets verhalten, welche der Deutsche Bund eventuell als eine annehmbare Grundlage zu weiteren Versuchen einer Verständigung mit Dänemark betrachten will. Die Annehmbarkeit selbst erfordert aber, dass diese neue Basis der Unterhandlungen wenigstens keine noch schlechtere sei, als diejenige, welche zur Zeit in der Form eines beiderseitig verpflichtenden Vertragsverhältnisses gegeben ist und sich bisher schon als eine für Deutschland ungünstige durch eine Reihe der traurigsten Erfahrungen ausgewiesen hat. Zwar bekennen sich die vereinigten Ausschüsse (Prot. S. 243, 244) ausdrücklich zu der Ansicht, welche von der kaiserlich-österreichischen Regierung in einer nach London gerichteten Depesche vom 29. October v. J. (Beilage 8) ausgesprochen worden ist, dass die Rechte und Interessen Deutschlands durch eine vollständige und aufrichtige Ausführung der vier vom Londoner Cabinete aufgestellten Punkte nicht minder wirksam als durch Ausführung der Vereinbarungen von 1851/52 gewahrt werden könnten. Allein vergeblich sucht man in dem Ausschussberichte irgend eine Beruhigung darüber, dass ja doch, wie es daselbst (Prot. S. 243) heisst, die Vergleichsvorschläge des Grafen Russell den Vereinbarungen von 1851/52 nicht völlig entsprechen. In aller Kürze bemerken die berichtenden Ausschüsse nur, dass sie es nicht an der Zeit gefunden haben, jene Vorschläge im Einzelnen zu erörtern. Man kann daher schwerlich umhin, an dieser Stelle des Ausschussberichtes eine Lücke zu finden, und wird es für zeitgemäss erachten dürfen, darauf aufmerksam zu machen, dass der Inhalt der Vermittlungsvorschläge des Grafen Russell keineswegs in den bekannten vier Punkten beschlossen ist. Wie es die Natur eines Vergleiches mit sich bringt, haben die Vorschläge, die von dem Londoner Cabinete als eine geeignete Grundlage der Vermittlung hingestellt worden sind, allerdings mit den vertragsmässigen Rechten Deutschlands eine nicht zu verkennende Aehnlichkeit, aber sie unterscheiden sich von denselben auch sehr wesentlich, sobald man nicht blos auf die besonders numerirten vier Punkte hinblickt. Denn der eigentliche Schwerpunkt liegt daneben, und besteht darin, dass Graf Russell die Gesammtverfassung der dänischen Monarchie vom 2. October 1855 zwar als eine octroyirte verwirft, jedoch an der Stelle des „Reichsrathes“ für die gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie, und namentlich für die jährliche Repartition des Budgets, einen „Staatsrath“ verlangt, welcher zu zwei Dritteln aus Dänen und zu einem Drittel aus Deutschen gebildet werden soll. Es ist dies fast genau dasselbe Verhältniss, welches in der octroyirten Gesammtverfassung für die Bildung des Reichsrathes aufgestellt worden ist. Mag immerhin der Name nicht mehr derselbe bleiben für diese höchste repräsentative Versammlung, ein solches Verhältniss der Nationalitäten in ihrer Zusammensetzung würde nothwendig alle Gleichberechtigung und Selbständigkeit der mit Dänemark zu einer Monarchie verbundenen Länder auch in Zukunft vollkommen illusorisch machen. ¶ Es ist also gewiss, dass die Rechte und Interessen Deutschlands durch einen neuen Vergleich mit

No. 847. (CXVII.) Deutscher Bund, 9 Juli 1863.

Dänemark auf der vom Grafen Russell proponirten Grundlage sehr viel schlechter noch berathen wären, als es durch die Vereinbarungen von 1851/52 schon der Fall ist. Diese letzteren enthalten doch wenigstens das Gute — und es ist das einzige Gute, was sie überhaupt enthalten —, dass sie die königlich-dänische Regierung verpflichten, nicht blos die Selbständigkeit der einzelnen mit Dänemark verbundenen Länder, sondern auch ihre volle Gleichberechtigung in den gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie zu respectiren. Im Grunde sind aus der Nichtachtung dieser vertragsmässig bestehenden Pflicht, sowohl in Ansehung des Herzogthums Schleswig als der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, alle seitherigen Streitigkeiten des Deutschen Bundes mit Dänemark erwachsen. Verlangt nun Graf Russell, dass gerade diese Verpflichtung aufhöre und an ihre Stelle durch den neuen Vergleich sogar eine rechtliche Befugniss der königlich-dänischen Regierung trete, die gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie mit einem „Staatsrathe" von der angegebenen Beschaffenheit zu administriren, so würde freilich wohl die Quelle aller seitherigen Streitigkeiten mit Dänemark gründlich verstopft, aber nur dadurch, dass zur Wahrung der Rechte und Interessen Deutschlands eine vertragsmässige Schutzwehr, wie sie jetzt noch besteht, gar nicht mehr übrig bliebe. ¶ Daher wird man unbedenklich der königlich-preussischen Regierung Recht geben müssen, dass sie in ihrer nach London abgelassenen Depesche vom 27. October v. J. (Beilage 7) die Vorschläge der königlich-grossbritannischen Regierung nicht ohne Vorbehalt als eine annehmbare Vergleichsbasis bezeichnet hat. Mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den „Staatsrath" des Grafen Russell erkennt sie die Vorschläge nur dann geeignet, als Basis einer Ausgleichung mit Dänemark zu dienen, wenn dabei der Grundsatz festgehalten wird, dass jedes der Länder (in der dänischen Monarchie) vor einem ungerechten Uebergewichte der anderen sichergestellt werde. Dieser höchst bedeutsame Vorbehalt sagt Alles. Er charakterisirt den wesentlichsten Unterschied zwischen den Vereinbarungen von 1851/52 und den englischen Vergleichsvorschlägen. Auch die vereinigten Ausschüsse erklären (Prot. S. 243), dass sie nicht umhin können, die Nothwendigkeit eines Vorbehaltes für begründet zu erachten und zu bestätigen, obwohl doch in dem Beschlusse selbst, welchen sie der hohen Bundesversammlung empfohlen haben, von irgend einem Vorbehalte Nichts zu finden ist. ¶ Und in Wahrheit ist es für die hohe Bundesversammlung durchaus unmöglich, in ihrem Beschlusse die eventuelle Annahme der Vergleichsvorschläge durch irgend einen Vorbehalt bedingt auszusprechen. Dies ist schon allein darum unmöglich, weil sie ja nach den Erwägungsgründen ihres Beschlusses auch von der königlich-dänischen Regierung fordert und natürlich fordern muss, dass diese ihre Zustimmung zu den Vorschlägen des Grafen Russell unbedingt ertheile. Aber davon ganz abgesehen, stellt sich der Möglichkeit eines zur Wahrung der Rechte und Interessen Deutschlands allerdings nothwendigen Vorbehaltes noch von anderer Seite her ein ebenso unüberwindliches Hinderniss entgegen. ¶ Oder würde Graf Russell etwa gar keinen Anstand nehmen, eine friedliche Verständigung zwischen den streitenden Theilen unter der Bedingung zu versuchen, dass die Basis derselben allein die bekannten vier Punkte, daneben aber noch jenen

No. 847. (CXVII.) Deutscher Bund, 9. Juli 1863.

Grundsatz enthielte, dass in den gemeinsamen Angelegenheiten der dänischen Monarchie „jedes der Länder von einem ungerechten Uebergewicht der anderen sichergestellt werden“ sollte? Es ist im Gegentheil recht klar aus einer Acte des Grafen Russell selbst zu beweisen, dass gerade die vorgeschlagene Zusammensetzung des „Staatsraths“ und dessen Thätigkeit bei der Regelung des Budgets das hauptsächlichste Moment bildet, welches ihm eine Vermittlung zwischen Deutschland und Dänemark als denkbar erscheinen lässt. Diesen Beweis liefert nämlich eine (dem Ausschussberichte nicht beigelegte) Depesche vom 21. Januar dieses Jahres, in welcher der königlich-grossbritannische Staatssecretär des Auswärtigen der königlich-dänischen Regierung Vorhaltungen macht über ihre Nichtannahme der Vergleichsvorschläge. Selbstverständlich ist von den vier Punkten darin mit keiner Silbe die Rede. Wohl aber wird in der Depesche ganz allein das betont, was für den Grafen als Vermittlungsmoment unentbehrlich ist. Wäre, so lauten die Worte, diese Art der Ausgleichung angenommen worden, so würde wahrscheinlich ein für die gewöhnlichen Bedürfnisse der Monarchie ausreichendes Normalbudget auf zehn Jahre von Dänemark, Schleswig, Holstein und Lauenburg votirt worden sein, und die so votirten Summen würden unter Leitung eines zu zwei Drittel aus Dänen und zu einem Drittel aus Deutschen bestehenden Rathes verwendet worden sein. Man muss sich also sagen, dass Graf Russell den freilich ganz ungerecht componirten Staatsrath Deutschland gegenüber ebenso wenig würde fallen lassen, als Dänemark gegenüber die oft genannten vier Punkte. Ja sogar muss man anerkennen, dass ihm ohne das Eine wie ohne das Andere billigerweise das Geschäft einer Vermittlung auch von keinem der beiden streitenden Theile würde zugemuthet werden dürfen. ¶ So empfehlen denn auch nun die vereinigten Ausschüsse der hohen Bundesversammlung einen Beschluss, welcher die eventuelle Annahme der Vermittlungsvorschläge des Grafen Russell ohne irgend einen Vorbehalt erklärt. Es ist nicht zu leugnen, dass durch einen Bundesbeschluss dieser Art vollständig den Absichten des Londoner Cabinets entsprochen und seinen weiteren Schritten am dänischen Hofe der stärkste Nachdruck verliehen werden möchte. Auch wäre wohl um so weniger an einem endlichen Erfolge zu zweifeln, als unfehlbar die übrigen ausserdeutschen Grossmächte mit erneutem Ernst in Copenhagen darauf dringen würden, die Vermittlung Englands zu acceptiren. ¶ Allein in demselben Verhältnisse grösser tritt zugleich an jede einzelne Bundesregierung die Verantwortlichkeit heran, sich an einem Beschlusse zu betheiligen, der erwiesenermassen nicht dazu angethan wäre, die Rechte und Interessen Deutschlands zu wahren. — Nur um den Preis dieser Rechte und Interessen, für welche die hohe Bundesversammlung entschlossen ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten, würde sie die vertragsmässig gegebene Basis ihrer Stellung zu Dänemark verlassen können, um die andere Basis dagegen einzutauschen, deren eventuelle Annahme die vereinigten Ausschüsse befürwortet haben. In dem Bewusstsein ihrer eigenen Verantwortlichkeit hat es die grossherzoglich-oldenburgische Regierung auch für ihre Pflicht halten müssen, ihren hohen Bundesgenossen offen die Gründe darzulegen, aus welchen sie einen den Ausschussanträgen entsprechenden Beschluss als einen verhängnissvollen erkennt.

Anhalt-Dessau-Cöthen und Anhalt-Bernburg stimmen den Ausschussanträgen zu.

Für Anhalt-Dessau-Cöthen ist der Gesandte angewiesen, bei der Zustimmung zu den Ausschussanträgen zugleich zu erklären, dass dies unter Bezug auf die wiederholten früheren Erklärungen des herzoglich-anhaltischen Hauses in Betreff der demselben zustehenden Successionsrechte auf das Herzogthum Lauenburg nur unbeschadet dieser Ansprüche geschehe, und dieselben, den sie indirect mit betreffenden Vereinbarungen von 1851 und 1852 gegenüber, nach wie vor ausdrücklich vorbehalten werden.

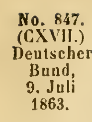
Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg. Für die Curie hat der Gesandte den von den vereinigten Ausschüssen gestellten Anträgen zuzustimmen und für

Reuss jüngerer Linie zu erklären: dass die fürstliche Staatsregierung nicht nur mit der Ansicht der Ausschüsse einverstanden ist, dass es an sich vollkommen gerechtfertigt und zulässig sein würde, wenn der Bund sich ebenso wie es von der königlich-dänischen Regierung geschehen ist, seinerseits von allen Vereinbarungen und Verpflichtungen der Jahre 1851/52 lossagen wollte, sondern dass sie auch in erster Linie dem in dieser Richtung sich bewegenden Antrage, welchen die grossherzoglich-oldenburgische Regierung in der Bundestags-Sitzung vom 30 April d. J. eingebracht hat, beistimmt. Für den Fall aber, dass die Bundesversammlung die Schlussanträge der Ausschüsse zum Beschlusse erhebt, will auch die fürstliche Staatsregierung, in zweiter Linie, denselben beitreten. Jedenfalls setzt sie voraus, dass von dem Bunde das weitere Verfahren nicht eher werde eingestellt werden, als bis alle berechtigten Ansprüche des Bundes, der betheiligten Bundesregierungen und der Bundesländer Holstein und Lauenburg, namentlich auch hinsichtlich der bestehenden eventuellen Successionsrechte und des Rechtes des Herzogthums Holstein auf ungetrenntes Zusammenbleiben mit dem Herzogthum Schleswig, gewahrt, bezüglich verwirklicht sein werden.

Für Waldeck ist der Gesandte ermächtigt, dem von der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung in der Bundestags-Sitzung vom 30. April d. J. eingebrachten Antrage beizustimmen, oder, falls die Ausschussanträge zum Beschlusse erhoben werden, auch diesen beizutreten.

Freie Städte. Der Gesandte stimmt den Anträgen zu.

Der königlich-baiersche Herr Gesandte gab hierauf als Referent der vereinigten Ausschüsse folgende Erklärung zu Protokoll: Der königlich-dänische, herzoglich-holstein- und lauenburgische Herr Gesandte hat wiederholt hervorgehoben, dass sich in dem Ausschussvortrage wesentliche Irrthümer sowohl über die historischen Verhältnisse als insbesondere in der Beurtheilung der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 30. März d. J. vorfänden, und hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass die Ausschüsse sich nicht vertraulich mit ihm in Benehmen gesetzt haben, weil dadurch jene Irrthümer vermieden worden wären. ¶ Da die angeblichen Irrthümer der Ausschüsse nicht näher bezeichnet worden sind, so kann dieser Behauptung nur die Versicherung


No. 847. (CXVII.) Deutscher Bund, 9. Juli 1863.

entgegengestellt werden, dass die Ausschüsse sich absichtlich auf diejenigen Punkte beschränkt haben, in welchen sie von der völligen Klarheit und unbestreitbaren Richtigkeit der Thatsachen und ihrer rechtlichen Beurtheilung überzeugt waren. ¶ Zur vertraulichen Zuziehung des königlich-herzoglichen Herrn Gesandten zu ihren Berathungen bestand für die Ausschüsse keine Verpflichtung; eine solche würde auch der geschäftlichen Uebung nicht entsprochen und überdies voraussichtlich zu keinem Resultate geführt haben. ¶ Wenn der Herr Gesandte sich darauf beschränkt hätte, zu sagen, dass seine höchste Regierung die Auffassungen des Vortrages der Ausschüsse nicht als begründet anzuerkennen vermöge, so würde der Referent keine Veranlassung gefunden haben, etwas darauf zu erwidern. Da derselbe aber, abweichend von der gewöhnlichen Ausdrucksweise, die Ausschüsse wesentlicher Irrthümer beschuldigt hat, so erschien es nothwendig, diesem nicht näher begründeten Vorwurfe durch den Ausdruck der festen Ueberzeugung von dem vollen, durch keinerlei Auslegung zu alterirenden Rechte in den Darstellungen der Ausschüsse zu begegnen.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der Gesandte muss auf dem Standpunkte seiner Allerhöchsten Regierung beharren und ihr das Weitere vorbehalten.

Die Bundesversammlung hat hierauf in Erwägung:

1) dass die königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Regierung der durch die Bundesbeschlüsse vom 11. Februar und 12. August 1858, 8. März 1860 und 7. Februar 1861 an sie ergangenen Aufforderung nicht entsprochen, vielmehr derselben bereits durch verschiedene legislative Anordnungen zuwider gehandelt, namentlich aber auch durch die Bekanntmachung vom 30. März d. J., welche der Bundesversammlung in der Sitzung vom 16. April d. J. amtlich mitgetheilt worden, die Absicht kundgegeben, diesen in der holstein-lauenburgischen Angelegenheit ergangenen Beschlüssen nicht zu genügen;

2) dass sie insbesondere durch eben diese Bekanntmachung dem Herzogthum Holstein eine Stellung zu geben versucht hat, welche in offenem Widerspruche mit dem durch Bundesbeschluss vom 29. Juli 1852 vom Bunde genehmigten Uebereinkommen und mit den Bedingungen steht, unter welchen der Bund seine bundesrechtliche Action in Holstein hat aufhören und dieses Land unter die Verwaltung Seiner Majestät des Königs von Dänemark, Herzogs zu Holstein, zurückkehren lassen;

3) dass die erwähnte königliche Bekanntmachung auch, was deren Rückwirkung auf das Herzogthum Schleswig betrifft, der von Dänemark in Uebereinstimmung mit dem königlichen Manifeste vom 14. Juli 1850 und mit der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 gegenüber den Höfen von Oesterreich und Preussen als Vollmachtträgern des Deutschen Bundes durch die Erklärungen vom 29. Januar 1852 eingegangenen Verpflichtungen widerstreitet, Schleswig weder dem

eigentlichen Königreiche Dänemark einzuverleiben, noch irgend-welche dies bezweckende Schritte zu unternehmen;

4) dass sonach der Deutsche Bund im Falle des Beharrens der königlich-dänischen Regierung bei der Bekanntmachung vom 30. März d. J. sich genöthigt sehen würde, zur Aufrechterhaltung der verletzten Rechte, was die Herzogthümer Holstein und Lauenburg betrifft, das bereits durch den Bundesbeschluss vom 12. Aug. 1858 eingeleitete Executionsverfahren wieder aufzunehmen, in Betreff des Herzogthums Schleswig aber alle geeigneten Mittel zur Geltendmachung der ihm durch ein völkerrechtliches Abkommen erworbenen Rechte in Anwendung zu bringen;

5) dass die königlich-grossbritannische Regierung im September v. J. Vermittlungsvorschläge aufgestellt hat, in welchen der Deutsche Bund, die von Oesterreich und Preussen desfalls geäusserten Ansichten theilend, eine annehmbare Grundlage der Ausgleichung zu erblicken geneigt wäre, sofern die königlich-dänische Regierung diesen Vorschlägen ihre unbedingte Zustimmung ertheilte;

beschlossen:

I. die königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Regierung aufzufordern, der königlichen Bekanntmachung vom 30. März d. J. keine Folge zu geben, dieselbe vielmehr ausser Wirksamkeit zu setzen, und der Bundesversammlung binnen sechs Wochen die Anzeige zu erstatten, dass sie zur Einführung einer die Herzogthümer Holstein und Lauenburg mit Schleswig und mit dem eigentlichen Königreiche Dänemark in einem gleichartigen Verbande vereinigenden Gesammtverfassung — sei es in vollständiger Ausführung der Vereinbarungen von 1851/52, sei es auf Grundlage der Vermittlungsvorschläge der königlich-grossbritannischen Regierung vom 24 September v. J. — die erforderlichen Einleitungen getroffen habe;

II. von diesem Beschlusse wegen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg der königlich-herzoglichen Regierung auf Grund des Artikels III der Executionsordnung und zugleich in Erwiderung ihrer Mittheilung vom 16. April d. J. durch Vermittlung ihres Herrn Gesandten Kenntniss zu geben;

III. an die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen das Ersuchen zu richten, dass sie diesen Beschluss um seiner Beziehung auf das Herzogthum Schleswig willen im Namen des Bundes durch ihre bei dem königlich-dänischen Hofe beglaubigten Vertreter der königlichen Regierung mittheilen lassen;

IV. den Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit und die Executionscommission zu beauftragen, die Massregeln zu berathen und demnächst vorzuschlagen, welche ergriffen werden müssten, wenn die königlich-dänische Regierung die obigen Anforderungen nicht erfüllte.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Indem der Gesandte sich auf die von ihm bei der Abstimmung zu Protokoll gegebene Verwahrung zurückbezieht, findet er mit Rücksicht auf die motivirten Abstimmungen, welche so eben von den Herren Gesandten von Baden, den grossherzoglich- und herzoglich-sächsichen Häusern, von Oldenburg und besonders von Grossherzog-

No. 847. (CXVII.) Deutscher Bund, 9. Juli 1863.

thum Hessen abgegeben worden sind, sich veranlasst, noch Folgendes zu äussern: ¶ Da die ersteren jener Vota sich im Wesentlichen dem Antrage Oldenburgs anschliessen, worin der Passus enthalten ist: „Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen, alle Zugeständnisse, welche darin (nämlich in den Verhandlungen von 1851/52) der königlich-herzoglichen Regierung gemacht worden, wieder zurückzunehmen", und ferner aus dem Inhalte dieses Antrages hervorgeht, dass mit den angeblichen Zugeständnissen namentlich die Auflösung der früher bestandenen administrativen und legislativen Verbindung der Herzogthümer Holstein und Schleswig gemeint ist; das Votum des grossherzoglich-hessischen Herrn Gesandten eventuell sogar auf die Wiederherstellung dieser Verbindung hindeutet, — so kann der Gesandte nicht umhin, den hierbei vorzüglich in Betracht kommenden Passus 2 der Anlage zu der kaiserlich-königlich-österreichischen Depesche vom 26. December 1851, welche, von der königlich-preussischen Regierung genehmigt, bei dem Bundesbeschlusse vom 29. Juli 1852 massgebend gewesen ist, in Erinnerung zu bringen. ¶ Dieser Passus lautet wörtlich: „In der Erklärung Seiner Majestät des Königs von Dänemark, dass weder eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich stattfinden, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollen, erblickt der kaiserliche Hof mit Genugthuung eine neue Bestätigung jener Zusage, welche bereits von dem Hochseligen Könige Christian VIII. Seinen Unterthanen gegeben, dann von des jetzt regierenden Königs Majestät alsbald nach dem Friedensvertrage vom 2. Juli 1850 in dem Manifeste vom 14. s. M. erneuert, auch in Gemässheit des 4. Artikels des erwähnten Friedensvertrages dem Deutschen Bunde als eine zur Pacification des Landes gefasste Entschliessung des Königs zur Kenntniss gebracht wurde. Wenn dagegen Seine königliche Majestät von Dänemark diejenigen anderweiten Erklärungen, welche von der Regierung Ihres Vorfahren auf dem Throne unterm 7. September 1846 in der Bundesversammlung gegeben und von der letzteren laut des Beschlusses vom 17. desselben Monats als befriedigend anerkannt wurden, und wonach es nicht in dem Willen Königs Christian VIII. gelegen war, irgend eine Veränderung in den Verhältnissen herbeizuführen, welche das Herzogthum Holstein mit dem Herzogthum Schleswig damals verbanden, — der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht mehr in allen Stücken angemessen finden, insbesondere Sich überzeugt halten, dass die namentlich seit dem Jahre 1834 stattgefundene, in Folge der letzten Begebenheiten aber bereits thatsächlich aufgehobene Gemeinschaft beider Herzogthümer rücksichtlich der Administration und der Rechtspflege in oberster Instanz auch für die Zukunft aufgehoben bleiben müsse, so wird von Seiten des kaiserlichen Hofes anerkannt, dass die erwähnten Erklärungen vom 7. September 1846 die damaligen Verhältnisse der dänischen Monarchie zur Voraussetzung hatten, und nicht mit der rechtlichen Wirkung verbunden waren, die von dem Könige hinsichtlich jener Verbindung unter veränderten Umständen vermöge Seiner Souverainetätsrechte zu fassenden, die gesetzliche Competenz des Deutschen Bundes nicht berührenden Entschliessungen von der Zustimmung des Bundes abhängig zu machen. Die kaiserliche Regierung wird daher die Aufhebung der gedachten Gemeinschaft ihrerseits nicht beanstanden, auch ihren Einfluss anwenden, damit diese Mass-

nahme von der Bundesversammlung nicht beanstandet werde." ¶ Der Gesandte braucht demnach kaum hervorzuheben, wie hier keineswegs von einem Zugeständnisse, sondern vielmehr nur von unbedingter Anerkennung eines damals schon bestandenen und ferner noch ungeschmälert fortbestehenden Souverainetätsrechts Seiner Majestät des Königs, seines Allergnädigsten Herrn, die Rede sein kann.

Präsidium. Der verwahrenden Aeusserung des königlich-herzoglichen Herrn Gesandten gegenüber muss Präsidium sich auf den gefassten Beschluss beziehen.

Sämmtliche Herren Gesandten — mit Ausnahme des Herrn Gesandten von Dänemark wegen Holstein und Lauenburg, welcher sich auf seine Verwahrung bezog, und des Herrn Gesandten von den Niederlanden wegen Luxemburg und Limburg, welcher auf seine Abstimmung Bezug nahm, — schlossen sich der Präsidialerklärung an.

Hierbei wurden noch nachstehende Aeusserungen zu Protokoll gegeben:

Oesterreich. Hinsichtlich der in der eben vernommenen Aeusserung des königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten angeführten Stelle der Anlage zu der Depesche des kaiserlichen Ministerpräsidenten Fürsten von Schwarzenberg vom 26. December 1851 muss der Präsidialgesandte auf den gesammten Inhalt dieser Actenstücke, sowie auf den ganzen übrigen denselben Gegenstand betreffenden Schriftwechsel und das durch die von der kaiserlich-österreichischen und der königlich-preussischen Regierung Namens des Deutschen Bundes geführten Verhandlungen erzielte und durch Beschluss der Bundesversammlung vom 29. Juli 1852 genehmigte Resultat hinweisen.

Grossherzogthum Hessen. Der königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Herr Gesandte ist nach der so eben abgegebenen Erklärung, worin auf einen Passus der Anlage zu der kaiserlich-königlich-österreichischen Depesche vom 26. December 1851 verwiesen ist, zu diesem Citate vorzugsweise durch die Abstimmung der grossherzoglich-hessischen Regierung veranlasst worden. Der grossherzogliche Gesandte sieht sich hierdurch zu der Bemerkung bewogen, dass die grossherzogliche Regierung selbstverständlich nicht für die in der erwähnten Depesche ausgesprochenen Ansichten, deren Bedeutung und Tragweite in ihrem Zusammenhange mit den gesammten dermaligen Verhandlungen hier nicht näher zu erörtern sein werden, sondern nur für ihre eigenen Aeusserungen einzustehen hat, insofern sie nicht durch bestimmte Bundesbeschlüsse gebunden ist. Letzteres ist aber hier nicht der Fall, da nicht zugegeben werden kann, dass die kaiserlich-königlich-österreichische Depesche vom 26. December 1851 oder irgend eine andere damals ergangene Depesche in dem Sinne massgebend für den Bundesbeschluss vom 29. Juli 1852 gewesen sei, dass der Bund sich alle darin beiläufig ausgesprochenen Ansichten im Einzelnen angeeignet hätte. Für eine solche Auffassung findet sich in dem fraglichen Bundesbeschlusse, worin weder die bezeichnete noch irgend eine andere damals erlassene Depesche erwähnt wird, durchaus kein Anhaltspunkt.

Druck von Otto Wigand in Leipzig.

No. 848.

PREUSSEN. — Staatsministerium an das Haus der Abgeordneten. — Ablehnung der Theilnahme an den Berathungen des Hauses bis auf Weiteres. —

Berlin, den 11. Mai 1863.

No. 848. Preussen, 11. Mai 1863.

In der heutigen Sitzung hat der mitunterzeichnete Kriegs-Minister sich genöthigt gesehen, persönlich verletzende Aeusserungen einzelner Mitglieder des Hauses der Abgeordneten, nachdem dieselben von dem Präsidium nicht gerügt worden waren, seinerseits zurückzuweisen. ¶ Er ist dabei vom Präsidentenstuhle aus unterbrochen worden. Seine Bitte, ihn nicht zu unterbrechen, und seine Berufung auf das verfassungsmässige Recht der Minister haben kein Gehör gefunden; es ist ihm sogar vom Präsidentenstuhle aus Schweigen geboten worden. ¶ Die Sitzung wurde demnächst vertagt. ¶ Das Staats-Ministerium glaubt dieses Verfahren des Präsidiums seiner principiellen Bedeutung wegen zum Gegenstande einer Erörterung machen zu sollen. ¶ Nach Art. 60 der Verfassungs-Urkunde müssen die Minister auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden. Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen. ¶ Nach den Art. 78 und 84 regelt jede Kammer ihren Geschäftsgang und ihre Disciplin durch eine Geschäfts-Ordnung und können die Mitglieder der Kammern für ihre ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf Grund der Geschäfts-Ordnung zur Rechenschaft gezogen werden. ¶ Diese Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde — und sie sind die einzig massgebenden — unterwerfen nur die Häuser des Landtags der durch ihre Geschäfts-Ordnung geregelten Disciplin, stellen die strenge Handhabung derselben aber auch in Aussicht, indem sie im Hinblick auf diese die Anwendung der allgemeinen Strafgesetze auf etwaige ungesetzliche Aeusserungen der Abgeordneten ausschliessen. Den Ministern steht das gleiche Privilegium nicht zur Seite; dagegen sind sie auch der Disciplin des Hauses durch keine Bestimmung unterworfen. ¶ Mit diesen verfassungsmässig festgestellten Grundsätzen steht das heut vom Präsidentenstuhle aus beobachtete Verfahren in Widerspruch. Das Präsidium hat unter Berufung auf die ihm angeblich zustehenden Disciplinar-Befugnisse einen Minister unterbrochen und ihm Schweigen auferlegt. ¶ Wenn der Art. 60 der Verfassung den Kammern das Recht beilegt die Gegenwart der Minister zu verlangen, so ist das Correlat der daraus sich ergebenden Verpflichtung der Minister deren Anspruch auf Gewährung des ihnen zustehenden Rechtes, zu jeder Zeit gehört zu werden. Dieses Recht wird aber illusorisch gemacht, wenn das Präsidium die Befugniss in Anspruch nimmt, nach eigenem Ermessen den Umfang und das Mass der Redefreiheit der Minister zu beschränken. ¶ So lange dieser dem

No. 848. Preussen, 11. Mai 1863.

heutigen Verfahren des Präsidiums zu Grunde liegende Anspruch aufrecht erhalten wird, glaubt das Staats-Ministerium der ihm nur unter Voraussetzung der vollen Gewährung seiner Rechte auferlegten Verpflichtung in den Kammern auf Verlangen gegenwärtig zu sein, ohne Preisgebung der den Räthen der Krone verfassungsmässig gebührenden Stellung nicht nachkommen zu können. Das Staats-Ministerium muss sich vielmehr der Theilnahme an den Berathungen des Abgeordnetenhauses so lange enthalten, bis ihm durch das Präsidium die hierdurch erbetene Erklärung zugeht, dass eine Wiederholung des heutigen, der gesetzlichen Begründung entbehrenden Verfahrens gegen ein Mitglied des Staats-Ministeriums nicht in Aussicht steht.

v. Bismarck. v. Bodelschwingh. v. Roon. Itzenplitz.
v. Mühler. Graf *zur Lippe. v. Selchow. Eulenburg.*

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Mai 1863 hatte sich nach dem Schlusse einer Rede des Abgeordneten von Sybel dem stenographischen Berichte zufolge, folgende Debatte entsponnen, welche zu dem vorstehenden Staatsministerialerlass die Veranlassung gab:

Kriegs-Minister v. Roon: Es war nicht meine Absicht, mich an der General-Debatte weiter zu betheiligen, als es mir etwa geboten erschiene in Folge von Aeusserungen der Herren, die auf der Tribüne sich über diese Materie zu äussern hatten. Ich habe aber heute schon das dritte Mal Veranlassung, anzuerkennen, dass noch eine andere zwingende Nothwendigkeit mich nöthigen kann, das Wort zu ergreifen. Das ist vor allen Dingen die persönliche Färbung, welche der Debatte durch mehrere der heutigen und auch durch einen der Redner von vorgestern gegeben worden ist, welcher Letztere in meiner Abwesenheit gesprochen hat. Meine Herren, ich bezweifle ganz und gar nicht, dass die Mehrzahl derjenigen Herren, die von Verfassungsbruch sprechen, auch wirklich überzeugt sind, dass wirklich eine Verfassungsverletzung stattgefunden hat. (Unruhe und Zischen links.) Ich muss aber bemerken: Wenn Aeusserungen, wie sie hier gemacht worden sind:

„Die Verfassung ist verletzt. Dieses Ministerium hat die Verfassung verletzt,“ oder wenn, wie der letzte Herr Vorredner für gut befunden, mir die Berechtigung, zum Patriotismus zu ermahnen, um deswillen abgesprochen wird, weil ich den Unfrieden, oder wie er sich sonst ausdrückte, in das Land geschleudert habe, wenn dergleichen persönliche Aeusserungen gegen das Ministerium oder gegen eines seiner Mitglieder erhoben werden, so ist das nach meiner Auffassung eine ganz unberechtigte Anmassung. (Einzelne Bravo rechts und Unruhe.)

Vice-Präsident v. Bockum-Dolffs: Ich muss den Herrn Kriegs-Minister unterbrechen.

Kriegs-Minister v. Roon: Ich bitte mich nicht zu unterbrechen.

Vice-Präsident v. Bockum-Dolffs (unter Schellen mit der Glocke): Ich habe zu sprechen und ich unterbreche den Herrn Kriegs-Minister.

Kriegs-Minister v. Roon: Ich muss um Verzeihung bitten, ich habe das Wort und werde es nicht fortgeben. (Glocke des Präsidenten.) Ich habe das Wort, das steht mir nach der Verfassung zu und keine Schelle und kein Winken und keine Unterbrechung ...... (Glocke des Präsidenten. Ruf: „Zur Ordnung!“ und „Schweigen!“ und grosse Unruhe.)

Vice-Präsident v. Bockum-Dolffs: Wenn ich den Herrn Kriegs-Minister zu unterbrechen habe, so hat er zu schweigen. (Stimmen rechts Oh! Oh! Lebhaftes Bravo! links.) und zu dem Ende bediene ich mich der Glocke, und wenn der Minister dem nicht Folge geben sollte, so verlange ich jetzt, mir meinen Hut zu bringen.

Kriegs-Minister v. Roon: Ich habe gar nichts dagegen, wenn der Herr Präsident seinen Hut (Viele Stimmen links: „Schweigen.") sich bringen lassen will; ich muss aber bemerken . . . . . . (Grosse Unruhe und laute Zurufe von links.) Meine Herren, 350 Stimmen sind lauter als eine. Ich verlange mein constitutionelles Recht. Ich kann sprechen nach der Verfassung, wenn ich will, und es hat Niemand das Recht, mich zu unterbrechen.

Vice-Präsident v. Bockum-Dolffs (unter wiederholten Zeichen mit der Glocke): Ich unterbreche den Herrn Kriegs-Minister. Wenn der Präsident spricht, so hat hier Jeder zu schweigen, und Jeder, der hier im Hause ist, sei es hier unten, sei es auf den Tribünen, er hat dem Präsidenten Folge zu geben, und wenn hier wirklich Etwas vorgekommen wäre, was gegen die Ordnung des Hauses verstossen hätte, so würde es meine Sache gewesen sein, das zu rügen. Ich habe das nicht gethan, denn der Herr Vorredner hat sich in seinem Rechte befunden. (Bravo! Links. Zischen rechts.) Jetzt ertheile ich dem Herrn Kriegs-Minister das Wort.

Kriegs-Minister v. Roon: Ich muss bemerken, dass ich wiederholt protestire gegen das Recht, welches der Herr Präsident sich der Königlichen Regierung gegenüber nimmt. Ich meine, die Befugniss des Herrn Präsidenten geht, wie schon bei einer früheren Gelegenheit gesagt worden ist, bis an diesen Tisch und nicht weiter! (Heftiger Widerspruch links, und Zischen rechts. Grosse Unruhe. Der Vice-Präsident v. Bockum-Dolffs bedeckt sein Haupt, und alle Mitglieder erheben sich, links unter lebhaftem Bravo!)

Vice-Präsident v. Bockum-Dolffs: Das heisst, die Sitzung ist für eine Stunde vertagt, meine Herren.

(Vertagung der Sitzung um 12 Uhr 50 Minuten. — Die Sitzung wird um 1 Uhr 55 Minuten durch den Vice-Präsidenten v. Bockum-Dolffs wieder eröffnet.)

Vice-Präsident v. Bockum-Dolffs: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich würde dem Herrn Kriegs-Minister das Wort zu ertheilen haben, da ich ihn aber nicht auf seinem Platze sehe, so ertheile ich das Wort gegen den Antrag der Commission dem Herrn Abgeordneten Freiherrn von Vincke (Stargard).

Später tritt der Regierungscommissär, Herr Oberst v. Bose ein und erklärt, „dass die Herren Minister verhindert sind, der heutigen Sitzung ferner beizuwohnen."

No. 849.

PREUSSEN. — Abgeordnetenhaus, Beschluss, betreffend das Schreiben des Staatsministeriums wegen fernerer Nichttheilnahme an den Verhandlungen. —

No. 849. Preussen, 15. Mai 1863.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Mai 1863 wurde der nachstehende Antrag der Geschäftsordnungs-Commission, welcher das Schreiben des Staatsministeriums vom 11. desselben Monats zur Berichterstattung überwiesen worden war, in namentlicher Abstimmung zum Beschlusse erhoben:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschliessen zu erklären:

1) dass der Präsident vermöge des ihm allein zustehenden Rechts, die Verhandlungen zu leiten und die Ordnung im Hause aufrecht zu erhalten — Art. 78 der Verfassungs-Urkunde, §. 11 der Geschäfts-Ordnung — jeden Redner — auch die Minister und deren Vertreter — unterbrechen kann;

2) dass durch eine solche Unterbrechung das verfassungsmässige Recht der Minister, zu jeder Zeit gehört zu werden, nicht beeinträchtigt wird;

No. 849. Preussen, 15. Mai 1863.

3) dass es hingegen verfassungswidrig ist, wenn die Minister ihre Gegenwart im Hause willkürlich von Vorbedingungen abhängig machen;

4) dass sich demnach das Haus nicht veranlasst findet, auf das in dem Schreiben des Königlichen Staats-Ministeriums vom 11. d. Mts. ausgesprochene Verlangen einzugehen.

Vor Fassung des Beschlusses war abgelehnt worden ein Antrag des Abgeordneten Reichensperger (Beckum) und Genossen, zu erklären:

1) dass das Präsidium des Hauses zum Zwecke der ihm obliegenden Leitung der Verhandlungen, sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Hause, auch die Minister in ihren Reden zu unterbrechen befugt ist;

2) dass dem Präsidium eine Disciplinargewalt und insbesondere auch das in §. 60 der Geschäfts-Ordnung bezeichnete Recht, die Mitglieder zur Ordnung zu rufen, oder ihnen event. das Wort zu entziehen, den Ministern gegenüber nicht zusteht.

Zu der Sitzung vom 15. Mai war das Staatsministerium von dem Präsidium des Abgeordnetenhauses noch besonders eingeladen worden, hatte jedoch die Theilnahme mit Beziehung auf das Schreiben vom 11. abgelehnt.

No. 850.

PREUSSEN. — Königliche Botschaft an das Haus der Abgeordneten. — Den zwischen dem Staatsministerium und dem Abgeordnetenhause ausgebrochenen Conflict betreffend. —

No. 850. Preussen, 20. Mai 1863.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc. ¶ Nachdem in der Sitzung am 11. d. Mts. das Präsidium des Hauses der Abgeordneten den Anspruch erhoben hat, Unsere Minister seiner Disciplinargewalt zu unterwerfen und ihnen Schweigen zu gebieten, sind dadurch die Rechte verletzt und in Frage gestellt worden, welche nach Art. 60 der Verfassungs-Urkunde Unseren Ministern zustehen. ¶ Unser Staats-Ministerium hat, indem es durch seine Schreiben vom 11. und 16. d. Mts. gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge sicher gestellt zu werden verlangte, dem Hause der Abgeordneten zugleich die wiederholte Gelegenheit geboten, dem Vorgange vom 11. d. Mts. jede störende Einwirkung auf die gegenseitigen Beziehungen zu nehmen und ihn auf die Bedeutung eines vereinzelten Falles zurückzuführen. Das Haus der Abgeordneten ist diesem versöhnlichen Schritte seinerseits nicht entgegen gekommen, sondern hat die erbotene Erklärung versagt und sich indirect den von Seiten des Präsidiums am 11. d. Mts. bethätigten Anspruch auf eine Disciplinargewalt über Unsere Minister angeeignet. ¶ Ein solcher Anspruch entbehrt der gesetzmässigen Grundlage, und Wir können es der Würde Unserer Regierung nicht für entsprechend erachten, dass Unsere Minister als Vertreter der Krone, den Verhandlungen des Hauses unter Verzichtleistung auf die, ihnen rechtlich zustehende und verfassungsmässig verbriefte, selbständige Stellung gegenüber dem Hause der

Abgeordneten und dem Präsidium desselben, beiwohnen. ¶ Wir können daher das Haus der Abgeordneten nur ermahnen, einer Lage der Dinge, unter welcher die wesentlichsten Interessen des Landes leiden, ein Ende zu machen, indem das Haus der Abgeordneten Unseren Ministern die von denselben verlangte Anerkennung ihrer verfassungsmässigen Rechte gewährt und dadurch das fernere geschäftliche Zusammenwirken ermöglicht, ohne welches ein Ergebniss der Verhandlungen des Landtages sich nicht in Aussicht nehmen lässt. ¶ Gegeben Berlin, den 20sten Mai 1863.

No. 850. Preussen, 20. Mai 1863.

Wilhelm.

v. Bismarck. v. Bodelschwingh. v. Roon. Itzenplitz. v. Mühler. Graf *zur Lippe. v. Selchow.* Graf *zu Eulenburg.*

No. 851.

PREUSSEN. — Adresse des Abgeordnetenhauses an den König aus Veranlassung der allerh. Botschaft, beschlossen am 22. Mai 1863 in namentlicher Abstimmung mit 239 gegen 61 Stimmen. —

Allerdurchlauchtigster, etc.

I. Ew. Majestät Allerhöchste Botschaft vom 20. d. Mts. ist von dem Hause der Abgeordneten ehrfurchtsvoll entgegengenommen worden. Dieselbe bezieht sich auf den Hergang, welcher in der ehrerbietigst beigefügten Ausfertigung des betreffenden Theils der stenographischen Berichte wiedergegeben ist. ¶ Wir können daraus nur entnehmen, dass Ew. Majestät die Verhandlungen des Hauses nicht wahrheitsgetreu vorgetragen worden sind. Unser Präsident hat in der Sitzung vom 11. d. Mts. nicht den Anspruch erhoben, die Minister Ew. Majestät seiner Disciplinargewalt zu unterwerfen. Er hat nicht unter Berufung auf seine Disciplinargewalt den Ministern Schweigen geboten, sondern nur Gebrauch gemacht von dem stets und ohne Widerspruch der Minister geübten Recht, das Wort jederzeit selbst zu ergreifen und zu dem Zwecke Schweigen zu verlangen. In Uebereinstimmung damit hat das Haus der Abgeordneten am 15. d. Mts. den Beschluss gefasst:

No. 851. Preussen, 22. Mai 1863.

> dass der Präsident vermöge des ihm allein zustehenden Rechts, die Verhandlungen zu leiten und die Ordnung im Hause aufrecht zu erhalten, jeden Redner, auch die Minister und deren Stellvertreter, unterbrechen kann.

Das Haus hat hiernach von den Ministern keine Verzichtleistung auf ihre verfassungsmässige selbständige Stellung gefordert; es hat sich streng auf den vorliegenden Fall beschränkt, und zur Vermeidung eines weder dadurch, noch durch die Zeitumstände gebotenen Streites jede Beschlussfassung über das Recht zum Ordnungsruf, zur Entziehung des Wortes und zu einer sogenannten Disciplinargewalt sorgfältig vermieden. Dagegen haben die Minister Ew. Majestät wider den Wortlaut der Verfassung, welcher jedem der beiden Häuser das Recht zuspricht, die Gegenwart der Minister zu verlangen, ihr Erscheinen abhängig gemacht von der unmöglichen Bedingung der Zurücknahme einer Behauptung,

No. 851. Preussen, 22. Mai 1863.

welche bei diesem Hergang weder von dem Präsidium, noch von dem Hause ausgesprochen war.

II. Das Haus der Abgeordneten stand bei Empfang der Allerhöchsten Botschaft in Begriff, Ew. Majestät mit seiner Vorstellung gegen dies Verfahren seine allgemeinen Beschwerden über die Minister der Krone offen und ehrerbietig darzulegen. ¶ Es sind mehr als drei Monate vergangen seit unserer ehrfurchtsvollen Adresse vom 29. Januar d. J., ohne dass die Rückkehr zu verfassungsmässigen Zuständen erfolgt, ohne dass eine Bürgschaft für diese Rückkehr gewonnen wäre. Die Minister Ew. Majestät fahren vielmehr fort, verfassungswidrige Grundsätze offen auszusprechen und zu bethätigen. ¶ Nicht genug damit, haben sie ihre Mitwirkung dazu verweigert, das in der Verfassung verheissene Ausführungsgesetz über die Verantwortlichkeit der Minister mit der Landesvertretung zu vereinbaren; ja sie haben keinen Anstand genommen, vor versammeltem Hause zu erklären, dass sie ihre Verantwortlichkeit dem Spruche des, von der Verfassung dazu berufenen Gerichtshofes nicht unterwerfen können.

III. Inzwischen hat das Haus der Abgeordneten pflichtmässig diejenigen Verhandlungen fortgesetzt, welche dem Lande seine volksthümliche Wehrverfassung erhalten, dem Heere die gesetzliche Grundlage sichern, die Ordnung des Staatshaushalts herstellen, dem Lande sein verfassungsmässiges Recht und seinen inneren Frieden wiedergeben sollten. Die Minister der Krone sind es, welche durch das Abbrechen der persönlichen Verhandlung mit dem Hause, diesen Zweck der Session vereiteln.

IV. Dem inneren Zerwürfniss hat sich stets wachsend die äussere Gefahr zugesellt. Unter Ew. Majestät Regierung war Preussens äussere Lage günstiger geworden, als seit langer Zeit. Die Hoffnungen auf Wiederherstellung der Macht und Einheit Deutschlands hatten sich von neuem belebt. ¶ Die gegenwärtigen Minister Ew. Majestät haben diese Erwartungen getäuscht. Durch ihre Politik nach aussen, durch ihr verfassungswidriges Verfahren im Innern haben sie das Vertrauen der Völker und der Regierungen verscherzt. Sie selbst haben im Hause der Abgeordneten aussprechen müssen, dass Preussen Feinde ringsum hat, dass ihm ringsum kriegerische Verwickelungen drohen. Preussen steht fast allein in Deutschland, ja in Europa. ¶ Das Haus der Abgeordneten hat seine Stimme zu wiederholten Malen erhoben, um die Minister Ew. Majestät aufzuhalten auf den gefährlichen Wegen, welche sie in der auswärtigen Politik betreten haben. Sein Rath ist zurückgewiesen worden. Die Minister haben erklärt, sie würden, wenn sie es für nöthig hielten, Krieg führen mit oder ohne Gutheissen der Landesvertretung.

V. Allergnädigster König und Herr! Das Haus der Abgeordneten naht dem Throne in einem Augenblick, in welchem es leider nicht mehr zweifeln kann, dass Ew. Majestät die Absichten des Hauses und die Wünsche des Landes nicht der Wahrheit getreu vorgetragen werden. Es erfüllt noch einmal seine Gewissenspflicht, indem es vor Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht erklärt: Das Haus der Abgeordneten hat kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium; es lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regie-

rung ab. Jede weitere Verhandlung befestigt uns nur in der Ueberzeugung, dass zwischen den Rathgebern der Krone und dem Lande eine Kluft besteht, welche nicht anders, als durch einen Wechsel der Personen, und mehr noch, durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden wird.

No. 851. Preussen, 22. Mai 1863.

VI. Königliche Majestät! Das Land verlangt vor Allem die volle Achtung seines verfassungsmässigen Rechts. ¶ Seit dem Bestehen der Verfassung sind die Rechte und Interessen der Krone von der Volksvertretung stets gewissenhaft geehrt, ist den Ministern die Anerkennung und Ausübung ihrer verfassungsmässigen Rechte nie bestritten worden. Aber die wichtigsten Rechte der Volksvertretung sind missachtet und verletzt. Vergeblich harrt das Land der in der Verfassung verheissenen Gesetze. ¶ Möge Ew. Königliche Majestät diesem Zustande, der für Staat und Königthum schwere Gefahren birgt, eine Schranke setzen. Möge so, wie in den ruhmreichsten Tagen unserer Vergangenheit, Ew. Majestät den Glanz des königlichen Hauses, die Macht und Sicherheit der Regierung in dem gegenseitigen Bande des Vertrauens und der Treue zwischen Fürst und Volk suchen und finden! ¶ Nur in dieser Einigkeit sind wir stark. Getrost können wir dann — aber auch nur dann — einem jeden Angriffe entgegensehen, er komme, woher er wolle.

In tiefster Ehrfurcht

Das Haus der Abgeordneten.

Es war beschlossen worden, die Adresse durch eine Deputation von 50 Mitgliedern überreichen zu lassen. Auf dessfallsige Anfrage fand sich jedoch, nach Mittheilung des Minister-Präsidenten, Se. Majestät der König nicht bewogen, die Deputation zu empfangen, und es erfolgte daher die Uebersendung der Adresse an das Staatsministerium zur Weiterbeförderung.

No. 852.

PREUSSEN. — Königliche Botschaft an das Haus der Abgeordneten in Erwiderung auf die vorausgehende Adresse des Abgeordnetenhauses.

No. 852. Preussen, 26. Mai 1863.

Ich habe die Adresse des Hauses der Abgeordneten vom 22. d. Mts. erhalten. ¶ Wenn die Erwiderung auf Meine Botschaft vom 20. d. Mts. nur der bereits zur Berathung gestellten Adresse einleitend hinzugefügt worden ist, so steht dies Verfahren mit den früher und jetzt wiederholten Versicherungen ehrfurchtsvoller Gesinnungen gegen Mich nicht im Einklange. ¶ Eine Bethätigung dieser Gesinnungen kann Ich auch in der vom Hause ausgesprochenen Voraussetzung nicht finden, dass Mir die Absichten des Hauses und die Wünsche des Landes nicht der Wahrheit getreu vorgetragen wären. Das Abgeordnetenhaus sollte es wissen, dass Mir die Lage des Landes wohl bekannt ist, dass Preussens Könige in und mit ihrem Volk leben und dass sie ein klares Auge und ein warmes Herz für die wahren Bedürfnisse des Landes haben. ¶ Auch über die Vorgänge in der Sitzung vom 11. d. Mts. war Ich genau und wahrheitsgetreu unterrichtet. Es hätte deshalb der Einreichung des stenographischen

No. 852. Preussen, 26. Mai 1863.

Berichtes über dieselbe nicht bedurft. ¶ Die Thatsache steht fest, dass das Präsidium einen Meiner Minister nicht nur unterbrochen und ihm Schweigen geboten, sondern ihm auch durch Vertagung der Sitzung das wiederertheilte Wort sofort entzogen hat. Diesem Acte konnte keine andere Deutung gegeben werden, als dass es sich um eine Anwendung der Disciplinargewalt des Präsidiums gehandelt habe. ¶ In seinen Rückäusserungen auf die Schreiben des Staats-Ministeriums vom 11. und 16. d. Mts. hat das Haus der Abgeordneten es vermieden, sich über den Hauptpunkt auszusprechen. Auch die Adresse versucht, ihn zu umgehen. Wenn es in derselben jedoch heisst:

> „Das Haus hat von den Ministern keine Verzichtleistung auf ihre verfassungsmässige selbständige Stellung gefordert,“

so sehe Ich hierin neben dem Anerkenntniss, dass die Vertreter der Krone — wie selbstverständlich — der Disciplinargewalt des Präsidiums überhaupt nicht unterworfen sind, insbesondere die Zusicherung, dass auch das Haus einen unberechtigten Anspruch in dieser Beziehung nicht ferner erhebt. ¶ Hätte das Haus eine solche Aeusserung rechtzeitig gethan, so würde es keine Veranlassung zu der grundlosen Beschuldigung gefunden haben, dass Meine Minister durch das Abbrechen der persönlichen Verhandlung mit dem Hause die Erfüllung des Zweckes dieser Session vereitelt hätten. ¶ Darnach würde Ich Meine Minister haben veranlassen können, die Verhandlungen mit dem Hause wieder aufzunehmen und von Neuem zu versuchen, ob und inwieweit dieselben einem befriedigenden Abschlusse entgegengeführt werden konnten. Allein das Haus hat in seiner Adresse selbst jede Hoffnung auf irgend ein erspriessliches Resultat der fortgesetzten Verhandlungen abgeschnitten. ¶ Die Adresse beklagt, dass in den letzten drei Monaten die Rückkehr zu verfassungsmässigen Zuständen nicht erfolgt sei. Meine Minister haben es an den zur Erzielung eines gesetzlich geordneten Staatshaushalts erforderlichen Vorlagen nicht fehlen lassen. Sie tragen nicht die Verantwortung dafür, dass die Beschlussnahme über dieselben bisher nicht erfolgt ist, vielmehr hat das Haus Zeit und Kräfte auf Berathungen und Discussionen verwendet, deren Tendenz und Form schon seit längerer Zeit Zweifel an einem die Landes-Interessen fördernden Resultat der Verhandlungen erwecken mussten. ¶ Die Behauptung, dass Meine Minister verfassungswidrige Grundsätze ausgesprochen und bethätigt haben, sowie dass die wichtigsten Rechte der Volksvertretung missachtet und verletzt worden seien, entbehrt jeder thatsächlichen Begründung. ¶ Es wäre Sache des Hauses gewesen, den Nachweis dieser Behauptung wenigstens zu versuchen und die vermeintlich missachteten Vorschriften der Verfassungs-Urkunde zu bezeichnen. In dieser Hinsicht wird jedoch nichts weiter angeführt, als dass Meine Minister ihre Mitwirkung zur Vereinbarung eines Gesetzes über die Minister-Verantwortlichkeit für jetzt abgelehnt haben. Ebensowenig wie den früheren Ministern kann aber den gegenwärtigen eine Verfassungsverletzung aus dem Grunde zum Vorwurfe gemacht werden, dass sie eine weitere Vertagung dieser Gesetzgebung, für welche ein bestimmter Zeitpunkt nicht vorgeschrieben ist, den Interessen des Landes für entsprechend halten. ¶ Die Haltung, welche die Mehrheit des Hauses beobachtet hat, so oft die Beziehungen Preussens zum Auslande in den Kreis

seiner Erörterungen gezogen worden sind, hat Mich mit tiefem Leidwesen erfüllt. Man hat die auswärtige Politik Meiner Regierung aus dem schroffsten Standpunkt des inneren Partei-Interesses beurtheilt, und einzelne Mitglieder des Hauses haben sich soweit vergessen, mit Verweigerung der Mittel selbst zu einem gerechten Kriege zu drohen. Dieser Haltung entsprechen die Behauptungen der Adresse über die auswärtigen Verhältnisse Preussens und die daran geknüpften Anschuldigungen gegen Meine Regierung. Der Wirklichkeit entsprechen sie nicht. Die Stellung Preussens ist nicht isolirter, als die anderer europäischer Staaten; ebensowenig aber, wie die übrigen Mächte, kann Preussen sich unter den gegebenen Verhältnissen der Nothwendigkeit entziehen, den gegenwärtigen Bestand seiner Wehrkraft ungeschwächt aufrecht zu erhalten. ¶ Wenngleich Ich nicht gesonnen bin, patriotischen Beirath, auch in Fragen der auswärtigen Politik, von der Hand zu weisen, so kann ein solcher doch nur dann von Werth sein, wenn er sich auf volle Kenntniss aller einschlagenden Verhältnisse und Verhandlungen stützt. Wird über Nichtbefolgung dieses Rathes aber Beschwerde erhoben, so liegt darin ein unberechtigter Versuch des Hauses, den Kreis seiner verfassungsmässigen Befugniss zu erweitern. ¶ Unter allen Umständen ist und bleibt es ausschliesslich Mein durch Art. 48. der Verfassungs-Urkunde verbrieftes königliches Recht, über Krieg und Frieden zu befinden. ¶ In dieser, wie in jeder andern Beziehung ist es Meine Pflicht, den auf Gesetz und Verfassung beruhenden Umfang königlicher Gewalt ungeschmälert zu wahren, und das Land vor den Gefahren zu behüten, welche eine Verlegung des Schwerpunktes unseres gesammten öffentlichen Rechtsbestandes in ihrem Gefolge haben würden. Mit allem Ernst muss Ich dem Bestreben des Hauses der Abgeordneten entgegentreten, sein verfassungsmässiges Recht der Theilnahme an der Gesetzgebung als ein Mittel zur Beschränkung der verfassungsmässigen Freiheit Königlicher Entschliessungen zu benutzen. Ein solches Bestreben giebt sich darin kund, dass das Haus der Abgeordneten seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik Meiner Regierung ablehnt, und einen Wechsel in den Personen Meiner Rathgeber und Meines Regierungssystems verlangt. Dem Art. 45. der Verfassungs-Urkunde entgegen, wonach der König die Minister ernennt und entlässt, will das Haus Mich nöthigen, Mich mit Ministern zu umgeben, welche ihm genehm sind; es will dadurch eine verfassungswidrige Alleinherrschaft des Abgeordnetenhauses anbahnen. Dies Verlangen weise Ich zurück. Meine Minister besitzen Mein Vertrauen, ihre amtlichen Handlungen sind mit Meiner Billigung geschehen, und Ich weiss es ihnen Dank, dass sie sich angelegen sein lassen, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Machterweiterung entgegenzutreten. ¶ Unter der Mitwirkung, welche das Haus Meiner Regierung zu verweigern erklärt, kann Ich nur diejenige verstehen, zu welcher das Haus verfassungsmässig berufen ist, da eine andere weder von ihm beansprucht werden kann, noch von Meiner Regierung verlangt worden ist. ¶ Angesichts einer solchen Weigerung, welche überdies durch den Gesammt-Inhalt und die Sprache der Adresse, sowie durch das Verhalten des Hauses während der verflossenen vier Monate in ihrer Bedeutung klar gestellt wird, lässt eine fernere Dauer der gegenwärtigen Session

No. 852. Preussen, 26. Mai 1863.

keine Resultate erwarten; sie würde den Interessen des Landes weder seiner inneren Lage, noch seinen auswärtigen Beziehungen nach entsprechen. ¶ Auch Ich suche, wie Meine Vorfahren, den Glanz, die Macht und die Sicherheit Meiner Regierung in dem gegenseitigen Bande des Vertrauens und der Treue zwischen Fürst und Volk. Mit des Allmächtigen Hülfe wird es Mir gelingen, die sträflichen Versuche zu vereiteln, welche auf Lockerung dieses Bandes gerichtet sind. In Meinem Herzen steht das Vertrauen auf die treue Anhänglichkeit des preussischen Volkes an sein Königshaus zu fest, als dass es durch den Inhalt der Adresse des Abgeordnetenhauses erschüttert werden sollte.

Berlin, den 26. Mai 1863.

Wilhelm.

Nach Vorlesung der Botschaft erhielt der Abgeordnete von Hoverbeck das Wort zur Geschäftsordnung und machte folgende Bemerkung: „Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass das eben verlesene Allerhöchste Schreiben nicht contrasignirt, also von keiner ministeriellen Verantwortlichkeit gedeckt ist; es entzieht sich dasselbe demnach jeder Verhandlung in diesem Hause.“

No. 853.

PREUSSEN. — Königliche Botschaft betreffend die Schliessung des Landtags. —

No. 853. Preussen, 26. Mai 1863.

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preussen etc., haben auf Grund des Artikels 77 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 den Präsidenten Unseres Staats-Ministeriums von Bismarck-Schönhausen beauftragt, die gegenwärtige Sitzung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie am 27. d. M. in Unserem Namen zu schliessen. ¶ Wir fordern demnach die beiden Häuser des Landtags hierdurch auf, zu diesem Zwecke an dem gedachten Tage um 2 Uhr Nachmittags in Unserem Residenzschlosse zu Berlin zusammen zu treten. ¶ Gegeben Berlin, den 26. Mai 1863.

Wilhelm.

von Bismarck.

Nach Verlesung dieser Botschaft in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. Mai durch den Minister des Innern nimmt Präsident Grabow das Wort zu folgender Mittheilung:

„Meine Herren, nach der soeben verlesenen Allerhöchsten Botschaft sind wir an den Schluss der zweiten Session der 7. Legislatur-Periode gekommen. Sie wollen mir daher gestatten, eine kurze Uebersicht der Arbeiten in derselben zu geben. * * * *

„Meine Herren! Nunmehr schliesse ich die heutige Sitzung mit dem lebhaftesten Dank für Ihre mir bisher bewiesene, gütige Unterstützung in dem mir von Ihnen anvertrauten Amt, in der festen Zuversicht, dass Preussens Volk, ohne die Bahn der strengsten Gesetzlichkeit auch nur einen Augenblick zu verlassen, in dem heftig entbrannten Verfassungskampfe sich treu und fest um seine beschworene Verfassung und seine Vertreter schaaren (Bravo!) und das Palladium seiner durch sie erworbenen

und vertheidigten Rechte und Freiheiten gegen jede verfassungswidrige Octroyirung heilig halten und schützen wird und mit dem, trotz aller Wirren der Gegenwart, das ganze Land und uns, seine Vertreter, stets freudig bewegenden Rufe: Hoch lebe Seine Majestät der König Wilhelm I.! — und noch einmal hoch! — und noch einmal hoch! (Das Haus stimmt dreimal in das Hoch ein.) Gott schütze das Vaterland!"

No. 853. Preussen, 26. Mai 1863.

No. 854.

PREUSSEN. — Rede des Minister-Präsidenten Freiherrn v. Bismarck-Schönhausen, gehalten bei Schliessung des Landtags im weissen Saale des königl. Schlosses am 27. Mai 1863. —

No. 854. Preussen, 27. Mai 1863.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! — Seine Majestät der König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen der beiden Häuser des Landtages der Monarchie in Allerhöchst-Ihrem Namen zu schliessen. ¶ Die Regierung Seiner Majestät hatte bei der Eröffnung dieser Sitzungsperiode den Wunsch und das Bestreben kund gegeben, ein einmüthiges Zusammenwirken mit den beiden Häusern des Landtages herzustellen. Die bestehende Verfassung und die gemeinsame Hingebung für das Wohl des Landes und die Ehre der Krone war als die Grundlage bezeichnet worden, auf welcher dieses Ziel zu erreichen sein werde. Nach dem Ergebniss der Thätigkeit des Landtages in den verflossenen vier Monaten ist dieser Wunsch jedoch im Wesentlichen unerfüllt geblieben. Es sind zwar einige Specialgesetze, welche erwünschte Verbesserungen der bestehenden Gesetzgebung bezwecken, zur Erledigung gekommen. Auch haben die Vorschläge zur Verbesserung der Lage der hülfsbedürftigen Invaliden die Zustimmung des Landtages erhalten. Ebenso kann mit Befriedigung hervorgehoben werden, dass die Uebereinkunft der Elb-Uferstaaten über die Regulirung des Elbzolls, sowie die Handels- und Schifffahrts-Verträge mit der königlich belgischen Regierung eine bereite Aufnahme gefunden haben. Dagegen ist die Berathung des Staatshaushalts-Etats für das laufende Jahr, obwohl derselbe sogleich mit dem Beginne der Sitzungen vorgelegt worden, nicht zum Abschluss gebracht. ¶ Das Haus der Abgeordneten ist schon durch die Kundgebungen, von welchen der Beginn seiner Arbeiten begleitet war, insbesondere aber durch die an des Königs Majestät gerichtete Adresse vom 29. Januar d. J. in einen schroffen Gegensatz zu der Regierung getreten, und obgleich an dasselbe durch den Allerhöchsten Erlass vom 3. Februar d. J. die ernste Aufforderung ergangen war, sowohl durch Anerkennung der in der Verfassung den verschiedenen Gewalten gesetzten Schranken, als durch bereitwilliges Eingehen auf die landesväterlichen Absichten Seiner Majestät des Königs das Werk der Verständigung zu ermöglichen, so ist doch das Haus in seiner dieser Verständigung widerstrebenden Haltung verblieben; namentlich hat dasselbe durch weit greifende Verhandlungen über die auswärtige Politik die Wirksamkeit der Regierung Seiner Majestät zu lähmen gesucht und dadurch die Aufregung in den an Polen grenzenden Provinzen wesentlich gesteigert. Das Haus der Abgeordneten hat nicht Bedenken getragen, den Entstellungen und Angriffen der Gegner der preussischen Regierung Ausdruck zu geben und Be-

No. 854. Preussen, 27. Mai 1863.

sorgnisse wegen äusserer Gefahren und kriegerischer Verwickelungen zu erregen, zu denen die Beziehungen der Regierung Seiner Majestät zu den auswärtigen Mächten keine begründete Veranlassung gaben. Schliesslich hat das Haus in der Adresse vom 22. d. Mts. der Regierung die ihm verfassungsmässig obliegende Mitwirkung überhaupt zu versagen erklärt; hiermit ist der Schluss seiner Berathungen unvermeidlich geboten. ¶ Die Regierung Seiner Majestät kann es nur tief beklagen, dass die Erledigung der dem Landtage vorgelegten Finanz-Gesetze, und namentlich die zeitige Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1863 auf diese Weise vereitelt worden ist, und behält sich die Entschliessung über die Wege vor, auf welchen dieselben zum Abschluss zu bringen sein werden. ¶ Die Regierung Seiner Majestät erkennt den vollen Ernst ihrer Aufgabe und die Grösse der Schwierigkeiten, welche ihr entgegentreten; sie fühlt sich aber stark in dem Bewusstsein, dass es die Bewahrung der wichtigsten Güter des Vaterlandes gilt, und wird daher auch das Vertrauen festhalten, dass eine besonnene Würdigung dieser Interessen schliesslich zu einer dauernden Verständigung mit der Landesvertretung führen und eine gedeihliche Entwickelung unseres Verfassungslebens ermöglichen werde. ¶ Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Königs erkläre ich hiermit die Sitzung der beiden Häuser des Landtages für geschlossen.

No. 855*).

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh, erster Staatssecretär für die ausw. Angelegenheiten und Bevollmächtigter bei dem Wiener Congress an den ersten Lord des Schatzes, Earl of Liverpool. — Die russischen Plane bezüglich Polens und die Stellung der übrigen Cabinette dazu betreffend. —

Vienna, October 9 (received October 21), 1814.

No. 855. Grossbritannien, 9 October 1814.

My Lord, — I have the honour to transmit to your Lordship a Memorandum on the affairs of Poland, copies of which I deemed it necessary to present to the Austrian and Prussian Ministers**). ¶ I acquainted your Lordship, by my last courier, that I feared no effectual resistance could be made to the views of Russia in that quarter, and that the two neighbouring Powers were more likely to seek their own aggrandizement in other directions than oppose themselves to the pretensions of their more powerful neighbour. ¶ I was not the less confirmed in this impression from perceiving that the extravagant tone of war which Austria had held was accompanied by an equal jealousy of Prussia

*) Die nachfolgenden Actenstücke No. 855—880 sind entnommen der Correspondence, relating to the negotiations of the years 1814 and 1815 respecting Poland, presented to the House of Commons in return to an Address of the House, dated May 15, 1863; for ,,Copy of or Extracts from Despatches received by the British Government in 1814 and 1815, and referred to in Viscount Palmerston's Despatch to Lord Heytesbury, dated the 22nd of March, 1831 [No. 87], which has been presented to Parliament among the Papers on the Affairs of Poland.''

**) No. 856.

on the side of Saxony, and of France in Italy, which at once proved that compromise, and not resistance, was really intended; and, further, from knowing that Prussia, feeling she had no other support than Russia to secure to her Saxony against the views both of Austria and France, could not afford to risk that support by too decisive an opposition to the Emperor's designs with respect to Poland. ¶ Under these circumstances I conceived that the only chance of doing good was to take up some ground of opposition short of war, and to endeavour to bring Austria and Prussia to a compromise in Germany, in order that they might unite against Russia upon the Polish question. ¶ The existing Congress appeared to me to furnish a suitable expedient, as it enabled these Powers to represent to Russia, without menacing her with war, that they could not make themselves, in the face of Europe, the instruments of their own humiliation, by recommending that as just, wise, and proper, against which they had been so long engaged in remonstrances; that it was one thing silently to submit, and another to originate a measure of national danger. ¶ With this view I desired an audience of the King of Prussia. I found His Majesty, as in England, the advocate of the Emperor of Russia, although personally averse to his measures. I represented that the evil might yet, with proper management, be arrested without a contest. I pressed His Majesty not to abandon the interests of his Monarchy in despair, and begged that he would oppose every obstacle, short of arms, to an arrangement which left his provinces uncovered, and his State in obvious dependence upon another Power. ¶ I then opened myself unreservedly to Prince Metternich and Prince Hardenberg, and endeavoured to make them feel the dangers to which their disunion exposed both their Monarchies. The latter explained himself very frankly, that whilst Saxony was in doubt, and with it the possibility of Prussia being suitably reconstructed, it was impossible for him, more especially feeling as his King did, to risk the favour of Russia; but that if Saxony was assured to him by Austria and England, he could then unite with Austria to oppose such resistance as prudence might justify to Russian encroachments. ¶ I found Prince Metternich without any fixed plan. In descending from his war language he appeared to me to fall into the other extreme, and to think, in fact, only of compromise. I represented the necessity of an understanding with Prussia as the only chance of present good, or possibly of future safety. ¶ Prince Metternich the following day had an interview with Prince Hardenberg, and professed his willingness to enter into his views with respect to Saxony, provided an understanding could thereby be established with respect to Poland, and certain German points of minor importance. The parties profess a mutual desire to understand each other, but there is a certain degree of mutual distrust and fear of Russia which does not justify me in speaking confidently of the result. ¶ I endeavoured to derive some aid in this attempt from the *appui* of France; but, unfortunately, the manner in which Prince Talleyrand has conducted himself here rather excited apprehension in both the Austrian and Prussian Ministers than inspired them with any confidence in his views. Although adverse to the designs of Russia in Poland, he betrayed not less hostility to theirs in Germany and Italy; and both, perhaps not unnaturally,

No. 855. Gross-britannien, 9. October 1814.

seem equally to dread the appearance of a French force at present in the field. ¶ The question must thus take its course amidst all the difficulties that surround it. I shall do my best to give it a safe and creditable direction. If I fail I shall endeavour to separate the British Government, as far as possible, from any share in its determination. ¶ I have, &c.

Castlereagh.

The Earl of **Liverpool**, *London.*

No. 856.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh's erstes Memorandum über die Verträge unter den Alliirten in Betreff des Herzogthums Warschau. —

Vienna, October 4, 1814.

No. 856. Gross-britannien, 4. October 1814.

When by the defeats of the French army and their expulsion from Russia, an opening had been made for Prussia to join the general cause of Europe, the Emperor of Russia and the King of Prussia united themselves for that cause by the Treaty of Kalisch, on the 28th of February, 1813. ¶ As this Treaty was of the greatest importance, the character of it was peculiarly marked, by its laying down with uncommon force and detail, in its Preamble, the principles on which it was founded, and which were to be the rule for the future conduct of the two Powers. ¶ It runs as follows: —

„La destruction totale des forces ennemies qui avaient pénétré dans le „coeur de la Russie, a préparé la grande époque de l'indépendance de tous les „États qui voudraient la saisir pour s'affranchir du joug que la France a fait „peser sur eux depuis tant d'années. ¶ En conduisant les troupes victorieuses „hors de ses frontières, le premier sentiment de Sa Majesté l'Empereur de toutes „les Russies fut celui de rallier à la belle cause que la Providence a si visible-„ment protégée, ses anciens et plus chers alliés, afin d'accomplir avec eux les „destinées auxquelles tiennent et le repos et le bonheur des peuples épuisés par „tant de commotions et tant de sacrifices. ¶ Le temps arrivera où les Traités ne „seront *plus des trèves,* où ils pourront de nouveau être observés *avec cette foi* „*religieuse,* cette inviolabilité sacrée, auquelles tiennent la considération, la force „et la conservation des empires. ¶ C'est dans ces circonstances solennelles et „décisives qu'un mouvement spontané a rapproché Sa Majesté l'Empereur de „toutes les Russies et Sa Majesté le Roi de Prusse. ¶ Tous deux également „guidés par le généreux motif de la délivrance de l'Europe, ont commencé pour „procéder à cette oeuvre salutaire par resserrer les liens de leur ancienne alli-„ance, par rétablir dans le sens le plus étendu leur première intimité, et voulant „fixer la base de leurs engagements réciproques par un Traité de Paix et d'Ami-„tié, d'Alliance Offensive et Défensive, ils ont nommé,“ &c. &c.

Such is the Preamble to the Treaty of Alliance, Offensive and Defensive, against France, entered into by these Powers, to which are annexed two Separate Articles.

The first engages that Prussia „sera reconstruite dans les proportions

„statistiques, géographiques et financières, conformes à ce qu'elle était avant la „guerre de 1806. Pour cet effet Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies „promet de la manière la plus solennelle, d'appliquer aux équivalents que les „circonstances pourraient exiger pour l'intérêt même des deux États, et à l'agran- „dissement de la Prusse, toutes les acquisitions qui pourraient être faites par les „armées et les négociations dans la partie septentrionale de l'Allemagne, à l'ex- „ception des anciennes possessions de la Maison d'Hanovre. Dans tous les „arrangements il sera conservé entre les différentes provinces qui doivent rentrer „sous la domination prussienne, *l'ensemble et l'arrondissement nécessaire pour „constituer un corps d'État indépendant.*

„Article II. Pour donner à l'Article précédent une précision conforme „à la parfaite intelligence qui existe entre les deux Hautes Parties Contractantes, „Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies garantit à Sa Majesté le Roi de „Prusse, avec ses possessions actuelles, plus particulièrement la Vieille Prusse, „à laquelle il sera joint un territoire, qui, sous tous les rapports, *tant militaires* „que géographiques, lie cette province à la Silésie."

On the 27th June following, in order to confirm the disposition of Austria to join the common cause, and to assure to her adequate indemnities for her co-operation in case of her mediation with France failing, the Emperor of Russia and the King of Prussia entered into a solemn Treaty with the Emperor of Austria. ¶ The conditions of this Treaty were as follows: —

The 1st. „La dissolution du Duché de Varsovie, et *de partager* les „provinces qui le forment *entre l'Autriche*, la Prusse et la Russie, d'après les „arrangements à prendre par ces trois Puissances, sans aucune intervention du „Gouvernement Français."

The 2nd. „L'agrandissement de la Prusse, en suite de ce partage, „et par la cession de la ville et du territoire de Dantzig. L'évacuation de toutes „les forteresses dans les États prussiens et dans le Duché de Varsovie qui „aujourd'hui se trouvent encore occupées par les troupes françaises."

The 3rd. „La restitution des provinces Illyriennes à l'Autriche."

In furtherance of this Treaty, the Courts of Austria and Prussia entered into a separate Treaty of Alliance for the protection of their mutual interests on the 9th September, 1813; by the third stipulation of the First Secret Article whereof they bind themselves to procure „un arrangement à l'amiable entre les trois Cours d'Autriche, de Prusse et de Russie sur le sort futur du Duché de Varsovie."

Such being the engagements with respect to the Duchy of Warsaw under solemn Treaties, it is nevertheless understood that His Imperial Majesty the Emperor of Russia considers himself entitled to dispose of the whole Duchy of Warsaw, with all its fortresses, on the ground that his troops first occupied the Duchy. That, however, as matter of grace and favour, he means to assign to Prussia the city and territory of Dantzic, and a district necessary for connecting Ancient Prussia with the other Prussian territories; and it is further understood that it is the intention of His Imperial Majesty to connect the residue of the Duchy of Warsaw with the Russian provinces which were allotted to Russia

No. 856. Grossbritannien, 4. October 1814.

by the former divisions of Poland, and to erect them into a separate Monarchy, to be governed by His Imperial Majesty as King of Poland, under such arrangements as may be judged suitable for reviving the Kingdom of Poland under the Russian Dynasty. And this measure is alleged to be necessary, on the principles of moral duty, in order to produce a due improvement in the government of His Imperial Majesty's Polish subjects, and of the people of the Duchy of Warsaw who are at present subject to him, by His Imperial Majesty's military occupation of the Duchy. ¶ The contemplation of this measure has necessarily created great alarm and consternation in the Courts of Austria and Prussia, and diffused general apprehension throughout the European States. ¶ The forced annexation of nearly the entire of so important and populous a territory as the Duchy of Warsaw, containing about 4,000,000 of people, upon a principle of conquest, to the Empire of Russia, so largely increased of late by her conquest of Finland, by her acquisitions in Moldavia, and by her recent extension on the side of Persia, her advance from the Niemen into the very heart of Germany, her possession of all the fortresses of the Duchy, and thereby totally exposing to her attack the capitals of Austria and Prussia, without any line of defence or frontier; the invitation to the Poles to rally round the Emperor of Russia's standard for the renovation of their kingdom; the giving new hopes and animation, and the opening new scenes for the activity and cabals of that light and restless people; the prospect of renewing those tumultuary contests in which the Poles so long embroiled both themselves and their neighbours; the dread that this measure inspires of laying fresh materials for a new and early war; the extinction it produces of any reasonable hope of present tranquillity, confidence, and peace—all these and many more considerations present themselves to the general view, and justify the alarms that pervade Europe. ¶ Whilst there is a universal feeling to acknowledge and do justice to the eminent virtues of the Emperor of Russia, and to the immense benefits which his perseverance and exertions have achieved for the general cause, the public mind is at a loss to conceive upon what ground this formidable measure is adopted or justified. ¶ It is strongly alleged that it is in direct opposition to the engagements made by His Imperial Majesty with his allies the Emperor of Austria and King of Prussia, when they were engaged by Russia as confederates in the war. ¶ It is argued irresistibly from the Treaties above stated, that the measure is not only against the tenor, but even more against the spirit, of these Treaties. Can it be supposed, it is alleged, that the Emperor of Austria and King of Prussia, when they stipulated „la dissolution du Duché de Varsovie et de partager les provinces qui le forment, *entre l'Autriche*, la Prusse, et la Russie, d'après des arrangements à prendre par ces trois Puissances, sans aucune intervention du Gouvernement français," intended to stipulate to cede nearly the whole Duchy which they had thus engaged to divide, for the mere aggrandizement of Russia alone, to the entire destruction of their own frontier, exposing thereby the capitals of their respective dominions naked and defenceless? As little can it be maintained that the Treaty contemplated the distribution of the Duchy between Russia and Prussia alone, to the exclusion of Austria,—the reverse is expressed on the face of the Treaty;

No. 856. Grossbritannien, 4. October 1814.

and Prussia, in the subsequent Treaty signed in September with Austria, pledges herself to see „*l'arrangement à l'amiable entre les Trois Cours*" carried into effect. Can it be supposed that when Austria and Prussia stipulated for the *dissolution of the Duchy of Warsaw,* that they would have agreed to the more dangerous revival of it in a Polish kingdom, under the Crown of Russia—an arrangement tenfold more menacing and alarming to their respective States? If the words of the Treaty were as ambiguous as they are plain and conclusive, no person could possibly give such a construction to them as that these two Powers, who were then making engagements for the delivery of Europe, were induced to embrace that cause by covenanting their own military exposure to a powerful neighbour. ¶ When, therefore, it is felt that the measure is contrary to the Treaties made, the subject assumes an aspect still more serious; for His Imperial Majesty must, upon a review of these facts, be sensible that the policy which it has occurred to him to pursue, is against the faith of his most solemn engagements. More especially as the system held out by His Imperial Majesty to induce Prussia, and afterwards Austria, to join the cause of Europe was, that the time was arrived when „les Traités ne seront plus des trèves, où ils pourront de nouveau être observés avec cette foi religieuse, cette inviolabilité sacrée auxquelles tiennent la considération, la force, et la conservation des Empires." It is however trusted, that when His Imperial Majesty more materially and seriously examines his engagements, both in form and in spirit, he will be himself the most forward to recognize and adhere to them, and to desist from every project inconsistent with either. ¶ It is a matter of no less difficulty to conceive how the annexation to the Russian Empire of almost the whole Duchy of Warsaw, and the erecting it, together with the Polish provinces now under the Russian dominion, into a distinct kingdom subject to the Russian Dynasty, can be regarded as a moral duty. ¶ If His Imperial Majesty is seriously impressed with the necessity of ameliorating the condition of the Poles, distinct from views of territorial extension, it is submitted that the power is sufficiently in his hands at present, with regard to the numerous inhabitants of the Russian provinces taken from Poland, together with his fair proportion of the Duchy of Warsaw; and that for an experiment of such a nature, however beneficent, it cannot be necessary to attempt an aggrandizement of his Empire so enormous and so menacing as that proposed (an Empire at present amply sufficient for every purpose of ambition, and more than sufficient for the purposes of good government), at the expense of the present character and future security of his allies, and in contravention of his own engagements, and of those principles of justice and moderation which he has so repeatedly declared to be the sole motives of his conduct, and by which his conduct as to France upon the late peace was so eminently regulated. ¶ His Imperial Majesty should also weigh how far it can be reconcileable with moral duty, precipitately to embark in an experiment which is likely to excite alarm and discontent amongst the neighbouring States, and political formentation within his own dominions. If moral duty requires that the situation of the Poles should be ameliorated by so decisive a change as the revival of their Monarchy, let it be undertaken upon the broad and liberal principle of

No. 856. Grossbritannien, 4. October 1814.

rendering them again really independent as a nation, instead of making two-thirds of them a more formidable military instrument in the hands of a single Power. ¶ Such a measure of liberality would be applauded by all Europe, and would not be opposed; but, on the contrary, would be cheerfully acquiesced in both by Austria and Prussia. It would be a measure, it is true, of sacrifice, in the ordinary calculations of States, on the part of Russia; but if His Imperial Majesty is not prepared for such sacrifices to moral duty on the part of his own Empire, he has no moral right to make such experiments at the expense of his allies and neighbours. ¶ It is further alleged, that so long as His Imperial Majesty tenaciously adheres to this objectionable project, it is impossible that any plan of arrangement for the reconstruction of Europe can be brought forward by the Plenipotentiaries of the allied Powers, or that the present Congress can be assembled in form to discuss and sanction any arrangement. ¶ It can hardly be expected by His Imperial Majesty that the Plenipotentiaries of Austria and Prussia should come forward of their own accord, and propose, in the face of Europe, as a measure they think safe and honourable, to leave the dominions of their Sovereigns without a military frontier. It is unreasonable to demand such a measure. Can they, as Statesmen (after having framed and signed the Peace of Paris), in the face of Europe and their own fellow-subjects, recommend such an arrangement as calculated „de mettre fin aux longues agitations de l'Europe et aux malheurs des peuples par une paix solide, fondée sur une juste répartition de forces entre les Puissances, et portant dans ses stipulations la garantie de sa durée.“ ¶ The Plenipotentiaries of Great Britain, of France, of Spain, and, it is believed, those of all the other European States, great and small, are impressed with similar sentiments as to this project. How unfortunate, then, will be the predicament of Europe, if His Imperial Majesty shall tenaciously adhere to his present purpose, and determine to hold in military possession the Duchy of Warsaw against the general sense; and that the Plenipotentiaries of the other Powers selected for arranging a system for Europe and for the settlement of a solid and permanent peace, shall be obliged to inform the Representatives of all the States assembled at Vienna, that they are deprived, by such a line of conduct on the part of Russia, of any hope of proposing such a settlement as they have pledged themselves by the Treaty of Paris to give to Europe, after its long agitations and sufferings. ¶ It seems that no other course can be properly adopted, unless His Imperial Majesty shall graciously condescend to consider seriously the consequences which must necessarily result from the measure to which he is at present attached; and it is for His Imperial Majesty to consider of that course which the various declarations which have been issued to Europe in his name, the spirit of his Treaties, the honour and safety of his allies, the general voice of Europe, his own eminent virtues, and the great character he has established, imperiously call for, in the face of Europe, upon so solemn an occasion as the reunion of its Plenipotentiaries in a general Congress.

No. 857.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Kaiser Alexander von Russland. — Die Zukunft Polens betreffend. —

Vienna, October 12, 1814.

No. 857. Gross-britannien, 12. October 1814.

Sire, — In obedience to your Imperial Majesty's commands I have deeply and attentively reflected on the arrangements with respect to Poland which your Imperial Majesty so graciously condescended to open to me. ¶ That the result of such reflections may be weighed by your Imperial Majesty with more precision than if submitted in a personal interview, I have presumed to throw the reasoning on which they rest into the form of an unofficial memorandum. ¶ I have preferred this course, as enabling me to state the question to your Imperial Majesty with the less reserve, and as the world will feel and reason upon it; convinced that the candour with which your Imperial Majesty always desires to hear the truth and to examine it, will render it not less acceptable to your Imperial Majesty in this form, than if it was reduced within those bounds which my individual respect and confidence in your Imperial Majesty's intentions might have assigned to it. ¶ I should wish to offer my sentiments to your Imperial Majesty, upon the present occasion, as little as possible in an official character. I should desire to be allowed to speak to your Imperial Majesty as an individual whom circumstances had associated, in an humble sphere, to the great work which your Imperial Majesty has now prominently conducted to the eve of its completion. Having attended your Imperial Majesty's head-quarters, and followed your footsteps throughout many of the difficulties and uncertainties of the contest, I must be permitted to feel more than an ordinary share of personal solicitude that the close may correspond with the character of the undertaking, and that your Imperial Majesty may, by your influence and by your example, inspire the councils of Europe, at the present conjuncture, with that spirit of forbearance, moderation, and generosity, which can alone secure to Europe the repose for which your Imperial Majesty has contended, and to your Majesty's name the glory that should surround it. ¶ I cannot, however, so far abstract myself from the public situation in which I am placed, that it should not occur to your Imperial Majesty that it is the Prince Regent's Minister that addresses you. ¶ In this view permit me, Sire, to recall to your attention that, except so far as British interests may be affected through the interests of Europe, Great Britain is the last Power whose separate interests could be endangered by any determination of your Imperial Majesty on the side of Poland; and that if I feel and argue strongly upon this question, I may be mistaken in the judgment I form; but upon no European question can I venture to claim, as the organ of the British Government, to be considered as a more impartial authority by your Imperial Majesty than upon the present. ¶ I must also entreat, Sire, if you find me opposed, in a certain extent, to your Imperial Majesty's pretensions on the Duchy of Warsaw, that you will not therefore consider me indisposed to witness, even with satisfaction, that your Imperial Majesty should

No. 857. Grossbritannien, 12. October 1814.

receive a liberal and important aggrandizement on your Polish frontier. It is the degree and the mode to which I alone object. Your Imperial Majesty may receive an ample pledge of European gratitude without imposing upon your allies and neighbours an arrangement inconsistent with the relations of independent States to each other. ¶ I might also appeal to past experience, were it necessary, to relieve myself and my Government from any suspicion of a policy adverse to the views and interests of Russia. Your Imperial Majesty will recollect that we are only now emerging from a long course of painful policy with respect to Norway, undertaken at your Imperial Majesty's instance, in order to secure to you the support of Sweden throughout the war, and to consolidate your possession of Finland by obtaining for that Power an adequate indemnity in another direction. To this object our resources throughout the contest, and our conquests from Denmark, were steadily directed and successfully applied, under circumstances not a little arduous in such a Government as ours. ¶ Your Imperial Majesty will trace the same friendly spirit in the aid lately afforded by His Majesty's Ministers at the Porte to the conclusion of a peace with the Turks, which involved in it a large accession of territory to your empire. ¶ I may refer to a still more recent instance on the side of Persia, which your Imperial Majesty has condescended more than once to acknowledge, where a peace has been signed, securing to your Imperial Majesty important and extensive acquisitions, in consequence of the active intervention of the King's Ambassador, under express instructions from home. ¶ If I have referred to these transactions, it is only from an anxiety that your Imperial Majesty may not misinterpret my motives. If I now find myself compelled, in this, the fourth instance of Russian aggrandizement within a few years, by a sense of public duty to Europe, and especially to your Imperial Majesty, to press for a modification, not for an abandonment, of your Imperial Majesty's pretensions to extend your empire further to the westward, — I persuade myself that I may do so without being considered by your Imperial Majesty as influenced by any other sentiments than those which it becomes me to entertain as the Minister of an allied Power; I might perhaps venture to claim some credit with your Imperial Majesty, if not influence on the part of my master the Prince Regent, from the spirit in which His Royal Highness has acted on other occasions. ¶ Your Imperial Majesty cannot doubt how deeply the future fate and interest of Europe are likely to be influenced by the issue of the present Congress. How entirely the character of the great transactions in which the States of Europe have been engaged, and the fame of the principal actors in them, will depend upon the mode and temper in which it shall at last be wound up. How secondary in your Imperial Majesty's enlightened mind, and in the scale of such an empire as that over which Providence has called your Imperial Majesty to reign, can a million of population, more or less, be, as compared to the glory and to the service rendered to your own people, as well as to mankind, by setting to Europe an example of generosity and moderation in the regulation of what immediately concerns your own dominions. ¶ I do not hesitate to declare, Sire, my solemn conviction that it depends exclusively upon the temper in which your Imperial Majesty shall meet the questions

which more immediately concern your own empire, whether the present Congress shall prove a blessing to mankind, or only exhibit a scene of discordant intrigue and a lawless scramble for power. ¶ The station your Imperial Majesty occupies in Europe at this day enables you to do anything and everything for the general happiness, if you found your intervention upon just principles that Europe will bow to. If your Imperial Majesty should leave public opinion behind you, what may be your power I know not at the present moment, and on this I trust your Imperial Majesty will not rely; but in such a calamitous calculation I should despair of witnessing any just and stable order of things in Europe, and I should have the mortification of seeing your Imperial Majesty for the first time regarded, even by those whom you have delivered, as an object of alarm, instead of confidence. ¶ This, Sire, must not, and I feel convinced cannot be, and your Imperial Majesty, with your accustomed indulgence, must permit me to conjure you, in the freedom to which you have condescended to admit me, to rise superior to all minor considerations, and to give to Europe that peace which they expect at your hands. ¶ I should press these considerations with the more reluctance if I did not feel persuaded that there is a course open to your Imperial Majesty to pursue, which will combine your beneficent intentions towards your Polish subjects with what your allies and Europe, Sire, claimed at your hands. They desire not to see the Poles humiliated or deprived of a mild, conciliatory, and congenial system of administration. They desire not that your Imperial Majesty should enter into any engagements restrictive of your sovereign authority over your own provinces. They only wish you, Sire, for the sake of peace, to ameliorate gradually the frame of your Polish administration, and to avoid, if you are not prepared for the complete reunion and independence of Poland, that species of measure which, under the title of higher import, may create alarm both in Russia and the neighbouring States; and which, however it may gratify the ambition of a few individuals of great family in Poland, may in fact bring less of real liberty and happiness to the people than a more measured and unostentatious change in the system of their administration. ¶ I shall beg permission to reserve the development of my ideas on this subject till your Imperial Majesty has looked at the general principle. I am confident it may be so arranged as to meet your Majesty's views, to satisfy the Poles, and to conciliate to the attempt both the favour of foreign Powers and your Majesty's Russian subjects. ¶ If the political branch of the question can be thus settled, it will only remain for your Imperial Majesty to arrange your frontier with your allies in such a manner as may satisfy the spirit as well as the words of your Treaty of the 27th of June, 1813, with Austria and Prussia. ¶ This may be done, leaving your Imperial Majesty still in possession of the greater part of the Duchy of Warsaw, whilst your allies will obtain that species of frontier which no independent Power can forego either with dignity or with safety. ¶ I entreat your Imperial Majesty's gracious forgiveness for the liberty I have thus presumed to take, in occupying so much of your Imperial Majesty's attention, and that I may be permitted to subscribe myself with the utmost deference and the most profound respect, &c. *Castlereagh.*

No. 858.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Earl of Liverpool. — Den Fortgang der Verhandlungen wegen Polens betreffend. —

Vienna, October 20 (received November 1), 1814.

No. 858. Gross-britannien, 20. October 1814.

(Extract.) Since my conversation with the Emperor, I cannot report to your Lordship that the negotiations here have assumed any more decisive aspect. ¶ I communicated confidentially to the Austrian and Prussian Ministers what had passed, also the letter I had addressed to His Imperial Majesty. They both expressed their sense of the part I had taken, and desired to be permitted to put their respective Sovereigns in possession of both the documents that had been delivered to the Emperor. Hitherto no decisive explanation has taken place on the part of Austria upon the confidential overture from Prussia. Both Courts profess a conviction that nothing but a strict and intimate union between Austria and Prussia can preserve their independence, but I have not been yet able to bring Prince Metternich to give an answer to Prince Hardenberg's letter. He has, as I learn, made up his mind, and received the Emperor's authority, on the point of Saxony, and has given a verbal consent to the provisional administration being assumed by Prussia; but nothing yet in writing has passed. ¶ To preserve Prince Talleyrand's confidence, and to keep him as far as possible in the course that might aid the other measures, I thought it proper to apprize him of the steps I had taken with the Emperor of Russia, allowing him to read over both the letter and Memorandum. He expressed himself fully satisfied with what I had done. ¶ In this interview Prince Talleyrand announced to me an intention of presenting a Memorandum or note, the object of which would be to state that, although no Conferences were held, he must presume the other Powers were not inactive. That he did not object to this, but that, whilst he deprecated unnecessary delay, he thought it right to apprize them beforehand of the points on which France must insist, at least to the extent of protesting, if they did not form a part of the arrangement. Having asked my opinion upon this measure, I did not hesitate strongly to dissuade him from it. I represented to him that the effect of putting forward his opposition on the Polish and Saxon points together, must be, so far as his influence could affect it, to unite Prussia and Russia, and that the result would be that he would lose both objects. Whereas if he postponed, or made his resistance on the Saxon question subordinate, he might possibly succeed in checking the overbearing pretensions of Russia. ¶ I endeavoured to make him feel how secondary the point of Saxony was; that, as an European question, the aggrandizement of Russia was full of danger, the effect of incorporating Saxony with Prussia was rather advantageous, as giving stability to a State that must be strong to preserve its independence. He pressed for an assurance from me that I would co-operate with him upon the Saxon point in the event of success on the Polish question. I told him that I could not undertake this; that I might wish to modify to a certain extent the views of Prussia upon Saxony, but that I could not separate myself from what that

Court should ultimately insist on, without impairing the general concert. That if ample materials were provided elsewhere I might moderate, but that I could not, after having throughout the whole of our intercourse acquiesced in the Prussian views upon Saxony, now be the party to give them any direct opposition. This reasoning was so far satisfactory to Prince Talleyrand that he desisted from presenting the note he had prepared. I understand from Prince Metternich that he sounded him also on this *démarche*, and received from him a similar opinion. ¶ The Emperor of Russia having ordered General Pozzo di Borgo to attend him at Vienna, he arrived here two days since. I have seen him since his interview with His Imperial Majesty, and have every reason to believe that he has given a fair and honest opinion to His Majesty. I thought it advisable to desire General Pozzo di Borgo to apprize Count Nesselrode confidentially that my instructions did not authorize me to be a party to the Emperor's Polish arrangements as at present put forward, and that my authority to treat with respect to the Dutch loan was contingent upon other matters being satisfactorily adjusted. &c.

No. 858. Grossbritannien, 20. October 1814.

Castlereagh.

The Earl of **Liverpool**, *London.*

No. 859.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Earl of Liverpool. — Anbahnung einer Verständigung zwischen Oesterreich und Preussen wegen Polens und Sachsens betreffend. —

Vienna, October 24 (received November 4), 1814.

(Extract.) It was agreed that the Austrian and Prussian Ministers should meet the following day (Sunday) at my house, and I have the gratification to state that the result was satisfactory. Prince Hardenberg expressed himself satisfied with the explanations he had received on the point of Saxony, reserving to himself to reply to Prince Metternich's reasoning against the total incorporation of Saxony with Prussia. He stated strongly his objections to entrusting so important a fortress as Mayence to Bavaria alone; but was ready to reserve these points for further discussion (satisfied that they could not impede the desired union), and proceed at once to act in concert with Austria and England upon the Polish question. ¶ The measures to be jointly adopted with this view were then discussed, and they desired me to prepare a Memorandum of the result, a copy of which I now inclose, on which they mean to take the pleasure of their respective Sovereigns.

No. 859. Grossbritannien, 24. October 1814.

Castlereagh.

The Earl of **Liverpool**, *London.*

No. 860.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh's Memorandum über das Vorgehen Oesterreichs und Preussens in Beziehung auf Polen. —

No. 860. Grossbritannien, October 1814.

The question of Poland and the Treaties affecting it having been brought in the fullest manner under the deliberate consideration of the Emperor of Russia, any further hesitation in bringing His Imperial Majesty to a distinct decision can be productive of no possible advantage, and may lead to an injurious interpretation of the determination of his allies thereupon. ¶ It is conceived to be of the utmost importance, even before His Imperial Majesty proceeds to Buda, that he should be apprized of the serious purpose which his allies entertain of pressing upon His Imperial Majesty what they consider themselves, as well by their Treaties as by the general principles of policy and justice, entitled to claim from His Imperial Majesty. ¶ That they should further inform the Emperor that immediately on His Imperial Majesty's return to Vienna they propose to make another attempt to settle this question amicably and confidentially with him; in the event of succeeding in which they flatter themselves to be enabled very speedily to bring to a satisfactory arrangement the other affairs of Europe, and would for that purpose desire a further adjournment of the Congress. ¶ If, on the contrary, they should unfortunately fail in arriving at the conclusion which they so much desire, they will in that case feel it their duty to suffer the Congress to meet as now fixed, before whom the subject must be entered upon formally and officially. ¶ It is proposed, in order that the Ministers of the two Powers should be fully prepared to submit to the Emperor their final determination on his return, that they should forthwith meet to settle the minimum of concession on the part of the Emperor that would satisfy their claims. ¶ That, in laying this determination before the Emperor, in the names of their respective Courts, they should explain to him that for the sake of preserving unimpaired the harmony which had throughout distinguished the alliance, they had reduced their proposals within the narrowest possible limits; that in the event of being compelled to adopt a different course they must be considered as fully entitled to propose other and more extended terms. ¶ That it may be desirable, even in this confidential overture, to propose to the Emperor alternatives on the political branch of the question, in order to keep it always in view that it is Russia alone, and not the other Courts, which really forms the obstacle to Polish liberation. ¶ In the event of the question becoming one of discussion in Congress, it is suggested that the proceeding may properly originate in an official note from the Austrian Minister, separately or conjointly with the Prussian, addressed to the Minister of Russia, and claiming from that Power the execution of the Article of the Treaty of the 27th of June, 1813, and that the said note, after fully exposing the views, rights, and sentiments of the said Powers, should conclude by offering to the Emperor's option one or other of the following alternatives: —

1. The complete and entire reunion of Poland under an independent

Sovereign, as it existed previous to the first partition, to the accomplishment of which arrangement, if it shall be acceptable to the Emperor, Austria and Prussia are ready to make the requisite sacrifices.

2. If the Emperor objects to this measure as involving too great a sacrifice of territory and dominion on the part of Russia, the Courts of Austria and Prussia are willing to consent to a similar measure, as applicable to the Kingdom of Poland as it stood in 1791, when it gave itself a free Constitution under Poniatowski.

3. Or if the Emperor of Russia shall reject the erection of Poland, upon a territorial scale however modified, into a Kingdom really independent, and should prefer adhering to the principle of partition, then the two Powers (protesting against his right to act with respect to his division of Poland in defeasance of the stipulation of the Convention of 1797) are willing to agree to adhere to the said principle of partition, provided the same be equitably applied, and with a due regard to the security, in a military point of view, of their respective States. ¶ In execution of which principle they propose that the Vistula throughout the Duchy of Warsaw to Sendomier should be the Russian boundary, Prussia receiving Thorn on the right bank if the Emperor should desire to possess Warsaw on the left.

That in addition to the above, Austria should address a separate note to Prussia, claiming her intervention under the Treaty of September 1813, by which she engages to see the Treaty of June 1813 executed *à l'amiable.* That copies of these several notes should be laid before Congress, and that the several Powers of Europe should be invited to support the said overture, and to declare to the Emperor of Russia to what extent and upon what conditions Europe in Congress can or cannot admit His Imperial Majesty's pretensions to an aggrandizement in Poland. ¶ It is desirable that the Emperor should be made distinctly to understand that however willing the allies may be to avert so painful an appeal by every possible modification of their just claims, in the spirit of which sentiment they had agreed to the minimum proposed to His Imperial Majesty, yet that when driven to make that appeal in the presence of Europe by the refusal of such a modification, they must then adhere more rigidly to the scale of their just pretensions, and that it would rest with the Powers in Congress assembled to decide upon the measures which should be called for by so alarming an infraction of Treaties, and by an encroachment upon the military security of independent and neighbouring allied States, in contravention of the express stipulations of subsisting engagements.

No. 861.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Earl of Liverpool. — Bericht über den Fortgang der polnischen Angelegenheit. —

Vienna, November 5 (received November 24), 1814.

No. 861. Gross-britannien, 5. Nov. 1814.

(Extract.) The day but one after the return of the Sovereigns from Buda, the inclosed communication was delivered to me by an Aide-de-camp of the Emperor of Russia. ¶ It was prepared during His Imperial Majesty's absence by Prince Czartorisky, the memorandum being written in concert with him by M. Ansteten, a Conseiller d'État in the Bureau. I have reason to believe that Count Nesselrode was not consulted. ¶ I should certainly have never presumed to address my first letter with its inclosure to the Emperor, if I had conceived that I imposed on His Imperial Majesty thereby the necessity of a reply. I delivered it after a long audience, as containing the substance of the topics that had been urged. The memorandum it inclosed was not originally written to meet the Emperor's eye; but having been given to Prince Metternich and Prince Hardenberg, I thought it more becoming to submit it to His Imperial Majesty, with the apology contained in the letter, than to have any concealment from him, after the encouragement I had received from His Majesty to explain myself on the subject without reserve. The sentiments of the Emperor's own mind certainly neither led him to feel any particular umbrage at the communication, nor to think of giving an answer to it, till his Polish advisers pressed it upon him, probably with a view of pledging His Imperial Majesty more deeply to their schemes. I believe I mentioned to your Lordship that the Emperor, after he had read the letter, expressed himself very graciously to me upon it, and afterwards in a conversation with Lord Cathcart, more pointedly expressed his approbation of the *franchise*, as His Imperial Majesty termed it, with which I conducted myself. That he was persuaded I adopted the same course in other quarters. That he thought he understood perfectly my motives for the course I had taken, namely, that of effecting a compromise; and His Imperial Majesty was further pleased to add that if he had been in my place he would have done the same. ¶ Upon the receipt of the Emperor's letter, I felt considerable embarrassment with respect to the part it became me to take. I was unwilling to abuse the indulgence of a direct intercourse with a Sovereign, and not less so to acquiesce in imputations and principles, against both of which I deemed it my duty to protest. Upon the best reflection I determined to separate the memorandum as much as possible from both the letter and the person of the Emperor, and to direct my reasoning wholly to that, as a Ministerial document, which had reached me through His Imperial Majesty's intervention, but to which he was in no other sense a party. I yesterday accordingly sent the reply which I now inclose, accompanied by an explanatory letter to the Emperor, by my brother, as the most respectful and least formal channel of conveyance. ¶ I should have wished that this species of discussion had fallen into more able hands, and especially that it could have been conducted by the Minister of one of the Powers

more immediately interested in the Polish question; but, when I saw the service suffering from inaction, I found it difficult to be passive, and your Lordship may be assured that England is still the only Power that either can or dares raise her voice against the powerful and the oppressor. ¶ I wish I could lead your Lordship to expect a favourable issue to these Polish discussions. I shall furnish you with the details of their intermediate progress since my last in a separate despatch. My object has been that, at least, the Prince Regent should stand justified in the eyes of Europe, whatever may be the event, and that if the Powers most immediately interested should find themselves obliged to submit to an unjust and illiberal act of power, His Royal Highness's Ministers may have been found true to those principles which have distinguished the British Government throughout the war, and which have conciliated to her councils the respect and confidence of the Continent. &c.

No. 861. Gross-britannien, 5. Nov. 1814.

Castlereagh.

The Earl of **Liverpool**, *London.*

No. 862.

RUSSLAND. — Kaiser Alexander an Viscount Castlereagh. — Erwiderung auf des Letzteren Schreiben vom 4. October. —

Vienne, le $\frac{18}{30}$ octobre, 1814.

J'ai tardé jusqu'à présent de vous répondre, my Lord, parce que j'ai voulu auparavant peser mûrement la force de chacun des arguments que vous cherchiez à opposer aux déterminations que j'ai prises, et que je vous ai confiées relativement au Duché de Varsovie. J'ai eu aussi de la peine, je l'avoue, à comprendre vos motifs et leur explication, et à concilier vos démarches avec les sentiments que vous exprimez; et votre début au Congrès avec la conduite passée de la Grande-Bretagne. ¶ La forme que vous avez suivie est aussi celle que j'adopte. La réponse au mémorandum contiendra la réfutation en forme d'une pièce que je ne puis envisager, d'après les déterminations dont elle menace, que comme un acte à peu près officiel. Mais il m'a paru nécessaire que dans cette lettre particulière je vous parle de ce qui a fait l'objet de la vôtre. ¶ Après une introduction dont je ne méconnaîtrai pas l'intention, vous dites, my Lord, que vous verriez *même avec satisfaction* que je reçusse un agrandissement libéral et important du côté de mes frontières polonaises, un gage considérable de la reconnaissance de l'Europe, pourvu que ce ne soit pas en imposant à mes voisins un arrangement inconsistent avec ce que des États indépendants se doivent les uns aux autres. ¶ Comme je partage, à cet égard, entièrement votre opinion, et que la réponse au mémorandum prouve au long que je ne m'en suis nullement départi, je n'aurai rien à ajouter ici sur cette matière, sinon à vous témoigner ma surprise de vous voir renchérir sur les appréhensions de mes voisins. ¶ Je passe donc à l'article où vous me rappelez des événements dont je ne perdrai jamais le souvenir, c'est-à-dire, l'assistance franche et cordiale que j'ai reçue de la part de l'Angleterre, lorsque je luttais seul contre tout le Conti-

No. 862. Russland, 30. October 1814.

No. 862. Russland, 30. October 1814.

nent conduit par Napoléon. ¶ L'on se met toujours dans son tort quand on veut porter en compte à quelqu'un des services rendus. Si j'avais cru trouver dans vos remarques cette intention, ou bien le soupçon injuste de ne pas suffisamment apprécier le caractère élevé de la nation et la politique éclairée et amicale du Cabinet Britannique, pendant le cours de la guerre, je n'y eusse pas répondu. Mais nous avons à discuter l'avenir, et pour cela il est naturel de bien s'expliquer sur le passé. La réponse au mémorandum vous démontrera que toutes les acquisitions que j'ai faites jusqu'à présent n'ont eu de valeur que strictement sous le rapport défensif. Il suffira donc ici de vous adresser la question suivante: — Si dans la lutte à mort que j'ai soutenue au coeur de mes États, je n'avais pas été tranquille du côté des Turcs, aurais-je pu mettre dans la continuation de la guerre les grands moyens que j'y ai consacrés, et l'Europe eut-elle été affranchie? ¶ Vous me faites entendre que l'Angleterre n'a consenti à l'acquisition de la Norvège en faveur de la Suède que pour me garantir l'acquisition antérieure de la Finlande. Pour moi j'étais parti d'un principe plus généreux, et en sollicitant l'Angleterre à concourir à la garantie de la Norvège je voulais procurer un allié de plus à notre cause. Je ne pouvais perdre de vue les grands avantages maritimes que la Norvège donnait à la Suède contre moi. Cependant, tout compensé, ma capitale était devenue inattaquable, tandis que la Suède, mieux concentrée, n'avait plus rien à redouter. De cette façon on gagnait de part et d'autre en sûreté, et toutes les raisons de discussions et d'alarmes étaient écartées. Si les règles de l'équilibre ne se trouvent point là, j'ignore où il faudra les chercher. ¶ Vous voyez, my Lord, que je n'ai pas méconnu le véritable sens dans lequel vous m'avez rappelé quelques actes de la politique de votre Cabinet, et que je suis loin d'en vouloir diminuer le mérite. ¶ Sans doute que de l'issue du présent Congrès dépend le sort futur des États européens, et tous mes efforts, tous mes sacrifices, ont eu pour objet de voir les membres de notre union récupérer ou acquérir des dimensions capables de maintenir l'équilibre général. J'ignore donc comment, avec de pareils principes, le Congrès actuel pourrait devenir un foyer d'intrigues et de haine, une scène d'efforts iniques pour acquérir du pouvoir. Je me défends de tourner cette phrase contre aucun de mes alliés, quelqu'extraordinaire qu'il ait dû me paraître de la trouver dans votre lettre. C'est au monde qui a vu mes principes, depuis le passage de la Vistule jusqu'à celui de la Seine, à juger si le désir d'acquérir un million d'âmes de plus de population, ou celui de m'assurer une prépondérance quelconque, était capable de m'animer et de guider aucune de mes démarches. ¶ La pureté de mes intentions me rend fort; si je tiens à l'ordre de choses que je voudrais établir en Pologne, c'est parce que j'ai dans ma conscience l'intime conviction que ce serait agir en faveur de l'avantage général, plus encore que pour mon intérêt personnel. Cette politique morale, quelque nuance que vous cherchiez à lui donner, trouverait peut-être des appréciateurs chez les nations où tout ce qui est désintéressé et bienveillant est accueilli. ¶ Au surplus, les détails et les raisonnements contenus dans la réponse au mémorandum serviront, je me flatte, à vous calmer sur le sinistre avenir que vous voulez présager pour les Puissances auxquelles me lie tout ce que l'amitié et la confiance ont de plus indissoluble. Je compte de leur

part sur un retour parfait. Quand de pareils éléments existent on ne doit pas craindre, quels que soient les brandons de discorde qu'on cherchera à jeter parmi nous, qu'il ne résulte du Congrès un état de choses *honorable* pour chacun, et tranquillisant pour tous. ¶ Quant à ce qui concerne les soins que je dois à mes propres sujets, et mes devoirs envers eux, c'est à moi à les connaître; et il n'y a que la droiture de vos motifs qui ait pu me faire revenir sur les premières impressions qu'a produites en moi la lecture de ce passage de votre lettre. ¶ Au reste, ma réponse et ma confiance dans cette occasion vous prouveront, my Lord, que mes sentiments sincères pour vous n'ont pas changé.

No. 862. Russland, 30. October 1814.

Alexandre.

No. 863.

RUSSLAND. — Erstes Memorandum über die Angelegenheiten Polens.

No. 863. Russland, 30. October 1814.

L'auteur du Mémorandum ne pouvait assurément point faire un choix plus analogue aux circonstances qu'en introduisant sa pièce par le préambule de ce Traité de Kalisch, où les maximes d'État et les principes de l'Empereur de toutes les Russies se trouvent dans leur vrai jour. C'est le premier lien auquel s'est rattaché l'indépendance de tous les États. C'est la Russie qui a été au-devant d'eux, après avoir exterminé les forces françaises qui avaient dévasté ses provinces, et qui a voulu que ses anciens alliés reprissent toute leur puissance. ¶ L'Empereur y a consacré des moyens extraordinaires; et ni Moscou en cendres, ni ses villes et ses campagnes désolées, n'ont pu l'arrêter dans cette grande et généreuse entreprise à laquelle sa modération attirait tant de moyens. Mais ce ne sont point là les conclusions que l'auteur du Mémorandum veut produire. Il veut prouver que l'Empereur s'écarte de ses premiers principes, qu'il méconnaît la foi des Traités, qu'il menace la sûreté de ses voisins. ¶ Sa Majesté a lu avec calme d'aussi étranges inculpations, quoiqu'elle ne s'y attendit point de la personne qui est entrée en lice. ¶ Mais sa conduite les a réfutées d'avance, et cette réponse servira, elle l'espère, à calmer toutes les alarmes, et à rendre superflues de nouvelles remonstrances de ce genre. ¶ Pour appuyer son raisonnement, l'auteur du Mémorandum cite textuellement l'Article II du Traité de Kalisch; de là il passe à la Convention du 27 juin, et en rappelle les stipulations, c'est-à-dire, celles qui concernent le Duché de Varsovie et les acquisitions en faveur de l'Autriche et de la Prusse. Finalement, il rapporte les conditions du Premier Article Secret du Traité d'Alliance du 9 septembre, 1813. ¶ Il en infère, que „d'après le sens de ces différents engagements, il n'est nulle part supposé que l'Empereur s'envisageait comme autorisé à disposer de tout le Duché de Varsovie avec ses forteresses, par la raison qu'il en avait fait la conquête avec ses seules armes; et que ce n'est que par forme de grâce et de faveur qu'il est intentionné d'assigner à la Prusse la ville et le territoire de Danzig, ainsi que les districts nécessaires pour lier l'Ancienne Prusse avec les autres territoires prussiens." L'auteur du Mémorandum ajoute, qu'outre cela il est entendu que du reste du Duché de Varsovie, l'Empereur créera une Monarchie séparée, pour,

No. 863. Russland, 30. October 1814.

de concert avec ses autres provinces polonaises, être administrée par Sa Majesté Impériale en qualité de Roi de Pologne; que cette détermination est annoncée comme fondée sur le devoir moral d'améliorer le sort des anciens sujets polonais de l'Empereur, comme celui des habitants du Duché. ¶ Citons nous-mêmes les Actes allégués. L'Article II du Traité du 27 dit: —

§ 2. „La dissolution du Duché de Varsovie et le partage des provinces „qui le forment, entre la Russie, l'Autriche et la Prusse."

§ 3. „L'agrandissement de la Prusse, en suite de ce partage, et *par la „cession de la ville et du territoire de Danzig.*"

§ 4. „La restitution des Provinces Illyriennes à l'Autriche," &c. &c.

Voilà la substance de ce principal Article. Mais de quel Acte fait-il partie? D'un Traité purement éventuel, et tellement éventuel que ni l'Autriche ni la Prusse n'eussent atteint cet étonnant accroissement de puissance, de territoire, d'influence, ou de considération, si la poursuite de la guerre n'avait amené d'autres conquêtes bien plus considérables. Dès-lors les premières stipulations n'étaient plus applicables aux résultats, et devaient suivre d'autres proportions. A mesure que l'Autriche ainsi que la Prusse acquerraient la perspective d'immenses acquisitions, la Russie acquerrait aussi le droit de prétendre à des dédommagements moins restreints. ¶ Les Puissances alliées ont si bien senti la vérité de ce fait que dans le Traité du 9 septembre il n'est plus question d'autre chose, sinon „d'un arrangement à l'amiable entre les trois Cours de Russie, d'Autriche et de Prusse sur le sort futur du Duché de Varsovie." ¶ Ou la rédaction de cet Article est insidieuse, ou l'on y reconnaît évidemment les droits proportionnellement acquis par la Russie; mais dans tous les cas il est subversif de l'Article du Traité éventuel de Reichenbach. ¶ Donnons donc à celui du 9 septembre toute sa force d'intention et d'application, et voyons si ses conditions sont remplies. Au moment où Danzig fut tombé, l'Empereur, d'un mouvement spontané, remit cette place avec son territoire à Sa Majesté Prussienne. ¶ L'Autriche a récupéré la possession entière et les revenus des mines de Wieliczka, le faubourg et le rayon de Cracovie. Le pays à céder à la Prusse pour lier ses anciennes provinces est un des plus populeux et des plus riches du Duché; le plus avancé dans la civilisation, l'agriculture et l'industrie, et rempli de manufactures qui manquent au reste du pays. ¶ C'est-à-dire, en résumé, que l'Autriche reprend au-delà de 3,000,000 de florins d'Allemagne de revenu net, un territoire riche en mines de charbon de terre et de soufre, un rayon sans lequel Cracovie n'est rien. Ou, pour être plus précis encore, c'est-à-dire que la Russie renonce dans le Duché à un quart de sa population et un tiers de ses richesses et de ses revenus; et qu'elle n'acquiert en dernière analyse que 2,200,000 âmes d'une population dont le maximum n'a jamais passé 3,300,000, et environ 8,000,000 de florins d'Allemagne de revenu. ¶ Or, l'arrangement le plus défavorable pourrait-il restreindre davantage le lot de la Russie? Et cette acquisition, on le demande à tout homme impartial, peut-elle s'appeler immense, comme la qualifie le Mémorandum anglais? Peut-elle seulement s'appeler considérable ou même équitable, en comparaison des proportions réservées à l'Autriche et à la Prusse, dans les contrées les plus favorisées de la nature, et où abondent toutes les sources de

production et de richesse? Si à cette considération l'auteur du Mémorandum veut joindre le tableau de la situation intérieure du Duché, ruiné par la guerre, la famine, les maladies contagieuses, les émigrations, à quoi se réduiront ses chaleureuses déclamations contre l'immensité de cette acquisition? ¶ Considérons maintenant la question sous ses rapports militaires, et détruisons également les exagérations du Mémorandum, qui montrent comme une conséquence inévitable de la réunion d'une partie du Duché de Varsovie tous les maux politiques qui doivent assaillir l'Europe. ¶ Pour donner quelque poids à ses remarques à cet égard, l'auteur du Mémorandum est obligé de recourir à une ressource à laquelle on ne s'attendait assurément point. Il montre la Russie devenue colossale par l'acquisition de la Finlande suédoise, d'une partie de la Bessarabie, et par la frontière qu'elle a obtenue en Perse. ¶ Puis, donnant au Duché de Varsovie une latitude toute nouvelle, il montre la puissance Russie établie par là dans le coeur de l'Allemagne. ¶ Quand un raisonnement donne dans l'extrême il cesse de persuader. Il suffit d'ailleurs de peu de remarques pour l'anéantir. Après que la Russie eut acquis la Finlande suédoise, elle fut la première à travailler à obtenir un dédommagement en faveur de la Suède, mais l'Empereur y mit la condition expresse de l'accession de cette Puissance à la cause commune. ¶ Sa Majesté Impériale lui acquerrait ainsi un allié utile et rétablissait en même temps un équilibre parfait de ce côté-là. ¶ Quant à la ligne acquise en Perse, elle est d'une défense plus facile; mais malgré cet avantage, la sûreté et la tranquillité de cette partie des frontières exigent des garnisons assez nombreuses, qui doivent être renouvelées chaque année, à cause d'un climat malsain et destructeur. ¶ L'acquisition d'une partie de la Bessarabie a fourni de même une défense plus facile au moyen de quelques forteresses. Sous tout autre rapport c'est un avantage insignifiant, après une guerre longue et meurtrière. Or, quand tout annonce à l'oeil de l'observateur que l'Empereur ne s'applique qu'à établir un système de défense et non d'agression; quand on se rappelle qu'il n'a pu trouver que dans Moscou sacrifié un moyen de repousser la dernière invasion de la Grande Ligue; comment concevoir encore des alarmes contre ses intentions et ses vues? ¶ Ramenons la question au Duché de Varsovie et de ses forteresses. C'est en vain que l'auteur du Mémorandum s'écrie que par cette réunion les capitales de l'Autriche et de la Prusse sont menacées sans aucun moyen de défense; c'est en vain qu'il offre la peinture animée des entreprises de ces Polonais inquiets et remuants appelés à se rallier autour de l'étendard Royal, renouvelant les scènes du passé, conspirant contre leurs voisins, enlevant ainsi à tous les coeurs chaque espoir de tranquillité et de bonheur pour l'avenir. Il suffit de jeter un coup d'oeil sur la carte pour se convaincre que ces dangers sont imaginaires; que la défense naturelle se trouve du côté de l'Autriche, la défense artificielle par les places de guerre du côté de la Prusse; que le Duché, au contraire, formant un point avancé, serait pris entre les armées d'Autriche et de la Prusse, et les opérations continuant sur les provinces intérieures, tout ce qui se trouverait au-delà du Bug, du Niémen, serait coupé de fait, et n'aurait de ressources que dans deux ou trois forteresses. Ainsi en portant les choses à l'extrême, le danger serait toujours plus grand pour la Russie que pour l'Autriche

No. 863. Russland, 30. October 1814.

ou la Prusse, qui ne manqueraient point de faire cause commune. ¶ Mais admettons l'hypothèse d'une entreprise sur Vienne, de cette capitale que le Mémorandum croit principalement menacée. De quelque point que l'attaque partît, elle prêterait le flanc et le dos aux débouchés des Carpathes. Cette chaîne de montagnes est, à l'égard du Duché, ce que sont à l'égard de la Saxe les montagnes de la Bohême. Or, deux rassemblements de troupes faits en Transylvanie et en Hongrie couperaient de ses communications toute armée qui se serait portée sur Lemberg, ou qui, du Palatinat de Cracovie, voudrait agir sur la Moravie. Revenons aux forteresses. Cracovie, muni d'un mauvais château, ne peut plus être mis en ligne de compte depuis que, perdant son principal faubourg, son rayon et la rive droite de la Vistule, l'établissement d'une tête de pont est impossible. Restent Thorn, Modlin, Zamosc, car Sierock est à peine une place d'armes. La Prusse conservant Graudenz et Dantzic, il est de justice que Thorn reste au Duché. Si Modlin est entre les mains d'une autre Puissance, la navigation a cessé pour la Russie sur le Bug, le Narew, &c., &c. Si Zamosc est entre les mains de l'Autriche, le Palatinat de Lublin n'est pas tenable. ¶ Cependant, disons-le, ce n'est point la raison militaire qui a motivé de si vives clameurs; c'est la question de la restauration du nom du Royaume de Pologne. ¶ L'auteur a eu soin de produire à cet égard l'Article Secret du Traité de 1797, qui stipule que les trois Cours co-partageantes *n'insèreraient plus dans leur intitulé la dénomination ou désignation cumulative de Royaume de Pologne*. Pour que cet Article demeurât obligatoire, il aurait fallu que les choses fussent restées dans la même situation. ¶ Mais lorsque l'Autriche et la Prusse ont contribué, comme alliés de la France, à dépouiller la Russie de la plus grande partie des provinces polonaises; quand la Russie a été obligée de les reconquérir; lorsque la conquête du Duché de Varsovie devient aujourd'hui une compensation pour d'énormes sacrifices, il s'agit effectivement d'un nouveau partage, et dans ce cas les stipulations qui ont accompagné celui de 1797 n'existent plus. ¶ Vouloir méconnaître en ceci le droit public, c'est chercher gratuitement à compliquer les affaires et à multiplier les difficultés. Supposons ce nom de Royaume de Pologne rétabli, et une partie du Duché de Varsovie réunie à la Russie. Admettons à cet égard les conjectures les plus étendues de l'auteur du Mémorandum, quels sont les dangers qui en résulteront pour l'Autriche et la Prusse? Aucun, puisque l'Empereur offre à l'une et à l'autre de ces Puissances la garantie la plus formelle des parties de la Pologne qui demeureront sous leurs sceptres. Aucun, puisque cette restitution devant être contraire, selon l'auteur du Mémorandum, au système de l'Autriche, de la Prusse, de la France et du Ministère Britannique, la moindre tentative réunirait toutes ces Puissances, auxquelles la Turquie se joindrait d'abondance, contre la Russie isolée, et abandonnée à ses seules forces. Cet avis est sans doute un des premiers de ce genre fait en diplomatie; mais il est digne de la pureté des intentions de l'Empereur. Ce n'est point d'un peu plus ou d'un peu moins de surface, ce n'est pas de quelques places fortes, que se compose d'ailleurs l'équilibre général. C'est de la parité d'intérêts, qui ont une tendance commune au moment du danger. Rien ne prouve autant que cette remarque que s'il se présente une solution d'équilibre, ce n'est assurément point en faveur

de la Russie. Concluons de plus, que la nationalité qui doit revenir aux Polonais n'est point dangereuse, mais au contraire que ce serait le moyen le plus sûr de calmer l'inquiétude qu'on leur reproche, et de concilier tous les intérêts. L'Empereur a cette conviction, et le temps et les événements prouveront qu'elle était fondée. ¶ L'on ignore quel jugement l'auteur, après avoir lu ces passages, portera lui-même de l'inconcevable reproche qu'il fait à l'Empereur d'avoir abusé du langage de ses Traités et de ses engagements, pour porter l'Autriche et la Prusse à se joindre à la cause de l'Europe, tandis que ces deux Puissances, affranchies du joug de Napoléon, ont repris par là leur ancienne force, une dignité nouvelle, un accroissement considérable; et comment il maintiendra la thèse qu'il a avancée, que parce que l'Empereur a pensé à restituer le titre de Royaume de Pologne, l'Europe sauvée, et tous les avantages acquis par les alliés, se réduisent à rien. ¶ Il termine en déclarant qu'aussi longtemps que Sa Majesté Impériale adhérera à son projet, aucun plan, aucun arrangement ne pourra être fait par les Plénipotentiaires respectifs, que le Congrès ne saurait être assemblé, ni pour discuter, ni pour sanctionner un travail quelconque. Il ajoute qu'il est impossible de supposer que les Plénipotentiaires d'Autriche et de Prusse laisseront les domaines de leurs maîtres sans une frontière militaire; que les Ministres de toutes les Puissances, que l'auteur représente dans cette circonstance (l'on ignore de quel droit), sont du même avis; et qu'il ne leur restera qu'à rendre compte des motifs qui les ont obligés de se séparer, sans avoir pu mettre la main à l'oeuvre bienfaisante qui devait assurer le bonheur futur de l'Europe. ¶ Si après avoir médité le contenu de cette réponse, l'auteur se croit obligé de tenir aux mêmes principes, s'il n'est point convaincu, si enfin il pouvait parvenir à faire dissoudre le Congrès, pour un seul point, tandis que tant d'autres plus importants restent à régler, l'Empereur n'aura point à se reprocher ce malheur. Il exposera à Angleterre, à l'Europe, la nature et l'étendue de ses demandes. Les peuples qui l'ont vu combattre pour leur liberté, qui ont été témoins de sa modération, apprendront quelle est la cause qui s'est opposée au rétablissement général de l'ordre, du bonheur et de la tranquillité, pour lesquels tant de sang a coulé. ¶ Quant aux Souverains, ses amis, ses alliés, ses frères d'armes, rien ne pourra jamais attiédir son amitié envers eux; elle est fondée sur l'estime et la confiance la plus absolue, et toutes les conceptions de sa politique seront constamment réglées sur ces principes.

No. 863. Russland, 30. October 1814.

No. 864.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Kaiser Alexander. — Antwort auf das kaiserliche Schreiben vom 30. October. —

Vienna, November 4, 1814.

Sire, — I have received the Memorandum your Imperial Majesty has been so gracious as to transmit to me, with a becoming sense of this additional instance of your Imperial Majesty's condescension and personal favour, to which I attach, Sire, the greater value, as I consider it the strongest proof of your Im-

No. 864. Gross-britannien, 4. Nov. 1814.

No. 864. Grossbritannien, 4. Nov. 1814.

perial Majesty's desire still to examine with deliberation the public question to which it refers. ¶ Confiding in your Imperial Majesty's favourable interpretation of the part I have taken, it is a great relief to me to have to observe upon a paper which I consider, not as your Imperial Majesty's, but as the argument of the person who is the advocate with your Imperial Majesty of the measures against which I have ventured to reason. ¶ That the judgment of a Sovereign can never be finally concluded, or compromised by any suggestion which may, through his intervention, be brought into discussion, and that the royal ear is to be considered as always open to the influence of argument, is the particular prerogative to which his subjects are naturally most attached, as being in itself the best security for their interests. ¶ In this view, I have again, I trust not improperly, certainly not without all due humility, presumed to submit some remarks upon the paper in question. If they are written in the freedom of discussion, it is only to bring before the tribunal of your judgment, Sire, the principles upon which I dissent from the writer of the Memorandum; and if any expression of warmth is to be traced in those observations, I entreat your Imperial Majesty will be assured that it has alone been dictated by, I hope, not an illaudable impatience of any statement which would represent me as defective in those sentiments of respectful deference which I owe to your Imperial Majesty. ¶ I am sensible that I am indebted for the indulgence I have presumed to use, altogether to your Imperial Majesty's condescension and liberality. It would be painful to me in the extreme, if you thought, Sire, that I had abused it; but having been encouraged by your Imperial Majesty to submit to you my sentiments on this subject, I feel that I shall best discharge my duty by doing it unreservedly. ¶ I am, &c.

Castlereagh.

No. 865.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh's zweites Memorandum in Entgegnung auf das russische Memorandum vom 30. October. —

Vienna, November 4, 1814.

No. 865. Grossbritannien, 4. Nov. 1814

However painful it may be to protract a discussion on such a subject, it is a public duty not to suffer the Memorandum to which this is an answer to pass without some remarks, not only on account of the importance of the subject-matter to which it immediately relates, but as disclosing maxims of public law perfectly novel in themselves, and subversive of every received principle of confidence and good faith between States. ¶ The writer commences by impeaching the validity of the Treaty of Reichenbach, which he denies to be now of force to regulate the disposition of the Duchy of Warsaw. He does this on two grounds: — 1st. That this Treaty was „purement éventuel,“ and that in consequence of the extraordinary successes of the war it ceased to be binding; and 2ndly. That if there were any ground for doubting the soundness of this conclusion, it was removed by the Treaty of the 9th of September, by which the

previous Treaty was annulled. ¶ Let us examine under what circumstances, and with what views, these Treaties were made; and ascertain with somewhat more of precision than the writer has manifested, what has occurred to annul their provisions, or to place at the disposal of one of the Contracting Parties, namely, Russia, the rights of the two others, without their express consent. ¶ The Treaty of the 27th of June was the Treaty upon the faith of which Austria, being still at peace with France, bound herself to engage in the war, if her mediation failed to effect a peace upon certain principles agreed upon with the Allies. ¶ In determining thus to hazard her existence in the field, Austria stipulated two conditions, both of local importance to her interests and military security: the one was the recovery of her Illyrian Provinces; the other was that she should receive a proportion of the Duchy of Warsaw, which had in part been constructed of territories but recently wrested from her own dominions. ¶ There is no cavil as to the nature of the engagement itself. There is no allegation that Austria has forfeited her rights under the Treaty by any breach of its conditions, either as a mediator or as an ally. There is no suggestion that Austria has, by any act or consent on her part released her ally from the obligations of this covenant, or agreed to accept an equivalent. On the contrary, it is matter of notoriety that the equitable partition of the Duchy has never ceased, throughout the whole period of the alliance, to be a matter of anxious and earnest discussion with her ally, as immediately affecting the security of her frontier. What has, then, deprived Austria of her rights to this specific object? It is said the Treaty was „éventuel,“ — eventual upon what? Not upon Austria fulfilling her engagements with good faith; not upon there being the means of giving what was promised; but „éventuel,“ upon this extraordinary principle, that there being more than ample means to satisfy the Treaty, a new right accrued to Russia, another party to the Treaty, to decide according to her pleasure whether Austria should obtain the object stipulated, or accept, in lieu of it, what Russia deems an equivalent, at the opposite extremity of her dominions. ¶ It is a new position in public law, that the obligations of a Treaty shall be equally dissolved and defeated by success and by failure. If Buonaparte had triumphed, the Emperor of Austria would have lost his Polish frontiers, and probably his crown. ¶ The Allies prevailed; and he is equally doomed to lose his Polish frontier. On what security will Treaties rest, if they can thus be constructively annulled? ¶ But it is said that His Imperial Majesty the Emperor of Austria has received a full compensation in other quarters. ¶ This is not the question under the Treaty. The question is, — Did the Emperor of Austria, upon due and fair notice, consent to receive it as such? Did he consent, in consideration of an extension of his former possessions in Italy, from the Adige to the Ticino, to relinquish his right under the Treaty of Reichenbach to be protected on the side of Poland? Did the several Powers who were parties to the Peace of Paris, when assigning the Po as the Austrian boundary in Italy, suppose they were sanctioning an extension of territory on the side of Italy, in exchange for a military barrier between Russia and Austria on the side of Poland? ¶ Can it be supposed that the British Government was a deliberate party to such a principle?

20*

No. 865. Grossbritannien, 4. Nov. 1814.

Or that Great Britain, in the honest execution of her avowed system of laying down her conquests for the sake of restoring to the Continent independence and repose, could have either been expected or desired to do so, for the purpose of inverting, and not of restoring, the deranged balance of Europe? If not, the Treaty of Reichenbach is in full force, and it is under the obligations and in the spirit of that Treaty the parties are yet to adjust by negotiation their pretensions. The same reasoning applies to Prussia. ¶ But it is alleged in the Memorandum, that, admitting the rights as contended for under the Treaty of June, these rights were extinguished in the Treaty of Töplitz; that a new disposition was then made, and that the claims of Austria and Prussia upon the Duchy were no longer the same. If it is contended that they rested from that period on a footing less favourable to those Powers, what is the ground for such an assumption? Can it be argued from the then state of the campaign as rational or possible to suppose that Austria would have signed a new Treaty, gratuitously surrendering in September pretensions to which she had in June, for obvious reasons, attached the first importance? The allied armies, previous to the 9th of September, on which day this instrument bears date, had obtained important successes before Berlin, in Silesia, and at Culm; but they were still confined within the defiles of Bohemia, Buonaparte was in force at Dresden and on the line of the Elbe, and the fate of the campaign was in suspense. On the side of Italy, General Nugent's first occupation of Trieste did not take place till the 12th of the same month. ¶ If there was no credible motive on the part of Austria for then making such a surrender, it cannot surely be inferred from the mere change in the wording of the Article. It will not be contended that „un arrangement à l'amiable entre les trois Cours de Russie, d'Autriche et de Prusse, sur le sort futur du Duché de Varsovie,“ can entitle Russia to exclude Austria from the equitable share the Treaty of June gave her under the express word „partage,“ or that it can enable Russia to dispose politically of the Duchy, without an arrangement to be made in concert with the other allied Courts. The obvious meaning and history of that Treaty establishes conclusively an opposite inference. The Treaty of September was not intended to annul or to alter the Treaty of June in any of its essential features, but, on the contrary, to confirm and extend its provisions. The Treaty of June had fixed the offensive arrangements of the allied Courts, in the event of the mediation terminating in a war. The Treaty of September reaffirmed these, and added to them defensive engagements, with specific stipulated succours regularly assigned to be furnished by each Power. The Treaty of June, in Article VI, covenanted to give effect, in case of war, by positive stipulation, to the Russian and Prussian notes of 16th May. The Treaty of September carried these notes into effect, covenanting the reconstruction of the Austrian and Prussian Monarchies „sur l'échelle la plus rapprochée de celle où elles se trouvaient en 1805.“ If the Article stopped here, there would have been no solid ground to contend that in the event of complete success and more than ample means being acquired for satisfying the Treaty, the choice and allocation of those means were at the arbitrary discretion of the third Power; but as if to mark the reverse, and to evince the unremitting interest attached to the fate of the Duchy of

No. 865. Gross-britannien, 4. Nov. 1814.

Warsaw, this was again brought forward as a special object, and the co-ordinate rights of the Three Powers to arrange as to its final disposal were again solemnly recognized by Treaty. ¶ Where, then, is there to be found, either upon the face of the Treaties themselves, or in any writer upon the Law of Nations, a pretence, much less a justification, for the dispensing power (which the writer of the Memorandum attributes to a single Power), in the event of success, to substitute other arrangements in the room of those covenanted by Treaties, and obviously, on military grounds, the most important to the two weaker Powers. ¶ When the argument of frontier is urged, it is met in two ways. Sometimes it is denied that the position of the Duchy in the hands of Russia is menacing to the other Powers; at other times, that His Imperial Majesty's known moderation and friendship for his allies renders such a consideration unimportant. ¶ Upon the first point it will be difficult to persuade Europe that, incorporating into the contiguous mass of the Russian dominions nearly the whole of those military positions which Buonaparte studiously severed from the neighbouring States, as the instrument by which, remote from the mass of his own immediate resources, he was to hold both Prussia and Austria in check, can be wholly inoperative for such a purpose. ¶ If these Powers are to be really independent and not exposed to an influence which, if not in degree so overwhelming as that which connected the Kingdom of Italy and the Confederation of the Rhine with the French Empire, is nevertheless in itself a just object of European jealousy and alarm, the claim to have an adequate frontier assigned to them is surely irresistible, and cannot be reasonably combated, either by what may be offered to them elsewhere, or by any pressing necessity that Russia can feel, upon a defensive principle, to possess herself of the whole of the Duchy in a military point of view. ¶ The argument drawn from the Emperor's personal character is not less exceptionable. Whatever may be the virtues of the Monarch, it is not upon personal confidence, or upon the life of an individual, that the liberties and security of States should be built. Such an homage it would be as inconsistent for His Imperial Majesty to receive as for the Sovereign of another State to pay. Concerns of vital importance, such as these, must be adjusted upon other and more solid grounds. ¶ Neither can it be expected that the alarms of a Polish Monarchy under a Russian dynasty can be at once allayed in the adjacent States, either by personal confidence or even by the proposed guarantee. ¶ The writer of the memoir has informed us, when arguing on the Article of 1797, that with the first war, or even what he calls a change of circumstances, the guarantee, however solemn, is dissolved; his series of reasoning is, that war cancels the guarantee, that successful war justifies demands for additional compensation and a new partition, consequently further incorporation into the new monarchy, under the Russian sceptre, of the adjacent Polish Provinces, thus supposed to be secured by a guarantee to Prussia and Austria. ¶ The complacency with which this progress is contemplated, and the facility with which the pretensions of neighbouring Powers are to be satisfied, by extending the partitioning principle beyond the pale of Poland, to other parts of Europe, are certainly not calculated, should such an authority be unfortunately listened to, to dissipate apprehensions

No. 865. Grossbritannien, 4. Nov. 1814.

as to the future. ¶ But it is alleged, that admitting the Treaties to be still binding, the arrangements intended by Russia with respect to the Duchy of Warsaw will amply and liberally fulfil their stipulations. ¶ What these arrangements are is not specified, but a general description is given of them, founded upon a statistical evaluation of the extent and population of the Duchy of Warsaw, which assigns to it nearly 1,100,000 souls less than is attributed to it in the reports of best authority. ¶ The annexed official Tables will serve to illustrate the specimen given to us of the writer's accuracy, both as to population and revenue. ¶ The arrangement proposed for Prussia, it appears, is of a substantive character. Whether sufficient in amount, or upon military principles, can only be judged of upon a more precise specification; but that it should have occurred to the writer to produce the rayon of Cracow, and the half of the ,,salines" of Wieliczka, as a satisfaction ,,à l'amiable" of the Treaty either of June or September, supposing them different instead of concurring instruments, is such a condescension in statement as has never before been put forward in justification of any measure. ¶ What? That the Emperor of Austria, having expressly, studiously, and repeatedly stipulated for a concurrent voice as to the future fate of the Duchy of Warsaw, and having repeatedly urged his claims to a participation, with a view to the military security of his dominions, rather than to their territorial extension, should be expected to receive in full satisfaction of his rights six square leagues of territory, with a population of 15,654 souls, not affording, in point of extent or position, the slightest cover to his frontier, can never surely be brought forward as a serious or substantial execution of such an engagement. The substitution of 3,000,000 of florins as the Polish half of the revenues of the ,,salines," instead of 300,000, is another proof with what caution the calculations, as well as the counsels, of the writer of the Memorandum should be received by the Emperor of Russia, when he shall come to decide what, in generosity as well as in justice, he owes to those allies with whom he has shared the hazards of war, and with whom he must desire to preserve the closest connection. ¶ It would be endless to trace the successive misrepresentations of the paper in which this writer attempts to give an answer, which abound in every page of his Memorandum, or to protest sufficiently against its studied purpose to cover defect of argument by an attempt to represent a frank and respectful discussion of important measures of State as an insinuation against the sacred person of his Sovereign. Such practices can never succeed to effect their purpose with the high personage to whom they have been directed, whose noblest profession has always been to wish to hear the truth; nor can it divert those whom it is meant to embarrass, from an unreserved but decorous discharge of a public duty. With this avowal it will be sufficient to touch upon a few leading instances. ¶ He represents the appeal made to the Emperor's justice and moderation founded, upon the alleged sense of Europe, as a menace and an appeal to arms. ¶ The writer well knew that the question between the Allies has never in the most remote degree been reasoned upon an hostile or military principle, but avowedly the contrary; and he also knew that if there was a Power in Europe peculiarly interested in preserving both the peace and

No. 865. Grossbritannien, 4. Nov. 1814.

the alliance, and which could have no possible interest in the question other than what it derived through the public good, it was that Power on which he has thought fit to reflect; but if he meant to discountenance menace instead of to sow discord, he might have spared his comparison of the power of Russia with other the greatest States of the Continent combined. His modesty as to the ability of Russia to sustain such a shock as nothing but the fatal revival of a system similar to that which has been so lately overthrown can ever bring upon her, will go but a little way in establishing that the adjacent Powers can live in security or in peace, in the presence of such a military power, when stripped of their frontiers; nor will Europe feel satisfied with that equilibrium for its daily protection, which is stated to require its whole military power to be displaced and put in motion upon every aberration of a particular State from the line of its duty. Is this the species of equilibrium that the author deems it prudent to demand for his master from Europe assembled in Congress? ¶ His charge of exaggeration in the statements of the writer, and particularly in the picture given of the recent acquisitions of Russia, is not less indiscreet. They were not invidiously brought forward—they were, on the contrary, treated with studied moderation; but when he brings these successive acquisitions into view (constituting more than a powerful kingdom in amount), as mere defensive precautions, he ought to have foreseen the inference that Russia, thus relieved from disquietude on all her hitherto vulnerable frontiers, is not only upon the point of establishing herself in advance of the Vistula, but that she has thus rendered disposable nearly the whole of her military power, and that she can now pour upon the Oder and the Danube, at her pleasure, those armies which before were either comparatively ineffective, or spread over the extent of an exposed frontier. ¶ If Russia has sought for a frontier against Turks and Persians, can she complain if Prussians and Austrians should seek for frontiers against Russian troops, especially if Russia his hereafter to wield a Polish national army as a new and most formidable instrument of war? The picture is not exaggerated; and if the Emperor of Russia desires to cultivate peace, and to make Europe love rather than fear him, it would have become the writer to counsel him to soften, by his present arrangements, and not to aggravate, the features that belong to it. ¶ To resume: — It is established that the Treaties of Reichenbach and Töplitz are concurrent engagements, and at this day in full force; ¶ That Russia has no right to annul or alter their stipulations, or to substitute one object for another, in satisfaction of the claims thereby established, except upon a distinct consent previously obtained from the other Contracting Parties; ¶ That although the war has furnished ample means of fulfilling the just claims of the Allies, success cannot alter the rights of the parties, however it may, upon a liberal and generous principle of negotiation with each other, afford new and important facilities in their adjustment; ¶ That the extent of success does not, however, release any or all of the parties from the duty which they owe to Europe—not to aggrandize themselves unduly, either to the subversion of its just equilibrium, or to the unnecessary prejudice of its weaker States. ¶ The principle so universally contended for by the writer, of territorial compensation for expenses incurred in

No. 865. Gross-britannien, 4. Nov. 1814.

war, unless qualified in the strictest sense by its bearing upon the general system of Europe, cannot be too strongly condemned. ¶ The great Military Powers of the Continent who have triumphed in the war—and especially Russia, to whose security acquisition can be least of all necessary—should recollect that they avowedly fought for their own liberties and for those of the rest of Europe, and not for the extension of their dominions. That it is false, as an universal principle, that nations have a right in all cases to claim additional territories in compensation for expenses incurred in war, and much less under circumstances that tend to expose the military security of neighbouring and allied States. ¶ The peace of the world cannot co-exist with such a doctrine. Besides, accession of territory, although it may satisfy national ambition, seldom fails to bring with it burdens and discontents, fully equivalent to its resources. With these principles in view, if the Allied Powers act liberally towards each other, and indulgently to other States, they may look forward to crown a glorious war by a solid and lasting peace; and posterity will revere their names, not only for having delivered by their arms the world from a tyrant and conqueror, but for having restored, by their example and by their influence, the reign of moderation and justice.

Castlereagh.

No. 866.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Earl of Liverpool. — Rechtfertigung seiner gegen Russland beobachteten Haltung. —

Vienna, November 11 (received November 24), 1814.

No. 866. Gross-britannien, 11. Nov. 1814.

(Extract.) I reported to your Lordship in my despatch of the 24th ultimo the result of the confidential interview that took place at my house between the Austrian and Prussian Secretaries of State. ¶ On the following day, and before the Emperor of Russia's departure for Buda, Prince Metternich had an interview with him, which led to a discussion of much warmth, especially on the part of His Imperial Majesty. ¶ Upon the return of the Emperor of Austria to Vienna, Prince Metternich received His Imperial Majesty's directions to transmit the note of which the inclosed is a copy*), to Prince Hardenberg, as the basis of the intended negotiation with the Emperor of Russia. Your Lordship will observe that, in the third alternative, the Austrian Minister proposes to release Russia from all restraint as to the erection of her Polish dominions into a Monarchy (which would then contain nearly 10,000,000 of people) under the Russian sceptre, provided the two other Powers received the Vistula as their frontier. ¶ The prospect of reconciling their differences on German affairs was no sooner opened, than both Austria and Prussia resumed their former earnestness on this point, which was much augmented by a variety of collateral indications of the intriguing spirit which actuated the Russian Councils in other quarters. ¶ I deemed it of great importance to contribute as far as depended upon me to this concert, considering the establishment of Russia in the heart of

---

*) No. 867.

No. 866. Gross-britannien, 11. Nov. 1814.

Germany not only as constituting a great danger in itself, but as calculated to establish a most pernicious influence both in the Austrian and Prussian Cabinets; and I also foresaw that if these two Powers, from distrust of each other, gave up the Polish point as desperate, the contest in negotiation would then turn upon Saxony, Mayence, and other German points, and through these contentions of Austria and Prussia the supremacy of Russia would be established in all directions, and upon every question; whereas an understanding previously established on German affairs gave some chance of ameliorating the Polish arrangement, and, in case of its failure, afforded the best, if not the only means of counteracting the Russian influence in the other European arrangements, to the tendency of which it was impossible not to look with alarm, whilst she kept an army of 60,000 men under Bennigsen upon the Elbe, still treating Holstein, without a pretence for doing so, almost as an enemy's country. ¶ I was of opinion that every consideration of policy combined to make it our particular interest, as well as duty, to promote the concert in question; and, for the reasons I have stated, I trust your Lordship will see that to have been indifferent to the Polish question would have augmented, instead of diminished, our own immediate difficulties. On the contrary, it appeared to me that it was better for Great Britain, in order to secure her own objects, to contend for an European question of great magnitude in the true spirit of the policy that has marked her conduct throughout the war, than to seem indifferent to that policy, and to reserve herself for an object, viz., the Low Countries, which is regarded on the Continent as particularly connected with her own power, and which, as I have observed above, might have been exposed to a very unpleasant question, under a disunion between the great German Powers. ¶ I have certainly been led, from circumstances, to take a more active share in the discussion on this question than I should have permitted myself to do, if it had been any part of my policy to push the Polish point to a hostile issue. In preparing for so serious an alternative, I should have felt the propriety, as a British Minister, of preserving a greater degree of reserve; it being the province of Great Britain to support, rather than lead, in such occasions. But in proportion as I felt that an effort ought to be made successively by conciliation, by moderation, by persuasion, by pressure of argument, and ultimately if necessary by an imposing negotiation, uniting the general sentiments of Europe upon sound and popular grounds, and not by arms, I felt the less precluded from taking a forward part. Some advantages perhaps have resulted from my being the person to do so, as the same arguments, had they been urged by the parties most interested, might have rendered accommodation more difficult. Such are the principles upon which my conduct has hitherto been founded. It will be highly gratifying to me should they be honoured with the Prince Regent's gracious approbation, and with the concurrence of my colleagues in the Government. Since I have been on the Continent, in my intercourse with the several Cabinets, I have conceived it my duty to keep in view the following principles, considering them as those on which it was the intention of His Royal Highness' Government that I should act. In the first place, so to conduct the arrangements to be framed for Con-

No. 866. Grossbritannien, 11. Nov. 1814.

gress as to make the establishment of a just equilibrium in Europe the first object of my attention, and to consider the assertion of minor points of interest as subordinate to this great end. Secondly, to use my best endeavours to support the Powers who had contributed to save Europe by their exertions, in their just pretensions to be liberally re-established upon the scale to which their Treaties entitled them to lay claim, and not to be deterred from doing so by the necessity of adopting, for this end, measures which, although not unjust, are nevertheless painful and unpopular in themselves. And thirdly, to endeavour to combine this latter duty to our friends and allies with as much mildness and indulgence, even to the offending States, as circumstances would permit. ¶ I have pursued these views, with a fixed and anxious purpose, if possible, not to suffer the peace of Europe to be disturbed, even upon just grounds, if by any compromise or even reasonable sacrifice it could be avoided. If, in discharge of this duty, I have felt myself obliged strongly to remonstrate against the principles and temper disclosed by the Russian Councils, I hope I have maintained honest principles, and I am confident that the relations between the two Governments would not have been improved by a more pliant tone on my part, opposed to that in which the Emperor has of late been disposed to dictate. ¶ Your Lordship may rest assured that no effort on my part shall be omitted to prevent disunion, and still more war; but I am confident I speak the universal sentiment, when I declare my perfect conviction that unless the Emperor of Russia can be brought to a more moderate and sound course of public conduct, the peace which we have so dearly purchased will be but of short duration. &c.

Castlereagh.

P. S. — In reply to that part of the Emperor of Russia's statement which deprecates Austria as having received more than she was entitled to under Treaty, I inclose a statement received from Prince Metternich, by which it appears that inclusive of the Pays de Salzburg, the circle of the Inn and of the Hunsruck, the restitution of which is contingent upon arrangements with Bavaria, Austria is yet somewhat below the standard to which she is entitled to aspire.

The Earl of Liverpool, *London.*

No. 867.

OESTERREICH. — Fürst Metternich an den königl. preussischen Staatskanzler, Fürsten Hardenberg. — Vorschlag zu gemeinsamem Handeln in Betreff Polens. —

Vienne, le 2 novembre 1814.

No. 867. Oesterreich, 2. Nov. 1814.

C'est d'ordre de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique que le Soussigné, Ministre d'État et des Affaires Étrangères, a l'honneur d'adresser à Son Altesse M. le Prince de Hardenberg, Chancelier d'État de Sa Majesté Prussienne, le présent office. ¶ Le Ministère Prussien n'ignore pas combien les vues de la Cour de Russie à l'égard du Duché de Varsovie, entièrement contraires au sens des Traités qui ont uni les Souverains Alliés contre la France,

ont mis d'obstacles, tant à l'arrangement des intérêts des Puissances entre elles, qu'à la marche du Congrès assemblé dans ce moment pour déterminer le nouvel ordre politique de l'Europe, et fixer un état de paix et de tranquillité durable. ¶ La Convention signée à Reichenbach, le 27 juin, 1813, entre les Cours d'Autriche, de Prusse et de Russie, stipule, à l'Article II, ,,la dissolution du Duché de Varsovie, et le partage des provinces qui le forment, entre les Cours d'Autriche, de Prusse et de Russie, d'après des arrangements à prendre par ces trois Puissances.“ Cet engagement a été renouvelé dans les Traités d'Amitié et d'Alliance signés par l'Autriche à Töplitz, le 9 septembre, 1813, avec les Cours de Berlin et de St.-Pétersbourg, qui portent à la 4me section de l'Article I Séparé et Secret ,,un arrangement à l'amiable entre les trois Cours d'Autriche, de Prusse et de Russie, sur le sort futur du Duché de Varsovie.“ ¶ L'Empereur, invoquant la lettre et le sens le plus clair des engagements réciproques, croit donner une preuve aussi convainquante de son respect pour la foi de Traités, qu'il mettra hors de doute la modération de ses demandes dans les négociations qu'il désire ouvrir à l'égard du partage du Duché de Varsovie; et Sa Majesté Impériale croirait violer des engagements qu'elle ne regarde pas seulement sous le point de vue de son intérêt particulier, mais comme les garants de l'équilibre de l'Europe, elle croirait manquer à ce qu'elle doit au bonheur et au repos de ses peuples, en ne pas insistant, de la manière la plus prononcée, sur l'exécution des Traités, qui doivent lui assurer, non moins qu'à la Prusse, une frontière militaire nécessaire à la sûreté et à la tranquillité des deux Monarchies. ¶ Elle s'adresse à la loyauté et à l'amitié de Sa Majesté Prussienne, comme signataire de ces Traités, pour faire valoir auprès de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies des réclamations et des droits qui leur sont communs. Elle ne désire pas moins que les prétentions légitimes de la Russie soient satisfaites; et elle portera, dans les négociations qui seront entamées à cet effet entre les trois Cours, avec l'amitié et la confiance conformes tant aux stipulations des Traités qu'aux rapports personnels des augustes Souverains, toute la sincérité et l'esprit de conciliation qui la caractérisent. ¶ Le Soussigné, en invitant M. le Prince de Hardenberg à répondre à l'ouverture qu'il a l'honneur de lui adresser, dans le plus court délai possible, désire entrer avec son Altesse dans les explications les plus franches sur l'objet de leur commune sollicitude, et à concerter avec elle les démarches à faire auprès de la Cour de Russie pour arriver promptement à un résultat satisfaisant pour toutes les parties intéressées. ¶ Pour faciliter et accélérer la marche de la négociation, le Soussigné a l'honneur de proposer à son Altesse M. le Prince de Hardenberg d'inviter Milord Castlereagh à porter la parole, au nom des deux Cours, auprès de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, et il croit non moins avancer la négociation même que donner une preuve de la franchise de la conduite de sa Cour en joignant au présent office une note contenant les propositions que le Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pourrait être chargé de faire au nom des deux Cours. Il pourrait se trouver autorisé à écouter et à transmettre à nos deux Cabinets la contre-proposition de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies. ¶ Le Soussigné aura l'honneur de se concerter avec M. le Prince de Hardenberg sur les termes de

No. 867. Oesterreich, 2. Nov. 1814. l'office à adresser conjointement par eux à Milord Castlereagh dès qu'il connaîtra les déterminations du Cabinet Prussien. ¶ Il s'empresse, &c.

Le Prince Metternich.

Mr. le Prince **Hardenberg**, *Vienne.*

Anlage. — Memorandum des Fürsten Metternich. — Vorschläge zur Regelung der polnischen Angelegenheiten.

1. Animée des principes les plus libéraux et les plus conformes à l'établissement d'un système d'équilibre en Europe, et opposée depuis 1772 à tous les projets de partage de la Pologne, l'Autriche est prête à consentir au rétablissement de ce Royaume, libre et indépendant de toute influence étrangère, sur l'échelle de sa dimension avant le premier partage, en réservant aux Puissances voisines le règlement des frontières respectives sur le principe d'une mutuelle convenance.

2. Admettant le peu de probabilité que pareil projet puisse même être pris en considération par la Cour de Russie, l'Autriche accéderait également au rétablissement de la Pologne libre et indépendante dans les dimensions de l'année 1791, sauf la réserve énoncée dans la proposition première. ¶ L'Autriche se prêterait dans ce cas à reconnaître des agrandissements que la Russie et la Prusse croiraient devoir se réserver sur le nouveau Royaume, et qui ne seraient pas incompatibles avec son existence comme corps politique indépendant.

3. Dans la supposition que l'Empereur de Russie regardât cette seconde proposition également comme inadmissible, l'Autriche est prête à reconnaître l'extension de la frontière russe jusqu'à la rive droite de la Vistule, le cours de ce fleuve devant rester libre et appartenir aux débouchés communs des riverains. La Russie garderait sur la rive gauche de la Vistule la ville de Varsovie avec un rayon, tandis qu'elle céderait à la Prusse la ville de Thorn sur la rive droite du fleuve. ¶ L'Autriche, loin de viser jamais à s'immiscer dans des objets d'administration intérieure de ses voisins, abandonnerait à Sa Majesté Impériale de toutes les Russies le soin de donner à ses provinces polonaises telle forme d'administration qu'elle jugerait utile et convenable. Elle ne s'opposerait même pas à ce que l'Empereur donnât à ses nouvelles acquisitions territoriales, isolément ou cumulativement avec ses autres provinces polonaises, la dénomination de „Royaume de Pologne du Nord ou de l'Est;" Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique se réservant dans ce cas la faculté de réunir ses provinces polonaises sous la dénomination de „Royaume de Pologne du Sud," sous telle forme administrative qu'elle trouverait également utile et convenable. La même faculté devrait être réservée à Sa Majesté Prussienne.

No. 868.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Earl of Liverpool. — Hervortreten von Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Polen. —

Vienna, November 21 (received December 3), 1814.

No. 868. Gross-britannien, 21. Nov. 1814.

(Extract.) Under these circumstances, which indicated a considerable degree of divergence in the sentiments of the two Courts, I thought it expedient to decline being the bearer of any proposition they might have to address to Russia, as my late correspondence with the Emperor had rendered my intervention less conciliatory than the nature of their negotiation might require. I took this opportunity to repeat to both Ministers, what I had before, on more than one occasion, expressed, — that I trusted they would not infer from the zeal which I had shown to support what I had understood to be their wishes, that Great Britain had any separate policy of her own to pursue with respect to Poland or any wish to excite them to any measures which did not originate, on their part, in a sense of their necessity. That the British Government felt desirous of contributing as far as could reasonably be expected from them, to re-establish that permanent peace and equilibrium on the Continent for which the British nation had made such immense sacrifices, and which was the declared object of the alliance; but that having honourably performed their part, their duty led them to leave the decision with the Powers more locally interested than Great Britain could consider herself to be, in the Polish arrangements. &c.

Castlereagh.

The Earl of Liverpool, *London.*

No. 869.

PREUSSEN. — Auszug aus einem vertraulichen Memorandum, dem Viscount Castlereagh mitgetheilt von dem Fürsten Hardenberg. —

No. 869. Preussen, 7. Nov. 1814.

La longue conversation que j'ai eue en présence du Roi avec l'Empereur de Russie n'a guères produit plus d'effet que celle de Lord Castlereagh et du Prince de Metternich, quoique je n'aie omis aucun des arguments qui nous sont connus et que je n'ai pas besoin de répéter ici. Sa Majesté Impériale persiste à se plaindre de ce qu'on s'obstine à mettre obstacle à ses plans, tandis que les grands services qu'elle a rendus à la cause commune avaient si efficacement contribué à faire rentrer non seulement l'Autriche, la Prusse et tant d'autres Princes dans leurs anciens États, mais même avaient procuré à plusieurs d'entr'eux, et particulièrement à l'Autriche des agrandissements importants et considérables. Sa Majesté ajouta que, se croyant en droit d'en demander pour elle-même, elle se bornait à une mesure qui assurait le repos de l'Europe, en tranquillisant enfin une nation mécontente et inquiète, et en la mettant sous la direction d'un Cabinet qui saurait la contenir; que ses alliés, loin de l'envisager comme dangereuse, devraient au contraire la soutenir et la favoriser, d'autant plus qu'en resserrant les liens de l'alliance de Chaumont, l'Empereur était prêt à leur donner toutes les garanties imaginables, et particulièrement pour leurs parts à l'ancienne Po-

No. 869. Preussen, 7. Nov. 1814.

logne; qu'il ajouterait au nouveau Royaume toutes les provinces russes autrefois polonaises; qu'il lui donnerait une Constitution qui le séparerait de la Russie et retirerait toutes les troupes russes, sans exception, derrière les limites de ce nouveau Royaume; qu'enfin l'objet sur lequel on disputait, nécessaire à l'égard de l'opinion pour le but qu'il se proposait, était trop peu considérable pour que l'on dût y attacher tant de prix de la part des alliés, et le lui refuser. ¶ Mes représentations sur la ligne offensive que donneraient à la Pologne la possession de Thorn, Kalisch, Czenstochau et Cracovie, n'effectuèrent que l'autorisation de l'Empereur de déclarer que jamais il ne fortifierait ce dernier village, ni en ferait une place d'armes, et qu'il en prendrait l'engagement le plus positif. Notre entretien finit par les instances les plus vives de ma part de se prêter à quelque biais conciliatoire, auxquelles j'ajoutai que selon moi on s'arrangerait sur la question politique, pourvu que l'Empereur cédât quelque chose sur celle des frontières. ¶ Le lendemain de cette conversation, la seconde lettre et le second mémoire de Lord Castlereagh parvinrent à Sa Majesté Impériale par le Général Lord Stewart. On en ignore encore les effets, mais d'après des notions que je crois sûres, même le Prince Czartorisky travaille maintenant à ce que l'Empereur s'arrange sur les limites. Il faudra, à mon avis, mettre tout en oeuvre pour parvenir à un arrangement convenable à cet égard, et je ne négligerai certainement rien de ce qui pourra nous y conduire; mais plus j'y pense plus je suis du sentiment que de notre côté nous devons céder sur la question politique, parce que j'y vois beaucoup plus de profit que de danger pour le repos de l'Europe en général, et pour les voisins de la Russie en particulier. Je vois la force et la puissance de celle-ci plutôt affaiblie qu'augmentée par ce nouveau Royaume de Pologne, sous le sceptre du même Souverain. La Russie proprement dite perd des provinces très-considérables et fertiles. Combinées avec le Duché de Varsovie, elles auront une constitution tout à fait différente et beaucoup plus libérale que celle de l'Empire. Les Polonais jouiront de privilèges que les Russes n'ont point. Bientôt l'esprit des deux nations sera tout-à-fait en opposition, leurs jalousies empêcheront l'unité, des embarras de tout genre naîtront, et un Empereur de Russie, en même temps Roi de Pologne, sera moins redoutable qu'un Souverain de l'Empire Russe, réunissant à celui-ci la plus grande partie de ce pays qu'on ne lui dispute pas, comme province. Je ne crains nullement que les sujets anciennement polonais de l'Autriche et de la Prusse, tendant sans cesse à se joindre à leurs compatriotes, donnent lieu à des troubles. Une administration sage et paternelle obviéra facilement à toutes les appréhensions de cette nature. En un mot, la conviction la plus intime s'est formée dans mon esprit, qu'en voulant empêcher l'Empereur de rétablir un Royaume de Pologne sous son sceptre, nous travaillons contre notre propre intérêt, tant par les raisons que je viens d'exposer que parce que nous nous ôtons le meilleur moyen de négocier sur les frontières. J'avoue aussi, qu'en réfléchissant à l'idée d'établir trois Royaumes de Pologne, j'y vois de grands inconvénients sans aucun profit réel. Ne serait-ce pas par là que nous nourririons cette tendance de se réunir qu'on appréhende, et que nous établirions ce que nous voulons détruire. Du reste, la partie prussienne surtout, quelles que soient les concessions qu'on réussirait encore à obtenir de

l'Empereur Alexandre, serait toujours trop peu considérable pour pouvoir porter le nom d'un Royaume. ¶ Décidons-nous donc à déclarer sans détour à l'Empereur, qu'en renonçant à l'Article Secret du $\frac{26}{15}$ janvier, 1797, nous consentirons au rétablissement d'un Royaume de Pologne, séparé de l'Empire de Russie, auquel il joindrait toutes les provinces russes, ci-devant polonaises, et donnerait une constitution à part, pourvu qu'il veuille se prêter à un arrangement territorial qui puisse nous contenter, et qu'il nous garantisse nos États polonais. Je ne pousserais pas nos prétentions à l'égard du territoire au délà de ce que nous avons déjà prononcé antérieurement. L'Autriche a plusieurs fois déclaré qu'elle se contenterait de Cracovie avec le pays jusqu'à la Nida et du Cercle de Zamosc, sur lequel elle n'a pas même insisté avec la même force; la Prusse a demandé Thorn et la ligne de la Wartha. Exiger maintenant la ligne de la Vistule et ne vouloir céder que Varsovie avec un rayon sur la rive gauche, me paraît ne pouvoir qu'aigrir davantage et nous éloigner de notre but. Je n'ignore pas que la frontière de la Vistule et du Narew serait celle qui nous donnerait les meilleures sûretés, mais je crois tout à fait impossible de l'obtenir, d'autant plus que nous ne l'avons jamais demandée, et qu'en la proposant maintenant, comme une condition de notre consentiment au rétablissement d'un Royaume de Pologne, nous détruirions le but de l'Empereur en rétranchant de ce royaume une partie aussi considérable et aussi essentielle.

No. 869. Preussen, 7. Nov. 1814.

Vienne, le 7 novembre, 1814.

Hardenberg.

No. 870.

OESTERREICH. — Fürst Metternich an den Fürsten Hardenberg. — Die Russland zu machenden Propositionen betreffend. —

Vienne, le 12 novembre, 1814.

(Extrait.) Nous partageons l'opinion de votre Altesse, qu'en suite des démarches directes qui ont eu lieu de la part de Lord Castlereagh vis-à-vis de l'Empereur Alexandre, le Cabinet Britannique nous servira dorénavant plus utilement comme point d'appui que comme médiateur. ¶ A juger de l'ouverture confidentielle de votre Altesse, il paraîtrait que l'Empereur de Russie ne serait pas éloigné d'admettre des modifications aux plans qu'il a énoncés en dernier lieu vis-à-vis de plusieurs personnes, et envers moi en particulier, comme des déterminations qui n'offraient point de retour. L'Empereur mon maître vous avait fait proposer d'autoriser Milord Castlereagh à écouter les propositions que l'Empereur Alexandre lui ferait, dans le cas qu'il eût rejeté nos trois alternatives, les seules propositions que nous avions jugé, conjointement avec le Ministre Britannique, pouvoir être faites par les Cabinets réunis. Si nous ne faisons plus passer nos propositions par le même intermédiaire, l'Empereur n'a cependant point changé d'opinion sur le fond des questions, décidé à ne pas mettre en avant, même seul, d'autres propositions que celles renfermées dans ma dernière lettre à votre Altesse. Il n'écoutera pas moins celles que ferait la Russie. Sa Majesté

No. 870. Oesterreich, 12. Nov. 1814.

No. 870. Oesterreich, 12. Nov. 1814.

Impériale désire que ce soit le Cabinet Prussien qui, dans la position actuelle des choses, se charge de tirer au clair des questions d'une aussi haute importance, et elle vous saura beaucoup de gré, mon Prince, si vous voulez la mettre le plus tôt possible à même de connaître les intentions finales de l'Empereur Alexandre : —

1. Sur les frontières qu'il vise à donner à ses acquisitions territoriales dans le Duché de Varsovie, &c.

2. Sur la nature et l'étendue des engagements politiques et militaires qu'il serait prêt à prendre pour restreindre l'influence de la Russie sur un Royaume de Pologne réuni constitutionnellement sous un même sceptre.

3. Sur les garanties qu'il s'engagerait à nous donner sous le point de vue de la sûreté de l'état de possession de nos provinces ci-devant polonaises. &c.

Metternich.

Mr. le Prince **Hardenberg**, *Vienne.*

No. 871.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Earl of Liverpool. — Uebersendung der russischen Antwort auf d. Memorandum vom 4. Nov. —

Vienna, November 21 (received December 3), 1814.

No. 871. Grossbritannien, 21. Nov. 1814.

My Lord, — I this evening received the inclosed note, with a Memoir in reply to mine of the 4th instant, from the Emperor of Russia*). ¶ I trust that I may consider the amended tone of this paper as a favourable presage of the improved temper in which Prince Hardenberg may hope to find His Imperial Majesty, and that whatever may be the issue of the negotiation, it will be conducted, at least avowedly, in a decorous deference to the obligations of Treaties, and to the principles upon which the relations of States should subsist. ¶ The language of this Memoir is, at all events, grateful to an English ear that has been too frequently doomed to listen to declarations of power founded upon the alleged pleasure of a Sovereign and the number of his troops ready for service. ¶ I have, &c.

Castlereagh.

The Earl of **Liverpool**, *London.*

No. 872.

RUSSLAND. — Kaiser Alexander an Viscount Castlereagh. — Antwort auf das Schreiben vom 4. Nov., mit beigefügtem Memorandum. —

Vienne, le $\frac{9}{21}$ novembre, 1814.

No. 872. Russland, 21. Nov. 1814.

My Lord, — Ayant pris connaissance du Mémoire que vous m'avez transmis en dernier lieu, j'ai jugé nécessaire qu'il y fût fait réponse, tant pour réfuter quelques assertions peu solides qui s'y trouvaient consignées, que pour donner une nouvelle preuve de la pureté de mes intentions et de l'invariabilité

---

*) No. 872.

de mes principes. J'espère, my Lord, que cet envoi fera la clôture de cette correspondance particulière, vous priant de faire passer vos papiers d'office par la voie habituelle. ¶ Recevez, &c.

Alexandre.

Anlage. — Zweites russisches Memorandum.

Vienne, le $\frac{9}{21}$ novembre, 1814.

Le second Mémoire anglais, plutôt que de simplifier les questions et de faciliter le rapprochement des opinions divergentes, paraît tendre à prolonger une discussion qui, en s'écartant des vues qui l'ont motivée, devient polémique, et ne peut conséquemment promettre aucun résultat. ¶ Cet écrit, par contre, a pour but de la terminer. Sans répondre donc d'une manière circonstanciée au Mémoire mentionné ci-dessus, on se bornera à rectifier quelques assertions qui y sont consignées, et qu'on ne saurait admettre sans manquer à la justice et sans méconnaître la vérité. ¶ Créer des suppositions pour les combattre, ce n'est pas discuter. L'auteur du Mémoire suppose à la Russie des intentions qu'elle n'a jamais eues. Ce n'est pas à elle seule qu'elle réserve la décision du sort du Grand Duché de Varsovie. C'est conformément aux principes d'une stricte équité, c'est de concert avec les Puissances Alliées, qu'elle désire le régler, et c'est ce dont il s'agit maintenant. ¶ Dire que le Traité de Reichenbach n'est qu'éventuel, ce n'est pas prétendre qu'on le considère comme nul et non-avenu; mais c'est lui donner son véritable caractère. En effet, cette transaction est éventuelle, parce que seule et dans un sens absolu, elle ne pouvait dans aucun cas régler tous les intérêts qui résultent des succès de la guerre et des événements postérieurs. ¶ Ce Traité a été conclu au moment où l'on ignorait encore si Buonaparte accepterait la médiation offerte par l'Autriche. Il la rejeta, et le Traité du 9 septembre fut conclu au fort de la guerre. Le succès des armes des Alliés donnant lieu à de nouvelles combinaisons, l'Article relatif au Duché de Varsovie fut stipulé dans des termes plus généraux, du consentement des mêmes Puissances qui avaient participé à celui de Reichenbach. ¶ Si Buonaparte eût accepté la médiation de l'Autriche; si les armées alliées avaient été obligées de s'arrêter sur l'Elbe; si l'Italie, la Hollande, et le Bas Rhin étaient demeurés au pouvoir de la France: alors le Traité de Reichenbach, modifié par les circonstances mêmes, eût dicté des combinaisons nouvelles et produit des effets différents. Une semblable modification, nécessitée par l'état des choses, aurait dû avoir lieu dans toutes les hypothèses, attendu que la proportion des dédommagements à prendre et les limites à tracer dans le Duché ne se trouvaient nullement déterminées dans cette stipulation, et qu'il était aussi juste qu'indispensable de modifier ces proportions selon les résultats de la guerre. Mais il y a plus: l'histoire de la diplomatie fournit plus d'un exemple de Traités qu'une des Parties Contractantes ne considéra pas comme obligatoires, à cause d'un changement total des circonstances. L'Angleterre elle-même, en se fondant sur ce principe, se crut autorisée à ne point exécuter celui d'Amiens. La Russie est bien loin de vouloir se restreindre à la force de cet argument; elle ne s'écarte point des stipulations;

No. 872. Russland, 21. Nov. 1814.

et c'est au contraire en suivant fidèlement les maximes qui ont présidé à toutes ses transactions politiques depuis le commencement de la guerre, qu'elle ouvre aujourd'hui une discussion libre sur les acquisitions qu'elle croit juste de conserver. ¶ Ces maximes étant le résultat de l'expérience, fixaient irrévocablement la règle de conduite que l'Empereur s'est imposée pour parvenir au grand but de délivrer l'Europe du joug qui l'opprimait, et de rétablir conséquemment un système politique fondé sur la justice et sur un équilibre solidement combiné. ¶ La justice établissait pour règle immuable de toutes les transactions entre les États coalisés, que les avantages que chacun d'eux serait appelé à recueillir du triomphe de la cause commune devaient être proportionnés à la persévérance de leurs efforts et à la grandeur des sacrifices. ¶ La nécessité d'un équilibre politique prescrivait, à son tour, de donner à chaque État une consistance et une force relative capable de placer la garantie des Conventions politiques dans les moyens que chacun d'eux aurait en lui-même pour les faire respecter. ¶ C'est en se conformant invariablement aux deux principes qui viennent d'être énoncés, que l'Empereur se détermina à faire la guerre, à la soutenir seul, dans son commencement, et à la pousser moyennant une coalition jusqu'au terme unique où la pacification générale de l'Europe pouvait être fondée sur les bases solides et inébranlables de l'indépendance des peuples et des droits sacrés des nations. La barrière de l'Oder une fois franchie, la Russie ne combattait plus que pour ses alliés, — pour augmenter la puissance de la Prusse et de l'Autriche, pour délivrer l'Allemagne, pour sauver la France des fureurs d'un despotisme dont elle portait seule tout le poids à la suite de ses revers. ¶ Si l'Empereur avait fondé sa politique sur les combinaisons d'un intérêt particulier et exclusif, lorsque l'armée de Napoléon, rassemblée, pour ainsi dire, aux dépens de l'Europe, eût trouvé en Russie son tombeau, Sa Majesté aurait pu faire la paix avec la France, et sans s'exposer aux chances d'une guerre dont l'issue était d'autant plus incertaine qu'elle dépendait des déterminations d'autres Cabinets, sans imposer à son peuple de nouveaux sacrifices, se contenter d'une part de la sûreté acquise pour son empire, et de l'autre acquiescer aux conditions que Buonaparte, instruit par une triste expérience, se serait empressé de lui proposer. Mais l'Empereur, dans l'entreprise magnanime à laquelle il s'est livré, se servit de l'élan généreux de son peuple pour seconder les voeux de toutes les nations européennes. Il a combattu pour une cause à laquelle se rattachaient les destinées du genre humain, avec des vues désintéressées. Fidèle à ses principes, Sa Majesté a constamment travaillé à favoriser les intérêts des Puissances ralliées à la cause commune, en ne plaçant les siens qu'au second rang. Elle a prodigué ses ressources pour faire prospérer leurs efforts réunis, dans la ferme persuasion que ses alliés, loin de trouver dans une conduite aussi pure des motifs de reproche, lui sauraient gré d'avoir subordonné toutes les considérations particulières à la réussite d'une entreprise qui avait pour but le bien général. ¶ C'est pour réintégrer le système d'un véritable équilibre politique, c'est pour frayer des voies régulières et légitimes aux stipulations dont il doit être le résultat, c'est pour le faire reposer sur la base solide de la force réelle et intrinsèque de chacune des Puissances, que la Russie s'est fait une loi de ne point anticiper sur les dispositions d'une pacification

génerale, tandis qu'il n'eût tenu qu'à elle de faire valoir ses droits sur un pays conquis par ses armes, sans aucune co-opération étrangère. La Russie, par contre, s'abstint constamment de toute démarche arbitraire, et ajourna tout projet d'agrandissement légitime jusqu'au temps où ses alliés auraient eu la juste mesure de la puissance qui leur serait échue en partage, et lorsque tous les États de l'Europe, rentrés dans la plénitude de leur indépendance, viendraient traiter de leurs intérêts, et contribuer par leurs suffrages à la juste conciliation de ceux des Alliés. ¶ Il est hors de doute, qu'en envisageant cette conduite dans la pureté des intentions qui l'ont dictée, aussi bien que dans les résultats qui en sont le fruit, Sa Majesté, vu la confiance sans bornes qu'elle place dans ces Alliés, ne peut que s'applaudir d'avoir choisi, pour énoncer et motiver ses justes prétentions, l'époque actuelle, où les Alliés étant mis à même d'obtenir des accroissements considérables de puissance, sous le rapport territorial, militaire, commercial et politique, ne peuvent légitimement contester à la Russie celui qu'elle réclame, non dans la vue d'augmenter ses ressources, mais comme un poids nécessaire dans la balance du système européen. ¶ Il suffira de jeter un coup d'oeil rapide sur les accroissements de puissance relative réservés à chaque État en particulier, pour donner à cette vérité tous les caractères de l'évidence. La puissance de la Grande-Bretagne embrasse tout le globe. Elle domine l'océan, s'étend sur toutes les côtes maritimes, et se fonde sur l'irrésistible nécessité des communications entre les hommes. L'Angleterre possède dans l'Inde 40,000,000 de sujets, donne la loi au Continent américain, exploite la mine inépuisable du Levant, retient toutes les clefs de la Méditerranée, et sa puissance maritime et commerciale, par suite d'une révolution destructrice, ne rencontre nulle part et n'a point à craindre de rivaux. Enfin ses rapports avec la Hollande, ainsi que le recouvrement de l'Électorat d'Hanovre, donnent à l'Angleterre une nouvelle prépondérance directe dans les affaires du Continent. ¶ L'Autriche va étendre son sceptre et son influence sur la plus belle moitié de cette Allemagne, couverte des ruines de ces anciennes institutions. Elle est délivrée du fardeau qui lui imposait une stérile suprématie. Elle possède de belles contrées de l'Italie, qui ne furent conquises que par les forces réunies de la Grande Ligue sous les murs mêmes de Paris. Elle réunit à son vaste territoire les provinces illyriennes, qui la rendent maîtresse de l'Adriatique et lui assurent une influence prépondérante dans la Turquie Européenne. Par sa position actuelle en Italie, elle se voit en mesure de donner la loi aux Royaumes de Naples et de Sardaigne, d'influencer puissamment la Suisse, et de maintenir contre la France la barrière des Alpes. ¶ La Prusse recueille la partie septentrionale du grand héritage de l'Empire germanique, et consolide son pouvoir sur la Vistule, l'Elbe et le Rhin. ¶ L'Allemagne va reprendre une consistance politique qu'elle n'a jamais eue, et qu'elle doit en grande partie aux progrès de l'esprit de ses peuples et à des institutions qui les réunit en corps de nations. ¶ La France, circonscrite par les excès d'une ambition colossale, sans marine et sans commerce, n'a pour elle que la sagesse de son Gouvernement. ¶ La Péninsule, épuisée et occupée d'une lutte funeste avec ses propres Colonies, ne présente aucun point d'appui. ¶ Il reste à considérer la Russie. Quels sont les agrandissements de sa part qui menacent

No. 872. Russland, 21. Nov. 1814.

le repos de l'Europe, ou plutôt quel est le point d'appui sur lequel elle puisse se fonder, pour être sûre que la loi de l'équilibre ne sera pas enfreinte à son égard? Et-ce l'acquisition de la Finlande et de la Bessarabie qui peut autoriser des appréhensions de cette nature? Ne pourrait-on pas demander, au contraire, si c'est l'Allemagne ou l'Italie qui peuvent la rassurer sur les projets hostiles d'une Puissance quelconque, qui tenterait de se prévaloir des nouveaux avantages qu'elles vient d'acquérir? Il y a plus. La Russie, pourrait-elle se flatter d'une parfaite sécurité dans son intérieur, si elle n'obtenait pas une bonne frontière militaire, et surtout si elle abandonnait encore au désespoir et à la seduction les habitants du Duché de Varsovie? Il est d'un intérêt majeur pour la Russie de mettre un terme à toutes les inquiétudes des Polonais. Comprimées ultérieurement, elles réagiraient un jour sous une influence étrangère. Et cette réaction troublerait nécessairement le repos de la Russie et de tout le Nord. L'expérience vient à l'appui de cette observation. ¶ Enfin si à cet aperçu rapide de la situation respective des Puissances on ajoutait l'évaluation rigoureuse et statistique des acquisitions de chacune à cette grande époque, nul ne pourrait contester de bonne foi à la Russie un agrandissement que la justice, le maintien de l'équilibre en Europe et sa tranquillité intérieure réclament d'un commun accord. ¶ L'auteur du Mémoire, entraîné par la vivacité de la discussion, semble ne plus apprécier l'état d'indépendance et de bonheur auquel l'Europe est parvenue, et avoir oublié la situation désespérée de laquelle le Continent est sorti. ¶ On ne saurait non plus partager l'opinion émise, que la Grande-Bretagne n'eût pas voulu consentir à renoncer aux îles françaises des Antilles contre les grands avantages déjà acquis, ou à faire toute autre restitution de ce genre, si elle avait pu prévoir que la Russie obtiendrait une plus grande part du Duché de Varsovie qu'elle ne croit devoir lui revenir. ¶ On est au contraire dans la conviction que s'il fallait recommencer, l'Angleterre (même avec la certitude que tout le Grand Duché appartiendrait à la Russie) ne balancerait pas pour soustraire l'Europe au despotisme qui l'asservissait, de sacrifier encore une fois le superflu de ses immenses Colonies. Tous les autres États de l'Europe auraient certainement embrassé le même parti, s'ils étaient menacés de retomber sous le pouvoir d'une nouvelle Dynastie créée par la révolution. ¶ On a remarqué avec la plus vive satisfaction, l'énergie que l'auteur du Mémoire a déployée en plaidant les droits des nations. Il resterait à désirer que cet élan pour un objet d'un aussi grand intérêt n'eût pas été accompagné d'un mouvement d'impatience. On n'en doit pas moins juger favorablement sur le fond des sentiments du Cabinet Britannique, et l'on en tire un heureux présage pour la prospérité et le repos futurs du monde. ¶ S'il était possible que tous les États européens se replaçassent spontanément dans la situation où ils se trouvaient, si toutes les acquisitions qu'ils ont faites et les changements qu'ont dû subir nécessairement leurs relations politiques pouvaient être considérés comme non-avenus, il est hors de doute que l'Empereur de Russie n'eût été le premier à donner l'exemple des plus grands sacrifices pour contribuer à ce grand résultat. Mais cette hypothèse paraît contraire aux dispositions des autres États. La Grande-Bretagne elle-même serait appelée à des restitutions importantes. On lui demanderait des con-

cessions qu'elle aurait sûrement beaucoup de peine à accorder, quelque essentielles qu'elles pussent être au bien général et à l'indépendance véritable des nations dans leurs rapports extérieurs. Ainsi, plutôt que de plaider vaguement la cause des principes du droit public européen, il paraît préférable de travailler, dans l'état actuel des choses, à assurer aux nations les avantages relatifs auxquels elles ont des droits et au moyen desquels on peut plus raisonnablement espérer une paix et une concorde fondée sur l'aptitude à la maintenir entre les grands États. ¶ On finira par observer que l'intervention d'un médiateur dans toute discussion est sans doute à désirer, et peut devenir salutaire toutes les fois qu'elle sert à rapprocher les esprits. ¶ Dans le cas contraire, il est préférable de laisser aux parties intéressées le soin de débattre leurs différends et de s'expliquer entr'elles, surtout lorsqu'une intimité et une confiance réciproque constitue le principe le plus actif de leurs négociations. ¶ Le véritable caractère de conciliateur convient sans doute éminemment à la Grande-Bretagne, et ses Ministres, en le soutenant dans toute sa pureté, pourront rendre les plus grands services à la cause de l'Europe et de l'humanité entière.

No. 872. Russland, 21. Nov. 1814.

No. 873.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Earl of Liverpool. — Bericht über den Fortgang der Verhandlungen in Betreff Polens. —

Vienna, November 24 (received December 8), 1814.

No. 873. Grossbritannien, 24 Nov. 1814.

My Lord, — I acquainted your Lordship in my despatch of the 21st instant with the indisposition of the Emperor of Russia. The disease proved to be an erysipelas in one of his legs, attended with considerable fever. ¶ This attack suspended all intercourse with His Imperial Majesty on business for some days. He was, however, sufficiently recovered to see both Prince Metternich and Prince Hardenberg the night before last. ¶ I understand from Prince Metternich that the Emperor was very conciliatory in his language, expressed his wish to come to an understanding, &c. The conversation was general, his Highness declining to enter into the discussion of the points at issue, having placed the negotiation in Prince Hardenberg's hands. ¶ The Prussian Minister had a long conference with His Imperial Majesty on the same evening. For the reasons already stated to your Lordship, it has been my wish to interfere as little as possible in the conduct of this negotiation. I have therefore avoided calling myself on the Chancellor, but his Highness desired Count Munster to inform me „qu'il a été très-content d'un entretien qu'il a eu hier au soir avec l'Empereur de Russie. Sa Majesté a écouté avec beaucoup de calme le tableau que le Chancelier lui a fait des suites d'une guerre qui ne manquerait pas de se rallumer tôt ou tard, au cas que la Russie ne voudrait revenir en partie sur ses projets relativement à la Pologne. L'Empereur a persisté qu'il désirait le repos de l'Europe, et qu'il ne doutait pas qu'il s'arrangerait à l'amiable avec ses voisins.“ ¶ The Chancellor then stated to the Emperor the terms on which Austria and Prussia would be willing to arrange the question of the Polish frontier, leaving

No. 873. Grossbritannien, 24. Nov. 1814.

His Imperial Majesty to act politically with respect to his own Polish possessions as he pleased. The Emperor expressed a disposition to treat upon this base, proposing to comprehend in the same negotiation the other principal points in dispute, viz., Saxony and Mayence. His Imperial Majesty promised to give an answer in two or three days. ¶ Your Lordship will observe from the above that the Emperor has at length, for the first time, submitted to consider this question as a matter of regular negotiation between him and his allies. I wish I could feel myself justified in encouraging you to expect that the liberality with which the two neighbouring Powers are disposed to lend themselves, at the risk of their own Polish Provinces, to His Imperial Majesty's political views upon Poland, was likely to be met by a corresponding spirit of accommodation with respect to frontier on the part of Russia. I much fear this will not turn out to be the case; nor can I regard with much confidence, after the experience of many months, these discussions, which are conducted without the intervention of any responsible Minister, and in which Prince Hardenberg, however pure his intentions may be, will have to act under the double disadvantage of treating with a Monarch whose declarations cannot be considered as official and under the apprehension that, in the event of any serious difference arising, he has every prospect of being disavowed by his own master. ¶ I shall not fail to despatch another messenger so soon as these important discussions have assumed such a character as may enable me at all to judge of their result. ¶ I have, &c.

Castlereagh.

The Earl of **Liverpool**, *London.*

No. 874.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Earl of Liverpool. — Weiterer Bericht über den Fortgang der Verhandlungen in Betreff Polens. —

Vienna, December 5, 1814.

No. 874. Grossbritannien, 5. Dec. 1814.

(Extract.) In my letter of the 25th ultimo, I reported to your Lordship the commencement of the negotiation with the Emperor of Russia upon the Polish question, and that the conduct of it had been entrusted to the Prince de Hardenberg. ¶ I was not at that moment enabled to state more than the favourable reception Prince Hardenberg considered his proposition had met with from the Emperor of Russia; that His Imperial Majesty had agreed to treat upon the terms proposed, and had promised an answer in a few days. ¶ The precise terms which the Prussian Minister was authorised to propose were as follows: — That Prussia should receive Thorn and the line of the Wartha, and that Austria should obtain, in addition to the circle of Zamosc, Cracovie, and the Nidda, as a frontier. It was added that, provided the Emperor yielded on the territorial question as proposed, the two Powers were prepared to acquiesce in his political views in Poland, under guarantees to be reciprocally agreed upon. ¶ The counter-project to this overture was communicated on the part of

Russia by the Prince Czartorisky and Baron Stein, neither of whom hold any responsible situation under the Emperor. It was limited to a proposition to neutralize the towns of Thorn and Cracovie by erecting them into free cities with a rayon round each; but His Imperial Majesty, however strong his professions had been for several days of a desire to meet the wishes of his allies, did not intimate any intention of yielding the circle of Zamosc, or the territory intervening between Kalisch and the Wartha, and between Cracovie and the Nidda, adhering, as far as territory was concerned, to his former line by Kalisch to the west, and by the Vistula on the south, between Cracovie and Sendomir. ¶ It was stated that as these two points had been represented as menacing to his allies, the Emperor was willing thus to strip them of that character. But that as a condition, *sine quâ non*, of this concession, he must require that the questions of Saxony and Mayence should be simultaneously settled, the former by its complete incorporation with Prussia, the latter by its being rendered a fortress of the Empire. ¶ Your Lordship will recollect that the circumstances which preceded the transfer of the negotiation into the management of Prussia were not such as to afford much prospect of insisting with effect upon any demand, more especially one of any magnitude. This, as I understand, induced the Austrian Minister to represent to Prince Hardenberg the necessity, under existing circumstances, of Prussia modifying her Saxon pretensions, so as not only to secure the concurrence of the several German Powers and, if possible, of France to her arrangements, but also to compensate in some measure the disappointment of Austria as to her Polish frontier, by relieving her from that jealousy which the total extinction of an intermediate Power on her Bohemian frontier must occasion. ¶ I certainly understood from Prince Metternich when he agreed to the basis of negotiation before stated, that Prince Hardenberg had previously acquiesced in this principle, it being premised that this modification was not to operate a reduction in the quantum of territory which Prussia was to receive. By one of those changes in council which are not unfrequent in the Prussian Cabinet, it appears that this facility to an arrangement, however unsatisfactory it might still have remained with respect to the Polish frontier, is now absolutely withdrawn on the part of Prince Hardenberg, and I am afraid your Lordship must be prepared, if this is persisted in, to find the negotiation generally assume a most embarrassing character. ¶ You will judge of this, as far as the interests of Austria are concerned, by observing that the Russian counter-project gives her nothing in point of frontier on the side of Poland. It merely relieves her from the umbrage of two points, by giving them a political instead of a military character. On the side of the Elbe it exposes her to a direct contact with Prussia throughout the whole line of her Bohemian frontier, the gorges of which will pass into the hands of that Power, and it also embarrasses even her Austrian frontier by insisting upon an arrangement with respect to Mayence, which, however wise in itself, disappoints the condition upon which Bavaria had agreed to restore to Austria the strong country extending from Salzburg along the Inn to the Danube. ¶ It is not merely in her territorial relation that the spirit disclosed in the late negotiations embarrasses Austria. She feels still

No. 874. Grossbritannien, 5. Dec. 1814.

greater uneasiness from the temper of the Russian councils, and from the commanding sway the Emperor has acquired, through the King, over those of Prussia. Had Prince Hardenberg been enabled to range himself, as he promised to do, on the side of Austria, in a sincere, open, and undisguised negotiation with Russia upon the Polish question, whatever might have been the success of this effort the world would have taken it as a proof that Prussia was true to the interests of Germany. And it would have given Austria a strong moral justification for making great sacrifices to her in Saxony; but the misfortune is that the impression as well as the fact is now the other way, and that Russia and Prussia are looked upon as one, pledged to support each other's objects, whatever may be their effect either upon Austrian or German interests. &c.

Castlereagh.

The Earl of **Liverpool**, *London.*

No. 875.

OESTERREICH. — Fürst Metternich an den Fürsten Hardenberg. — Die Regelung der Angelegenheiten Polens betreffend. —

Vienne, le 10 décembre 1814.

No. 875. Oesterreich, 10. Dec. 1814.

(Extrait.) J'ai soumis à l'Empereur la note verbale que votre Altesse m'a fait l'honneur de me remettre le 2 de ce mois. Sa Majesté Impériale m'autorise à faire aux divers objets sur lesquels elle porte la réponse suivante :— ¶ La première, comme la plus importante des questions réservées aux négociations de Vienne, a sans doute été celle de la fixation du sort du Duché de Varsovie. Cette question renfermait en effet toutes les facilités propres à régler les affaires générales de l'Europe, sous le point de vue politique et de distribution territoriale, soit que les Provinces ci-devant polonaises eussent, en tout ou en partie, été réunies en un corps politique indépendant, placé entre les trois Cours du Nord, soit que le partage du territoire du Duché de Varsovie entre ces mêmes Cours eût fourni le moyen de compléter les dimensions prévues par les Traités d'Alliance de 1813. ¶ Dès que le sort du Duché de Varsovie a cessé de former un objet de discussion et que, par sa destination à servir d'agrandissement à l'Empire russe, la question se trouve réduite à la simple évaluation de quelques points de frontière, l'Empereur est assez déterminé à faire céder au bien général ce qui ne se lie qu'à l'intérêt particulier de sa Monarchie, pour qu'il n'hésite pas à subordonner à son désir de conserver la paix et ses rapports d'amitié avec la Russie, les prétentions qu'il avait formées au delà de la possession de Cracovie avec un rayon convenable. Il doit cependant désirer que cette ville, ainsi que Thorn, soient remises à l'Autriche et à la Prusse pour être incorporées à leurs États. L'existence indépendante de ces deux villes menacerait au même degré la tranquillité des trois Puissances avoisinantes: placées hors de toute influence directe, bientôt elles serviraient à tous les mécontents de foyers de machinations et de troubles. ¶ Les lignes de la Wartha et de la Nidda offrant la dernière frontière naturelle, et la seule qui soit encore basée sur une idée militaire,

No. 875. Oesterreich, 10. Dec. 1814.

l'Empereur ne peut qu'attacher beaucoup de prix à ce que l'on parvienne à les obtenir. Le seul cours de la Nidda n'est cependant plus pour l'Autriche d'une assez grande importance pour que Sa Majesté veuille faire de cet objet une condition *sine quâ non* de son arrangement avec la Russie; en échange, tout accroissement de territoire que votre Altesse obtiendra pour la Prusse dans le Duché sera regardé par l'Empereur comme une amélioration véritable des arrangements communs. ¶ Sa Majesté remet ces questions entre les mains de votre Altesse, et elle croit que la fixation détaillée des rayons de Cracovie et de Thorn, ainsi que des limites futures de l'Autriche, de la Prusse et de la Russie, dans le Duché de Varsovie, devrait être incessamment confiée à des officiers d'État-Major des armées respectives. ¶ De plus Sa Majesté n'aura pas d'éloignement (si l'Empereur Alexandre insistait sur cette clause) à faire entrer dans les arrangements définitifs avec la Russie, la réserve que la ville de Cracovie ne puisse être fortifiée. ¶ L'Empereur n'ayant rien trouvé dans la note verbale de votre Altesse sur la question constitutionnelle de la Pologne, ni sur celle de la réunion des anciennes provinces polonaises russes aux nouvelles acquisitions de la Russie, Sa Majesté Impériale me fait un devoir d'appeler l'attention du Cabinet Prussien sur un objet aussi essentiel. ¶ Les demandes que nous avons le droit de former à cet égard envers la Russie résultent des engagements que l'Empereur Alexandre a pris spontanément et de lui-même vis-à-vis de nous, pour compenser en quelque sorte le plus de prétentions à des acquisitions territoriales. Il paraît impossible de ne pas faire mention de cette condition dans la marche de nos négociations ultérieures, en liant les promesses de l'Empereur, à ce sujet, aux garanties que nous avons le droit de réclamer pour nos possessions ci-devant polonaises. ¶ Il reste plusieurs objets non moins importants à régler avec la Russie, au nombre desquels se trouvent des stipulations en faveur de la liberté de la navigation sur la Vistule, &c. ¶ L'Empereur m'a ordonné d'entrer sur ces points en pourparlers directs avec le Ministère Russe, et de suivre de même directement près Sa Majesté l'Empereur Alexandre la négociation sur les objets ci-dessus mentionnés que votre Altesse a bien voulu porter à la connaissance de Sa Majesté Impériale. &c.

Metternich.

No. 876.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Earl of Liverpool. — Bedingungen der Theilnahme an den Conferenzen wegen Polens. —

Vienna, January 1 (received January 14), 1815.

No. 876. Gross-britannien, 1. Januar 1815.

(Extract.) Before I gave my consent to be present at the Conferences on Polish affairs, I thought it right to have an explanatory interview with Count Razumoffsky and Prince Hardenberg for two objects. The first was to desire it might be understood that, by assisting at the arrangement of the details of the intended Polish measure, I was not to be considered as altering or withdrawing any part of the opposition I had felt it my duty to give to the principle of that measure on the part of my Court; that, with this reserve however, I was

No. 876. Gross-britannien, 1. Januar 1815.

perfectly ready to contribute, as far as lay in my power, to render the arrangement as little exceptionable as possible in its minor provisions. ¶ The second point which I desired to press was that France might be invited to take a part in the Saxon negotiations. &c.

Castlereagh.

The Earl of **Liverpool**, *London.*

No. 877.

GROSSBRITANNIEN. — Viscount Castlereagh an den Earl of Liverpool. — Uebersendung der beabsichtigten protokollarischen Erklärung in Betreff Polens. —

Vienna, January 11 (received January 23), 1815.

No. 877. Gross-britannien, 11. Januar 1815.

My Lord, — I had occasion in my despatch of the 1st instant to report to your Lordship the explanations under which I consented to attend the Conferences on the affairs of Poland. ¶ I now transmit to your Lordship a note*) which I have thought it my duty to enter upon the Protocol, in order that the sentiments expressed by the Minister of Great Britain on this important subject may remain officially on record, the correspondence which passed between the Emperor of Russia and myself not possessing in strictness, perhaps, that character. ¶ I am convinced that the only hope of tranquillity now in Poland, and especially of preserving to Austria and Prussia their portions of that kingdom, is for the two latter States to adopt a Polish system of administration as a defence against the inroads of the Russian policy. I have pressed this in both our last Conferences, and Prince Metternich acquiesces in the principle. ¶ My object in this note has been to avoid, as much as possible, the revival of unavailing contention, and to confine myself within the limits of an explanation equally due to my Court and to myself. ¶ I have, &c.

Castlereagh.

The Earl of **Liverpool**, *London.*

No. 878.

GROSSBRITANNIEN. — Der Herzog von Wellington an Viscount Castlereagh**). — Eine Unterredung mit dem Fürsten Radzivill über die polnischen Angelegenheiten betreffend. —

Vienna, February 18 (received March 2), 1815.

No. 878. Gross-britannien, 18. Febr. 1815.

(Extract.) Prince Radzivil called upon me yesterday, and after adverting to the promises made by the Emperor of Russia to the Poles, and reading the Constitution according to which His Majesty had promised they should be

*) Den nachträglich modificirten Text dieser Note s. u. Anlage M. zu No. 879.

**) Lord Castlereagh war damals auf seinen Posten nach England zurückgekehrt, und der Herzog von Wellington (seit dem 1. Februar) als Bevollmächtigter bei dem Wiener Congress eingetreten.

governed, he said that he was apprehensive that His Majesty would be under the necessity of departing from his promises to please his Russian subjects; and that even if the system should be completely carried into execution in the Duchy of Warsaw, it would not be extended to the Polish provinces which had been under the dominion of Russia before the war; and that in the meantime the Prussian and Austrian Governments, but particularly the latter, showed but little inclination to adopt the liberal principles in regard to the Poles recommended by your Lordship to those Powers. Under these circumstances Prince Radzivil expressed a wish that the subject should be taken up again in the Conferences of the five Powers, and that I should propose that the Emperor should take upon himself the title of „King of Poland," and should govern all his Polish subjects according to the Constitution His Majesty had promised them, and that the other Powers should conform to the same as far as was practicable. ¶ I could not discover, from what he said, whether Prince Radzivil had or not been sent by the Emperor; but I told him that I could not again revive the subject of Poland, nor could I repeat unnecessarily what your Lordship had entered upon the Protocol of the Conferences of the five Powers regarding that Kingdom. That it would be highly satisfactory to us to find that the Poles were well governed by the different Powers under which they were placed, and we should applaud any liberal system according to which any of the Powers should announce to the world that they intended to govern their Polish subjects; but that it was impossible for us to propose such a system, or to go further than your Lordship had done. ¶ The object of this conversation appeared to be the same as that of Prince Czartorizky with your Lordship on the same subject, and as I cannot believe that the Emperor is desirous to get rid of the embarrassment in which he finds himself by the importunities of his Polish subjects on the one hand, and the objections of the Russians to the system proposed for the government of Poland on the other, by our interference, I conclude that these communications are quite unauthorized, and are made by the Poles with a view to bring the Emperor's sincerity to a test by our means.

No. 878. Gross-britannien, 18. Febr. 1815.

Wellington.

The Viscount **Castlereagh**, *London.*

No. 879.

WIENER CONGRESS. — Auszug aus dem Protokoll der Conferenz vom 21. Februar 1815. —

No. 879. Wiener Congress, 21. Febr. 1815.

Présents: MM. le Comte de Razumoffsky, — le Prince de Metternich, — le Prince de Talleyrand, — le Duc de Wellington, — le Prince de Hardenberg, — le Baron de Humboldt, — le Comte de Capo d'Istria, — le Baron de Wessenberg.

Lord Castlereagh ayant adressé une note circulaire en date du 12 janvier dernier, relativement aux affaires de Pologne, et cette note n'ayant pas été consignée au Protocole, attendant qu'elle avait été remise dans l'intervalle d'une

No. 879. Wiener Congress, 21. Febr. 1815.

séance à l'autre, il a été convenu entre MM. les Plénipotentiaires de la faire insérer au Protocole de ce jour. Elle y est consignée sous la lettre M.

MM. les Plénipotentiaires de la Russie déposent également au Protocole la réponse qu'ils y ont faite le 19 janvier dernier. Elle est jointe au présent Protocole *sub* lettre N.

MM. les Plénipotentiaires d'Autriche ayant porté ces deux notes à la connaissance de leur auguste Maître, ont l'ordre de faire à ce sujet la déclaration ci-jointe *sub* lettre O. Cette déclaration tient lieu en même temps de réponse à la demande qu'avaient faite MM. les Plénipotentiaires russes par l'Article 2 de leurs observations (présentées *sub* No. 9 dans la séance du 9 janvier), savoir, ,,que les explications verbales de MM. les Plénipotentiaires d'Autriche, relativement à la nationalité polonaise, fussent consignées par écrit.“

MM. les Plénipotentiaires de Sa Majesté le Roi de Prusse demandent aussi consignation au Protocole de la déclaration faite au nom de leur Cour, en réponse au mémoire de M. le Vicomte Castlereagh; cette réponse, qui est sous la date du 30 janvier, est jointe ici, *sub* lettre P.

A cette occasion M. le Prince de Talleyrand, premier Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de France, a observé que Lord Castlereagh lui ayant également adressé la note circulaire du 12 janvier dernier, ci-dessus rappelée, il y a répondu en exprimant l'assentiment de Sa Majesté le Roi de France aux principes exposés par M. le Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique*).

Lecture faite des déclarations de la part de l'Autriche et de la Prusse, MM. les Plénipotentiaires de la Russie se réservent de transmettre ces pièces à leur auguste Maître.

Anlage M. — Circularnote und Memorandum des Viscount Castlereagh. —

Vienna, January 12, 1815.

No. 879. Anl. M. Grossbritannien, 12. Januar 1815.

Lord Castlereagh, deeming it his duty under the orders he has received shortly to record the sentiments of his Court upon the Polish arrangement now in progress, takes leave, as the least inconvenient mode of doing so, to send the accompanying note (circular) to his colleagues, requesting, if they see no objection, that it may make a part of the Protocol of their last Conference.

---

*) Die Antwortsnote Talleyrands an Lord Castlereagh d. d. Wien 13. Januar 1815 lautet: ,,My Lord — J'ai lu avec grand plaisir la note que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser hier au soir et dont vous désirez que le contenu soit inséré au Protocole de nos Conférences. ¶ Votre Excellence sait que la France partageait le voeu de la Grande-Bretagne pour le rétablissement du Royaume de Pologne dans un état d'indépendance parfaite. Ce voeu qui se trouve exprimé dans ma lettre à M. de Metternich, dont j'ai eu l'honneur d'adresser une copie à votre Excellence, comprend implicitement tous ceux que vous formez, et qui sont si bien exposés dans votre note, pour assurer à un peuple à qui il nous a été impossible de faire recouvrir son ancienne existence, tous les avantages que comporte la situation où il va se trouver. Je partage sous réserve tous les sentiments de votre Excellence à cet égard, et j'adhère bien cordialement à toutes les propositions que vous avez l'intention de faire. —“

Memorandum by Viscount Castlereagh. —

No. 879. Anl. M. Grossbritannien, 12. Januar 1815.

The Undersigned, His Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs and Plenipotentiary to the Congress of Vienna, in desiring the present note concerning the affairs of Poland may be entered on the Protocol, has no intention to revive controversy, or to impede the progress of the arrangements now in contemplation. His only object is to avail himself of this occasion of temperately recording, by the express orders of his Court, the sentiments of the British Government upon an European question of the utmost magnitude and importance. ¶ The Undersigned has had occasion in the course of the discussions at Vienna, for reasons that need not now be gone into, repeatedly and earnestly to oppose himself, on the part of his Court, to the erection of a Polish Kingdom in union with and making a part of the Imperial Crown of Russia. ¶ The desire of his Court to see an independent Power, more or less considerable in extent, established in Poland under a distinct Dynasty, and as an intermediate State between the three great Monarchies, has uniformly been avowed; and if the Undersigned has not been directed to press such a measure, it has only arisen from a disinclination to excite, under all the apparent obstacles to such an arrangement, expectations which might prove an unavailing source of discontent among the Poles. ¶ The Emperor of Russia continuing, as it is declared, still to adhere to his purpose of erecting that part of the Duchy of Warsaw which is to fall under His Imperial Majesty's dominion, together with his other Polish provinces, either in whole or in part, into a Kingdom under the Russian sceptre; and their Austrian and Prussian Majesties, the Sovereigns most immediately interested, having ceased to oppose themselves to such an arrangement, — the Undersigned adhering, nevertheless, to all his former representations on this subject, has only sincerely to hope that none of those evils may result from this measure to the tranquillity of the North, and to the general equilibrium of Europe, which it has been his painful duty to anticipate. But in order to obviate as far as possible such consequences, it is of essential importance to establish the public tranquillity throughout the territories which formerly constituted the Kingdom of Poland, upon some solid and liberal basis of common interest, by applying to all, however various may be their political institutions, a congenial and conciliatory system of administration. ¶ Experience has proved that it is not by counteracting all their habits and usages as a people that either the happiness of the Poles, or the peace of that important portion of Europe, can be preserved. A fruitless attempt, too long persevered in, by institutions foreign to their manners and sentiments to make them forget their existence, and even language, as a people, has been sufficiently tried and failed. It has only tended to excite a sentiment of discontent and self-degradation, and can never operate otherwise than to provoke commotion and to awaken them to a recollection of past misfortunes. ¶ The Undersigned, for these reasons, and in cordial concurrence with the general sentiments which he has had the satisfaction to observe the respective Cabinets entertain on this subject, ardently desires that the illustrious Monarchs to whom the destinies of the Polish nation are

No. 879. Anl. M. Gross-britannien, 12. Januar 1815.

confided, may be induced, before they depart from Vienna, to take an engagement with each other to treat as Poles, under whatever form of political institution they may think fit to govern them, the portions of that nation that may be placed under their respective sovereignties. The knowledge of such a determination will best tend to conciliate the general sentiment to their rule, and to do honour to the several Sovereigns in the eyes of their Polish subjects. This course will consequently afford the surest prospect of their living peaceably and contentedly under their respective Governments. ¶ If such should happily be the result, the object which His Royal Highness the Prince Regent has most at heart, namely, the happiness of that people, will have been secured; and it will only remain for His Royal Highness most anxiously to hope that none of those dangers to the liberties of Europe may ever be realized which might justly be apprehended from the reunion of a powerful Polish Monarchy with the still more powerful Empire of Russia, if at any time hereafter the military force of both should be directed by an ambitious and warlike Prince.

Anlage N. — Russische Antworten auf des Viscount Castlereagh Circularnote. —

1. Graf Razumoffsky an den Fürsten Metternich.

Vienne, le $\frac{7}{19}$ janvier, 1815.

No. 879. Anl. N. Russland, 19. Januar 1815.

Le Comte de Razumoffsky ayant reçu de la part de M. le Vicomte de Castlereagh une note circulaire concernant les affaires de Pologne, se fait un devoir de communiquer à M. le Ministre d'État et des Affaires Étrangères le Prince de Metternich la réponse qu'il a adressée par ordre de l'Empereur son Maître au Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique à l'effet d'être insérée au Protocole. ¶ Il saisit &c.

---

2. Graf Razumoffsky an Viscount Castlereagh.

Vienne, le $\frac{7}{19}$ janvier, 1815.

Le Comte de Razumoffsky a porté à la connaissance de l'Empereur son auguste Maître le contenu de la note circulaire qui lui a été adressée par Milord Castlereagh en date du 12 de ce mois. Il a reçu l'ordre de répondre aux considérations qui en font l'objet par la note ci-jointe qu'il a l'honneur de lui transmettre, en se réservant de la communiquer à ses autres collègues, afin qu'elle soit également insérée au Protocole. ¶ Le Comte de Razumoffsky saisit, &c.

---

3. Russische Antwort auf das Memorandum des Viscount Castlereagh.

Vienne, le $\frac{7}{19}$ janvier, 1815.

La note remise par M. le Vicomte de Castlereagh, Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour les Affaires Étrangères et Son Plénipotentiaire au

Congrès de Vienne, insérée au Protocole des Conférences, et qui a trait aux arrangements des affaires de Pologne, a été portée à la connaissance de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies. ¶ Le Soussigné, après avoir pris à cet égard les ordres de son auguste Maître, se fait un devoir de communiquer la réponse suivante, et prie également ses collègues de la faire insérer dans le Protocole. ¶ La justice et la libéralité des principes consignés dans la note anglaise ont fait éprouver à Sa Majesté Impériale la plus vive satisfaction. Elle s'est plue à y reconnaître les sentiments généreux qui caractérisent la nation britannique et donnent la juste mesure des vues grandes et éclairées de son Gouvernement. ¶ Leur conformité avec ses propres intentions et surtout les développements que le Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique a donnés dans cet écrit à ces maximes politiques, en les appliquant à la négociation actuelle, ont été envisagés par Sa Majesté l'Empereur comme très-propres à favoriser les mesures conciliatoires proposées par elle à ses Alliés, dans l'unique but de contribuer à l'amélioration du sort des Polonais, autant que le désir de protéger leur nationalité peut se concilier avec le maintien d'un juste équilibre entre les Puissances de l'Europe, qu'une nouvelle répartition des forces doit désormais rétablir. ¶ A cette considération se joignent celles non moins importantes qui démontrent l'impossibilité de faire renaître dans l'ensemble de ses combinaisons primitives cet ancien système politique de l'Europe dont l'indépendance de la Pologne ferait partie. ¶ La réunion de ces motifs a dû nécessairement borner la sollicitude de Sa Majesté Impériale en faveur de la nation polonaise au seul désir de procurer aux Polonais sujets respectifs des trois Parties Contractantes un mode d'existence qui satisfasse leurs voeux légitimes et qui leur assure tous les avantages compatibles avec les convenances particulières de chacun des États sous la souveraineté desquels ils se trouvent placés. ¶ Tel est l'esprit de modération qui a dicté toutes les transactions réglementaires que Sa Majesté Impériale a jugé nécessaire de proposer à ses augustes Alliés. En favorisant et en appuyant, par la coopération la plus amicale, l'accomplissement des mesures tendantes à améliorer le sort des Polonais, et par cela même à cimenter leur attachement pour les dominations respectives auxquelles ils sont affiliés, l'Empereur croit avoir prouvé toute la droiture et la loyauté de ses intentions. Sa Majesté envisage ce ralliement des Polonais à leurs Gouvernements et à leurs Souverains, moyennant une équitable conciliation de leurs intérêts les plus chers, comme l'unique garantie des rapports permanents qu'il est essentiel de consolider entre les trois États, tant pour la sécurité réciproque de leurs possessions que pour le repos de l'Europe entière. ¶ L'ambition d'un Souverain légitime ne peut tendre qu'à assurer le bonheur des peuples que la Providence lui a confiés, et qui ne peuvent prospérer que sous l'égide d'une parfaite sécurité, et par une attitude calme sans être aggressive. ¶ Nulle force ne peut mieux garantir le repos universel de l'Europe et les vues pacifiques des États les uns à l'égard des autres, que cette puissance de cohésion qui dérive de l'attachement d'un peuple pour sa terre natale et du sentiment de sa félicité. Tels sont les liens par lesquels Sa Majesté l'Empereur de Russie désire attacher à son Empire les Polonais placés sous son gouvernement. Tels sont aussi les voeux qu'il forme pour voir le même résultat salutaire

No. 879. Anl. N. Russland, 19. Januar 1815.

se réaliser dans les États des Souverains ses alliés, dont il apprécie les vues éclairées et les intentions généreuses. ¶ En conséquence Sa Majesté se plaît à croire que le système conciliatoire et adapté aux circonstances qu'elle a suivi dans la présente négociation, suffit pour bannir toute inquiétude et pour en faire disparaître jusqu'au moindre prétexte, si toutefois la réunion d'une partie de la nation polonaise à son Empire par des liens constitutionnels avait pu y donner lieu. ¶ Mais indépendamment même des considérations qui résultent des principes sur lesquels vont se fonder les relations entres les Parties Contractantes, l'Empereur en appelle avec confiance à sa conduite passée, pour répondre à tout soupçon, qui se perd dans le vague des combinaisons futures. Il est dans la ferme persuasion que le seul aperçu de ce qu'il a entrepris et achevé à la tête de son peuple, dans la vue de rétablir et de consolider l'indépendance des États européens, présente la garantie la plus rassurante du maintien de ce système d'équilibre, qui, placé désormais sous la sauvegarde des Puissances du premier ordre et à l'abri de toute prépondérance, aura acquis par la politique loyale de la Russie les moyens de résister, s'il le faut, à la force même qui aura le plus contribué à l'établir. ¶ D'ailleurs Sa Majesté Impériale s'applaudit de la conformité d'intentions et de sentiments manifestés en cette occasion par Son Altesse Royale le Prince Régent d'Angleterre, ainsi que de l'esprit de conciliation dont le Vicomte de Castlereagh est constamment animé. Elle se plaît à en tirer le plus heureux présage pour l'issue des négociations actuelles.

Razumoffsky.

Anl. O. — Memorandum des österreichischen Bevollmächtigten. —

No. 879. Anl. O. Oesterreich, 21. Februar 1815.

Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique ayant pris connaissance des déclarations relatives aux affaires de Pologne du 12 et du $\frac{19}{7}$ janvier dernier, déposées au Protocole des Conférences par MM. les Plénipotentiaires d'Angleterre et de Russie, a ordonné à ses Plénipotentiaires de déposer également au Protocole la déclaration suivante. ¶ La marche que l'Empereur a suivie dans les importantes négociations qui viennent de fixer le sort du Duché de Varsovie ne peut avoir laissé de doutes aux Puissances que non seulement le rétablissement d'un Royaume de Pologne indépendant, et rendu à un Gouvernement National Polonais, eût complètement satisfait aux vues de Sa Majesté Impériale, mais qu'elle n'eût pas même regretté de plus grands sacrifices pour arriver à la restauration salutaire de cet ancien ordre de choses. ¶ Il suffit sans doute de ce fait pour prouver que l'Empereur est éloigné d'entrevoir dans ce qui se rapporte à la nationalité polonaise un motif de jalousie ou d'inquiétude pour la généralité de son Empire. Dans aucun temps l'Autriche n'avait vu dans une Pologne libre et indépendante, une Puissance rivale et ennemie; et les principes qui avaient guidé les augustes prédecesseurs de l'Empereur, et Sa Majesté Impériale elle-même, jusqu'aux époques des partages de 1773 et de 1797, n'ont été abandonnés que par un concours de circonstances impérieuses, et indépendante de la volonté des Souverains de l'Autriche. ¶ Jaloux dès lors d'ac-

complir fidèlement ses nouveaux engagements, et lié par des stipulations expresses au système de partage, l'Empereur ne dévia en aucune manière des principes adoptés par les trois Cours. Sa Majesté Impériale ne pouvant régler les formes de son gouvernement sur un ordre de choses abrogé, borna ses soins à veiller au bonheur de ses sujets polonais. ¶ L'état de culture et de prospérité de la Galicie, comparé à ce qu'elle était avant sa réunion à l'Autriche, à ce qu'elle était même avant le règne de l'Empereur, prouve que ses soins n'ont pas été vaines. ¶ L'Empereur ayant de nouveau, dans le cours des présentes négociations, subordonné ses voeux en faveur de l'indépendance de la Pologne aux grandes considérations qui ont porté les Puissances à sanctionner la réunion de la majeure partie du ci-devant Duché de Varsovie à l'Empire russe, Sa Majesté Impériale n'en partage pas moins les vues libérales de l'Empereur Alexandre en faveur des institutions nationales que Sa dite Majesté Impériale a résolu d'accorder aux peuples polonais. ¶ Sa Majesté l'Empereur et Roi ne cessera de son côté à veiller au bien-être de ses sujets polonais, avec cette sollicitude paternelle qu'il voue avec une justice également distributive aux peuples de différente nationalité que la Providence a soumises à sa domination. Sa Majesté Impériale est convaincue que les premiers garants du repos et de la force des États se trouvent dans le bonheur du peuple, et que ce bonheur est inséparable des justes égards que les Gouvernements portent à la nationalité et aux habitudes de leurs administrés. ¶ L'Empereur croit enfin ne pouvoir mieux manifester combien, dans la question qui se présente, ses intentions sont conformes à ces principes qu'en chargeant ses Plénipotentiaires soussignés de déclarer que Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique est à tous égards d'accord avec les points de vue qui ont dicté la déclaration par laquelle Lord Castlereagh exprime les sentiments de sa Cour au sujet du sort futur des peuples polonais, ainsi qu'avec la réponse qui, à l'ordre de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, a été faite à cette déclaration par note du $\frac{19}{7}$ janvier dernier. ¶ Vienne, le 21 février, 1815.

No. 879. Anl. O. Oesterreich, 21. Februar 1815.

Metternich.
Wessenberg.

Anlage P. — Fürst Hardenberg an den Viscount Castlereagh. —

Vienne, ce 30 janvier, 1815.

Le Soussigné ayant pris les ordres du Roi son auguste Maître sur la note de Milord Vicomte Castlereagh, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour les Affaires Étrangères et son Plénipotentiaire au Congrès de Vienne, concernant les arrangements des affaires de Pologne, s'empresse de témoigner à son Excellence que les principes qui y sont développés, sur la manière d'administrer les Provinces polonaises placées sous la domination des différentes Puissances, sont entièrement conformes aux sentiments de Sa Majesté. Assurer la tranquillité de ces Provinces par un mode d'administration adapté aux habitudes et au génie de leurs habitants, c'est là réellement l'établir sur la base d'un intérêt commun. C'est en agissant ainsi qu'on montre aux peuples que leur existence nationale peut rester libre de toute atteinte, quel que soit le système

No. 879. Anl. P. Preussen, 30. Januar 1815.

No. 879. Anl. P. Preussen, 30. Januar, 1815.

politique auquel le sort les a liés; qu'on leur apprend à ne pas confondre des idées qui, quand elles ne sont pas sagement séparées, ne cessent de faire naître dans le repos même de la vie privée des voeux et des espérances vagues de changements futurs; qu'on rattache fortement des sujets de nations différentes à un même Gouvernement, et les réunit dans une même famille. ¶ Guidé par ces maximes, que Sa Majesté Prussienne partage entièrement avec Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies et Son Altesse Royale le Prince Régent de l'Angleterre, elle aura constamment à coeur de procurer à ses sujets, Polonais de nation, tous les avantages qui pourront former un objet de leurs voeux légitimes, et qui seront compatibles avec les rapports de sa monarchie, et le premier but de chaque État, de former un ensemble solide des différentes parties qui le composent. ¶ Le Soussigné éprouve une vive satisfaction d'avoir pu exposer au nom de sa Cour à Milord Castlereagh des principes aussi conformes à ceux du Gouvernement Britannique. Il le prie de vouloir bien, au consentement de ses collègues, faire insérer également la note présente au Protocole des Conférences; et profite, &c.

Hardenberg.

No. 880.

WIENER CONGRESS. — Auszug aus dem Protokoll der Conferenz vom 3. April 1815. —

No. 880. Wiener Congress, 3. April 1815.

M. le Plénipotentiaire de Russie a présenté un Article sur le mode de réunion du Duché de Varsovie, et sur le titre de Czar („Roi") de Pologne que Sa Majesté Impériale de toutes les Russies prendra avec les autres titres.

Cet Article, qui est ici annexé *sub* No. 47, est approuvé et paraphé.

(Signé par les Plénipotentiaires.)

Anlage. — Article XLVII.

Le Duché de Varsovie, à l'exception de la ville libre de Cracovie et de son territoire, ou des Provinces dont il a été autrement disposé en vertu des Articles ci-dessus, est réunie à l'Empire de Russie.

Il y sera lié irrévocablement par sa Constitution pour être possédé par Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, ses héritiers et ses successeurs à perpétuité.

Sa Majesté Impériale réserve de donner *à cet État*, jouissant d'une administration distincte, l'extension intérieure qu'elle jugera convenable. Elle prendra avec ses autres titres celui de Czar („Roi") de Pologne, conformément au Protocole usité et consacré pour les titres attachés à ses autres possessions.

Vu et approuvé.

No. 881.

PORTUGAL. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in St. Petersburg. — Instructionen für die Haltung des Letzteren in der poln. Angelegenheit*). —

Lisbonne, le 1 mai 1863.

No. 881. Portugal, 1 Mai 1863.

En donnant suite à ma dépêche du 27 mars dernier, dans laquelle je vous ai fait connaître les communications qui m'ont été faites par les ministres de France et d'Angleterre à l'égard de la question de Pologne, je vous annonce qu'il y a quelques jours, le ministre de France a eu avec moi une conférence pour me présenter, d'ordre de son Gouvernement, différentes considérations sur les événements en Pologne, et me remettre une note, accompagnée de la dépêche de M. Drouyn de Lhuys du 10 avril passé, adressée au duc de Montebello, dans laquelle ce ministre, en déplorant le sang répandu à l'occasion de l'insurrection de la Pologne, appelle l'attention du Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies sur les causes du conflit, — l'effet qu'il peut produire en Europe, si l'on n'y met pas un terme à temps, — et l'opportunité de prendre des mesures qui assurent à la Pologne une paix durable. ¶ Dans cette conférence, ce même diplomate me sollicita d'expédier de nouveau des instructions à Votre Seigneurie, afin que, pour la part qui vous regarde, vous puissiez employer les moyens d'obtenir le résultat qu'on désire et que l'état actuel des choses en Europe réclame. ¶ A la susdite note, dont je vous envoie une copie ci-jointe, ainsi qu'à la dépêche déjà citée de M. Drouyn de Lhuys, j'ai donné la réponse qui a été publiée dans le *Journal officiel de Lisbonne* du 23 du mois d'avril, que je joins ici, et par laquelle vous connaîtrez les sentiments du Gouvernement de Sa Majesté dans cette regrettable conjoncture. ¶ Quelque temps après, le ministre britannique est venu me voir pour me communiquer également une dépêche confidentielle, datée aussi du 10 avril, adressée par Lord Russell à Lord Napier, et de la copie ci-jointe vous verrez la manière d'envisager la question polonaise du Gouvernement de Sa Majesté Britannique. Je dois ajouter que pendant l'entrevue que le ministre d'Angleterre a eue avec moi à cette occasion, il s'est expliqué dans le même sens que l'avait fait le ministre de S. M. l'Empereur des Français. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté reconnaissant le grand danger pour l'Europe résultant de la situation actuelle de la Pologne, et éprouvant le plus vif désir de voir au plus tôt l'ordre rétabli dans ce pays, d'accord avec les désirs des nations qui ont employé leurs efforts pour l'obtenir, vous recommande particulièrement qu'en prenant connaissance du contenu des documents ci-joints, vous vouliez, en vous mettant d'accord avec les représentants de LL. MM. l'Empereur des Français et de la reine Victoire, faire appel de nouveau aux sentiments de bienveillance et de générosité de S. M. l'Empereur de Russie, afin que Sa Majesté daigne acquiescer aux justes désirs de l'Europe dans la résolution que, dans sa haute sagesse, il daignera prendre sur les prétentions de la

*) Vergl. Bd. IV. No. 723.

No. 881. Portugal, 1. Mai 1863.

Pologne. ¶ Voilà les instructions que le Gouvernement de Sa Majesté croit devoir donner à Votre Seigneurie sur cette importante affaire. De cette dépêche vous pourrez laisser une copie à M. le prince Gortchacow. &c.

de Loulé.

Mr. le Vicomte **de Moira**, *St.-Pétersbourg.*

No. 882.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Lissabon. — Bemerkungen über die vorstehende portugiesische Depesche. —

St.-Pétersbourg, le 31 mai (12 juin), 1863.

No. 882. Russland, 12. Juni 1863.

M. le duc de Loulé vient d'adresser à M. le vicomte de Moira de nouvelles instructions relatives aux affaires de Pologne, en le chargeant de me remettre copie de la dépêche où elles se trouvent consignées. ¶ Je vous transmets ci-jointe une copie de cette pièce. ¶ Vous verrez, monsieur, qu'elle n'ajoute rien aux considérations que M. le ministre de Portugal avait été invité à faire valoir auprès du Cabinet Impérial. Elle ne fait que renouveler l'appel que le Gouvernement de S. M. le roi Dom Luis avait déjà adressé aux sentiments de bienveillance et de générosité de notre Auguste Maître. Mais elle expose avec plus de précision les faits qui ont porté la Cour de Lisbonne à nous adresser cette communication à la suite de l'insistance réitérée des représentants de la France et de l'Angleterre auprès de M. le duc de Loulé. ¶ Le Cabinet Impérial se rend parfaitement compte des motifs qui paraissent avoir dicté le renouvellement d'une démarche dont il avait déjà été dans le cas de révoquer en doute l'utilité pratique. Il ne saurait néanmoins y faire d'autre réponse que celle qu'il a déjà faite à la première communication dont M. le vicomte de Moira avait été chargé de nous donner lecture, et dont il s'était acquitté dans l'esprit de conciliation et de droiture qui lui a valu ici l'estime générale. ¶ Je vous invite en conséquence à répéter à M. le duc de Loulé les assurances contenues dans ma dernière dépêche *) et à remettre à Son Excellence une copie de la présente.

Recevez, etc.

Gortchacow.

M. Ozerow, *Lisbonne.*

No. 883.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Vorschläge zur Regelung der poln. Frage. —

Foreign Office, June 17, 1863.

No. 883. Grossbritannien, 17. Juni 1863.

My Lord, — Her Majesty's Government have considered with the deepest attention the despatch of Prince Gortchakoff of the 26th of April **), which was placed in my hands by Baron Brunnow on the 2d of May. ¶ Her Majesty's Government are not desirous, any more than Prince Gortchakoff, of

*) No. 723.

**) No. 709.

continuing a barren discussion. I will, therefore, pass over all the controversy regarding my previous despatch; I will not endeavour in the present communication to fix the precise meaning of the article regarding Poland in the Treaty of Vienna, nor will I argue, as Prince Gortchakoff seems to expect I should do, that there is only one form under which good government can be established. Still less will I call in question the benevolent intentions of the enlightened Emperor who has already in a short time effected such marvellous changes in the legal condition of his Russian subjects. ¶ Her Majesty's Government are willing with the Emperor of Russia to seek a practical solution of a difficult and most important problem. ¶ Baron Brunnow, in presenting to me Prince Gortchacoff's despatch, said, „The Imperial Cabinet is ready to enter upon an exchange of ideas upon the ground and within the limits of the Treaties of 1815." ¶ Her Majesty's Government are thus invited by the Government of Russia to an exchange of ideas upon the basis of the Treaty of 1815, with a view to the pacification and permanent tranquillity of Poland. ¶ Before making any definite proposals, it is essential to point out that there are two leading principles upon which, as it appears to Her Majesty's Government, any future Government of Poland ought to rest. The first of these is the establishment of confidence in the Government on the part of the governed. ¶ The original views of the Emperor Alexander I. are stated by Lord Castlereagh, who had heard from the Emperor's own lips, in a long conversation, the plan he contemplated. ¶ The plan of the Emperor is thus described by Lord Castlereagh: — „To retain the whole of the Duchy of Warsaw, with the exception of the small portion to the westward of Kalisch, which he meant to assign to Prussia, erecting the remainder, together with the Polish provinces formerly dismembered, into a kingdom under the dominion of Russia, with a national Administration congenial to the sentiments of the people." ¶ The whole force of this plan consists in the latter words. ¶ Whether power is retained in the hands of one, as in the old monarchy of France, or divided among a select body of the aristocracy, as in the Republic of Venice, or distributed among a Sovereign, a House of Peers, and a Representative Assembly, as in England — its virtue and strength must consist in its being a „national Administration congenial to the sentiments of the people." ¶ The Emperor Alexander II., speaking of the institutions he has given, says, „As to the future, it necessarily depends on the confidence with which these institutions will be received on the part of the kingdom." ¶ Such an Administration as Alexander I. intended, such confidence as Alexander II. looked for, unhappily do not exist in Poland. ¶ The next principle of order and stability must be found in the supremacy of law over arbitrary will. Where such supremacy exists, the subject or citizen may enjoy his property or exercise his industry in peace, and the security he feels as an individual will be felt in its turn by the Government under which he lives. ¶ Partial tumults, secret conspiracies, and the interference of cosmopolite strangers, will not shake the firm edifice of such a Government. ¶ This element of stability is likewise wanting in Poland. The religious liberty guaranteed by the solemn declarations of the Empress Catherine, the political freedom granted by the deliberate Charter of the

No. 883. Gross-britannien, 17. Juni 1863.

Emperor Alexander I., have alike been abrogated by succeeding Governments, and have been only partially revived by the present Emperor. ¶ It is no easy task to restore the confidence which has been lost, and to regain the peace which is now everywhere broken. ¶ Her Majesty's Government would deem themselves guilty of great presumption if they were to express an assurance that vague declarations of good intentions, or even the enactment of some wise laws, would make such an impression on the minds of the Polish people as to obtain peace and restore obedience. ¶ In present circumstances it appears to Her Majesty's Government that nothing less than the following outline of measures should be adopted as the bases of pacification: —

1. Complete and general amnesty.

2. National representation, with powers similar to those which are fixed by the charter of the 15-27th November, 1815.

3. Poles to be named to public offices in such a manner as to form a distinct national Administration, having the confidence of the country.

4. Full and entire liberty of conscience; repeal of the restrictions imposed on Catholic worship.

5. The Polish language recognized in the kingdom as the official language, and used as such in the administration of the law and in education.

6. The establishment of a regular and legal system of recruiting.

These six points might serve as the indications of measures to be adopted, after calm and full deliberation. ¶ But it is difficult, nay, almost impossible, to create the requisite confidence and calm while the passions of men are becoming daily more excited, their hatreds more deadly, their determination to succeed or perish more fixed and immovable. ¶ Your Lordship has sent me an extract from the *St. Petersburg Gazette* of the 7th (19th) of May. I could send your Lordship, in return, extracts from London newspapers, giving accounts of atrocities, equally horrible, committed by men acting on behalf of Russian authority. ¶ It is not for Her Majesty's Government to discriminate between the real facts and the exaggerations of hostile parties. ¶ Many of the allegations of each are probably unfounded, but some must in all probability be true. How, then, are we to hope to conduct to any good end a negotiation carried on between parties thus exasperated? ¶ In an ordinary war, the successes of fleets and armies, who fight with courage, but without hatred, may be balanced in a negotiation carried on in the midst of hostilities. An island more or less to be transferred, a boundary more or less to be extended, might express the value of the last victory or conquest. But where the object is to attain civil peace, and to induce men to live under those against whom they have fought with rancour and desperation, the case is different. The first thing to be done, therefore, in the opinion of Her Majesty's Government, is to establish a suspension of hostilities. This might be done in the name of humanity by a proclamation of the Emperor of Russia, without any derogation of his dignity. The Poles, of course, would not be entitled to the benefit of such an act, unless they themselves refrained from hostilities of every kind during the suspension. ¶ Tranquillity thus for the moment restored, the next thing is to consult the Powers

who signed the Treaty of Vienna. Prussia, Spain, Sweden, and Portugal must be asked to give their opinion as to the best mode of giving effect to a treaty to which they were contracting parties. ¶ What Her Majesty's Government propose, therefore, consists in these three propositions: —

No. 883. Gross-britannien, 17. Juli 1863.

1st. The adoption of the six points enumerated as bases of negotiation.

2nd. A provisional suspension of arms, to be proclaimed by the Emperor of Russia.

3rd. A conference of the eight Powers who signed the Treaty of Vienna.

Your Excellency will read and give a copy of this despatch to Prince Gortchakoff. ¶ I am, &c.

Russell.

Lord **Napier**, *St. Petersburgh.*

No. 884.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Erwiderung auf die vorstehende englische Depesche. —

St.-Pétersbourg, le 1/13 juillet 1863.

Lord Napier a été chargé de me donner lecture et copie de la dépêche ci-jointe de M. le premier secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique. ¶ Nous voyons avec plaisir que, comme nous, Lord Russell reconnaît la stérilité d'une controverse prolongée sur la signification de l'art. 1er du traité de Vienne, et que, comme nous aussi, il désire placer la question sur un terrain qui offrirait plus de chance d'arriver à une solution pratique. ¶ Avant d'aborder ce terrain, nous croyons utile d'éclaircir les positions respectives. ¶ Le Cabinet Impérial admet en principe le droit de chaque Puissance signataire d'un traité d'en interpréter le sens selon son point de vue, en tant du moins que cette interprétation reste dans les limites du sens possible d'après le texte même. ¶ En vertu de ce principe, le Cabinet Impérial ne conteste ce droit à aucune des huit Puissances qui ont concouru à l'acte général de Vienne de 1815. L'expérience a, il est vrai, démontré que l'exercice de ce droit n'aboutit à aucun résultat pratique. Les essais déjà faits en 1831 n'ont réussi qu'à constater des divergences d'opinion. ¶ Néanmoins ce droit existe. Il se renferme dans les limites que je viens d'indiquer, et ne saurait recevoir une plus grande extension que du consentement exprès de la partie contractante la plus directement intéressée. ¶ Il dépendait donc du Cabinet Impérial de maintenir la stricte application de ce principe, en présence de la démarche faite auprès de lui dans le courant du mois d'avril dernier, au sujet des événements du royaume de Pologne. ¶ Si, en réponse à cette démarche, il a fait un pas de plus, c'est uniquement de son plein gré, dans des vues de conciliation et pour répondre avec courtoisie à une démarche qui portait le même caractère. ¶ J'ajouterai que c'est aussi parce que, dans les intentions dont S. M. l'Empereur est animé envers ses sujets polonais, il n'y avait aucun motif qui pût nous engager à écarter la lumière. ¶ Cette pensée a

No. 884. Russland, 1/13. Juli 1863.

No. 884. Russland, 1/13. Juli 1863.

été parfaitement définie par Votre Excellence lorsqu'elle a déclaré à M. le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique que le Cabinet Impérial était prêt à entrer dans un échange d'idées sur la base et dans les limites des traités de 1815. ¶ Cette déclaration, nous la maintenons, et ma dépêche du jour offrira la meilleure preuve que nous persévérons dans les mêmes dispositions. ¶ Ayant ainsi rétabli le véritable et seul caractère de l'invitation que nous avons adressée au Cabinet anglais, nous nous permettrons, à l'exemple de Lord Russell, de faire précéder les observations que nous avons à communiquer à Son Excellence par quelques réflexions en réponse aux questions principielles qu'il a abordées et posées. ¶ Le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique dit que la base de tout Gouvernement est la confiance qu'il inspire aux gouvernés et que l'ascendant de la loi sur l'arbitraire doit être le fondement de l'ordre et de la stabilité. ¶ Nous souscrivons *a priori* à ces principes. Nous rappellerons seulement qu'ils ont pour corollaire indispensable le respect de l'autorité. La confiance qu'un Gouvernement inspire aux gouvernés ne dépend pas seulemnet de ses bonnes intentions, mais aussi de la conviction qu'il a le pouvoir de les réaliser. ¶ Si Lord Russell affirme que des tumultes partiels, des conspirations secrètes et l'ingérence d'étrangers cosmopolites n'ébranleront pas un Gouvernement fondé sur la confiance et le respect des lois, il reconnaîtra aussi qu'il n'y aurait ni confiance ni légalité possibles, si ce Gouvernement admettait qu'une fraction du pays fût induite à chercher en dehors de l'autorité légitimement constituée, dans la rébellion armée avec l'appui des partis hostiles ou étrangers, le bien-être et la prospérité qu'il avouerait ne pas pouvoir réaliser sans les inspirations du dehors. ¶ Lord Russell nous signale six articles qu'il considère comme de nature à préparer la pacification du royaume de Pologne. ¶ En nous les communiquant, le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique entre partiellement dans le point de vue exposé par ma dépêche du 14 avril. ¶ C'est un échange d'idées, et sous cette forme nous n'avons pas d'objections à y faire. ¶ J'ai clairement indiqué, dans la dépêche à laquelle je me réfère, les germes pratiques posés par notre Auguste Maître et les développements que sa pensée se réservait d'y donner, quand Sa Majesté en jugerait le moment venu. ¶ En les comparant avec ses propres idées, Lord Russell se convaincra que la plupart des mesures qu'il indique sont déjà ou décrétées ou préparées par l'initiative de notre Auguste Maître. ¶ M. le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique énonce l'espoir que l'adoption de ces mesures conduirait à une pacification complète et permanente du royaume de Pologne. ¶ Nous ne saurions partager cet espoir que sous certaines réserves. ¶ A notre point de vue, toute réorganisation du royaume doit être précédée du rétablissement de l'ordre dans les pays. Ce résultat est subordonné à une condition sur laquelle nous avions appelé l'attention du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, et qui non-seulement n'est pas remplie, mais n'est pas même abordée dans la dépêche de Lord Russell: nous voulons parler de l'assistance matérielle et des encouragements moraux que l'insurrection puise au dehors. ¶ Nous ignorons d'après quels renseignements le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'est formé un jugement sur l'état des choses en Pologne. ¶ Nous devons présumer que la source n'en est pas impar-

tiale. Nous voyons en effet Lord Russell lui-même établir une espèce de parité entre les nouvelles que le *Journal de St-Pétersbourg* publie d'après des données fournies sous le contrôle et la responsabilité des agents reconnus du Gouvernement, et les informations de tout genre que les journaux de Londres empruntent, sans discernement ni garantie aucune, aux publications les plus suspectes de la presse révolutionnaire polonaise. ¶ La confiance qu'inspirent ces publications a plus d'une fois donné lieu à des déclarations qui, malgré les démentis formels que les événements leur donnent journellement, ont contribué à fausser l'opinion en Angleterre. ¶ C'est ainsi que se sont propagés, à l'égard des braves soldats russes qui remplissent en Pologne un pénible devoir avec dévouement et abnégation, des calomnies et des outrages que toute la Russie a ressentis avec une profonde indignation. ¶ Si Lord Russell était exactement informé de ce qui se passe dans le royaume de Pologne, il saurait comme nous que partout où la rébellion armée a cherché à prendre un corps, à se donner une tête visible, elle a été écrasée. Les masses y sont restées étrangères, la population rurale s'y montre même hostile, parce que les désordres qui font vivre les agitateurs ruinent les classes laborieuses. L'insurrection ne se soutient que par un terrorisme sans précédent dans l'histoire. Les bandes se recrutent principalement d'éléments étrangers au pays. Elles se rassemblent dans les bois, se dispersent au premier choc, pour se réunir ailleurs. Lorsqu'elles sont serrées de trop près, elles passent la frontière pour rentrer dans le pays sur un autre point. ¶ Politiquement, c'est une mise en scène destinée à agir sur l'Europe. Le mot d'ordre des comités directeurs du dehors est de maintenir à tout prix l'agitation, afin d'alimenter les déclamations de la presse, d'abuser l'opinion publique et de peser sur les Gouvernements en fournissant l'occasion et le prétexte d'une intervention diplomatique qui amènerait une action militaire. ¶ Tout l'espoir de l'insurrection armée est là; c'est le but auquel elle travaille depuis son origine. ¶ Lord Russell reconnaîtra que, dans cette situation, les mesures qu'il nous recommande trouveraient difficilement une application pratique. La plupart, je le répète, sont déjà décrétées; l'état du pays en a jusqu'à présent paralysé l'exécution. Tant que cet état subsistera, les mêmes causes produiront les mêmes effets. La présence de bandes en armes, le terrorisme du comité central et l'apparence d'une pression directe du dehors, ôteraient d'ailleurs à ces mesures l'opportunité, la dignité et l'efficacité qu'on avait pu se promettre de leur adoption spontanée. ¶ Nous irons plus loin. Lors même qu'elles pourraient être mises à exécution avec toute l'extension que leur attribue la pensée du principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique, elles n'auraient aucune chance d'atteindre le résultat qu'il a en vue, celui de pacifier le pays. ¶ Si Lord Russell suit attentivement les productions de la presse dévouée aux intérêts de la rébellion polonaise, il doit savoir que les insurgés ne demandent ni une amnistie, ni une autonomie, ni une représentation plus ou moins complètes. L'indépendance absolue du royaume ne serait même pour eux qu'un échelon pour arriver au but final de leurs aspirations. Ce but, c'est la domination sur des provinces où l'immense majorité est russe de race et de croyance, en un mot c'est la Pologne jusqu'aux deux mers, qui entraînerait inévitablement la revendication des provinces polonaises

No. 881. Russland, 1/13. Juli 1863.

appartenant à d'autres Puissances voisines. ¶ Nous ne voulons porter aucun jugement sur ces aspirations. Il nous suffit de constater qu'elles existent et que les insurgés polonais ne les dissimulent point. Le résultat final auquel elles aboutiraient ne saurait être douteux. Ce serait une conflagration générale que viendraient compliquer les éléments de désordre répandus dans tous les pays et qui cherchent une occasion favorable pour bouleverser l'Europe. ¶ Nous avons trop de confiance dans la droiture du principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour admettre qu'il puisse approuver un but aussi inconciliable avec la paix et l'équilibre européen, auxquels sont liés les intérêts de la Grande-Bretagne, qu'avec le maintien des traités de 1815, qui sont la seule base et le seul point de départ de la démarche qu'il vient de faire auprès de nous. ¶ Lord Russell cite un passage rapporté par Lord Castlereagh d'un entretien que cet homme d'État eut avec l'Empereur Alexandre Ier en 1815, et qui mentionne le plan formé par ce souverain de réunir le duché de Varsovie „avec les provinces polonaises, anciennement démembrées, en un royaume sous la souveraineté de la Russie, avec une administration nationale sympathique aux sentiments du peuple.“ ¶ Cette pensée était une disposition passagère de l'Empereur Alexandre Ier, et que ce souverain n'a pas réalisée, lorsqu'il a pu peser plus mûrement les intérêts de son empire. En tout cas, cette question doit rester exclue même d'un échange d'idées renfermé dans les limites des traités de 1815. ¶ La seule stipulation de ces traités qui ait pu faire mettre en doute que l'Empereur de Russie possédât le royaume de Pologne au même titre que ses autres possessions, la seule qui ait pu faire rattacher ses droits à une condition quelconque, et qui explique la possibilité d'un échange d'idées avec des Cours étrangères sur ses rapports avec cette partie de ses domaines, est la phrase vague de l'article 1er, exprimant:

„Que l'Empereur de Russie se réserve de donner à cet État, jouissant d'une administration distincte, l'extension intérieure qu'il jugera convenable.“

Et celle exprimant:

„Que les Polonais sujets respectifs des hautes parties contractantes obtiendront une représentation et des institutions nationales réglées d'après le mode d'existence politique que chacun des Gouvernements auxquels ils appartiennent jugera utile et convenable de leur accorder.“

Mais l'histoire de cette époque n'est pas assez reculée pour qu'on ait perdu la mémoire de la position que la Russie occupait au sortir de la crise européenne terminée par le traité de Vienne. ¶ Dès lors nous ne serions pas éloignés de la vérité si nous affirmions que la rédaction de l'article 1er du traité de Vienne est émanée de l'initiative personnelle de S. M. l'empereur Alexandre Ier. L'entretien avec Lord Castlereagh cité par Lord Russell en est un indice de plus. ¶ D'après ce qui précède, M. le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique nous dispensera de répondre à la combinaison d'une suspension d'hostilités. Elle ne résisterait pas à un examen sérieux des conditions nécessaires pour sa mise en pratique. Si l'on voulait définir entre qui elle serait négociée, de quelle nature serait le *status quo* qu'elle aurait à garantir, et qui veillerait à son exécution, on s'apercevrait bientôt que les prévisions du droit

No. 884. Russland, 1/13. Juli 1863.

public ne sauraient s'appliquer à une situation qui en est la violation flagrante. Sa Majesté l'Empereur doit à sa fidèle armée, qui lutte pour le maintien de l'ordre; à la majorité paisible des Polonais, qui souffrent de ces déplorables agitations; à la Russie, à laquelle elles imposent des sacrifices pénibles, de prendre des mesures énergiques pour les faire cesser. Si désirable qu'il soit de mettre promptement un terme à l'effusion du sang, ce but ne peut être atteint que si les insurgés mettent bas les armes, en se confiant à la clémence souveraine. Toute autre combinaison serait incompatible avec la dignité de notre Auguste Maître et avec les sentiments de la nation russe. ¶ Elle aboutirait d'ailleurs à un résultat diamétralement opposé à celui que recommande Lord Russell. ¶ Quant à l'idée d'une conférence des huit Puissances signataires du traité de Vienne, qui aurait à délibérer sur les six articles adoptés comme bases, elle nous présente des inconvénients sérieux, sans que nous puissions en déduire aucune utilité. ¶ Si les mesures dont il s'agit sont suffisantes pour la pacification du pays, une conférence serait sans objet. Si ces mesures devaient être soumises à des délibérations ultérieures, il en résulterait une ingérence directe de Puissances étrangères dans les détails les plus intimes de l'administration, — ingérence qu'aucune grande Puissance ne pourrait admettre, et que certainement l'Angleterre n'accepterait pas dans ses propres affaires. ¶ Une pareille ingérence ne serait ni dans l'esprit ni dans la lettre des traités de Vienne, sur la base desquels nous avons convié les Puissances à un échange d'idées amical. Elle aurait pour résultat d'éloigner encore davantage le but qu'elles se proposent, en dépouillant le Gouvernement de son prestige et de son autorité, et en accroissant d'autant plus les prétentions et les illusions des agitateurs polonais. ¶ La marche qui a été suivie en 1815 nous semble indiquer assez clairement la nature des délibérations qui peuvent s'établir sur des questions touchant d'un côté à l'intérêt général et de l'autre à des détails administratifs du domaine exclusif des États souverains limitrophes. A cette époque une distinction a été pratiquement établie entre ces deux catégories d'intérêts: les derniers ont fait l'objet de négociations séparées de la part des Cours de Russie, d'Autriche et de Prusse, entre lesquelles les traditions de l'histoire, un contact permanent et un voisinage immédiat créaient une étroite solidarité. Tous les arrangements destinés à régler l'administration intérieure et les rapports mutuels des territoires polonais placés, lors du congrès de Vienne, sous leur domination respective, ont été consignés dans des traités séparés conclus directement entre ces trois Cours, le 21 avril (3 mai) 1815. Ils ont été successivement complétés par une série de conventions spéciales, toutes les fois que les circonstances l'ont exigé. Les principes généraux mentionnés dans ces traités, et qui pouvaient intéresser l'Europe, ont seuls été insérés dans l'acte du congrès de Vienne, revêtu le 27 mai (9 juin) de la signature de toutes les Puissances appelées à y concourir. ¶ Aujourd'hui ces principes généraux ne sont pas en question; mais les détails administratifs et les arrangements intérieurs fourniraient utilement matière à des pourparlers entre les trois Cours, afin de mettre la position respective de leurs possessions polonaises auxquelles s'étendent les stipulations des traités de 1815 en harmonie avec les nécessités présentes et les progrès du temps. Le Cabinet Impérial se déclare dès aujourd'hui

No. 884. Russland, 1/13. Juli 1863.

prêt à entrer dans une semblable entente avec les Cabinets de Vienne et de Berlin. ¶ Dans tous les cas, le rétablissement de l'ordre est une condition indispensable qui doit précéder toute application sérieuse des mesures destinées à la pacification du royaume. ¶ Cette condition dépend beaucoup de la résolution des grandes Puissances de ne point se prêter aux calculs que les fauteurs de l'insurrection polonaise fondent ou accréditent sur une intervention active en faveur de leurs aspirations exagérées. Un langage net et catégorique de la part de ces Puissances contribuerait à dissiper ces illusions et à déjouer ces calculs qui tendent à prolonger le désordre et l'excitation des esprits. ¶ Elles accéléreraient par là le moment que nous appelons de nos voeux, — celui où l'apaisement des passions et le retour de l'ordre matériel permettront à notre Auguste Maître de travailler à la pacification morale du pays, en mettant à exécution les mesures que Sa Majesté maintient et dans les germes déjà posés et dans les développements qu'Elle a fait pressentir. ¶ Votre Excellence voudra bien donner lecture et laisser copie de la présente dépêche à M. le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique. ¶ Recevez, etc., etc.

Gortchacow.

Mr. le Baron de Brunnow, *Londres.*

No. 885.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in St. Petersburg. — Neue Vorschläge zur Regelung der polnischen Frage. —

Paris, le 17 juin 1863.

No. 885. Frankreich, 17. Juni 1863.

Monsieur le duc, la réponse du Cabinet de Saint-Pétersbourg*) aux communications simultanées que les trois Cours de France, d'Angleterre et d'Autriche lui ont fait parvenir au sujet des événements de Pologne, n'a point trompé notre attente. Rendant pleine justice aux sentiments qui nous ont guidés et qui, suivant ses expressions mêmes, ne peuvent être étrangers à aucun Gouvernement ami de l'humanité, il n'a pas hésité à nous assurer de l'affliction profonde qu'il ressent en présence de cet état de choses, ainsi que de son désir ardent de pouvoir en hâter le terme. Nous avions fait appel à la sagesse en même temps qu'aux vues libérales de l'empereur Alexandre, en signalant l'opportunité de rechercher les conditions auxquelles la tranquillité et la paix pourraient être rendues à des contrées si éprouvées par le sort et si dignes d'intérêt. La Cour de Russie nous déclare que rien ne saurait mieux répondre à ses voeux, et, d'accord avec les Puissances sur la profondeur du mal, elle admet qu'il serait désirable de s'entendre sur les moyens d'y porter remède. Elle nous convie, en outre, à nous en expliquer avec elle. ¶ Le moment était donc venu pour le Gouvernement de l'Empereur et pour les Cabinets de Londres et de Vienne d'échanger leurs idées sur la voie à suivre afin d'atteindre le but de leurs communs efforts, et animés de l'esprit de conciliation qui a présidé à leurs premières

---

*) No. 706.

démarches, ils sont convenus de présenter au Gouvernement russe, comme base des négociations, les six points suivants:

1⁰ Amnistie complète et générale;

2⁰ Représentation nationale avec des pouvoirs semblables à ceux qui sont déterminés par la charte du 15—27 novembre 1815;

3⁰ Nomination de Polonais aux fonctions publiques, de manière à former une administration distincte et nationale, et inspirant de la confiance au pays;

4⁰ La liberté de conscience pleine et entière, et suppression des restrictions apportées à l'exercice du culte catholique;

5⁰ Usage exclusif de la langue polonaise comme langue officielle de l'administration, de la justice et de l'enseignement;

6⁰ Établissement d'un système de recrutement régulier et légal.

Plusieurs des dispositions que ce programme renferme, monsieur le duc, font déjà partie du plan de conduite que le Cabinet de Saint-Pétersbourg s'est tracé; les autres dépassent à peine les avantages qu'il a promis ou laissé espérer; elles ne sont toutes que l'expression la plus simple des lois élémentaires de la justice et de l'équité, et n'ont rien que de conforme aux stipulations des traités qui lient le Gouvernement russe à l'égard de la Pologne. Nous aimons donc à nous persuader que ces propositions ne soulèveront, de la part du Cabinet de Saint-Pétersbourg, aucune objection, et qu'il n'hésitera pas à les prendre pour bases des délibérations. ¶ D'un autre côté, vous le savez, monsieur le duc, si les Cabinets, en s'adressant à la Russie, obéissent à des motifs d'intérêt général, les considérations d'humanité ont leur part dans le sentiment qui les guide. La Pologne présente en ce moment un douloureux spectacle. A mesure que la lutte se prolonge, l'animosité et les ressentiments réciproques la rendent de plus en plus sanglante. C'est assurément le voeu de la Cour de Russie de voir cesser des hostilités qui portent la désolation et le deuil dans les anciennes provinces polonaises comme dans le royaume. La continuation de ces calamités pendant les négociations pourrait irriter un débat qui doit demeurer calme, si l'on veut qu'il soit utile. Il y aurait donc lieu de pourvoir à une pacification provisoire fondée sur le maintien du *status quo* militaire qu'il appartiendrait à l'Empereur de Russie de promulguer, et que les Polonais devraient, de leur côté, observer sous leur propre responsabilité. ¶ Quant à la forme que les négociations devraient prendre, le Gouvernement russe a laissé lui-même pressentir sa pensée dans ses communications aux trois Cabinets. Il a pleinement reconnu, dans sa dépêche à M. le baron de Budberg, le droit des Puissances appelées naguère à régler le système politique de l'Europe de s'occuper de complications qui pourraient le troubler. Il a été plus explicite encore en s'adressant à M. le baron de Brunnow: „Sa Majesté, a dit M. le prince Gortchacow à M. l'ambassadeur de Russie à Londres, admet que dans la position particulière du royaume les troubles qui l'agitent peuvent affecter la tranquillité des États limitrophes entre lesquels ont été conclus le 3 mai 1815 les traités séparés destinés à régler le sort du Duché de Varsovie, et qu'ils peuvent intéresser les Puissances signataires de la transaction générale du 9 juin où ont été insérées les principales stipulations de

No. 885. Frankreich, 17. Juni 1863.

ces traités séparés.“ ¶ Ainsi, le Cabinet de Saint-Pétersbourg a d'avance et spontanément donné à entendre qu'il accepterait le concours des huit Puissances qui ont participé à l'acte général du congrès de Vienne. Voulant lui-même répondre à des dispositions dont il apprécie le caractère conciliant, le Gouvernement de Sa Majesté est prêt, en ce qui le concerne, à s'associer à ces délibérations et à se faire représenter dans la conférence qu'il sera opportun de réunir, si, comme nous en avons l'espoir, la Russie adhère aux bases proposées à son acceptation par les trois Cabinets. Nous serons heureux que la résolution à laquelle s'arrêtera l'empereur Alexandre soit en harmonie avec les grands intérêts que des considérations à la fois légitimes et puissantes nous ont portés à recommander à sa sollicitude éclairée; car cette question, soustraite au jugement de la force qui la trancherait peut-être une fois de plus sans la résoudre, entrerait dès à présent dans la voie d'une discussion amiable, seule propre à préparer enfin une solution vainement cherchée jusqu'à ce jour, et qui serait digne des lumières de cette époque comme des sentiments généreux dont tous les Cabinets sont animés. ¶ Vous voudrez bien donner lecture de cette dépêche à S. Exc. M. le prince Gortchacow et lui en laisser copie. &c.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le duc de **Montebello**, *St.-Pétersbourg.*

No. 886.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in Paris. — Antwort auf die vorstehende französische Depesche. —

St.-Pétersbourg, le 1/13 juillet 1863.

No. 886. Russland, 1/13. Juli 1863.

J'ai reçu de M. le duc de Montebello communication de la dépêche ci-jointe, en copie, de M. le ministre des affaires étrangères de France. ¶ Nous avions apprécié les sentiments qui avaient porté le Gouvernement de S. M. l'Empereur des Français à nous faire parvenir ses voeux en faveur d'un prompt apaisement des troubles qui agitent le royaume de Pologne. Nous nous félicitons de voir que le Cabinet des Tuileries rend également justice à la pensée dont nous nous sommes inspirés en répondant à sa première démarche. ¶ Cette pensée, monsieur le baron, ne partait pas seulement du désir de satisfaire à un voeu qui nous était exprimé sous la forme la plus amicale. Elle nous était, en outre, dictée par le sentiment de la solidarité morale qui existe entre les grandes Puissances, en face de l'action de plus en plus évidente des éléments révolutionnaires de tous les pays, qui se concentre aujourd'hui dans le royaume de Pologne et constitue le caractère européen de la question. ¶ Nous devions d'autant plus fixer sur cet objet l'attention du Gouvernement de l'Empereur Napoléon, que l'un des principaux foyers de cette agitation se trouve à Paris même. L'émigration polonaise, profitant de ses relations sociales, y a organisé une vaste conspiration destinée, d'un côté, à égarer l'opinion publique en France par un système de diffamation et de calomnies sans exemple; de l'autre, à alimenter les désordres dans le royaume, soit par des secours matériels, soit par la terreur d'un comité

occulte, soit surtout en propageant la conviction d'une intervention active du dehors en faveur des aspirations les plus insensées de l'insurrection. ¶ Cette influence est aujourd'hui la principale source d'une agitation qui, sans elle, se serait éteinte sous l'action des lois, devant l'indifférence ou la répulsion des masses. C'est donc là qu'il faut chercher la cause morale qui tend à prolonger le pénible état de choses dont, comme nous, le Gouvernement français appelle de ses voeux la prompte cessation, au nom de la paix et de l'humanité. Nous aimons à croire qu'il ne permettra pas qu'on fasse abus de son nom au profit de la révolution en Pologne et en Europe. ¶ Ces considérations, monsieur le baron, déterminent le caractère de l'invitation que nous avons adressée au Cabinet des Tuileries. Elles définissent également l'objet et la portée de l'échange d'idées auquel nous l'avons convié. Lorsque l'ordre est gravement troublé dans un pays, les États voisins ne sauraient y rester indifférents. Les autres Puissances peuvent, sans aucun doute, s'y intéresser en vue de la sécurité générale; mais un droit positif, à cet égard, ne saurait se fonder que sur les stipulations des traités existants. C'est pourquoi nous devons exclure même d'un échange d'idées amical que nous sommes disposés à poursuivre, toute allusion à des parties de l'empire russe auxquelles ne s'applique aucune stipulation particulière d'un acte international quelconque. ¶ En ce qui concerne le royaume de Pologne, M. le ministre des affaires étrangères est entré dans nos vues en nous communiquant ses idées sur les moyens qui, à son avis, pourraient amener la pacification du pays. Nous constatons avec satisfaction que ces idées sont dans la direction des intentions de S. M. l'Empereur, telles que je les ai exposées dans ma dépêche du 14 (26) avril adressée à M. le baron de Brunnow, et dont Votre Excellence a été chargée de remettre une copie à M. Drouyn de Lhuys. ¶ M. le ministre des affaires étrangères de France reconnaît lui-même que plusieurs de ces mesures font partie du plan que notre Auguste Maître S'est tracé. — J'ajouterai que la plupart se trouvent déjà ou décrétées par les ordres de l'Empereur ou préparées par les développements ultérieurs que Sa Majesté S'est réservés et dont la pensée a été nettement indiquée. ¶ Je dois néanmoins rappeler que l'expérience a démontré jusqu'à l'évidence combien il serait illusoire de compter sur l'efficacité de ces combinaisons pour pacifier moralement le royaume de Pologne, avant que l'ordre matériel et le respect de l'autorité n'aient été rétablis. ¶ Aussi longtemps que dureront les désordres actuels, aussi longtemps surtout que subsistera l'espoir d'une intervention du dehors, qui est le plus puissant mobile de l'insurrection, cette situation aura inévitablement pour effet, d'une part, d'entraver sérieusement l'application de toutes les mesures prises par le Gouvernement impérial, et, d'autre part, de les faire rejeter par les insurgés polonais, lors même qu'elles recevraient toute l'extension indiquée par M. le ministre des affaires étrangères de France. Ce ne sont certainement pas les nuances plus ou moins prononcées que les six articles mentionnés dans la dépêche de M. Drouyn de Lhuys apportent dans l'amnistie, l'autonomie administrative et la représentation nationale déjà introduites en partie dans le royaume, qui feront tomber les armes des mains des insurgés. Ils y verront plutôt un pas de plus vers le but constant de leurs espérances et de leurs efforts, qui est d'amener les sympathies qu'on leur témoigne du dehors à

No. 886. Russland, 1/13. Juli 1863.

une intervention active en faveur de leurs aspirations les plus exagérées. — Ils y verront, par conséquent, un encouragement à persévérer dans leur attitude actuelle. La conclusion qu'ils en tireront serait diamétralement contraire au résultat qu'on se propose. Elle tendrait à prolonger et à envenimer la situation pénible à laquelle la sollicitude du Gouvernement français, comme celle du Cabinet Impérial, aspire à mettre promptement un terme. ¶ Nous trouvons, en outre, dans la dépêche de M. Drouyn de Lhuys deux autres idées: celle d'une pacification provisoire fondée sur le maintien du *status quo* militaire, et celle d'une conférence des huit Puissances signataires de l'acte général de Vienne du 27 mai (9 juin) 1815. ¶ Quant à la première, quelque ardent que soit notre désir de voir cesser l'effusion du sang, nous avons quelque peine à nous rendre un compte exact de la valeur pratique de cette combinaison. Nous croyons que le Gouvernement français n'éprouverait pas moins de difficulté que nous à préciser le caractère, la portée et le mode d'exécution d'une négociation quelconque ayant pour but de déterminer un *status quo* militaire qui ne saurait évidemment exister entre un Gouvernement légalement constitué, appuyé sur une armée régulière, et un comité occulte fondé sur le terrorisme, procédant par des crimes et servi par des bandes de rebelles dispersées dans les forêts. Entre de semblables éléments il n'y a qu'une transaction qui soit compatible avec les nécessités de l'ordre, la dignité de l'Empereur et les sentiments de la nation et de l'armée russes, c'est la soumission des insurgés. Lorsqu'elle aura eu lieu, notre Auguste Maître consultera les inspirations de Sa clémence, sans autres limites que les plus stricts devoirs du souverain. ¶ Quant à la seconde combinaison, celle d'une conférence, nous ne contestons nullement aux Puissances signataires de l'acte général de Vienne du 27 mai (9 juin) 1815, le droit d'interpréter selon leur propre conviction les termes de la transaction à laquelle elles ont concouru. ¶ Bien que tout ait été dit sur l'article 1er de ce traité sans amener de résultat pratique, nous sommes toujours disposés à accueillir, dans un esprit de conciliation et d'égards, les idées qui nous seraient communiquées dans la voie ordinaire des relations diplomatiques. ¶ Mais l'appel d'une conférence dépasserait de beaucoup les bornes de ce droit d'interprétation. ¶ Une pareille réunion, ayant pour objet l'examen de questions qui se rattachent aux détails les plus intimes de l'administration intérieure, constituerait une ingérence directe qu'une grande Puissance pourrait d'autant moins admettre qu'elle n'est ni dans l'esprit ni dans la lettre des traités existants. Bien loin, dès lors, de pouvoir contribuer au but de pacification que l'on se propose, elle ne ferait que rendre les insurgés plus intraitables et le Gouvernement moins respecté. ¶ La marche qui a été suivie en 1815 nous semble indiquer assez clairement la nature des délibérations qui peuvent s'établir sur des questions touchant, d'un côté, à un intérêt général, et de l'autre, à des détails administratifs du domaine exclusif des États souverains limitrophes. A cette époque, une distinction a été pratiquement établie entre ces deux catégories d'intérêts. Les derniers ont fait l'objet de négociations séparées de la part des Cours de Russie, d'Autriche et de Prusse, entre lesquelles les traditions de l'histoire, un contact permanent et un voisinage immédiat créaient une étroite solidarité. Tous les arrangements destinés à régler l'administration

No. 886. Russland, 1/13. Juli 1863.

intérieure et les rapports mutuels des territoires polonais placés, lors du congrès de Vienne, sous leur domination respective, ont été consignés dans des traités séparés conclus directement entre ces trois Cours le 21 avril (3 mai) 1815. Ils ont été successivement complétés par une série de conventions spéciales, toutes les fois que les circonstances l'ont exigé. Les principes généraux mentionnés dans ces traités, et qui pouvaient intéresser l'Europe, ont seuls été insérés dans l'acte du congrès de Vienne, revêtu, le 27 mai (9 juin), de la signature de toutes les Puissances appelées à y concourir. ¶ Aujourd'hui, ces principes généraux ne sont pas en question. Mais les détails administratifs et les arrangements intérieurs fourniraient utilement matière à des pourparlers entre les trois Cours, afin de mettre la position respective de leurs possessions polonaises auxquelles s'étendent les stipulations des traités de 1815, en harmonie avec les nécessités présentes et les progrès du temps. Le Cabinet Impérial se déclare dès aujourd'hui prêt à entrer dans une semblable entente avec les Cabinets de Vienne et de Berlin. ¶ Vous ne sauriez assez le répéter, monsieur le baron, l'issue de la douloureuse situation qui nous préoccupe, non moins que le Gouvernement de S. M. l'Empereur des Français, doit être cherchée, d'une part et surtout, dans les vues bienveillantes et éclairées inspirées à notre Auguste Maître par la sollicitude que Sa Majesté voue au bien-être du royaume de Pologne comme à celui du reste de son empire, et d'autre part, dans l'action solidaire que les grandes Puissances exerceraient moralement afin de déconcerter les menées du parti qui aspire au bouleversement du continent européen. ¶ En dehors de ces éléments indispensables d'une solution pratique il ne peut y avoir que des malentendus dangereux pour l'avenir du royaume de Pologne et pour la paix générale, ou bien les coupables manoeuvres d'un parti prêt à sacrifier le repos de sa patrie et celui de l'Europe à la réalisation de ses projets chimériques. ¶ Rien ne serait plus préjudiciable à l'oeuvre d'ordre et de conciliation qui appelle l'attention des Cabinets, qu'un désaccord entre eux; rien ne saurait mieux la servir que leur entente. ¶ C'est pourquoi nous avons exprimé au Gouvernement de S. M. l'Empereur des Français le désir d'arriver à cette entente par des explications amicales. ¶ Les nuances qui séparent nos mutuelles appréciations ne sont pas tellement prononcées que nous devions renoncer à cet espoir. Nous nous plaisons à en trouver un gage de plus dans la sagacité avec laquelle S. M. l'Empereur des Français sait apprécier les intérêts de la France et de l'Europe, non moins que dans la confiance que M. le ministre des affaires étrangères de France témoigne à l'égard des dispositions révélées par tous les actes du règne de notre Auguste Maître. ¶ Vous voudrez bien donner lecture de la présente dépêche à M. Drouyn de Lhuys et en laisser une copie entre les mains de Son Excellence. ¶ Recevez, etc., etc.

Gortchacow.

Mr. le baron **de Budberg**, *Paris.*

No. 887.

OESTERREICH. — Min. d. Ausw. an den kais. Geschäftsträger in St. Petersburg. — Neue Vorschläge zur Regelung der polnischen Frage. —

Vienne, le 18 juin 1863.

No. 887. Oesterreich, 18. Juni 1863.

Ma dépêche du 12 avril dernier*) n⁰ 1 vous chargeait d'appeler, sous la forme la plus amicale, l'attention du Cabinet de St.-Pétersbourg sur les dangers des convulsions périodiques qui agitent la Pologne et sur l'influence fâcheuse que les troubles de ce pays exercent dans les provinces limitrophes de l'empire d'Autriche. Nous disions que le Gouvernement russe lui-même reconnaîtrait l'opportunité d'aviser aux moyens de mettre un terme à un état de choses aussi regrettable, en replaçant le royaume de Pologne dans les conditions d'une paix durable. ¶ En répondant à cette communication par une dépêche adressée à M. de Balabine sous la date du 14 (26) avril**), M. le prince Gortchacow nous a fait savoir que S. M. l'empereur Alexandre comprenait les préoccupations qu'inspirent au Cabinet de Vienne les déplorables événements qui se passent dans le voisinage immédiat de ses frontières, et le prix qu'il doit attacher à les voir cesser. ¶ En nous assurant que rien ne saurait dépasser sous ce rapport la sollicitude de son auguste maître, M. le vice-chancelier nous donnait connaissance des dépêches qu'il adressait en même temps au baron de Budberg et au baron de Brunnow, en réponse à des communications françaises et anglaises remises simultanément avec les nôtres et contenant des conclusions analogues. M. le prince Gortchacow nous désignait ces deux pièces, et surtout la dernière, comme renfermant d'amples détails sur les vues de sa Cour, qui s'y trouvaient consignés avec tous les développements comportés par la question. ¶ Nous avons été ainsi naturellement amenés à examiner, d'accord avec les Cabinets de Londres et de Paris, les déclarations de la Cour de Russie. Elles nous ont paru répondre à ce que nous attendions de la sagesse et des intentions libérales de l'empereur Alexandre. Le Cabinet de St.-Pétersbourg semblait, en effet, témoigner lui-même du désir de procéder à un échange d'idées sur les moyens les plus propres à atteindre le but commun de nos voeux. L'Autriche, la France et la Grande-Bretagne se trouvaient donc invitées en quelque sorte à formuler leurs vues d'une manière plus précise et à s'en expliquer amicalement avec le Gouvernement russe. ¶ Animés de l'esprit de conciliation qui a présidé à notre première démarche, nous n'avons pas hésité à suivre la voie qui nous était indiquée. Nous avons, en conséquence, recherché les conditions auxquelles, selon nous, la tranquillité et la paix pouvaient être rendues au royaume de Pologne, et nous sommes arrivés à résumer ces conditions dans les six points suivants que nous recommandons à la considération du Cabinet de St.-Pétersbourg:

1⁰ Amnistie complète et générale;

2⁰ Représentation nationale participant à la législation du pays et possédant les moyens d'un contrôle efficace;

*) No. 711.

**) No. 712.

No. 887. Oesterreich, 18. Juni 1863.

3⁰ Polonais nommés aux fonctions publiques, de manière à former une administration distincte, nationale et inspirant de la confiance au pays;

4⁰ Liberté de conscience pleine et entière, et suppression des restrictions apportées à l'exercice du culte catholique;

5⁰ Usage exclusif de la langue polonaise comme langue officielle de l'administration, de la justice et de l'enseignement;

6⁰ Établissement d'un système de recrutement régulier et légal.

Plusieurs des dispositions de ce programme font déjà partie du plan de conduite que le Cabinet de St.-Pétersbourg s'est tracé; d'autres contiennent des avantages qu'il a promis ou laissé espérer; aucune enfin ne dépasse la mesure de ce qu'ont stipulé les traités en faveur des Polonais. ¶ Nous aimons donc à nous persuader que ces propositions seront accueillies par la Cour de Russie comme des bases pouvant servir de point de départ à cet échange d'idées auquel elle s'est montrée disposée. ¶ A en juger par un passage de la dépêche du prince Gortchacow au baron Brunnow, le Cabinet de St.-Pétersbourg semble admettre l'intérêt qu'auraient toutes les Puissances signataires de l'acte général du congrès de Vienne à participer à des délibérations concernant le pays désigné dans cet acte sous le nom de Duché de Varsovie. ¶ Nous n'aurions point d'objection, pour notre part, contre une pareille forme de négociations, et nous serions prêts à accepter des pourparlers ou des conférences entre les huit Puissances signataires de l'acte général du congrès de Vienne, si la Russie en reconnaît l'opportunité, afin de discuter le développement et l'application du programme que nous avons formulé plus haut. ¶ Lorsque nous vous adressions, monsieur le comte, notre dépêche du 12 avril, nous nous affligions des effets d'une lutte sanglante dont le contre-coup se faisait sentir sur le territoire autrichien et qui devenait ainsi une source de calamités pour les sujets de l'empereur notre auguste maître. ¶ Nous éprouvons une vive douleur de la prolongation de semblables conflits. Guidés par des considérations d'humanité non moins que par les intérêts spéciaux de l'Autriche, nous formons des voeux sincères pour que la sagesse du Gouvernement russe et les efforts conciliants des Puissances qui lui offrent leur concours parviennent à arrêter une déplorable effusion de sang. Nous aimons à croire que les sentiments généreux de l'empereur Alexandre aideront puissamment à atteindre ce résultat, qui, s'il pouvait être obtenu, faciliterait beaucoup la tâche des Cabinets dans les conférences. ¶ Nous serons heureux que la résolution à laquelle s'arrêtera la Cour de Russie soit en harmonie avec les grands intérêts que de puissants motifs nous ont portés à recommander à sa sollicitude éclairée. ¶ En faisant entrer une question aussi épineuse que celle qui nous occupe aujourd'hui dans la voie d'une discussion amiable, on lui préparera une solution à la fois pacifique et digne des sentiments dont s'inspirent les Cabinets. ¶ Vous voudrez bien, monsieur le comte, donner lecture de cette dépêche à M. le prince Gortchacow, et je vous autorise même à lui en laisser copie. ¶ Recevez, etc.

Rechberg.

Mr. le comte G. Thun, *St.-Pétersbourg.*

No. 888.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Geschäftsträger in Wien. — Antwort auf die vorstehende österreichische Depesche. —

St.-Pétersbourg, le 1/13 juillet 1863.

No. 888. Russland, 1/13. Juli 1863.

D'ordre de son Gouvernement, M. le chargé d'affaires d'Autriche m'a donné lecture et laissé copie de la dépêche ci-jointe de M. le comte de Rechberg. ¶ Dès le début des troubles du royaume de Pologne, nous avons compris le juste intérêt que le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique devait prendre à des faits qui se passaient dans son voisinage immédiat et pouvaient réagir sur la tranquillité de ses provinces polonaises. Quoique jusqu'à présent l'insurrection ait concentré tous ses efforts dans le royaume et que ce soient plutôt les éléments de désordre renfermés dans les provinces limitrophes appartenant à d'autres Puissances qui ont reflué vers ce foyer d'incendie et y ont apporté de nouveaux aliments, la plus simple prévoyance suffisait pour indiquer que ces déplorables événements ne pouvaient recevoir aucune solution qui n'intéressât à un égal degré les États voisins. ¶ Aussi nous sommes-nous empressés de convier le Cabinet de Vienne à un échange d'idées. Nous voyons avec une vive satisfaction qu'il ne s'est pas mépris sur ce désir d'une entente amicale fondée sur nos intérêts communs, en face d'éventualités prévues par les fauteurs de l'insurrection, et qui, malgré le voile transparent dont ils couvrent leurs menées, tendent à des conséquences qui pourraient affecter finalement l'intégrité même des États de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique. ¶ M. le comte de Rechberg recommande à la considération du Cabinet Impérial quelques mesures qui, à son avis, pourraient amener la pacification du royaume de Pologne. Son Excellence est trop au courant de l'état réel des choses dans ce pays pour que j'aie besoin de signaler à son attention que plusieurs de ces mesures existent déjà, et que les autres renferment des principes généraux qui ne sont pas contraires, dans leurs traits essentiels, aux développements que notre Auguste Maître s'est réservé de donner aux institutions actuelles du royaume, lorsque Sa Majesté en jugera le moment venu. ¶ M. le ministre des affaires étrangères d'Autriche constate d'ailleurs lui-même que la plupart de ces idées rentrent dans le plan que S. M. l'Empereur S'est tracé. Mais Son Excellence reconnaîtra sans doute aussi qu'elles ne sauraient être appliquées avec quelque chance de succès, avant que l'ordre matériel ne soit rétabli. M. le comte de Rechberg comprendra certainement qu'aussi longtemps que cette condition indispensable à l'action salutaire du Gouvernement n'aura pas été remplie, toute tentative d'organisation du royaume échouera, d'une part, devant les mêmes obstacles que les désordres actuels y ont opposés jusqu'ici, et d'autre part, devant l'encouragement moral que l'espoir d'une intervention active du dehors doit nécessairement apporter aux aspirations les plus insensées de l'insurrection. ¶ Il dépend beaucoup des grandes Puissances de dissiper ces illusions, de déjouer ces calculs et d'accélérer le terme de cette situation, en prenant en sérieuse considération ce côté essentiel de la question, qui en constitue, à notre avis, le danger

européen. ¶ Nous serons toujours disposés à échanger nos idées sur cet objet avec chacune d'elles, dans la voie de nos rapports diplomatiques et avec le désir sincère d'arriver à une entente. ¶ Quant à des délibérations en conférence auxquelles participeraient toutes les Puissances signataires de l'acte général de Vienne du 27 mai (9 juin) 1815, nous ne méconnaissons pas l'intérêt que ces Puissances doivent prendre à la situation actuelle du royaume de Pologne en tant qu'elle peut troubler le repos général et l'équilibre fondé par le traité auquel elles ont concouru; nous ne leur contestons pas le droit d'interpréter le sens de cet acte selon leurs propres vues. Mais nous ne saurions reconnaître ni l'opportunité ni l'utilité pratique de soumettre à leurs délibérations des questions qui se rattacheraient aux détails les plus intimes de l'administration du royaume. Aucune grande Puissance ne pourrait accepter cette ingérence directe dans ses affaires intérieures; elle n'est d'ailleurs ni dans l'esprit, ni dans la lettre des traités existants, et ne ferait même que reculer le but de pacification auquel tendent les voeux et les efforts des Puissances, en accroissant les prétentions des agitateurs polonais de tout ce qu'elle enlèverait de prestige à l'autorité souveraine. ¶ M. le comte de Rechberg, en subordonnant son adhésion éventuelle à une pareille combinaison au consentement préalable du Cabinet Impérial, a pressenti lui-même, avec un sentiment d'équité que notre Auguste Maître a pleinement apprécié, l'impossibilité où nous serions de l'admettre. Nous nous plaisons à reconnaître dans cette réserve une nouvelle preuve des dispositions amicales du Cabinet de Vienne et un témoignage de la justesse avec laquelle M. le comte de Rechberg apprécie la situation. ¶ La marche qui a été suivie en 1815 nous semble indiquer assez clairement la nature des délibérations qui peuvent s'établir sur des questions touchant, d'un côté, à un intérêt général, et de l'autre, à des détails administratifs du domaine exclusif des États souverains limitrophes. A cette époque, une distinction a été pratiquement établie entre ces deux catégories d'intérêts. Les derniers ont fait l'objet de négociations séparées de la part des Cours de Russie, d'Autriche et de Prusse, entre lesquelles les traditions de l'histoire, un contact permanent et un voisinage immédiat créaient une étroite solidarité. Tous les arrangements destinés à régler l'administration intérieure et les rapports mutuels des territoires polonais placés, lors du congrès de Vienne, sous leur domination respective, ont été consignés dans des traités séparés conclus directement entre ces trois Cours le 21 avril (3 mai) 1815. Ils ont été successivement complétés par une série de conventions spéciales toutes les fois que les circonstances l'ont exigé. Les principes généraux mentionnés dans ces traités, et qui pouvaient intéresser l'Europe, ont seuls été insérés dans l'acte du congrès de Vienne, revêtu le 27 mai (9 juin) de la signature de toutes les Puissances appelées à y concourir. ¶ Aujourd'hui ces principes généraux ne sont pas en question, mais les détails administratifs et les arrangements intérieurs fourniraient utilement matière à des pourparlers entre les trois Cours afin de mettre la position respective de leurs possessions polonaises auxquelles s'étendent les stipulations des traités de 1815 en harmonie avec les nécessités présentes et les progrès du temps. Le Cabinet Impérial se déclare dès aujourd'hui prêt à entrer dans une semblable entente avec les Cabinets de Vienne et de Berlin.

No. 888 Russland, 1/13. Juli 1863.

¶ Notre Auguste Maître a trop de confiance dans les sentiments et les vues conciliantes de S. M. l'Empereur d'Autriche pour ne pas être persuadé qu'une entente sur ces bases conduirait à des résultats également satisfaisants pour les intérêts mutuels des trois Cours, la prospérité de leurs sujets polonais et des considérations générales qui rattachent ces questions au repos et à l'équilibre de l'Europe. ¶ Veuillez donner lecture de la présente dépêche à M. le ministre des affaires étrangères d'Autriche et en laisser une copie entre les mains de Son Excellence. ¶ Recevez, etc.

Gortchacow.

Mr. de Balabine, *Vienne.*

No. 889.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Answ. — Bericht über eine Unterredung mit dem Fürsten Gortschakow in Betreff der russischen Antworten auf die Vorschläge der drei Mächte. —

St. Petersburgh, July 18 (received July 23), 1863.

No. 889. Gross-britannien, 18. Juli 1863.

My Lord, — The French Ambassador was called to Tsarskoé Sélo yesterday to hear the replies of Prince Gortchakoff to the overtures of the three Powers on behalf to Poland. I had occasion to meet his Excellency in the evening, when he informed me that the Vice-Chancellor desired to see me for the same purpose this forenoon. I found the Duke de Montebello under a very decided impression of the bad effect which the Russian communication would have at Paris. The Duke gave me a brief outline of the tenour of the despatches with which he had been made acquainted. The armistice was rejected; that we had foreseen. The conferences were declined; that we had apprehended; but the six points had not been distinctly adopted, and, what was altogether unexpected and most to be deplored, the intervention of France and England were set aside, and proposals were made to enter upon a separate discussion on Polish affairs with Austria and Prussia, as conterminous Powers peculiarly interested, without any apparent provision even for the subsequent participation of the other Powers signataries of the Treaty of Vienna. Such an overture, in the opinion of my French colleague, would be regarded by his Government not only as unsatisfactory, but as almost insulting, and as tending to a positive and immediate rupture. ¶ I heard the intelligence with surprise and concern, for I fully shared the impression of the Duke in regard to France, and I could not but feel that the determination of the Russian Cabinet would be highly unacceptable to Her Majesty's Government. ¶ After some consultation it was agreed that the French Ambassador should accompany me to Tsarskoé Sélo this morning, in the hope that Prince Gortchakoff might be enabled to give us some explanation of his views, which, on being communicated to our respective Cabinets, might set his intentions in a more favourable light, and mitigate the first impression which the perusal of his despatches would create. ¶ We accordingly waited

on Prince Gortchakoff this morning, who placed the three despatches in our hands. After we had carefully read them through apart, we returned to the Prince, when, after thanking his Excellency for his communication, I spoke to him in the following sense: — I said that I might have abstained from all remarks on the subject, and simply awaited the resolution of Her Majesty's Government. I must beg him to understand that any observations which I might offer were solely prompted by the hope that a fuller explanation of his sentiments on one or two points might be found calculated to mitigate the feelings of dissatisfaction with which his resolutions would probably be received by the allied Governments. I much feared that his communication would be understood in England as an attempt to gain time and detach Austria from our alliance; that a proposal which at the present conjuncture aimed to exclude two great Powers from the discussion of a question in which they had expressed the deepest and most deliberate interest would be regarded as far from conciliatory, and even as offensive; that a scheme by which the interests of Poland would be committed exclusively to the hands of the Powers by which Poland had been partitioned, and in past times oppressed, would inspire no confidence; in fact, that no form of reply could, in my humble judgment, have contained fewer elements for a friendly or pacific adjustment. Nevertheless, in the eyes of England, at least, there was something to be pleaded in favour of the Russian argument, in so far as it professed, even in restricting the discussions to the three Powers, to go upon the basis of the treaty of Vienna, which had been adopted by your Lordship as the ground of our mediation. I would ask his Excellency, for your Lordship's immediate information, two questions: —

1. What was the form, and what the basis, which he designed to give to the discussions which he proposed between Austria, Russia, and Prussia? And,

2. Whether he proposed to exclude France and England even from any participation in the ratification of the engagements which might be taken by the three Powers; or whether he proposed to admit them in the same manner and in the same degree in which they had been admitted by the Treaty of Vienna?

The Vice-Chancellor stated, in reply, that the Plenipotentiaries of Austria and Prussia would be received by him at St. Petersburgh, and the results of this restricted Conference might, as in the Treaties of Vienna, be consigned in the form of protocols, or in that of a treaty, or in any other shape which might be considered desirable; that the basis of the discussion *(point de départ)* would be the six points proposed by the three Powers, which contained nothing contrary to the views of the Emperor, as well as other points which he might deem it his duty to submit. ¶ In reply to my second question, Prince Gortchakoff stated that the resolutions embraced in the Conference of the three neighbouring Powers most directly concerned in the affairs of Poland would be officially imparted to the Governments of England and France, which would be able to appreciate the conformity of those resolutions (which would embody a practical adaption of the six points) to the spirit and text of the Treaty of Vienna. ¶ I urged the Vice-Chancellor to declare unambiguously whether his

No. 889. Grossbritannien, 18. Juli 1863.

resolutions did or did not exclude the logical result to which a strict adherence to the method of the Treaty of Vienna would conduct him—namely, to the embodiment of the results of the restricted Conference in a general Convention, to which all the Powers bound by the engagements of 1815 should be parties. The Vice-Chancellor did not perhaps absolutely commit himself against such a conclusion, but he refused to admit it, and repeatedly asserted that he would accede to nothing which would give the Western Powers any right whatever of interfering in the internal concerns of the Russian Empire, in which he seemed to include the Kingdom of Poland, though I did not cease to contend that we had a limited right of interference there under the Treaty of Vienna. After a good deal of discussion of a desultory nature, in which the French Ambassador took an active share, the enclosed telegraphic despatch in clear, forwarded to your Lordship under the present date, was drawn up with the approval of Prince Gortchakoff, who sent it off to Baron Budberg and Baron Brunnow. ¶ I can only hope that the part which I have taken in endeavouring to elucidate the views of the Russian Minister may not meet with your Lordship's disapproval. I entered upon the inquiry in the hope of being able to temper the effects of an unfortunate communication, as I deem it, and of furnishing Her Majesty's Government the means of making explanations in Parliament for which the text of Prince Gortchakoff's despatch might not have afforded the materials. ¶ I have not given the Vice-Chancellor the least ground for supposing that the tenour of his despatch to Baron Brunnow, or its present development of its meaning, will be considered satisfactory to Her Majesty's Government. ¶ I have, &c.

Napier.

The Earl **Russell**, *London.*

Anlage. — Telegramm Napier's an Russell.

St. Petersburgh, July 18, 1863.

The Duke de Montebello and I have asked Prince Gortchakoff in what form and on what basis the discussions proposed by him respecting the affairs of Poland between Austria, Russia, and Prussia would take place, and whether the remaining signatary Powers of the Treaty of Vienna are, in his view, to be excluded from all ulterior share in accepting or ratifying the results of the restricted Conference. ¶ The Vice-Chancellor replies „that the Plenipotentiaries of Austria and Prussia may meet him at St. Petersburgh and consign the common resolutions adopted in the form of protocols, or of a treaty, or in any other shape considered desirable. The basis of the proposed discussion would be the six points, which contain nothing in principle contrary to the policy of the Emperor. France and England would be enabled by an official communication of the acts resulting from the deliberation of the restricted conference, which would contain the practical adaptation of the six points, to appreciate the conformity of those acts with the spirit and text of the Treaty of Vienna."

No. 890.

OESTERREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in Paris*). — Bemerkungen über die russische Depesche vom 13. Juli. —

Vienne, 19 juillet 1863.

No. 890. Oesterreich, 19. Juli 1863.

Mon prince, la dépêche du prince Gortchacow à M. de Balabine touche trois points qui concernent tout particulièrement l'Autriche, et sur lesquels le Gouvernement impérial doit se prononcer catégoriquement avant de s'entendre avec les Gouvernements d'Angleterre et de France sur l'attitude qu'il convient aux trois Puissances de prendre, par suite des réponses russes. ¶ Je ne chercherai pas si une intention secrète a pu diriger le Prince Gortchacow lorsqu'il a écrit les trois passages dont il s'agit; je me borne à constater qu'ils tendent à jeter un faux jour sur les intentions de l'Autriche, et à la placer dans une position qu'elle ne saurait accepter. ¶ Les trois endroits de la dépêche russe qui demandent à être relevés de suite sont les suivants:

1° Celui où le prince Gortchacow prétend que notre dépêche du 18 juin pressent et approuve, pour ainsi dire d'avance, le refus de la Russie d'adhérer à une conférence;

2° Celui où une sorte d'assimilation est établie entre les provinces polonaises de l'empire d'Autriche et le pays généralement désigné sous le nom de royaume de Pologne;

3° Enfin celui où le Gouvernement russe propose de s'entendre avec l'Autriche et la Prusse pour régler le sort de leurs sujets respectifs.

J'invite Votre Altesse à s'expliquer très-nettement sur ces trois points vis-à-vis de M. Drouyn de Lhuys, de manière à ne laisser aucun doute sur les sentiments du Gouvernement impérial. ¶ Quant à la conférence, notre dépêche du 18 juin au comte Thun constate simplement un fait évident en laissant entendre que sa réunion dépend de la participation de la Russie. Il est clair, en effet, qu'on ne saurait négocier en conférence avec la Russie, si cette Puissance s'y refuse; mais il ne s'ensuit pas de là qu'un tel refus ait notre approbation. La proposition d'une conférence est au contraire, selon nous, tout à fait acceptable pour le Gouvernement russe. Nous avons d'ailleurs déjà chargé le comte Thun, par un télégramme, de s'expliquer dans ce sens et de rectifier cette interprétation avancée de notre dépêche. ¶ En ce qui regarde l'assimilation entre la Galicie et le royaume de Pologne, nous devons catégoriquement repousser toute insinuation de ce genre. ¶ Enfin, relativement à la forme d'entente proposée par la Russie, nous avons également déjà déclaré à Saint-Pétersbourg que le concert établi entre les trois Cabinets de Vienne, Londres et Paris constitue entre eux un lien dont l'Autriche ne peut pas se dégager aujourd'hui pour négocier

*) Eine gleichlautende Depesche ist an den Grafen Apponyi, k. k. Botschafter in London, gerichtet worden.

No. 890. Oesterreich, 19. Juli 1863

séparément avec la Russie. ¶ Votre Altesse pourra donner lecture de la présente dépêche à M. Drouyn de Lhuys. ¶ Recevez, mon prince, l'assurance de ma considération la plus distinguée.

Rechberg.

Mr. le Prince de **Metternich**, *Paris.*

No. 891.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Geschäftsträger in Wien. — Erklärungen und Erläuterungen zu den russischen Antworten vom 13. Juli auf die Vorschläge der drei Mächte. —

St-Pétersbourg, le 15/27 juillet 1863.

No. 891. Russland, 15/27. Juli 1863.

M. le comte de Rechberg a adressé aux ambassadeurs de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique près les Cours de France et d'Angleterre, sous la date du 19 juillet courant, une dépêche qui a été reproduite par la presse de Vienne. ¶ Cette pièce paraît avoir pour objet de mettre à l'abri de tout malentendu la pensée qui préside à la politique du Cabinet de Vienne dans la question de Pologne. M. le ministre des affaires étrangères d'Autriche nous permettra de répandre la même lumière sur les intentions qui ont dicté nos dernières ouvertures. ¶ Ce n'est pas sans quelque surprise que nous avons vu M. le comte de Rechberg indiquer la possibilité d'une pensée secrète de la part du Cabinet Impérial. ¶ Si cette appréciation est inspirée à M. le ministre des affaires étrangères d'Autriche par le désir d'écarter toute idée d'une entente séparée qui pourrait être jugée incompatible avec les liens que le Cabinet de Vienne a contractés, et le point de départ auquel il a rattaché ses démarches, nous nous empressons de rendre témoignage qu'aucune entente quelconque n'a eu lieu entre lui et nous au sujet de ces dernières ouvertures. ¶ Nous n'avions aucun mystère à faire des propositions loyales, entièrement dans l'esprit et la lettre des traités de 1815, sur la base desquels un échange d'idées avait été convenu, et qui, dans notre conviction, contiennent un mode de solution pacifique, conforme aux intérêts du royaume de Pologne. ¶ Le Cabinet Impérial avait cru pouvoir inférer de la dépêche du 18 juin que M. le comte de Rechberg avait pressenti notre refus d'adhérer à une conférence des huit Puissances signataires de l'acte général du congrès de Vienne, puisque Son Excellence subordonnait au consentement préalable de la Russie l'adhésion du Gouvernement autrichien à cette combinaison. ¶ Nous n'en avions déduit aucune approbation. Nous avions vu dans cette réserve un sentiment de dignité qu'en pareil cas le Cabinet de Vienne aurait revendiqué pour lui-même, et nous avons rendu justice à un acte d'équité. Quant à l'appréciation de ce que réclamait la dignité de la Russie, elle ne pouvait appartenir qu'à notre Auguste Maître; mais il était évident qu'une combinaison qui ne semblerait pas conforme à la dignité du pays, devait par cela même être jugée impossible. ¶ M. le comte de Rechberg a cru voir dans notre proposition d'une entente des trois Cours en vue de mettre la situation de leurs possessions polonaises auxquelles s'étendent les stipulations du traité de 1815 en harmonie

avec les circonstances du moment et les besoins de l'époque, — l'idée d'établir entre le royaume de Pologne et la Galicie une assimilation que Son Excellence repousse. ¶ Nous n'avons songé à établir aucune assimilation quelconque. Qu'il y ait une solidarité nécessaire entre les intérêts des trois Cours limitrophes et de leurs possessions polonaises respectives, c'est ce qu'attestent les traditions et les precédents historiques qui ont créé l'ordre de choses actuellement existant. Les faits ont plus d'une fois démontré combien la situation de chacune de ces provinces réagit sur la condition des autres. Les événements actuels et la part active que les éléments révolutionnaires de la Galicie prennent à l'insurrection du royaume et à son but final en sont un témoignage de plus. Les Cabinets d'Autriche, d'Angleterre et de France l'ont constaté en fondant leur action diplomatique sur le contre-coup que les troubles du royaume exercent sur les possessions des États limitrophes, et par là sur la tranquillité de l'Europe. ¶ Nous nous sommes inspirés de la conviction de cette solidarité en proposant une entente destinée à mettre l'harmonie nécessaire entre les institutions qu'il s'agissait d'introduire dans le royaume de Pologne, après la pacification du pays, et celles qui existent dans les possessions polonaises des États limitrophes. C'était une pensée amicale, conforme aux relations des deux Cours impériales et à leurs mutuels intérêts. Nous devons repousser toute interprétation différente. ¶ Quant au fond même de nos propositions, nous croyons qu'appréciées avec l'esprit de conciliation qui les a dictées, et loyalement appliquées, — elles pouvaient conduire à une solution rationnelle et pratique qui répondrait à la fois aux droits et aux intérêts des trois Puissances limitrophes, aux stipulations du traité de 1815, sur lesquels repose l'équilibre général, aux voeux raisonnables des Polonais et à la sollicitude que l'Europe témoigne en faveur de la tranquillité de ces contrées. ¶ Nous ne pouvons donc que regretter l'impression différente que nous font pressentir les instructions adressées par M. le comte de Rechberg aux ambassadeurs d'Autriche à Londres et à Paris. ¶ Vous êtes autorisé à donner à Son Excellence lecture de la présente dépêche. ¶ Recevez, etc.

Gortchacow.

Mr. de Knorring, *Vienne.*

No. 892.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erwiderung auf einige Bemerkungen des kaiserlich-französischen Min. d. Ausw. in Bezug auf die letzte russische Depesche vom 13. Juli. —

St.-Pétersbourg, le 18/30 juillet 1863.

Je reçois à l'instant votre expédition du 13 (25) juillet. Je l'envoie immédiatement en Finlande où elle sera mise sous les yeux de S. M. l'Empereur. Je ne suis donc pas à même de faire part à Votre Excellence de l'impression que notre Auguste Maître en aura reçue. ¶ Je ne veux cependant pas tarder de vous communiquer par le présent courrier les observations qu'une lecture rapide m'a suggérées. Ces observations ne portent point sur le fond de la

No. 892. Russland, 18/30. Juli 1863.

question, puisque nous ignorons encore les conclusions pratiques auxquelles le Gouvernement français arrivera après s'être consulté avec les Cabinets de Londres et de Vienne. ¶ Je ne m'arrêterai qu'au jugement que M. Drouyn de Lhuys a porté dans son entretien avec vous sur les divers points de notre réponse.

1° — M. le ministre des affaires étrangères de France reconnaît qu'en principe nous ne rejetons point les six articles, mais il diffère d'avis quant à la condition préalable que nous posons à leur application. Il croit que leur mise en vigueur immédiate hâterait la pacification du royaume, tandis que dans l'état d'agitation qui y règne actuellement, il est impossible de prévoir le moment où ces réformes spontanées pourraient être accordées. M. Drouyn de Lhuys semble en conclure qu'en définitive notre réponse implique une fin de non-recevoir sous l'apparence d'une adhésion en principe. ¶ Il nous semble, monsieur le baron, que les faits parlent assez haut sous ce rapport. La plupart des mesures impliquées dans les six articles ont été octroyées par S. M. l'Empereur. Loin de pacifier le royaume, elles ont été le point de départ de l'insurrection armée. Les agitateurs se sont servis de ces réformes et de l'autonomie administrative qu'elles avaient créée pour soulever le pays. Leur but était parfaitement clair. Ayant conçu l'espoir d'arriver à une complète indépendance avec l'appui d'une intervention étrangère, ils ne pouvaient pas se déclarer satisfaits des institutions libérales, représentatives et progressives, dont le Gouvernement avait posé les bases. Tout au contraire, ils devaient considérer le succès de ces réformes qui appelaient le royaume de Pologne dans la voie d'un progrès régulier, comme la ruine de leurs aspirations; c'est pourquoi ils en ont fait le point d'une insurrection. Leurs sentiments n'ont nullement changé depuis que les Puissances étrangères se sont approprié ces articles. Ils ont hautement déclaré qu'ils ne s'en contenteraient pas et ne poseraient pas les armes aussi longtemps qu'ils n'auraient pas obtenu le but final auquel ils aspirent, c'est-à-dire la reconstruction de la Pologne dans les limites de 1772. ¶ Si le Cabinet Impérial ne répudiait pas de ses traditions politiques la mauvaise foi et les voies détournées, il y aurait peut-être eu quelque habileté de sa part à accepter catégoriquement les six articles, afin de faire retomber sur les insurgés la responsabilité de leur rejet aux yeux des Puissances qui les appuient. Mais nous n'avons pas voulu voir dans une affaire aussi sérieuse l'occasion d'une manoeuvre politique. Nous avions convié les Cabinets à un échange d'idées loyal, nous les croyions animés d'un égal désir d'arriver à une entente sur une question qui intéressait l'humanité et la tranquillité générale. C'est donc avec une entière franchise que nous leur avons signalé une vérité évidente, selon nous, savoir que les six articles proposés, et qui en principe ne s'écartent pas des intentions de S. M. l'Empereur, ne pouvaient recevoir une application pratique qu'après le rétablissement de l'ordre matériel dans le royaume.

2° — M. Drouyn de Lhuys a cru voir une accusation contre le Gouvernement français dans notre assertion que la conspiration permanente organisée au dehors est la cause principale de l'insurrection actuelle. ¶ Une semblable intention n'a pas pu entrer dans notre pensée. Nous sommes persuadés que le Gouvernement français a vu à regret ces menées et ne s'est point mépris sur leur

caractère révolutionnaire. Mais il n'en est pas moins vrai que ces menées existent malgré lui; que Paris en est un des principaux foyers; qu'elles alimentent l'agitation morale du royaume et lui fournissent des ressources matérielles. Ces faits sont d'une évidence si palpable qu'il serait inutile de les dissimuler. ¶ Nous devions les constater, afin de fixer l'attention du Gouvernement français et des Cabinets associés à son attitude diplomatique, sur ce côté essentiel de la question. C'est un appel amical que nous avons adressé à leur concours, en vue d'un intérêt qui nous semblait commun à un double titre, d'abord parce que la prompte pacification du royaume de Pologne, objet d'un désir général, dépendait directement de la persistance de ces causes, et ensuite parce que la tendance révolutionnaire cosmopolite que prenait de plus en plus l'agitation polonaise par la participation des éléments anarchiques de tous les pays, lui donnait à nos yeux le caractère d'un danger européen. ¶ M. le ministre des affaires étrangères a contesté notre appréciation du mouvement polonais. Il refuse d'y voir le fait d'une minorité turbulente et des menées de l'émigration au dehors; il constate, d'une part, que dans le royaume le mouvement doit être universel pour résister à toutes les forces du Gouvernement russe, et d'autre part, qu'au dehors il n'y a pas seulement les intrigues de quelques émigrés, mais des sympathies hautement exprimées par l'opinion publique, les assemblées et presque tous les Gouvernements. ¶ Le mouvement polonais présente, selon nous, deux faces distinctes: au dedans nous ne contestons pas qu'il y ait des germes de mécontentement inhérent à la nature des choses dans un pays qui se souvient d'avoir été indépendant. Il sera toujours facile d'exciter les esprits en évoquant le souvenir de ces traditions. La Russie ne possède ces contrées que depuis un demi-siècle à peine. Durant cette période, les événements du dehors ont constamment troublé le travail d'assimilation nécessaire pour effacer les divergences historiques sous l'action d'une forte unité. Il n'y a peut-être pas un seul État en Europe qui, dans de telles conditions et dans un si court espace de temps, aurait réussi à fonder l'unité politique. ¶ Nous n'entreprendrons pas d'examiner les divers essais qui ont été tentés. Ils ont nécessairement participé des agitations d'une époque profondément troublée. Pour rester sur un terrain pratique, nous constaterons seulement que S. M. l'Empereur avait entrepris d'effacer les traces douloureuses du passé par des réformes libérales destinées à concilier les enseignements de l'expérience avec les stipulations des traités et les exigences de l'époque. Sa Majesté en avait pris l'initiative. Les mesures qu'elle avait adoptées, celles que sa prévoyance avait préparées s'écartaient peu des bases que les trois Cours ont recommandées comme pouvant assurer la pacification du royaume. Pourquoi ces efforts sont-ils restés infructueux et n'ont-ils même fait qu'accélérer le soulèvement du pays? ¶ Ici se produit l'influence du dehors. D'abord celle de l'émigration, qui depuis trente ans conspire ouvertement contre la tranquillité du royaume à l'abri de la protection qu'elle a trouvée dans quelques États; ensuite les influences politiques auxquelles se sont toujours rattachées les espérances de la révolution en Pologne. ¶ Quelque actives et persévérantes qu'aient été les menées de l'émigration, elles auraient eu peu d'effet sur la situation intérieure du royaume, si elles n'avaient pas puisé dans les influences politiques des moyens

No. 892. Russland, 18/30. Juli 1863.

d'action illimités. Tout pays a besoin d'ordre matériel. La masse des populations est généralement attachée à cette condition indispensable de toute prospérité. Le Gouvernement impérial pouvait et peut encore compter sur cet élément essentiel qui existe en Pologne comme ailleurs. A mesure qu'il aurait appliqué, perfectionné et complété les institutions préparées par l'initiative de S. M. l'Empereur, développé les intérêts matériels et l'éducation morale du pays, il pouvait espérer voir les passions s'apaiser, les souvenirs irritants s'effacer, et le royaume s'habituer à marcher parallèlement avec la Russie dans une voie de progrès qui certainement eût été plus favorable à son bien-être que les haines nationales et les sanglants conflits où les deux pays ont été poussés. C'est là précisément le résultat que redoutait le plus l'émigration, qui y aurait perdu toute sa signification politique et toutes ses espérances. C'est pourquoi elle s'est efforcée de troubler à tout prix ce travail d'apaisement et de pacification, et c'est pour y arriver qu'elle a fait luire aux yeux des Polonais l'espoir d'une restauration de leur indépendance par une intervention étrangère. Là est la véritable cause qui a provoqué et entretenu le mouvement. Sans cet espoir, l'émigration aurait pu amener quelques désordres, mais non une insurrection; les habitants paisibles auraient répoussé ces tentatives, les masses y seraient restées hostiles comme à tout ce qui les trouble dans leur existence laborieuse, et c'est en effet le tableau qu'avait présenté jusqu'ici l'agitation du royaume. Si quelque chose peut dissimuler le caractère de cette agitation aux yeux des classes qui, par leur nature et leur intérêt, doivent y demeurer étrangères et contribuer à y entraîner leur adhésion morale, c'est uniquement le mirage des sympathies, des excitations de tout genre provoquées au dehors, et finalement celui d'une intervention en faveur de l'indépendance complète de la Pologne. ¶ Les meneurs du mouvement l'ont parfaitement compris. Ce n'est pas pour des institutions plus ou moins représentatives et libérales qu'ils ont pris les armes et soulevé le pays; ils ont nettement et hautement déclaré que leur but exclusif était la reconstitution de la Pologne dans ses limites de 1772, et ils ont constamment présenté à leurs compatriotes une intervention étrangère comme le couronnement certain de l'entreprise à laquelle ils les invitaient à s'associer. C'est ainsi que des désordres ont dégénéré en insurrection et qu'on a fait d'une émeute une révolution sous la double influence des institutions autonomes octroyées par S. M. l'Empereur et des encouragements du dehors. ¶ M. Drouyn de Lhuys reconnaîtra que le langage de la presse de l'Occident n'a pas été de nature à diminuer ces encouragements, et que l'action même des Cabinets a donné lieu à des interprétations qui ont pu les entretenir. ¶ Dans des questions aussi graves et aussi délicates, les intentions réelles des Gouvernements échappent aux masses; elles sont souvent dénaturées par les organes de la presse; l'opinion publique se trouve ainsi poussée, et les Cabinets s'exposent à des inconvénients sérieux lorsqu'ils la prennent pour guide après l'avoir laissée s'égarer. Il faut donc nécessairement qu'ils tiennent compte non-seulement de leurs intentions, mais aussi de l'interprétation qu'elles peuvent recevoir et de l'influence que cette interprétation peut exercer. ¶ C'est pourquoi nous avons constaté le fait évident, selon nous, que la conviction d'une assistance du dehors, entretenue par les intrigues de l'émigration,

No. 892. Russland, 18/30. Juli 1863.

était la principale cause de la persistance et de l'extension de l'insurrection du royaume, et c'est parce que nous ne pouvions pas supposer un seul instant que ce fait entrât dans les intentions du Gouvernement français, que nous l'avons signalé à son attention comme le principal obstacle qui s'opposait à la réalisation du voeu qu'il nous témoignait en faveur d'une prompte pacification du royaume.

3⁰ — Nous ne pouvons que maintenir les obvervations contenues dans notre réponse au sujet de la suspension des hostilités. Il n'y a point en Pologne d'hostilités; il y a une révolte; il n'y a point de belligérants, mais d'un côté des rebelles en armes et de l'autre un Gouvernement légal, des autorités et une armée régulières. Dans ces conditions, il n'y a de transaction possible que le retour de l'ordre et la soumission des rebelles. Il faut ou qu'ils déposent les armes, ou que le Gouvernement abdique toute autorité. Il nous est impossible de comprendre autrement la question de dignité et d'ordre public. Quant à l'application matérielle, nous ne saurions nous expliquer, ni entre qui un armistice aurait pu être négocié, ni par quels moyens on en aurait garanti l'exécution.

4⁰ — En ce qui concerne notre proposition d'une conférence préalable des trois Cours limitrophes, elle nous a été suggérée, ainsi que vous l'avez fait observer à M. le ministre des affaires étrangères de France, par le principe même qui sert de base à l'action diplomatique des Cabinets, celui des traités de 1815. Elle est conforme à la nature des choses et aux précédents diplomatiques. C'est pourquoi nous n'avons point songé à nous assurer du consentement préalable des deux Cours copartageantes; nous n'avions point à nous expliquer avec elles. Nous avions à répondre à un échange d'idées avec les Cabinets de France, d'Angleterre et d'Autriche. En retour de propositions qui nous ont paru soulever des objections sérieuses, nous leur avons suggéré une combinaison qui nous a semblé dans l'esprit et la lettre des traités, et pouvait conduire à une solution pacifique conforme à nos voeux communs. ¶ L'opinion que M. Drouyn de Lhuys vous a exprimée à ce sujet nous confirme dans la conviction que la question qui se traite entre nous conduit à des difficultés, parce qu'elle a été mal posée et que dès le début elle a engagé la dignité des Cabinets. ¶ Au fond, le Gouvernement français, de même que ceux d'Angleterre et d'Autriche, nous a exprimé le voeu d'une prompte pacification du royaume de Pologne. Ce voeu, nous le partageons au même degré. Nous l'avons convié à un échange d'idées amical sur la base des traités. Il nous a recommandé, comme moyen d'atteindre au but proposé, diverses combinaisons. Nous avons constaté que les six articles qui y servaient de bases étaient dans la direction des intentions de notre Auguste Maître. A l'idée d'une conférence qui avait, selon nous, l'inconvénient d'amener une ingérence directe des Puissances étrangères qui aurait affaibli notre prestige et encouragé les prétentions exagérées de l'insurrection, nous avons substitué celle d'une conférence préalable des trois Cours directement intéressées, qui avait l'avantage de maintenir leur action indépendante dans des questions d'administration intérieure, tout en conduisant au même but, conformément à l'esprit et à la lettre des traités. Cette proposition nous a été inspirée par un désir de conciliation. ¶ Nous ne pouvons que regretter le jugement qu'en porte

No. 892. Russland, 18/30. Juli 1863.

M. le ministre des affaires étrangères de France. ¶ Nous avons été également péniblement surpris de l'impression dont il vous a fait part quant au ton général de nos réponses. La question est beaucoup trop sérieuse pour comporter une intention d'ironie, bien moins encore de provocation. Mais ici se révèle encore l'influence du faux point de départ de toute cette négociation et des questions de dignité qu'elle a malheureusement engagées, par suite de la publicité qui lui a été donnée et de l'intervention des passions de la presse et de l'opinion. ¶ Vous avez très-judicieusement relevé, monsieur le baron, le sentiment de dignité blessée qui a pu se manifester dans l'expression de notre pensée. ¶ En présence des outrages qui nous sont prodigués, il était difficile qu'il en fût autrement. Nous sommes bien loin de vouloir attribuer au Gouvernement français une intention blessante à notre égard. Nous sommes persuadés de la sincérité de ses efforts pour refréner les violences de la presse et contenir l'expression du sentiment public qu'il doit prendre en considération chez lui et dont il tient également compte chez les autres. ¶ Il comprendra certainement dès lors qu'il nous ait été impossible de méconnaître la force du sentiment national qui s'est produit avec tant d'énergie en Russie sous l'influence des derniers événements. ¶ Le Gouvernement impérial s'efforce de calmer, d'éclairer, de contenir cette explosion de l'esprit public profondément blessé par des attaques sans précédents peut-être dans l'histoire. ¶ C'est le devoir des Gouvernements, c'est la tâche de la diplomatie d'écarter de la conduite des grandes affaires ces entraînements passionnés qui les compliquent et pourraient mettre sérieusement la paix en danger. ¶ Nous avons la conscience de n'avoir rien négligé pour concourir à cette oeuvre de conciliation et de ne nous être écartés ni en pensée, ni en fait du désir qui nous anime d'arriver à une entente conforme à l'intérêt général et en particulier aux relations qui nous unissent depuis longtemps au Gouvernement de S. M. l'Empereur des Français. ¶ Mais nous aimons à compter de sa part sur les mêmes dispositions, et vous ne dissimulerez pas à M. Drouyn de Lhuys combien notre tâche serait difficile si l'on méconnaissait en France les nécessités que nous imposent des sentiments nationaux qui ne sont pas seulement le résultat d'entraînements ou de sympathies populaires, mais qui se rattachent aux traditions les plus chères, aux intérêts les plus vitaux du pays, que la confiance du peuple russe a placés sous la sauvegarde du patriotisme de son auguste souverain. ¶ Recevez, etc., etc.

Gortchacow.

M. le baron **de Budberg**, *Paris.*

No. 893.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in St. Petersburg. — Erwiderung auf die russische Antwortsdepesche vom 13. Juli 1863 (No. 886) nebst einer Denkschrift betr. das Recht der europäischen Mächte, behufs Ordnung der Angelegenheiten Polens zu interveniren. —

Paris, le 3 août 1863.

No. 893. Frankreich, 3. Aug. 1863.

Monsieur le duc, lorsque le Gouvernement de l'Empereur, d'accord avec les Cabinets de Londres et de Vienne, a résolu d'adresser ses communications du 10 avril et du 17 juin à la Cour de Russie*), il était guidé par des considérations d'intérêt général et d'humanité que nous avons exposées avec une entière franchise. Il avait pour but d'amener cette Puissance à rechercher les moyens de rétablir la tranquillité sur des fondements durables et de prévenir le retour de perturbations qui n'ont jamais éclaté sans porter le trouble dans tous les esprits en Europe et sans mettre la paix en péril. Le Gouvernement russe avait d'abord semblé reconnaître la légitimité de nos observations. Il nous avait, en quelque sorte, invités à lui présenter nos vues, et nous devions le croire disposé à accepter les délibérations que nous jugions opportun d'ouvrir. ¶ Cette situation nous étant commune avec les Cours d'Angleterre et d'Autriche, nous avons arrêté de concert les bases qui pouvaient servir de point de départ pour les négociations, et le programme sur lequel nous nous sommes entendus, conforme aux principes les plus élémentaires de l'équité, offre un témoignage éclatant de modération. ¶ Aussi avons-nous vu avec autant de surprise que de regret le Cabinet de Saint-Pétersbourg, modifiant son attitude première, décliner formellement nos ouvertures et y substituer des propositions inadmissibles. ¶ Quel est, en effet, son langage dans les communications par lesquelles il a répondu aux démarches simultanées des trois Puissances? ¶ Suivant M. le Prince Gortchacow, l'état de la Pologne n'est que la conséquence d'excitations du dehors, sans lesquelles l'agitation se serait éteinte sous l'action des lois, devant l'indifférence et la répulsion des masses. C'est uniquement ce caractère révolutionnaire qui donne à la question un intérêt européen et qui détermine l'objet de l'échange d'idées auquel la Russie consentait à se prêter. ¶ Le Cabinet de Saint-Pétersbourg déclare que les six points indiqués comme renfermant le germe de résolutions propres à pacifier la Pologne n'ont rien de contraire aux intentions de S. M. l'Empereur Alexandre envers les Polonais; mais il exige, avant d'en tenir compte, que l'ordre matériel et le respect de l'autorité aient été rétablis. Une suspension d'armes serait impraticable. La seule transaction qui soit compatible avec la dignité de la Cour de Russie comme avec les sentiments de la nation et de l'armée, c'est la soumission préalable des Polonais. Le Gouvernement russe ne conteste point aux signataires du traité de Vienne le droit d'en interpréter les termes suivant leur propre conviction; mais tout a été dit sur ces clauses sans amener de résultat pratique, et la réunion d'une conférence dépasserait de beaucoup les bornes du droit d'interprétation. La marche à adopter est indiquée par celle qui a été suivie dans les négociations de Vienne. Les principes

*) No. 705 und 885.

No. 893. Frankreich, 3. Aug. 1863.

généraux intéressant l'Europe ont seuls été insérés dans l'acte général du congrès. ¶ Aujourd'hui ces principes ne sont pas en question; mais les détails administratifs et les arrangements intérieurs fourniraient utilement matière à des pourparlers entre les trois Cours qui ont conclu les traités séparés du 3 mai 1815. ¶ L'argumentation que je viens de résumer aussi exactement que possible, monsieur le duc, est en désaccord complet avec les faits les plus certains, et ne s'éloigne pas moins de la lettre que de l'esprit des traités. ¶ La question polonaise, selon M. le Prince Gortchacow, n'est européenne que par ses origines et ses tendances révolutionnaires, et les événements actuels sont uniquement l'oeuvre d'une démagogie cosmopolite. Notre temps a vu les sociétés agitées de trop de mouvements divers pour confondre sous une même appellation les efforts désespérés d'un peuple défendant sa nationalité, et les aspirations désordonnées d'esprits malades s'attaquant aux bases mêmes de l'ordre social. Les agitations de la Pologne tiennent à des causes qui n'ont rien de factice ni d'accidentel. Elles sont le résultat d'une situation qui date bientôt d'un siècle, et qui a plus contribué peut-être qu'aucune autre conjoncture à faire naître et à entretenir la révolution en Europe. Le soulèvement dont nous avons le spectacle, annoncé par des symptômes évidents, a été provoqué par une mesure qui, dans l'état des esprits, ne pouvait manquer d'avoir les plus fâcheuses conséquences. La Pologne y a répondu en faisant appel, non aux passions révolutionnaires, mais à ce qu'il y a de plus élevé dans le coeur des hommes, aux idées de justice, de patrie et de religion. N'est-ce pas un fait d'une notoriété incontestable que la nation polonaise tout entière, chacun et chaque classe selon ses moyens, activement ou passivement, selon les lieux et les circonstances, est acquise corps et âme à l'insurrection? ¶ Que sont, en présence d'une manifestation semblable, les agitations de quelques comités d'émigrés? Aussi, les Cabinets ne se sont pas mépris sur le véritable caractère de cette insurrection. Ils en ont signalé la portée à la Cour de Russie. Dans les chambres françaises, dans le parlement d'Angleterre, dans le Reichsrath d'Autriche, l'opinion des trois pays s'est fait entendre par ses organes les plus accrédités pour encourager les Gouvernements à persévérer dans la voie où ils étaient entrés. Partout en Europe où il existe des corps délibérants, les mêmes accents ont retenti. En dehors des pouvoirs constitutionnels, partout des démonstrations libres et spontanées ont témoigné de la vivacité des impressions publiques, dont la presse constate chaque jour l'unanimité. Tenus, par le sentiment de leur responsabilité, à plus de réserve et de circonspection, presque tous les Cabinets, depuis la Cour de Rome jusqu'à la Porte Ottomane, depuis Stockholm jusqu'à Lisbonne, ont consigné dans des dépêches dont le Cabinet russe connaît la teneur l'expression d'opinions conformes à celles dont les trois Cours se sont faites plus particulièrement les interprètes auprès de lui. ¶ Les Gouvernements, loin de devancer l'opinion, l'ont suivie en la modérant. C'est ce qu'a fait, en ce qui le concerne, le Gouvernement de l'Empereur, et, ce devoir accompli, il n'hésite pas à affirmer que ce serait s'obstiner dans une illusion fatale que de continuer à expliquer, par des raisons aussi peu en harmonie avec le témoignage de l'histoire et avec les faits contemporains, les redoutables convulsions qui ensanglantent la Pologne. ¶ Le

Cabinet de Saint-Pétersbourg est disposé, nous dit-il, à prendre en considération les six points qui lui ont été recommandés comme base des délibérations; mais il y met pour condition que la révolte soit préalablement réprimée. Nous croyons, au contraire, monsieur le duc, que le plus sûr moyen d'apaiser les esprits serait l'application et le développement immédiat d'un large système de concessions vraiment propres à donner satisfaction au sentiment national. Des conflits de chaque jour, dans lesquels tant de sang a déjà coulé, ne peuvent, en se perpétuant, que rendre les ressentiments plus implacables et fermer toute voie à la conciliation. ¶ Profondément émues de ce spectacle, les trois Cours s'étaient flattées que, dans le silence des armes, des arrangements acceptables pour les deux parties pourraient être conclus et que la suspension provisoire des hostilités ne ferait que précéder une pacification définitive. Le Cabinet de Saint-Pétersbourg écarte cette suggestion, au nom de la nation et de l'armée russes; mais la dignité d'un grand empire est-elle donc intéressée à la continuation d'une lutte inégale? Nous ne pensions pas non plus, qu'en fait, l'idée d'un armistice destiné à faciliter l'oeuvre des négociations fût impraticable. Les adversaires les plus irréconciliables de la Russie n'auraient point osé refuser ou rompre cette trêve. Dans le cas contraire, la responsabilité aurait pesé sur eux. Une telle épreuve méritait d'être faite, et, lors même qu'elle eût échoué, il y aurait eu, à notre avis, honneur et profit pour qui l'aurait tentée. ¶ Nous ne saurions attendre les mêmes résultats d'une amnistie qui serait subordonnée aux convenances politiques du Gouvernement russe, et dont S. Exc. le Prince Gortchacow fait entrevoir la perspective après l'entière soumission des insurgés. On est en mesure de juger, par la dernière amnistie, de l'influence que peut avoir sur les dispositions des Polonais une simple promesse de clémence. ¶ Enfin, le Cabinet de Saint-Pétersbourg substitue à l'acquiescement que, dans ses précédentes déclarations, il semblait avoir donné à la réunion d'une conférence des Puissances signataires des actes de Vienne, la proposition de pourparlers entre la Russie, l'Autriche et la Prusse, sur les questions d'administration intérieure soulevées par l'état de choses en Pologne. Les Puissances n'auraient d'ailleurs qu'un droit d'interprétation qui ne pourrait engager la Russie, et il n'y aurait rien à attendre d'utile d'une discussion nouvelle sur des stipulations tant de fois débattues, sans que l'on soit parvenu à s'entendre. ¶ Je ne me propose point, monsieur le duc, d'entrer en ce moment dans un examen approfondi de la doctrine professée par le Cabinet de Saint-Pétersbourg sur les négociations dont les affaires de Pologne ont été l'objet en 1815, et sur les clauses du traité du 9 juin de la même année par lesquelles le congrès crut régler le sort de la nation polonaise. Je joins à cette dépêche un mémoire qui rappelle les faits et précise la pensée des plénipotentiaires. Je m'y réfère et je me borne à constater ici les données essentielles qui me paraissent en ressortir avec évidence. ¶ La signature de l'acte général de Vienne a été précédée, il est vrai, de la conclusion de traités spéciaux entre les trois Puissances limitrophes de la Pologne; mais ces traités avaient été préparés par de longues et laborieuses négociations, dont il est impossible de méconnaitre le caractère véritablement européen. En outre, le congrès n'a pas établi une distinction aussi absolue que le Cabinet de Saint-Pétersbourg le suppose, entre les stipula-

No. 893. Frankreich, 3. Aug. 1863.

tions générales et les dispositions particulières. Si les unes sont introduites textuellement dans l'acte final, les autres y sont expressément annexées. La tâche des Puissances n'est pas, au reste, de reviser les détails des règlements d'administration et de les mettre en harmonie avec les progrès du temps. Les principes généraux eux-mêmes sont en cause, et le but des Cabinets est de rendre la paix à la Pologne, soit en déterminant l'application que comportent les stipulations de Vienne, soit en suggérant les modifications qu'elles pourraient recevoir, afin de mieux satisfaire aux nécessités de l'avenir. Les Puissances signataires des actes du congrès sont donc compétentes pour délibérer, de concert avec la Russie, sur les questions de droit public et d'intérêt général que l'insurrection polonaise met en quelque sorte à l'ordre du jour. ¶ La Cour d'Autriche, que le Gouvernement russe invitait à concourir à cette négociation séparée, dont nous eussions été exclus, ainsi que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, l'Espagne, le Portugal et la Suède, la Cour d'Autriche a été la première à reconnaître que cette proposition ne pouvait être accueillie, et elle l'a repoussée sans hésitation, comme contraire à sa dignité. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur, de son côté, monsieur le duc, ne saurait souscrire ni à la combinaison présentée par le Cabinet de Saint-Pétersbourg, ni aux considérations exposées à l'appui dans la dépêche de M. le Prince Gortchacow. ¶ Nous sommes persuadés qu'en suivant la voie où elle est entrée, la Cour de Russie s'éloigne autant des conseils d'une sage politique que des stipulations des traités. Mais n'ayant pas réussi à lui faire partager la conviction dont nous sommes pénétrés, nous ne pouvons que constater aujourd'hui l'inutilité de nos efforts. Il n'aura pas dépendu des Puissances que la solution de la question polonaise, si étroitement liée au repos de l'Europe, ne fût discutée dès à présent avec la réflexion et la maturité nécessaires. Dégagées de toute vue d'ambition particulière, sans passion comme sans idées préconçues, elles étaient dirigées par le seul désir de contribuer à l'apaisement des troubles actuels et d'aider la Russie, par un examen approfondi de l'état de la Pologne, à faire disparaître la cause de complications toujours renaissantes. Nous devions supposer que le Gouvernement russe, animé de dispositions conformes à celles des Puissances, ne refuserait pas de s'associer à leur pensée. Après leur avoir donné cet espoir, il lui a convenu de repousser leurs ouvertures et de contester leur compétence. En revendiquant l'indépendance absolue de ses résolutions et le plein exercice de sa souveraineté, le Cabinet de Saint-Pétersbourg nous rend à nous-mêmes l'entière liberté de nos jugements et de notre conduite, et nous ne pouvons moins faire que d'en prendre acte. ¶ Il reste, en même temps, au Gouvernement de l'Empereur un devoir impérieux à remplir: c'est d'appeler l'attention la plus sérieuse de S. Exc. M. le Prince Gortchacow sur la gravité de la situation et sur la responsabilité qu'elle impose à la Russie. ¶ La France, l'Autriche et la Grande-Bretagne ont signalé l'urgence de mettre fin à un état de choses déplorable et plein de périls pour l'Europe. Elles ont, en outre, désigné les moyens qui leur paraissaient devoir être employés pour arriver à ce but, et elles ont offert leur concours pour l'atteindre plus sûrement. Si la Russie ne fait pas tout ce qui dépend d'elle pour réaliser les intentions modérées et conciliantes des trois Puissances, si elle

n'entre pas dans la voie qui lui a été indiquée par des conseils amicaux, elle est responsable des graves conséquences que la prolongation des troubles de la Pologne peut entraîner. ¶ Vous voudrez bien, monsieur le duc, donner lecture de cette dépêche à M. le Prince Gortchacow et lui en laisser une copie, ainsi que du document officiel que vous y trouverez annexé.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le duc de **Montebello**, *St.-Pétersbourg.*

Annexe à la dépêche du ministre des affaires étrangères à M. le duc de Montebello en date du 3 août.

3 août 1863.

Dans la discussion à laquelle la question polonaise a donné lieu, le Gouvernement de l'Empereur s'est abstenu jusqu'ici d'insister sur les stipulations de 1815. Nous nous sommes demandé, dès l'origine, si les arrangements dont elles ont été le point de départ étaient de nature à assurer aujourd'hui à la Pologne la tranquillité qu'elles ne lui ont pas donnée dans le passé. D'autre part, nous jugions prématuré d'engager une controverse sur la véritable signification de ces clauses. Il appartenait, selon nous, aux Puissances signataires d'en déterminer le sens; et soit que l'on dût revenir à l'exécution du traité, soit que l'on reconnût la nécessité d'y substituer d'autres combinaisons, nous désirions agir de concert avec les Cours qui, en 1815, ont participé à la rédaction de l'acte général de Vienne, ou même avec l'Europe entière, s'il était possible. ¶ Le Cabinet de Saint-Pétersbourg ayant toutefois, dans ses dernières dépêches, attribué aux dispositions qui constituent son titre sur la Pologne une interprétation qui ne nous paraît pas exacte, nous croyons nécessaire d'expliquer en peu de mots comment le Gouvernement de l'Empereur les comprend. ¶ On sait que les plénipotentiaires, pour qui le sort des Polonais semble avoir été le premier et le plus important des intérêts, ont placé en tête de l'acte où sont résumées les différentes résolutions du congrès les clauses relatives à la Pologne. Elles avaient été préalablement débattues de la même manière que les diverses questions soumises au congrès. Les documents échangés à cette époque en font foi. Aucune délibération n'a présenté un caractère plus incontestablement européen. De même aussi que dans toutes les autres questions, une fois l'entente formée au sein du congrès sur les principes généraux, des actes particuliers ont été signés entre les Cours plus directement intéressées. Mais les dispositions fondamentales des traités spéciaux conclus entre la Russie, l'Autriche et la Prusse ont été reproduites dans le traité du 9 juin 1815, et, en outre, celles qui ont été laissées en dehors comme secondaires ont été rattachées par l'article 118 de l'acte final aux arrangements du congrès. Il a été établi qu'elles auraient même force et même valeur que si elles y étaient insérées mot pour mot. Peu importe à ce point de vue le degré d'influence que la Cour de Russie ait alors exercé sur l'adoption de ces clauses; peu importe que la forme même sous laquelle elles ont été rédigées soit due à l'initiative de l'Empereur Alexandre, ainsi que le dit

No. 893. Frankreich, 3. Aug. 1863.

M. le Prince Gortchacow dans la communication remise au Gouvernement anglais. ¶ Ces stipulations font partie intégrante de l'acte général de Vienne; les Puissances signataires ont le droit positif d'en surveiller l'exécution. Il ne saurait exister d'incertitude sur leur compétence. ¶ Voici donc ce qui résulte de l'art. 1[er] de ce traité; il est ainsi conçu:

„Le Duché de Varsovie, à l'exception des provinces et districts dont il a été autrement disposé dans les articles suivants, est réuni à l'Empire de Russie. Il y sera lié irrévocablement par sa constitution pour être possédé par S. M. l'Empereur de toutes les Russies, ses héritiers et ses successeurs, à perpétuité. Sa Majesté Impériale se réserve de donner à cet État, jouissant d'une administration distincte, l'extension intérieure qu'elle jugera convenable. Elle prendra avec ses autres titres, celui de czar, roi de Pologne, conformément au protocole usité et consacré pour les titres attachés à ses autres possessions.

„Les Polonais, sujets respectifs de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse, obtiendront une représentation et des institutions nationales, réglées d'après le mode d'existence politique que chacun des Gouvernements auxquels ils appartiennent jugera utile et convenable de leur accorder."

En d'autres termes, le congrès de Vienne a décidé que la plus grande partie de l'ancien Duché de Varsovie formerait un État lié par sa constitution à l'Empire russe, que ce même État posséderait une administration distincte, et qu'il recevrait l'extension intérieure que le souverain jugerait convenable. Ces expressions, qui se dégagent nettement du paragraphe 1[er] de l'article que nous venons de rappeler, signifiaient, pour les négociateurs de 1815, que le Royaume de Pologne serait annexé à la Russie par un lien personnel, que ces rapports seraient consacrés par une constitution, que l'administration de ce Royaume n'aurait rien de commun avec l'administration russe; en un mot, que le nouvel État dont le congrès avait tracé les limites jouirait d'une existence vraiment nationale sous la sauvegarde des Puissances et sous la garantie de la charte qui lui était promise. Si ces dispositions avaient besoin d'éclaircissements, nous les trouverions dans les paroles mêmes de l'Empereur Alexandre, lorsque, ouvrant la première Diète de Varsovie, le 27 mars 1818, il disait aux Polonais: „Votre restauration est définie par des traités solennels; elle est sanctionnée par la charte constitutionnelle. L'inviolabilité de ces engagements extérieurs et de cette loi fondamentale assure désormais à la Pologne un rang honorable parmi les nations de l'Europe." ¶ Comme conséquence naturelle du régime politique concédé à la Pologne, l'Empereur Alexandre lui donnait une armée polonaise. Si la forme même de la charte, si l'institution d'une armée nationale ne sont pas expressément stipulées dans le traité de Vienne, si, sous ce rapport, la Russie n'a pas contracté d'obligations positives envers l'Europe, elle a pris des engagements moraux qui n'ont pas moins de force devant l'opinion publique. Les intentions hautement manifestées par l'Empereur Alexandre, les assurances données tant aux Polonais qu'aux plenipotentiaires des Puissances n'ont pas été sans influence sur la conclusion des arrangements par lesquels la souveraineté de la Pologne lui a été accordée. Les Cabinets auraient plus difficilement consenti à y prêter leur concours, les Polonais auraient eu plus d'objections à s'y rallier,

s'ils n'avaient été autorisés par les promesses de l'Empereur Alexandre à compter sur une application vraiment large et libérale des dispositions du traité. ¶ Ce souverain avait aussi fait entendre que la création d'un Royaume de Pologne dans ces conditions n'était pas le dernier mot de sa politique à l'égard des Polonais, qu'il voulait une restauration plus complète de leur patrie, que l'État formé de ses débris par les traités n'était que le centre d'une agglomération plus vaste, et qu'une portion des anciennes provinces polonaises pourrait y être réunie par ses mains. Cette pensée a été elle-même consignée dans le 1er paragraphe de l'article 1er. C'est la seule interprétation que comportent les expressions „d'extension intérieure." La Cour de Russie, il est vrai, demeurait juge de l'étendue qu'il conviendrait de donner à l'accroissement de territoire qu'elle faisait entrevoir; mais le principe était posé, et les signataires des actes de Vienne l'ont également enregistré. ¶ Le même article, qui dans son paragraphe 1er fait du Royaume de Pologne un État constitutionnel en possession d'une administration nationale et destiné à s'étendre dans une certaine mesure, établit par un deuxième paragraphe que les Polonais, sujets respectifs de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse, obtiendront une représentation et des institutions nationales. Sous le nom de Polonais, les Cabinets ont entendu ici les habitants de l'ancien territoire de la Pologne qui restait en dehors des limites du nouveau Royaume. Conformément à ce voeu, la Gallicie a obtenu du Gouvernement autrichien une Diète investie des attributions ordinaires de ces sortes d'assemblées. Cette province est en même temps représentée dans le conseil de l'Empire par des députés appelés à participer au vote des lois et du budget pour l'ensemble de la monarchie autrichienne. Le traité de Vienne comportait également des institutions analogues pour les provinces polonaises de la Russie non rattachées au Royaume. A cet égard, comme pour ce qui concernait l'extension territoriale, l'article 1er, nous le reconnaissons, laisse une grande latitude d'appréciation. La Russie s'est réservé de décider du mode d'existence de ses provinces polonaises, et de régler d'après ce mode la forme de leurs institutions, mais elles doivent avoir un caractère représentatif et national. ¶ Telle est, en résumé, la signification de l'article sur lequel porte le débat. Elle n'a rien d'obscur ni d'incertain, surtout si l'on rapproche ces dispositions du langage tenu à l'époque de leur conclusion par l'Empereur Alexandre et des intentions bien connues de ce souverain. Les vues élevées sous l'influence desquelles il agissait en 1815 sont un témoignage irrécusable en faveur de l'interprétation la plus libérale. ¶ Quelle qu'ait pu être d'ailleurs sa pensée, celle de la plupart des plenipotentiaires n'était pas douteuse. Les représentants de la France et de l'Angleterre s'étaient prononcés ouvertement au début des négociations pour la reconstitution d'une Pologne indépendante dans les limites de 1772. L'Autriche, de son côté, avait déclaré à plusieurs reprises, dans des documents officiels, que cette solution était celle qu'elle eût préférée comme la plus conforme aux grands principes de justice et aux intérêts généraux de l'Europe. Les Puissances, en prêtant les mains à une combinaison qui répondait imparfaitement aux sentiments de bienveillance qu'elles professaient pour la Pologne, en voulaient du moins l'application sincère. Les expressions du traité avaient pour elles le sens le plus étendu et le plus favora-

No. 893. Frankreich, 3. Aug. 1863.

ble aux Polonais. ¶ Au surplus, s'il y avait réellement ambiguité ou équivoque, ne serait-ce point le cas de recourir au principe tutélaire admis par les publicistes modernes comme par les jurisconsultes romains en matière d'interprétation? „Lorsqu'il y a doute, l'interprétation, dit Wattel, se fait contre celui qui a donné la loi dans le traité; car, ajoute le même auteur, c'est lui en quelque façon qui l'a dicté, c'est sa faute s'il ne s'est pas énoncé plus clairement, et en étendant ou en resserrant la signification des termes dans le sens qui lui est le moins favorable, on ne lui fait aucun tort, on ne lui fait que celui auquel il a bien voulu s'exposer; mais, par une interprétation contraire, on risquerait de tourner des termes vagues ou ambigus en piéges pour le plus faible contractant, qui a été obligé de recevoir ce que le plus fort a dicté.“ Bien que les Polonais, à proprement parler, n'aient pas été partie contractante au congrès de Vienne, ces considérations s'appliquent parfaitement à la position où ils se trouvaient dans les négociations dont le sort de leur pays a été l'objet; et si l'on se place sur le terrain des traités, les Cabinets qui avaient pris en main les intérêts de la Pologne sont en droit de réclamer pour elle le bénéfice d'une maxime empruntée aux règles souveraines de l'équité et consacrée par la jurisprudence de tous les pays et de tous les temps.

No. 894.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in St. Petersburg. — Widerlegung der in der russischen Depesche vom 13. Juli 1863 (Nro. 884) enthaltenen Behauptungen in Betreff des Interventionsrechts der Unterzeichner der Verträge von 1815 in die polnischen Angelegenheiten. —

Foreign Office, Aug. 11, 1863.

No. 894. Grossbritannien, 11. Aug. 1863.

My Lord, — On the 18th of last month Baron Brunnow communicated to me a despatch which he had received the evening before from Prince Gortchakoff. ¶ This despatch, of which I inclose a copy, is far from being a satisfactory answer to the representation which, in concert with France and Austria, Her Majesty's Government addressed to the Cabinet of St. Petersburgh. ¶ The despatch begins, indeed, by stating that „the Imperial Cabinet admits the principle that every Power signing a treaty has a right to interpret its sense from its own point of view, provided that the interpretation remains within the limits of the meaning that it is possible to put upon it according to the text itself.“ Prince Gortchakoff adds, „In virtue of this principle the Imperial Cabinet does not dispute this right on the part of any one of the eight Powers which have concurred in the General Act of Vienna of 1815.“ ¶ Prince Gortchakoff, however, departing widely from the question of the interpretation of the Treaty of Vienna, proceeds to ascribe the continuance of the insurrection in Poland to the moral and material assistance which it receives from without; admits vaguely the six points; rejects the proposed suspension of hostilities; refuses to accept a Conference of the eight Powers who signed the treaty; and, finally declares that the re-establishment of order must precede the serious application of any

No. 894. Gross-britannien, 11. Aug. 1863.

measures destined for the pacification of Poland. ¶ Her Majesty's Government will now proceed to examine calmly the principal topics of Prince Gortchakoff's reply to the considerations brought before him in my despatch. ¶ Prince Gortchakoff, while he admits that confidence on the part of the governed, and the ascendency of law over arbitrary power, must be the foundation of order and stability, adds that the indispensable corollary to these principles is respect for authority. But the Russian Cabinet cannot be ignorant that clemency and conciliation are often more effective in establishing respect for authority than material force. It would be a lamentable error to seek to restore that respect by force of arms alone, without the addition of some adequate security for the political and religious rights of the subjects of the King of Poland. Such security the proposals of the three Powers held out to Russia and to Poland alike. ¶ It has pleased the Cabinet of St. Petersburgh not to avail itself of this mode of restoring respect for authority.

2. Prince Gortchakoff affirms—and this view is the theme of the beginning and end of his despatch—that the re-establishment of order in Poland is dependent upon a condition to which he had called the attention of the Government of her Britannic Majesty, „and which is not only unfulfilled, but is not even alluded to in the despatch of Lord Russell; we refer to the material assistance and moral encouragements obtained from abroad by the insurgents." ¶ Her Majesty's Government would have been glad to have avoided this topic, and, instead of commenting on the past, to refer only to healing measures for the future. ¶ But thus compelled by Prince Gortchakoff's reference to allude to the subject, Her Majesty's Government have no hesitation in declaring their conviction that the principal obstacle to the re-establishment of order in Poland is not the assistance obtained by the insurgents from abroad, but the conduct of the Russian Government itself. ¶ The Empress Catherine, in 1772, promised to the Poles the maintenance of their religion. The Emperor Alexander I., in 1815, promised to the Poles national representation and national administration. ¶ These promises have not been fulfilled. During many years the religion of the Poles was attacked, and to the present hour they are not in possession of the political rights assured to them by the Treaty of 1815, and the Constitution of the same year. ¶ The violation of these solemn engagements on the part of the Russian Government produced disaffection, and the sudden invasion of the homes of Warsaw, in a night of January last, was the immediate cause of the present insurrection. ¶ Unless the general feeling in Poland had been estranged from Russia, the moral and material assistance afforded from abroad would have availed the insurgents little. It is true, however, that lively sympathy has been excited in Europe in favour of the Poles. In every considerable State where there exists a national representation—in England, in France, in Austria, in Prussia, in Italy, in Spain, in Portugal, in Sweden, in Denmark—that sympathy has been manifested. Wherever there is a National Administration the Administration has shared, though with prudence and reserve in expression, the feelings of the Legislature and the nation. ¶ Russia ought to take into account these sympathies, and profit by the lesson which they teach.

No. 894. Grossbritannien, 11 Aug. 1863.

3. Prince Gortchakoff lays much stress on the fact, which cannot be denied, that „the insurgents demand neither an amnesty nor an autonomy, nor a representation more or less complete.“ ¶ But it would be a mistake to suppose that in cases of this kind there are only two parties—viz., the Government occupied in suppressing the insurrection, and the leaders of the insurgents busy in fomenting and extending it. Besides these parties there is always in such cases a large floating mass who would be quite contented to see persons and property secure under a just and beneficent Administration. The confidence of this great mass has not been obtained, and their continued inaction can hardly be depended upon. ¶ Her Majesty's Government must again represent the extreme urgency of attempting at once the work of conciliation, which is so necessary for the general interests. ¶ In profiting by the loyal and disinterested assistance which is offered her by Austria, France, and Great Britain, the Court of Russia secures to herself the most powerful means towards making ideas of moderation prevail in Poland, and thus laying the foundations of permanent peace.

4. In referring to the Treaty of Vienna, Prince Gortchakoff says, that „we should not be far from the truth if we affirmed that the first article of the Treaty of Vienna was prepared by and directly emanated from His Majesty the Emperor Alexander I.“ ¶ Her Majesty's Government readily admit the probability of this supposition. In 1815 Great Britain, Austria, France, and Prussia would have preferred to the arrangement finally made a restoration of the ancient Kingdom of Poland as it existed prior to the first partition of 1772, or even the establishment of a new independent Kingdom of Poland with the same limits as the present Kingdom. ¶ The great army which the Emperor Alexander then had in Poland, the important services which Russia had rendered to the alliance, and, above all, a fear of the renewal of war in Europe, combined to make Great Britain, Austria, and Prussia accept the arrangement proposed by the Emperor Alexander, although it was, in their eyes, of the three arrangements in contemplation, the one least likely to produce permanent peace and security in Europe. ¶ But the more Her Majesty's Government see in the decision adopted the prevailing influence of Russia, the more they are impressed with the conviction that the Emperor of Russia ought to be, of all Sovereigns, the most desirous to observe the conditions of that arrangement. ¶ It would not be open to Russia to enjoy all the benefits of a large addition to her dominions, and to repudiate the terms of the instrument upon which her tenure depends. ¶ In stating these terms Prince Gortchakoff says that the only stipulation which can have made it appear doubtful that the Emperor of Russia possessed the Kingdom of Poland by the same title as that by which he holds his other possessions—the only one which could make his rights dependent upon any condition whatever—is contained in two passages, which he proceeds to quote. ¶ But there is another passage which he does not quote. It is found in the beginning of the 1st Article, and says: — ¶ „The duchy of Warsaw, with the exception of the provinces and districts which are otherwise disposed of by the following articles, is united to the Russian Empire, to which it shall

be irrevocably attached by its constitution, and be possessed by His Majesty the Emperor of All the Russias, his heirs and successors in perpetuity." ¶ Were not a national representation intended by this Article it would have been sufficient to say, „to which it shall be irrevocably attached," without any mention of a constitution. ¶ It is, therefore, evident that the constitution is the link by which Poland was connected with Russia. It is important to know what this constitution was which united Poland and Russia. It was not prescribed by the treaty; it was not promulgated by the European Powers; its construction was left entirely to the Emperor Alexander; but, nevertheless, when once promulgated, it must be taken to be the constitution meant by the framers of the Treaty of Vienna. ¶ It was for this reason that Her Majesty's Government proposed as the second of the six points laid before the Government of Russia, „national representation with powers similar to those which are fixed by the Charter of the 15th (27th) November, 1815."

No. 894. Grossbritannien, 11. Aug. 1863.

5. Passing to the specific propositions of Her Majesty's Government, Prince Gortchakoff says, in regard to the six points, that the greater part of the measures which were pointed out by the three Powers „have already been decreed or prepared on the initiative of our august master." ¶ Towards the end of the despatch an allusion is made to „the measures which His Majesty adheres to, both in the germs already laid down, and in the development of them which he has allowed to be foreseen." ¶ The passage, though far from being a definitive assurance either of a national representation with efficacious means of control, or of a national administration, gives some hope that the Emperor Alexander will ultimately listen to the inspirations of his own benevolent disposition and to the counsels of Europe. ¶ The proposal of a suspension of hostilities is rejected „in justice to the Emperor's faithful army, to the peaceable majority of Poles, and to Russia, on whom these agitations impose painful sacrifices." ¶ The proposal of a conference of the Powers who signed the Treaty of Vienna is rejected, and with it the prospect of an immediate and friendly concert. ¶ In the place of this fair and equitable proposal the Russian Cabinet suggests that the three Powers who proposed the separate treaties between Austria and Russia, and Prussia and Russia, previously to the general Treaty of Vienna, should meet together, and that France and Great Britain should be afterwards informed of the result of their deliberations. ¶ There are two reasons, either of which would be sufficient to condemn this suggestion: — 1. The treaties in question, taken apart from the provisions inserted in the general Treaty of Vienna, have reference only to material objects, — the use of the banks of rivers, the regulations for towing paths, the free passage of merchandise from one province to another, and such other matters of convenience and of commerce. No political developments or details are contained in them. 2. It is obvious that such a conference would place Austria in a false position, and be inconsistent with her relations to France and Great Britain. ¶ His Majesty the Emperor of Austria, therefore, with a proper sense of his own dignity, has at once rejected the Russian proposal. ¶ In communicating their views to Prince Gortchakoff, it remains to Her Majesty's Government to

No. 894. Gross-britannien, 11. Aug. 1863.

discharge an imperative duty. ¶ It is to call his Excellency's most serious attention to the gravity of the situation, and the responsibility which it imposes upon Russia. ¶ Great Britain, Austria, and France have pointed out the urgent necessity of putting an end to a deplorable state of things which is full of danger to Europe. They have at the same time indicated the means which, in their opinion, ought to be employed to arrive at this termination, and they have offered their co-operation in order to attain it with more certainty. ¶ If Russia does not perform all that depends upon her to further the moderate and conciliatory views of the three Powers—if she does not enter upon the path which is opened to her by friendly counsels, she makes herself responsible for the serious consequences which the prolongation of the troubles of Poland may produce. ¶ I am, &c.

Russell.

Lord **Napier**, *St. Petersburgh.*

No. 895.

OESTERREICH. — Min. d. Ausw. an den k. k. Geschäftsträger in St. Petersburg. — Erwiderung auf die russische Antwortdepesche vom 13. Juli 1863 (No. 888). —

Vienne, le 12 août 1863.

No. 895. Oesterreich, 12. Aug. 1863.

Vous connaissez déjà le texte de la dépêche du Prince Gortchacow dont M. Balabine m'a donné lecture et remis copie le 17 juillet dernier. ¶ Ainsi que je vous l'ai fait savoir, le Gouvernement Impérial regrette vivement que la Russie n'ait pas répondu d'une manière plus satisfaisante aux ouvertures que l'Autriche, de concert avec la France et la Grande-Bretagne, avait faites à St.-Pétersbourg. ¶ Le Prince Gortchacow n'adhère, en effet, que vaguement aux six points proposés comme bases de négociations. Il conteste l'opportunité de procéder à leur application immédiate avant le rétablissement complet de l'ordre matériel. M. le vice-chancelier paraît croire que la seule discussion de ces bases pourrait entraver la mise en vigueur de mesures prises pour rasseoir l'autorité du Gouvernement en Pologne. La coopération des Puissances donnerait d'ailleurs aux résolutions qui seraient adoptées le caractère d'une ingérence dans les affaires intérieures de la Russie que le Cabinet de St.-Pétersbourg ne voudrait pas admettre. La Cour de Russie refuse donc d'accepter une conférence des huit Puissances signataires de l'acte général du congrès de Vienne. Considérant comme hors de cause les principes généraux mentionnés dans cet acte, le Gouvernement russe consentirait seulement à une entente directe avec les Cours d'Autriche et de Prusse pour mettre la position respective de leurs possessions polonaises auxquelles s'étendent les stipulations de 1815 en harmonie avec les nécessités présentes et les progrès du temps. M. le Prince Gortchacow nous fait en outre observer que cette manière d'agir serait conforme à la marche suivie en 1815.

¶ Le Gouvernement Impérial doit constater qu'il diffère d'avis avec le Gouvernement russe sur la plupart de ces points. ¶ D'abord nous pensons qu'il serait, au contraire, fort urgent de tenter dès à présent une oeuvre de conciliation si nécessaire dans l'intérêt général. En profitant du concours loyal et désintéressé que lui offrent l'Autriche, la France et la Grande-Bretagne, la Cour de Russie s'assure du plus puissant moyen de succès pour faire prévaloir en Pologne les idées de modération et jeter ainsi les fondements d'une paix durable. Il se peut que les organes des partis les plus extrêmes rejettent comme insuffisant le programme recommandé par les trois Puissances. Mais ce serait une erreur de croire qu'il n'y a, en pareil cas, que deux partis en présence. D'un côté le Gouvernement occupé à réprimer l'insurrection, et de l'autre les chefs des insurgés fomentant le désordre et élevant les prétentions les plus exagérées. En dehors de ces deux camps se trouve une nombreuse masse flottante qui serait satisfaite de voir la sécurité des personnes et de la propriété placée sous la sauvegarde d'une administration juste et bienfaisante. En gagnant la confiance de cette portion de la population, la Russie ferait un grand pas vers la pacification du pays. ¶ Le Prince Gortchacow signale comme un des principaux obstacles à tout essai de conciliation l'encouragement moral que les aspirations les plus insensées de l'insurrection puisent dans l'espoir d'une intervention active du dehors. Il est vrai que les événements de Pologne ont excité une vive sympathie en Europe. Cette sympathie s'est manifestée dans presque tous les États où existe une représentation nationale. De pareilles manifestations, jointes même à l'assistance matérielle que les insurgés ont pu, malgré la stricte surveillance des Gouvernements, recevoir des pays limitrophes, ne constituent pas cependant le seul obstacle au rétablissement de l'ordre en Pologne. Si l'insurrection, comme le dit le Prince Gortchacow, a concentré tous ses efforts dans le royaume de Pologne, c'est qu'elle y a trouvé aussi un terrain propice où il lui était facile d'évoquer des griefs fondés et où il existait des causes de mécontentement que nous conseillons précisément de faire disparaître. Si la Cour de Russie avait tenu plus de compte des engagements pris en 1772 et en 1815, en faveur du maintien de la liberté religieuse et des institutions nationales, les excitations du dehors n'auraient pas si facilement provoqué ces troubles dont le retour fréquent inquiète, non sans raison, les pays voisins et l'Europe tout entière. ¶ Nous ne comprenons également pas très-bien les objections que présente le Prince Gortchacow contre la réunion d'une conférence formelle appelée à discuter les affaires de Pologne. ¶ Dès que le Cabinet de St.-Pétersbourg admet que les autres Puissances ont le droit d'interpréter le sens de certaines stipulations concernant le royaume de Pologne, il reconnait par là implicitement à ces mêmes Puissances un droit d'examen, les amenant à faire entendre leur avis sur l'exécution de mesures qui ne sont que la conséquence directe de ses stipulations. ¶ Nous ne saurions trouver à la participation des huit Puissances signataires des actes de Vienne à des délibérations sur la situation du royaume de Pologne le caractère d'une ingérence directe dans les affaires intérieures de la Russie, puisqu'il est évident que le traité de Vienne place ce royaume dans une position spéciale fort différente de celle des provinces de l'empire russe. Nous ne voyons donc pas

No. 895. Oesterreich, 12. Aug. 1863.

ce qui, même au point de vue du Prince Gortchacow, rend inacceptable pour la Russie la réunion d'une conférence des huit Puissances. Nous avons déjà protesté contre l'interprétation que le Cabinet de St.-Pétersbourg semblait donner, à cet égard, à un passage de notre dépêche du 18 juin. ¶ Le Cabinet Impérial n'avait fait alors que constater une vérité élémentaire. Il est clair, en effet, que la réunion d'une conférence dans le but de négocier avec la Russie devient impossible, si la partie la plus directement intéressée, celle avec laquelle il s'agit précisément de négocier, décline d'y paraître. Mais nous n'avons point entendu indiquer par cette réserve que nous approuverions le refus de la Russie de prendre part à une conférence. ¶ Quant à la proposition d'une entente directe entre l'Autriche, la Prusse et la Russie, le Gouvernement Impérial ne saurait, en ce qui le concerne, regarder cette combinaison comme admissible. Nous ne pouvons que répéter ici, à cet égard, que le concert établi entre les Cabinets de Vienne, Londres et Paris, en vue de faciliter une solution pacifique de la question polonaise, forme entre ces trois Cabinets un lien dont l'Autriche ne peut se dégager aujourd'hui pour négocier séparément avec la Russie et la Prusse. ¶ Nous avons dû, de plus, repousser l'assimilation que cette proposition paraissait établir entre des territoires purement et simplement incorporés à l'empire d'Autriche et la portion de l'ancienne Pologne constituée en 1815 en un État uni à l'empire de Russie, mais jouissant d'une administration distincte. L'Empereur notre auguste maître n'a pas hésité à doter spontanément ses possessions polonaises d'institutions en harmonie avec les nécessités présentes et les progrès du temps. Pour sa part, le Gouvernement Impérial n'avait donc point à se concerter à ce sujet avec les Gouvernements limitrophes, et les mesures qu'il avait recommandées à la Russie n'étaient point en contradiction avec les exemples qu'il a donnés chez lui. Nous nous empressons d'ailleurs de prendre acte avec satisfaction de la déclaration contenue dans la dépêche du 15 (27) juillet*) dont M. de Knorring m'a donné lecture et où le Prince Gortchacow proteste contre l'interprétation que nous avions pu donner à sa proposition. ¶ Enfin le précédent de 1815 ne peut, ce me semble, être appliqué avec succès aux circonstances actuelles; car les Puissances qui ont signé les actes de Vienne n'avaient pas à cette époque, pour intervenir dans le règlement de la question polonaise, le titre qu'elles invoquent maintenant et qui dérive précisément de ces mêmes actes. ¶ En communiquant ainsi nos vues au Prince Gortchacow, il nous reste un devoir impérieux à remplir. C'est d'appeler son attention la plus sérieuse sur la gravité de la situation et la responsabilité qu'elle fait peser sur la Russie. ¶ L'Autriche, la France et la Grande-Bretagne ont signalé l'urgence de mettre fin à un état de choses déplorable et plein de périls pour l'Europe; elles ont, en même temps, désigné les moyens qui leur paraissaient devoir être employés pour arriver à ce but, et elles ont offert leur concours pour l'atteindre plus sûrement. ¶ Si la Russie ne fait pas tout ce qui dépend d'elle pour seconder les intentions modérées et conciliatrices des trois Puissances, si elle n'entre pas dans la voie qui lui est indiquée par des conseils amicaux, elle s'expose aux graves conséquences que la

*) No. 891.

prolongation des troubles de Pologne peut entraîner. ¶ Je vous invite, monsieur le comte, à donner lecture et à remettre copie de cette dépêche à M. le Prince Gortchacow. ¶ Recevez, etc., etc.

No. 895. Oesterreich, 12. Aug. 1863.

Rechberg.

M. le comte **G. de Thun**, *St.-Pétersbourg.*

No. 896.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in London. — Antwort auf die englische Depesche vom 11. August 1863 (No. 894). —

Tsarskoé-Sélo, le 26 août 1863.

No. 896. Russland, 26. Aug./7. Sep. 1863.

Lord Napier m'a donné, d'ordre de son Gouvernement, communication d'une dépêche de lord Russell dont Votre Excellence trouvera ci-près la copie. ¶ Elle sert de réponse à ma dépêche du 1[er] (13) juillet dernier que vous avez été invité à communiquer à M. le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique. ¶ Les ouvertures que nous avions consignées dans cette pièce nous avaient été inspirées par le désir d'arriver à une entente. ¶ En accueillant les observations qu'elles ont suggérées à lord Russell avec l'attention que nous accordons toujours aux opinions du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, nous ne pouvons que regretter de devoir en conclure que nous n'avons pas atteint le but que nous nous étions proposé. ¶ Du moment où cette polémique n'aboutirait qu'à constater et à confirmer la divergence de nos points de vue, elle serait trop contraire à nos dispositions conciliantes pour que nous cherchions à la prolonger, et nous ne croyons pas nous éloigner en cela de la pensée de M. le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique. ¶ Nous préférons ne nous attacher qu'aux points essentiels de ses dépêches sur lesquels nous nous trouvons d'accord au moins d'intention. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique désire voir promptement rétabli dans le royaume de Pologne un état de choses qui rendrait la tranquillité à ce pays, le repos à l'Europe, la sécurité aux relations des Cabinets. ¶ Nous partageons entièrement ce désir, et tout ce qui peut dépendre de nous sera fait pour le réaliser. ¶ Notre auguste maître reste animé des intentions les plus bienveillantes envers la Pologne, les plus conciliantes envers toutes les Puissances étrangères. ¶ Le bien-être de ses sujets de toutes les races et de toutes les convictions religieuses est une obligation que Sa Majesté Impériale a acceptée vis-à-vis de Dieu, de sa conscience et de ses peuples. L'Empereur consacre toute sa sollicitude à la remplir. ¶ Quant à la responsabilité que Sa Majesté peut assumer dans ses rapports internationaux, ces rapports sont réglés par le droit public. La violation de ces principes fondamentaux peut seule entraîner une responsabilité. Notre auguste maître a constamment respecté et observé ces principes envers les autres États. Sa Majesté est en droit d'attendre et de réclamer le même respect de la part des autres Puissances. ¶ Vous voudrez bien donner lecture et copie de cette dépêche à M. le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique. ¶ Recevez, etc.

M. le baron **de Brunnow**, *Londres.* *Gortchacow.*

No. 897.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in Paris. — Antwort auf die französische Depesche vom 3. August 1863 (No. 893). —

Tsarskoé-Sélo, le 26 août 1863.

No. 897. Russland, 26. Aug./7. Sept. 1863.

J'ai l'honneur de transmettre ci-près à Votre Excellence la copie d'une dépêche de M. Drouyn de Lhuys dont M. le duc de Montebello a été chargé de nous donner communication. ¶ Le Cabinet Impérial a pris connaissance de cette pièce avec toute l'attention qu'elle mérite et le désir sincère de faire aboutir cet échange d'idées à une entente. ¶ Après un mûr examen, nous n'y avons pas trouvé de motifs pour nous écarter des points de vue dont je vous ai fait part dans ma dépêche du 1er (13) juillet. ¶ Nous croyons aller au-devant des voeux de M. le ministre des affaires étrangères de France en nous abstenant de prolonger une discussion qui ne remplirait pas le but de conciliation que nous avons en vue, si elle n'avait d'autre résultat que de confirmer chacun des deux Gouvernements dans ses opinions sur une question où nous regrettons vivement de ne point nous trouver d'accord avec le Cabinet des Tuileries. ¶ Nous ne relèverons qu'un seul point de la dépêche de M. Drouyn de Lhuys, parce que nous tenons à écarter d'avance tout nouveau sujet de malentendu. Je veux parler de l'allusion faite, a plusieurs reprises et sous diverses formes, par M. le ministre des affaires étrangères de France, aux provinces occidentales de la Russie, comme participant dans un certain degré aux stipulations internationales qui ont réglé en 1815 le sort du duché de Varsovie. ¶ Le Cabinet Impérial ne saurait admettre ce point de vue dans aucune mesure, même la plus restreinte, et Votre Excellence est invitée à réitérer à M. Drouyn de Lhuys la déclaration déjà faite dans ma précédente dépêche, que S. M. l'Empereur, toujours prêt à remplir scrupuleusement ses obligations envers toutes les Puissances, doit exclure péremptoirement, même d'un échange d'idées amical, toute allusion à des parties de son empire auxquelles ne s'applique aucune stipulation internationale quelconque. ¶ Quant aux autres points abordés dans la dépêche de M. le ministre des affaires étrangères de France, nous préférons nous attacher à ceux où nous nous trouvons d'accord au moins d'intention. ¶ Le Gouvernement français désire voir promptement rétabli dans le royaume de Pologne un état de choses qui rendrait la tranquillité à ce pays, le repos à l'Europe, la sécurité aux relations des Cabinets. ¶ Nous partageons entièrement ce désir, et tout ce qui peut dépendre de nous sera fait pour le réaliser. ¶ Notre auguste maître reste animé des intentions les plus bienveillantes envers la Pologne, les plus conciliantes envers toutes les Puissances étrangères. ¶ Le bien-être de ses sujets de toutes les races et de toutes les convictions religieuses est une obligation que Sa Majesté Impériale a acceptée vis-à-vis de Dieu, de sa conscience et de ses peuples. L'Empereur consacre toute sa sollicitude à la remplir. ¶ Quant à la responsabilité que Sa Majesté peut assumer dans ses rapports internationaux, ces rapports sont réglés par le droit public. La violation de ces principes fondamentaux peut seule entraîner une responsabilité. Notre auguste maître a constamment respecté

et observé ces principes envers les autres États. Sa Majesté est en droit d'attendre et de réclamer le même respect de la part des autres Puissances. ¶ Vous voudrez bien donner lecture et copie de cette dépêche à M. le ministre des affaires étrangères de France. ¶ Recevez, etc.

No. 897. Russland, 26. Aug./7. Sept. 1863.

Gortchacow.

M. le baron de **Budberg**, *Paris.*

No. 898.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kais. Geschäftsträger in Wien. — Antwort auf die oesterr. Depesche vom 12. Aug. 1863. (No. 895.) —

Tsarskoé-Sélo, le 26 août 1863.

No. 898. Russland, 26. Aug./7. Sept. 1863.

Vous trouverez ci-joint la copie d'une dépêche de M. le comte de Rechberg, que M. le chargé d'affaires d'Autriche a été chargé de me communiquer. ¶ Elle contient les observations que suggèrent à M. le ministre des affaires étrangères d'Autriche les ouvertures consignées dans ma dépêche du 1er (13) juillet, et constate, à notre vif regret, que le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique diffère d'opinion sur la plupart des points que nous avons mentionnés. ¶ Nos propositions avaient en vue l'oeuvre de conciliation dont M. le comte Rechberg nous signale l'urgence. ¶ Ma dépêche du 18 juillet avait eu pour but de préciser cette pensée et d'écarter d'avance les objections et les malentendus auxquels elle pouvait donner lieu. ¶ Nous regrettons qu'elle n'ait point rencontré l'adhésion du cabinet de Vienne. ¶ Autant nous aurions attaché de prix à nous entendre avec lui dans une question où nous croyons nos intérêts identiques, autant nous sommes éloignés de vouloir prolonger une discussion qui ne ferait que constater une divergence d'opinion. ¶ Nous sommes persuadés que ce sentiment sera partagé par M. le comte Rechberg. ¶ Nous préférons ne nous attacher qu'aux points essentiels de ses dépêches sur lesquels nous nous trouvons d'accord au moins d'intention. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique désire voir promptement établi dans le royaume de Pologne un état de choses qui rendrait la tranquillité à ce pays, le repos à l'Europe, la sécurité aux relations des cabinets. ¶ Nous partageons entièrement ce désir, et tout ce qui peut dépendre de nous sera fait pour le réaliser. ¶ Notre auguste maître reste animé des intentions les plus bienveillantes envers la Pologne, les plus conciliantes envers toutes les Puissances étrangères. ¶ Le bien-être de ses sujets de toutes les races et de toutes les convictions religieuses est une obligation que Sa Majesté Impériale a acceptée vis-à-vis de Dieu, de sa conscience et de ses peuples. L'Empereur consacre toute sa sollicitude à la remplir. ¶ Quant à la responsabilité que Sa Majesté peut assumer dans ses rapports internationaux, ces rapports sont réglés par le droit public. La violation de ces principes fondamentaux peut seule entrainer une responsabilité. Notre auguste maître a constamment respecté et observé ces principes envers les autres États. Sa Majesté est en droit d'attendre et de

No. 898. Russland, 26. Aug./7. Sept. 1863.

réclamer le même respect de la part des autres Puissances. ¶ Vous voudrez bien donner lecture et copie de cette dépêche à M. le ministre des affaires étrangères d'Autriche. ¶ Recevez, etc.

Gortchacow.

M. de Knorring, *Vienne.*

No. 899.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an die kaiserl. Botschafter in London und Paris und an den kaiserl. Geschäftsträger in Wien. — Uebermittlung eines Memorandums als Entgegnung auf die französische Denkschrift in Bezug auf das Interventionsrecht der Unterzeichner der Verträge von 1815 in die polnischen Angelegenheiten. —

Tsarskoé-Sélo, le 26 août 1863.

No. 899. Russland, 26. Aug./7. Sept. 1863.

Ainsi que je vous en fais part par ma dépêche du jour, le Cabinet Impérial, guidé par un désir de conciliation, s'abstient de prolonger une polémique qui n'aurait de valeur à ses yeux que si elle pouvait conduire à une entente. ¶ Toutefois, les dépêches des trois Cours et le *memorandum* annexé à celle de M. Drouyn de Lhuys contiennent quelques assertions que nous saurions d'autant moins accepter ou même passer entièrement sous silence, qu'elles sont probablement destinées à la publicité. ¶ J'ai consigné les observations qu'elles nous ont suggérées dans le *memorandum* que Votre Excellence trouvera ci-joint. ¶ Vous pourrez y puiser le sens de votre langage, et même, si vous le jugez utile et opportun, donner lecture de cette pièce à M. le ministre des affaires étrangères. ¶ Recevez, etc.

Gortchacow.

Memorandum.

Les Puissances qui ont exprimé au Cabinet de St.-Pétersbourg leurs voeux et leurs opinions relativement aux troubles du royaume de Pologne, ont pris pour point de départ le traité de 1815. ¶ D'après toutes les règles connues du droit international, et même en vertu du principe plus moderne de non-intervention, leur action diplomatique ne pourrait pas avoir d'autre base. ¶ C'est donc uniquement dans les limites de ce traité que doit se renfermer la discussion des questions de droit qui se rattachent au royaume de Pologne. ¶ Les traités doivent être interprétés dans leur lettre et dans leur esprit. ¶ Le traité de 1815, malgré la réserve adoptée dans sa rédaction, afin de ménager et de concilier des opinions et des intérêts divers, est cependant assez précis dans ses termes pour ne laisser qu'une place circonscrite aux différences d'appréciation. ¶ Quant à l'esprit qui a présidé à cet acte, si l'on veut en tirer des déductions de nature à préciser le sens de ses stipulations, il faut le juger d'après les idées et les situations dominantes au moment où il a été conclu, et non d'après

No. 899. Russland, 26. Aug./7. Sept. 1863.

celles qu'on cherche à faire prévaloir aujourd'hui. ¶ Or voici dans quelle position la question du duché de Varsovie se présentait au congrès. ¶ En 1812, la Russie avait conquis et occupé le duché de Varsovie par ses seules armes, en vertu du droit incontestable de la guerre. Elle l'avait repris à la Saxe, alliée de la Puissance avec laquelle elle se trouvait en hostilité déclarée. ¶ Elle était d'autant plus en droit de le considérer comme une conquête légitime et irrévocable, que le duché de Varsovie n'avait pas seulement été le théâtre de la guerre; il y avait pris une part active au premier rang des ennemis de la Russie; il avait fourni de nombreux contingents à la Puissance qui venait d'envahir le territoire de l'empire et lui avait servi de base d'opération. Au point de vue moral et politique aussi bien qu'à celui du droit, la Russie était pleinement justifiée de vouloir écarter une fois pour toutes cette menace permanente contre sa sécurité. ¶ L'Empereur Alexandre I[er] avait néanmoins été retenu par deux considérations: ¶ D'abord il avait vu dans l'hostilité des Polonais un mal plutôt moral qui réclamait, pour être extirpé, d'autres moyens que des moyens matériels. ¶ C'est la loi de l'humanité que chaque génération agit sous l'empire de sentiments et d'impulsions souvent oubliés par la génération suivante. Celle-ci, se plaçant à un point de vue opposé, est fréquemment entraînée à défaire l'oeuvre de ses devanciers. ¶ L'impératrice Catherine II, plus rapprochée de l'époque des grandes luttes entre la Pologne et la Russie, pénétrée de leurs traditions et des devoirs qu'elles lui imposaient, témoin de leurs calamités, avait été amenee à la politique du partage comme à une inexorable nécessité. L'Empereur Alexander I[er], témoin des conséquences de cette politique, de l'animosité et de l'agitation des Polonais, l'attribuait exclusivement au fait du partage, et était amené à la pensée de remédier à cet état de choses. ¶ Cette pensée, conçue dès sa jeunesse, avait grandi avec lui; à la fin de l'année 1812, il s'était demandé si le moment n'était pas venu pour la Russie d'éteindre ce foyer de haine et de désordres dans son voisinage, en relevant la Pologne pour en faire une nation réconciliée et alliée. Mais il ne voulut y procéder qu'après avoir achevé la grande oeuvre qu'il avait entreprise. Ce fut le sens des paroles qu'il adressa aux Polonais: „Mes intentions n'ont pas changé, leur dit-il; mais j'attendrai l'issue de la lutte. C'est comme vainqueur que je veux régénérer la Pologne.“ ¶ Cette oeuvre — et c'est le second motif qui influa sur ses résolutions à l'égard du duché de Varsovie, — cette oeuvre était la délivrance de l'Europe, et la grande pensée de solidarité dont le germe avait été déposé dans son âme par les calamités de vingt-cinq années de guerre; pensée dont le souffle puissant imprima une si énergique impulsion aux événements des années 1813, 1814 et 1815. ¶ Sous cette impression, l'Empereur Alexandre I[er] voulut donner l'exemple de l'abnégation et du désintéressement et écarter du concert qu'il cherchait à établir avec les grandes Puissances tout élément de nature à le troubler. ¶ Déjà à Kalisz, le 16 (28) février 1813, à la suite des négociations avec le Cabinet de Berlin, il avait été convenu de „lier la vieille Prusse à la Silésie par un territoire qui répondit parfaitement à ce but sous tous les rapports, tant militaires que géographiques.“ ¶ Durant les négociations de Goerlitz avec l'Autriche, le 1[er] (13) mai 1813, cette Puissance

No. 899. Russland, 26. Aug./7. Sept. 1863.

avait stipulé „l'anéantissement du duché de Varsovie." ¶ Par le traité de Toeplitz du 28 août/9 septembre 1813, il avait été convenu „qu'un arrangement à l'amiable entre les trois Cours réglerait le sort du duché de Varsovie." ¶ Enfin, dans tous les traités subséquents qui avaient complété et précisé l'alliance, l'Empereur Alexander I[er], oubliant généreusement que le duché de Varsovie avait été conquis par les seules armes russes contre un ennemi dans les rangs duquel la Prusse et l'Autriche figuraient encore, avait admis le principe que „le sort des territoires conquis serait ultérieurement réglé dans un congrès qui devait se réunir à Vienne." ¶ Telle est la position dans laquelle l'Empereur Alexandre I[er] se présentait au congrès, après avoir accompli la grande oeuvre à laquelle il s'était dévoué. ¶ Il est inexact de prétendre que la question polonaise ait occupé la première place dans ces mémorables délibérations. Elle y avait sa place marquée grâce au désintéressement de l'Empereur Alexandre I[er]. Elle n'était ni la seule, ni même la première. C'était le sort de toute l'Europe et presque du monde entier qu'il s'agissait de régler. Si le bruit principal s'est fait autour des questions de Saxe et de Pologne, c'est que la Russie et la Prusse avaient négligé de stipuler pour elles-mêmes dès 1814, à Paris, au lendemain de la victoire, et avaient oublié leurs intérêts devant l'intérêt général; c'est aussi parce qu'elles ne songèrent point à contrecarrer ni les vues de l'Angleterre ni celles de l'Autriche, tandis que les questions qui les intéressaient rencontraient du mauvais vouloir. ¶ Dans le règlement des affaires générales, l'Angleterre avait obtenu des agrandissements considérables: Malte, le Cap, l'île de France, l'île d'Heligoland; plusieurs colonies importantes lui étaient adjugées. Elle avait en outre fait prévaloir ses vues et ses intérêts en Europe, surtout par la création du royaume des Pays-Bas, qui renfermait la question capitale d'Anvers. ¶ L'Autriche s'agrandissait dans le Tyrol, en Lombardie, en Vénétie, en Dalmatie; elle dominait l'Italie. La Prusse elle-même, quoiqu'on recherchât un élément de compensation, avait néanmoins fait prévaloir le principe d'une réintégration dans son état de possession de 1805, avec une configuration géographique plus compacte et plus homogène. ¶ Il eût été étrange qu'au moment où toutes les grandes Puissances de l'Europe obtenaient de pareils accroissements, la Russie seule, la Russie qui la première avait ébranlé la Puissance conquérante contre laquelle se débattait l'Europe; la Russie qui avait donné le signal de la lutte pour l'indépendance générale, qui s'y était dévouée au prix des plus grands sacrifices et qui avait été le lien de la grande alliance européenne, fût privée de toute espèce d'avantage et de dédommagement. ¶ Ce qu'elle réclamait n'était même pas un agrandissement; c'était la faculté de réaliser une pensée d'apaisement et de réparation, de fermer une plaie séculaire, en rendant à la Pologne réconciliée une existence nationale sous le sceptre des souverains de la Russie. ¶ La résistance que l'Empereur Alexandre I[er] rencontra dans cette voie de la part de ses alliés fut certainement l'une de ses plus pénibles déceptions. ¶ Quant à cette résistance, elle etait d'une nature très-compliquée. ¶ En examinant de près les pièces de l'époque, on doit arriver à une conviction: c'est que les Puissances qui s'opposaient à la réalisation des voeux de l'Empereur Alexandre I[er] ne le faisaient nullement par sollicitude pour la Pologne.

Elle comptait alors pour fort peu dans la balance des intérêts, et le bruit qui s'était fait autour d'elle se perdait dans l'immense crise qui s'accomplissait en Europe. ¶ Ce que les alliés redoutaient, c'était l'agrandissement de cette Puissance qui venait de se révéler avec tant d'éclat. On craignait que l'adjonction de la Pologne, réunissant sous le même sceptre la majeure partie des populations de race slave, ne doublât les forces matérielles et morales de la Russie et ne portât ses avant-postes au coeur de l'Allemagne et de l'Europe. L'événement n'a point justifié ces prévisions, mais elles se révèlent à chaque pas dans les documents de l'époque. ¶ Les Puissances auraient donc préféré rétablir une Pologne complétement indépendante, mais à titre de voeu purement théorique. Car cette Pologne indépendante ne pouvait être rétablie qu'aux dépens des trois Cours copartageantes, et il était inadmissible qu'au lendemain d'une lutte glorieuse dont la Russie avait si énergiquement contribué à assurer le succès, et alors que les Puissances victorieuses en recueillaient d'amples avantages, on ait pu lui proposer sérieusement de souscrire à son propre démembrement. ¶ Lord Castlereagh déclarait „qu'une pareille combinaison imposerait de si grands sacrifices que jamais le Cabinet britannique n'aurait songé à en faire la proposition; que le seul moyen de prévenir de nouveaux troubles serait de persévérer dans le système de partage, et qu'il lui paraissait qu'aucune Puissance ne devait désirer plus que la Russie le maintien de ce système.“ ¶ La Prusse et l'Autriche s'opposaient même au rétablissement du nom de la Pologne. ¶ Le Prince Metternich disait dans une conférence du 15/27 septembre 1814: ¶ „La conséquence d'une guerre serait malheureusement encore plus à prévoir si, comme on le suppose, l'Empereur Alexandre avait l'intention de se prêter à l'idée de quelques Polonais, en donnant à ces nouvelles acquisitions le nom de Pologne. Dans cette supposition, nous devons considérer la Galicie comme perdue pour nous: et cette question et ainsi plus importante que la question territoriale. Elle renferme tous les germes de troubles et est tout à fait contraire aux traités existants; les trois Cours partageantes ayant dans le temps engagé leur parole de ne plus se servir de ce nom.“ ¶ De son côté, dans la même conférence, le chancelier de Hardenberg s'étendit surtout „sur le danger que présentait également pour la Prusse l'idée de donner le nom de Pologne aux acquisitions que ferait la Russie.“ ¶ Ce ne fut que plus tard, lorsque l'Empereur Alexandre I[er] eut témoigné la résolution de ne pas reculer même devant la guerre et que pour éviter cette extrémité, en poussant la conciliation jusqu'aux limites les plus larges possibles, il eut consenti à transiger sur la question de Posen, de Cracovie et des salines de Wieliczka, en même temps que sur la question de Saxe; ce ne fut qu'alors que les Puissances, ne voulant pas rester en arrière de démonstrations sympathiques envers les Polonais, adhérèrent finalement aux propositions de l'Empereur, réduites désormais à des proportions bien éloignées de sa pensée primitive. ¶ Quant aux conditions qui présidèrent à l'arrangement, ce serait commettre une grave erreur que de prétendre que ces conditions, dans leur portée libérale, aient été dictées à la Russie à la suite de pourparlers préalables ayant un caractère européen. ¶ D'abord on peut répéter que ce n'est pas au moment où la Russie venait de prendre une part aussi considérable et aussi décisive aux affaires

No. 899. Russland, 26. Aug./7. Sept. 1863.

de l'Europe, et où elle pesait dans la balance du poids de toutes ses forces, que l'Empereur Alexandre Ier, qui avait au plus haut degré le sentiment de sa dignité souveraine, eût admis une pareille ingérence dans l'administration intérieure d'une partie de ses États. ¶ Au contraire il s'opposa péremptoirement à toute discussion quant à la constitution qu'il entendait donner aux Polonais réunis sous son sceptre. ¶ Mais il y a plus. On peut affirmer que l'initiative des intentions libérales est émanée de la part de l'Empereur Alexandre Ier, et la résistance à ses intentions de la part des autres Puissances. ¶ A part l'Angleterre, qui depuis longtemps vivait sous un régime constitutionnel, la généralité des Puissances n'était pas favorable à ces idées. Les essais tentés dans quelques États allemands étaient très-incomplets. La Prusse avait ajourné toute réforme de ce genre. Quant à l'Autriche, aucun Gouvernement n'était plus éloigné des principes constitutionnels. ¶ Dans cet état de choses on ne saurait admettre que ces principes aient été imposés ou même conseillés à l'Empereur Alexandre Ier à l'égard de la Pologne. ¶ Loin de là, les Puissances se préoccupaient vivement de la portée des vues de l'Empereur et du contre-coup qui pouvait en résulter dans leurs possessions polonaises. ¶ Le chancelier Hardenberg disait, dans un mémoire remis le 2 décembre au prince Metternich: ¶ „L'affaire de Pologne se réduit à écarter la ligne agressive et à empêcher que l'existence politique du nouveau royaume ne devienne nuisible à la tranquillité de ses voisins et de l'Europe, et de faire qu'elle tournât plutôt à leur profit. Il faudrait donc avant tout demander à l'Empereur Alexandre de quelle nature devraient être l'existence et la constitution du nouveau royaume, quelles sont les garanties qu'il veut donner aux Puissances voisines et quelles sont celles qu'il veut exiger de leur part.“ ¶ Or les garanties que l'Empereur Alexandre Ier demandait à ses voisins, c'était de faire jouir les Polonais soumis à leur domination d'institutions conformes aux voeux populaires. ¶ Cette demande fut formulée par le comte Razoumowski, le 10 décembre, dans un projet où il était dit: ¶ „Déduction faite . . . ., le reste du duché de Varsovie est dévolu à la couronne de Russie comme État uni auquel Sa Majesté Se réserve de donner une constitution nationale et l'extension des limites qu'elle jugera convenable. ¶ L'Empereur de Russie, désirant faire participer tous les Polonais aux bienfaits d'une administration nationale, *intercède* auprès de Ses alliés en faveur de leurs sujets de cette nation, dans la vue de leur obtenir des institutions provinciales qui conservent de justes égards pour leur nationalité et leur donnent une part à l'administration de leur pays.“ ¶ Le contre-projet présenté par l'Autriche le 3 janvier 1815 indiquait les vues dont cette Puissance était animée. Il portait: „Le duché de Varsovie . . . sera réuni aux États de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, pour être possédé par Lui en toute propriété et souveraineté.“ ¶ Ainsi ce projet écartait avec soin toute allusion au royaume de Pologne comme un *État uni à la Russie*, à une *constitution nationale* et aux *institutions provinciales* dont le projet russe proposait de doter les Polonais sujets des trois Cours. ¶ Ces explications précédèrent de plusieurs jours les notes de Lord Castlereagh et du prince Metternich, desquelles on a prétendu inférer que les Puissances représentées par ces deux plénipotentiaires ont témoigné leurs sympathies envers les Polonais et

recommandé à l'Empereur de Russie de ménager leur nationalité. ¶ Ce fait atteste évidemment que l'initiative sympathique quant à la Pologne émanait de l'Empereur Alexandre Ier, et que si les Puissances s'y sont ralliées, c'est que les principes de la politique du temps leur conseillaient de ne point laisser à la Russie le mérite de cette initiative, mais de le partager avec elle, afin d'amoindrir le surcroît de force qu'elles redoutaient de voir acquérir par cette Puissance et qu'elles n'avaient pas pu empêcher. ¶ Elles ne prévoyaient sans doute pas encore les embarras que devaient plus tard occasionner à la Russie les tendances que les Polonais trouveraient en Europe. ¶ On a prétendu qu'il *importait peu que ces engagements émanassent de l'initiative de l'Empereur de Russie, du moment où ils avaient été contractés par Lui.* ¶ Ces considérations sont au contraire essentielles, parce qu'elles précisent et la nature des engagements pris par l'Empereur de Russie et la portée des droits qu'on prétend faire découler pour les Puissances de l'esprit qui a présidé aux transactions de 1815. ¶ Elles font tomber entre autres l'assertion d'après laquelle les intentions libérales manifestées par l'Empereur Alexandre Ier auraient été pour les autres Gouvernements un motif d'adhérer à la réunion du royaume de Pologne à la Russie. Il résulte clairement de ce qui précède que c'est le contraire qui est vrai; que l'Empereur Alexandre Ier aurait rencontré moins d'obstacles s'il avait renoncé à faire revivre le nom polonais et la nationalité polonaise, et s'il s'était borné à insister sur la question territoriale que le Cabinet de Vienne nommément faisait passer en seconde ligne, et à incorporer purement et simplement le duché de Varsovie dans ses États. ¶ Il est possible et probable, comme cela a été affirmé, *que la crainte de renouveler la guerre ait été pour beaucoup dans cette adhésion des Puissances.* Mais ce désir de préserver la paix était tout dans leur intérêt. Elles sortaient de vingt-cinq années de luttes; elles étaient en grande partie redevables de leur délivrance à la Russie; elles savaient de quel poids cette Puissance avait pesé dans la guerre et de quel poids elle pouvait encore peser, si l'oeuvre de pacification à laquelle elle avait si énergiquement contribué venait à être ébranlée. ¶ Quant à l'argument qu'on prétend tirer des intentions de l'Empereur Alexandre Ier, il ne nous paraît pas soutenir un examen approfondi. Ces illusions d'un esprit généreux et les déceptions qui leur étaient réservées renferment une leçon utile, mais ne sauraient constituer un engagement. ¶ L'Empereur Alexandre Ier a fait un essai de conciliation. Il n'a point réussi. Il s'est arrêté devant les obstacles que la pratique lui avait révélés, en démontrant que les institutions dont il avait doté le royaume étaient autant d'armes mises aux mains des Polonais et dont ils ne se serviraient que pour atteindre le but de leurs aspirations chimériques, c'est-à-dire la reconstitution d'une Pologne indépendante dans ses limites les plus étendues, au prix du démembrement de trois grandes Puissances voisines. ¶ Moralement, la promesse qu'il avait donnée aux Polonais a été annulée par l'usage qu'ils ont fait de ses dons. Matériellement, l'engagement international qu'il avait contracté est resté renfermé dans les limites du traité de 1815. ¶ Ces limites ont été précisées par une stipulation que l'on passe volontiers sous silence; c'est celle qui réserve aux trois Cours de régler les institutions représentatives et nationales de leurs sujets

No. 899. Russland, 26. Aug./7. Sept. 1863.

polonais d'après le mode d'existence qu'elles jugeront utile et convenable de leur accorder. ¶ Animé comme il l'était alors d'intentions libérales qui ne s'arrêtaient pas aux frontières du royaume de Pologne, l'Empereur Alexandre Ier ne parait pas avoir songé lui-même à formuler cette réserve. Il y a été porté par les scrupules du Cabinet de Vienne. Ce furent les plénipotentiaires autrichiens qui, en présentant en conférence leur contre-projet, l'accompagnèrent d'observations verbales qui, à la demande de l'Empereur, furent consignées sous la forme d'un article où il était dit que „les Polonais sont qualifiés sujets respectifs des hautes parties contractantes et considérés comme tels sous leur dénomination distincte, et que dans cette qualité et d'après les formes d'existence politique que chacun des Gouvernements jugera convenable de leur accorder, ils obtiendront des institutions qui assurent la conservation de leur nationalité.“ ¶ Ce fut là le germe de la réserve stipulée plus tard dans l'art. 1er du traité définitif. ¶ La pensée qui inspira l'Empereur Alexandre Ier est facile à déduire. ¶ Ce souverain n'a jamais entendu faire de la révolution, mais de la conservation. Il était convaincu que satisfaire aux voeux légitimes des peuples par une administration éclairée et bienfaisante, c'était désarmer la révolution. Il voulait que l'autorité fût aimée pour être mieux respectée. Tous les actes de l'Empereur Alexandre Ier portent l'empreinte de cette conviction. Même en 1820, alors que sa foi dans la réalisation de cette pensée commençait à être ébranlée, tandis qu'il concourait énergiquement à la répression du mouvement révolutionnaire de Naples, il suggérait par ses conseils au roi des Deux-Siciles une constitution sagement libérale et conviait les princes italiens à s'entendre pour adopter des principes analogues dans le Gouvernement de leurs États. ¶ Avec de pareilles vues il ne pouvait entrer dans les intentions de l'Empereur d'affaiblir en rien l'autorité souveraine ni chez lui, ni chez les autres, ce qui serait arrivé si les Puissances qui possédaient des parties de la Pologne avaient été contraintes de gouverner leurs sujets polonais d'après des principes qu'elles n'auraient pas jugés compatibles avec la situation de leurs autres possessions. ¶ Le royaume de Pologne étant indissolublement lié à la Russie, comme Posen et la Galicie sont irrévocablement attachés à la Prusse et à l'Autriche, ces possessions devaient s'astreindre aux conditions indispensables à l'unité des trois Puissances dont elles faisaient partie. La Prusse et l'Autriche avaient exigé ces garanties que l'Empereur Alexandre Ier ne pouvait songer à leur refuser. Il s'était donc borné à stipuler que les sujets polonais des trois Cours auraient une représentation et des institutions nationales; il comptait les appliquer chez lui et espérait les voir appliquées chez les autres dans le sens le plus large; mais il avait expressément réservé aux trois Gouvernements la faculté de les régler d'après le mode d'existence qu'ils jugeraient utile et convenable d'accorder. ¶ Ces mêmes considérations trouvent également leur place quant à l'extension intérieure que l'Empereur Alexandre Ier s'était réservé de donner au royaume de Pologne. Prétendre inférer de là une obligation serait dénaturer le caractère des stipulations qui, tout en témoignant des intentions généreuses, attestent au contraire combien à cette époque on portait haut le sentiment de la dignité et de l'indépendance souveraine. ¶ Sans doute, l'idée d'étendre les frontières du royaume de Pologne avait un moment occupé l'esprit de l'Empereur; mais la

réalisation en dépendait de la manière dont les Polonais justifieraient de leur côté les espérances qu'il avait fondées sur cette combinaison, et l'Empereur s'en était expressément réservé l'appréciation *selon* ce qu'il jugerait utile et convenable. Il ne pouvait pas en être autrement. ¶ L'argument qu'on prétend tirer de la dénomination *de sujets polonais*, afin d'appliquer également aux habitants polonais des provinces occidentales de la Russie la clause de l'art. 1er qui stipule en leur faveur des institutions représentatives et nationales, est inadmissible. Les Polonais ne forment dans ces provinces qu'un septième à peine de la population. Il est donc évident que là les seules *institutions nationales* sont celles de la majorité. D'ailleurs, l'art. 1er du traité de Vienne a si clairement établi que ses stipulations s'appliquent exclusivement à l'ancien duché de Varsovie, *avec l'extension intérieure que l'Empereur de Russie jugera convenable de lui donner*, que le Gouvernement Impérial doit repousser péremptoirement toute allusion à des provinces qui n'en font point partie et sont par conséquent en dehors de tous les engagements internationaux qu'on peut faire découler du traité de Vienne. ¶ De ce qui précède il résulte que, soit qu'on interroge l'esprit, soit qu'on consulte la lettre du traité de 1815, il est impossible d'en faire sortir autre chose que les points suivants:

Le royaume de Pologne est indissolublement lié à la Russie, avec l'extension intérieure que l'Empereur de Russie jugera convenable de lui donner. ¶ *Les Polonais sujets des trois Cours auront une représentation et des institutions nationales d'après le mode d'existence politique que chacun des Gouvernements auxquels ils appartiennent jugerait utile et convenable de leur accorder.*

Les droits et les devoirs de toutes les parties engagées dans la question sont parfaitement limités par les termes de ces stipulations. ¶ Les Polonais du royaume doivent respecter les liens qui les attachent à la Russie. ¶ Les Puissances étrangères ont le devoir de ne rien faire pour les affaiblir. ¶ Les trois Cours ont l'obligation d'accorder à leurs sujets polonais une représentation et des institutions nationales réglées d'après leur propre jugement. ¶ Voilà la position qui ressort des traités de Vienne. ¶ L'Empereur Alexandre Ier a jugé utile et convenable de donner à ses sujets polonais du royaume les institutions spécifiées dans la constitution de 1815. Il pouvait juger utile et convenable de les revêtir d'une autre forme; leur donner plus ou moins d'extension, pourvu qu'elles conservassent un caractère représentatif et national. Les termes de cette constitution n'étaient pas, ne pouvaient pas être obligatoires. ¶ Le congrès de Vienne l'avait sagement reconnu en réservant le libre arbitre des souverains. ¶ L'argument qu'on tire du fait que d'après le texte de l'art. 1er le royaume de Pologne est lié à la Russie *par sa constitution* n'est pas admissible. On en conclut à tort que si les Puissances n'avaient pas eu en vue une certaine *constitution*, elles se seraient bornées à dire que le royaume de Pologne est *lié à la Russie*, sans y ajouter les mots: *par sa constitution.* ¶ Mais outre que le mot de *constitution* n'avait pas alors le sens qu'on lui assigne aujourd'hui, il serait plus exact de conclure que si effectivement les Puissances avaient eu en vue *une certaine constitution*, elles auraient eu soin de la préciser, puisqu'elles

No. 899. Russland, 7. Aug. Sept. 1863.

auraient dû la garantir. ¶ Les pourparlers préalables qu'on invoque n'ont porte que sur des principes généraux; ils n'ont pas, ils ne pouvaient pas porter sur des détails d'administration intérieure ou sur telle ou telle forme de constitution nécessairement variable selon les lieux et les temps. C'eût été tout à fait contraire aux idées de l'époque. Aucun des trois souverains ne l'aurait admis. Aucune Puissance étrangère ne l'aurait proposé. ¶ La preuve en est que la constitution de 1815 a été promulguée près de six mois après le congrès, sans avoir été communiquée à aucun des Cabinets. On pourrait ajouter que lorsqu'elle fut promulguée, plusieurs la jugèrent trop libérale. ¶ Il ne peut donc pas y avoir de doute sur cette question; et lors même qu'il y en aurait, l'autorité de Vattel, qui voudrait „qu'en cas de doute l'interprétation se fasse contre celui *qui a dicté la loi,*" pourrait difficilement s'y appliquer. ¶ L'Empereur Alexandre Ier ne prétendait pas plus dicter la loi qu'il n'entendait la subir. ¶ Ce qui s'est passé durant les années qui ont suivi est suffisamment connu. Les Polonais n'avaient nullement été satisfaits de la constitution accordée par l'Empereur Alexandre Ier. Ils rêvaient la reconstitution et l'indépendance de la Pologne dans ses anciennes limites. Leurs diètes offraient un caractère si factieux qu'on avait dû les ajourner, et les sociétés secrètes se multipliaient. On reproche au Gouvernement de l'Empereur Alexandre Ier d'avoir restreint peu à peu l'exercice des droits politiques qu'il avait octroyés aux Polonais. ¶ Il est certain que les agitations de l'Europe depuis l'année 1820 avaient profondément désillusionné ce souverain. Il est possible que la nouveauté des principes constitutionnels et des luttes de tribune qui en sont la conséquence ordinaire aient produit une vive impression sur son esprit, surtout par le contraste qu'elles formaient avec le régime subsistant dans le reste de l'empire. Mais en admettant ces impressions, qui d'ailleurs se produisaient alors dans tous les États de l'Europe et compliquaient partout les rapports entre les Gouvernements et les peuples, il est impossible de méconnaître deux faits: ¶ Le premier, c'est que, malgré ces froissements intérieurs, le royaume de Pologne a joui, de 1815 à 1825, d'une tranquillité et d'une prospérité qu'il n'avait jamais connue. ¶ Le second, c'est que les Polonais ont fait un triste usage des libertés qui leur avaient été octroyées, et ont témoigné le même esprit factieux qui les avait conduits à la perte de leur indépendance politique. ¶ La révolution française de 1830 survint. Le contre-coup qu'elle eut en Pologne atteste une vérité, c'est que ce n'est point la Pologne qui trouble la sécurité de l'Europe, mais la situation de l'Europe qui a toujours réagi sur la tranquillité de la Pologne. ¶ Lorsque l'insurrection éclata dans le royaume on vit se produire à peu près les mêmes faits dont nous sommes témoins aujourd'hui. Les insurgés appelèrent à leur aide les sympathies de l'Europe libérale, les Cabinets offrirent leur intervention diplomatique. Elle fut rejetée. L'Empereur Nicolas était fermement résolu à dompter la rébellion. Elle fut réprimée. Les Puissances occidentales réclamèrent contre cette répression au nom du Traité de 1815, et insistèrent pour que la constitution polonaise fût rétablie comme un engagement international. Cette demande fut déclinée. Le Gouvernement Impérial soutint que la rébellion des Polonais avait déchiré tous les engagements; que la Russie, obligée de recourir à la guerre, avait dés-

ormais tous les droits que confère la conquête. ¶ Cette théorie ne fut pas reconnue par les Cabinets. Le Gouvernement russe la maintint. ¶ La discussion internationale n'eut point d'autre suite. ¶ Aujourd'hui, il serait stérile de revenir sur ces débats. La question n'est point de récriminer sur le passé, mais de résoudre les difficultés du présent et de préparer un meilleur avenir. ¶ A cet effet, il importe de constater la situation actuelle. ¶ S. M. l'Empereur Alexandre II, dès son avénement au trône, a donné des gages irrécusables de ses intentions libérales et réformatrices. ¶ Le royaume de Pologne a obtenu des institutions empreintes de cet esprit. ¶ Quelque jugement que l'on porte sur elles, on doit reconnaître: 1⁰ qu'elles dotent le royaume d'une autonomie administrative, d'un gouvernement national et d'une représentation basée sur le principe d'élection. ¶ L'Empereur de Russie usait de son droit en traçant à ces institutions les limites qu'il jugeait convenables pour le bien du pays, où il était à désirer d'éviter les tristes expériences du passé, et pour celui de l'empire, dont le développement préparé par la sollicitude souveraine devait se faire avec maturité. ¶ 2⁰ Que ces institutions constituaient une amélioration notable pour le présent et ouvraient pour l'avenir une voie de progrès. ¶ Or c'est ce moment que les agitateurs polonais ont choisi pour lever l'étendard de la révolte. ¶ Ce point de départ suffit pour définir clairement la cause et le but de cette insurrection. ¶ Cependant les trois Cours d'Angleterre, de France et d'Autriche se sont émues des troubles du royaume de Pologne au nom des traités de Vienne et de la sécurité de l'Europe. Elles se sont concertées pour adresser au Gouvernement russe des représentations et lui exprimer le voeu d'une pacification prompte et durable du pays. ¶ Le Cabinet Impérial a déféré à ce désir d'une entente et consenti à un échange d'idées amical sur la base et dans les limites du traité de 1815. ¶ Les ouvertures conciliantes qu'il a faites en réponse aux propositions des trois Cours ont *néanmoins* rencontré des objections consignées dans leurs dernières dépêches qui suggèrent les observations suivantes:

I. Il a été remarqué que *si le respect de l'autorité est la condition indispensable de la confiance et de la légalité, ce serait une erreur de croire qu'on puisse restaurer le respect de l'autorité par la seule force des armes, sans y ajouter une sécurité correspondante pour les droits politiques et religieux des sujets.* ¶ Le Cabinet Impérial a toujours partagé ces convictions. S. M. l'Empereur a si peu cherché dans la seule force les conditions du respect de son autorité, qu'il a spontanément doté le royaume de Pologne d'institutions qui lui accordaient une autonomie administrative basée sur le principe représentatif et électif. Sa Majesté a hautement annoncé son intention de les maintenir et de les développer. ¶ Or ces institutions ont précisément été le signal de l'insurrection, qui y a même puisé des armes pour s'organiser et se propager. Il en résulte évidemment que le mal réside non dans les intentions attribuées au Gouvernement de se borner à l'emploi de la force, ni dans l'absence de sécurité légitime pour les sujets, mais dans l'agitation morale et les aspirations insensées entretenues dans le pays par la conspiration permanente du dehors. Ces motifs ont empêché l'application des réformes octroyées par S. M. l'Empereur. Les rebelles polonais, qui veulent l'indépendance complète et les

No. 899. Russland, Aug./7. Sept. 1863.

limites de 1772, ne se contentent pas de ces institutions, pas plus que des six points indiqués par les trois Cours. Ils le déclarent hautement. ¶ Il est donc indispensable avant tout que la rébellion soit domptée et le respect de l'autorité rétabli. Il n'y a pas un Gouvernement en Europe qui ait procédé autrement. Pas un qui ait admis la possibilité d'une concession devant la révolte en armes. L'histoire de tous les États et même celle des Puissances qui s'adressent aujourd'hui à la Russie, en offre des témoignages nombreux et récents.

II. L'assertion du Gouvernement russe, que l'insurrection du royaume de Pologne est entretenue par l'assistance matérielle et l'encouragement moral du dehors, a été l'objet d'une réfutation tendante à prouver que *le principal obstacle au rétablissement de l'ordre en Pologne provient de ce que le Gouvernement russe n'a pas rempli les promesses que l'impératrice Catherine II en* 1772 *et l'empereur Alexandre Ier en* 1815 *avaient faites aux Polonais quant au maintien de leur religion et de leurs droits politiques à une représentation et une administration nationales.* Nous ne saurions comprendre sur quelles bases repose l'assertion que, *pendant un grand nombre d'années, la religion des Polonais a été attaquée.* Il y a évidemment ici une appréciation inexacte des faits. Dans le royaume de Pologne, la religion dominante, qui est le catholicisme, jouit d'une liberté dont très-peu d'États en Europe pourraient offrir l'équivalent. Cette liberté ne s'arrête qu'aux limites où elle dégénérerait en propagande. En dehors de cet intérêt d'une légitime défense, les seules restrictions apportées à la pleine liberté du culte catholique sont celles usitées dans presque tous les États de l'Europe, même chez ceux où la religion catholique est la religion de l'État. Ces restrictions, qui figurent dans presque tous les concordats, ont pour objet de limiter la juridiction spirituelle et les relations directes avec la Cour de Rome. Elles sont motivées par le caractère de souveraineté temporelle inhérent à la papauté et qui ne permet à aucun souverain d'admettre que ses sujets puissent se trouver placés sous l'autorité d'un souverain étranger. ¶ Quant aux institutions politiques, celles que l'Empereur Alexandre Ier avait accordées au royaume de Pologne ont produit des résultats sur lesquels l'expérience a prononcé. ¶ S. M. l'Empereur Alexandre II a octroyé à ses sujets du royaume de Pologne des institutions représentatives et nationales dans la mesure qu'il a jugée utile et convenable d'après l'expérience acquise, en vue du bien-être de ce pays, des principes généraux de son Gouvernement à l'égard du reste de son empire et dans la limite de ses engagements internationaux. ¶ Ces institutions libérales n'ont pas empêché l'insurrection; elles en ont au contraire été le signal. ¶ Le fait du recrutement, qu'on assigne pour cause du soulèvement, n'en a été que la conséquence. ¶ Les trois Puissances qui s'adressent au Gouvernement russe ont assez de moyens d'information pour savoir que le mouvement polonais était fomenté depuis longtemps par l'émigration; qu'il n'attendait qu'une occasion favorable, et que nommément deux années avant la mesure du recrutement tout se préparait pour le faire éclater. La mesure du recrutement, qui n'a pas été une violation de la loi, mais l'application de l'ancien usage que la loi nouvelle n'avait pas encore définitivement remplacé, n'a eu pour but que de déjouer et désarmer ces machinations. Elle a pu servir de

prétexte à l'insurrection, mais il serait inexact de soutenir qu'elle en a été la cause.

III. La cause est plus profonde et plus invétérée. Elle réside en partie dans „*les sympathies qu'en Angleterre, en France, en Prusse, en Italie, en Espagne, en Portugal, en Suède, en Danemarc, partout où il y a une administration indépendante, on signale comme ayant été manifestées pour les Polonais, quoique avec prudence et réserve.*" ¶ Sans méconnaître que ces témoignages ont été le résultat d'une action diplomatique très-pressante et que la prudence et la réserve qui les caractérisent a été poussée par plusieurs Gouvernements au point de ne pas dépasser la limite d'un voeu d'humanité accompagné d'assurances de confiance envers le Gouvernement de S. M. l'Empereur, on ne saurait contester qu'ils ont exercé une influence regrettable dans le royaume de Pologne.

IV. On a cherché à l'expliquer par différents motifs. On a prétendu établir une distinction *entre les efforts d'un peuple défendant sa nationalité, faisant appel à tout ce qu'il y a de plus élevé dans le coeur des hommes, aux idées de justice, de patrie et de religion, et les aspirations désordonnées d'esprits malades s'attaquant aux bases mêmes de l'ordre social.* On a fait observer, d'un autre côté, que „*dans les cas de cette espèce il n'y a pas seulement deux parties, c'est-à-dire le Gouvernement occupé à réprimer l'insurrection, et les chefs des insurgés occupés à la fomenter et à l'étendre. Mais qu'outre ces parties il y a toujours une grande masse flottante qui serait tout à fait satisfaite en voyant les personnes et la propriété assurées sous une administration juste et bienfaisante.*" ¶ Du moment où les insurgés polonais qui pillent, pendent, assassinent, torturent, ravagent et terrorisent leur pays, seraient considérés comme défendant ce qu'il y a de plus sacré dans le coeur des hommes — les idées de patrie, de nationalité et de religion, — il serait parfaitement inutile de discuter sur les notions de droit fondées sur les traités. Il n'y aurait plus qu'une question de force entre les Gouvernements qui possèdent des populations de races et de religion différentes, et les peuples aspirant à se débarrasser de tous les liens créés par l'histoire et par les traités. Ce serait la carte du monde à refaire au nom de principes entièrement nouveaux et qui échappent à toute appréciation parce qu'ils n'ont pas subi l'épreuve de l'expérience. ¶ Quant à la distinction établie entre les perturbateurs du repos public et les masses qui vivent de repos et de travail et sont conservatrices par essence, elle est parfaitement juste. Le Gouvernement russe a précisément compté et il compte encore sur cette *grande masse flottante* pour ramener le royaume de Pologne aux conditions d'ordre et de tranquillité indispensables à sa prospérité et à l'application d'utiles réformes. Mais c'est précisément là aussi que ses efforts ont été paralysés par des influences extérieures. ¶ Il était impossible qu'on ne fût pas frappé de voir que des Gouvernements qui ne pouvaient pas être soupçonnés de favoriser la révolution se trouvassent amenés à soutenir la même cause que ses organes les plus accrédités et ses coryphées les plus ardents; que des Gouvernements attachés au maintien de l'équilibre européen fondé sur les traités de 1815, et qui prenaient le texte de ces traités pour point de départ

No. 899. Russland, 26. Aug./7. Sept. 1863.

de leur intervention diplomatique, se trouvassent amenés à défendre la même cause que les insurgés polonais et le parti de la révolution cosmopolite, qui rêvent tout haut le rétablissement d'une Pologne indépendante dans les limites de 1772, et un bouleversement général de l'Europe, c'est-à-dire la négation et la destruction de l'état de choses fondé par les traités. ¶ Ces anomalies ont dû nécessairement jeter le trouble dans des esprits déjà surexcités par l'évocation de souvenirs d'indépendance nationale toujours faciles à réveiller. Elles ont contribué à accréditer l'illusion d'une croisade de presque toutes les Puissances de l'Europe pour atteindre un but diamétralement opposé aux intérêts et aux vues de la majorité de ces Puissances. ¶ Cette illusion a précisément agi sur cette *grande masse flottante* qui partout répugne au désordre et qui est le milieu sain et solide sur lequel un Gouvernement juste et éclairé peut asseoir la prospérité d'un pays par l'application de mesures destinées à garantir la sécurité des personnes et des propriétés. ¶ Cette masse n'ignore pas qu'elle ne peut attendre ces garanties que de l'autorité du Gouvernement et non de pouvoirs anarchiques qui se disputent le droit de piller et d'opprimer le pays. ¶ Nulle part, à très-peu d'exceptions près, elle n'a favorisé le désordre, à moins d'y être contrainte par la force, les supplices et la terreur. Elle est restée et restera le ferme appui du Gouvernement russe, malgré la pression révolutionnaire qui pèse sur elle. ¶ Mais il y a parmi cette masse des esprits timides ou crédules, faciles à égarer et sur lesquels les excitations du dehors, les provocations de la presse et surtout les commentaires propagés au sujet de l'attitude diplomatique et des intentions des Puissances étrangères, ont dû nécessairement exercer de l'influence. ¶ Les agitateurs du royaume de Pologne n'ont eu garde de négliger ce moyen d'entraîner les faibles et les indécis en leur faisant entrevoir comme imminente une intervention active de l'étranger en faveur de leurs aspirations les plus extrêmes. Ces séductions d'une part, et de l'autre le terrorisme du comité central ne reculant devant aucun crime, ont contribué à grossir les rangs de l'insurrection et à multiplier le nombre des victimes. ¶ Les Puissances ont ainsi été amenées sans le vouloir à travailler directement contre le but qu'elles avaient en vue. ¶ Tandis qu'elles demandaient au Gouvernement russe une prompte pacification du royaume de Pologne, leur action diplomatique, exploitée et dénaturée par les chefs de la rébellion, devenait le principal obstacle au retour de la tranquillité, en favorisant les tentatives faites pour priver le Gouvernement russe du concours des masses. ¶ Par conséquent, au lieu d'affirmer que *l'assistance morale et matérielle du dehors aurait peu influé sur l'insurrection, si le sentiment général n'avait pas été aliéné à la Russie*, il serait plus exact de reconnaître que le sentiment public n'aurait pas été induit en erreur sans le crédit moral que les insurgés ont puisé dans l'attitude et l'intervention diplomatique des Puissances. ¶ Cette influence est incontestable. Elle se révèle clairement par les fluctuations qui se manifestent dans la disposition des esprits dans le royaume, selon que la situation diplomatique au dehors paraît favoriser ou décourager les espérances de la révolution. Elle se manifeste plus clairement encore aujourd'hui que les masses, désabusées, fatiguées des désordres, des crimes et du terrorisme du comité central, témoignent de plus en plus leur

aversion pour ces ennemis du repos public. ¶ On ne saurait donc douter que le problème qui agite le royaume de Pologne, préoccupe la Russie et intéresse l'Europe, serait bien près de sa solution le jour où l'attitude et le langage des Puissances, qui ne veulent pas autre chose que le bien du royaume, la paix et la sécurité de l'Europe, seront calculés de manière à attester aux yeux des Polonais qu'elles n'entendent point favoriser le rêve de la reconstruction d'une grande Pologne indépendante dont la réalisation ne peut s'effectuer que par le démembrement de trois grands États et au prix d'une conflagration générale; — qu'elles entendent maintenir l'ordre de choses fondé sur les traités, et que les Polonais ne doivent attendre leur prospérité nationale que de leur union indissoluble avec la Russie sous un monarque juste et bienveillant, de l'application et du jeu régulier des institutions qui leur ont été octroyées, du développement progressif que le souverain a fait pressentir et dont tous les actes de son règne et les tendances actuelles de son Gouvernement et de son peuple offrent un gage assuré.

V. Il est inutile de revenir sur l'amnistie et la suspension des hostilités qui avaient été proposées par les trois Cours. *On affirme que la suspension des hostilités n'était pas impraticable; qu'un grand pays ne saurait mettre sa dignité à prolonger une lutte inégale; que les adversaires les plus acharnés de la Russie n'auraient pas osé violer l'armistice*; *que l'épreuve méritait d'être faite et eût honoré ceux qui l'auraient tentée; enfin, qu'une amnistie subordonnée aux convenances politiques du Gouvernement russe ne pouvait influer sur les dispositions des Polonais, comme l'atteste le peu d'effet de la dernière amnistie.* ¶ Il suffit de constater qu'on peut différer d'avis sur des questions de dignité, mais que chaque Gouvernement doit être seul juge de la sienne. Lors même que les insurgés polonais n'auraient pas violé l'armistice, ils en auraient à coup sûr profité pour compléter leur armement et leur organisation. ¶ Un Gouvernement a trop de responsabilité pour mettre son honneur dans des expériences qui n'aboutiraient qu'à prolonger des luttes déplorables où coule un sang trop précieux pour être prodigué. ¶ Quant à une amnistie, si celle spontanément accordée par l'Empereur n'a pas influé sur les dispositions des Polonais, pourquoi l'amnistie proposée aurait-elle produit plus d'effet? Si c'est parce qu'elle aurait été offerte et garantie par des Puissances étrangères, on doit reconnaître que le Gouvernement russe était dans son droit en préférant la subordonner à ses propres convenances politiques plutôt qu'à celles du dehors.

VI. Quant à la conférence, on affirme que *du moment où le Gouvernement russe admet le droit d'interprétation des Puissances signataires d'un traité, il doit admettre aussi que ces Puissances ont le droit de se réunir pour l'exercer. Tout ce qu'on accorde à son libre arbitre en pareille matière, c'est le fait matériel que son refus de prendre part à une semblable réunion la rendrait impossible.* ¶ S'il s'était agi d'apporter des modifications fondamentales aux principes posés dans le traite de Vienne, il n'y a pas de doute que le congrès aurait dû en être saisi. Mais il n'était question que de l'application de ces principes, et il est impossible de méconnaître que toute discussion à cet égard aurait touché aux détails les plus intimes de l'administration. Il eût fallu préciser le caractère qui constitue des institutions *nationales*; le mode et le

No. 899. Russland, 26. Aug./7. Sept. 1863.

degré de représentation, la compétence d'assemblées représentatives, le cens électoral, etc., etc., etc. On ne saurait imaginer questions plus délicates ni ingérence plus directe. Un Gouvernement qui l'eût acceptée eût virtuellement abdiqué son autorité entre les mains de la conférence. ¶ La proposition qu'y a substituée le Gouvernement russe, celle d'une entente des trois Cours limitrophes dont le résultat serait porté à la connaissance des signataires du traité de 1815, ne semble pas avoir été bien comprise. On a prétendu *qu'elle s'écartait des précédents de* 1815*: qu'alors les Puissances manquaient précisément de la base de ces traités qui aujourd'hui sont le point de départ de leur action diplomatique. On a rappelé que les traités particuliers conclus à cette époque entre les trois Cours n'avaient porté que sur des questions de détail de commerce, de navigation, de chemins de halage, etc., etc., etc., et que d'ailleurs les stipulations de ces traités séparés avaient été comprises finalement dans l'acte général comme en faisant partie et ayant même force et même valeur. On a fait observer enfin que le Cabinet de Vienne avait repoussé toute entente préalable de ce genre comme contraire à sa dignité.* ¶ La dépêche de M. le ministre des affaires étrangères d'Autriche ne contenant aucune allusion à ce dernier point, il est inutile de le relever. Il n'appartient qu'à lui d'apprécier ce qui peut toucher la dignité de son pays. Ce qui est certain, c'est que le Cabinet Impérial, en proposant l'idée d'une entente des trois Cours limitrophes d'après des précédents historiques, ne saurait être soupçonné d'avoir voulu porter atteinte à la dignité de personne. Il suffit d'ailleurs que le Gouvernement autrichien ait jugé une pareille entente incompatible avec les nouveaux liens qu'il a contractés. ¶ Quant au fond de la question, le Gouvernement russe n'a pas eu d'autre but que de rappeler la distinction profonde établie par les précédents du congrès de Vienne entre les principes généraux intéressant l'Europe et les questions intérieures du domaine exclusif des États limitrophes. Ces États possédant chacun des parties de l'ancienne Pologne, ont pu déroger à leurs droits de souveraineté en se concertant afin d'établir une certaine harmonie entre leurs possessions polonaises d'après les principes généraux posés par le congrès; ils n'auraient jamais consenti à aliéner ces droits de souveraineté entre les mains de l'Europe. ¶ Cette distinction ressort clairement des stipulations de 1815. Si, à cette époque, les traités séparés conclus entre les trois Cours n'ont porté que sur des questions de commerce, de navigation, de halage, etc., etc., c'est que ces questions étaient seules sur le tapis. Néanmoins on doit constater que ces points de détail n'étaient pas sans importance. Les questions de frontières, par exemple, avaient une signification très-grave. Les traités conclus entre les trois Cours en 1818 et 1825, sur les douanes, l'extradition des déserteurs, etc., etc., avaient une certaine valeur politique. Enfin, les traités conclus entre elles en 1833 et plus tard en 1846, au sujet de l'État libre de Cracovie, étaient plus sérieux encore. Et cependant tous ces traités ont été conclus sans la participation des signataires de l'acte général de Vienne. ¶ Cette distinction fondamentale s'applique parfaitement à la situation actuelle. ¶ Aujourd'hui, les principes posés par l'acte général de Vienne ne sont point en question, puisque d'une part les trois Puissances qui ont fait des représentations au sujet de la

Pologne ont pris pour bases les stipulations de 1815, et que d'autre part le Cabinet russe a déclaré vouloir respecter ces stipulations. ¶ Il ne s'agit donc que de les appliquer; mais là on touche à des questions intimes que les trois États limitrophes ont toujours considérées comme du domaine de leur souveraineté et de leur compétence exclusive. ¶ En résumé, si du domaine des dissertations on veut passer sur le terrain de la pratique, le seul où puisse se résoudre un problème aussi grave, il en résulte que les trois Cours désirent le retour du royaume de Pologne aux conditions d'une paix durable. C'est aussi le voeu constant et le plus cher de l'Empereur de Russie. ¶ Les trois Cours ont déclaré vouloir en chercher les moyens dans les limites des engagements de 1815. L'Empereur de Russie se déclare décidé à maintenir ces engagements dans toute leur étendue. ¶ Pour y satisfaire, Sa Majesté a accordé à la Pologne des institutions qui reposent sur le principe d'autonomie administrative et d'une représentation par voie d'élections. ¶ Elle maintient ces institutions et se réserve de les développer. ¶ De leur côté, les trois Cours ont recommandé, comme pouvant contribuer à la pacification du royaume de Pologne, six points dont la plupart existent déjà, dont les autres sont en voie de préparation ou dans la direction des vues de l'Empereur de Russie et des développements que Sa Majesté a fait pressentir. ¶ Mais en même temps les trois Cours pensent que l'application de ces mesures devrait être immédiate et assurerait le rétablissement de l'ordre et de la tranquillité dans le royaume. ¶ Le Gouvernement russe est au contraire d'avis que, d'après l'expérience acquise, ces mesures ne peuvent pas être appliquées en présence de l'insurrection en armes; qu'elles doivent être précédées du rétablissement de l'ordre, et que, pour être efficaces, elles doivent émaner directement du pouvoir souverain, dans la plénitude de sa force et de sa liberté, en dehors de toute pression diplomatique étrangère. ¶ Voilà les nuances qui séparent les opinions. ¶ Mais ces nuances ne paraissent point de nature à motiver un dissentiment sérieux entre les Cabinets, encore moins à troubler la paix de l'Europe. ¶ Elles ne pourraient prendre ce caractère que si on laissait se développer le plan évident des fauteurs de la révolution polonaise, qui d'un côté pèsent sur l'opinion publique de l'Europe par le spectacle d'une lutte dont ils s'attachent à multiplier et à aggraver les calamités, tandis que d'un autre côté, en prolongeant et en propageant le désordre, ils ôtent au Gouvernement russe la possibilité d'adopter et d'appliquer des mesures de pacification morale qui répondraient à ses propres intentions non moins qu'aux désirs des Cabinets et aux sentiments de l'opinion publique. ¶ Il n'y aurait lieu de craindre une pareille tolérance que de la part de Puissances qui seraient déterminées à poursuivre, sous l'apparence d'une action diplomatique, dans les limites des engagements internationaux, la réalisation des voeux les plus extrêmes de la révolution polonaise, conduisant au renversement des traités et de l'équilibre européen. ¶ On ne saurait évidemment l'attendre de la part de Cabinets qui ont intérêt au maintien de cet équilibre et qui ont pris pour base de leur intervention la scrupuleuse exécution des traités de 1815.

Tsarskoé-Sélo, le 26 août 1863.

No. 900.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Antwort auf die russische Depesche vom 7. September. —

Foreign-Office, Oct. 20, 1863.

No. 900. Grossbritannien, 20. Oct. 1863.

My Lord, — Baron Brunnow has communicated to me a despatch from Prince Gortchakoff, dated August 26 (September 7), in reply to my despatch to your Excellency, No. 178, of the 11th ult., of which you were instructed to give a copy to his Excellency. ¶ Her Majesty's Government have no wish to prolong the correspondence on the subject of Poland for the mere purpose of controversy. ¶ Her Majesty's Government receive with satisfaction the assurance that the Emperor of Russia continues to be animated with intentions of benevolence towards Poland, and of conciliation in respect to all foreign Powers. ¶ Her Majesty's Government acknowledge that the relations of Russia towards European Powers are regulated by public law. But the Emperor of Russia has special obligations in regard to Poland. ¶ Her Majesty's Government have in the despatch of the 11th of August, and preceding despatches, shown that, in regard to this peculiar question, the rights of Poland are contained in the same instrument which constitutes the Emperor of Russia King of Poland. ¶ I am, &c.

Russell.

P. S. Your Excellency is instructed to give a copy of this despatch to Prince Gortchakoff.

Lord **Napier**, *St. Petersburgh.*

No. 901.

RUSSLAND. — Kaiserl. Handschreiben an den Grossfürsten Konstantin, betreffend dessen Entbindung von der Statthalterschaft des Königreichs Polen. —

No. 901. Russland, 31. October 1863.

Altesse Impériale, — En appelant, l'année dernière, Votre Altesse Impériale à administrer le royaume de Pologne en qualité de mon lieutenant, j'ai désiré témoigner ma ferme volonté de donner un développement progressif aux nouvelles institutions que j'avais octroyées au Royaume*). Le choix même d'un frère bien-aimé était un gage de mon sincère désir de marcher dans la voie de la pacification, afin de rétablir l'ordre et d'introduire un état de choses durable, conforme aux besoins et aux intérêts du pays. Appréciant complétement mes intentions bienveillantes à l'égard du peuple polonais, y sympathisant du fond du coeur, et animé d'une haute pensée de conciliation, Votre Altesse Impériale a fait avec une noble abnégation le sacrifice de la position qu'elle occupait dans l'empire, afin de redoubler de zèle pour le bien du service et de la patrie dans la nouvelle carrière que lui ouvrait ma confiance illimitée. J'étais en droit

---

*) Vergl. 298—300.

d'attendre de mes sujets du royaume de Pologne qu'ils apprécieraient mes intentions, aussi bien que votre empressement à les exécuter; qu'entraînés de force et momentanément contre le Gouvernement, ils comprendraient la signification de votre arrivée dans le Royaume, qu'ils y verraient un gage de ma sollicitude pour le bien de la Pologne, un témoignage de mes dispositions à pardonner à l'égarement, et qu'ils reviendraient au sentiment du devoir et du dévouement envers leur souverain. ¶ A mon extrême affliction, ces espérances ne se sont pas réalisées. ¶ Accueillie dès ses premiers pas par la trahison et par un attentat à ses jours qui me sont si précieux, Votre Altesse Impériale a scellé de son sang son dévouement à ma personne et à la Russie. Malgré tous ses efforts, les institutions octroyées par moi au royaume de Pologne ne fonctionnent pas jusqu'à présent de manière à répondre à leur but; elles rencontrent des obstacles permanents provenant, non du défaut de bon vouloir ou d'efforts de la part du Gouvernement, mais du pays lui-même, subissant l'action de menées criminelles et la pernicieuse influence des instigateurs du dehors. — Votre arrivée en Pologne devait inaugurer une ère nouvelle de prospérité et de développement intérieur, sous les indispensables auspices de la confiance et du respect des lois. Avec une ferme et infatigable volonté, sans épargner sa propre santé, Votre Altesse Impériale s'est efforcée de réaliser mes vues bienfaisantes à l'égard du Royaume. Conformant toujours vos actes au but de votre nomination; ayant toujours en vue les intérêts de la Russie et du pays qui vous était confié; affrontant constamment des périls personnels, vous n'avez pas même ralenti vos efforts incessants lorsqu'une insurrection ouverte est venue opposer les plus grandes difficultés à l'action régulière des lois. Mais une rébellion toujours croissante, des menées de plus en plus traitreuses et criminelles ont convaincu Votre Altesse Impériale de l'incompatibilité existante entre l'état actuel du pays et la pensée de bienveillance et d'apaisement qui m'a porté à vous charger de mettre à exécution les institutions si généreusement octroyés à mon royaume de Pologne. ¶ Le peuple polonais n'a pas voulu comprendre et apprécier la signification de la nomination de Votre Altesse Impériale au poste de mon lieutenant. ¶ En s'insurgeant au mépris de tous ses serments; en se livrant à des complots criminels, il s'est montré indigne du gage que je lui avais donné de mes intentions bienveillantes dans la personne de mon frère bien-aimé. ¶ Reconnaissant la justesse de vos appréciations concernant l'impossibilité, dans les circonstances actuelles, de suivre la voie par laquelle j'ai cherché à atteindre la pacification du pays, lorsque je vous y envoyai l'année passée, je consens à vous décharger, conformément à votre désir, des fonctions de mon lieutenant et de commandant en chef des troupes dans le royaume de Pologne. Mais lorsque, avec l'aide de Dieu, la révolte sera maîtrisée; lorsque, rendus accessibles à la voix du devoir et de la légalité, mes sujets du Royaume s'affranchiront de la violence exercée par les fauteurs déclarés de la trahison et qu'ils auront recours à ma clémence; lorsque le rétablissement de l'ordre permettra de reprendre l'oeuvre que vous avez commencée; lorsque les circonstances rendront possible l'application des institutions dont la mise en pratique est un de mes plus vifs et sincères désirs, j'aime à espérer qu'alors vous pourrez prendre de nouveau part à l'exécution de mes vues, et vous consacrer

No. 901. Russland, 31. Oct. 1863.

au bien du service avec le zèle et l'abnégation dont les incessants et incontestables témoignages sont aussi précieux à mon coeur que sont illimités ma confiance, mon amitié et mon affection fraternelle envers vous. ¶ Je demande à Dieu que le repos sollicité par Votre Altesse Impériale et indispensable à sa santé, après les rudes et continuelles épreuves qui, au milieu des plus grandes difficultés, ont si profondément affecté votre coeur ardemment dévoué à la patrie, rétablisse vos forces aussi promptement que possible. ¶ Que Dieu vous soit en aide. — Je me confie avec une inébranlable fermeté à sa miséricorde infinie. ¶ Fait à Livadia, le 19 (31) octobre 1863.

Votre frère reconnaissant et sincèrement affectionné.

Alexandre.

A S. A. I. Mgr le grand-duc **Constantin Nicolaiewitch.**

No. 902.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Drei und zwanzigste Sitzung vom 16. Juli 1863. — (§. 176.) Erklärung Dänemarks auf die Schlussbemerkungen Oesterreichs u. Grossherzogthums Hessen in der Sitzung vom 9. Juli*). — Dänemark wegen Holstein und Lauenburg.

No. 902. Deutscher Bund, 16. Juli 1863.

Da der Gesandte von den Gegenerklärungen, welche sich sowohl der kaiserlich-königliche Herr Präsidialgesandte, als der grossherzoglich-hessische Herr Gesandte auf die von ihm in der vorigen 22. Sitzung der Bundesversammlung nach der Schlussziehung über die Anträge der vereinigten Ausschüsse in der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit abgegebene Erklärung vorbehalten hatten, erst bei Unterzeichnung des betreffenden Protokolls, ihrem Wortlaute nach, Kenntniss nehmen konnte, so sieht derselbe sich auch erst jetzt in der Lage, auf dieselben in Nachstehendem zu erwidern. ¶ Die Erklärung des Gesandten in jener Sitzung wurde durch die Berührung eines bestimmten Gegenstandes in den motivirten Abstimmungen mehrerer Herren Gesandten veranlasst, weshalb derselbe sich auch darauf beschränkte, sich auf den citirten Passus 2 der Anlage zu der kaiserlich-königlich-österreichischen Depesche vom 26. December 1851 zu beziehen, und zwar um so mehr, als sowohl in dem ganzen übrigen denselben Gegenstand betreffenden Schriftwechsel, wie auch in den von der kaiserlich-österreichischen und der königlich-preussischen Regierung Namens des Deutschen Bundes geführten Verhandlungen und in dem Bundesbeschlusse vom 29. Juli 1852 nicht ein Wort enthalten ist, welches den Inhalt des citirten Passus zu schwächen vermöchte. ¶ Der Gesandte hätte vielmehr noch zur Bekräftigung seiner Behauptung einen Passus der Depesche selbst der kaiserlich-königlich-österreichischen Regierung vom 26. December 1851 anführen können, worin wörtlich gesagt wird:

„Die Erklärung der dänischen Regierung vom 7. September 1846 war eine freiwillige; sie wurde gegeben, um Besorgnisse zu be-

---

*) No. 847.

schwichtigen, die durch den offenen Brief des Königs Christian VIII. entstanden waren, und in der gleichen Absicht wurde sie durch den darauf gegründeten Beschluss der Bundesversammlung angenommen. Weder die Höfe von Oesterreich und Preussen, noch auch die Bundesversammlung haben für diesen Vorgang den Charakter eines gegenseitig verpflichtenden Vertragsverhältnisses in Anspruch genommen, den er in der That nicht hatte; sie haben es ebenso wenig abgelehnt, den inzwischen veränderten Verhältnissen jede erforderliche Beachtung zu zollen."

und sich ferner auf die Vorlagen Oesterreichs und Preussens, das ihnen übertragene Bundescommissorium betreffend (Prot. v. J. 1852, §. 197), welche sich (S. 779 ebendaselbst) ganz in demselben Sinne äussern, um so mehr beziehen können, als auf Grund dieser Vorlagen der Bundesbeschluss vom 29. Juli gefasst worden ist, welcher sich bekanntlich nur auf die Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg und auf dasjenige beschränkt, was nach Lage der Sache der verfassungsmässigen Prüfung und Beschlussfassung des Deutschen Bundes unterliegt. ¶ Wenn nun der grossherzoglich-hessische Herr Gesandte weiter darauf hindeutet, dass der citirte zweite Passus der Anlage zu der erwähnten Depesche vom 26. December 1851 nur als eine beiläufig ausgesprochene Ansicht zu betrachten sei, so darf der Gesandte sich ferner sowohl auf seine obige Erklärung, als noch darauf beziehen, dass die Anlage zu jener Depesche, wie auch ausdrücklich ausgesprochen, Punkt für Punkt der Anlage II der königlich-dänischen Depesche vom 6. December 1851 folgt und demnach der citirte Passus keineswegs als eine beiläufig ausgesprochene Ansicht wird bezeichnet werden können. ¶ Zugleich unterlässt der Gesandte nicht, hier zu wiederholen, dass er den ihm von hohem Präsidium zugefertigten Auszug des Protokolls der 22. Sitzung, den Bundesbeschluss in der Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg enthaltend, nur unter der in der vorigen Sitzung ausgesprochenen Reservation entgegengenommen und an seine Regierung befördert hat.

Präsidium. Hinsichtlich der von dem königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten gemachten Bemerkung, dass sich der in der Sitzung vom 29. Juli 1852 gefasste Beschluss nur auf die Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg beschränke, muss Präsidium hervorheben, dass unter Ziffer I dieses Beschlusses noch ausdrücklich gesagt ist, dass die Bundesversammlung der sonach von Seiner Majestät dem Könige (von Dänemark) im Einverständnisse mit den im Namen des Bundes handelnden Regierungen von Oesterreich und Preussen bewirkten Beilegung der seitherigen Streitigkeiten zwischen Dänemark und dem Deutschen Bunde die vorbehaltene definitive Genehmigung ertheile. Worauf sich diese Streitigkeiten erstreckten, ist hinlänglich bekannt, und aus der von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen in jener Sitzung gemachten Vorlage ersichtlich, welche auch ausdrücklich die von Seiner Majestät dem Könige von Dänemark bezüglich des Herzogthums Schleswig eingegangenen internationalen Verpflichtungen hervorhebt. ¶ Im Uebrigen bezieht sich Präsidium auf den

No. 902. Deutscher Bund, 16. Juli 1863.

obenerwähnten Bundesbeschluss, sowie auf die seither in dieser Angelegenheit gefassten Beschlüsse und namentlich auch auf jenen, welcher in der letzten Sitzung erfolgt ist.

Umfrage.

Oesterreich. Indem der Gesandte der Präsidialerklärung beitritt, bezieht er sich, insoweit die Seitens der königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Gesandtschaft so eben erfolgte Erklärung seine in der vorigen Sitzung mündlich abgegebene und sodann in das Protokoll niedergelegte Aeusserung betrifft, lediglich auf diese Aeusserung zurück.

Preussen. Indem der königliche Gesandte der Präsidialäusserung vollkommen beipflichtet, erinnert er zugleich daran, wie die rücksichtsvollen Formen, in welchen die in Rede stehenden Verhandlungen von 1851/52 gepflogen und demnächst zur Erledigung bei der hohen Bundesversammlung gebracht worden, den dadurch Seitens des Deutschen Bundes erworbenen internationalen Rechten nichts von ihrer Bedeutung und der diesen Rechten gegenüber stehenden Verbindlichkeit nichts von ihrer Zweifellosigkeit haben nehmen können.

Baiern. Der Gesandte tritt der Präsidialerklärung bei und schliesst sich auch der von dem königlich-preussischen Herrn Gesandten gemachten Bemerkung an.

Königreich Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden und Kurhessen: schliessen sich der Präsidialerklärung an.

Grossherzogthum Hessen. Der Gesandte tritt der Präsidialerklärung bei und bezieht sich hinsichtlich der Erklärung des königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten auf die in der vorigen Sitzung zu Protokoll gegebene Aeusserung zurück.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Da der Gesandte mit der so eben zu Protokoll gegebenen Erwiderung lediglich die Begründung und nähere Nachweisung seiner in der vorigen Sitzung dargelegten Behauptung bezweckte, so findet derselbe, dadurch durchaus keine Veranlassung zu einer über den speciellen Gegenstand seiner Erklärungen hinausgehenden Erörterung des Bundesbeschlusses vom 29. Juli 1852 gegeben zu haben. ¶ Was demnach diesen Bundesbeschluss betrifft, so beschränkt der Gesandte sich hier darauf, auf den schon mehrfach dargelegten Standpunkt seiner allerhöchsten Regierung zurükzuverweisen und dabei deren Rechte in jeder Richtung wiederholt ausdrücklich zu verwahren.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte enthält sich der Abstimmung.

Sämmtliche übrigen Herrn Gesandten schlossen sich der Präsidialerklärung an.

No. 903.

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an den kais. kön. österr. und den kön. preuss. Gesandten in Kopenhagen. — Antwort auf die Notification des Bundesbeschlusses vom 9. Juli 1863*). —

Copenhagen, 24. Juli 1863.

No. 903. Dänemark, 24. Juli 1863.

Der Unterzeichnete verfehlt nicht, den richtigen Empfang der gefälligen Note vom 17. d. M., wodurch der kais. kön. österreichische (kön. preussische) Herr ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister den Wortlaut der Motive und Conclusionen des von der deutschen Bundesversammlung in deren Sitzung vom 9. d. M. bezüglich der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit gefassten Beschlusses auftragsmässig zur Kenntniss der königlichen Regierung bringt, hiermit zu bescheinigen. ¶ Die königliche Regierung hat schon hinlängliche Gelegenheit gehabt, sowohl über den Inhalt der vom Deutschen Bunde mit Bezug auf das Herzogthum Schleswig erhobenen Ansprüche als auch über die Form, in welcher dieselben geltend gemacht worden sind, sich auszusprechen, und der Unterzeichnete kann sich daher hier auf die abgegebenen Erklärungen und Verwahrungen lediglich beziehen, indem er übrigens auch diesen Anlass benutzt, um dem Herrn Gesandten die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung erneuert darzubringen. *Hall.*

No. 904.

DÄNEMARK. — Antwortschreiben des Königs an den Kaiser von Oesterreich auf dessen Einladung zur Theilnahme am Fürstencongress in Frankfurt am Main. —

Durchlauchtigster, Grossmächtigster Fürst, besonders lieber Vetter und Bruder!

No. 904 Dänemark. 14. Aug. 1863.

Ich habe das geehrte Schreiben empfangen, durch welches Ew. Kaiserliche Majestät, Mir Höchstdero Absicht eröffnend, Sich in Person mit den verbündeten Fürsten und freien Städten Deutschlands zu einer gemeinsamen Berathung über die zeitgemässe Entwickelung der Bundesverfassung vereinigen zu wollen, Mich zu dieser Zusammenkunft eingeladen haben. ¶ Nichts würde mir in der That angenehmer sein, als einem Wunsche Ew. Kaiserlichen Majestät entgegenkommen zu können, um so mehr denn in diesem Falle, wo es sich um eine Aufgabe handelt, deren heilsamen Wirkungen für das gesammte Deutschland auch Ich Meine aufrichtige Theilnahme zolle. ¶ Unter diesen Umständen kann Ich es nur doppelt bedauern, dass die gegenwärtigen Verhältnisse Mir es nicht gestatten, einer Einladung, auf die Ich so grossen Werth lege, Folge geben zu können, und ich darf Mich überzeugt halten, dass Ew. Kaiserliche Majestät den Betrachtungen Rechnung tragen werden, die in dieser Beziehung für Mich haben massgebend sein müssen. ¶ Obgleich nicht persönlich anwesend, werde Ich

*) Die Mittheilung war mittelst gleichlautender Noten der Vertreter Oesterreichs und Preussens in Copenhagen d. d. 17. erfolgt. Der Bundesversammlung wurde hiervon in der Sitzung vom 30. Juli (§. 184) Anzeige erstattet, ebenso von der im Text mitgetheilten Empfangsanzeige des Minister Hall in der Sitzung vom 6. August (§. 196).

No. 904. Dänemark, 14. Aug. 1863.

dennoch immer mit dem grössten Interesse einem Werke folgen, das, Dank der erhabenen Initiative Ew. Kaiserlichen Majestät, nunmehr eine so begründete Aussicht gewonnen hat, einem glücklichen Ausgange entgegengeführt zu werden. Schon früher habe Ich Meine Bereitwilligkeit bezeugt, Mich für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg einer Entwickelung des Deutschen Bundes anzuschliessen, welche die Forderungen der Zeit mit den unveräusserlichen Rechten der Souveräne vereinigen könnte, und Ich bin überzeugt, dass es der hohen Weisheit Ew. Kaiserlichen Majestät gelingen werde, dies Ziel zu erreichen. ¶ Ich darf hoffen, dass die jetzigen Verhandlungen, in denen Ich mit dem Bunde über die verfassungsmässige Stellung Meiner Herzogthümer Holstein und Lauenburg begriffen bin, in einer nahen Zukunft erledigt werden können, und diese Lösung wünsche Ich auch deshalb um so mehr herbei, da sie Mich in den Stand setzen wird, Mich für Meine Bundesländer einer Ordnung anzuschliessen, die hoffentlich für die Entwickelung derselben ebenso heilbringend als für die übrigen deutschen Länder werden wird. ¶ Ich ergreife mit Vergnügen auch diesen Anlass, um Höchstdenselben die Versicherungen der vollkommensten Hochachtung zu erneuern, womit Ich verbleibe Eurer Kaiserlichen Majestät freundwilliger Vetter und Bruder

Schloss Skodsborg, den 14. Aug. 1863.

Frederik R.

gez. *C. Hall.*

An des Kaisers von Oesterreich Majestät.

No. 905.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Sieben und zwanzigste Sitzung vom 27. August 1863. — (§. 208.) Erklärung Dänemarks auf den Bundesbeschluss vom 9. Juli. —

No. 905 Deutscher Bund, 27. Aug. 1863.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Unter Bezugnahme auf die mittelst Bundesbeschlusses vom 9. vorigen Monats an die königliche Regierung gerichtete Aufforderung ist der substituirte Gesandte angewiesen worden, die nachstehende Erklärung abzugeben. ¶ Als unter den Verhandlungen von 1851/52 die königliche Regierung die Absicht aussprach, alle Theile der dänischen Monarchie auf gleichartige Weise in einen constitutionellen Gesammtstaat zu vereinigen, da geschah dies unter der selbstverständlichen und von beiden Seiten ausdrücklich anerkannten Voraussetzung, theils dass das Verhältniss der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zum Deutschen Bunde nicht unvereinbar sei mit der unabhängigen Stellung einer dänischen Gesammtmonarchie im europäischen Staatensysteme, theils dass der Eintritt dieser Herzogthümer in eine repräsentative Verfassungsgemeinschaft mit den übrigen Theilen des Staates mit den Rechten und Gesetzen des Bundes übereinstimme, — was denn auch von der Bundesversammlung durch förmlichen Beschluss bestätigt wurde. ¶ Die königliche Regierung will hier nicht auf eine umfassende Erörterung über alle die Schritte eingehen, die von ihr bewerkstelligt wurden, um die Absicht des Königs in Ausführung zu bringen, oder über die Schwierigkeiten, die derselben

entgegentraten. Alle diese Umstände sind dem Bunde wohl bekannt und haben schon zu oft Anlass zu Meinungsverschiedenheiten gegeben, worauf die königliche Regierung nicht zurückzukommen wünscht. Darüber können aber die Meinungen nicht verschieden sein, dass seitdem die Ansichten über Stellung und Aufgabe des Deutschen Bundes wesentlich sich geändert haben und mit ihnen auch die Auffassung seiner Rechte über die zur dänischen Monarchie gehörenden Bundeslande. Die königliche Regierung glaubt daher nur eine Thatsache zu constatiren, wenn dieselbe ausspricht, dass die Voraussetzungen von 1851/52 nicht eingetreten sind, und dass sie sich in Folge dessen allmählig in die Alternative gestellt sah, entweder die Unabhängigkeit der ganzen dänischen Monarchie oder die beabsichtigte innigere Verbindung der Bundeslande mit den übrigen Theilen des Staates aufzugeben, — eine Alternative, die der königlichen Regierung keine Wahl gestattet. ¶ Was das Herzogthum Lauenburg seit seiner Vereinigung mit der Krone Dänemarks ununterbrochen und ungestört besessen, hat das Herzogthum Holstein durch das Verfassungsgesetz vom 11. Juni 1854 erhalten. Die constitutionelle Gewähr seiner Selbständigkeit in allen seinen besonderen Angelegenheiten im weitesten Sinne des Wortes. Und die königliche Regierung hat sich bereit erklärt, dieser besonderen Verfassung diejenige freiere Entwickelung, die den liberalen Grundlagen des dänischen Staatslebens entspricht, angedeihen zu lassen. Daneben konnte die den Bundeslanden in der Monarchie gegebene Stellung hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten ebenso wenig Seine Majestät in der gewissenhaften Erfüllung aller von Ihm übernommenen Bundespflichten gehindert haben, als die eigenthümliche Entwickelung und die finanziellen Interessen der Herzogthümer gefährdet wurden durch ihre Theilnahme an der Gesammtverfassung. ¶ Wenn die königliche Regierung unter diesen Umständen einem Landestheile, der bisher nur ein provinzielles Leben geführt und nur ein Recht auf die Stellung einer Provinz in der Monarchie hatte, politische Individualität und constitutionelle Autonomie auch in den bisher gemeinschaftlichen Angelegenheiten eingeräumt hat, so hat dieselbe sich zu diesem Opfer nur deshalb entschlossen, einerseits um sich den Wünschen der holsteinischen Bevölkerung zu fügen, deren Vertreter seit vielen Jahren und unter jeder Form sich einer gemeinsamen, auch Holstein umfassenden, constitutionellen Repräsentation widersetzt haben, andererseits um den Anforderungen des Deutschen Bundes zu entsprechen, welcher, um die Selbständigkeit und die Gleichberechtigung Holsteins und Lauenburgs zu wahren, in den Beschlüssen vom 8. März 1860 und 7. Februar 1861 verlangt hat, „dass kein Gesetz über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für die Herzogthümer erlassen werde, wenn es nicht die Zustimmung der Stände erhalten hat.“ ¶ Dies ist es, was — fast mit denselben Worten — durch die königliche Bekanntmachung vom 30. März d. J. festgestellt ist. ¶ Das in dieser Ordnung durchgeführte Princip wird der Deutsche Bund nicht füglich verkennen können, denn es ist von ihm selbst aufgestellt worden. Die beanspruchte Gleichberechtigung und Selbständigkeit der Bundeslande können gewiss nicht vollständiger anerkannt und sichergestellt werden, als auf dem von der königlichen Regierung nun betretenen Wege, und jeder Zweifel, ob die Verbindung Holsteins

No. 905. Deutscher Bund, 27. Aug. 1863.

mit der dänischen Monarchie die Erfüllung der Bundespflichten Seiner Majestät beeinträchtigen könne, muss vollständig wegfallen, nachdem den Bundeslanden eine allgemeine Autonomie eingeräumt ist. Seine Majestät der König hat schon früher seine Bereitwilligkeit bekundet, Seinen holsteinischen Unterthanen die volle Theilnahme an der freieren Entwickelung angedeihen zu lassen, welche die Zukunft Deutschland und dem Deutschen Bunde vorbehalten haben mag. Da die Verwirklichung dieser Absicht für Holstein eine solche Stellung voraussetzt, wie sie demselben durch die Bekanntmachung vom 30. März angewiesen ist, scheint auch diese Betrachtung geeignet, dieser Ordnung eine Bedeutung beizulegen, welche besonders nach den jüngsten Begebnissen in Deutschland die hohen Verbündeten Seiner Majestät nicht verkennen können. ¶ Die königliche Regierung ist von dem aufrichtigen Wunsche beseelt, jeden Anlass eines Streites zu beseitigen, welcher nur zu lange die friedlichen Verhältnisse zwischen nahe verbundenen Nachbarländern gestört hat. Wenn die königliche Regierung sich deshalb aus den angeführten Gründen nicht im Stande sieht, die erwähnte Bekanntmachung ausser Wirksamkeit zu setzen, hat sie dagegen den königlichen Gesandten beauftragt, jede gewünschte Aufklärung über die einzelnen Bestimmungen derselben dem Bunde zu geben. Die königliche Regierung darf hoffen, dass eine solche Erörterung die Ansichten der Bundesversammlung über dieses Actenstück wesentlich verändern werde. Sie nimmt aber keinen Anstand, sich überdies bereit zu erklären, nicht nur jeden die Herzogthümer Holstein und Lauenburg betreffenden Vorschlag in genaueste Erwägung zu ziehen, sondern auch diejenigen Beschlüsse des Bundes in den genannten Herzogthümern in Ausführung zu bringen, die weder mit der unveräusserlichen Souverainetät Seiner Majestät des Königs in Seinen Bundeslanden unvereinbar sein dürften, noch der freien Ausübung der gesetzgebenden Gewalt in denjenigen Theilen der Monarchie, die dem Bunde nicht angehören, hindernd entgegentreten würden. ¶ Wenn der Bundesbeschluss schliesslich die Möglichkeit einer nahe bevorstehenden Bundesexecution andeutet, kann die königliche Regierung auf ihre den 9. v. M. abgegebene Erklärung verweisen. Wie die hohe Bundesversammlung auch über die Grenzen ihrer in den Bundesacten festgestellten Competenz urtheilen mag, wird kein Zweifel darüber obwalten können, dass, nachdem die königliche Regierung die politische Selbständigkeit der Bundesherzogthümer anerkannt und sich bereit erklärt hat, über die Verwirklichung derselben nöthigenfalls in Verhandlung zu treten, eine solche Eventualität einzig aus einem internationalen Gesichtspunkte würde aufgefasst werden können.

P r ä s i d i u m. Indem sich Präsidium auf den Bundesbeschluss vom 9. v. M. bezieht, beantragt es, diese Erklärung den vereinigten Ausschüssen zuzuweisen.

S ä m m t l i c h e H e r r e n G e s a n d t e n — mit Ausnahme des für H o l s t e i n und L a u e n b u r g substituirten Herrn Gesandten und jenes von den N i e d e r l a n d e n wegen L u x e m b u r g und L i m b u r g, welche sich der Abstimmung enthielten, — erklärten sich mit dem Präsidialantrage einverstanden, und dieser wurde hierauf zum Beschlusse erhoben.

No. 906.

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an die k. Gesandtschaften im Auslande. — Die Unzulässigkeit einer Bundesexecution in Holstein betr. —

Copenhague, 3 septembre 1863.

No. 906. Dänemark, 3. Sept. 1863.

Monsieur — La déclaration ci-jointe que le Ministre du Roi vient de faire au sein de la Diète de Francfort, en réponse à la notification de l'arrêté fédéral du 9 juillet, était depuis longtemps si généralement prévue par tous les Gouvernements qui ont suivi l'affaire dano-allemande, qu'elle n'en a pu surprendre aucun, et la teneur de cet acte est si bien suggéré par la situation même des choses, que je n'ai rien à ajouter pour la motiver. ¶ Une crise paraît imminente, mais le Gouvernement du Roi ne la craint pas. Car d'un côté nous avons la conscience d'avoir fait tout ce qui dépendait de nous pour l'écarter; de l'autre il est évident que, des longues négociations et des mombreuses phases qu'a traversées la question, nous avons tiré du moins cet avantage que le véritable fond s'est enfin peu à peu dégagé des nuages qui empêchaient l'Europe de voir, de quel genre d'aspirations il s'agissait réellement de la part de l'Allemagne. ¶ Deux points essentiels nous sont ainsi acquis, et ils ne pourront pas manquer d'exercer une influence décisive sur l'attitude des Puissances impartiales. ¶ L'autonomie que l'Allemagne avait exigée pour le Holstein avec une véhémence qui était en proportion inverse de la légalité d'une telle demande, cette autonomie a été concédée par le Gouvernement du Roi. D'après notre manière d'interpréter la Patente du 30 mars et, on le verra bientôt, d'après notre manière de la mettre en oeuvre, le Holstein va donc jouir dès-à-présent de toute la liberté d'action que la Confédération peut désirer. Mais le Gouvernement est allé plus loin encore dans la voie de la conciliation. Il s'est déclaré prêt à entrer dans des négociations avec la Diète, si après un examen un peu plus approfondi de la Patente que celui qu'elle avait entrepris jusqu'ici, cette assemblée devait encore arriver à ce résultat qu'il reste des points où la Patente n'a pas suffisamment sauvegardé les intérêts holsteinois. ¶ Dans ces circonstances on conçoit facilement que, toute occupation du Holstein à laquelle la Confédération pourrait vouloir procéder, manquerait du prétexte même d'un acte fédéral. Son objet serait non pas de conquérir pour le Holstein une situation autonome et indépendante, mais de forcer le Roi à satisfaire à des demandes d'une toute autre nature relativement à des parties de la Monarchie, qui, quelque jugement que l'on porte d'ailleurs sur la compétence de la Diète à l'égard d'un territoire fédéral, restent absolument en dehors de son action légale. Si les armées de l'Allemagne franchissent l'Eyder, tout le monde reconnaîtra la nature internationale d'une telle démarche. Mais peut-on douter un instant qu'elle ne commette un abus de la force absolument pareil, lorsqu'elle se met en possession du Holstein avec le but notoire de séquestrer les revenus de ce pays et de forcer ainsi les autres parties de la Monarchie de porter seules toute la charge de la dette publique et des autres dépenses dont une quotepart appartient de droit ou Holstein? Ces nouvelles charges auxquelles viendraient se joindre les dépenses con-

No. 906. Danemark, 3. Sept. 1863.

sidérables nécessitées par la crainte de voir d'un jour à l'autre les troupes allemandes envahir le Slesvig et le Jutland, écraseraient bientôt le Danemarc et nous forceraient enfin à nous soumettre. Tous les sophismes du monde ne réussiraient pas à dissimuler le véritable caractère d'une soi-disante exécution qui se ferait dans ces circonstances et avec un tel but; et le plus simple bon sens suffit pour comprendre que nous ne pourrons jamais accepter tranquillement la position qu'on veut nous faire et qui serait pire que la guerre. ¶ Notre parti est donc pris depuis longtemps et j'ai tout lieu d'espérer que nous ne serons pas abandonnés à nos seules ressources dans une lutte, où sont engagées non seulement les destinées du Danemarc, mais aussi les intérêts les plus sacrés du Nord entier. ¶ Vous remarquerez, Monsieur, que notre déclaration contient une ouverture, à laquelle nous n'attachons pas un bien grand espoir, mais que nous avons pourtant cru devoir faire dans l'intérêt de la paix. Nous nous sommes déclarés prêts à entrer dans des négociations avec la Diète qui seraient basées sur le principe d'indépendance et d'autonomie pour le Holstein, posé dans la Patente du 30 mars. On a si souvent répété que la Diète ne désirait rien plus vivement que de pouvoir se retirer de la position trop avancée où elle s'était engagée un peu malgré elle. S'il en est ainsi, et si réellement elle veut éviter les complications que la voie qu'elle a suivie jusqu'ici amènera inévitablement, nous lui fournissons encore une fois l'occasion de résoudre la question d'une manière paisible. Il y a plus. Notre proposition correspond en tout point à la phase dans laquelle la question générale allemande est entrée par suite du dernier Congrès des Princes à Francfort. Car il est évident que le Roi ne pourra adhérer pour le Holstein au nouvel ordre de choses qu'on veut inaugurer en Allemagne qu'après que ce duché aura été définitivement placé dans la Monarchie dans les conditions que le Gouvernement du Roi veut lui garantir. Alors, mais seulement alors, le Roi pourra S'associer aux efforts de Ses Confédérés, et les dispositions de Sa Majesté à le faire ont trouvé une nouvelle expression dans la lettre par laquelle Elle a répondu à l'invitation de l'Empereur d'Autriche, lettre que vous connaissez déjà. Ainsi, sous tous les rapports, cette ouverture de notre part devrait être assurée d'un bon accueil au sein de la Diète. Nous ne tarderons pas à connaître le parti auquel l'Allemagne s'arrêtera. ¶ Je vous prie, Monsieur, de communiquer officiellement à Monsieur le Ministre des affaires étrangères de . . . . notre déclaration et de vous énoncer vis-à-vis de lui et de vos collègues dans le sens de cette dépêche. ¶ J'ai l'honneur, etc.

Hall.

No. 907.

DÄNEMARK. — Königliche Botschaft zur Eröffnung des Reichsraths am 28. September 1863, verlesen durch den Ministerpräsidenten Hall. —

No. 908. Dänemark, 28. Sept. 1863.

Wir Frederik VII. senden dem Reichsrath Unsern Königlichen Gruss!

Die griechische Nationalversammlung hat unter Zustimmung der drei Schutzmächte einen Prinzen Unseres Königlichen Hauses auf den Thron der Hellenen berufen. Der Reichsrath wird sich mit Uns zu dem Wunsche vereinigen,

dass das neue Königsgeschlecht lange zum Segen eines Volkes wirken möge, dessen grosse Vergangenheit eine ehrenvolle Zukunft verspricht.

No. 907. Dänemark, 28. Sept. 1863.

Wie bereits in voriger Session verheissen, wird dem Reichsrath ein Entwurf zu einem neuen Grundgesetz für die gemeinsamen Angelegenheiten des Königreichs und Schleswigs vorgelegt werden, welches sich genau an die schon in bestehenden Verfassungsgesetzen gegebene Grundlage anschliesst. Es ist damit Unsere Absicht, dem Reichsrath eine solche Stärke zu geben, dass er nicht blos den grossen Ansprüchen genügen kann, welche die nächste Zukunft möglicherweise an ihn stellen wird, sondern dass er auch im Stande sein wird, im Laufe der Zeiten unsere ganze constitutionelle Entwicklung zu tragen. Die hinzugefügten interimistischen Bestimmungen, welche durch Holsteins und Lauenburgs specielle Stellung nöthig gemacht sind, werden den Weg anweisen, auf welchem die Verhältnisse dieser Landestheile zu Unserer übrigen Monarchie durch Mitwirkung der Bevölkerungen und gemäss ihren Interessen und Wünschen geordnet werden können.

Der lange Streit zwischen Dänemark und dem Deutschen Bunde scheint sich einer Entscheidung zu nähern. Da Deutschlands Fürsten nunmehr selbst feierlich sich zu Bestrebungen bekannt haben, deren Durchführung in Betreff Unserer Bundeslande nothwendig eine solche Veränderung in den Verhältnissen derselben zu Unserer übrigen Monarchie voraussetzt, als in Unserer Allerhöchsten Bekanntmachung vom 30. März d. J. festgesetzt ist, so wollen wir die Hoffnung auf eine Uebereinkunft nicht aufgeben, Denn gleichwie Wir durch Unsere genannte Allerhöchste Bekanntmachung der vom Bunde gestellten Forderung haben entgegenkommen wollen, so haben Wir in Unserer zuletzt an den Bund abgegebenen Erklärung Unsere Bereitwilligkeit ausgesprochen: die Beschlüsse des Bundes in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg zur Ausführung zu bringen, soweit sie nicht mit Unserer unveräusserlichen Souverainetät in Unseren Bundeslanden unvereinbar sind oder der freien Ausübung der gesetzgebenden Macht in den Theilen Unserer Monarchie, welche nicht zum Deutschen Bunde gehören, hinderlich in den Weg treten.

Sollte dennoch diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehen, so wird es klar zu Tage liegen, dass es sich nicht um Unserer deutschen Bundeslande Recht handelt, sondern um Unseres dänischen Reiches Unabhängigkeit. Diese aber sind Wir fest entschlossen, gegen jeden Angriff zu wahren, und Wir sind dessen gewiss, dass Wir darin nicht allein stehen. Allein vor Allem bauen Wir auf Unseres treuen Volkes Liebe zu Vaterland und Freiheit. Wir verbleiben dem Reichsrath mit Königlicher Huld und Gnade gewogen.

Euch Gott befehlend.

Gegeben auf Unserem Schlosse Glücksburg, den 26. September 1863.

Frederik R.

C. Hall.

No. 908.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Achtundzwanzigste Sitzung vom 19. September 1863. — (§. 218.) Bericht der vereinigten Ausschüsse über die dänische Erklärung vom 27. August. —

No. 908. Deutscher Bund, 19. Sept. 1863.

Der königlich-baierische Herr Gesandte erstattet im Namen der vereinigten Ausschüsse folgenden Vortrag: ¶ Der Bundesbeschluss vom 9. Juli d. J. wegen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg ist dem königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Bundestags-Gesandten am 14. Juli d. J. im Protokollauszuge zugestellt worden. Hierauf hat die königlich-herzogliche Regierung in der 27. diesjährigen Sitzung vom 27. August, mithin in der ersten Sitzung der Bundesversammlung nach Ablauf der gesetzten sechswöchigen Frist, eine Erklärung abgegeben, welche den vereinigten Ausschüssen zugewiesen wurde. ¶ Den Ausschüssen liegt es daher nunmehr nach Vorschrift des Art. III der Executionsordnung ob, Gutachten darüber abzugeben, in wie fern die Sache erledigt, oder der Fall der Nichterfüllung der bundesmässigen Verpflichtung begründet und sonach das geeignete Executionsverfahren zu beschliessen sei.

I.

Die Erklärung der königlich-herzoglichen Regierung ist im §. 208 der diesjährigen Protokolle abgedruckt und braucht daher hier nicht wiederholt zu werden. Es wird aber auch keiner weitläufigen Erörterung bedürfen, um unzweifelhaft darzuthun, dass durch diese Erklärung der an die königlich-herzogliche Regierung gerichteten Aufforderung nicht entsprochen worden und dass mithin die Sache nicht erledigt ist. ¶ Der Bundesbeschluss vom 9. Juli d. J. enthielt zunächst die Aufforderung, der königlichen Bekanntmachung vom 30. März d. J. keine Folge zu geben, dieselbe vielmehr ausser Wirksamkeit zu setzen. Hierauf entgegnet die königlich-herzogliche Regierung, „dass sie sich nicht im Stande sehe, die erwähnte Bekanntmachung ausser Wirksamkeit zu setzen.“ ¶ Der Bundesbeschluss vom 9. Juli d. J. stellte ferner die Aufforderung, der Bundesversammlung binnen sechs Wochen die Anzeige zu erstatten, dass die königlich-herzogliche Regierung zur Einführung einer die Herzogthümer Holstein und Lauenburg mit Schleswig und mit dem eigentlichen Königreiche Dänemark in einem gleichartigen Verbande vereinigenden Gesammtverfassung — sei es in vollständiger Ausführung der Vereinbarungen von 1851/1852, sei es auf Grundlage der Vermittlungsvorschläge der königlich-grossbritannischen Regierung vom 24. September v. J. — die erforderlichen Einleitungen getroffen habe. Eine solche Anzeige ist in der Erklärung vom 27. August d. J. nicht enthalten. Vielmehr sagt die königlich-herzogliche Regierung, „dass die Voraussetzungen von 1851/1852 nicht eingetreten seien, und dass sie sich in Folge dessen allmählig in die Alternative gestellt gesehen habe, entweder die Unabhängigkeit der ganzen dänischen Monarchie oder die beabsichtigte innigere Verbindung der Bundeslande mit den übrigen Theilen des Staates aufzugeben; — eine Alternative, welche der königlichen Regierung keine

Wahl gestatte.“ Die Vermittlungsvorschläge der königlich-grossbritannischen Regierung werden in der Erklärung gar nicht erwähnt und schliesslich nur die Bereitwilligkeit erklärt, „nicht nur jeden die Herzogthümer Holstein und Lauenburg betreffenden Vorschlag in genaueste Erwägung zu ziehen, sondern auch diejenigen Beschlüsse des Bundes in den genannten Herzogthümern in Ausführung zu bringen, die weder mit der unveräusserlichen Souverainetät Seiner Majestät des Königs in Seinen Bundeslanden unvereinbar sein dürften, noch der freien Ausübung der gesetzgebenden Gewalt in denjenigen Theilen der Monarchie, die dem Bunde nicht angehören, hindernd entgegentreten würden.“ ¶ Hiernach ist es klar und wird wohl auch von der königlich-herzoglichen Regierung selbst nicht bestritten werden, dass sie der Aufforderung, welche der Bundesbeschluss vom 9. Juli d. J. in Bezug auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg an sie gerichtet hat, nicht entsprochen und vielmehr bestimmt erklärt hat, derselben nicht entsprechen zu wollen.

No. 908. Deutscher Bund, 19. Sept. 1863.

II.

Die berichtenden Ausschüsse können es weder für angemessen noch für ihre Aufgabe erachten, bei dieser Gelegenheit nochmals auf eine umfassende Erörterung der Streitpunkte einzugehen, und beziehen sich deshalb nur auf ihren Vortrag vom 18. Juni d. J. (Prot. §. 142). Wohl aber erscheint es denselben zweckmässig, einige Behauptungen und Aeusserungen zu beleuchten, welche die königlich-herzogliche Regierung theils jenem Vortrage entgegenstellt, theils als Gründe ihrer ablehnenden Erklärung auf den Bundesbeschluss vom 9. Juli d. J. geltend gemacht hat.

1) Schon in der Sitzung vom 18. Juni d. J., unmittelbar nach Erstattung des Vortrages der Ausschüsse, hob der königlich-herzogliche Herr Gesandte, indem er eine allgemeine Verwahrung gegen die Behauptungen, Folgerungen und Anträge des Vortrages einlegte, noch besonders hervor, dass die der königlichen Bekanntmachung vom 30. März d. J. gewordene Beurtheilung mehrfach auf irrthümlicher Auffassung der darin enthaltenen Bestimmungen beruhen dürfte, welcher vorzubeugen durch eine in Anspruch genommene Vermittlung des Gesandten unschwer gewesen sein würde. Diese Aeusserung wiederholte sich in der Abstimmung des königlich-herzoglichen Herrn Gesandten in der Sitzung vom 9. Juli d. J. in der geschärften Fassung, dass der Auschussvortrag wesentliche Irrthümer und Missverständnisse enthalte, sowohl in dem historischen Rückblicke als in der Auffassung der Bekanntmachung vom 30. März d. J., und es wurde dabei das Bedauern der königlichen Regierung ausgesprochen, dass ein so wichtiger Bundesbeschluss auf zum Theil unrichtige Voraussetzungen gebaut werden solle, ohne dass dem Gesandten irgend welche Gelegenheit gegeben worden sei, die Missverständnisse aufzuklären. ¶ Diesem wiederholten Vorwurfe begegnete sofort der Ausschussreferent durch folgende Bemerkungen: „Da die angeblichen Irrthümer der Ausschüsse nicht näher bezeichnet worden seien, so könne nur die Versicherung entgegengestellt werden, dass die Ausschüsse sich absichtlich auf diejenigen Punkte beschränkt hätten, in welchen sie von der völligen Klarheit und unbestreitbaren Richtigkeit der Thatsachen und ihrer rechtlichen Beurtheilung überzeugt gewesen seien. Zur

No. 908. Deutscher Bund, 19. Sept. 1863.

vertraulichen Zuziehung des Herrn Gesandten zu ihren Berathungen habe für die Ausschüsse keine Verpflichtung bestanden; eine solche würde auch der geschäftlichen Uebung nicht entsprochen und überdies voraussichtlich zu keinem Resultate geführt haben.“ ¶ Hierdurch war wohl Veranlassung genug geboten, in einer Erklärung an die hohe Bundesversammlung die angeblichen wesentlichen Irrthümer der Ausschüsse nachzuweisen, und auch die hierzu nöthige Zeit war sowohl in der dreiwöchigen Frist zwischen der Vortragserstattung und der Beschlussfassung als in der durch den Bundesbeschluss selbst gesetzten sechswöchigen Frist ausreichend gegeben. Es ist jedoch nichts der Art erfolgt. Die Erklärung der königlich-herzoglichen Regierung vom 27. August d. J. sagt vielmehr nur, ohne jenen Vorwurf zu wiederholen, dass sie den königlichen Gesandten beauftragt habe, jede gewünschte Aufklärung über die einzelnen Bestimmungen der königlichen Bekanntmachung vom 30. März d. J. dem Bunde zu geben. ¶ Die Ausschüsse halten sich bei dieser Sachlage für berechtigt, den ihnen ohne jede nähere Begründung gemachten Vorwurf wesentlicher Irrthümer in ihrer letzten Berichterstattung als erledigt zu betrachten, und finden sich ihrerseits um so weniger veranlasst, den königlich-herzoglichen Herrn Gesandten um weitere Aufklärungen anzugehen, zu deren Ertheilung auf besonderes Verlangen der Bundesversammlung oder der Ausschüsse er sich auch nochmals in einem seine aus Gesundheitsrücksichten nothwendige Abreise in Urlaub anzeigenden Schreiben an den Herrn Präsidialgesandten vom 14. September d. J. bereit erklärt hat. Denn der Sinn und die Tragweite der Bekanntmachung vom 30 März d. J. erscheinen vollkommen klar und überdies bildet diese Bekanntmachung weder den ursprünglichen Grund noch den Hauptgegenstand des bundesrechtlichen Verfahrens, welches jetzt in Frage steht. Dieses Verfahren war bereits durch die Bundesbeschlüsse vom 12. August 1858 und 7. Februar 1861 eingeleitet und wurde nur im Hinblick auf vertrauliche Verhandlungen sistirt; es musste wieder aufgenommen werden, als die Erfolglosigkeit dieser Verhandlungen entschieden war. Die königliche Bekanntmachung vom 30. März d. J. bildete dabei nur den Abschluss einer Reihe von Thatsachen, aus welchen ebenso jene Erfolglosigkeit als das Widerstreben der königlich-herzoglichen Regierung gegen die Ausführung der Vereinbarungen von 1851/52 und der auf dieselben gegründeten Bundesbeschlüsse hervorging, und die Zurücknahme jener Bekanntmachung erscheint keineswegs als das Endziel des bundesrechtlichen Verfahrens, sondern nur als der erste Schritt zur Erfüllung der bundesrechtlichen Verpflichtungen der königlich-herzoglichen Regierung. Dies Alles ergibt sich so klar aus dem Vortrage der Ausschüsse vom 18. Juni d. J. und aus dem Wortlaute des Bundesbeschlusses vom 9. Juli d. J., dass es einer wiederholten Begründung nicht bedarf. ¶ Diese Betrachtung würde übrigens die berichtenden Ausschüsse nicht abgehalten haben, jede Aufklärung über die mehrerwähnte Bekanntmachung, welche die königlich-herzogliche Regierung an die hohe Bundesversammlung oder an die Ausschüsse unmittelbar hätte gelangen lassen, in gewissenhafte Erwägung zu nehmen. An Zeit und Gelegenheit hierzu hat es der königlich-herzoglichen Regierung seit Einbringung des Ausschussvortrages vom 18. Juni d. J. nicht gefehlt, und die vereinigten Ausschüsse

sehen sich daher in keiner Hinsicht veranlasst, mit ihrer gegenwärtigen Vortragserstattung noch länger zurückzuhalten.

2) In der Abstimmung des königlich-herzoglichen Herrn Gesandten vom 9. Juli d. J. ist gesagt, Rechtsansprüche, die aus den Verhandlungen von 1851/52 hergeleitet würden, hätten kein bundesrechtliches Fundament, und internationale Rechte, welche der Bund in Bezug auf Holstein gewonnen zu haben behaupte, könnten selbstverständlich lediglich auch nur durch internationale Mittel zur Anerkennung gebracht werden. Hierauf ist in der neuesten Erklärung vom 27. August d. J. verwiesen und hinzugefügt: „wie die hohe Bundesversammlung auch über die Grenzen ihrer in den Bundesacten festgestellten Competenz urtheilen möge, so werde kein Zweifel darüber obwalten können, dass, nachdem die königliche Regierung die politische Selbständigkeit der Bundesherzogthümer anerkannt und sich bereit erklärt habe, über die Verwirklichung derselben nöthigenfalls in Verhandlung zu treten, die Eventualität einer Execution nur aus einem internationalen Gesichtspunkte würde aufgefasst werden können.“ ¶ Die berichtenden Ausschüsse halten auch ihrerseits die hier angeregte Frage für völlig zweifellos, wenn auch freilich im entgegengesetzten Sinne. Zwischen dem Bunde und einem einzelnen Bundesgliede können in Bezug auf die Bundeslande unzweifelhaft nur bundesrechtliche Beziehungen stattfinden, und alle Vereinbarungen, welche zur Regelung etwa streitiger Verhältnisse der Bundeslande zwischen dem Bunde und einem Bundesgliede getroffen werden, müssen auf dem Bundesrechte ruhen und als dessen Erläuterung, Ergänzung und Sicherstellung betrachtet werden. In diesem Sinne sind auch die in den Jahren 1851/1852 von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen im Namen des Bundes mit der königlich-herzoglichen Regierung geführten Verhandlungen und getroffenen Vereinbarungen, soweit sie die Herzogthümer Holstein und Lauenburg betrafen, aufgefasst und durch den Bundesbeschluss vom 29. Juli 1852 genehmigt worden, und die berichtenden Ausschüsse halten es in der That für ganz unnöthig, den erst in der allerneuesten Zeit hiergegen erhobenen, völlig unbegründeten Widerspruch der königlich-herzoglichen Regierung, welcher mit dem Begriffe und der Natur des Bundes völlig unvereinbar ist, noch weiter zu widerlegen. ¶ Die hohe Bundesversammlung hat in ihrem Beschlusse vom 9. Juli d. J. den internationalen Charakter der aus den Stipulationen von 1851/52 hervorgehenden Rechte des Deutschen Bundes bezüglich des Herzogthums Schleswig bestimmt und offen anerkannt. Ebenso bebestimmt wird sie aber den rein bundesrechtlichen Charakter aller ihrer Rechte und Ansprüche bezüglich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg festhalten und gegen jeden entgegengesetzten Versuch zur Geltung bringen müssen.

3) Der übrige Inhalt der Erklärungen der königlich-herzoglichen Regierung und ihres Herrn Gesandten seit dem 18. Juni d. J. besteht nur aus Rückbeziehungen auf frühere Verhandlungen und aus Verwahrungen, und es würde daher nur zu unnöthigen Wiederholungen führen, wenn hierauf nochmals näher eingegangen werden wollte.

III.

No. 908. Deutscher Bund, 19. Sept. 1863.

Bei dieser Sachlage können die berichtenden Ausschüsse nicht umhin, sich einstimmig dafür auszusprechen, dass der Fall der Nichterfüllung der bundesmässigen Verpflichtung begründet und sonach das geeignete Executionsverfahren zu beschliessen sei. ¶ Mit dem hierauf gerichteten Beschlusse ist nach Art. IV der Eexecutionsordnung die Bestimmung der anzuwendenden Mittel zu verbinden, und die berichtenden Ausschüsse erachten es daher für ihre Aufgabe, nun auch über die Richtung, den Gegenstand, die Mittel, und die Dauer des Executionsverfahrens sich gutachtlich zu äussern und entsprechende Anträge zu stellen. ¶ Das Executionsverfahren ist der in Art. VI der Executionsordnung aufgestellten Regel gemäss in diesem Falle um so mehr gegen die königlich-herzogliche Regierung zu richten, als von den in genanntem Artikel gemachten Ausnahmsfällen hier keiner vorliegt, vielmehr der Widerstand gegen die Beschlüsse des Bundes eben von der Regierung selbst ausgeht. ¶ Das Executionsobject besteht aber unverkennbar in der Ausführung der Bundesbeschlüsse vom 11. Februar und 12. August 1858, 8. März 1860, 7. Februar 1861 und 9. Juli 1863, soweit dieselbe nicht bereits stattgefunden, somit in Erfüllung der bezüglich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg in den Jahren 1851/52 eingegangenen, durch die königliche Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 verkündigten Verpflichtung, also:

> in der Begründung einer die genannten Herzogthümer mit Schleswig und mit dem eigentlichen Königreiche Dänemark in einem gleichartigen Verbande vereinigenden Gesammtverfassung, welche die Selbständigkeit und Gleichberechtigung der einzelnen Theile in der Art sicher stellt, dass kein Theil dem anderen untergeordnet ist, und zugleich in der Feststellung von Provinzialverfassungen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, in welchen eine ständische Vertretung mit beschliessender Befugniss enthalten ist.

Aus dieser Beschaffenheit des Executionsobjectes ergiebt sich von selbst die allgemeine Natur der anzuwendenden Executionsmittel. So lange nämlich die so eben bezeichneten Verfassungsverhältnisse nicht hergestellt sind, ist das Herzogthum Holstein einer steten Gefahr der Verletzung seiner Rechte und Interessen ausgesetzt, wie die Erfahrung bis herab auf die königliche Bekanntmachung vom 30. März d. J. gezeigt hat, und auch die Lage des Herzogthums Lauenburg ist wenigstens nicht ausreichend gesichert. Deshalb kann, da ein directer Zwang zur Begründung neuer Verfassungen nicht thunlich ist, die Execution nur in der Weise eingeleitet und durchgeführt werden, dass der Einfluss der königlich-dänischen Regierung auf diese beiden Herzogthümer völlig sistirt und die Verwaltung derselben anstatt und im Namen des Königs-Herzogs durch den Bund selbst und durch die mit der Execution beauftragten Civilcommissäre geführt werde. Dabei wären die souverainen Rechte des Königs-Herzogs ausdrücklich nur als temporär sistirt zu bezeichnen, für den Fall der Parition vorzubehalten und im Vollzuge, soweit es der Zweck der Execution irgend gestattet, zu schonen. ¶ Schon dieser Umfang der Aufgabe der Execution lässt es räthlich erscheinen, den Auftrag dazu an mehrere Regierungen zu

richten, was nach Art. VII der Executionsordnung freisteht. Es spricht hierfür aber auch noch eine andere Erwägung. Die oben angeführten Aeusserungen der königlich-herzoglichen Regierung gegen die Zulässigkeit bundesrechtlichen Verfahrens in Bezug auf Holstein und Lauenburg schliessen die Möglichkeit nicht aus, dass die königlich-dänische Regierung dem Executionsverfahren gewaltsamen Widerstand entgegensetze. Die Bundesversammlung wird daher jedenfalls die nöthigen Mittel bereit halten müssen, um jeden solchen Widerstand sofort zu überwinden. Die vereinigten Ausschüsse wollen übrigens zunächst die Voraussetzung festhalten, dass dieser Fall nicht eintreten werde und erachten demgemäss für räthlich, dass auf Grund des Art. VII der Executionsordnung die höchsten Regierungen von Oesterreich, Preussen, Königreich Sachsen und Hannover mit der Vollziehung der beschlossenen Massregeln zu beauftragen seien und zwar in der Art, dass zunächst nur die Regierungen von Sachsen und Hannover je einen Civilcommissär ernennen und mit einer die Wirksamkeit der Commissäre für die oben bezeichnete Aufgabe sichernden Truppenzahl von etwa 6,000 Mann in die Herzogthümer Holstein und Lauenburg absenden, dass aber die Regierungen von Oesterreich und Preussen in Gemeinschaft mit den erstgenannten beiden Regierungen die ausreichenden Streitkräfte vollständig bereit hielten, um die Durchführung der Execution gegen jeden etwaigen Widerstand der königlich-herzoglichen Regierung sofort vollständig zu sichern. Die Art und Weise dieser Bereithaltung und der eventuellen Heranziehung dieser Streitkräfte könnte wohl der Verständigung unter den mit der Execution beauftragten Regierungen anheimgegeben werden. ¶ Dass die Ernennung mehrerer Civilcommissäre durch den Wortlaut des Art. VIII der Executionsordnung nicht schlechthin ausgeschlossen ist, wird durch mehrere in dieser Hinsicht vorhandene Präcedenzfälle erwiesen, und sowohl der Umfang als die voraussichtliche Dauer der Execution in dem gegebenen Falle lassen es räthlich erscheinen, diesen Vorgängen zu folgen. Nicht blos wären daher, wie schon gesagt, die Regierungen von Sachsen und Hannover sofort zur Ernennung je eines Civilcommissäres zu veranlassen, sondern es müsste auch den Regierungen von Oesterreich und Preussen für den Fall, dass ihre Truppen zur Mitwirkung berufen werden müssten, die Absendung von Civilcommissären freistehen. ¶ Nach Art. VII der Executionsordnung soll zugleich mit Ertheilung des Executionsauftrages auch die Dauer des Verfahrens bestimmt und nach dem Zwecke desselben bemessen werden. In dem vorliegenden Falle ist es daher nicht möglich, eine bestimmte Zeitdauer vorzuschreiben, sondern es kann nur gesagt werden, dass die Besetzung und Verwaltung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg so lange zu dauern haben werde, bis die oben als Zweck und Aufgabe der Execution bezeichneten neuen Verfassungszustände in rechtsgültiger Weise hergestellt sein werden.

IV.

Wenn die hohe Bundesversammlung in der bisher begutachteten Weise das Executionsverfahren beschliesst, wird sie zugleich, ehe sie die wirkliche Ausführung dieses Beschlusses verfügt, in Gemässheit des Art. IV der Executionsordnung diesen Beschluss der königlich-herzoglichen Regierung durch ihren

No. 908. Deutscher Bund, 19. Sept. 1863.

Herrn Bundestags-Gesandten mittheilen und an dieselbe eine angemessene motivirte Aufforderung zur Folgeleistung unter Bestimmung einer nach Lage der Sache zu bemessenden Frist ergehen lassen müssen. ¶ Zur angemessenen Motivirung wird wohl eine Hinweisung auf den Beschluss vom 9. Juli d. J. und den ihm zu Grunde liegenden Ausschussvortrag vom 18. Juni d. J., sowie auf den gegenwärtigen Vortrag ebenso geeignet als genügend sein. Als Zeitfrist für die von der königlich-herzoglichen Regierung abzugebende Erklärung der Folgeleistung aber dürfte eine Frist von drei Wochen angemessen erscheinen.

V.

Die berichtenden Ausschüsse halten es nach ihrer ganzen bisherigen Darstellung kaum für nothwendig, noch besonders hervorzuheben, dass sich der Grund und Zweck des beantragten Executionsverfahrens auf die Rechte und Ansprüche des Bundes bezüglich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg beschränkt, dass aber der hohen Bundesversammlung wegen der internationalen Rechte des Bundes in Bezug auf das Herzogthum Schleswig alle Befugnisse und etwa nöthig erscheinenden Massregeln vorbehalten bleiben.

Aus diesen Erwägungen stellen die vereinigten Ausschüsse den

Antrag:

Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen:

I. die königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Regierung habe ihre bundesmässigen Verpflichtungen bezüglich der Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg nicht erfüllt, und insbesondere dem Bundesbeschlusse vom 9. Juli d. J. durch ihre Erklärung vom 27. August d. J. nicht Folge geleistet; es sei daher nunmehr das geeignete Executionsverfahren zu beschliessen, um die Ausführung der Bundesbeschlüsse vom 11. Februar und 12. August 1858, vom 8. März 1860, vom 7. Februar 1861 und 9. Juli 1863, soweit dieselbe nicht bereits stattgefunden hat, in den genannten beiden Herzogthümern herbeizuführen;

II. der Auftrag zur Vollziehung sei an die kaiserlich-österreichische, die königlich-preussische, die königlich-sächsische und die königlich-hannöverische Regierung zu ertheilen, und zwar seien

1) die höchsten Regierungen von Sachsen und Hannover zu ersuchen, je einen Civilcommissär zu ernennen, welche eintretenden Falles nach der ihnen dieserhalb von der Bundesversammlung zu ertheilenden Instruction das Executionsverfahren zu leiten und demzufolge, bis zur vollständigen Erreichung des ad I bezeichneten Executionszweckes, im Auftrage des Deutschen Bundes die Verwaltung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg anstatt und im Namen des Königs-Herzogs, unbeschadet der nur zeitweise sistirten Rechte Desselben, zu führen haben würden und

2) dieselben höchsten Regierungen zu veranlassen, den Civilcommissären eine Truppenabtheilung von etwa 6000 Mann, in zwischen ihnen zu verabredender Zusammensetzung, beizugeben, zugleich aber auch die höchsten Regierungen von Oesterreich und

Preussen zu ersuchen, in Gemeinschaft mit denen von Königreich Sachsen und Hannover zur sofortigen Unterstützung der gedachten Truppenabtheilung im Falle thatsächlichen Widerstandes gegen die Executionsvollstreckung überlegene Streitkräfte bereit zu halten;

No. 908. Deutscher Bund, 19. Sept. 1863.

III. von diesem Beschlusse sei der königlich-herzoglichen Regierung auf Grund des Artikels IV der Executionsordnung durch ihren Herrn Gesandten Mittheilung zu machen und zugleich an dieselbe unter motivirender Hinweisung auf den Ausschussvortrag vom 18. Juni d. J., den Bundesbeschluss vom 9. Juli d. J. und den dem gegenwärtigen Beschlusse zu Grunde liegenden Ausschussvortrag die Aufforderung zur Folgeleistung und Anzeige darüber binnen drei Wochen zu richten;

IV. von diesem Beschlusse seien die höchsten Regierungen von Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hannover durch ihre Herren Gesandten mit dem Ersuchen in Kenntniss zu setzen, dass sie alles Nöthige der Art vorbereiten möchten, um die beschlossenen Massregeln auf die nächste Aufforderung der Bundesversammlung sofort in Vollzug setzen zu können.

Präsidium schlägt vor, die Abstimmung über die vorliegenden Ausschussanträge in der Sitzung vom 1. October d. J. vorzunehmen.

Oesterreich, Preussen, Baiern, Königreich Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen und Grossherzogthum Hessen: treten dem Präsidialvorschlage bei.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der substituirte Gesandte enthält sich der Abstimmung und muss der königlich-herzoglichen Regierung alle Rechtszuständigkeiten und eine weitere Erklärung vorbehalten.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte enthält sich gleichfalls der Abstimmung.

Alle übrigen Gesandtschaften traten dem Präsidialvorschlage bei, welcher somit zum Beschlusse erhoben wurde.

No. 909.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Neun und zwanzigste Sitzung vom 1. October 1863. — (§. 228.) Abstimmung über die Ausschussanträge vom 19. September. —

No. 909. Deutscher Bund, 1. Oct. 1863.

Präsidium eröffnet die Abstimmung über die von den vereinigten Ausschüssen in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge bezüglich der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit.

Oesterreich, Preussen und Baiern: treten den Anträgen bei.

Königreich Sachsen. Die königliche Regierung stimmt den Ausschussanträgen zu, wünscht aber

No. 909. Deutscher Bund, 1. Oct. 1863.

1) dass den mit der Execution zu beauftragenden Regierungen Vorschüsse aus der Matricularcasse zu Bestreitung der Kosten gewährt werden,

2) dass die rechtzeitige Aufstellung der Reserve gesichert werde, und

3) dass auch eine Ablösung der königlich-sächsischen und königlich-hannöverischen Truppen durch Truppen anderer Contingente für den Fall vorbehalten werde, wenn die Dauer der Besetzung sich längere Zeit hinziehen sollte.

Hannover. Die königliche Regierung stimmt den Anträgen der vereinigten Ausschüsse bei, jedoch nur unter folgenden Voraussetzungen: erstens, dass in der Verständigung, welche die vier mit der Execution beauftragten allerhöchsten Regierungen über die Art und Weise der Bereithaltung und Heranziehung von Reserven abschliessen, eine genügende Sicherstellung der kleinen Truppe verabredet werde, die nach den Anträgen der Ausschüsse in die Herzogthümer Holstein und Lauenburg einrücken soll; zweitens, dass, wenn zu der Zeit, wo die Execution ausgeführt werden soll, die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, die königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Regierung werde der Execution Widerstand entgegenstellen, dann die Execution nicht von Sachsen und Hannover allein unmittelbar ausgeführt werde, sondern auch Oesterreich und Preussen ein gleichmässiges Contingent zu den einrückenden Truppen stellen; drittens, dass die Kosten für die Mobilmachung und Verwendung der Truppen, welche zur Execution und Reserve bestimmt werden, nicht von den mit der Execution beauftragten Regierungen vorgeschossen, sondern durch Vorschüsse aus der Bundes-Matricularcasse gedeckt werden.

Württemberg. Die königliche Regierung ist mit dem Antrage auf Verfügung der Bundesexecution überhaupt und eventuell auch mit den vorgeschlagenen Modalitäten derselben einverstanden; in erster Linie stimmt sie jedoch, um den Zweck der Massregel genügend zu sichern, dafür, dass die Zahl der zu Besetzung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg bestimmten Bundestruppen bedeutend höher gegriffen werde, als die vereinigten Ausschüsse dies beantragt haben.

Baden. Die grossherzogliche Regierung hat bereits in ihrer am 9. Juli d. J. in der 22. Sitzung der hohen Bundesversammlung abgegebenen Erklärung, womit sie ihre von den Anträgen der vereinigten Ausschüsse abweichende Abstimmung begründete, sich dahin ausgesprochen, dass sie von Verfolgung des damals in Aussicht genommenen Executionsverfahrens auf der Basis von Grundlagen, welche Dänemark ferner anzuerkennen verweigert hat, keinerlei irgend wünschenswerthen Erfolg für das künftige Loos der deutschen Herzogthümer vorauszusehen vermöge. ¶ Von dem Beharren auf dem Wege einer in dem Herzogthum Holstein sich vollziehenden Execution vermag die grossherzogliche Regierung auch jetzt nicht die Erreichung eines für das Interesse der Herzogthümer segensreichen Resultates oder die endliche Gestaltung einer dem deutschen Rechte entsprechenden Ordnung der politischen Verhältnisse der Herzogthümer zu erhoffen. ¶ Fest in ihrer damals ausgesprochenen Ueberzeugung, die hervorging aus ernster Erwägung der bestehenden politischen Zustände des Gesammtvaterlandes, wie der rechtlichen Lage der mit Dänemark schwebenden Streitfrage, kann die grossherzogliche Regierung, trotz der erneuer-

ten Weigerung und selbst drohenden Hinweisungen der mit ihrer bundesrechtlichen Stellung im Widerstreite befindlichen königlich-herzoglichen Regierung, der Einleitung des Executionsverfahrens gegen dieselbe nicht zustimmen. ¶ Dagegen erachtet sie durch die Seitens der königlich-herzoglichen Regierung stattgefundene beharrliche, auf ergangene Aufforderung fortgesetzte Missachtung vertragsmässiger Verbindlichkeit nunmehr den Deutschen Bund und die ihn bildenden deutschen Bundesstaaten auch ihrerseits für frei von allen durch die Vereinbarungen von 1851 und 1852 und die darauf gegründeten Ordnungen für sie geschaffenen Verpflichtungen. ¶ Sie erkennt ihrerseits nur noch in dem unveränderten alten, in den europäischen Verträgen vielfach sanctionirten Rechte die ferner bestehende Grundlage des Staatsrechts der Herzogthümer und dessen künftiger Entwicklung. — Sie betrachtet dieses Recht wiederhergestellt in allen seinen Theilen für das Verhältniss der beiden Herzogthümer Holstein und Schleswig unter sich für die gegenwärtigen und künftigen Beziehungen derselben zu dem Deutschen Bunde und vor Allem in Betreff der legitimen in den Herzogthümern allein geltenden Erbfolgeordnung des herzoglichen Hauses. ¶ Mit dieser ihrer Erklärung verbindet die grossherzogliche Regierung aber den wiederholten Ausdruck ihrer Bereitwilligkeit, an Massregeln, die von der Mehrheit ihrer Bundesgenossen beschlossen werden, die ihr zufallende Mitwirkung nach allen ihren Kräften zu leisten, wie auch zu jeglicher Abwehr der Vergewaltigung deutschen Rechtes die Hand zu bieten.

Kurhessen und Grossherzogthum Hessen: stimmen den Anträgen zu.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der substituirte Gesandte muss sich, unter Zurückbeziehung auf die früher und zwar insbesondere in der Sitzung vom 27. August d. J. auf Anlass des Bundesbeschlusses vom 9. Juli d. J. Namens der königlichen Regierung abgegebenen Erklärungen und Verwahrungen, etwa für erforderlich erachtete weitere Darlegung des von der königlichen Regierung in der obschwebenden Angelegenheit eingenommenen Standpunktes vorbehalten, auch alle Rechte und die freie Entschliessung Seiner Majestät des Königs wie im Allgemeinen, so auch namentlich gegen die Consequenzen der in der Sitzung vom 19. v. M. eingebrachten Ausschussanträge ausdrücklich reserviren, ist übrigens aber angewiesen, sich für jetzt, was die betreffenden Anträge angeht, der Abstimmung zu enthalten.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte ist angewiesen, gegen die Anträge des Ausschussberichtes zu stimmen.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Der substituirte Gesandte stimmt den Anträgen zu und behält wegen mangelnder Instruction der herzoglich-sachsen-coburg-gothaischen Regierung eventuell eine Erklärung vor.

Braunschweig und Nassau, sowie Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: treten den Anträgen bei.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Der Gesandte hat den Anträgen zuzustimmen und für Oldenburg dabei wie folgt sich auszusprechen: ¶ Obwohl die grossherzoglich-oldenburgische Regierung mit der

No. 909. Deutscher Bund, 1. Oct. 1863.

15. Curie in der Bundestags-Sitzung vom 9. Juli d. J. gegen die Anträge vom 18. Juni gestimmt hat und nicht in der Lage sich befindet, ihre damals ausführlich vorgetragenen Bedenken gegen dieselben fallen zu lassen, erachtet sie es dennoch für ihre Pflicht, auf Grund des einmal gefassten Beschlusses vom 9. Juli ein möglichst einmüthiges Handeln aller Bundesregierungen auch ihres Theils bereitwillig zu fördern. Darum nimmt sie keinen Anstand, nunmehr dem auf Beschliessung des Executionsverfahrens gerichteten Antrage der vereinigten Ausschüsse zuzustimmen. Indessen scheint es ihr bei der gegenwärtigen Sachlage nothwendig, zugleich die Möglichkeit näher in Betracht zu ziehen, welche durch die Erklärung der königlich-dänischen Regierung vom 27. August d. J. angezeigt ist, dass der Vollzug der Bundesexecution von der Krone Dänemark als Anlass ergriffen werde zur Eröffnung eines Krieges gegen den Deutschen Bund. Es behält sich daher die grossherzogliche Regierung vor, einen auf diesen Fall gerichteten besonderen Antrag hoher Bundesversammlung zu unterbreiten.

Die fürstlich-schwarzburg-sondershausensche Regierung schliesst sich der grossherzoglich-oldenburgischen an.

Lichtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg. Der Gesandte stimmt den Anträgen bei und hat sich für Reuss jüngerer Linie auf frühere in dieser Angelegenheit zu Protokoll gegebenen Erklärungen zurückzubeziehen.

Freie Städte. Der Gesandte tritt den Anträgen bei.

Hierauf erfolgte nachstehender

Beschluss:

I. die königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Regierung hat ihre bundesmässigen Verpflichtungen bezüglich der Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg nicht erfüllt, und insbesondere dem Bundesbeschlusse vom 9. Juli d. J. durch ihre Erklärung vom 27. August d. J. nicht Folge geleistet; es ist daher nunmehr das geeignete Executionsverfahren zu beschliessen, um die Ausführung der Bundesbeschlüsse vom 11. Februar und 12. August 1858, vom 8. März 1860, vom 7. Februar 1861 und 9. Juli 1863, soweit dieselbe nicht bereits stattgefunden hat, in den genannten beiden Herzogthümern herbeizuführen;

II. der Auftrag zur Vollziehung ist an die kaiserlich-österreichische, die königlich-preussische, die königlich-sächsische und die königlich-hannöverische Regierung zu ertheilen, und zwar sind

1) die höchsten Regierungen von Sachsen und Hannover zu ersuchen, je einen Civilcommissär zu ernennen, welche eintretenden Falles nach der ihnen dieserhalb von der Bundesversammlung zu ertheilenden Instruction das Executionsverfahren zu leiten und demzufolge, bis zur vollständigen Erreichung des ad I bezeichneten Executionszweckes, im Auftrage des Deutschen Bundes die Verwaltung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg anstatt und im Namen des Königs-Herzogs, unbeschadet der nur zeitweise sistirten Rechte Desselben, zu führen haben würden und

2) dieselben höchsten Regierungen zu veranlassen, den Cicilcommis-

sären eine Truppenabtheilung von etwa 6,000 Mann, in zwischen ihnen zu verabredender Zusammensetzung, beizugeben, zugleich aber auch die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen zu ersuchen, in Gemeinschaft mit denen von Königreich Sachsen und Hannover zur sofortigen Unterstützung der gedachten Truppenabtheilung im Falle thatsächlichen Widerstandes gegen die Executionsvollstreckung überlegene Streitkräfte bereit zu halten;

No. 909. Deutscher Bund, 1. Oct. 1863.

III. von diesem Beschlusse ist der königlich-herzoglichen Regierung auf Grund des Artikels IV der Executionsordnung durch ihren Herrn Gesandten Mittheilung zu machen und zugleich an dieselbe unter motivirender Hinweisung auf den Ausschussvortrag vom 18. Juni d. J., den Bundesbeschluss vom 9. Juli d. J. und den dem gegenwärtigen Beschlusse zu Grunde liegenden Ausschussvortrag die Aufforderung zur Folgeleistung und Anzeige darüber binnen drei Wochen zu richten;

IV. von diesem Beschlusse sind die höchsten Regierungen von Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hannover durch ihre Herren Gesandten mit dem Ersuchen in Kenntniss zu setzen, dass sie alles Nöthige der Art vorbereiten möchten, um die beschlossenen Massregeln auf die nächste Aufforderung der Bundesversammlung sofort in Vollzug setzen zu können.

No. 910.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Dreissigste Sitzung vom 8. October 1863. — (§. 231.) Bereiterklärung der mit Vollstreckung der Execution beauftragten Staaten. —

Oesterreich, Preussen und Königreich Sachsen. Unter Bezugnahme auf den in der Bundestags-Sitzung vom 1. d. M. in der Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg gefassten Beschluss haben die Gesandten Namens ihrer höchsten Regierungen anzuzeigen, dass dieselben dem ihnen durch diesen Bundesbeschluss ad II und IV ertheilten Auftrage eintretenden Falles, der Executionsordnung gemäss, entsprechen und demzufolge die geeigneten Vorbereitungen treffen werden.

No. 910. Deutscher Bund, 8. Oct. 1863.

Hannover. Der Gesandte schliesst sich dieser Erklärung an, wobei er jedoch Namens der königlichen Regierung die Voraussetzung beizufügen hat, erstens, dass in der Verständigung, welche die vier mit der Execution betrauten allerhöchsten Regierungen über die Art und Weise der Bereithaltung und Heranziehung der Reserven abschliessen, eine genügende Sicherstellung der kleinen Truppe verabredet werde, die nach den Anträgen der Ausschüsse in die Herzogthümer Holstein und Lauenburg einrücken soll; zweitens, dass, wenn zu der Zeit, wo die Execution ausgeführt wird, die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, die königlich-dänisch-holsteinische Regierung werde der Execution Widerstand entgegenstellen, dann die Execution nicht blos von Sachsen und Hannover allein unmittelbar ausgeführt werde, sondern auch Oesterreich und Preussen ein gleichmässiges Contingent zu den einrückenden Truppen stellen, indem durch Drohen des Widerstandes die ganze Voraussetzung weggefallen

No. 910. Deutscher Bund, 8. Oct. 1863.

sein würde, auf welcher die Executionsmittel des Bundesbeschlusses vom 1. October d. J. ruhen; drittens, dass die Kosten für die Mobilmachung und Verwendung der Truppen, welche zur Execution und Reserve bestimmt werden, nicht von den mit der Execution beauftragten Regierungen vorgeschossen, sondern durch Vorschüsse aus der Bundes-Matricularcasse gedeckt werden.

Präsidium schlägt vor, diese Erklärungen den vereinigten Ausschüssen zuzuweisen.

Sämmtliche Gesandtschaften — mit Ausnahme derjenigen von Dänemark wegen Holstein und Lauenburg, sowie von den Niederlanden wegen Luxemburg und Limburg, welche sich der Abstimmung enthielten, — erklärten sich mit dem Präsidialvorschlage einverstanden, welcher somit genehmigt wurde.

No. 911.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Dreissigste Sitzung vom 8. October 1863. — (§. 234.) Oldenburgischer Antrag für den Fall kriegerischen Widerstands Dänemarks gegen das Executionsverfahren. —

No. 911. Deutscher Bund, 8. Oct. 1863.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg für Oldenburg. Von der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung ist der Gesandte der 15. Curie angewiesen worden, unter Bezugnahme auf ihre Abstimmung in der vorigen Bundestags-Sitzung folgenden Antrag einzubringen. ¶ Bereits durch den Beschluss vom 9. Juli d. J. hat die hohe Bundesversammlung kundgegeben, dass es ihr aufrichtiges Bestreben ist, der königlich-dänischen, herzoglich-holstein- und lauenburgischen Regierung gegenüber die äusserste Linie der Mässigung und bundesfreundlichen Rücksichten einzuhalten. Denn es ist nicht etwa verkannt worden, dass nach der landesherrlichen Bekanntmachung vom 30. März d. J. in Betreff der Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein der Deutsche Bund vollkommen befugt gewesen wäre, seinerseits ebenso wie die königlich-herzogliche Regierung von den Vereinbarungen der Jahre 1851/52 sich förmlich loszusagen, folglich auf den Standpunkt seiner früheren Rechte wieder zurückzutreten, und eine wirksame Geltendmachung dieser Rechte sich als Zweck aller weiteren Beschlussnahmen vorzusetzen. Von einem solchen Verfahren gegen die königlich-herzogliche Regierung hat aber der Bund „zur Zeit wenigstens noch" absehen wollen, in der ausgesprochenen Hoffnung, dass es nicht unmöglich sein werde, auf der Basis jener Vereinbarungen zu einer allseitig befriedigenden Verständigung über die Regelung der Verfassungsverhältnisse der dänischen Gesammtmonarchie zu gelangen, und in dieser Hoffnung hat er sogar sich geneigt erklärt, eine geeignete Grundlage der Ausgleichung auch in den Vermittlungsvorschlägen der königlich-grossbritannischen Regierung vom 24. September v. J. zu erkennen. ¶ Noch jetzt ist es durchaus nichts Anderes, was die hohe Bundesversammlung anstrebt. Auch der in der Sitzung vom 1. October d. J. gefasste Beschluss hat lediglich den Zweck, die Begründung einer Gesammtverfassung der dänischen Monarchie herbeizuführen, welche den

von der königlich-herzoglichen Regierung in den Jahren 1851/52 eingegangenen Verpflichtungen entspricht. Da jedoch das beschlossene Executionsverfahren in seiner Anwendung beschränkt ist auf die Bundesländer Holstein und Lauenburg, so kann der Zweck jedenfalls nur unter der Voraussetzung erreicht werden, dass in Betreff der gemeinsamen Verfassungsverhältnisse dieser wie der übrigen Länder der dänischen Monarchie die königlich-herzogliche Regierung sich zu Unterhandlungen bestimmen lassen möchte, die eine allseitig befriedigende Verständigung ergäben. ¶ Dieser Voraussetzung ist nun bekanntlich die königlich-herzogliche Regierung in ihrer Erklärung vom 27. August d. J. schroff entgegengetreten. Sie hat es nicht blos abgelehnt, dem Bundesbeschlusse vom 9. Juli d. J. Folge zu leisten, sondern bestreitet auch die Competenz des Bundes, die aus den Vereinbarungen von 1851/52 hergeleiteten Ansprüche, soweit sich dieselben auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg beziehen, im Wege des bundesrechtlichen Verfahrens geltend zu machen. Ganz besonders aber charakterisirt es die Stellung, welche sie dem Deutschen Bunde gegenüber in jener Erklärung eingenommen hat, dass sie am Schlusse derselben sich dahin ausspricht, sie werde das für den Fall einer Nichtfolgeleistung in Aussicht gestellte Executionsverfahren „einzig aus einem internationalen Gesichtspunkte auffassen können“. Sie droht also, dem Vollzuge des bundesrechtlichen Verfahrens, welches sie nicht als ein solches gelten lassen will, offenen Widerstand nach Massgabe des internationalen Rechtes entgegenzusetzen. ¶ Der jüngste Beschluss der hohen Bundesversammlung hat nicht unterlassen, auf diese Drohung wenigstens in so fern Rücksicht zu nehmen, als unter Ziffer II 2 die höchsten Regierungen Oesterreichs und Preussens ersucht werden, in Gemeinschaft mit denen von Sachsen und Hannover zur sofortigen Unterstützung der Executionstruppen im Falle eines Widerstandes überlegene Streitkräfte bereit zu halten. Allein es ist klar, dass in dem bezeichneten Falle, wenn er wirklich eintreten sollte, die Lage der Dinge sowohl rechtlich als thatsächlich eine ganz veränderte sein und der Voraussetzung überhaupt nicht mehr entsprechen würde, in welcher allein das Executionsverfahren beschlossen worden ist. Das Eintreten eines Widerstandes, wie er von der königlich-herzoglichen Regierung angedroht wird, sei es innerhalb der Herzogthümer Holstein und Lauenburg selbst, oder sei es an den Küsten des übrigen Deutschlands, oder auch auf den Meeren, müsste den Vollzug des Executionsverfahrens unmittelbar in einen Vertheidigungskrieg des Deutschen Bundes verwandeln, und man kann darüber in keinem Zweifel sein, dass alsdann der Deutsche Bund nicht mehr einer Bundesregierung in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg gegenüberstehen würde, sondern der Krone Dänemark als einer auswärtigen Macht. ¶ Daher scheint es nicht zu genügen, dass nach dem in der letzten Sitzung gefassten Beschlusse für den Fall eines Widerstandes der angedrohten Art überlegene Streitkräfte sollen bereit gehalten werden. Es dürfte vielmehr nothwendig sein, auch klar und bestimmt festzustellen, dass eintretenden Falles die Heranziehung dieser bereit gehaltenen Streitkräfte und ihre kriegerische Verwendung ein wesentlich anderes Object haben muss, als das jetzt beschlossene Executionsverfahren haben kann. Das Executionsobject besteht darin, die Begründung einer die Bundesländer Holstein

No. 911. Deutscher Bund, 8. Oct. 1863.

und Lauenburg mit den übrigen Ländern der dänischen Monarchie verbindenden Gesammtverfassung auf der Basis der Vereinbarungen von 1851/52 herbeizuführen. Aber nicht zu demselben Zwecke wird etwa der Deutsche Bund einen von der Krone Dänemark eröffneten Krieg aufnehmen und fortsetzen können, mindestens nicht mit einem irgendwie denkbaren Erfolge. Denn es ist an sich unthunlich, wie die vereinigten Ausschüsse mit Recht in ihrem Vortrage vom 19. September d. J. bemerkt haben, jene neuen Verfassungszustände für die ganze dänische Monarchie durch directen Zwang zu begründen. Um so mehr hat also der Deutsche Bund im Kriegsfalle sich zu erinnern, dass er lediglich aus freiem Willen an den Vereinbarungen mit der Krone Dänemark „zur Zeit noch" festhält, und längst schon befugt gewesen ist, zurückzutreten auf den Standpunkt seiner früheren Rechte. Die Wiederaufnahme und Geltendmachung dieser Rechte kann offenbar für den Deutschen Bund allein den Zweck eines Krieges bilden, welchen zu vermeiden auch die grösste Mässigung vielleicht nicht im Stande sein wird. ¶ Demnach findet sich die grossherzoglich-oldenburgische Regierung veranlasst, zu beantragen, Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen:

I. in dem Falle, dass die königlich-dänische, herzoglich-holstein- unp lauenburgische Regierung der Vollstreckung des Executionsverfahrens irgend welchen kriegerischen Widerstand leisten werde, seien die auf Grund des Artikels IV des Berliner Friedens getroffenen Vereinbarungen von 1851/52 als thatsächlich erloschen anzusehen, und nur die im Artikel III desselben Friedens gewahrten Rechte noch massgebend für alle weiteren Schritte des Deutschen Bundes;

II. von diesem Beschlusse sei die königlich-herzogliche Regierung durch ihren Herrn Gesandten vor dem Eintritte des Executionsverfahrens in Kenntniss zu setzen.

Präsidium schlägt vor, diesen Antrag den vereinigten Ausschüssen zuzuweisen.

Oesterreich, Preussen, Baiern, Königreich Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen und Grossherzogthum Hessen: treten dem Präsidialvorschlage bei.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der substituirte Gesandte enthält sich der Abstimmung und muss der königlich-herzoglichen Regierung eine etwaige Erklärung vorbehalten.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte enthält sich ebenfalls der Abstimmung.

Alle übrigen Herren Gesandten traten dem Vorschlage des Präsidiums bei, welcher hierauf zum Beschlusse erhoben wurde.

No. 912.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten am Deutschen Bunde. — Remonstration gegen den Ausschussbericht vom 19. Sept. —

Foreign Office, Sept. 29, 1863.

No. 912. Grossbritannien, 29. Sept. 1863.

Sir, — Your despatch Nro. 128 of the 21th inst. shews in a convincing manner that the state of affairs between Germany and Denmark is becoming very serious. ¶ You state that a Report of a Committee has been presented to the Diet, from your analysis of which it appears that the framers of this Report recommend Federal Execution in the Duchy of Holstein; that the Report is to be considered on the 1st of October, and if adopted, Execution will take place three weeks afterwards, the shortest interval of time, you observe, which the Constitution of the Diet allows. ¶ It appears further that the grounds, upon which the resolution of Federal Execution is to be based, are of the widest description. ¶ The Report says „the aim of the Execution consists unmistakeably in carrying out the Diet's decrees of the 11th of February and the 12th of August 1858, of the 8th of March 1860, of the 7th of February 1861 and the 9th of July 1863, in so far as this has not already been done, and at the same time in fulfilment of the declared engagement entered into by the Royal Rescript of the years 1851/52 with reference to the Duchies of Holstein and Lauenburg, that is to say, to establish between the said Duchies together with Schleswig and the Kingdom of Denmark proper a General Constitution connecting them by a common union (gleichartigen Verbande) which should secure the independance and equal rights of each, in such wise that no one part should be subordinate to another, and likewise for the establishment of provincial constitutions for the Duchies of Holstein and Lauenburg, possessing a representation with competence of final decision.“ ¶ It is impossible for Her Majesty's Government to shut their eyes to the gravity of the proposition, which the Diet have to consider. ¶ Had the Report of the Committee gone no further than to affirm that the Royal Letters Patents do not fulfil the resolutions of the Diet as to the Duchy of Holstein, that the Duke of Holstein has no right to dispose of the money of Holstein without the consent of its Representatives; that he has no right to enact laws for Holstein but in concurrence with the Diet of Holstein; that the long delays of the Danish Government to come to a satisfactory arrangement have made Federal Execution necessary: Her Majesty's Government, although they would have lamented the interference of the German Diet at this particular time, could not have denied that the principles asserted were the sound and indeed the fundamental principles of constitutional Government. ¶ But it cannot be pretended, that the Constitution of the whole Danish Monarchy can be subject to the jurisdiction of the German Confederation. ¶ If the Representatives of the Duchies of Holstein and Lauenburg are to have a *veto* on the proceedings of the Danish Parliament and of the Danish Government, it

No. 912. Grossbritannien, 29. Sept. 1863.

is obvious that measures the most necessary for the defence of Denmark against a foreign enemy may be hindered, the whole action of the Danish Monarchy may be paralysed, and the integrity and independance of Denmark may be seriously impaired. ¶ Her Majesty by the Treaty of London of 8th May 1852 is bound to respect the integrity and independance of Denmark. The Emperor of Austria and the King of Prussia have taken the same engagement. ¶ Her Majesty could not see with indifference a military occupation of Holstein, which is only to cease upon terms injuriously affecting the constitution of the whole Danish Monarchy. ¶ Her Majesty's Government could not recognize this military occupation as a legitimate exercise of the Powers of the Confederation or admit that it could properly be called a Federal Execution. ¶ Her Majesty's Government could not be indifferent to the bearing of such an act upon Denmark and upon European interests. ¶ Her Majesty's Government therefore earnestly entreat the German Diet to pause and to submit the question in dispute between Germany and Denmark to the mediation of other Powers unconcerned in the controversy, but deeply concerned in the maintenance of the peace of Europe and the independance of Denmark. ¶ I am &c.

Russell.

P. S. You are desired to give the President of the Diet a copy of this despatch.

Russell.

Sir **A. Malet**, *Frankfort.*

No. 913.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Zwei und dreissigste Sitzung vom 22. October 1863. — (§. 246.) Bericht der vereinigten Ausschüsse über die englische Depesche vom 29. September. —

No. 913. Deutscher Bund, 22. Oct. 1863.

Der königlich-baierische Herr Gesandte erstattet im Namen der vereinigten Ausschüsse folgenden Vortrag: ¶ In der Sitzung vom 1. October d. J. wurde der hohen Bundesversammlung von dem Präsidium eine Note des königlich-grossbritannischen Herrn Gesandten am Deutschen Bunde, Sir Alexander Malet, von demselben Tage vorgelegt, mittelst welcher derselbe die Abschrift einer auf die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit bezüglichen Depesche des königlich-grossbritannischen Herrn Staatssecretärs des Auswärtigen, Grafen Russell, d. d. London, den 29. September 1863, übermittelt hat. Diese Note wurde sofort den vereinigten Ausschüssen zugewiesen, welche nicht säumen wollen, darüber Vortrag zu erstatten. ¶ Die Note des Herrn Gesandten, in französischer Sprache abgefasst, ist in dem Protokolle der 29. diesjährigen Sitzung abgedruckt und macht eine besondere Betrachtung nicht nothwendig, da sie keinerlei Bemerkung zur Sache selbst enthält. ¶ Die in englischer Sprache geschriebene Depesche des Herrn Grafen Russell liegt hier bei und lautet in einer in der Bundescanzlei gefertigten Ueber-

No. 913. Deutscher Bund, 22. Oct. 1863.

setzung folgendermassen: — — *). ¶ Indem nun die vereinigten Ausschüsse es unternehmen, sich über die vorstehende Depesche zu äussern, müssen sie vor Allem hervorheben, dass die Verfassungsangelegenheiten der beiden Herzogthümer Holstein und Lauenburg reine Bundesangelegenheiten sind, in welche der Deutsche Bund eine Einmischung fremder Mächte nicht gestatten kann. ¶ Wenn der Bund in dem Beschlusse vom 9. Juli d. J. auf Vermittlungsvorschläge der königlich-grossbritannischen Regierung eingegangen ist, so konnte dies deshalb geschehen, weil es sich dort auch um die Beziehungen des Herzogthums Schleswig handelte, und man sich der Hoffnung hingab, es werde gelingen, alle zwischen dem Bunde und der Krone Dänemark schwebenden Differenzen, sowohl bundesrechtlicher als völkerrechtlicher Natur, durch gleichzeitige Verhandlungen zu lösen. Diese Hoffnung ist gescheitert, und jetzt handelt es sich zunächst nur um die bundesgemässen Verhältnisse von Holstein und Lauenburg. In diesem Gebiete hat der Deutsche Bund Rechte und Pflichten, deren Umfang und Geltendmachung er weder von dem Urtheile oder der Anerkennung fremder Mächte abhängig machen, noch auch fremder Einwirkung Preis geben darf. ¶ Dieser Fundamentalsatz der völligen Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Bundes in allen Bundesangelegenheiten ist gerade in seiner Anwendung auf die holstein-lauenburgischen Fragen bisher auch von den europäischen Mächten vollständig anerkannt und geachtet worden, und jeder Versuch, denselben zu verletzen, müsste um so bedenklicher erscheinen, als er gegen die Grundlagen desjenigen Systems gerichtet sein würde, auf welchem der Friede und die Sicherheit Deutschlands beruhen, und welches eine wesentliche Bedingung des europäischen Gleichgewichtes und eine unentbehrliche Garantie für die Gesammtinteressen und den Frieden Europa's bildet. ¶ Die berichtenden Ausschüsse könnten hiermit ihre Erörterung schliessen. Da sie jedoch nicht verkennen wollen, dass die Depesche des Herrn Grafen Russell dem lebhaften Wunsche für friedliche Lösung der schwebenden Fragen entsprungen ist, und da es scheint, als liege derselben zugleich die Besorgniss zu Grunde, die hohe Bundesversammlung sei im Begriffe, das Verfassungsleben der ganzen dänischen Monarchie ihrer eigenen Entscheidung zu unterwerfen, so halten die Ausschüsse es für angemessen, sich auch in dieser Richtung noch zu äussern. ¶ Nicht die Verfassung der nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Länder der Krone Dänemark, sondern die den Herzogthümern Holstein und Lauenburg zu Gunsten der Gesammtmonarchie durch ihren Souverän auferlegten Verpflichtungen bilden den Grund und Gegenstand der Bundesexecution, welche zum Zwecke hat, die verfassungsmässigen Rechte dieser deutschen Herzogthümer ihrem Landesherrn gegenüber zu schützen und zu diesem Behufe diejenigen Forderungen durchzuführen, welche in der Depesche des Herrn Grafen Russell als die Fundamentalsätze der constitutionellen Regierung bezeichnet sind. ¶ Zu diesen Rechten gehört die Ablehnung des Versuches von Seiten der dänischen Regierung und des dänischen Parlamentes entweder in solchen Angelegenheiten, welche gemeinschaftliche der ganzen Monarchie sind, einseitig über die Rechte und materiellen

*) No. 912.

No. 913. Deutscher Bund, 22. Oct. 1863.

Kräfte Holsteins und Lauenburgs zu verfügen, oder solche Angelegenheiten unter Ausschluss der constitutionellen Mitwirkung dieser beiden Herzogthümer als besondere dänisch-schleswigische zu behandeln. ¶ Um hierüber völlig in's Klare zu kommen, ist es räthlich, den Ausdruck: „Dänisches Parlament" näher in's Auge zu fassen. ¶ Versteht man hierunter den dänischen Reichstag, so ist diesem im Verein mit der dänischen Regierung ganz unbenommen, für das eigentliche Königreich Dänemark und mit Hülfe der materiellen Mittel desselben alle für dessen Wohl geeignet erscheinenden Gesetze, Einrichtungen und Massnahmen in's Leben zu rufen, und weder die Vertreter von Holstein und Lauenburg noch die Bundesversammlung werden sich hier einmischen, oder gar ein Veto einlegen können oder wollen. ¶ Wollte man aber unter dem dänischen Parlamente den Reichsrath verstehen, so muss daran erinnert werden, dass dieser, seitdem die Gesammtverfassung vom 2. October 1855 für Holstein und Lauenburg als bundeswidrig aufgehoben worden ist, überhaupt nicht mehr als ein für gemeinschaftliche Angelegenheiten der gesammten Monarchie berechtigtes Organ betrachtet und durch seine Beschlüsse daher die verfassungsmässige Zustimmung für Holstein und Lauenburg nicht gewährt werden kann. ¶ In gleicher Weise verhält es sich mit dem Ausdrucke: „Königreich Dänemark", welcher nur einen zweifachen Sinn haben kann. Versteht man darunter das eigentliche Königreich Dänemark im Gegensatze zu denjenigen Landestheilen, die demselben vertragsmässig nicht incorporirt werden dürfen, so hat der Deutsche Bund niemals auf dessen Verfassung und Verwaltung einzuwirken versucht. Er thut dies auch jetzt nicht. Versteht man darunter aber die gesammten unter dem Scepter des Königs vereinigten Lande, so ist es eben Recht und Pflicht des Bundes und jetzt Aufgabe der Bundesexecution, den zum Bunde gehörigen Theilen dieser Lande Schutz gegen Rechtsverletzungen von Seiten des Landesherrn zu gewähren. ¶ Die Schwierigkeiten, welche sich der Lösung dieser Aufgabe entgegenstellen, sind nicht durch den Bund hervorgerufen, der durch viele Jahre hindurch alle Mittel der Verständigung mit der grössten Geduld in Anwendung gebracht hat. Wenn also eine europäische Regierung durch die jetzige Lage der Sache beunruhigt wird, so wäre zu wünschen, dass sie ihre Einwirkung dahin richte, wo dem klaren Rechte fortwährend die Anerkennung versagt wird. ¶ Die deutsche Bundesversammlung ist jedenfalls nicht in der Lage, angesichts der fortgesetzten rechtswidrigen Acte der königlich-dänischen Regierung das von ihr beschlossene Executionsverfahren zu sistiren, und sie würde sich in Widerspruch mit den Grundgesetzen des Bundes und allen ihr obliegenden Pflichten setzen, wenn sie eine innere Angelegenheit des Bundes, wie die Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, der Mediation auswärtiger Mächte unterstellen wollte. ¶ Aus diesen Erwägungen stellen die vereinigten Ausschüsse den Antrag:

Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen:

1) dass sie nicht in der Lage sei, der Mittheilung des königlich-grossbritannischen Herrn Gesandten vom 1. d. M. eine Folge zu geben;
2) das Präsidium zu ersuchen, dass es in Erwiderung jener Mittheilung dem Herrn Gesandten mittelst Note eine Abschrift

dieses Beschlusses und des Ausschussvortrages zur Kenntniss bringe.

No. 913. Deutscher Bund, 22. Oct. 1863.

Präsidium schlug vor, über den Antrag der vereinigten Ausschüsse sofort abzustimmen *).

No. 914.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Drei und dreissigste Sitzung vom 29. October 1863. — (§. 254.) Erklärung des königl. dänischen Gesandten auf den Bundesbeschluss vom 1. October. —

No. 914. Deutscher Bund, 29. Oct. 1863.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Unter Bezugnahme auf die mittelst Bundesbeschlusses vom 1. d. M. an die königliche Regierung gerichtete Aufforderung ist der Gesandte angewiesen worden, nachstehende Erklärung abzugeben. ¶ Das von der hohen Bundesversammlung unter dem 1. October beschlossene Executionsverfahren soll „die Ausführung der Bundesbeschlüsse vom 11. Februar und 12. August 1858, vom 8. März 1860, vom 7. Februar 1861 und 9. Juli 1863 in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg herbeiführen.“ Der Bundesbeschluss fügt indessen selbst hinzu: „soweit dieselbe nicht bereits stattgefunden hat“, und in der Wirklichkeit sind die angeführten Beschlüsse des Bundes in einem sehr wesentlichen Theile von der königlichen Regierung bereits ausgeführt. ¶ In so fern nämlich die hohe Versammlung geglaubt hat, Veränderungen in der verfassungsmässigen Stellung der Bundeslande verlangen zu müssen und diese gegen vermeintlich drohende Uebergriffe Seitens der übrigen, ausserhalb des Bundes liegenden Theile der Monarchie zu sichern, und überhaupt in so fern es sich darum handelt, den deutschen Herzogthümern die Bedingungen für eine freie und selbständige Entwickelung zuzugestehen — hat Seine Majestät der König in Seiner Geneigtheit, das freundschaftliche Verhältniss zu Deutschland zu bewahren und den Wünschen Seiner Unterthanen zu willfahren, die vom Bunde an Ihn gestellten Forderungen erfüllen wollen und können. Die von Seiner Majestät vorgenommenen Schritte zeugen hinlänglich von Seiner Bereitwilligkeit, nicht nur den Herzogthümern Holstein und Lauenburg in Betreff der für diese Lande besonderen Angelegenheiten vollständige constitutionelle Freiheit zuzugestehen, sondern auch den holsteinischen Ständen in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten, in so weit dieselben das Herzogthum betreffen, dieselbe gesetzgebende und bewilligende Befugniss zuzulegen, welche der Reichsrath für die anderen, nicht zum Bunde gehörenden Theile der Monarchie ausübt. In so fern dagegen die Forderungen der hohen Bundesversammlung eine grössere Tragweite haben und namentlich darauf absehen, eine Veränderung in den verfassungsmässigen Beziehungen der ausserdeutschen Landestheile herbeizuführen und die freie Bewegung und Entwickelung derselben zu beschränken, da gestatten die Pflichten des Königs gegen Seine dänischen Unterthanen und Seine Stellung als unabhängiger europäischer

*) Gegen den Widerspruch des für Dänemark substituirten königlich-niederländischen Gesandten erfolgt sofortige Abstimmung und Annahme des Antrags.

No. 914. Deutscher Bund, 29. Oct. 1863.

Souverain es Seiner Majestät nicht, in derselben Weise den Beschlüssen des Durchlauchtigsten Bundes entgegenzukommen, dem Er nur in Betreff Seiner deutschen Herzogthümer beigetreten ist. Jede solche Forderung ist ihrer Natur nach ausschliesslich international, und so wenig eine zu diesem Zwecke vorgenommene Execution ihre Begründung in dem Bundesrechte finden würde, so einleuchtend ist die Unmöglichkeit, die Erfüllung einer derartigen Forderung „mittelst eines Executionsverfahrens in den gedachten Herzogthümern herbeizuführen". ¶ Der letzte Beschluss der hohen Bundesversammlung ist vorzugsweise gegen die Allerhöchste Bekanntmachung vom 30. März d. J. gerichtet. In dieser Beziehung kann die königliche Regierung nur aussprechen, dass sie bei diesem Acte gerade die Absicht hatte, in dem oben angegebenen Masse den Forderungen des Bundes Genüge zu leisten. Die hohe Bundesversammlung hat nun verlangt, dass diese königliche Bekanntmachung zurückgenommen werden solle. Da aber eben durch diese Verordnung die gesetzgebende und bewilligende Macht, welche Bundesbeschlüsse für die deutschen Herzogthümer unter Androhung von Execution gefordert haben, mit den nothwendigen Consequenzen einer solchen Ordnung, wonach zwei getrennte und verschiedenartige Versammlungen die constitutionellen Befugnisse in denselben Angelegenheiten ausüben sollen, festgestellt und eingeräumt worden, so irrt die königliche Regierung wohl kaum, wenn sie annimmt, dass wenigstens diese Grundbestimmung der königlichen Bekanntmachung nicht in der Forderung des Bundes wegen Aufhebung dieses Actes mit inbegriffen ist. Und was die übrigen in der genannten Bekanntmachung enthaltenen Bestimmungen betrifft, so ist die königliche Regierung vollkommen bereit, in Verhandlungen mit dem Durchlauchtigsten Bunde einzutreten, um sich mit demselben über Veränderungen in diesem Acte zu verständigen, welchem die königliche Regierung also in so fern nur einen provisorischen Charakter beilegt. ¶ Alles, was der Deutsche Bund durch eine Execution in Holstein und Lauenburg würde erreichen können, kann sonach auf dem Wege der ruhigen Verständigung leichter und vollständiger herbeigeführt werden. Denn die königliche Regierung wiederholt es: *sie ist willig, in jedem Punkte, worin die für die Bundeslande verlangte Selbständigkeit und Gleichberechtigung nicht schon als hinlänglich gesichert angesehen werden möchte, dem Bunde entgegen zu kommen.* Und andererseits ist es ebenso gewiss, dass Alles, was der Bund übrigens erreichen will, unter keinen Umständen *in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg* durch eine Execution durchgesetzt werden kann. ¶ Die königliche Regierung darf daher hoffen, dass die hohe Bundesversammlung diese Sache einer erneuerten Erwägung unterwerfen werde, bevor sie zu einem extremen und verhängnissvollen Mittel schreitet, das, ohne dem Bunde die Erfüllung irgend eines begründeten Anspruches zu bringen, die nicht auf andere und bessere Weise erreicht werden kann, nur die Wirkung haben kann, wichtige und gegenseitige Interessen zu verletzen und die Hoffnung auf eine dauerhafte Verständigung zu schwächen *).

*) Auf Präsidialantrag erfolgt Ueberweisung an die vereinigten Ausschüsse.

No. 915.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Sechs und dreissigste Sitzung vom 14. November 1863. — (§. 267.) Weitere dänische Erklärung, das Normalbudget betreffend. —

No. 915. Deutscher Bund, 14. Nov. 1863.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der Gesandte ist angewiesen gewesen, den in der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit niedergesetzten Ausschüssen von den durch Erlass vom 8. d. M. kundgegebenen eventuellen Absichten seiner allerhöchsten Regierung Mittheilung zu machen. ¶ Da jedoch zufolge Schreibens des Herrn Präsidialgesandten, als Vorsitzenden der gedachten Ausschüsse, diese sich in der gegenwärtigen Lage der fraglichen Angelegenheit, ohne ausdrücklichen Auftrag der hohen Bundesversammlung, nicht für ermächtigt erachten, Mittheilungen des königlichen Gesandten entgegenzunehmen, so ermangelt derselbe nicht, seinen ferneren Instructionen gemäss, der hohen Bundesversammlung von dem Inhalte des erwähnten Erlasses Kenntniss zu geben. ¶ Durch vertrauliche Mittheilung einer befreundeten Regierung ist es zur Kunde der königlichen Regierung gebracht, dass ein Zweifel über den Sinn und die Tragweite der diesseitigen Erklärung vom 29. October entstanden sei, und dass, so lange die den holsteinischen Ständen beigelegte constitutionelle Befugniss nicht ebenfalls die das Herzogthum betreffenden Posten des Normalbudgets umfasse, eine so genügende Sicherstellung der beanspruchten Selbständigkeit der Bundeslande, dass dadurch ein Executivverfahren als unnütz beseitigt werde, nicht in der erwähnten Erklärung würde gefunden werden können. ¶ Die Forderung, dass das Normalbudget, in so weit es Holstein betrifft, aufgehoben werden soll, geht unzweifelhaft über die Grenzen der vorliegenden Bundesbeschlüsse hinaus, denn bisher ist immer die Rede nur davon gewesen, dass den holsteinischen Ständen diejenige finanzielle Befugniss für Holstein zugestanden werden solle, welche für die nicht deutschen Theile der Monarchie von dem Reichsrathe ausgeübt wird und für diese letztere Repräsentation ist das Normalbudget noch immer massgebend. Die jetzt angeregte Forderung ist demnächst von tief eingreifender Bedeutung und wenn die Feststellung eines Normalbudgets schon zu der Zeit, als das Ausgabenbewilligungsrecht nur einer und derselben Versammlung zustand, als eine nothwendige Bedingung erachtet wurde, so scheint die Aufrechterhaltung desselben jetzt nur um so nothwendiger geworden zu sein, weil die constitutionellen Befugnisse zweien verschiedenen Versammlungen eingeräumt werden sollen. ¶ Die königliche Regierung wünscht aber aufrichtig das Ihrige zu thun, damit die Streitfrage einen einfachen und ungemischten Charakter annehme und einer gefahrdrohenden Complication vorgebeugt werden könne. Es handelt sich aber hier um ein Novum und schon aus diesem Grunde und damit die königliche Regierung die Sicherheit erreiche, dass ein solcher Schritt von dem Durchlauchtigsten Bunde in dem richtigen Sinne aufgefasst und das obenerwähnte Ergebniss auch wirklich erzielt werde, muss dieselbe einer Aufforderung entweder von der hohen Bundesversammlung oder den Ausschüssen entgegensehen,

No. 915. Deutscher Bund, 14. Nov. 1863.

um eine förmliche derartige Erklärung abgeben zu können. ¶ Was die königliche Regierung jetzt schon thun zu können glaubt, um, so weit es an ihr liegt, die augenblickliche Spannung zu beschwichtigen, ist, den Gesandten zu ermächtigen, in geeigneter Weise die Initiative zu ergreifen, um die Ausschüsse von ihren eventuellen Absichten sogleich zu benachrichtigen und namentlich denselben anzuzeigen, dass die königliche Regierung unter den oben erwähnten Voraussetzungen sich bereit finden lassen wird, zu erklären, dass die künftigen Finanzgesetze den holsteinischen Ständen zur Beschlussnahme in der Weise vorgelegt werden sollen, dass sie die ganze Beitragsquote Holsteins zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten umfassen werden, sei es, dass die betreffenden Ausgaben von den besonderen Einnahmen des Herzogthums zu tragen sind, sei es, dass sie aus dessen Antheile an den gemeinschaftlichen Einnahmen abgehalten werden können. Die königliche Regierung wird kaum hinzuzufügen brauchen, dass eine so bedeutende Erweiterung der ständischen Competenz selbstverständlich mit dem nothwendigen Vorbehalte der Erfüllung der dem Staate obliegenden unabweislichen Verpflichtungen und nur unter der Voraussetzung würde stattfinden können, dass die Stände auch auf loyale Weise die ihnen solchergestalt eventuell zugestandene Befugniss anzuwenden wissen und nicht die zur Führung einer geordneten Regierung nöthigen Mittel zu verweigern versuchen werden.

Präsidium beantragt, diese Erklärung an die vereinigten Ausschüsse zu überweisen.

Sämmtliche Gesandtschaften — mit Ausnahme jener der Niederlande wegen Luxemburg und Limburg, welche sich der Abstimmung enthielt, — erklärten sich mit dem Präsidialantrage einverstanden, welcher hierauf zum Beschlusse erhoben wurde.

No. 916.

FRANKREICH. — Kaiserliche Thronrede bei Eröffnung der Gesetzgebenden Körperschaften. —

No. 916. Frankreich, 5. Nov. 1863.

Messieurs les Sénateurs,

Messieurs les Députés,

La réunion annuelle des grands corps de l'État est toujours une occasion heureuse qui rapproche les hommes dévoués au bien public, et permet de manifester la vérité au pays. La franchise de nos communications mutuelles calme les inquiétudes et fortifie mes résolutions. Soyez donc les bienvenus!

Le Corps législatif a été renouvelé pour la troisième fois depuis la fondation de l'empire, et, pour la troisième fois, malgré quelques dissidences locales, je n'ai qu'à m'applaudir du résultat des élections. Vous m'avez tous prêté le même serment; il me répond de votre concours.

Notre devoir est de faire promptement et bien les affaires du pays, en restant fidèles à la Constitution qui nous a donné onze années de prospérité et que vous avez juré de maintenir.

L'exposé de la situation intérieure vous montrera que, malgré la stagnation forcée du travail dans certaines branches, le progrès ne s'est pas ralenti. Notre industrie a lutté avec avantage contre la concurrence étrangère, et, devant des faits irrécusables, les craintes suscitées par le traité de commerce avec l'Angleterre se sont évanouies.

Nos exportations dans les huit premiers mois de l'année 1863, comparées à celles des mois correspondants de l'année 1862, se sont accrues de 233 millions.

Pendant la même période, le mouvement de la navigation maritime a surpassé le chiffre de l'époque précédente de 175,000 tonneaux dont 136,000 sous pavillon français.

La récolte abondante de cette année est un bienfait de la Providence qui doit assurer à meilleur marché la subsistance de la population; elle constate aussi la prospérité de notre agriculture.

Les travaux publics ont été poursuivis avec activité. Environ mille kilomètres nouveaux de chemins de fer ont été livrés à la circulation. Nos ports, nos rivières, nos canaux, nos routes, ont continué à s'améliorer.

La session ayant lieu plus tôt que de coutume, le rapport du ministre des finances n'a pas encore été publié. Il le sera prochainement. Vous y verrez que, si nos espérances ne se sont pas complétement réalisées, les revenus ont suivi une marche ascendante, et que, sans ressources extraordinaires, nous avons fait face aux dépenses occasionnées par la guerre au Mexique et en Cochinchine.

Je dois vous signaler plusieurs réformes jugées opportunes, entre autres le décret relatif à la liberté de la boulangerie, celui qui rend l'inscription maritime moins onéreuse à la population des côtes, le projet qui modifie la loi sur les coalitions, et celui qui supprime les priviléges exclusifs pour les théâtres. Je fais également étudier une loi destinée à augmenter les attributions des conseils généraux et communaux, et à remédier à l'excès de la centralisation.

En effet, simplifier les formalités administratives, adoucir la législation applicable aux classes dignes de toute notre sollicitude, ce sera là un progrès auquel vous aimerez à vous associer.

Vous aurez aussi à vous occuper de la question des sucres, qui demande à être enfin résolue par une législation plus stable. Le projet soumis au conseil d'État tend à accorder aux produits indigènes la facilité d'exportation dont jouissent les sucres des autres provenances. Une loi sur l'enregistrement fera disparaître le double décime, et remplacera cette surtaxe par une répartition plus juste.

En Algérie, malgré l'anomalie qui soumet les mêmes populations, les unes au pouvoir civil, les autres au pouvoir militaire, les Arabes ont compris combien la domination française était réparatrice et équitable, sans que les Européens aient moins de confiance dans la protection du Gouvernement.

Nos anciennes colonies ont vu disparaître les barrières gênantes pour leurs transactions; mais les circonstances n'ont pas été favorables au développement de leur commerce. L'établissement récent d'institutions de crédit viendra, je l'espère, améliorer leur sort.

No. 916. Frankreich, 5. Nov. 1863.

Au milieu de ces soins matériels, rien de ce qui touche à la religion, à l'esprit et au moral n'a été négligé. Les oeuvres religieuses de bienfaisance, les arts, les sciences et l'instruction publique ont reçu de nombreux encouragements. Depuis 1848 la population scolaire s'est accrue d'un quart. Aujourd'hui près de cinq millions d'enfants, dont un tiers à titre gratuit, sont reçus dans les écoles primaires, mais nos efforts ne doivent pas se ralentir puisque six cent mille encore sont privés d'instruction.

Les hautes études ont été ranimées dans les écoles secondaires, où l'enseignement spécial se réorganise.

Tel est, messieurs, le résumé de ce que nous avons déjà fait et de ce que nous voulons faire encore.

Certes, la prospérité de notre pays prendrait un essor plus rapide, si des préoccupations politiques ne venaient la troubler; mais dans la vie des nations se produisent des événements imprévus, inévitables, qu'elles doivent envisager sans crainte et supporter sans défaillance. De ce nombre sont: la guerre d'Amérique, l'occupation obligée du Mexique et de la Cochinchine, l'insurrection de Pologne.

Les expéditions lointaines, objet de tant de critiques, n'ont pas été l'exécution d'un plan prémédité; la force des choses les a amenées, et cependant elles ne sont pas à regretter.

Comment, en effet, développer notre commerce extérieur si, d'un côté, nous renoncions à toute influence en Amérique, et si, de l'autre, en présence des vastes territoires occupés par les Anglais, les Espagnols et les Hollandais, la France restait seule sans possessions dans les mers d'Asie!

Nous avons conquis en Cochinchine une position qui, sans nous astreindre aux difficultés du Gouvernement local, nous permettra d'exploiter les ressources immenses de ces contrées et de les civiliser par le commerce.

Au Mexique, après une résistance inattendue, que le courage de nos soldats et de nos marins a surmontée, nous avons vu les populations nous accueillir en libérateurs. Nos efforts n'auront pas été stériles, et nous serons largement dédommagés de nos sacrifices lorsque les destinées de ce pays, qui nous devra sa régénération, auront été remises à un prince que ses lumières et ses qualités rendent digne d'une aussi noble mission.

Ayons donc foi dans nos entreprises d'outre mer; commencées pour venger notre honneur, elles se termineront par le triomphe de nos intérêts, et si des esprits prévenus ne devinent pas ce que renferment de fécond les germes déposés pour l'avenir, ne laissons pas dénigrer la gloire acquise, pour ainsi dire, aux deux extrémités du monde, à Pékin comme à Mexico.

La question polonaise exige plus de développements.

Quand éclata l'insurrection de Pologne, les Gouvernements de Russie et de France étaient dans les meilleures relations; depuis la paix, les grandes questions européennes les avaient trouvés d'accord, et, je n'hésite pas à le déclarer, pendant la guerre d'Italie, comme lors de l'annexion du comté de Nice et de la Savoie, l'empereur Alexandre m'a prêté l'appui le plus sincère et le plus cordial. Ce bon accord exigeait des ménagements, et il m'a fallu croire la cause

polonaise bien populaire en France pour ne pas hésiter à compromettre une des premières alliances du continent, et à élever la voix en faveur d'une nation, rebelle aux yeux de la Russie, mais aux nôtres héritière d'un droit inscrit dans l'histoire et dans les traités.

Néanmoins, cette question touchait aux plus graves intérêts européens; elle ne pouvait être traitée isolément par la France. Une offense à notre honneur ou une menace contre nos frontières nous imposent seules le devoir d'agir sans concert préalable. Il devenait dès lors nécessaire, comme à l'époque des événements d'Orient et de Syrie, de m'entendre avec les Puissances qui avaient pour se prononcer des raisons et des droits semblables aux nôtres.

L'insurrection polonaise, à laquelle sa durée imprimait un caractère national, réveilla partout des sympathies, et le but de la diplomatie fut d'attirer à cette cause le plus d'adhésions possible, afin de peser sur la Russie de tout le poids de l'opinion de l'Europe. Ce concours de voeux presque unanime nous semblait le moyen le plus propre à opérer la persuasion sur le Cabinet de Saint-Pétersbourg.

Malheureusement, nos conseils désintéressés ont été interprétés comme une intimidation, et les démarches de l'Angleterre, de l'Autriche et de la France, au lieu d'arrêter la lutte, n'ont fait que l'envenimer. Des deux côtés se commettent des excès qu'au nom de l'humanité on doit également déplorer.

Que reste-t-il donc à faire? Sommes-nous réduits à la seule alternative de la guerre ou du silence? Non.

Sans courir aux armes comme sans nous taire, un moyen nous reste: c'est de soumettre la cause polonaise à un tribunal européen. La Russie l'a déjà déclaré, des conférences où toutes les autres questions qui agitent l'Europe seraient débattues ne blesseraient en rien sa dignité.

Prenons acte de cette déclaration. Qu'elle nous serve à éteindre, une fois pour toutes, les ferments de discorde prêts à éclater de tous côtés, et que, du malaise même de l'Europe, travaillée par tant d'éléments de dissolution, naisse une ère nouvelle d'ordre et d'apaisement!

Le moment n'est-il pas venu de reconstruire sur de nouvelles bases l'édifice miné par le temps et détruit pièce à pièce par les révolutions?

N'est-il pas urgent de reconnaître par de nouvelles conventions ce qui s'est irrévocablement accompli, et d'accomplir d'un commun accord ce que réclame la paix du monde?

Les traités de 1815 ont cessé d'exister. La force des choses les a renversés ou tend à les renverser presque partout. Ils ont été brisés en Grèce, en Belgique, en France, en Italie, comme sur le Danube. L'Allemagne s'agite pour les changer; l'Angleterre les a généreusement modifiés par la cession des îles Ioniennes, et la Russie les foule aux pieds à Varsovie.

Au milieu de ce déchirement successif du pacte fondamental européen, les passions ardentes se surexcitent et, au Midi comme au Nord, de puissants intérêts demandent une solution.

Quoi donc de plus légitime et de plus sensé que de convier les Puissances

No. 916. Frankreich, 5. Nov. 1863. de l'Europe à un Congrès où les amours-propres et les résistances disparaîtraient devant un arbitrage suprême?

Quoi de plus conforme aux idées de l'époque, aux voeux du plus grand nombre, que de s'adresser à la conscience, à la raison des hommes d'État de tous les pays, et de leur dire:

Les préjugés, les rancunes qui nous divisent n'ont-ils pas déjà trop duré?

La rivalité jalouse des grandes Puissances empêchera-t-elle sans cesse les progrès de la civilisation?

Entretiendrons-nous toujours de mutuelles défiances par des armements exagérés?

Les ressources les plus précieuses doivent-elles indéfiniment s'épuiser dans une vaine ostentation de nos forces?

Conserverons-nous éternellement un état qui n'est ni la paix avec sa sécurité, ni la guerre avec ses chances heureuses?

Ne donnons pas plus longtemps une importance factice à l'esprit subversif des partis extrêmes, en nous opposant par d'étroits calculs aux légitimes aspirations des peuples.

Ayons le courage de substituer à un état maladif et précaire une situation stable et régulière, dût-elle coûter des sacrifices.

Réunissons-nous sans système préconçu, sans ambition exclusive, animés par la seule pensée d'établir un ordre de choses fondé désormais sur l'intérêt bien compris des souverains et des peuples.

Cet appel, j'aime à le croire, sera entendu de tous. Un refus ferait supposer de secrets projets qui redoutent le grand jour; mais, quand même la proposition ne serait pas unanimement agréée, elle aurait l'immense avantage d'avoir signalé à l'Europe où est le danger, où est le salut. Deux voies sont ouvertes: l'une conduit au progrès par la conciliation et la paix; l'autre, tôt ou tard, mène fatalement à la guerre par l'obstination à maintenir un passé qui s'écroule.

Vous connaissez maintenant, messieurs, le langage que je me propose de tenir à l'Europe. Approuvé par vous, sanctionné par l'assentiment public, il ne peut manquer d'être écouté, puisque je parle au nom de la France.

No. 917.

FRANKREICH. — Aus dem „Exposé de la Situation de l'Empire, présenté au Sénat et au Corps Législatif." —

AFFAIRES ÉTRANGÈRES.

AFFAIRES POLITIQUES.

No. 917. Frankreich, 13. Nov. 1863. A l'ouverture de la dernière session des grands corps de l'État, le Gouvernement de l'Empereur se félicitait de la situation générale de l'Europe. Si quelques difficultés subsistaient sur plusieurs points du continent, rien ne faisait

prévoir des complications prochaines; rien surtout n'annonçait que la question polonaise fût à la veille de s'imposer de nouveau à l'attention des Cabinets.

Depuis deux ans, une certaine agitation régnait en **Pologne**. Mais aucun projet de soulèvement ne se manifestait; tout semblait, au contraire, attester que le recours aux armes n'entrait pas plus dans les calculs des hommes investis de la confiance du pays que dans les voeux des populations.

Le recrutement, transformé en une mesure de proscription, poussa au désespoir ceux qu'il menaçait d'atteindre, et des conflits éclatèrent simultanément sur plusieurs points.

La question, cependant, ne se présentait encore que sous l'aspect d'un mouvement purement local, provoqué par un grief déterminé. La convention signée à Saint-Pétersbourg le 8 février, par laquelle, sous le prétexte de maintenir la police de la frontière, la Prusse s'engageait envers la Russie à coopérer, dans une certaine mesure, à la répression, vint donner à cette lutte un caractère international, et mit les Cabinets dans l'obligation de s'en occuper.

La question polonaise est essentiellement européenne, car elle ne saurait se poser sans mettre en cause les plus grands intérêts. La France est signataire des actes sous la protection desquels la Pologne a été placée. Enfin, les sympathies françaises n'ont jamais fait défaut à cette nation dans ses épreuves antérieures. C'est une tradition à laquelle le Gouvernement de l'Empereur pouvait manquer moins qu'aucun autre.

L'Angleterre avait les mêmes droits et les mêmes raisons d'intervenir. Le Gouvernement Impérial s'adressa donc à cette Puissance, afin de s'entendre pour représenter de concert au Cabinet de Berlin les dangers de son immixtion dans une affaire dont elle étendait si malheureusement la portée. Nous savions, en outre, que l'Autriche jugeait comme nous les engagements conclus à Saint-Pétersbourg. Le Gouvernement de l'Empereur lui fit part de ses intentions. Déjà le Cabinet de Vienne avait exprimé son sentiment à la Prusse et à la Russie, lorsqu'elles avaient sollicité son adhesion à ces arrangements. Les démarches faites près de la Cour de Prusse eurent pour résultat d'obtenir d'elle des explications qui atténuaient la crainte que l'on avait eue de la voir participer activement aux hostilités.

Lorsque nous avions dû manifester notre manière de voir à Berlin, nous avions tenu à éviter une action isolée et à prévenir ainsi toute fausse interprétation. Mais la nature de nos rapports avec la Russie nous autorisait et nous invitait à la fois à tenter auprès d'elle la voie des efforts personnels et des conseils amicaux, avant d'en venir à des communications officielles et à une action combinée.

Le Gouvernement de l'Empereur n'avait pas attendu, pour faire entendre de sages avis, d'y être contraint par une urgente nécessité. Dès 1857, Sa Majesté, désirant mettre à profit, dans un intérêt d'ordre et de paix, la confiance qui unissait si heureusement les deux Cabinets, s'était sentie portée, par la sincérité même de son estime et de son amitié pour l'Empereur Alexandre, à recommander l'état de la Pologne à la sollicitude de la Cour de Russie. Ce langage était digne d'être compris par le souverain qui allait donner, en émancipant les

No. 917. Frankreich, 13. Nov. 1863.

serfs, un témoignage éclatant de sa sagesse. Les faits n'ont que trop montré depuis l'opportunité de ces suggestions, et ils témoignent chaque jour combien on doit regretter qu'elles n'aient pas été écoutées.

En présence des conjonctures qui venaient justifier ses prévisions, le Gouvernement de Sa Majesté regarda comme un devoir de ne point dissimuler ses préoccupations à la Russie. Il lui exposa, avec une franchise sans réserve, nos perplexités au milieu d'événements dont l'opinion du pays, aussi bien que les intérêts généraux de l'Europe, ne nous permettait pas de rester les spectateurs indifférents. L'ambassadeur de l'Empereur avait pour instructions de faire ressortir, dans les termes les plus conformes aux relations amicales des deux Gouvernements, les avantages d'une politique de réparation et de progrès.

Le Gouvernement anglais, dans une dépêche adressée, dès lors, à son représentant à Saint-Pétersbourg, avait conseillé une amnistie générale et la restitution des priviléges accordés aux Polonais par l'Empereur Alexandre I[er]. Le Cabinet français ne pouvait qu'approuver des demandes qui rentraient, jusqu'à un certain point, dans l'ordre d'idées plus général où il s'était placé lui-même; mais, pour laisser à la Russie le mérite d'une entière spontanéité, il s'abstint de les appuyer directement. Le Cabinet de Londres, ayant proposé ensuite d'inviter les signataires du traité général de Vienne à exprimer des voeux analogues, le Gouvernement de Sa Majesté annonça l'intention de n'adhérer à cette proposition que dans le cas où elle obtiendrait l'assentiment des autres Puissances.

Nous avions signalé au Cabinet russe l'intérêt qu'il avait à prévenir, en prenant résolûment l'initiative, les représentations diplomatiques. Mais nous n'avions obtenu aucune promesse, aucune assurance qui nous permît d'espérer un résultat satisfaisant d'une plus longue insistance personnelle. Il devenait nécessaire de suivre une autre voie.

Le Gouvernement de Sa Majesté britannique nous avait devancés dans ses communications officielles au Cabinet russe. L'Autriche sans envisager les événements du même point de vue que l'Angleterre, continuait d'observer, à l'égard des Polonais, une neutralité bienveillante. Le Gouvernement de l'Empereur se flattait donc de l'espoir de former entre les trois Cours une entente qui assurerait à leurs démarches le caractère européen que comportait la nature des intérêts en jeu, et qui réunirait à la fois toutes les garanties de modération et de force.

Le Cabinet de Londres, dans sa première communication, avait pris pour point de départ les traités de 1815. La Russie venait précisément de répondre, en contestant l'interprétation que le principal secrétaire d'État y avait donnée; elle se bornait, comme moyen de pacification, à parler d'amnistie après la guerre, et à promettre de ne retirer aucune des concessions qu'elle avait faites.

Le Gouvernement Impérial doutait du succès de toute démarche qui serait basée exclusivement sur les traités. Suivant lui, les choses devaient être envisagées de plus haut. Les actes de 1815 ont concédé assurément aux Polonais de précieux avantages, en faisant revivre le nom de la Pologne, en stipulant

pour elle des institutions nationales, en établissant certains liens entre toutes les parties du royaume tel qu'il existait antérieurement au premier partage. Mais ces arrangements n'ont point prévenu le retour de commotions qui menacent périodiquement le repos de l'Europe. Sans méconnaître que les traités offraient aux Cabinets un motif légal d'intervention, le Gouvernement de Sa Majesté pensait donc que l'on devait invoquer principalement les intérêts d'ordre européen communs à toutes les Puissances.

Les deux Cabinets apprécièrent ces considérations, et le Gouvernement de l'Empereur en fit le sujet d'une dépêche à l'ambassadeur de France à Saint-Pétersbourg. Elle concluait en signalant l'opportunité d'aviser aux moyens de placer la Pologne dans les conditions d'une paix durable.

L'Autriche, tout en alléguant ses intérêts spéciaux, comme Puissance limitrophe plus exposée au contre-coup de ces troubles, tint un langage semblable au nôtre. L'Angleterre, sans abandonner son argumentation première sur les traités, reproduisit, en les résumant, les idées développées par nous. La plupart des États de l'Europe y donnèrent leur adhésion, et imprimèrent ainsi aux communications des trois Cours le caractère d'une manifestation véritablement européenne.

La Russie parut accueillir favorablement ces ouvertures. Bien qu'elle s'efforçât de rejeter sur les encouragements du dehors et sur les menées révolutionnaires la responsabilité du mouvement polonais, elle reconnaissait la profondeur du mal et l'inefficacité des moyens employés jusqu'alors pour y porter remède. Elle ne contestait ni les intérêts généraux engagés dans l'affaire de Pologne, ni les intérêts particuliers des États limitrophes. Elle ne déclinait point la compétence des Gouvernements signataires de l'acte final de Vienne, et semblait, au contraire, accepter leur concours à une délibération dont elle conviait les trois Puissances à lui faire connaître les bases.

L'Angleterre fut d'avis que les négociations devraient être précédées d'un armistice, malgré les difficultés que pouvait rencontrer l'exécution de cette mesure. La pensée d'arrêter le plus tôt possible l'effusion du sang était trop conforme aux sentiments du Gouvernement français pour ne point obtenir son approbation, et, en même temps qu'il y acquiesçait lui-même, il la recommandait à la Cour d'Autriche.

De son côté, le Cabinet de Vienne rédigea un programme divisé en six articles, dont le principal avait pour objet de réclamer en faveur de la Pologne des institutions semblables à celles de la Gallicie. Jugeant ces données insuffisantes, le Gouvernement de Sa Majesté y fit apporter de notables modifications, et consentit, dans l'intérêt de l'entente, à admettre ce programme, mais simplement comme point de départ des conférences. Nous eussions, en outre, attaché du prix à ce que l'Europe entière fût appelée à participer aux négociations. La France a constamment déclaré qu'on la trouverait toujours prête à aborder au grand jour toutes les discussions de cette nature.

Les trois Cours, dans les communications dont elles chargeaient pour la seconde fois leurs ambassadeurs, n'étaient pas parvenues à éviter des nuances de forme qui ne pouvaient échapper à l'attention de la Russie. On devait pré-

No. 917. Frankreich, 13. Nov. 1863.

voir que cette Puissance chercherait à tirer parti de l'apparente diversité des vues. Afin de parer autant qu'il était possible à ce danger, le Gouvernement Impérial fit aux Cabinets de Vienne et de Londres la proposition de consolider l'entente en prenant, sous la forme d'une convention ou d'un protocole, l'engagement de poursuivre de concert le règlement de l'affaire de Pologne, par les voies diplomatiques ou autrement, s'il était nécessaire. Cet engagement, outre l'avantage immédiat de rehausser l'autorité du langage des Cours alliées, eût offert à celle d'entre elles dont la position réclamait le plus de ménagements les garanties d'une solidarité complète dans toutes les éventualités.

Nous étions persuadés que le plus sûr moyen de prévenir les complications est de se montrer disposé à y faire face avec toute la fermeté qu'elles exigent, et que les conflits entre les Gouvernements naissent moins souvent des résolutions hardies que des atermoiements et des hésitations qui laissent les difficultés s'aggraver. Notre proposition ne fut pas accueillie.

La Cour de Russie répondit au programme des trois Puissances par une fin de non-recevoir absolue. Elle promettait de tenir compte des six points, mais seulement lorsque l'insurrection serait comprimée. Elle écartait toute idée d'une suspension d'armes, et, déclinant la compétence des signataires de l'acte général de 1815, qu'elle avait reconnue précédemment, elle proposait d'entamer avec l'Autriche et la Prusse, à titre de Puissances copartageantes, une négociation séparée.

Le Cabinet de Vienne repoussa sans hésiter cette proposition comme contraire à ses devoirs envers les deux autres Puissances, et il s'en expliqua à Saint-Pétersbourg avec une spontanéité et une franchise qui faisaient honneur à sa loyauté.

Le Gouvernement de l'Empereur exposait en même temps à Londres et à Vienne la vive impression qu'il avait éprouvée en recevant les réponses de la Russie.

Les trois Cabinets adressèrent à Saint-Pétersbourg de nouvelles communications, dont les conclusions étaient conçues en termes identiques. Ils déclaraient unanimement la Russie responsable des conséquences que pouvaient entraîner le refus de tenir compte de leurs représentations et la prolongation des troubles de la Pologne.

On connaît les dernières dépêches de M. le Prince Gortchacow.

Malgré le peu de succès de l'intervention diplomatique des trois Puissances, le Gouvernement de l'Empereur peut se rendre le témoignage que, du moment où la question polonaise a été posée, il n'a, dans la mesure de ses droits et de ses devoirs envers l'Europe, rien négligé pour la résoudre.

Toujours attentif au spectacle douloureux de la lutte qui se poursuit en Pologne, il ne perd de vue aucun des grands intérêts qui s'y rattachent. Il maintiendra son entente avec l'Angleterre et l'Autriche, et il se refuse à croire que l'union des Cabinets, dans une affaire si digne de leur sollicitude, doive demeurer stérile.

Nous ne prétendons pas, toutefois, imposer nos solutions aux Puissances qui sont intéressées, autant ou même plus directement que nous, au règlement

des difficultés pendantes. Dans une question essentiellement européenne, il n'est conforme ni à nos obligations ni à nos droits d'aller seuls au-devant d'une responsabilité qu'il appartient à tous de partager.

L'affaire des duchés de l'Elbe a continué d'être un sujet de discussion entre la Cour de Copenhague et la Confédération germanique. Le Gouvernement danois ayant adopte, pour la réorganisation constitutionnelle de la monarchie, des dispositions que la Diète de Francfort n'a pas jugées conformes à ses résolutions antérieures et aux engagements pris par le Danemark, les Cabinets allemands se sont entendus pour recourir à une occupation militaire du duché de Holstein par les troupes fédérales. Sans contester en principe le droit d'ingérence de l'Allemagne dans les affaires du Holstein et du Lauenbourg, qui font partie de la Confédération germanique, le Cabinet de Copenhague soutient qu'ayant donné aux prétentions des États holsteinois toutes les satisfactions compatibles avec les droits de la couronne, l'exécution fédérale ne se justifie par aucun motif légitime. Dès lors, cette mesure n'aurait en réalité pour objet que de coutraindre le Danemark à placer le duché de Slesvig, province danoise, sous un régime politique et administratif qui porterait atteinte à l'intégrité de la monarchie.

Le Gouvernement de Sa Majesté n'a pas vu sans regret s'envenimer un différend que ses conseils avaient toujours tendu à aplanir. Guidés à la fois par nos sympathies traditionnelles à l'égard du Danemark et par les sentiments de bon voisinage qui président à nos relations avec l'Allemagne, nous avons redoublé d'efforts pour faire prévaloir les conseils de la prudence et pour détourner une crise imminente. Un conflit ne pourrait éclater sans que les États scandinaves, plus directement intéressés au maintien de l'équilibre dans le Nord de l'Europe, fussent amenés à prendre part à la lutte, et sans faire naître des complications graves dans lesquelles les Puissances signataires du traité de Londres de 1852 se trouveraient impliquées. Notre concours est d'avance assuré à toute combinaison qui aurait pour effet de prévenir de pareilles éventualités, et nous voulons encore espérer que la sagesse des deux parties prévaudra contre de regrettables entraînements.

D'autres soins, d'ailleurs, occupent l'**Allemagne**. Les souverains réunis à Francfort ont donné la plus haute sanction aux efforts tentés pour modifier le régime intérieur de la Confédération, en s'associant eux-mêmes à l'étude des meilleurs moyens d'y parvenir. Tout ce qui peut contribuer au développement et au bonheur d'un grand pays voisin, avec lequel nous entretenons les meilleurs rapports, ne peut nous être indifférent. Nous suivons donc ces tentatives avec une attention amicale, dans le désir de voir l'Allemagne en retirer les avantages qu'elle s'en promet et qu'elle saura concilier avec les intérêts européens et les droits internationaux qui se rattachent à la constitution de la Confédération germanique.

Au commencement de cette année, le Gouvernement de l'Empereur constatait avec satisfaction le calme qui avait succédé en **Italie** aux émotions causées par la question romaine. Cependant les esprits ne paraissent pas encore assez disposés à se prêter aux concessions réciproques qu'exigent, d'une part,

No. 917. Frankreich, 13. Nov. 1863.

le respect des droits, et, de l'autre, les nécessités du temps, pour que l'oeuvre de conciliation ait pu être reprise avec chance et succès. Dans la position particulière que les événements lui avaient faite, le plus grand service que le Gouvernement de l'Empereur pouvait rendre aux Italiens était de rester inaccessible aux passions diverses qui s'agitaient autour de lui. Il a la conscience d'avoir travaillé ainsi, autant qu'il était en son pouvoir, à préparer l'avenir.

Ces ajournements n'ont pas été sans profit pour la péninsule. S'inspirant des intentions généreuses du souverain pontife, le Gouvernement romain s'est efforcé de réaliser quelques-unes des réformes réclamées dans l'administration des États de l'Église. Nous avons lieu d'espérer que cette tâche sera poursuivie.

Le Gouvernement italien, de son côte, s'est appliqué à organiser le nouveau royaume, à développer ses ressources, à constituer son état militaire, à réprimer le brigandage avec notre loyal concours, et à décourager les impatiences auxquelles il était résolu à ne pas céder. On peut croire que ces heureuses influences tendront à dissiper les préventions et feront naître des dispositions plus favorables à un rapprochement.

La conclusion du traité destiné à mettre fin aux difficultés relatives à la délimitation de notre frontière du côté de **la vallée des Dappes** avait excité quelques inquiétudes parmi nos populations de la frontière. Le Gouvernement a tenu compte, avec le plus grand soin, de toutes les observations qui lui ont été adressées. Les instructions de nos commissaires démarcateurs ont été rédigées en vue d'y donner satisfaction, et le résultat des opérations, aujourd'hui terminées, est aussi favorable qu'on pouvait l'espérer.

En outre, le ministre des finances a consenti, sur la demande du département des affaires étrangères, à accorder aux Français qui ont des propriétés sur le territoire attribué à la Suisse toutes les facilités nécessaires pour l'exploitation de leurs terres et la vente de leurs produits.

Les trois Cours protectrices **de la Grèce** s'étaient mises d'accord, à la fin de l'année dernière, pour maintenir les stipulations du protocole signé par elles en 1830, et qui exclut du trône hellénique les membres de leurs maisons régnantes. La seule cause vraiment sérieuse de complications ayant été ainsi écartée, les trois Puissances se sont préoccupées de la désignation d'un prince qui pourrait être recommandé aux suffrages des Grecs. Le Gouvernement de Sa Majesté n'a apporté dans cette recherche d'autre intérêt que celui de la Grèce elle-même. Il avait déjà répudié les traditions d'une politique recherchant ses succès dans les luttes d'influence exclusive, politique dont la Grèce a trop longtemps souffert, et qui n'a jamais procuré que des triomphes illusoires et des compromissions réelles. Il s'est donc déclaré prêt à accueillir la candidature de tout prince qui, par ses aptitudes personnelles offrirait les garanties désirables. Dès que le nom du Prince Georges de Danemark a été prononcé, nous avons fait savoir à Athènes et à Copenhague que l'Empereur verrait avec plaisir une élection qui devait être également agréable à chacune des trois Cours garantes. Nous nous sommes félicités du vote de l'assemblée nationale héllénique, et nous avons annoncé que nous étions prêts à coopérer aux arrangements destinés à le

consacrer. Une conférence s'est ouverte à Londres, et elle a recherché les moyens de concilier l'avénement d'un nouveau règne avec les traités sur lesquels repose l'existence de la monarchie grecque. La royauté nouvelle a accepté les obligations contractées par la dynastie bavaroise. De leur côté, les trois Cours n'ont décliné aucune de celles qui résultent de leur protectorat collectif, tel qu'il a été réglé lors de la fondation de l'indépendance hellénique. Elles ont, en même temps, consenti à ce que la garantie sous la sauvegarde de laquelle le royaume est placé fût étendue au territoire de l'archipel Ionien, dont les déclarations du Cabinet de Londres impliqueraient l'abandon.

No. 917. Frankreich, 13. Nov. 1863.

Les Puissances ont, d'autre part, maintenu les arrangements financiers conclus précédemment avec la Grèce, tout en facilitant en faveur du Souverain la création d'une dotation annuelle. Les conditions principales de l'établissement de la nouvelle dynastie sont consignées dans le traité signé à Londres le 13 juillet 1863.

Le Gouvernement de Sa Majesté britannique s'est engagé en même temps à souscrire à l'annexion des Sept-Iles, si elle était d'accord avec les voeux du parlement ionien et si elle obtenait l'assentiment de la France, de l'Autriche, de la Prusse et de la Russie. Le vote du parlement de l'État septinsulaire a été unanime, et sa décision sera sanctionnée par un acte international.

Étrangers aux incidents qui ont amené la chute de la dynastie de Bavière, nous avions vainement tenté d'éclairer par nos conseils un Gouvernement que nous voyions se perdre, et nous n'avions d'autre devoir, l'événement arrivé, que celui d'aviser avec nos alliés. Nous l'avons fait, libres de tout engagement dans le passé, et sans aucun intérêt particulier à faire prévaloir dans le présent. Préoccupés surtout de remédier à une situation qui pouvait n'être pas exempte de danger, nous n'entendions assumer dans les arrangements à prendre que la part de responsabilité restreinte qui nous appartient comme Puissance protectrice de la Grèce. Nous nous félicitons de voir heureusement dénouée une crise dont le développement pouvait amener en Orient de sérieuses complications. Si elle est sage, la Grèce, qui en sort agrandie, peut en faire dater sa régénération. Nous y applaudirons d'autant plus qu'elle aura à sa tête un souverain appartenant à un pays que de vieilles et cordiales traditions rattachent à la France.

Le Gouvernement de l'Empereur entretient avec celui du sultan les relations les plus amicales.

Sur aucun point de **l'Orient** la paix n'a été sérieusement troublée.

Sous le Gouvernement du prince éclairé qui a succédé à Saïd-Pacha, la prospérité de l'Égypte ne pourra que s'accroître par la protection qui continuera d'être assurée, nous l'espérons, à tout ce qui peut contribuer à développer les ressources du pays en y appelant le concours de l'activité européenne.

Dans les questions où nous avons eu à intervenir en vertu des traités, de concert avec les autres Puissances, nous nous sommes efforcés de faire prévaloir les solutions conformes aux intérêts des populations chrétiennes, en tenant compte des droits souverains du Gouvernement ottoman.

La situation des **principautés unies de Moldavie et de Valachie** ne

No. 917. Frankreich, 13. Nov. 1863.

répond pas jusqu'ici, nous le disons avec regret, aux espérances que l'on avait fondées sur l'ordre nouveau constitué dans ces provinces par la convention du 19 août 1858. De graves dissentiments ont éclaté entre le prince régnant et l'assemblée législative, quand l'union et le concours de tous eussent été indispensables pour organiser le pays auquel l'Europe avait remis le soin de préparer lui-même son avenir. S'il devient nécessaire qu'elle intervienne de nouveau pour modifier la constitution des Principautés unies, le Gouvernement de l'Empereur sera disposé à s'entendre avec la Porte et avec les autres Puissances garantes pour faciliter les réformes dont on aurait reconnu l'opportunité.

La guerre qui avait éclaté en 1862 entre la Turquie et le **Monténégro** n'aura rien changé à la situation territoriale et politique de ce dernier pays, telle qu'elle résulte des arrangements qui ont eu lieu en 1858. Toutefois, des blockhaus militaires ayant été construits par la Turquie sur le territoire monténégrin, plusieurs Cabinets, et celui de Vienne en particulier, se sont joints à nous pour représenter à Constantinople que le maintien de ces retranchements serait en contradiction avec l'état de choses établi en 1858, et l'Ambassade de l'Empereur a reçu l'assurance que le commissaire de la Porte serait muni des instructions nécessaires pour ordonner la démolition de ces blockhaus.

Au mois de septembre 1862, les Puissances signataires du Traité de Paris étaient convenues avec le Gouvernement du Sultan d'un arrangement destiné à assurer l'exécution du firman de 1830 relatif au séjour des musulmans en **Servie**, et à placer dans des conditions réciproquement plus favorables la ville et la forteresse de Belgrade. Une Commission mixte s'est réunie pour rechercher les moyens de mettre cet arrangement en pratique. Le rapport de cette Commission, composée de délégués de toutes les Cours signataires du Traité de Paris, a été accepté dans l'ensemble de ses conclusions, à Constantinople comme à Belgrade. Ainsi se trouvent écartées les complications auxquelles les événements de 1862 auraient pu donner lieu. L'accord ne s'est pas encore établi sur quelques points secondaires entre les parties intéressées. Le Gouvernement de l'Empereur a conseillé à celui du Sultan, comme au Prince Michel, de mettre fin à ces difficultés par un système équitable de compensations sur les diverses questions que la Commission mixte n'avait pas pour mission de trancher formellement.

Dans toutes ces affaires, le Gouvernement de l'Empereur s'est appliqué à assurer, de concert avec les autres Puissances, la paix de l'Orient par le respect des stipulations internationales. En restant scrupuleusement fidèles aux traditions de la politique française, nous aidons au progrès normal et régulier des populations chrétiennes, et la tranquillité qui en résulte, lorsque nos conseils sont écoutés, permet en même temps au Gouvernement turc de se consacrer à l'amélioration de son état administratif et au développement de ses ressources intérieures.

Les tristes prévisions que nous inspirait l'acharnement de la lutte engagée depuis trois ans aux **États-Unis** ne se sont que trop réalisées. Le sang a continué de couler, sans que la situation respective des belligérants laisse pressentir encore le terme de cette crise redoutable. En présence de tant de ruines accu-

mulées et de tant d'existences sacrifiées dans une lutte jusqu'à présent stérile, nous avons dû profondément regretter que la proposition que nous avions faite à Londres et à Pétersbourg, de provoquer de concert un armistice, n'ait point été accueillie. Contraints par un double refus de renoncer à ce dessein, nous avions cependant déclaré que notre désir de contribuer, sous quelque forme que ce fût, au rétablissement de la paix, n'en serait ni moins vif ni moins sincère. Nous l'avons prouvé en suggérant l'idée de substituer au projet d'une intervention amicale des Puissances maritimes l'expédient de pourparlers directs entre le Gouvernement des États-Unis et les confédérés du Sud. Cette nouvelle tentative n'a pas été plus heureuse que la précédente.

Dès lors, nous n'avions plus qu'à suivre la ligne de conduite adoptée dès le début de cette guerre par le Gouvernement de l'Empereur. C'est ce que nous nous sommes attachés à faire, en toute circonstance, avec le soin le plus scrupuleux. Nous sommes restés neutres et bienveillants, quoique souvent il nous ait été difficile de concilier ce rôle avec nos devoirs envers nos nationaux. Indépendamment des souffrances qui, dans nos départements, sont la conséquence de la crise américaine, les hostilités ont, sur le territoire même de l'Union, entraîné des pertes et des dommages considérables pour les résidents français. Ils ont eu souvent l'occasion d'élever de justes plaintes contre les procédés abusifs des autorités civiles et militaires. Nos nationaux doivent comprendre que leurs intérêts, comme ceux des autres étrangers, ne sauraient prétendre, au milieu du tumulte des armes, à une sécurité exceptionnelle, et que toutes les garanties ordinaires perdent forcément, en pareil cas, quelque chose de leur efficacité. L'état de guerre impose d'ailleurs au commerce des neutres d'inévitables entraves. Si le progrès des doctrines libérales tend à les relâcher, il ne saurait les supprimer entièrement.

Aussi le Cabinet de Washington a pu se convaincre que, dans nos réclamations, nous avons tenu grand compte de ces difficultés. Mais le Gouvernement de l'Empereur ne doit pas dissimuler ce qu'il y a de pénible pour lui à voir tant d'intérêts lésés et dignes de sa sollicitude faire vainement appel à sa protection.

Le Gouvernement Impérial touche au but qu'il s'était proposé en portant le drapeau de la France sur les rivages du **Mexique**. Les succès de nos armes, en rendant à ce pays la libre disposition de lui-même, ont confirmé les espérances que nous avions fondées sur le bon sens de la nation mexicaine. La prise de Puebla est devenue un nouveau titre de gloire pour notre héroïque armée, et les acclamations qui ont accueilli son entrée à Mexico ont témoigné assez hautement qu'on y recevait nos soldats en libérateurs. L'assemblée des notables a prononcé que le Mexique ne pouvait attendre sa régénération que d'une institution monarchique. Elle a désigné en même temps au peuple mexicain le prince que les convenances politiques nous paraissaient à nous-mêmes indiquer de préférence. L'expression de ces voeux, inspirés par une juste confiance dans les hautes et brillantes qualités de celui à qui ils s'adressaient, a été favorablement accueillie, sous la seule réserve que la nation tout entière serait appelée à ratifier l'élan patriotique et spontané qui a décidé l'envoi de la mission chargée d'offrir la couronne du Mexique à l'archiduc Maximilien. C'est ainsi que, de

No. 917. Frankreich, 13. Nov. 1863.

notre côté, nous avions compris la portée des résolutions de l'assemblée de Mexico.

Quelle que fût l'autorité des hommes considérables qui la composaient, leurs décisions devaient, selon nous, pour devenir définitives, recevoir encore des populations une consécration plus explicite. Nous nous félicitons de voir nos idées partagées par le prince éminent que le Mexique appelle à inaugurer ses nouvelles destinées.

La fortune de la France et le sang de ses soldats n'appartiennent qu'à la France. Un intérêt français évident et impérieux pouvait donc seul déterminer le Gouvernement de l'Empereur à s'engager dans une entreprise dont il avait pesé d'avance les sacrifices et les difficultés. Il avait entrevu, en outre, le salut du Mexique comme une conséquence possible de l'expédition militaire à laquelle il était contraint. Les dispositions du pays et la sagesse de l'archiduc Maximilien autorisent à cet égard toutes les espérances.

Nous attendons, dans un avenir prochain, du nouveau Gouvernement du Mexique les garanties qui ont fait défaut à nos intérêts sous tous les régimes qui l'ont précédé. Pour le moment, d'importantes questions restent nécessairement à régler en ce qui nous concerne; car le dénouement militaire de notre expédition n'a pu que préparer le terrain pour les négociations ultérieures. Le Gouvernement de l'Empereur y consacrera tous ses soins.

Dans l'ensemble de ses rapports avec les États de **l'Amérique du centre** et de **l'Amérique méridionale**, le Gouvernement de l'Empereur signale avec plaisir, comme ayant eu un caractère plus particulièrement satisfaisant, ses relations politiques avec le Brésil, le Guatemala et le Gouvernement haïtien. Il aurait aimé à constater que, sur d'autres points, ses réclamations en faveur de nos nationaux, réclamations que le dernier exposé de la situation de l'Empire mentionnait déjà, avaient obtenu enfin un règlement équitable. Les instances répétées de ses agents pour amener la réparation d'injustices et d'actes de spoliation nouveaux ou anciens n'ont abouti le plus souvent qu'à des promesses et à des assurances illusoires. Le Gouvernement de l'Empereur ne se découragera pas dans la poursuite ferme et calme de satisfactions auxquelles il a un droit incontestable. S'il ne devait pas retirer de sa patience et de ses ménagements les résultats qu'il en attend, il serait du moins bien établi qu'il a fait tout ce que lui permettait sa dignité pour ne pas recourir à des moyens de protection plus efficaces.

Sa conduite, en ce qui touche nos intérêts dans les mers de l'Inde et dans l'extrême Orient, lui a été dictée par le même esprit de modération.

Une révolution inattendue est venue suspendre à **Madagascar** les effets immédiats du Traité signé l'année dernière et qui devait rouvrir cette grande île au commerce étranger. De quelque sentiment que soit animé le parti qui a provoqué le meurtre de Radama, il semble comprendre la valeur des engagements contractés envers nous, et nous n'avons pas voulu tout d'abord employer contre lui les moyens de contrainte que ses procédés eussent autorisés. Nous attendons que la situation se soit plus nettement dessinée et nous soit mieux connue pour arrêter, selon les circonstances, nos résolutions.

Les nouveaux rapports que notre expédition dans la **Cochinchine** a

créés entre la France et ces lointaines régions appelaient de la part du Gouvernement de l'Empereur un examen attentif. Le séjour en France de l'ambassade annamite fournit l'occasion d'étudier de plus près ces questions, et de résoudre celles qui se rattachent à la constitution définitive de notre établissement. Le Gouvernement de l'Empereur apporte le plus grand soin à déterminer les conditions auxquelles il sera possible d'assurer à notre commerce les avantages qu'il attend de nos nouvelles possessions, sans nous imposer des charges disproportionnées avec les résultats que nous nous promettons.

La rébellion qui continue à désoler une partie de **la Chine** s'oppose toujours à ce qu'on retire des derniers traités tout le bénéfice qu'on en espérait. Nous constatons néanmoins que nous n'avons qu'à nous louer des dispositions du Cabinet de Pékin, tout en regrettant que son bon vouloir soit parfois rendu inefficace par les difficultés qu'il éprouve lui-même à faire respecter son autorité.

Au **Japon**, nos relations, ou plutôt celles de tous les pays qui sont entrés en rapport avec lui, traversent en ce moment une phase critique. Plusieurs conflits ont même éclaté déjà avec certains princes, feudataires à peu près indépendants de l'empire. Il est juste de reconnaître qu'il ne semble pas avoir dépendu du Gouvernement central de prévenir ces collisions, et qu'il a paru en ressentir un sincère déplaisir. La constitution particulière du Japon explique ce qu'il y a souvent de contradictoire entre le langage et les actes du Cabinet de Ieddo. Une féodalité puissante oppose à ses tendances plus libérales des résistances qu'il n'est pas assez fort ou assez résolu pour briser. De là une attitude indécise et équivoque plutôt que déloyale, et que des exigences trop sévères ne parviendraient pas sans doute à modifier. Aussi le Gouvernement de l'Empereur ne se départira-t-il pas, sans une nécessité bien démontrée, de l'esprit de conciliation dont la mission japonaise avait emporté la preuve en quittant la France.

AFFAIRES COMMERCIALES.

Il appartient à un autre ministère de faire ressortir par des chiffres le progrès de notre commerce extérieur sous l'impulsion d'une politique sagement libérale. Dans les relevés comparatifs des importations et des exportations de la France, depuis et avant notre réforme économique, le Gouvernement de l'Empereur trouve la justification de son initiative. En 1860 il avait pour lui les principes, il a aujourd'hui les résultats.

Le succès incontesté de cette grande épreuve n'a pu qu'encourager le département des affaires étrangères à poursuivre activement les négociations commencées et à en préparer de nouvelles. S'il n'a point à signaler en 1863, des actes aussi considérables que ceux qu'il a eu la satisfaction d'enregistrer dans les exposés diplomatiques des deux années précédentes, il lui est permis du moins de constater que ses efforts n'ont pas été infructueux et de faire pressentir la conclusion prochaine de traités importants qui fortifieront notre système d'alliances commerciales.

Les conventions signées avec l'Italie au commencement de cette année sont à la veille de recevoir leur consécration définitive. Si l'échange des rati-

No. 917. Frankreich. 13. Nov. 1863.

fications s'est fait attendre, c'est que le parlement italien, auquel doivent être soumis les actes destinés à régler nos rapports avec les États réunis sous la souveraineté du roi Victor-Emmanuel, a été, pendant sa session dernière, absorbé par les grandes questions de réorganisation intérieure qu'il avait à résoudre. Mais nous avons tout lieu d'espérer que notre traité de commerce sera mis, le mois prochain, à l'ordre du jour de ses premières séances, et pourra, s'il obtient, comme nous n'en doutons pas, l'approbation législative, être appliqué le 1er janvier 1864. Il sera certainement accueilli avec une égale satisfaction dans les deux pays, les réductions réciproques des tarifs qu'il consacre ne pouvant manquer, d'une part, d'accroître l'importation en France des matières premières nécessaires à notre industrie et des denrées alimentaires que produisent en abondance les provinces italiennes, et, de l'autre, de développer dans la Péninsule le goût des articles si variés de la fabrication française qui vont se trouver dégrevés, dans une notable mesure, des taxes qui les rendaient peu accessibles à un grand nombre de consommateurs.

La Convention maritime signée le 13 juin 1863 par les plénipotentiaires de l'Empereur et du roi Victor-Emmanuel, et conçue dans le même esprit libéral que le traité de commerce qu'elle complète, entrera, selon toute probabilité, en vigueur à la même époque.

Avant de quitter l'Italie, mentionnons la récente proposition faite au Cabinet de Turin d'apporter d'un commun accord à la Convention sanitaire du 3 février 1852 des modifications destinées à adoucir la rigueur actuelle du régime des quarantaines applicables aux arrivages des pays où règne la fièvre jaune, tout en maintenant les garanties indispensables dans l'intérêt de la santé publique. Un arrangement conforme à ces vues permettrait à l'administration française d'étendre aux ports de la Méditerranée, au grand avantage du commerce, le bénéfice du décret impérial du 7 septembre dernier, dont l'application se trouve provisoirement limitée à nos ports de l'Océan et de la Manche. Les tendances éclairées de l'administration italienne nous autorisent à espérer un accueil favorable pour nos propositions.

C'est avec regret que le Gouvernement de l'Empereur se voit encore obligé de signaler les résistances qui retardent la mise à exécution des traités signés par la Prusse le 2 août 1862, et prolongent un état d'incertitude funeste aux relations commerciales de la France et de l'Allemagne. Le Gouvernement prussien, hâtons-nous de le dire, n'en est pas responsable, et nous ne faisons que lui rendre justice en constatant ici la loyale persévérance de ses efforts pour obtenir l'adhésion de ses coassociés aux engagements qu'il a contractés en leur nom; mais les démarches de sa diplomatie ont échoué jusqu'à ce jour. Il va faire un dernier appel à la conciliation, et, dans une conférence générale spécialement convoquée à Berlin, chercher à ramener les membres dissidents à une plus saine appréciation des intérêts, soit de l'Allemagne tout entière, soit des États considérés isolément.

Nous avons confiance dans cette suprême tentative, de laquelle dépend le sort du Zollverein; nous en souhaitons vivement le succès, tout en restant fidèles à la ligne de conduite que le Ministre des affaires étrangères traçait en

ces termes, dans sa dépêche du 23 mars dernier*), à M. le comte de Gabriac, chargé d'affaires de France à Munich, siége principal de l'opposition au pacte franco-prussien: „Je ne crois pas nécessaire de vous recommander, en même temps qu'une observation attentive, la réserve que comporte la nature du débat qui s'agite autour de vous. Nous pouvons le suivre, mais nous n'avons pas le droit d'y intervenir. Ce sont des questions d'intérieur, pour ainsi dire, auxquelles ne doit se mêler aucun élément étranger . . . Le Gouvernement de l'Empereur a la ferme intention de remplir, aux échéances et dans les conditions fixées par le traité du 2 août, ses engagements vis-à-vis de la Prusse et de ses coassociés; mais il est également résolu à n'admettre, pour atteindre ce résultat, que l'emploi de moyens compatibles avec les égards qu'il doit à des États indépendants. Il attend le succès, non d'une ingérence ou d'une pression contraire à ses propres sentiments, mais d'une conviction libre et éclairée."

C'est avec le même esprit de ménagement que le Cabinet impérial procède dans les négociations engagées entre la France et la Suisse. De ce côté aussi il rencontre de très-grandes difficultés dans la constitution particulière du pays avec lequel il traite, dans l'autonomie des cantons et la diversité des législations respectives; mais il conserve l'espoir de les applanir, et les plénipotentiaires de l'Empereur et du Gouvernement helvétique sont mutuellement animés de dispositions trop conciliantes pour que nous ne devions pas considérer comme prochaine la conclusion d'un arrangement qui donnera satisfaction, non-seulement aux besoins du commerce et de l'industrie, mais encore à des intérêts d'un ordre plus élevé.

Nous ne comptons pas moins sur l'heureuse issue des conférences qui vont s'ouvrir à Paris avec les délégués du Gouvernement de Suède et de Norvége. L'état d'isolement commercial dans lequel se trouvent encore aujourd'hui l'une vis-à-vis de l'autre la France et la Péninsule scandinave est aussi contraire à leurs intérêts matériels que peu conforme à l'intimité de leurs rapports politiques. Étroitement unies sur ce dernier terrain, elles ne sauraient rester en désaccord dans le domaine des idées et des faits économiques. C'est une contradiction que repoussent leurs sympathies mutuelles et que leurs Gouvernements sont également désireux de faire cesser. La réforme de nos tarifs, particulièrement favorable à la Suède et à la Norvége comme à tous les pays producteurs de matières premières, a préparé ce rapprochement que facilitent, d'un autre côté, les tendances plus libérales dont paraissent animées les Diètes des deux Royaumes.

Une convention additionnelle au Traité du 1er mai 1861 vient de compléter nos arrangements avec la Belgique. A ce nouvel acte se rattache la solution, depuis longtemps désirée par le Cabinet de Bruxelles, d'une importante question, celle du rachat des péages de l'Escaut. Aux termes du Traité signé le 19 avril 1839 entre la Belgique et les Pays-Bas, la navigation de ce fleuve était grevée de taxes perçues au profit du Trésor néerlandais, et que le Gouvernement belge, préoccupé des intérêts du port d'Anvers, avait consenti jusqu'à ce jour à rembourser aux navires étrangers; mais cette disposition, on le conçoit,

*) No. 959.

No. 917. Frankreich, 13. Nov. 1863.

ne pouvait être que temporaire; il devenait d'autant plus difficile de la maintenir que la navigation de l'Escaut, en se développant davantage, imposait aux finances de la Belgique une charge chaque année plus considérable. Aussi, profitant de la consécration que le principe de la liberté des fleuves avait reçue par l'abolition des péages du Sund et de Stade, le Gouvernement du Roi Léopold a demandé à la France et aux autres États maritimes intéressés de concourir, proportionnellement à l'importance de leur pavillon respectif, au rachat du péage par voie de capitalisation.

Le Gouvernement de l'Empereur a eu à se louer de l'empressement avec lequel, à sa demande, la Hollande, ainsi que la Belgique et l'Angleterre, qui forment les principaux pays producteurs de sucres raffinés, ont consenti à rechercher ensemble les moyens de supprimer la prime de sortie généralement comprise dans le *drawback* accordé à l'exportation de ces produits, et qui leur impose à tous, au profit des consommateurs étrangers, de lourds sacrifices de trésorerie. Cette pensée a reçu un commencement de réalisation. Des délégués désignés par les Gouvernements précités se sont réunis en conférence internationale à Paris, sous la présidence de M. le directeur général des douanes et des contributions indirectes. La mission qui leur était confiée consistant uniquement à élucider les questions complexes que soulève la divergence des législations étrangères sur les sucres, les travaux auxquels ils se sont livrés ne pouvaient aboutir à un résultat immédiat et pratique; mais du moins ont-ils préparé les voies à un rapprochement et facilité l'entente ultérieure, qui ne saura manquer de s'établir lorsque le moment sera venu de faire de cette importante matière l'objet d'une négociation définitive.

Le Traité du 25 juillet 1840, dont un illustre homme d'État, si justement regretté par la France entière, M. Billault, fut un des négociateurs, continue de régler les relations commerciales et maritimes de la France et des Pays-Bas. A l'époque où il fut conclu, il pouvait être accueilli comme un progrès; mais, depuis la transformation opérée dans le système économique des deux pays, il a naturellement cessé d'être en rapport avec leurs besoins et leurs aspirations. Aussi le Gouvernement de l'Empereur et le Cabinet de la Haye sont-ils tombés d'accord sur la nécessité de le reviser dans un sens libéral. Malheureusement, ce travail de remaniement soulève, dans l'application, des difficultés qui tiennent au régime financier même des Pays-Bas, et dont la solution peut se faire attendre. Toutefois, en accédant dès à présent à la modification d'une des clauses du Traité de 1840, nous avons facilité au Gouvernement néerlandais le moyen de procéder à la réforme de son système de droits d'accise, qui constituait un des principaux obstacles à une entente avec la France. En vertu d'une déclaration échangée le 1er février 1863, la surtaxe de consommation intérieure que nos alcools avaient à supporter en Hollande a été remplacée par un droit de douane inférieur à cette surtaxe, et, de leur côté, les alcools d'origine néerlandaise ont été admis en France au bénéfice du tarif conventionnel applicable aux produits similaires anglais et belges.

Le Gouvernement de l'Empereur ne pouvait refuser d'accueillir une proposition qui avait pour elle la double autorité des principes et des faits, et

qui répondait d'ailleurs aux dispositions générales de son nouveau régime économique; mais, en même temps qu'il déférait au voeu qui lui était exprimé par une Puissance amie, il n'a pas cru pouvoir souscrire, sans compensation, au sacrifice de trésorerie qui devait être la conséquence de son acquiescement, et il a saisi cette occasion pour résoudre, au profit du commerce français, un certain nombre de questions restées en suspens. C'est ainsi qu'indépendamment de la réduction des droits de pilotage et des taxes locales établies par la ville d'Anvers, de la suppression des droits de tonnage et de divers dégrèvements sur les droits de douane, il a obtenu deux concessions importantes, la franchise d'entrée pour les sels bruts importés par les voies navigables, et la faculté, pour les importateurs de tissus de laine, d'opter entre la taxe *ad valorem* de $15^0/_0$ et un droit spécifique de 200 frs. par 100 kilogrammes, qui, pour la presque totalité de nos tissus, pour nos draps notamment, constitue une notable amélioration du régime antérieur.

La jonction très-prochaine des chemins de fer français avec les lignes espagnoles doit rendre encore plus fréquentes et plus étroites nos relations avec la Péninsule. Il est donc à désirer que ces rapports naturels ne soient point entravés par les obstacles que le tarif des douanes d'Espagne a opposés jusqu'ici à leur développement. Nous regrettons de ne pouvoir annoncer la réalisation des espérances que nous avait fait concevoir le progrès si remarquable qui se manifeste, de l'autre côté des Pyrénées, dans l'étude des questions économiques. Invoquant tout à la fois le pacte de famille et les droits qu'il nous confère, notre fidèle observation des engagements du passé et les titres nouveaux que de récentes concessions nous ont créés à un traitement plus libéral, nous avons vivement insisté auprès du Cabinet de Madrid, soit pour obtenir des facilités plus grandes en faveur de nos services de navigation internationaux, soit pour amener la révision d'un régime qui soumet à des surtaxes élevées ou à des formalités onéreuses la plupart des produits importés sous pavillon français. Nos réclamations ont été d'autant plus pressantes que, dans notre conviction, l'Espagne serait la première appelée à recueillir le bénéfice d'une réforme douanière. Bien que ces démarches n'aient point amené de résultats immédiats, nous nous plaisons à croire qu'elles ne resteront pas sans effet. Déjà, des projets de dégrèvement ont été préparés par le Gouvernement de Sa Majesté Catholique. L'adoption de ces mesures faciliterait la négociation si désirable d'arrangements commerciaux entre la France et l'Espagne. En attendant, nous demandons, dans un intérêt commun, un adoucissement au régime actuel de l'importation par terre, dont le maintien aurait pour conséquence d'annuler en grande partie les avantages que les deux pays doivent se promettre de la réunion de leurs voies ferrées.

Nous pouvons signaler, comme un premier pas fait vers des réformes profitables au mouvement des relations internationales, la suppression des passeports entre la France et l'Espagne, à partir du mois de janvier dernier.

Notre commerce avec l'Orient continue de se développer à la faveur des conventions conclues avec la Turquie et la Perse. Nos sériciculteurs commencent à s'adresser à ce dernier pays pour les approvisionnements de graines de vers à soie, dont la libre exportation a été consentie par le Gouvernement persan, à la suite des démarches de la légation de l'Empereur à Téhéran.

No. 917. Frankreich, 13. Nov. 1863.

En Turquie, nous nous plaisons à constater le progrès d'entreprises dans lesquelles de grands intérêts français se trouvent engagés. L'administration des phares ottomans, sous l'habile direction d'un ancien capitaine de notre marine, poursuit, sur les côtes de la mer Noire et de l'Archipel, l'organisation de services d'éclairage qui assurent, dans ces parages, à la navigation de toutes les nations une sécurité inconnue jusqu'ici.

En Égypte, le mouvement d'affaires que favorisent la facilité et la rapidité des communications avec cette contrée prend des proportions chaque jour plus considérables; le développement de ces intérêts et l'accroissement continu de la population française n'ont pu que rendre plus évidente la nécessité déjà signalée de pourvoir, à Alexandrie notamment, par l'adjonction au tribunal consulaire d'un magistrat spécial, à toutes les exigences d'une bonne administration de la justice. Sur le rapport que le ministre des affaires étrangères a soumis à l'Empereur pour lui exposer les résultats de l'enquête à laquelle son département avait déjà procédé à ce sujet*), Sa Majesté a bien voulu déférer à une commission, composée de membres des grands corps de l'État et de fonctionnaires des ministères de la justice et des affaires étrangères, l'étude des modifications qu'il semblait utile d'apporter à l'exercice de la juridiction consulaire en Orient. Cette commission, à la suite d'un examen approfondi, a préparé un projet de règlement consacrant, en principe, l'institution d'un magistrat qui, en cas d'absence ou d'empêchement du consul, pourra remplir les fonctions judiciaires attribuées par la loi à cet agent dans les échelles du Levant et de Barbarie. Ce projet de règlement, d'après les ordres de l'Empereur, a été renvoyé au conseil d'État.

Pendant que la lutte intestine qui épuise les États-Unis y restreint chaque jour la consommation des produits français, et que nos agents diplomatiques et consulaires s'efforcent, avec un dévouement qui ne se décourage pas, de faire atténuer la rigueur des mesures dont peuvent avoir à souffrir leurs nationaux, le Gouvernement de l'Empereur travaille activement à procurer, dans une région voisine, une ample compensation à notre commerce si cruellement éprouvé de l'autre côté de l'Atlantique. Le rétablissement de l'ordre au Mexique ne peut manquer d'imprimer aux échanges du nouvel Empire avec l'Europe un essor dont nos négociants et nos industriels devraient être les premiers à profiter. Pour leur en faciliter les moyens, le département des affaires étrangères, guidé par les utiles indications du ministère du commerce, fait recueillir en ce moment un ensemble d'informations propres à répandre dans nos centres manufacturiers la connaissance des besoins et des goûts des consommateurs mexicains. Ces notions spéciales et le remaniement probable du tarif actuel, qui déjà, du reste, a été provisoirement modifié dans un sens libéral, permettront au commerce français d'exploiter avec avantage un marché qui se rouvre à ses spéculations sous des auspices exceptionnellement favorables.

La situation intérieure de la Nouvelle-Grenade et du Venezuela n'a pu que nuire au développement de nos échanges avec ces deux républiques. Nous avons eu à réclamer, dans l'une, contre d'injustifiables entraves apportées à l'en-

---

*) No. 963.

trée en fonctions de nos consuls; dans l'autre, contre des aggravations de tarif préjudiciables à nos importations.

Notre traité consulaire avec le Brésil continue à porter ses fruits, et l'utilité des clauses qu'il renferme est si généralement appréciée, que les Puissances étrangères le prennent pour modèle des arrangements analogues qu'elles négocient avec cet Empire. Il rencontre bien sur quelque point, particulièrement dans les provinces éloignées de la capitale, des résistances intéressées; mais l'esprit éclairé et conciliant, que le Cabinet de Rio apporte dans l'interprétation de cette convention, contribue à faciliter la solution amiable des questions restées indécises et l'introduction dans la pratique des améliorations suggérées par l'expérience.

Les événements politiques qui sont venus troubler inopinément la prospérité de l'État de l'Uruguay ont fait suspendre la négociation commencée d'un traité complet et définitif de commerce et de navigation entre la France et cette République. Le plénipotentiaire de l'Empereur a dû se borner à signer un acte qui remet en vigueur la convention préliminaire du 8 avril 1836.

Les circonstances ne se sont pas prêtées davantage à la conclusion d'un arrangement commercial avec la république Argentine. Mais nous ne renonçons pas à l'espoir de faire accepter, dans un terme assez prochain, par le Gouvernement de Buenos Ayres, un ensemble de stipulations qui assurera des garanties efficaces à nos nationaux et aux agents chargés de les protéger.

Un accord récemment intervenu avec le Chili élargit le cercle des opérations permises aux navires français et chiliens faisant l'intercourse entre les deux pays. Les uns et les autres pourront désormais, sans perdre leur droit au traitement national, prendre ou décharger des marchandises dans les ports étrangers intermédiaires.

Le Gouvernement de l'Empereur, dont on connaît la sollicitude pour les besoins de l'agriculture, ne perd point de vue le juste intérêt qu'elle attache à obtenir une réduction dans le prix de vente du guano en France. Il a soumis dans ce but au Gouvernement péruvien une combinaison qui, tout en conservant à ses finances une ressource nécessaire, favorise, par le stimulant du bon marché, l'emploi d'un engrais de plus en plus apprécié dans l'économie rurale.

L'introduction au Pérou d'un système monétaire semblable au nôtre promet d'être particulièrement avantageux à notre commerce; mais une des mesures d'exécution qui ont accompagné cette utile réforme a soulevé, de la part de nos nationaux, des réclamations que le Gouvernement de l'Empereur, plein de confiance dans l'équité du Cabinet de Lima, s'est empressé de déférer à son examen.

Il a fait également appel à ses sentiments de justice pour obtenir la répression d'abus odieux dont avaient été victimes des canaques, sujets ou protégés français, enlevés par fraude ou par violence dans les îles de la Polynésie et transportés dans les exploitations agricoles du Pérou, où leur misérable situation n'a pas tardé à être connue de notre chargé d'affaires. Ces actes de traite et de piraterie, mal dissimulés sous le nom de recrutement de travailleurs, nécessitaient une réparation. Le général Pezet a honorablement inauguré son administration par la mise en jugement des principaux coupables, et par le renvoi des canaques survivants dans leur pays aux frais du Trésor péruvien.

No. 917. Frankreich, 13. Nov. 1863.

Frappé de l'importance progressive de nos relations commerciales avec l'extrême Orient, le Gouvernement de l'Empereur n'a rien négligé pour en seconder le développement. Il s'occupe aujourd'hui de réglementer l'emploi de notre pavillon dans la navigation côtière et fluviale de la Chine, et d'établir, sur les terrains affectés dans les principales villes chinoises à la résidence de nos nationaux, un régime qui, sans porter atteinte aux droits de souveraineté du Gouvernement territorial, affermira la juridiction de nos consuls et fera jouir chaque communauté française de la liberté d'action nécessaire pour s'administrer elle-même.

Au Japon, l'attente d'un dénoûment favorable à la reprise des affaires n'empêche pas notre administration d'aviser dès à présent aux moyens de consolider nos rapports avec cette intéressante contrée, où notre industrie des soies trouve un si précieux approvisionnement. Le département des affaires étrangères et celui des finances étudient une combinaison qui permettra d'étendre jusqu'aux ports japonais le réseau de notre navigation à vapeur dans les mers de l'Indo-Chine.

Un traité de paix et d'amitié signée l'année dernière à Saïgon a posé les bases générales de notre droit conventionnel avec la Cochinchine. Il reste à développer les conséquences de cet acte et à le compléter par une convention de commerce et de navigation. Le séjour des ambassadeurs annamites à Paris est mis à profit pour la négocier.

Les tristes événements survenus à Madagascar ont jusqu'à ce jour privé notre commerce des avantages que lui promettait le traité du 12 septembre 1862. Ce retard est d'autant plus regrettable que toutes les nations civilisées étaient appelées à concourir à l'accomplissement des projets de colonisation tentés sous les auspices de la France. Le Gouvernement de l'Empereur a voulu, en effet, donner à cette grande entreprise un caractère international qui exclût toute idée de monopole.

L'administration française s'est prêtée avec empressement à toutes les mesures qui lui ont paru pouvoir contribuer au développement des relations entre les divers peuples du monde. C'est ainsi qu'il a échangé, le 11 avril dernier, avec le Cabinet de Bruxelles, le 31 août avec le Gouvernement néerlandais deux déclarations qui ont abaissé les taxes des correspondances télégraphiques entre la France, d'une part, et, de l'autre, la Belgique et le grand-duché de Luxembourg.

Enfin, il n'a pas hésité à accueillir avec faveur un projet de télégraphe sous-marin destiné à effectuer, par la voie, relativement facile, des îles du cap Vert et du Brésil, une communication électrique entre l'Europe et le continent américain. L'adhésion donnée à la proposition dont il avait pris l'initiative, par les Puissances les plus directement intéressées à l'établissement de cette ligne, lui a permis de réunir à Paris une conférence qui a été présidée par le ministre des affaires étrangères, et dans laquelle se sont fait représenter le Brésil, le Danemark, l'Espagne, l'Italie, le Portugal et la république d'Haïti. La conférence, après avoir reconnu que le projet offrait des chances sérieuses de réussite, a rédigé les clauses d'une convention déterminant la nature et les conditions du concours que chaque Puissance s'engagerait à prêter à l'entreprise. Cet acte est en ce moment soumis à l'approbation des Gouvernements respectifs.

Le développement considérable du mouvement maritime sur tous les points du globe, les changements apportés dans la construction et les dimensions des navires, l'application de plus en plus générale de la vapeur à la navigation, ont fait reconnaître la nécessité de reviser les règles suivies jusqu'à présent pour prévenir les abordages et mer, et surtout de leur donner l'uniformité qui seule peut les rendre efficaces. Préoccupés de ce grand intérêt d'humanité, les deux Gouvernements de France et d'Angleterre ont chargé les services compétents d'élaborer un projet de règlement général, qu'ils ont fait présenter de concert, par leurs agents diplomatiques, à l'approbation de toutes les Puissances maritimes. La plupart d'entre elles ont déjà fait connaître leur acquiescement à ce règlement, qui aura désormais le caractère et la force d'une loi internationale.

No. 917. Frankreich, 13. Nov. 1863.

No. 918*).

FRANKREICH. — Der Kaiser an die Souveräne Europa's. — Einladung zu einem Congresse. —

No. 918. Frankreich, 4. Nov. 1863.

..... En présence des événements qui, chaque jour, surgissent et se pressent, je crois indispensable de dire toute ma pensée aux Souverains auxquels est confiée la destinée des peuples.

Toutes les fois que de profondes secousses ont ébranlé les bases et déplacé les limites des États, il est survenu des transactions solennelles pour coordonner les éléments nouveaux et consacrer, en les revisant, les transformations accomplies. Tel a été l'objet du traité de Westphalie au 17e siècle et des négociations de Vienne en 1815. C'est sur ce dernier fondement que repose aujourd'hui l'édifice politique de l'Europe; et cependant, Vote Majesté ne l'ignore pas, il s'écroule de toutes parts.

Si l'on considère attentivement la situation des divers pays, il est impossible de ne pas reconnaître que, presque sur tous les points, les traités de Vienne sont détruits, modifiés, méconnus ou menacés. De là des devoirs sans règle, des droits sans titre et des prétentions sans frein. Péril d'autant plus redoutable que les perfectionnements amenés par la civilisation qui a lié les peuples entre eux par la solidarité des intérêts matériels rendraient la guerre plus destructive encore.

C'est là un sujet de graves méditations. N'attendons pas pour prendre un parti que des événements soudains, irrésistibles, troublent notre jugement et nous entraînent, malgré nous, dans des directions contraires. Je viens donc proposer à Votre Majesté de régler le présent et d'assurer l'avenir dans un Congrès.

Appelé au Trône par la Providence et par la volonté du peuple français, mais élevé à l'école de l'adversité, il m'est peut-être moins permis qu'à un autre d'ignorer et les droits des souverains es les légitimes aspirations des peuples. Aussi je suis prêt, sans système préconçu, à porter dans un conseil international

*) Die folgenden Actenstücke bis No. 963 incl. bilden die officielle Sammlung der „Documents Diplomatiques, 1863" (das s. g. gelbe Buch).

No. 918. Frankreich, 4. Nov. 1863.

l'esprit de modération et de justice, partage ordinaire de ceux qui ont subi tant d'épreuves diverses.

Si je prends l'initiative d'une semblable ouverture, je ne cède pas à un mouvement de vanité; mais comme je suis le Souverain auquel on a prêté le plus de projets ambitieux, j'ai à coeur de prouver par cette démarche franche et loyale que mon unique but est d'arriver sans secousse à la pacification de l'Europe. Si cette proposition est accueillie, je prie Votre Majesté d'accepter Paris comme lieu de réunion.

Dans le cas où les Princes alliés ou amis de la France jugeraient convenable de rehausser par leur présence l'autorité des délibérations, je serais fier de leur offrir une cordiale hospitalité. L'Europe verrait peut-être quelque avantage à ce que la capitale d'òù est parti tant de fois le signal des bouleversements devînt le siége des conférences destinées à jeter les bases d'une pacification générale.

Je saisis cette occasion, etc. etc.

Écrit à Paris, le 4 novembre de l'an de grâce 1863.

Napoléon.

Contre-signé: **Drouyn de Lhuys.**

No. 919.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserlichen Botschafter in London. — Die englische Depesche nach St. Petersburg vom 2. März 1863 betreffend. [No. 685]. —

Paris, le 4 mars 1863.

No. 919. Frankreich, 4. März 1863.

Monsieur le Baron, lord Cowley m'a communiqué une dépêche, en date du 2 mars, destinée à l'ambassadeur de S. M. Britannique à Saint-Pétersbourg. Elle l'invite à appeler l'attention de la Cour de Russie sur les causes de l'insurrection actuelle, qui, dans l'opinion du Cabinet de Londres, dérive surtout de la condition politique faite au Royaume de Pologne depuis 1832. En qualité de partie contractante aux Traités de 1815 et de grande Puissance européenne, l'Angleterre se considère comme autorisée à manifester son sentiment à ce sujet. Elle conseille, en conséquence, à l'Empereur Alexandre de proclamer une amnistie immédiate et de remettre le Royaume de Pologne en possession des priviléges politiques et civils qui lui ont été accordés en exécution des stipulations de Vienne. Nous avions déjà, depuis que la convention du 8 février nous est connue, exprimé à Saint-Pétersbourg des pensées analogues à celles qui sont développées dans la dépêche de lord Russell, et l'ambassadeur de Sa Majesté en Russie continuera à tenir le même langage.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Baron **Gros,** *Londres.*

No. 920.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Uebereinstimmung mit den Ansichten der engl. Regierung in Betreff Polens. —

No. 920. Frankreich, 7. März 1863.

Paris, le 7 mars 1863.

Monsieur le Baron, M. Grey, chargé d'affaires d'Angleterre pendant l'absence momentanée de lord Cowley, m'a fait une communication dont voici la substance. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a été profondément affligé des actes de violence dont la Pologne est le théâtre. Il a recherché la cause de ces calamités, et, dans sa conviction, elles doivent être attribuées au mécontentement produit par le retrait des droits stipulés en faveur des Polonais au Congrès de Vienne. Le plus sûr moyen d'arrêter l'effusion du sang et de prévenir des événements qui pourraient mettre en danger la paix de l'Europe serait de donner au Royaume de Pologne une diète et une administration nationales. Ces mesures ne feraient que répondre au voeu des Traités. Il appartient donc aux Puissances qui les ont signés d'agir en ce sens à Saint-Pétersbourg, et, suivant lord Russell, une représentation, qui serait rédigée d'ailleurs en termes dont la dignité de la Russie ne saurait être blessée, pourrait exercer la plus heureuse influence sur les résolutions de cette Cour. ¶ En conséquence, le Cabinet anglais se propose d'adresser une dépêche conçue dans cet esprit à ses agents diplomatiques auprès des Gouvernements signataires du Traité du 9 juin 1815. ¶ Vous connaissez, Monsieur le Baron, la manière de voir du Gouvernement de l'Empereur. Ainsi que j'ai eu l'honneur de vous le dire, M. le duc de Montebello a été invité dès le principe à recommander à la Cour de Russie une politique de réparation et de progrès. Je lui ai en outre transmis la communication dont M. l'ambassadeur d'Angleterre à Saint-Pétersbourg est chargé de laisser copie entre les mains de M. le prince Gortchacoff. Le représentant de Sa Majesté en Russie continuera donc de s'exprimer dans un sens conforme au langage que le Cabinet de Londres, de son côté, a jugé opportun de faire entendre. ¶ Quant à la forme à donner à la démarche proposée par lord Russell, l'initiative que nous avions prise lorsque nous avons été informés de la Convention du 8 février prouve l'importance que nous attachons à une entente avec les autres Cours. L'affaire de Pologne est une question d'ordre public européen qui intéresse à ce titre tous les Cabinets, et nous ne pourrions que nous féliciter de les voir s'associer aux vues qui dirigent notre politique. La pensée du Gouvernement anglais ne soulève donc, de notre part, aucune objection, et si les Puissances adhéraient à ses ouvertures, nous serions prêts nous-mêmes à donner notre assentiment à une manifestation collective.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Baron **Gros**, *Londres*.

No. 921.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in St. Petersburg. — Den englischen Vorschlag eines Collectiv-Schritts betr. —

Paris, le 9 mars 1863.

No. 921. Frankreich, 9. März 1863.

Monsieur le Duc, depuis mon expédition du 3 de ce mois, qui renferme la communication que lord Napier est chargé de remettre à M. le prince Gortchacoff, le Gouvernement anglais a insisté avec nous sur les affaires de Pologne. Il est d'avis qu'une démarche basée sur les stipulations des Traités aurait plus d'autorité si elle était accomplie collectivement par les Puissances qui les ont signés. La dépêche ci-jointe*), que j'ai adressée à M. le baron Gros, en date du 7 de ce mois, vous instruira de la réponse que j'ai faite à cette proposition. Je n'ai pas pensé que vous dussiez donner à vos conseils la forme d'une communication officielle; mais le Cabinet de Saint-Pétersbourg comprendra que, dans le cas où les Puissances qui ont concouru au Traité général de Vienne adhéreraient à la proposition du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, nous ne pourrions refuser de nous y associer. Si donc, ainsi que nous en avons l'espoir, la Cour de Russie est disposée à entrer dans la voie des concessions, elle jugera peut-être opportun de ne pas attendre cette manifestation, et nous serions les premiers à la féliciter de l'usage qu'elle ferait de son initiative pour rendre superflue toute représentation de la nature de celle que le Cabinet anglais se propose de provoquer.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Duc de **Montebello**, *St.-Pétersbourg.*

No. 922.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in St. Petersburg. — Wunsch nach grösserer Nachgiebigkeit der russischen Regierung in Betreff Polens. —

Paris, le 16 mars 1863.

No. 922. Frankreich, 16. März 1863.

Monsieur le Duc, aussitôt que la signature de la convention de Saint-Pétersbourg est venue saisir les Cabinets de la question polonaise, je me suis empressé de vous instruire des réflexions que les événements nous suggéraient, et de vous indiquer le langage que vous aviez à tenir à M. le prince Gortchacoff. Depuis ma dépêche du 18 du mois dernier**) je suis, à diverses reprises, revenu avec vous sur ce sujet, en vous invitant à recommander au Gouvernement russe une politique réparatrice et à le pressentir sur les concessions qu'il serait disposé à faire à l'intérêt général. ¶ Mes entretiens avec M. le baron de Budberg ne donnent malheureusement que bien peu d'espoir d'obtenir de la Russie des concessions de nature à calmer les esprits. L'intention de l'Empereur

---

*) No. 920.

**) No. 593.

Alexandre serait, après avoir vaincu l'insurrection, de proclamer une amnistie dont les chefs seuls seraient exclus. Sa Majesté ne retirerait aucune des concessions qu'elle a faites aux Polonais, et elle se proposerait de leur accorder une certaine part dans la direction de leurs intérêts matériels, avantages qui seraient susceptibles d'une extension ultérieure. ¶ Nous devons prendre acte de ces dispositions bienveillantes; mais il y a lieu d'appréhender qu'elles ne soient pas suffisantes pour apaiser les troubles actuels. En effet, lorsque les Polonais se sont soulevés, ils étaient déjà en possession des institutions que l'on promet de leur conserver. Le maintien de ces institutions, avec la perspective même d'une participation plus étendue aux affaires du pays, dans l'ordre des intérêts matériels, est très-loin de répondre aux nécessités présentes, et je ne saurais vous cacher combien nous regretterions que la Cour de Russie n'apportât pas un remède plus efficace à un mal aussi profond.

No. 922. Frankreich, 16. März 1863.

Drouyn de Lhuys.

P. S. J'apprends à l'instant que le prince Gortchacoff a répondu à la dépêche de lord Russell du 2 mars. Cette réponse a été verbale. Le Cabinet de Saint-Pétersbourg réfute les assertions du principal secrétaire d'État et repousse les conseils qui sont donnés à la Russie au nom du Gouvernement anglais.

Mr. le Duc de **Montebello**, *St.-Pétersbourg.*

No. 923.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Eine Unterredung mit Lord Cowley über d. gemeinschaftlich mit Oesterreich in St. Petersburg zu machenden Vorstellungen betr. —

Paris, le 24 mars 1863.

Monsieur le Baron, j'ai eu hier avec lord Cowley un nouvel entretien au sujet des événements de Pologne. Lorsque M. l'ambassadeur d'Angleterre m'avait parlé du désir du Cabinet de Londres de s'entendre avec nous sur ce qu'il pouvait convenir de faire pour remplir les devoirs qui incombent aux Puissances, je m'étais attaché à faire ressortir l'intérêt que nous avons, si nous voulons rendre notre action véritablement efficace, à obtenir le concours de l'Autriche, et je vous ai exposé, en substance, les considérations que j'avais fait valoir. Lord Cowley a reconnu avec moi toute l'importance qu'il y a lieu d'attacher à la participation du Cabinet autrichien. Le Gouvernement anglais incline à penser qu'il conviendrait de proposer d'abord à Vienne de simples représentations que les trois Puissances adresseraient au Cabinet de Saint-Pétersbourg. Je n'ai point repoussé l'idée qui m'était suggérée. ¶ Il serait aisé, au surplus, de trouver les éléments d'une communication également acceptable pour les trois Puissances. Les observations qui se présentent d'elles-mêmes, si l'on envisage la question polonaise du point de vue européen, en feraient le sujet. Nous pourrions constater que l'insurrection actuelle vient une fois de plus démontrer la gravité de la situation créée au Royaume de Pologne. Ces

No. 923. Frankreich, 24. März 1863.

No. 923. Frankreich, 24. März 1863. convulsions périodiques sont le symptôme d'un mal invétéré et tiennent évidemment à des causes permanentes. Les conséquences en sont d'ailleurs fâcheuses pour l'Europe comme pour les contrées elles-mêmes qui ont à souffrir plus directement de ces conflits. Lorsqu'ils éclatent, ils ont inévitablement pour effet d'agiter partout l'opinion, d'inquiéter les Cabinets, de troubler leurs rapports et de faire naître de regrettables complications. En signalant cet état de choses au Gouvernement russe, les trois Cours appelleraient son attention sur l'opportunité d'aviser aux moyens d'y mettre un terme et de replacer la Pologne dans les conditions d'une paix durable. ¶ Telles sont, Monsieur le Baron, les idées principales sur lesquelles devrait porter, à mon sens, la démarche que la France, l'Autriche et la Grande-Bretagne seraient appelées à accomplir de concert. Je les ai indiquées à lord Cowley. Vous remarquerez que je me suis abstenu de rappeler les Traités de 1815, et que je ne propose pas d'insister dans la note que nous ferions parvenir à la Cour de Russie sur un retour à l'exécution des actes du Congrès de Vienne. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, par sa dépêche du 2 mars, a abordé ce sujet à Saint-Pétersbourg. L'accueil fait à sa communication ne saurait nous laisser de doutes sur les objections qui nous seraient opposées. Le Cabinet russe ne manquerait pas de s'en référer à l'argumentation que M. le prince Gortchacoff a développée dans sa réponse à lord Napier. D'autre part, nous connaissons également les dispositions du Cabinet de Vienne sur ce point; nous savons qu'il a décliné les ouvertures faites par le Gouvernement anglais aux Puissances signataires des Traités de 1815, et sa position lui rend difficile, en effet, de s'associer à une démarche qui serait expressément motivée sur ces stipulations.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Baron **Gros**, *Londres.*

No. 924.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die kais. diplom. Agenten im Auslande. — Die Stellung Oesterreichs zur polnischen Frage betr. —

Paris, le 24 mars 1863.

No. 924. Frankreich, 24. März 1863. M . . . . ., on a beaucoup parlé du voyage que vient de faire le prince de Metternich. M. l'ambassadeur d'Autriche s'est, en effet, rendu à Vienne sur l'appel spontané de son Souverain. Les événements de Pologne, qui intéressent si immédiatement l'Autriche, ont produit en Europe une émotion générale; et l'on comprend que le Cabinet de Vienne ait voulu faire connaître plus intimement à son représentant à Paris, en conférant directement avec lui, la pensée qui dirige sa politique, en même temps qu'il pouvait désirer recueillir, de la bouche même de son ambassadeur, les impressions du Gouvernement de l'Empereur. M. le prince de Metternich est de retour, et ses premières paroles répondent à ce que nous pouvions attendre de la sagesse de sa Cour et de ses dispositions amicales. Le Gouvernement autrichien maintient l'attitude qu'il a prise et à laquelle nous avons sincèrement applaudi. Décidé à ne pas dévier de la ligne de conduite

qu'il a adoptée et qui distingue cette attitude de celle de la Russie et de la Prusse, sa position particulière à l'égard de la Pologne lui impose cependant une circonspection dont il est certainement du droit d'un Gouvernement prévoyant de ne pas se départir, et, sans devancer les événements, il s'en remet à eux du soin de lui inspirer ses résolutions ultérieures,

No. 924. Frankreich, 24. März 1863.

Drouyn de Lhuys.

No. 925.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in Wien. — Uebermittlung der nach St. Petersburg abzusendenden französischen Depesche. —

Paris, le 8 avril 1863.

Monsieur le Duc, M. le prince de Metternich m'avait remis le projet de dépêche que le Cabinet de Vienne se propose d'adresser au chargé d'affaires d'Autriche à Saint-Pétersbourg. Vous avez très-justement apprécié les observations que ce document devait nous suggérer. Tout en reproduisant les idées que nous avons indiquées d'une manière générale, il ne répondait pas entièrement à notre attente. Nous lui reprochions surtout de paraître destiné à servir simplement de thème à des observations verbales; mais M. le comte de Rechberg ayant reconnu la convenance d'en faire l'objet d'une communication officielle, notre principale objection se trouve écartée. ¶ Je vous envoie la dépêche du Gouvernement de l'Empereur. Je vous prie d'en donner connaissance à M. le comte de Rechberg. Notre intention est de l'adresser à Saint-Pétersbourg par un courrier que j'expédierai le 10 de ce mois.

No. 925. Frankreich, 8. April 1863.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Duc **de Grammont**, *Vienne.*

In der officiellen Sammlung folgen hier:

Depesche des kais. französ. Min. d. Ausw. an den kais. Botschafter in St. Petersburg, vom 10. April 1863. Staatsarchiv Nr. 705.

Depesche des kön. grossbrit. Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in St. Petersburg, vom 10. April 1863 (in franz. Uebersetzung). Staatsarchiv Nr. 708.

Depesche des kais. österr. Min. d. Ausw. an den kais. Geschäftsträger in St. Petersburg, vom 12. April 1863. Staatsarchiv No. 711.

No. 926.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in St. Petersburg. — Eine Unterredung mit dem Baron v. Budberg über Polen betr. —

Paris, le 16 avril 1863.

Monsieur le Duc, l'amnistie qui vient d'être promulguée par S. M. l'Empereur Alexandre et les promesses dont elle est accompagnée ont fourni à M. le baron de Budberg l'occasion de revenir avec moi, il y a quelques jours, sur les dispositions de la Cour de Russie envers la Pologne. M. de Budberg a

No. 926. Frankreich, 16. April 1863.

No. 926. Frankreich, 16. April 1863.

reproduit les explications qu'il m'avait déjà données à ce sujet et sur lesquelles, de mon côté, je vous ai exprimé mon opinion. M. l'ambassadeur de Russie a en même temps amené l'entretien sur la démarche concertée entre la France, l'Angleterre et l'Autriche. ¶ A ce moment, les communications simultanées n'étaient pas encore parvenues à Saint-Pétersbourg. J'ai cru pressentir la pensée de mon interlocuteur, et je lui ai dit que les résolutions annoncées par le Gouvernement russe, tout en méritant assurément l'approbation, ne pouvaient nous empêcher de donner suite aux instructions qui vous étaient adressées. Lorsque nous avons arrêté les termes de notre communication, nous n'ignorions point les intentions que le manifeste du 12 avril a rendues publiques. Le Cabinet de Saint-Pétersbourg avait bien voulu nous les faire connaître antérieurement. Ses assurances avaient pour nous toute la valeur d'une certitude. Nous n'en avions pas moins jugé nécessaire de présenter à la Cour de Russie nos observations. L'état des choses n'a pas changé pour le Gouvernement de l'Empereur; et les communications qui nous ont paru opportunes avant cet incident n'ont malheureusement pas cessé de l'être. ¶ Il y a trois mois, les Polonais étaient en possession des institutions que le Gouvernement russe s'engage à leur maintenir. Ainsi qu'aujourd'hui, elles leur étaient représentées comme renfermant les germes de développements futurs. Ces promesses n'ont pas suffi pour prévenir l'insurrection, et l'on s'explique que les Polonais soient peu portés à rattacher des espérances sérieuses à des institutions sous le régime desquelles la mesure du recrutement a pu être adoptée. ¶ M. l'ambassadeur de Russie m'a objecté que notre communication, d'après ce qu'il en savait, ne paraissait pas préciser ce que nous désirons pour la Pologne; que nous nous bornions à invoquer les lois de l'humanité et les intérêts européens; enfin, que les traités de 1815 pouvaient offrir un point de départ pour la discussion, mais que les vues générales dans lesquelles nous nous renfermions n'indiquaient aucune solution déterminée. ¶ J'ai répondu en exposant à M. le baron de Budberg les raisons de diverse nature auxquelles nous avons obéi. Nous avons été guidés par un sentiment de déférence pour le Cabinet de Saint-Pétersbourg comme par les convenances de notre propre position. Nous avons pensé que plus notre langage accorderait de latitude à l'initiative de la Russie, mieux il témoignerait de nos égards pour cette Puissance. L'accueil fait à la dépêche du Gouvernement anglais du 2 mars, basée sur les traités de 1815, ne nous encourageait pas à nous placer sur ce terrain. Le Cabinet de Londres a pu y revenir dans sa nouvelle communication pour ne pas paraître adhérer par son silence aux fins de non-recevoir qui lui avaient été opposées; nous n'avions pas les mêmes motifs de nous engager dans cet ordre d'idées. ¶ Nous nous sommes donc abstenus d'invoquer les stipulations de 1815. Mais le Cabinet de Saint-Pétersbourg serait-il fondé à nous blâmer aujourd'hui de n'avoir pas imité ce que, dans le commencement du mois dernier, il reprochait au Gouvernement anglais d'avoir fait? ¶ Ne voulant donc ni rouvrir un débat que la Russie n'avait pas accepté, ni prendre sur nous de lui tracer un plan de conduite explicitement formulé, nous nous sommes bornés à signaler les souffrances invétérées de la Pologne, en constatant l'urgence de mesures propres à y mettre définitivement un terme, et à écarter les dangers qui en résultent pour l'Europe. ¶ M. le baron de Bud-

berg m'a déclaré que la Russie reconnaissait comme nous l'existence du mal. Nous ne pouvons que nous en féliciter sincèrement, Monsieur le Duc, car la reconnaissance du mal est le premier pas vers la recherche du remède; mais c'est surtout à ce but que doivent tendre tous les efforts du Cabinet de Saint-Pétersbourg. Les communications des trois Cours ont pour principal objet de l'y convier. Nous voulons espérer que leurs voeux n'auront pas été inutiles, et que la Russie puisera ses résolutions dans ces principes immuables de justice et d'équité qui sont aujourd'hui la loi commune des Gouvernements.

No. 926. Frankreich, 16. April 1863.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Duc de **Montebello**, *St.-Pétersbourg.*

No. 927.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die kais. diplomat. Agenten im Auslande. — Den gemeinsamen Schritt der drei Mächte in St. Petersburg betr. und Uebermittlung der französischen Note vom 10. April 1863. —

Paris, le 17 avril 1863.

No. 927. Frankreich, 17. April 1863.

Monsieur . . . . , les événements de Pologne ont éveillé en Europe des préoccupations communes à tous les Cabinets. Soit en effet que l'on envisage du point de vue de l'humanité ou de celui des intérêts politiques la lutte qui a éclaté, elle devait fixer la sollicitude des Puissances. Ces perturbations, qui se renouvellent périodiquement, attestent la permanence de difficultés que le temps n'a pas aplanies, et démontrent, une fois de plus, les dangers qu'elles renferment. ¶ Également pénétrés de ces considérations, les Cours de France, d'Angleterre et d'Autriche ont ouvert des pourparlers, en vue de faire parvenir de concert au Cabinet de Saint-Pétersbourg les réflexions que suggère cet état de choses, et elles sont tombées d'accord pour adresser à leurs représentants auprès de S. M. l'Empereur Alexandre des dépêches qu'ils ont remises simultanément au Gouvernement russe. Je vous envoie copie de notre communication*); celles de l'Angleterre et de l'Autriche sont conçues dans le même sens. ¶ En rédigeant ce document, notre but a été de nous rendre, autant que possible, les interprètes fidèles d'opinion générale. Nous nous sommes abstenus de tout ordre d'idées qui nous eût été particulier; nous n'avons présenté aucune observation que les autres Cours ne pussent s'approprier. Nous croyons donc avoir lieu d'espérer que les vues développées par le Gouvernement de l'Empereur obtiendront l'assentiment de tous les Cabinets. Leur intervention diplomatique se justifie d'elle-même dans une question d'intérêt européen, et ils ne sauraient douter de l'influence salutaire à tous égards qu'exercerait certainement une manifestation unanime de l'Europe. Je vous invite donc à donner lecture de la présente dépêche à M . . ., en laissant en même temps entre ses mains une copie de celle que je vous envoie. Nous serions heureux de pouvoir compter sur l'adhésion officielle et explicite du Gouvernement de . . ., et j'aime à me per-

---

*) No. 705.

No. 927. Frankreich, 17. April 1863.

suader qu'il voudra bien déférer au voeu que vous lui en exprimerez, soit en adressant à la Cour de Russie une communication semblable à la nôtre, soit en lui présentant des considérations analogues.

Drouyn de Lhuys.

Hier folgen:

Russische Antwortsdepesche nach Paris, vom 26. April 1863. Staatsarchiv No. 706.

Desgl. nach London. Staatsarchiv No. 709.

Desgl. nach Wien. Staatsarchiv No. 712.

No. 928.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die kaiserl. Botschafter in London und Wien. — Die russischen Antwortsdepeschen vom 26. April betr. —

Paris, le 4 mai 1863.

No. 928. Frankreich, 4. Mai 1863.

Monsieur . . . ., le 1er de ce mois, M. le baron de Budberg m'a remis la dépêche qui lui a été adressée par M. le prince Gortchacoff, en réponse à la communication que M. le duc de Montebello avait été chargé de faire au Cabinet de Saint-Pétersbourg relativement aux affaires de Pologne. J'ai l'honneur de vous envoyer copie de cette dépêche ainsi que de celle que M. le vice-chancelier de Russie a adressée, à la même date, à M. le baron de Brunnow. Cette seconde dépêche, à laquelle d'ailleurs la première se réfère, était annexée à la communication qui m'a été faite par M. le baron de Budberg. Je ne connais pas encore le texte de la réponse du prince Gortchacoff au Cabinet de Vienne. ¶ Ainsi que nous pouvions nous y attendre, M . . ., le Cabinet de Saint-Pétersbourg ne s'est pas mépris sur le sentiment qui avait inspiré aux trois Puissances la démarche qu'elles ont simultanément accomplie auprès de lui, et nous sommes heureux, en ce qui nous concerne, d'en trouver la preuve dans la forme conciliante et amicale qu'il s'est plu à donner à la réponse qui nous est personnellement adressée. Nous nous en félicitons d'autant plus sincèrement, que l'accueil fait en même temps par M. le prince Gortchacoff à notre pensée sur le fond même de la question nous permet de croire qu'un accord préalable ne tardera pas à s'établir sur la meilleure marche à suivre pour atteindre promptement la solution qu'appellent nos voeux et nos espérances. ¶ Le Cabinet de Saint-Pétersbourg, en effet, n'hésite pas à reconnaître, en constatant qu'il est le premier à en souffrir, le caractère anormal de la situation de la Pologne; il admet l'intérêt qu'ont les Puissances limitrophes et celles qui ont concouru à régler le sort de l'Europe (autant vaut dire aujourd'hui, en tenant compte des changements que la marche du temps a amenés, tous les Cabinets) à rechercher les moyens de faire cesser un état de choses si menaçant pour le repos du continent. C'est sur le choix de ces moyens qu'il serait, selon lui, désirable de s'entendre, et il croit que des explications des trois Cours peuvent conduire à un résultat utile. Il écarte seulement à l'avance, ainsi que ses premières réponses à lord Napier le

faisaient prévoir, toute référence aux textes du Traité du 9 juin 1815, déclarant n'être pas disposé à recommencer des expériences qui ont été une source de malheurs pour la Pologne et pour la Russie, et une cause de troubles pour l'Europe. Nous étant placés nous-mêmes au point de vue plus étendu de l'intérêt général, nous n'avons aucune objection à suivre M. le prince Gortchacoff sur le terrain moins circonscrit qu'il nous indique, et à rechercher dans de nouvelles combinaisons le remède qu'il appelle lui-même de ses voeux, et qu'il déclare ne s'être pas trouvé dans les arrangements de 1815. ¶ Je me demande seulement, Monsieur . . . . , quelle forme il serait opportun d'adopter pour assurer aux délibérations des Puissances l'activité et l'efficacité que réclame l'urgence de la situation, et pour remédier aux délais inévitables qu'entraînerait l'échange écrit des idées entre tant de Cabinets séparés par de longues distances. ¶ Je vous invite à entretenir de cette question M. le comte Russell (de Rechberg) en lui disant que nous serions prêts, quant à nous, à adopter tel mode de conférer qui paraîtrait aux diverses Puissances le plus prompt et le plus pratique. ¶ Nous attachons d'ailleurs le plus grand intérêt à maintenir, dans la conduite des nécogiations, l'unité d'intentions qui a présidé à notre première démarche auprès de la Cour de Russie, et, autant que possible, à conformer notre langage à celui des deux Puissances dont nous avons partagé l'initiative.

No. 928. Frankreich, 4. Mai 1863.

Drouyn de Lhuys.

No. 929.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Die neuen nach St. Petersburg zu sendenden Depeschen betr. —

Paris, 29 mai 1863.

Monsieur le Baron, le Cabinet de Vienne a répondu aux observations que nous lui avons présentées, et ses vues se sont, dans une certaine mesure, rapprochées des nôtres sur les divers points de son programme. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique doit aujourd'hui en être informé comme nous, et lord Russell aura sans doute reçu une communication analogue à celle dont M. le prince de Metternich m'a donné lecture. Le moment était donc venu de préciser les propositions sur lesquelles les trois Cours ont à s'entendre, et j'ai, dans cette pensée, préparé la dépêche que nous destinons au représentant de l'Empereur à Saint-Pétersbourg. Si le Gouvernement anglais en approuvait les termes, nous porterions de concert ces propositions à Vienne, où les efforts communs de nos ambassadeurs parviendraient aisément, nous le croyons, à les faire accepter. ¶ Je vous envoie le projet du Gouvernement de Sa Majesté, et je vous prie de le remettre, aussitôt que vous l'aurez reçu, au principal secrétaire d'État pour les Affaires étrangères. ¶ Lord Russell verra que nous nous sommes attachés à fortifier le programme de l'Autriche, en le combinant avec les vues exprimées par le Gouvernement anglais dans sa dépêche à lord Bloomfield. Autant que possible, nous avons emprunté les expressions mêmes des deux Cabinets, et lord Russell reconnaîtra celles dont il s'est servi lui-même,

No. 929. Frankreich, 29. Mai 1863.

No. 929. Frankreich, 29. Mai 1863.

notamment en ce qui concerne les attributions de l'assemblée représentative dont la Pologne serait dotée, ainsi que la liberté de conscience, que nous voulons comme lui pleine et entière. ¶ Il serait désirable que la communication des trois Cours fût identique, et nous serions disposés, pour notre part, à nous y prêter, en tenant compte des observations du Cabinet anglais. Dans tous les cas, une indentité complète pour le fond comme pour la forme est indispensable en ce qui regarde les six points que nous avons à présenter à la Russie comme base des négociations. ¶ Nous aurions également désiré, comme vous le savez, que l'Europe entière fût appelée à y prendre part. Nous nous rallions cependant à l'opinion qui défère l'examen de la question aux Puissances signataires de l'acte général de Vienne. ¶ D'un autre côté, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique remarquera que nous insistons sur la nécessité d'une pacification préalable. Il reste d'ailleurs entendu que ces propositions devront être prises uniquement comme point de départ de la discussion, et que la mission des plénipotentiaires sera d'y donner la précision et les développements qu'elles comportent. C'est ainsi que le Cabinet de Vienne le comprend lui-même, et je ne doute pas que telle ne soit la manière de voir du Gouvernement de sa Majesté Britannique. Il importe, toutefois, qu'il ne puisse exister sur ce point aucune équivoque, et je vous prie de vous en expliquer avec lord Russell, en lui communiquant la dépêche que je me propose d'adresser à M. le duc de Montebello.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Baron **Gros**, *Londres.*

Hier folgen:

Französ. Depesche nach St. Petersburg, v. 17. Juni 1863.		Staatsarchiv No. 885.
Englische do.	do. (in franz. Uebersetzung.)	Staatsarchiv No. 883.
Oesterreich. do.	do. vom 18. Juni 1863.	Staatsarchiv No. 887.

No. 930.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die kaiserl. diplomat. Agenten im Auslande. — Die neuen nach St. Petersburg gesandten Vorschläge betr. —

Paris, le 29 juin 1863.

No. 930. Frankreich, 29. Juni 1863.

M . . . . ., les Cours de France, d'Angleterre et d'Autriche, aussitôt après avoir reçu les réponses du Cabinet de Saint-Pétersbourg à leurs communications du 10 avril dernier, ont échangé leurs idées sur les nouvelles démarches qu'elles avaient à concerter ensemble. Guidées par le sincère désir de maintenir l'entente établie entre elles, et d'ouvrir le plus tôt possible la voie à une discussion amiable de la question polonaise, elles sont tombées d'accord pour proposer à la Russie un programme qui pourrait immédiatement servir de point de départ à une négociation, s'il était accepté par cette Puissance. ¶ Les dépêches où il est retracé sont maintenant parvenues à Saint-Pétersbourg, et je vous envoie, uniquement d'ailleurs pour votre information, une copie de celle que j'ai adressée à M. le duc de Montebello. Les six points qui formeraient le sujet du débat, et

No. 930. Frankreich, 29. Juni 1863.

qui devraient recevoir tous les développements qu'ils comportent, sont reproduits en termes entièrement identiques dans la dépêche du principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique à son ambassadeur à la Cour de Russie. La même identité existe à cet égard entre le langage de la France et de l'Angleterre et celui du Cabinet de Vienne, sauf une nuance de forme, en ce qui concerne la rédaction du second point. ¶ Les Puissances, dans un sentiment d'humanité et dans l'intérêt des négociations elles-mêmes, ont pensé qu'il importait de voir cesser l'effusion du sang. La violence croissante de la lutte et les calamités dont le récit arrive chaque jour n'ont pas seulement pour effet d'émouvoir profondément l'Europe; elles réagiraient sur les délibérations, elles en troubleraient le calme et pourraient en compromettre le résultat. Les Cabinets se sont donc entendus pour suggérer l'idée d'une trêve dont l'initiative serait laissée à l'empereur de Russie et que les Polonais devraient observer sous leur responsabilité. Si le Gouvernement autrichien n'appuie pas sur ce point aussi fermement que le Cabinet de Londres et nous, il exprime la même pensée sous la forme d'un voeu. ¶ Enfin, les trois Cours demandent unanimement la réunion d'une conférence. Ayant considéré, dès le principe, l'affaire de Pologne comme une question d'intérêt européen, nous eussions désiré qu'elle fût traitée dans un Congrès de toutes les Puissances; mais l'Autriche et la Grande-Bretagne étant d'avis que les Gouvernements signataires de l'acte général de Vienne soient seuls appelés à prendre part à ces négociations, nous nous sommes ralliés à leur opinion pour faciliter l'entente. Nous proposons d'un commun accord à la Russie une conférence formée des huit Puissances qui ont participé au Traité du 9 juin 1815. ¶ Les bases résumées dans les dix points de notre programme sont le témoignage incontestable de l'esprit de conciliation des trois Cabinets. Notre unique crainte est que les concessions qu'elles impliquent ne répondent pas assez aux nécessités d'une situation de jour en jour plus grave. Quel que soit, toutefois, notre sentiment sur les véritables conditions du rétablissement de l'ordre et de la paix en Pologne, nous n'avons pas voulu, en insistant pour obtenir une solution plus conforme à notre manière de voir, retarder le bien qui peut se faire, dès à présent, si la Russie consent à déférer aux voeux des Puissances, et il ne dépendra pas de nous, dans ce cas, que les conférences qui s'ouvriront ne conduisent à des arrangements acceptables pour toutes les parties. Nous avons, au surplus, la confiance que l'Europe, qui a rendu justice à notre première démarche, trouvera dans notre dernière communication, lorsqu'elle lui sera connue, une nouvelle preuve de la modération du Gouvernement de l'Empereur ainsi que de la sollicitude de Sa Majesté pour les grands intérêts qui sont liés au réglement des affaires de Pologne.

Drouyn de Lhuys.

No. 931.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die kaiserl. Botschafter in London und Wien — Die Nothwendigkeit des fernern Zusammengehens d. drei Mächte in der poln. Frage betr. u. Vorschlag eines desfallsigen diplomatischen Uebereinkommens. —

Paris, le 20 juin 1863.

No. 931. Frankreich, 20. Juni 1863.

Monsieur, dès que nous avons été appelés à nous occuper des affaires de Pologne, l'Empereur a pensé que le point de départ de toute action officielle devait être une entente préalable entre les Cours de France, d'Angleterre et d'Autriche. Cette entente, aux yeux de Sa Majesté, était à la fois un gage de modération et de force. Et en effet, en même temps qu'elle place les trois Cabinets dans la nécessité de procéder par voie de transaction entre les idées qui leur sont propres, elle ajoute à l'autorité de leur langage en les montrant unies dans la poursuite d'un même but. La Russie peut, d'ailleurs, déférer plus facilement aux voeux des trois Puissances qu'aux représentations d'une seule. Enfin cet accord est par lui-même la garantie d'une solution conforme aux vues d'intérêt général, qu'il importe de faire prévaloir dans les arrangements définitifs. ¶ Ce concert a présidé à la première démarche des Cabinets à Saint-Pétersbourg. Il vient de se manifester de nouveau dans leurs dernières communications. A mesure que nous approchons du moment d'entrer en délibération avec la Cour de Russie, nous devons attacher plus de prix à maintenir cette solidarité nécessaire au succès de nos efforts, et qui est, d'autre part, une condition de sécurité pour celle des trois Puissances que sa situation géographique expose plus directement au contre-coup des événements. ¶ Nos propositions arrivent en ce moment à Saint-Pétersbourg. Rien ne nous assure qu'elles y seront agréées. Elles peuvent éprouver un refus ou recevoir une adhésion incomplète. Fussions-nous certains d'un assentiment sans réserves, nous aurions encore à prévoir le cas où, accueillant d'abord notre programme, le Cabinet russe soulèverait dans le cours de la délibération des difficultés qui la rendraient stérile ou qui en retarderaient indéfiniment l'issue. ¶ Là dignité des Puissances et la gravité des intérêts dont elles sont chargées leur font un devoir de se préoccuper dès à présent de cette éventualité. En ce qui nous concerne, il nous a semblé qu'il y aurait lieu pour elles de s'entendre sur la conduite à tenir dans la prévision d'un refus immédiat de la Cour de Russie ou d'un résultat négatif des conférences. Si les délibérations amenaient une solution satisfaisante, nous n'aurions qu'à nous féliciter de voir les précautions que notre prévoyance nous aurait dictées, rendues désormais inutiles. Si, au contraire, les résistances auxquelles il est sage de s'attendre venaient à se produire, elles nous trouveraient préparés à faire face, sans perte de temps, à toutes les nécessités de la situation. L'Empereur a donc jugé qu'il serait utile et opportun de resserrer encore les liens qui nous unissent, et de donner à notre entente un caractère en rapport avec les circonstances dans laquelle nous sommes exposés à nous trouver d'un moment à l'autre. ¶ La France, l'Angleterre et l'Autriche pourraient, à cet effet, convenir de la rédaction d'un acte diplomatique auquel elles donneraient la forme d'une convention ou d'un protocole. Elles en puiseraient les éléments

dans les considérations d'intérêt général qui les dirigent. Animées d'un égal désir de régler la question de Pologne en concourant à placer ce pays dans les conditions d'une paix durable, elles déclareraient qu'elles unissent leurs efforts afin d'arriver à ce but. Elles ajouteraient qu'elles attendent l'aplanissement des difficultés actuelles d'une discussion amiable et du seul emploi des moyens diplomatiques, en se réservant, toutefois, d'examiner d'un commun accord les résolutions qu'elles auraient à prendre dans le cas où elles ne parviendraient point, par les seules voies de la persuasion, à provoquer de la part de la Cour de Russie les concessions nécessaires pour rétablir un ordre de choses stable et régulier en Pologne. ¶ Si les Cabinets de Londres et de Vienne, comme nous aimons à l'espérer, partageaient notre manière de voir, nous serions disposés à nous concerter sans retard pour la rédaction de cet acte. Je vous invite à en informer lord Russell (monsieur le comte de Rechberg), en insistant auprès de lui sur la force morale que cet accord donnerait à l'action des Puissances et sur les nouvelles garanties de paix qu'il renfermerait pour l'Europe comme pour chacun des Cabinets alliés. Vous voudrez bien me faire connaître le plus tôt possible l'accueil que cette proposition aura rencontré auprès du Gouverment de S. M. Britannique (de S. M. I et R. Apostolique).

No. 931. Frankreich, 20. Juni 1863.

Drouyn de Lhuys.

Hier folgen:

Russische Depesche nach Paris, vom 13. Juli 1863. Staatsarchiv No. 886.
do. nach London, do. Staatsarchiv No. 884.
do. nach Wien, do. Staatsarchiv No. 888.
Oesterreichische Depesche nach Paris und London, vom 19. Juli 1863. Staatsarchiv No. 890.

No. 932.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Die erforderlichen Antworten auf die russischen Depeschen vom 13. Juli 1863 (No. 884, 886, 888) betr. —

Paris, le 29 juillet 1863.

Monsieur le Baron, ainsi que vous le savez déjà, nous avons pensé qu'il serait désirable que les trois Cours s'entendissent pour répondre en termes identiques aux dernières communications de la Russie. Chacun des Cabinets pourrait réfuter, dans une dépêche distincte, les passages des dépêches russes qui le touchent plus particulièrement. J'ai donc rédigé un projet où j'ai reproduit les observations qui seraient communes aux trois Puissances. Je lui ai donné la forme d'une dépêche; mais, dans le cas où les deux autres Gouvernements le jugeraient préférable, nous serions disposés à adopter celle d'une Note qui serait signée collectivement par les représentants de la France, de l'Autriche et de la Grande-Bretagne à Saint-Pétersbourg.

No. 932. Frankreich, 29. Juli 1863.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Baron Gros, *Londres.*

No. 933.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in Wien. — Uebermittlung d. französischen Erwiderung auf die russische Depesche vom 13. Juli 1863. —

Paris, le 3 août 1863.

No. 933. Frankreich, 3. Aug. 1863.

Monsieur le Duc, je n'ai pas à revenir aujourd'hui sur les considérations qui plaidaient en faveur d'une complète identité de langage dans les réponses des trois Cours aux communications de la Russie. Nos raisons, je le constate avec plaisir, ont été très-bien comprises à Vienne, et je me fais un devoir de reconnaître qu'il n'a pas dépendu du Gouvernement autrichien que notre proposition ne fût adoptée. Elle nous avait été inspirée non-seulement par le désir de rehausser l'autorité de nos démarches en donnant au Cabinet russe une preuve de l'unité de vues qu'il a semblé mettre en doute, mais aussi par le sentiment de la situation particulière de l'Autriche, à laquelle nous jugions équitable de garantir que nous entendions rester solidaires des conséquences d'une politique commune. ¶ Notre proposition n'ayant point été acceptée à Londres, j'ai préparé la dépêche séparée que notre ambassadeur à Saint-Pétersbourg sera chargé de remettre à M. le prince Gortchacoff. Je la joins à cet envoi, en même temps que le projet anglais qui m'a été communiqué par lord Cowley. Ainsi que je vous l'ai mandé par le télégraphe, la fin de ces deux documents reproduit les derniers paragraphes du projet rédigé d'abord par le Cabinet de Vienne. Adopté par les deux Puissances, il sera certainement, nous devons le croire, conservé dans la réponse définitive de la Cour d'Autriche. Nous désirons que cette identité partielle soit du moins maintenue.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Duc de Gramont, *Vienne.*

Hier folgen:

Französische Depesche nach St. Petersburg nebst Memorandum, vom 3. Aug. 1863. Staatsarchiv No. 893.

Englische Depesche (in französ. Uebersetzung) vom 11. August 1863. Staatsarchiv No. 894.

Oesterreichische Depesche vom 12. August 1863. Staatsarchiv No. 895.

Russische Antwort	nach Paris,	vom 7. Sept. 1863.	Staatsarchiv No. 897.
do.	nach London,	desgl.	Staatsarchiv No. 896.
do.	nach Wien,	desgl.	Staatsarchiv No. 898.
do.	Memorandum,	desgl.	Staatsarchiv No. 899.

No. 934.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Geschäftsträger in London. — Bedauern über die Erfolglosigkeit der bisherigen diplomatischen Schritte in St. Petersburg. —

Paris, le 22 septembre 1863.

No. 934. Frankreich, 22. Sept. 1863.

Monsieur, les réponses de la Russie aux dernières dépêches des Cours de France, d'Angleterre et d'Autriche ont reçu une publicité qui me dispense de vous envoyer copie de celle qui m'a été remise par M. le baron de Budberg. Nous éprouvons un profond regret en voyant s'évanouir toute espérance d'amener la Russie à se prêter à aucune entente avec les Puissances, qu'elle avait elle-même conviées à rechercher les meilleurs moyens de pacifier la Pologne et de rassurer l'Europe. S. M. l'Empereur Alexandre ne relève que de Dieu et de sa conscience pour l'accomplissement de ses devoirs à l'égard des peuples placés sous sa domination, et il n'a à rendre à l'Europe aucun compte de l'exercice qu'il fait de ses droits souverains. Tel est le déclinatoire final adressé, en termes identiques, aux trois Cours qui, au nom des intérêts généraux, et en vertu d'un titre conventionnel écrit, s'étaient crues fondées à réclamer une participation au règlement des affaires de Pologne. ¶ Les dépêches de M. le prince Gortchacoff auxquelles répondaient nos communications du 3 août dernier nous faisaient déjà pressentir le sens et les conclusions de celles d'aujourd'hui. Dans cette prévision, nous avions proposé aux Cabinets de Londres et de Vienne un échange d'idées sur ce qu'il nous conviendrait de faire, l'éventualité dès lors vraisemblable d'un refus de la Russie venant à se réaliser. Les Cabinets n'ont pas jugé comme nous de l'opportunité d'un concert préalable et formel en vue d'une situation hypothétique. En présence du résultat, nous persistons à penser qu'il est regrettable qu'une entente à cet égard ne se soit pas établie à l'avance entre nous. Nous ne pouvons désormais qu'attendre les communications que nos alliés croiraient utile de nous faire. En ce qui nous concerne, dégagés de toute préoccupation particulière comme de tout intérêt qui nous soit propre, nous n'avons pas changé d'opinion sur le caractère européen de la question polonaise et sur les droits que nous confèrent l'intérêt général et les Traités. Nous déplorons que trois Puissances telles que l'Angleterre, l'Autriche et la France ne soient pas parvenues à donner à leurs démarches toute l'efficacité désirable, et il n'a pas tenu à nous d'assurer à leur opinion l'irrésistible autorité d'une résolution collective.

Drouyn de Lhuys.

M. le Marquis de Cadore, *Londres.*

(Une dépêche semblable a été adressée à l'ambassadeur de Sa Majesté à Vienne.)

No. 935.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die kaiserl. diplomat. Agenten im Auslande. — Die Erwählung des Prinzen Georg von Dänemark zum Könige von Griechenland betr. —

Paris, le 12 juin 1863.

No. 935. Frankreich, 12. Juni 1863.

Monsieur . . . . , les plénipotentiaires des trois Cours protectrices du Royaume hellénique, réunis en conférence à Londres, ont signé, le 5 de ce mois, le Protocole qui renferme les conditions internationales de l'établissement d'une nouvelle dynastie en Grèce. Depuis les engagements pris par les Cabinets de Londres et de Saint-Pétersbourg en vue de renouveler les exclusions stipulées en 1832, la question ne pouvait nous préoccuper qu'au point de vue du prompt retour de l'ordre gravement altéré. Dès que le nom du prince George de Danemark a été prononcé, nous nous sommes empressés de faire savoir à Athènes et à Copenhague que Sa Majesté verrait avec plaisir l'élection d'un prince dont le choix devait être également agréable à chacune des trois Puissances garantes. Nous nous sommes félicités du vote unanime de l'Assemblée nationale, et nous avons annoncé que nous étions prêts à coopérer aux arrangements destinés à le consacrer. ¶ Les délibérations de la Conférence n'ont, au reste, embrassé qu'un petit nombre de points. Sur notre initiative, les Cabinets, par égard pour la Cour de Bavière, ont cru devoir, dans une communication préalable, lui faire connaître les raisons impérieuses et les exigences d'ordre européen qui leur imposaient la nécessité de tenir compte des événements accomplis en Grèce. Les plénipotentiaires ont ensuite examiné les moyens de concilier l'avénement d'un nouveau règne avec les Traités sur lesquels repose l'existence de la monarchie hellénique. Les stipulations essentielles pour les intérêts permanents de la Grèce ont été conservées. La Famille royale de Danemark accepte les obligations contractées par la dynastie bavaroise. Les trois Cours ne déclinent aucune de celles qui résultent de leur protectorat collectif, tel qu'il a été réglé lors de la fondation de l'indépendance hellénique. Elles consentent même à ce que la garantie sous la sauvegarde de laquelle le Royaume est placé soit étendue au territoire de l'archipel Ionien, dont les Protocoles qui viennent d'être signés impliquent l'annexion. Les Puissances ont, d'autre part, maintenu les arrangements financiers conclus précédemment avec la Grèce, tout en facilitant, en faveur du Souverain, la création d'une dotation annuelle. Il a été convenu enfin que la Couronne grecque et la Couronne danoise ne pourront, en aucun cas, se trouver réunies sur la même tête, et que, conformément au principe de la Constitution hellénique, reconnu par le Traité signé à Londres en 1832, les successeurs du roi devront professer les dogmes de l'Église Orientale. ¶ Ainsi, les conditions principales de l'établissement de la nouvelle dynastie sont dès à présent acceptées par les Puissances comme par le Cabinet de Copenhague. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'est engagé à souscrire à l'annexion des Sept-Iles, si elle est trouvée d'accord avec les voeux du Parlement ionien et si elle obtient l'assentiment de la France, de l'Autriche, de la Prusse et de la Russie. L'entente à ce sujet pourra sans doute être réglée dans un délai rap-

proché. De son côté, la Cour de Danemark jugera vraisemblablement opportun d'accélérer les dispositions nécessaires pour que le Souverain de la Grèce puisse se rendre prochainement au milieu de ses sujets, et nous aimons à nous persuader que sa présence dans ses États contribuera à y faire renaître promptement l'ordre et la paix, en mettant fin à une période d'incertitudes et d'agitations. Nous voulons espérer également que les Hellènes, répudiant les excès que nous avons eu récemment à déplorer, et qui ne pourraient se prolonger sans compromettre leur avenir, justifieront par une conduite patriotique l'intérêt qu'ils ont inspiré, et consacreront tous leurs efforts à l'oeuvre de concorde dont les sympathies efficaces des trois Cours facilitent le succès.

No. 935. Frankreich, 12. Juni 1863.

Drouyn de Lhuys.

No. 936.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die kaiserl. Repräsentanten in London, St. Petersburg, Berlin, Wien und Copenhagen. — Der Entschluss der engl. Regierung, die ionischen Inseln an Griechenland abzutreten. —

Paris, le 16 juin 1863.

M . . ., lord Cowley m'a remis une dépêche de lord Russell en date du 10 de ce mois et relative aux îles Ioniennes. Le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique annonce dans cette communication que le moment est venu pour l'Angleterre de prendre des mesures en rapport avec ses déclarations antérieures et de se dessaisir, en faveur de la Grèce, du protectorat établi par les Traités, si les habitants des Sept-Iles se prononcent pour l'union au Royaume hellénique. ¶ Il fait observer à cette occasion que l'Archipel ionien n'est pas une possession de la Couronne anglaise, et que, d'après le Traité conclu le 5 novembre 1815, il forme une République indépendante placée sous la protection de la Grande-Bretagne. ¶ Lord Russell rappelle en même temps que, depuis la fondation de la monarchie hellénique, les espérances des Ioniens se sont tournées du côté de la Grèce. Il ajoute que, fidèle à ses propres principes, le Gouvernement anglais doit tenir compte d'une tendance qui est devenue l'expression d'un voeu national et adopter une résolution conforme au but que se proposaient les Puissances en faisant des Sept-Iles un État séparé et indépendant. En conséquence, le Cabinet de Londres doit appeler prochainement les Ioniens à se prononcer d'une manière formelle et authentique, et s'ils manifestent le voeu de leur réunion au Royaume de Grèce, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique propose de faire consacrer ce nouvel état de choses par une conférence où seraient représentées la France, la Grande-Bretagne et la Russie, en qualité de Cours garantes, et l'Autriche et la Prusse comme signataires du Traité du 5 novembre 1815. ¶ En ce qui nous concerne, M . . . ., nous ne pouvons que rendre hommage à la décision prise par le Gouvernement anglais ainsi qu'à l'entière justesse des considérations historiques sur lesquelles elle se fonde. Il est, en effet, hors de doute que, si le Royaume de Grèce eût existé en 1815, les Puissances n'auraient pas hésité à y incorporer les Sept-Iles. La détermination de

No. 936. Frankreich, 16. Juni 1863.

No. 936. Frankreich, 16. Juni 1863.

l'Angleterre est d'ailleurs trop en harmonie avec les sentiments de bienveillance du Gouvernement de l'Empereur à l'égard des Hellènes et des Ioniens pour ne pas obtenir notre pleine approbation. ¶ Le principe de l'annexion est déjà établi par le Protocole de la Conférence de Londres, en date du 5 de ce mois, qui règle les conditions auxquelles la Cour de Danemark a accepté le trône de Grèce pour le prince George, et aussitôt que le Cabinet anglais sera prêt à ouvrir à ce sujet des négociations, il nous trouvera tout disposés à consacrer définitivement dans un Traité la réunion des îles Ioniennes au Royaume hellénique.

Drouyn de Lhuys.

No. 937.

FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN und RUSSLAND. — Protocole de la Conférence tenue à Londres, le 16 mai 1863. —

Présents: les plénipotentiaires de la France, de la Grande-Bretagne et de la Russie.

No. 937. Frankreich, Grossbritannien und Russland, 16. Mai 1863.

Le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour les affaires étrangères a ouvert la séance par un exposé historique des événements qui ont mis fin à l'ordre de succession établi en Grèce par la Convention conclue à Londres, le 7 mai, 1832, entre les Cours de France, de la Grande-Bretagne et de Russie, d'une part, et de l'autre, S. M. le roi de Bavière, agissant en qualité de tuteur de son fils puîné le prince Frédéric-Othon de Bavière.

Les plénipotentiaires ont pris en sérieuse considération ces événements, accomplis sous des circonstances entièrement étrangères à l'action de leurs Cours.

En présence de ces faits, ils ont reconnu, avec un sentiment unanime de regret, qu'après trente années d'épreuves l'ordre de choses établi en 1832 n'est point parvenu à se consolider en Grèce sous la dynastie que la Convention du 7 mai a appelée au Trône, en vertu du pouvoir déféré alors par la nation grecque aux Cours de France, de la Grande-Bretagne et de Russie. Leur mandat est donc actuellement éteint; mais les negociations qui ont précédé la signature de ladite Convention, ainsi que celle de l'article explicatif et complémentaire du 30 avril 1833 ayant été conduites avec le concours du Ministre de S. M. le Roi de Bavière, les plénipotentiaires de France, de la Grande-Bretagne et de Russie ont cru devoir constater l'intention de leurs Cours respectives d'offrir à l'auguste Chef de la maison de Bavière un juste témoignage d'égards en l'invitant à autoriser son représentant à Londres à prendre part à leurs délibérations.

Et, après lecture du présent protocole, rédigé d'un commun accord, les plénipotentiaires de France, de la Grande-Bretagne et de Russie y ont apposé leurs signatures.

Baron Gros. Russell. Brunnow.

No. 938.

FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN und **RUSSLAND.** — Protocole de la Conférence du 27 mai 1863. —

No. 938. Frankreich, Gross-britannien und Russland, 27. Mai 1863.

Les plénipotentiaires de France, de la Grande-Bretagne et de Russie se sont réunis pour prendre connaissance du résultat de la démarche faite à Munich par les représentants des trois Puissances protectrices, conformément aux résolutions arrêtées en conférence le 16 mai.

Le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour les affaires étrangères a annoncé que la Cour de Bavière n'a pas autorisé son Ministre accrédité près de Sa Majesté Britannique à prendre part aux délibérations ouvertes à Londres.

Dans l'absence de ce ministre, le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique a cru devoir rappeler toutefois les réserves établies au mois d'avril dernier par la Cour de Bavière, en faveur des branches cadettes de la famille royale de Bavière, que l'article 8 de la Convention du 7 mai 1832 a substituées éventuellement à S. M. le Roi Othon, si ce Souverain venait à décéder sans postérité directe et légitime.

Il a été convenu d'un commun accord, d'insérer cette déclaration dans le présent protocole.

Considérant néanmoins que l'impossibilité de mettre désormais à exécution les stipulations de l'article 8 précité résulte d'un événement de force majeure, dont les trois Puissances protectrices ne sont nullement responsables, les plénipotentiaires de France, de la Grande-Bretagne et de Russie ont reconnu que leurs Cours, dégagées de leur mandat par des circonstances que la Convention de 1832 n'a point prévues, ne sauraient différer indéfiniment l'époque où il conviendrait de replacer la Grèce sous un régime conforme aux principes monarchiques qu'elles ont intérêt à maintenir dans le nouvel État fondé par leurs efforts réunis.

En conclusion, ils ont constaté que les événements qui viennent de s'accomplir en Grèce ne sauraient altérer la ferme intention de leurs Cours de veiller, d'un commun accord, au maintien du repos, de l'indépendance et de la prospérité du Royaume hellénique que la France, la Grande-Bretagne et la Russie ont contribué à fonder dans un intérêt général de civilisation, d'ordre et de paix.

Baron Gros. Russell. Brunnow.

No. 939.

FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, RUSSLAND und **DÄNEMARK.** — Protocole de la Conférence du 5 juin 1863. —

No. 939. Frankreich, Gross-britannien, Russland und Dänemark, 5. Juni 1863.

Les plénipotentiaires de France, de la Grande-Bretagne et de Russie, reconnaissant la nécessité d'aviser sans délai aux moyens de replacer la Grèce sous un régime conforme aux principes dont le protocole du 27 mai maintient l'inviolabilité dans l'intérêt général de l'ordre et de la paix, se sont réunis en

No. 939. Frankreich, Grossbritannien, Russland und Dänemark, 5. Juni 1863.

conférence pour s'entendre sur les arrangements à prendre, d'un commun accord, afin de réaliser les voeux de la nation grecque, qui appellent le prince Guillaume de Danemark au trône hellénique.

Pour atteindre ce but les plénipotentiaires ont résolu, conformément aux ordres de leurs Cours, d'inviter le ministre le S. M. le Roi de Danemark à prendre part à leurs délibérations.

Le plénipotentiaire de Danemark, en vertu de l'autorisation qu'il a reçue de sa Cour, s'est rendu à cette invitation.

Sur la proposition du principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour les affaires étrangères, les plénipotentiaires ont procédé à prendre lecture:

1° Du décret en date du 18/30 mars 1863, par lequel l'Assemblée nationale a unanimement proclamé le prince Guillaume, fils puîné de S. A. R. le prince Christian de Danemark, Roi constitutionnel des Grecs, sous le titre de *George Ier, Roi des Grecs;*

2° De la note en date du 4 juin, par laquelle le Ministre de Danemark accrédité par Sa Majesté Britannique annonce que, d'accord avec S. A. R. le prince Christian-Guillaume-Ferdinand-Adolphe-George, encore mineur, S. M. le Roi de Danemark accepte pour le prince Christian-Guillaume-Ferdinand-Adolphe-George la souveraineté héréditaire de la Grèce, mais à la condition expresse que les îles Ioniennes soient effectivement réunies au royaume hellénique.

Après avoir mûrement examiné la teneur de ces documents, annexés au présent protocole, sous litt. A et B, les plénipotentiaires de France, de la Grande-Bretagne et de Russie ont annoncé l'adhésion de leurs Cours aux actes en vertu desquels le prince Guillaume de Danemark, du consentement de S. M. le Roi de Danemark et de son père le prince Christian, est appelé au trône hellénique, sous le titre de *George Ier, Roi des Grecs.*

Désirant faciliter la réalisation des voeux de la nation grecque, les Cours de France, de la Grande-Bretagne et de Russie ont autorisé leurs représentants à émettre les résolutions suivantes:

§ 1er. Le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique a déclaré que si la réunion des îles Ioniennes au Royaume hellénique, après avoir été trouvée d'accord avec les voeux du Parlement ionien, obtenait l'assentiment des Cours d'Autriche, de France, de Prusse et de Russie, Sa Majesté Britannique recommanderait au Gouvernement des États-Unis des îles Ioniennes d'affecter annuellement une somme de dix mille livres sterling à augmenter la liste civile de S. M. George Ier, Roi des Grecs.

§ 2. Les plénipotentiaires de France, de la Grande-Bretagne et de Russie ont déclaré que chacune des trois Cours serait disposée à faire abandon, en faveur du prince Guillaume, de quatre mille livres sterling par an, sur les sommes que le Trésor grec s'est engagé à payer annuellement à chacune d'elles, en vertu de l'arrangement proposé à Athènes par les représentants des trois Puissances et consenti par le Gouvernement grec, avec le concours des Chambres, au mois de juin 1860.

Il est expressément entendu que ces trois sommes, formant un total de

douze mille livres sterling annuellement, seront destinées à constituer une dotation personnelle de S. M. le roi, en sus de la liste civile fixée par la loi de l'État.

No. 939. Frankreich, Gross-britannien, Russland und Dänemark, 5. Juni 1863.

§ 3. Conformément au principe de la constitution hellénique reconnu par le Traité signé à Londres le 20 novembre 1852, et proclamé par le décret de l'Assemblée nationale du 18/30 mars 1863, les successeurs légitimes du Roi George Ier devront professer les dogmes de l'Église Orthodoxe d'Orient.

§ 4. Dans aucun cas, la couronne grecque et la couronne de Danemark ne pourront se trouver réunies sur la même tête.

§ 5. Les plénipotentiaires réservent à leurs Cours de donner aux dispositions ci-dessus énoncées la forme d'une convention.

§ 6. Les Cours de France, de la Grande-Bretagne et de Russie emploieront, dès à présent, leurs bons offices pour faire reconnaître le prince Guillaume comme Roi des Grecs, sous le nom de George Ier, par tous les Souverains et par les États avec lesquels elles se trouvent en relation.

Après avoir arrêté les résolutions énoncées dans le présent Protocole, les plénipotentiaires y ont apposé leurs signatures.

Baron Gros. Russell.
Brunnow. De Bille, sub spe rati.

Annexe A au Protocole de la Conférence du 5 juin 1863. —

Athènes, le 31 mars 1863.

No. 939. Anl. A. Griechenland, 31. März 1863.

Monsieur l'Envoyé, j'ai l'honneur de vous faire parvenir ci-jointe une traduction française du décret que l'Assemblée nationale a rendu hier, à l'unanimité, et par lequel le prince Christian-Guillaume-Ferdinand-Adolphe-George, fils puîné du prince Christian de Danemark, a été proclamé Roi constitutionnel des Hellènes, sous le nom de George Ier.

Cette élection, qui a été accueillie avec le plus grand enthousiasme par le peuple de la capitale, en mettant fin à la révolution du 23 octobre, va ouvrir une nouvelle ère de bonheur et de prospérité pour la Grèce.

En vous priant, Monsieur l'Envoyé, de vouloir bien porter ledit décret à la connaissance du Gouvernement de S. M. la Reine de la Grande-Bretagne et d'Irlande, je ne doute pas que celui-ci, animé de sentiments d'amitié pour la Grèce, ne voie avec plaisir la fin de la crise que nous avons traversée.

Agréez, etc.

D. E. Mavrocordato.

A l'honorable **Henry Elliot.**

Annexe B au Protocole de la Conférence du 5 juin 1863. —

Légation du Danemark, Londres, le 4 juin 1863.

No. 939. Anl. B. Dänemark, 4. Juni 1863.

Le soussigné, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M le Roi de Danemark, a l'honneur, par ordre de son Gouvernement, de déclarer que, d'accord avec S. A. R. le prince Christian de Danemark, agissant

No. 939. Anl. B. Dänemark, 4. Juni 1863.

en qualité de tuteur de son fils puîné le prince Christian-Guillaume-Ferdinand-Adolphe-George, encore mineur, S. M. le roi de Danemark accepte pour ce prince la souveraineté héréditaire de la Grèce, qui lui a été offerte par un décret de l'Assemblée nationale hellénique, en date du 18/30 mars dernier. Cette acceptation a toutefois été donnée dans l'attente et à la condition expresse que les îles Ioniennes soient effectivement réunies au Royaume hellénique.

Torben de Bille.

No. 940.

FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, RUSSLAND und DÄNEMARK. — Vertrag betr. die Annahme der erblichen Krone von Griechenland durch den Prinzen Wilhelm von Dänemark. —

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

No. 940. Frankreich, Grossbritannien, Russland und Dänemark, 13. Juli 1863.

LL. MM. l'Empereur des Français, la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et l'Empereur de toutes les Russies, désirant aplanir les difficultés survenues dans le Royaume de Grèce, placé sous leur commune garantie, ont jugé nécessaire de s'entendre sur les arrangements à prendre, afin de réaliser les voeux de la nation grecque qui appellent le prince Guillaume de Danemark au trône hellénique.

De son côté, S. M. le roi de Danemark, se rendant à l'invitation de Leurs dites Majestés, a consenti à leur prêter son concours en vue de ce résultat conforme aux intérêts de la paix générale.

En conséquence, LL. MM. l'Empereur des Français, la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et l'Empereur de toutes les Russies, d'une part, et S. M. le Roi de Danemark, de l'autre, ont résolu de conclure un Traité, et, à cet effet, ont nommé pour leurs plenipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur des Français, le sieur Jean-Baptiste Louis baron Gros;

S. M. la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le très-honorable Jean comte Russell;

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, le sieur Philippe baron de Brunnow;

Et S. M. le roi de Danemark le sieur Torben de Bille;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et signé les articles suivants:

Art. 1er. S. M. le Roi de Danemark, d'accord avec le prince Christian de Danemark, agissant en qualité de tuteur de son fils puîné, le prince Christian-Guillaume-Ferdinand-Adolphe-George, accepte pour ce prince, encore mineur, la souveraineté héréditaire de la Grèce, qui lui est offerte par le Sénat et par l'Assemblée nationale de la Grèce, au nom de la nation hellénique.

Art. 2. Le prince Guillaume de Danemark portera le titre de George 1er, Roi des Grecs.

Art. 3. La Grèce, sous la souveraineté du prince Guillaume de Danemark et la garantie des trois Cours, forme un État monarchique indépendant constitutionnel.

No. 940. Frankreich, Grossbritannien, Russland und Dänemark, 13. Juli 1863.

Art. 4. Les limites du territoire grec, déterminées par l'arrangement conclu à Constantinople entre les trois Cours et la Porte-Ottomane, le 21 juillet 1832, recevront une extension par la réunion des îles Ioniennes au Royaume hellénique, à l'époque où cette réunion, proposée par le Gouvernement de S. M. Britannique, aura été trouvée d'accord avec les voeux du Parlament ionien, et où elle aura obtenu l'assentiment des Cours de France, d'Autriche, de Prusse et de Russie.

Art 5. Les îles Ioniennes, lorsque leur réunion au Royaume de Grèce, aura été effectuée, seront comprises dans la garantie stipulée par l'article 3 du présent Traité.

Art. 6. Dans aucun cas, la couronne de Grèce et la couronne de Danemark, ne pourront se trouver réunies sur la même tête.

Art. 7. Conformément au principe de la Constitution hellénique, reconnu par le Traité signé à Londres le 20 novembre 1852 et proclamé par le décret de l'Assemblée nationale de la Grèce du 30 mars 1863 les successeurs légitimes du Roi George 1er devront professer les dogmes de l'Église Orthodoxe d'Orient.

Art. 8. La majorité du prince Guillaume de Danemark, fixée par la loi de la famile royale à dix-huit ans révolus, c'est-à-dire au 24 décembre 1863, sera considérée comme accomplie avant cette époque, si un décret de l'Assemblée nationale en reconnaissait la nécessité.

Art. 9. A l'époque où la réunion des îles Ioniennes au Royaume hellénique aura lieu, aux termes de l'article 4 du présent Traité, Sa Majesté Britannique recommandera au Gouvernement des États-Unis des îles Ioniennes d'affecter annuellement une somme de 10,000 livres sterling à augmenter la liste civile de S. M. George Ier, roi des Grecs.

Art. 10. Chacune des trois Cours fera abandon, en faveur du Prince Guillaume de Danemark, de 4,000 livres sterling par an, sur les sommes que le Trésor grec s'est engagé à payer annuellement à chacune d'elles, en vertu de l'arrangement conclu à Athènes par le Gouvernement grec, avec le concours des Chambres, au mois de juin 1860.

Il est expressément entendu que ces trois sommes, formant un total de 12,000 livres sterling annuellement, seront destinées à constituer une dotation personnelle de Sa Majesté le Roi, en sus de la liste civile fixée par la loi de l'État.

Art. 11. L'avénement du prince Guillaume au trône hellénique n'apportera aucun changement aux engagements financiers que la Grèce a contractés, par l'article 12 de la Convention signée à Londres le 7 mai 1832, envers les Puissances garantes de l'emprunt.

Il est entendu également que les Puissances veilleront d'un commun accord à l'exécution de l'engagement pris par le Gouvernement hellénique au mois de juin 1860, sur la représentation des trois Cours.

Art. 12. Les trois Cours s'emploieront dès à présent à faire reconnaitre le prince Guillaume de Danemark en qualité de Roi des Grecs par tous les Souverains et États avec lesquels elles se trouvent en relations.

No. 940. Frankreich, Gross-britannien, Russland und Dänemark, 13. Juli 1863.

Art. 13. S. M. le Roi de Danemark se réserve de prendre les mesures les plus propres à faciliter l'arrivée du Roi George Ier dans ses États, le plus tôt que faire se pourra.

Art. 14. Les trois Cours porteront le présent Traité à la connaissance du Gouvernement grec et lui prêteront tout l'appui qui pourra dépendre d'elles, dans l'attente de l'arrivée prochaine de Sa Majesté le Roi.

Art. 15. Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Londres dans le délai de six semaines, ou plus tôt, si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le 13 juillet, l'an de grâce 1863.

Baron Gros. Russell.
Brunnow. de Bille.

No. 941.

FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, OESTERREICH, PREUSSEN und RUSSLAND. —
Protocole de la Conférence du Ier août 1863. —

Présents: les plénipotentiaires de l'Autriche, de la France, de la Grande-Bretagne, de la Prusse et de la Russie.

No. 941. Frankreich, Gross-britannien, Oesterreich, Preussen und Russland, 1. Aug. 1863.

Le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour les Affaires étrangères a exposé les raisons qui déterminent le Gouvernement de Sa Majesté à s'entendre avec les Cours d'Autriche, de France, de Prusse et de Russie sur la révision du Traité du 5 novembre 1815, en vertu duquel les îles Ioniennes ont été placées sous la protection immédiate et exclusive de la Grande-Bretagne. Animé du désir de consolider par de nouveaux arrangements le bien-être des populations confiées jusqu'ici à sa sollicitude, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique considérerait la réunion des îles Ioniennes au Royaume hellénique comme la solution la plus conforme aux intérêts mutuels des deux pays, liés entre eux par une communauté d'origine et de croyance religieuse.

Les représentants d'Autriche, de France, de Prusse et de Russie ont déclaré:

Que leurs Cours reconnaissent unanimement au Gouvernement de Sa Majesté Britannique le droit de renoncer à l'exercice du protectorat exclusif établi par le Traité du 5 novembre 1815;

Qu'elles sont disposées à accorder leur assentiment et à prêter leur concours à la réunion des îles Ioniennes au Royaume hellénique, si les voeux du Parlement ionien se prononcent en faveur de ce plan;

Qu'elles réservent au Gouvernement de Sa Majesté Britannique de consulter à ce sujet les représentants de l'État Septinsulaire;

Qu'après avoir acquis la certitude de l'adhésion de cette assemblée, les Cours d'Autriche, de France, de Prusse et de Russie se déclareront prêtes à se

concerter avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique sur la rédaction définitive du Traité destiné à placer l'arrangement proposé sous la sanction d'un acte européen.

No. 941. Frankreich, Grossbritannien, Oesterreich, Preussen und Russland, 1. Aug. 1863.

Baron Gros. Russell.
Bernstorff. Brunnow.

No. 942.

FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, RUSSLAND und DÄNEMARK. — Protocole de la Conférence du 3 août 1863. —

Présents: les plénipotentiaires de la France, de la Grande-Bretagne, de la Russie et du Danemark.

No. 942. Frankreich, Grossbritannien, Russland und Dänemark, 3. Aug. 1863.

Le principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour les Affaires étrangères ayant ouvert la séance, M. le ministre de S. M. le Roi de Danemark a donné lecture de la déclaration suivante:

S. M. le Roi George I[er], voulant se conformer aux usages qui prévalent en Grèce et s'identifier autant que possible à sa patrie d'adoption, croit devoir déclarer aux Puissances protectrices de la Grèce qu'il désire prendre désormais le titre de Roi des Hellènes.

Les plénipotentiaires de France et de la Grande-Bretagne n'ayant présenté aucune observation à ce sujet, et désirant se rendre au voeu exprimé au nom de S. M. le Roi George I[er] par M. le plénipotentiaire de S. M. le Roi de Danemark, se sont engagés, au nom de leurs Cours respectives, à reconnaître à S. M. George I[er], Roi des Hellènes, le nouveau titre qu'il vient de prendre.

Le plénipotentiaire de Russie s'est réservé de porter la déclaration du plénipotentiaire de Danemark à la connaissance de sa Cour.

Baron Gros. Russell.
Brunnow. De Bille.

No. 943.

FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, RUSSLAND und DÄNEMARK. — Protocole de la Conférence du 13 octobre 1863. —

Présents: les plénipotentiaires de la France, de la Grande-Bretagne, de la Russie et du Danemark. —

No. 943. Frankreich, Grossbritannien, Russland und Dänemark, 13. Oct. 1863.

Par le Protocole du 3 août, le plénipotentiaire de Russie s'est réservé d'annoncer à sa Cour l'intention de S. M. le roi George I[er] de porter le titre de *Roi des Hellènes,* au lieu de celui de Roi des Grecs, mentionné aux articles 2, 9 et 12 du Traité du 13 juillet.

Le plénipotentiaire de Russie a déclaré aujourd'hui que sa Cour adhère à ce changement de titre, qui a obtenu déjà l'assentiment des deux autres Puissances garantes.

En conséquence, il est convenu d'un commun accord de substituer, aux articles 2, 9 et 12, le titre de *Roi des Hellènes* à celui de Roi des Grecs.

No. 943. Frankreich, Grossbritannien, Russland und Dänemark, 13. Oct. 1863.

Les plénipotentiaires ont cru devoir constater, en outre, l'adhésion unanime de leurs Cours à un second changement de rédaction indiqué ci-après:

Le décret du 18/30 mars 1863, cité à l'article 1er, étant émané de l'Assemblée nationale seule, il est convenu d'omettre dans le texte du susdit article la mention du „Sénat“ dont les fonctions législatives avaient cessé à l'époque où les voeux de la nation hellénique ont appelé le prince Guillaume de Danemark au trône de la Grèce.

Les plénipotentiaires réunis en conférence ont constaté, par le présent Protocole, les changements apportés, d'ordre de leurs Cours, aux articles 1, 2, 9 et 12 depuis l'échange des ratifications du Traité signé à Londres le 13 juillet.

MM. les représentants des Cours de France, de la Grande-Bretagne et de la Russie, à Athènes, seront invités à porter ce Protocole à la connaissance du Gouvernement hellénique.

Baron Gros. Russell.
Brunnow. De Bille.

No. 944.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Washington. — Vorschlag zu vorläufigen Unterhandlungen der beiden streitenden Parteien behufs Beendigung des Krieges. —

Paris, le 9 janvier 1863.

No. 944. Frankreich, 9. Jan. 1863.

Monsieur, si, en formant le dessein de concourir, par l'offre de nos bons offices, à rapprocher le terme des hostilités qui désolent le continent américain, nous n'eussions été guidés avant tout par l'amitié qui anime le Gouvernement de l'Empereur à l'égard des États-Unis, le peu de succès de nos ouvertures pouvait refroidir l'intérêt avec lequel nous suivons les péripéties de cette lutte. Mais le sentiment auquel nous avons obéi est trop sincère pour que l'indifférence trouve place dans notre esprit, et que nous cessions d'être douloureusement affectés quand la guerre continue de sévir. Nous ne saurions envisager sans un profond regret cette guerre plus que civile, comparable aux déchirements les plus terribles des anciennes républiques, et dont les désastres se multiplient en proportion des ressources et du courage que déploie chacune des parties belligérantes. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté a donc mûrement examiné les objections qui nous ont été faites quand nous avons suggéré l'idée d'une médiation amicale, et nous nous sommes demandé si elles sont véritablement de nature à écarter, comme prématurée, toute tentative de rapprochement. ¶ On nous a opposé, d'une part, la répugnance des États-Unis à admettre l'intervention d'influences étrangères dans le différend; de l'autre, l'espoir, que le Gouvernement fédéral n'a pas abandonné, d'obtenir une solution par les armes. ¶ Assurément, Monsieur, le recours aux bons offices d'une ou de plusieurs Puissances neutres n'a rien d'incompatible en soi avec la fierté si légitime chez un grand peuple, et les guerres purement internationales ne sont pas les seules à fournir des exemples du rôle utile des médiateurs. Nous nous flattons,

d'ailleurs, qu'en offrant de nous mettre à la disposition des parties belligérantes pour faciliter entre elles des négociations dont nous nous abstenons de préjuger les bases, nous avons témoigné au patriotisme des États-Unis tous les égards qui lui sont dus, aujourd'hui plus encore peut-être que jamais, après tant de preuves nouvelles de force morale et d'énergie. Nous n'en sommes pas moins prêts, dans les voeux que nous formons en faveur de la paix, à tenir compte de toutes les susceptibilités du sentiment national, et nous ne contestons nullement au Gouvernement fédéral le droit de décliner le concours des grandes Puissances maritimes de l'Europe. Mais ce concours est-il le seul moyen qui s'offre au Cabinet de Washington pour hâter le terme de la guerre? et, s'il croit devoir repousser toute immixtion étrangère, ne pourrait-il accepter honorablement la pensée de pourparlers directs avec l'autorité qui représente les États du Sud? ¶ Le Gouvernement fédéral ne désespère pas, nous le savons, de donner une impulsion plus active aux hostilités. Les sacrifices n'ont pas épuisé ses ressources, encore moins sa persévérance et sa fermeté. La durée de la lutte, en un mot, n'a point ébranlé sa confiance dans le succès définitif de ses efforts. Mais l'ouverture de pourparlers entre les parties belligérantes n'implique pas nécessairement la cessation immédiate des hostilités. Les négociations pour la paix ne sont pas toujours la suite d'une suspension d'armes. Elles précèdent au contraire, le plus souvent, l'établissement des trêves. Combien de fois n'a-t-on pas vu les plénipotentiaires se réunir, échanger des communications, convenir de toutes les dispositions essentielles des Traités, résoudre enfin la question même de la paix ou de la guerre, pendant que les chefs d'armée continuaient la lutte, et cherchaient jusqu'au dernier moment à modifier par la voie des armes les conditions de la paix? Pour ne rappeler qu'un souvenir puisé dans l'histoire des États-Unis, les négociations qui ont consacré leur indépendance avaient commencé longtemps avant que les hostilités eussent cessé dans le Nouveau-Monde, et l'armistice ne fut établi que par l'acte du 30 novembre 1782, qui, sous le nom d'*articles provisionnels*, renfermait d'avance les causes principales du Traité définitif de 1783. ¶ Rien n'empêcherait donc que le Gouvernement des États-Unis, sans renoncer aux avantages qu'il croit pouvoir attendre de la continuation de la guerre, entrât en pourparlers avec les confédérés du Sud, dans le cas où ils s'y montreraient eux-mêmes disposés. Des représentants ou des commissaires des deux parties s'assembleraient sur tel point qu'elles jugeraient convenable de désigner, et qui pourrait être à cet effet déclaré neutre. Les griefs réciproques seraient examinés dans cette réunion. Aux accusations que le Nord et le Sud se renvoient mutuellement aujourd'hui se substituerait une discussion contradictoire des intérêts qui les divisent. Ils rechercheraient, par une délibération régulière et approfondie, si ces intérêts sont définitivement inconciliables, si la séparation est une extrémité qui ne puisse plus être évitée, ou si les souvenirs d'une existence commune, si les liens de toute nature qui ont fait du Nord et du Sud un seul et même État fédératif et l'ont porté à un si haut degré de prospérité, ne sont pas plus puissants que les causes qui ont mis les armes à la main aux deux populations. ¶ Une négociation dont l'objet serait ainsi déterminé ne comporterait aucune des objections élevées contre une inter-

No. 944. Frankreich, 9. Jan. 1863.

vention diplomatique de l'Europe; et, sans faire naître les mêmes espérances que la conclusion immédiate d'un armistice, elle pourrait exercer une influence heureuse sur la marche des événements. Pourquoi donc une combinaison qui ménage toutes les convenances des États-Unis n'obtiendrait-elle pas l'approbation du Gouvernement fédéral? Persuadés, pour notre part, qu'elle est conforme à ses véritables intérêts, nous n'hésitons pas à la recommander à son attention, et n'ayant cherché dans le projet d'une médiation des Puissances maritimes aucune vaine ostentation d'influence, nous applaudirions, avec un complet dégagement de toute susceptibilité d'amour-propre, à l'ouverture d'une négociation qui appellerait les deux populations à débattre, sans le concours de l'Europe, la solution de leur différend. Je vous invite, Monsieur, à en donner l'assurance au Cabinet de Washington, en recommandant à sa sagesse des conseils dictés par le plus sincère intérêt pour la prospérité des États-Unis. Vous êtes en outre autorisé, si M. Seward vous en exprime le désir, à lui laisser une copie de cette dépêche.

Drouyn de Lhuys.

Mr. **Mercier**, *Washington.*

No. 945.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Washington. — Die Aufnahme früherer Vermittlungsvorschläge Seitens der Bundesregierung betr. —

Paris, le 23 janvier 1863.

No. 945. Frankreich, 23. Jan. 1863.

Monsieur, je dois vous dire que M. Dayton a été chargé par M. le Président Lincoln de me remercier des termes dans lesquels était conçue la lettre que j'adressais de Compiègne, le 23 novembre dernier, à M. le Ministre des États-Unis. Je ne prétends pas voir assurément, dans la démarche dont elle a été l'objet, l'indice d'un changement dans la ligne de conduite que le Cabinet de Washington a suivie jusqu'ici; mais c'est là, du moins, un témoignage que je suis heureux de recueillir des sentiments de justice et de cordialité avec lesquels le Gouvernement fédéral apprécie notre attitude à son égard, et notre vif désir de contribuer, d'une manière quelconque, à avancer l'heure où l'on ne refusera plus d'entrer dans la voie des accommodements pacifiques.

Drouyn de Lhuys.

Mr. **Mercier**, *Washington.*

No. 946.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Washington. — Die Ablehnung der französischen Vorschläge Seitens der Unionsregierung betr. —

Paris, le 26 février 1863.

No. 946. Frankreich, 26. Febr. 1863.

Monsieur, M. Seward a transmis à M. Dayton, ainsi qu'il vous l'annonçait au départ du courrier, la réponse du Cabinet de Washington à notre dernière proposition, et M. le Ministre des États-Unis est venu me communiquer cette

pièce. Vous saviez déjà qu'elle concluait à un refus. Je suppose que vous aurez eu depuis connaissance des termes mêmes de ce document. Voici, au surplus, quel en est le résumé. M. Seward commence par déclarer que le Président a examiné notre proposition avec toute la considération qui était due aux souffrances imméritées que le conflit américain fait peser sur nos populations comme sur celles de l'Union, et à l'ancienne et sincère amitié qui a inspiré nos conseils. Mais il ajoute que le Président ne saurait partager les impressions sur lesquelles on se fonde pour douter de l'issue de la lutte. Il ne faut voir, suivant lui, dans ces alternatives de succès et de revers qui l'ont marquée depuis le commencement, que les vicissitudes inséparables de toute entreprise militaire, car les forces fédérales n'ont pas cessé d'avancer vers leur but, et tiennent aujourd'hui étroitement bloqué le territoire des insurgés. Les mesures successivement prises par les pouvoirs législatif et exécutif prouvent que la nation a pu déployer autant d'activité que n'importe quel autre État qui eût été placé dans les mêmes circonstances, et ses ressources sont encore abondantes en même temps que son crédit est à la hauteur de tous les besoins du moment. L'idée de nommer de part et d'autre des commissaires qui se rencontreraient sur un territoire neutre, pour y discuter la question du maintien ou de la rupture de l'Union, a donc pu nous paraître réalisable par suite de notre bienveillant désir de voir la paix se rétablir. Mais, quant au Gouvernement fédéral, il est convaincu qu'alors même qu'il pourrait aborder une pareille discussion, en présence d'une révolte armée, toute offre pacifique de sa part, sur la base d'une réédification de l'Union, serait infailliblement rejetée par la partie adverse; et que s'il avait, d'un autre côté, la pensée de consentir à une séparation, il encourrait la réprobation universelle de la nation. Le Congrès peut, à son avis, plus utilement contribuer, qu'une négociation engagée dans la forme indiquée, à résoudre les questions en litige, en se complétant par l'adjonction des sénateurs et des représentants de la portion mécontente de la population, et sauf à faire sanctionner ses décisions par une convention nationale qui leur donnerait la force d'une loi organique. ¶ Cette rapide analyse suffit pour constater que le Cabinet de Washington, s'il a cru devoir décliner notre proposition, a tenu à le faire, du moins, dans les termes les plus amicaux.

No. 946. Frankreich, 26. Febr. 1863.

Drouyn de Lhuys.

Mr. **Mercier**, *Washington.*

No. 947.

FRANKREICH. — Gesandter in Washington an den kaiserl. Min. d. Ausw. — Die Politik der Unionsregierung in Bezug auf Mexico betr. —

Washington, le 3 avril 1863.

Monsieur le Ministre, M. Seward m'a dit que je pouvais affirmer à Votre Excellence que j'avais été parfaitement dans le vrai en le représentant comme ayant toujours eu à coeur d'éviter de nous donner aucun sujet de plainte dans la question mexicaine; que sa politique n'avait pas cessé d'être franche et

No. 947. Frankreich, 3. April 1863.

No. 947. Frankreich, 3. April 1863.

ouverte, et que, dans toute sa correspondance, on ne trouverait pas un seul mot qui témoignât de la moindre participation à des combinaisons dirigées contre le Gouvernement de l'Empereur, ou qui pussent éveiller sa susceptibilité.

Mercier.

Mr. **Drouyn de Lhuys**, *Paris.*

No. 948.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Washington. — Eine Publicirung des Gesandten der Verein. Staaten in London betr. —

Paris, le 23 avril 1863.

No. 948. Frankreich, 23. April 1863.

Monsieur, je vous envoie copie d'une lettre du ministre des États-Unis à Londres qui vient d'être publiée dans les journaux anglais. Écrite, comme vous le verrez, au commandant de la flotte fédérale, elle a pour objet de l'inviter à laisser librement passer des envois d'armes et de munitions de guerre expédiés d'Angleterre à Matamoras par des agents mexicains. Cette pièce révèle trop manifestement les dispositions dont s'est inspiré à notre égard, en cette circonstance, le représentant des États-Unis pour que j'aie pu me dispenser de m'en expliquer avec M. Dayton. Je l'ai fait en termes amicaux, mais fermés, et j'ai cru, en outre, devoir consigner dans une note verbale que je lui ai remise, et dont vous trouverez la copie ci-incluse, les observations que me suggérait cet étrange incident. Que les envois, comme ceux dont il s'agit, ne fussent pas arrêtés par les croiseurs américains, ce n'est pas ce dont nous aurions à nous plaindre; mais nous sommes fondés à nous sentir blessés du procédé de M. Adams, donnant préalablement une pareille assurance aux expéditeurs et contribuant ainsi, dans la mesure qui dépend de lui, au succès d'opérations illicites dirigées contre nous. Peut-être n'aurais-je pas néanmoins prêté autant d'attention au singulier document émané de M. Adams, si, dans le même moment, votre correspondance ne m'avait pas fait connaître le langage très-différent et tout amical que vous tenait M. Seward. Il suffit de le rapprocher de la lettre écrite par le ministre des États-Unis à Londres, pour être frappé de la contradiction qui existe entre l'attitude de ce dernier agent et les dispositions dont il devrait se montrer animé pour répondre aux sentiments de son Gouvernement.

Drouyn de Lhuys.

Mr. **Mercier**, *Washington.*

Annexe à la dépêche du 23 avril. —

NOTE VERBALE.

Le Gouvernement de l'Empereur n'a pu lire sans une pénible surprise le document émané du ministre des États-Unis à Londres, auquel la presse anglaise vient de donner une publicité peut-être inattendue. Un sentiment réfléchi d'hostilité à l'égard de la France a pu seul amener M. Adams à délivrer aux

agents mexicains, qui l'avaient instruit de leurs projets, l'étrange certificat destiné à leur en faciliter l'exécutive. Si un doute était possible à cet égard, les termes dans lesquels est conçu le laissez-passer adressé au commandant de la flotte fédérale suffiraient pour indiquer de quelles dispositions le représentant des États-Unis en Angleterre s'est malheureusement inspiré en cette circonstance. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur admet parfaitement que les croiseurs américains s'abstiennent d'inquiéter et de saisir les navires qui n'ont pas enfreint, vis-à-vis des États-Unis eux-mêmes, les devoirs de la neutralité. Mais il n'est pas besoin de faire ressortir la différence qui existe entre une abstention conforme à l'attitude imposée à tout belligérant envers les neutres, dont la conduite ne lui fournit pas de motifs directs de plainte, et l'assurance formelle donnée à un tiers, engagé dans des opérations entachées d'un caractère illicite par rapport à un autre belligérant, qu'on ne troublera en aucune façon ces opérations. On garantit à celles-ci, dans ce dernier cas, une sécurité sur laquelle elles ne devaient pas compter; on en écarte à l'avance certains périls qui en pouvaient compromettre le succès; on dissipe des craintes qui les auraient peu-être arrétées. S'il n'y a pas là une participation effective à des actes condamnés par le droit des gens, n'est-ce pas cependant leur accorder bien évidemment une garantie insolite, une sorte de protection, et n'est-ce pas, dès lors, s'y associer moralement? En remettant à MM. Howell et Zirman l'attestation qu'ils sollicitaient de lui, et dont l'effet devait être de leur assurer, malgré le caractère de leurs marchandises, un libre passage à travers les croiseurs américains, M. Adams ne pouvait se méprendre sur le concours qu'il prêtait à une opération de contrebande de guerre qu'il savait être entreprise contre nous; il y aurait donc eu lieu de se demander par quelle inadvertance le ministre d'une Puissance amie avait été amené à favoriser ainsi des actes ouvertement dirigés contre la France, si la teneur du certificat signé de lui ne constatait que c'est intentionnellement, et parce qu'il y applaudissait, que M. Adams a voulu les couvrir d'une immunité exceptionnelle. Les expressions employées par M. le ministre des États-Unis ne laissent place à aucune équivoque. C'est avec plaisir qu'il apprend le but de l'opération projetée. Les envois d'armes et de munitions, qui eussent appelé le blâme le plus sévère, la répression la plus rigoureuse, s'ils eussent été destinés aux ennemis du Gouvernement fédéral, revêtent un tout autre caractère et deviennent légitimes dès que c'est au profit des ennemis de la France qu'on les prépare, ¶ Le Gouvernement de l'Empereur se refuse à croire que de tels sentiments aient puisé leur inspiration à Washington. Il est bien convaincu que M. Adams n'a, en cette circonstance, exprimé que des opinions toutes personnelles. Il est facile de comprendre pourtant que le langage du Ministre des États-Unis à Londres emprunte nécessairement à son caractère diplomatique une importance particulière et que, formulées comme elles l'ont été, ses appréciations autorisent à supposer aussi à son Gouvernement des vues hostiles à la France. Le Cabinet de Washington ne s'étonnera donc point que le Gouvernement de l'Empereur voie dans le procédé de M. Adams un acte gratuitement malveillant pour la France, et dont il a le droit de se sentir blessé. On chercherait en vain un motif d'excuse à la conduite du représentant américain. Rien ne lui faisait une obligation de fournir aux agents mexicains une pièce qui équivalait à un

No. 948. Frankreich. 23. April 1863.

No. 948. Frankreich, 23. April 1863.

véritable saufconduit, qui, alors qu'il ne se fût pas agi d'un transport de contrebande de guerre, eût contrasté avec la surveillance soupçonneuse et excessive exercée sur toutes les expéditions partant d'Angleterre pour le même point, mais qui, en la forme et dans les conditions où il était donné, devenait une marque de sympathie et un encouragement tout volontaire accordés à des manoeuvres illicites préjudiciables à une Puissance amie. Le Gouvernement de l'Empereur ne saurait donc taire l'impression fâcheuse qu'il en a éprouvée. Il doit penser que le Gouvernement fédéral l'aura pressentie lui-même, et, confiant dans la sincérité des assurances d'une tout autre nature qu'il en a souvent reçues, il se croit fondé à en attendre un désaveu explicite de l'attitude et du langage de son ministre à Londres.

No. 949.

FRANKREICH. — Gesandter in Washington an den kaiserl. Min. d. Ausw. — Den Bezug von Baumwolle aus den Conföderirten Staaten betr. —

Le 23 avril 1863.

No. 949. Frankreich, 23. April 1863.

Monsieur le Ministre, M. Seward est venu trouver lord Lyons pour lui dire que, le Gouvernement de Richmond ayant contracté en Europe un emprunt payable en cotons, le Cabinet de Washington songeait à revenir sur les engagements qu'il avait pris vis-à-vis des neutres, et d'après lesquels les cotons acquis par les neutres sur le territoire ennemi seraient respectés par les forces fédérales, et pourraient être exportés par la même voie que ceux qui sont saisis pour le compte du Gouvernement. ¶ Lord Lyons a répondu que le Cabinet de Washington devrait bien réfléchir avant de prendre une pareille décision; qu'il ne devait pas perdre de vue que les neutres étaient en droit de faire des transactions avec un belligérant aussi bien qu'avec l'autre, et qu'il était inadmissible que le Gouvernement de Washington, après avoir établi le blocus, pût s'en prévaloir pour exporter le coton à son profit, tandis que cette exportation resterait interdite aux neutres. Si M. Seward m'entretient de cette question, je me placerai sur le même terrain que lord Lyons.

Mercier.

Mr. **Drouyn de Lhuys**, *Paris.*

No. 950.

FRANKREICH. — Gesandter in Washington an den kaiserl. Min. d. Ausw. — Die Neutralitätsfrage betr. —

Washington, le 5 mai 1863.

No. 950. Frankreich, 5. Mai 1863.

Monsieur le Ministre, à la première occasion qui s'est présentée, j'ai entretenu le secrétaire d'État de la question des neutres dans le sens que Votre Excellence a bien voulu m'indiquer, et il a on ne peut mieux accueilli les observations que j'avais à lui soumettre à ce sujet. Il m'a dit qu'il espérait que l'on pourrait se dispenser d'avoir recours à une mesure dont il ne se dissimulait pas

les inconvénients; mais, le cas échéant, il m'a donné l'assurance que toutes les précautions seraient prises pour que notre commerce, qui avait toujours observé la neutralité avec une parfaite loyauté, n'en souffrît aucun dommage, et qu'aucune difficulté ne pût s'élever entre les deux Gouvernements.

No. 950. Frankreich, 5. Mai 1863.

Mercier.

Mr. Drouyn de Lhuys, *Paris.*

No. 951.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Washington. — Den Bezug von Baumwolle aus den Conföd. Staaten betr. —

Paris, 14 mai 1863.

No. 951. Frankreich, 14. Mai 1863.

Monsieur, vous m'avez rendu compte d'un entretien que le secrétaire d'État avait eu avec M. le ministre d'Angleterre au sujet de l'emprunt payable en coton, contracté par le Sud en Europe*). M. Seward annonçait qu'en présence de ce fait le Cabinet de Washington songeait à revenir sur les engagements qu'il avait pris vis-à-vis des neutres, et d'après lesquels le coton que ceux-ci avaient acquis sur le territoire ennemi serait respecté par les forces fédérales. Lord Lyons avait engagé M. Seward à bien réfléchir avant de prendre une semblable décision, attendu que les neutres étaient en droit de faire des transactions avec un belligérant aussi bien qu'avec l'autre, et qu'il était inadmissible que le Gouvernement de Washington, après avoir établi le blocus, pût s'en prévaloir pour exporter le coton à son profit, tandis que cette exportation resterait interdite aux neutres. Vous vous proposiez de répondre dans le même sens, si vous étiez amené à aborder ce sujet. ¶ Je n'aurais qu'à approuver, Monsieur, les observations que vous auriez, en effet, le cas échéant, présentées à l'appui des idées déjà développées par votre collègue, car si le Cabinet de Washington admettait antérieurement que les neutres pussent acheter du coton dans le Sud, il admettait, par une conséquence forcée, que le vendeur bénéficiât du prix de cet achat. Comment s'expliquer dès lors qu'il veuille aujourd'hui entraver des opérations qui n'auraient d'autre résultat que celui qu'il semblait accepter précédemment, à savoir, l'acquisition par les neutres de certaines quantités de coton moyennant le payement plus ou moins immédiat de leur valeur aux propriétaires de coton? Une appréciation exacte de l'état réel des choses permet, à mon sens, de pénétrer la pensée dont s'inspirait le Gouvernement fédéral en annonçant qu'il revient sur ses engagements. En fait, une semblable déclaration ne modifierait pas la situation actuelle; elle tendrait, au contraire, à empêcher qu'elle ne se modifiât. Jusqu'à ces derniers temps, le Cabinet de Washington affirmait qu'il était plus que personne désireux de procurer du coton au marché européen et que, si nous en étions privés, nous ne devions nous en prendre qu'au Sud lui-même, qui se refusait à dessein à nous livrer cette denrée, afin de nous entraîner à prendre partie pour lui, en nous représentant la continuation de la guerre comme un obstacle insur-

---

*) No. 949.

No. 951. Frankreich, 14. Mai 1863.

montable à toute transaction. Les autorités fédérales faisaient, nous était-il dit, tous leurs efforts pour triompher de ces dispositions fâcheuses des États sécessionnistes. Au même moment, cependant, où vous étaient données ces assurances, vous deviez nous signaler des ordonnances du département de la Trésorerie qui avaient pour effet de rendre impossible tout commerce avec le Sud. Plus récemment, c'était une expédition considérable qui, en dégageant complétement le cours du Mississipi, et, en faisant comprendre aux planteurs qu'ils n'auraient plus rien à craindre du Gouvernement de Richmond, allait les amener à mettre à profit, avec empressement, les dispositions des autorités fédérales à leur laisser écouler leurs produits. L'événement a prouvé qu'en ne témoignant à cette époque, vous le savez, qu'une confiance médiocre dans l'efficacité des mesures dont on nous entretenait, nous ne nous trompions malheureusement pas. La vérité, il faut bien le reconnaître, est que le Gouvernement fédéral n'a pas renoncé à entraver les transactions dont il n'aurait ni le contrôle ni le bénéfice, et qui, profitable aux neutres, le seraient en même temps aux États du Sud. Il devait nécessairement en résulter que, malgré ses déclarations de bon vouloir, les neutres sont restés jusqu'ici sous l'empire d'appréhensions trop justifiées, qui ont paralysé toutes leurs opérations. Aujourd'hui qu'une combinaison nouvelle est mise en avant comme un moyen, pour le commerce étranger, de s'assurer la précieuse denrée qui lui fait défaut, le Cabinet de Washington redoute le succès qu'elle pourrait avoir et voudrait le compromettre, en annonçant qu'il retire aux neutres les garanties que ses premières déclarations leur avaient données. Je viens de dire combien ces garanties étaient illusoires; leur retrait n'aurait qu'une signification, celle d'un aveu plus explicite des entraves que le Gouvernement fédéral entend mettre à tout rapport de commerce entre le Sud et les neutres. Je ne sais et n'ai pas à examiner si l'emprunt contracté pour le compte des États sécessionnistes, en dehors de toute intervention de notre part, réalisera ce qu'on semble en attendre; mais, puisque M. le secrétaire d'État en a pris texte pour s'exprimer comme il l'a fait, j'ai tenu à vous faire connaître le jugement que nous étions, en définitive, conduits à porter sur les dispositions dont le Gouvernement fédéral se montre animé dans cette circonstance.

Drouyn de Lhuys.

Mr. **Mercier**, *Washington.*

No. 952.

FRANKREICH. — Gesandter in Washington an den kaiserl. Min. d. Ausw. — Den Gesandten der Verein. Staaten in London betr. —

Washington, le 8 mai 1863.

No. 952. Frankreich, 8. Mai 1863.

Monsieur le Ministre, j'ai reçu hier la dépêche que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser au sujet de la lettre que M. Adams avait écrite aux commandants des croiseurs fédéraux pour les inviter à laisser passer librement des armes et des munitions de guerre expédiées d'Angleterre à Matamoras par des agents mexicains*). ¶ Le même jour, je me suis rendu chez le secrétaire d'État

*) No. 948.

pour lui faire connaître l'impression qu'un pareil procédé de la part du représentant des États-Unis à Londres avait fait éprouver au Gouvernement de l'Empereur. ¶ Comme il venait de recevoir communication de la note verbale que Votre Excellence avait remise, à cette occasion, entre les mains de M. Dayton, il s'attendait à ma démarche. Après que je lui eus développé les observations que j'étais chargé de lui transmettre et qui confirmaient celles que je m'étais empressé de lui présenter spontanément aussitôt que j'avais eu connaissance par les journaux, de la lettre de M. Adams, M. Seward est entré dans des explications tendant à dégager complétement de l'incident la responsabilité du Cabinet de Washington. Je lui ai répliqué que, dans ma correspondance avec Votre Excellence, je m'étais toujours fait un devoir de rendre justice à la loyauté de l'attitude qu'il n'avait cessé d'observer dans la question mexicaine.

No. 952. Frankreich, 8. Mai 1863.

Mercier.

Mr. **Drouyn de Lhuys**, *Paris*.

No. 953.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Washington. — Desavouirung des Gesandten der Verein. Staaten in London. —

Paris, le 4 juin 1863.

M. Dayton m'a donné lecture d'une lettre que M. Seward lui a écrite au sujet de celle qui a été adressée par M. Adams aux commandants des croiseurs fédéraux. Le secrétaire d'État s'explique avec M. Dayton sur cet incident de la même manière qu'il l'a fait avec vous dans votre dernier entretien. Ce que, suivant lui, M. Adams se proposait était uniquement d'établir que les croiseurs fédéraux devaient empêcher tout envoi d'armes au Sud sans se préoccuper des transports de même nature qui auraient une autre destination, quelle qu'elle fût. M. Seward reconnaît d'ailleurs, que le document émané du ministre américain à Londres revêtait dans sa forme une apparence de mauvais vouloir tout à fait en opposition avec les sentiments d'amitié que nous sommes fondés à attendre du Cabinet de Washington et dont il est bien sincèrement animé à notre égard. Aussi n'hésitait-il pas à regarder la lettre de M. Adams comme une démarche inconsidérée. ¶ En présence de ces déclarations, je n'avais plus à insister avec M. Dayton sur ce qu'il y a eu de regrettable dans le procédé de son collègue à Londres.

No. 953. Frankreich, 4. Juni 1863.

Drouyn de Lhuys.

Mr. **Mercier**, *Washington*.

No. 954.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Washington. — Den Handelsverkehr der Neutralen betr. —

Paris, 2 juillet 1863.

No. 954. Frankreich, 2. Juli 1863.

Il ne m'a pas été fait par M. Dayton de communication analogue à celle que M. Adams a adressée à lord Russell au sujet de l'emprunt des États confédérés et dont vous m'avez transmis une copie. Si M. le ministre des États-Unis avait abordé cette question avec moi, je lui aurais naturellement répondu par les observations que vous avez trouvées dans ma dépêche du 14 mai.*) ¶ Aucun fait n'est venu jusqu'ici donner une valeur pratique aux déclarations favorables du Cabinet de Washington touchant le commerce des neutres. L'état réel des choses ne serait donc pas modifié par l'intention qu'il annonce de revenir sur ses déclarations. Aussi, monsieur, ne devrez-vous pas hésiter, dès qu'une circonstance nouvelle vous en fournira l'occasion, pour insister auprès du Cabinet de Washington sur la nécessité de rendre au commerce des neutres la confiance que ses transactions légitimes avec l'un ou l'autre des belligérants seront également respectées. Mon approbation est acquise d'avance à toute initiative que vous prendrez à cet effet, et une entente avec votre collègue d'Angleterre répondra complétement à nos vues. Le Gouvernement britannique, de son côté, j'en ai recueilli l'assurance de lord Cowley, a autorisé son représentant à s'associer à toutes vos démarches tendant à rouvrir le marché du coton au commerce étranger.

Drouyn de Lhuys.

Mr. **Mercier**, *Washington.*

No. 955.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Washington. — Eine Unterredung mit Dayton über verschiedene die Union betr. Gerüchte. —

Paris, le 13 septembre 1863.

No. 955. Frankreich, 13. Sept. 1863.

Monsieur, M. Dayton, qui apporte dans ses relations avec moi une grande confiance et une droiture dont je me plais à rendre témoignage, s'est ému de certaines rumeurs qui paraissent avoir trouvé, ces jours derniers, quelque créance à Paris, et il est venu m'en entretenir. A s'en rapporter à ces bruits, trop légèrement acceptés, le Gouvernement de l'Empereur se serait décidé à reconnaître les États du Sud. Un traité aurait même déjà été signé d'après lequel la nouvelle Confédération céderait à la France, soit pour elle-même, soit pour en faire la rétrocession au Mexique, le Texas et une partie de la Louisiane. ¶ Au moment où M. Dayton me faisait part de ces renseignements, je me trouvais précisément dans le cas de lui offrir informations pour informations, et, avant

*) No. 951.

de répondre aux questions qu'il m'adressait, je lui ai demandé si, parmi les symptômes alarmants pour le maintien des bons rapports des deux pays, il n'avait pas recueilli comme moi d'autres nouvelles également répandues dans le public, telles par exemple que la remise qu'il m'aurait faite d'une protestation de son Gouvernement contre notre expédition du Mexique et ses conséquences, la conclusion d'une alliance offensive et défensive entre les États-Unis et la Russie, l'apparition d'une flotte fédérale devant la Vera Cruz. ¶ A l'égard de la protestation, après m'avoir fait remarquer que je savais mieux que personne qu'il ne m'en avait remis aucune, M. Dayton m'a dit qu'en s'inspirant de l'esprit général de la correspondance de M. Seward et de la connaissance qu'il avait lui-même des dispositions de ses concitoyens, il avait pu me parler de l'impression produite sur l'opinion de son pays par l'intervention prépondérante d'une Puissance européenne dans une République américaine, et par la création d'un établissement monarchique dans une contrée voisine des États-Unis; mais que de là à une protestation ou à une intention quelconque d'ingérence comminatoire il y avait fort loin, et que rien dans ses instructions ne l'autorisait à franchir cette distance. Il ne savait rien, d'autre part, de l'alliance prétendue de son Gouvernement avec la Russie, et il avait toutes raisons de n'y pas croire. Quant à la présence d'une flotte fédérale devant la Vera Cruz, cette nouvelle ne lui paraissait même pas mériter l'honneur d'un démenti. ¶ J'ai dit à M. Dayton que je n'avais jamais attaché d'importance aux bruits que je lui signalais, et qu'en lui en parlant j'avais eu beaucoup moins pour but de provoquer de sa part des explications que de le prémunir lui-même contre les rumeurs d'autre nature, mais probablement de même provenance, dont il m'avait entretenu. Je pouvais, du reste, les démentir catégoriquement. A l'égard de la reconnaissance des États du Sud, les dispositions du Gouvernement de l'Empereur lui étaient connues, et cette question en était toujours au point où l'avaient laissée nos derniers entretiens. Nous n'avions donc pas reconnu le Sud, et, à plus forte raison, nous n'avions signé avec lui aucun Traité de cession du Texas et de la Louisiane. A ce propos, je pouvais lui répéter ce que je lui avais déjà dit souvent, que nous ne recherchions, pour nous-mêmes ni pour d'autres, aucune acquisition en Amérique. J'ai ajouté que j'espérais que le bon sens du peuple des États-Unis ferait justice des exagérations et des fausses suppositions à l'aide desquelles on cherchait à égarer et à aigrir l'opinion, et que je comptais sur son concours pour tâcher de faire prévaloir une plus équitable appréciation de nos intentions et des nécessités auxquelles obéissait notre politique. ¶ J'ai pensé, Monsieur, qu'il était bon que vous fussiez informé des détails de cette conversation, afin que vous puissiez, de votre côté, en faire part à M. Seward et en prendre texte pour rectifier autour de vous les jugements faux et les préventions non justifiées.

Drouyn de Lhuys.

Mr. Mercier, *Washington.*

No. 956.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Commandeur der kaiserl. französ. Truppen in Mexico. — Das Votum der mexicanischen Notablen-Versammlung betr. —

Paris, le 14 août 1863.

No. 956. Frankreich, 14. Aug. 1863.

Général, les dépêches que je reçois aujourd'hui du Mexique confirment la nouvelle, déjà parvenue en Europe par voie télégraphique, des importantes résolutions votées par l'Assemblée des notables à Mexico, le 10 juillet dernier. Cette nouvelle ne pouvait être accueillie qu'avec une sincère satisfaction par le Gouvernement de l'Empereur, et nous nous félicitons de voir nos prévisions justifiées par le bon sens et le patriotisme de l'Assemblée. ¶ Comme vous le savez, Général, lorsque la nécessité d'aller poursuivre le redressement de griefs accumulés nous a conduits au Mexique, l'Empereur a entrevu la possibilité de faire sortir la régénération de ce pays de la crise même que le Gouvernement de M. Juarez attirait sur lui. Dans la pensée de Sa Majesté, aucune pression ne devait être exercée sur la nation mexicaine; elle seule aurait à se prononcer sur la forme de ses institutions et, dans le cas où elle adopterait une constitution monarchique, sur le choix du prince qui serait appelé à régner sur elle; elle devait seulement savoir d'avance que notre concours moral était acquis à tous les efforts honnêtes et sérieux qui seraient tentés pour l'arracher à l'anarchie et à la dissolution. C'est ce que, conformément aux ordres de l'Empereur, les généraux et tous les agents de Sa Majesté au Mexique ont eu pour mission de bien faire comprendre autour d'eux. C'est donc dans la plénitude de ses droits et dans le libre exercice de son indépendance que la nation mexicaine fonde en ce moment ses destinées nouvelles. Nous voyons déjà dans le vote de l'Assemblée des notables une manifestation spontanée et imposante de ses dispositions, mais il importe que ce vote soit confirmé et ratifié le plus tôt possible par l'assentiment des populations. Nous applaudissons de même au choix du Prince éminent que l'Assemblée a appelé au trône par une acclamation qui devra également recevoir des suffrages du pays sa consécration définitive.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Général **Bazaine**, etc.

No. 957.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Commandeur der kaiserl. französ. Truppen in Mexico. — Die Ziele der französ. Politik in Bezug auf Mexico betr. —

Paris, 17 août 1863.

No. 957. Frankreich, 17. Aug. 1863.

Général, au moment où vous vous trouvez investi de la plénitude des pouvoirs politiques et militaires et où, grâce à l'héroïsme de nos soldats et à l'habileté de leurs chefs, l'élaboration d'un nouveau régime politique remplace au Mexique le bruit des armes, je crois utile de résumer encore une fois la pensée

dont s'inspire le Gouvernement de l'Empereur. Elle a trouvé la plus haute expression dans la lettre adressée par Sa Majesté au général Forey le 3 juillet 1862, et c'est toujours à ce mémorable document qu'il faut se reporter. ¶ Je ne reviendrai pas sur les faits qui ont amené notre intervention, ni sur les incidents trop connus qui en ont signalé la première phase, alors que nous étions engagés dans une action collective. Je les mentionne seulement pour rappeler que, restés seuls, nous n'avons usé de notre indépendance que pour poursuivre l'oeuvre qu'il n'a pas dépendu de nous d'accomplir avec d'autres, et sans dévier de la ligne que, dès l'origine, nous nous étions tracée et que nous avions indiquée à nos alliés. En agissant ainsi, nous persistons à croire que nous servons les intérêts généraux de l'Europe. ¶ Nous avons reconnu que la légitimité de notre intervention au Mexique résultait uniquement de nos griefs contre le Gouvernement de ce pays; nous avons déclaré que, quels que fussent les droits que nous conférait la guerre, nous ne cherchions là ni conquête, ni établissement colonial, ni même aucun avantage politique ou commercial à l'exclusion des autres Puissances. Pénétrés cependant de cette idée, que justifiaient de trop onéreuses expériences, qu'une expédition analogue à celles dont les procédés traditionnels du Gouvernement mexicain ont si souvent imposé à nous et à d'autres la nécessité ne nous assurerait que des dédommagements précaires et aucunes garanties pour l'avenir, nous avons pensé qu'il serait digne de nous et profitable à tous d'en appeler au peuple mexicain des iniquités de son Gouvernement et de lui fournir, s'il s'y prêtait, l'occasion et les moyens de réagir contre les éléments de dissolution accumulés sur son sol par une succession déplorable de pouvoirs anarchiques. Nous nous applaudissons fermement, aujourd'hui, de n'avoir pas désespéré du bon sens et du patriotisme de la nation mexicaine. Nous écartions du reste hautement, vous le savez, toute intention de substituer notre influence aux libres résolutions du pays; nous lui promettions notre concours moral pour seconder les efforts qu'il voudrait tenter dans son indépendance; mais c'était de ses entrailles mêmes que devait sortir sa régénération. ¶ Nous avons accueilli avec plaisir, comme symptôme de favorable augure, la manifestation de l'Assemblée des notables de Mexico en faveur de l'établissement d'une monarchie et le nom du Prince appelé à l'Empire. Cependant, ainsi que je vous l'indique dans une précédente dépêche, nous ne saurions considérer les votes de l'assemblée de Mexico que comme un premier indice des dispositions du pays. Avec toute l'autorité qui s'attache aux hommes considérables qui la composent, l'Assemblée recommande à ses concitoyens l'adoption d'institutions monarchiques, et elle désigne un Prince à leurs suffrages. Il appartient maintenant au Gouvernement provisoire de recueillir ces suffrages de manière qu'il ne puisse planer aucun doute sur l'expression de la volonté du pays. Je n'ai pas à vous indiquer le mode à adopter pour que ce résultat indispensable soit complétement atteint: c'est dans les institutions et les habitudes locales qu'il faut le chercher. Soit que les municipalités doivent être appelées à se prononcer dans les diverses provinces à mesure qu'elles auront reconquis la disposition d'elles-mêmes, ou que les listes soient ouvertes par leurs soins pour recueillir les votes, le mode le meilleur sera celui qui assurera la plus large manifestation des voeux des popu-

No. 957. Frankreich, 7. Aug. 1863.

lations dans les meilleures conditions d'indépendance et de sincérité. L'Empereur, Général, recommande particulièrement ce point essentiel à toute votre attention. ¶ D'autres questions appellent en même temps votre sollicitude. Nous avons la conscience de représenter au Mexique la cause du progrès et de la civilisation, et le soin de notre responsabilité ne nous permet d'accepter l'espèce de tutelle provisoire, dont les circonstances nous investissent, qu'à la condition de bien servir cette cause par nos conseils et par nos actes. A ce point de vue, nous avons dû regretter certaines mesures qui contrastent d'une manière fâcheuse avec les idées que nous devons faire prévaloir. Les séquestres, les prohibitions, les mises hors la loi, ont été trop souvent au Mexique les armes des partis aux abois, dans leurs luttes à outrance, pour qu'un Gouvernement réparateur ne s'en interdise pas l'usage. Adoptées, sans doute, en vue des nécessités d'urgence dont je ne peux pas juger, elles ne pouvaient avoir qu'un caractère provisoire, et, au moment où je vous écris, elles sont certainement rapportées, en admettant qu'elles ne le fussent pas déjà à la réception des instructions expédiées par le dernier paquebot. ¶ La réorganisation de l'armée mexicaine est une des questions les plus importantes qui doivent, dès à présent, occuper l'attention du Gouvernement provisoire et la vôtre. Il appartient à M. le ministre de la guerre de vous transmettre à cet égard des instructions spéciales. Je me bornerai à dire que, le désir du Gouvernement de l'Empereur étant de restreindre aussi promptement que les circonstances le permettront l'étendue et la durée de notre occupation, il est essentiel que cette réorganisation soit poussée avec toute l'activité possible et qu'il est désirable qu'au fur et à mesure des progrès réalisés un rôle honorable soit assigné à l'armée mexicaine. Dans l'intérêt du pays et de son développement ultérieur, aussi bien que pour pourvoir aux nécessités présentes, je vous recommande d'insister auprès du Gouvernement pour qu'il apporte tous ses soins à multiplier les voies de communication et à assurer, sur celles qui existent, la sécurité des transports et le rapide échange des correspondances. ¶ Sans substituer directement votre initiative à celle du Gouvernement, tous vos conseils, Général, doivent tendre à ce que l'administration proprement dite soit reconstituée dans des conditions de régularité et de fermeté qui donnent confiance au pays et le rassurent contre toute idée d'une politique réactionnaire et exclusive. A l'ombre de notre drapeau, tous les partis peuvent se réconcilier dignement, et nous les y convions; mais, comme nous répudions leurs passions, nous ne devons pas permettre qu'il abrite jamais leurs vengeances. ¶ Les mêmes principes doivent présider à la réorganisation de l'administration judiciaire, et vous aurez à recommander au Gouvernement de s'en inspirer dans le choix des magistrats et dans l'impulsion qu'il leur donnera, l'indépendance et l'honnêteté de la magistrature pouvant contribuer puissamment à relever l'état moral d'un peuple chez lequel les notions du droit ont dû s'altérer au contact de tant de révolutions. ¶ Les institutions administratives et judiciaires existantes paraissent, d'ailleurs, répondre aux besoins et aux habitudes du pays. Vos conseils doivent donc porter, à cet égard, plutôt sur le choix des fonctionnaires et sur les directions à leur imprimer que sur les institutions elles-mêmes. ¶ Il n'en est pas tout à fait ainsi des finances. Nous

avons là, d'ailleurs, un intérêt direct. qui nous commande de veiller de plus près à l'exécution des règlements qui doivent assurer au pays les bénéfices d'une comptabilité régulière. La bonne gestion des deniers publics est la garantie de nos créances, et, à ce point de vue, nous sommes fondés à exercer un contrôle actif sur l'administration financière. Nous avons, du reste, autant qu'il dépendait de nous, facilité sa réorganisation en lui assurant le concours précieux des agents spéciaux délégués à cet effet par M. le Ministre des finances. Sous leur influence éclairée, les germes de prospérité si variés et si abondants que le pays renferme ne peuvent pas manquer de se développer rapidement. ¶ J'ai parlé de nos réclamations. Elles sont, comme vous le savez, Général, de deux sortes: celles qui sont antérieures à la guerre, et celles qui ont la guerre pour origine. Quant aux premières, elles seront toutes déférées à l'examen d'une Commission qui sera instituée auprès de mon département, et qui sera composée de manière à assurer à ses décisions une autorité indiscutable. Le chiffre total à présenter au Gouvernement mexicain se composera de la somme de toutes ces réclamations qui auront été reconnues par la Commission comme légitimement fondées. ¶ Quant à celles qui procèdent de la guerre que nous venons de soutenir, mes collègues de la Guerre et de la Marine s'occupent de réunir les éléments qui leur permettront d'établir l'état des dépenses dont nous aurons à réclamer le remboursement. Nous serons vraisemblablement en mesure de vous transmettre, par le prochain paquebot, le résultat de ce travail, et vous aurez alors à présenter à l'acceptation du Gouvernement provisoire la demande de remboursement de la somme qui vous sera indiquée. *Drouyn de Lhuys.*

No. 957. Frankreich, 17. Aug. 1863.

Mr. le Général **Bazaine**, etc.

No. 958.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Commandeur der kaiserl. französ. Truppen in Mexico. — Die von Mexico zu fordernde Kriegsentschädigung betr. —

Paris, le 15 octobre 1863.

Général, je me suis mis en rapport, ainsi que je vous en avais annoncé l'intention, avec mes collègues aux départements de la Guerre, de la Marine et des Finances, pour fixer l'indemnité de guerre dont nous aurons à réclamer le remboursement au Mexique. Les informations diverses qui nous étaient indispensables pour apprécier exactement l'ensemble de nos dépenses se trouvent aujourd'hui entre nos mains. Nous ne tarderons pas, en conséquence, à pouvoir arrêter définitivement le chiffre de la somme à laquelle devra s'élever cette indemnité. Nous avions également à nous préoccuper des dépenses qui se produiront encore avant que toutes nos forces aient complétement évacué le territoire mexicain. Je me suis donc aussi entendu à ce sujet avec mes collègues et je serai, suivant toute probabilité, en mesure de remettre à M. le marquis de Montholon, au moment de son départ, les instructions convenables pour qu'il soit à même de négocier ces deux réglements aussitôt après son arrivée à Mexico.

No. 958. Frankreich, 15. Oct. 1863.

Mr. le Général **Bazaine**, etc. *Drouyn de Lhuys.*

No. 959.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Geschäftsträger in München. — Instructionen für dessen Verhalten der bevorstehenden Zollvereins-Conferenz in München gegenüber. —

Paris, le 23 mars 1863.

No. 959. Frankreich, 23. März 1863.

Monsieur, la réunion à Munich des commissaires du Zollverein va vous fournir une occasion naturelle d'étudier de plus près les dispositions des principaux membres de l'Association, et peut-être de vous éclairer sur les modifications qu'elles ont pu subir depuis les dernières notes échangées avec la Cour de Berlin. En effet, dans l'intervalle, non-seulement des chambres de commerce importantes et des corporations considérables, mais même des assemblées représen tatives se sont prononcées presque unanimement en faveur du Traité de commerce du 2 août 1862, et il me serait difficile de croire que ces manifestations de l'opinion publique en Allemagne n'ont exercé aucune influence ni laissé aucune trace. Le programme de la réunion actuelle et les précédents des conférences périodiques prescrites par les règlements constitutifs excluent, il est vrai, toute discussion sur les sujets délicats qui divisent le Zollverein. Mais l'ordre du jour fixé à l'avance sera-t-il strictement suivi, malgré l'intention attribuée à la Prusse de ne pas admettre qu'on s'en écarte? Les causes de l'adhésion des uns, de la résistance des autres au Traité franco-prussien ne seront-elles pas discutées et appréciées? ¶ L'éventualité de la dissolution du Zollverein, de sa reconstitution sur des bases nouvelles, ou plus étroites ou plus larges, la convenance d'un rapprochement plus intime avec l'Autriche, l'examen des conditions auxquelles le pacte du 2 août pourrait obtenir l'assentiment qui lui a été jusqu'à ce jour refusé par une partie des États de l'Union allemande, toutes ces questions ne se poseront-elles pas, directement ou indirectement, et ne donneront-elles pas à la réunion de cette année une importance toute particulière et décisive peut-être? Lors même qu'elles ne seraient point l'objet de délibérations officielles, n'est-il pas probable qu'elles occuperont une grande place dans les entretiens particuliers, dans les conférences extra-réglementaires? N'y a-t-il point lieu de prévoir, en un mot, que l'occasion sera saisie avec empressement par la plupart des commissaires de défendre l'attitude et les actes des Gouvernements qu'ils représentent à Munich? ¶ La matière ne manquera donc pas, Monsieur, à vos observations. Je n'ai pas besoin de vous dire que j'en accueillerai le résultat avec le plus vif intérêt, et que je compte sur votre zèle pour me tenir exactement informé des incidents qui viendraient à se produire. Je crois encore moins nécessaire de vous recommander, en même temps qu'une étude attentive, la réserve que comporte la nature du débat qui s'agite autour de vous; nous pouvons le suivre, mais nous n'avons pas le droit d'y intervenir. Ce sont des questions d'intérieur, pour ainsi dire, auxquelles ne doit se mêler aucun élément étranger. Le Gouvernement de l'Empereur a pu très-légitimement, pendant le cours de la négociation avec la Prusse et après la signature du Traité, user de son influence sur les Cours d'Allemagne pour obtenir leur adhésion à un arrangement qu'il considérait et qu'il persiste à considérer comme éminemment avantageux pour les deux

pays; il s'est appliqué à répondre aux critiques dont il était l'objet de la part de quelques Gouvernements du Zollverein, et je crois pouvoir dire qu'il a réussi à écarter par des explications franches et loyales le plus grand nombre des objections, celles-là du moins qui portaient sur le Traité lui-même et qui n'étaient point suggérées par des considérations étrangères au mérite intrinsèque des stipulations commerciales. ¶ L'action de la diplomatie française, les agents de Sa Majesté le savent, s'est renfermée dans ces limites; elle n'en sortira pas. Le Gouvernement de l'Empereur, et c'est ce que vous pouvez, Monsieur, déclarer à l'occasion, sans manquer à la réserve qui doit faire la règle de votre conduite et de votre langage, le Gouvernement de l'Empereur, dis-je, reste animé du même désir de voir mettre un terme prochain à une situation qu'il regarde comme funeste aux intérêts de la France et de l'Allemagne; il a la ferme intention de remplir, aux échéances et dans les conditions fixées par le Traité du 2 août, ses engagements envers la Prusse et ses coassociés; mais il est également résolu à n'admettre pour atteindre ce résultat que l'emploi de moyens compatibles avec les égards qu'il doit à des États indépendants. Il attend le succès, non d'une ingérence ou d'une pression contraire à ses propres sentiments, mais d'une conviction libre et éclairée.

No. 959. Frankreich, 23. März 1863.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Comte de Gabriac, *Munich.*

No. 960.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in Berlin. — Das Festhalten an dem mit Preussen abgeschlossenen Handelsvertrag vom 2. August 1862 betr. —

Paris, le 19 mai 1863.

Monsieur le Baron, l'ambassadeur de Prusse, en m'entretenant dernièrement de l'objet du récent voyage de M. de Beust à Berlin, m'a déclaré que son Gouvernement se maintiendrait dans la position qu'il avait prise depuis la signature des Traités du 2 août, et m'a exprimé la confiance que nous en ferions autant. ¶ Vous connaissez trop bien, Monsieur le Baron, la pensée du Gouvernement de l'Empereur pour que j'aie besoin de vous dire quelle a été ma réponse à M. le comte de Goltz; elle a été celle que j'aurais faite à M. le prince de Metternich, si sa Cour l'avait réellement chargé, comme on l'a prétendu, de nous offrir la médiation de l'Autriche pour arriver à une transaction avec les États dissidents du Zollverein; mais il ne nous est venu, jusqu'à ce moment, aucune proposition du Cabinet autrichien, et je n'ai point eu, par conséquent, à affirmer de nouveau les résolutions du Gouvernement impérial. On ne doit pas douter, d'ailleurs, à Vienne comme à Munich et à Stuttgart, qu'elles ne soient inébranlables sur le fond des choses. Si la Bavière et le Wurtemberg s'étaient bornés à réclamer quelques légers changements sur des points secondaires, nous aurions pu examiner leurs demandes et rechercher dans quelle mesure il nous était possible de les accueillir; c'est ce que nous avons déjà fait avec d'autres Puissances, nous prêtant aux rectifications de détail qui leur avaient paru désirables après

No. 960. Frankreich, 19. Mai 1863.

No. 960. Frankreich, 19. Mai 1863.

une étude plus approfondie; mais du moment où les exigences des États dissidents allaient jusqu'à remettre en question les grands principes engagés dans le Traité du 2 août, nous devions nous refuser d'une manière absolue à rouvrir une discussion devenue sans objet et sans utilité. ¶ Sur l'art. 31 *), par exemple, dont l'abandon par la France est considéré comme une des conditions *sine qua non* de l'assentiment final des Cours dissidentes, il ne nous est permis, je n'hésite pas à le répéter, de faire aucune concession. Nous n'avons nullement contesté que l'Autriche ne dût rester en pleine jouissance, jusqu'à l'expiration du Traité de 1853, des avantages exceptionnels que cet acte lui a garantis; nous avons trouvé une situation acquise, que nous avons respectée, sous la réserve qu'elle ne se prolongerait pas au delà du terme assigné à sa durée. Cette réserve était si naturelle, si légitime, qu'elle a été admise sans aucune difficulté par les négociateurs prussiens, munis des instructions et des pleins pouvoirs des autres États du Zollverein. Cet article 31, si controversé aujourd'hui, n'a pas donné lieu, dans les Conférences de 1862, à la plus légère objection. Les réclamations, les résistances ne sont venues qu'après coup, à la suite de suggestions étrangères et sous l'empire d'idées tout à fait différentes de celles qui avaient inspiré le projet d'arrangement avec la France et présidé à sa rédaction. Nous demander aujourd'hui de renoncer à l'article 31, c'est nous demander de renoncer au Traité lui-même. Non-seulement cet abandon serait préjudiciable à des branches importantes de l'industrie française qui n'ont chance de placer leurs produits sur le marché du Zollverein en concurrence avec les articles similaires autrichiens, qu'autant que la lutte sera égale; mais, indépendamment de cette atteinte à des intérêts très-sérieux que le Gouvernement de l'Empereur a pour devoir de sauvegarder, le grand principe de sa réforme économique se trouverait gravement compromis. En effet, il ne peut s'établir solidement et triompher d'une manietre définitive qu'autant que son application se généralisera par la suppression persévéramment poursuivie de tous les tarifs différentiels. Cette doctrine, nous la professons lors même qu'il peut en résulter pour nous quelque désavantage momentané. Ainsi, Monsieur le Baron, nous avons applaudi à la Convention récente conclue entre la Prusse et la Belgique, bien que ce dernier pays ait accordé à l'Union douanière, sans en exiger aucune concession équivalente, des faveurs dont nous avions chèrement acheté la jouissance, et que nos fabricants doivent se trouver soumis à la concurrence, sinon imprévue, du moins anticipée, de l'Allemagne. Loin de nous plaindre d'une assimilation de traitement si généreusement concédée à une industrie rivale, nous avons facilité, par notre propre adhésion au rachat des péages de l'Escaut, un arrangement qui avait, à nos yeux, le mérite de faire immédiatement apprécier au Zollverein les avantages du système que quelques-uns de ses membres s'obstinent à repousser. C'est

---

*) Art 31. — Chacune des deux hautes Parties contractantes s'engage à faire profiter l'autre de toute faveur, de tout privilége ou abaissement dans les tarifs des droits à l'importation ou à l'exportation des articles mentionnés ou non dans le présent Traité, qu'elle pourrait accorder par la suite à une tierce Puissance. Elles s'engagent, en outre, à n'établir l'une envers l'autre aucun droit ou prohibition d'importation, ni aucune prohibition d'exportation qui ne soit, en même temps, applicable aux autres nations.

que notre politique commerciale n'est pas, Monsieur le Baron, une politique de circonstance subordonnée à des considérations étrangères à celles qui doivent l'inspirer: elle s'élève au-dessus des questions du moment, et nous n'en faisons ni un expédient ni un accessoire. Une heureuse et féconde expérience de trois années nous a de plus en plus convaincus qu'elle peut se défendre et triompher par elle-même, sans avoir besoin de chercher un point d'appui dans ces combinaisons factices et précaires auxquelles on sacrifie trop souvent les intérêts généraux et permanents.

No. 960. Frankreich, 19. Mai 1863.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Baron **de Talleyrand**, *Berlin*,

No. 961.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in München. — Die Opposition Baierns gegen den Handelsvertrag vom 2. August betr. —

Paris, le 8 juin 1863.

No. 961. Frankreich, 8. Juni 1863.

Monsieur le Comte, les paroles de S. M. le Roi de Bavière à l'ouverture de la session législative, les explications de M. de Schrenk lors de la discussion de l'adresse, et surtout le langage du commissaire bavarois à la Conférence douanière, semblent indiquer un parti pris de pousser à ses dernières conséquences l'opposition au Traité du 2 août, et de provoquer par tous les moyens l'annulation de l'acte que la Prusse s'est crue autorisée à signer au nom de l'Allemagne; cette hostilité ne se borne même plus aux protestations; elle vient de se manifester par un fait beaucoup plus grave, l'envoi d'une Note aux autres États dissidents, pour les inviter à former une nouvelle association en dehors de la Prusse et sous les auspices de l'Autriche. La formation de deux groupes distincts est prévue, l'un au Nord, sous le drapeau de la liberté commerciale, l'autre au Sud, à l'ombre de la protection. La conciliation entre ces deux systèmes, que le Traité du 2 août avait pour but de réaliser, est déclarée impossible. On exagère la divergence des intérêts pour arriver à une séparation qui était redoutée naguère comme une calamité publique par ceux-là mêmes qui la désirent et y poussent aujourd'hui. ¶ C'est avec un profond regret, Monsieur le Comte, que nous voyons le Gouvernement de S. M. le Roi de Bavière donner à ses dissentiments un caractère aussi prononcé. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur n'a point à intervenir dans le débat; il doit laisser les États du Zollverein discuter entre eux leurs intérêts respectifs, leurs griefs mutuels, les motifs et les conséquences éventuelles de leur séparation, ou les termes de leur nouveau contrat si, comme nous le désirons vivement, ils parviennent à s'entendre. ¶ Mais si nous continuons de nous abstenir de toute ingérence dans un conflit intérieur, il ne faudrait pas que la Bavière prît notre réserve pour un désistement. Je vous prie, Monsieur le Comte, de repousser une pareille interprétation, si elle vient à se produire, de ne pas permettre qu'il s'élève un doute sur nos intentions. Nous ne sommes pas fondés, je le reconnais, à reprocher au Cabinet de Munich d'avoir manqué à un engagement positif contracté envers nous; il s'était réservé le droit de ne pas ratifier

No. 961. Frankreich, 8. Juni 1863.

les stipulations de Berlin. Mais, ce qui a lieu de nous surprendre, c'est qu'il répudie non-seulement le résultat, mais encore la pensée de la négociation, oubliant qu'il en a connu et accepté les bases générales, qu'il a donné à la Prusse ses pleins pouvoirs pour traiter avec la France, qu'on l'a tenu au courant des principaux incidents des conférences internationales, et que même il a réussi à faire modifier quelques-unes de nos propositions les plus importantes. Il a donc mauvaise grâce à venir aujourd'hui nier sa participation au Traité du 2 août, et nous pourrions nous plaindre de ce défaut de mémoire; mais le Gouvernement impérial n'apportera pas ses susceptibilités particulières dans la grande querelle qui divise l'Allemagne; il lui suffit qu'on sache qu'il ne déviera pas de l'esprit libéral qui a inspiré la négociation avec le Zollverein, et qu'il n'est pas moins résolu que la Prusse à se maintenir sur le terrain où se sont placés, dès le début, les deux Cabinets. Notre conduite est tracée par nos principes comme par nos engagements; nous ne manquerons ni aux uns ni aux autres.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Comte de **Reculot**, *Munich.*

No. 962.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Die dem Franzosen Lambert vom Könige Radama II. auf Madagascar eingeräumten Privilegien betr. —

Paris, le 13 février 1863.

No. 962. Frankreich, 13. Febr. 1863.

Monsieur le Baron, j'ai l'honneur de vous adresser ci-joint, en vous priant de vouloir bien la communiquer au principal secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique, une copie de la Charte par laquelle le Roi Radama II a octroyé à M. Lambert, sujet français, divers priviléges de culture et d'exploitation dans l'île de Madagascar. ¶ Lord Russell sait trop bien quels obstacles rencontre, dans les pays tels que Madagascar, l'introduction des formes compliquées de la civilisation, pour ne pas reconnaître que les clauses de cet acte sont mieux appropriées aux habitudes du peuple madécasse et à la simplicité de ses institutions, que ne le serait l'ensemble de conditions et de garanties stipulées d'ordinaire par les Gouvernements européens, lorsqu'ils font appel à l'industrie privée pour l'exécution de grandes entreprises. Je désire toutefois, Monsieur le Baron, que la nationalité du concessionnaire ne puisse donner lieu, en aucun cas, à des suppositions qui seraient aussi contraires aux vues libérales du Gouvernement français, que nuisibles au développement du commerce de l'Europe avec Madagascar. ¶ Je vous autorise donc à déclarer au comte Russell que le Gouvernement de l'Empereur n'entend nullement faire tourner au profit exclusif de la France l'exploitation des priviléges accordés à un de ses nationaux. ¶ La meilleure preuve, au surplus, qu'il puisse fournir de ses intentions désintéressées, est de convier les principales Puissances européennes, et spécialement l'Angleterre, à concourir à la réalisation d'un projet dont toutes les nations doivent souhaiter la réussite. Bien que cette entreprise, par l'effet des circonstances, se trouve, au début, placée sous ses auspices, le Gouvernement de l'Empereur n'en désire

pas moins lui donner un caractère international, et il recevra avec satisfaction l'assurance que le Gouvernement britannique veut bien réunir ses efforts aux siens pour propager, dans la nouvelle région ouverte à l'activité européenne, les bienfaits de l'industrie et de la civilisation.

No. 962. Frankreich, 13. Febr. 1863.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Baron Gros, *Londres.*

No. 963.

FRANKREICH. — Rapport à l'Empereur sur l'exercice de la juridiction consulaire dans les Échelles du Levant et de Barbarie. —

No. 963. Frankreich, 1. Juni 1863.

Sire, — Le droit de juridiction que les capitulations et les traités conclus avec la Porte-Ottomane garantissent aux consuls de Votre Majesté dans les Échelles du Levant et de Barbarie constitue, pour la France, une des concessions les plus importantes qu'elle ait obtenues en Orient; pour ses agents, une des prérogatives les plus considérables de leur charge. L'exercice de ce droit traditionnel a été successivement réglé par la célèbre ordonnance de la marine de 1681, l'édit de juin 1778 et la loi du 28 mai 1836. On peut dire que dans l'état actuel de la législation, nos consuls réunissent, comme magistrats, les attributions les plus variées et les plus étendues. Tour à tour arbitres, juges de paix, juges en matière civile, commerciale et correctionnelle, présidant à l'occasion le tribunal maritime institué par le décret du 24 mars 1852, investis enfin en matière criminelle des pouvoirs attribués en France aux procureurs impériaux et aux juges d'instruction, ils ont vu s'aggraver encore, depuis quelques années, leur tâche et leur responsabilité. ¶ En effet la procédure sommaire, dont les anciennes ordannances avaient tracé les règles, s'est compliquée de dispositions nouvelles, et ce n'est que par une étude incessante, difficile en pays étranger, que les agents de l'Empereur, au milieu de tant d'autres soins inhérents à leur emploi, peuvent suivre les progrès de la législation et de la jurisprudence, interpréter et concilier des textes souvent contradictoires, se maintenir enfin à la hauteur du mandat qui leur est confié, et dont on méconnaîtrait l'importance, en le comparant à cette magistrature en quelque sorte partriarcale qu'exerçaient autrefois nos consuls, et qui suffisait aux besoins d'une époque où la *nation* ne formait guère qu'une famille et bornait son activité aux opérations les plus élémentaires du négoce. ¶ Aujourd'hui, Sire, sous l'influence des idées civilisatrices dont la rapide et féconde expansion sera une des gloires de votre règne, la situation des établissements français dans le Levant a subi de profondes et heureuses modifications. Le développement de la navigation à vapeur, la création de grandes lignes périodiquement parcourues par nos paquebots, la facilité croissante des communications, les encouragements accordés au commerce étranger par des princes éclairés qui se sont donné la noble mission de réconcilier l'islamisme avec le progrès, la fondation d'établissements de crédit et de grandes entreprises industrielles, parmi lesquelles figure en première ligne le percement de l'isthme de Suez, les débouchés ouverts par nos armes dans les contrées les plus lointaines, toutes ces circonstances tendent à transformer

No. 963. Frankreich, 1. Juni 1863.

de jour en jour le vieil Orient; elles y attirent et y fixent une population française déjà considérable, puisqu'à Alexandrie seulement elle s'élève à plus de douze mille âmes. Mais, en même temps que nos nationaux et nos intérêts se multiplient dans les Échelles, la tâche des agents chargés de les protéger s'accroît et se complique à un tel degré que leur zèle cesse d'y suffire, et qu'ils se trouvent dans la fâcheuse alternative ou de déléguer d'une manière prèsque permanente leurs attributions judiciaires, ou de négliger d'autres devoirs non moins essentiels. ¶ Des faits analogues, conséquence nécessaire des causes générales que je viens d'énumérer, ont déterminé quelques-unes des Puissances qui prennent, comme nous, une part active au mouvement commercial du Levant, à modifier l'organisation de leurs tribunaux consulaires. Le succès a partout justifié les changements opérés par l'Angleterre, l'Italie et la Grèce, qui ont poursuivi et atteint le même but par des moyens différents. Lorsqu'on voit un Gouvernement aussi fermement attaché aux traditions, et animé d'un esprit aussi pratique que le Gouvernement anglais, se décider à prendre l'initiative d'une réforme, on est en droit de la considérer comme une légitime satisfaction donnée à un besoin sérieux et universellement reconnu. ¶ Placé en face des mêmes nécessités, le Gouvernement de l'Empereur n'avait pas recherché avec moins de sollicitude les moyens d'y pourvoir; mais, avant de proposer un remède à une situation que l'intérêt de nos nationaux nous commande d'améliorer, le département des Affaires étrangères, auquel ce soin revenait plus particulièrement, a voulu s'entourer de toutes les lumières que pouvait lui fournir l'expérience de ses agents. Il a donc, avec leur concours, procédé à une enquête approfondie, et je viens demander aujourd'hui à Votre Majesté l'autorisation d'en soumettre les résultats à une commission spéciale, composée de membres des grands corps de l'État et de fonctionnaires appartenant au ministère de la justice et au mien. ¶ Cette commission qui se réunirait sous ma présidence, aurait à examiner dans quelle mesure et sur quelles bases il serait possible de réorganiser nos tribunaux dans les principales Échelles du Levant, sans porter atteinte au principe de notre institution consulaire, et en laissant subsister tout un ensemble de traditions honorables pour notre pays et de garanties précieuses que la prudence nous conseillerait de maintenir, lors même que le sentiment de la dignité nationale ne nous en ferait pas un devoir. ¶ Si Votre Majesté daigne approuver les considérations qui me paraissent justifier la mesure que j'ai l'honneur de Lui proposer, je La prierai de vouloir bien revêtir de sa signature le projet de décret annexé au présent rapport.

Je suis &c.

Drouyn de Lhuys.

A Paris, le 1er juin 1863.

Approuvé: *Napoléon.*

No. 964.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Anzeige von dem Eintreffen d. Einladungsschreibens zum Congresse*). —

Foreign Office, Nov. 11, 1863.

No. 964. Gross-britannien, 11. Nov. 1863.

(Extract.) My Lord, — I have to acquaint your Excellency that the Queen has received from the Emperor of the French a letter dated Nov. 4. The Queen has stated, in reply to this letter, that the Emperor may be assured that any suggestion or proposal made by his Imperial Majesty will always command Her Majesty's most earnest and attentive consideration, and more especially when the general welfare of nations is concerned; that Her Majesty has accordingly directed her confidential advisers to submit to her the opinion which after due deliberation they may arrive at in regard to the important measures which the Emperor recommends for adoption by his Allies; and that Her Principal Secretary of State for Foreign Affairs will, with as little delay as posssible, authorise the ambassador at Paris to make known to his Imperial Majesty's Government the conclusion which, after weighing that opinion, Her Majesty may feel it her duty to adopt. ¶ I am, &c.

Russell.

The Earl **Cowley**, *Paris*.

No. 965.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Die englische Auffassung des Congressvorschlags betr. —

Foreign Office, Nov. 12, 1863.

No. 965. Gross-britannien, 12. Nov. 1863.

My Lord, — Her Majesty the Queen having been pleased to refer to her confidential servants a letter of the Emperor Napoleon, addressed to Her Majesty, on the subject of a Congress, I proceed to inform you of the view which Her Majesty's Government take of the proposal contained in it. The letter invites Her Majesty to take part in a congress, to be held in Paris, on the affairs of Europe. I am commanded, in the first place, to inform your Excellency that Her Majesty's Government see in this step a proof of the interest taken by his Imperial Majesty in the welfare of Europe. I will now proceed to remark on the ground stated for this proposal, and then examine the proposal itself. His Imperial Majesty observes, that on all occasions when great convulsions have shaken the foundations, and deranged the limits of States, solemn compacts have been entered into, having for their object to reduce to order the new elements, and to recognise, while revising them, the changes that have been effected. Such was the object of the Treaty of Westphalia in the seventeenth century, and of the Negotiations of Vienna in 1815. On this last foundation the political edifice of Europe now rests, and nevertheless, his Imperial Majesty observes,

*) No. 918.

No. 965. Grossbritannien, 12. Nov. 1863.

it is crumbling to pieces on all sides. The Emperor goes on to state that, if the situation of the different countries is attentively considered, it is impossible not to admit that, in almost all points, the treaties of Vienna are destroyed, modified, disregarded, or menaced. When so important a proposal as that which the Emperor has put forth is made to rest on certain grounds, it is our duty to examine carefully the grounds themselves. Nearly half a century has elapsed since the Treaties of 1815 were signed. The work was somewhat hurried by the necessity of giving repose to Europe after so many convulsions. Yet the changes made in this period of fifty years have not been more than might have been expected from the lapse of time, the progress of opinion, the shifting policy of Governments, and the varying exigencies of nations. If we take half a century from the peace of Westphalia to 1700, or a similar period from the peace of Utrecht to 1763, we shall find those periods marked by extensive changes, as well as the period which has elapsed between 1815 and 1863. Yet it was not thought necessary, at the epochs mentioned, to proceed to a general revision either of the Treaty of Westphalia or of the Treaty of Utrecht. It is the conviction of Her Majesty's Government that the main provisions of the Treaty of 1815 are in full force; that the greater number of those provisions have not been in any way disturbed; and that on these foundations rests the balance of power in Europe. If, instead of saying that the Treaty of Vienna has ceased to exist, or that it is destroyed, we inquire whether certain portions of it have been modified, disregarded, or menaced, other questions occur. Some of the modifications which have taken place have received the sanction of all the great Powers, and now form part of the public law of Europe. ¶ Is it proposed to give those changes a more general and solemn sanction? Is such a work necessary? Will it contribute to the peace of Europe? Other portions of the Treaty of Vienna have been disregarded or set aside, and the changes thus made *de facto* have not been recognised *de jure* by all the Powers of Europe. Is it proposed to obtain from Powers which have not hither joined in that recognition a sanction to those changes? Lastly come those parts of the Treaty of Vienna wnich are menaced, and upon those portions the most important questions of all arise. What is the nature of the proposals to be made on this subject by the Emperor Napoleon? In what direction would they tend? And, above all, are they, if agreed to by a majority of the Powers, to be enforced by arms? When the sovereigns or ministers of Austria, France, Prussia, Russia, and Great Britain met at Verona, in 1823, upon the affairs of Spain, the first four of those Powers carried into effect their resolutions by means of armed forces, in spite of the protest of Great Britain. Is this example to be followed at the present Congress, in case of disagreement? Upon all these points her Majesty's Government must obtain satisfactory explanations before they can come to any decision upon the proposal made by the Emperor. ¶ Her Majesty's Government would be ready to discuss with France and other Powers, by diplomatic correspondence, any specified questions upon which a solution might be attained, and European peace thereby more securely established. But they would feel more apprehension than confidence from the meeting of a Con-

gress of sovereigns and ministers without fixed objects, ranging over the map of Europe, and exciting hopes and aspirations which they might find themselves unable either to gratify or to quiet. Her Majesty's Government have no reason to doubt that the Emperor Napoleon would bring into such an assembly a spirit of moderation and of justice. They feel confident that his object is to give security to the peace of Europe. The only question is as to the means by which that object is to be attained. ¶ You are directed to read and give a copy of this despatch to M. Drouyn de Lhuys. ¶ I am, &c.,

No. 965. Gross-britannien, 12. Nov. 1863.

Russell.

The Earl **Cowley**, *Paris.*

No. 966.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Geschäftsträger in London. — Nähere Angabe der Beweggründe zum Congressvorschlag des Kaisers Napoleon. —

Palais de Compiègne, le 23 novembre 1863.

No. 966. Frankreich, 23. Nov. 1863.

Monsieur, M. le comte Cowley m'a communiqué, il y a plusieurs jours, une dépêche de S. Exc. M. le comte Russell qui porte la date du 12 de ce mois et qui exprime l'opinion du Gouvernement britannique relativement à la proposition de réunir à Paris un Congrès pour délibérer sur les affaires de l'Europe. Vous en trouverez ci joint copie. Ma correspondance antérieure répondait à l'avance à quelques-unes des considérations développées dans ce document. Je crois devoir néanmoins résumer dans cette dépêche, dont vous remettrez une copie à S. Exc. le principal secrétaire d'État, les motifs qui ont déterminé la résolution de Sa Majesté. ¶ Le Gouvernement impérial n'a l'intention de faire ni l'apologie ni la critique des Traités de Vienne. L'Empereur a déclaré, en montant sur le trône, qu'il se considérait comme lié par les engagements souscrits par ses prédécesseurs. Naguère encore, dans sa lettre aux Souverains, Sa Majesté constatait que les actes diplomatiques de 1815 étaient le fondement sur lequel repose aujourd'hui l'édifice politique de l'Europe. Mais c'est à ses yeux une raison de plus pour examiner si cette base elle-même n'est pas profondément ébranlée. ¶ Or le Cabinet de Londres reconnaît avec nous que plusieurs de ces dispositions ont reçu de graves atteintes. Parmi les modifications qui ont eu lieu, les unes ont été consacrées par la sanction de toutes les grandes Puissances et forment aujourd'hui une partie du droit international; les autres, au contraire, opérées de fait, n'ont pas été reconnues en droit par tous les Cabinets. ¶ Quant aux premières, nous ne pouvons nous empêcher de remarquer avec quelle force irrésistible elles se sont imposées à l'acceptation des Gouvernements. L'empressement de l'Angleterre elle-même à y donner son adhésion prouve combien les anciennes combinaisons répondaient peu, suivant l'expression de lord Russell, à ce qu'exigeaient la marche du temps, les progrès de l'opinion, la politique mobile des Gouvernements et les besoins variables des peuples. D'un autre côté, n'est-on pas autorisé à croire que des changements aussi impor-

No. 966. Frankreich, 23. Nov. 1863.

tants ont pu altérer dans une certaine mesure l'harmonie et l'équilibre de l'ensemble? Nous admettons avec lord Russell qu'il n'est pas absolument nécessaire de donner à ces changements une sanction plus générale et plus solennelle; mais nous pensons qu'il y aurait avantage à déblayer les ruines et à réunir en un même corps tous les membres vivants. ¶ Pour les modifications auxquelles les Puissances n'ont pas donné un assentiment unanime, elles constituent autant de litiges qui, d'un moment à l'autre, peuvent diviser l'Europe en deux camps. Au lieu d'en abandonner la décision à la violence et au hasard, ne vaut-il pas mieux en poursuivre d'un commun accord la solution équitable et sanctionner ces transformations en les revisant? ¶ La troisième catégorie comprend celles des parties du traité de Vienne qui sont menacées. „C'est à cet égard, dit S. Exc. le principal secrétaire d'État, que surgissent les questions les plus importantes. De quelle nature sont les propositions que compte faire à ce sujet l'Empereur Napoléon? Dans quelle direction tendraient-elles, et par dessus tout, si elles étaient adoptées par la majorité des Puissances, devront-elles être imposées par la force?“ ¶ L'Empereur, en signalant à l'Europe les périls d'une situation profondément troublée, a indiqué le moyen d'écarter les redoutables éventualités qu'il prévoit et dont, moins que d'autres peut-être, il aurait à s'alarmer; car les questions d'où peut sortir aujourd'hui la guerre ne touchent la France qu'indirectement, et il dépendrait d'elle seule d'intervenir dans la lutte ou de s'en tenir à l'écart. Il l'a fait en s'adressant avec confiance et simultanément à toutes les couronnes, sans entente préalable avec aucune d'elles, afin de mieux témoigner de sa sincère impartialité et d'aborder, libre de tout engagement, les graves délibérations auxquelles il les convie. Souverain le plus nouveau, il ne se croit pas en droit d'assumer le rôle d'arbitre et de fixer d'avance aux autres Cours le programme du Congrès qu'il propose. Tel est le motif de la réserve dans laquelle il s'est renfermé. Est-il d'ailleurs si difficile d'énumérer les questions non résolues qui peuvent troubler l'Europe? ¶ Une déplorable lutte ensanglante la Pologne, agite les États voisins et menace le monde des plus graves perturbations. Trois Puissances, pour y mettre un terme, invoquent en vain les traités de Vienne qui fournissent aux deux parties des arguments contradictoires. Cette lutte durera-t-elle toujours? ¶ Des prétentions opposées mettent aux prises le Danemark et l'Allemagne. Le maintien de la paix dans le Nord est à la merci d'un incident. Les Cabinets sont déjà intervenus dans ce débat par des négociations: y sont-ils devenus aujourd'hui indifférents? ¶ L'anarchie continuera-t-elle à régner sur le bas Danube et pourra-t-elle à chaque moment rouvrir une sanglante arène au débat de la question d'Orient? ¶ L'Autriche et l'Italie resteront-elles en présence dans une attitude hostile, toujours prêtes à rompre la trêve qui suspend l'explosion de leurs ressentiments? ¶ L'occupation de Rome par les troupes françaises se prolongera-t-elle pendant un temps indéfini? ¶ Enfin, doit-on renoncer, sans avoir fait de nouvelles tentatives de conciliation, à l'espoir d'alléger le fardeau qu'imposent aux peuples des armements excessifs entretenus par une mutuelle défiance? ¶ Telles sont, suivant nous, Monsieur, les principales questions que les Puissances jugeraient sans doute utile d'examiner et de résoudre. Lord Russell n'attend pas assurément

que nous indiquions ici le mode de solution applicable à chacun de ces problèmes, ni le genre de sanction que pourraient comporter les décisions du Congrès. C'est aux Puissances qui y seraient représentées qu'appartiendrait le droit de prononcer sur ces divers points. Nous ajouterons seulement que ce serait à nos yeux une illusion que de poursuivre ces solutions à travers le dédale de correspondances diplomatiques et de négociations séparées, et que, loin d'aboutir à la guerre, la voie proposée est la seule qui puisse conduire à une pacification durable. ¶ Dans l'une des dernières séances du Congrès de Paris, M. le comte Clarendon invoquant une stipulation du traité de paix qui venait d'être signé et qui recommandait de recourir à l'action médiatrice d'un État ami, avant d'en appeler à la force, en cas de dissentiment entre la Porte et d'autres Puissances signataires, exprimait la pensée que „cette heureuse innovation pourrait recevoir une application plus générale et devenir ainsi une barrière opposée à des conflits qui souvent n'éclatent que parce qu'il n'est pas toujours possible de s'expliquer et de s'entendre." Les plénipotentiaires de toutes les Cours s'associèrent unanimement à l'intention de leur collègue, et n'hésitèrent pas à exprimer, au nom de leurs Gouvernements, le voeu que les États entre lesquels s'élèveraient des dissentiments sérieux eussent recours à une médiation amicale, avant d'en appeler aux armes. La sollicitude de l'Empereur va plus loin: elle n'attend pas que les dissentiments aient éclaté pour recommander l'application aux circonstances actuelles du principe salutaire inscrit sur le dernier monument du droit public européen, et Sa Majesté invite dès à présent ses alliés „à s'expliquer et à s'entendre." &c.

No. 966. Frankreich, 23. Nov. 1863.

Drouyn de Lhuys.

Mr. le Marquis de Cadore, *Londres.*

No. 967.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Motivirte Ablehnung der Einladung zum Congresse. —

Foreign Office, Nov. 25, 1863.

My Lord, — Her Majesty's Government have received from the Marquis of Cadore the copy of a despatch addressed to him by Monsieur Drouyn de Lhuys, in answer to my despatch to your Excellency of the 12th instant. Her Majesty's Government having obtained an answer to the inquiries they made, will not any longer delay giving a definite reply to the invitation addressed by the Emperor of the French to her Majesty the Queen, to take part in a Congress of the European Powers to be assembled at Paris. I enclose a copy of the Emperor's letter of invitation to the Queen, which is similar to one which has already appeared in the *Moniteur* addressed to the German Confederation. Her Majesty's Government fully recognise in this step the desire of the Emperor of the French to put an end to the disquietude which affects several parts of Europe, and to establish the general peace on foundations more solid than those on which, in his opinion, it now rests. The Emperor declares that France

No. 967. Grossbritannien, 25. Nov. 1863.

No. 967. Grossbritannien, 25. Nov. 1863.

is disinterested in this question; that he, for his part, seeks no aggrandisement, and that the interests to be secured are those, not of France, but of Europe. Her Majesty's Government may also declare that Great Britain is disinterested in this matter, that she seeks no aggrandisement, and that she has only to counsel moderation and peace. But France and Great Britain being thus disinterested themselves, are bound to consider what is the position, and what in a Congress will be the probable conduct of Powers who may be called upon to make sacrifices of territory or of pre-eminence and moral strength. It would be little to the purpose to say on this occasion anything more of the Treaties of 1815. Practically, the Emperor of the French admits the binding force of many portions of those Treaties; and Her Majesty's Government as readily allow that some portions of them have been modified or disregarded, and that other portions are now menaced or called in question. ¶ Her Majesty's Government understand from the explanations given by Monsieur Drouyn de Lhuys, that, in the opinion of the Government of the Emperor, it is obvious to every one that there are several questions, not hitherto solved, which may disturb Europe. Of this nature are the following: ¶ Must the conflict in Poland be still further prolonged? Is Denmark to be at war with Germany, and have the Powers which formerly took a part in the discussion of this question become indifferent to it? Must anarchy continue in the Danubian Principalities, and thus at any moment tend to reopen the question of the East? Must Italy and Austria always remain in presence of each other in hostile attitude? Must the occupation of Rome by French troops be prolonged for an indefinite time? The Emperor's Government put a further question: — Must we, without having made new attempts at conciliation, renounce the hope of lightening the burthens imposed upon the nations of Europe by excessive armaments, kept up by a feeling of mutual distrust? These, no doubt, are the principal questions which either disturb or threaten the peace of Europe; but there is a further question which Her Majesty's Government consider to lie at the bottom of this whole matter, and that is the following: ¶ Is a general Congress of European States likely to furnish a peaceful solution of the various matters in dispute? This, indeed, is the question which it behoves the Governments of the different states to consider seriously and attentively. There appears to Her Majesty's Government to be one main consideration which must lead them to their conclusion. After the war which desolated Germany from 1619 to 1649, and after the successive wars which afflicted the Continent of Europe from 1793 to 1815, it was possible to distribute territories and to define rights by a Congress because the nations of Europe were tired of the slaughter, and exhausted by the burthens of war, and because the Powers who met in Congress had by the circumstances of the time the means of carrying their decisions and arrangements into effect. But at the present moment, after a continuance of long peace, no Power is willing to give up any territory to which it has a title by treaty, or a claim by possession. For example, of the questions mentioned as disturbing or threatening Europe, two of the most disquieting are those regarding Poland and Italy. ¶ Let us examine the present state of these questions, and see whether it is probable that

a Congress would tend to a peaceful settlement of them. In the first place, with regard to Poland, the question is not new to France, to Austria, or to Great Britain. For several months these Powers, while carefully abstaining from any threat, have attempted to obtain from Russia by friendly representations the adoption of measures of a healing nature, but have only succeeded in procuring promises, often repeated, that when the insurrection shall have been put down, recourse will be had to clemency and conciliation. Would there be any advantage in repeating in the name of a Congress representations already made with so little effect? Is it probable that a Congress would be able to secure better terms for Poland unless by a combined employment of force? Considerable progress has been made by the military preponderance, and by the unsparing severity of Russia, in subduing the insurgents. Is it likely that Russia will grant in the pride of her strength what she refused in the early days of discouragement? Would she create an independent Poland at the mere request of a Congress? But if she would not, the prospect becomes one of humiliation for Europe, or of war against Russia; and those Powers who are not ready to incur the cost and hazard of war may well desire to avoid the other alternative. ¶ It may be truly said, moreover, that the present period is one of transition. If the insurrection shall be subdued, it will then be seen whether the promises of the Emperor of Russia are to be fulfilled. If the insurrection shall not be subdued, or if, in order to subdue it, the Polish population is treated with fresh, and if that be possible, with aggravated rigour, other questions will arise which may require further consideration, but which would hardly receive a solution from a large assembly of representatives of all the Powers of Europe. Indeed, it is to be apprehended that questions, arising from day to day, coloured by the varying events of the hour, would give occasion rather for useless debate than for practical and useful deliberation in a Congress of twenty or thirty representatives, not acknowledging any supreme authority, and not guided by any fixed rules of proceeding. ¶ Passing to the question of Italy, fresh difficulties occur. In the first place, is it intended to sanction by a new treaty the present state of possession in Italy? The Pope, and the sovereigns related to the dispossessed princes, might, on the one side, object to give a title they have hitherto refused to the King of Italy; and the King of Italy, on the other, would probably object to a settlement which would appear to exclude him, by inference at least, from the acquisition of Rome and Venetia. But is it intended to ask Austria in Congress to renounce the possession of Venetia? Her Majesty's Government have good grounds to believe that no Austrian representative would attend a Congress where such a proposition was to be discussed. They are informed that if such an intention were announced beforehand, Austria would decline to attend the Congress; and that if the question were introduced without notice, the Austrian minister would quit the assembly. Here, again, therefore, the deliberations of the Congress would soon be brought in sight of the alternative of nullity or war. But is it possible to assemble a Congress and to summon an Italian representative to sit in it without discussing the state of Venetia? The Emperor of the French would be the first person to feel, and to admit that such

No. 967. Grossbritannien, 25. Nov. 1863.

a course would not be possible. With regard to Germany and Denmark, it is true that several of the Powers of Europe have interested themselves in that question, but the addition of Spain, Portugal, Italy, and Turkey to the deliberation would scarcely improve the prospect of a satisfactory solution. And if, with regard to Poland and Italy, no beneficial result is likely to be attained, is it expedient to call together a general Congress of all the States of Europe to find a remedy for the anarchy of Moldo-Wallachia? ¶ Were all these questions —those of Poland, Italy, Denmark, and the Danubian Provinces—to be decided by the mere utterance of opinions, the views of Her Majesty's Government upon most of them might, perhaps, be found not materially to differ from those of the Emperor of the French. But if the mere expression of opinions and wishes would accomplish no positive results, it appears certain that the deliberations of a Congress would consist of demands and pretensions put forward by some and resisted by others; and, there being no supreme authority in such an assembly to enforce the decisions of the majority, the Congress would probably separate leaving many of its members on worse terms with each other than they had been when they met. But if this would be the probable result, it follows that no decrease of armaments is likely to be effected by the proposed Congress. M. Drouyn de Lhuys refers to a proposal made by Lord Clarendon in one of the last sittings of the Congress of Paris. But Her Majesty's Government understand that proposal to have reference to a dispute between two Powers to be referred to the good offices of a friendly Power, but in no way to the assembling of a general Congress. ¶ Not being able, therefore, to discern the likelihood of those beneficial consequences which the Emperor of the French promised himself when proposing a Congress, Her Majesty's Government, following their own strong convictions, after mature deliberation, feel themselves unable to accept his Imperial Majesty's invitation. You are instructed to give a copy of this despatch to M. Drouyn de Lhuys. ¶ I am, &c.,

Russell.

The Earl **Cowley**, *Paris.*

No. 968.

SPANIEN. — Antwort der Königin Isabella II. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Monsieur mon frère,

No. 968. Spanien, 14. Nov. 1863.

La lettre très-importante que Votre Majesté a bien voulu m'adresser de Paris, sous la date du 4 de ce mois, ne pouvait qu'être prise en sérieuse considération, autant par moi que par mon Gouvernement.

Je trouve très-louable le projet formé par Votre Majesté de travailler à résoudre d'une manière complétement pacifique les difficiles problèmes politiques qui entretiennent aujourd'hui parmi les peuples une agitation profonde.

Pour que le calme renaisse, Dieu veuille accorder à Votre Majesté de voir réaliser ses espérances et de contribuer à vaincre les immenses difficultés qu'entraîne toujours avec elle la lutte d'intérêts contraires.

Je reconnais, avec Votre Majesté, que les traités de 1815 éprouvent l'affaiblissement que produisent pour toute chose le temps et l'usage, comme aussi l'influence forcée des graves complications qui, en plusieurs circonstances, eurent pour résultat des infractions notoires et importantes à leur texte et à leur esprit.

No. 968. Spanien, 14. Nov. 1863.

Je reconnais aussi avec Votre Majesté que, si la guerre a toujours été une grande calamité pour les peuples, elle en serait une bien plus grande, dans ces temps, par la désastreuse perturbation qu'elle jetterait parmi les nations, qui sont chaque jour plus étroitement unies par la communauté de leurs intérêts moraux et matériels.

Par ces motifs, si le désir de Votre Majesté de voir réunir en un Congrès pacifique les Puissances européennes parvient à se réaliser, je n'hésite pas à assurer à Votre Majesté, d'accord avec mon Gouvernement, que l'Espagne y participera, soit à Paris, soit en quelque autre lieu qui soit désigné pour les délibérations, et qu'elle y fera entendre des paroles de justice, de paix, de concorde, travaillant, jusqu'à ce que ses conseils conciliants soient écoutés, à la solution pacifique des graves questions qui seront l'objet du Congrès pour consolider la paix et la sécurité dans l'ancien et le nouveau monde.

Je saisis cette occasion pour renouveler à Votre Majesté les assurances de mes sentiments de considération et d'amitié avec lesquels je suis, Monsieur mon frère, de Votre Majesté la bonne soeur. *Isabelle.*

Palais de Madrid, 14 novembre 1863.

No. 969.

SCHWEDEN. — Antwort des Königs Carl XV. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Monsieur mon frère et cousin,

La lettre que Votre Majesté Impériale a bien voulu m'adresser, en date du 4 de ce mois, m'a été remise hier par son ministre. Je crois devoir répondre, sans délai, à sa proposition de prendre part au Congrès dont elle propose la réunion à Paris, dans le but d'aviser aux moyens de mieux garantir les bases qui servent à assurer le maintien de la paix générale de l'Europe.

No. 969. Schweden, 15. Nov. 1863.

Tout ce qui peut concourir à amener un résultat aussi désirable ne saurait que se concilier mon suffrage, et je viens donc immédiatement porter à la connaissance de Votre Majesté que j'accepte son invitation, et que si le concours des autres Puissances de l'Europe à ce Congrès peut être assuré, le mien ne fera certainement point défaut. Je puis d'autant moins hésiter à me joindre aux intentions généreuses de Votre Majesté, que les Royaumes Unis n'ayant rien à désirer comme rien à craindre, n'apporteront à un pareil Congrès aucun intérêt particulier, et pourront se livrer ainsi, avec une complète impartialité, à l'examen des moyens les plus efficaces d'assurer le bien-être général des peuples, de fonder sur des principes larges, justes et durables le maintien de la paix et de chercher, en même temps, à redresser, d'une manière équitable, les griefs qui, de plus d'un côté, se sont fait hautement valoir, tout en évitant de froisser les droits légitimement acquis, et maintenus par une scrupuleuse observation des devoirs qui en

No. 969. Schweden, 15. Nov. 1863.

découlent. Si ces résultats étaient atteints au moyen d'un commun accord, Votre Majesté aurait acquis une gloire impérissable en prenant l'initiative d'une oeuvre également féconde en bienfaits pour les souverains et les peuples.

Je me sentirais heureux si les circonstances pouvaient me permettre de venir joindre mes efforts à ceux des autres souverains de l'Europe pour le couronnement de cette tâche si utile, mais sans doute laborieuse: je trouverais ainsi l'occasion de renouveler personnellement les assurances de la haute estime et de l'amitié inviolable avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère et cousin, de Votre Majesté Impériale le bon frère et cousin.

Charles.

Stockholm, 15 novembre 1863.

No. 970.

SACHSEN. — Antwort des Königs Johann auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Monsieur mon frère,

No. 970. Sachsen, 15. Nov. 1863.

La lettre que Votre Majesté Impériale a bien voulu m'adresser le 4 de ce mois m'est précieuse à double titre. Il m'est permis d'y voir un témoignage de confiance qui m'honore, et je me plais à y reconnaître une preuve de plus du désir sincère de Votre Majesté de raffermir les bases générales de l'ordre et de la paix, seuls gages véritables du bien-être des peuples et des avantages qu'ils retirent de la force de leurs Gouvernements. Je ne puis que former les meilleurs voeux pour la réussite d'une si noble entreprise, à laquelle Votre Majesté trace Elle-même de sages limites, dictées par un grand esprit de justice et de loyauté, en écartant d'avance toute idée de projets ambitieux.

Si les Cabinets de l'Europe veulent prêter leur concours à accomplir cette tâche ardue, si l'Allemagne, surtout ses deux grandes Puissances en tête, s'y associe, je m'estimerai heureux d'y contribuer dans la modeste mesure de mes moyens et de prouver à Votre Majesté combien les princes de l'Allemagne, fidèlement attachés à leurs devoirs fédéraux, mais exempts de tout esprit de préjugé ou de prévention, ont à coeur de resserrer les liens d'amitié et de bonne intelligence avec leurs voisins et de maintenir les mutuels rapports sur la base solide d'une confiance réciproque.

Je prie Votre Majesté Impériale d'agréer l'expression de ces sentiments en même temps que ceux que je Lui renouvelle avec empressement de la haute estime et de l'inaltérable amitié que je Lui ai voués et avec lesquels je suis,

Monsieur mon frère,

de Votre Majesté Impériale,

le bon frère,

Jean.

Contre-signé:

Baron de Beust.

Dresde, 15 novembre 1863.

No. 971.

WÜRTTEMBERG. — Antwort des Königs Wilhelm I. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Monsieur mon fère,

C'est avec une bien vive satisfaction que j'ai trouvé, dans la lettre que Votre Majesté m'a fait l'honneur de m'écrire en date du 4 du mois courant, une nouvelle et éclatante preuve de Son désir sincère d'arriver, par la voie d'une entente directe entre les souverains amis et alliés de la France, à la solution pacifique des questions graves qui agitent aujourd'hui l'Europe et menacent de troubler de plus en plus les relations internationales.

No. 971. Württemberg, 16. Nov. 1863.

Je ne saurais que souhaiter bien sincèrement que les nobles intentions de Votre Majesté Impériale, inspirées par Sa sollicitude pour l'affermissement de la paix générale sur des bases solides, puissent rencontrer le concours unanime et cordial de toutes les Puissances européennes.

Votre Majesté pourra donc être persuadée que, pénétré de ce sentiment, je ne manquerai pas de me prononcer dans ce sens auprès de mes confédérés membres de la Diète germanique. De même, je tâcherai de faire prévaloir ces dispositions favorables aux projets de Votre Majesté dans le sein de la Diète elle-même, à moins que celles des Puissances de l'Europe dont la coopération doit être considérée comme étant indispensable à la solution des questions à être soumises à la décision du Congrès projeté ne viennent, à la suite des éclaircissements ultérieurs et plus précisés, attendus de la part du Cabinet des Tuileries, à soulever des obstacles de nature à faire abandonner le projet d'une convocation d'un Congrès européen.

En Vous exprimant mes remerciments les plus empressés de l'aimable hospitalité que Vous vouliez bien m'offrir dans Votre capitale, je saisis cette occasion pour Vous renouveler les assurances de la haute estime et de l'inviolable amitié avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère,
De Votre Majesté,
Le bon frère,
Wilhelm.

Stuttgard, le 16 novembre 1863.

No. 972.

OESTERREICH. — Antwort des Kaisers Franz Josef I. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Monsieur mon frère,

No. 972. Oesterreich, 17. Nov. 1863.

La lettre que Votre Majesté m'a écrite le 4 novembre appelle mon attention sur l'état précaire de l'Europe, sur les dangers qui peuvent en résulter, et me propose de régler le présent et d'assurer l'avenir dans un Congrès.

No. 972. Oesterreich, 17. Nov. 1863.

Cette démarche est dictée à Votre Majesté par le désir sincère d'épargner au monde les calamités qu'entraîne la guerre. Conserver et assurer à l'Europe les bienfaits de la paix, en préservant de toute atteinte l'honneur et la dignité des pays que nous gouvernons, telle doit être, en effet, une de nos plus constantes préoccupations. Tel est aussi mon voeu le plus cher, et, pour atteindre un pareil but, ma coopération sera toujours acquise à Votre Majesté.

Guidé par ce sentiment, j'ai consciencieusement examiné la proposition qui m'était faite. J'ai dû me demander d'abord si, sous sa forme actuelle, le projet de Votre Majesté réunit toutes les conditions qui me permettraient d'en espérer un résultat conforme à vos désirs et aux miens.

Le succès de toute entreprise dépend en grande partie de la manière dont on l'engage et du plan qu'on s'est tracé. Plus l'entreprise est difficile et réclame le concours de forces et de volontés diverses, plus il devient urgent de s'entendre clairement sur le point de départ, de préciser l'objet et les moyens d'action qu'on a en vue, de déterminer enfin d'avance la ligne de conduite qu'on suivra. Ces conditions me paraissent importer essentiellement au succès de l'oeuvre que votre Majesté désire tenter et à laquelle Elle me convie. Avant de m'y associer, je crois donc indispensable d'être éclairé sur certains points préliminaires. Je tiendrais, en un mot, à connaître avec quelque précision les bases et le programme des délibérations du Congrès qui aurait à s'ouvrir.

En spécifiant d'avance les questions que le Congrès devrait examiner, en se mettant d'accord sur la direction à imprimer à ses travaux, on éviterait de se heurter contre des obstacles imprévus pouvant tout compromettre; on écarterait des problèmes dangereux et presque insolubles, qui, soulevés inopinément, ne feraient qu'envenimer les discussions et susciter de nouvelles complications, au lieu d'aplanir celles qui existent déjà.

Ces considérations me paraissent trop importantes pour ne pas mériter toute l'attention de Votre Majesté. Le prince de Metternich sera chargé, de son côté, de les formuler avec plus de développement. La bienveillance particulière et la confiance que Votre Majesté a toujours bien voulu témoigner à mon ambassadeur faciliteront, j'aime à le croire, cette entente préalable qu'il me semble nécessaire d'établir avant d'offrir mon concours au plan conçu par Votre Majesté.

Je saisis cette occasion pour vous renouveler les assurances de la haute estime et de l'inviolable amitié avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère,

De Votre Majesté Impériale

Le bon frère,

François-Joseph.

Vienne, 17 novembre 1863.

No. 973.

OESTERREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Die Nothwendigkeit eines genaueren Programmes für die Berathungen auf dem vorgeschlagenen Congresse betr. —

Vienne, le 17 novembre 1863.

No. 973. Oesterreich, 17. Nov. 1863.

Vous trouverez sous ce pli une copie de la lettre de l'Empereur, notre auguste Maître, à l'Empereur Napoléon. Il ne me reste que peu de chose à ajouter aux paroles de S. Majesté pour Vous faire entièrement connaître les vues du Gouvernement Impérial sur la proposition d'un Congrès européen. ¶ Tout-à-fait d'accord avec le Gouvernement français sur le désir de consolider la paix en Europe, nous pensons qu'une entente sur les moyens précis à employer dans ce but est le préliminaire indispensable de toute délibération d'un caractère général. ¶ C'est à ce sujet que nous aurions quelques éclaircissements à demander au Gouvernement français. ¶ Le principal point à établir serait la base qu'il conviendrait de donner à la réunion d'un Congrès. Il nous semble difficile qu'une simple négation suffise pour former le programme de délibérations aussi importantes. Nous désirerions d'ailleurs savoir comment doit être interprétée la déclaration de l'Empereur Napoléon relative aux traités de 1815. Nous hésitons à croire que le Gouvernement français lui-même donne à cette déclaration le sens le plus étendu et le plus rigoureux. Les traités de 1815 ont été, il est vrai, modifiés en plusieurs points. D'autres stipulations internationales ont parfois pris leur place, comme en ce qui regarde la Belgique. Ce qu'ils contenaient de personnellement blessant pour l'Empereur Napoléon est écarté définitivement et avec l'acquiescement général de l'Europe. Mais en dehors des cas où ces anciens actes ont été formellement abrogés, nous les considérons comme subsistant toujours, et il est certain qu'ils forment encore en ce moment la base du droit public en Europe. Nous ne voulons pas contester que la marche du temps n'ait plus ou moins ébranlé certaines parties de cet ensemble, et qu'elles n'aient besoin en conséquence d'être raffermies ou améliorées. Si le Gouvernement français veut nous désigner les portions de cet édifice qu'il juge trop défectueuses ou trop incomplètes, s'il veut nous signaler en même temps les changements qu'il trouverait utile d'y apporter, nous accueillerons ces ouvertures avec le désir sincère de faciliter une entente. Nous pourrons alors nous prononcer en connaissance de cause sur l'opportunité et l'avantage de se réunir en Congrès pour accomplir cette tâche. ¶ Nous reconnaissons et nous déplorons comme le Gouvernement français l'état de malaise qui existe sur divers points de l'Europe. Mais ce malaise n'est que partiel, et le remède serait pire que le mal, si, pour apaiser certains troubles, il fallait jeter la perturbation dans l'Europe entière, en lui faisant subir une transformation radicale. ¶ Telle ne saurait être assurément la pensée du Gouvernement français, qui nous a donné dans ces derniers temps des gages d'une parfaite modération. ¶ N'oublions pas d'ailleurs qu'il s'agit aujourd'hui plutôt de conserver que de donner la paix à l'Europe. Le traité de Westphalie mettait fin à trente années de guerre. Les luttes sanglantes qui ont

No. 973. Oesterreich, 17. Nov. 1863.

précédé les traités de 1815 n'avaient guères duré moins longtemps. Les vastes transformations accomplies à ces deux époques étaient la conséquence inévitable d'une longue suite de bouleversements violents, avec lesquels les temps actuels n'ont, grâce à Dieu, aucune ressemblance. Dans les transactions que l'état présent de l'Europe pourrait provoquer, les effets devraient être nécessairement proportionnés aux causes. ¶ Veuillez, mon Prince, régler votre langage sur ces considérations et les exposer à M. Drouyn de Lhuys avec une franchise amicale. Interprète des sentiments exprimés par l'Empereur, notre auguste Maître, vous informerez le Gouvernement français du désir sincère qui nous anime d'unir nos efforts aux siens dans un but de pacification. Mais pour que cette union puisse s'effectuer franchement et porter ses fruits, il est essentiel que le Gouvernement français définisse ses intentions avec plus de précision. Pour apporter à un Congrès notre loyal concours, nous devons connaître quel sera le programme exact de ses délibérations, et être assurés que ce programme remplit toutes les conditions requises pour préparer l'élaboration d'une oeuvre de paix et de conciliation.

Recevez, etc. etc.

Rechberg.

Mr. le Prince **de Metternich**, *Paris.*

No. 974.

RUSSLAND. — Antwort des Kaisers Alexander II. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

No. 974. Russland, 18. Nov. 1863.

Monsieur mon Frère,

En constatant le profond malaise de l'Europe et l'utilité d'une entente entre les souverains auxquels est confiée la destinée des nations, Votre Majesté exprime une pensée qui a toujours été la mienne. J'en ai fait plus que l'objet d'un voeu, j'y ai puisé la règle de ma conduite. Tous les actes de mon règne attestent mon désir de substituer des relations de confiance et de concorde à l'état de paix armée qui pèse si lourdement sur les peuples. J'ai pris, aussitôt que je l'ai pu, l'initiative d'une réduction considérable de mes forces militaires; pendant six ans, j'ai affranchi mon empire de l'obligation du recrutement, et j'ai entrepris des réformes importantes, — gages d'un développement progressif au dedans et d'une politique pacifique au dehors.

Ce n'est qu'en présence d'éventualités qui pouvaient menacer la sécurité et même l'intégrité de mes États que j'ai dû m'écarter de cette voie. Mon plus vif désir est de pouvoir y rentrer, et d'épargner à mes peuples des sacrifices que leur patriotisme accepte, mais dont leur prospérité souffre. Rien ne saurait mieux hâter ce moment qu'un apaisement général des questions qui agitent l'Europe. L'expérience atteste que les véritables conditions du repos du monde ne résident ni dans une immobilité impossible, ni dans l'instabilité de combinaisons politiques que chaque génération serait appelée à défaire et à refaire au gré des passions ou des intérêts du moment, mais plutôt dans la sagesse pratique

qui impose à chacun le respect des droits établis et conseille à tous les transactions nécessaires pour concilier l'histoire, qui est un legs ineffaçable du passé, avec le progrès, qui est une loi du présent et de l'avenir.

No. 974. Russland, 18. Nov. 1863.

Dans ces conditions, une loyale entente entre les souverains m'a toujours paru désirable. Je serais heureux que la proposition émise par Votre Majesté pût y conduire. Mais pour qu'elle puisse se réaliser pratiquement, elle ne saurait procéder que d'un consentement des autres Puissances; et pour obtenir ce résultat, je crois indispensable que Votre Majesté veuille bien préciser les questions qui, à son avis, devraient faire l'objet d'une entente et les bases sur lesquelles cette entente aurait à s'établir. Je puis, en tout cas, l'assurer que le but qu'elle poursuit — celui d'arriver, sans secousse, à la pacification de l'Europe — rencontrera toujours mes plus vives sympathies.

Je saisis cette occasion pour renouveler à Votre Majesté l'assurance des sentiments de haute considération et de sincère amitié avec lesquels je suis,

Monsieur mon Frère,
de Votre Majesté
le bon Frère,

Alexandre.

Tsarskoé-Selo, 6/18 novembre 1863.

No. 975.

PREUSSEN. — Antwort des Königs Wilhelm I. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Monsieur mon frère,

Votre Majesté, en m'écrivant la lettre que son ambassadeur m'a remise le 13 novembre, a dû être convaincue que les sentiments généreux dont Elle s'est inspirée rencontreraient chez moi cet assentiment cordial qu'un souverain ayant à coeur le bien-être des peuples ne saurait refuser au noble but que Votre Majesté propose aux Puissances européennes en les invitant à un Congrès général. Les traités de 1815, dans le courant d'un demi-siècle, ont nécessairement dû subir les modifications que l'influence irrésistible du temps et des événements produit sur toutes les institutions humaines. Ces traités n'en continuent pas moins à former le fondement sur lequel repose aujourd'hui l'édifice politique de l'Europe. Ce sera donc une tâche digne des efforts réunis de tous les Gouvernements intéressés au maintien de l'ordre et de la paix que de consolider ce fondement, de suppléer aux parties qui en ont été détruites ou qui devront être abolies, et d'entourer de garanties nouvelles les dispositions qui se trouveraient méconnues ou menacées. Voilà l'oeuvre à laquelle je m'associerai de grand coeur et en parfaite liberté de ne prendre conseil que de ma sollicitude pour les intérêts généraux de l'Europe, parce que la Prusse n'étant jamais sortie de la limite des traités, n'a pas d'intérêt direct à provoquer ou à empêcher la réunion d'un Congrès. Cette situation permet à mon Gouvernement de prêter son concours impartial et désintéressé à la tâche d'établir entre les Puissances convoquées

No. 975. Preussen, 18. Nov. 1863.

No. 975. Preussen, 18. Nov. 1863.

l'accord préalable sur le principe du Congrès, et d'aplanir par des négociations prudentes les difficultés qui pourraient apporter des germes de discorde à une oeuvre toute de conciliation et de paix. A cet effet, mon Gouvernement sera prêt à accueillir les ouvertures que Votre Majesté lui fera faire en vue d'un échange d'idées préparatoire.

Je remercie Votre Majesté de l'hospitalité qu'Elle veut bien m'offrir, et je suis sûr que je retrouverais à Paris l'accueil cordial qui me rend si cher le souvenir de mon séjour à Compiègne; mais c'est plutôt à nos ministres réunis qu'il appartiendra d'éclaircir par leurs discussions et de préparer à la sanction des souverains les propositions qui seront soumises au Congrès.

Je saisis cette occasion pour vous renouveler les assurances de la haute estime et de l'amitié toute particulière avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère,

De Votre Majesté

Le bon frère,

Guillaume.

Berlin, 18 novembre 1863.

No. 976.

BELGIEN. — Antwort des Königs Leopold I. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

No. 976. Belgien, 20. Nov. 1863.

Monsieur mon frère,

J'ai reçu la lettre qui m'a été remise de la part de Votre Majesté Impériale par M. le baron de Malaret, et je ne puis qu'applaudir aux sentiments qui Vous l'ont dictée. Il serait bien vivement à désirer de voir, par l'effet d'un accord pacifique, se dissiper les sujets d'inquiétude qui existent en Europe, et sans vouloir préjuger, dès à présent, les moyens dont on pourrait convenir avec les divers États intéressés pour atteindre sans secousse un aussi noble but, je me plais à assurer Votre Majesté Impériale que mon Gouvernement serait tout disposé à y concourir autant qu'il dépend de lui. En ce qui me touche particulièrement, ce serait avec une véritable satisfaction que, dans le cas prévu par Votre Majesté Impériale, je profiterais de l'offre cordiale qu'Elle a bien voulu m'adresser. Je saisis cette occasion pour Vous renouveler les assurances de la haute estime et de l'inviolable amitié avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère,

de Votre Majesté Impériale

le bon frère,

Léopold.

Château de Laeken, le 20 novembre 1863.

No. 977.

DÄNEMARK. — Antwort des Königs Christian IX. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

No. 977. Dänemark, 20. Nov. 1863.

Monsieur mon frère,

Depuis peu de jours que j'occupe le trône de Danemark, il m'a été donné de prendre deux résolutions d'une haute portée pour les destinées de mon pays. La Providence a, d'une manière douloureuse et imprévue, terminé la carrière de mon auguste prédécesseur au moment même où la nation s'attendait à le voir consacrer par sa signature la nouvelle constitution pour les affaires communes de ses provinces non allemandes et accepter l'invitation que Votre Majesté Impériale venait de lui adresser pour un Congrès. Il m'a été réservé, à sa place, d'achever cette double tâche. Survenues à la même heure solennelle de la vie de mon peuple, ces deux décisions concourent au même but: car si l'une règle le présent, l'autre assurera, je l'espère, l'avenir de la monarchie danoise. Votre Majesté a pris la glorieuse initiative de chercher à substituer, pour la décision des questions pendantes aujourd'hui en Europe, à la force des armes les arrêts de la justice et de la raison.

Le Danemark, qui resta le constant allié de l'Empire, est décidé à s'associer franchement et sans réserve aux généreux efforts de Votre Majesté pour réaliser cette grande idée. J'accepte donc avec un véritable plaisir l'invitation de Votre Majesté pour prendre part au Congrès européen. Je ne sais pas encore si les circonstances me permettront de m'y rendre personnellement, mais je prie Votre Majesté de croire que je serai bien heureux de pouvoir encore une fois jouir de sa cordiale hospitalité, et de lui offrir de vive voix mes félicitations les plus chaleureuses et les plus sincères, comme lorsque j'eus l'honneur de La saluer dans une occasion antérieure. Je me félicite de ce que les relations que j'aurai l'honneur d'entretenir avec Votre Majesté s'ouvrent sous les auspices de cette grande inspiration, et je saisis avec empressement cette occasion de lui offrir les assurances de la haute estime et de l'inviolable amitié avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère,

de Votre Majesté Impériale

le bon frère,

Christian.

Copenhague, le 20 novembre 1863.

No. 978.

KIRCHENSTAAT. — Antwort des Papstes Pius IX. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Majesté Impériale,

No. 978. Kirchenstaat, 20. Nov. 1863.

La pensée que Votre Majesté exprime de pouvoir établir sans secousse en Europe, et plût à Dieu autre part encore, avec le concours des souverains ou de leurs représentants, un système qui calme les esprits et ramène la paix, la

No. 978. Kirchenstaat, 20. Nov. 1863.

tranquillité et l'ordre dans les nombreuses contrées où malheureusement ces bienfaits se trouvent perdus, est un dessein qui honore grandement Votre Majesté, et qui, avec la coopération de tous, assistés de la grâce divine, produirait les meilleurs effets. C'est pourquoi, avec une disposition toute cordiale, nous nous associons à un aussi louable projet, et c'est avec empressement que nous pouvons dès à présent assurer Votre Majesté que tout notre concours moral sera apporté au Congrès, afin que les principes de la justice aujourd'hui si méconnus et foulés aux pieds soient rétablis à l'avantage de la société troublée; que les droits violés soient admis pour être revendiqués en faveur de ceux qui ont eu à souffrir de leur violation, et surtout que l'on rétablisse spécialement dans les pays catholiques la prééminence réelle qui appartient naturellement à la religion catholique comme étant la seule vraie.

Votre Majesté ne pourra hésiter à croire que le vicaire de Jésus-Christ, soit par les devoirs de sa sublime représentation, soit par la conviction où il est que dans la foi catholique unie à la pratique se trouve l'unique moyen propre à moraliser les peuples, ne peut au milieu des Congrès, même politiques, manquer à l'obligation de soutenir avec la plus grande vigueur les droits de notre très-auguste religion, qui est une, sainte, catholique, apostolique et romaine.

La confiance que nous exprimons de voir revendiquer les droits violés naît du devoir consciencieux qui nous en impose la tutelle. En nous montrant plein de sollicitude au sujet de ces droits, nous ne voulons pas d'ailleurs que Votre Majesté suppose jamais qu'il puisse s'élever en nous aucun doute relatif à ceux qui sont propres à ce saint-siége, puisqu'en outre des autres motifs qui militent en sa faveur, nous avons aussi les assurances que Votre Majesté a plusieurs fois données et fait donner publiquement, assurances dont il nous semblerait injurieux de douter, venant d'un aussi haut et puissant Souverain.

Après cet exposé préliminaire, qu'il nous a paru d'autant plus opportun de faire que nous connaissions mieux la pensée de Votre Majesté, nous aimons à ajouter que nous applaudissons aux progrès matériels, et que nous désirons, en outre, que les peuples soient en état de jouir paisiblement de leurs effets, tant à cause du profit qu'ils en retirent que de l'occupation qu'ils y trouvent. Nous ne pourrions en dire autant pour le cas où nous serions invités à satisfaire à certaines aspirations de quelques fractions de ces peuples, aspirations qui ne peuvent se concilier avec les principes ci-dessus énoncés.

Nous entretenons l'espoir que Votre Majesté, dans sa haute perspicacité, reconnaîtra dans notre franche communication le caractère de loyauté qui accompagne toujours les actes de ce Siége Apostolique, en même temps que le témoignage de la grande estime que nous portons à son auguste personne, à laquelle nous n'avons nullement hésité de parler aussi explicitement dans une matière de tant d'importance.

Sur ce, avec l'assurance de notre affection paternelle, nous donnons à Votre Majesté, à Son Auguste Épouse et au Prince Impérial notre bénédiction apostolique.

Donné dans notre palais du Vatican, le 20 novembre 1863.

Pius P. P. IX.

No. 979.

ITALIEN. — Antwort des Königs Victor Emanuel auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Monsieur mon frère,

No. 979. Italien, 22. Nov. 1863.

La lettre que Votre Majesté Impériale m'a adressée s'inspire d'une pensée grande et généreuse, à laquelle s'associeront ceux qui comprennent les tendances de notre époque.

Une lutte permanente s'est établie dans une grande partie de l'Europe entre la conscience publique et l'état de choses créé par les traités de 1815. De là un malaise qui ne fera que s'accroître tant que l'ordre européen ne sera pas constitué sur la base des principes de nationalité et de liberté qui sont la vie même des peuples modernes.

Devant une situation si menaçante pour les progrès de la civilisation, et pour la paix du monde, Votre Majesté Impériale s'est rendue l'interprète d'un sentiment général en proposant de réunir un Congrès dont la tâche doit être d'amener un accord durable entre les droits des souverains et les justes aspirations des peuples.

J'adhère avec plaisir à la proposition de Votre Majesté Impériale. Mon concours et celui de mon peuple sont assurés à la réalisation de ce projet, qui marquerait un grand progrès dans l'histoire de l'humanité.

Dès que la réunion des conférences internationales s'effectuera, je m'empresserai d'y prendre part, soit en personne, soit en m'y faisant représenter.

L'Italie apportera dans le Congrès l'esprit le plus sincère d'équité et de modération. Elle est convaincue que la justice et le respect des droits légitimes sont les vrais fondements sur lesquels on peut asseoir un nouvel équilibre européen.

Mon plus vif désir est que l'oeuvre de sagesse et de concorde dont Votre Majesté Impériale a pris l'initiative parvienne à écarter les dangers de guerre et à resserrer les liens qui doivent exister entre les nations.

Je saisis cette occasion de vous renouveler les assurances de l'inviolable amitié et de la haute considération avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère,

de Votre Majesté Impériale

le bon frère,

Turin, 22 novembre 1863. *Victor-Emmanuel.*

No. 980.

SCHWEIZ. — Antwort des Bundesraths auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Sire,

No. 980. Schweiz, 23. Nov. 1863.

Nous avons pris connaissance avec un vif intérêt de la lettre par laquelle Votre Majesté convie la Confédération suisse, comme les souverains et les Gouvernements d'autres États, à un grand Congrès international.

No. 980. Schweiz, 23. Nov. 1863.

Votre Majesté invite à la méditation sur l'état des divers pays et siguale les dangers qu'elle voit presque de toutes parts pour la paix générale. Elle propose de régler le présent et d'assurer l'avenir, avant que des événements irrésistibles n'entraînent dans des directions contraires.

La Confédération suisse, à qui la nature, comme l'histoire et les traités, ont fait une position neutre au milieu de l'Europe, sait apprécier tous les bienfaits de la paix. Elle connait la valeur inestimable d'une consécration libre et réciproque des droits et des devoirs de chacun, vraie base d'une sincère et cordiale entente entre les nations.

Nous ne pouvons donc qu'accueillir avec empressement l'ouverture que Votre Majesté a bien voulu nous faire.

Les traités existants proclament l'inviolabilité, la neutralité et l'indépendance de notre territoire. Les clauses qui s'y rapportent n'ont pas subi d'atteinte, et, scrupuleux observateur de ses obligations internationales, le peuple suisse a revendiqué et défendu, au prix des plus grands sacrifices, les garanties qui lui sont assurées. Ces garanties sont aussi dans les vrais intérêts de l'Europe, et les Hautes Puissances ne peuvent qu'en reconnaître, aujourdhui comme avant, la permanence et la nécessité.

Prêts à participer, au nom de la Confédération suisse, aux solennelles délibérations qui s'annoncent, nous nous faisons un devoir d'exprimer à Votre Majesté notre reconnaissance pour son loyal appel et l'espoir qu'Elle nous accordera son appui efficace dans les questions qui touchent notre pays.

Nous sommes heureux de l'occasion qui nous a été fournie par Votre Majesté de pouvoir défendre nous-mêmes nos droits et nos intérêts au sein de la réunion internationale.

Nous faisons des voeux pour que le concours des souverains et des Gouvernements de l'Europe atteigne le but que se propose Votre Majesté, et pour que les questions qui agitent et qui occupent les esprits reçoivent une solution qui réponde aux légitimes aspirations des peuples.

En saisissant avec empressement cette occasion de renouveler à Votre Majesté Impériale les assurances de son profond respect, le conseil fédéral prie Dieu qu'il l'ait avec son auguste Famille en sa sainte et digne garde.

Donné à Berne, le 23 novembre 1863.

Au nom du conseil fédéral suisse,

Le président de la Confédération,
C. Fornerod.
Le chancelier de la Confédération,
Schiess.

No. 981.

HANNOVER. — Antwort des Königs Georg V. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Monsieur mon frère,

No. 981. Hannover, 23. Nov. 1863.

J'ai reçu avec autant de plaisir que de reconnaissance la lettre que Votre Majesté Impériale a bien voulu m'adresser sous la date du 4 de ce mois.

Régler les différends existants par une entente générale des Puissances européennes; calmer l'inquiétude sans cesse renaissante qui entrave ou retarde le développement de la prospérité des États; paralyser les efforts des partis subversifs; assurer enfin la tranquillité de l'Europe en écartant toute éventualité de guerre, c'est le service le plus signalé qui puisse être rendu à la cause de la civilisation, c'est une entreprise qui doit obtenir les suffrages de tous ceux dont les aspirations tendent au bien de l'humanité.

Votre Majesté vient d'en prendre l'initiative en proposant de régler le présent et d'assurer l'avenir dans un Congrès.

Je rends hommage à la pensée élevée qui a guidé Votre Majesté Impériale, et je La remercie bien sincèrement de l'invitation qu'Elle m'a fait parvenir de m'associer à ses généreux projets.

J'espère que l'Allemagne, — nommément l'Autriche et la Prusse, — qui dans cette question a des intérêts dont je ne saurais séparer ceux du royaume de Hanovre, se trouvera à même de prêter son concours à la tâche que Votre Majesté Impériale s'est imposée, et, pour ce cas, je me ferai un véritable plaisir de coopérer, autant qu'il me sera possible, à la réalisation de l'oeuvre qu'Elle a entreprise.

En attendant, je La prie de vouloir bien agréer les assurances réitérées de la haute estime et de l'inviolable amitié avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère,
De Votre Majesté Impériale
Le bon frère,
George Rex.

Contre-signé
C[te] de Platen-Hallermund.

Au château de Herrenhaussen, le 23 novembre 1863.

No. 982.

GRIECHENLAND. — Antwort des Königs Georg I. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Monsieur mon frère,

No. 982. Griechenland, 26. Nov. 1863.

J'ai été très-sensible à l'invitation que Votre Majesté Impériale a bien voulu me faire, par sa lettre en date du 4 de ce mois, de prendre part à un Congrès de souverains devant s'ouvrir à Paris, dans le but de faire asseoir sur de

No. 982. Griechenland, 26. Nov. 1863.

nouvelles et plus solides bases l'édifice politique de l'Europe et de prévenir ainsi les troubles qui pourraient mettre en péril la paix générale.

Cet appel à la conciliation que Votre Majesté Impériale vient de faire dans l'intérêt de l'ordre européen a été inspiré par des vues trop généreuses et trop élevées pour ne pas trouver en moi l'accueil le plus sympathique.

La noble pensée qui y a présidé ne pouvait être mieux rehaussée que par le langage si franc, par les considérations si judicieuses dont Votre Majesté a accompagné sa proposition.

En l'acceptant sans réserve, je partage entièrement les espérances dont je trouve l'expression dans la lettre de Votre Majesté Impériale. La réunion du Congrès sera peut-être la meilleure solution des graves questions qui préoccupent, à juste titre, tous les esprits en Europe et servira au développement de la prospérité générale par le maintien de la tranquillité. On sent, en effet, qu'il faut tenir compte de l'esprit du siècle, des aspirations légitimes des peuples, des circonstances du jour, et tâcher, par tous les moyens possibles, d'assurer l'avenir en réglant le présent de manière à écarter tout ferment de trouble et de discorde.

L'oeuvre commune à laquelle Votre Majesté Impériale convie les chefs des États européens serait, sans contredit, un des plus grands progrès de notre temps. Son succès comblerait les voeux depuis longtemps formés par les amis de l'humanité et les esprits d'élite.

En félicitant donc Votre Majesté Impériale de la glorieuse initiative qu'elle vient de prendre, je souhaite sincèrement que sa proposition soit aussi favorablement accueillie par les autres souverains et je me flatte d'espérer que les intérêts et les droits des chrétiens en Orient trouveront en Elle un bienveillant défenseur dans le futur conseil international.

C'est dans ces sentiments que je m'empresse d'offrir à Votre Majesté Impériale les assurances renouvelées de la haute estime et de l'inviolable amitié avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère,
de Votre Majesté Impériale
le bon frère,

Georges.

Contre-signé:
P. Delyanni.
Athènes, le 14/26 novembre 1863.

No. 983.

BAIERN. — Antwort des Königs Maximilian II. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

Monsieur mon frère,

No. 983. Baiern, 27. Nov. 1863.

J'ai reçu la lettre que Votre Majesté Impériale a bien voulu m'adresser, sous la date du 4 de ce mois, pour me proposer un Congrès qui se réunirait à Paris, dans le but de jeter les bases d'une pacification de l'Europe.

No. 983. Baiern, 27. Nov. 1863.

Je ne puis que rendre pleine justice aux sentiments élevés dont cette proposition est empreinte.

Les traités de 1815, sur lesquels repose aujourd'hui l'édifice politique de l'Europe, sont, je ne l'ignore pas, sur plus d'un point détruits de fait ou méconnus. Il n'y a donc pas de tâche plus belle que d'épargner à l'avenir les secousses presque inévitables de cet état de choses en réglant, de concert avec les autres Puissances, les questions litigieuses du présent auxquelles les dispositions de ces traités ne sauraient plus être appliquées.

J'aime à espérer que la proposition de Votre Majesté Impériale, suivie d'éclaircissements ultérieurs à ce sujet, trouvera aussi auprès des puissances directement intéressées à la solution de ces questions l'accueil indispensable pour en assurer le succès.

Dans cette supposition, je n'hésite pas à adhérer à la proposition de Votre Majesté Impériale, et je m'estimerai heureux de concourir à l'oeuvre de la pacification générale en prenant part aux conférences futures.

Je saisis cette occasion de vous renouveler les assurances de la haute estime et de l'inviolable amitié avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère,

De Votre Majesté Impériale

Le bon frère,

Max.

Rome, le 27 novembre 1863.

No. 984.

NIEDERLANDE. — Antwort des Königs Wilhelm III. auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

No. 984. Niederlande, 29. Nov. 1863.

Monsieur mon frère,

L'invitation aussi cordiale que gracieuse que Votre Majesté m'a adressée par sa lettre en date du 4 novembre a pour but de réunir les Puissances de l'Europe à un Congrès, afin d'aviser sans système préconçu aux moyens d'établir, sans secousse, sur des bases équitables la paix et la tranquillité de l'Europe. Je rends hommage à cette généreuse pensée de Votre Majesté, et je serai heureux, en m'associant à cette idée, de contribuer de commun accord avec tous les autres souverains de l'Europe à réaliser le but si noble que Votre Majesté s'est proposé d'atteindre.

Je saisis cette occasion de vous renouveler les assurances de la haute estime et de l'inviolable amitié avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère,

de Votre Majesté

le bon frère,

Guillaume.

La Haye, le 29 novembre 1863.

No. 985.

DEUTSCHER BUND. — Antwort auf die Congresseinladung des Kaisers Napoleon. —

No. 985. Deutscher Bund, 7. Dec. 1863.

Sire,

L'invitation à un Congrès, que Votre Majeste a adressée le 4 novembre dernier aux princes souverains et villes libres de l'Allemagne, est considérée par la Confédération germanique comme une preuve des sentiments d'amitié de Votre Majesté et de son désir d'assurer à l'Europe les bienfaits de la paix.

Appelée par ses traités fondamentaux à être dirigée principalement par des vues pacifiques, la Confédération germanique ne saurait refuser son concours à un projet tendant à assurer la paix et l'ordre de l'Europe.

Tout en adhérant franchement à l'idée pacifique de Votre Majesté, les princes souverains et villes libres de l'Allemagne ne pourraient concourir, avec l'espoir d'un succès, à la réalisation de ce projet, si les traités qui ont établi la Confédération germanique ainsi que l'édifice politique de l'Europe n'étaient considérés comme base des négociations.

Sans méconnaître que même les traités les plus solennellement consacrés ne peuvent demeurer inaltérés au milieu du cours irrésistible de l'histoire, une politique pacifique ne saurait désavouer le principe que toute modification ou résiliation d'un traité ne peut se faire sans le consentement des intéressés. C'est ce principe qui fera trouver la règle des devoirs, le titre des droits et le frein des prétentions que le coup d'oeil si juste et si pénétrant de Votre Majesté a reconnus nécessaires pour tranquilliser l'Europe.

Cette base de négociations une fois adoptée, il sera possible de désigner d'avance, avec le consentement des intéressés, les questions internationales que le Congrès prendra à tâche de régler, et de donner à l'Europe l'assurance que, loin d'être la source de nouveaux différends, il mettra fin à ceux qui existent.

Conformément à ces vues, la Confédération germanique sera disposée à se rendre à l'invitation de Votre Majesté et à prendre part au Congrès, en se faisant représenter par un plénipotentiaire spécial, qui s'y trouvera avec ceux des membres de la Confédération germanique invités par Votre Majesté.

Les princes souverains et villes libres de l'Allemagne nourrissent l'espoir que Votre Majesté voudra bien reconnaître que ces franches explications sont une preuve de leurs sentiments d'amitié, du soin qu'ils ont voué à l'appréciation de la démarche faite par Votre Majesté et du désir que cette démarche soit féconde en heureux résultats.

Sur ce, les princes souverains et villes libres de l'Allemagne prient Dieu qu'il ait Votre Majesté en sa digne et sainte garde.

La Confédération Germanique,

Et en son nom:

Le ministre d'Autriche, président de la Diète,

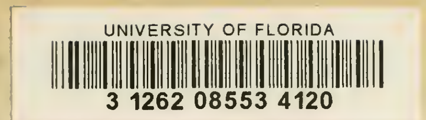
Baron de Kubeck.

Francfort-sur-Mein, le 7 décembre 1863.

Druck von Otto Wigand in Leipzig.






UNIVERSITY OF FLORIDA
3 1262 08553 4120

